# FDP-Bundesvorstand

## Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende

Sitzungsprotokolle
1960–1967

BEARBEITET
VON
REINHARD SCHIFFERS

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1993 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1993
ISBN 3-7700-5175-0

# QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE
DEUTSCHLAND SEIT 1945

IM AUFTRAG DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER, RUDOLF MORSEY
UND HANS-PETER SCHWARZ

Bd. 7/III

FDP-Bundesvorstand
Die Liberalen unter dem Vorsitz von
Erich Mende

Sitzungsprotokolle
1960–1967

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus
der Friedrich-Naumann-Stiftung

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF



# Vorwort

Die Edition der Protokolle der Sitzungen des FDP-Bundesvorstandes, von denen zwei Halbbände 1990 und ein Band 1991 erschienen sind, wird mit dem vorliegenden Band vorläufig abgeschlossen. Der Band enthält die Protokolle aus der Zeit vom 26. Februar 1960 bis zum 10. November 1967, als Erich Mende Parteivorsitzender war. Die Edition erfolgt mit Zustimmung der Friedrich-Naumann-Stiftung (Königswinter) und des Archivs des Deutschen Liberalismus (Gummersbach). Die wissenschaftliche Verantwortung liegt bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Bonn).

Zu danken habe ich zuerst dem Archiv des Deutschen Liberalismus, insbesondere seiner Leiterin Frau Dr. Monika Faßbender und Herrn Raymond Pradier, die mir die Aktenbenutzung in jeder Hinsicht erleichtert haben. Mein besonderer Dank gilt auch Bundesminister a. D. Dr. Erich Mende und dem früheren Chefredakteur der „freien demokratischen korrespondenz", Herrn Wolfgang Schollwer, die mir als Zeitzeugen zahlreiche Personen und Sachverhalte aus den 60er Jahren näherbrachten. Ebenfalls Dank schulde ich meinem Kollegen Dr. Udo Wengst, der mir aufgrund seiner Erfahrungen mit der Bearbeitung der vorausgehenden Bände manche Fragen beantwortete.

Durch Hinweise und Mitteilungen zu weniger oder nicht mehr bekannten Vorgängen, Institutionen und Einzelpersonen haben das vorliegende Quellenwerk gefördert Dr. Winfried Boecken (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Dr. Günter Buchstab (Archiv für Christlich Demokratische Politik, Sankt-Augustin), Frau Staatsminister a. D. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher (München), Justizminister a. D. Wolfgang Haußmann (†), Engelbert Hommel, M. A. (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf), Dr. Manfred Koch (Stadtarchiv Karlsruhe), Archivoberrat Dr. Dieter Krüger (Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. B.), Dr. Volker Laitenberger (Bundeskanzleramt), Dr. Hans Peter Mensing (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf), Dr. Wolfgang Michalka (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg i. B.), Regierungsdirektor Otmar Nagel (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Dr. Heinrich Potthoff (Königswinter), Frau Renate Schimmelpfennig (Bonn), Dr. Michael Staack (Berlin), Professor Dr. Erich Volkmann (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg i. B.), Professor Dr. Rudolf Wildenmann (Universität Mannheim) und Ministerialdirektor a. D. Dr. Barthold C. Witte (Bonn).

Ebenfalls unterstützt haben mich durch Angaben und Auskünfte folgende Institutionen: Apostolische Nuntiatur (Bonn), Archiv für soziale Demokratie (Bonn), Atlantik-Brücke e. V. (Bonn), Axel Springer AG (Berlin), Bundesministerium der Justiz (Bonn), Bundespräsidialamt, Deutscher Bundestag-Parla-

mentsarchiv, Deutscher Städtetag (Köln), Stadt Dortmund-Institut für Zeitungsforschung, Europäisches Parlament-Abt. Bibliothek und Dokumentation (Luxembourg), Europarat-Abt. Dokumentation und Archive (Strasbourg), Frankfurter Allgemeine Zeitung-Personalabteilung, FDP-Landesverband Berlin, FDP-Landesverband Hamburg, FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), Hamburger Abendblatt-Chefredaktion, Hochschulrektorenkonferenz (Bonn), Stadt Köln-Historisches Archiv, Ludwig-Erhard-Stiftung (Bonn), Landwirtschafskammer Rheinland-Pfalz (Bad Kreuznach), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung-Archiv, Stadtarchiv Bonn, Stadtarchiv Marburg, Universitätsbibliothek der Universität des Saarlandes (Saarbrücken), U. S. Information Service der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e. V. (Bonn).

Allen genannten Personen und Institutionen danke ich hiermit für ihre freundliche Unterstützung bei der Bearbeitung dieser Edition. Herr Prof. Dr. Rudolf Morsey hat das Manuskript gelesen und Anregungen zu seiner Überarbeitung gegeben. Frau Monika Demary hat Korrektur gelesen. Herr Dr. Martin Schumacher hat in bewährter Weise die Drucklegung betreut. Ihnen allen danke ich an dieser Stelle. Mein besonderer Dank gilt Frau Monika Demary, die das Manuskript geschrieben hat und alle übrigen mit dem Vorhaben verbundenen Schreibarbeiten erledigt hat.

Bonn, Juni 1992 Reinhard Schiffers

# Inhalt


Vorwort ..... V

Einleitung ..... IX

A. Der Bundesvorstand
1. Zusammensetzung ..... XI
2. Der Bundesvorsitzende und seine Stellvertreter ..... XIII
3. Arbeitsbedingungen und Arbeitsweise ..... XX

B. Finanzierungsprobleme der Bundespartei XXIV

C. Zur Pressearbeit der Bundespartei XXVI

D. Bundespartei und Bundestagsfraktion XXVIII

E. Bundespartei und Landesverbände
1. Präsenz der Landesverbände im Bundesvorstand ..... XXX
2. Konfliktsituationen in den Landesverbänden aus der Sicht des Bundesvorstandes ..... XXXIV

F. Bundesvorstand und Vorfeldorganisationen (DJD, LSD, FDS) XXXVIII

G. Überlegungen und Beschlüsse des Bundesvorstandes zu Fragen der Bundespolitik
1. Probleme der Koalitionspartnerschaft mit CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1961 ..... XLII
2. „Spiegel"-Affäre, Regierungskrise und Regierungsumbildung 1962 ..... XLV
3. Die Bildung des ersten Kabinetts Erhard 1963 als Verhandlungsgegenstand zwischen FDP, CDU und CSU ..... XLVIII
4. Divergenzen zwischen den Koalitionspartnern nach der Bundestagswahl von 1965 ..... L
5. Anstöße und Schritte der FDP in der Berlin- und Deutschlandpolitik ..... LIV
6. Umstrittene Gesetzesvorhaben und Gruppeninteressen als Beratungsgegenstände des Bundesvorstandes ..... LIX
7. Schlußbemerkung ..... LXIV

H. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1960 bis 1967 LXVI

I. Übersicht über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes 1960, 1962, 1964 und 1966 LXVII

Einrichtung der Edition
A. Zur Edition ..... LXXV
B. Verzeichnis der Archivalien ..... LXXIX
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur ..... LXXXI
D. Verzeichnis der Abkürzungen ..... LXXXIV
E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte ..... LXXXVIII

Dokumente 1–93 ..... 1

Register ..... 773

# *Einleitung*

Mit der Wahl des 43jährigen Erich *Mende* zum Bundesvorsitzenden der FDP Anfang 1960 trat an die Spitze der Partei ein Vertreter der jüngeren Generation, die nicht mehr in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen war. In die Amtszeit *Mendes* als Bundesvorsitzender fallen zwei für die FDP entscheidende Vorgänge: ihre Rückkehr in eine Koalition mit der CDU/CSU 1961 und ihr Gang in die Opposition während der Zeit der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD 1966. Insgesamt gesehen, ergab sich während der achtjährigen Amtszeit *Mendes* fünfmal eine Situation, in der die Rolle der FDP als Koalitionspartner grundsätzlich bestätigt bzw. in Frage gestellt wurde: bei den Regierungsneubildungen im Anschluß an die Bundestagswahlen von 1961 und 1965 sowie bei den Regierungsumbildungen als Folge der „Spiegel"-Affäre 1962, anläßlich des Wechsels in der Kanzlerschaft 1963 und beim Ausscheiden der FDP-Minister aus dem zweiten Kabinett *Erhard* 1966.

Daneben gab es in den 60er Jahren eine Reihe innen- und außenpolitischer Probleme, bei deren Lösung sich die FDP als Korrektiv verstand. Die Versuche, Eigenständigkeit und Profil gegenüber dem größeren Koalitionspartner zu wahren, hatten unvermeidlich das Aushandeln von Kompromissen und den Vorwurf des Lavierens zur Folge. Ein erster folgenschwerer Kompromiß kam nach der Bundestagswahl 1961 zustande. Die FDP hatte den Bundestagswahlkampf 1961 u. a. mit der Wahlaussage „Rückkehr zur Koalition, aber nur ohne *Adenauer*" geführt. Daß die Partei dann aus einer Reihe von Gründen doch in eine Koalition unter *Adenauer* als Kanzler einwilligte, trug ihr den Ruf ein, eine „Umfallpartei" zu sein. Immerhin erreichte die FDP bei den Koalitionsverhandlungen eine zeitliche Begrenzung der Kanzlerschaft *Adenauers*. Deutlich nahm die FDP ihre Korrektivfunktion in der „Spiegel"-Affäre 1962 wahr. Damals erzwang die Partei durch den Rücktritt ihrer fünf Bundesminister den Rücktritt des in die Affäre verwickelten Verteidigungsministers *Strauß*. Ein weiterer Konflikt zwischen den Koalitionspartnern noch während der Kanzlerschaft *Adenauers* ergab sich im Frühjahr 1963. Die USA drängten damals die Bundesregierung, die Lieferung von Großrohren an die Sowjetunion einzustellen. Während die Bundesregierung und die CDU/CSU diesem Ersuchen sofort entsprechen wollten, bestand die FDP, unterstützt von der SPD, auf der Erfüllung der Verträge. Die CDU/CSU vermied eine Abstimmungsniederlage nur dadurch, daß sie das Plenum verließ und damit den Bundestag beschlußunfähig machte.

Auch unter Bundeskanzler *Erhard* blieb die FDP ein auf sein eigenes politisches Profil bedachter Koalitionspartner. So trug sie dazu bei, eine Passierscheinvereinbarung für die beiden Teile Berlins durchzusetzen (1963), die deutsche Beteiligung an einer internationalen Friedenstruppe für Zypern zu

verhindern (1964) und das von den USA gewünschte personelle Engagement der Bundesrepublik in Vietnam auf eine humanitäre Hilfsaktion – die Entsendung des Lazarettschiffes „Helgoland" unter der Verantwortung des Roten Kreuzes – zu beschränken (1966). Erfolglos blieb dagegen das Bemühen der FDP, die Entscheidung über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel mit Rücksicht auf die arabischen Staaten zu vertagen und die Verjährungsfrist für nationalsozialistische Verbrechen nicht zu verlängern (1965). Viel weniger bemerkt als diese eher spektakulären Vorgänge wurde der zum Teil generationsbedingte Wandlungsprozeß, den die FDP in den 60er Jahren durchmachte. Er hatte zur Folge, daß die „Politik der kleinen Schritte" in der Deutschlandfrage und das beharrliche Festhalten an der Fortführung bzw. an einer Neuauflage der Koalition aus CDU, CSU und FDP in der FDP immer weniger konsensfähig waren und sich im Laufe des Jahres 1967 die Forderung nach der Ablösung von *Mende* als Parteivorsitzender durch einen „fortschrittlichen" Politiker verstärkte.

Für die folgenden Ausführungen gilt das gleiche wie für die Einleitungen zu den vorausgehenden Bänden 7/I und II: Sie sollen dem Benutzer lediglich eine erste Orientierungshilfe geben und den Zugang zu den unterschiedlichen, in den Protokollen angesprochenen Sachverhalten erleichtern. Eine Bewertung oder Auswertung der hier edierten Dokumente ist nicht beabsichtigt. Da der folgende Text an die Einleitungen zu den vorausgehenden Teilbänden anknüpft, sei deren Lektüre dem Benutzer empfohlen.

# A. Der Bundesvorstand

## *1. Zusammensetzung*

Das oberste Führungs- und Entscheidungsgremium der Partei umfaßte in den Jahren 1960 bis 1967 mindestens 31 und höchstens 36 Personen.[1] Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich zeitweise vor allem dadurch, daß die der FDP angehörenden Bundesminister satzungsgemäß qua Amt Sitz und Stimme im Bundesvorstand hatten. Ebenfalls aufgrund ihrer Funktionen gehörten zum Bundesvorstand der Bundesschatzmeister, die Vorsitzenden der 11 Landesverbände oder deren Vertreter sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion.[2] Den Vorsitz der Fraktion und den Parteivorsitz vereinigte von 1960 bis 1963 Erich *Mende* in seiner Person.

Soweit die Mitglieder des Bundesvorstandes zu wählen waren, geschah dies aufgrund einer Satzungsänderung ab 1960 alle zwei Jahre. So wurde Erich *Mende* 1960 zum Bundesvorsitzenden gewählt und 1962, 1964 und 1966 in seinem Amt bestätigt. Bei der Bestellung der drei stellvertretenden Vorsitzenden war die Kontinuität deutlich geringer. Das Amt des ersten Stellvertreters versahen von 1960 bis 1967 zunächst Hans *Lenz* und später Willy *Weyer.* Auf dem Posten des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden folgten in dem hier behandelten Zeitraum nacheinander Heinrich *Schneider,* Bernhard *Leverenz* und Wolfgang *Mischnick.* Als dritte Stellvertreter fungierten von 1960 an Oswald *Kohut,* Wolfgang *Döring* und, nach dessen Tod, Ewald *Bucher.*[3]

Die größte Gruppe der gewählten Mitglieder des Bundesvorstandes stellten die 13 Beisitzer, von denen alle zu Beginn des hier behandelten Zeitraumes wiedergewählt worden waren.[4] 1962, 1964 und 1966 gab es dann einige Wechsel unter den Beisitzern. Die unterschiedliche Mitgliederstärke der Landesverbände kam dadurch zum Ausdruck, daß bis zur Vorstandswahl von 1966 jeweils zwei oder drei der 13 Beisitzer den Landesverbänden Baden-Württemberg bzw. Nordrhein-Westfalen angehörten. Von 1966 bis 1968 hingegen entsandte der Landesverband Baden-Württemberg neben seinem Vorsitzenden lediglich einen Beisitzer in den Bundesvorstand. Gründe für diese Reduktion dürften die seit 1964 innerhalb des Landesverbandes aufgetretenen Spannungen und die Stimmenverluste der südwestdeutschen Liberalen bei den Bundestags- und Kommunalwahlen von 1965 gewesen sein.[5] Was den Anteil der Frauen im

1 Vgl. die Übersichten 1960–1966, S. LXVII–LXXIV.
2 Vgl. § 19 Abs. 1 Bundessatzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 (ADL, D 1-323).
3 Ebd. Vgl. die Übersichten 1960-1966, S. LXVII–LXXIV.
4 Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 9 vom 5. 2. 1960, Anhang.
5 Vgl. K. J. Körper, 1968, S. 120 ff.

Bundesvorstand angeht, so war – abgesehen von der häufig entschuldigten Ehrenpräsidentin Marie Elisabeth *Lüders* – die Augsburger Stadträtin und frühere Bundestagsabgeordnete Herta *Ilk* zunächst die einzige Frau im Vorstand. 1964 wurde sie von Hildegard *Hamm-Brücher* (LV Bayern) abgelöst, mit der zugleich Liselotte *Funcke* (LV Nordrhein-Westfalen) in den Bundesvorstand gewählt wurde.[6]

Ebenfalls mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand wurden die Ehrenvorsitzenden berufen, was – ebenso wie die erwähnte Beteiligung der Bundesminister – die Mitgliederzahl des Bundesvorstandes erhöhte. So hatte der Bundesvorstand 1957 die allerseits respektierte Marie Elisabeth *Lüders* zur Ehrenpräsidentin mit dem Recht zur Teilnahme an den Sitzungen aller Organe der Bundespartei gewählt. An Stelle dieses Beschlusses ad personam trat im Januar 1960 eine Satzungsänderung, wonach der Bundesparteitag „auf Vorschlag des Bundesvorstandes Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit" berufen konnte, die dann „Mitglieder des Bundesvorstandes mit Sitz und Stimme" waren.[7] Diese Regelung ermöglichte es den Delegierten des Bundesparteitages 1960, den bis dahin amtierenden Bundesvorsitzenden der FDP, Reinhold *Maier,* einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Partei auf Lebenszeit zu wählen.[8] Damit hatte die FDP bis zum Tode von Marie Elisabeth *Lüders* im März 1966 zwei Ehrenvorsitzende, die von ihrem Rederecht allerdings kaum Gebrauch machten.

Der Bundesvorstand als oberstes Beratungsgremium wurde zu Beginn von *Mendes* Amtszeit auch insofern erweitert, als der Bundesvorstand in seiner konstituierenden Sitzung am 26. 2. 1960 beschloß, „künftig je einen Vertreter von DJD und LSD mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen zu lassen."[9] Die Einladung an die Vorsitzenden der Vorfeldorganisationen erging ad personam; d. h. sie konnten sich nicht vertreten lassen.[10] Die von nun an praktizierte Mitberatung von DJD und LSD auf Beschluß des Bundesvorstands und ohne Stimmrecht fand ihren Niederschlag dann in der Satzung von 1968.[11]

Erheblich verändert wurde die Zusammensetzung des Bundesvorstandes durch eine Satzungsänderung, die der Bundesparteitag 1967 beschloß, die aber – angesichts der Bedenken von drei Landesverbänden – erst 1968 in Kraft trat.[12] Die Änderung betraf sowohl den Gesamtvorstand als auch den häufiger zusammentretenden geschäftsführenden oder engeren Bundesvorstand.[13] Bis 1968 bestand der geschäftsführende Vorstand aus dem Bundesvorsitzenden, seinen drei Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister, den Vorsitzenden der 11 Landesverbände oder deren Stellvertretern und dem Vorsitzenden der Bundes-

6 Vgl. die Übersichten 1960–1966, S. LXVII–LXXIV.
7 FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, X.
8 Vgl. fdk, 11. Jg., Nr. 9 vom 5. 2. 1960, Anhang.
9 Nr. 1, S. 5.
10 Nr. 54, S. 599.
11 Vgl. § 19 Abs. 3 Bundessatzung i. d. F. vom 30. 1. 1968 (ADL, D 1-325).
12 Nr. 82, S. 730.
13 Zum Aufgabenbereich des geschäftsführenden BV vgl. FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, XI.

tagsfraktion – insgesamt 15 oder 16 Personen, je nachdem, ob der Parteivorsitzende zugleich Fraktionsvorsitzender war oder nicht.[14] Die Satzungsänderung von 1967 schrieb dagegen ein Präsidium aus nur acht bis neun Personen vor, dem der Bundesvorsitzende, drei stellvertretende Bundesvorsitzende, der Bundesschatzmeister, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion sowie drei Beisitzer angehörten.[15]

Zugleich veränderte die Satzungsänderung von 1967 auch die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes. Zu ihm zählten nun die genannten acht bis neun Mitglieder des Präsidiums, sodann die der Partei angehörenden Bundesminister und Regierungschefs der Länder sowie 24 weitere Beisitzer.[16] Wenn die FDP keine Bundesminister stellte – einen FDP-Regierungschef eines Landes hatte es seit Reinhold *Maier* nicht mehr gegeben –, bestand der Gesamtvorstand satzungsgemäß von 1968 an aus 30 bis 31 Mitgliedern. Die Vorsitzenden der Landesverbände gehörten nun nicht mehr kraft Amtes dem Bundesvorstand an, was das föderalistische Element in der Parteiorganisation deutlich abschwächte.

Die 1967 beschlossene Institutionalisierung eines Präsidums war eine Folge der veränderten inneren und äußeren Lage der Bundespartei. Etwa von 1964 an bildete sich in der Parteizentrale ein informeller Führungskreis heraus, der aus dem Parteivorsitzenden *Mende,* seinen Stellvertretern *Weyer, Bucher* und *Mischnick,* Schatzmeister *Rubin,* dem Fraktionsvorsitzenden *von Kühlmann-Stumm* sowie Hauptgeschäftsführer *Friderichs* bestand. Dieser Kreis traf sich montags, nachdem der Parteivorsitzende sich am selben Tag zuvor mit den Abteilungsleitern der Bundesgeschäftsstelle beraten hatte. Mehr noch als diese Praxis[17] förderte den Gedanken eines Präsidiums der Verlust der Regierungsmitverantwortung der FDP im November 1966. Die Satzungsänderung von 1967 war eine organisatorische Konsequenz, die der Parteivorstand aus der Oppositionsrolle der FDP zog bzw. ziehen wollte.[18] Nicht zu übersehen ist auch die Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, demzufolge ein geschäftsführender Vorstand (Präsidium) aus der Mitte des Gesamtvorstandes gebildet werden kann.[19]

### *2. Der Bundesvorsitzende und seine Stellvertreter*

Die insgesamt acht Jahre dauernde Amtszeit *Mendes* begann im Januar 1960. Die Vorstandswahlen auf dem Stuttgarter Bundesparteitag brachten den damals 43jährigen Erich *Mende* mit 201 von 210 abgegebenen gültigen Stimmen an die Spitze der Partei. Er löste den 27 Jahre älteren Reinhold *Maier* ab, der

14 Vgl. § 19 Abs. 1 und 2 Bundessatzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 (ADL, D 1-323).
15 Vgl. § 19 Abs. 1 Bundessatzung i. d. F. vom 30. 1. 1968 (ADL, D 1-325).
16 Vgl. § 19 Abs. 2 Bundessatzung i. d. F. vom 30. 1. 1968 (ADL, D 1-325).
17 Vgl. K. J. Körper, 1968, S. 99 f.
18 Nr. 81, S. 720 f.
19 Vgl. § 11 Abs. 4 Gesetz über die politischen Parteien (BGBl. I, S. 773).

nicht wieder kandidiert hatte und von den Delegierten einstimmig zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit berufen wurde. Damit vollzog sich der Führungswechsel auf Bundesebene im Vergleich zu früheren Parteitagen bemerkenswert reibungslos.[1]

Mit *Mende* ging der Vorsitz an einen Politiker, der seinen Wirkungskreis seit 1949 zunehmend in der Bundestagsfraktion gefunden und deren Vorsitz er 1957 übernommen hatte. Seinen eher unauffälligen Aufstieg in der Partei verdankte der ehemalige Berufsoffizier und Ritterkreuzträger vor allem seiner nahezu ständigen Anwesenheit in Bonn, seinem Rückhalt im Landesverband Nordrhein-Westfalen und seinem Organisationstalent[2], das im Zusammenhang mit der Arbeitsweise des Bundesvorstandes zur Sprache kommen wird.[3]

Bei der Übernahme seines Amtes befand sich *Mende* in einer ungewöhnlich günstigen Ausgangsposition. Die von ihm erreichte Stimmenzahl stellte einen unerwartet deutlichen Vertrauensbeweis dar.[4] Die unter seinem Vorgänger erreichte Stabilisierung der Partei, insbesondere die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, begann sich positiv auszuwirken. Die Vereinigung von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz in der Person von *Mende* (bis 1963) trug zur Stärkung der Führungsspitze bei.[5] Zudem gelang es *Mende,* anfänglich die Unterstützung von Altbundespräsident *Heuss* zu gewinnen, der auf dem Bundesparteitag 1961 ein Bekenntnis zur FDP ablegte und ihr unter bestimmten Bedingungen erlaubte, sein Porträt im Bundestagswahlkampf zu verwenden.[6] Zugute kam *Mende* ferner, daß er eng mit dem „Apparat" der Partei zusammenarbeitete und politische Debatten redegewandt, reaktionsschnell und häufig taktisch geschickt zu beeinflussen vermochte.[7]

Das Anfangskapital, das *Mende* sozusagen in das politische Geschäft der Parteiführung einbrachte, wurde indessen im Verlauf seines Vorsitzes aufgezehrt. In dem Maß, in dem die Koalitionsfrage – durch Kabinettskrisen und Regierungsumbildungen jeweils aktualisiert – sich den Parteigremien aufdrängte und sie polarisierte, wurde die Position *Mendes* innerhalb der Partei in Frage gestellt. Die von *Mende* von Anfang an verfolgte Linie, eine Koalitionspartnerschaft mit der CDU/CSU in Bonn als die der FDP gemäßen Formel anzustreben bzw. an ihr festzuhalten, ließ sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre nur gegen zunehmende Bedenken fortsetzen und führte *Mende* schließlich 1967 in eine Minderheitenposition.[8] Diese Entwicklung vollzog sich naturgemäß in ständiger Auseinandersetzung und Verflechtung mit innen- und außenpolitischen Vorgängen, wobei *Mendes* Arbeitsschwerpunkte die Außen-, Sicher-

1 Vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 211; W. Schollwer, Liberale Führungspersonen, 1989, S. 451.
2 Vgl. FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XXIV.
3 Siehe S. XXII f.
4 Vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 211.
5 Vgl. FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XIII; H. Kaack, 1979, S. 28.
6 Vgl. Nr. 10, S. 56.
7 Vgl. W. Schollwer, Liberale Führungspersonen, 1989, S. 453.
8 Ebd., S. 453 f.

heits- und Deutschlandpolitik waren. In diesem Bereich hatte *Mende* als Abgeordneter seit den fünfziger Jahren Erfahrungen gesammelt, auf die er während seiner Amtszeit als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von 1963 bis 1966 aufbauen konnte.[9]

Durch die Wahlen für den Bundesvorstand Anfang 1960 wurde Oswald A. *Kohut Mendes* erster Stellvertreter und als solcher zuständig für die Bundesgeschäftsstelle.[10] *Kohut* war seit 1957 zweiter stellvertretender Bundesvorsitzender gewesen und hatte ebenfalls seit 1957 ein Bundestagsmandat inne.[11]

*Kohut,* der als Spirituosenfabrikant und Vorsitzender entsprechender Fachorganisationen das mittelständische Element in der FDP vertrat[12], blickte 1960 auf eine längere politische Tätigkeit in Hessen zurück, zunächst auf Gemeinde-, dann auf Kreis- und schließlich auf Landesebene. Als der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes Hessen, der national-liberale August-Martin *Euler* bei der Spaltung der FDP 1956 die Partei verließ[13], wirkte *Kohut,* zusammen mit Wolfgang *Mischnick,* integrierend und vermochte es, die Abwanderung unzufriedener Parteimitglieder in Grenzen zu halten.[14] In dieser für die hessische FDP kritischen Situation übernahm er 1956 den stellvertretenden Vorsitz und 1958 die Führung des Landesverbandes.[15]

Als stellvertretender Bundesvorsitzender gehörte *Kohut* zu den Kritikern *Mendes,* indem er wiederholt und mit Nachdruck eine Beteiligung der FDP an einer Regierung unter *Adenauer* ablehnte.[16] Nachdem die FDP, wenn auch widerstrebend, doch eine Koalition mit der CDU/CSU unter dem alten und neuen Bundeskanzler *Adenauer* eingegangen war, legte *Kohut* demonstrativ seine Ämter in der Bundespartei und im hessischen Landesverband nieder.[17]

Auch im Bereich der Deutschland- und Sicherheitspolitik geriet *Kohut* in den sechziger Jahren in Gegensatz zu *Mende* und zum rechten Flügel seiner Partei. In mehreren Zeitschriftenbeiträgen mit den z. T. bezeichnenden Titeln „Die *Hallstein*-Doktrin ist eine Fehlleistung"[18], „Keine Wiedervereinigung durch Abwarten"[19], „Deutsche Frage und europäische Sicherheit"[20] und „Neue Wege der Deutschland-Politik"[21] plädierte *Kohut* für einen Verzicht auf die *Hallstein*-Doktrin, die Abkehr von der „Politik der Stärke", für Verhandlungen mit der DDR, auch über eine Konföderation, und für eine Garantie des Status quo in Europa im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems.

---

9 Ebd., S. 453.
10 Nr. 1, S. 3.
11 Vgl. H. KAACK, 1979, S. 21; P. SCHINDLER, ²1983, S. 1126.
12 Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP. 1961, S. 249.
13 Vgl. FDP-BUNDESVORSTAND 1954–1960, 1991, XXIV.
14 Ebd., K. HOLL, 1982, S. 96.
15 Ebd.
16 Nr. 17, S. 118; Nr. 18, S. 181, 211 f.
17 Vgl. K. J. KÖRPER, 1968, S. 135.
18 In: Deutsch-polnische Hefte, München, 6. Jg. (1963), S. 579–581.
19 In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 9. Jg. (1964), S. 447–457.
20 In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 10. Jg. (1965), S. 995–1002.
21 In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 11. Jg. (1966), S. 105–109.

Kein Funktionärs- oder Managertyp, eher einer der Stilleren in der Bonner Politik war Hans *Lenz*[22], seit 1960 zunächst *Mendes* zweiter Stellvertreter im Parteivorsitz und als solcher zuständig für Grundsatzfragen.[23] Von seinem Studium her Philologe und danach im Beruf Verlagsleiter, erlebte *Lenz* das Ende des Zweiten Weltkrieges als Leutnant der Reserve, Kompanieführer und Schwerverwundeter. Nach dem Krieg engagierte sich *Lenz,* der der *Hohner* AG für Akkordeon- und Harmonikabau in Trossingen herkunftsmäßig und nun auch beruflich verbunden war, zuerst in der Kommunal- und dann auch in der Bundespolitik.[24]

Bundestagsabgeordneter seit 1953, stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion von 1957 bis 1961, zweiter und dann erster stellvertretender Bundesvorsitzender in den Jahren 1960 bis 1964, Bundesschatzmeister 1961/62 und Bundesminister für wissenschaftliche Forschung von 1962 bis 1965 – das waren die Stationen seiner politischen Arbeit auf Bundesebene.[25] Als die beiden anderen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Oswald *Kohut* und Heinrich *Schneider,* aus Protest gegen die Beteiligung der FDP an einer Regierung unter *Adenauer* ihre Ämter niederlegten, war *Lenz* vorübergehend, bis zum Mai 1962, allein stellvertretender Bundesvorsitzender.[26] In dieser Eigenschaft repräsentierte er auch die Führungsspitze der Freien Demokraten im Kabinett, solange *Mende* selbst kein Regierungsamt übernahm. Zugleich war *Lenz,* Jg. 1907, der älteste der fünf, übrigens sämtlich evangelischen Bundesminister, mit denen die FDP von 1961 an im vierten Kabinett *Adenauer* vertreten war.[27]

Im Bundestag zeichnete sich *Lenz* zunächst als Haushaltsexperte aus, bis er – belesen und auch musisch interessiert – nach der Zwischenstation im Bundesschatzministerium 1962 in der Forschungsförderung durch den Bund einen Aufgabenbereich fand, der ihm noch mehr zusagte und dem er bis 1965 zur Anerkennung als eigenständiges Politikfeld verhalf.[28] *Lenz,* der ebenso wie *Kohut* das mittelständische Element seiner Partei verkörperte, galt als ein Mann des Ausgleichs und der Vermittlung zwischen den divergierenden Interessen in seiner Fraktion.[29]

Heinrich *Schneider,* im Januar 1960 zum dritten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt und für „Koordinierung" zuständig, lehnte ebenso wie sein Parteifreund *Kohut* eine Koalition aus CDU/CSU und FDP ab. Nachdem die FDP dann doch Juniorpartner im vierten Kabinett *Adenauer* geworden war, zog sich *Schneider* demonstrativ aus der Parteiarbeit zurück. Im Januar 1962 legte er dann auch den Vorsitz der von ihm mitgegründeten und mitgeprägten DPS nieder. Sein 1957 gewonnenes Bundestagsmandat behielt er dagegen bis

22 „Ein Liberaler aus Schwaben", in: CHRIST UND WELT, Nr. 36 vom 6. 9. 1968, S. 2 (BPA).
23 Nr. 1, S. 3.
24 „Hans Lenz MdB, Trossingen", in: DAS FREIE WORT Nr. 18/58 vom 3. 5. 1958, S. 5.
25 Vgl. H. KAACK, 1979, S. 21; P. SCHINDLER, ²1983, S. 267, 309 f., 1130.
26 Vgl. R. STÖSS, Einleitung, 1984, S. 226 f.
27 Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP, 1961, S. 73, 85, 281, 327, 402.
28 „Abschied von Lenz", in: BULLETIN des BPA Nr. 110 vom 5. 9. 1968, S. 941 ff.
29 Vgl. Walter HENKELS, Die „Klimaanlage" bei den Freien Demokraten, in: FAZ Nr. 93 vom 21. 4. 1960, S. 2 (BPA); Nr. 17, S. 102 ff.

1965.[30] *Schneider* war ein Exponent des rechten Flügels in der FDP und wohl für das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden aufgebaut worden, um das national-liberale Element besser in die Gesamtpartei einbinden zu können.[31]

Die hier edierten Protokolle belegen, daß es der FDP als Bundespartei nur allmählich gelang, die Anfang 1955 wiedergegründete, betont national eingestellte DPS, die zuvor jahrelang illegal für den Beitritt der Saar zur Bundesrepublik gekämpft hatte[32], zu integrieren. Konfliktstoff boten wiederholt Abweichungen der DPS von der offiziellen Parteilinie in der Schulfrage und in der Satzung[33], die absichtliche Beibehaltung des Doppelnamens FDP/DPS[34], nationalistisch-revisionistisch gefärbte Artikel in dem DPS-Organ „Deutsche Saar"[35] und ein Interview *Schneiders* mit der „Deutschen Soldaten-Zeitung".[36] Auch das persönliche Verhältnis zwischen *Schneider* und *Mende* war offenbar durch gegenseitige Vorbehalte belastet.[37]

Bernhard *Leverenz*, seit 1952 Mitglied des Bundesvorstandes und von 1958 bis 1960 dritter stellvertretender Bundesvorsitzender, wurde auf dem Düsseldorfer Parteitag 1962 erneut für zwei Jahre gewählt, diesmal als zweiter Stellvertreter. Sein Wirkungskreis war die Landespolitik in Schleswig-Holstein, wo er von 1954 bis 1962 und von 1963 bis 1967 als Justizminister und zeitweise auch als stellvertretender Ministerpräsident amtierte.[38]

Innenpolitisch äußerte sich *Leverenz* in Zeitschriftenbeiträgen zu Fragen der Rechtspolitik[39] und unterstützte die von der Bundespartei vorgetragene Forderung nach einem Rechtspflegeministerium, das es damals nur in Schleswig-Holstein gab.[40]

Außenpolitisch bekannte sich *Leverenz* schon frühzeitig als Anhänger der Entspannungspolitik und befürwortete damit einen Kurs, wie er zunächst von *Pfleiderer* und später von *Dehler* verfolgt wurde.[41] Sein Anliegen vertrat *Leverenz* u. a. als Präsidialmitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland", dessen Mitglieder sich jedoch von ihrer Zusammensetzung her gegenseitig neutralisierten.[42] Mit seinem bedingten Vorschlag, zur Herbeiführung einer dau-

30 Vgl. H. SCHNEIDER, 1974, S. 551 f.; P. SCHINDLER, ²1983, S. 1150.
31 Vgl. Hermann SCHREIBER, Heinrich Schneider rückt auf dem FDP-Parteitag in den Vordergrund, in: Stuttgarter Zeitung Nr. 24 vom 30. 1. 1960, S. 3 (BPA).
32 Vgl. H. SCHNEIDER, 1974, S. 273–399, et passim.
33 Nr. 2, S. 11; Nr. 24, S. 317.
34 Nr. 5, S. 30; Nr. 21, S. 302.
35 Nr. 10, S. 61.
36 Nr. 21, S. 302.
37 Vgl. H. SCHNEIDER, 1974, S. 551 f.; Nr. 18, S. 201.
38 Vgl. LT-HANDBUCH Schleswig-Holstein, 5. WP, 1962, S. 352.
39 Vgl. u. a. B. LEVERENZE: Der Richter im sozialen Rechtsstaat, in DRiZ 44. Jg. (1966), S. 321–325.
40 Vgl. DAS RATHAUS 14. Jg. (1961), S. 276; Nr. 18, S. 162.
41 Vgl. B. LEVERENZ: Wiedervereinigung – unser oberstes Ziel. Rede vor dem Hamburger Kongreß der Freien Demokratischen Partei am 6. Juni 1957, Bonn 1958, S. 1–15; W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 26.
42 Vgl. L. LEVERENZ: Rechtsgrundlagen der Deutschlandpolitik, in: Politik. Vierteljahresschrift des Unteilbaren Deutschland, Berlin, Heft 1/1966, S. 45–52.

erhaften Friedensordnung auch territoriale Opfer zu bringen und eine „Politik der kleinen, mittleren oder praktischen Schritte" zugunsten der Menschen im geteilten Deutschland zu tun[43], wies sich *Leverenz* als Vertreter einer Gruppierung in der FDP aus, die 1967 als „Reformer" bezeichnet wurden.

Wolfgang *Döring,* den der Bundesparteitag 1962 zum dritten stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte, begann seine parlamentarische Laufbahn 1954 im Düsseldorfer Landtag, den er 1957 als Fraktionsvorsitzender vor allem deshalb verließ, um in der FDP-Parteileitung in Bonn die Aufgabe eines Wahlkampfleiters für die Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag zu übernehmen. Neben den Abg. *Kreitmeyer* und *Schultz* bald als Sprecher für Wehr- und Sicherheitspolitik anerkannt, wurde er 1961 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.[44]

*Döring,* der aus dem Zweiten Weltkrieg als Hauptmann und Kommandeur einer Panzereinheit heimgekehrt war, teilte mit den Abg. *Bucher, Mende, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Scheel* und *Weyer* die verbindende Erfahrung des Kriegsteilnehmers[45], was wohl zu dem teilweise engen Zuammenwirken der Genannten bei schwierigen politischen Aufgaben beitrug.[46]

Zeitgenossen schätzten *Döring* als pragmatisch, aber auch kämpferisch ein[47], und stimmten darin überein, daß der ehemalige aufbegehrende „Jungtürke" in den Jahren seines Bundestagsmandats – etwa in seiner Erklärung im Bundestag anläßlich der „Spiegel"-Affäre[48] – beinahe staatsmännisches Format erreicht habe.[49] Welcher Einfluß *Döring* in der Bundespartei zukam, verdeutlicht eine Bemerkung des Abg. *Emde* in einer Debatte über die Regierungsumbildung im Dezember 1962. *Emde* forderte damals daß, wenn Dr. *Starke* nicht in die Regierung eintrete, dann „der zweitstärkste Mann nach Dr. *Mende* ins Kabinett" müsse. Er, *Emde,* denke dabei an „*Döring* oder *von Kühlmann*".[50] Der plötzliche Tod von *Döring* im Januar 1963 wurde dementsprechend in der Partei als herber Verlust empfunden.[51]

Nach *Dörings* Tod übernahm sein Freund Willi *Weyer* das Amt des dritten stellvertretenden Bundesvorsitzenden; von 1964 bis 1968 war er dann erster Stellvertreter *Mendes.* Mitglied des Bundesvorstandes war *Weyer* schon seit 1952.[52] Sein politisches Wirkungsfeld blieb immer in erster Linie Nordrhein-Westfalen. Als Parlamentarier gehörte *Weyer* von 1950 bis 1970, mit Unterbrechung durch sein Mandat als MdB von 1953 bis 1954, dem Landtag in

43 Vgl. L. LEVERENZ: Grundfragen der deutschen Wiedervereinigung, in: Die Mitarbeit. Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik 15. Jg. (1966), S. 385–395.
44 Vgl. Wolfgang DÖRING, 1963, S. 2.
45 Ebd.; FDP-BUNDESVORSTAND 1954–1960, 1991, S. XXIII.
46 Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 65, 68, 99.
47 Wolfgang DÖRING, 1963, S. 13 ff. (E. *Gerstenmaier*).
48 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 45. Sitzung vom 7. 11. 1962, S. 1995 C f.
49 Vgl. Wolfgang DÖRING, 1963, S. 9 *(Doehring),* 15 *(Gerstenmaier);* W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 115.
50 Nr. 35, S. 418.
51 Vgl. Wolfgang DÖRING (wie Anm. 49).
52 Nr. 36, S. 422. FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, XVII, S. 638.

Düsseldorf an. Dort war der FDP-Politiker gleichzeitig 19 Jahre lang Kabinettsmitglied – zuständig nacheinander für Wiederaufbau, Finanzen und fast 13 Jahre lang bis 1975 für das Innenressort.[53]

Von seiner politischen Orientiertung her zählte *Weyer* zum Kreis der bereits erwähnten „Jungtürken", und sein Name bleibt mit den Koalitionswechseln zu sozialliberalen Koalitionen 1956 und 1966 in Düsseldorf eng verbunden. Dabei war die Koalitionsfrage für *Weyer* wohl keine Frage der weltanschaulichen Ausrichtung, sondern eine Frage der abwägenden politischen Taktik. Überhaupt war *Weyer* als Politiker unbestritten ein Pragmatiker und kein Ideologe.[54] *Mende* schätzte ihn, und als er 1967 seinen Rücktritt für das folgende Jahr ankündigte, schlug er *Weyer* als Nachfolger vor. Dieser lehnte jedoch eine Kandidatur ab und blieb als Landesminister mit der längsten Verwaltungserfahrung im Kabinett *Kühn*.[55]

Zur Generation der Kriegsteilnehmer gehörte auch Ewald *Bucher,* den der Bundesparteitag 1964 zum zweiten Stellvertreter *Mendes* wählte und 1966 für weitere zwei Jahre in dieser Funktion bestätigte.[56] Mit der Wahl *Buchers* zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden honorierte die Partei vor allem seine aussichtslose Kandidatur gegen *Lübke* für das Amt des Bundespräsidenten. *Buchers* anerkanntes Wirken für den regionalen Mittelstand – als Geschäftsführer des Landesverbandes der württembergischen Gewerbe- und Handelsvereine – wurde zum Ausgangspunkt für seine politische Arbeit auf Bundesebene: 1953 MdB, 1956 parlamentarischer Sekretär der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied des Bundesvorstandes der FDP, 1961 einer der drei stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und von 1962 bis zu seinem Rücktritt im März 1965 Bundesjustizminister.[57]

Was seinen politischen Stil angeht, so galt *Bucher* als eigenwillig und prinzipientreu. Dazu trugen vor allem drei Vorgänge bei, die ihn ziemlich unvermittelt zum Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen machten. In einem Telefoninterview mit der „Berliner Morgenpost" Anfang 1964 gab der damalige Justizminister zu erwägen, ob man den Reiseverkehr zwischen beiden Teilen Berlins nicht dadurch erleichtern könne, daß man keinen zusätzlichen Anreiz zur Flucht biete, also etwa die Aufenthaltsgenehmigungen für Besucher aus Ost-Berlin befriste oder ihnen keine Flugtickets nach Westdeutschland ausstelle. Daraufhin mußte sich *Bucher* den Vorwurf gefallen lassen, er, der Justizminister, sei bereit, Teile von Grundrechten preiszugeben.[58] Zum zweiten Mal setzte sich *Bucher* massiver Kritik aus, als er sich auf Wunsch seiner Partei um das Amt des Bundespräsidenten bewarb, das die FDP nicht wieder *Lübke* als einem Befürworter einer Großen Koalition anvertrauen wollte. *Bucher* mußte

53 LT-Handbuch NRW, 6. WP, 1966, S. 520.
54 Vgl. E. Mende, FDP, 1972, S. 105; E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 367.
55 Nr. 90, S. 766; Nr. 91, S. 767.
56 Siehe S. LXXI, LXXIII.
57 Vgl. Stuttgarter Nachrichten Nr. 75 vom 30. 3. 1965, S. 3 (BPA).
58 Vgl. FAZ Nr. 23 vom 28. 1. 1964, S. 3 und Nr. 25 vom 30. 1. 1964, S. 5 (BPA).

sich damals seine Zugehörigkeit zur NSDAP vorhalten lassen.[59] Der dritte spektakuläre Vorgang war der demonstrative Rücktritt als Justizminister, als CDU/CSU und SPD gegen die FDP die Verjährungsfrist für nationalsozialistische Verbrechen von 20 auf 30 Jahre verlängerten. Dabei stand *Bucher* wohl auch unter dem Einfluß seiner Partei, die seinen Rücktritt als Werbung ansah und sich Wählerstimmen davon erwartete, daß sie geschlossen gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist stimmte.[60]

Neben *Bucher* wurde 1964 Wolfgang *Mischnick* zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.[61] Anders als die meisten Mitglieder des Führungskreises der FDP übte *Mischnick* schon seit 1945, seit seiner Heimkehr als Kriegsversehrter, Politik als Beruf aus: zunächst als Mitbegründer und Funktionär der LDPD in der sowjetischen Besatzungszone und, nach seiner Flucht in den Westen, seit 1948 in der hessischen LDP. *Mischnicks* jahrzehntelanger Einsatz für die hessischen Liberalen, zeitweise gleichzeitig auf kommunaler und auf Landesebene, verschränkte sich später mit seinem Wirken auf Bundesebene: MdB seit 1957, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion 1959 bis 1961, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1961 bis 1963, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion von 1963 bis 1968 und ihr Vorsitzender von 1968 bis 1990. Als *Erhard* 1963 Bundeskanzler wurde, verzichtete *Mischnick* auf sein Ministeramt, um für den damaligen Parteivorsitzenden *Mende* einen Platz im Kabinett freizumachen.[62]

In seinen verschiedenen Funktionen auf Bundesebene trug *Mischnick* viel dazu bei, den inneren Zusammenhalt der Fraktion zu festigen und mit taktischem Geschick zwischen den Parteiflügeln auszugleichen. Innenpolitisch gehörte *Mischnick* zu den Liberalen, die durch ihre Vorarbeiten dazu beitrugen, die FDP längerfristig auf eine mögliche Koalition mit der SPD einzustimmen. Außenpolitisch wurde *Mischnick* von dem Bemühen geleitet, in der deutschen Frage realistische Alternativen zu entwickeln. *Mischnicks* Hauptinteresse galt indessen der Sozialpolitik, einem Feld, auf dem die FDP infolge ihrer spezifischen Struktur kaum gestaltend wirken konnte und sich den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen mußte.[63]

59 Vgl. K. Hildebrand, 1984, S. 136–142.
60 Ebd., S. 130–134.
61 Siehe S. LXXI.
62 Vgl. K. Holl, 1982, S. 92 f., 97.
63 Ebd., S. 96 ff. Mitteilung von Bundesminister a. D. Dr. Erich *Mende* vom 26. 11. 1991.

### *3. Arbeitsbedingungen und Arbeitsweise*

Satzungsgemäß beschloß der Bundesvorstand „über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundeshauptausschusses."[1]

1 § 20 Abs. 1 FDP-Bundessatzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 (ADL, D 1-323).

Dazu trat er in den Jahren 1960 bis 1967 etwa einmal im Monat zusammen, in kritischen Situationen, so anläßlich der Rücktrittserklärung *Mendes* im September 1967, auch öfter.[2] Die laufenden Geschäfte erledigte der engere oder Geschäftsführende Bundesvorstand, der wöchentlich bzw. vierzehntägig zusammentrat[3], in dringenden Fällen wie z. B. während der „Spiegel"-Affäre auch mehrmals wöchentlich.[4] Dabei geriet die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Gesamtvorstand und engerem Vorstand gelegentlich zu einem Diskussionspunkt zwischen den beiden Gremien. So sah *Leverenz* im Frühjahr 1964 die Aufgabe des Geschäftsführenden Bundesvorstandes „in der langfristigen Planung, Koordinierung, Regelung von organisatorischen und geschäftlichen Fragen und in der Vorbereitung von Sitzungen des Gesamtvorstandes". Dagegen wandte *Starke* ein, daß der Geschäftsführende Bundesvorstand „innerhalb der Sitzungen nur über Fragen der laufenden Geschäfte entscheiden" könne. *Starke* gab weiter zu bedenken, daß eine Sitzung des engeren Vorstandes, die kurz vor der Sitzung des Gesamtvorstandes stattfinde, eine mangelhafte Beteiligung an der Sitzung des Gesamtvorstandes zur Folge habe.[5] Offensichtlich war die Teilnahme an den Vorstandssitzungen wiederholt dann schwächer, wenn wichtige Entscheidungen bereits vom Geschäftsführenden Vorstand getroffen worden waren. Dies war nicht unbedingt ein Ausdruck von Eigenmächtigkeit, sondern durch die Eilbedürftigkeit mancher Entscheidungen bedingt.[6] Tatsächlich ließ die Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstandes oft zu wünschen übrig, und das Bedauern über unentschuldigte Abwesenheit oder vorzeitige Abreise von Vorstandsmitgliedern zieht sich wie ein roter Faden durch die Beratungen des Bundesvorstandes der Jahre 1960 bis 1967.[7] In Extremfällen verringerte sich die Zahl der Vorstandsmitglieder bis zum Ende der jeweiligen Sitzung auf 13 oder sogar nur neun Mitglieder.[8] Fast immer anwesend war dagegen der Bundesvorsitzende selbst, der in diesen Jahren nur einmal wegen längerer Krankheit ausfiel[9] und sich nur selten aus anderen Gründen vertreten ließ.[10]

Häufig erweiterte oder veränderte sich der Kreis der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstandes: durch die Anwesenheit der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion[11], gemeinsame Beratungen mit der Bundestagsfraktion[12], Teilnahme der Hauptgeschäftsführer der Lan-

2 Nr. 88, S. 754; Nr. 89, S. 761; Nr. 90, S. 765; Nr. 91, S. 767.
3 Nr. 47, S. 567 f.; Beschlußprotokoll der 1. Sitzung des Gf. BV vom 19. 6. 1964 in Bonn (ADL, Ordner Nr. 119).
4 Nr. 32, S. 359 f.
5 Nr. 47, S. 568.
6 Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 5. 12. 1990.
7 Nr. 29, S. 341; Nr. 47, S. 568; Nr. 67, S. 659; Nr. 80, S. 720; u. a. m.
8 Nr. 60, S. 629; Nr. 76, S. 707 f.
9 Nr. 47, S. 572.
10 Nr. 75 b, S. 703 f. Nr. 85, S. 741 ff.
11 Vgl. z. B. Nr. 54, S. 598; Nr. 61, S. 631.
12 Vgl. z. B. Nr. 17, S. 78; Nr. 32, S. 355.

desverbände[13], Hinzuziehung von Experten[14] und von Vertretern der Fachausschüsse[15] sowie durch den Zutritt von Gästen.[16] Deren Zahl konnte von den verhandelten Themen abhängen. Die Teilnahme von Gästen war geeignet, gezielt Informationen „nach unten" weiterzugeben und Mitglieder besser in die Partei zu integrieren.[17] Wenn der Bundesvorstand die Vertraulichkeit eines Tagesordnungspunktes oder der ganzen Sitzung beschloß, z. B. bei Bericht und Diskussion über die Lage in Berlin im September 1962 oder über die Regierungsumbildung noch im selben Jahr[18], dann hatten fast alle nicht dem Bundesvorstand angehörenden Personen die Sitzung zu verlassen. Anwesend blieben auch bei den vertraulichen Beratungen der Bundesgeschäftsführer und sein Stellvertreter, ebenso in der Regel der Pressechef bzw. dessen Vertreter.[19]

Die unterschiedliche Beteiligung an den Sitzungen des Bundesvorstandes ist auch im Zusammenhang mit Tag, Ort und Tagesordnung der jeweiligen Sitzung zu sehen. 1962 und 1964 beschloß der Bundesvorstand, grundsätzlich freitags zu tagen, dies nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Plenarsitzungen des Bundesrates.[20]

Der wiederholt angestrebte jour fixe ließ sich jedoch mit Blick auf andere Termine wie etwa Wahlveranstaltungen in den Ländern meist nicht lange halten, und praktisch wurde mit nahezu allen Wochentagen „experimentiert", wie *Engelhard* vorwurfsvoll an *Mende* schrieb, als dieser den Bundesvorstand für Montag, den 18. Januar 1965, einberufen hatte.[21] Tagungsort war in der Regel Bonn, vor den Bundesparteitagen der Ort des Parteitages und vor Landtagswahlen häufig eine Stadt im jeweiligen Bundesland.

Erster Punkt der Tagesordnung – nach den unumgänglichen Präliminarien – war in der Regel ein Bericht über die außen- und innenpolitische Lage, mit der *Mende* aus seiner Sicht das oberste Parteigremium über die wichtigsten Vorgänge seit der letzten Vorstandssitzung orientierte. Die anschließende Diskussion mündete häufig in eine Entschließung (Kommuniqué, Erklärung, Beschluß) des Bundesvorstandes[22], wozu *Mende* bzw. der Geschäftsführende Bundesvorstand einen Formulierungsvorschlag vorbereitet hatte, dem ein Redaktionskomitee dann eine konsensfähige Fassung für die Veröffentlichung gab.[23] Neben dem selten fehlenden Lagebericht drückte sich das Bemühen, die Vorstandssitzungen zu strukturieren, auch in dem nicht lange durchgehaltenen

13 Vgl. z. B. Nr. 34 a, S. 383; Nr. 66, S. 656.
14 Nr. 75 b, S. 703.
15 Nr. 61, S. 634.
16 Vgl. z. B. Nr. 4 a, S. 19; Nr. 29, S. 336.
17 Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 5. 12. 1990 und von Bundesminister a. D. Dr. Erich *Mende* vom 6. 11. 1991.
18 Nr. 30, S. 345; Nr. 34 b, S. 391.
19 Vgl. z. B. Nr. 50, S. 586; Nr. 63 b, S. 639; Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 17. 12. 1991.
20 Nr. 24, S. 315; Nr. 47, S. 568.
21 Nr. 57, S. 616; Schreiben Bürgermeister *Engelhard*, Hamburg, vom 5. 1. 1965 an den Bundesvorsitzenden *Mende* (ADL, Ordner Nr. 120).
22 Vgl. z. B. Nr. 1, S. 6; Nr. 73, S. 696 f.
23 Vgl. z. B. Nr. 28, S. 331; Nr. 33, S. 375.

Beschluß vom Juli 1964 aus, künftig als Haupttagesordnungspunkt über ein politisches Thema referieren und debattieren zu lassen. Damit wollte der Bundesvorstand der Gefahr begegnen, sich nur mit laufenden Tagesfragen zu beschäftigen.[24]

Ein regelmäßig wiederkehrender Tagesordnungspunkt war auch die Vorbereitung der Bundesparteitage, wobei genau festgelegt wurde, wer über welches Thema referieren sollte. Ein Ziel war dabei, unkontrollierte Debatten über strittige Themen zu verhindern, so z. B. vor dem Parteitag in Hannover 1967.[25] Relativ breiten Raum nahmen ferner die Beratungen über die Wahlkampfführung sowie die Analysen der Wahlergebnisse auf Landes- und Bundesebene ein.[26] Zu den wiederkehrenden Beratungsgegenständen gehörte auch die Einsetzung und Tätigkeit der zeitweise über 20 ständigen und nichtständigen Ausschüsse.[27] Ein vereinzelter, aber gewichtiger Tagesordnungspunkt war 1962 die Wahl eines neuen Bundesgeschäftsführers, die den Bundesvorstand in fünf Sitzungen beschäftigte. Anlaß war der freiwillige Rücktritt des seit 1959 amtierenden Karl-Hermann *Flach,* an dessen Stelle Hans-Dietrich *Genscher* trat, der von 1962 bis 1964 zugleich Geschäftsführer der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes war.[28] Die unvermeidlichen Finanzierungsfragen erörterte der Bundesvorstand in unregelmäßigen Abständen und in unterschiedlichen Sachzusammenhängen.

24 Nr. 29, S. 341.
25 Vgl. z. B. Nr. 81, S. 724; Nr. 82, S. 729 f; Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 5. 12. 1990.
26 Vgl. z. B. Nr. 10, S. 56 f; Nr. 63 b, S. 642 f.
27 Vgl. z. B. Nr. 28, S. 332–335; Nr. 61, S. 635; Nr. 73, S. 696.
28 Erstmals in Nr. 21, S. 305

## B. Finanzierungsprobleme

Auch in den 60er Jahren blieb die finanzielle Lage der FDP angespannt, und Bundesschatzmeister *Rubin* bemühte sich vergeblich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.[1] Anders als unter *Mendes* Vorgängern war die Frage des Finanzausgleichs zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Landesverbänden in den Jahren 1960 bis 1967 kein vordringliches Thema, ebenso wenig wie die vom Bundesvorstand den einzelnen Landesverbänden überwiesenen Zuschüsse.[2]

Diskutiert wurde über die Finanzlage der Partei vorwiegend unter zwei Gesichtspunkten: Deckung der Wahlkampfkosten und Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Daß der von der FDP 1961 so erfolgreich geführte Wahlkampf die Partei finanziell überfordert hatte, wurde bereits kurz nach dem Wahltag zu einem unangenehmen Thema. *Mende* sah sich gezwungen, nachdrücklich Pressestimmen zu dementieren, wonach die FDP erdrückende Schulden habe und Geldgeber die Partei unter Druck gesetzt hätten, doch eine Koalition mit der CDU/CSU unter *Adenauer* als Bundeskanzler einzugehen.[3] Tatsächlich waren der FDP 1961 Wahlkampfkosten in Höhe von 10 bis 12 Millionen DM entstanden, wie *Rubin* dem Bundesvorstand im Dezember 1961 eröffnete.[4] Wohl auch unter dem Eindruck dieser Erfahrung setzte die FDP 1964/65 große Hoffnungen auf eine zwischenparteiliche Vereinbarung über die Begrenzung der Wahlkampfkosten, wofür sie einen Entwurf für ein Abkommen über die Begrenzung der Wahlkampfkosten, eine sachliche Führung des Wahlkampfes und eine eventuelle schiedsgerichtliche Schlichtung erarbeitete.[5] Die in diesem Sinne zustande gekommene Vereinbarung wurde im Januar 1965 von den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien unterzeichnet, und das Abkommen bewährte sich in der Praxis offenbar besser als erwartet.[6]

Insgesamt gesehen wurde die Finanzlage der FDP von der Tatsache bestimmt, daß die Einkünfte aus Mitgliedsbeiträgen vergleichsweise gering waren und das Spendenaufkommen erheblichen Schwankungen unterlag. Die Partei spürte von 1959 an die Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 24. Januar 1958, demzufolge Spenden an Parteien steuerlich nicht mehr abzugsfähig waren. Angesichts dieser Lage trat die FDP schon Anfang der 60er

1 Vgl. FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XXXV.
2 Nr. 68, S. 665 f.
3 Nr. 18, S. 155; Nr. 20, S. 299.
4 Nr. 20, S. 299.
5 Nr. 56, S. 611.
6 Vgl. K. J. Körper, 1968, S. 67 f.

Jahre für eine Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln ein. Bei den Vorstandsberatungen über Mittelzuweisungen aus dem Bundeshaushalt für politische Parteien kritisierte die FDP die damals geltende Regelung, die eine Mittelverteilung entsprechend der parlamentarischen Stärke vorsah, und forderte einen Sockelbetrag für alle Parteien.[7]

Im Verlauf der 1964 einsetzenden Beratungen über ein Parteiengesetz und die in ihm vorgesehene Parteienfinanzierung blieb es das erklärte Ziel der FDP, einen Sockelbetrag festzuschreiben, der den im Bundestag vertretenen Parteien zu gleichen Teilen zuzuweisen sei. Die FDP ging davon aus, daß eine Dotierung nur nach Wählerstimmen zu einer faktischen Ungleichheit führe, die das Bundesverfassungsgericht durch seine Entscheidungen gerade habe verhindern wollen.[8] Als die SPD im Spätjahr 1966 der Zuweisung eines Sockelbetrages zustimmte, hatte die FDP ihr Ziel einer „Versockelung" erreicht, die dann 1967 im Gesetz über die politischen Parteien festgeschrieben wurde.[9] Ein weiterer, mit den Finanzierungsmöglichkeiten eng verknüpfter Beratungsgegenstand waren Art und Umfang der Pressearbeit der FDP.

7 Nr. 1, S. 4 f.
8 Nr. 54, S. 603; Nr. 72, S. 691 f; Nr. 76, S. 706 f.
9 Nr. 77 a, S. 709.

## C. Zur Pressearbeit der Bundespartei

Anders als CDU, CSU und SPD konnte sich die FDP kaum auf überregionale parteieigene oder der Partei nahestehende Tages- und Wochenzeitungen stützen.[1] Gleichwohl nahm die FDP 1959 für sich in Anspruch, was wohl auch in der Folgezeit galt, nämlich durch die politische Arbeit von Partei und Fraktion und durch das unermüdliche Wirken ihrer Parteipublizisten immer noch einen erheblich größeren Anteil an der Berichterstattung über das öffentliche Geschehen zu haben, als es ihrer parlamentarischen Stärke entsprach.[2] Wichtigstes Organ war die „Freie demokratische Korrespondenz. Fdk-Pressedienst der Freien Demokratischen Partei", die seit 1950 erschien.

Aufgabe dieses Pressedienstes war es, alle Erklärungen, Stellungnahmen und Verlautbarungen grundsätzlicher Natur, insbesondere Äußerungen des Bundesvorstandes oder von Einzelmitgliedern des Parteivorstandes zu aktuellen politischen Fragen zu veröffentlichen. Verantwortlicher Redakteur und damit parteiamtlicher Interpret liberaler Politik war seit 1959 Wolfgang *Schollwer*.[3]

Neben der „fdk" als Pressorgan des Bundesvorstandes erschien seit 1960 die „fdk (T)", im Unterschied zu ihrer Namensschwester ein täglicher Pressedienst und ein Organ der FDP-Bundestagsfraktion. Dieser Parlamentsdienst, von der Pressestelle bei der Fraktion herausgegeben, war dazu bestimmt, für die schnelle Veröffentlichung aller Stellungnahmen und Erklärungen der Fraktion zu Problemen zu sorgen, die sich aus der täglichen parlamentarischen Arbeit ergaben. Referent für diesen Pressedienst der Fraktion wurde zunächst Hansjürgen *Dürr*, formal war für die „fdk (T)" der schon genannte Wolfgang *Schollwer* zuständig.[4]

Personell wurde die Pressearbeit zu Beginn der 60er Jahre vor allem dadurch verstärkt, daß vor der Bundestagswahl 1961 der damals 35jährige Karl *Moersch* den neugeschaffenen Posten eines Leiters der Presseabteilung beim Bundesvorstand übernahm, den er bis zur Übernahme eines Bundestagsmandats 1964 innehatte. *Moersch* unterstanden die Pressestellen der Bundesparteileitung und der Bundestagsfraktion, der Pressedienst „Freie demokratische Korrespondenz" („fdk"), dessen Redakteur weiterhin Wolfgang *Schollwer* blieb, sowie „Das freie Wort".[5]

---

1 Nr. 34 b, S. 397.
2 Vgl. Geschäftsbericht Bundesparteitag 1959 von K.-H. Flach, S. C 6 (ADL, A 1-149).
3 Nr. 1, S. 4; Wolfgang *Schollwer*, „Vermerk für Herrn Dr. *Mende*" vom 26. 9. 1960 (ADL, 6951/25).
4 Ebd.
5 Nr. 10, S. 58 f.; Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 5. 12. 1990.

„Das freie Wort. Zentralorgan der Freien Demokratischen Partei" erschien seit 1952 und entwickelte sich so gut, daß es von 1958 an wöchentlich und seit 1962 sogar zweimal wöchentlich erscheinen konnte.[6] Wirtschaftliche Gründe zwangen den Parteivorstand jedoch, sein Erscheinen zum 30. Juni 1964 einzustellen. Nicht nur im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum fünften Deutschen Bundestag hinterließ der Verzicht der Partei auf dieses Kommunikationsmittel eine empfindliche Lücke.[7] Betroffen von dieser Entscheidung war auch das bereits 1960 geplante, seit 1962 erschienene und in der Folgezeit mit Zuschüssen unterstützte Kopfblatt „Berliner Wort".[8]

Neben der „fdk" und dem „Freien Wort" gab es weitere Pressedienste, deren Gestaltung und Verhältnis zueinander in den 60er Jahren überdacht wurde: der „Schnelldienst" und die sogenannten Fachdienste „Kulturpolitische Mitteilungen", „Sozialpolitische Mitteilungen", und das „Frauenmitteilungsblatt" bzw. „Was Frauen wissen wollen".[9] Außer der Redaktionsarbeit für die genannten parteieigenen Organe und Dienste hatten die Pressereferenten auch Tagungen, Parteitage und Pressekonferenzen innerhalb und außerhalb der Partei wahrzunehmen.[10]

Das Verhältnis des Bundesvorstandes zur Presse war insofern problematisch, als immer wieder vertraulich behandelte Einzelheiten aus seinen Beratungen den Weg in die Presse fanden, was nach *Mendes* Einschätzung in bestimmten Fällen nur durch Indiskretionen von Vorstandsmitgliedern möglich war.[11] Dieser Umstand veranlaßte den Bundesvorstand zu offenbar wenig erfolgreichen Gegenmaßnahmen. So erhielten 1961 Fraktionsmitglieder den Auftrag, „die undichten Stellen in der Fraktion festzustellen"[12], und 1967 beschloß der Bundesvorstand, in der Bundesgeschäftsstelle Untersuchungen durchzuführen „mit dem Ziel, festzustellen, wie vertrauliche Arbeitspapiere an sieben Redaktionen im Bundesgebiet gelangen konnten."[13] Der Indiskretion verdächtigt wurden insbesondere die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle[14], denen von Fall zu Fall erlaubt wurde, bei den Vorstandssitzungen anwesend zu sein.[15]

6 Nr. 1, S. 4; Hermann *Gentner*, „Vermerk für Redaktion „Das freie Wort" vom 27. 3. 1962 (ADL, 6952/34).
7 Nr. 47, S. 569.
8 Nr. 1, S. 5; Nr. 42, S. 527.
9 Nr. 1, S. 4; Nr. 66, S. 658.
10 Wolfgang *Schollwer*, „Vermerk für Herrn *Flach*" vom 8. 12. 1960 (ADL, 6951/26).
11 Nr. 54, S. 600.
12 Nr. 34 b, S. 393.
13 Nr. 84, S. 740.
14 Ebd.; Mitteilung von Wolfgang *Schollwer* vom 5. 12. 1990.
15 Zur Frage der Anwesenheit der Mitarbeiter vgl. Nr. 30, S. 344; Nr. 32, S. 355 f.

# D. Bundespartei und Bundestagsfraktion

Unter dem Vorsitz von Reinhold *Maier* war eine engere Verbindung zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion erreicht worden. Das veränderte Verhältnis zwischen beiden kam darin zum Ausdruck, daß Vertreter von Partei und Fraktion in den Arbeitskreisen recht reibungslos zusammenwirkten und daß Bundesvorstand und Bundestagsfraktion bei wichtigen Fragen zu gemeinsamen Sitzungen zusammentraten.[1] Dabei blieb es auch unter *Mende,* der von seiner Wahl im Januar 1960 bis zum Herbst 1963 die Ämter des Bundesvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden in seiner Person vereinigte. Während seiner Amtszeit als Vorsitzender lud er Vorstand und Fraktion etwa 20mal zu gemeinsamen Sitzungen ein, so zu den Koalitionsberatungen nach der Bundestagswahl 1961[2], anläßlich der „Spiegel"-Affäre und der durch sie ausgelösten Regierungskrise 1962[3], im Hinblick auf die Kabinettsumbildung nach *Adenauers* Rücktritt 1963[4], vor der Wahl des Bundespräsidenten 1964[5] und nach der Bundestagswahl 1965.[6]

Trotz der weitgehenden personellen Kongruenz von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion – etwa zwei Drittel bis vier Fünftel der Vorstandsmitglieder gehörten gleichzeitig der Fraktion an[7] – war das Verhältnis zwischen beiden Gremien auch in den 60er Jahren nicht frei von Spannungen. Die Tatsache, daß die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Vorstand und Fraktion fast ausschließlich von *Dehler* und *Mende* angesprochen wurde, weist darauf hin, daß sich die zutage tretenden Gegensätze nicht nur aus unterschiedlich eingeschätzten Sachfragen, sondern auch aus persönlicher Distanz der Wortführer ergaben.

Das erste Mal nach *Mendes* Amtsantritt geriet das Verhältnis zwischen Vorstand und Fraktion erkennbar nach der Bundestagswahl 1961 in die Diskussion. In der gemeinsamen Sitzung vom 19. September 1961 setzten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion eine paritätisch zusammengesetzte Verhandlungskommission ein. Dabei tauchte die Frage auf, ob diese Kommission grundsätzlich an die Beschlüsse von Vorstand und Fraktion weisungsgebunden sei. *Dehler* beantwortete sie dahingehend, daß die Entscheidung ausschließlich bei der Fraktion und nicht beim Vorstand liege; „der Bundesvorstand hat

1 FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XIII.
2 Nr. 17–19, S. 78 ff., 135 ff., 231 ff.
3 Nr. 32–35, S. 355 ff., 372 ff., 383 ff., 407 ff.
4 Nr. 43, S. 536 ff.
5 Nr. 53 a–53 b, S. 594 ff.
6 Nr. 63 b–65 b, S. 639 ff., 649 ff., 652 ff., 654 ff.
7 Nr. 19, S. 296.

höchstens die Möglichkeit der Beratung!"[8] In der dritten und letzten gemeinsamen Beratung von Vorstand und Fraktion über die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU am 6. Oktober 1961 bekräftigte *Dehler,* daß das entscheidende Gremium für die kommenden Fragen die Bundestagsfraktion sei. Wenn man bis dahin – am 19. 9., 29. 9. und 6. 10. 1961 – den Kreis ausgeweitet habe, dann sei das ein Entgegenkommen der Fraktion gewesen. „Die Fraktion steht unter einem ganz anderen Gesetz als der Bundesvorstand, sie hat eine ganz andere Verantwortung und muß auch die Möglichkeit haben, unter sich die kommenden Fragen zu behandeln."[9]

Als die FDP im März 1963 aus ihrer Sicht zufriedenstellende Gespräche mit dem DGB geführt hatte, sprach *Leverenz,* damals einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, erneut das Verhältnis zwischen Vorstand und Fraktion an. Er bedauerte, daß die Verhandlungen nicht vom Bundesvorstand, sondern von der Fraktion geführt worden seien. „Während die CDU die Funktionen ihres Bundesvorstandes verstärke, liege bei unserer Partei in dieser Beziehung manches im argen."[10]

Etwa ein Jahr später war es wieder *Dehler,* der sich zur Stellung der Fraktion äußerte. In einer Debatte über die wesentlich von der FDP vorangetriebene Passierscheinregelung für Berlin bestritt er dem Bundesvorstand das Recht, Meinungsäußerungen der Fraktion zu interpretieren.[11] In der folgenden Vorstandssitzung beharrte *Dehler* auf dem Standpunkt, daß die Haltung der Bundestagsfraktion in der Passierscheinfrage eindeutig und klar sei. Bei der Koalitionsbeteiligung habe der (einer Passierscheinregelung widerstrebende) Bundeskanzler *Erhard* seine Richtlinien im Rahmen des Koalitionsvertrages beschränkt. Der Bundesvorstand solle nichts beschließen, „was der klaren Meinung der Fraktion, wie sie im Kommuniqué vom 14. Januar 1964 festgelegt ist, widerspreche".[12]

Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl von 1965 kam es zwischen *Mende* und *Dehler* zu einer ähnlichen Kontroverse wie nach der Bundestagswahl von 1961. Für *Mende* war der Bundesvorstand zur Führung verpflichtet. Fraktion und Bundesvorstand müßten verklammert sein. „Hier darf keine Rivalität entstehen."[13] *Dehler* setzte dem entgegen, „daß die letzte Entscheidung über das Eingehen der Koalition bei der Bundestagsfraktion und nicht bei der Partei liegt".[14] Wie schon in früheren Sitzungen des Bundesvorstandes „belehrte" *Dehler* seine Parteifreunde, „daß die Fraktion eine Institution eigenen Rechts ist".[15]

8 Nr. 17, S. 124.
9 Nr. 19, S. 296.
10 Nr. 38, S. 489.
11 Nr. 47, S. 572.
12 Nr. 48, S. 577.
13 Nr. 63 b, S. 643.
14 Ebd., S. 644
15 Nr. 17, S. 103.

# E. Bundespartei und Landesverbände

## *1. Präsenz der Landesverbände im Bundesvorstand*

Seit ihrer Gründung als Bundespartei begleitete die FDP ein gewisser Widerspruch insofern, als sie im staatlichen Bereich nicht zu den nachdrücklichen Befürwortern des föderalistischen Prinzips gehörte[1], von ihrer Organisation her jedoch ebenso föderalistisch angelegt wie die CDU in den 60er Jahren. Zwar war die FDP zu Beginn der 60er Jahre „keine Addition von Landesverbänden"[2] mehr, aber eine Rücksichtnahme auf diese ergab sich schon daraus, daß die FDP in den 60er Jahren – anders als in den 80er Jahren – in der Mehrzahl der Länder relativ stark und dort mit zwei bis drei Ministern bzw. Senatoren an der Regierung beteiligt war. Wo dies der Fall war, war der jeweilige FDP-Landesvorsitzende in der Regel auch Minister. Diese Doppelfunktion trug offenbar dazu bei, daß die Teilnahme der Landesvorsitzenden an den Sitzungen des Bundesvorstandes, wozu sie satzungsgemäß verpflichtet waren, wiederholt zu wünschen übrig ließ.[3] Wohl aus dem gleichen Grund fand *Mendes* Bemühen, Zusammenkünfte des Bundesvorstandes mit den der FDP angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten und übrigen Kabinettsmitgliedern aus den Ländern zu vereinbaren, bei den Angesprochenen nur geringes Interesse.[4]

Es gehörte zum Arbeitsstil des Bundesvorstandes in den 60er Jahren, daß er immer wieder erkennbar Rücksicht auf die Belange der Landesverbände nahm. So wollte er die zahlenmäßige „Größe" der Landesverbände nicht im Sinne einer Wertung verstanden wissen[5] und trug bei der Bildung der Verhandlungskommission nach der Bundestagswahl 1961 „Regionalprinzipien" dadurch Rechnung, daß er den bei der Abstimmung unterlegenen Vertretern der süddeutschen Landesverbände nachträglich noch zwei Plätze in der Kommission einräumte.[6] Den „Empfindlichkeiten" der Landesverbände entsprach der Bundesvorstand auch dadurch, daß er jeden Anschein eines direkten Eingreifens in Flügelkämpfe innerhalb der Landesverbände zu vermeiden suchte[7] und daß er bei Koalitionsverhandlungen in einem Land auf Empfehlungen bzw. Weisungen verzichtete oder ausdrücklich feststellte, daß die Koalitionsverhandlungen

1 Vgl. das Eintreten der FDP für ein Bundeskultusministerium in Nr. 3, S. 14.
2 Nr. 17, S. 120.
3 Nr. 5, S. 28 f.
4 Nr. 31, S. 354.
5 Nr. 17, S. 126.
6 Ebd., S. 126.
7 Nr. 29, S. 341; Nr. 44, S. 556; Nr. 45, S. 561.

„im Benehmen mit dem Bundesvorstand" erfolgten.[8] Es entsprach dem Gewicht des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, daß sein Hauptgeschäftsführer *Rieger* häufiger als seine Kollegen aus den übrigen Landesverbänden an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnahm und daß ein nicht fristgerecht eingebrachter Antrag dieses Landesverbandes gleichwohl dem Plenum des Bundesparteitages vorgelegt wurde.[9]

Der Landesverband Baden-Württemberg war als zweitstärkster Landesverband ebenso wie der von Nordrhein-Westfalen von 1959 an zunächst mit insgesamt sechs Mitgliedern im Bundesvorstand vertreten. Bestimmt wurde die Politik dieses Landesverbandes über ein Jahrzehnt von Wolfgang *Haußmann,* der als langjähriger Justizminister von Baden-Württemberg – von 1953 bis 1966 – ein ausgewiesener Landespolitiker war. Das Amt des Landesvorsitzenden und damit seinen Sitz im Bundesvorstand gab *Haußmann* 1964 ab. Anlaß war die Landtagswahl im April 1964, bei der der Stimmenanteil der FDP von 15,8 v. H. (1960) auf 13,1 v. H. sank. Aus der dadurch mitverursachten Führungskrise ging Hermann *Saam* als neuer Landesvorsitzender hervor. Außer den beiden Vorsitzenden vertraten die südwestdeutsche FDP im Bundesvorstand neben- bzw. nacheinander Ewald *Bucher,* Walter *Erbe,* Hans *Lenz,* Eduard *Leuze* und Hermann *Müller.* Dabei kam *Bucher* und *Lenz* erhöhtes bundespolitisches Gewicht dadurch zu, daß beide in den 60er Jahren Bundesminister wurden, während *Leuze* und Hermann *Müller* als Landesminister mit Exekutivaufgaben betraut waren. Zu erwähnen ist natürlich noch Reinhold *Maier,* seit 1960 Ehrenpräsident der Bundespartei.[10]

Das Profil der bayerischen FDP bestimmte von 1956 bis 1964 weitgehend Albrecht *Haas,* der von 1956 bis 1962 auch Justizminister war. Ihn löste 1964 Klaus *Dehler* ab, ein Neffe von Thomas *Dehler* und damals FDP-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag. Klaus *Dehler* wiederum gab den Landesvorsitz 1967 an Dietrich *Bahner* ab, Schuhfabrikant aus Augsburg und bis dahin Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Bayerisch-Schwaben. Neben den Landesvorsitzenden entsandte der bayerische Landesverband in den Bundesvorstand Anfang der 60er Jahre den auch in der Folgezeit immer wieder als Beisitzer bestätigten Thomas *Dehler* sowie *Herta Ilk.* Die langjährige Frauenpolitikerin wurde 1964 durch die Bildungspolitikerin Hildegard *Hamm-Brücher* abgelöst. Diese vertrat gemeinsam mit ihrem Landsmann Otto *Bezold* im bayerischen Landesverband das „linksliberale Element" gegenüber dem national-liberalen Flügel. *Bezold* und Josef *Ertl* vertraten im Bundesvorstand wiederholt die Landesvorsitzenden, während Heinz *Starke* in den 60er Jahren als Beisitzer Mitglied des Bundesvorstandes war.[11]

8 Nr. 28, S. 329 f.
9 Nr. 41, S. 522.
10 Die Angaben zu den Landesverbänden sind größtenteils entnommen aus A. C. Storbeck, 1970, passim; Das Rathaus 12. Jg. (1959) – 20. Jg. (1967), FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XXIII-XXVI sowie den Teilnehmerverzeichnissen der hier edierten Protokolle.
11 Ebd.

Neben der schon genannten Herta *Ilk* gab es im Bundesvorstand zunächst nur noch eine weitere, ebenfalls promovierte Frau, Marie Elisabeth *Lüders* aus Berlin. Geführt wurde dieser Landesverband seit 1959 zunächst von dem Verwaltungsdirektor Rudolf *Will,* der sein Amt 1960 an den aus neunjähriger politischer Haft in der DDR entlassenen William *Borm* abtrat. Die Berliner FDP, durch parteiinterne Querelen und seit Ende 1958 durch den Verlust aller Mandate im Abgeordnetenhaus geschwächt, erlebte unter *Borm* einen Aufschwung und kehrte 1963 ins Parlament und in den Senat zurück. Einer der beiden Senatoren wurde Hans-Günter *Hoppe,* der seit 1957 Beisitzer im Bundesvorstand war und als solcher wiederholt in seinem Amt bestätigt wurde, 1964 sogar mit der höchsten Stimmenzahl.[12]

Den kleinen Landesverband Bremen führte viele Jahre Georg *Borttscheller,* zugleich Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr der Hansestadt. Im Bundesvorstand ließ sich *Borttscheller* von 1960 bis 1967 häufig durch Werner *Ehrich* vertreten, gelegentlich auch durch Ulrich *Graf,* der als Senator für Justiz und Kirchliche Angelegenheiten ein Amtskollege *Borttschellers* war.[13]

An der Spitze des Hamburgischen Landesverbandes der FDP stand von 1958 bis 1966 Edgar *Engelhard,* der als 2. Bürgermeister die Verwaltung des Stadtstaates mitverantwortete. Ihm folgte 1966 Willy Max *Rademacher,* der sich schon in den 50er Jahren als Landesvorsitzender bewährt hatte und sich für die Bundespartei als verkehrspolitischer Experte einsetzte. Im Bundesvorstand ließ sich *Engelhard* wiederholt durch Peter-Heinz *Müller-Link* und *Rademacher* vertreten, während *Rademacher* von 1966 an Hermann *Arning* und Rolf *Dahlgrün* als seine Stellvertreter zu den Vorstandssitzungen entsandte. Letzterer war auch zeitweise Beisitzer ebenso wie *Müller-Link.*[14]

Den Landesverband Hessen, der nach der Abspaltung der *Euler*-Gruppe 1956 Mitglieder und Wähler verloren hatte, führte bis 1962 der schon genannte Oswald *Kohut* und, nach dessen Rücktritt, von Februar 1962 an Heinrich *Kohl,* Landrat des damaligen nordhessischen Kreises Frankenberg/Eder. Ebenfalls von der hessischen FDP in den Bundesvorstand wurden entsandt als Beisitzer Max *Becker* (bis Juli 1960), Wolfgang *Mischnick* und Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm,* der 1963 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion wurde und in dieser Eigenschaft weiterhin Sitz und Stimme im Bundesvorstand hatte.[15]

Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen war von 1956 bis 1968 Carlo *Graaff,* ein Unternehmer, der die früher national-liberal orientierte FDP 1959 in eine Regierungskoalition mit der SPD führte und dort das Ressort Wirtschaft und Verkehr übernahm (bis 1965). Im Bundesvorstand ließ sich *Graaff* häufiger durch einen Amtskollegen, den Justizminister Arvid *von Nottbeck,* vertreten. Als weitere Vertreter entsandte der Landesverband Niedersachsen in den Bundesvorstand Jan *Eilers,* einen Experten für Kommunalpolitik, zeitwei-

12 Ebd.
13 Ebd.
14 Ebd.
15 Ebd.

se auch den Wehrexperten Reinhold *Kreitmeyer* sowie ab 1966 Winfried *Hedergott.*[16]

Den Vorsitz des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hatte seit 1956 Willy *Weyer* inne, der schon von 1954 bis 1958 ein Ministeramt in der Landesregierung bekleidet hatte und 1962 zum stellvertretenden Ministerpräsident aufrückte. Sein eigentliches Arbeitsfeld blieb die Landespolitik, auch in der Zeit, als er zunächst dritter und dann erster Stellvertreter des Bundesvorsitzenden war (1963–1968). Mit den Politikern Wolfgang *Döring* und Walter *Scheel,* die dem Bundesvorstand als Beisitzer angehörten, teilte *Weyer* politische Ziele und die Zugehörigkeit zur „Kriegsgeneration". Weitere Mitglieder des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Bundesvorstand waren Ernst *Achenbach,* Experte für Außenpolitik, der agrarpolitische Sprecher Josef *Effertz,* die Wirtschafts- und Finanzsachverständige Liselotte *Funcke* (seit 1964) sowie Siegfried *Zoglmann,* stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion ab Februar 1963.[17]

Der kleine Landesverband Rheinland-Pfalz wurde seit 1958 von Fritz *Glahn* geleitet, der von 1959 bis 1966 auch als Minister für Finanzen und Wiederaufbau des Landes verantwortlich war. 1966 wurde *Glahn* sowohl im Vorsitz des Landesverbandes als auch in seinem Ministeramt durch den 12 Jahre jüngeren Hermann *Eicher* abgelöst. Im Bundesvorstand vertreten ließ sich *Glahn* wiederholt von Otto *Arndt* und Gerhard *Völker,* während Landesvorsitzender *Eicher* mehrfach Helmut *Schäfer* als seinen Stellvertreter benannte. Regelmäßig entsandte die rheinland-pfälzische FDP bis 1966 Karl *Atzenroth,* Fabrikant und Verbandsvertreter, und ab 1966 Fritz Rudolf *Schultz,* einen der wehrpolitischen Sprecher der Bundespartei.[18]

Die Liberalen des Saarlandes waren Anfang der 60er Jahre noch so etwas wie eine eigene „Bindestrich-Partei" (FDP/DPS)[19], die offiziell bis 1962 von dem national orientierten Heinrich *Schneider* geführt wurde. Aus Protest gegen die CDU/CSU-FDP-Koalition unter *Adenauer* blieb er ab November 1961 den Sitzungen des Bundesvorstandes fern und legte Anfang 1962 angesichts von parteiinternen Querelen den Vorsitz der von ihm mitgegründeten und mitgeprägten DPS nieder. Sein Nachfolger wurde Arbeitsminister Paul *Simonis.* Als Beisitzer nahm an den Bundesvorstandssitzungen von 1962 bis 1965 mit Unterbrechungen Fritz *Wedel* teil. Der Landesvorsitzende *Simonis* ließ sich 1966 durch Reinhard *Koch* vertreten.[20]

Auch im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein war die FDP in den 60er Jahren Koalitionspartner. Vorsitzender des Landesverbandes war zunächst Bernhard *Leverenz,* zugleich Landesminister der Justiz und von 1958 bis 1962 stellvertretender Bundesvorsitzender. Er gab den Landesvorsitz 1963 an den Bundestagsabgeordneten Otto *Eisenmann* ab, der bis dahin schon als

16 Ebd.
17 Ebd.
18 Ebd.
19 Nr. 2, S. 11; Nr. 21, S. 302.
20 Siehe Anm. 10.

Beisitzer dem Bundesvorstand angehörte. Ferner entsandte die schleswig-holsteinische FDP Gerd *Iversen* (1962–1963) und Walter *Peters* (1962, 1966–1967) in den Bundesvorstand.[21]

21 Siehe Anm. 10.

### *2. Konfliktsituationen in den Landesverbänden aus der Sicht des Bundesvorstandes*

Die Beziehungen zwischen Bundespartei und Landesverbänden regelte vor allem § 9 der Bundessatzung. Er verpflichtete die Landesverbände, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu gewährleisten. Verstießen sie gegen diese Verpflichtung, so war der Bundesvorstand verpflichtet, sie dazu anzuhalten. Das weitere war in dem umfangreichen Paragraphen in Abs. 1 bis 5 geregelt.[1] Vor diesem Hintergrund sollen hier nur die konkreten Konfliktsituationen umrissen werden, die den Bundesvorstand mit der Frage konfrontierten, ob und in welcher Weise er in die politischen Vorgänge in einem Landesverband eingreifen sollte.

Der Landesverband, der den Bundesvorstand in den 60er Jahren am meisten beschäftigte, war Bayern. Da war zunächst die Affäre *Volkholz,* deren Anfänge in die 50er Jahre zurückreichten. Ludwig *Volkholz,* von 1949 bis 1951 Abgeordneter der Bayernpartei im Bundestag und dann bis 1953 Mitglied der BP-Fraktion des Bayerischen Landtags, mußte beide Mandate abgeben, da ihm Anstiftung zum Zeugenmeineid und andere Delikte zur Last gelegt wurden. Obwohl aus der BP ausgeschlossen und rechtskräftig verurteilt, hatte *Volkholz* weiterhin einen beachtlichen Rückhalt in der Bevölkerung des Wahlkreises Kötzting im Bayerischen Wald. Dort wurde er 1958 für sechs Jahre zum Bürgermeister der Gemeinde Voggenburg gewählt. Im selben Jahr, vor den Wahlen zum bayerischen Landtag, warb er gemeinsam mit seiner Frau im Wahlkreis Kötzting für die FDP. Daraufhin erzielte die Partei, die bis dahin kaum Anhänger in diesem Wahlkreis gehabt hatte, mit 18,7 v. H. der Stimmen eines der besten Wahlergebnisse in Bayern. Um 1960 war *Volkholz* nicht nur Bürgermeister, sondern auch Mitglied des Kreistags Kötzting und Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Nieder-Bayern.[2]

Im Bundesvorstand bedauerte der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern, *Haas,* diese Entwicklung nicht beeinflussen zu können, da *Volkholz* satzungsgemäß gewählt worden sei. Dieser habe einer Aufforderung zum Rücktritt zunächst zugestimmt, sie dann aber von der Eröffnung eines Wiederaufnahmeverfahrens (im Strafprozeß) abhängig gemacht. *Mende* schlug abschließend vor, *Volkholz* weiter zum Rücktritt zu drängen. Auf eventuelle Anfragen hin solle man erklären, daß die Sache in den zuständigen Gremien behandelt wer-

1 § 9 Bundessatzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 (ADL, D 1-323).
2 Nr. 6, S. 41.

de.[3] Spätestens 1962 wurde *Volkholz* dann wegen parteischädigenden Verhaltens aus der FDP ausgeschlossen.[4]

Einen weiteren, der FDP unangenehmen Vorgang aus Bayern brachte Frau *Ilk* Anfang 1961 im Bundesvorstand zur Sprache: Der FDP-Landesverband Bayern hatte Wahlkampfmaterial der CSU mit der Lebensgeschichte von Willy *Brandt* (einschließlich seines Wirkens in der Emigration) verteilt. Dies widersprach einem Vorstandsbeschluß, den Wahlkampf nicht persönlich zu führen. *Mende* faßte die Beratung des Bundesvorstandes in dem Satz zusammen, „daß es selbstverständlich unmöglich sei, Wahlkampfmaterial einer anderen Partei zu verteilen". Beisitzer *Bezold* wurde gebeten, die Angelegenheit in seinem Landesverband zu klären.[5]

Vor den Wahlen zum bayerischen Landtag 1962 nahm der Bundesvorstand einen Bericht von *Bezold* über die Vorgänge bei der Listenaufstellung des Bezirksverbandes Oberbayern entgegen. Bei der Aufstellung der Kandidaten hatte die Wahlkreisversammlung für Oberbayern im Juli 1962 zwei bekannte Landtagsabgeordnete, *Bezold* und Hildegard *Hamm-Brücher,* auf die nahezu aussichtslosen Listenplätze 12 und 18 gewählt. Mit dieser auch in der überregionalen Presse beachteten Aktion hatte sich der national-liberale Flügel zunächst gegen das „linksliberale" Element im Landesverband durchgesetzt. Der Bundesvorstand beauftragte daraufhin den Landesvorsitzenden *Haas,* diesen Vorgang sowie vorgebrachte Beschuldigungen wegen angeblich nationalistischer und antisemitischer Tendenzen zu überprüfen und dem Bundesvorstand in spätestens 14 Tagen Bericht zu erstatten.[6] Ende 1963 berichtete *Haas* erneut über Auseinandersetzungen zwischen der sog. nationalen und der sog. liberalen Gruppe im FDP-Bezirksverband Oberbayern, lehnte es aber ebenso wie die bayerischen Beisitzer *Dehler* und *Starke* ab, im damaligen Stadium des Streites ein Mitglied des Bundesvorstandes einzuschalten. *Mende* sprach sich für eine unverfängliche, informelle Fühlungnahme aus, um den „Anschein einer direkten Bundesexekutive" zu vermeiden.[7]

Anlaß zur Sorge gab anfangs – 1960 – auch die schon angesprochene kritische Lage im Landesverband Berlin, hervorgerufen durch den Verlust aller Mandate im Landesparlament und interne Auseinandersetzungen. Der Bundesvorstand fand sich damals grundsätzlich zu Verhandlungen mit der in Auflösung begriffenen DP bereit, lehnte es aber ab, über eine Fusion unter neuem Namen zu verhandeln und die Gespräche bereits vor der Bundestagswahl 1961 zu führen.[8]

Ärger erwuchs der Bundespartei ebenfalls 1960 aus dem FDP-Landesverband Hessen, genauer aus der Frankfurter Gruppe der Liberalen Weltunion um Ulrich *Keitel.* Sie trug Unruhe in die Partei durch Rundbriefe, die in zum Teil

3 Ebd.
4 Vgl. A. Mintzel, Die Bayernpartei, 1983, S. 404.
5 Nr. 9, S. 55.
6 Nr. 29, S. 340 f.; Nr. 30, S. 345 ff.
7 Nr. 44, S. 556; Nr. 45, S. 560 f.
8 Nr. 8, S. 47 f.

polemischer Weise vermeintliche oder tatsächliche Mißstände in der Partei anprangerten. Hauptziel dieser verbalen Attacken waren 1960 der Vorsitzende der DPS, Heinrich *Schneider,* und die „Deutsche Saar" als Wochenzeitung des Landesverbandes. Darüber hinaus kritisierten die Rundbriefe aus Frankfurt das betont konfessionelle und nationalistische Element im Programm der DPS, die „illiberalen" Tendenzen in der Zeitschrift „Das freie Wort" und die „Unterwanderung" der Gesamtpartei durch rechts stehende Elemente.[9]

Der Bundesvorstand ging auf die Angriffe gegen *Schneider,* damals stellvertretender Bundesvorsitzender, nicht ein, nahm aber die Vorbehalte gegen die „Deutsche Saar" und die Rundschreiben aus Frankfurt ausdrücklich zur Kenntnis. Zugleich beauftragte er *Achenbach* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Schlichtungskommission mit der Prüfung des Fragenkomplexes und bat ihn, entsprechende Anträge an den Bundesvorstand zu stellen und – falls dies erforderlich sei – rechtliche Schritte zu empfehlen.[10] Diese bestanden darin, daß der Landesverband Hessen im März 1961 „die als Hektographiker weitbekannten Parteifreunde Ulrich *Keitel* und Dr. Friedrich *Krummacher*" von der Mitgliedschaft suspendierte und ihren Ausschluß aus der Partei beim Landesschiedsgericht beantragte.[11]

Die Angriffe von Mitgliedern der hessischen FDP gegen Heinrich *Schneider* und den Landesverband Saar waren in der Sache zum Teil durchaus begründet. Tatsächlich hafteten der DPS auch nach ihrer 1957 vollzogenen Fusion mit der FDP noch bis in die 60er Jahre hinein Züge einer nationalen Oppositionspartei an, als die sie im Saarland gearbeitet hatte. Einerseits wurde die DPS zwar saarländischer Landesverband der FDP, andererseits aber behielt sie ihren Namen und ein eigenständisches Programm bei. Diese Doppelrolle war innerhalb und außerhalb der Gesamtpartei schwer zu vermitteln[12] und blieb bis zum Rücktritt *Schneiders* 1962 ein Problem, dessen Aspekte den Bundesvorstand wiederholt beschäftigten.[13]

Heinrich *Schneider,* der sich durch die *Keitel*-Rundschreiben persönlich angegriffen fühlte, reagierte im Bundesvorstand entsprechend scharf darauf. Er bezeichnete die Methodik dieser Rundschreiben, die sich keine Partei leisten könne, als satzungswidrig. Mit ihnen werde versucht, ganze Landesverbände – gemeint war der seinige – aus der Partei herauszuschießen. Die FDP müsse Konsequenzen ziehen: „Sie müsse entweder die *Keitel*-Gruppe ausschließen oder damit rechnen, daß ihr ein ganzer Landesverband verloren gehe."[14] *Schneider* lehnte jede Verantwortung für die umstrittenen Artikel in der „Deutschen Saar" ab und erklärte sich bereit, sein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender zur Verfügung zu stellen, wenn der Vorstand dies wün-

9 Nr. 10, S. 60 f.
10 Ebd.
11 Schreiben des Vor. des LV Hessen, Oswald A. *Kohut,* Frankfurt a. M., vom 23. 3. 1961 an den Vors. des LV Baden-Württemberg, Wolfgang *Haußmann,* Stuttgart (HStASt Q 1/22 Bü 963 NL Haußmann).
12 FDP-Bundesvorstand 1954–1960, 1991, XXXIII ff.
13 Siehe oben S. XVII.
14 Nr. 10, S. 60 f.

sche. Auf dieses Angebot ging der Bundesvorstand jedoch nicht ein und beschränkte seinen Beschluß auf eine Überprüfung der „Deutschen Saar".[15]

Zur Sprache kamen im Bundesvorstand ferner die unterschiedlichen Strömungen im FDP-Landesverband Schleswig-Holstein. Für ihn war bezeichnend, daß er vorwiegend national-liberal orientiert war und die dortige FDP nach den Landtagswahlen immer wieder eine Koalition mit der CDU (und dem GB/BHE) einging.[16] Im Juni 1965 war Hans Georg *Baare-Schmidt*, Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Lauenburg, als möglicher Kandidat für die Bundestagswahlen 1965 im Gespräch. Nachprüfungen hatten ergeben, daß die politische Vergangenheit von *Baare-Schmidt* einwandfrei war, politische Äußerungen von ihm aber zu Bedenken Anlaß gaben. Auf dem Landesparteitag im April 1965 hatte *Baare-Schmidt* sich in seinem Referat „Ist Deutschland teilbar?" für mehr als nur technische Kontakte mit Ost-Berlin, gesamtdeutsche Wahlen, Anerkennung der Ostgrenzen und Ausbau der Kontakte mit den kommunistischen Staaten Osteuropas ausgesprochen. Von dieser Rede hatte sich der Landesverband distanziert. Der Bundesvorstand beauftragte nun den Landesvorstand Schleswig-Holstein, auf den Kandidaten *Baare-Schmidt* einzuwirken, damit dieser das Berliner Programm von 1957 und die Aussagen des Frankfurter Parteitages von 1965 als Grundlage seiner Wahlpropaganda beibehalte.[17]

Handelte es sich in den hier vorgestellten Fällen um Kontroversen innerhalb eines Landesverbandes, so gab es vereinzelt auch unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vertretern eines Landesverbandes und einer Mehrheit des Bundesvorstandes. Dies war z. B. nach der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im März 1966 der Fall, bei der sich die Stimmen wie folgt verteilten: CDU 30,0 v. H., SPD 59,0 v. H., FDP 6,8 v. H., Sonstige 4,2 v. H. Der Bundesvorstand empfahl damals dem Hamburger Landesverband, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen und sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Daraufhin verließen die Hamburger Vorstandsmitglieder *Engelhard* und *Müller-Link* ostentativ die Sitzung, weil sie für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD eintraten.[18]

15 Ebd.
16 Vgl. D. Hein, 1984, S. 102; A. C. Storbeck, 1970, S. 343 f.
17 Nr. 61, S. 632 f.
18 Nr. 69, S. 668 f.

# F. Bundesvorstand und Vorfeldorganisationen

Die eigentliche Nachwuchsorganisation der FDP war der Bundesverband der Deutschen Jungdemokraten (DJD), der u. a. mit Unterstützung der Landes- und Kreisverbände der FDP junge politisch Interessierte für die Partei warb. Der Vorsitzende der DJD (ebenso wie derjenige des LSD) durfte seit Januar 1960 an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen, allerdings ohne Stimmrecht. Auf diese Weise wurden nacheinander Mitglieder des Bundesvorstandes Gerhard *Daub* (Hessen), Gerhard *Kastenmeyer* (Hamburg), Karl *Holl* (Rheinland-Pfalz) und Gerhart *Baum* (Nordrhein-Westfalen).

Zeitweise umstritten war von den Genannten Gerhard *Daub*, der von 1958 bis 1962 die DJD führte und zur gleichen Zeit Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der FDP war. Der Bundesvorstand mußte ihn wiederholt drängen, wie vereinbart sein Landtagsmandat 1960 abzugeben, nachdem er 1959 Bürgermeister in Marburg geworden war. In dieser Eigenschaft wurde gegen ihn ein Dienststrafverfahren eingeleitet, das 1962 zu seiner vorzeitigen Abberufung führte.[1]

Meinungsverschiedenheiten inhaltlicher Art zwischen DJD und FDP gab es in den 60er Jahren vor allem auf den Gebieten der Deutschland-, Ost- und Sozialpolitik. Die DJD forderten mehr konkrete Schritte in der Frage der Wiedervereinigung, einen Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Osteuropas und eine der CDU/CSU gegenüber eigenständigere Sozialpolitik. Diese Kontroversen traten u. a. in einem Gespräch zutage, daß die Bundesvorstände von FDP und DJD im Juli 1963 führten. Gegenstand dieser Aussprache waren die Punkte, die bis dahin das Verhältnis zwischen FDP und DJD belastet hatten. Beide Seiten bekundeten ihre Bereitschaft zu einer besseren Zusammenarbeit und vereinbarten regelmäßige Gespräche.[2] Spätestens im April 1964 traten jedoch erneut Spannungen auf, als die DJD auf dem Bundesjugendtag einen Antrag auf Zulassung der KPD einbrachte. Der damalige DJD-Vorsitzende *Kastenmeyer* sagte auf Bitten von *Mende* im Bundesvorstand zu, den Antrag „herunterzuspielen" und sich dafür einzusetzen, daß er als Material der Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand zugeleitet werde.[3]

Der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) als weitere Vorfeldorganisation setzte sich aus den an über 30 Hochschulen (um 1960) und in 11 Landesverbänden organisierten Liberalen Hochschulgruppen (LHG) zusammen, die auch Mitgliedern anderer Parteien offenstanden. Für die Mitgliedschaft des

1 Nr. 15, S. 75.
2 Nr. 42, S. 525.
3 Nr. 49, S. 583.

LSD im Bundesvorstand galt dasselbe wie für die DJD: die Kooptation erfolgte ad personam; eine Vertretung war eigentlich nicht möglich, kam aber doch vor.[4] Kooptiert wurden nacheinander die LSD-Vorsitzenden Wilhelm *Rahlfs,* Hans-Heinrich *Nolte,* Volker *Gärtner,* Wolfgang *Lüder,* Helmut *Strizek,* Christian *Kayser* und Klaus R. *Allerbeck.* Im Vergleich zu den DJD war der LSD ein sehr viel schwierigerer Gesprächspartner für die Bundespartei. Konfliktfelder waren vor allem die Aufnahmepolitik der einzelnen liberalen Hochschulgruppen, die Ostpolitik und die Einschätzung der schlagenden Verbindungen.

Für die Bundespartei war es in den 60er Jahren schwer, ihr Verhältnis zum LSD einheitlich und längerfristig zu bestimmen, weil das Verhältnis zwischen den einzelnen Landesverbänden und den jeweiligen liberalen Hochschulgruppen sehr unterschiedlich war.[5] Dies wiederum hing davon ab, in welchem Umfang die liberalen Hochschulgruppen auch Mitglieder anderer Parteien aufnahmen. So gab es im Oktober 1960 in der Münchener Hochschulgruppe ein SPD-Mitglied, dem der Austritt nahegelegt wurde.[6] Mitte 1961 hatte sich die Münchener Gruppe bereits so weit von der Parteilinie entfernt, daß der Bundesvorstand dem Vorstand des LSD empfahl, den Ausschluß der Münchener Gruppe dann zu vollziehen, wenn vorher Klarheit über das Ergebnis der Abstimmung (auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung) bestehe. Andernfalls sei das Thema bis nach den Bundestagswahlen zu vertagen.[7] Auch danach bot der LSD ein uneinheitliches Bild. So gab es Ende 1963 in den Reihen der von einem „SPD-Mann" geleiteten Würzburger Hochschulgruppe kein einziges FDP-Mitglied[8], und Mitte 1965 waren einer der Stellvertreter des LSD-Bundesvorsitzenden und der Landesvorsitzende des LSD in Bayern Mitglieder der SPD.[9]

Auch hinsichtlich seiner politischen Aussagen konnte sich die Bundespartei nicht auf den LSD verlassen, der aus ihrer Sicht etwa in Fragen der Ostpolitik immer wieder vorpreschte: durch eine Einladung an den Präsidenten der Volkskammer der DDR, die dieser auch annahm[10], durch Kontakte zu den sozialistischen Ländern Osteuropas[11], durch eine Erklärung zur Oder-Neiße-Linie[12] und die Forderung nach Anerkennung der DDR.[13] Ebenfalls nicht mit der Parteilinie deckte sich die explizite Ablehnung farbentragender Korporationen, insbesondere der schlagenden Verbindungen durch den LSD.[14]

4 Nr. 42, S. 525; Nr. 54, S. 599.
5 Nr. 39, S. 503 ff.
6 Nr. 7, S. 46.
7 Nr. 14, S. 72.
8 Nr. 45, S. 560.
9 Nr. 60, S. 627.
10 Nr. 9, S. 53.
11 Nr. 13, S. 66 f.
12 Nr. 39, S. 503.
13 Nr. 60, S. 627.
14 Nr. 41, S. 523.

So unterschiedlich wie das Erscheinungsbild der einzelnen liberalen Hochschulgruppen war auch die vom Bundesvorstand jeweils erwogene oder empfohlene Vorgehensweise.[15] Grundsätzlich befürwortete der Bundesvorstand ein Gespräch zwischen FDP und LSD. So empfahl der Bundesvorstand im Wahljahr 1961, in diesen Fragen intern und nicht über Presseagenturen vorzugehen[16]; 1963 erschien dem Bundesvorstand die Bestellung eines Verbindungsmanns zur Teilnahme an den Sitzungen des LSD der geeignetste Weg[17]; kurz darauf war sich der Bundesvorstand einig, den Fragenkreis nicht auf dem Parteitag zu diskutieren[18]; spätestens 1966 setzte der Vorstand eine Kommission zur Klärung der Beziehungen zwischen FDP, LSD und FDS ein.[19]

Was die Sanktionen der Bundespartei gegen den LSD angeht, so war ein – auch beschrittener – Weg, die Teilnahme des Bundesvorsitzenden des LSD an den Sitzungen des Bundesvorstandes „bis zur endgültigen Klärung der politischen Verantwortlichkeit" auszusetzen.[20] Ein stärkeres Druckmittel stellte die Einstellung der Mittelzuweisungen an den LSD dar. So erwog die Bundespartei im April 1963, die finanzielle Unterstützung des LSD einzustellen[21]; tatsächlich gesperrt wurden dem LSD die Mittel ab Oktober 1965.[22] Bereits ein halbes Jahr später, im April 1966, beschloß der Bundesvorstand die Wiederaufnahme der Mittelzuweisungen an den LSD, die in gleicher Höhe zunächst auch an den teilweise konkurrierenden Freiheitlich-Deutschen Studentenbund gingen.[23]

Offenbar in der ersten Jahreshälfte 1963 und wohl zum Teil auch durch den Kalten Krieg bedingt, entstand neben dem LSD ein rechts orientierter „Freier Demokratischer Studentenbund", bald darauf umbenannt in „Freiheitlich-Deutscher Studentenbund" (FDS), den der Münchener Rechtsanwalt Adolf *Sturm* gründete, ohne daß zuvor eine Fühlungnahme mit dem Bundesvorstand erfolgte. Schwerpunkt des neuen Verbandes war Bayern, erwähnt wird aber auch eine FDS-Gruppe in Göttingen.[24] Die Bundespartei reagierte auf die Gründung des FDS damit, daß sie nach wie vor den LSD als den ihr nahestehenden Studentenverband betrachtete, nur den Vertretern der DJD die Ausübung satzungsmäßiger Rechte innerhalb der Bundespartei gestattete und die Neugründung finanziell nicht unterstützte. Die Feststellung, wonach die FDP den FDS finanziell in keiner Weise unterstützte, wurde indessen dahingehend eingeschränkt, daß sich die Aussage „nicht auf Einzelunterstützungen seitens der Landesverbände oder einzelner FDP-Mitglieder" beziehe.[25]

15 Nr. 39, S. 505.
16 Nr. 13, S. 66.
17 Nr. 39, S. 505.
18 Nr. 41, S. 523.
19 Nr. 72, S. 692.
20 Nr. 60, S. 628.
21 Nr. 39, S. 503.
22 Nr. 60, S. 628.
23 Nr. 70, S. 673.
24 Nr. 41, S. 523; Nr. 45, S. 560 f..
25 Nr. 42, S. 526.

Insgesamt gesehen, war der Bundespartei die Existenz von zwei liberalen Studentenverbänden wegen der befürchteten Radikalisierung in zwei entgegengesetzte Richtungen unerwünscht, und sie beauftragte im April 1966 eine Kommission, mit den beiden Verbänden zu verhandeln, um eine Vereinigung von LSD und FDS zu erreichen. Außerdem bewilligte der Bundesvorstand dem FDS einen monatlichen Zuschuß in gleicher Höhe wie dem LSD.[26] Wenige Monate später, im Oktober 1966, hatte man den Gedanken an eine Fusion offenbar fallengelassen: Der Bundesvorstand beschloß, die Zahlungen an den FDS einzustellen und die Beziehungen zu ihm den einzelnen Landesverbänden zu überlassen.[27]

26 Ebd., S. 527; Nr. 70, S. 673.
27 Nr. 76, S. 707.

# G. Überlegungen und Beschlüsse des Bundesvorstandes zu Fragen der Bundespolitik

## *1. Probleme der Koalitionspartnerschaft mit CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1961*

Angesichts des nach 1945 wieder aufgelebten Mehrparteiensystems, in dem eine Partei bei Wahlen nur selten die absolute Mehrheit erreicht, war und ist die Fähigkeit und Bereitschaft zur Koalitionsbildung eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des politischen Systems. Vor die Notwendigkeit zu Koalitionsverhandlungen gestellt sah sich die FDP unter *Mendes* Vorsitz insgesamt fünfmal: nach der Bundestagswahl von 1961, in der durch die „Spiegel"-Affäre ausgelösten Regierungskrise 1962, anläßlich des Kanzlerwechsels von *Erhard* zu *Adenauer* 1963, nach der Bundestagswahl von 1965 sowie vor dem Ausscheiden der FDP-Minister aus dem Kabinett *Erhard* 1966. Hinzu kam 1961 der Umstand, daß sich die Zahl der koalitionsfähigen und koalitionsbereiten Fraktionen auf drei verringert hatte.

Für die Koalitionsverhandlungen von 1961 belegen die hier edierten Protokolle einprägsam, welche Linie die FDP damals verfolgte. Ihrer seit langem erkennbaren Präferenz für eine Koalitionspartnerschaft mit der CDU/CSU entsprach die Äußerung *Mendes* im Bundesvorstand am 14. 7. 1961: „Nachdem die FDP sich bisher klar von der SPD abgesetzt habe, müsse sie sich nunmehr zur CDU hin profilieren."[1] Das zweite Element der liberalen Position in der Koalitionsfrage waren die Vorbehalte gegen *Adenauer,* dem man *Erhard* als Kanzler einer künftigen CDU/CSU-FDP-Koalition vorzog. Bereits im September 1960, also noch im Vorfeld der Bundestagswahl, hatte *Mende* erklärt, „daß er persönlich nicht in ein Kabinett *Adenauer* gehen wolle. Er wolle nicht die Rolle *Blüchers* wiederholen. Die Einheit von Partei und Fraktion sei ihm wichtiger als ein Ministersitz."[2] Das dritte Element war die seit dem Sommer 1961 immer wieder ausgesprochene Absicht, die absolute Mehrheit von CDU und CSU zu brechen.[3] Der Bundesvorstand war sich damals einig, daß es das Ende der FDP bedeuten würde, wenn sie in eine Koalition eintreten würde, in der CDU und CSU die absolute Mehrheit und *Adenauer* die Kanzlerschaft innehätte.[4]

Das Wahlergebnis vom 17. 9. 1961 mit einem Stimmenanteil der FDP von 12,8 % und dem Verlust der absoluten Mehrheit von CDU und CSU schien

1 Nr. 15, S. 73.
2 Nr. 6, S. 36.
3 Nr. 15, S. 74.
4 W. Schollwer, Liberale Opposition, 1990, S. 154.

zunächst die Chance für eine CDU/CSU-FDP-Koalition ohne *Adenauer* ebenso zu vergrößern wie *Mendes* Fühlungnahmen mit *Strauß* und *Erhard* vor der Wahl und die Fernsehinterviews von *Strauß* und *Gerstenmaier* in der Nacht vom 17./18. 9. 1961. In diesen Interviews hatten sich beide mehr oder weniger deutlich für eine Ablösung *Adenauers* durch *Erhard* ausgesprochen.[5]

Die dann folgenden Koalitionsverhandlungen bereitete *Mende* gut vor: Von den drei gemeinsamen Sitzungen des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ließ er durch einen befreundeten Parlamentsstenographen Wortprotokolle anfertigen. Die wortgetreue Aufzeichnung der Beschlüsse ermöglichte es dem Bundesvorstand, in den weiteren Verhandlungen innerhalb und außerhalb der Partei auf zweifelsfreie und unbestreitbare Aussagen zurückzukommen.[6]

Über die möglichen Konsequenzen aus der Bundestagswahl berieten der Bundesvorstand sowie die alten und die neuen Fraktionsmitglieder – insgesamt 109 Anwesende – am 19. 9. 1961 vier Stunden lang. Die Diskussion, an der sich 35 Redner beteiligten, ergab Einmütigkeit über das einzuschlagende Verfahren und in der Kanzlerfrage.[7] Was die Vorgehensweise anging, so bestellten die beiden Parteigremien eine aus sechs Mitgliedern bestehende Verhandlungskommission und setzten die bisherige Wahlkommission aus 12 Personen als Programmkommission für die Regierungsarbeit ein.[8] Bezüglich einer erneuten Kanzlerschaft *Adenauers* zeigten sich Vorstand und Fraktion entschlossen, *Adenauer* nicht als Kanzler einer neuen Koalitionsregierung zu akzeptieren. Diese Ablehnung galt auch für den Fall, daß bei der Kanzlerwahl ein zweiter oder dritter Wahlgang notwendig werden sollte. Eine zeitlich befristete Kanzlerschaft *Adenauers* kam für die beiden FDP-Gremien ebenfalls nicht in Betracht.[9]

Als Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 29. 9. 1961 zu ihrer zweiten gemeinsamen Beratung zusammentraten, war der Optimismus, der die Beratungen am 19. 9. getragen hatte, verflogen. Inzwischen war es *Adenauer* gelungen, seine eigene Partei von der Notwendigkeit einer von ihm geführten Regierung zu überzeugen. Die von *Adenauer* kontaktierte SPD hatte zu verstehen gegeben, daß sie sich in einer von ihr befürworteten Allparteienregierung durchaus *Adenauer* als Kanzler vorstellen könnte.[10] Wie *Mende* den vereinigten Gremien der FDP am 29. 9. 1961 vortrug, hatte die Fraktionssitzung der CDU/CSU am 28. 9. 1961 eine neue Phase in den Koalitionsverhandlungen eingeleitet. Seit dem Vortag stehe fest, daß kein weiterer potentieller Kanzlerkandidat aus den Reihen der CDU/CSU, weder *Erhard* noch *Gerstenmaier* noch *Krone,* bereit seien, in einem zweiten Wahlgang gegen *Adenauer* anzutreten. Damit entfalle die Möglichkeit eines Gegenkandidaten zu *Adenau-*

5 Ebd., S. 164.
6 Nr. 17, S. 109; Nr. 18, S. 139, 141, 220, Nr. 19, S. 276.
7 W. *Schollwer,* Aufzeichnungen vom 19. 9. 1961 (ADL, 6966/96).
8 Nr. 17, S. 122, 127.
9 Ebd., S. 110.
10 Nr. 18, S. 150.

*er.*[11] Die FDP war nun gezwungen, eine neue Sprachregelung zu finden, um zu erklären, warum sie nun doch eine – wenn auch befristete – Kanzlerschaft *Adenauers* zu akzeptieren bereit sei.[12] *Mende* sah sehr wohl voraus, daß seiner Partei nun das Etikett einer „Umfall-Partei" anhaften würde[13], obgleich zuerst *Strauß* und *Erhard* umgefallen waren, wie *Mende* in seinem Bericht vor dem Bundesvorstand deutlich machte.[14] Nachdem sich die Frage einer Alternative zu *Adenauer* als Kanzler erledigt hatte, berieten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion über die unverzichtbaren Forderungen an das Regierungsprogramm, die dann auch weitgehend in der Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961 festgeschrieben wurden.[15]

Die dritte und letzte gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP fand am 6. 10. 1961 statt. Nach einleitenden Berichten von *Mende* und *Weyer* über die Koalitionsgespräche vom 2. und 5. 10.[16] ging es in dieser Sitzung ausschließlich um Sachfragen, nämlich um die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik. An diesen Bereichen war *Adenauer* verständlicherweise besonders interessiert. Vom Procedere her handelte es sich in dieser Sitzung um die Gegenüberstellung eines vom außenpolitischen Arbeitskreis der FDP erarbeiteten Arbeitspapiers mit dem der FDP übermittelten Positionspapier des Auswärtigen Amtes, das die Position des größeren Koalitionspartners darlegte. Schwerpunkte der Aussprache am 6. 10. 1961 waren die „Vertragspolitik" im Rahmen von NATO, WEU und EWG, sodann „Wiedervereinigung und europäische Sicherheit". Die Beratung ging zügig voran, da sich die in den beiden Dokumenten formulierten Standpunkte (ähnlich den im Koalitionsgespräch vom Vortag vorgetragenen Sichtweisen) zum Erstaunen mehrerer Redner stark annäherten.[17] FDP, CDU und CSU stimmten ohnehin in den Zielen überein, den Frieden zu erhalten, die Wiedervereinigung anzustreben und das NATO-Bündnis zu festigen. So blieben in der Beratung vom 6. 10. 1961 nur wenig Zweifel, und die beiden FDP-Gremien billigten nach 21 Diskussionsbeiträgen das ihnen vorgelegte Arbeitspapier und die bis dahin geführten Koalitionsverhandlungen bei sieben Enthaltungen.[18]

Nach dem 6. 10. 1961 tagten FDP-Bundesvorstand und Bundestagsfraktion wieder getrennt, und nach über einen Monat lang andauernder Regierungsbildung konnte *Adenauer,* nunmehr nur noch Kanzler auf Zeit, am 14. 11. 1961 sein viertes Kabinett mit fünf FDP-Ministern vorstellen.[19]

Bei den Beratungen des Bundesvorstandes über die Koalitionsverhandlungen im September und Oktober 1961 war auch das in der FDP vorhandene Mißtrauen gegen *Adenauer* zur Sprache gekommen. Als es um die Frage ging, ob

11 Ebd., S. 153.
12 Ebd., S. 154 f.
13 Ebd., S. 154, 156, 179.
14 Ebd., S. 153 f.
15 Ebd., S. 159–162.
16 Nr. 19, S. 236–247, 247–254.
17 Ebd., S. 250, 258, 266 f.
18 Ebd., S. 290 f.
19 D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 605.

und wie man ihm eine Befristung seiner Kanzlerschaft abringen könne, bezweifelte Frau *Lüders,* daß *Adenauer* eine solche Verpflichtung einhalten werde. „Denn das widerspricht seinem ganzen Wesen, und es wäre, glaube ich, das erste Mal, daß er die Wahrheit sagte."[20] Als in der zweiten Sitzung der beiden FDP-Gremien dasselbe Thema angesprochen wurde, meinte *Achenbach,* daß *Adenauer* eine Koalitionsvereinbarung nach der Verfassung nicht zu respektieren brauche. „Da er sich ja nicht nach normalen Ehrengesichtspunkten richtet - er hat ja gesagt, daß die Gerissenheit in der Politik von großer Bedeutung ist –, ist also nicht damit zu rechnen."[21] Angesicht solcher manifesten Vorbehalte bei den Liberalen konstatierte *Ertl* in derselben Sitzung eine gewisse „*Adenauer*-Manie". „Er ist für uns ein Schreckgespenst, und alles, was von ihm ausgeht, wird von uns in einer gewissen Nervosität registriert."[22] Als *Döring* in den dritten gemeinsamen Koalitionsberatungen vor Vorstand und Fraktion äußerte, daß *Adenauer* „erfahrungsgemäß für uns hinsichtlich seiner späteren Haltung und Reaktion eine Unbekannte" sei, wurde ihm zugerufen: „Irrtum! Im Gegenteil in jeder Weise eine Bekannte!"[23] Noch größere Heiterkeit löste *Weyer* mit seinem *Adenauer* zugeschriebenen Bonmot aus: „Lügen, Herr *Mende*, ist das Dümmste, was man tun kann."[24] Auch später boten die Beratungen des Bundesvorstandes gelegentlich Anlaß zu Kritik an *Adenauers* Arbeitsstil, so bei der Erörterung des deutsch-französischen Vertrages im Februar 1963. Auf eine Schilderung von *Weyer,* wie man in Düsseldorf ungeschriebene Koalitionsvereinbarungen informell und trotzdem erfolgreich umsetzte, erwiderte *Starke:* „Das können Sie mit dem Bundeskanzler nicht machen. Er lädt Sie ein, um Sie zu betrügen. Er liest Ihnen etwas vor und behauptet nachher, Sie hätten zugestimmt. Das ist lebensgefährlich."[25] Umgekehrt waren *Adenauers* Vorbehalte gegen *Starke* offenkundig geworden, als der Kanzler bei der durch die „Spiegel"-Affäre ausgelösten Regierungsumbildung *Starkes* Ausscheiden aus dem Kabinett durchsetzte.[26]

20 Nr. 17, S. 130.
21 Nr. 18, S. 205.
22 Ebd., S. 222.
23 Nr. 19, S. 267.
24 Ebd., S. 277.
25 Nr. 37, S. 480.
26 Nr. 34 a, S. 384.

### 2. *„Spiegel"-Affäre, Regierungskrise und Regierungsumbildung 1962*

Die „Spiegel"-Affäre, die von ihr ausgelöste Regierungskrise und die dadurch bedingte Regierungsumbildung beschäftigten den Bundesvorstand in vier Sitzungen.[1] Am 2. 11. 1962 berieten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion etwa sieben Stunden lang über die weiteren Schritte der FDP in der „Spiegel"-Angelegenheit. *Mende, Stammberger* als Justizminister, *Döring* und *Weyer,* letzterer aufgrund seiner Kenntnisse als nordrhein-westfälischer Innen-

1 Nr. 32–34 c, S. 355–407.

minister, berichteten den FDP-Gremien über die Kette von Maßnahmen und Kontakten, die seit dem Erscheinen des umstrittenen „Spiegel"-Artikels am 10. 10. 1962 erfolgt waren.[2]

Insgesamt gesehen, war in der anschließenden Diskussion der beiden Führungsgremien der Partei noch keine klare Linie erkennbar. Angesichts des offensichtlichen Informationsbedürfnisses der Vorstands- und Fraktionsmitglieder und deren unterschiedlicher Einschätzung des komplexen Sachverhalts trat das eigentliche Problem – die Wahrung der rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik – hinter die Erörterung zahlreicher Einzelfragen zurück. Im Verlauf der Diskussion vom 2. 11. 1961 zeichnete sich zunehmend die Forderung nach dem Rücktritt der beiden in die Affäre verwickelten Staatssekretäre *Strauß* (Justiz) und *Hopf* (Verteidigung) ab. Einige Redner – so *Schultz, Eisenmann* und *Döring* – befürworteten dagegen harte Konsequenzen und dachten bereits an eine Neubildung der Koalition.[3] Auf der anderen Seite warnten *Imle* und *Maier* die FDP davor, sich mit den „Spiegel"-Redakteuren zu identifizieren und einen entsprechend festen Kurs zu verfolgen.[4] Die Beratungen mündeten in ein vorbereitetes und sehr allgemein gehaltenes Kommuniqué, demzufolge die beiden Führungsgremien der FDP von dem Antwortschreiben *Adenauers* auf das Rücktrittsangebot von Justizminister *Stammberger* nicht befriedigt seien und ihm noch am gleichen Tag eine schriftliche Antwort zuleiten wollten. Außerdem sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, die als Vertrauensgrundlage für die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition notwendig seien.[5]

Die folgende gemeinsame Sitzung von Vorstand und Fraktion in Nürnberg am 19. 11. 1962 führte schon nach etwa drei Stunden zu einer Verständigung über das weitere Vorgehen. Die FDP-Gremien einigten sich auf eine vorbereitete und danach noch etwas abgeänderte Erklärung, wonach die der FDP angehörenden Bundesminister heute zurückgetreten seien, „um damit die Voraussetzungen für Verhandlungen über die erforderliche Regierungsumbildung und über die Fortsetzung der Zusammenarbeit von CDU/CSU und Freien Demokraten schaffen".[6] Weggelassen wurde ein Hinweis auf den umstrittenen Verteidigungsminister *Strauß* und statt dessen eine Umbildung der Bundesregierung „frei von personellen Belastungen" gefordert.[7] Hinzugefügt wurde der Erklärung der Hinweis, daß die FDP ihre Auffassung dem Bundeskanzler und der CDU und CSU bereits mitgeteilt habe.

Als am 5. 12. 1962 der Bundesvorstand zunächst allein und dann gemeinsam mit der Fraktion erneut den Problemkreis Regierungskrise und Regierungsumbildung erörterte, hatte sich die Lage verändert: Inzwischen hatten der Bundesminister für Wohnungsbau *Lücke* (CDU) und der Abg. *Frhr. von Gutten-*

2 Nr. 32, S. 356–361.
3 Ebd., S. 364, 366 f.
4 Ebd., S. 365.
5 Ebd., S. 372.
6 Nr. 33, S. 381 f.
7 Ebd.

*berg* aus dem Führungskreis der CSU in vertraulichen Gesprächen mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden *Wehner* die Möglichkeit einer Koalition aus CDU/CSU und SPD sondiert. Wie schon nach den Bundestagswahlen 1961 hatte die SPD auch diesmal keine Bedenken gegen eine Kanzlerschaft *Adenauers*. In der Diskussion im Bundesvorstand kamen nun – entsprechend ihrer Wünschbarkeit – die Koalitionsvarianten zur Sprache: CDU-CSU-FDP-Koalition ohne *Adenauer,* CDU-CSU-SPD-Regierung mit *Adenauer* sowie eine SPD-FDP-Regierung. Am Ende der Vormittagssitzung vom 5. 12. 1962 stellte *Mende* fest, daß nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion eine Meinungsbildung noch nicht möglich sei. Einigkeit bestand hingegen darin, die Frage einer Wahlrechtsänderung zu Lasten der kleinen Parteien aus den Koalitionsverhandlungen auszuklammern.[8]

Am Nachmittag des 5. 12. 1962, in der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion, berichtete *Mende* erneut über die Lage, die seit wenigen Stunden ein neues Element enthielt. Um 11.30 Uhr, nach der Vorstandssitzung des Bundesvorstandes, hatte ein Informationsgespräch zwischen FDP- und SPD-Politikern stattgefunden. Dabei hatte *Mende* in bezug auf die SPD erklärt, daß auch für die FDP das „Ende eines Tabus" gekommen sei.[9] Angesprochen worden waren von der FDP in dem Gespräch die unbefristete Hinnahme der Kanzlerschaft *Adenauers* durch die SPD, die Einstellung der SPD zur Einführung des Mehrheitswahlrechts und ihre Haltung zum konstruktiven Mißtrauensvotum nach Art. 67 GG. Nach *Mendes* Bericht über die Kontakte mit der SPD diskutierten die beiden FDP-Gremien erneut und nun ausführlicher über die schon am Vormittag behandelten Fragen. Deutlicher als am Vormittag wurde nun die Neigung einer Reihe von Sitzungsteilnehmern – *Erbe, Mischnick, Achenbach, Miessner* u. a. – zu einer Allparteienregierung als Alternative zu der labilen CDU-CSU-FDP-Koalition. Gegen eine Allparteienregierung sprachen sich *Leuze, Müller-Link,* Frau *Diemer-Nicolauß* und *Borm* aus, ferner nicht ganz so deutlich *Menne* und *Sander;* sie alle wollten an der CDU-CSU-FDP-Koalition festhalten. Als *Mende* nach einer Unterbrechung ab 19.25 Uhr den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD schilderte, war ein großer Teil der Vorstands- und Fraktionsmitglieder bereits gegangen. Eine offizielle Erklärung wurde an diesem Tage nicht mehr abgegeben. Intern warnte *Döring* vor einer Neuauflage der Koalition unter *Adenauer,* weil eine solche Koalition nicht länger als drei Monate dauern würde.[10]

Die Fortsetzung der gemeinsamen Beratungen von Vorstand und Fraktion am 6. 12. 1962 ergab keine neuen Gesichtspunkte. Nach über 30 Diskussionsbeiträgen faßte *Mende* das Meinungsbild so zusammen: In dem bevorstehenden Gespräch mit Bundespräsident *Lübke* werde er diesem mitteilen, daß eine Allparteienregierung unter *Adenauer* für die FDP nicht in Betracht komme und daß die FDP über eine Allparteienregierung unter einem anderen Kanzler noch

8 Nr. 34 a, S. 389.
9 Nr. 34 c, S. 391.
10 Nr. 34 b, S. 399; W. *Schollwer,* Aufzeichnungen vom 5. 12. 1962 (ADL, 6966/97).

nicht entschieden habe. Unter diesem Gesichtspunkt wollte die FDP am nächsten Tag, den 7. 12. 1962, mit folgenden Zielen in die Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU gehen: Fortsetzung der bisherigen CDU-CSU-FDP-Koalition, keine personellen Veränderungen im Kabinett nach dem Ausscheiden von Bundesminister *Strauß,* Festlegung eines genauen Termins für die Ablösung von Bundeskanzler *Adenauer,* Festhalten am Koalitionsabkommen von 1961 und Ergänzung durch neu hinzugetretene Unterlagen wie z. B. die Haushaltsreden von Bundesfinanzminister *Starke.*[11]

Als *Adenauer* nach Parallelverhandlungen zwischen allen drei Parteien am 11. 12. 1962 sein umgebildetes Kabinett vorstellte, gehörte *Starke* nicht mehr dazu. *Adenauer* und eine Mehrheit seiner Fraktion lehnten ihn ab, weil er als schwierig galt und nachdrücklich für einen Sparhaushalt eintrat. In der FDP fehlte *Starke* der Rückhalt durch die maßgeblichen Parteifreunde aus Nordrhein-Westfalen. So übernahm das Finanzministerium Rolf *Dahlgrün,* der ein Jahr zuvor in der Fraktion unterlegen war. Auch Justizminister *Stammberger,* der noch unter den Nachwirkungen eines Autounfalls litt, wurde durch Ewald *Bucher* ersetzt. *Mende* weigerte sich erneut, wie schon 1961, in ein Kabinett *Adenauer* einzutreten.[12]

### *3. Die Bildung des ersten Kabinetts Erhard 1963 als Verhandlungsgegenstand zwischen FDP, CDU und CSU*

Mit dem Rücktritt *Adenauers* in der Mitte der vierten Legislaturperiode wurde die Koalitionsvereinbarung vollzogen, die auf Betreiben der FDP im Oktober 1961 zustandegekommen und bei der Regierungsumbildung im Dezember 1962 dahingehend präzisiert worden war, daß *Adenauers* Rücktritt nach den Parlamentsferien 1963 erfolgten solle. Der Amtsverzicht *Adenauers* am 15. 10. 1963 und die Übernahme des Amtes durch *Erhard* am folgenden Tag beendete indessen nicht das spannungsreiche Mit-, Neben- und Gegeneinander der beiden so unterschiedlichen Politiker. Die mit dem Personenwechsel verbundene Regierungsumbildung beschäftigte den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der FDP im August und September 1963.

Im Vordergrund stand zunächst die personelle Seite der zu erwartenden Regierungsumbildung: die Frage nach der Anzahl der FDP-Minister im ersten Kabinett *Erhard* und nach dem Ressort, das *Mende* darin übernehmen sollte. Dieser hatte bereits in der August-Sitzung des Bundesvorstandes erklärt, daß er an einer Übernahme des Innenministeriums nicht interessiert sei, daß die FDP als Koalitionspartner den Vizekanzler stellen und daß damit ein Ressort verbunden sein müsse. *Frhr. von Kühlmann-Stumm,* bis zum Oktober 1963 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, faßte die Wünsche seiner Partei dahingehend zusammen, daß es eine Vergrößerung des Kabinetts über 21 hinaus nicht geben werde und daß andererseits kein FDP-Minister aus dem

11 Nr. 34 c, S. 406 f.
12 H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 282 f.

Kabinett herausgezogen werden sollte. Deshalb komme es darauf an, die CDU zu gewissen personellen Veränderungen zu veranlassen, „was nicht ganz ohne Aussicht" sei.[1]

Die allgemeine Aussprache des Bundesvorstandes am 26. 8. 1963 ließ eine allgemeine Übereinstimmung darüber erkennen, die Koalitionsverhandlungen so schnell und geräuschlos wie möglich zu führen, weil jede Verzögerung der FDP angelastet würde. Andererseits müßten in den Verhandlungen eine Reihe von Punkten konkret geklärt werden, da sich Vizekanzler *Erhard* zu verschiedenen Fragen bisher nicht geäußert habe. Der Bundesvorstand gelangte weiter zu der Ansicht, daß die FDP nicht in kurzer Zeit und ohne Aufsehen alle Forderungen durchsetzen könne und deshalb mit einer gewissen Elastizität verhandeln müsse. Der Bundesvorstand schloß sich *Mendes* Bedenken gegen eine Übernahme des Innenministeriums zum damaligen Zeitpunkt an und meinte, daß mit dem Rücktritt *Adenauers* formal alle Ministerämter zur Disposition stünden. Schließlich war der Bundesvorstand einhellig der Meinung, daß die Verhandlungskommission der FDP mit dem Ziel verhandeln solle, neben den von der FDP bereits behaupteten fünf Ressorts ein weiteres Ressort zu erlangen. Wenn dies nicht möglich sein sollte, dann habe die Verhandlungskommission dem Bundesvorstand erneut zu berichten.[2]

Als Bundesvorstand und Bundestagsfraktion einen Monat später wieder den Tagesordnungspunkt „Koalitionsverhandlungen" erörterten, sah die Lage – *Mende* zufolge – so aus, daß es zwar informelle Kontakte zwischen *Erhard* und FDP-Politikern gegeben hatte, daß CDU und CSU aber noch keine Verhandlungskommission gebildet hatten und daß dementsprechend noch keine offiziellen Gespräche zwischen Liberalen und Christdemokraten zustande gekommen waren. Darüber hinaus erfuhren die FDP-Führungsgremien am 26. 9. 1963, daß *Erhard* zunächst nicht bereit gewesen sei, die Verhandlungskommission zu empfangen, und erst habe unter Druck gesetzt werden müssen, damit er sich mit vorgehenen Gesprächen am 27. 9. 1963 einverstanden erkläre.[3]

Bezüglich der Personalfragen wurde erneut festgestellt, daß das zukünftige Kabinett weder vergrößert noch verkleinert werden solle. Ebenfalls unbestritten war, daß *Mende* Vizekanzler im Kabinett *Erhard* werden solle. In der anschließenden Diskussion zeichneten sich zwei Optionen für das weitere Vorgehen ab. *Ertl, Hoppe, Menne, Kohut* und *Stammberger* sprachen sich dafür aus, mit festen personellen und sachlichen Zielvorgaben in die Verhandlungen zu gehen und *Erhard* zu drängen.[4] Dagegen empfahlen *Müller-Link, Schultz, Leverenz, Aschoff* und *Hamm,* sich nicht auf Positionen festzulegen, die sich nachher nicht halten ließen, und statt dessen flexibel zu verhandeln, d. h. nicht auf sechs Ressorts für die FDP zu bestehen.[5] Abschließend bestätigten Vor-

1 Nr. 42, S. 529.
2 Ebd., S. 529.
3 Nr. 43, S. 543.
4 Ebd., S. 543 f.
5 Ebd., S. 544 f.

stand und Fraktion die bereits am 26. 8. 1991 beschlossene Handlungsfreiheit für die Verhandlungskommission, und *Mende* erinnerte daran, daß die Kommission den Vorstand und die Fraktion „weitgehend" unterrichten werde.[6]

Hinsichtlich der Sachfragen nannte *Frhr. von Kühlmann-Stumm* vier Bereiche, in denen man mit *Erhard* schon zu klären versucht habe, was die Regierungskoalition in der laufenden Legislaturperiode noch erreichen könne: Agrarpolitik, Sozialpolitik, Innenpolitik und Wirtschaftspolitik. Am ausführlichsten erörterten nun, am 26. 9. 1963, Vorstand und Fraktion das bereits unter *Adenauer* umstrittene Thema „Sozialpaket". Gemeint waren die Gesetzentwürfe über die gesetzliche Krankenversicherung, die Lohnfortzahlung im Kranheitsfall und das Kindergeld, auf die weiter unten noch einzugehen sein wird.[7] Bei den Beratungen am 26. 9. 1963 empfahl *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, daß die eingesetzte Verhandlungskommmission versuchen solle, die Auffassungen von CDU, CSU und FDP über das Sozialpaket bis Anfang Oktober zu koordinieren.[8] Am 5. Oktober 1963 billigte der Bundeshauptausschuß der FDP das Verhandlungsergebnis zur Bildung der neuen Bundesregierung, die am 17. 10. 1963 vereidigt wurde. In ihr übernahm *Mende* das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, und die FDP behielt – wie zuvor – fünf Ressorts von 21.[9]

6 Ebd., S. 545.
7 Siehe S. LX f.
8 Nr. 43, S. 542.
9 Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 102, 108 ff.

### *4. Divergenzen zwischen den Koalitionspartnern nach der Bundestagswahl von 1965*

Die Regierungsbildung, die vom 19. September, dem Tag der Bundestagswahl, bis zur Vereidigung des zweiten Kabinetts *Erhard* am 26. Oktober insgesamt 37 Tage dauerte, war – gemessen an früheren Koalitionsbildungen – nicht ungewöhnlich lang. Gleichwohl drängte sich bereits während der Koalitionsverhandlungen der Eindruck auf, daß *Erhard* zwar die Wahl gewonnen, bei der Regierungsbildung aber verloren habe. Daß *Erhards* Position bis zur Vorstellung seines Kabinetts schwächer wurde, war vor allem drei Faktoren zuzuschreiben. Erstens forderte die CSU und ein Teil der CDU, darunter auch *Adenauer*, die Ablösung von Außenminister *Schröder*. Zweitens verlangte die aus den Wahlen so erfolgreich hervorgegangene CSU (16,3 v. H. der Mandate), daß ihrem von den politischen Gegnern so massiv angegriffenen Vorsitzenden *Strauß* Genugtuung geschehen müsse, dies vor allem durch die FDP. Drittens war angesichts der unversöhnlichen und teilweise gerichtlich ausgetragenen Streitfragen zwischen CSU und FDP umstritten, ob die FDP das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen behalten und auf diese Weise eigene Akzente in der Deutschland- und Ostpolitik setzen dürfe.[1]

1 K. HILDEBRAND, 1984, S. 154 f.

Zusätzlich belastet wurde die Situation durch einen Brief, den Bundespräsident *Lübke* kurz vor der Wahl an die Vorsitzenden der vier im Bundestag vertretenen Parteien gerichtet hatte und dessen Wortlaut kurz nach dem 19. September bekannt wurde. Mit Blick auf den von *Lübke* erwarteten knappen Wahlausgang bat dieser *Adenauer, Strauß, Brandt* und *Mende,* in ihren Parteien „darauf hinzuwirken, daß keine Vorschläge für den Kanzler gemacht und befürwortet werden, die bei der Bevölkerung Verwirrung stiften könnten".[2] Die bekannte Neigung *Lübkes* für eine Große Koalition legte die Vermutung nahe, daß der Bundespräsident und auch die Vorsitzenden der Unionsparteien eine schwarz-rote Koalition anstrebten.[3] Damit sind die personellen und indirekt auch die sachlichen Hauptfragen umrissen, die die Beratungen des Bundesvorstandes im September und Oktober 1965 beeinflußten.

In der vertraulichen Sitzung des Bundesvorstandes am 22. 9. 1965 gab zunächst *Mende* einen Bericht über den Ausgang der Bundestagswahlen, wobei der Tenor etwa der war, daß es sich um ein mittleres Wahlergebnis handele, das weder als Erfolg noch als Niederlage zu verbuchen sei (9,5 v. H.).[4] Dem Bericht des Parteivorsitzenden folgten eine Kurzanalyse des Wahlergebnisses durch Bundesgeschäftsführer *Friderichs* und eine ausführliche Aussprache.[5]

Als Ergebnis der Diskussion am 22. September formulierte der Bundesvorstand drei Grundsätze. Zunächst erklärten sich die Freien Demokraten in Übereinstimmung mit ihren Wahlaussagen bereit, die Regierungskoalition mit *Erhard* fortzusetzen. Sodann knüpfte die FDP eine solche Koalition an die Voraussetzung, daß sich ein sachliches und personelles Programm durchsetzen lasse, das eine liberale Politik in der künftigen Bundesregierung gewährleiste. Schließlich bestand für die FDP eine weitere Voraussetzung darin, daß die Gegenseite keine unzumutbaren personellen Forderungen stelle: Der Bundesvorstand hielt daran fest, daß *Strauß* nicht als Kandidat für ein Ministeramt in Frage komme und daß *Mende* im Kabinett bleiben müsse. Ferner erwartete der Bundesvorstand, daß Bundeskanzler *Erhard* der FDP sein Sachprogramm und seine organisatorischen und personellen Vorstellungen darlege. Auf Antrag von *Glahn* beschloß der Bundesvorstand, in der folgenden Sitzung eine Verhandlungskommission einzusetzen, der der Parteivorsitzende sowie der Fraktionsvorsitzende angehören sollten. Der Bundesvorstand folgte auch einem zweiten, von *Starke* eingebrachten Antrag und beschloß, eine Sachkommission zu bestellen, die die Grundsätze für eine sachliche Arbeit der FDP in der Koalition entwickeln sollte.[6]

In der folgenden gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 23. 9. 1965 setzten die beiden Gremien die am Vortag angekündigte Verhandlungskommisson ein, nachdem sie zuvor länger über ihre Zusammensetzung und ihre Zuständigkeit diskutiert hatten. Anschließend wurde die

2 Ebd., S. 153.
3 Ebd.
4 W. *Schollwer,* Aufzeichnungen vom 22. 9. 1965 (ADL, 6966/98).
5 Nr. 63 a, S. 637.
6 Ebd., S. 637 f.

Sachkommission unter Vorsitz von *Dehler* mit dem Auftrag eingesetzt, zugleich eine inhaltliche Grundlage für die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen und ein Programm für die Arbeit in der kommenden Legislaturperiode zu erarbeiten.[7]

In der Sitzung vom 23. September gab *Mende* einen „politischen Bericht", indem er seine Ausführungen zum Wahlergebnis vom Vortag aufgriff. Im vierten Bundestag sei die Anti-*Adenauer*-Stimmung, die der FDP 1961 zugute gekommen sei, in eine Pro-*Erhard*-Stimmung mit der Folge umgemünzt worden, daß die *Erhard*-Wähler 1965 zur CDU zurückgekehrt seien. Ebenfalls beeinflußt worden sei das Wahlergebnis von der unzutreffenden Einschätzung des Allensbacher Institutes, wonach es ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien geben würde. Zudem sei es von Bedeutung für das Wahlergebnis gewesen, daß man der FDP nur eine geringe Anzahl von Fernsehsendungen zugestanden habe. Folgende Wahlziele habe die Partei erreicht: „FDP gegen schwarz-rote Koalition" sowie die Fortsetzung der CDU-CSU-FDP-Koalition. Angriffe gegen *Lübke* und *Erhard* hätten sich wegen deren Popularität nicht ausgezahlt.[8]

Im Verlaufe seines Berichtes am 23. 9. 1965 verlas *Mende* den oben genannten Brief des Bundespräsidenten an die Vorsitzenden der vier im Bundestag vertretenen Parteien. Er berichtete, daß sich *Lübke* mit *Adenauer* und *Strauß* dahingehend verständigt habe, bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/CSU und SPD *Gerstenmaier* als Kanzler einer schwarz-roten Koalition vorzusehen. *Mende* ging dann auf sein Gespräch mit *Lübke* ein, der am 21. September nacheinander die Vorsitzenden der vier Parteien empfangen hatte. Dabei habe er – *Mende* – dem Bundespräsidenten seine Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition erklärt, wenn eine liberale Politik möglich sei. Weiter habe er auf eine Festlegung seiner Partei gegen ein Ministeramt für *Strauß* hingewiesen.[9] Dem Bericht *Mendes* folgte – wie schon am Vortag – eine Wahlanalyse durch Bundesgeschäftsführer *Friderichs*.[10]

In der anschließenden Diskussion, in der es u. a. um die schon erwähnte Bildung der Verhandlungskommission ging, war bei einigen Rednern eine deutliche Skepsis bezüglich der Fortsetzung der CDU-CSU-FDP-Koalition zu erkennen. So hatte *Ertl* die Sorge, daß die CDU gegenüber der FDP „eine Umarmung à la DP" versuchen werde.[11] Kritik fand im Rückblick auch der Wahlkampf. *Ertl* zufolge war die Sachaussage zu gering. Beispielsweise hätte man die Lohnsteuerfreiheit für Überstunden stärker herausstellen sollen. Mit dem Postulat der Rechtsstaatlichkeit sei „auf dem flachen Lande" nicht viel zu holen.[12] *Haas* sah ein Problem für die FDP darin, daß diese die industrielle Massengesellschaft nicht genügend angesprochen habe. Am Schluß der Sitzung

7 Nr. 63 b, S. 644 f.
8 Ebd., S. 640 f.
9 Ebd., S. 641.
10 Ebd., S. 642 f.
11 Nr. 63 b, S. 643.
12 Ebd.

vom 23. 9. 1965 wurde – wie auch sonst häufig – ein Kommuniqué herausgegeben, das die Bildung der Verhandlungskommission und der Sachkommission bekanntgab und die Schwerpunkte der politischen Arbeit der FDP im fünften Deutschen Bundestag umriß.[13]

In der Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 8. 10. 1965 hörten die beiden Gremien zunächst je einen Bericht der am 23. September eingesetzten Kommissionen. Für die Verhandlungskommission berichtete *Mende* über sein Gespräch mit Bundeskanzler *Erhard* vom Vortage, in dem man abgesprochen habe, daß bis zum Abschluß der Regierungsbildung weder der Bundeskanzler noch *Mende* irgendwelche Erklärungen abgeben sollten. *Mende* las den beiden Gremien seinen an *Erhard* gerichteten Brief vor, in dem der FDP-Vorsitzende auf das uneingeschränkte und alleinige Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers zur Ministerernennung gemäß Art. 64 GG und auf die Rechte der Abgeordneten nach Art. 38 GG hingewiesen habe.[14] Sodann gab Thomas *Dehler* als Vorsitzender der Sachkommission das Ergebnis ihrer Beratungen bekannt, die sich mit den Themen Koalitionsvereinbarung, Deutschland- und Ostpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Finanzpolitik, Notstandsgesetzgebung, Bildungs- und Europapolitik befaßt hatten.[15]

Als Ergebnis ihrer Aussprache beschlossen die FDP-Gremien am 8. 10. 1965, keine Beschlüsse in bezug auf Personen zu fassen. Sie stimmten jedoch darin überein, daß *Mende* das Amt des Ministers für gesamtdeutsche Fragen behalten solle und daß dieses Ressort für die FDP unverzichtbar sei. Bei den Koalitionsverhandlungen solle von der Wahrung des „Besitzstandes" ausgegangen werden.[16]

Am 14. 10. 1965 trafen Bundesvorstand und die am 19. 9. 1965 gewählten Bundestagsabgeordneten erneut zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In seinem Bericht über den chronologischen Ablauf der Koalitionsverhandlungen teilte *Mende* den Gremien mit, daß in den einzelnen Sachfragen mit CDU und CSU weitgehend Übereinstimmung habe erzielt werden können. *Weyers* ergänzendem Bericht zufolge hatte die FDP bei den Verhandlungen dem Bundeskanzler deutlich gemacht, daß ein Wechsel im gesamtdeutschen Ministerium für die FDP nicht in Frage komme. Falls von seiten der CDU und CSU eine entsprechende Erklärung bis zur Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses am 16. 10. 1965 nicht erfolge, könne die Verhandlungskommission „keine Bürgschaft zur endgültigen Billigung des Verhandlungsergebnisses übernehmen".[17]

Einen Tag später, am 15. 10. 1965, erfuhren Vorstand und Fraktion aus den Berichten von *Mende* und *Mischnick* über die gemeinsame Sitzung der Verhandlungskommission von FDP und CDU/CSU, daß der Koalitionspartner nicht bereit sei, der FDP das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zu über-

13 Ebd., S. 645, 648.
14 Nr. 64, S. 649 f.
15 Ebd., S. 650.
16 Ebd., S. 650.
17 Nr. 65 a, S. 653.

lassen. Ohne einen ausdrücklichen Beschluß zu fassen, stimmten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion darin überein, daß die FDP bei einer unverändert starren Haltung des Koalitionspartners weder bereit sein werde, der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU zuzustimmen noch den Bundeskanzler zum vorgesehenen Termin zu wählen.[18]

*Erhard* gab in der Folge sowohl den Forderungen der CSU als auch denen der FDP nach. Die CSU erhielt ein fünftes Ressort; die FDP mußte sich mit vier Ministerposten begnügen, behauptete dafür aber das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und verhinderte den Eintritt von *Strauß* in das Kabinett. Auch konnte die FDP für sich in Anspruch nehmen, zum Verbleib des in der eigenen Fraktion umstrittenen Außenministers *Schröder* (CDU) in seinem Amt beigetragen zu haben.[19]

18 Ebd., S. 655.
19 E. Mende, Wende, 1986, S. 201.

### *5. Anstöße und Schritte der FDP in der Berlin- und Deutschlandpolitik*

Die Anstöße und Schritte der FDP in der Berlin- und Deutschlandpolitik der 60er Jahre, die in den hier vorgelegten Protokollen zur Sprache kommen, hatten ihren Ausgangspunkt in den späten 50er Jahren. Bei ihren Bemühungen um eine Lösung der deutschen Frage maß die FDP der Einbeziehung der DDR zunehmend Bedeutung zu. Zunächst dachte die Partei dabei an eine Mitbeteiligung der beiden Staaten an Viermächteverhandlungen über Deutschland. Die Idee der sog. Auftragsverhandlungen beider deutschen Staaten fand ihren Niederschlag im Deutschlandplan der FDP von 1959. Dieser sah folgendes vor: Die mit Deutschland einen Friedensvertrag schließenden Mächte fordern „die staatlichen Organe Deutschlands auf, umgehend Vereinbarungen über Maßnahmen, die in deutscher Zuständigkeit liegen und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands dienen, zu treffen".[1] Weiterhin enthielt der Deutschlandplan Überlegungen zur zukünftigen Stellung eines Gesamtdeutschlands. In Anlehnung an den *Rapacki*-Plan sah der Deutschlandplan eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor. Weiter wurde in den Grundriß das von *Pfleiderer* und *Mende* angeregte Konzept eines europäischen Sicherheitssystems aufgenommen.[2] Zu dem Fragenkomplex der Berlin- und Deutschlandpolitik, in dem sich politische, juristische und humanitäre Gesichtspunkte vielfach überschnitten, äußerten sich vor dem Bundesvorstand in den 60er Jahren vor allem *Mende* als Parteivorsitzender, *Dehler* als langjähriger Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises, *Achenbach* als außenpolitischer Sprecher, *Schultz* als wehrpolitischer Sprecher und *Döring* als deutschlandpolitischer Sprecher der Fraktion.

1 P. Juling, 1977, S. 160.
2 Ebd., S. 161.

In dem Maß, in dem die FDP nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch *Mende* auf eine Koalition mit der CDU/CSU zusteuerte, traten die Unterschiede zwischen den Parteien in der Berlin- und Deutschlandpolitik in den Hintergrund. Die Berlin-Entschließungen der FDP von 1960, die sich gegen jeden Versuch einer Abkoppelung der Berlinfrage von der Deutschlandfrage aussprachen[3], die Bekenntnisse zum Atlantischen Bündnis und zu seinem Ausbau[4] und das Postulat der friedlichen Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten[5] formulierten nur konsensfähige Leitgedanken. Die Unterschiede zur CDU/CSU verringerten sich auch insofern, als *Mende* es Mitte 1961 „aus publizistischen Gründen" zum damaligen Zeitpunkt für unzweckmäßig hielt, „die Frage der Auftragsverhandlungen nach außen hin hochzuspielen".[6]

Nach dem Bau der Mauer in Berlin gingen vom Winter 1961/62 an die Vorstellungen von CDU/CSU und FDP in der Berlin- und Deutschlandpolitik wieder stärker auseinander. Die FDP, seit November 1961 Koalitionspartner der CDU/CSU, hatte mit dieser ein Koalitionsabkommen getroffen. Darin war zur Frage der innerdeutschen Kontakte bestimmt, daß „technische Kontakte mit Organen der SBZ", die von beiden Seiten durch besondere Beauftragte wahrgenommen würden, mit dem Grundgesetz und mit Art. 7 des Deutschlandvertrages zu vereinbaren seien.[7] Während die CDU/CSU diese Vereinbarungen sehr eng auslegte, war die FDP in der Folgezeit bestrebt, auf dieser Grundlage die innerdeutschen Kontakte wieder zu beleben. Dementsprechend unterstützte die FDP in den folgenden Jahren die im November 1961 zunächst vom Senat in Berlin (West) ausgegangene Inititiative, mit der DDR über die Errichtung von Passierscheinstellen für Ost- und West-Berlin zu verhandeln.[8] Nachdem *Mende* 1963 das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen übernommen hatte, war die Passierscheinregelung – als Teil der von der FDP nachdrücklich befürworteten „Politik der kleinen Schritte"[9] – wiederholt Gegenstand der Beratungen des Bundesvorstandes.[10]

Nachdem die Deutschlandpolitik des dritten Kabinetts *Adenauer* aus der Sicht der FDP mit dem Bau der Mauer gescheitert war, versuchte die Partei, ein neues Konzept zu entwickeln. Anlaß zum Nachdenken gab *Mendes* Amerika-Reise im Februar 1962. *Mende* war erkennbar von der amerikanischen Lagebeurteilung beeindruckt, der zufolge die USA zwar ihre originären Rechte in Berlin wahren wollten, aber eine de-facto-Anerkennung der DDR als unaus-

3 Nr. 1, S. 6; Nr. 16; Nr. 21, S. 301.
4 Nr. 4, S. 27; Nr. 5, S. 31.
5 Nr. 4, S. 27.
6 Nr. 14, S. 71.
7 AdG 1961, S. 9443.
8 W. Schollwer, Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der F. D. P. seit 1952, Bonn 1972, S. 13.
9 K. Moersch, 1978, S. 82,
10 Nr. 45, S. 557 f.; Nr. 47, S. 571 f.; Nr. 48, S. 575–578; Nr. 54, S. 599 f.; Nr. 60, S. 630; Nr. 73, S. 695.

weichlich ansahen.[11] Etwa zur gleichen Zeit erhielt die deutschlandpolitische Diskussion in der FDP einen neuen Impuls durch ein von ihrem Pressereferenten Wolfgang *Schollwer* vorgelegtes Arbeitspapier zur deutschen Frage[12], die einige Jahre später als „*Schollwer*-Denkschrift" Aufsehen erregte.[13] Darin bezeichnete ihr Autor die Wiedervereinigung als Fernziel und forderte als Nahziel die Verklammerung der beiden deutschen Teile durch vertragliche Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.[14]

Die Debatte des Bundesvorstandes über den deutsch-französischen Vertrag von 1963, die *Mende* mit Bedacht wörtlich protokollieren ließ[15], spiegelt auch liberale Vorstellungen von einer eigenen Deutschlandpolitik wieder. Sehr viel nachdrücklicher als *Mende* befürwortete *Achenbach* den Vertrag, indem er die aus den eigenen Reihen vorgetragenen Bedenken bagatellisierte und darauf aufmerksam machte, daß Fraktionsassistent *Emig* die Vereinbarkeit mit den anderen Verträgen geprüft habe und dabei zu einem positiven Ergebnis gelangt sei.[16] In einer Gegenrede spitzte *Schultz* seine Position dahingehend zu, daß dieser Vertrag vom verteidigungspolitischen Gesichtspunkt aus „eigentlich unnötig" sei.[17]

In der anschließenden Diskussion des Bundesvorstandes ging *Dehler* – mit der ihm eigenen Diktion – noch einen Schritt weiter, indem er meinte, der Vertrag sei „überflüssig wie ein bayerischer Kropf".[18] Danach kam *Starke* auf den deutschlandpolitischen Aspekt des deutsch-französischen Abkommens zurück und fragte, „wo denn gemeinsame Interessen bezüglich der Wiedervereinigung mit Frankreich" lägen. Er bestritt, daß es irgendein gemeinsames Interesse bezüglich der Wiedervereinigung gebe und führte als Beispiel die Agrarfrage an, bei der deutsche und französische Auffassungen durchaus verschieden seien. *Starke* meinte weiter, daß *de Gaulle* die deutsche Seite – wenn überhaupt – nur in Fragen konsultieren werde, die die Bundesrepublik in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten bringen sollten.[19] Den Ausführungen *Starkes* widersprach in zahlreichen Punkten der frühere Diplomat *Sonnenhol,* der bei dieser Gelegenheit seine guten Beziehungen zu den Gaullisten herausstellte. *Sonnenhol* warnte davor, zu glauben, daß die *de Gaulle*sche Politik lediglich die Interessen des Generals artikuliere; diese entspreche vielmehr „der tiefen Auffassung der Mehrheit des französischen Volkes".[20] In der Diskussion, in der auch wirtschaftliche Aspekte zur Sprache kamen, wurde der Wunsch laut, dem deutsch-französischen Vertrag eine Präambel voranzustellen[21], was der Bundestag dann in die Tat umsetzte.

---

11 Nr. 23, S. 313.
12 Ebd., S. 313.
13 Nr. 83, S. 731.
14 Nr. 23, S. 313.
15 Nr. 37, S. 431–486.
16 Ebd., S. 431–441.
17 Ebd., S. 441–446- bes. S. 442.
18 Ebd., S. 450.
19 Ebd., S. 451–460.
20 Ebd., S. 462.
21 Ebd., S. 468, 478, 480 f.

Nachdem die FDP 1963 im ersten Kabinett *Erhard* das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen erlangt und *Mende* dieses Ressort übernommen hatte, sah die Partei in ihm ein Instrument, den Ausbau der innerdeutschen Kontakte voranzutreiben. Parallel zu den bereits erwähnten Passierscheingesprächen[22] bemühte sich die FDP im Frühjahr 1964, die immer noch zahlreichen Kontakte mit der DDR durch den Ausbau und die Umstrukturierung der Interzonen-Treuhandstelle zu koordinieren.[23] Zugleich erneuerte die Partei ihre Forderung nach Herbeiführung einer Vier-Mächte-Deutschland-Konferenz im Sinne der Bundestagsentschließung von 1962, deren Aufgabe es sein müsse, durch gesamtdeutsche technische Kommissionen die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit abzuklären.[24] Im September 1964 bekräftigte der Bundesvorstand seine schon früher formulierte Auffassung, daß für eine Koordinierung der innerdeutschen Kontakte allein das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zuständig sein müsse. Das bedeute, daß dieses Ministerium an Einleitung, Durchführung und Abschluß aller Verhandlungen mit den Behörden der DDR mitverantwortlich beteiligt werden müsse. Eine bloße Unterrichtung erachtete der Bundesvorstand als unzureichend.[25]

Es entsprach der von der FDP schon Anfang der 60er Jahre formulierten Kritik an der *Hallstein*-Doktrin[26], daß die Partei sich um einen Ausbau der Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks bemühte, so z. B. durch die Reise des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden *Zoglmann* zur Eröffnung der deutschen Industrieausstellung in Bukarest im ersten Halbjahr 1965. Der Bundesvorstand nahm den Bericht von *Zoglmann* über seine Reise zum Anlaß, seine Auffassung zu bekräftigen, daß die Bundesrepublik verpflichtet sei, „alle Möglichkeiten für eine Verständigung mit den Staaten Ost- und Südosteuropas auszuschöpfen".[27]

Weitergehende deutschlandpolitische Initiativen aus den eigenen Reihen waren 1965 mit der offiziellen Parteilinie nicht vereinbar. Deutlich wurde dies an der Behandlung des Falles *Baare-Schmidt* durch den Bundesvorstand im Juni 1965. *Baare-Schmidt,* Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Lauenburg, war auf dem FDP-Landesparteitag in Schleswig-Holstein für mehr als nur technische Kontakte mit Ost-Berlin, für gesamtdeutsche Wahlen, Anerkennung der Ostgrenzen und Erweiterung der Kontakte mit den sozialistischen Staaten eingetreten. Dies stieß nicht nur im Landesverband Schleswig-Holstein, sondern auch im Bundesvorstand auf Kritik. Dieser bat den Landesverband nachdrücklich, darauf hinzuwirken, daß *Baare-Schmidt* bei seinem Wahlkampf als Bundestagskandidat nicht von den im Berliner Programm von 1957 und auf dem Frankfurter Parteitag 1965 formulierten Grundsätzen abweiche.[28]

---

22 Siehe oben S. LV.
23 Nr. 48 a, S. 578 f.
24 Ebd., S. 577.
25 Nr. 54, S. 600.
26 Nr. 18, S. 172.
27 Nr. 60, S. 630.
28 Nr. 61, S. 632 f.

Zu den deutschlandpolitischen Themen, die 1966 im Bundesvorstand diskutiert wurden, gehörten die Kontakte zwischen LDPD und FDP. Das Thema stand zur gleichen Zeit auf der Tagesordnung des Bundesvorstandes wie der von der SPD beabsichtigte Redneraustausch mit Vertretern der SED.[29] Während die Problematik dieses Redneraustauschs im Bundesvorstand kontrovers diskutiert wurde, verlief die Meinungsbildung über die Initiative der LDPD ruhiger. Diese hatte durch ihren Zentralvorstand mit Schreiben vom 2. 4. 1966 Besprechungen zwischen den Führungsspitzen von LDPD und FDP angeboten, die im Wechsel in der DDR und in der Bundesrepublik stattfinden könnten.[30] Daraufhin hatten *Genscher* und *Mischnick* eine „Offene Antwort" entworfen, über die der Bundesvorstand nun, am 22. 4. 1966, beriet und die er mit einigen Änderungen billigte. Darin stellte der Bundesvorstand fest, daß die FDP mit dem Zentralvorstand der LDPD keine Gespräche führen werde, solange nicht erkennbar sei, daß die LDPD derartige Gespräche „in Unabhängigkeit und in eigener Verantwortung" führen könne. In ihrem Antwortschreiben führte die FDP weiter aus, wie die LDPD Beweise ihres guten Willens und ihrer Selbständigkeit erbringen könnte.[31] Nachdem der Bundesvorstand die „Offene Antwort" genehmigt hatte, beschloß er, eine technische Kommission mit dem Auftrag einzusetzen, technische Fragen mit der LDPD abzusprechen, falls es zu einem Redneraustausch mit ihr kommen sollte.[32]

Bis zum Frühjahr 1967 ließ die innerparteiliche Diskussion der FDP über die Ziele ihrer Deutschland- und besonders ihrer Ostpolitik zwei fast gleich starke Lager entstehen, ein Vorgang, der die Frage nach der weiteren Führung der Partei durch *Mende* aufwarf. Die wachsende Kritik aus der Partei an ihrem Vorsitzenden wurde allerdings mindestens ebenso durch dessen beharrliche Befürwortung einer Koalition aus CDU/CSU und FDP verursacht. In der Bundesvorstandssitzung vom 17. 3. 1967 berichtete *Mende* über die politische Lage, so wie sie sich für den Bundesvorstand nach der Veröffentlichung der Studie des Pressereferenten *Schollwer* und des Artikels „Die Stunde der Wahrheit" in der Illustrierten „stern" darstellte.[33]

Über die beiden Veröffentlichungen konnte der Bundesvorstand nicht einfach zur Tagesordnung übergehen; dazu war ihr Bekanntheitsgrad zu groß geworden. Die praktisch-politischen Schlußfolgerungen aus der *Schollwer*-Studie hatte der Journalist Manfred *Bissinger* in Thesenform zusammengefaßt im „stern" publik gemacht; die Studie selbst wurde bis zum FDP-Parteitag Anfang April 1967 in mehreren tausend Exemplaren gedruckt. *Rubins* Artikel erschien groß aufgemacht im „stern". *Schollwer* und *Rubin* stimmten darin überein, daß es keine Wiedervereinigung ohne Anerkennung der seit 1945 geschaffenen Fakten geben könne. Wer die Wiedervereinigung wolle, müsse die Oder-Neiße-Linie anerkennen und die Existenz des anderen, kommunisti-

29 Nr. 70, S. 671 f.
30 Ebd., S. 674 ff.
31 Ebd., S. 676 ff.
32 Ebd., S. 672.
33 Nr. 83, S. 731.

schen Staates auf deutschem Boden mit allen unvermeidlichen Konsequenzen zur Kenntnis nehmen (was nicht notwendig eine völkerrechtliche Anerkennung bedeutete). Dagegen waren *Mende* und ein Teil des Bundesvorstandes der Auffassung, daß die bis dahin fixierten Aussagen der FDP zu Fragen der Deutschland- und Ostpolitik weiter zu gelten hätten.[34] Es war wohl kein Zufall, daß der Bundesvorstand in seiner Märzsitzung 1967 die Veröffentlichungen der beiden „Abweichler" unterschiedlich behandelte. Während die *Schollwer*-Studie als ein Arbeitspapier aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle nicht erörtert wurde, mißbilligte der Bundesvorstand ausdrücklich das Verhalten des Bundesschatzmeisters, der ohne Absprache mit dem Bundesvorsitzenden oder dem Bundesvorstand einen Artikel veröffentlicht habe, der in entscheidenden Teilen von den Beschlüssen der FDP abweiche.[35]

In dem auf dem Bundesparteitag vom 3. bis 5. 4. 1967 verabschiedeten Aktionsprogramm blieb es in der Frage der Oder-Neiße-Grenze zunächst bei der bis dahin schon formulierten Version, daß über die deutschen Grenzen im Osten endgültig erst bei einem Friedensvertrag entschieden werden könne. Wenn auf diese Weise auch der alte Rechtsstandpunkt beibehalten wurde, so fügte das Aktionsprogramm doch als neues Element hinzu, „daß eine mögliche Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht an territorialen Fragen scheitern" dürfe.[36]

34 A. Baring, Machtwechsel, 1982, S. 218–222.
35 Nr. 83, S. 733.
36 P. Juling, 1977, S. 198.

### *6. Umstrittene Gesetzesvorhaben und Gruppeninteressen als Beratungsgegenstände des Bundesvorstandes*

Von ihrer Funktion her war die FDP-Bundestagsfraktion dasjenige Gremium, das sich am intensivsten mit Gesetzgebungsfragen befaßte. Es gab indessen eine Reihe von Gesetzen und Gesetzesvorhaben, die auch die Aufmerksamkeit des Bundesvorstandes beanspruchten. Dies waren zunächst – zu Beginn der vierten Legislaturperiode – das Familienrechtsänderungsgesetz, das Bundessozialhilfegesetz und das Jugendwohlfahrtsgesetz, ferner die Regelung der Sonntagsruhe in der Eisen- und Stahlindustrie. Die CDU/CSU, die von 1957 bis 1961 über die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag verfügte, hatte die drei Gesetze noch im Sommer 1961, also vor Ende der dritten Legislaturperiode, verabschiedet.[1] Dabei war sie wohl auch von der Überlegung geleitet worden, daß sie für die Gesetzesvorlagen in der damals verabschiedeten Fassung in einer Koalition nicht die erforderliche Mehrheit erhalten würde. Aus der Sicht der FDP waren die in Kraft getretenen Bestimmungen Beispiele dafür, „wie gefährlich es ist, wenn eine Partei unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aus einseitiger konfessioneller Sicht formt und reformiert".[2]

1 Nr. 17, S. 86, 125.
2 Ebd., S. 85.

Durch ihren Eintritt in die Koalition nach der Bundestagswahl von 1961 hoffte die FDP, diese Entwicklung aufzuhalten, und der Bundesvorstand wurde gefragt, ob man diese „klerikalen Gesetze" wenigstens teilweise rückgängig machen könne.[3]

Dabei sah man in der FDP durchaus realistisch, daß ein Versuch, das Familienrechtsänderungsgesetz erneut zu novellieren, kaum Aussicht auf Erfolg bot und man daher dieses „heiße Eisen" besser nicht anfaßte.[4] Das Familienrechtsänderungsgesetz vom August 1961 hatte – in Abkehr von dem im Dritten Reich eingeführten Zerrüttungsprinzip – die Ehescheidung gegen den Willen des schuldlosen Teils wieder erschwert.[5] Das auch von der SPD scharf kritisierte Bundessozialhilfegesetz vom Mai 1961, zu dem der Entwurf aus dem Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen unter *Wuermeling* stammte, hatte die Wirkung, daß die kirchlichen Träger und freien Wohlfahrtsverbände bei der Durchführung der Fürsorgemaßnahmen Vorrang vor den Kommunen hatten.[6] In die gleiche Richtung zielte die Novellierung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die Novelle vom August 1961, zu der die Vorlage ebenfalls im Familienministerium entstanden war, bewirkte, daß die Träger der freien Jugendhilfe, darunter vor allem die Kirchen, die Leistungen erbrachten, die vom Staat finanziert wurden, der selbst nur subsidiär tätig wurde.[7]

Ein weiteres Ziel liberaler Kritik war die Verordnung zur Einschränkung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie vom Juli 1961, die auf Drängen der Bischöfe und katholischer Verbände zustande gekommen war. Die FDP hatte vor einem – in der damaligen Situation nicht vertretbaren – Produktionsausfall gewarnt und gefordert, die Neuregelung nicht im Wege einer Rechtsverordnung, sondern durch einen Beschluß des Bundestages vorzunehmen.[8]

Was die hier nur umrissenen Sachverhalte angeht, so sah sich die FDP dem Vorwurf ausgesetzt, dem Zerfall des Familienlebens keinen Einhalt zu gebieten, die christliche Prägung der Fürsorge und der Jugendpflege abzulehnen und den christlichen Sonntag dem modernen Wirtschaftsleben zu opfern.[9]

Die zweite Gruppe von Gesetzesmaterien, die den Bundesvorstand wiederholt beschäftigten, waren die Krankenversicherungsreform, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Kindergeld, von Zeitgenossen unter dem Schlagwort „Sozialpaket" zusammengefaßt.[10]

Die Reform der Krankenversicherung und – in engem Zusammenhang damit – die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall waren ursprünglich als Teil einer großen Sozialreform 1953 in der Regierungserklärung ange-

3 Ebd., S. 125.
4 Ebd., S. 125.
5 Ebd., S. 86.
6 Ebd., S. 125.
7 Ebd., S. 86.
8 Ebd., S. 42.
9 Stellungnahme *Mendes* vom 7. 9. 1961 zum Hirtenwort der katholischen Bischöfe anläßlich der Bundestagswahl am 17. 9. 1961 (ADL, 6952/30).
10 Nr. 31, S. 350 f., 354 f.

kündigt worden; die entsprechenden Gesetzesvorlagen hatte Bundesarbeitsminister *Blank* dann nach 1957 den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet. Die Reform scheiterte indessen in der dritten Legislaturperiode, weil es – so die Sicht der FDP – innerhalb von CDU und CSU, die damals die absolute Mehrheit hatten, keinen Konsens über den Grundgedanken und die auf ihn aufbauenden Einzelvorschläge gab.[11] Immerhin erhielt ein kleiner Teil der Reform im dritten Bundestag eine gesetzliche Grundlage: die finanzielle Besserstellung der erkrankten Arbeiter.[12]

Bevor die Koalition aus CDU, CSU und FDP im Herbst 1961 ihre Arbeit aufnahm, wurden in der Koalitionsvereinbarung u. a. zwei Dinge festgeschrieben: die Übernahme des Kindergeldes auf die Staatskasse[13] und die Notwendigkeit einer gesetzestechnischen Verbesserung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in bezug auf den Jahreslohnsteuerausgleich.[14] Dadurch sollte vermieden werden, daß das Kranksein unter Umständen steuerliche Vorteile brachte, die der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hatte.[15]

Ein Teil der CDU und CSU forderte außerdem, nun mit Hilfe der FDP eine Reform der Krankenversicherung zu verwirklichen, die die CDU/CSU in der dritten Legislaturperiode nicht zustande gebracht hatte. Weiter schlug die CDU/CSU vor, das Lohnfortzahlungsgesetz vom Juli 1961 in der Weise zu ändern, daß das etwas unübersichtliche System der Mischfinanzierung beseitigt werde. Die FDP ihrerseits sprach sich für die materielle Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten aus, forderte aber zugleich Gesetzesvorlagen, durch die gewährleistet würde, daß sich die Kostenlast nicht noch mehr zu Ungunsten der lohnintensiven Klein- und Mittelbetriebe verschiebe. Ein gesunder Aufbau der Wirtschaft vertrage – so die FDP – unter keinen Umständen eine zusätzliche Belastung der kleinen Unternehmen, insbesondere der Handwerksbetriebe.[16]

Die hier angedeuteten Ausgangspositionen von CDU, CSU und FDP mündeten schließlich im Februar 1962 in einen Kompromiß, in dem die Wünsche der Freien Demokraten von der CDU und CSU grundsätzlich bejaht wurden. Allerdings sollte die Übernahme des Kindergeldes auf die Staatskasse nicht nur als eine notwendige Beseitigung der bis dahin geltenden (von den Arbeitgebern zu entrichtenden) Sondersteuer angesehen, sondern in die Gesamtberechnung der unverminderten Kostenlast einbezogen werden. Durch diesen Kompromißvorschlag der CDU und CSU entstand das bekannte „Sozialpaket". Die Koalitionsparteien gingen davon aus, daß keiner der notwendigen Gesetzentwürfe (Kindergeld, Lohnfortzahlung und Krankenversicherung) ohne Berücksichtigung der beiden anderen Vorlagen verabschiedet werden dürfe.[17]

---

11 Nr. 31, S. 350 und die dort in Anm. 5 angegebenen Quellen.
12 Nr. 3, S. 17 f.
13 Nr. 7, S. 42; Nr. 43, S. 546.
14 Nr. 19, S. 248.
15 Nr. 31, S. 350 und die dort in Anm. 5 angegebenen Quellen.
16 Ebd.
17 Ebd.

Auf die Schwierigkeiten, die bei den weiteren Verhandlungen über das Sozialpaket in zahlreichen Einzelfragen auftraten, ist hier nicht einzugehen. Vermerkt sei nur die für die FDP überraschende Wendung, die die Behandlung des Sozialpaketes während der „Spiegel"-Affäre und der durch sie ausgelösten Regierungskrise nahm. Am 31. 10. 1962 blieben die FDP-Minister dem zweiten Teil der auf ihren Wunsch unterbrochenen Kabinettssitzung fern. Nach der Wiederaufnahme der Beratung nutzte *Adenauer* die Abwesenheit der FDP-Minister, um mit den dagebliebenen CDU/CSU-Kabinettsmitgliedern die umstrittenen Sozialgesetze zu verabschieden.[18] Die FDP fand für dieses Vorgehen keine plausible Erklärung, weil sie von den getroffenen Vereinbarungen ausging, die eine Verabschiedung derartiger Gesetze mit den Stimmen der Regierungskoalition zum Ziel hatten, und die Möglichkeit wechselnder Mehrheiten nicht einkalkuliert hatte.[19] Auch im Herbst 1963 vertrat die FDP unverändert den Standpunkt, daß das Sozialpaket als Einheit erhalten bleiben müsse.[20]

Sieht man die hier vorgelegten Protokolle unter dem Gesichtspunkt durch, inwieweit im Bundesvorstand der Einfluß organisierter Interessen auf die Partei oder umgekehrt das Bemühen der Partei um Kontakte mit gesellschaftlichen Gruppen zur Sprache kam, so fällt die von der FDP nicht bestrittene Distanz zu den Kirchen auf. Was die Katholische Kirche anging, so richtete die liberale Kritik sich nicht nur gegen die bereits angesprochenen, als „klerikal" eingeschätzten Gesetze vom Sommer 1961, sondern einige Jahre später z. B. gegen das Konkordat zwischen dem Land Niedersachsen und dem Vatikan. Der Abschluß des Konkordats von 1965 und die daraus resultierende Annahme eines umstrittenen Schulgesetzes veranlaßte die FDP, die Koalition mit der SPD aufzukündigen, worauf diese eine neue Koalition mit der CDU einging.[21]

Auch zur Evangelischen Kirche hatte die FDP – anders als die SPD – noch Mitte der 60er Jahre ein distanziertes Verhältnis, wie die Protokolle belegen. Im Dezember 1960 brachte das „Berliner Sonntagsblatt/Die Kirche", das damals im Auftrag des evangelischen Bischofs *Dibelius* herausgegeben wurde, unter dem Titel „Probleme der Woche" eine Betrachtung über das Parteienwesen in der Bundesrepublik. Der Artikel ließ deutliche Bedenken gegen das Bemühen der FDP erkennen, sich als „dritte Kraft" im Parteienspektrum zu profilieren und das „Zünglein an der Waage" zu bilden. Diese staatspolitische Konzeption des Drei-Parteien-Systems als Struktur einer optimalen demokratischen Herrschaftsform zeige bereits – so der umstrittene Artikel –, daß sie das Prinzip der Demokratie in sein Gegenteil verkehre.[22]

Daraufhin schrieb *Mende* an Bischof *Dibelius,* daß ihn protestantische Christen in der FDP auf den genannten Zeitungsartikel aufmerksam gemacht hätten, in dem eine tendenziöse und staatsrechtlich wie verfassungspolitisch

18 Nr. 32, S. 356.
19 Nr. 31, S. 350 und die dort in Anm. 5 angegebenen Quellen.
20 Nr. 43, S. 546 ff.
21 Nr. 59, S. 625.
22 Nr. 11, S. 63 f und die dort in Anm. 12 angegebenen Quellen.

unrichtige Darstellung des Parteienwesens der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sei. Verschiedene Zeitungen hätten diese Meldung unter der Überschrift „Evangelische Kirche gegen FDP" gebracht. Er, *Mende*, gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Bischof eine solche Einschaltung seines Kirchenblattes in die Parteipolitik mißbillige, und bat um eine Bestätigung dieses Standpunktes. Der Vorgang wurde schließlich durch einen Briefwechsel zwischen der Redaktion des Kirchenblattes und dem FDP-Landesverband Berlin bereinigt.[23] Von dieser „Klarstellung" nahm der Bundesvorstand dann mit Befriedigung Kenntnis.[24]

Einige Jahre später, in seiner Sitzung vom 7. 12. 1964, befaßte sich der Bundesvorstand erneut mit den Beziehungen der FDP zur Evangelischen Kirche und hörte dazu einen Bericht von Frau *Funcke*. Darin legte die Abgeordnete dar, daß das Verhältnis zwischen der FDP und der Evangelischen Kirche noch immer von einer Entfremdung bestimmt werde, die im 19. Jahrhundert unvermeidlich zwischen einer fortschrittlichen liberalen Idee und einer politisch und geistig reaktionären, der Monarchie ergebenen und verpflichteten Staatskirche entstanden sei. Verschärft worden sei der Gegensatz durch prominente atheistische Vertreter des Liberalismus einerseits und durch bestimmte Fehlentwicklungen in der „liberalen Theologie" andererseits. Infolgedessen begegne die Evangelische Kirche mit ihrer Pfarrerschaft und ihrer Kerngemeinde dem Liberalismus noch immer mit Mißtrauen, obwohl gerade er und die Reformation gemeinsame Wurzeln hätten. Der Distanz zwischen Evangelischer Kirche und FDP stellte Frau *Funcke* das ungleich entspanntere Verhältnis zwischen Kirche und SPD gegenüber und nannte Gründe für die Unterschiede.[25]

Frau *Funcke* führte vor dem Bundesvorstand weiter aus, daß nur in Nordrhein-Westfalen seit langem ein Gesprächsverhältnis zwischen der FDP-Landtagsfraktion und den Kirchenleitungen der rheinischen und westfälischen Kirche bestehe. Zudem habe der FDP-Landesverband einen Evangelischen Gesprächskreis als Fachausschuß gebildet, der sich die Aufgabe gestellt habe. regelmäßig Gespräche mit kirchlichen Vertretern, Stellen und Ämtern zu führen. Frau *Funcke* regte an, in allen übrigen Landesverbänden ähnliche offizielle oder vielleicht zunächst besser inoffizielle Gesprächsgruppen zu bilden.[26]

Über die Kontakte des Bundesvorstandes zu anderen Gruppen der Gesellschaft, so zur Industrie[27], den Gewerkschaften[28] oder den Vertriebenenverbänden[29] sowie über die Stellungnahmen der Partei zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereichen wie den öffentlichen Dienst[30] oder die Bildungspoli-

23 Ebd.
24 Nr. 11, S. 63.
25 Nr. 56, S. 610 f. und die dort in Anm. 7 angegebene Quelle.
26 Ebd.
27 Siehe z. B. Nr. 18, S. 155.
28 Siehe z. B. Nr. 22, S. 306 f.
29 Nr. 2, S. 13.
30 Nr. 38, S. 499–503.

tik[31] geben die hier edierten Protokolle und die ihnen häufig beigegebenen Anlagen ebenfalls Auskunft.

### *7. Schlußbemerkung*

Nach der Darstellung der Überlegungen und Beschlüsse des FDP-Bundesvorstandes zu Fragen der Bundespolitik, die als Teil dieser Einleitung keine Vollständigkeit beanspruchen kann[32], soll abschließend die Entwicklung der FDP unter dem Vorsitz von Erich *Mende* kurz in den Blick genommen werden. Nach den insgesamt gesehen erfolgreichen ersten Jahren[33] wurde von 1965 an zunehmend die von *Mende* verfolgte Parteilinie in Frage gestellt, die der FDP die Rolle des liberalen Korrektivs in einer von der CDU geführten Regierung zuwies. Nach den Bundestagswahlen von 1965 war es für die FDP schwerer geworden, ein eigenes Profil zu entwickeln, weil die dazu notwendige „Strategie der Inszenierung von begrenzten Koalitionskonflikten"[34] geeignet war, die Position von Bundeskanzler *Erhard* so weit zu schwächen, daß ein Auseinanderbrechen der Koalition unvermeidlich wurde. Andererseits sah sich die FDP vor der Notwendigkeit, dem Image einer „Umfall-Partei" entgegenzuwirken. Infolgedessen neigte die FDP wiederholt dazu, sich bei strittigen Themen von CDU und CSU zu distanzieren, an Grundsätzen festzuhalten und weniger Kompromisse einzugehen.[35] Sichtbar wurde dies etwa 1965 bei der Weigerung der FDP, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen zu verlängern[36] und 1966 bei der Ablehnung des Koalitionskompromisses, der Steuererhöhungen als letztes Mittel zur Haushaltssanierung vorsah.[37] Das auf Betreiben der FDP-Bundestagsfraktion beschlossene Ausscheiden der FDP aus der Koalition und ihr Gang in die Opposition drängte die Parteiführung in die Defensive.[38]

Aber nicht nur die äußeren Bedingungen änderten sich für die FDP 1966 entscheidend. Auch die innere Verfassung der Partei unterlag einem Wandel, der auf dem Parteitag in Hannover Anfang April 1967 einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar wurde. Die Debatten und Abstimmungen auf dem Parteitag ließen erkennen, daß *Mende* nicht mehr die Mehrheit hinter sich hatte, daß sich vielmehr zwei Hauptrichtungen nahezu gleichgewichtig gegenüberstanden. Die Frage, ob es nur die von *Mende* vertretene Option für eine Koalition mit der CDU und CSU geben dürfe, und die Frage der Formulierung einer neuen

31 Nr. 38, S. 493–499; Nr. 42, S. 530–535.
32 Vgl. etwa zur Führung des Bundestagswahlkampfes 1961 und 1965 Nr. 10, S. 56 f. und Nr. 56, S. 611.
33 Siehe oben S. XIV f.
34 Siehe D. Koerfer, FDP, 1981, S. 20.
35 Ebd.
36 Ebd., Nr. 56, S. 609 f., Nr. 59, S. 620 ff.
37 Vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 30; Nr. 77 a, S. 708 f.
38 Vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 87; E. Mende, Wende, 1986, S. 239–246.

Deutschland- und Ostpolitik wurden kontrovers diskutiert.[39] Auch nach dem Parteitag gelang es der FDP nicht, ein überzeugendes Konzept für ihre Rolle als Oppositionspartei zu entwickeln. Zugleich ließ sich die Frage nach *Mendes* Nachfolge nicht mehr zurückdrängen. Während *Mende* selbst *Weyer* als Nachfolger favorisierte, zeichnete sich in der Partei immer deutlicher eine Stimmung zugunsten von Walter *Scheel* ab, der wie *Weyer* aus dem mitgliederstärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen kam. Der Wechsel von *Mende* zu *Scheel* auf dem Freiburger Parteitag im Januar 1968 signalisierte, daß in der FDP ein Überdenken ihrer politischen Zielvorstellungen und ein Kurswechsel im Gang waren.[40] Diese Veränderung innerhalb der FDP war Teil eines politischen und gesellschaftlichen Wandels, der für die Bundesrepublik insgesamt in jenen Jahren bestimmend war.

39 Vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 66–69; E. Mende, Wende, 1986, S. 256 ff.
40 Vgl. E. Mende, Wende, 1986, S. 274 f.

## H. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1960 bis 1967

| | |
|---|---|
| 28.–29. Januar 1960: | Ordentlicher Bundesparteitag in Stuttgart |
| 23.–25. März 1961: | Ordentlicher Bundesparteitag in Frankfurt a. M. |
| 23.–25. Mai 1962: | Ordentlicher Bundesparteitag in Düsseldorf |
| 1.–3. Juli 1963: | Ordentlicher Bundesparteitag in München |
| 1.–3. Juni 1964: | Ordentlicher Bundesparteitag in Duisburg |
| 21.–23. März 1965: | Ordentlicher Bundesparteitag in Frankfurt |
| 6.–7. Juni 1966: | Ordentlicher Bundesparteitag in Nürnberg |
| 3.–5. April 1967: | Ordentlicher Bundesparteitag in Hannover |

# I. Übersicht über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes 1960, 1962, 1964 und 1966

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nach der Wahl vom 28./29. Januar 1960 auf dem XI. Ordentlichen Bundesparteitag in Stuttgart[1]

| | |
|---|---|
| Bundesvorsitzender: | Erich *Mende,* MdB |
| Stellv. Bundesvorsitzende: | Hans *Lenz,* MdB |
| | Oswald *Kohut,* MdB |
| | Heinrich *Schneider,* MdB |
| Bundesschatzmeister: | Hans Wolfgang *Rubin* |
| Ehrenvorsitzende: | Marie-Elisabeth *Lüders,* MdB |
| Ehrenvorsitzender: | Reinhold *Maier,* MdL |

Vorsitzende der Landesverbände:

| | |
|---|---|
| LV Baden-Württemberg | Wolfgang *Haußmann,*Landesminister |
| LV Bayern | Albrecht *Haas*, Landesminister |
| LV Berlin | Rudolf *Will,* MdB |
| LV Bremen | Georg *Borttscheller*, Senator |
| LV Hamburg | Edgar *Engelhard*, 2. Bürgermeister |
| LV Hessen | Wolfgang *Mischnick*, MdB |
| LV Niedersachsen | Carlo *Graaff,* Landesminister |
| LV Nordrhein-Westfalen | Willy *Weyer,* MdL, Fraktionsvorsitzender |
| LV Rheinland-Pfalz | Fritz *Glahn*, Landesminister |
| LV Saarland | Paul *Simonis,* MdL, Landtagsvizepräsident |
| LV Schleswig-Holstein | Bernhard *Leverenz*, stellv. Ministerpräsident |

1 Die Abfolge der Namen (mit Ausnahme der Vertreter der DJD und des LSD) enspricht der vorgedruckten Reihenfolge in der Anwesenheitsliste für die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 26. 2. 1961. Vgl. ADL, Ordner Nr. 111. Die angegebenen Funktionen (MdB, MdL usw.) beziehen sich auf den Zeitpunkt der Wahl in den Bundesvorstand.

[Vorsitzender der Bundestagsfraktion: Erich *Mende*]

Beisitzer:

| | |
|---|---|
| LV Hessen | Max *Becker*, MdB |
| LV Bayern | Thomas *Dehler*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Ewald *Bucher*, MdB |
| LV Bayern | Herta *Ilk*, Stadtverordnete |
| LV Nordrhein-Westfalen | Ernst *Achenbach*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Wolfgang *Döring*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Eduard *Leuze*, MdL |
| LV Berlin | Hans-Günter *Hoppe* |
| LV Schleswig-Holstein | Otto *Eisenmann*, MdB |
| LV Rheinland-Pfalz | Karl *Atzenroth*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Walter *Scheel*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Walter *Erbe*, MdL |
| LV Niedersachsen | Hans *Schäfer*, MdL |

Kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht:

| | |
|---|---|
| DJD | Gerhard *Daub* |
| LSD | Reinhard *Gäsing* |

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nach der Wahl vom 23./25. Mai 1962 auf dem XIII. Ordentlichen Bundesparteitag in Düsseldorf[1]

| | |
|---|---|
| Bundesvorsitzender: | Erich *Mende*, MdB |
| Stellv. Bundesvorsitzender: | Hans *Lenz*, MdB |
| | Bernhard *Leverenz*, stellv. Ministerpräsident |
| | Wolfgang *Döring*, MdB |
| Bundesschatzmeister: | Hans Wolfgang *Rubin* |
| Ehrenvorsitzende: | Marie Elisabeth *Lüders* |
| Ehrenvorsitzender: | Reinhold *Maier*, MdL |

Vorsitzende der Landesverbände:

| | |
|---|---|
| LV Baden-Württemberg | Wolfgang *Haußmann*, Landesminister |
| LV Bayern | Albrecht *Haas*, Landesminister |
| LV Berlin | William *Borm* |
| LV Bremen | Georg *Borttscheller*, Senator |
| LV Hamburg | Edgar *Engelhard*, 2. Bürgermeister |
| LV Hessen | Heinrich *Kohl*, MdL |
| LV Niedersachsen | Carlo *Graaff*, Landesminister |
| LV Nordrhein-Westfalen | Willy *Weyer*, MdL, Fraktionsvorsitzender |
| LV Rheinland-Pfalz | Fritz *Glahn*, Landesminister |
| LV Saarland | Paul *Simonis*, Landesminister |
| LV Schleswig-Holstein | Gerd *Iversen*, stellv. Landesvorsitzender |

| | |
|---|---|
| Vorsitzender der Bundestagsfraktion: | Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, MdB |
| Bundesminister: | |
| Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: | Wolfgang *Mischnick* |

1 Die Abfolge der Namen (mit Ausnahme der Vertreter der DJD und des LSD) enspricht der vorgedruckten Reihenfolge in der Anwesenheitsliste für die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 12. 6. 1962. Vgl. ADL, Ordner Nr. 114. Die angegebenen Funktionen beziehen sich auf den Zeitpunkt der Wahl in den Bundesvorstand.

| | |
|---|---|
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit: | Walter *Scheel* |
| Justiz | Wolfgang *Stammberger* |
| Finanzen | Heinz *Starke* |
| Beisitzer: | |
| LV Bayern | Thomas *Dehler*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Ewald *Bucher*, MdB |
| LV Berlin | Hans-Günter *Hoppe* |
| LV Bayern | Herta *Ilk* |
| LV Schleswig-Holstein | Otto *Eisenmann*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Eduard *Leuze*, Landesminister |
| LV Baden-Württemberg | Walter *Erbe*, MdL |
| LV Rheinland-Pfalz | Karl *Atzenroth*, MdB |
| LV Hamburg | Peter *Müller-Link*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Ernst *Achenbach*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Josef *Effertz*, MdB |
| LV Saarland | Fritz *Wedel*, MdL |
| LV Hessen | Wolfram *Dörinkel*, MdB |

Kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht:

| | |
|---|---|
| DJD | Gerhard *Kastenmeyer* |
| LSD | Wolfgang *Lüder* |

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nach der Wahl vom 1./3. Juni 1964 auf dem XI. Ordentlichen Bundesparteitag in Duisburg[1]

| | |
|---|---|
| Bundesvorsitzender: | Erich *Mende*, Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminister |
| Stellv. Bundesvorsitzender: | Willy *Weyer*, stellv. Ministerpräsident |
| | Ewald *Bucher*, Bundesminister |
| | Wolfgang *Mischnick*, MdB |
| Bundesschatzmeister: | Hans Wolfgang *Rubin* |
| Ehrenvorsitzende: | Marie-Elisabeth *Lüders* |
| Ehrenvorsitzender: | Reinhold *Maier* |

Vorsitzende der Landesverbände:

| | |
|---|---|
| LV Baden-Württemberg | Wolfgang *Haußmann*, Landesminister |
| LV Bayern | Albrecht *Haas*, MdL |
| LV Berlin | William *Borm*, MdA |
| LV Bremen | Georg *Borttscheller*, Senator |
| LV Hamburg | Edgar *Engelhard*, 2. Bürgermeister |
| LV Hessen | Heinrich *Kohl*, MdL |
| LV Niedersachsen | Carlo *Graaff*, Landesminister |
| LV Nordrhein-Westfalen | Josef *Effertz*, MdB |
| LV Rheinland-Pfalz | Fritz *Glahn*, Landesminister |
| LV Saarland | Paul *Simonis*, Landesminister |
| LV Schleswig-Holstein | Otto *Eisenmann*, MdB |

| | |
|---|---|
| Vorsitzender der Bundestagsfraktion: | Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, MdB |
| Bundesminister: | |
| Finanzen: | Rolf *Dahlgrün* |

1 Die Abfolge der Namen (mit Ausnahme der Vertreter der DJD und des LSD) enspricht der vorgedruckten Reihenfolge in der Anwesenheitsliste für die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 30. 6. 1964. Vgl. ADL, Ordner Nr. 119. Die angegebenen Funktionen beziehen sich auf den Zeitpunkt der Wahl in den Bundesvorstand.

| | |
|---|---|
| Wissenschaftliche Forschung: | Hans *Lenz* |
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit: | Walter *Scheel* |
| Beisitzer: | |
| LV Berlin | Hans-Günter *Hoppe*, Senator |
| LV Bayern | Thomas *Dehler*, Bundestagsvizepräsident |
| LV Bayern | Heinz *Starke*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Siegfried *Zoglmann*, MdB |
| LV Niedersachsen | Jan *Eilers*, Landesminister |
| LV Nordrhein-Westfalen | Liselotte *Funcke*, MdB |
| LV Bayern | Hildegard *Hamm-Brücher*, MdL |
| LV Baden-Württemberg | Walter *Erbe*, MdL |
| LV Hamburg | Peter *Müller-Link*, Senator |
| LV Nordrhein-Westfalen | Ernst *Achenbach*, MdB |
| LV Rheinland-Pfalz | Karl *Atzenroth*, MdB |
| LV Saarland | Fritz *Wedel*, MdL |
| LV Baden-Württemberg | Eduard *Leuze*, Landesminister |

Kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht:

| | |
|---|---|
| DJD | Karl *Holl* |
| LSD | Helmut *Strizek* |

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nach der Wahl vom 6./7. Juni 1966 auf dem XVII. Ordentlichen Parteitag in Nürnberg[1]

| | |
|---|---|
| Bundesvorsitzender: | Erich *Mende*, MdB, Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminister |
| Stellv. Bundesvorsitzende: | Willy *Weyer*, stellv. Ministerpräsident |
| | Ewald *Bucher*, Bundesminister |
| | Wolfgang *Mischnick*, MdB |
| Bundesschatzmeister: | Hans Wolfgang *Rubin* |
| Ehrenvorsitzender: | Reinhold *Maier* |

Vorsitzende der Landesverbände:

| | |
|---|---|
| LV Baden-Württemberg | Hermann *Saam*, MdB |
| LV Bayern | Klaus *Dehler*, MdL |
| LV Berlin | William *Borm*, MdB |
| LV Bremen | Georg *Borttscheller* |
| | Senator |
| LV Hamburg | Willy Max *Rademacher* |
| LV Hessen | Heinrich *Kohl*, MdL |
| LV Niedersachsen | Carlo *Graaff*, MdB |
| LV Nordrhein-Westfalen | Siegfried *Zoglmann*, MdB, stellv. Landesvorsitzender |
| LV Rheinland-Pfalz | Hermann *Eicher*, Landesminister |
| LV Saarland | Paul *Simonis*, Landesminister |
| LV Schleswig-Holstein | Otto *Eisenmann*, MdB |

| | |
|---|---|
| Vorsitzender der Bundestagsfraktion: | Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, MdB |
| Bundesminister: | |
| Finanzen | Rolf *Dahlgrün* |

1 Die Abfolge der Namen (mit Ausnahme der Vertreter der DJD und des LSD) enspricht der vorgedruckten Reihenfolge in der Anwesenheitsliste für die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 22. Juni. 1966. Vgl. ADL, Ordner Nr. 121. Die angegebenen Funktionen (MdB, MdL usw.) beziehen sich auf den Zeitpunkt der Wahl in den Bundesvorstand.

| | |
|---|---|
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit | Walter *Scheel* |
| Beisitzer: | |
| LV Bayern | Thomas *Dehler*, MdB, Bundestagsvizepräsident |
| LV Berlin | Hans-Günter *Hoppe*, Senator |
| LV Nordrhein-Westfalen | Liselotte *Funcke*, MdB |
| LV Bayern | Heinz *Starke*, MdB |
| LV Baden-Württemberg | Eduard *Leuze*, Landesminister |
| LV Rheinland-Pfalz | Fritz Rudolf *Schultz*, MdB |
| LV Bayern | Hildegard *Hamm-Brücher*, MdL |
| LV Schleswig-Holstein | Walter *Peters*, MdB |
| LV Niedersachsen | Winfried *Hedergott*, MdL |
| LV Niedersachsen | Reinhold *Kreitmeyer* |
| LV Rheinland-Pfalz | Karl *Holl* |
| LV Nordrhein-Westfalen | Ernst *Achenbach*, MdB |
| LV Hessen | Heinz Herbert *Karry*, MdL |

Kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht:

| | |
|---|---|
| DJD | Gerhart *Baum* |
| LSD | Christian *Kayser* |

*Einrichtung der Edition*

# A. Zur Edition

Grundlage der hier vorgelegten Protokolle ist der im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach archivierte Bestand, wobei die Vorlagen für die Protokolle aus Durchschlägen und Vervielfältigungen bestehen. Weitere Exemplare der jeweiligen Niederschriften, deren Gesamtzahl sich nicht feststellen läßt, befinden sich in den Materialien und Nachlässen von FDP-Politikern, so z. B. im Nachlaß *Haußmann.* Alle Überlieferungen sind jedoch mehr oder weniger lückenhaft. In der Protokollsammlung des Archivs des Deutschen Liberalismus fehlen die Niederschriften für die Sitzungen vom 2. 9. 1965 (Nr. 62), vom 15./16. 7. 1967 (Nr. 87), vom 31. 8. 1967 (Nr. 89) und vom 14. 9. 1967 (Nr. 91). Für die Sitzung vom 15./16. 7. 1967 fand sich eine Niederschrift in den Handakten *Schollwer,* die in die vorliegende Edition aufgenommen wurde. Für die übrigen drei Sitzungen ließen sich keine Protokolle in den einschlägigen Beständen finden; daher gelangen in diesen Fällen Presseberichte (Nr. 62, 91) und ein Rundschreiben des Bundesgeschäftsführers (Nr. 89) zum Abdruck. Aufmerksam zu machen ist noch auf die Anlagen, die über einem Drittel der hier edierten Dokumente beigefügt sind. Soweit die Protokolle Hinweise auf Anlagen enthalten, diese Anlagen sich aber nicht bei den jeweiligen Vorlagen finden ließen, wurden die Texte aus anderen Beständen übernommen. In einigen Fällen ließen sich die Anlagen nicht ermitteln, was dann entsprechend vermerkt ist.

Zur Form der Protokolle ist zu sagen, daß die Verhandlungen vom 19. 9. 1961 (Nr. 17), vom 29. 9. 1961 (Nr. 18), vom 6. 10. 1961 (Nr. 19) und vom 22. 2. 1963 (Nr. 37) stenographisch aufgenommen wurden. Alle übrigen Niederschriften sind als Verlaufs-, Ergebnis- und Beschlußprotokolle überliefert. Die Form der Protokolle war vereinzelt auch Gegenstand der Beratungen des Bundesvorstandes. So rügte in der Sitzung vom 27. 7. 1962 (Nr. 29) *Engelhard* die Niederschrift der vorausgegangenen Sitzung: Es müßten künftig – wenn die Form des Sachberichtsprotokolls eingehalten werden solle – neben dem Vortrag des Berichterstatters auch die in der Diskussion zutage getretenen Meinungen wiedergegeben werden. Andernfalls könne sich der Bundesvorstand ja auf ein Beschlußprotokoll beschränken. In der anschließenden Diskussion wurde dazu bemerkt, daß kein Wortprotokoll angestrebt werde, daß aber dem Vorschlag von *Engelhard* durch eine ausführlichere Wiedergabe der Diskussion entsprochen werden solle. Für vertrauliche Punkte bleibe es bei der bis da-

hin geltenden Regelung.[1] In der Sitzung vom 27. 4. 1964 beschloß der Bundesvorstand die Einführung von Beschlußprotokollen, u. a. weil die Beratungsgegenstände in der Regel nicht mehr so umstritten waren wie unter der Kanzlerschaft *Adenauers* und eine wörtliche Niederschrift durch einen Verhandlungsstenographen, die zudem erhebliche Kosten verursacht hätte, daher entbehrlich erschien. Nur bei besonders wichtigen Sitzungen sollten stenographische Protokolle angefertigt werden.[2] Von dieser Möglichkeit wurde indessen bis Ende 1967 kein Gebrauch gemacht.

Die große Mehrzahl der edierten Niederschriften wurde von den jeweiligen Protokollführern gezeichnet, und zwar von Karl-Hermann *Flach* (Nr. 1–2, 4–16, 20–23), Hermann *Gentner* (Nr. 24, 30, 34 a), Hermann *Marx* (Nr. 26–29, 41), Hans-Dietrich *Genscher* (Nr. 31, 34 a, 36, 38–40, 42, 44–45), Friedrich Wilhelm *Kirchhoff* (Nr. 32–33, 34 b–c, 43, 53, 63 a–c), Hans *Friderichs* (Nr. 46–52, 54–56, 58, 60–61, 64–71, 73, 75 a–86, 88, 90, 92–93), Volker *Stoltz* (Nr. 57, 74), Johann *Dischleit* (Nr. 59) und Werner *Liebich* (Nr. 72). Nur wenige Protokolle sind ungezeichnet (Nr. 3, 25, 53, 62, 87, 89, 91). Die Wortprotokolle vom 19. 9., 29. 9. und 6. 10. 1961 sind zwar auch nicht gezeichnet, stammen aber, wie aus der Quelle selbst hervorgeht, von dem Parlaments- und Verhandlungsstenographen Heinz *Lorenz*.[3] Die Abzeichnung eines Protokolls durch den stellvertretenden Bundesgeschäftsführer *Friderichs* bedeutete nicht notwendig, daß er das Protokoll selbst angefertigt hatte. So stammt die Niederschrift über die Sitzung vom 7. 2. 1964 (Nr. 46) von Heinrich *Maurer*[4] und das Protokoll der Sitzung vom 13. 3. 1964 (Nr. 47) von Volker *Stoltz*.[5] Im ersten Fall war das Protokoll von Thomas *Dehler* beanstandet, im zweiten Fall von Bernhard *Leverenz*, der den Vorsitz geführt hatte, überarbeitet worden. Kurze Zeit darauf bat Bundes- und Fraktionsgeschäftsführer *Genscher* den schon genannten Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, *Stoltz*, die Beschlußprotokolle über die Sitzungen des Bundesvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes noch am selben Tag zu erstellen und am folgenden Tag bis 11 Uhr vormittags unterschriftsreif vorzulegen.[6]

Soweit eine Gegenzeichnung des Protokolls durch den Sitzungsleiter erfolgte, der meistens *Mende* selbst war, ist dies durch „Gez. Mende" im Kopfregest vermerkt. Fehlt die Gegenzeichnung durch den Sitzungsleiter, so wird auf die Leitung durch das Wort „Vorsitz" aufmerksam gemacht.

Die Länge der Protokolle einschließlich der Anlagen und mit Ausnahme der Wortprotokolle (Nr. 17–19, 37) variiert zwischen einer Seite und 37 Seiten, wobei die große Mehrheit einen Umfang von vier bis sieben Seiten aufweist.

1 Nr. 29, S. 336.
2 Nr. 49, S. 584. Mitteilung von Bundesminister a. D. Dr. Erich Mende vom 6. 11. 1991.
3 Nr. 18, S. 139.
4 Vermerk von H. Maurer für Bundesgeschäftsführer Friderichs betr. Protokoll über die Bundesvorstandssitzung vom 7. 2. 1964 (ADL, Ordner Nr. 118).
5 Schreiben des FDP-Landesverbandes Schleswig-Holstein, i. A. Laux, Kiel, vom 8. 4. 1964 an die FDP-Bundesgeschäftsstelle Bonn z. H. von Volker Stoltz (ADL, Ordner Nr. 118).
6 Vermerk des FDP-Bundesgeschäftsführers Genscher vom 8. 5. 1964 für Volker Stoltz (ADL, Ordner Nr. 118).

Die Form der Protokolle war von Anfang an (1960) dadurch weitgehend standardisiert, daß – von Ausnahmen abgesehen – die Teilnehmerverzeichnisse in die Protokolle aufgenommen und anschließend die entschuldigt fehlenden Vorstandsmitglieder aufgeführt wurden, während am Schluß die Abzeichnung durch Sitzungsleiter und Protokollführer erfolgte.

In seiner editionstechnischen Einrichtung folgt das vorliegende Quellenwerk den Grundsätzen, die für die Gestaltung der bisherigen Bände maßgebend waren. Dies gilt gleichermaßen für die Anordnung der Materialien, die Kopfregesten, die Protokolltexte, den Anmerkungsapparat und das Register.

Die Dokumente sind grundsätzlich chronologisch geordnet und durchlaufend numeriert. Mehrere am selben Tag oder an zwei aufeinander folgenden Tagen (z. B. am Rande eines Bundesparteitages) nacheinander abgehaltene Sitzungen wurden dabei unter einer Nummer vereinigt; die einzelnen Dokumente wurden dann jeweils durch kleine lateinische Buchstaben in der Reihenfolge des Alphabets bezeichnet.

Jedem Dokument sind zwei Kopfregesten vorangestellt. Das ersten Regest enthält das Datum der Sitzung und kennzeichnet das Dokument, indem es die jeweilige Versammlung beschreibt (Sitzung des Bundesvorstandes usw.) und die beteiligten Gremien nennt. Dies empfahl sich deshalb, weil der Bundesvorstand wiederholt zusammen mit anderen Gremien tagte, so vor allem mit der Bundestagsfraktion (z. B. Nr. 17), aber auch zusammen mit den Hauptgeschäftsführern der Landesverbände (z. B. Nr. 76) oder mit Experten (Nr. 75 b).

Das zweite Kopfregest gibt den genauen Fundort an und nennt den Protokollführer, so weit dieser sich ermitteln ließ, sowie das gegenzeichnende Vorstandsmitglied. Anschließend folgt die Originalüberschrift der Vorlage. Wenn in ihr keine Ortsangabe enthalten ist, ist sie nachgetragen. Den Abschluß bilden die Angaben über Beginn und Schluß der Sitzung, soweit sie in der Vorlage enthalten sind.

Das Teilnehmerverzeichnis, das den Kopfregesten folgt und dem Text der Dokumente vorausgeht, ist in der Regel alphabetisch geordnet und unterscheidet infolgedessen nicht zwischen Bundesvorstandsmitgliedern und anderen Sitzungsteilnehmern. Soweit die Vorlagen zwischen Mitgliedern des Bundesvorstandes und anderen Teilnehmern unterscheiden, wurde diese Unterteilung wegen ihrer besseren Übersichtlichkeit beibehalten. Um die weiblichen von den männlichen Teilnehmern zu unterscheiden, sind die ersteren mit Vornamen aufgeführt. Bei letzteren ist ebenfalls der Vorname dann angegeben, wenn die Famliennamen übereinstimmen (so z. B. Hans und Helmut *Schäfer*). Sitzungsteilnehmer, die in der Vorlage des Teilnehmerverzeichnisses nicht genannt sind, deren Anwesenheit sich aber an Hand des Protokolls nachweisen läßt, sind in den Teilnehmerverzeichnissen zu den hier edierten Dokumenten in eckigen Klammern [ ] aufgeführt. Zu beachten ist dabei, daß die Teilnehmerverzeichnisse in den Vorlagen nicht in jedem Fall vollständig sind. So fehlt insbesondere bei gemeinsamen Sitzungen von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion die Namensliste der anwesenden Fraktionsmitglieder. Die Namen

der entschuldigt fehlenden Mitglieder werden jeweils in einer Anmerkung wiedergegeben.

Die Tagesordnungspunkte sind in den Dokumententext eingeschoben und in GROSSBUCHSTABEN geschrieben. Soweit die Tagesordnungspunkte nicht in der Vorlage enthalten sind und erst von dem Bearbeiter eingesetzt wurden, sind sie durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die Sprecher werden durch KAPITÄLCHEN hervorgehoben, sonstige Namen in *Kursiv*-Schrift wiedergegeben. Allgemein gebräuchliche Abkürzungen wurden beibehalten und im Verzeichnis der Abkürzungen nachgewiesen, ungebräuchliche wurden aufgelöst und in die heute übliche Form gebracht. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind durchgehend normalisiert worden. Hervorhebungen in der Vorlage werden nicht wiedergegeben, handschriftliche Ergänzungen und Verbesserungen in der Vorlage sind nicht kenntlich gemacht. Nicht korrigiert wurde der wiederholt fehlerhafte Gebrauch der Zeiten und der indirekten Rede, da dies einer stilistischen Überarbeitung der Vorlage gleichgekommen wäre.

Funktion und Form der Anmerkungen ergeben sich aus der Eigenart des Quellenwerkes. Der Anmerkungsapparat enthält z. T. wesentliche Ergänzungen zu den Dokumenten. Dies gilt insbesondere für diejenigen Teile der Kommentierung, die Unterlagen aus dem Nachlaß *Haußmann* verwerten. Ihre Einbeziehung ermöglicht es, den Verlauf einer Reihe von Sitzungen deutlicher zu dokumentieren, als er sich im Protokoll selbst widerspiegelt. Darüber hinaus wurde aus dem Nachlaß *Haußmann,* aber auch aus Beständen des Archivs des Deutschen Liberalismus (u. a. Nachlaß *Dehler,* Handakten *Schollwer*) in den Anmerkungen eine Fülle von Material verarbeitet, das die in den Protokollen angesprochenen Sachverhalte deutlicher oder überhaupt erst verständlich macht. Im übrigen wurde versucht, die Kommentierung knapp zu halten. Sie verweist – soweit erforderlich und sinnvoll – auf einschlägige Quelleneditionen und Literatur. Zudem enthalten die Fußnoten Querverweise auf andere Dokumente der vorliegenden Edition und deren Anmerkungen, um auf diese Weise den jeweiligen Sachzusammenhang wieder herzustellen und das Register zu ergänzen bzw. zu entlasten.

Biographische Angaben finden sich im Personen- und Sachregister; sie enthalten keine Lebensdaten zu den betreffenden Personen, sondern nennen ihre Ämter und Funktionen, soweit diese für Gegenstand und Zeitraum der vorliegenden Edition von Bedeutung sind.

# B. Verzeichnis der Archivalien

*Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach*

Ordner-Nrn.: 111–125 (Protokolle des Bundesvorstandes)
Ordner Nrn.: 6950/23–6958/58 (Handakten Schollwer)
Ordner-Nrn.: 6966/97–6966/100 (Aufzeichnungen Schollwer)
A 1: Bundesparteitag
A 2: Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle
A 31: Akten von Erich Mende
D 1: Druckschriften

*Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn*

Politisch-parlamentarischer Pressedienst der SPD
Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes der SPD
Sammlung Personalia

*Bundespresseamt-Archiv (BPA), Bonn*

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
Morgenbericht. Deutsche Presse und Material der Nachrichtenabteilung
Nachrichtenspiegel/Inland I

*Deutscher Bundestag-Parlamentsarchiv (BT Parl. Arch.), Bonn*

Sammlung der Ausschußprotokolle (4. und 5. Legislaturperiode)

*FDP-Landesgeschäftstelle NRW, Düsseldorf*

Akten des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

*Nachlässe*

NL Dehler (ADL Gummersbach)
NL Haußmann (HStA Stuttgart)
NL Maier (HStA Stuttgart)

*Zeitungen, Zeitschriften, Pressekorrespondenzen (mehrfach zitiert)*

freie demokratische Korrespondenz (fdk)
freie demokratische Korrespondenz-Tagesausgabe (fdk-T)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Frankfurter Rundschau (FR)
Liberale Studentenzeitung (LSZ)
Das Rathaus. Wegweiser für FDP-Kommunalpolitik
Der Spiegel
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Die Welt

# C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur


BARING, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bd. 1 u. 2, München-Wien 1971.

BARING, Arnulf in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart $^{3}$1982.

BAUSCH, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962, München 1980 (Rundfunk in Deutschland 3).

BENZ, Wolfgang/PLUM, Günter/RÖDER, Werner: Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978.

BERLIN. Chronik der Jahre 1959–1960. Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin. Bearb. von Hans J. Reichardt, Joachim Drogmann und Hanns U. Treutler, Berlin 1978.

BIRRENBACH, Kurt: Meine Sondermission. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf-Wien 1984.

BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang: Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung. Eine Untersuchung zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1964 (Schriften zum Öffentlichen Recht 18).

AMTLICHES HANDBUCH des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Darmstadt 1957, $^{2}$1958.

AMTLICHES HANDBUCH des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Darmstadt 1961.

DIE BUNDESREPUBLIK 1958/59 vereinigt mit Handbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von A. Koehler/K. Jansen, Berlin-Köln 1958.

Die BUNDESVERSAMMLUNGEN 1949-1979. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984. Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1984.

CONSEIL DE L'EUROPE, Assemblée consultative. Treizième session ordinaire (Deuxième partie), 21–28 septembre 1961. Compte rendu des débats, Tome II, Séances 9 à 19, Strasbourg 1961.

DEXHEIMER, Wolfgang F.: Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961–1965–1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen, Bonn 1973 (Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschehen 14).

DINGEL, Frank: Die Demokratische Partei Saar, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 766–806.

DITTBERNER, Jürgen: Die Freie Demokratische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1983, S. 1311–1381.

DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband II: Von der Aufkündigung des Berlin-Status durch die UdSSR 1958 bis zur Berlin-Sperre 1961. Zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn u. a.$^{2}$ 1961.

DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK. Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. III. Reihe 1955–1957, Bd. 1–3, Frankfurt a. M. 1961–1967; IV. Reihe 1958–1966, Bd. 1–12, Frankfurt a. M. 1971–1981; V. Reihe 1966–1967, Bd. 1–2, Frankfurt a. M. 1984–1987.

13. CDU-BUNDESPARTEITAG Düsseldorf, 21.–31. März 1965. Niederschrift. Hrsg.: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle Bonn, Bonn 1965.

DER XI. ORDENTLICHE BUNDESPARTEITAG der Freien Demokratischen Partei Stuttgart 28./29. Januar 1960. Hrsg. von der Freien Demokratischen Partei. o. O., o. J. (1960, hektogr.).

FDP-BUNDESVORSTAND. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. Bearb. von Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4. Reihe, Bd. 7/I), Düsseldorf 1990.

FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954–1960. Bearb. von Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4. Reihe, Bd. 7/II), Düsseldorf 1991.

Fliszar, Fritz: Mit der FDP regieren. Ein Gespräch mit Erich Mende (7. Juni 1988), in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit, 40 Jahre F. D. P., Stuttgart 1989, S. 125–155.

Gerstenmaier, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. u. a. 1981.

Glatzeder, Sebastian J.: Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1980.

Grabbe, Hans-Jürgen: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 71), Düsseldorf 1983.

Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt a. M. u. a. 1979.

Gutscher, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe. Mit einem Nachwort von Günter Meuschel, Königstein/Ts.[2] 1967.

Hamm-Brücher, Hildegard: Aufbruch ins Jahr 2 000 oder Erziehung im technischen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg[6] 1972.

Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen. Ausgabe für die 4. Wahlperiode, 2. Nachtrag, Düsseldorf 1962.

Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 5. Wahlperiode 1962, Kiel 1963.

Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76), Düsseldorf 1985.

Henkels, Walter: Bonner Köpfe in Wort und Bild. Mit Fotos von Richard Schulze-Vorberg, Düsseldorf-Wien 1981.

Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945–1970. Mit einem Geleitwort von Klaus Schütz (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 38), Berlin-New York 1973.

Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart-Wiesbaden 1984.

Jahrbuch des Europäischen Parlaments 1961–1962, 1962.

Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 19), Meisenheim am Glan 1977.

Kaack, Heino: Die F. D. P.: Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland Bd. 18), Meisenheim am Glan[3] 1979.

Koerfer, Daniel: Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal", Stuttgart 1981.

Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.

Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin-Bonn 1982.

Körper, Kurt J.: FDP. Bilanz der Jahre 1960–1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei? (Kölner Schriften zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 1), Köln 1968.

Lange, Erhard H. M.: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956 (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 8), Köln u. a. 1980.

Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 89), Düsseldorf 1989.

Mende, Erich: Die FDP. Daten – Fakten – Hintergründe, Stuttgart 1972.

Mende, Erich: Die neue Freiheit, 1945–1961, München-Berlin 1984.

Mende, Erich: Von Wende zu Wende, 1962–1982, München-Berlin 1986.

Mintzel, Alf: Die Bayernpartei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1983, S. 395–489.

MOERSCH, Karl: Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a. M. 1978.
MORSEY, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 19), München 1987.
RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987.
XVI. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG der Freien Demokratischen Partei 22. bis 23. März 1965 in Frankfurt (Main). Eine Dokumentation zur Bundestagswahl 1965. Hrsg. von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o. J. (1965).
SEIFERT, Jürgen: Das Grundgesetz und seine Veränderung. Verfassungstext von 1949 sowie sämtliche Änderungsgesetze im Wortlaut eingeleitet und herausgegeben von Jürgen Seifert, Neuwied-Darmstadt $^{4}$1983.
SCHINDLER, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982. Hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn$^{2}$ 1983.
SCHMIDT, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957. Bd. 1–3 (Veröffentlichung des Instituts für Wissenschaftliche Politik der Technischen Hochschule Darmstadt), Berlin 1959–1962.
SCHMIDT, Ute: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 490–660.
SCHMOLLINGER, Horst W.: Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik 1945–1980, Bd. 1, 1983, S. 1025–1111.
SCHOLLWER, Wolfgang: Liberale Führungspersonen – die Parteivorsitzenden, in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit, 40 Jahre F. D. P., Stuttgart 1989, S. 440–463.
SCHOLLWER, Wolfgang: Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961. Hrsg. von Monika Faßbender, München 1990.
SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart-Wiesbaden 1981.
SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland., Bd. 3), Stuttgart-Wiesbaden 1983.
STEININGER, Rudolf: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft, Bd. 12), Bonn 1985.
STÖSS, Richard: Gesamtdeutscher Block/BHE, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1984, S. 1424–1459.
STÖSS, Richard: Die Gesamtdeutsche Partei (GDP bzw. GPD), in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1984, S. 1460–1477.
STORBECK, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 4), München-Wien 1970.
STRAUSS, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
WEHMEIER, Klaus: Die Geschichte des ZDF. Teil I: Entstehung und Entwicklung 1961–1966, Mainz 1979.
WENDE, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter hrsg. von Frank Wende, Stuttgart 1981.
WENGST, Udo: Mit und gegen Adenauer und Erhard, in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit, 40 Jahre F. D. P., Stuttgart 1989, S. 102–124.
ZEHNER, Günter (Hrsg.): Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation des Prozeßmaterials, Bd. 1 und 2, Karlsruhe 1964–1965.
XII. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG der Freien Demokratischen Partei 23. bis 25. März 1961 in Frankfurt/Main. Eine Dokumentation zur Bundestagswahl 1961. Hrsg. von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1961.

## D. Verzeichnis der Abkürzungen

| | |
|---|---|
| AA | Auswärtiges Amt |
| Abg. | Abgeordneter |
| ACDP | Archiv für Christlich Demokratische Politik |
| AdG | (Keesings) Archiv der Gegenwart |
| ADL | Archiv des Deutschen Liberalismus |
| AdsD | Archiv der sozialen Demokratie |
| ÄndG | Änderungsgesetz |
| a. F. | alte(r) Fassung |
| Amtsbl. | Amtsblatt |
| AP | Associated Press, New York |
| ARD | Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands |
| AStA | Allgemeiner Studentenausschuß |
| AUD | Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher |
| BA | Bundesarchiv Koblenz |
| Ba-Wü | Baden-Württemberg |
| BDI | Bundesverband der Deutschen Industrie |
| BdV | Bund der Vertriebenen |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBl. | Bundesgesetzblatt |
| BHE | Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten |
| Bibl. | Bibliothek |
| BM | Bundesminister(ium) |
| BMF | Bundesminister(ium) der Finanzen |
| BMI | Bundesminister(ium) des Innern |
| BMJ | Bundesminister(ium) der Justiz |
| BP | Bayernpartei |
| BPA | Presse- und Informationsamt der Bundesregierung |
| BR | Bundesrat |
| BReg. | Bundesregierung |
| BSHG | Bundessozialhilfegesetz |
| BT | Deutscher Bundestag |
| BT Anlagen | Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen |
| BT Sten. Ber. | Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte |
| Bü | Büschel (Faszikel) |
| BV | Bundesvorstand |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts |
| BVerwGE | Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts |
| CDA | Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft |
| CDU | Christlich Demokratische Union |
| CERN | Centre européen de Recherches nucléaires |
| COMECON | Council for Mutual Economic Assistance (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) |

| | |
|---|---|
| CSSR | Tschechoslowakische Sozialistische Republik |
| CSU | Christlich Soziale Union |
| CVP | Christliche Volkspartei (Saar) |
| DA | Demokratische Arbeitsgemeinschaft |
| DAG | Deutsche Angestellten-Gewerkschaft |
| DAZ | Deutsche Allgemeine Zeitung (ab 1918) |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DFU | Deutsche Friedens-Union |
| DGB | Deutscher Gewerkschaftsbund |
| DIVO | Deutsches Institut für Volksumfragen, später Institut für Wirtschaftsforschung, Sozialforschung und angewandte Mathematik |
| DJD | Deutsche Jungdemokraten |
| DP | Deutsche Partei |
| dpa | Deutsche Presseagentur |
| DPS | Demokratische Partei Saar |
| DUD | Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| EFTA | European Free Trade Association |
| EG | Europäische Gemeinschaften |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EKD | Evangelische Kirche in Deutschland |
| EMNID | Institut für Markt-, Meinungs- und Sozialforschung Bielefeld (Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Information, Dienstleistung) |
| EP | Europäisches Parlament |
| EStG | Einkommensteuergesetz |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| fdk | Freie Demokratische Korrespondenz |
| fdk (T) | Freie Demokratische Korrespondenz, Tagesberichte der Bundestagsfraktion |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| FDS | Freier Demokratischer Studentenbund – Freiheitlich Deutscher Studentenbund |
| FPÖ | Freiheitliche Partei Österreichs |
| FDW | Freie Demokratische Wohlfahrt (Berlin) |
| FR | Frankfurter Rundschau |
| FVP | Freie Volkspartei |
| G | Gesetz |
| GATT | General Agreement on Tariffs and Trade |
| GB | Gesamtdeutscher Block |
| GDP | Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) |
| GemO | Gemeindeordnung |
| Ges. | Gesetz |
| GfK | Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, Nürnberg |
| GG | Grundgesetz |

| | |
|---|---|
| GBl. | Gesetzblatt |
| GMBl. | Gemeinsames Ministerialblatt |
| GO | Geschäftsordnung |
| GVBl. | Gesetz- und Verordnungsblatt |
| Hrsg., hrsg. | Herausgeber, herausgegeben |
| HStASt | Hautstaatsarchiv Stuttgart |
| i. d. F. | in der Fassung |
| IG | Industriegewerkschaft |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| IOS | Investment Overseas Services |
| KPC | Kommunistische Partei der CSSR |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KPdSU | Kommunistische Partei der Sowjetunion |
| L | Land, Landes- |
| LAG | Lastenausgleichsgesetz |
| LHG | Liberale Hochschulgruppe |
| LDP/LDPD | Liberaldemokratische Partei Deutschlands (DDR) |
| LSD | Liberaler Studentenbund Deutschlands |
| LSZ | Liberale Studentenzeitung |
| LT | Landtag |
| LVerb. | Landesverband |
| LV | Landesverband |
| LVerf. | Landesverfassung |
| MdA | Mitglied des Abgeordnetenhauses |
| MdB | Mitglied des Bundestages |
| MdBü | Mitglied der Bürgerschaft |
| MdEP | Mitglied des Europäischen Parlaments |
| MdL | Mitglied des Landtages |
| m. d. W. d. G. b. | mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt |
| MinDir | Ministerialdirektor |
| MinDirig | Ministerialdirigent |
| MinRat | Ministerialrat |
| MRP | Mouvement Républicain Populaire |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization |
| NKWD | Narodnyi Kommissariat Vnutrennych Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) |
| NL | Nachlaß |
| NRW | Nordrhein-Westfalen |
| NRZ | Neue Rhein-Zeitung |
| NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| ÖTV | Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr |
| ÖVP | Österreichische Volkspartei |
| pag. | pagina |
| Parl. Arch. | Parlamentsarchiv |
| Präs. | Präsident |
| PPP | Parlamentarisch-Politischer Pressedienst der SPD |
| Prot. | Protokoll |
| PVS | Politische Vierteljahresschrift |
| RegBl. | Regierungsblatt |
| RGBl. | Reichsgesetzblatt |

| | |
|---|---|
| SBZ | Sowjetisch besetzte Zone |
| SDS | Sozialistischer Deutscher Studentenbund |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SEW | Sozialistische Einheitspartei West-Berlins |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SPÖ | Sozialistische Partei Österreichs |
| SS | Schutzstaffel(n) |
| SSW | Südschleswigscher Wählerverband |
| StBKAH | Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| SU | Sowjetunion |
| SVP | Saarländische Volkspartei |
| SZ | Süddeutsche Zeitung |
| TASS | Telegrafenagentur der Sowjetunion |
| TO/TOP | Tagesordnung/-spunkt |
| UB | Universitätsbibliothek |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion) |
| UiD | Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union |
| UNO | United Nations Organization (Vereinte Nationen) |
| UPI | United Press International, New York |
| USA | Vereinigte Staaten von Amerika |
| VDS | Verband Deutscher Studentenschaften |
| Verf. | Verfassung, verfassunggebend |
| Vers. | Versammlung |
| VO | Verordnung |
| Vol. | Volume (Band) |
| Vors. | Vorsitz, Vorsitzender |
| VVN | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes |
| VW | Volkswagenwerk |
| WAV | Wirtschaftliche Aufbauvereinigung |
| WDR | Westdeutscher Rundfunk |
| WEU | Westeuropäische Union |
| WK | Wahlkampfkommission der FDP |
| WP | Wahlperiode |
| ZDF | Zweites Deutsches Fernsehen |
| ZK | Zentralkomitee |
| ZParl | Zeitschrift für Parlamentsfragen |

# E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte


| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 1 | 26. 2. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Konstituierung des Bundesvorstandes – Bericht über die außen- und innenpolitische Lage – Rundfunk- und Fernsehfragen – Wahlkampfplanungen für 1961 – Verschiedenes* | 3 |
| 2 | 14. 3. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die außen- und innenpolitische Lage – Vorbereitung der Landesparteitage – Einberufung des Bundeshauptausschusses – Wahlkampfplanung für 1961 – Die Situation in den Vertriebenenverbänden – Antrag des Unterausschusses Schule auf Einsetzung als Bundesausschuß* | 8 |
| 3 | 7. 5. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Die außen- und innenpolitische Lage – Rundschreiben des Landesvorstandes Bayern und Stellungnahmen dazu – Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf – Anträge der Landesverbände* | 13 |
| 4 a | 15. 6. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Innenpolitische Lage – Landtagswahlen Baden-Württemberg, Kommunalwahlen Saarland – Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahl – Bericht Landesparteitage Rheinland-Pfalz, Berlin – Rundfunkpolitische Lage* | 19 |
| 4 b | 16. 6. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Regierungsbildung in Baden-Württemberg* | 24 |
| 4 c | 16. 6. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Analyse der außenpolitischen Lage – Aussprache und Zusammenfassung* | 25 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 5 | 2. 9. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die außen- und innenpolitische Lage – Bericht der Wahlkampfkommission; Wahlkampffinanzierung* | 28 |
| 6 | 17. 9. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Die politischen Grundlagen des Bundestagswahlkampfes – Bericht des Landesvorsitzenden Borm über die Lage des LV Berlin – Verschiedenes* | 33 |
| 7 | 29. 10. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Fortsetzung der Aussprache der letzten Sitzung über die politischen Grundlagen der Wahlkampfführung – Bildung einer Kommission zur Erarbeitung der Wahlkampfplattform – Erste Vorbesprechung des Bundesparteitages 1961 und der geplanten Fachkongresse – Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betr. LSD – Verschiedenes* | 41 |
| 8 | 3. 12. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Lage im Landesverband Niedersachsen – Bundesparteitag 1961 – Lage im Landesverband Berlin – Verschiedenes* | 46 |
| 9 | 13. 1. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Wahlkampfführung* | 52 |
| 10 | 21. 1. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Stand der Vorbereitungen für den Bundesparteitag; Bericht über Klausurtagung der Wahlkampfkommission – Personalfragen auf dem Gebiet der Pressearbeit – Bericht über die außen- und innenpolitische Lage – Dreikönigstreffen Stuttgart und Rede Dr. Dehlers in Berlin – Einladung Dieckmann durch LSD und Rundschreiben einzelner Mitglieder* | 55 |
| 11 | 10. 2. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Verbindung zu den Kirchen – Stand der Arbeiten an der Wahlplattform – Ausschußarbeit und Fachkongresse* | 62 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 12 | 18. 3. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms – Vorbereitung des Bundesparteitages* | 64 |
| 13 | 6. 5. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage – Stand der Wahlkampfvorbereitung, Fachkongresse – Bundeshauptausschuß und Bundeswahlkongreß* | 66 |
| 14 | 16. 6. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage – Festlegung der Tagesordnung für Bundeshauptausschuß und Wahlkongreß – Entwicklung der Wahlkampflage* | 70 |
| 15 | 14. 7. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage; Entwicklung des Wahlkampfes – Verschiedenes* | 73 |
| 16 | 24. 8. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage* | 76 |
| 17 | 19. 9. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Präliminarien – Bericht des Bundes- und Fraktionsvorsitzenden – Bericht des Bundesgeschäftsführers – Bericht von Dr. Menne – Aussprache* | 78 |
| 18 | 29. 9. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Präliminarien – Bericht des Bundes- und Fraktionsvorsitzenden – Bericht des stellv. Bundes- und Fraktionsvorsitzenden – Aussprache* | 135 |
| 19 | 6. 10. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Präliminarien – Bericht des Bundes- und Fraktionsvorsitzenden – Bericht des stellv. Bundes- und Fraktionsvorsitzenden – Aussprache* | 231 |
| 20 | 8. 12. 1961 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Finanzlage – Verschiedenes* | 297 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 21 | 12. 2. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Bericht zur außen- und innenpolitischen Lage; die Lage in Berlin – Personalfragen – Ausschußarbeit – Verschiedenes* | 300 |
| 22 | 16. 3. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage – Vorbereitung des Bundesparteitages – Bundeshauptausschuß – Bundesgeschäftsführung* | 306 |
| 23 | 13. 4. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Berufung des neuen Bundesgeschäftsführers – Bericht der Amerika-Reise Dr. Mendes; Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage – Vorbereitung des Bundesparteitages; Verstärkung der kulturpolitischen Arbeit – Verschiedenes* | 309 |
| 24 | 5. 5. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Berufung des neuen Bundesgeschäftsführers – Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage – Stand der Vorbereitungen zum Bundesparteitag* | 314 |
| 25 | 23. 5. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundesparteitag; Neuwahl des Bundesvorstandes* | 320 |
| 26 | 12. 6. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Fraktionsarbeit – Vorbereitung der Tagesordnung – Anträge und Anfragen* | 321 |
| 27 | 15. 6. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Konstituierung des Bundesvorstandes – Finanzbericht, Verwendung der Bundesmittel – Tarifkampf und Streikdrohung im Öffentlichen Dienst – Organisatorische Fragen der Bundespartei; Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage – Verschiedenes* | 325 |
| 28 | 9. 7. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen – Bericht über die parlamentarische Arbeit im ersten Jahr der 4. Legislaturperiode – Ausschußarbeit der Bundespartei – Verhältnis der FDP zu den Gewerbeverbänden – Verstärkung der kulturpolitischen Arbeit – Verschiedenes* | 329 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 29 | 27. 7. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Koalitionsabschluß in Düsseldorf – Bericht über die Koalitionsbesprechungen in Bonn – Verstärkung der kulturpolitischen Arbeit – Bericht über die Englandreise der Bundesvorsitzenden – Verschiedenes* | 336 |
| 30 | 6. 9. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung der Wahl eines Bundesgeschäftsführers – Bericht Finanzminister Dr. Heinz Starke – Bericht über die Lage in Berlin und über die Initiative der FDP zur Berlin- und Deutschlandpolitik; Bericht über die Bundestagsfraktionssitzung am 5./6. 9. 1962 und ergänzender Bericht Döring – Bericht über die Meinungsverschiedenheiten im Bezirksverband Oberbayern – Einberufung des Bundeshauptausschusses – Verschiedenes* | 343 |
| 31 | 12. 10. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Grundsatzfragen der Sozialpolitik und das Sozialpaket – Bestimmung des Zeitpunktes und des Ortes für den XIV. Ordentlichen Bundesparteitag; Bestimmung eines Zeitpunktes und eines Ortes für den Bundeshauptausschuß – Teilnahme von Mitgliedern des Bundesvorstandes und von Kabinettsmitgliedern der Landesregierungen am Wahlkampf in Bayern, insbesondere in Mittelfranken – Übernahme von Patenschaften über Bezirksverbände des Landesverbandes Berlin – Zusammenkünfte des Bundesvorsitzenden mit den der FDP angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten und anderen Kabinettsmitgliedern der Länder – Verschiedenes* | 350 |
| 32 | 2. 11. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *„Spiegel"-Affäre – Bericht über die Kabinettssitzung vom 29. 10. 1962 – Bericht des Justizministers – Bericht über die Vorstandssitzungen vom 29. 10. und 30. 10. 1962 – Bericht über das Gespräch Adenauers mit der FDP-Führungsspitze vom 31. 10. 1962* | 355 |
| 33 | 19. 11. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Innenpolitische Lage infolge der „Spiegel"-Affäre* | 372 |
| 34 a | 5. 12. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Die innenpolitische Lage* | 383 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 34 b | 5. 12. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Regierungsumbildung* | 390 |
| 34 c | 6. 12. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Information über die politische Lage* | 400 |
| 35 | 8. 12. 1962 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Regierungsumbildung – Bericht über das Gespräch mit Lübke – Bericht über das Gespräch mit der CDU-Verhandlungskommission – Aussprache – Bericht über die Behandlung von Sachfragen – Fortsetzung der Aussprache* | 407 |
| 36 | 1. 2. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung – Vorbereitung der Sitzung des Bundeshauptausschusses – Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Verschiedenes – Neufestsetzung eines Termins für den Bundesparteitag – Verschiedenes (Fortsetzung)* | 422 |
| 37 | 22. 2. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Analyse des deutsch-französischen Vertrages – Bundesparteitag 1963 – Beschlüsse des kulturpolitischen Bundesausschusses vom 8. und 9. Februar 1963 betreffend Neugründung wissenschaftlicher Hochschulen* | 428 |
| 38 | 23. 3. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Die Lage der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Weinbaues unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Agrarmarktes – Bericht über die Beschlüsse des kulturpolitischen Ausschusses vom 8. und 9. Februar 1963 – Bericht über die Beschlüsse des Ausschusses Öffentlicher Dienst vom 6. 3. 1963* | 486 |
| 39 | 20. 4. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verhältnis der FDP zum LSD – Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Berichte der vorbereitenden Arbeitskreise für den Bundesparteitag und Beschlußfassung über die Thematik des Bundesparteitages – Beschlußfassung über Beratungsergebnisse von Fachausschüssen* | 503 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 40 | 27. 5. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Bericht über die Lage in Niedersachsen nach der Wahl vom 19. Mai 1963 – Bericht über die Finanzlage des Bundes – Bericht über die Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz – Bericht über den Stand der Vorbereitungen zum Bundesparteitag – Verschiedenes* | 515 |
| 41 | 30. 6. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbesprechung des Ablaufes des Parteitages – Erörterung der vorliegenden Anträge – Anträge des Bundesvorstandes – Bericht des Wahlprüfungsausschusses – Freier Demokratischer Studentenbund – Verschiedenes* | 519 |
| 42 | 26. 8. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über das Gespräch mit dem Bundesvorstand der DJD – Bericht über die Gespräche mit dem FDS und dem LSD – Finanzlage der Bundespartei – Hauptausschuß – Beschlußfassung über Zeitpunkt und Ort – Neubildung der Bundesregierung – Verschiedenes – Stellvertretung im Bundesvertriebenenausschuß – Wissenschaftsförderung* | 524 |
| 43 | 26. 9. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Bericht über die allgemeine politische Lage – Bericht über den Stand der Regierungsverhandlungen – Sozialpaket – Verfassungsschutz* | 536 |
| 44 | 14. 11. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Geschäftsführung der Wahlkampfkommission – Bildung der Wahlkampfkommission – Bericht über die politische Lage – Sozialpaket – Brüsseler Verhandlungen über den Getreidepreis – Bundeshilfe für Berlin – Presserechtsrahmengesetz – Bericht des Landesverbandes Bayern* | 553 |
| 45 | 20. 12. 1963 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die politische Lage – Bericht über die Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland – Bericht über die Entwicklung in Oberbayern* | 556 |
| 46 | 7. 2. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien – Bericht über die politische Lage* | 562 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 47 | 13. 3. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Berichterstattung über die Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am 27. Februar, 5. März und 12. März 1964 – Berufung eines Bundesgeschäftsführers – „Das freie Wort" – Bericht über die bundespolitische Lage – Verschiedenes* | 567 |
| 48 a | 10. 4. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Pfingsttreffen der FDJ in Ostberlin – Neuer Bundesvorsitzender des LSD – Vorbereitung der Sitzung des Bundeshauptausschusses a) Passierscheinverhandlungen, b) Treuhandstelle für den Interzonenhandel – Vorbereitung des Bundesparteitages* | 574 |
| 48 b | 11. 4. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Fortsetzung der Beratungen* | 580 |
| 49 | 27. 4. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die Landtagswahlen und das Wahlergebnis in Baden-Württemberg – Bericht zur politischen Lage, insbesondere zur Frage der Kontakte auf kommunaler Ebene an der Zonengrenze – Erklärungen Dr. Dehlers in Rastatt – Vorbereitung des Bundesparteitages – Protokollführung für Sitzungen des Bundesvorstandes und des Geschäftsführenden Bundesvorstandes – Verschiedenes* | 582 |
| 50 | 11. 5. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage auch in bezug auf Baden-Württemberg – Brief Dr. Dehlers vom 5. Mai 1964 – Bericht zur politischen Lage auch in bezug auf Baden-Württemberg – Bericht über die Sitzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes – Parteitagspräsidium – Teilnahme von DJD und LSD an Sitzungen der Bundesfachausschüsse – Behandlung der Beschlüsse des Kulturpolitischen Bundesausschusses der FDP vom 7./8. Februar 1964 in Heidelberg – Verschiedenes* | 585 |
| 51 | 28. 5. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahl des Bundespräsidenten – Parteiengesetz, Parteienfinanzierung – Ablauf des Bundesparteitages – Gutachten des Satzungsausschusses* | 587 |
| 52 | 31. 5. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Referate des Bundesparteitages – Anträge und Entschließungen – Verschiedenes – Wahl der 13 Beisitzer* | 590 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 53 a | 30. 6. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Tagesordnung* | 594 |
| 53 b | 30. 6. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Vorbereitung der Bundesversammlung – Konstituierung des Bundesvorstandes – Verschiedenes* | 595 |
| 54 | 17. 9. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik – Förderungsmaßnahmen für Zonenrandgebiete – Nord-Süd-Kanal – Münchener Abkommen – Kulturpolitik – Parteiengesetz – Verschiedenes* | 598 |
| 55 | 30. 10. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Kurze Analyse der Kommunalwahlergebnisse – Vermögensbildung – Sportförderung – Bericht über die innen- und außenpolitische Lage – Parlamentsneubau in Bonn – Brief des Bundesvorsitzenden der deutschen Jungdemokraten Dr. Holl an die Mitglieder des Bundesvorstandes der FDP vom 16. Oktober 1964 – Freie Demokratische Wohlfahrt e. V. Berlin – Entschließungen des Bundesfrauenausschusses vom 29. September 1964 – Termin der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes* | 604 |
| 56 | 7. 12. 1964 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Bildungspolitik – Evangelischer Arbeitskreis – Entwurf eines Parteiengesetzes – Entwürfe von Vereinbarungen über die Begrenzung der Wahlkampfkosten und über die Führung des Wahlkampfes* | 608 |
| 57 | 18. 1. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Vorbereitung des Bundesparteitages – Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes – Verschiedenes* | 612 |
| 58 | 21. 3. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Bundesparteitages – Anträge zum Bundesparteitag – Verschiedenes* | 616 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 59 | 1. 4. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Rücktritt von Bundesjustizminister Bucher – Die deutsch-israelischen Beziehungen – Bericht über die schulpolitische Situation in Niedersachsen – Bericht über den Stand der Diskussion über die Vermögensbildung* | 620 |
| 60 | 4. 6. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verhältnis zum LSD – Vorbereitungen der Bundestagswahl – Bericht zur politischen Lage – Verschiedenes* | 627 |
| 61 | 28. 6. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Parteienfinanzierung – Vorbereitung des Bundeskongresses am 7. Juli in Göttingen – Kandidatur Dr. Baare-Schmidt – Deutsches Gemeinschaftswerk – Verschiedenes – Entschließung des Gesundheitspolitischen Bundesfachausschusses vom 8. Mai 1965 – Beschlüsse und Empfehlungen des Kulturpolitischen Bundesausschusses – Fachausschüsse* | 630 |
| 62 | 2. 9. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Fragen des Bundestagswahlkampfes* | 635 |
| 63 a | 22. 9. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Politische Situation – Kurzanalyse der Bundestagswahl von 1965 – Nachwahlen im Obertaunus-Kreis und in Schweinfurt – Verschiedenes* | 636 |
| 63 b | 23. 9. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Präliminarien – Politischer Bericht – Wahlanalyse* | 639 |
| 63 c | 23. 9. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Beschlüsse* | 647 |
| 64 | 8. 10. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Nachwahlen – Bericht der Verhandlungskommission – Bericht der Sachkommission – Aussprache – Verschiedenes* | 649 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 65 a | 14. 10. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Mitteilungen des Parteivorsitzenden – Stand der Koalitionsverhandlungen – Aussprache – Verschiedenes* | 652 |
| 65 b | 15. 10. 1965 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Technische Fragen – Stand der Koalitionsverhandlungen* | 654 |
| 66 | 21. 1. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Bericht zur politischen Lage – Analyse der Bundestagswahl* | 656 |
| 67 | 12. 2. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Verschiedenes – Bericht zur politischen Lage – Verhältnis FDP-LSD und Verhältnis FDP-FDS – Bericht über Beratungen des Bundesvorsitzenden mit seinen Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister, dem Fraktionsvorsitzenden und dem der FDP angehörenden Bundestagsvizepräsidenten* | 658 |
| 68 | 19. 3. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Bericht über die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern – Programm Bundesparteitag – Fachdienste – Finanzbericht – Verschiedenes – Arbeit der Bundesfachausschüsse – Verschiedenes (Fortsetzung)* | 664 |
| 69 | 30. 3. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Konsequenzen aus der Hamburger Bürgerschaftswahl – Bericht zur politischen Lage* | 668 |
| 70 | 22. 4. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Bericht zur politischen Lage (Schreiben der LDPD vom 2. 4. 1966, Schreiben des Kreisverbandes Gladbeck vom 22. 3. 1966) – Vorbereitung der Landtagswahl in Bayern – LSD/FDP – Vorbereitung der Hauptausschußsitzung am 7. 5. 1966 in Mainz – Innenpolitik (Finanz-, Wirtschafts-, Agrarpolitik usw.)* | 671 |
| 71 | 5. 6. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Vorschläge für Parteitagspräsidium – Besprechung der Reden – Beschlußfassung über Entschließungsanträge, die vom Bundesvorstand dem Parteitag vorgelegt werden – Vorstandswahlen – Verschiedenes* | 678 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 72 | 22. 6. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Staatsschutzbestimmungen – Parteiengesetz – Verhältnis der FDP zu LSD und FDS – Bundesfachausschüsse* | 690 |
| 73 | 12. 7. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Landtagswahl Nordrhein-Westfalen – Kontaktaufnahme Bezirksverband Spandau mit LDP-Bezirksverband Potsdam – Koalition Baden-Württemberg – Politische Lage – insbesondere Passierscheine – Klausurtagung Bundesvorstand – Bundesfachausschüsse – Verschiedenes* | 693 |
| 74 | 27. 7. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Bericht zur politischen Lage – Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen – Parteienfinanzierung – Verschiedenes* | 697 |
| 75 a | 8. 9. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Bericht zur politischen Lage* | 701 |
| 75 b | 9. 9. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes mit Finanz- und Wirtschaftsexperten der FDP ... *Diskussion des Gesetzentwurfs zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität* | 703 |
| 76 | 14. 10. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Politische Lage – Parteiengesetz (einschließlich Parteienfinanzierung) – Verschiedenes* | 704 |
| 77 a | 14./15. 11. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Bericht zur politischen Lage nach dem 27. Oktober 1966 – Beratung über das Parteiengesetz – Wahlkampfeinsatz – Verschiedenes* | 708 |
| 77 b | 15. 11. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ... *Verschiedenes – Die Nürnberger Beschlüsse der Freien Demokratischen Partei – Sachpunkte für eine fortschrittliche Politik der FDP* | 710 |
| 78 | 22. 11. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ... *Landtagswahl Bayern – Zwischenbericht über die bisherigen Verhandlungen mit der CDU/CSU und der SPD* | 713 |

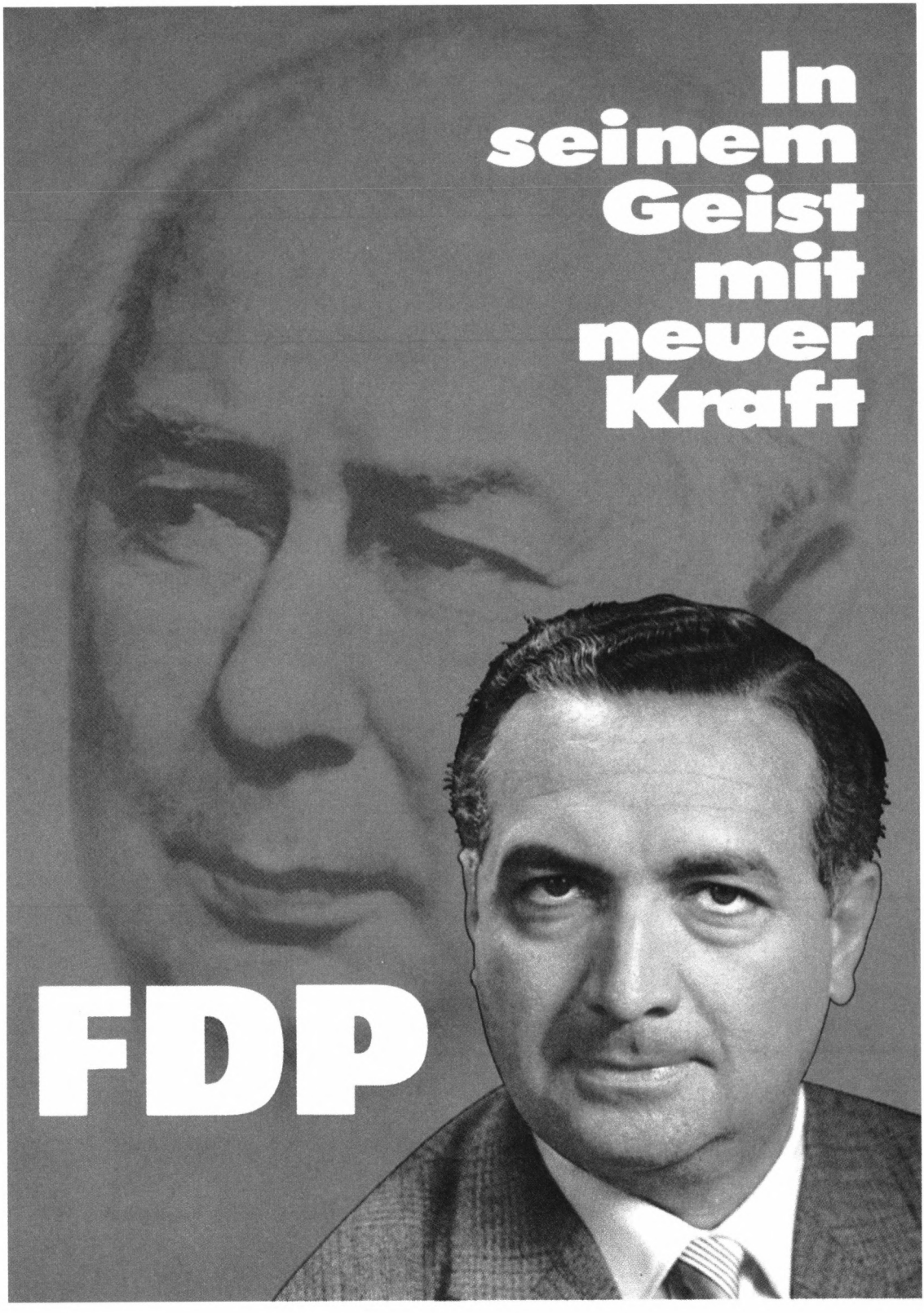
| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 79 | 28. 11. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die Bemühungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung – Verschiedenes* | 716 |
| 80 | 17. 12. 1966 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Besetzung bei den Vorstandssitzungen – Lage im Landesverband Bayern – Klausurtagungen des Vorstandes – Parteiengesetz; Satzungsänderung – Finanzlage der Partei* | 719 |
| 81 | 21/22. 1. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verschiedenes – Bericht über die Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes; Analyse von Rudolf Wildenmann – Vorbereitung des Bundesparteitages – Bericht über die Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes – Friedrich-Naumann-Stiftung – Parteiengesetz – Landtagswahlen* | 722 |
| 82 | 27. 2. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Vorbereitung Bundesparteitag – Verschiedenes* | 728 |
| 83 | 17. 2. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht zur politischen Lage – Vorbereitung Bundesparteitag* | 731 |
| 84 | 2. 4. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Organisation und Ablauf des Bundesparteitages – Abstimmung der Referate und Thesen* | 734 |
| 85 | 3. 5. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Auswertung des Bundesparteitages – Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein – Verschiedenes – Vorbereitung eines Grundsatzprogramms – Vorbereitung der Landtagswahl in Niedersachsen – Verschiedenes (Fortsetzung)* | 741 |
| 86 a | 15. 6. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundesparteitag 1968 – Schreiben des Landesverbandes Hamburg vom 18. Mai 1967 – Konsequenzen aus den Landtagswahlen – Koordinierung der Vorbereitungsarbeiten für das Grundsatzprogramm – Schreiben des Landesverbandes Hessen vom 17. Mai 1967 - Verschiedenes* | 745 |
| 86 b | 29. 10. 1960 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Notstandsgesetzgebung* | 749 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Tagesordnung | Seite |
|---|---|---|---|
| 87 | 15./16. 7. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Beratungen zum Grundsatzprogramm* | 750 |
| 88 | 25. 8. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Nachfolge im Parteivorsitz – Beratung des Grundsatzprogramms – Verschiedenes* | 754 |
| 89 | 31. 8. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Satzungsänderung* | 761 |
| 90 | 8. 9. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Erklärung Mendes über seinen Rücktritt für 1968 – Grundsatzprogramm – Verschiedenes* | 764 |
| 91 | 14. 9. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Nachfolge im Parteivorsitz* | 767 |
| 92 | 2. 10. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Ergebnis der Bremer Wahl – Wahl des Bundespräsidenten – Fortsetzung der Beratungen über das Grundsatzprogramm – Verschiedenes* | 768 |
| 93 | 10. 11. 1967 | Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien – Programm des Bundesparteitages – Gesetzentwurf betr. Neugliederung des Bundesgebietes – Satzungsänderung – Verschiedenes* | 770 |

# DOKUMENTE

## 1960–1967

Zur Abbildung auf S. 2: Plakat für den Bundestagswahlkampf 1961, gedruckt vor dem FDP-Bundesparteitag vom 23. bis 25. 3. 1961; Format DIN A 5.
*Quelle: Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach*


In
seinem
Geist
mit
neuer
Kraft
FDP

## 1.

## 26. 2. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 26. Februar 1960, Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 10.30 Uhr–15.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt (i. V. von Glahn), Becker, Bucher, Dehler, Döring, Ehrich (i. V. von Bortscheller), Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Haas, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link (i. V. von Engelhard), Rinné, Scheel, Schollwer, Simonis, Weyer, Will.[1]

1. KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES

Dr. MENDE eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der auf dem XI. Ordentlichen Bundesparteitag am 28. Januar 1960 gewählte Bundesvorstand[2] sich nunmehr konstituiert hat.

Auf Vorschlag von Dr. MENDE beschließt der Bundesvorstand, keinen neuen Organisationsausschuß[3] einzusetzen[4], sondern dessen Aufgaben dem Bundesvorsitzenden, seinen Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister[5] und dem Bundesgeschäftsführer[6] zu übertragen. Auf Anregung von Dr. DEHLER wird beschlossen, dem nächsten Bundesparteitag eine Satzungsänderung vorzuschlagen, in der dieses engere Vorstandsgremium berücksichtigt ist.[7]

Dr. MENDE gibt bekannt, daß die Aufgabenteilung unter den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden wie folgt vorgesehen ist: Dr. Oswald *Kohut* Bundesgeschäftsstelle, Hans *Lenz* Grundsatzfragen, Dr. Heinrich *Schneider* Koordinierung. Mit Dr. *Schneider* muß noch eine Abstimmung erfolgen.

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Eilers, Eisenmann, Haußmann, Leuze, Rubin* und Heinrich *Schneider.*

2 Vgl. die Übersicht mit den Namen des Vorsitzenden, der 3 Stellvertreter, des Schatzmeisters und der 13 Beisitzer auf S. LXVII f.

3 Der Organisationsausschuß als Unterausschuß des geschäftsführenden Ausschusses war aufgrund eines Beschlusses des Münchener Parteitages von 1951 eingesetzt worden, er sollte Bundesvorstand und Geschäftsführenden Vorstand entlasten. Vgl. FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. 713 und 715.

4 Der Beschluß stützte sich auf § 25 Ziffer 1 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960: „1. Der Bundesvorstand kann nach Bedarf zur Bearbeitung von politischen oder organisatorischen Parteiaufgaben die Bildung von Fachausschüssen und Arbeitskreisen sowie deren Auflösung beschließen." Die Quellennachweise für die einzelnen Bestimmungen der Bundessatzung finden sich im Verzeichnis der Archivalien.

5 H.-W. *Rubin.*

6 K.-H. *Flach.*

7 § 20 Ziffer 1 Abs. 1 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 spricht vom „Wirkungskreis des Geschäftsführenden Bundesvorstandes". An seine Stelle trat gemäß Parteitagsbeschluß vom 29./31. 1. 1968 das „Präsidium".

Dr. MENDE gibt ferner folgende Personalveränderungen in der Bundesgeschäftsstelle bekannt: Hansjürgen *Dürr* ist in die Pressestelle und in die Redaktion der fdk[8] eingetreten; für den ausgeschiedenen Hans-Jörg *Haberkern* wird am 1. April 1960 Otmar *Aldenhoven* in die Redaktion „Das freie Wort"[9] eintreten; für den ausgeschiedenen Werner *vom Hoff* ist Alfred *Oeffner* in die Redaktion unseres Wirtschaftsdienstes eingetreten; Dr. *Keim* ist als Agrarpolitischer Referent ausgeschieden. Seine Geschäfte werden vorläufig von H. H. *Freudenberger* nebenamtlich wahrgenommen. Eine Personalausweitung der Bundesgeschäftsstelle im Hinblick auf die Bundestagswahlen ist nicht geplant.[10] Außer Hilfskräften ist nur noch an die Einstellung eines Wirtschaftspolitischen Referenten und eines Referenten für Grundsatzfragen der Kultur- und Gesellschaftspolitik gedacht.

LENZ berichtet über den Stand der Beratungen über Mittel aus dem Bundeshaushalt für die politischen Parteien.[11] Nach der bisher vorgesehenen Regelung, die eine Verteilung im Verhältnis zur parlamentarischen Stärke vorsieht, wird die FDP 400 bis 420 000,– DM bis 1. 4. 1960 erhalten. Nachdem die Fraktion dieser Regelung nicht zugestimmt hat und einen Sockelbetrag verlangt[12], konnte folgender Beschluß im Haushaltsausschuß durchgesetzt werden:

1. Die Regelung für 1959 stellt kein Präjudiz für den Verteilungsschlüssel im kommenden Haushaltsjahr dar;

2. der zuständige Unterausschuß wird beauftragt, den Verteilungsschlüssel nochmals zu überprüfen und für 1960 neue Vorschläge vorzulegen;

3. die Mittel aus dem Haushalt 1960 werden erst entsperrt, wenn der Bericht des Unterausschusses vorliegt.[13]

---

8 „freie demokratische Korrespondenz. Pressedienst der Freien Demokratischen Partei." Gegründet durch Ernst *Mayer* und Dr. Josef *Ungeheuer*, 1. Jg. 1950 ff. Seit Oktober 1959 war W. *Schollwer* für die Redaktion verantwortlich, erstmals für die Ausgabe Nr. 62 vom 9. 10. 1959. Vgl. das Impressum ebd.

9 „Das freie Wort. Zentralorgan der Freien Demokratischen Partei." Hrsg. Bundesparteileitung der FDP, Bonn, 1. Jg. 1952–13. Jg. 1964 (Erscheinen eingestellt am 30. 6. 64). Das Organ entwickelte sich dank erfolgreicher Bemühungen der Redaktion vom Mitgliederorgan zur politischen Wochenzeitung. Vgl. XI. Bundesparteitag 1960, Geschäftsbericht S. 9 (ADL, A 1-157).

10 Die Bundesgeschäftsstelle mußte seit längerem mit immer weniger Mitarbeitern auskommen: Ende 1957 beschäftigte sie einschließlich der Verlagsgesellschaften 61 Mitarbeiter, Ende 1958 waren es 46 und Ende 1959 nur noch 36. Vgl. XI. Bundesparteitag 1960, Geschäftsbericht S. 7 (ADL, A 1-157).

11 Gemeint sind die „Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien". Die dafür bereitgestellten Bundesmittel betrugen in den Jahren 1959 bis 1961 jährlich 5 Mio. DM. Die Mittel waren mit einem Sperrvermerk versehen und durften nur mit Zustimmung des BT-Haushaltsausschusses freigegeben werden. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 91.

12 Die FDP spürte von 1959 an die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 6. 1958, nach dem Spenden an Parteien steuerlich nicht mehr abzugsfähig waren. Vgl. BVerfGE 8, S. 51 ff.; Ute MÜLLER-WIGLEY, Die Entwicklung der staatlichen Parteienfinanzierung seit 1949, in: ZParl. 1. Jg. (1969/70), S. 147 f.

13 Der BT-Haushaltsausschuß beschloß in der 107. Sitzung am 10. 2. 1960, S. 16, einstimmig: „Der Titel 620 bei Kapitel 0 602 soll für das Rechnungsjahr 1959 entsperrt werden. Die Auftei-

Es kann erwartet werden, daß für 1960 eine gewisse Aufteilung in Sockelbetrag und Kopfbetrag erfolgt. Die Lage hat sich allerdings dadurch kompliziert, weil die DP neuerdings auch Mittel für den BHE beantragt hat.[14]

Die Mittel aus dem Bundeshaushalt stehen nur für bundespolitische Aufgaben zur Verfügung. Den Landesverbänden wird empfohlen, ähnliche Beträge in den Landeshaushalten zu beantragen, wie es in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits geschehen ist.

Dr. EHRICH und MÜLLER-LINK weisen auf die Möglichkeit hin, daß die Bundespartei die Landesverbände indirekt unterstützen kann, indem sie künftig wieder die Fahrten zu den Sitzungen der Bundesausschüsse voll bezahlt. Dr. WILL berichtet über die Bundesrevision in Berlin[15], gegen deren Durchführung er Einspruch erhebt und bittet, Berlin künftig besonders zu berücksichtigen, da Berlin der einzige Landesverband ist, der über keine Landtagsfraktion verfügt.[16]

Dr. MENDE schlägt vor, ein Kopfblatt des „Freien Wortes" für Berlin herauszugeben und daher ebenso Mittel beim Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen zu beantragen, wie es die anderen Parteien für ihre Berliner Zeitungen getan haben.[17]

Dr. MENDE berichtet über die Aussprache mit den Deutschen Jungdemokraten. Der Bundesvorstand billigt die Absicht, künftig je einen Vertreter von DJD[18] und LSD[19] mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstandes teilnehmen zu lassen.

2. BERICHT ÜBER DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE berichtet ausführlich über die Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage nach dem Bundesparteitag.[20] Er weist auf das günstige Partei-

---

lung erfolgt auf die im Bundestag vertretenen Parteien nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament." (BT Parl. Arch.).

14 Der BHE war infolge seiner Stimmenverluste bei den Bundestagswahlen von 1957 (von 5,9 v. H. auf 4,6 v. H.) nicht mehr im Bundestag vertreten. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 33.

15 Die Revision erfolgte nach § 30 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960. Danach hatte der Bundesschatzmeister „insbesondere für sichere Belegung sowie für ordnungsgemäße Buch- und Belegprüfung in der Partei Sorge zu tragen." (Ziffer 2).

16 Die FDP war von 1955 bis 1963 nicht im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 378, 380.

17 „Das Berliner Wort. Eine Zeitung für freiheitliche Politik – Kultur – Wirtschaft"; 1. Jg. 1962 ff.

18 „Deutsche Jungdemokraten", Bezeichnung des Bundesverbandes (zunächst Reichsverbandes), den junge Liberale aus der Mehrzahl der westdeutschen Länder am 26./27. 4. 1947 in Heidelberg gründeten. Vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 48 ff.

19 „Liberaler Studentenbund in Deutschland", Zusammenschluß der an 33 Universitäten und Hochschulen in 11 Landesverbänden (1961) organisierten „Liberalen Hochschulgruppen" (LHG). Vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 50 ff.

20 Vgl. dazu die erste außenpolitische Debatte des Bundestages im Jahr 1961. Sie wurde ausgelöst durch eine Große Anfrage der FDP und fand am 10. 2. 1961 statt. Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 45, 99. Sitzung vom 10. 2. 1960, S. 5380 A–5422 C.

tagsecho hin[21], berichtet über den Verlauf der verschiedenen diplomatischen Besuche in Bonn[22], den *Herter*-Plan[23] und die Spanien-Affäre.[24]

Dr. DEHLER weist auf die zunehmende Bedeutung der Berlin-Frage und die Gefahr einer Lockerung der politischen Bindung der Bundesrepublik zu Berlin hin und beantragt eine Entschließung des Bundesvorstandes zur Berlin-Frage.

Nach sehr ausführlicher Diskussion des Berlin-Problems werden Absatz eins und zwei der nachfolgenden Berlin-Entschließung einstimmig, Absatz drei mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

„Der Bundesvorstand der FDP wendet sich gegen jede Veränderung des gegenwärtigen Status von Berlin, durch die Berlin nicht als Hauptstadt Gesamtdeutschlands wiederhergestellt wird. Die FDP wird keinem Abkommen zustimmen, durch das die Verbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin gelockert wird.

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten fordert die Bundesregierung auf, sich bei den Vier Mächten dafür einzusetzen, daß auf den kommenden Konferenzen die Berlin-Frage nur im Rahmen der deutschen Frage erörtert wird.

Der Bundesvorstand der FDP erklärt: Jede Änderung des Vier-Mächte-Status für Berlin ohne Lösung der deutschen Frage muß die Anerkennung West-Berlins als Bundesland zur Folge haben."[25]

Der Bundesvorstand bespricht sodann den Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, den nächsten Bundesparteitag am 18. Januar 1961, dem 90jährigen Reichsgründungstag, abzuhalten. Nach ausführlicher Diskussion beschließt der Bundesvorstand, den Landesverbänden zu empfehlen, am 18. Januar 1961 Gedenkfeiern abzuhalten.[26] Er beschließt ferner, den Bundesparteitag 1961 in der zweiten Märzhälfte in Frankfurt/Main durchzuführen.

---

21 Vgl. FAZ Nr. 26 vom 1. 2. 1960, S. 2; DIE WELT Nr. 26 vom 1. 2. 1960, S. 1 f. Dagegen gab es innerparteiliche Kritik. Nach W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 112 „war *Mende* offensichtlich bemüht, seine koalitionspolitischen Alleingänge wieder etwas abzuschwächen."

22 So kam es am 24. 2. 1960 zu einem Gespräch zwischen *Mende*, *Dehler*, Max *Becker* und Heinrich *Schneider* mit dem russischen Botschafter *Smirnow*, der die Liberalen zu einem Essen in seine Residenz eingeladen hatte. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 442.

23 Auf der Genfer Außenministerkonferenz vom 11. bis 30. 5. 1959 hatte der US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, *Herter*, einen „Westlichen Friedensplan. Grundzüge eines Stufenplanes für die deutsche Wiedervereinigung, die europäische Sicherheit und eine deutsche Friedensregelung" vorgelegt. Abgedr. in BULLETIN des BPA Nr. 87 vom 15. 5. 1959, S. 841–847.

24 Die Bundesregierung, in der F. J. *Strauß* Verteidigungsminister war, hatte mit Spanien Kontakte aufgenommen, die die Einrichtung von Versorgungsdepots für die Bundeswehr in diesem Land zum Gegenstand hatten. Diese Fühlungnahme weckte vor allem im Ausland Kritik. Vgl. AdG 28. 2. 1960, S. 8236 D–8238; fdk Sonderausgabe vom 24. 2. 1960, S. 1.

25 Der sowjetische Druck auf Berlin von Ende 1958 bis zum Frühjahr 1963 beeinflußte die gesamte deutsche Außenpolitik und die sie betreffenden Stellungnahmen dieser Zeit. Vgl. DOKUMENTATION zur Deutschlandfrage II, 1961, S. 1–739, (Nr. 1–632); H. HERZFELD, 1973, S. 434–559; H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 19-152, bes. S. 80.

26 Inwieweit die Landesverbände dieser Empfehlung folgten, ließ sich nicht ermitteln.

Der Parteitag soll zweieinhalb Tage (von Donnerstag bis Samstagmittag) dauern. Es ist folgender Rahmen vorgesehen:

1. Tag Hauptreferate;
2. Tag Arbeitskreise;
3. Tag Schlußkundgebung.[27]

Der Bundesvorstand beschließt ferner, bereits ein halbes Jahr vor Beginn des Parteitages eine kleine Kommission mit seiner eingehenden Vorbereitung zu beauftragen.

3. RUNDFUNK- UND FERNSEHFRAGEN

Dr. MENDE unterrichtet den Bundesvorstand über die laufende Entwicklung auf dem Gebiet des Rundfunk- und Fernsehwesens.[28]

Punkt
4. WAHLKAMPFPLANUNGEN FÜR 1961
ist auf die nächste Sitzung vertagt.[29]

5. VERSCHIEDENES

Dr. KOHUT berichtet dem Bundesvorstand über die Stellungnahmen des Kommunalpolitischen Ausschusses und des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises zu den „Richtlinien für die Kommunale Versorgungswirtschaft".[30] Er schlägt vor, den letzten Satz in Punkt 5 der Kommunalpolitischen Richtlinien zu streichen[31], damit diese ohne die Richtlinien für die Kommunale Versorgungswirtschaft im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen[32] publiziert werden können. Der Bundesvorstand beschließt entsprechend.

---

27 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 10–80, 81–108, 125–135.

28 Die rundfunkpolitische Diskussion der 50er Jahre wurde von der Frage beherrscht, ob die in Art. 33 Ziffer 7 GG dem Bund zugewiesene ausschließliche Gesetzgebung künftig (von der Bundesregierung) dazu benutzt werden könne, die Rundfunkgesetzgebung der Länder aufzuheben und eine neue, vom Bund bestimmte Rundfunk- und Fernsehordnung zu errichten. Erst das sog. Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. 2. 1961 klärte die 1949 offengebliebenen Fragen: es beschränkte die Zuständigkeit des Bundes im Bereich des Rundfunks auf den technischen Bereich der Errichtung von Sendern und der Zuteilung von Wellen sowie auf solche Rundfunksendungen, die überwiegend für das Ausland oder für Deutsche außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes bestimmt sind. Die auf Betreiben der Bundesregierung gegründete „Deutschland-Fernsehen GmbH" konnte ihre Tätigkeit nicht aufnehmen, da sie sich völlig in der Hand des Staates befand und somit ein Instrument der Bundesregierung dargestellt hätte. Vgl. BVerfGE 12, S. 205 ff.; G. ZEHNER, Bd. 1 und 2, 1964–1965; K. WEHMEIER, 1979, S. 12–26; H. BAUSCH, 1980, S. 385–438.

29 Vgl. Nr. 2 TOP 4.

30 Die „Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft" waren als Anlage den kommunalpolitischen Richtlinien der FDP beigefügt, die der Bundesvorstand am 29. 1. 1959 verabschiedet hatte. Abgedr. in: DAS RATHAUS 12. Jg. (1959), S. 132.

31 Der Satz lautete: „Die näheren Angaben, nach denen die Betriebe der kommunalen Versorgungswirtschaft zu führen sind, sind aus den als Anlage beigefügten ‚Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft' ersichtlich". Siehe DAS RATHAUS 12. Jg. (1959), S. 60.

32 Kommunalwahlen fanden am 15. 5. 1960 im Saarland und am 23. 10. 1960 in Hessen und Rheinland-Pfalz statt. Vgl. AdG 1960, S. 8398 D, 8718 D.

Der Bundesvorstand beschließt, Herrn Dr. *Achenbach* zu bitten, weiterhin den Vorsitz in der Schlichtungskommission beizubehalten.

Der Bundesvorstand befaßt sich mit dem Leserbrief *Rademachers* an den „Spiegel“[33] und beschließt, ein Rundschreiben an die Landesverbände zu senden, in dem auf die Interpretation *Rademachers,* auf das „Berliner Programm“[34] und die Rede Dr. Max *Beckers* in der letzten Außenpolitischen Debatte[35] hingewiesen wird.

Der Bundesvorstand beschließt, die nächste Sitzung am 14. März 1960 um 15.00 Uhr in Bonn abzuhalten.

---

33 „Tief verwurzelt. (Nr. 1/2/1960, Synagogen-Schändung)“, in: Der Spiegel Nr. 3 vom 13. 1. 1960, S. 10 f.

34 Beschlossen und verkündet auf dem 8. Bundesparteitag in Berlin am 26. 1. 1957. Abgedr. in AdG 1957, S. 6231 B Abschnitt 2.

35 Vgl. 3. BT Sten. Ber., Bd. 45, 99. Sitzung vom 10. 2. 1960, S. 5413 A–5418 B.

## 2.

## 14. 3. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 14. März 1960, Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer.“ 15.20 Uhr–19.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Atzenroth, Becker, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün (i. V. von Engelhard), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Ehrich, Flach, Gäsing (LSD), Gentner, Glahn, Gönnenwein (i. V. von Haußmann), Harms (i. V. von Haas), Kohut, Lenz, Leuze, Mende, Mischnick, C.-C. Müller, von Nottbeck, Rinné, Rubin, Simonis, Scheel, Schollwer, Starke.[1]

1. BERICHT ÜBER DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE

Dr. Mende berichtet über die politische Lage, vor allem über die Gespräche mit Bundeskanzler *Adenauer*[2], dem SPD-Vorsitzenden *Ollenhauer*[3] und dem

---

1 Entschuldigt waren *Eilers, Eisenmann, Erbe, Leverenz, Lüders,* Heinrich *Schneider, Weyer* und *Will.*

2 *Adenauer* wurde von *Mende* am 3. 3. 1960 über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom 24. 2. 1960 unterrichtet. Siehe die nachfolgende Erklärung des Bundesvorstandes.

3 *Ollenhauer* wurde von *Mende* am 4. 3. 1960 über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom 24. 2. 1960 unterrichtet. Siehe die nachfolgende Erklärung des Bundesvorstandes.

sowjetischen Botschafter *Smirnow*[4] sowie mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*.[5]

Herr RUBIN berichtet über die Vorgänge anläßlich der Leipziger Messe.[6]

Nach eingehender Diskussion, innerhalb deren auch über die Spanien-Affäre[7] und den Fall *Oberländer*[8] gesprochen wird, beschließt der Bundesvorstand, allen Parteimitgliedern zu empfehlen, bis zur Gipfelkonferenz äußerste Zurückhaltung in Ost-Gesprächen zu bewahren. Zur Berichterstattung in der „New York Times" über das *Smirnow*-Gespräch stellt der Bundesvorstand fest[9]: „Am 24. Februar 1960 waren der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Erich *Mende*, und die Bundesvorstandsmitglieder Dr. *Becker*, Dr. *Dehler* und Dr. *Schneider* Gäste des sowjetischen Botschafters und weiterer Herren der Botschaft der UdSSR in Bonn. Bei dieser Zusammenkunft ist über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und über die Berlin- und Deutschlandfrage gesprochen worden. Über dieses Gespräch unterrichtete der FDP-Bundesvorsitzende Dr. *Mende* am 3. März Bundeskanzler *Adenauer*, am 4. März den SPD-Vorsitzenden *Ollenhauer* und am 6. März den Regierenden Bürgermeister von Berlin, *Brandt*.

Die Freien Demokraten führten mit den Vertretern der Sowjetbotschaft ein hartes Gespräch, dessen Einzelheiten in dem Bericht der „New York Times" jedoch nicht richtig wiedergegeben werden. Insbesondere hat der sowjetische Botschafter die Forderung nach ‚Verstaatlichung der Großbetriebe, Brechung der Macht des Monopolkapitals, um dann zur Herrschaft der arbeitenden Klasse weiterzuschreiten', wie die Zeitung berichtete, weder in dieser noch in anderer Form erhoben. In gleicher Weise unzutreffend ist auch die Meldung der „New York Times", wonach angeblich FDP-Gesprächsteilnehmer an den Sowjetbotschafter die Frage gestellt haben sollen, ob die Sowjetunion ‚einem wiedervereinigten Deutschland zustimmen würde, das die Oder-Neiße-Grenze anerkennt, auf Atomwaffen verzichte und zwischen NATO und der kom-

---

4 An dem Gespräch mit *Smirnow* vom 24. 2. 1960 nahmen neben *Mende* vom Bundesvorstand die Mitglieder *Becker, Dehler* und *Schneider* teil. Siehe die nachfolgende Erklärung des Bundesvorstandes.

5 *Brandt* wurde von *Mende* am 6. 3. 1960 über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vom 24. 2. 1960 unterrichtet. Siehe die nachfolgende Erklärung des Bundesvorstandes.

6 Das Auftreten und die Erklärungen einiger westdeutscher Industrieller bei der Leipziger Messe gaben Bundeskanzler *Adenauer* und dem Präsidenten des BDI, *Berg*, Anlaß, dieses Verhalten gegenüber dem SED-Vorsitzenden *Ulbricht* als den Interessen der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes abträglich zu verurteilen. Vgl. DIE WELT Nr. 61 vom 12. 3. 1960, S. 2.

7 Vgl. Nr. 1 Anm. 24.

8 Gegen *Oberländer*, BM für Vertriebene, waren 1954 und verstärkt 1959 aus der DDR, vom VVN und anderen Organisationen sowie von seiten der Opposition Vorwürfe wegen seines Verhaltens in der nationalsozialistischen Zeit erhoben worden. *Oberländer* trat am 4. 5. 1960 zurück, nachdem die CDU/CSU-Fraktion auf seinen Wunsch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe beantragt hatte. Zuvor hatte ihn das Oberste Gericht der DDR am 29. 4. 1960 wegen verschiedener Verbrechen in Abwesenheit verurteilt. Vgl. AdG 1960, S. 8371 D–8373 und die Aufforderung zum Rücktritt in fdk 11. Jg., Nr. 19 vom 16. 3. 1960, S. 4.

9 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 19 vom 16. 3. 1960, S. 3.

munistischen Warschauer Pakt-Organisation neutral sein werde'. Eine derartige Frage ist von keinem der Gesprächsteilnehmer gestellt worden und konnte darum auch nicht von dem sowjetischen Botschafter beantwortet werden. Damit werden auch alle an dieses Gespräch geknüpften Kombinationen hinsichtlich der künftigen Haltung der Freien Demokraten in der Deutschlandfrage gegenstandslos."

Zur Frage der Landwirtschaftskollektivierung[10] faßt der Bundesvorstand folgende Entschließung:

„Der Versuch der SED, durch Druck und Terror die letzten Privatbauern der Zone zu zwingen, ihren Besitz aufzugeben und den sozialistischen Produktionsgenossenschaften beizutreten, ist ein neuer Schlag des Ulbricht-Regimes gegen eine Politik der Entspannung, die eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung des deutschen Problems darstellt. Die Funktionäre in Ost-Berlin verfolgen mit der Politik des Bauernlegens offenbar die Absicht, noch vor der Gipfelkonferenz[11] in ihrem Machtbereich vollendete Tatsachen zu schaffen, die politische Atmosphäre systematisch zu vergiften und damit jeden Ansatz zu einer Verständigung zwischen Ost und West über Deutschland zu verhindern.[12]

Die Freien Demokraten fordern, daß der Gesamtdeutsche Ausschuß und der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages unverzüglich Hilfsmaßnahmen für die zahlreichen mitteldeutschen Bauern beraten, die im Zuge der Zwangskollektivierung aus der SBZ flüchten".[13]

Der Bundesvorstand beauftragt den Pressereferenten, gegen die Errichtung einer Koordinierungsstelle für die Informationsarbeit im Bundeskanzleramt[14] Stellung zu nehmen.

Dr. MENDE berichtet dann über ein Gespräch mit Führungskräften der DP, in dem von seiten der DP-Gesprächspartner der Vorschlag gemacht worden ist, DP und FDP in Niedersachsen unter dem Namen Deutsche Partei, Landesverband der FDP, zu vereinigen und in die Bundes-FDP einzugliedern.[15] Dr. KOHUT, GLAHN, Dr. VON NOTTBECK, Dr. EHRICH, HARMS und DÖRING be-

---

10 Seit der 7. Tagung des ZK der SED am 19. 12. 1959 hatte die Partei ihre Propaganda für die Sozialisierung der Landwirtschaft verstärkt. Die im Juli 1952 eingeleitete sozialistische Umgestaltung des primären Sektors fand im April 1960 offiziell ihren Abschluß. Vgl. zum Verlauf AdG 1960, S. 8318 A–8320, 8337 B.

11 Pariser Gipfelkonferenz vom 16./17. 5. 1960.

12 Diesem Protest der FDP folgten am 6. 4. 1960 eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Bundestages sowie eine Erklärung der Bundesregierung zu demselben Sachverhalt. Vgl. 3. BT Sten. Ber., Bd. 45, 108. Sitzung vom 6. 4. 1960, S. 5887 A–5889 C.

13 Der Bundeskanzler bat mit Schreiben vom 11. 3. 1960 den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Lemmer,* zusammen mit dem Bundesminister für Vertriebene, *Oberländer,* unverzüglich geeignete Maßnahmen zugunsten der geflüchteten Landwirte zu ergreifen. Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 49 vom 12. 3. 1960, S. 481.

14 Siehe „FDP gegen Propaganda-Leitstelle der Bundesregierung." Pressemitteilung vom 14. 3. 1960 (ADL, Ordner Nr. 111). Vgl. auch fdk 11. Jg., Nr. 19 vom 16. 3. 1960, S. 4 f.

15 Das Angebot der DP zur Fusion war eine Folge ihrer abnehmenden Wählerresonanz außerhalb Niedersachsens und ihres Konkurrenzverhältnisses zur FDP innerhalb Niedersachsens seit 1945. Vgl. H. W. SCHMOLLINGER, 1983, S. 1039 f., 1083.

richten sodann über den Stand der Verhandlungen mit der DP in ihren Landesverbänden.[16]

Der Bundesvorstand vertritt die Auffassung, daß keine Bedenken dagegen bestehen, bei den kommenden Kommunalwahlen[17] auf den FDP-Listen Angehörige der DP kandidieren zu lassen. Die Listen sollen auf jeden Fall unter dem Namen FDP laufen. Vor allen weiteren Schritten soll der DP-Parteitag in Heilbronn[18] abgewartet werden. Die Kommunalwahlen sind als Testfall für die praktische Zusammenarbeit anzusehen.

2. VORBEREITUNG DER LANDESPARTEITAGE

Dr. MENDE weist auf die Notwendigkeit hin, die Aussagen auf allen Landesparteitagen zu koordinieren, damit die neu gewonnene Parteieinheit nicht durch Widersprüche gefährdet wird. Dr. KOHUT, SIMONIS, DÖRING, DAHLGRÜN, LEUZE und GLAHN berichten über die Vorbereitungen zu ihren Landesparteitagen.[19] Zum Parteitag der DPS stellt Dr. MENDE fest, daß das „Berliner Programm“[20] und der Deutschlandplan[21] für jeden Landesverband und auch für die DPS verbindlich sind. Die Aussagen eines Landesverbandes dürften nur im Rahmen des „Berliner Programms“ erfolgen. Bei der Aufnahme der DPS sei allerdings in der Frage des Schulwesens eine Sonderposition anerkannt worden.[22] In der Deutschlandfrage habe sich die Partei im Deutschlandplan festgelegt, und vor der Gipfelkonferenz[23] dürften keine darüber hinausgehenden Gedanken veröffentlicht werden. Dr. DEHLER wendet sich dagegen, außenpolitische Einzelf[ragen] zum Gegenstand von Beratungen auf einem Landesparteitag zu machen. SIMONIS bestätigt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt vor der Gipfelkonferenz für die Veröffentlichung neuer Pläne schlecht ist und auch die DPS Zurückhaltung üben werde.[24]

---

16 Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bremen, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

17 Zu den Kommunalwahlen im Jahr 1960 vgl. Nr. 1 Anm. 32.

18 Der Bundesparteitag der DP am 6. 5. 1960 wurde von dem Gegensatz zwischen den Befürwortern einer engen Anlehnung an die CDU und dem niedersächsischen Landesverband der DP bestimmt, der die Selbständigkeit der Partei verteidigte. Der größte Teil der DP-Bundestagsfraktion trat Mitte 1960 zur CDU über. Vgl. H. W. SCHMOLLINGER, 1983, S. 1040 f., 1058.

19 Landesparteitage in Kassel am 19./20. 3., in Saarlouis am 26./27. 3., in Aachen am 1./2. 4., in Hamburg am 1./2. 4. und in Freiburg i. B. am 23./24. 4. 1960. Vgl. Einladung vom 3. 3. 1960 an die Mitglieder des Bundesvorstandes für die Sitzung am 14. 3. 1960 (ADL, Ordner Nr. 111).

20 Vom 26. 1. 1957. Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

21 Den Deutschland-Plan hatte die FDP-Fraktion des Bundestages am 27. 1. 1959 als Grundriß eines Deutschlandvertrages und Gegenvorschlag zu dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages verfaßt; veröffentlicht wurde er am 20. 3. 1959. Abgedr. in AdG 1959, S. 7616 f. Zum Stellenwert des Planes bei den Koalitionsverhandlungen vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 584.

22 Dies entsprach dem Beschluß der DPS auf ihrem Parteitag vom 11. 8. 1957, sich organisatorisch mit der FDP zusammenzuschließen, aber gleichzeitig ihre programmatische Selbständigkeit auf Landesebene und den Namen DPS beizubehalten. Vgl. R. H. SCHMIDT, Bd. 1, 1959, S. 328–330 und zur christlichen Schulpolitik der DPS a. a. O., S. 597.

23 Siehe Anm. 11.

24 Zu den sachlichen und personellen Gegensätzen zwischen der Gesamtpartei und der FDP/

Dr. MENDE verliest einen Brief *Schäfers*[25] an ihn und seine Antwort wegen einiger Pressekommentare zum Oldenburger Landesparteitag.[26] FLACH stellt fest, daß kein Vertreter der Bundespartei zu den personellen Veränderungen im Landesverband Niedersachsen in irgendeiner Form Stellung genommen hat.

Dr. MENDE berichtet kurz über die Lage des Landesverbandes Berlin.

3. EINBERUFUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES[27]

FLACH schlägt vor, gegebenenfalls eine Sitzung des Bundeshauptausschusses in Baden-Württemberg zur Unterstützung des dortigen Landtagswahlkampfes[28] abzuhalten. Dr. LEUZE und Dr. BUCHER meinen, daß bei der Vielzahl der vorgesehenen Veranstaltungen eine solche Sitzung für den Landtagswahlkampf nicht unbedingt nützlich sei. Es wird beschlossen, die Einberufung des Bundeshauptausschusses auf Anfang Juni zurückzustellen.

Der Bundesvorstand beschließt ferner, den nächsten Bundesparteitag in der bereits auf der letzten Sitzung beschlossenen Form vom 23. bis 25. März 1961 in Frankfurt/Main abzuhalten.[29]

4. WAHLKAMPFPLANUNG FÜR 1961

FLACH berichtet an Hand der vorgelegten Notizen zur Wahlwerbung 1961 über eine dreistufige Rahmenplanung für den Bundestagswahlkampf. GLAHN regt an, die von der Bundespartei herausgegebenen Dienste zusammenzufassen. Dr. EHRICH schlägt vor, den in Aussicht genommenen Wahlkongreß 1961[30] in Form einer Konferenz aller Kreisvorsitzenden durchzuführen, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. DÖRING schlägt vor, eine sorgfältige Meinungsforschung vorzunehmen, um für die letzte Wahlkampfphase genaue Unterlagen zu haben. Dr. BECKER hält es für richtig, statt der vorgesehenen Wahlkampfbeautragten der Kreisverbände solche für die Bundestagswahlkreise zu bestellen.

Dr. MENDE stellt fest, daß der Bundesvorstand mit der vorgelegten Rahmenplanung einverstanden ist.[31]

---

DPS, die unter dem Vorsitz von H. *Schneider* ein eigenständiges Programm unter Beibehaltung des Namens DPS vertrat, vgl. F. DINGEL, 1983, S. 791 f.

25 Nicht ermittelt.

26 Der Landesparteitag der niedersächsischen FDP fand am 5. und 6. 3. 1960 statt. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 16 vom 4. 3. 1960, S. 4.

27 Der Bundeshauptausschuß, auch „kleiner Parteitag" genannt, ist das zweitwichtigste Gremium der Partei. Vgl. §§ 16–18 der Satzung i. d. F. von 1960; H. KAACK, 1979, S. 71.

28 Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg fanden am 15. 5. 1960 statt. Vgl. AdG 1960, S. 8398 D.

29 Vgl. Nr. 1 Anm. 27.

30 Der Bundeswahlkongreß 1961 der FDP fand am 25. 8. 1961 in Hannover statt. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 476.

31 Weitere Entscheidungen für den Wahlkampf 1961 traf Bundesgeschäftsführer *Flach* mit den Landesgeschäftsführern am 8. 4. 1960. Vgl. Nr. 3 TOP 2.

5. DIE SITUATION IN DEN VERTRIEBENENVERBÄNDEN

ARNDT berichtet über die Situation in den Vertriebenenverbänden. Der Bundesvorstand beschließt, Otto *Arndt* zum Vorsitzenden des Vertriebenenausschusses[32] zu bestellen.

6. ANTRAG DES UNTERAUSSCHUSSES SCHULE AUF EINSETZUNG ALS BUNDESAUSSCHUSS

Der Bundesvorstand beschließt, den Antrag des Unterausschusses Schule auf Einsetzung als Bundesausschuß zu genehmigen, sofern der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses[33] keine ernsthaften Vorbehalte geltend macht.

Außerhalb der Tagesordnung gibt Dr. MENDE ein Schreiben *Rademachers* bekannt, in dem dieser mitteilt, eine Einladung zum LDP-Parteitag nach Thüringen erhalten zu haben. Der Bundesvorstand stellt fest, daß eine Annahme derartiger Einladungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ratsam ist.

---

32 Zuvor hatte die FDP-Bundestagsfraktion die Abg. *Zoglmann*, Dr. *Starke* und Dr. *Rutschke* beauftragt, „eine enge Verbindung zu den Vertriebenenverbänden zu halten." Siehe fdk 11. Jg., Nr. 17 vom 9. 3. 1960, S. 5.

33 Vorsitzender dieses Ausschusses war Paul *Luchtenberg*. Vgl. fdk Nr. 1/60 (T) vom 25. 10. 1960, S. 1.

## 3.

## 7. 5. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende. Protokoll: Kein Vermerk. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Mai 1960 in Karlsruhe, Rathaus, Großer Sitzungssaal."[1] 10.15 Uhr–16.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Bucher, Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD)[2], Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Rinné, Rubin, Heinrich Schneider, Schollwer, Simonis, Starke, Urban (LSD)[2], Wichmann.[3]

Als Gäste zeitweise anwesend: Ball, Heitschmidt, Kussmaul.

Dr. MENDE eröffnet die Sitzung und erteilt dem Bürgermeister von Karlsruhe, Herrn Dr. BALL, das Wort, der dem Bundesvorstand die besten Wünsche des

---

1 Mit Rücksicht auf den Wahlkampf für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 15. 5. 1960 hatte *Mende* diese Vorstandssitzung nach Karlsruhe einberufen. Vgl. Einladung vom 21. 4. 1960 - f. d. R. K. H. *Flach* – an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, A 2-78).

2 Die Teilnahme von Vertretern von DJD und LSD entsprach dem Beschluß des Bundesvorstandes vom 26. 2. 1960. Vgl. Nr. 1 Anm. 18 und 19.

3 Entschuldigt waren *Becker*, *Borttscheller*, *Eilers*, *Glahn*, *Lenz*, C.-C. *Müller*, Hans *Schäfer* und *Scheel*.

Oberbürgermeisters für seine Sitzung in Karlsruhe überbrachte. Anschließend begrüßte der Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes Karlsruhe, Herr KUSSMAUL, den Bundesvorstand.

1. DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE

unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse a) des CDU-Bundesparteitages[4], b) des DP-Bundesparteitages.[5]

Dr. MENDE berichtet zunächst ausführlich über die Entwicklung der innenpolitischen Lage. Er weist besonders auf die Aktivität der verschiedenen Strömungen bei CDU und SPD hin, berichtet über den Verlauf des Karlsruher CDU-Parteitages und stellt demgegenüber die Stabilität der FDP heraus. Dr. MENDE stellt ausführlich fest, daß keinerlei Koalitionsgespräche geführt, geschweige denn Koalitionsvereinbarungen mit der einen oder anderen Seite getroffen worden seien.[6]

Der Bundesvorstand diskutiert sehr ausführlich über die innenpolitische Lage. Auf Antrag von Dr. SCHNEIDER und Wolfgang MISCHNICK wird vorgesehen, die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und der Kommunalwahlen im Saarland[7] auf der nächsten Sitzung ausführlich zu analysieren. Besondere Beachtung soll der Wahlkampfführung in Großstädten gewidmet werden.

Nach kurzer Diskussion des Themas Bundeskultusministerium[8] wird beschlossen, vor dem nächsten Bundesparteitag eine besondere Sitzung des Bundesvorstandes über Fragen der Kulturpolitik abzuhalten.

Dr. LEVERENZ regt an, nicht nur mit aller Kraft gegen eine Änderung des Bundeswahlgesetzes[9] Front zu machen, sondern auch zu versuchen, bei den Beratungen zum Parteiengesetz[10]

a) eine Beschränkung der Wahlausgaben,

b) die Verpflichtung der Parteien zur Vorlage eines Parteiprogramms und

c) die Verpflichtung der Parteien zur Vorlage eines Aktionsprogramms

---

4 9. Bundesparteitag der CDU vom 26. bis 29. 4. 1960 in Karlsruhe. Vgl. 9. BUNDESPARTEITAG CDU Karlsruhe 26.–29. 4. 1960, Hamburg 1960.

5 Vgl. Nr. 2 Anm. 18.

6 *Mendes* Fühlungnahmen Anfang 1960 und seine Unterredungen mit *Adenauer* und *Ollenhauer* am 3. und 4. 3. 1960 hatten der Koalitionsfrage erneut Aufmerksamkeit verschafft. Vgl. Nr. 2 Anm. 2 und 3.

7 Beide Wahlen fanden am 15. 5. 1960 statt. Vgl. AdG 1960, S. 8398 D.

8 Der FDP-Abg. *Eilers* hatte in einer kulturpolitischen Debatte des Bundestages die Errichtung eines Bundesministeriums für Erziehung und Wissenschaft gefordert. Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 45, 101. Sitzung vom 12. 2. 1960, S. 5469 D–5475 D; fdk 11. Jg., Nr. 11 vom 12. 2. 1960, S. 2 f.

9 3. Bundeswahlgesetz vom 9. 5. 1956 (BGBl. I, S. 383). Nach ihm wurde der Bundestag von 1957, 1961, 1965, 1969 und 1972 gewählt. Vgl. Erhard H. M. LANGE, Wahlrecht und Innenpolitik, Meisenheim am Glan, 1975, S. 710.

10 Gesetz über die politischen Parteien vom 24. 7. 1967 (BGBl. I, S. 773).

vor Wahlen durchzusetzen.[11]

Der Bundesvorstand faßt zur Innenpolitik folgende Entschließungen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten lehnt auf seiner Sitzung am 7. 5. 1960 in Karlsruhe in Übereinstimmung mit dem Beschluß der FDP-Bundestagsfraktion die vom Bundeskanzler auf dem CDU-Parteitag vorgeschlagene Einführung einer Bundesliste und eine damit verbundene Erhöhung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag[12] ab. Der Bundesvorstand hält Wahlrechtsänderungen, die für die jeweils nächste Bundestagswahl durchgeführt werden sollen, für staatspolitisch äußerst fragwürdig und nicht geeignet, das Vertrauen der Wähler zu den Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu stärken. Darüber hinaus vermögen die vom CDU-Vorsitzenden vorgeschlagenen Wahlrechtsänderungen, insbesondere die Erhöhung der Abgeordnetenzahl, der parlamentarischen Arbeit selbst keinerlei Nutzen zu bringen; im Gegenteil hat sich die Erhöhung der Bundestagssitze von 400 auf 500 im Jahre 1953 nicht bewährt.[13]

Der FDP-Bundesvorstand appelliert an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, sich im Interesse des Ansehens unserer Demokratie energisch jedem Versuch zu widersetzen, durch wahlrechtliche Manipulationen die Herrschaft einer Partei zu verewigen."[14]

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat sich auf seiner Sitzung am Samstag, dem 7. 5. 1960, in Karlsruhe, mit den Ergebnissen des 9. CDU-Bundesparteitages beschäftigt. Der Bundesvorstand sieht in der Polemik gegen die Freien Demokraten und in der Auseinandersetzung zahlreicher Sprecher des Parteitages mit dem deutschen Liberalismus die Bestätigung seiner Auffassung, daß die Anhänger des linken Flügels der CDU und des früheren Zentrums auf dem Vormarsch sind. Dem Parteitag ist es nicht gelungen, der deutschen Öffentlichkeit ein klares Bild über die gesellschaftspolitischen Absichten der CDU zu geben und die auseinanderstrebenden Kräfte in der Partei über eine taktisch bedingte Demonstration der ‚Geschlossenheit' hinaus im Grundsätzlichen zu einigen.

Die CDU hat in Karlsruhe darauf verzichtet, die Nachfolge des 84-jährigen Parteiführers überhaupt zu erörtern. Niemand weiß in Deutschland, wer nach *Adenauer* an der Spitze der CDU stehen wird. Die Freie Demokratische Partei wird mit ihrem klaren Programm und unter ihrer jungen Führung im Jahr 1961 in den Wahlkampf gehen. Sie wird diesen Kampf unabhängig nach allen Seiten mit dem Ziele führen, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen und die Stimmzahl der FDP so zu erhöhen, daß sie im 4. Deutschen Bundestag ihre

---

11 Zur Erstattung der Wahlkampfkosten und zur Vorlage eines schriftlichen Programms vgl. §§ 6, 18–22 ParteienG (wie Anm. 10).

12 Vgl. dazu die Ausführungen *Adenauers,* in: 9. BUNDESPARTEITAG CDU Karlsruhe 26.–29. 4. 1960, Hamburg 1960, S. 29 f.

13 Aufgrund des 2. Bundeswahlgesetzes vom 8. 7. 1953 (BGBl. I, S. 470) erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten des Bundestages von der 2. Wahlperiode an auf 484 Abgeordnete aus dem Bundesgebiet und auf 22 Berliner Abgeordnete. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 112 f.

14 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 37 vom 9. 5. 1960, S. 2.

freiheitlichen Vorstellungen im innenpolitischen Raum und ihre konstruktive außenpolitische Zielsetzung wirksamer zur Geltung bringen kann."[15]

Anschließend berichtet Dr. MENDE über die außenpolitische Lage, wobei er besonders die Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz[16], die Ergebnisse der letzten Tagung des Straßburger Europarats, die Resignation des Bundestages in gesamtdeutschen Fragen und die Aktivität der „DDR" vor der Gipfelkonferenz herausstellt.

Dr. DEHLER ergänzt den Bericht Dr. *Mendes* durch Mitteilung über eine Besprechung der ordentlichen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages bei Dr. *von Brentano*.[17] *Döring* teilt seine Eindrücke über das deutsch-englische Gespräch in Königswinter[18] und gewisse Tendenzen zur Anerkennung der „DDR" mit. In der anschließenden Diskussion wird u. a. vor der Entwicklung der EWG-Politik gewarnt und auf die besondere Rolle der FDP hingewiesen, die als einzige Partei die EWG abgelehnt hat.[19] Zur Außenpolitik faßt der Bundesvorstand folgende Entschließung:

„Auf der Pariser Gipfelkonferenz werden die ungelösten Probleme des gespaltenen Deutschlands wiederum im Mittelpunkt der Beratungen der Großmächte stehen. Das Schicksal Berlins, das mit der Zukunft unseres geteilten Vaterlandes untrennbar verknüpft ist, ist jetzt die zentrale Frage aller Ost-West-Konferenzen. Wer aber Berlin aus seiner Gefahrensituation herausbringen und die Freiheit der Bürger der Stadt endgültig sichern will, kann und darf einer Behandlung der deutschen Frage nicht ausweichen.[20] Den Weg zur Einheit unseres Vaterlandes hat die FDP wiederholt aufgezeigt. Die erste Stufe der Wiedervereinigung ist die Einigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges mit Deutschland über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschlands und über einen Friedensvertrag. In der zweiten Stufe wird die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands in einem freien unmittelbaren Willensentscheid über diesen Friedensvertrag abzustimmen haben und schließlich frei die gesamtdeutschen Institutionen wählen.

Die ersten Schritte auf diesem Wege müssen jetzt in Paris gegangen werden.

Die Freien Demokraten erwarten darum von der Pariser Gipfelkonferenz als Mindestergebnis, daß die Großmächte den Anspruch des deutschen Volkes auf seine staatliche Einheit noch einmal ausdrücklich bekräftigen und die Einsetzung einer neuen Deutschlandkonferenz der vier Außenminister beschlossen wird.[21]

---

15 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 37 vom 9. 5. 1960, S. 2 f.

16 Pariser Gipfelkonferenz vom 16./17. 5. 1960. Vgl. AdG 1960, S. 8400 B.

17 Die Besprechung mit Bundesaußenminister *von Brentano* am 6. 4. 1960 betraf u. a. die Haltung Großbritanniens und der USA in der Deutschlandfrage. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 7. 5. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

18 11. Deutsch-Englisches Gespräch vom 25.–27. 3. 1960 in Königswinter veranstaltet durch die Deutsch-Englische Gesellschaft e. V.

19 Vgl. die Rede des FDP-Abg. R. *Margulies* in 3. BT STEN. BER., Bd. 35, 200. Sitzung vom 21. 3. 1957, S. 11350 C–11355 D.

20 Hervorhebung in der Vorlage.

21 Hervorhebung des Nebensatzes in der Vorlage.

Welche politischen Kräfte in der Welt auch immer eine Wiedervereinigung Deutschlands verhindern und den Status quo in der Deutschlandfrage erhalten wollen:

Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wird nicht ruhen, bis die unnatürliche Spaltung seines Landes beseitigt und die Einheit seines Vaterlandes wiederhergestellt ist."[22]

3. RUNDSCHREIBEN DES LANDESVORSTANDES BAYERN UND STELLUNGNAHMEN DAZU (vorgezogen)

Dr. MENDE berichtet, daß die Angelegenheit in einem Gespräch des Bundesvorsitzenden und seiner Stellvertreter mit Dr. *Schneider, Weyer* und Dr. *Haas* abschließend geklärt wird. Auf Antrag von GRAAFF beschließt der Bundesvorstand, alle Mitglieder zu ersuchen, parteiinterne Fragen nicht mehr in Rundschreiben zu erörtern[23], sondern allein dem Bundesvorsitzenden zu unterbreiten. Der Bundesvorsitzende hat dann zu entscheiden, in welchem Kreis die angeschnittene Frage erörtert werden soll.

2. STAND DER VORBEREITUNGEN FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

FLACH berichtet über den Stand der Wahlkampfvorbereitungen und die mit den Landesgeschäftsführern erörterte Durchführung der 1. Stufe des vom Bundesvorstand gebilligten Rahmenplanes für den Bundestagswahlkampf.[24] In der 1. Stufe sind vorgesehen:

a) Benennung der Wahlkampfbeauftragten für die Bundestagswahlkreise und Aufstellung eines entsprechenden Verzeichnisses bei der Bundesgeschäftsstelle,

b) Vorbereitungen zur Herausgabe eines internen Informationsdienstes ab 1. November 1960, mit dem allein am Wahlkampf aktiv beteiligten Parteifreunden stichwortartig Informationen zugänglich gemacht werden sollen,

c) Vorbereitung zur Herausgabe eines „vertraulichen" Dienstes zur Außeninfiltration und zur Belieferung der Redaktionen kleinerer und mittlerer Zeitungen,

d) Neuauflage eines Wahlkampfleitfadens mit praktischen Hinweisen für die Wahlkampfgestaltung,

e) Werbeaktion für „Das freie Wort" im IV. Quartal 1960,

f) Gezielte Aktionen für bestimmte Personenkreise.

FLACH berichtet über die erfolgreich durchgeführte Ärzteaktion anläßlich der Krankenversicherungsreform[25] und eine geplante Aktion an alle evangelischen Theologen und Katecheten.

---

22 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 37 vom 9. 5. 1960, S. 1.

23 Der umstrittene Sachverhalt ließ sich nicht ermitteln.

24 Die Besprechung über die Durchführung des Rahmenplans hatte am 8. 4. 1960 stattgefunden. Vgl. Rundschreiben R 31/60 vom 22. 4. 1960 an die Landesgeschäftsführer, das die nachstehend aufgeführten Schritte erläutert (ADL, A 2-23).

25 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Si-

Dr. KOHUT regt an, jemanden bei der Bundestagsfraktion einzustellen, der die Belieferung der Provinzblätter und Fachblätter mit Informationen über die Initiativen der einzelnen Abgeordneten sicherstellt.

Der Bundesvorstand beschließt, für die technische, organisatorische und programmatische Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes eine Wahlkampfkommission zu bilden. Sie besteht aus: dem Bundesvorsitzenden, seinen drei Stellvertretern[26], dem Bundesschatzmeister[27], den Bundestagsabgeordneten *Döring*, Dr. *Bucher*, *Mischnick* und Dr. *Starke*, Frau Dr. *Ilk*, dem Bundesgeschäftsführer[28] und dem Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.[29] Als Fachberater werden die Abteilungsleiter[30] bzw. Chefredakteure der Bundesgeschäftsstelle[31] hinzugezogen. Für die Fragen der Wahlkampfprogammatik wird ferner auf eigenen Wunsch Herr Dr. *Leverenz* an den Arbeiten der Kommission teilnehmen.

4. ANTRÄGE DER LANDESVERBÄNDE

a) Koordinierungstagungen

Die Koordinierungstagungen der Landtagsfraktionen sollen künftig in den einzelnen Bundesländern abwechselnd auf Einladung der entsprechenden Landtagsfraktion[32] stattfinden. Die Gesamtleitung liegt in Händen des für die Koordinierung zuständigen Stellvertretenden Bundesvorsitzenden.[33] Die Geschäftsführung wird vom Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion[34] in Zusammenarbeit mit dem Koordinierungssekretariat der Bundesgeschäftsstelle wahrgenommen.

b) Koalitionsfrage

Zum Antrag des Landesausschusses Hamburg vom 2. April 1960 wird beschlossen, die Mitglieder anzuhalten, im Sinne dieses Antrages zu verfahren. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Der Landesverband Hamburg ersucht

---

cherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 12. 7. 1961 (BGBl. I, S. 913). Die FDP sah den geeignetsten Weg darin, die Versicherten an der Verantwortung für die Inanspruchnahme der Krankenversicherung zu beteiligen, d. h. das Sachleistungssystem stufenweise durch ein Kostenerstattungssysten zu ersetzen. Ob und wieviel dabei als Selbstbeteiligung durch die Krankenkassen einzubehalten war, sollte sich nach der Höhe des Einkommens richten. Dementsprechend schlug die FDP vor, das Kostenerstattungssystem zunächst nur bei denjenigen Versicherten einzuführen, die mehr als DM 660,– im Monat verdienten (damalige Versicherungsgrenze). Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 47, 125. Sitzung vom 29. 9. 1960, S. 7258 D–7261 B; Bd. 48, 145. Sitzung vom 23. 2. 1961, S. 8226 C–8229 A (beide Male *Stammberger*).

26 O. *Kohut*, H. *Lenz*, H. *Schneider*.

27 H. W. *Rubin*.

28 K.-H. *Flach*.

29 H. D. *Genscher*.

30 H. *Gentner* (Abt. I) und K.-H. *Flach* (Abt. II). Vgl. XI. BUNDESPARTEITAG 1960, 1960, Geschäftsbericht S. 7.

31 W. *Schollwer* („Freie Demokratische Korrespondenz" und Pressestelle), E. *Rinné* („Das freie Wort" und Rundfunkstelle), W. *Bökel* (Redaktion der Wirtschaftsdienste). Siehe Anm. 30.

32 Zu diesem Zeitpunkt war die FDP mit Ausnahme von Berlin in allen Landesparlamenten vertreten.

33 Heinrich *Schneider*. Vgl. Nr. 1.

34 H. D. *Genscher*.

den Bundesvorstand der FDP, darauf hinzuwirken, daß seitens der FDP in der Öffentlichkeit nicht immer wieder die Koalitionsfrage im Hinblick auf die Bundestagswahl angesprochen wird. Rückfragen sollten nach wie vor mit der Würzburger Formel[35] beantwortet werden."

c) „Rettet die Freiheit"

Auf Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wird beschlossen, den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. *Kohut* zu beauftragen, mit dem einzigen im Komitee „Rettet die Freiheit"[36] tätigen FDP-Mitglied, *Fertsch-Röver*[37], im Sinne einer Aufgabe dieser Tätigkeit zu verhandeln.

---

35 Auf dem 7. Bundesparteitag vom 20./21. 4. 1956 in Würzburg beschloß die FDP, „ungebunden durch Absprachen nach irgendwelcher Seite" in die Bundestagswahlen 1957 zu gehen und sich die eigene Entscheidung für eine Koalition „bis zum Morgen nach der Wahl" vorzubehalten. Vgl. VII. BUNDESPARTEITAG 1956, Prot. S. 54/H 23 (ADL, A 197).

36 Die Organisation sah die Freiheit „aktuell und gefährlich bedroht vom Weltkommunismus". Vgl. Rettet die Freiheit. Gründungskongreß am 20. 2. 1959 in Köln. Hrsg. „Rettet die Freiheit e. V.", o. O. 1959, 94 S.

37 Dieter *Fertsch-Röver*, 1957–1968 Vors. des FDP-Kreisverbandes Obertaunus. Vgl. Jochen LENGEMANN, Das Hessen-Parlament 1946–1986, 1986, S. 247.

## 4 a.

## 15. 6. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 15. Juni 1960, Frankfurt/M., Gesellschaftshaus im Zoo." 14.30 Uhr–19.45 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Becker, Borm, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Genscher, Gentner, Graaff, Haas, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leverenz, Mende, Mischnick, C.- C. Müller, Rinné, Simonis, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Wichmann (i. V. von Engelhard).[1]

Gäste: Gäsing (LSD), Knoll (DJD), Frhr. von Mühlen, Oellers, Porst, Rahlfs (LSD), Rutschke, Starke, Fritz Weber, Zoglmann.

Zu Beginn begrüßte der Vorsitzende den neuen Landesvorsitzenden von Berlin, Herrn William *Borm*[2], als neues Mitglied des Bremer Senats Herrn Senator Dr. *Borttscheller*[3], außerdem den neugewählten Vorsitzenden des Liberalen

---

1 Entschuldigt waren *Eilers, Eisenmann, Erbe, Maier,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Rubin* und *Scheel.*

2 Seit dem Landesparteitag in Berlin am 15. 5. 1960 Landesvorsitzender der FDP Berlin. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 38 vom 11. 5. 1960, S. 5.

3 Mitglied des Bremer Senats seit dem 21. 12. 1959. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 173.

Studentenbundes, Herrn *Rahlfs*[4], sowie Herrn *Knoll* als Vertreter des Vorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten.[5]

Dr. MENDE erklärte zu Beginn einige formelle Fragen wegen des Ablaufs der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion am 16. 6.[6] Die baden-württembergischen Mitglieder des Bundesvorstandes treffen voraussichtlich erst am späten Abend in Frankfurt ein, es wird deswegen für Donnerstag, den 16. 6., 9.00 Uhr, eine Vorstandssitzung festgelegt mit

Tagesordnung: Bericht über die Wahlen Baden-Württemberg und die Koalitionsverhandlungen.[7] Die gemeinsame Sitzung beginnt dann um 10.00 Uhr mit den Referaten Dr. *Dehler* und W. *Döring*.

Die Tagesordnung wurde durch Herausnahme von Punkt 6)[8] geändert, da der Bundesschatzmeister wegen einer Amerikareise nicht anwesend sein kann.

Zu Punkt 1) der Tagesordnung wurde das Thema „Außenpolitische Lage" herausgenommen und auf die gemeinsame Sitzung am 16. 6. verwiesen.[9]

1. INNENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE berichtet ausführlich über Veranstaltungen der FDP[10], der DJD[11] und des LSD[12], über Wirtschaftsgespräche und Gespräche mit dem Kreisvorstand München und andere Veranstaltungen.

Weiter ging Dr. MENDE auf das Verhältnis zu den anderen Parteien ein. Das Verhältnis zur deutschen Bundeswehr beleuchtete Dr. MENDE ausführlich und teilte mit, daß er in Kürze vor der Schule für innere Führung in Koblenz und Anfang Juli vor Einheiten der Bundeswehr in Neumünster sprechen werde. Diese Frage müsse unsere besondere Aufmerksamkeit erhalten, besonders auch hinsichtlich der Aktionen der Deutschen Jungdemokraten und des Liberalen Studentenbundes[13], da in der Bundeswehr eine weitverbreitete Unkenntnis über die tatsächliche Haltung der FDP zu Verteidigungsfragen, NATO usw. bestehe.

---

4 Bundesvorsitzender seit der 11. Delegiertenversammlung des LSD in Weinheim am 18. 5. 1960. Vgl. LSZ Nr. 3 vom Mai 1960, S. 5 und Nr. 4 vom Juni 1960, S. 1 f.

5 Vorsitzender der DJD war Gerhard *Daub*.

6 Vgl. Nr. 4 c.

7 Vgl. Nr. 4 b.

8 TOP 6: „Finanz- und Organisationsfragen". Vgl. Einladung an die Mitglieder des Bundesvorstandes Dr. G/bö vom 19. 5. 1960 (ADL, A 2-78).

9 Vgl. Nr. 4 c TOP 1.

10 Ordentliche Landesparteitage der FDP in Berlin und Zweibrücken am 14. und 15. 5. 1960. Mende hatte auf beiden Veranstaltungen gesprochen. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 38 vom 11. 5. 1960, S. 4.

11 Bundesjugendtag der DJD in Karlsruhe vom 6.–8. 5. 1960. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 36 vom 6. 5. 1960, S. 7.

12 11. Delegiertenversammlung des LSD vom 15.–18. 5. 1960. Siehe Anm. 4.

13 Zur Bündnisfrage und zum militärischen Status der Bundesrepublik aus der Sicht der FDP vgl. Grundriß eines deutschen Friedensvertrages (Deutschlandvertrag) 1959, in: P. JULING, 1977, S. 161 f.

Dr. SCHNEIDER berichtete dann über die Koordinierungstagung in Kiel[14] und über die Sitzungen der Landesgeschäftsführer, die zukünftig Protokolle der Vorstandssitzungen erhalten sollen. Eine regelmäßige Teilnahme der Landesgeschäftsführer an den Vorstandssitzungen wurde nicht beschlossen[15], dagegen wurde kein Einwand gegen die Zustellung der Vorstandsprotokolle erhoben.

Die Angelegenheit „Rundschreiben *Keitel*"[16] wird durch den Vorsitzenden in der Form einer ausführlichen Antwort erledigt. Herr Dr. KOHUT kündigte an, daß Mitglieder des Landesverbandes Hessen einen Ausschlußantrag gegen *Keitel* gestellt hätten. Der Vorstand will dieses Verfahren abwarten.

Wolfgang DÖRING brachte dann die Frage der FDP zur Stellung der liberalen Parteien im Ausland zur Sprache. Er schlug vor, daß liberale Politiker von der FDP eingeladen werden. Mit einer Einladung im Rahmen der Liberalen Weltunion[17] war er nicht voll einverstanden, da ein Unterschied bestehe zwischen den maßgebenden Vertretern der Länder in der Liberalen Weltunion und den aktiven Politikern in den liberalen Parteien. Die Notwendigkeit solcher Kontakte wurde einmütig bejaht. Die Bundestagsfraktion soll prüfen, welche Kontakte zu liberalen Parteien, insbesondere auch im Rahmen der europäischen Organisationen möglich sind. Herr *Lenz* und Herr *Döring* werden gebeten, sich eingehend mit dieser Frage zu befassen.

Der Bundesvorstand beschließt auf Vorschlag von Dr. *Mende*, im Rahmen der diesjährigen Ratstagung der Liberalen Weltunion Anfang September in Berlin einen offiziellen Empfang für die Teilnehmer der Tagung zu geben. Es wird vorgeschlagen, diesen Empfang am Freitag, dem 2. September, abends, zu geben. Am Sonnabend, dem 3. September, soll eine Sitzung des Bundesvorstandes einberufen werden (inzwischen mußte nach Rücksprache mit dem Generalsekretariat der Liberalen Weltunion in London der Empfang auf Donnerstag, den 1. September 1960, vorverlegt werden.[18] Die Bundesvorstandssitzung in Berlin wird deswegen am Freitag, dem 2. September, stattfinden).[19]

Die Pressemeldungen zum Fall *Müller*, Wolfenbüttel[20], werden vom Bundesvorstand ausführlich diskutiert. Der Landesvorsitzende von Niedersachsen, Herr *Graaff*, wird noch von Frankfurt/Main aus eine Erklärung abgeben. Der Bundesvorstand nimmt diese Angelegenheit zum Anlaß, erneut die Beschlüsse

---

14 Konferenz der Vorsitzenden und Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktionen der Bundesrepublik in Kiel am 10. und 11. 6. 1960 mit dem Ziel, die Arbeit der FDP-Fraktionen noch stärker zu koordinieren. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 49 vom 10. 6. 1960, S. 5.

15 Die Teilnahme der Landesgeschäftsführer wurde nur in Ausnahmefällen beschlossen, so bei den Beratungen über die Regierungsbildung 1961. Vgl. Nr. 18 Anm. 4.

16 Vgl. Nr. 10 Anm. 31.

17 Als loser Zusammenschluß von liberalen Parteien im April 1947 in Oxford gegründet. In ihrem Manifest bekennt sich die Liberale Weltunion zu den grundlegenden Freiheitsrechten des Individuums, zum privaten Unternehmertum und zu einer sozialen Gesetzgebung.

18 Vgl. Nr. 5 Anm. 1.

19 Vgl. Nr. 5.

20 Nicht ermittelt.

vom 20. 6. 1959[21], 14. März 1960[22] und Rundschreiben vom 22. September 1959 – R 13/59 – an alle Landesverbände[23] zu bestätigen. Dr. LEVERENZ beantragt eine genaue Formulierung insbesondere im Hinblick auf eine Informationspflicht.

Der Bundesvorstand beschließt: „Die Beschlüsse des Jahres 1959/60 werden mit Nachdruck erneuert und wie folgt erweitert:

„Funktionsträger der FDP sind verpflichtet, ihrem Landesvorsitzenden oder seinen Stellvertretern Reisen in den Ostblock anzuzeigen. Dieser Beschluß gilt im Interesse des Schutzes unserer Parteifreunde auch für Privatreisen!"

(Eine Enthaltung, *Wichmann*, Hamburg). Der Vorsitzende wies nach diesem Beschluß besonders dringlich darauf hin, daß die Aktivität der Zone auf kommunalpolitischer Ebene beobachtet werden müsse.

Dr. BORTTSCHELLER schnitt das Thema Koalition 1961 an und wies auf die ständigen Meldungen in der Presse hin.[24] Es besteht Einmütigkeit, so wenig wie möglich dazu Stellung zu nehmen und immer wieder die „harte Unabhängigkeit" (Dr. *Achenbach*) zu betonen.

Es folgte eine weitere informative Diskussion über SPD und BHE. Der Vertriebenenausschuß der Bundespartei wird sich in Kürze mit der Situation BHE-BdV, unter Vorsitz von Otto *Arndt*[25], im Beisein von Mitgliedern des Bundesvorstandes befassen.

Zur Frage DP berichteten Carlo GRAAFF und SCHÄFER, Niedersachsen, über ihre Gespräche.[26] Der Vorstand ist mit großer Mehrheit der Auffassung, zu verhandeln. Dr. BORTTSCHELLER brachte die Vorbehalte des Landesverbandes Bremen zum Ausdruck. Auf Vorschlag Dr. *Mendes* werden als Gesprächspartner für ein informatives Gespräch mit einer DP-Gruppe unter Führung von Herrn *Langeheine* Dr. *Kohut*, Dr. *Dehler*, Dr. *Achenbach* und Hans *Schäfer* benannt.[27]

---

21 Am 20. 6. 1959 hatte der Bundesvorstand in bezug auf die Jungdemokraten (die den Beschlüssen der Parteigremien unterlagen) beschlossen, daß Reisen in den Ostblock und nach Mitteldeutschland sowie Verhandlungen mit Vertretern Mitteldeutschlands oder des Ostblocks nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes der FDP erfolgen dürften. Vgl. FDP-BUNDESVORSTAND 1954–1960, 1991, S. 450.

22 Vgl. den Beschluß die DP betreffend in Nr. 2 unter TOP 1.

23 Mit dem Rundschreiben R 13/59 wurden alle Mitglieder und Amtsträger der FDP gebeten, Einladungen zu den 10-Jahresfeiern der DDR nicht Folge zu leisten. Dem Rundschreiben war der Entwurf zu einer „Erklärung zur deutschen Frage" des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" beigefügt (ADL, A 2-22).

24 Vgl. Nr. 3 unter TOP 4 b.

25 Vgl. Nr. 2 TOP 5.

26 Zu den Sondierungen zwecks Fusion von Gruppierungen der DP mit der FDP vgl. Nr. 2 Anm. 15.

27 Wegen der Fusionsgespräche mit der DP kam es nach W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 122, zu einem „Eklat". Als der Bundesvorstand das hier erwähnte informative Gespräch zwischen DP und FDP beschloß, drohte *Borttscheller* für den Fall des Gelingens dieses Vorhabens „Konsequenzen" an. Vgl. Nr. 8 mit Anm. 13.

DÖRING bringt noch einmal die Situation sowjetische Besatzungszone, LDP usw. zur Sprache und bittet, daß eine Untersuchung durchgeführt wird, welche Leiden Mitglieder der LDP im aktiven Kampf gegen die Unterdrücker erdulden mußten. Beispiel: *Borm, Natonek, Wagner* u. a. Eine Veröffentlichung soll vorläufig nicht erfolgen, jedoch das Material zusammengestellt werden.[28]

Punkt
2. LANDTAGSWAHLEN BADEN-WÜRTTEMBERG, KOMMUNALWAHLEN SAARLAND

wurde verschoben auf den 16. 6. 1960.[29]

3. STAND DER VORBEREITUNGEN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL

Es wurde nur mitgeteilt, daß am 23. Juni die Wahlkampfkommission zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammentritt.[30]

4. BERICHT LANDESPARTEITAGE RHEINLAND-PFALZ, BERLIN

In der allgemeinen Diskussion zu Punkt 1) ohne besondere Aussprache miterledigt.[31]

5. RUNDFUNKPOLITISCHE LAGE[32]

Siegfried ZOGLMANN gibt einen ausführlichen Bericht, der durch Herrn VON MÜHLEN ergänzt wird. Eintimmige Auffassung des Bundesvorstandes: kein Verwaltungsakt der Bundesregierung, sondern Staatsverträge mit den Ländern oder ein Bundesgesetz, wobei zu verhindern ist, daß eine Partei, ein Wirtschaftsverband oder andere Massenorganisationen ein Monopol haben sollen.[33]

ANLAGE Frankfurt/Main, 15. Juni 1960

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat sich auf seiner Sitzung am Mittwoch mit der Frage eines zweiten Fernsehprogramms beschäftigt. Die Beratungen werden am Dienstag in der Bundestagsfraktion der FDP unter Hinzuziehung von Vertretern aus den Ländern fortgesetzt. Die Aussprache im Bundesvorstand ergab eine prinzipielle Zustimmung für eine Bundesanstalt bei Gebührentrennung als eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Mitglieder des Bundesvorstandes sprachen sich für eine Lösung durch Gesetz oder Staatsver-

---

28 Die Kontakte zwischen FDP und LDP betrafen vor allem zwei Themen: Möglichkeit und Umfang des Redneraustauschs und die Lage der in der SBZ inhaftierten LDP-Freunde. Vgl. Kurzprotokoll über die Sitzung des Arbeitskreises des Bundesvorstandes für Kontakte mit der Sowjetzonen-LDP vom 24. 10. 1956 (ADL 2636).

29 Vgl. Nr. 4 b.

30 Vgl. Nr. 5 TOP 2 und 3.

31 Siehe Anm. 10.

32 Sie wurde bestimmt durch die Absicht der Bundesregierung, eine zweite Fernsehanstalt zu errichten. Vgl. Nr. 1 Anm. 28.

33 Vgl. für diese Auffassung der FDP u. a. 3. BT STEN. BER., Bd. 45, 97. Sitzung vom 27. 1. 1960, S. 5346 D–5353 B.

träge und gegen einen Verwaltungsakt aus. Sie traten ferner nachdrücklich dafür ein, daß das zweite Fernsehen nach jeder Richtung unabhängig auf der Grundlage eines echten Wettbewerbs betrieben werden sollte.[34]

34 Vgl. das ausführlichere Kommuniqué in fdk 11. Jg., Nr. 51 vom 22. 6. 1960, S. 9.

## 4 b.

## 16. 6. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**Nachlaß Haußmann Q 1/22 Bü 803. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 16. Juni 1960, Frankfurt/M., Gesellschaftshaus im Zoo." 9.00–10.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Becker, Borm, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Eilers, Genscher, Gentner, Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, C.-C. Müller, Rinné, Simonis, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Wichmann (i. V. von Engelhard).[1]

Gäste: Bareiter, Brandt, Hummel, Oellers, Rahn, Reuter, Rieger, Schade, Schwarz, Schulze, Sonnenhol.

[REGIERUNGSBILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG]

Dr. HAUSSMANN gibt einen ausführlichen Bericht über die Landtagswahlen[2] und Verhandlungen zur Regierungsbildung[3] in Baden-Württemberg. Abschluß des Koalitionsvertrages ist am 15. Juni 1960 erfolgt. Die FDP erhält drei Ressorts, Wirtschaft, Finanzen und Justiz.[4] § 9 der Bundessatzung ist erfüllt.[5]

Der Bundesvorstand nimmt den Bericht mit Genugtuung zur Kenntnis und stellt fest, daß diese Koalition aus landespolitischen Erwägungen geschlossen wurde und kein Präjudiz auf bundespolitischer Ebene darstellt.

ANLAGE Frankfurt/Main, 16. Juni 1960

Die Regierungsbildung in Baden-Württemberg war Gegenstand einer Beratung des Bundesvorstandes der Freien Demokraten am Donnerstag in Frankfurt. Nach einem Bericht des Landesvorsitzenden der FDP in Baden-Württemberg, Justizminister Dr. Wolfgang *Haußmann,* begrüßte der Vorstand das Resultat

1 Entschuldigt waren *Eisenmann, Erbe, Flach, Haas, Rubin und Scheel.*
2 Landtagswahlen am 15. 5. 1960 FDP/DVP: 15,6 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen, 18 Sitze von 120.
3 CDU und FDP hatten sich über die Regierungsbildung in zwei Koalitionsrunden am 9. und 15. 6. 1960 verständigt. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 483.
4 Ebd.
5 Vgl. § 9 i. d. F. vom 28. 1. 1960: Dieser regelt die Beziehungen zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden.

der Regierungsbildung und den Eintritt der Freien Demokraten in das baden-württembergische Kabinett. Besondere Zustimmung fand die Beendigung der bisherigen Allparteienregierung[6], gegen die sich Bundesvorstandsmitglieder und die Bundestagsfraktion unmittelbar nach der Wahl ausgesprochen hatten.

Wie ein Sprecher der FDP erklärte, waren für die Koalition in Baden-Württemberg ausschließlich landespolitische Gesichtspunkte bestimmend. Diese Entscheidung stellt kein Präjudiz für die Bundestagswahlen von 1961 dar. „Die Freien Demokraten werden", so erklärte der Sprecher abschließend, „ihren Wahlkampf frei nach allen Seiten führen".

---

6 Koalition aus CDU, SPD, FPD/DVP und GB/BHE. Vgl. A.-C. STORBECK, 1970, S. 87 f.

## 4 c.

## 16. 6. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Kurzprotokoll über die Klausurtagung am 16. Juni 1960 in Frankfurt/Main, Gesellschaftshaus im Zoo, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion." 10.00–16.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Becker, Borm, Borttscheller, Bucher, Dehler, Emmy Diemer-Nicolaus, Döring, Eilers, Eisenmann, Lotte Friese-Korn, Gäsing (LSD), Genscher, Gentner, Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Jaekel, Keller, Knoll (DJD), Kohut, Kreitmeyer, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Miessner, Mischnick, Frhr. von Mühlen, C.- C. Müller, Rahlfs (LSD), Rinné, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Schultz, Spitzmüller, Starke, Weber, Wichmann.[1]

Gäste: Bareiter, Brandt, Hummel, Oellers, Rahn, Reuter, Rieger, Schwarz, Schade, Schulze, Sonnenhol.

[1. ANALYSE DER AUSSENPOLITISCHEN LAGE. Referent Dr. Thomas *Dehler*][2]

Dr. MENDE wies zu Beginn auf die Geheimhaltungspflicht nach § 6 der Bundessatzung[3] hin und erklärte die Sitzung für vertraulich. Die Teilnahme wurde begrenzt auf Mitglieder des Bundesvorstandes, Mitglieder der Bundestagsfraktion, persönlich geladene Gäste, Landesgeschäftsführer, namentlich genannte

---

1 Entschuldigt waren: *Eisenmann, Erbe, Flach, Haas, Rubin und Scheel.*

2 So die Einladung vom 19. 5. 1960. Dr. G/wei an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, A 2-78).

3 Vgl. § 6 Abs. 1 i. d. F. vom 28. 1. 1960: „1. Beratungen und Beschlüsse eines Organs der Partei, der Fachausschüsse oder der Arbeitskreise können durch Beschluß für vertraulich erklärt werden. In diesem Beschluß ist auszusprechen, was unter Vertraulichkeit im einzelnen Falle zu verstehen ist."

Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion.[4] [Die] Tagesordnung wurde ergänzt durch ein Referat von Herrn DÖRING, im Anschluß an das Referat von Herrn Dr. DEHLER. Das Referat Dr. *Dehlers* wurde auf Band aufgenommen und wird nach Auswertung den Teilnehmern zugesandt. Das Referat *Döring* wurde wegen seiner Vertraulichkeit nicht protokolliert.[5]

[2. AUSSPRACHE UND ZUSAMMENFASSUNG][6]

Nach der Mittagspause fand eine ausführliche Diskussion der beiden Referate statt, zu denen Dr. ACHENBACH eine Entschließung vorlegte. Wegen Meinungsverschiedenheiten legte Dr. MENDE eine vorbereitete Resolution vor, die nach einigen Änderungen angenommen wurde. (Siehe Anlage).

Da wegen der begrenzten Zeit die Diskussion um 16.30 Uhr abgebrochen werden mußte, beschloß die Versammlung, in der zweiten Hälfte des September eine Sitzung des Bundeshauptausschusses abzuhalten[7], die die angesprochenen Fragen weiter behandeln soll. Die Einladung dazu wird entsprechend der Satzung durch den Bundesvorsitzenden erfolgen.

ANLAGE 16. Juni 1960

ENTWURF EINES AUSSENPOLITISCHEN KOMMUNIQUÉS FÜR DIE KLAUSURTAGUNG DER FDP IN FRANKFURT/MAIN[8]

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben sich am Mittwoch und Donnerstag auf ihrer Klausurtagung in Frankfurt, unter Vorsitz des FDP-Parteivorsitzenden, Dr. *Mende,* eingehend mit der Lage nach der gescheiterten Gipfelkonferenz[9] beschäftigt und die im Deutschlandplan der FDP[10] enthaltenen Vorschläge zur Schaffung einer dauernden Sicherheitsordnung in Europa im Lichte der jüngsten außenpolitischen Entwicklung geprüft.

---

4 Die Vorlage zu dem Kurzprotokoll trägt oben links den Vermerk: „An die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Geschäftsführer der Landesverbände".

5 *Dehlers* Rede war im wesentlichen eine Darlegung der Etappen, die sich aus seiner Sicht in der Behandlung der deutschen Frage durch die Alliierten seit der Potsdamer Konferenz von 1945 und durch deutsche Organe seit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz von 1947 unterscheiden ließen. *Dörings* Referat enthielt eine Gegenüberstellung des militärischen Potentials der beiden Blöcke (mit Zahlenangaben) und setzte sich kritisch mit der Wehrpolitik der Bundesregierung auseinander. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 16. 6. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

6 Siehe Anm. 2.

7 Sitzung des Bundeshauptausschusses am 15. 10. 1960 in Bonn. Hauptthema der Beratungen war die geplante Notstandsgesetzgebung, über die der Bundestag am 28. 9. 1960 debattiert hatte. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 96 vom 12. 10. 1960, S. 4.

8 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 51 vom 22. 6. 1960, S. 7 ff.; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 4-1960, 1972, S. 1228 f.

9 Die Gipfelkonferenz in Paris vom 16./17. 5. 1960, an der die Staats- und Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs teilnahmen, geriet bereits im Verlauf der vorbereitenden Sitzung in Schwierigkeiten und wurde am 17. 5. ergebnislos ausgesetzt. Zu Vorgeschichte, Verlauf und Vertagung vgl. AdG 1960, S. 8400 B–8407.

10 Vgl. Nr. 2 Anm. 21.

In Übereinstimmung mit dem Berliner Programm[11] und der bisherigen Politik der Freien Demokratischen Partei wurden auf der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion die folgenden außenpolitischen Grundsätze erneut bekräftigt:

1) Die Freien Demokraten fordern eine deutsche Außenpolitik, die sich zu den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung, der freiheitlichen Menschenrechte und des Rechtes auf Heimat bekennt. Eine solche Politik muß der Lage Deutschlands in Mitteleuropa Rechnung tragen, den entspannenden Ausgleich nach allen Seiten suchen und damit der Erhaltung des Friedens dienen.

2) Die Freien Demokraten bekennen sich zur NATO und den sich aus diesem Bündnis für die Bundesrepublik ergebenden Verpflichtungen. Sie haben seinerzeit dem Beitritt der Bundesrepublik zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft zugestimmt[12] und sehen bis zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung und zur Schaffung besserer Sicherheitssysteme für Europa in der NATO das geeignete Instrument zur Sicherung der Freiheit Westeuropas.

3) In konsequenter Bejahung des Notwehrrechtes bekennen sich die Freien Demokraten weiterhin zu einer Wehrpolitik, die der politisch-geographischen Lage der Bundesrepublik und den militärischen Gegebenheiten und der Entwicklung der Rüstungstechnik entspricht. Sie werden auch in Zukunft ihr Augenmerk auf den weiteren Aufbau der Bundeswehr, insbesondere der Heimatverteidigung und des zivilen Bevölkerungsschutzes richten.[13]

4) Die Verbindung Deutschlands mit der Freien Welt ist eine unverzichtbare Forderung der Freien Demokratischen Partei. In diesem Sinne erstreben die Freien Demokraten die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung und fordern, allen innen- und außenpolitischen Anstrengungen in erster Linie auf die Erreichung dieses Zieles zu richten. Die von der FDP geforderte Verbindung von kontrollierter Abrüstung und Wiedervereinigung ist nach wie vor richtig. Eine politische Lösung des deutschen Problems ohne die Regelung der im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands auftretenden militär-politischen Probleme ist undenkbar. Die Freien Demokraten haben darum keine Veranlassung, von ihrer im Frühjahr 1959 veröffentlichten Leitvorstellung für die Lösung der Deutschen Frage im Rahmen einer dauerhaften Sicherheitsordnung in Europa[14] abzurücken. Der einzige, heute noch vorstellbare Weg zur Einheit Deutschlands führt über die kontrollierte Abrüstung und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems.

5) Angesichts der krisenhaften internationalen Lage fordern die Freien Demokraten die Bundesregierung auf, gemeinsam mit ihren Verbündeten und in Zu-

---

11 Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

12 Die FDP-Fraktion des Bundestags hatte im Februar 1955 der Ratifizierung der Pariser Verträge von 1954 mehrheitlich zugestimmt. Vgl. zur Befürwortung des Vertragswerks (außer dem Saar-Abkommen) durch die FDP. AdG 1955, S. 5041 A; fdk 6. Jg., Nr. 13 vom 23. 2. 1955, S. 2 f.

13 Die Wehrpolitik war Gegenstand des Referats von *Döring*. Siehe Anm. 5.

14 Siehe Anm. 10.

sammenarbeit mit den demokratischen Parteien der Bundesrepublik alle Anstrengungen zu unternehmen, um durch eine weitsichtige und besonnene Politik die Voraussetzung für Verhandlungen mit den Sowjets über die europäischen und deutschen Probleme zu schaffen.

6) Die Freien Demokraten gedenken mit teilnehmender Sorge des Freiheitskampfes der Reichshauptstadt Berlin[15] und mit Bewunderung des zähen Beharrungsvermögens der mitteldeutschen Bevölkerung.[16]

Der Bundeshauptausschuß der Freien Demokraten wird in der zweiten Septemberhälfte zu einer ausführlichen Beratung der innen- und außenpolitischen Lage zusammentreten.[17]

---

15 Vgl. die Berlin-Entschließung des Bundesvorstandes vom 26. 2. 1960 in Nr. 1 TOP 2.
16 Vgl. die Entschließung des Bundesvorstandes zur Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR vom 14. 3. 1960 in Nr. 2 TOP 1.
17 Siehe Anm. 7.

## 5.

## 2. 9. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 111. Gez. Mende, ab 15.00 Uhr Vorsitz: Lenz; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 2. September 1960 in Berlin, Hotel Kempinski, Wintergarten."[1] 10.15 Uhr–18.15 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Bezold, Borm, Borttscheller, Daub (DJD), Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Eilers, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haußmann, Hoppe, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Oellers, Rademacher, Rahlfs (LSD), Rinné, Rubin, Hans Schäfer, Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Simonis.[2]

Als Gäste zeitweise anwesend: Ehrich, Lotte Friese-Korn, Keller, Frhr. von Mühlen, Oellers, Reuter, Wienholt.

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und sprach zu Beginn einige Worte des ehrenden Gedenkens für das verstorbene Mitglied des Bundesvorstandes, Bundestagsvizepräsident Dr. Max *Becker*.[3]

Dr. MENDE stellte fest, daß alle Landesvorsitzenden aufgrund einer Satzungsänderung zu Mitgliedern des Bundesvorstandes gemacht worden sind[4] und da-

---

1 Den Anlaß, die Sitzung des Bundesvorstandes in Berlin abzuhalten, gab die Ratstagung der Liberalen Weltunion in Berlin vom 31. 8.–3. 9. 1960. Vgl. BERLIN CHRONIK 1959–1960, 1978, S. 720 f.
2 Entschuldigt waren *Bucher, Dehler,* Frau *Ilk, Mischnick* und *Weyer.*
3 *Becker* starb am 30. 7. 1960.
4 § 19 Ziffer 1 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 lautete: „1. Der Bundesvorstand besteht aus [. . .] d) den Vorsitzenden der Landesverbände oder deren Stellvertretern."

her auch die Pflicht haben, an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilzunehmen. Sicher kann der eine oder andere gelegentlich verhindert sein. Es sei aber ein untragbarer Zustand, daß einige Landesvorsitzende dreimal hintereinander nicht an einer Bundesvorstandssitzung teilgenommen haben.[5]

1. BERICHT ÜBER DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE berichtete zunächst ausführlich über die Entwicklung der Lage innerhalb der Partei, über schwebende innenpolitische Fragen und über die außenpolitische Situation.

Im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Sondersitzung um das zweite Fernsehen[6], dessen gegenwärtige Regelung von der FDP nach wie vor abgelehnt wird[7], gab Dr. MENDE bekannt, daß der FDP im Rahmen der von der Bundesregierung zu benennenden Aufsichtsratsmitglieder[8] voraussichtlich ein bis zwei Plätze zur Verfügung stehen werden. Vom Bundeskanzleramt sei der Name Dr. *Middelhauve,* aus Kreisen der Partei seien die Namen *Bott,* Prof. *Schwinge* und Hannsheinz *Porst* genannt worden. Er werde versuchen, Herrn *Porst* durchzusetzen, da gegen die anderen Benannten Bedenken bestehen.

Im Zusammenhang mit der Neubenennung eines Bundestagsvizepräsidenten durch die FDP[9] seien die Namen Dr. *Dehler,* Dr. *Bucher, Lenz,* Dr. *Kohut* und *Kühn* vorgeschlagen worden. *Lenz,* Dr. *Kohut* und *Kühn* haben gebeten, von ihrer Benennung Abstand zu nehmen. Dr. *Bucher* hat erklärt, daß er nicht gegen Dr. *Dehler* kandidieren würde und nur Interesse hätte, falls Dr. *Dehler* nicht kandidiert. Da die CDU das Vorschlagsrecht der FDP anerkennt, sei mit der Wahl von Dr. *Dehler* zu rechnen.[10]

Schließlich gab Dr. MENDE bekannt, daß im Bundeskanzleramt erste Besprechungen zu Wahlabsprachen mit dem BHE stattgefunden haben.[11] GRAAFF be-

---

5 So hatte z. B. *Weyer* (Nordrhein-Westfalen) seit dem 26. 2. 1960 nicht mehr an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilgenommen.

6 Möglicherweise die Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder vom 22. 7. 1960, die sich kritisch mit den Vorschlägen der Bundesregierung zur Schaffung eines zweiten, von ihr kontrollierten Fernsehprogramms befaßten, aber eine Kompromißlösung unter bestimmten Bedingungen ins Auge faßten. Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 150 vom 13. 8. 1960, S. 1491; K. WEHMEIER, 1979, S. 20.

7 Nach Auffassung der FDP konnte ein zweites Fernsehprogramm nicht durch einen Verwaltungsakt der Bundesregierung, sondern nur durch ein Bundesgesetz oder durch einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern begründet werden. Vgl. Nr. 4 a mit Anm. 33.

8 Aufsichtsratsmitglieder der auf Betreiben der Bundesregierung gegründeten „Deutschland-Fernsehen GmbH", die ihre Tätigkeit infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht aufnehmen konnte. Vgl. Nr. 1 Anm. 28 und den Entwurf einer Satzung der Deutschland-Fernsehen-GmbH, abgedr. in G. ZEHNER, Bd. 2, 1965, S. 57–61.

9 Der Tod von Bundestagsvizepräsident *Becker* machte eine Neuwahl erforderlich. Siehe Anm. 3.

10 Der Bundestag wählte *Dehler* am 28. 9. 1960 zum dritten Vizepräsidenten. Vgl. P. SCHINDLER, $^{2}$1983, S. 224.

11 Ziel des GB/BHE war es, 1961 wieder im Bundestag vertreten zu sein, nachdem er 1957 an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert war. Vgl. MORGENBERICHT des BPA Nr. 223 vom 19. 9. 1960, S. 4–6.

stätigte diese Meldung. Es wurde beschlossen, bei Vorliegen näherer Einzelheiten diese Tatsache rechtzeitig vor dem BHE-Parteitag[12] zu veröffentlichen.

Dr. KOHUT berichtete anschließend über die Verhandlungskommission mit der DP.[13] Die niedersächsische DP will erst das Ergebnis der Kommunalwahlen[14] abwarten. Es bestehe wenig Interesse für eine Fusion. Die DP suche nach Wegen, wie ihr von der FDP über die Runden geholfen werden kann. Nach ausführlicher Diskussion dieser Frage stellte der Bundesvorstand fest, daß mit dem Bericht *Kohut* der Auftrag an die Verhandlungskommission erfüllt ist. Bis zu einem neuen Beschluß sollen keine neuen Verhandlungen mit der DP geführt werden. Der Bundesvorstand hält es nach wie vor für wünschenswert, wenn die Parteigliederungen Einzelmitglieder aus der DP aufnehmen, die sich zum „Berliner Programm" der FDP[15] bekennen. Er erhebt auch keine Einwände, falls die DP-Bundestagsabgeordneten *Logemann, Matthes* und *Tobaben* ihre Aufnahme in die FDP-Bundestagsfrakton beantragen.[16] RUBIN regte an, nicht nur jede Fusion in Form einer Bindestrichpartei abzulehnen, sondern auch die Landesverbände Baden-Württemberg und Saar zu bitten, mit der Zeit die Führung eines zweiten Namens als „Querstrichpartei" abzulegen.[17]

Der Bundesvorstand nahm Berichte von DAUB und RAHLFS über geplante Ostreisen von DJD und LSD zur Kenntnis. Er richtete an beide Organisationen die dringende Empfehlung, im Wahljahr keinerlei Ostreisen zu unternehmen und sowohl die geplante Moskaureise des LSD wie die geplante Polenreise der DJD zu verschieben. Dieser Beschluß wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung gefaßt.

Zur Berlin-Frage faßte der Bundesvorstand folgenden Beschluß:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten wird auch in Zukunft am Recht des Deutschen Bundestages festhalten, wie bisher von Zeit zu Zeit Sitzungen in der deutschen Hauptstadt abzuhalten. Für die Festlegung des Termins einer solchen Sitzung sind allein die parlamentarischen Gremien zuständig, ihre Entscheidung bedarf weder der Billigung durch die Bundesregierung noch durch den Senat von Berlin."[18]

---

12 Parteitag des GB/BHE vom 17./18. 9. 1960 in Bückeburg. Vgl. FAZ Nr. 218 vom 17. 9. 1960, S. 4 und FAZ Nr. 219 vom 19. 9. 1960, S. 2, 4.

13 Zur kritischen Lage der DP vgl. Nr. 2 Anm. 15 und 18.

14 Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 19. 3. 1961 erhielt die DP 9,4 v. H. (1956 15,4 v. H.) der abgegebenen Stimmen. Vgl. AdG 1961, S. 8985 B.

15 Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

16 *Logemann* trat am 25. 4. 1961 der FDP-Fraktion bei, *Matthes* wurde fraktionslos und *Tobaben* CDU-Abgeordneter. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 1131, 1133, 1158.

17 FDP/DVP und FDP/DPS. Bei TOP 1 äußerten sich ferner *Frhr. von Kühlmann-Stumm* über die Verhandlungen mit der DP, *Döring* ablehnend zu den Ostreisen, *Mende* zum Bündnis in der NATO, *Achenbach* zur Berlin-Frage, *Scheel* zur Enwicklungspolitik sowie *Daub* und *Rahlfs* zu den Ostreisen. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 2. 9. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

18 BT-Präsident *Gerstenmaier* hatte Mitte August 1960 die Absicht des Bundestages bekundet, eine Sitzung in Berlin abzuhalten, und hatte die Zuständigkeit der parlamentarischen Gremien für diese Entscheidung unterstrichen. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 75 vom 28. 8. 1960, S. 2.

Der Bundesvorstand ermächtigte ferner den Bundesvorsitzenden, vor der Presse folgende Stellungnahme zur außenpolitischen Lage abzugeben:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten forderte einen verstärkten Ausbau des Atlantischen Bündnisses als Antwort auf die ständigen Pressionen der Sowjets. Die enge freundschaftliche Zusammenarbeit mit den USA müsse dabei Grundlage der westlichen Politik bleiben.[19]

Der Bundesvorstand der FDP verurteilte entschieden die neuen Schikanen der Sowjetzonenmachthaber. Die Beschränkung der Freizügigkeit in Berlin, ein lang vorbereiteter Testfall, sei ohne Zustimmung der Sowjets kaum denkbar.[20] Dieser neue Übergriff müsse mit aller Entschiedenheit als das gekennzeichnet werden, was er letztlich sei: ein Angriff auf die Freiheit Berlins. Die Bundesregierung und der Berliner Senat sollten in ständiger Fühlungnahme mit den für die Sicherheit Berlins verantwortlichen Mächten Maßnahmen beraten, die eine Verstärkung der sowjetzonalen Erpressungsversuche in der Zukunft ausschließe.

Der Bundesvorstand der FDP betonte die Notwendigkeit, unverzüglich durch Zollvereinbarungen zwischen EWG und EFTA der unheilvollen wirtschaftlichen Spaltung Europas entgegenzuwirken. Die Freien Demokraten bedauerten, daß ihre ständigen Warnungen vor der gefährlichen Entwicklung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik in Europa von der Bundesregierung noch immer nicht in ausreichendem Maße beachtet würden. Die Freien Demokraten unterstrichen erneut die alleinige Zuständigkeit des Deutschen Bundestages bei der gesetzlichen Regelung der Europapolitik. Eine Änderung der Europa-Verträge sei nur nach Ratifikation durch die nationalen Parlamente denkbar."[21]

Den Vorsitz übernahm ab 15.00 Uhr Hans *Lenz*.

2. und 3. BERICHT DER WAHLKAMPFKOMMISSION; WAHLKAMPFFINANZIERUNG[22]

FLACH berichtete über die zu erwartende Wahlkampfsituation und die bisherigen Wahlkampfplanungen der gegnerischen Parteien. Er wies darauf hin, daß die FDP den Bundestagswahlkampf entweder im Sinne einer Angleichung an die herrschenden opportunistischen Strömungen oder im Angriff zu führen habe und erläuterte die Vor- und Nachteile beider Möglichkeiten. Auf jeden

---

19 Vgl. „Keine Schwächung der NATO!", in fdk 11. Jg., Nr. 82 vom 7. 9. 1960, S. 5.

20 Die DDR nahm einen in West-Berlin veranstalteten Heimkehrer-Verbandstag sowie den „Tag der Heimat" zum Anlaß, Bundesbürgern vom 31. 8. bis 4. 9. 1960 das Betreten Ost-Berlins zu verbieten und die durch die DDR nach West-Berlin Reisenden streng zu kontrollieren. Vgl. AdG 1960, S. 8605 A Ziffer 1–7; BERLIN CHRONIK 1959–1960, 1978, S. 723–728.

21 Anlaß zu dieser wirtschaftspolitischen Stellungnahme gaben die Gespräche *Adenauers* mit *de Gaulle* am 29./30. 7. 1960 und mit *Macmillan* am 10./11. 8. 1960, die u. a. die Beziehungen zwischen EWG und EFTA betrafen. Eine Aussprache von Außenminister *v. Brentano* mit *Mende* und dem Mitglied des EWG-Parlaments, R. *Margulies*, am 24. 8. 1960 räumte die Bedenken der FDP aus. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 77 vom 24. 8. 1960, S. 1.

22 Im Hinblick auf die Wahlen zum 4. Bundestag am 15. 10. 1961. Die nachfolgenden Berichte waren detaillierter (z. T. mit Zahlenangaben), als das Protokoll sie wiedergibt. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 2. 9. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

Fall müsse die Entscheidung über die Grundlage der Wahlkampfführung möglichst bald gefällt werden.

RUBIN teilte einleitend mit, daß die Entschuldung der Bundespartei durch einen Vorgriff auf die Bundesmittel erfolgen konnte und daß z. Zt. die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können.[23] Die Finanzierung der Bundestagswahl scheint nach den bisherigen Gesprächen etwa in der gleichen Höhe wie 1957[24] gesichert zu sein. Aufgrund der Preissteigerungen würde das einen Wahlkampf mit wesentlich geringeren Einsatzmöglichkeiten an Werbemitteln bedeuten.

RUBIN gab dann an Hand einer Reihe von Zahlen die Kosten für die einzelnen Wahlkampfmaßnahmen bekannt. Er stellte fest, daß rund das Doppelte der Mittel, die für den vorigen Wahlkampf zur Verfügung standen, zur Durchführung eines mittleren Werbefeldzuges notwendig seien. RUBIN wies besonders auf die Wichtigkeit der Festlegung klarer Zahlungstermine hin. Er stellte ferner fest, daß in Zusammenarbeit mit den Landesvorsitzenden klare Abgrenzungen der Wahlkampfmaßnahmen und der Wahlkampfmittel von Bundespartei und Landesverbänden notwendig seien. Bisher sei noch kein einziger Pfennig an Wahlkampfmitteln eingegangen und [es] bestehe ebenfalls noch keine verbindliche Zusage.

Der Bundesvorstand diskutierte dann die ihm mit Schreiben WK 2/60[25] vorgelegten Beschlüsse der Wahlkampfkommission. Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gebilligt:

Beschluß 1) (Demoskopische Untersuchung der Wählerschaft a) + b);

Beschluß 2) (Personalisierung der Wahlkampfaussagen a) und b);

Beschluß 3) (Stärkung der Organisation in den Ländern);

[Beschluß 4) (Zentralisierung des Werbemitteleinsatzes).]

Die Beschlußfassung über die Punkte 2 b) und 4) (Zentralisierung des Werbemitteleinsatzes) wurde vertagt. Im Zusammenhang mit dem Beschluß 3) soll mit dem Landesvorstand Rheinland-Pfalz noch einmal Rücksprache genommen werden.[26]

Der Bundesvorstand beschloß mit Mehrheit, am 17. 9. 1960 in Frankfurt/Main zu einer geschlossenen Sitzung zusammenzutreten, um die mit dem Referat von *Flach* angeschnittenen Fragen über Richtung und Zielsetzung des Bundes-

---

23 Die Wahlkampfkosten stiegen von einer Bundestagswahl zur nächsten ständig an. Vgl. für die Jahre 1957, 1961 und 1965 K. J. KÖRPER, 1968, S. 66 ff.

24 Die Wahlkampfkosten der FDP für die Bundestagswahlen von 1957 wurden auf 5 bis 6 Mio. DM geschätzt. Vgl. K. J. KÖRPER, 1968, S. 66.

25 Das Rundschreiben WK 2/60 vom 25. 8. 1960 enthält die Beschlüsse der Wahlkampfkommission vom 23. 6., 13. und 27. 7. 1960 (ADL, A 2-78).

26 Die Einladung an die Mitglieder des Bundesvorstandes hatte noch folgende TOP vorgesehen: 4. Auseinandersetzung um das zweite Fernsehen, 5. Brief Dr. *Haas* in der Angelegenheit *Volkholz*, 6. Antrag Hamburg auf Kostenerstattung bei Ausschuß- und Arbeitskreissitzungen, 7. Verschiedenes: Brief *Engelbrecht*, Schreiben *Keitel*. Vgl. Einladung an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 29. 7. 1960 (ADL, A 2-78).

tagswahlkampfes auszudiskutieren und die entsprechenden Entschlüsse zu fassen.[27]

27 Vgl. Nr. 6.

## 6.

## 17. 9. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. September 1960 in Frankfurt a. M., Hotel Frankfurter Hof." Zusätzlicher Vermerk: „Vertraulich!" 10.20 Uhr–18.15 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Borttscheller, Daub, Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Eisenmann, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Haas, Haußmann, Hoppe, Kohut, Lenz, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck, Rahlfs (LSD), Rinné, Scheel, Schollwer, Simonis, Weyer.[1]

Gäste: Bareiter, Danz, Graf, Rieger, Emil Schäfer, Starke, Wedel, Wienholt.

Dr. Erich MENDE eröffnete die Sitzung und bat den Bundesvorstand um Einverständnis, zu dieser für die Grundlagen der Wahlkampfführung entscheidenden Aussprache die Landesgeschäftsführer der FDP hinzuzuziehen.[2] Der Bundesvorstand erklärte sich damit einverstanden, für derartige Grundsatzaussprachen im Wahljahr die Landesgeschäftsführer zu seinen Sitzungen zu laden.

[BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE]

Dr. MENDE berichtete zunächst über die innen- und außenpolitischen Ereignisse seit der Bundesvorstandssitzung[3] und der Tagung der Liberalen Weltunion in Berlin[4], insbesondere über sein Gespräch mit Bundestagspräsident *Gerstenmaier*[5], die Entwicklung der Berlinfrage, die Garantie der Vereinigten Staaten[6]

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Eilers,* Herta *Ilk, Leuze, Rubin* und Heinrich *Schneider.*

2 Nach § 19 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 gehörten dem Bundesvorstand nur die Vorsitzenden der Landesverbände oder deren Stellvertreter an.

3 Vom 2. 9. 1960. Vgl. Nr. 5.

4 13. Ratstagung der Liberalen Weltunion in Berlin vom 31. 8. bis 3. 9. 1960. Vgl. BERLIN CHRONIK 1959–1960, 1978, S. 720 f.

5 Nicht zu ermitteln. Als Gesprächsthemen waren für die FDP von Interesse die geplante Sitzung des Bundestages in Berlin und das Bestreben des GB/BHE, die im Bundeswahlgesetz enthaltene Fünf-Prozent-Klausel zu mildern. Vgl. MORGENBERICHT des BPA Nr. 210 vom 3. 9. 1960, S. 3 und Nr. 223 vom 19. 9. 1960, S. 6; fdk 11. Jg., Nr. 87 vom 21. 9. 1960, S. 7.

6 Die Lage Berlins wurde seit August 1960 dadurch verschärft, daß verschiedene Maßnahmen der DDR-Behörden die Einreise in beide Teile der Stadt und die Ausreise von dort erschwerten bzw. sperrten. Vgl. AdG 1960, S. 8605 A, 8622 A, 8628 B, 8636 B, 8650 G. Zur Haltung der USA vgl. die Erklärung des US-State Departement vom 9. 9. 1960, abgedr. in AdG 1960, S. 8622 A.

und die Berufung des Aufsichtsrates für das Zweite Fernsehen durch den Bundeskanzler.[7] Er legte dem Bundesvorstand eine Entschließung zur Berlinfrage und eine Entschließung zur Wahlrechtsänderung vor. Nach Überarbeitung durch ein Redaktionskomitee unter Vorsitz von Dr. *Dehler* faßte der Bundesvorstand folgende Entschließung zur Berlinfrage:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten vertritt die Auffassung, daß keine Zeit zu verlieren ist, um durch ein gemeinsames energisches Vorgehen aller NATO-Staaten die gefährliche Entwicklung in Berlin abzustoppen, die Verbindung Berlins mit der freien Welt zu sichern und die bereits getroffenen Maßnahmen der Kommunisten[8] wieder rückgängig zu machen. Die Freiheit Berlins kann endgültig nur in einem wiedervereinigten Deutschland gesichert werden. Die permanente Bedrohung dieser Freiheit durch den Osten gefährdet den Frieden. Darum stellt sich dem Westen nach wie vor die Aufgabe, diese Sicherung des Friedens und der Freiheit Berlins durch neue internationale Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem zu suchen".[9]

Er ermächtigte ferner den Bundesvorsitzenden, zum gegebenen Zeitpunkt gegen jede Form von Wahlrechtsmanipulationen im Wahljahr vorzugehen.

1. DIE POLITISCHEN GRUNDLAGEN DES BUNDESTAGSWAHLKAMPFES[10]

FLACH erläuterte die vorgelegte Ausarbeitung WK 4/60.[11] Er berichtete über die Wahlkampfvorbereitungen der gegenerischen Parteien. Der Bundesvorstand müsse entscheiden, ob er den Wahlkampf in einem Wettlauf mit dem Opportunismus von CDU und SPD oder durch einen Generalangriff auf beide Massenparteien kontrovers führen wolle. Der Bundesvorstand müsse ferner entscheiden, ob er die Wahlwerbung eines „Wieder im Kommen" bzw. „Übrigens, man wählt wieder FDP" mit der darin enthaltenen Anspielung auf die überwundenen Schwierigkeiten der Partei führen wolle oder das „wieder" im Rahmen der Werbung nicht verbinden wolle.

DÖRING erklärte auch im Namen der übrigen Vorstandsmitglieder von Nordrhein-Westfalen, daß die FDP zwischen einem analogen oder kontroversen

---

7 Aufsichtsrat der auf Betreiben der Bundesregierung gegründeten „Deutschland-Fernsehen GmbH", die ihre Tätigkeit infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht aufnehmen konnte. Vgl. Nr. 1 Anm. 28. Zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gemäß dem Entwurf einer Satzung der Deutschland-Fernsehen-GmbH vgl. G. ZEHNER, Bd. 2, 1965, S. 59 f.; H. BAUSCH, 1980, S. 420. Zu dieser Frage äußerten sich außerdem *Lenz, Leverenz, Haas, Haußmann* und *Weyer*. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 17. 9. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

8 Die DDR hatte mit Wirkung vom 9. 9. 1960 die Einreise von Bundesbürgern nach Ost-Berlin einer Genehmigungspflicht unterworfen. Vgl. AdG 1960, S. 8622 A; Bulletin des BPA Nr. 170 vom 10. 9. 1960, S. 1641.

9 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 87, S. 6 f.

10 Nach einer erneuten Forderung auf ein energisches Vorgehen der NATO (vgl. Nr. 5 mit Anm. 19) befaßte sich der Bundesvorstand in erster Linie „mit den politischen Grundlagen des Bundestagswahlkampfes." Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 128.

11 Das Rundschreiben WK 4/60 vom 14. 9. 1960 enthält eine Zusammenfassung des Berichtes, den Bundesgeschäftsführer *Flach* dem Bundesvorstand am 2. 9. 1960 unter TOP 1 gegeben hatte. (ADL, A 2-78).

Wahlkampf zu entscheiden habe. Nach den bisherigen Ergebnissen der Demoskopie sei die Zahl der Meinungslosen dieses Mal größer als zur gleichen Zeit vor früheren Bundestagswahlkämpfen, wobei sich innerhalb der Gruppe der Meinungslosen ein leichter Trend zur SPD bemerkbar mache.[12] *Brandt* werde mit einem liberalen Regierungsprogramm versuchen, in andere Wählerschichten einzubrechen und sich dabei immer so weit von seiner eigenen Partei entfernen, daß diese gerade noch hinter ihm bleibt.

DÖRING verwies auf das Beispiel des amerikanischen Wahlkampfes[13], wo man die Wohlstandsanbetung satt habe und die Wahlaussagen beider Parteien etwa in dem Satz gipfeln „mehr Schweiß, Arbeit und Opfer, um Blut und Tränen zu verhindern". Die FDP brauche ein knappes Sachprogramm, das etwa folgende Punkte umfassen müsse:

1. Klare Herausstellung des Friedenswillens;
2. vernünftige, konstruktive Wehrpolitik;
3. neue Konzeption in der Europapolitik (unter Ausnutzung von *de Gaulles* „Europa der Vaterländer");
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Geldwerterhaltung im Mittelpunkt;
5. Bekenntnis zum dezentralisierten Einheitsstaat, Bundeskoordinierung für Wissenschaft, Forschung und das Erziehungssystem;
6. Herausstellung einer konstruktiven Gesundheitspolitik.

In der Koalitionsfrage sei es notwendig, sich entweder völlig festzulegen oder völlig bindungsfrei in den Wahlkampf zu gehen.

MISCHNICK wies auf das Ergebnis demoskopischer Umfragen hin, nach dem 67 % der FDP-Wähler Abhängige und lediglich 33 % Selbständige seien.[14] Er ergänzte diese Untersuchungsergebnisse durch Mitteilung aus dem Statistischen Jahrbuch, wonach die Selbständigen in den letzten Jahren um 40 000 und die abhängigen Arbeitnehmer um 3,5 Millionen zugenommen und die Landwirte um rund 500 000 abgenommen haben.[15] Die FDP könne sich nicht auf Wählerschichten konzentrieren, deren Bedeutung im Verhältnis zur Gesamtentwicklung laufend abnehme. Um gewisse Wählerstämme nicht abzustoßen, müsse geprüft werden, ob die FDP riskieren könne, die Gewichte der Aussagen in Richtung auf die unselbständigen Schichten ein wenig zu verschieben.

Dr. HAAS wies auf die Gefahr hin, daß die FDP totgeschwiegen werde und es zu einem Wahlkampf zwischen zweien komme. In diesem Wahlkampf eine Ideologie herauszustellen, sei in einer Zeit schwer, wo die anderen von den Ideologien abgehen und Programme nicht gefragt sind. Der wichtigste negative Punkt der gegnerischen Progaganda sei die Frage, ob die FDP das morali-

---

12 Zur Einschätzung der FDP bei den Wählern 1961 vgl. K. J. KÖRPER, 1968, S. 60–63.

13 Anläßlich der amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom 8. 11. 1960, die J. F. *Kennedy* gewann. Vgl. AdG 1960, S. 8751 B.

14 Zur Sozialstruktur der FDP-Mitglieder, FDP-Wähler und der FDP-Fraktion des Bundestages vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 75–82; P. SCHINDLER, ²1983, S. 193, 214 f., et passim.

15 Vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH, 1960, S. 142.

sche Recht habe, mit ihren Stimmen am Tage nach der Wahl zu machen, was sie wolle. Völlig gebunden in den Wahlkampf zu gehen sei unwürdig. Man könne aber auch nicht im Sinne völliger Handlungsfreiheit wie im Jahre 1957 den Wahlkampf führen.[16] Ein Ausweg wäre, zu erklären, die FDP würde abwarten, was die CDU tut. Sollte von der CDU ein faires Angebot kommen, dann würde die FDP das gewissenhaft prüfen und vermutlich ja sagen.

Dr. MENDE erklärte auf einen Hinweis [von] Dr. *Haas,* daß er persönlich nicht in ein Kabinett *Adenauer* gehen wolle. Er wolle nicht die Rolle *Blüchers* wiederholen. Die Einheit von Partei und Fraktion sei ihm wichtiger als ein Ministersitz.[17] Er habe das Recht zu dieser persönlichen Entscheidung, ohne damit die Partei zu binden.

GRAF (Bremen) wies auf die Notwendigkeit hin, die unterschwelligen Gefühlskomplexe zu untersuchen, um danach die Wahlwerbung auszurichten. Man müssen dem allgemein verbreiteten Wunsch nach mehr Sicherheit, stabiler Währung, stabilen Löhnen und Preisen entgegenkommen. Es sei ferner notwendig, durch die Form der Aussage unter Inanspruchnahme der modernen Grafik Zuverlässigkeit auszustrahlen.

DAUB wies auf die Personalisierung des Wahlkampfes hin, der keine echte politische Auseinandersetzung mehr sei. Ein Wahlkampf mit dem Appell an Opfern lasse sich in Deutschland zumindest noch nicht führen. Die FDP sei wohl oder übel gezwungen, den Wettlauf um den Opportunismus mitzumachen. Der Wähler müsse aus der Alternative *Adenauer-Brandt* durch Herausstellen von Dr. *Mende* herausgeführt werden. In diesem Sinne sei auch der Vorschlag der Deutschen Jungdemokraten zu verstehen, Dr. *Mende* zum Kanzlerkandidaten der FDP zu machen, da man zwei Kanzlerkandidaten nicht einen Parteivorsitzenden oder Parlamentarier entgegensetzen könne.

Dr. HAUSSMANN stellte zunächst fest, daß es genug Menschen gebe, die eine dritte politische Möglichkeit erhalten wollen. Es sei aber nicht so schnell möglich, auf die abhängigen Wählerschichten umzuschalten, ohne die bewährten Wählerschichten vor den Kopf zu stoßen. Der Wahlkampf dürfe auf keinen Fall mit Außenpolitik geführt werden. Baden-Württemberg sei der Ansicht, daß die Gretchen-Frage vor dem September 1961 beantwortet werden müsse. Das könne zunächst intern geschehen. Als Koalitionsaussagen sei das geeignet, was Dr. *Haas* vorschlug. Auf jeden Fall müsse sicher sein, daß die FDP-Stimmen nicht später für *Brandt* abgegeben werden. Auch Festlegungen wie im *Mende*-Interview, nach dem der FDP-Vorsitzende nicht in ein *Adenauer*-Kabinett eintreten wolle[18], seien unzweckmäßig.

---

16 Aufgrund der sog. Würzburger Formel von 1956 hatte sich die FDP im Hinblick auf die Bundestagswahlen von 1957 nicht auf eine bestimmte Koalition festgelegt. Vgl. Nr. 3 Anm. 35.

17 *Mende* war von 1960 bis 1963 zugleich Partei- und Fraktionsvorsitzender; *Blücher* war gleichzeitig Parteivorsitzender und Minister, jedoch niemals Fraktionsvorsitzender. Vgl. P. SCHINDLER, [2]1983, S. 278.

18 So der Kölner Stadtanzeiger vom 16. 9. 1960, abgedr. in MORGENBERICHT des BPA Nr. 221 vom 16. 9. 1960, S. 6.

SCHEEL regte an, nicht selbst durch Gerede über Koalitionsangelegenheiten die Gretchen-Frage auszulösen. Man müsse versuchen, eine modifizierte Würzburger Formel[19] zu erreichen. Man dürfe sich nicht festlegen, brauche aber Gerüchte, nach denen wir uns wieder der CDU nähern, nicht zu dementieren. Aus persönlichen Angriffen gegen *Adenauer,* aber auch gegen *Brandt,* müsse sich die FDP auf jeden Fall heraushalten. Der Aussage, Dr. *Mende* würde nicht in ein *Adenauer*-Kabinett eintreten[20], könne der Bundeskanzler möglicherweise mit dem Hinweis begegnen, daß er Dr. *Mende* nie aufgefordert habe, ob er einmal in sein Kabinett eintreten wolle.

Dr. MENDE stellte fest, die Erfahrung spreche dafür, daß vom Bundesbürger nicht zuviel Idealismus zu erwarten sei. Man müsse klar zwischen dem unterscheiden, was wünschbar sei und dem, was erreichbar[21] sei. Die große Wachablösung sei 1961 voraussichtlich ebensowenig erreichbar wie 1957. Das Wahlergebnis werde sich vielmehr im folgenden Rahmen bewegen, wenn man die Demoskopie berücksichtige:

CDU, stärkste Partei, 46 bis 48 %,

SPD, wenn Glück, dann 42 %, sonst bis 40 %,

FDP, 8 bis 10 %.[22]

Die FDP müßte sich auf jeden Fall aus persönlichen Angriffen und dem Wühlen in der Vergangenheit gegnerischer Politiker heraushalten. Selbst wenn CDU und SPD annähernd gleich stark werden sollten, würden die 50 Abgeordneten der FDP kaum politische Kongruenz mit *Deist*[23] und *Schellenberg*[24] aufweisen. Schließlich sei die Kanzlerwahl geheim! Man dürfe auch nicht nur fragen, was 1961 nützlich sei, sondern müsse auch bedenken, ob der Wähler die Entscheidung der FDP auch nach weiteren vier Jahren honoriere. Eine gewisse Chance bestehe darin, die Kreise der CDU zu unterstützen, die mit der FDP die Kanzlernachfolge erzwingen wollen. Schließlich sei auch zu bedenken, daß zur Durchführung des Wahlkampfes bestimmte Mittel notwendig seien und woher sie kämen.

MÜLLER-LINK betonte ebenfalls, daß 67 % der FDP-Wähler Abhängige seien. Darauf müsse auch die Aussage abgestellt sein. Die Begriffe Wohlfahrtsstaat und Versorgungsstaat sollten nicht im negativen Sinne verwendet werden, da die Bevölkerung sie positiv auffaßt. Es sei notwendig, Dr. *Mende* als dritten Mann neben *Adenauer* und *Brandt* herauszustellen, jedoch nicht als Kanzlerkandidaten, da dies als unseriös empfunden würde. Es sei unbedingt notwendig, Disziplin in der Koalitionsfrage zu halten und auf Kulissengespräche zu verzichten. Die Pressespekulationen über bestimmte Koalitionsabsichten der

19 Siehe Anm. 16.
20 Siehe Anm. 18.
21 Hervorhebung der Wörter „wünschbar" und „erreichbar" in der Vorlage.
22 Tatsächlich lautete das Wahlergebnis dann 1961 wie folgt: CDU/CSU 45,3 %, SPD 36,2 %, FDP 12,8 %. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 31 ff.
23 Heinrich *Deist,* wirtschaftspolitischer Experte der BT-Fraktion der SPD.
24 Ernst *Schellenberg,* sozialpolitischer Experte der BT-Fraktion der SPD.

FDP wären wahrscheinlich ohne derartige Hintergründe nicht möglich gewesen.

Dr. LEVERENZ schlug vor, daß ein kleiner Kreis Vorschläge für etwa 10 Wahlthesen erarbeiten sollte, die aus den verschiedenen Gebieten der Politik etwas Neues aussagen. Nach allem, was die FDP von *Adenauer* weiß, sei es unmöglich, mit diesem Mann wieder eine Regierung zu bilden. Die FDP sollte die Sünden *Adenauers* auch aussprechen. Die Politik der Bundespartei sei in letzter Zeit zu sehr auf ein Appeasement mit der CDU ausgerichtet gewesen. Die Folge sei ein Rückgang der Stimmen von 9 auf 7 % bei den demoskopischen Umfragen. Die FDP habe das Wort vom nationalen Notstand geprägt, das jetzt von den anderen Parteien übernommen worden sei, während die FDP schweigt. Wenn die außenpolitische Krise sich weiter verschärft, sei es richtig, eine Allparteienregierung zu fordern.

WEYER stellt fest, daß die CDU-Wähler voraussichtlich wieder durch Meldungen, nach denen die SPD die Mehrheit erhalten könnte, an die Wahlurne gebracht würden. In Wirtschaftskreisen höre man immer wieder, 10 bis 20 % der CDU-Stimmen seien nicht echt, würden aber für die CDU abgegeben, um die SPD an der Machtausübung zu hindern, da die FDP in dieser Hinsicht nicht sicher sei. Dieses Argument würde systematisch verbreitet, und man müsse sich eingehend mit ihm auseinandersetzen. WEYER schlug vor, in einer Klausurtagung des Bundesvorstandes die Koalitionsfrage mit allen Varianten durchzudiskutieren.

FLACH warnte davor, die Ergebnisse der Meinungsforschung kritiklos anzuwenden. Alle Meinungsforschungsinstitute würden allen Parteien melden, daß die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Sicherheit wolle. Wenn die CDU Sicherheit brülle und die SPD Sicherheit schreie, habe es keinen Zweck, daß die FDP auch noch nach Sicherheit piepse. Sie müsse ihre Existenzberechtigung als dritte Partei vielmehr dadurch unter Beweis stellen, daß sie gegen diese Strömungen versuche, zu einer Sammlungsbewegung der Nonkonformisten zu werden. Beide Massenparteien müßten durch Angriffe provoziert werden, sich auch gegen die FDP zu wenden, damit es nicht zu einem Wahlkampf zwischen zwei Parteien kommt.

DÖRING wies auf die Grenzen des Opportunismus hin. Die FDP hätte durchaus eine Chance, wenn sie die ideellen Momente herausstelle. Besonders die zunehmenden Scharen Jungwähler wollten wissen, was in der Zukunft wird und welche langfristigen Perspektiven eine politische Partei hat. *Brandt* sei praktisch durch die CDU aufgebaut worden, die mit ihm Zwietracht in die SPD bringen wollte und sich nun ihm gegenübergestellt sieht. Die *Brandt*-Diffamierungen aus seiner Vergangenheit würden ihre Grenzen haben, da das Auslandsecho hierauf verheerend sein würde. Eine Koalition mit *Adenauer* würde eine harte Belastungsprobe für die Partei sein. Wenn die FDP in der Schlüsselstellung wäre, würde auf jedes Angebot *Adenauers* ein dreifaches Angebot der SPD kommen.

MISCHNICK wiederholte, daß man die Sozialstruktur[25] berücksichtigen müsse, um Möglichkeiten zu finden, mehr Wähler als 8 % zu gewinnen. In der Koalitionsfrage sollte man bei einer entsprechenden Lageentwicklung eine Allparteienregierung anstreben oder die Richtung klar erkennen lassen. Mit einer Sammlung der Nonkonformisten könne die FDP nicht stark werden, weil es nicht genug Nonkonformisten gibt. Das Beispiel des Drängens nach Versorgung bei den freien Berufen zeige dies besonders deutlich.

Dr. HAAS vertrat die Meinung, daß die Allparteienregierung das Schlechteste sei, was man anstreben könne. Wer die Allparteienregierung anstreben würde, würde die politischen Kräfte von CDU und SPD zum ersten Mal zusammenführen und damit bewirken, daß die schwarz-rote Koalition unter Ausschluß der FDP bald perfekt sei.

Dr. BORTTSCHELLER sprach sich trotzdem für eine Allparteienregierung im nationalen Notstand aus. Er berichtete an Hand von Beispielen aus Bremen, daß *Brandt* erhebliche Chancen auch bei bürgerlichen Kreisen und auch bei der Jugend habe.

Dr. MAIER wandte sich dagegen, daß eigene Parteifreunde im Rahmen überparteilicher Veranstaltungen *Brandt* Propagandachancen geben. Er stellte fest, daß gegenwärtig der einzige Garant gegen eine schwarz-rote Koalition *Adenauer* sei. Eine schwarz-rote Koalition würde der FDP auf lange Sicht die Wirkungsmöglichkeiten verbauen. Die FDP müsse aufgrund ihrer ganzen Struktur wieder in eine Regierungsposition. Die Ansicht von *Döring* sei richtig, den Wahlkampf kontrovers gegen beide Parteien zu führen. Der klassische Gegner der FDP bleibe die CDU. Der Wahlkampf müsse aber gerade dann auch kontrovers gegen die SPD geführt werden, wenn der Trend für die SPD günstig sei. Wenn die FDP den Wahlkampf nach links entschieden führe, dann würde die Bevölkerung auch wissen, woran sie mit der FDP sei.

Dr. ACHENBACH unterstrich die Auffassung, den Wahlkampf kontrovers gegen CDU und SPD zu führen. Das Aufgreifen der Koalitionsfrage sei im Grunde nicht berechtigt. Die FDP müsse völlig unabhängig bleiben, da sie sonst keine Existenzberechtigung als dritte Partei besitze.

Dr. VON NOTTBECK schlug vor, die Fragen der praktischen Politik, die in den einzelnen Ländern eine Rolle spielen, in den Vordergrund des Wahlkampfes zu rücken. Der Wahlkampf dürfe daher nicht absolut zentralisiert, sondern müsse dezentralisiert und differenziert geführt werden.

Professor ERBE stellte die Notwendigkeit heraus, eine absolute Mehrheit zu verhüten. Da eine Einigung über die anzustrebende Koalition nicht möglich sei, müsse der Wahlkampf kontrovers gegen beide Massenparteien geführt werden. Es dürften keine prätentiösen Reden geführt, sondern [es] müßte eine Wahlplattform mit ganz konkreten Forderungen aufgestellt werden. Man müsse der Bevölkerung zeigen, daß bei einer Kanzlerschaft von *Adenauer* oder *Brandt* die FDP aus diesen oder jenen Gründen besonders stark sein müsse.

---

25 Siehe Anm. 14.

Prof. ERBE warnte davor, den Begriff des nationalen Notstandes zu stark in den Vordergrund zu stellen.

Dr. LEVERENZ sagte, es bestehe bereits der nationale Notstand. Es sei allerdings nicht notwendig, ihn bereits jetzt zu verkünden. Im Frühjahr würde voraussichtlich eine Situation entstehen, bei der der nationale Notstand als glaubhaft empfunden wird.

DÖRING stellte fest, daß alle Mitteilungen über die Wahlchancen von CDU und SPD noch Spekulationen seien. Daher könnten gar keine konkreten Aussagen über die künftige Koalition gemacht werden. Er würde der Wahlkampfkommission aber demnächst konkrete Vorschläge für die Wahlplattform vorlegen.

Dr. MENDE stellte fest, daß die letzte Konkretisierung der koalitionspolitischen Zielrichtung erst im Juni/Juli 1961 möglich sei. So billig wie 1957 würde die FDP in der koalitionspolitischen Aussage auf keinen Fall davon kommen.

Dr. STARKE stellte unter Hinweis auf eine entsprechende Frage von Dr. *Mende* fest, daß die Frage, ob mancher FDP-Abgeordnete 1961 für *Brandt* stimmen würde, nicht gestellt werden dürfe und nicht beantwortet werden könne. Es könne selbstverständlich Situationen geben, wo diese Frage zu bejahen sei. Beispielsweise, wenn die SPD die weitaus stärkste Partei würde. Jetzt komme es jedoch auf die konkrete Wahlplattform und auf klare Anweisungen an die Wahlredner an. Dr. STARKE wies dann auf das Beispiel der belgischen Liberalen hin, die sich immer wieder zwischen Rot und Schwarz behauptet hätten.[26] Allerdings seien die Sozialisten in Belgien noch mehr rot und die Katholischen noch mehr schwarz, so daß die Liberalen naturgemäß stark seien. Sie hätten immer das Rezept verfolgt, nie zu sagen, mit wem sie wollen, aber immer klar zu sagen, was sie wollen.

Dr. MENDE schloß die Diskussion und stellte fest, daß diese erste grundsätzliche Aussprache notwendig und interessant gewesen sei.

Punkt
2. BERICHT DES LANDESVORSITZENDEN BORM ÜBER DIE LAGE DES LV BERLIN

wurde abgesetzt.[27]

3. VERSCHIEDENES

a) der Bundesvorstand beschloß einstimmig, Frau Dr. *Lüders* gemäß § 4 Abs. 2 der Satzung als Bundesmitglied zu führen.[28]

---

26 Belgien hatte bis Mitte der 60er Jahre ein ausgeprägtes Drei-Parteien-System. Nach dem Bruch zwischen Christlich-Sozialen und Liberalen kam es im April 1961 zu einer Koalition aus Christlich-Sozialen und Sozialisten. Vgl. fdk 12. Jg., Nr. 30 vom 20. 4. 1961, S. 5–7; AdG 1961, S. 8932 A, 9054 C.

27 Vgl. Nr. 8 TOP 4.

28 § 4 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 lautete: „2. Die Mitgliedschaft kann in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag auch unmittelbar bei der Bundespartei erworben werden. Diese Anträge bedürfen der Genehmigung des Bundesvorstands, der sie im Benehmen mit dem zu-

b) Dr. *Haas* erklärte zum Fall *Volkholz*[29], daß er die Entwicklung bedauere, ohne sie hindern zu können. Die Wahl von *Volkholz* sei satzungsmäßig nicht anzufechten. *Volkholz* habe einer Rücktrittsaufforderung zunächst zugestimmt, sie dann aber von der Eröffnung eines Wiederaufnahmeverfahrens abhängig gemacht. Da das nicht ging, würde die blamable Situation bleiben. *Volkholz* erziele zwar örtliche Erfolge, die aber Verluste in anderen Gebieten nicht auffangen werden.[30]

Dr. MENDE schlug vor, *Volkholz* doch zum Niederlegen[31] zu veranlassen. Bei Anfragen müsse erklärt werden, daß die Sache in den zuständigen Gremien behandelt werden würde.

---

ständigen Landesvorstand entscheidet." In der Regel wurde die Mitgliedschaft in der FDP nach den Satzungen der Landesverbände erworben.

29 *Volkholz* war nach Eidesdelikten – 1951 Empfehlung zum Verzicht auf sein Bundestagsmandat (BP) infolge einer parlamentarischen Untersuchung, 1953 Ausschluß aus der BP-Fraktion des Bayerischen Landtags – 1958 Bürgermeister im Landkreis Kötzting. Ebenfalls 1958 warb er gemeinsam mit seiner Frau im Wahlkreis Kötzting so erfolgreich für die FDP, daß diese bei den Landtagswahlen 18,7 v. H. der Stimmen erhielt. In der Folgezeit entzweite er sich mit der FDP, aus der er 1962 wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen wurde. Vgl. Alf MINTZEL, Die Bayernpartei, 1983, S. 402 f., 411 f.

30 Die Meineidaffäre von *Volkholz* und seinen ungewöhnlichen Wahlerfolg im Landkreis Kötzting und in der Gemeinde Feßmannsdorf belegen auch Schreiben von Thomas *Dehler* vom 5. und vom 9. 8. 1960 an *Mende* (ADL, Ordner Nr. 111). Beide Schreiben hatte *Mende* am 11. 8. 1960 den Mitgliedern des Bundesvorstandes zur Vorbereitung des (dann nicht verhandelten) TOP 5 der Bundesvorstandssitzng am 2. 9. 1960 in Berlin übermittelt (ADL, Ordner Nr. 111).

31 Niederlegung des Amtes des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Niederbayern der FDP.

## 7.

## 29. 10. 1960. Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach: Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 29. Oktober 1960 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 10.20 Uhr–16.20 Uhr.**

Teilnehmer: Atzenroth, Borm, Borttscheller, Bucher, Bursig, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Eilers, Eisenmann, Engelhard, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Jaekel, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Marx, Mende, Mischnick, C.-C. Müller, Rahlfs (LSD), Rubin, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Simonis.[1]

Gast: Rieger.

---

1 Entschuldigt waren *Scheel* und *Weyer*.

Zu Beginn der Sitzung gratulierte Dr. MENDE im Namen des Bundesvorstandes den Landesverbänden Hessen und Rheinland-Pfalz zu ihrem guten Erfolg bei den Kommunalwahlen.[2]

1. BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE berichtete über die innenpolitische Lage seit der letzten Vorstandssitzung, insbesondere über das Gespräch von Bundestagspräsident *Gerstenmaier* mit den drei Fraktionsvorsitzenden[3] wegen der Bundestagssitzung in Berlin[4], den *Smirnow*-Zwischenfall[5], die Verhaftung des SPD-Bundestagsabgeordneten *Frenzel*[6] und die Haltung der FDP zum Kindergeld[7] und zur Sonntagsarbeit.[8] Er wies besonders auf die wirtschaftspolitische Aktivität von CDU und SPD in der Eigentumsfrage hin und regte an, daß die FDP aufgrund der Vorschläge der Spitzenverbände der Wirtschaft eine eigene Initiative in die-

2 Beide Kommunalwahlen fanden am 23. 10. 1960 statt. Dabei erzielte die FDP in Hessen 6,2 v. H. der Stimmen (1956 5,5 v. H.) und in Rheinland-Pfalz 12,5 v. H. der Stimmen (1956 12,3 v. H.). Vgl. AdG 1960, S. 8718 D.

3 *Krone* (CDU/CSU), *Ollenhauer* (SPD), *Mende* (FDP). Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 259, 267, 272.

4 Bei diesem Gespräch zehn Tage zuvor hatten alle drei Parteien das von *Gerstenmeier* vorgeschlagene Junktim (Berlin-Sitzung und kurz darauf Moskau-Reise des Bundestages) abgelehnt: der Bundestag solle vielmehr erst 1961, und dann ganz unauffällig, in Berlin zusammentreten. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 132 f.

5 Wirtschaftsminister *Erhard* hielt am 21. 10. vor der Deutschen Afrika-Gesellschaft in Bonn eine Rede über die Frage der Hilfe an die Entwicklungsländer und erklärte hierbei u. a.: „Es gibt zur Zeit keinen schlimmeren Kolonialismus als den Imperialismus kommunistisch-totalitärer Prägung." Der Botschafter der UdSSR, *Smirnow*, unterbrach an dieser Stelle den Minister; er erklärte, diese Behauptung stelle eine unerträgliche Verleumdung der UdSSR dar, da alle Welt wisse, welche Hilfe beispielsweise Deutschland mit sich gebracht habe, als es während des Zweiten Weltkrieges etwa die Sowjetunion überfallen habe. Nachdem der Bundeskanzler sein Bedauern über den Zwischenfall hatte zum Ausdruck bringen lassen, erklärten beide Seiten den Zwischenfall als erledigt. Vgl. FAZ Nr. 253 vom 28. 10. 1960, S. 7 f. (Wortlaut der Rede); AdG 1960, S. 8718 C.

6 Der SPD-Abg. *Frenzel* wurde am 28. 10. wegen Verdachts des vollendeten Landesverrats zugunsten der CSSR verhaftet. *Frenzel* war zuvor stellv. Mitglied im BT-Verteidigungsausschuß. Vgl. AdG 1960, S. 8733 B; fdk 11. Jg., Nr. 102 vom 2. 11. 1960, S. 2.

7 Die FDP befürwortete die Gewährung des Kindergeldes auch für das zweite Kind unter der Voraussetzung, daß das Kindergeld aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht und durch die Finanzämter ausgezahlt würde. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 101 vom 28. 10. 1960, S. 6; XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 95, 131. Das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder und die Errichtung einer Kindergeldkasse (Kindergeldkassengesetz) vom 18. 7. 1961 beauftragte dagegen die Arbeitsämter mit der Auszahlung des Kindergeldes. Vgl. 3. BT ANLAGEN, Bd. 75, Drucks. Nr. 2868 und BGBl. 1961 I, S. 1001.

8 Die FDP wandte sich gegen die geplante Einschränkung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Partei warnte vor einem Produktionsausfall, den sich die Bundesrepublik angesichts der wirtschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West nicht leisten könne. Eine Neuregelung der Sonntagsarbeit sollte – so die FDP – nicht durch eine RechtsVO der Bundesregierung, sondern durch einen Beschluß des Bundestages erfolgen. Vgl. die Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 18. 10. 1960 in 3. BT ANLAGEN, Bd. 69, Drucks. Nr. 2134 und die Begründung in 3. BT STEN. BER., 132. Sitzung vom 11. 11. 1960, S. 7545 C–7549 C *(Lenz)*. Der Vorstoß der FDP blieb jedoch erfolglos. Vgl. Nr. 17 Anm. 35.

ser Richtung entfaltet.[9] Dr. MENDE betonte ferner, daß der Fünfjahrestag der Saarabstimmung nur von der FDP und DPS gefeiert worden sei.[10]

Er teilte dem Vorstand mit, daß er aufgrund von Anregungen aus dem engeren Bundesvorstand die Wahl von Senator Richard *Becker* zum Ehrenpräsidenten der FDP dem Bundesparteitag in Frankfurt vorschlagen will.

In seinem Bericht zur außenpolitischen Lage wies Dr. MENDE besonders auf die gefährliche Entwicklung in der französischen Innenpolitik[11] und auf die Ergebnisse des Labour-Parteitages in Großbritannien[12] hin.

Dr. DEHLER berichtete ergänzend dem Bundesvorstand über die Einzelheiten des Falles *Frenzel.*[13]

Dr. KOHUT und GLAHN berichteten über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz.[14] In den Berichten und der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die in der Öffentlichkeitsarbeit der FDP vertretene Auffassung vom Zug zum Dreiparteiensystem durch die Kommunalwahlen verstärkt worden, auch die Jungwählerschaft nicht ausschließlich im Geiste des Zweiparteiensystems aufgewachsen sei, die Rückwanderung der 1956/57 von der FDP abgesprungenen Wähler begonnen habe und die FDP vor allem in den großen Städten ihre Positionen wieder festigen konnte, wo sie in den letzten Jahren laufend Wähler verloren hatte.

Der Bundesvorstand faßte folgenden Beschluß:

„Es hat sich erwiesen, daß es richtig ist, wenn die FDP bei allen Wahlen mit eigenen Listen unter ihrem Namen auftritt. Wahlbündnisse mit sterbenden Splitterparteien[15] und Wahlblöcke dienen nicht unserer Sache. Dagegen ist es richtig und hat sich als erfolgreich erwiesen, positiven Kräften aus den Splitterparteien und den Wählervereinigungen auf unseren eigenen Listen eine Chance zu geben."

---

9 Vgl. die eigentumspolitischen Vorstellungen der FDP bei den Beratungen des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. 7. 1961 (BGBl. I, S. 909). Die FDP forderte, daß alle Arbeitnehmer gleichermaßen in den Genuß der vorgesehenen Förderungen kämen und daß das geplante Gesetz die Wettbewerbslage nicht zu Ungunsten der mittleren und kleineren Betriebe verschiebe. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 101 vom 28. 10. 1960, S. 4; 3. BT STEN. BER., Bd. 47, 141. Sitzung vom 27. 1. 1961, S. 8011 D–8019 D *(Starke).*

10 Am 23. 10. 1955 lehnten die Stimmberechtigten des Saarlandes das von der WEU empfohlene Statut der Saar mit 67,71 v. H. der abgegebenen Stimmen ab. Im Gegensatz zu der Regierungspolitik *Adenauers* hatten sich FDP und DPS nachdrücklich für eine Ablehnung des Saarstatuts eingesetzt. Vgl. AdG 1955, S. 5421 A Abschnitt 6; E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 357–359.

11 Gemeint sind die Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit Algeriens, die dann durch das Abkommen von Evian am 18. 3. 1962 eingeleitet wurde. Vgl. AdG vom 21. und 29. 10. 1960, S. 8716 A, 8731 E.

12 59. Kongreß der Labour Party vom 3. bis 7. 10. 1960 in Scarborough. Eine Kongreßmehrheit befürwortete u. a. den einseitigen Verzicht Großbritanniens auf Kernwaffen. Vgl. FAZ Nr. 236 vom 8. 10. 1960, S. 4 und Nr. 237 vom 10. 10. 1960, S. 2.

13 Siehe Anm. 6.

14 Siehe Anm. 2.

15 DP und BHE. Vgl. Nr. 2 Anm. 18 und Nr. 5 Anm. 11.

2. FORTSETZUNG DER AUSSPRACHE DER LETZTEN SITZUNG ÜBER DIE POLITISCHEN GRUNDLAGEN DER WAHLKAMPFFÜHRUNG

FLACH berichtete über die Wahlkampflage an Hand der vorliegenden Meinungsforschungsergebnisse. Die Stabilisierung der FDP sei im Gange. Der politische Kurs der FDP mache sich auch in der Wählerbewegung bemerkbar. Der Rückstrom von CDU-Wählern und DP-Wählern mit typisch bürgerlichen Merkmalen zur FDP überwiege den Abgang von FDP-Wählern an die SPD. Die Stärke der FDP liege nach wie vor in der Kriegsgeneration, die nunmehr die 35- bis 50jährigen umfasse. Konzentrierte Bemühungen um die Jungwählerschaft seien notwendig, da die FDP dort verhältnismäßig schwach vertreten [sei], aber noch viel Unentschlossene vorhanden seien. Der Frauenanteil der FDP sei außergewöhnlich gering gegenüber allen anderen Parteien.[16] Parteieinheit und Führungsstabilität seien die wichtigsten Vertrauenselemente in der Wählerschaft. Besondere Ansatzpunkte zeigten sich in der Kulturpolitik. Selbst die Mehrzahl der CDU-Wähler lehne die Konfessionsschule ab.[17]

In der anschließenden Diskussion wurde besonders auf den Stimmungsumschwung hingewiesen, der nach dem Fall *Frenzel*[18] gegenüber der SPD zu erwarten sei.

Der Zug zum Dreiparteiensystem soll auf Bundesebene gefördert werden. Die kleinen Parteien sollten daher auf Bundesebene nicht durch Angriffe interessant gemacht werden. Daher sei es richtig, den BHE in seinen Schwerpunktgebieten konzentriert anzugreifen.

3. BILDUNG EINER KOMMISSION ZUR ERARBEITUNG DER WAHLKAMPF-PLATTFORM

Mit der Vorbereitung des Wahlprogramms wurde die Wahlkampfkommission beauftragt.[19]

4. ERSTE VORBESPRECHUNG DES BUNDESPARTEITAGES 1961 UND DER GEPLANTEN FACHKONGRESSE

Die Wahlkampfkommission wurde ebenfalls beauftragt, dem Bundesvorstand Vorschläge zur Gestaltung des Bundesparteitages zu unterbreiten.[20] Die technische Durchführung soll von der Bundesgeschäftsführung in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Frankfurt/Main vorgenommen werden.[21]

---

16 Zur Sozialstruktur der FDP-Wähler vgl. Nr. 6 Anm. 14.

17 Zu den schulpolitischen Forderungen der FDP vgl. fdk 11. Jg., Nr. 98 vom 19. 10. 1960, S. 4.

18 Siehe Anm. 6. An der Diskussion beteiligten sich (z. T. mehrmals) *Mischnick, Atzenroth, Engelhard, Haas, Glahn, Kohut, Mende, Flach, Döring, Leuze, Leverenz* und *Haußmann*. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 29. 10. 1960 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

19 Vgl. den Aufruf der FDP zur Bundestagswahl 1961, in: XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125–135.

20 Vgl. die Entwürfe für das Parteitagsprogramm 1961 in Nr. 8 TOP 2 und Nr. 10 TOP 2–3.

21 Frankfurt a. M. war der Tagungsort des Parteitages 1961.

Folgende Fachkongresse wurden in Aussicht genommen:[22]

- Bundesgesundheitskongreß[23]
- Kommunalpolitischer Kongreß[24]
- Wirtschaftspolitischer Kongreß[25]
- Kulturpolitischer Kongreß.[26]

Zum geplanten Gesundheitskongreß[27] wurde beschlossen, Dr. *Stammberger* zu bitten, das gesundheitspolitische Grundsatzreferat zu halten[28] und sich nicht auf Fragen der Krankenversicherung[29] zu beschränken. Die Referate über die allgemeinen Gesundheitsgefahren sollten von anerkannten Fachleuten übernommen werden. Der ganze Kongreß dürfe nicht mehr als 8 bis 10 000,– DM kosten.

DAUB wies auf die Möglichkeit hin, das Deutschlandtreffen der DJD in Form eines Jugendkongresses der FDP zu gestalten.

MISCHNICK betonte die Notwendigkeit, wieder ein Bundestreffen der ehemaligen LDP-Angehörigen und gegebenenfalls einen sozialpolitischen Kongreß zu veranstalten.

Frau Dr. LÜDERS schlug vor, mit dem Bundesparteitag eine Frauentagung zu koppeln.

5. ANTRAG DES LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN BETR. LSD

DÖRING begründete den Antrag von Nordrhein-Westfalen. Er betonte, daß der Sinn des Antrages sei, Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit, wie sie zwischen SPD und SDS bestehen[30], zu verhindern.[31]

---

22 Der Bundesvorstand beschloß am 9. 5. 1961, in der zweiten Phase der Wahlkampfwerbung 12 Fachkongresse abzuhalten. Vgl. Nr. 13 Anm. 23.

23 Gesundheitspolitischer Kongreß der FDP in Mainz vom 15. und 16. 7. 1961. Vgl. DAS RATHAUS 14. Jg. (1961), S. 242.

24 Kommunalpolitischer Kongreß der FDP in Wiesbaden vom 3. und 4. 6. 1961. Vgl. DAS RATHAUS 14. Jg. (1961), S. 139, 204–206, 235–237.

25 Wirtschaftspolitischer Kongreß der FDP in Stuttgart am 27. und 28. 7. 1961. Vgl. fdk 12. Jg., Nr. 35 vom 9. 5. 1961, S. 2.

26 Liberales Kulturforum in Heilbronn am 5. und 6. 7. 1961. Vgl. fdk 12. Jg. Nr. 35 vom 9. 5. 1961, S. 2.

27 Siehe Anm. 23.

28 *Stammberger* war Vors. des BT-Ausschusses für Gesundheitswesen. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 578.

29 Vgl. Nr. 3 Anm. 25.

30 Die SPD brach durch einen Beschluß ihres Vorstandes vom 20. 7. 1960 mit sofortiger Wirkung alle Beziehungen zu dem Studentenbund ab. Vgl. AdG 1960, S. 8532 D.

31 Der für die Sitzung des Bundeshauptausschusses am 15. 10. 1960 formulierte Antrag lautete: „1. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen fordert den Bundeshauptausschuß auf, mit dem Liberalen Studentenbund Deutschlands zu klären, ob die gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen Parteien als der FDP mit der im LSD vereinbar ist. 2. Der Landesverband fordert den Bundeshauptausschuß auf, sicherzustellen, daß der LSD, der von der Bundespartei sowohl ideelle als auch materielle Unterstützung erhält und der in den Gremien der Bundespartei repräsentiert ist, auch tagespolitische Entscheidungen der FDP respektiert, um sowohl Gegensätzlich-

Zum 1. Punkt teilte RAHLFS mit, daß es lediglich ein SPD-Mitglied namens *Fischer* aus München im LSD gebe.[32] Ihm sei bereits nahegelegt worden, aus dem LSD auszutreten. Entsprechende Satzungsbestimmungen könnten nicht aufgenommen werden, weil das den Hochschulgesetzen zuwiderlaufe.[33]

Nach kurzer Diskussion beschloß der Bundesvorstand, den LSD zu bitten, den Fall *Fischer* baldmöglichst zu bereinigen.

Zum 2. Punkt des Antrages von Nordrhein-Westfalen wurde beschlossen, den Bundesvorstand des LSD zu einem Gespräch mit Mitgliedern des Bundesvorstandes der FDP über die Form der Zusammenarbeit zu laden. Von seiten der FDP sollten an diesem Gespräch der Bundesvorsitzende, einer seiner Stellvertreter sowie Dr. *Dehler, Döring*, Dr. *Haas, Weyer* und *Rubin* teilnehmen.

6. VERSCHIEDENES

Der Antrag von Botschafter a. D. *Oellers* auf unmittelbare Bundesmitgliedschaft[34] wurde an den Landesverband Nordrhein-Westfalen mit der Bitte um gütliche Regelung überwiesen.

---

keiten wie Mißverständnisse in der Öffentlichkeit auszuschalten. Düsseldorf, den 3. Oktober 1960" (ADL, A 2-78).

32 Zur Praxis des FDP-Bundesvorstandes, die Aufnahme von beitrittswilligen Studierenden in eine Liberale Hochschulgruppe zu tolerieren, auch wenn diese nicht der FDP angehörten, vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 51; Nr. 14 Anm. 4.

33 Die damals geltenden Hochschulgesetze sahen z. T. die Studierenden in einem „besonderen Einordnungsverhältnis" zu der Hochschule, an der sie immatrikuliert waren, und betonten die Disziplinargewalt der Hochschule. Dementsprechend waren auch die Zulassung und Betätigung studentischer Gruppen von seiten der Hochschulen strengeren Regelungen unterworfen, als dies später der Fall war. Vgl. z. B. BVerwGE Bd. 7, S. 125, 287; BVerwGE Bd. 10, S. 137. Für die Sicht des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) vgl. Hartmut ROTTER, Ethische Totalbindung der Studenten? Überlegungen zur Verfassungsmäßigkeit des studentischen Disziplinarrechts. Hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, Bonn 1965.

34 Vgl. Nr. 6 Anm. 28.

## 8.

## 3. 12. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 111. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. Dezember 1960 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 10.25 Uhr–16.50 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Eisenmann, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Gönnenwein, Graaff, Haas, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende,

Mischnick, C.-C. Müller, Müller-Link, Rahlfs (LSD), Rubin, Hans Schäfer, Schollwer, Weyer.[1]

Gast: Sander.

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und forderte die Vorstandsmitglieder auf, bei der Bundesgeschäftsführung bis zum 20. 12. Vorschläge und Anregungen für die Gestaltung der Wahlplattform einzureichen. Die Wahlkampfkommission wird an Hand der Vorschläge auf einer Klausurtagung am 13., 14. und 15. Januar 1961 die Wahlplattform ausarbeiten und der Bundesvorstand am 21. Januar 1961 in Bonn darüber beraten.[2]

[1. BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE]

Dr. MENDE gab anschließend den Bericht zur außenpolitischen Lage, wobei er besonders über seinen Englandbesuch[3], die NATO-Parlamentariertagung in Paris[4] und die Gipfelkonferenz der Kommunistischen Parteien[5] berichtete. In seinem Bericht zur innenpolitischen Lage sprach Dr. MENDE über den SPD-Parteitag[6], den CDU-Kulturkongreß[7], den Saarwahlkampf[8] und die Intendantenwahl beim Westdeutschen Rundfunk.[9]

Zur Frage der DP stellte Dr. MENDE fest, daß Meldungen über eine Teilnahme der FDP an einer Fusion mit DP und BHE unter neuem Namen so absurd seien, daß sie nicht dementiert zu werden brauchten.[10]

---

1 Entschuldigt waren *Eilers, Engelhard, Glahn, Haußmann, Maier, Scheel,* Heinrich *Schneider* und *Simonis.*

2 Vgl. Nr. 10 TOP 2 und 3. Die Wahlkampfkommission hatte am Vortag, den 2. 12. 1960, ebenfalls in Bonn getagt. Vgl. Rundschreiben vom 8. 11. 1960 Fl./P. an die Mitglieder der Wahlkampfkommission (ADL, Teil A 860).

3 Auf Einladung der britischen Regierung hielt sich *Mende* vom 14. bis 19. 11. 1960 zu einem offiziellen Besuch in Großbritannien auf. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 86 vom 16. 9. 1960, S. 4.

4 6. Vollversammlung der NATO-Parlamentarier vom 21. bis 26. 11. 1960. Vgl. AdG 1960, S. 8784 E Ziffer 1–5.

5 Anläßlich des 43. Jahrestages der Oktoberrevolution am 7./8. 11. 1960 konferierten in Moskau Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 81 Staaten und verabschiedeten eine gemeinsame Deklaration. Vgl. AdG 1960, S. 8791 B Ziffer 1–2; fdk 11. Jg., Nr. 112 vom 7. 12. 1960, S. 2 f.

6 9. Ordentlicher Parteitag der SPD vom 21. bis 25. 11. 1960. Vgl. AdG 1960, S. 8775 B Ziffer 1–7.

7 Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU vom 28. bis 30. 11. 1960. Vgl. FAZ Nr. 279 vom 29. 11., S. 1, 4; Nr. 280 vom 30. 11., S. 3; Nr. 281 vom 1. 12., S. 3.

8 Im Saarland fanden am 14. 12. 1960 Landtags- und erneut Kommunalwahlen statt, nachdem die Kommunalwahlen vom 15. 5. 1960 für ungültig erklärt worden waren. Bei den Landtagswahlen erhielt die DPS/FDP 13,8 v. H. der Stimmen (1955 24,2 v. H.). Vgl. AdG 1960, S. 8736 B, 8818 D.

9 Intendant wurde nach langen Verhandlungen am 1. 4. 1961 Klaus *von Bismarck.* Zugleich wurde der Anteil der Regionalsendungen am Hörfunkprogramm vergrößert. Vgl. Walter FÖRST (Hrsg.): Rundfunk in der Region. Probleme und Möglichkeiten der Regionalität, Köln 1984, S. 239 f.

10 Nach W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 136, beurteilte *Mende* am 3. 12. 1960 die Chancen regelrechter Verhandlungen zwischen FDP und DP über einen Zusammenschluß „nach wie vor relativ optimistisch." Dieser Plan fand jedoch nicht bei allen Landesverbänden

LENZ berichtete anschließend über die Kabinettssitzung zur Frage des Interzonenhandelsabkommens.[11]

Im Anschluß an Punkt 1 der Tagesordnung wurde verhandelt:

3. LAGE IM LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

GRAAFF berichtete über die Lage der DP im Landesverband Niedersachsen[12] und sein Gespräch mit *Langeheine*.[13] Nach längerer Diskussion beschloß der Bundesvorstand

1. die Fusion DP/BHE nach Möglichkeit zu verhindern oder zumindest zu verzögern[14];

2. auf Bundesebene keine Konzessionen an die DP in bezug auf Namen und Vorstandsvertretung zu machen[15];

3. in Niedersachsen mit Konzessionen zu verhandeln, für eine Übergangszeit eine Lösung FDP/DP anzubieten;

4. falls es zu keiner Abmachung kommt[16], den positiven Kräften in der restlichen Bundestagsgruppe der DP[17] und ihren Bezirks- und Kreisverbänden innerhalb der FDP eine Chance zur Mitgestaltung zu geben.

Zur außen- und innenpolitischen Lage wurde folgendes Kommuniqué abgegeben[18]:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei begrüßt die Ankündigung des NATO-Oberbefehlshabers General *Norstad* über die Aufstellung einer beweglichen Eingreiftruppe mit konventionellen Waffen, die durch Einheiten mit taktischen Atomwaffen ergänzt werden soll, und unterstützt nachdrücklich die Forderung *Norstads* nach einer Verstärkung der konventionellen Rüstung.[19] Damit haben alle Pläne vorerst ihre Erledigung gefunden, die die Bildung einer vierten Atommacht NATO zum Ziele hatten. Die jüngsten Äußerungen *Norstads* bekräftigen den seit Jahren von der FDP vertretenen Stand-

---

Zustimmung. Am 15. 4. 1961 beschlossen die Delegierten von DP und GB/BHE die Fusion beider Parteien zur Gesamtdeutschen Partei. Vgl. H. W. SCHMOLLINGER, 1983, S. 1083; R. STÖSS, Gesamtdeutscher Block/BHE, 1984, S. 1437 f. R. STÖSS, Gesamtdeutsche Partei, 1984, S. 1460–1462.

11 Behinderungen des innerdeutschen Warenverkehrs durch DDR-Behörden weckten Zweifel, ob die Bundesrepublik das bis zum 31. 12. 1960 befristete Interzonenhandelsabkommen erneuern sollte. Die FDP empfahl die Kündigung des Abkommens als eine mögliche Reaktion und erörterte dies öffentlich. Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 83 vom 9. 9. 1960, S. 5; Nr. 92 vom 30. 9. 1960, S. 1 und Nr. 103 vom 4. 11. 1960, S. 2 f.

12 Zur kritischen Lage der DP vgl. Nr. 2 Anm. 15 und 18.

13 *Langeheine* gehörte zum Führungskreis der DP in Niedersachsen, wo er von 1955 bis 1959 Minister war. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 234 f.

14 Die Fusion erfolgte im April 1961. Siehe Anm. 10.

15 Vgl. den Vorstandsbeschluß betr. Splitterparteien in Nr. 7 unter TOP 1.

16 Eine solche Abmachung kam nicht zustande. Vgl. H. W. SCHMOLLINGER, 1983, S. 1083.

17 Die BT-Fraktion der DP erlosch am 1. 7. 1960 durch den Übertritt von 9 Abgeordneten der DP zur CDU/CSU-Fraktion; die verbliebenen 6 DP-Abgeordneten konstituierten sich am 2. 7. 1960 als Gruppe der DP. Vgl. P SCHINDLER, ²1983, S. 247, 265.

18 Abgedr. in fdk 11. Jg., Nr. 111 vom 5. 12. 1960, S. 1 f.

19 Auszugsweise abgedr. in AdG 1960, S. 8784 E Ziffer 2.

punkt über die hervorragende Bedeutung der konventionellen Bewaffnung der Streitkräfte für die Verteidigung Europas. Denn sie allein entspricht den militärischen und politischen Realitäten der gegenwärtigen Lage auf dem Kontinent.[20]

Der FDP-Parteivorstand erörterte sodann Verlauf und Ergebnis des SPD-Parteitages in Hannover.[21] Die Forderungen der Sozialdemokraten nach mehr Gemeinsamkeit der Parteien in den Lebensfragen unseres Volkes werden von der FDP vorbehaltlos unterstützt. Bekanntlich hat sich die Freie Demokratische Partei in den letzten Jahren wiederholt darum bemüht, angesichts der nationalen Notlage unseres Volkes CDU und SPD für eine gemeinsame Politik in der Frage der deutschen Einheit und Berlins zu gewinnen. Mit großen Bedenken hat dagegen die FDP das Bemühen der Sozialdemokraten zur Kenntnis genommen, die von der SPD seit Jahren leidenschaftlich bekämpfte Kanzlerdemokratie Dr. *Adenauers* im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges durch eine Kanzlerdemokratie *Brandts* zu ersetzen. Der Versuch, die Wähler von sachlichen Entscheidungen abzudrängen und den Kampf um die Macht im Staate allein mit einem fragwürdigen Personenkult auszutragen, entzieht der parlamentarischen Demokratie in Deutschland den Boden. Die Freien Demokraten sind entschlossen, diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Mitteln zu bekämpfen und durch sachliche Aussagen im Wahlkampf die Wähler vor echte Entscheidungen zu stellen.[22]

Zum Kulturpolitischen Kongreß der CDU/CSU in Gelsenkirchen[23] erklärte der FDP-Bundesvorstand: Die Angriffe einiger Sprecher auf dem Kongreß gegen den Liberalismus und die Säkularisation im Bildungs- und Erziehungswesen weckten den Verdacht, daß die CDU auf dem kulturpolitischen Gebiete ihre besondere Aufgabe darin zu sehen scheint, Religion und Politik in unzulässiger Weise miteinander zu verbinden und die geistige Freiheit einzuschränken. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die Regierungspartei über einige wenig präzis gefaßte kulturpolitische Leitsätze hinaus sich noch immer nicht in der Lage sah, der deutschen Öffentlichkeit ein klares kulturpolitisches Programm vorzulegen.

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten beschäftigte sich sodann mit der jüngsten Entwicklung im Lager der kleinen Parteien DP und BHE. Der Parteivorstand vertritt die Auffassung, daß die beabsichtigte Fusion der beiden Parteien[24] den Zerfall ihrer Verbände nur beschleunigen wird. Die FDP erneuert ihr Angebot an alle freiheitlich-demokratischen Kräfte in diesen Parteien, sich ihrer politischen Wirkungsmöglichkeiten nicht zu begeben, sondern in der Freien Demokratischen Partei für eine starke dritte politische Kraft zwischen

---

20 Vgl. z. B. den Beitrag von *Mende* in der außenpolitischen Debatte vom 5. 11. 1959, in: 3. BT STEN. BER., Bd. 44, 87. Sitzung, S. 4713 C, 4718 A.

21 Siehe Anm. 6.

22 Vgl. die Hervorhebung von Sachthemen im Aufruf der FDP zu den Bundestagswahlen 1961, in: XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125–135.

23 Siehe Anm. 7.

24 Siehe Anm. 10.

Schwarz und Rot mitzuarbeiten. Der Bundesvorstand der FDP warnt in diesem Zusammenhange jedoch eindringlich davor, in letzter Minute durch Manipulationen mit dem Wahlgesetz zugunsten von DP oder BHE[25] das Vertrauen des Volkes in die Demokratie zu zerstören."

2. BUNDESPARTEITAG 1961

FLACH referierte über den Vorschlag der Wahlkampfkommission zur Gestaltung des Bundesparteitages 1961. Folgendes Programm wurde als Rahmenprogramm für den Bundesparteitag genehmigt (die Titel der Referate sind nur Arbeitstitel und werden noch endgültig festgelegt)[26]:

„Programm des XII. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP 23./25. März 1961 in Frankfurt/Main

Donnerstag, den 23. März 1961

10.00 Uhr Eröffnung des Bundesparteitages durch den Bundesvorsitzenden
Begrüßungen
„Die Krise des Sozialismus"
– Unsere Abgrenzung zur SPD –
Referent: . . .
„Christliche Politik?"
– Unsere Abgrenzung zur CDU –
Referent: . . .

15.00 Uhr Aussprache

17.30 Uhr Wahl eines Ehrenpräsidenten
Wahl der Ehrenrichter
Antrag auf Satzungsänderung

20.00 Uhr Empfang des Bundesvorstandes für Ehrengäste und Presse

Freitag, den 24. März 1961

9.30 Uhr „Aufgabe und Verpflichtung des politischen Liberalismus in Deutschland'
– Programmatische Rede des Bundesvorsitzenden –
11.00 Uhr Sitzung der Arbeitskreise

| | |
|---|---|
| Arbeitskreis I | Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Gesamtdeutsche und Europäische Fragen<br>Vorsitzender: . . .<br>Referent: . . . |
| Arbeitskreis II | Kulturpolitik<br>Vorsitzender: . . .<br>Referent: . . . |

25 Zu Bestrebungen, die Fünf-Prozent-Klausel des Bundeswahlgesetzes von 1956 (vgl. Nr. 3 Anm. 9) zu mildern, vgl. MORGENBERICHT des BPA Nr. 223 vom 19. 9. 1960, S. 6; fdk 11. Jg., Nr. 87 vom 21. 9. 1960, S. 7.

26 Die überarbeitete Fassung wurde am 21. 1. 1961 beschlossen. Vgl. Nr. 10 TOP 2 und 3.

| | |
|---|---|
| Arbeitskreis III | Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrspolitik<br>Vorsitzender: . . .<br>Referent: . . . |
| Arbeitskreis IV | Sozialpolitik und Volksgesundheit<br>Vorsitzender: . . .<br>Referent: . . . |
| Arbeitskreis V | Agrarpolitik und EWG<br>Vorsitzender: . . .<br>Referent: . . . |

18.00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes mit den Vorsitzenden der Arbeitskreise

20.00 Uhr Gesellschaftsabend für Delegierte und Gäste

Samstag, den 25. März 1961

9.30 Uhr Berichte aus den Arbeitskreisen

11.30 Uhr Die programmatischen Forderungen der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 1961
– Verkündung der Wahlplattform und Schlußwort des Bundesvorsitzenden –

12.30 Uhr Pressekonferenz."

Die Benennung der Referenten und Arbeitskreisvorsitzenden soll in der nächsten Bundesvorstandssitzung erfolgen.[27]

4. LAGE IM LANDESVERBAND BERLIN

Herr BORM berichtete über die Lage im Landesverband Berlin.[28] Der Bundesvorstand bestätigte den Beschluß des Landesausschusses Berlin über die grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen mit der DP, in dem abgelehnt wurde, über eine Fusion mit neuem Namen zu verhandeln und die Verhandlungen bereits vor den Ergebnissen der Bundestagswahl 1961 zu führen.

HOPPE berichtete anschließend über die Justizkrise in Berlin.[29] Der Bundesvorstand beschloß, die der FDP angehörenden Landesjustizminister[30] zu bitten, zusammen mit Bundestagsvizepräsident Dr. *Dehler* und mit den Berliner Mit-

---

27 Die Namen sind in der überarbeiteten Fassung vom 21. 1. 1961 enthalten. Vgl. Nr. 10 TOP 2 und 3.

28 Die Berliner FDP war seit den Wahlen vom 7. 12. 1958 nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten und in sich zerstritten. Vgl. AdG 1958, S. 7434 A; W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 120.

29 Das Berliner Abgeordnetenhaus beschloß auf Antrag eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und des Senats am 1. 12. 1960 die Abberufung von Generalstaatsanwalt *Görcke;* ihm wurde in einem Bestechungsfall Mangel an vertrauenswürdiger Zusammenarbeit mit der obersten Justizbehörde zur Last gelegt. Aus der Sicht der FDP fiel die politische Verantwortung für die Vertrauenskrise dagegen dem Justizsenator und seinem Senatsdirektor zu. Vgl. BERLIN CHRONIK 1959–1960, 1978, S. 843 f.; fdk 11. Jg., Nr. 107 vom 23. 11. 1960, S. 4 f. und Nr. 111 vom 5. 12. 1960, S. 2 f.

30 Der FDP gehörten an die Justizminister bzw. Justizsenatoren *Biermann-Ratjen* (Hamburg), *Graf* (Bremen), *Haas* (Bayern), *Haußmann* (Baden-Württemberg), *Leverenz* (Schleswig-Holstein) und *von Nottbeck* (Niedersachsen). Vgl. fdk 11. Jg., Nr. 111 vom 5. 12. 1960, S. 3.

gliedern des Bundesvorstandes die Lage innerhalb der Berliner Justizkrise zu prüfen.

Punkte
5. und 6. wurden vertagt.[31]

7. VERSCHIEDENES

Dr. ACHENBACH teilte dem Bundesvorstand mit, daß er gegen die Redaktion „Revue" Strafantrag wegen Verleumdung in Zusammenhang mit der Berichterstattung der Zeitschrift über seine Tätigkeit bei der Deutschen Botschaft in Paris gestellt habe. Er sei in Paris in Wahrheit Gegenspieler der SS gewesen und daher 1943 vor seinem dortigen Posten abberufen worden.[32]

---

31 Vorgesehen war als TOP 5: Die Kulturarbeit der FDP und als TOP 6: Kommunalpolitische Fragen, Verhältnis zu den Rathausparteien. Vgl. Rundschreiben vom 18. 11. 1960 Fl./P. an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, A 2-80).

32 1936–1944 im Auswärtigen Dienst, zuletzt als Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Paris, danach bis Kriegsende Soldat. Erneute Kritik an seiner politischen Vergangenheit vor 1945 veranlaßten *Achenbach* 1970, auf die Kandidatur für einen Sitz in der EG-Kommission zu verzichten. Vgl. J. DITTBERNER, 1984, S. 1322 Anm. 23.

## 9.

## 13. 1. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 13. Januar 1961 in Frankfurt/Main, Palmengarten." 9.30 Uhr–11.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Atzenroth, Bezold (i. V. von Haas), Borm, Brodeßer, Bucher, Bursig, Daub (DJD), Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Flach, Genscher, Gentner, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Kreitmeyer (i. V. von Graaff), Lenz, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mischnick, C.-C. Müller, Rahlfs (LSD), Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Sieveking (i. V. von Engelhard).[1]

Gast: Starke.

---

1 Entschuldigt waren *Erbe* und *Maier*.

[BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE]

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung[2] mit allen guten Wünschen für die Partei im Entscheidungsjahr 1961[3] und berichtete über den Dreikönigstag in Stuttgart[4], die Rede Dr. *Dehlers* in Berlin[5], die Einladung des sowjetzonalen Volkskammerpräsidenten *Dieckmann* durch den Marburger LSD-Vorsitzenden *Horn*[6] und die neuen Rundschreiben der Gruppe *Keitel* – Dr. *Krummacher* – *Knapp*.[7] Er stellte unter Zustimmung des Bundesvorstandes fest, daß das Rundschreibeverfahren für das Ansehen der Partei gefährlich sei, weil es die Möglichkeit des Mißbrauches durch den Gegner im Wahlkampf eröffne. Kritik an der eigenen Partei sei innerhalb der zuständigen Gremien zu üben.

Dr. KOHUT schlug vor, das Ausschlußverfahren[8] so zu formulieren, daß die zuständigen Parteiorgane schnell reagieren könnten. Der Vorsitzende des Satzungsausschusses, Otto *Bezold,* wurde beauftragt, für den nächsten Bundesparteitag einen Vorschlag auf Satzungsänderung auszuarbeiten. Danach sollen der Bundesvorstand und bei einfachen Mitgliedern die Landesvorstände das Recht haben, in dringenden Fällen mit qualifizierter Mehrheit den Ausschluß zu verfügen. Gegen diesen Spruch soll die Berufungsmöglichkeit beim zuständigen Schiedsgericht gegeben sein.[9]

Der Bundesvorstand debattierte dann den Fall *Horn* und stellte fest: Die FDP betrachtet Klaus *Horn,* den bisherigen Vorsitzenden der Liberalen Hochschul-

---

2 Für diese Sitzung war ursprünglich als einziger TOP vorgesehen: Benennung der Referenten und Arbeitskreisvorsitzenden für den Bundesparteitag 1961. Anschließend an die Bundesvorstandssitzung fand die Außenpolitische Arbeitstagung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion statt. Vgl. Einladung an die Mitglieder des Bundesvorstandes Fl./P. vom 14. 12. 1960 (ADL, A 2-80); W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 13. 1. 1961 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

3 Am 17. 9. 1961 fanden Bundestagswahlen statt.

4 Anläßlich der Eröffnung des traditionellen Dreikönigstreffens der FDP in Stuttgart am 5. 1. 1961 hatte sich *Mende* für eine Koalition mit der CDU/CSU ausgesprochen: „Unser Ziel ist es, nach der nächsten Bundestagswahl in der Regierungsmaschine als Copiloten die Elemente des Fluges unserer parlamentarischen Demokratie und unserer Bundesregierung mitzugestalten und nicht nur als Passagiere in der Opposition zu sitzen und uns mit der Rolle der Kontrolle des Fluges zu begnügen." (ADL, A 2-80, pag. 27).

5 *Dehlers* Rede über „Wiederherstellung und Rechtseinheit Deutschlands" – gehalten auf der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin am 5. 1. 1961 – war von einem Teil der Presse dahingehend interpretiert worden, daß *Dehler* offenbar zu einer De-facto-Anerkennung der DDR bereit sei. (ADL, A 2-80). Vgl. auch Morgenbericht Nr. 6 vom 7. 1. 1961, S. 2 f. (BPA).

6 Trotz Warnung des Bundesvorstandes des LSD hatte der Vorsitzende der LHG Marburg, Klaus *Horn,* den Präsidenten der Volkskammer der DDR eingeladen. Die Verantstaltung mit *Dieckmann,* der am 13. 2. 1961 sprach, artete in gewalttätige Krawalle aus. Der Bundesvorstand der FDP sah durch diese eigenmächtigen „Ostkontakte" die Zuverlässigkeit der Partei in Frage gestellt und schloß *Horn* aus der FDP aus. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 140; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 6-1961, 1975, S. 78–112.

7 Vgl. zu diesem Sachverhalt Nr. 10 TOP 4.

8 Vgl. § 7 Ziffer 1 d–7 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960.

9 Vgl. § 7 (Verfahren des Ausschlusses) in der auf dem 19. Bundesparteitag am 30. 1. 1968 verabschiedeten Fassung.

gruppe Marburg, nicht mehr als ihr Mitglied, da er den Beschlüssen des FDP-Bundesvorstandes zuwidergehandelt hat.[10]

Dr. MENDE berichtete dann, daß die Fusionsverhandlungen mit der DP nicht so laufen, wie es vom BHE erwartet und von vielen der DP gewünscht wurde.[11] Da für die Fusion eine Zweidrittelmehrheit des DP-Parteitages notwendig sei, würde jetzt die Möglichkeit einer Parteineugründung erörtert.[12] Da selbst Kreisverbände der DP in einem Telegramm an ihn gebeten hätten, doch mit *Hellwege* zu sprechen, sei damit zu rechnen, daß dieses Gespräch noch vor der Direktoriumssitzung der DP am 17. Januar an einem dritten Ort stattfindet.[13] Es sei selbstverständlich, daß die von *Hellwege* immer noch angestrebte Dreierlösung für die FDP überhaupt nicht zur Debatte stehen könne.[14] Dagegen sei die DP/FDP-Lösung im Landesverband Niedersachsen nach wie vor möglich.[15]

KREITMEYER beantragte zusätzliche hauptamtliche Kräfte für Niedersachsen, um die DP auffangen zu können. Der Antrag wurde an die Wahlkampfkommission weiterverwiesen.[16]

Zu dem Verbot der Ostzonenbehörden, den Kirchentag in Ost-Berlin abzuhalten[17], faßte der Bundesvorstand folgende Entschließung:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten erörterte auf seiner Sitzung am Freitag in Frankfurt die Lage nach dem Beschluß der Sowjetzonenregierung, die Durchführung des Kirchentages der EKD in Ost-Berlin zu verbieten. Die FDP sieht in diesem Schritt einen neuerlichen Versuch der mitteldeutschen Kommunisten, die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu zerschlagen, eines der letzten intakten Bindeglieder zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Durch diese Maßnahme Pankows wird die deutsche Spaltung vertieft.[18]

Die Freien Demokraten weisen mit Schärfe die unsinnige Behauptung Ost-Berlins zurück, daß die Veranstaltung des Evangelischen Kirchentages im östlichen Teil der Deutschen Hauptstadt eine Provokation darstelle. Sie geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die getroffene Entscheidung noch nicht endgültig ist, so daß der Kirchentag im Ostsektor Berlins doch noch durchgeführt werden kann."

---

10 Siehe Anm. 6.
11 Die Fusion von DP und GB/BHE erfolgte am 15. 4. 1960. Vgl. Nr. 8 Anm. 10.
12 Die geplante Fusion von DP und BHE stieß in beiden Parteien, vor allem in der DP, auf Widerspruch. Vgl. H. W. SCHMOLLINGER, 1983, S. 1083.
13 Das Gespräch zwischen *Mende* und *Hellwege* sollte bereits am 5. 12. 1960 stattfinden. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 136.
14 Als für *Hellwege* (DP) absehbar wurde, daß die FDP nicht für ein Bündnis mit der DP und dem GB/BHE zu gewinnen war, legte er den Vorsitz der DP am 15. 1. 1961 nieder. Vgl. AdG 1961, S. 8865 A.
15 Vgl. den Vorstandsbeschluß in Nr. 7 unter TOP 1.
16 Der Bundesvorstand entsprach der Bitte am 21. 1. 1961. Vgl. Nr. 10 unter TOP 4.
17 Der Evangelische Kirchentag sollte vom 19.–23. 7. 1961 in allen Sektoren Berlins stattfinden; das Verbot beschränkte ihn auf den Westteil der Stadt. Vgl. AdG 1961, S. 8859 C, 9218 A.
18 So sinngemäß auch fdk 12. Jg., Nr. 56 vom 18. 7. 1961, S. 4–6.

[WAHLKAMPFFÜHRUNG]

Frau Dr. ILK gab zu bedenken, daß im Landesverband Bayern Wahlkampfmaterial der CSU mit der Lebensgeschichte Willy *Brandts* von der FDP verteilt würde.[19] Das würde dem Bundesvorstandsbeschluß widersprechen, den Wahlkampf nicht persönlich zu führen.[20]

Dr. MENDE bestätigte, daß die FDP es ablehnt, in den Archiven des Rheinlandes und Norwegens zu forschen und persönliche Angriffe gegen Spitzenkandidaten von CDU und SPD zu richten. Der Landesverband Bayern müsse sich mit der Frage befassen.

SCHEEL stellte fest, daß der Bundesvorstand beschlossen habe, den Wahlkampf bundeseinheitlich und sachlich nach beiden Seiten zu führen.

Dr. MENDE stellte abschließend fest, daß es selbstverständlich unmöglich sei, Wahlkampfmaterial einer anderen Partei zu verteilen. Er bat Herrn *Bezold*[21], die Angelegenheit im Landesverband Bayern zu klären.

Der Bundesvorstand beschloß, die Festlegung der Tagesordnung für den Bundesparteitag auf die Sitzung am 21. Januar in Bonn zu vertagen.[22]

---

19 Die Polemik gegen den Kanzlerkandidaten der SPD zielte vor allem auf sein Wirken als Emigrant während des Hitler-Regimes. Vgl. die diesbezügliche Debatte in 3. BT STEN. BER., Bd. 48, 147. Sitzung vom 8. 3. 1961, S. 8319 C–8320 B, 8323 C–8324 B, 8327 B–C; fdk 12. Jg., Nr. 19 vom 9. 3. 1961, S. 4.

20 Vgl. das Kommuniqué (Abs. 1) in Nr. 8 nach TOP 3.

21 *Bezold* vertrat den Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern der FDP. Siehe Teilnehmerverzeichnis.

22 Vgl. Nr. 10 TOP 2–3.

## 10.

## 21. 1. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 21. Januar 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 10.15 Uhr–16.50 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr (DJD), Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Marx, Mende, Mischnick, C.-C. Müller, Müller-Link, Rahlfs (LSD), Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer.[1]

Gäste: Haferland, Kreitmeyer, Miessner, Moersch, Schreiber, Starke.

---

1 Entschuldigt waren *Bursig*, *Eilers* und *Eisenmann*.

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und berichtete über seinen Besuch beim ersten Bundespräsidenten, Prof. Dr. Theodor *Heuss*.[2] Prof. *Heuss* sei mit dem vorliegenden Entwurf eines gemeinsamen Plakates zum Bundesparteitag einverstanden[3] und werde voraussichtlich auch zum Parteitag selbst kommen.[4] Wegen der Dringlichkeit der Entscheidungen im Hinblick auf die notwendigen Drucklegungen und die Einladungen der Vorsitzenden der Liberalen Parteien Europas[5] schlug Dr. MENDE vor, Punkt 2) und 3) der Tagesordnung zusammen am Anfang der Sitzung zu behandeln.

2. und 3. STAND DER VORBEREITUNGEN FÜR DEN BUNDESPARTEITAG; BERICHT ÜBER DIE KLAUSURTAGUNG DER WAHLKAMPFKOMMISSION[6]

DÖRING erläuterte seinen Vorschlag, anstatt negative Abgrenzungsreferate positive Referate unter den Gesichtspunkten national, sozial und freiheitlich auf dem Parteitag zu halten.

RUBIN stellte fest, daß die geplante Wahlplattform als krönender Abschluß der Referate verkündet werden müsse.[7] Er berichtete über das Bestreben der Wahlkampfkommission, ein Wahlprogramm in neuer Diktion zu erarbeiten. Es sei daran gedacht, unter den Gesichtspunkten freies Volk, gesundes Volk und modernes Volk Schwerpunktforderungen der FDP herauszustellen und eine aufrüttelnde Sprache zu führen, ähnlich wie es der neue amerikanische Präsident *Kennedy* zu tun pflege.[8]

LENZ ergänzte die Ausführungen von *Rubin* und gab die Präambel des neuen Wahlprogramms[9] bekannt.

---

2 *Mende* erhielt die Zustimmung des Altbundespräsidenten zu einem Wahlplakat *Heuss-Mende* erst nach mehreren Besprechungen, zu denen *Heuss* den FDP-Vorsitzenden zusammen mit Reinhold *Maier* und Wolfgang *Haußmann* in seinem Stuttgarter Haus empfing. Vgl. E. MENDE, Die FDP, 1972, S. 187. Ohne die Zustimmung von *Heuss* erfolgte die Verwendung des Plakats durch einige Kreisverbände schon im Kommunalwahlkampf und die Verbreitung desselben Motivs in der Form von Postkarten. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 452.

3 Das Plakat mit dem Kopf *Mendes* vor dem stark vergrößerten Porträt von *Heuss* trug die Aufschrift „In seinem Geist mit neuer Kraft – FDP". Abgebildet in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961; E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, nach S. 400.

4 Auf dem Parteitag bekannte sich *Heuss* in einem Grußwort zur FDP und mit Vorbehalt zu dem Plakat. Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 9.

5 Die Anwesenheit ausländischer Gäste ist aus der Dokumentation des FDP-Parteitages 1961 nicht ersichtlich.

6 Die Klausurtagung der Wahlkampfkommission hatte am 14./ 15. 1. 1961 auf der Rheininsel Eltviller Au bei Eltville stattgefunden. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 139.

7 Abgedr. in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125–135.

8 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 10 ff., 34 ff., 63 ff. Bundesgeschäftsführer *Flach* hatte eine Studienreise durch die USA vom 16. 5. bis 8. 7. 1960 u. a. dazu benutzt, die Vorbereitungen für den amerikanischen Wahlkampf zu beobachten und Anregungen für die Wahlwerbung der FDP zu gewinnen. Vgl. Rundschreiben R 37/60 vom 14. 5. 1960 an die Mitglieder des Bundesvorstandes und an alle Landesverbände (ADL, A 2–23); E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 458.

9 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, S. 125.

Dr. LEVERENZ stellte fest, daß die Wahlkampfkommission sich bemühe, eine Auswahl weniger, möglichst neuer und konkreter Vorschläge in die Wahlplattform selbst hineinzunehmen.

FLACH ergänzte, daß die üblichen Einzelforderungen zu den verschiedenen Sachgebieten auf den geplanten Fachkongressen in Ergänzung des Wahlprogramms verabschiedet werden sollten[10], um das Wahlprogramm in seiner Diktion damit nicht zu belasten.

RUBIN schlug vor, auch die drei Referate unter den Gesichtspunkten freies Volk, gesundes Volk und modernes Volk zu halten.[11]

Dr. Reinhold MAIER sprach sich ebenfalls für diese Dreiteilung und eine moderne Diktion aus, die zu finden allerdings nicht einfach sei.

Der Bundesvorstand beschloß nach ausführlicher Diskussion folgendes Programm für den Bundesparteitag[12]:

„Donnerstag, den 23. März 1961[13]

10.00 Uhr Eröffnung des Bundesparteitages durch den Bundesvorsitzenden
Begrüßungen
‚Freies Volk'
Dr. Erich *Mende,* MdB
‚Gesundes Volk'
Dr. Heinz *Starke,* MdB

15.00 Uhr Aussprache

17.30 Uhr Wahl eines Ehrenpräsidenten
Wahl der Ehrenrichter
Antrag auf Satzungsänderung

20.00 Uhr Empfang des Bundesvorstandes für Ehrengäste und Presse
Freitag, den 24. März 1961[14]

9.30 Uhr ‚Modernes Volk'
Hans *Lenz,* MdB

11.00 Uhr Sitzung der Arbeitskreise[15]

---

10 Vgl. Nr. 7, Anm. 22.
11 Siehe Anm. 8.
12 Abgedr. in fdk 12. Jg., Nr. 5 vom 25. 1. 1961, S. 5 f.
13 Hervorhebung dieser Zeile in der Vorlage.
14 Siehe Anm. 13.
15 Vgl. die zugehörigen Berichte in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 81 ff., 85 ff., 91 ff., 96 ff., 100 ff., 104 ff.

| | |
|---|---|
| Arbeitskreis I | Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Gesamtdeutsche und Europäische Fragen<br>Vorsitzender: Dr. Thomas *Dehler*, MdB<br>Referent: Dr. Ernst *Achenbach*, MdB,<br>Fritz Rudolf *Schultz*, MdB |
| Arbeitskreis II | Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrspolitik<br>Vorsitzender: Bürgermeister Edgar *Engelhard*<br>Referent: Dr. Karl *Atzenroth*, MdB |
| Arbeitskreis III | Sozialpolitik und Volksgesundheit<br>Vorsitzender: Wolfgang *Mischnick*, MdB<br>Referent: Dr. Wolfgang *Stammberger*, MdB |
| Arbeitskreis IV | Innenpolitik<br>Vorsitzender: Justizminister Dr. Bernhard *Leverenz*<br>Referent: Dr. Ewald *Bucher*, MdB |
| Arbeitskreis V | Agrarpolitik und EWG<br>Vorsitzender: Minister a. D. Dr. Josef *Effertz*, MdL<br>Referent: Adolf *Mauk*, MdB |
| Arbeitskreis VI | Kulturpolitik<br>Vorsitzender: Prof. Dr. Walter *Erbe*, MdL<br>Referent: Minister a. D. Prof. Dr. Paul *Luchtenberg*, MdL |

18.00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes mit den Vorsitzenden der Arbeitskreise

20.00 Uhr Gesellschaftsabend für Delegierte und Gäste

Samstag, den 25. März 1961[16]

9.30 Uhr Berichte aus den Arbeitskreisen

11.30 Uhr Die programmatischen Forderungen der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 1961
– Verkündung der Wahlplattform und Schlußwort des Bundesvorsitzenden –

12.30 Uhr Pressekonferenz."

Die Titel der Hauptreferate sollen der Presse noch nicht mitgeteilt werden, um den Überraschungseffekt der Wahlplattform nicht zu [. . .].[17] Die Berichte der Arbeitskreise vor dem Parteitagsplenum werden von deren Vorsitzenden erstattet. Sie sollen 15 Minuten nicht überschreiten.

1 a) PERSONALFRAGEN AUF DEM GEBIET DER PRESSEARBEIT[18]

LENZ schlug vor, zur Aktivierung der Pressearbeit und zur Verstärkung der Kontaktpflege mit den Journalisten die bisher getrennten Referate und Redak-

16 Siehe Anm. 13.
17 Vorlage unvollständig.
18 Dieser TOP war ursprünglich nicht in der TO enthalten und wurde erst zu Beginn der Sitzung in sie eingefügt. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 140.

tionen[19] in eine Abteilung Presse unter einem neuen Leiter zusammenzufassen. Dabei müßte es sich um einen Mann handeln, der

a) gelernter und erfahrener Journalist,

b) langjähriges FDP-Mitglied und

c) nicht so hoch in seinen Ansprüchen sei, daß er von der FDP nicht angestellt werden könne.

Er glaube, in dem Journalisten Karl *Moersch* die geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben.[20]

Der Bundesvorstand diskutierte ausführlich die Pressearbeit der Partei. Er faßte folgenden Beschluß:

„Der Bundesvorstand der FDP hat den Journalisten Karl *Moersch* zum Leiter der Presseabteilung in der Bundesgeschäftsstelle der FDP berufen. Verantwortlicher Redakteur der ‚Freien Demokratischen Korrespondenz' bleibt wie bisher Wolfgang *Schollwer* und der Wochenzeitung ‚Das freie Wort' Hans *Bursig*."[21]

Der Bundesvorstand stellte fest, daß der Leiter der Presseabteilung in Vertretung des Herausgebers gegenüber den Redaktionen der fdk und des Freien Wortes weisungsberechtigt ist. Er ist an die politischen und publizistischen Richtlinien des Vorsitzenden und des Bundesvorstandes gebunden und untersteht direkt dem Bundesgeschäftsführer, der dem Vorstand gegenüber die Verantwortung für die Bundesgeschäftsstelle trägt.

1. BERICHT ÜBER DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE – DREIKÖNIGSTREFFEN STUTTGART UND REDE DR. DEHLERS IN BERLIN –

Dr. MENDE berichtete über Versuche von Teilen der CDU, bestimmte Ausführungen von Dr. *Dehler* zum Anlaß für eine Demonstration im Bundestag zu nehmen[22], und über das Treffen mit *Langeheine* und anderen Vertretern der DP.[23]

GRAAFF ergänzte die Ausführungen durch Mitteilungen über ein Gespräch mit *Hellwege*.[24] Innerhalb des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der niedersächsischen DP seien 60 % für die FDP- und 40 % für die BHE-Lösung.

---

19 Redaktionen der Organe „Freie Demokratische Korrespondenz" und „Das freie Wort". Vgl. Nr. 1 Anm. 8 und 9.

20 *Moersch* war zuvor Redakteur der „Rheinpfalz" in Ludwigshafen. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 460 f.

21 Anlaß zur personellen Verstärkung der Pressearbeit gaben die Ausweitung der „Freien Demokratischen Korrespondenz" durch die Herausgabe eines zusätzlichen Tagesdienstes seit Oktober 1960 und überhaupt die größere, der Pressearbeit zugemessene Bedeutung. Vgl. fdk Nr. 1/60 (T) vom 25. 10. 1960, S. 1; E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 460 f.

22 Nicht zu ermitteln. Die Rede *Dehlers* in Berlin und die vielfache Kritik an ihr (vgl. Nr. 9 Anm. 5) war von der BT-Fraktion der FDP am 17. 1. 1961 erörtert worden. Vgl. fdk 12. Jg., Nr. 3 vom 18. 1. 1961, S. 6.

23 *Graaff* hatte zum ersten Mal über ein solches Gespräch am 3. 12. 1960 berichtet. Vgl. Nr. 8 Anm. 13.

24 *Hellwege* war seit dem 15. 1. 1961 nicht mehr Vorsitzender der DP. Vgl. Nr. 9 Anm. 14.

*Langeheine* wolle gern ein schriftliches Angebot der FDP für seinen Landesparteitag, auf dem über die Haltung der niedersächsischen DP entschieden werden soll.[25]

Nach ausführlicher Diskussion faßte Dr. MENDE die Meinung des Bundesvorstandes zusammen[26]:

1. Die FDP müsse alles tun, um die Fusion DP-BHE nicht stattfinden zu lassen[27];

2. Mit der DP Niedersachsens sei zu verhandeln, um sie ganz oder wenigstens Teile von ihr in die FDP zu übernehmen[28];

3. Der Bundesvorsitzende gibt *Hellwege* und *Langeheine* von diesem positiven Beschluß des Bundesvorstandes Kenntnis;

4. Zur Unterstützung der niedersächsischen Parteifreunde unter Carlo *Graaff* benennt der Bundesvorstand eine Verhandlungskommission, der Dr. *Dahlgrün, Döring* und Dr. *Leverenz* angehören;

5. Für öffentliche Stellungnahmen ist von seiten der FDP größte Zurückhaltung empfohlen.

### 4. EINLADUNG DIECKMANN DURCH LSD[29] UND RUNDSCHREIBEN EINZELNER MITGLIEDER

Dr. MENDE teilte mit, daß Theodor *Heuss* immer wieder Post in Sachen *Volkholz*[30] erhalte und mit den Rundschreiben der *Keitel*-Gruppe[31] beliefert wird. Er schlug vor, ein kleines Gremium einzusetzen, um Vorwürfe in diesen Rundschreiben zu prüfen und gleichzeitig Möglichkeiten zur Einstellung des Rundschreibeverfahrens zu erwägen.

Dr. SCHNEIDER stellte fest, daß die Methodik dieser Rundschreiben satzungswidrig sei; das könne sich keine Partei leisten. Hier würde versucht, ganze Landesverbände herauszuschießen. Es sei anzunehmen, daß hinter *Keitel* andere Kräfte stehen. Die Partei müsse Folgerungen ziehen. Sie müsse entweder die *Keitel*-Gruppe ausschließen oder damit rechnen, daß ihr ein ganzer Lan-

25 Zur Frage der Fusion der DP mit anderen Parteien vgl. Nr. 2 Anm. 15 und 18, Nr. 8 Anm. 10, Nr. 9 Anm. 14.
26 Vgl. den teilweise ähnlichen Vorstandsbeschluß in Nr. 8 TOP 3.
27 Die Fusion erfolgte am 15. 4. 1961. Vgl. Nr. 8 Anm. 10.
28 Vgl. Ziffer 3 des Vorstandsbeschlusses in Nr. 8 TOP 3.
29 Vgl. Nr. 9 Anm. 6.
30 Vgl. Nr. 6 Anm. 28.
31 Die Rundbriefe von Ulrich *Keitel* aus Frankfurt a. M. beginnen mit der Anrede „Sehr geehrter Parteifreund" und enthalten vor allem Angriffe gegen den stellv. Bundesvorsitzenden Dr. Heinrich *Schneider* (DPS) und „Das freie Wort". Unterstützt wurde *Keitel* durch die von ihm zitierten Erich *Knapp* und Dr. F. A. *Krummacher*. Vgl. die Rundbriefe von U. *Keitel* vom 15. 5., 7. 7., 15. 8. und 7. 10. 1960; Rundschreiben von Erich H. *Knapp*, Frankfurt a. M. vom 25. 12. 1960 an das Präsidium und Mitglieder der Liberalen Weltunion (LWU); Rundschreiben von Dr. F. A. *Krummacher*, Neu-Isenburg, vom 7. 1. 1961 an Parteimitglieder in allen Landesverbänden (ADL, A - Handakten 6951/24-26).

desverband verlorengehe. Für die „Deutsche Saar“[32] seien weder Senator *Becker* noch er verantwortlich.

RUBIN stellte fest, daß das Verfahren der *Keitel*-Gruppe allmählich tatsächlich parteischädigend sei. Die Artikel in der „Deutschen Saar“ seien aber völlig untragbar und würden ebenso das Ansehen der Partei schwer schädigen.[33]

MÜLLER-LINK bestätigte, daß das Verfahren der *Keitel*-Gruppe schade; die „Deutsche Saar“ schade der Partei aber noch mehr. Dr. *Schneider* sei energisch genug, um sich gegenüber der Redaktion durchzusetzen.

Dr. SCHNEIDER stellte fest, daß er nicht der Büttel für Herrn *Keitel* sei. Er sei jederzeit bereit, sein Amt als Stellvertretender Bundesvorsitzender niederzulegen, falls dies vom Bundesvorstand gewünscht werde.

Dr. LEVERENZ schlug vor, einen Ausschlußantrag gegen Dr. *Krummacher* zu stellen, dessen Mitteilungen über Schleswig-Holstein in einem seiner Rundbriefe völlig unwahr seien.

Dr. MENDE wies auf Bedenken hin, die während der Koalitionsverhandlungen an der Saar[34] gegen die „Deutsche Saar“ geltend gemacht wurden.

GLAHN stellte fest, daß gewisse Mißverständnisse mit dem Landesverband Saar auf den Fehler zurückzuführen seien, nicht genügend gegen ein eigenes Parteiprogramm bei der DPS[35] eingeschritten zu sein. Die Partei könne keinen Landesverband mit eigenen Grundsätzen haben, sondern müsse dafür sorgen, daß alle Landesverbände auf der Linie der Gesamt-FDP arbeiten.

Der Bundesvorstand faßte folgenden Beschluß[36]:

„Der Bundesvorstand hat von verschiedenen Vorbehalten gegenüber der Wochenzeitung „Deutsche Saar“ und den Rundschreiben Kenntnis genommen, die von einer Gruppe von Parteimitgliedern aus dem Frankfurter Raum versandt werden. Er hat Dr. *Schneider* und Dr. *Leverenz* dazu gehört. Der Bundesvorstand beauftragte Dr. *Achenbach* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Schlichtungskommission mit der Prüfung des Fragenkomplexes und bittet ihn, entsprechende Anträge an den Bundesvorstand zu stellen und – falls dies notwendig ist – rechtliche Schritte zu empfehlen.

Ferner bittet der Bundesvorstand die Landesverbände Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein, je zwei im Rahmen der Bundesaktion angestellte Außengeschäftsführer dem Landesverband Niedersachsen für die Zeit vom 1. Febru-

---

32 Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung „Deutsche Saar. Stimmen der Demokratischen Partei“, 7. Jg. 1961, mit den Redakteuren E. W. *Mänken*, F. *Pittelkow* und H. *Birkenbeul* fiel durch ihr nationalistisches und revisionistisches Geschichtsbild auf. Siehe Anm. 33.

33 Die Kritik des Blattes richtete sich u. a. gegen die „sogenannten Alliierten“, die Kriegsschuldlüge nach 1918 und nach 1945, die Behauptung von der unbewältigten Vergangenheit usw. Vgl. z. B. SCHMIDT/Hannover, „Überbelichtet und unterentwickelt“, in: DEUTSCHE SAAR, Nr. 89 vom 2. 12. 1960, S. 3; „Heißes Eisen Drittes Reich“, in: DEUTSCHE SAAR, Nr. 93 vom 16. 12. 1960, S. 1; E. W. MÄNKEN, „‚Rechtsstaat oder nicht?“, in DEUTSCHE SAAR, Nr. 94 vom 20. 12. 1960, S. 2 (BT Parl. Arch. G 5044).

34 Nach den Landtagswahlen vom 14. 12. 1960. Vgl. Nr. 8 Anm. 8.

35 Zur Eigenständigkeit der DPS vgl. Nr. 2 Anm. 22.

36 Nicht veröffentlicht.

ar bis 20. März zur Verfügung zu stellen.[37] Spesen, die über das bei Einsatz im eigenen Landesverband übliche Maß hinausgehen, werden bis zu einer Höhe von DM 1 000,– pro Mann für die Aktion von der Bundespartei erstattet. Die Abrechnung erfolgt über den Landesverband, bei dem der Betreffende angestellt ist.

Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung des Bundesvorstandes am 10. Februar 1961, 14.00 Uhr, in Bonn durchzuführen.[38]

37 Der Vorstand entsprach damit einer Bitte seines Mitgliedes *Kreitmeyer* vom 13. 1. 1961. Vgl. Nr. 9 S. 54.
38 Vgl. Nr. 11.

## 11.

## 10. 2. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 10. Februar 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.10 Uhr–19.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Büschel (zeitweise), Bursig, Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Effertz, Engelhard, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, C.-C. Müller, Rahlfs (LSD), Heinrich Schneider, Schollwer, Simonis, Starke, Weyer, Wienholt (zeitweise), Witte (für Daub, DJD).[1]

1. BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE berichtete über die innenpolitische Lage. Er schilderte die Verhandlungen der DP mit dem BHE[2] und den Plan, die niedersächsische Landesregierung[3] zu stürzen. Die CDU fördere die Gesamtdeutsche Partei[4], um zu verhindern, daß die FDP die Schlüsselposition 1961 erhält. Die drei großen Parteien hätten im kommenden Wahlkampf drei schwache Seiten, die von der

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Eilers, Eisenmann, Erbe, Lenz, Maier, Rubin* und *Scheel.*
2 DP und BHE schlossen sich am 15./16. 4. 1961 zur GDP (DP-BHE) zusammen. Vgl. Nr. 8 Anm. 10.
3 Koalitionsregierung aus SPD, FDP und GB/BHE (1959–1963). Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 235.
4 Siehe Anm. 2.

Presse und den Gegnern ausgenutzt würden. Die CDU: die Nachfolgefrage[5]; SPD: Wehrpolitik[6]; FDP: Koalitionsfrage.[7]

Nach längerer Diskussion[8] beschloß der Bundesvorstand, den Wahlkampf gegen CDU und SPD zu führen und die Gesamtdeutsche Partei nicht zu erwähnen. Es soll sich um einen Wahlkampf zwischen den drei großen Parteien handeln. Die GDP soll nur auf örtlicher Ebene in ihren Schwerpunktgebieten angegriffen werden.

Der Bundesvorstand beschloß ferner, die FDP-Mitglieder, die an der Leipziger Messe teilnehmen, aufzufordern, nicht an dem Messegespräch der LDP teilzunehmen.[9]

Dr. HAUSSMANN berichtete über die Lage im Wahlkreis Waiblingen nach dem Urteil des baden-württembergischen Staatsgerichtshofes.[10] Dem Kreisverband Waiblingen wurde die Hilfe der Bundespartei bei der Landtagsnachwahl zugesagt.[11]

2. VERBINDUNG ZU DEN KIRCHEN

Dr. MENDE berichtete über das Antwortschreiben von Bischof *Dibelius* auf die Beschwerden der FDP. Der Bundesvorstand nahm mit Befriedigung von der Klarstellung der Evangelischen Kirche Kenntnis.[12]

---

5 Bundeskanzler *Adenauer* war zu diesem Zeitpunkt 85 Jahre alt. Die Frage der Kanzlernachfolge war von seiten der CDU zum ersten Mal im Januar 1958 öffentlich angesprochen und von da an wiederholt diskutiert worden. Vgl. D. KOERFER, 1987, S. 181 ff., 227 ff.

6 Die SPD bejahte seit dem Godesberger Programm von 1959 zunehmend die Landesverteidigung, KLOTZBACH, 1982, S. 475–482; Lothar WILKER, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn 1977, S. 130–157.

7 Die Koalitionsfrage begleitete die FDP aufgrund ihrer Stellung als dritte Partei im Mehrparteiensystem der Bundsrepublik ständig. Vgl. u. a. H. KAACK, 1979, S. 22–32; J. M. GUTSCHER, 1984, S. 228–237.

8 Diskussionspunkte waren u. a. die als einseitig kritisierte Berichterstattung über parteiinterne Vorgänge und die als übertrieben empfundene Bereitschaft *Mendes* zur Koalition mit der CDU/CSU. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 143.

9 Diese Abgrenzung stand in Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf.

10 Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 15. 5. 1960 hatte es in den Wahlkreisen Waiblingen I und II eine Wahlabsprache zwischen CDU und FDP gegeben. Daraufhin war die Wahl angefochten worden, und der Staatsgerichtshof hatte die Wahl in den beiden Wahlkreisen am 6. 2. 1961 für ungültig erklärt. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 480–484.

11 Die notwendig gewordene Landtagsnachwahl in den Wahlkreisen Waiblingen I und II fand am 12. 3. 1961 statt. Den Wahlkreis I gewann der Kandidat der SPD; im Wahlkreis Waiblingen II siegte in der Direktwahl erneut und mit noch größerer Mehrheit als 1960 Altministerpräsident Reinhold *Maier*. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 484.

12 Das „Berliner Sonntagsblatt/Die Kirche" Nr. 51 vom 18. 12. 1960 hatte unter der Überschrift „Probleme der Woche" eine Darstellung des Parteienwesens in der Bundesrepublik gebracht, die von einigen Zeitungen als eine Stellungnahme der Evangelischen Kirche gegen die FDP interpretiert wurde. Daraufhin hatte *Mende* in einem Schreiben an Bischof *Dibelius* die Einschaltung des Kirchenblattes in die Parteipolitik mißbilligt. Der Antwort von *Dibelius* zufolge war der Vorgang inzwischen durch einen Briefwechsel zwischen der Redaktion des Kirchenblattes und dem FDP-Landesverband Berlin bereinigt worden. Vgl. Rundschreiben BV 6/61 vom

3. STAND DER ARBEITEN AN DER WAHLPLATTFORM

An Hand eines Berichtes von FLACH über den Stand der Arbeiten an der Wahlplattform[13] diskutierte der Bundesvorstand den Vorschlag, eine Grundsicherung in der Sozialpolitik zu fordern. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den Sozialpolitischen Arbeitskreis zu beauftragen, in dieser Frage weiter zu arbeiten. Sie soll jedoch vor der Wahl nicht öffentlich behandelt und in der Wahlplattform nicht niedergelegt werden.[14]

Zur Frage der deutschen Landwirtschaft in der EWG wurde beschlossen, daß nach Auffassung der FDP die Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes[15] Vorrang vor der EWG haben muß. Im Wahlprogramm soll eine klare Formulierung aufgenommen werden, daß die FDP nicht bereit ist, die deutsche Landwirtschaft der EWG zu opfern.[16]

4. AUSSCHUSSARBEIT UND FACHKONGRESSE[17]

Der Bundesvorstand beschloß, den Unterausschuß Schule des Kulturpolitischen Ausschusses zu beauftragen, in seiner bisherigen Form und Zusammensetzung weiter zu arbeiten. Er nahm davon Kenntnis, daß der Kulturpolitische Ausschuß weitere Arbeitskreise gebildet hat.[18]

## 12.

## 18. 3. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 18. März 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 10.15 Uhr–16.45 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Bezold, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bursig, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Eisenmann, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haferland, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Marx, Mauk, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rahlfs

---

10. 1 1961 und BV 10/61 vom 23. 1. 1961 an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der BT-Fraktion (ADL, A 2-80).

13 Die Wahlkampfkommission der FDP war am 28./29. 1. 1961 in Hanau zu ihrer zweiten Klausurtagung zusammengekommen. Vgl. Rundschreiben BV 9/61 vom 17. 1. 1961 an die Mitglieder der Wahlkampfkommission (ADL, Teil A 860).

14 Die Wahlplattform 1961, abgedr. in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, enthält diese Forderung ebenfalls nicht.

15 Gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. 9. 1955 (BGBl. I, S. 565) hatte die Bundesregierung jährlich einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht) zu geben.

16 Vgl. die entsprechende Formulierung in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 130.

17 Vgl. Nr. 13 Anm. 23.

18 Ihre kulturpolitische Arbeit stellte die FDP auf dem Liberalen Kulturforum am 5./6. Juli 1961 in Heilbronn zur Diskussion. Vgl. Nr. 13 Anm. 23.

(LSD), Rubin, Schäfer, Scheel, Heinrich Schneider, Scholder, Schollwer, Schreiber, Schultz, Wedel.[1]

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und stellte fest, daß der Bundesparteitag in Frankfurt/Main[2] eine Dokumentation innerer und äußerer Geschlossenheit sein müsse.

1. BERATUNG UND VERABSCHIEDUNG DES WAHLPROGRAMMS[3]

Über den Teil „Freies Volk" der Wahlplattform referierten Dr. MENDE und FLACH, über den Teil „Modernes Volk" Herr RUBIN, und über den Teil „Gesundes Volk" Herr MISCHNICK und Dr. STARKE. Nach eingehender Beratung[4] beschloß der Bundesvorstand, die Wahlplattform in der beiliegenden Form zu verabschieden. Das Wahlprogramm soll „Aufruf der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 1961" genannt werden.[5]

2. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. MENDE berichtete über die Grundzüge seiner Parteitagsrede.[6] Er wurde gebeten, die Frage einer Koalitionsbeteiligung bei absoluter Mehrheit der CDU/CSU nicht zu erwähnen.

Der Bundesvorstand beschloß, auf die Sitzung am 22. März 1961 in Frankfurt/Main zu verzichten.[7]

---

1 Entschuldigt waren *Bucher, Effertz, Eilers, Haußmann, Lenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier,* C.-C. *Müller.*

2 Vom 23.–25. 3. 1961.

3 Die Wahlkampfkommission hatte das Wahlprogramm nach mehrstündigen Beratungen am 5. März endgültig verabschiedet, damit es den Landesverbänden rechtzeitig vor der Bundesvorstandssitzung am 18. März zugeleitet werden konnte. Vgl. Rundschreiben BV 14/61 vom 14. 2. 1961 an die Mitglieder der Wahlkampfkommission (ADL, A 2-80).

4 Der Bundesvorstand diskutierte die Wahlplattform Satz für Satz sechs Stunden lang und nahm allein in der Präambel und in Teil I 19 Änderungen bzw. Ergänzungen vor. Vgl. W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 145.

5 Abdruck in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125–135.

6 Rede zum Thema „Freies Volk", abgedr. in XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 10–33.

7 Die entfallene Sitzung sollte allein der Vorbereitung des am 23. 3. 1961 beginnenden Bundesparteitages dienen. Vgl. Rundschreiben BV 13/61 vom 14. 2. 1961 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, A 2-80).

## 13.

## 6. 5. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 6. Mai in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 10.15 Uhr–16.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Dehler, Döring, Ehrich, Eilers, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Haas, Haußmann, Ilk, Kirchhoff, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Nolte (LSD), Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Werner.[1]

Gäste: Emil Schäfer, Starke.

1. BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE erstattete zunächst den Bericht zur innenpolitischen Lage. Er wies auf die drei Parteitage von FDP[2], CDU[3] und SPD[4] (Wahlkongreß) hin und stellte fest, daß die FDP mit ihrem Frankfurter Parteitag die beste Publizität hatte.

Dr. MENDE sprach den Mitarbeitern der Bundesparteileitung den Dank des Bundesvorstandes für die Organisation und Durchführung des Frankfurter Bundesparteitages aus. Er stellte ebenfalls fest, daß alle bisherigen Landesparteitage[5] erfolgreich im Sinne der Geschlossenheit der Bundespartei verlaufen sind.

Die CDU plane intern, der FDP ein Koalitionsangebot zu unterbreiten, wenn sie keine oder nur eine sehr knappe absolute Mehrheit erhält. Bei sicherer absoluter Mehrheit ist nicht an ein Koalitionsangebot gedacht. Sollte sie zusammen mit der FDP jedoch die verfassungsändernde Mehrheit erhalten, wird sie doch ein Koalitionsangebot machen.[6]

Zur Berliner Delegiertenversammlung des LSD[7] erklärte Dr. MENDE, es gehe nicht darum, welche Koalition der LSD der FDP empfiehlt, obgleich man auch in diesen Fragen zumindest im Wahljahr intern und nicht über die Presseagenturen vorgehen sollte. Der LSD sei es aber seiner Selbstachtung schuldig,

---

1 Entschuldigt waren Marie-Elisabeth *Lüders*, *Maier*, *Rubin*, Hans *Schäfer* und *Weyer*.
2 12. Bundesparteitag der FDP vom 23.–25. 3. 1961. Vgl. AdG 1961, S. 9001 A Ziffer 1–4.
3 10. Bundesparteitag der CDU vom 24.–27. 4. 1961 in Köln. Vgl. AdG 1961, S. 9061 A Ziffer 1–8.
4 Außerordentlicher Kongreß der SPD am 28. 4. 1961 in Bonn. Vgl. AdG 1961, S. 9066 D–9068.
5 Landesparteitage der FDP fanden bis zum 7. 6. 1961 statt in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern. Vgl. Rundschreiben B 27/61 vom 7. 6. 1961 (ADL, A 2-81).
6 Die CDU hatte zuvor auf ihrem Bundesparteitag (siehe Anm. 3) eine Koalition mit der SPD abgelehnt. Vgl. AdG 1961, S. 9061 A.
7 Delegiertenversammlung des LSD vom 16.–19. 4. 1961. Umstritten waren vor allem die „Ostkontakte" des LSD und die Koalitionsfrage. Vgl. LSZ 10. Jg., Nr. 3, Mai 1961, S. 6.

seine Ostkontakte[8] zumindest bis zur Freilassung von Dieter *Koniecki*[9] einzustellen.

Dr. MENDE berichtete über die Zusicherung des amerikanischen Botschafters, daß die USA nicht die Absicht hätten, in die deutsche Innenpolitik einzugreifen. Bei künftigen Besuchen höherer Regierungsbeamter würde auch die FDP eingeladen, und die USA hätten zur Kenntnis genommen, daß die deutsche Innenpolitik auf ein Dreiparteiensystem zulaufe.[10]

Dr. MENDE teilte ferner mit, daß Bundesminister a. D. Dr. Hermann *Schäfer* wieder in die FDP eintreten wolle.[11]

Zur außenpolitischen Lage berichtete Dr. MENDE, daß in Berlin voraussichtlich bis zum Herbst mit einem Stillhalten der Sowjets zu rechnen sei.[12]

Zur Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr[13] teilte er seine Erfahrungen beim Besuch des Raketenbataillons in Gießen mit, nach denen die Atomsprengköpfe streng unter amerikanischem Verschluß bleiben und der Einsatz von Atomwaffen nur durch einen besonderen Befehlsstrang auszulösen sei. Die USA hätten nicht die Absicht, ein Gesetz zu verabschieden, daß die Aushändigung von Atomwaffen an andere Mächte vorsieht. Dagegen sei anzunehmen, daß *Kennedy* den Aufstieg Frankreichs zur vierten Atommacht als Äquivalent für den Verlust Algeriens tolerieren werde.

Nach längerer Debatte beschloß der Bundesvorstand einstimmig folgende Erklärung[14]:

„Verlauf und Aussagen der in der vergangenen Woche durchgeführten Wahlkongresse der CDU und der SPD [15] haben erneut eindringlich die Notwendigkeit einer starken dritten Partei als liberale Alternative zu diesen Parteien bestätigt.

Die CDU hat in Köln die Erringung der absoluten Mehrheit auch im 4. Deutschen Bundestag als ihr Wahlziel für 1961 bezeichnet.[16] Dagegen ist es das Ziel

---

8 Vgl. Nr. 7 Anm. 31.

9 *Koniecki*, Ostreferent des LSD und Student an der Freien Universität Berlin, war seit dem 15. 1. 1961 aus West-Berlin verschwunden. Später wurde bekannt, daß er sich in der CSSR in Haft befand. Vgl. LSZ 10. Jg. (1961), Nr. 3, S. 1.

10 Gesprächspartner war Walter C. *Dowling*, Botschafter der USA in Bonn von 1959–1963.

11 Am 23. 2. 1956 hatten 16 FDP-Abgeordnete, darunter der Bundesminister für besondere Aufgaben, Hermann *Schäfer*, und drei weitere Bundesminister, ihren Austritt aus der Partei erklärt. Anlaß war der Koalitions- und Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen von einer Regierung aus CDU, FDP und Zentrum zu einer SPD-FDP-Regierung. Zu den Gründen für die Umorientierung der FDP vgl. E. H. M. LANGE, Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise, 1980, S. 128–149; H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer I, 1981, S. 303–312.

12 Zu dem Druck der UdSSR auf Berlin vgl. Nr. 1 Anm. 25.

13 Vgl. Kommuniqué des Bundesvorstandes (Abs. 1) in Nr. 8 nach TOP 3.

14 Abgedr. in fdk 12. Jg., Nr. 35 vom 9. 5. 1961, S. 1 f. Der Erklärung voraus ging eine Diskussion zwischen *Mende, Kohut, Döring, Haas,* Frau *Ilk, Müller-Link, Bucher,* Hch. *Schneider, Mischnick, Dehler, Achenbach, Ehrich, Atzenroth, Haußmann* und *Starke*. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 6. 5. 1961 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

15 Siehe Anm. 3 und 4.

16 Vgl. 10. BUNDESPARTEITAG CDU Köln. 24.–27. April 1961, Hamburg 1961, S. 321 f. (Schlußwort *Adenauers*).

der Freien Demokraten, diese absolute Mehrheit von CDU/CSU zu brechen. Absolute Mehrheiten führen zur Selbstüberschätzung und Überheblichkeit; sie bergen stets die Gefahren des Machtmißbrauchs in sich. Die Freien Demokraten wollen die absolute Mehrheit einer Partei durch vertrauensvolle Partnerschaft in einer Koalition ersetzen. Allein diese Partnerschaft schützt die Staatsbürger vor den gefährlichen Auswirkungen des Machtmißbrauchs.

Das Bekenntnis der CDU zur Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, zu stabilem Geld und gesunder Währung wird unglaubwürdig durch die Ankündigung, daß die Sozialreform in der bisherige Weise weitergeführt werden soll.[17] Diese Forderung verrät den steigenden Einfluß des linken Flügels der CDU, der durch die Sozialausschüsse repräsentiert wird.

Die im Bonner ‚Regierungsprogramm' der Sozialdemokraten erhobene Forderung nach einer Neuordnung der deutschen Energiewirtschaft, das Verlangen nach einem Preisrat – der ohne dirigistische Eingriffe in den Wirtschaftsablauf wirkungslose bleiben müßte –, der Versuch einer Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf die gesamte Wirtschaft[18] sowie der sozialpolitisch verbrämte Angriff auf die Tarifautonomie sind trotz aller gegenteiligen Lippenbekenntnisse eine klare Absage an die Grundsätze und Grundlagen der Marktwirtschaft. Eine Verwirklichung des SPD-Regierungsprogramms würde zwangsläufig zum Gefälligkeits- und Inflationsstaat und damit zu einer Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik führen. Die Durchsetzung dieser sozialistischen Vorstellungen würde nach der Bundestagswahl zu einer weiteren Sozialisierung des Lohnes durch spürbare Erhöhungen der Steuern und Sozialabgaben führen, und die sinnlose Verwirtschaftung unserer volkswirtschaftlichen Substanz würde folgen. Der Bundesvorstand der FDP wird in seiner Ablehnung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms noch bestärkt durch die gefährliche Konzeptlosigkeit der SPD auf den für den Bestand einer freiheitlichen Ordnung lebenswichtigen Gebieten der Deutschlandpolitik und der Außenpolitik.

Mehr Wohlstand und weniger Arbeitszeit sind – maßvoll vertreten – vernünftige Ziele einer guten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es können aber nicht die letzten Ziele eines Volkes in unserer Lage sein. Ein Interesse zu vertreten, ist das selbstverständliche Recht einer Demokratie. Es darf aber nicht zum endgültigen Maßstab einer politischen Haltung werden. Übertriebene Staatsvergötzung führt zur Tyrannei und ist daher abzulehnen. Keine Demokratie kann aber auf die Dauer ohne ein positives Staatsgefühl bestehen.

Die FDP erinnert daran, daß der bequeme Weg nicht immer der richtige Weg für ein Volk ist. Nicht ständig neue Wahlversprechungen, sondern innere Standfestigkeit, Leistungsfähigkeit und notfalls auch Opferbereitschaft sind die besten Waffen in der geistigen und politischen Auseinandersetzung um die Einheit und Freiheit unseres Volkes".

17 Vgl. AdG 1961, S. 9064 Ziffer 7.
18 Vgl. AdG 1961, S. 9067 Ziffer 3–5.

Der Bundesvorstand faßte ferner folgenden Beschluß[19]:

„Die FDP gibt dem deutschen Wähler eine klare politische Alternative zu den Wahlprogrammen von CDU und SPD. Sie wird sich darum weder im Bund noch in den Ländern an irgendwelchen Wahlbündnissen beteiligen. Die Freie Demokratische Partei wird in allen Wahlkreisen nur eigene Kandidaten aufstellen".

Der Bundesvorstand diskutierte einen Bericht von *Nolte*[20] über die Lage im LSD: Er nahm zur Kenntnis, daß für den 13./14. Mai eine neue außerordentliche Delgiertenversammlung einberufen sei.[21] Bei der Trennung der Dienststellen soll es verbleiben. Weitere Beschlüsse wurden bis zum Ergebnis der neuen Delegiertenversammlung zurückgestellt. Die FDP wird nach Wegen suchen, um *Koniecki* zu helfen.[22]

2. und 3. STAND DER WAHLKAMPFVORBEREITUNG, FACHKONGRESSE

FLACH berichtete über den Stand der Wahlkampfvorbereitungen. Es sei gelungen, die Formel von den drei großen Parteien durchzusetzen und Dr. *Mende* weitgehend als Spitzenkandidaten neben Dr. *Adenauer* und *Brandt* in der Öffentlichkeit aufzubauen. Mit dem Frankfurter Bundesparteitag und den mit ihm gekoppelten Aktionen sei die Phase der Vertrauenswerbung abgeschlossen.

Mit der Serie der Fachkongresse würde die Phase der Sachaufklärung beginnen. Sie sei gekoppelt mit Anzeigen in den Fachzeitungen und Fachzeitschriften. Als dritte Phase sei die Kampfwerbung vorgesehen, deren Auftakt der Wahlkongreß bilden soll.

Der Bundesvorstand beschloß, auch noch einen Vertriebenenkongreß zu veranstalten.[23]

---

19 Abgedr. in fdk 12. Jg., Nr. 35 vom 9. 5. 1961, S. 3.

20 Bundesvorsitzender des LSD.

21 Die a. o. Delegiertenversammlung vom 13. und 14. 5. 1961 in Altenkirchen/Westerwald diente dazu, die auf der Delegiertenversammlung im April (vgl. Anm. 7) aufgetretenen Spannungen beizulegen und den Zusammenhalt des LSD und einen einheitlichen Kurs zu gewährleisten. Vgl. LSZ 10. Jg., Nr. 3, Mai 1961, S. 1, 6.

22 Siehe Anm. 9.

23 Insgesamt wurden 13 Fachkongresse durchgeführt: 3./4. 6. 1961: Kommunalpolitischer Kongreß, Wiesbaden; 10./11. 6. 1961: Wehrpolitische Tagung mit der Bundeswehr, Koblenz; 24./25. 6. 1961: Deutschland-Treffen der DJD, Detmold; 24./25. 6. 1961: Bundesfrauentagung, Düsseldorf; 3. 7. 1961: Bundesagrarkongreß, Verden/Aller; 5./6. 7. 1961: Liberales Kulturforum, Heilbronn; 6./7. 7. 1961: Außenwirtschaftstagung, Hamburg; 15./16. 7. 1961: Gesundheitspolitischer Bundeskongreß, Mainz; 27./28. 7. 1961: Wirtschaftspolitischer Kongreß, Stuttgart; 3./4. 8. 1961: Sozialpolitischer Bundeskongreß, Saarbrücken; 5./6. 8. 1961: LDP-Bundeskongreß, Augsburg; 12./13. 8. 1961: Bundeskongreß für Heimatvertriebene, Lübeck; 17. 8. 1961: Verkehrspolitischer Bundeskongreß, Dortmund; 19./20. 8. 1961: Mittelstandskongreß Nürnberg. Teilnehmer an allen Kongressen insgesamt: 5 150. Vgl. die undatierte Aufstellung in ADL, A 1-187/10.

4. BUNDESHAUPTAUSSCHUSS UND BUNDESWAHLKONGRESS

Der Bundesvorstand beschloß, den Bundeshauptausschuß am 24. August um 14.00 Uhr nach Hannover einzuberufen. Am 25. August, 10.30 Uhr, soll in Hannover der Bundeswahlkongreß stattfinden. Dazu werden alle Wahlkreiskandidaten, alle Landeslistenbewerber, die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der Partei außer den Mitgliedern des Bundeshauptausschusses und der Bundestagsfraktion eingeladen.[24] Es wurde vorgeschlagen, mit drei Kurzreferaten von Dr. *Bucher, Döring* und *Mischnick* den Kongreß einzuleiten. Dr. *Mende* soll dann das zusammenfassende Hauptreferat mit den letzten entscheidenden Wahlaussagen halten. Der endgültige Beschluß über den Wahlkongreß wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am 16. Juni 1961, 14.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, stattfinden.[25]

---

24 Zum Bundeswahlkongreß versammelten sich – der offiziellen Einladung zufolge – „der Bundesvorstand, der Bundeshauptausschuß, alle Wahlkreis- und Landeslisten-Kandidaten sowie alle Bezirks- und Kreisvorsitzenden der FDP".

25 Vgl. Nr. 14. Nach W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 6. 5. 1961 berichteten in der Sitzung vom 6. 5. bei einem nicht bezeichneten TOP *Mende* und *Flach* mit Zahlenangaben über die Finanzlage der Partei: Ver- und Entschuldung, Wahlkampfkosten, zu erwartende Bundesmittel usw. (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

## 14.

## 16. 6. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 16. Juni 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.20 Uhr–18.15 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt (i. V. von Glahn), Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Eisenmann, Flach, Genscher, Gentner, Graaff, Haas, Hoppe, Kohut, Lenz, Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Nolte (LSD), Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Simonis, Werner (DJD), Weyer.[1]

Gäste: Rutschke, Emil Schäfer, Starke.

1. BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE berichtete zur innenpolitischen Lage[2] und teilte mit, daß er mit Dr. *Krone* vereinbart habe, sich wechselseitig über Koalitionsgespräche einzel-

---

1 Entschuldigt waren *Eilers, Erbe, Haußmann,* Herta *Ilk, Leverenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier,* Hans *Schäfer.*

2 Vgl. fdk Nr. 94/61 (T) vom 16. 6. 1961, S. 1 f.

ner Parteimitglieder in Bonn oder auf Landesebene zu informieren.[3] Man sei sich darin einig gewesen, den Wahlkampf völlig frei zu führen und vor dem 17. September keinerlei Vereinbarungen zu treffen.

Dr. MENDE berichtete dann über die Vorgänge bei der Münchener Gruppe des LSD.[4]

Zur außenpolitischen Lage berichtete Dr. MENDE über das neueste Sowjetmemorandum[5] und den *Mansfield*-Plan.[6] Es sei notwendig, eigene Gegenvorschläge zu unterbreiten und nicht nur zu allem nein zu sagen. Wenn es je zu einer Lösung in Mitteleuropa kommt, dann nur auf der Basis der alten FDP-PLäne[7] bzw. ähnlicher Vorschläge. Aus publizistischen Gründen sei es aber gegenwärtig unzweckmäßig, die Frage der Auftragsverhandlungen nach außen hin hochzuspielen.

In der anschließenden Debatte über die außenpolitische Lage kam der große Ernst der Situation zum Ausdruck.

Zur Frage von Koalitionsgesprächen beschloß der Bundesvorstand, vor dem 17. September keinerlei derartige Gespräche zu führen. Niemand ist befugt, für die Partei irgendwelche Koalitionsverhandlungen oder Gespräche über die Besetzung von Regierungsämtern mit der einen oder anderen Seite zu führen.[8]

Im Rahmen der Diskussion über den LSD dankt Dr. MENDE dem Bundesvorsitzenden *Nolte* für die schnelle und klare Reaktion auf die Maßnahmen der Münchener Gruppe[9], die völlig isoliert sei, da kein weiterer Landesverband

---

3 Nach W. SCHOLLWER, Liberale Opposition, 1990, S. 151 hatte *Mende* den Landesgeschäftsführern am Vortag berichtet, er habe dem Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Krone,* gesagt, „daß ich im Falle einer erneuten Kanzlerschaft *Adenauers* und der absoluten Mehrheit der CDU meiner Partei empfehlen werde, nicht in die Regierung zu gehen, sondern sie zu tolerieren."

4 Einem Sprecher der FDP zufolge hatten sich in die Hochschulgruppe München des LSD, ähnlich wie in Berlin, linksradikale und sozialdemokratische Studenten eingeschlichen und ein SPD-Kreisvorstandsmitglied zum Gruppenvorsitzenden bestellt. Vgl. fdk Nr. 87/61 (T) vom 13. 6. 1961, S. 1.

5 Die Regierung der UdSSR hatte am 8. 6. 1961 den Botschaftern der drei westlichen Alliierten und der Bundesrepublik in Moskau eine Erklärung übermittelt, die gegen die Anwesenheit von Bundestagsausschüssen in West-Berlin und gegen die Absicht protestierte, dort eine Bundesratssitzung abzuhalten. Abgedr. in AdG 1961, S. 9140 D.

6 *Mansfield,* Sprecher der Demokraten im amerikanischem Senat, hatte dort am 14. 6. 1961 den Vermittlungsvorschlag gemacht, ganz Berlin den Status einer international geschützten Freien Stadt zu geben. Vgl. AdG 1961, S. 9160 A.

7 Vgl. Nr. 2 Anm. 21.

8 Trotz dieses Beschlusses kam *Mende* am 10. 7. 1961, begleitet von seinen Vorstandskollegen *Weyer* und *Döring,* im Hause des Kaufmanns *Horten* mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef *Strauß* und seinem Generalsekretär Friedrich *Zimmermann* zusammen. Dabei wurde vereinbart, „die Nachfolgefrage für Konrad *Adenauer* im Herbst zusammen mit der CSU zu lösen". Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 477. Weiterhin gab *Mende* am 24. 7. 1961 der Bild-Zeitung ein Interview, in der er sich erneut zur Koalitionsfrage, den angestrebten Ressorts und seiner persönlichen Nichtbeteiligung an einem Kabinett *Adenauer* äußerte. Vgl. K. MOERSCH, 1978, S. 17 f.

9 Siehe Anm. 4.

und auch keine andere bayerische Gruppe hinter ihr steht. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, dem Bundesvorstand des LSD zu empfehlen, auf einer weiteren außerordentlichen Delegiertenversammlung[10] den Ausschluß der Münchener Gruppe dann durchzuführen, wenn vorher Klarheit über das Ergebnis der Abstimmung bestehe. Im anderen Falle sei das Thema bis nach den Bundestagswahlen zu vertagen.

Der Bundesvorstand nahm zur Kenntnis, daß die bayerischen Jungdemokraten die Zusammenfassung ihrer studentischen Mitglieder zu einer neuen liberalen Hochschulgruppe planen.

Der Bundesvorstand beschloß ferner, eine Kommission zu bilden, die mit dem LSD über sein Verhältnis zur FDP beraten soll. Die Kommission besteht aus *Rubin, Döring, Mischnick* und *Flach.*

Um sofort eine klare und einheitliche Aussage festzulegen, beschloß der Bundesvorstand, am 19. September um 10.00 Uhr in Bonn bereits zur Beratung über das Ergebnis der Bundestagswahlen zusammenzutreten.

3. FESTLEGUNG DER TAGESORDNUNG FÜR BUNDESHAUPTAUSSCHUSS[11] UND WAHLKONGRESS[12]

Der Bundesvorstand beschloß, den Wahlkongreß nach den Vorschlägen der letzten Sitzung mit Referaten von Dr. *Bucher, Döring, Mischnick* und Dr. *Mende* durchzuführen. Es wurde in Aussicht genommen, noch zusätzlich eine Frau sprechen zu lassen.

2. ENTWICKLUNG DER WAHLKAMPFLAGE (zusammen mit der Wahlkampfkommission)

FLACH berichtete über die Entwicklung der Wahlkampflage und das neueste Ergebnis der Intermarket- und EMNID-Umfragen.[13] Die von ihm mitgeteilten Wahlkampfmaßnahmen sind allen Bundesvorstandsmitgliedern im vertraulichen Rundschreiben WK 3/61 mitgeteilt worden.[14]

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am Freitag, den 14. Juli, um 14.00 Uhr in Bonn stattfinden.[15]

Es ist ferner in Aussicht genommen, am 24. August um 10.00 Uhr in Hannover[16] zu tagen.

---

10 Eine weitere a. o. Delegiertenversammlung des LSD im Jahr 1961 nach der vom 13./14. 5. 1961 (vgl. Nr. 13 Amn. 21) ließ sich nicht ermitteln.

11 Bundeshauptausschußsitzung in Hannover am 25. 8. 1961, an den Wahlkongreß anschließend.

12 Wahlkongreß in Hannover am 25. 8. 1961.

13 Bei der monatlichen Umfrage des EMNID-Instituts für Meinungsforschung „zur Resonanz der Parteien" erhielt die FDP seit Januar 1961 folgende Werte: Jan. 6 %, Febr. 7 %, März 7 %, April 8 %, Mai 8 %. Vgl. EMNID-INFORMATIONEN 13. Jg., Nr. 24, 17. 6. 1961, S. 2 f.

14 Das Rundschreiben WK 3/61 vom 20. 6. 1961 Fl./P. enthält einen Bericht über den neuesten Stand der Wahlkampfplanungen unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Bundesvorstandes und der Wahlkampfkommission vom 16. 6. 1961 (ADL, A 1-184).

15 Vgl. Nr. 15.

16 Tagungsort des Wahlkongresses am 25. 8. 1961. Vgl. Nr. 16.

## 15.

## 14. 7. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 14. Juli 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.15 Uhr–17.20 Uhr.**[1]

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Bursig, Dahlgrün, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Eisenmann, Engelhard, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graf (i. V. von Borttscheller), Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohut, Leverenz, Maier, Mende, Frhr. von Mühlen, Nolte (LSD), von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Schollwer, Schultz, Simonis, Weyer.[2]

1. und 2. BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE; ENTWICKLUNG DES WAHLKAMPFES.

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß der Wehrbeauftragte *von Grolmann* den Bundestagspräsidenten um seine Entlassung gebeten habe.[3] Präsident *Gerstenmaier* habe die Entlassung angenommen. Es handele sich um einen Fall tragischen menschlichen Versagens ohne politischen oder nachrichtendienstlichen Hintergrund.[4]

Dr. MENDE wies in seinem Bericht zur Wahlkampflage darauf hin, daß die CDU die FDP laufend angreife. Die FDP müsse jetzt geschickt manövrieren, um den Wählerrückstrom von der CDU auf sich zu lenken. Die Zuspitzung der außenpolitischen Lage[5] mache den Wahlaufruf besonders aktuell. Nachdem die FDP sich bisher klar von der SPD abgesetzt habe[6], müsse sie sich nunmehr zur CDU hin profilieren.[7]

---

1 Die Angaben sind der Vorlage entnommen.

2 Entschuldigt waren *Eilers, Erbe, Haas, Lenz, Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Mischnick, Scheel* und Heinrich *Schneider.*

3 Der Präsident des Bundestages gab den Rücktritt *von Grolmans* am 14. 7. 1961 bekannt. Vgl. AdG 1961, S. 9224 D.

4 Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Verstoßes gegen § 175 StGB veranlaßte *von Grolman,* auf sein Amt zu verzichten. Vgl. FAZ Nr. 162 vom 17. 7. 1961, S. 3.

5 Infolge des zunehmenden Druckes der UdSSR auf Berlin war der Status der Stadt etwa ein halbes Jahr vor dem 13. 8. 1961 erneut zur Hauptstreitfrage zwischen den westlichen Alliierten und der UdSSR geworden. Vgl. DOKUMENTATION zur Deutschlandfrage II, 1961, S. 543–686 (Nr. 541–600); H. HERZFELD, 1973, S. 448–456, 479.

6 Eine Koalition mit der SPD sah das Konzept der FDP für den Bundestagswahlkampf 1961 nicht vor. Vgl. die Erklärung (Abs. 4) in Nr. 13 TOP 1; K. MOERSCH 1978, S. 11.

7 Dies geschah u. a. dadurch, daß sich *Mende* unter dem Druck einiger Landesverbände gezwungen sah, öffentlich und entschieden gegen eine erneute Kanzlerschaft *Adenauers* Stellung zu beziehen und seine Partei insoweit festzulegen. Vom Juli 1961 an machte *Mende* die Kanzlerfrage zu einem Hauptthema der Wähleransprache. Vgl. K. MOERSCH, 1978, S. 15–18; U. WENGST, 1989, S. 119.

Die Serie der Fachkongresse der FDP[8] sei ein voller Erfolg. Es müsse immer wieder das Ziel herausgestellt werden, die absolute Mehrheit der CDU/CSU zu brechen. Wir sollten davon ausgehen, daß die Unionsparteien diese Mehrheit nicht wieder erhalten. Falls doch, ständen wir vor einem Dilemma. Auf keinen Fall könnten wir bei absoluter Mehrheit der CDU/CSU unter *Adenauer* koalieren.

Dr. MENDE wies dann auf die außenpolitische Zuspitzung hin. Es sei Besonnenheit und Festigkeit notwendig. Gegen die Scharfmacher, die bereits 1914 und 1939 den Krieg mitverschuldet hätten, müßten wir uns wenden und die Bereitschaft zu Verhandlungen betonen.

Dr. ACHENBACH ergänzte die außenpolitischen Ausführungen Dr. *Mendes* und wies auf den großen Ernst hin, mit dem Außenminister *von Brentano* im Auswärtigen Ausschuß zur Lage gesprochen hätte.[9] In einer Einheitsfront aller Parteien müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, den Frieden zu erhalten.

[2. ENTWICKLUNG DES WAHLKAMPFES]

FLACH wies darauf hin, daß nach dem Hoch der FDP im Anschluß an den Frankfurter Parteitag[10] eine natürliche Sommerflaute eingetreten sei. Die Aufgabe bestände darin, mit dem Wahlkongreß in Hannover[11] noch einmal den Auftakt zu einer schlagkräftigen Schlußphase zu geben.

Dr. MENDE sprach den Dank an alle Mitarbeiter für die bisher im Wahlkampf geleistete Arbeit aus.

RUBIN wies darauf hin, daß die gesamte Wahlkampfplanung darauf abgestellt sei, in der Letztphase eine Erdrückung durch die Maßnahmen der Gegner zu verhindern. Leider seien die finanziellen Voraussetzungen nicht voll gegeben, da von den benötigten 5 Mill. DM für die Bundeswerbung nur 3 Mill. DM fest zugesagt seien.[12] Die Bundespartei könnte daher auch keine Mittel für die Landesverbände aufwenden.

Dr. Reinhold MAIER berichtete über ein eingehendes Gespräch mit Altbundespräsident *Heuss* Anfang der Woche. Prof. *Heuss* habe bei dem *Adenauer*-Besuch mit keinem Wort über das FDP-Wahlplakat gesprochen oder eine Abmachung mit *Adenauer* im Hinblick auf den Wahlkampf getroffen. Das Plakat sei aber nur für die erste Phase gedacht gewesen. Seine Werbewirksamkeit sei in-

8 Vgl. Nr. 13 Anm. 23.

9 *Achenbach* war Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Vgl. BT-HANDBUCH. 3. Wahlp., 1957, S. 176. Die Protokolle dieses Ausschusses sind nicht zugänglich.

10 Vom 23. bis 25. 3. 1961.

11 Am 24. und 25. 8. 1961. Vgl. die Erklärung des Bundesvorstandes der FDP (24. 8.), das Referat des Abg. *Döring* (24. 8.) und den Wahlaufruf der FDP (25. 8. 1961) in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 7-1961, 1976, S. 221–227, 231.

12 Vgl. zur haushaltsrechtlichen Grundlage Nr. 1 Anm. 11 und 13 sowie 3. BT-ANLAGEN, Bd. 73, Drucks. Nr. 2505, S. 4.

zwischen verbraucht. Es müßte bald zu einer Begegnung Dr. *Mendes* mit *Heuss* kommen.[13]

Dr. MENDE betonte, daß das Plakat nicht mehr geklebt würde, aber die Postkartenwerbung mit dem gleichen Motiv ebenso fortgesetzt werden könnte wie der Versand der Broschüre vom Frankfurter Parteitag.[14]

Nach eingehender Aussprache über die Wahlkampfführung faßte der Bundesvorstand folgende Entschließung:

„Der Bundesvorstand der FDP hat auf seiner Sitzung am 14. Juli in Bonn die Vorbereitungen für die Schlußphase des Bundestagswahlkampfes abgeschlossen.[15] Der Bundesvorstand hat ferner noch einmal einstimmig die Aussagen bestätigt, die der Bundesvorsitzende im Deutschen Fernsehen und bei anderen Gelegenheiten zur Koalitionsfrage gemacht hat. Der Bundesvorstand stellt fest, daß das Koalitionsthema für die FDP mit diesen klaren Äußerungen bis zum Tag nach der Wahl erledigt ist. Es würde eine Vorwegnahme des Wählerwillens bedeuten, sich schon jetzt mit Einzelheiten der künftigen Regierungsbildung zu befassen. Der Bundesvorstand hat daher alle Verbände der Partei angewiesen, sich ausschließlich auf den Wahlkampf zu konzentrieren. Im Wahlkampf haben die politischen Parteien unabhängig von der Frage einer künftigen Zusammenarbeit die Pflicht der Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern, um den Wählern die Orientierung zu erleichtern. Die FDP wird diese Auseinandersetzung mit der CDU/CSU und mit der SPD suchen. Sie wird dabei auf Erhaltung der Fairness bedacht sein."

Unter Punkt
3. VERSCHIEDENES

gab DAUB eine Erklärung zu den persönlichen Angriffen auf ihn in Marburg ab.[16] CDU und SPD versuchten, ihn aus wahlkampftaktischen Gründen anzugreifen.

---

13 Vgl. Nr. 10 Anm. 2.

14 XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, 142 S.

15 Für die Bundestagswahlen am 17. 9. 1961.

16 *Daub,* Bundesvorsitzender der DJD, hatte entgegen einer Vereinbarung mit dem FDP-Landesverband Hessen und der FDP-Fraktion des Landtags in Wiesbaden sein Mandat als Landtagsabgeordneter nicht niedergelegt, als er im März 1959 den Posten eines Bürgermeisters in Marburg/Lahn annahm. Daraufhin kam es zu Spannungen zwischen *Daub* und dem FDP-Bundesvorstand, die auch fortdauerten, als *Daub* sein Landtagsmandat am 7. 1. 1960 niedergelegt hatte. Als Bürgermeister wurde er im Februar 1962 gemäß § 76 Hess. GemO vorzeitig abberufen. Vgl. DEUTSCHE INFORMATIONEN 5. Jg., Nr. 3 vom 18. 5. 1960, S. 2 (ADL, 6951/24); Mitteilung des Stadtarchivs Marburg vom 10. 7. 1989.

## 16.

## 24. 8. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 112. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 24. August 1961 in Hannover[1], Maschsee-Gaststätten, Raum ‚Roter Teppich'." 10.15 Uhr–12.25 Uhr.**

Teilnehmer: Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Daub (DJD), Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohut, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Moersch, Nolte (LSD), Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Weyer.

Gast: Ella Barowsky.[2]

1. BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und berichtete über die Einwirkungen des 13. August[3] auf die Wahlkampflage. Das Versagen *Adenauers* habe große Wellen geschlagen. Auf der anderen Seite müßte die FDP aufpassen, daß angesichts der krisenhaften Zuspitzung sich der Wahlwille nicht allein auf die beiden großen Parteien richtet, wie seinerzeit bei der Wahl in Berlin. *Brandt* habe durch seine Haltung in diesen kritischen Tagen ohne Zweifel gewonnen und gewaltige Propagandamöglichkeiten durch die stundenlangen Fernsehsendungen gehabt.[4]

FLACH wies darauf hin, daß die Bundesregierung anscheinend in Berlin jetzt jene Kapitulation auf Raten eingeleitet habe[5], vor der sie früher so oft gewarnt habe. Es sei notwendig, die Wahlkampfführung – soweit wie möglich – auf die Lage nach dem 13. August umzustellen. Die Präambel des Wahlaufrufs könnte in den Tagen nach dem 13. August verfaßt sein. Die FDP brauche nur wenig umzustellen, da sie den Wahlkampf von vornherein nicht auf Wohlstand und Sicherheit abgestellt habe.[6]

---

1 Ort des Wahlkongresses 1961 der FDP am folgenden Tag.

2 Entschuldigt waren *Lenz, Leuze, Maier* und *Rubin*.

3 Mit dem Bau der Mauer zwischen Ost- und Westberlin, der – von der UdSSR veranlaßt – am 13. 8. 1961 begann, ereichte die zweite Berlin-Krise ihren Höhepunkt. Vgl. DOKUMENTATION zur Deutschlandfrage II, 1961, S. 682–690 (Nr. 598–602); H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 141–152.

4 Vgl. ähnlich H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 151 f.

5 Die Hinnahme der Berlin-Sperre durch die Westmächte und einige Mißgriffe *Adenauers* nach dem 13. 8. 1961 – so besuchte Adenauer Berlin erst am 22. 8. – waren geeignet, diese Sichtweise zu stützen. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 151 f.

6 Der Aufruf lautete: „ Unser Vaterland ist geteilt. Der Gegensatz Ost-West kann jedenTag in eine Katastrophe führen. Der Wohlstand in der Bundesrepublik verschleiert die Bedrohung unserer nationalen Existenz. Unser Volk ist auf ernste Belastungsproben nicht vorbereitet. Diese Gefahren gilt es zu erkennen. Nur ein freies, gesundes und modernes Volk kann sie meistern." Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125.

Dr. SCHNEIDER warnte davor, jetzt *Adenauer* zu stark anzugreifen.[7]

ENGELHARD wies auf die Notwendigkeit hin, auch jetzt publizistisch im Spiel zu bleiben, da beinahe fast jeden Tag ein Bundesminister in Berlin sei und der Regierende Bürgermeister von Berlin im Mittelpunkt des Geschehens stehe.

Dr. HAAS warnte davor, die Aussage zur Koalitionsfrage jetzt noch zu verwässern.

Herr WEYER wies darauf hin, daß die Brechung der absoluten Mehrheit und die Bereitschaft zur Partnerschaft mit der CDU/CSU weiterhin Hauptziel bleiben müßte.[8]

Dr. BORTTSCHELLER meinte, die Brechung der absoluten Mehrheit müsse als Parole stur durchgehalten werden.

Dr. HAUSSMANN wies darauf hin, daß es bisher keine Panne auf Bundesebene in der Wahlkampfführung gegeben habe. Auch in der Koalitionsfrage sollten keine weiteren Aussagen erfolgen. Trotz der veränderten Situation[9] müssen die letzten drei Wochen mit den gleichen Parolen durchgehalten werden. Dr. HAUSSMANN dankte besonders Dr. *Mende* und der gesamten Bundesgeschäftsstelle für ihren bisherigen vorbildlichen Einsatz.

Der Bundesvorstand beschloß, für Frau Dr. *Kiep-Altenloh* Frau Dr. *Lüders* mit einem kurzen Referat vor dem Bundeswahlkongreß zu beauftragen.[10]

Er beschloß ferner, durch den Bundesvorsitzenden die in der Anlage beigefügte „Berlin-Erklärung"[11] vor dem Bundeswahlkongreß abzugeben.

ANLAGE
[„BERLIN-ERKLÄRUNG"]

Die Freie Demokratische Partei bekräftigt in dieser Stunde ihr Bekenntnis zur deutschen Hauptstadt Berlin, die in den Herzen des ganzen deutschen Volkes ungeteilt ist und ungeteilt bleiben wird.

Wir danken der Berliner Bevölkerung für ihre beispielhafte Standhaftigkeit. Sie hat auch für uns dem Kommunismus widerstanden und damit die ganze Welt von dem Bekenntnis des deutschen Volkes zu Demokratie und Freiheit überzeugt.

Die Berliner in beiden Teilen der Stadt sollen wissen:

---

7 *Schneider* (FDP/DPS) lehnte eine Koalition der FDP mit CDU und CSU unter Führung *Adenauers* entschieden ab. Vgl. Nr. 21 Anm. 15.

8 Beides bedingte einander. *Mende* vetrat, von *Döring*, *Leverenz* und *Weyer* unterstützt, die Auffassung, daß es das Ende der FDP bedeuten würde, wenn sie im Falle einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU eine Koalition mit den Unionsparteien einginge. Vgl. W. SCHOLLWER, 1990, S. 154.

9 Siehe Nr. 15 Anm. 5.

10 Frau Dr. *Kiep-Altenloh* sollte referieren über „Die Verantwortung der Frauen für die Freiheit im deutschen Volk". Vgl. Einladung zum Wahlkongreß 1961 der FDP (ADL, A 1-184).

11 Quellennachweis: ADL, A 1-187.

1. Die Freie Demokratische Partei wird niemals ihre Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen geben, die von der am 13. August 1961 vollzogenen Spaltung Berlins ausgehen.

2. Die Freie Demokratische Partei wird die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auch weiterhin als das oberste Ziel ihrer Politik betrachten.

3. Die Freie Demokratische Partei bekennt sich erneut zu den von ihr mitverantworteten Verträgen mit unseren Verbündeten, durch die die Wiederherstellung der deutschen Einheit als gemeinsames Ziel erklärt wird.

Die Verbündeten der Bundesrepublik würden Inhalt und Geist dieser Verträge nicht gerecht werden, wenn sie die Berlin-Frage allein unter dem Blickpunkt ihrer Rechte in Berlin betrachten würden. Die Absperrung in Berlin ist keine innere Angelegenheit der Sowjetzone. Sie verletzt die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin, an deren Ausübung für den Sowjetsektor die Westalliierten zur Zeit durch die einseitigen Maßnahmen der *Ulbricht*-Regierung gehindert werden. Die von den Verbündeten übernommene Verpflichtung, die Sache der deutschen Einheit zu ihrer eigenen zu machen, verpflichtet sie auch, die Freizügigkeit in und von den beiden getrennten Teilen Deutschlands nach Berlin als eine der letzten und menschlich wirksamsten Klammern zwischen den getrennten Teilen Deutschlands aufrechtzuerhalten.

Die deutsche Politik muß zum alleinigen Maßstab des Erfolgs die Sache der nationalen Einheit des deutschen Volkes und damit der Sache der Berliner machen.

## 17.

## 19. 9. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion[1]

**ADL, Ordner Nr. 113. Vorsitz: Mende; Protokoll: Lorenz. Überschrift: „Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP am Dienstag, 19. September 1961, 10 Uhr, im Bundeshaus, Bonn." 10.00 Uhr–14.20 Uhr.**

Redner[2]: Borm, Borttscheller, Bucher, Daub (DJD), Dehler, Döring, Engelhard, Eilers, Erbe, Ertl, Flach, Haas, Hamm, Haußmann, Herta Ilk, Imle, Kohut, Kreitmeyer, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Margu-

1 Vgl. fdk Nr. 151/61 (T) und Nr. 152/61 (T) vom 19. 1. 1961. Bis zur konstituierenden Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion tagten die beiden Führungsgremien dreimal gemeinsam. Danach beriet die Fraktion allein. Vgl. Nr. 18 und 19; W. F. DEXHEIMER, 1973, S. 65.

2 Die Vorlage enthält kein Verzeichnis der Anwesenden, von denen 35 durch Reden bzw. Zwischenrufe nachweisbar sind. Einschließlich der Mitglieder der neuen Bundestagsfraktion waren über 100 Personen anwesend.

lies, Mauk, Mende, Menne, Mischnick, Frhr. von Mühlen, Rademacher, Rubin, Rutschke, Heinrich Schneider, Spitzmüller, Stammberger, Weyer.

[PRÄLIMINARIEN]

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Bundesvorstandssitzung und Fraktionssitzung, und zwar sowohl der Fraktion des 3. Deutschen Bundestages wie der neugewählten Abgeordneten für den 4. Bundestag[3], und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Ich darf zunächst zur Tagesordnung feststellen, daß hier als Beschlußorgan der Bundesvorstand vorhanden ist und daß, wenn es eventuell Abstimmungen gibt, diese von den Mitgliedern des Bundesvorstandes getätigt werden. Außerdem gibt es noch die Fraktion des 3. Deutschen Bundestages, für die ebenfalls möglicherweise Beschlüsse hier in Frage kommen können. Es gibt noch nicht die Fraktion des 4. Deutschen Bundestages, aus formal-rechtlichen Gründen.[4] Es gibt selbstverständlich die gewählten Abgeordneten des 4. Deutschen Bundestages.

Die Tagesordnung sieht vor, daß wir zunächst einmal einen kurzen Bericht von mir und Karl-Hermann *Flach* entgegennehmen und dann in die Aussprache zunächst noch der Wahl und der Wahlergebnisse eintreten, zweitens in eine Diskussion der nunmehr an uns herantretenden Fragen. Dabei wird für mögliche Koalitionsverhandlungen die seinerzeit vom Parteitag empfohlene Verhandlungskommission[5] hier zu wählen sein. Drittens wollen wir eine Art Vorschau auf die möglichen Aufgaben halten und über unser Verhalten bei den kommenden Aufgaben hier miteinander ein Gespräch führen.

Gegen 13 Uhr würden wir kurz unterbrechen, und wir würden hier unser Essen einnehmen. Wir gehen nicht in das Restaurant. Dort würde sich eine Schar von Journalisten auf uns stürzen und uns fragen: Wie stehen Sie zu *Adenauer?* Dann würden vielleicht vier verschiedene Meinungen geäußert, und das wäre das Schlechteste, was es im Augenblick geben kann. Ich nehme an, daß wir um 15 Uhr hier fertig sein könnten, damit Sie die frühen Nachmittagszüge noch erreichen.

[1. BERICHT DES BUNDES- UND FRAKTIONSVORSITZENDEN]

Darf ich zunächst, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wir mit dem Sitzungssaal der alten FDP-Fraktion heute nicht mehr auskommen. (Beifall.) Die FDP zieht statt mit

---

3 Der 4. Deutsche Bundestag wurde am 17. 9. 1961 gewählt. Der Stimmenanteil der gültigen Zweitstimmen betrug 1961: CDU/CSU 45,3 v. H., SPD 36,2 v. H., FDP 12,8 v. H., Sonstige 5,7 v. H. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 36, 40–43.

4 Der 4. Deutsche Bundestag trat erstmals am 17. 10. 1961 zusammen.

5 Der Beschluß des 12. Bundesparteitages der FDP vom 23. 3. 1961 lautete: „Der Bundesparteitag empfiehlt dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion für den Fall etwaiger Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl, eine Verhandlungskommission nur aus Vorstands- und Fraktionsmitgliedern zu bilden, die weder gewillt noch bereit sind, im Falle einer Regierungsbeteiligung ein Amt zu übernehmen." Vgl. Rundschreiben R 21/61 vom 4. 4. 1961 (ADL, A 1-163).

45 mit 66 Abgeordneten in den 4. Deutschen Bundestag ein. Selbst der letzte uns Übelwollende kann nicht umhin, sei es in der Öffentlichkeit, in Gesprächen, sei es in der Presse, der Freien Demokratischen Partei zu bescheinigen, daß das Dreiparteiensystem durch sie in der Bundesrepublik Deutschland stabilisiert ist.[6] Dieser 17. September ist in erster Linie eine Absage an das professorale Wunschdenken vom Zweiparteiensystem.[7] Es ist eine eindrucksvolle Demonstration für eine Dreiparteien-Entwicklung in Deutschland, da eben neben der betont konfessionellen und neben der sozialistischen Partei eine liberale Partei ein so eindrucksvolles Vertrauen von 4 Millionen Wählern und Wählerinnen für sich buchen konnte. Und das gerade in einem Land, in dem Weltanschauungsparteien nun einmal das politische Gesicht bestimmen, eine liberale Partei unbedingt notwendig ist als Regulator, als balance of power, darüber haben wir so oft gesprochen, und es verlohnt sich nicht, darüber noch ein Wort zu verlieren.

Ich weiß, daß die gute Leistung des 17. September eng verbunden ist mit den organisatorischen Vorbereitungen. Eigentlich hat der Wahlkampf ja mit unserem Bundesparteitag in Frankfurt[8] begonnen. Wir wissen, daß Theodor *Heuss,* der uns herzlich zu unserem Wahlerfolg beglückwünscht, selbst den ersten Stein zu einem Erfolg durch sein Erscheinen und durch sein Bekenntnis in Frankfurt gelegt hat.[9] Wir danken Theodor *Heuss* dafür. Ich werde ihm von hier ein Begrüßungstelegramm schicken. (Beifall.)

Reinhold *Maier* ist leider erkrankt. Es geht ihm nicht sehr gut. Er kann nicht kommen[10] und bittet um Entschuldigung.

Wir hatten in der Wohnung von Theodor *Heuss* noch drei Tage vor der Wahl ein anderthalbstündiges Gespräch – Theodor *Heuss,* Reinhold *Maier,* Wolfgang *Haußmann, Hummel* und ich –, und wir haben im Grunde genommen auch in diesem Gespräch uns schon gegenseitig ausgetauscht bezüglich der Aufgaben, die an uns herankommen würden. Denn daß wir mit einem guten Abschneiden rechnen konnten, das sah man schon aus dem Besuch der Wahlversammlungen und aus der allgemeinen Wählerstimmung. Sie wissen ja, daß die demoskopischen Institute uns am Freitag vor der Wahl 11 % gaben, ein anderes Institut 10 %. Es war anzunehmen, daß wir an diesem Sonntag nicht schlecht abschneiden würden.[11]

---

6 Vgl. die Erklärungen zur Rolle der FDP als dritte Kraft in Nr. 7 unter TOP 1 und Nr. 13 unter TOP 1.

7 Zu den Befürwortern eines Zweiparteiensystems gehörte u. a. Theodor *Eschenburg,* Professor für Politikwissenschaft in Tübingen. Vgl. Theodor ESCHENBURG, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Bd. 1: Kritische Betrachtungen 1957 bis 1961, ²München 1967, S. 22 f., 78, 209.

8 Vom 23. bis 25. 3. 1961.

9 Vgl. Nr. 10 Anm. 4.

10 *Maier* beteiligte sich wieder an Beratungen des Bundeshauptausschusses am 21. 10. 1961 in Bonn. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 485.

11 Die FDP erhielt am 17. 9. 1961 12,8 % v. H. der gültigen Stimmen.

Wir haben unsere Fachkongresse[12], wie Sie wissen, mit großem Erfolg in allen Gebieten der Bundesrepublik veranstalten können. Schließlich war auch der Wahlkongreß in Hannover nochmals ein Paukenschlag.

Dieser Wahlkampf war im wahrsten Sinne des Wortes eine Gemeinschaftsleistung von Bundespartei und Landesverbänden, von Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Ich möchte als der verantwortliche Vorsitzende dieser Partei all den Kolleginnen und Kollegen, aber auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Bundesgeschäftsstelle, voran Karl-Hermann *Flach,* und in der Fraktion voran Herrn *Genscher*[13], herzlich danken, und ebenso den vielen Idealisten im Lande draußen. (Beifall.)

Wer so von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Saarbrücken bis Itzehoe etwa im Monat August die Ohren und die Augen reagieren ließ, der kam zu dem Ergebnis: Es ist eine gute Stimmung in der Partei, in der Bevölkerung. Ich habe selten einen solch idealistischen Einsatz unserer Freude feststellen können bei der Vorbereitung der Versammlungen und in den Versammlungen wie in der Tat in diesen Wochen. Es war in unserer Partei etwas, was allen ein Stück Auftrieb gab, keine Resignation, keine Depression, sondern es war eine optimistische, eine idealistische Haltung, wie sie auch in unserem Wahlaufruf[14] durchklang. Ich glaube, das alles zusammen hat nun bewiesen, daß man auch in Deutschland dem Liberalismus, wenn man ihn richtig vertritt und organisatorisch fundiert, durchaus eine große Chance geben kann, wie in Schweden[15], wie in Kanada[16], wie in Japan[17] und wie auch anderswo.

Nun darf ich zunächst einmal, um der Kontaktmöglichkeit Raum zu geben, feststellen, daß in Bayern[18] zusätzlich zu den Kollegen, die wir schon kennen und die ich nicht vorzustellen brauche – Thomas *Dehler,* Heinz *Starke,* Leonhard *Murr,* Wolfgang *Stammberger* –, neugewählt wurden: ich bitte jeden einzelnen, sich bekannt zu machen, damit wir uns gleich persönlich kennen –: Josef *Ertl,* Oberlandwirtschaftsrat aus München. Josef *Ertl* ist bekannt als Leiter des Südtirol-Hilfswerks; aber als solcher ist er nicht in die Fraktion gewählt, sondern als Abgeordneter der FDP. – Dr. Ernst *Supf,* Landrat aus Nürnberg, Werner *Kubitza,* Studienprofessor aus Lohr (Main) und Hansheinrich *Schmidt,* Oberlehrer aus Kempten (Allgäu). – Damit stellt der Landesverband Bayern statt bisher vier nunmehr acht Abgeordnete. Ein erfreuliches Ergebnis! Ich beglückwünsche den Landesvorsitzenden *Haas* und seine Freunde dazu. (Beifall.)

---

12 Vgl. Nr. 13 Anm. 23.
13 Geschäftsführer der BT-Fraktion.
14 Wahlaufruf vom 25. 3. 1961. Vgl. Nr. 12 Anm. 5.
15 Vgl. Martin GRASS/Nils RUNEBY: Schweden, in: F. WENDE, 1981, S. 580 ff., 595 f.
16 Vgl. Eberhard KÖHLER, Liberalismus in Kanada, in: Liberal, 16. Jg. (1974), S. 677–684.
17 Vgl. Nozomu SCHIMIZI, Die Parlamentarische Demokratie und die Entwicklung des Parteiensystems im Nachkriegs-Japan, in: JÖR N. F. 27, 1978, S. 598–602.
18 Zur Lage der FDP in Bayern vgl. K. J. KÖRPER, 1968, S. 136–140. Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen für die FDP in den jeweiligen Ländern vgl. J. DITTBERNER, 1984, S. 1352–1354.

Hamburg[19] hat neben Willy Max *Rademacher* und Dr. *Dahlgrün* Frau Senatorin Dr. Emilie *Kiep-Altenloh* gewählt, die zur Zeit auf einer Auslandsdienstreise sich befindet.

(*Engelhard:* Maßlose Übertreibung: sie ist in Ferien! – Heiterkeit.)

– Man hat mir berichtet, sie sei in England auf einer Auslandsdienstreise. Die Hamburger Senatoren sind ehrlich, insbesondere ihr Bürgermeister! – Wir freuen uns, daß mit Frau *Kiep-Altenloh* eine Frau mit sehr viel parlamentarischer und politischer Erfahrung in die Fraktion gegangen ist. Frau *Kiep-Altenloh* ist 62 Jahre alt. Ich nehme an, daß sie das Mandat annimmt.

(*Engelhard:* Das hat sie mir versichert!)

– Das ist sehr erfreulich.

An der Saar[20] ist Kollege Dr. Heinrich *Schneider* gewählt worden. Wir haben nicht damit gerechnet, daß es möglich war, das Mandat direkt zu erobern; darüber waren wir uns im klaren. Wir haben nur mit der Landesliste gerechnet. Das ist für uns keine Überraschung. Sie wissen, daß an der Saar Undank der Welt Lohn ist; das ist in der Politik meistens so.

Baden-Württemberg.[21] Zunächst die Kollegen, die wir kennen: *Lenz, Mauk, Bucher, Margulies, Spitzmüller,* Frau *Diemer-Nicolaus, Weber, von Mühlen, Dürr.* – Neugewählt worden ist Werner *Mertes,* Wirtschaftsredakteur, bekannt aus dem Süddeutschen Rundfunk. Er ist der Hans Otto *Wesemann* des Süddeutschen Rundfunks! – Dann der Landwirt Martin *Reichmann* aus Pfohren-Immenhöfe. – Baden-Württemberg stellt damit 12 Abgeordnete statt bisher 11. Ich freue mich, daß Baden-Württemberg diese Höhe gehalten hat und sogar noch etwas erhöhen konnte. Dieser Landesverband hatte ohnehin schon bei der Wahl 1957 eine Spitze erreicht, so daß wir also eine Erhöhung des Rekords nicht mehr erreichen konnten.

Dr. *Haußmann:* Um ein Haar wären es 13 geworden; aber das Mandat fiel an Bremen!)

Bei Bremen[22] bin ich besonders froh, daß wir erstmals seit 12 Jahren den kleinen Stadtstaat Bremen durch einen tüchtigen Fachmann hier vertreten sehen, nämlich Dr. Karl *Löbe.* (Beifall.) Ich freue mich, Herr *Borttscheller,* daß unserer gemeinsamen Arbeit das gelungen ist.

In Hessen[23] sind neben *Kohut, Walter, Mischnick, Kühlmann-Stumm* neu hinzugekommen Dr. Alexander *Menne,* den ich herzlich willkommen heiße. Dr. *Menne* ist uns als Vorsitzender des Vorstandes der Farbwerke Hoechst und als Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie bestens bekannt. Er hat uns beim BDI in guten und schlechten Zeiten unterstützt, wenn wir dort manchmal verschlossene Türen fanden. – Ferner Dr. Wolfram *Dörinkel,*

---

19 Zur Lage der FDP in Hamburg vgl. K. J. Körper, 1968, S. 128–131.
20 Zur Lage der FDP im Saarland vgl. K. J. Körper, 1968, S. 126 f.
21 Zur Lage der FDP in Baden-Württemberg vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 59–70. K.-J. Matz, 1989, S. 478–489.
22 Zur Lage der FDP in Bremen vgl. K. J. Körper, 1968, S. 131 f.
23 Zur Lage der FDP in Hessen vgl. K. J. Körper, 1968, S. 134–136.

bisher Landtagsabgeordneter [in] Wiesbaden, vielen bekannt als langjähriger Fraktionsvorsitzender im Landtag von Hessen, und Stadtrat und Leiter des Ressorts für Wirtschaft, Walter *Hammersen,* aus Wiesbaden.

Aus Rheinland-Pfalz[24] neben den Kollegen, die schon bekannt sind – Dr. *Atzenroth* und *Schultz* –, Dr. Ludwig *Hamm,* Rechtsanwalt aus Kaiserslautern und Dr. Werner *Danz,* Bad Kreuznach.

Nordrhein-Westfalen.[25] Neben den bekannten Abgeordneten *Mende, Döring, Scheel* die bisherige Landtagsabgeordnete Frau *Funcke* – wir freuen uns sehr, daß der Kreis der Damen in der Fraktion sich erweitert –, ferner Dr. Josef *Effertz,* Diplom-Landwirt, früher Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen. Dr. Albrecht *Aschoff* aus Essen, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Ruhrbergbau, Wolfram *Dorn,* bisheriger Landtagsabgeordneter aus Werdohl, Richard *Burckhardt,* Unternehmer aus Solingen, Rudolf *Opitz,* Handwerksmeister aus Münster, Alfred *Ollesch,* Obersteiger aus Recklinghausen, Hermann *Busse* aus Herford, Rechtsanwalt und Notar – er hat sich für heute entschuldigt, er hat einen wichtigen Termin –, Dr. Walter *Rieger,* früher Regierungspräsident in Köln, und Dr. Hans Georg *Emde* aus Brühl, langjähriger Kreisvorsitzender des Oberbergischen Kreises, als dieser noch über 24 % der Stimmen hatte.

Schleswig-Holstein.[26] Neben Otto *Eisenmann* und Dr. Wolfgang *Imle* unser Freund Walter *Peters.* Ich freue mich, daß Schleswig-Holstein durch den dritten Platz unseren Freund *Imle* wieder in den Bundestag gebracht hat. Es wäre sehr schade gewesen, wenn wir auf Ihre Mitarbeit hätten verzichten müssen. Schleswig-Holstein hat in der Tat einen recht schönen Wahlerfolg aufzuweisen.

Niedersachsen.[27] Neben den bekannten Abgeordneten Fritz *Logemann,* Herbert *Miessner, Kreitmeyer* und *Sander* sind neu: Frau Dr. *Flitz,* die ich herzlich willkommen heiße; sie ist vielen unserer Freunde aus der Frauenarbeit bekannt. – Ferner Dr. Konrad *Mälzig,* früher Aufbauminister in Niedersachsen, Gerold *Wächter,* Diplom-Landwirt, und Dr. Walter *Hellige,* Museumsdirektor in Göttingen.

Die Formalia. Den neugewählten Abgeordneten werden in Kürze die Annahmeerklärungen zugehen, ein vorläufiger Ausweis des Bundestages und der Freifahrtschein. Mit der Annahme der Wahl und mit Zugang der Annahmeerklärung beim Wahlleiter sind die Neugewählten Abgeordnete und haben auf alle dadurch entstehenden Privilegien und Immunitätsvorschriften Anspruch, auch wenn Sie noch nicht im Bundestag zusammengetreten sind.[28]

Wir haben also jetzt viel mehr Abgeordnete, juristisch gesehen, als das Parlament normalerweise hat. Die alten sind noch im Amt, die neuen sind schon

---

24 Zur Lage der FDP in Rheinland-Pfalz vgl. K. J. Körper, 1968, S. 124 f.
25 Zur Lage der FDP in Nordrhein-Westfalen vgl. K. J. Körper, 1968, S. 112–118.
26 Zur Lage der FDP in Schleswig-Holstein vgl. K. J. Körper, 1968, S. 123 f.
27 Zur Lage der FDP in Niedersachsen vgl. K. J. Körper, 1968, S. 140–142.
28 Vgl. § 45 Bundeswahlgesetz i. d. F. vom 7. 5. 1956 (BGBl. I, S. 383).

Abgeordnete, sie dürfen aber noch nicht im Bundestag zusammentreten. Vom Bundestag werden Ihnen auch Formulare zugehen, wo Sie Ihre Angaben für den Lebenslauf und für das Sachregister des Hauses machen sollen. Für alle diese Fragen steht Ihnen der Fraktionsgeschäftsführer, Rechtsanwalt *Genscher,* zur Verfügung. Ich bitte, sich an ihn zu wenden.

Ich darf vorschlagen, daß wir nun, wenn keine Fragen zu den Formalien zu stellen sind, in eine kurze Analyse des Wahlergebnisses eintreten und daß anschließend Karl-Hermann *Flach* noch einmal kurz eine Rückschau hält. – Frau Kollegin *Ilk* hatte vorher noch um das Wort gebeten.

Herta Ilk: Meine Freunde, wir sollten die Gelegenheit jetzt benutzen, unserem Freund Erich *Mende* für seinen fast übermenschlichen Einsatz im Wahlkampf und vorher zu danken. Mir ist es ein ganz besonderes Bedürfnis, das zu tun, weil ich es beobachtet habe. Ich muß sagen, er hat zeitweise wirklich soviel geleistet[29], daß ich in Sorge war um seine Gesundheit. Erich *Mende,* ich persönlich danke Ihnen daher, und ich glaube, das tun die anderen Freunde auch. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Dr. Mende: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin *Ilk.* Ich muß sagen, mich selbst hat der Wahlkampf sehr, auch menschlich, erfreut, weil es nicht einen einzigen Mißklang in der Partei gab[30] und auch menschlich die Verbindung mit allen Landesverbänden so war, wie man sie sich als Parteivorsitzender nur wünschen kann. Es erleichtert einem die Sache sehr, wenn man weiß, daß das Wort „Parteifreund" keine leere Floskel mehr ist, sondern bei uns wieder einen Inhalt bekommen hat.

Ich habe schon gesagt, daß wir mit einer kurzen Mittagspause spätestens um 15 Uhr Schluß machen wollen. Um 15 Uhr ist eine Pressekonferenz angesetzt, wo man wahrscheinlich die Kommission und die Gesamthaltung der Partei bekannt geben wird, aber keine Einzelheiten. Reinhold *Maier* hat zu äußerster Zurückhaltung geraten: „Um Gottes willen, keinesfalls sich jetzt vordrängen!"[31]

Das Element der vergangenen Wochen und Monate war der Wahlkampf. Das Element der nächsten Monate und Jahre ist die Verantwortung. Die Verantwortung ist ein anderer Schwerpunkt der Politik als der Wahlkampf. Beide gehören zusammen, beide sind Wesenselement der Politik. Im Wahlkampf zählt die Lautstärke und zählt oft auch das Argument, leider in Deutschland nicht so sehr das Argument. Wahlen sind in einigen Gegenden konfessionelle Volks-

---

29 Im Terminkalender *Mendes* waren für die Zeit vom 3. 6. bis 15. 9. 1961 insgesamt 56 Verpflichtungen vorgesehen. Vgl. Rundschreiben BV 27/61 vom 7. 6. 1961 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, A 2-81).

30 Aus der Sicht von Parteifreunden dagegen war *Mendes* Vorgehensweise im Wahlkampf wiederholt strittig. Vgl. Nr. 14 Anm. 8.

31 Auf der anschließenden Pressekonferenz ließ *Mende* im Kreuzfeuer sehr konkreter Fragen den Inhalt des Beschlusses seiner Fraktion erkennen. Auf die Frage: „Hat Ihre Fraktion definitiv beschlossen, in kein Kabinett einzutreten, dessen Kanzler *Adenauer* ist?" antwortete *Mende:* „Ich möchte über diese Frage nicht sprechen, ich möchte sie erst der Verhandlungskommission der CDU/CSU beantworten; aber ich glaube, Sie liegen richtig." Zit. Der Spiegel Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 30; D. Koerfer, 1987, S. 564.

zählungen, in anderen Gegenden materielle Zählungen. Im Wahlkampf kann manches durchaus noch an Übersteigerungen verstanden werden. In dieser Phase jetzt, der Verantwortung, zählt nicht die Lautstärke, sondern Klugheit, Besonnenheit und Zurückhaltung. (Zustimmung).

Ich bitte daher, als das erste Element unserer künftigen Arbeit jetzt zu betrachten: unter allen Umständen die Wahrung der inneren und äußeren Geschlossenheit unserer Partei. Die Versuche anderer, uns auseinanderzudividieren, wie es Herr *von Hassel* bereits hier vor der Wahl versucht hat, indem er sagte: ein Drittel der FDP sei für eine Koalition mit der CDU, ein Drittel für eine Koalition mit der SPD und ein Drittel sei noch unentschlossen – diese Tendenz, die im 2. Deutschen Bundestag leider so erfolgreich war[32], darf unter keinen Umständen aufkommen.

Die CDU und der Kanzler, die SPD und ihr Spitzenkandidat *Brandt* müssen wissen, daß jeder Versuch, über Freunde oder Mittelsstellen hier in diese Partei und Fraktion zu infiltrieren und meinungsbildend zu wirken, hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist. (Beifall.) Wenn man das nämlich in den nächsten Monaten weiß, werden wir eine ganz andere Ausgangsposition haben; dann kommt nämlich zu dem Wahlerfolg auch noch die Demonstration der Gemeinschaft hinzu, und das scheint mir für die nächste Zeit sehr wichtig zu sein.

Sie wissen, daß wir den Wahlkampf unter gewissen klaren Vorstellungen geführt haben. Erstes Ziel war eine eindeutige Bestätigung des Dreiparteiensystems. Ich glaube, wir konnten es uns besser nicht wünschen als durch die absolute Absage des Wählers an die neue Fusion.[33] Das ist ein Fiasko ohnegleichen, was diese Fusion erlebt hat. – Zweitens durch die Bestätigung unserer Stärke mit 66 Mandaten. Also selbst Professor *Eschenburg* wird sich jetzt die Frage nicht mehr vorzulegen brauchen: Lohnt es sich, FDP zu wählen?[34] – 4 Millionen Wählerinnen und Wähler haben ihm die Antwort gegeben. (Beifall.)

Wenn Sie also draußen gefragt werden: Ich würde sagen, man sollte als obersten Erfolg herausstellen: Die Dreiparteien-Systematik, die Dreiparteien-Entwicklung hat eine eindrucksvolle Bestätigung durch den Souverän, durch den Wähler erfahren.

Zweitens war unser Ziel: die Brechung der absoluten Mehrheit der CDU als einer Weltanschauungspartei. Wir wissen, insbesondere aus dem 3. Deutschen Bundestag, wie gefährlich es ist, wenn eine Partei unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aus einseitiger konfessioneller Sicht formt und reformiert. Bei-

---

32 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

33 Bei den Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag 1961 scheiterte die GDP – eine Fusion von DP und GB/BHE – mit einem Stimmenanteil von 2,8 v. H. an der Fünf-Prozent-Klausel. Vgl. P. SCHINDLER, [2]1983, S. 33, 36.

34 Siehe Anm. 7.

spiele: Stahlindustrie[35], Eherecht[36], Jugendwohlfahrtsgesetz.[37] Sie wissen das alles aus dem Wahlkampf. Dieser bisherigen Gefahr ist nun auch ein Riegel vorgeschoben. Es wird im 4. Deutschen Bundestag keine Beschränkung der Sonntagsarbeit in Chemie, Papier, Keramik, feuerfestem Ton und Glas geben. Es wird keinen Weitermarsch auf dem begonnenen Weg der Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens geben; denn dazu fehlen eben die Mandate.

(Zuruf: Rückmarsch!)

– Ich hoffe, daß wir in der Stahlindustrie in der Lage sind, die Verschlechterung wieder wettzumachen. Aber auf keinen Fall wäre es klug, sich jetzt in eine Diskussion um eine Rückgängigmachung des Eherechts einzulassen. Da sollte man erst einmal abwarten, was die Gerichte ergeben. Wir sollten uns nicht darauf einlassen. Das ist für die Gesamtentwicklung auch nicht von Bedeutung.

Ich komme nun zu dem ersten wichtigen politischen Ergebnis. Was wir im Wahlkampf dem Wähler gesagt haben, sollten wir nach der Wahl, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, auch halten. (Zustimmung.). Wir haben den Wahlkampf geführt unter der Parole „Brechung der absoluten Mehrheit der CDU/CSU“[38] mit dem Ziel einer Partnerschaft auf der Basis von 1949 bis 1953. Wir haben immer wieder durchblicken lassen, daß uns aus vielerlei Gründen – Wirtschafts-, Sozial-, Verteidigungspolitik – trotz mancher schlechter Erfahrungen eine Koalition mit der CDU erwünschter ist als mit der SPD. Wir haben diese Dinge gefeilt von Mal zu Mal: vom Ko-Piloten von Stuttgart[39] über die Erklärung vom März in Frankfurt[40] über die Erklärung von Hannover.[41]

Ich habe mich veranlaßt gesehen auf Grund der Störmeldungen, die gerade in den letzten Tagen kamen und die in vielen Flugblättern uns eine Koalition mit der SPD zuschieben wollten, um bürgerliche Wähler davon abzuhalten, uns zu

---

35 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie. Vom 7. 7. 1961 (BGBl. I, S. 900). Zu den Gründen der FDP für ihre Ablehnung vgl. Nr. 7 Anm. 8.

36 Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz). Vom 11. 8. 1961 (BGBl. I, S. 1221). Hauptstreitpunkt war der 1938 eingeführte Scheidungsgrund der objektiven Zerrüttung (§ 48 Abs. 2). Seit 1961 durfte die zerrüttete Ehe nicht geschieden werden, wenn der minderschuldige Teil widerspricht, „es sei denn, daß dem widersprechenden Ehegatten die Bindung an die Ehe und eine zumutbare Bereitschaft fehlen, die Ehe fortzusetzen.“ FDP und SPD wandten sich vergeblich gegen eine Erschwerung des Scheidungsrechts. Vgl. 3. BT Sten. Ber., 164. Sitzung vom 28. 6. 1961, S. 9468 D–9474 A (Frau *Diemer-Nicolaus*); fdk 12. Jg., Nr. 38 vom 18. 5. 1961, S. 5 f.

37 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Vom 11. 8. 1961 (BGBl. I, S. 1193). Aus der Sicht der FDP führte das Gesetz zu einem Übergewicht der kirchlichen Träger und der freien Wohlfahrtsverbände über die staatlichen Einrichtungen. Insbesondere wurde – so die FDP – die Zuständigkeit der kommunalen Jugendämter zurückgedrängt. Vgl. 3. BT Sten. Ber., 135. Sitzung vom 9. 12. 1960, S. 7735 C–7738 A (Dürr).

38 Erklärung vom 6. 5. 1961 (Abs. 2). Vgl. Nr. 13 unter TOP 1.

39 Äußerung vom 5. 1. 1961. Vgl. Nr. 9 Anm. 4.

40 Wahlaufruf vom 25. 3. 1961. Siehe Anm. 14.

41 Entschließung vom 24. 8. 1961. Vgl. Nr. 16 unter TOP 2.

wählen, – ich habe mich veranlaßt gesehen, auf der Pressekonferenz am Donnerstag hier in Bonn, aber auch noch einmal in Frankfurt, wo wir am Freitag die Möglichkeit hatten, die Presse zu sprechen, zu erklären: Bereitschaft mit der CDU/CSU. Die Frage der Kanzlernachfolge ist an die CDU gestellt. Die CDU muß prüfen, ob sie bei allem Respekt und aller Hochachtung vor dem Kanzler und seinem Alter es ihm noch zumuten könne, die schwere Verantwortung zu tragen, die auf ihn jetzt vom 86. bis zum 90. Lebensjahr zukommen würde.[42] Diese Aussage, die ich Ihnen auch in einem Rundschreiben zukommen ließ, ist durchaus honorig, und dagegen läßt sich nichts einwenden.

Falsch wäre es, zu sagen: Der Alte muß weg! – Da gibt es möglicherweise genau die gegenteilige Wirkung auf der anderen Seite: man bringt dadurch seine Partei wieder hinter ihm zusammen. Die Parole „Der Alte muß weg" ist eine unkluge Parole.[43] Überlassen Sie das klugen Verhandlungen und der Zurückhaltung nach dem Motto: Es ist nicht mehr zumutbar, und seine Partei muß das selbst erkennen.

Ich habe mich also veranlaßt gesehen, am Freitag und hier in Bonn am Donnerstag zu sagen: Auf der Grundlage des Bonner Regierungsprogramms ist eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen, weil das in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und in der Verteidigungspolitik einfach nicht möglich wäre.[44] Damit habe ich der CDU/CSU die Möglichkeit genommen – wie es Herr *von Hassel* noch am Freitag hier in Bonn tat –, uns noch einmal in den letzten zwei Tagen vor der Wahl – denken Sie an die Anzeigen von damals – die Koalition mit der SPD zu unterstellen.[45]

Ein Stück Rückfluß der Wähler, die nicht mehr zu befürchten brauchten, daß wir mit der SPD gingen, ist, glaube ich, auf diese definitive Erklärung zurückzuführen. Das Wahlergebnis läßt es jedenfalls erkennen, daß, wenn einer die Chance hatte, der CDU den Kreis der Wähler wegzunehmen, der weggenommen werden mußte, damit sie die absolute Mehrheit verlor, es nur wir waren und daß dieser Wählerkreis letzten Endes nur von uns angesprochen werden konnte.

---

42 Auf seinen Pressekonferenzen in Bonn am 14. 9. und Frankfurt am 15. 9. 1961 hatte *Mende* erneut die Bereitschaft der FDP zu einer Koalition mit der CDU/CSU erklärt, falls diese die absolute Mehrheit verlieren würde. Als Kanzler einer solchen Regierung würde die FDP jedoch nicht mehr Konrad *Adenauer*, sondern Ludwig *Erhard* oder jedem anderen Kandidaten aus den Reihen der CDU/CSU den Vorzug geben. Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 477; D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 552.

43 In ersten Stellungnahmen zum Wahlergebnis hatten *Strauß* – ganz offen – und *Mende* – verklausuliert – erkennen lassen, daß sie den Zeitpunkt für einen Kanzlerwechsel von *Adenauer* zu *Erhard* nun gekommen sahen; auch Bundestagspräsident *Gerstenmaier* (CDU) hatte auf eine entsprechende Frage eines Journalisten erwidert, daß eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP auch unter einem anderen Kanzler als *Adenauer* denkbar sei. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 559; U. Wengst, 1989, S. 119.

44 So die Erklärung des FDP-Bundesvorstandes (Abs. 4–5) vom 6. 5. 1961. Vgl. Nr. 13 unter TOP 1.

45 Nicht zu ermitteln.

Aus diesen Aussagen, insbesondere aus den Beschlüssen[46] ergibt sich daher, glaube ich, für die neue Fraktion die Notwendigkeit, festzuhalten an der Bereitschaft, mit der CDU/CSU zusammenzugehen, und die Absage aufrecht zu erhalten, die wir an die SPD erteilt haben.[47] Erstens ist eine Koalition mit der SPD bei diesen Mehrheitsverhältnissen ohnehin schon rein arithmetisch nicht denkbar.[48] Darüber hinaus aber halte ich sie auch in diesem Augenblick und nach unseren Aussagen für politisch ausgeschlossen, wenn wir die kommenden Landtagswahlen[49] nicht mit einem erheblichen Rückschlag verlieren wollen.

Ich weiß aber, daß an einzelne von uns die Versuchung herantreten wird. Ich will Ihnen das in aller Deutlichkeit sagen. Mich hat die SPD wissen lassen, daß sie bereit wäre, der FDP den Kanzlerposten zu geben und Willy *Brandt* sich mit dem Vizekanzlerposten begnügen würde.[50] Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß der, der auf dieses Spiel sich einließe, parteipolitisch dort steht, wo Herr *Menderes* vor einigen Tagen in der Türkei stand; und ich habe nicht den Ehrgeiz, mich hängen zu lassen.[51]

Das ist eine Illusion: das ist bei realer Prüfung nicht zu verwirklichen.

Ich bitte Sie auch, daran zu denken, wenn man an Sie herantritt mit der Versuchung und wenn man Ihnen etwa sagt – frei nach dem Buch von *Altmann* „Das Erbe *Adenauers*“[52] –, die CDU sei bereit, der FDP acht Ministersitze einzuräumen, wenn sie in ein Kabinett unter *Adenauer* eintrete. – Ich bitte Sie, erkennen zu lassen, daß wir nicht bereit sind, nach der Zahl der Ministersitze unsere Entscheidung einzurichten, sondern unsere Entscheidung muß sich nach den prinzipiellen Aussagen und nach der Seriosität unseres Wahlkampfes richten und nicht nach der Zahl der Ministersitze. (Beifall.)

Ich weiß, daß gleichzeitig die SPD mit der CDU ins Geschäft kommen will und daß Herr *Brandt* noch nach meinem Gespräch mit *Gerstenmaier*[53] früh am Morgen um 4 Uhr seinerseits von *Gerstenmaier* empfangen wurde und

---

46 Siehe Anm. 14, 38–41.

47 Erklärung vom 6. 5. 1961 (Abs. 4–5); vgl. Nr. 13 unter TOP 1. Auf seiner Pressekonferenz in Bonn am 14. 9. 1961 hatte *Mende* erneut und unerwartet scharf eine Koalition aus SPD und FDP abgelehnt. Vgl. Die Welt Nr. 215 D vom 15. 9. 1961, S. 1 f.

48 Siehe Anm. 3.

49 12. 11. 1961: Bürgerschaftswahl in Hamburg; 1962: Landtagswahlen in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Vgl. J. Dittberner, 1984, S. 1352–1354.

50 Nicht zu ermitteln. *Brandt* und mehrere Mitglieder des SPD-Präsidiums hatten sich in der Wahlnacht auf die Wünschbarkeit einer Allparteienregierung nach vorhergehender Bestandsaufnahme verständigt. An dieser Linie hielten sie in den folgenden Wochen nahezu ohne Abstriche fest. Gegen eine rechnerisch mögliche Koalition aus SPD und FDP sprachen scharfe sozialpolitische Gegensätze und die Wahrscheinlichkeit einer existenzbedrohenden Belastungsprobe für die FDP. Vgl. K. Klotzbach, 1982, S. 516 f.

51 Nach fast einjährigem Prozeß gegen Mitglieder des Regimes *Menderes* wurden am 15. 9. 1961 der frühere türkische Ministerpräsident *Menderes* und zwei seiner Kabinettsmitglieder zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden durch Erhängen vollstreckt. Vgl. AdG 1961, S. 9340 C.

52 Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, Stuttgart 1960, 210 S.

53 Nicht ermittelt. Zwischen *Gerstenmaier* und Vertretern von CDU, CSU und FDP war es seit 1959 wiederholt zu Sondierungen über die Möglichkeit einer Koalition und auch eines Kanzlerwechsels gekommen. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 557 f.

Herrn *Gerstenmaier* gebeten hat, alles daranzusetzen, eine Koalition von CDU, SPD und FDP unter *Gerstenmaier* herbeizuführen.[54]

Die SPD spielt also doppelgleisig. Sie versucht, uns durch ihr Angebot wankelmütig zu machen. Sie geht gleichzeitig an die CDU heran und sagt: „Wir verhandeln mit der FDP; die FDP ist ja gar nicht so sicher; wenn ihr ganz sicher gehen wollt, müßt ihr mit uns gehen. Das ist wie in Österreich[55] idiotensicher. Die FDP ist schon dabei, mit uns zu verhandeln; da hat der A, B, C bereits mit dem D, E, F gesprochen!" – Es werden in den Landesverbänden sicher Kollegen angesprochen werden, indem man versucht, sich dadurch ein Alibi zu verschaffen.

Der Mann, der das Gerücht in die Welt gesetzt hat, es gebe ein Geheimabkommen mit der SPD, heißt Egon *Bahr*[56], wie sich jetzt herausstellt. Herr *Glaesser*[57] ist der Mittelsmann. Aber Egon *Bahr* hat es zunächst Herrn *Glaesser* gesagt. Also die Quelle für das Gerücht über ein Geheimabkommen kommt aus der Umgebung des Regierenden Bürgermeisters. Es geht zurück auf das Zusammensein in Berlin bei der Tagung der Liberalen Weltunion.[58]

Ich bitte dringend, jeglichem Versuch der anderen Seite zu widerstehen und sich nicht in Gespräche und Verhandlungen einzulassen über Dinge, über die normalerweise jeder Mensch mit anderen Menschen sprechen kann.

Die CDU sieht sich vor folgender Frage: Wir brauchen die FDP im Bundestag ohnehin, um die Mehrheit zu haben. Wir brauchen sie, wenn der Kanzler im ersten Wahlgang gewählt werden soll, auch bei der Kanzlerwahl. Wir brauchen sie nicht mehr, wenn der Kanzler im dritten Wahlgang gewählt werden soll. Vielleicht aber auch da; es kommt darauf an.

Wer ist der Kanzlerkandidat? Ich sage Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß die CSU gewillt ist, diesen Wechsel auch zum Anlaß zu nehmen – ich meine den Periodenwechsel von der dritten zur vierten Wahlperiode –, Herrn Professor *Erhard* zum Kanzler machen zu lassen.[59] Ich weiß aber, daß

---

54 Nicht ermittelt. Die SPD sah in Bundestagspräsident *Gerstenmaier* einen für sie akzeptablen Kandidaten für die Führung einer von ihr gewünschten Allparteienregierung. Empfohlen hatte sich *Gerstenmaier* vor allem durch eine beachtete, die Gemeinsamkeiten der Parteien resümierende Parlamentsrede am 30. 6. 1961. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 517; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 558 f.

55 Anspielung auf die seit 1949 wiederholt erneuerte große Koalition zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), was die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) auf die Opposition beschränkte. Vgl. Margareta MOMMSEN-REINDL, Österreich, in: F. WENDE, 1981, S. 441 f., 453.

56 Sprecher des Berliner Senats und einer der engsten Berater des Regierenden Bürgermeisters *Brandt*. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 568.

57 Ministerialrat im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Vgl. DIE BUNDESREPUBLIK 1958/59, 1959, S. 41.

58 Vgl. Nr. 6 Anm. 4.

59 F. J. *Strauß* (CSU) favorisierte eine Koalition von CDU/CSU und FDP unter der Kanzlerschaft *Erhards* und hatte *Mende* eine Unterstützung auch durch die Abgeordneten der CSU zugesagt. Das Einverständnis ging seit Ende 1960 dahin, daß *Mende* und die FDP den Kanzlerwechsel permanent in der öffentlichen Diskussion halten sollten, während Vertreter von

bei der CDU, insbesondere bei Herrn *von Hassel* und anderen, die Neigung besteht, es nicht zu tun, weil man es sich in dieser Krise nicht leisten könne, den *„Bismarck"* bei seiner unerhörten entscheidenden Anstrengung zu stürzen. Die CDU und die CSU – Herr *Strauß* ist hinzugezogen – prüfen jetzt die schwierige Frage: Sollen wir den Alten jetzt durch *Erhard* ersetzen oder sollen wir warten, bis die Berlin-Krise und die Hypothek von Berlin im Laufe der nächsten 12 Monate noch vom Alten getragen wird, damit wir *Erhard* nicht damit belasten?

Diese Überlegung hat im Augenblick die CDU/CSU in ihrer Sitzung.[60] Wir haben sie nicht nötig. Denn wir haben ja die Nominierung nicht in erster Linie dem Bundespräsidenten nahezulegen. Sie wissen, daß der Bundespräsident das erste und alleinige Recht der Nominierung hat. Wird im ersten Wahlgang der vom Bundespräsidenten Nominierte nicht gewählt, weil er nicht die erforderliche Zahl der Mehrheit der Mitgliederzahl des Bundestages bekommt, muß nach einer Frist ein zweiter Wahlgang angesetzt werden. Im zweiten Wahlgang kann der Bundestag seinerseits Kandidaten aus seiner Mitte nominieren. Erhält im zweiten Wahlgang keiner die absolute Mehrheit, dann findet nach einer weiteren Frist – oder sofort anschließend – nach einer Frist der dritte Wahlgang statt, in dem der gewählt ist, der die relative Mehrheit hat.[61]

Nun hat Herr *Adenauer* in seiner Umgebung bereits verlauten lassen, er könne mit Sicherheit sich jetzt schon ausrechnen, daß mindestens 20 Stimmen aus der FDP mit verdeckten Stimmzetteln ihn im ersten Wahlgang wählen werden, ganz gleich, was *Mende* erklärt habe. Das ist die berühmte Spekulation! – Wir werden, wenn wir wählen, so wählen, wie wir beschlossen haben, und jeder wird sich einer disziplinierten Freiheit unterwerfen müssen. (Beifall.)

(Zuruf: Aber nicht *Adenauer!*)

– Wie wir beschließen, das wird unsere Aufgabe in den nächsten vier Wochen sein. Das ist die Arbeit der nächsten vier Wochen. Heute braucht ein solcher Beschluß nicht gefaßt zu werden. Heute braucht kein Beschluß über Ministersitze gefaßt zu werden, über keine Verteilung von Ressorts. Der wichtigste Beschluß ist heute, daß wir beschließen, die Verhandlungskommission –

(Dr. *Kohut:* Über *Adenauer* müssen wir beschließen; wir müssen den Grundsatzbeschluß fassen; da kommen wir nicht drum herum!)

– Wir können nicht beschließen, ob *Adenauer* Kanzler bleibt oder nicht.

(Dr. *Kohut:* Aber daß wir nicht in ein Kabinett *Adenauer* gehen und ob wir ihn überhaupt wählen!)

---

CDU und CSU Unentschlossene im eigenen Lager von der Notwendigkeit einer Ablösung *Adenauers* überzeugen sollten. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 557–560.

60 Zur gleichen Zeit tagte ebenfalls im Bundeshaus der Bundesvorstand der CDU unter dem Vorsitz *Adenauers* und in Anwesenheit des Landesvorsitzenden der CSU, F. J. *Strauß*. In dieser Sitzung gelang es *Adenauer*, die Unterstützung fast aller Anwesenden für seine erneute Kandidatur zu gewinnen. Nach dem Bundesvorstand mußte noch der Fraktionsvorstand überzeugt werden. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 479.

61 Vgl. Art. 63 Abs. 2–4 GG.

– Ich wäre dankbar, wenn wir uns nicht von Emotionen, sondern von sachlichen Erwägungen leiten ließen. Wir haben heute überhaupt noch nichts endgültig zu entscheiden. Wir haben nur zu entscheiden, ob wir *Adenauer* im ersten Wahlgang unsere Stimme geben wollen oder nicht. Und wenn Sie mich fragen: Meine kriegt er ebensowenig wie Ihre. Aber wenn wir hier etwas beschließen, muß eben sicher sein, daß es morgen nicht schon „drüben"[62] ist. Deswegen möchte ich nicht heute bereits all die Aufgaben lösen wollen, die sich im Grunde genommen erst in diesen vier Jahren für die neue Fraktion stellen. Deswegen warne ich vor Übereiltheiten und heute nicht unbedingt nötigen Beschlüssen. Ich habe Ihnen das nur gesagt, um Ihnen zu sagen, daß auch von der CDU der Versuch gemacht wird, die Einheit der FDP anzuzweifeln und mit 20 Stimmzetteln zu rechnen. Ich wollte Ihnen nur sagen, daß man auch von da an Sie herantreten wird.

Daß wir den Wahlkampf geführt haben unter dem Motto: „Wir wollen in honoriger Weise den alten Staatsmann durch einen anderen, jüngeren Mann ersetzen!", versteht sich von selbst. Ich habe sogar noch in der Nacht nach der Wahl gesagt: Professor *Erhard* hat unser volles Vertrauen.[63] – Mehr können wir nicht tun, als der CDU anzubieten: Bitte sehr, Ihr habt unsere 66 Stimmen; aber kümmert Ihr euch darum, daß Ihr dann auch diesen Vorschlag macht!

Diese Diskussion findet in der Hauptsache nicht bei uns, sondern in der CDU/CSU statt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß dort jetzt auch die Frage geprüft wird, ob man nicht die befristete Übergangslösung wählen soll. Das ist zum Teil schon vorher in der Presse diskutiert worden. Ich habe dazu gesagt: Nach allen Erfahrungen, die wir mit dem Schabernack um das Amt des Bundespräsidenten gemacht haben[64], lasse ich mich schwer auf solche Dinge ein. Wenn man für vier Jahre gewählt ist, ist man gewählt. Das im einzelnen zu prüfen und zu diskutieren, wird die Diskussion erbringen müssen.

Ich wäre dankbar, und wir legen Wert darauf, daß keiner während der Sitzung herausgeht und keiner einem Journalisten in die Hände läuft. Die Fraktion steht und fällt auch hier mit ihrer inneren und politischen Geschlossenheit. Es sind hundert Leute angesetzt, um hier zu erfahren: Was macht die FDP? – Die CDU tagt hier im anderen Flügel[65], die SPD tagt in der Parteibaracke. Also al-

---

62 Im anderen Flügel des Bundeshauses.

63 Nicht ermittelt. Vgl. *Mende* im Hessischen Rundfunk am 18. 9. 1961 um 02.15 Uhr: „Wir haben der CDU die Frage gestellt, ob sie es dem im 86. Lebensjahr stehenden Bundeskanzler *Adenauer*, dem ältesten Staatsmann der ganzen Welt, bei allem Respekt und bei aller Hochachtung vor dem Alter und vor der Person noch zumuten kann, diese außerordentliche Verantwortung des Kanzleramtes auf das 90. Lebensjahr hinzutragen. Diese Frage werden wir auch weiterhin an die CDU stellen. Und vom Ausgang dieser Frage wird sehr viel abhängen auch oür die Koalitionsbereitschaft der FDP." (Aufzeichnung in ADL, 6952/31, Handakten Schollwer).

64 Bundeskanzler *Adenauer* hatte am 6./7. 4. 1959 seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten bekanntgegeben, sie aber am 4. 6. 1959 unter Hinweis auf die verschlechterte außenpolitische Situation zurückgenommen. Zum Verlauf der „Präsidentschaftskrise" von 1959 vgl. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 177–192.

65 Siehe Anm. 62.

le drei Vorstände und alle drei Gremien tagen, und jeder möchte vom anderen etwas erfahren, genauso wie ich den Versuch mache, zu erfahren, was bei der CDU herauskommt, und ich habe die Hoffnung, daß ich es erfahre. Aber ebenso wird sicher auch der Versuch gemacht, bei uns etwas zu erfahren. Ich bitte also sehr, alle unsere Beratungen und Besprechungen als sehr vertraulich zu behandeln, auch gegenüber Journalisten und gegenüber befreundeten Abgeordneten der CDU und der SPD.

Ich schlage vor, daß jetzt Herr *Flach* meine Ausführungen noch kurz ergänzt – vielleicht fünf Minuten – und daß wir dann in die Aussprache eintreten. Ich bitte unseren Parteifreund Dr. *Menne*, der gerade von Amerika zurückkommt und dort mit Dean *Acheson* und *McCloy* gesprochen hat, uns einen kleinen politischen Eindruck von der Stimmung in Amerika zu geben. Etwas Hintergrund ist auch wichtig in bezug auf das, war wir zu entscheiden haben. – Eine Viertelstunde hierfür ist durchaus möglich. Dann haben wir bis zum Mittagessen noch zwei Stunden Zeit für unsere Aussprache.

[2. BERICHT DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS]

FLACH: Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen. Ich möchte Sie nicht durch einen Rückblick aufhalten. Die Bundesgeschäftsstelle wird schriftlich die Gesamtplanung und Durchführung des Wahlkampfes darlegen und dem nächsten Bundesparteitag vortragen.[66] Sie haben dann alles zusammen vorliegen und können entscheiden, wo Fehler gemacht wurden, wo wir etwas verbessern können und wo wir erfolgreich waren.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um insbesondere darauf hinzuweisen, daß es, glaube ich, zum ersten Mal war, daß der gesamte Wahlkampf so ausgezeichnet zwischen Bundespartei und Landesverbänden koordiniert worden ist. Ich möchte meinen Kollegen in den Landesverbänden recht herzlich für diese Zusammenarbeit danken.

Eines hat sich ganz klar abgezeichnet, insbesondere in den letzten Wochen. Es war wie immer: den unfairsten Wahlkampf hat die Partei geführt, die sich christlich nennt.[67] Aber wir waren darauf eingerichtet.

Ich darf abschließend noch bemerken, daß ich noch in der Wahlnacht Herrn Professor *Eschenburg* ein Telegramm geschickt habe: Es hat sich doch gelohnt, FDP zu wählen![68] (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. MENDE: Meine Freunde! Ich darf Ihnen jetzt sagen, daß Karl-Hermann *Flach* trotz eines Autounfalls, der ihn drei Wochen lang etwas behindert hat, sich so verhalten hat, daß kein Mensch merkte, daß unser Hauptgeschäftsführer auf der Nase lag. Wir freuen uns, daß er so glimpflich davonkam, und bit-

66 Vgl. den Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsführung von Dr. H. *Gentner* auf dem XIII. Bundesparteitag der FDP vom 23.–25. 5. 1962, S. 2–6 (ADL, A 1-189).

67 Zur Verschärfung des Wahlkampfes bis in den persönlichen Bereich hatte die Berlin-Krise beigetragen, die mit dem Mauerbau im August 1961 ihren Höhepunkt erreichte. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 476; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 548 f. und Beispiele in MORGENBERICHT Nr. 198 vom 30. 8. 1961, S. 4 f. (BPA).

68 Siehe Anm. 7.

ten ihn, in Zukunft nicht selbst zu fahren, sondern seinen Fahrer fahren zu lassen.

[BERICHT VON DR. MENNE]

Dr. MENNE: Meinen Damen und Herren! Mit Zustimmung von Herrn Dr. *Mende* bin ich während des Wahlkampfes in Amerika gewesen. Es handelte sich um eine Konferenz der Industrie in San Francisco, die etwa alle vier Jahre stattfindet. Ich habe die Gelegenheit benutzt, wie ich das seit 1951 zu tun pflege, in Washington die verschiedensten Ministerien zu besuchen. Ich habe Gespräche geführt, wie Herr Dr. *Mende* schon sagte, mit Herrn *Acheson*[69] und zwei einstündige Gespräche mit Herrn *McCloy*[70], der mir bei diesem Gespräch seine Eindrücke über seine Unterhaltungen mit Herrn *Chruschtschow* am Schwarzen Meer gegeben hat.

Ich habe mit dem State Department gesprochen, und zwar dort nicht mit dem höchsten Mann, Minister *Rusk*[71] – ihn haben wir nur ganz kurz gesehen in einer anderen Angelegenheit, weil das infolge der ständig stattfindenden Verhandlungen nicht möglich war –, wohl aber mit dem Leiter der Deutschland-Abteilung, *Hillenbrandt*, und dem stellvertretenden Staatssekretär für Europa, Mr. *Taylor*, sowie mit dem stellvertretenden Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, Mr. *Martin*. Im Pentagon habe ich mit vier Vier-Sterne-Generälen, dem letzten Sekretär der Armee, also dem Armeeminister, und einigen anderen Leuten verhandelt. Wir haben darüber hinaus in Washington eine ganze Reihe von Bankiers und sonstigen Leuten gestroffen.

Ich habe auch, das möchte ich betonen, Gelegenheit gehabt, in drei Fabriken mit den Arbeitern zu sprechen und teilweise auch mit der Geschäftsleitung. Ich möchte Ihnen nun aus all diesen Gesprächen meine Eindrücke geben; denn ich habe, vielleicht zu Unrecht, etwas den Eindruck, daß man sich hier über die Situation da drüben nicht ganz im klaren ist.

Zunächst einmal muß ich feststellen, daß die amerikanische Regierung gesonnen ist, Herrn *Chruschtschow* ein Nein entgegenzusetzen, wenn es sich darum handeln sollte, daß die Verbindungen der Alliierten zu Berlin aufgehoben werden, daß die Stadt Berlin in irgendeiner Weise die Verbindung mit dem Westen verlieren sollte und daß der Status der Ostzone im wesentlichen geändert werden sollte.[72] Aber das bedeutet andererseits auch, daß man Konzessionen machen wird. Ich bin davon überzeugt, daß Konzessionen gemacht werden, die uns unangenehm sein werden und die auch die Deutsche Bundesregierung, von der man erwartet, daß sie diese Konzessionen akzeptiert – darum wird sie wahrscheinlich nicht herumkommen –, in den Augen mancher Wähler stark belasten werden.

---

69 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1949–1953.

70 Sonderbeauftragter J. F. *Kennedys* für Abrüstungsfragen 1961–1963.

71 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1961–1969.

72 Nach dem Mauerbau am 13. 8. 1961 (vgl. Nr. 16 Anm. 3) hatten Noten der drei Westmächte die UdSSR vor Übergriffen gegen die westlichen Luftkorridore nach Berlin gewarnt. Vgl. AdG 1961, S. 9314 Ziffer 14.

Man hat sich darüber beklagt, daß der Bundeskanzler und die Deutsche Bundesregierung seit Wochen und Monaten unter Hinweis auf den Wahlkampf keinerlei Initiative gezeigt haben, was man tun könnte, um in Berlin und in der Ostzone die Dinge zu lösen.[73] Natürlich habe ich darauf hingewiesen, daß das durchaus zu verstehen sei, daß mitten im Wahlkampf so etwas außerordentlich schwierig sei, und wenn es eine Patentlösung gäbe, könnten ja auch die Amerikaner sie erfunden haben.

Es ist zweitens festzustellen, daß im amerikanischen Volk der Entschluß, jetzt den Krieg mit Rußland zu führen, kolossal gewachsen ist. Ich habe das schon bei meinem letzten Besuch im Juli festgestellt. Diese Tendenz hat sich ungeheuer verschärft. Ob man mit den Arbeitern in den Fabriken oder mit Leuten aus der Politik spricht, natürlich nicht zu sprechen von den Herren Generälen selber; sie sagen alle: Da mit Herrn *Chruschtschow* kein Vertrag zu schließen ist, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als irgendwo jetzt einen Punkt zu machen. Es wird mir allseitig versichert, daß sie sich für wesentlich stärker halten als die Russen und daß sie glauben, daß trotz der entsetzlichen Verluste eines solchen Krieges jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, den Krieg zu führen. Das ist allgemeine Einstellung des Volkes.

Ich mache darauf aufmerksam, daß Sie im „New York Herald" vom vorigen Samstag das Ergebnis einer Gallup-Umfrage lesen können, ich habe sie hier. Danach haben auf die Frage, ob sie wegen Berlin, falls die westlichen Rechte dort gefährdet werden oder abgelehnt werden, einen Krieg führen wollen, 67 % der Bevölkerung mit Ja geantwortet.

Das ist eine Situation, wie ich sie vor dem letzten Krieg in England gekannt habe. Ich lebte damals zwölf Jahre in England. Auch damals hat die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung den Kriegswillen Englands unterschätzt.

Ich möchte durchaus dazu raten, daß diejenigen, die sich mit der Politik befassen, sich darüber klar sind, daß die amerikanische Bevölkerung den Krieg will und ihn unterstützen wird. Das ist keine Übertreibung. Ich weiß, das hört sich so an.

Dagegen ist die Regierung *Kennedy* auf Verhandlungen eingestellt. Ich habe durchaus den Eindruck – ich weiß es von *McCloy*[74] und anderen Leuten –, daß man verhandeln möchte und den Krieg jetzt nicht haben möchte. Wir haben also das sonderbare Spiel, daß die Bevölkerung zu einem Krieg entschlossen ist, den die Regierung noch nicht will. Die Regierung, die sich entschließen würde, einen solchen Krieg zu führen, hätte sofort die Bevölkerung hinter sich.

Das ist der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte. Dabei brauche ich wohl nicht zu betonen, daß die Generalität den Zeitpunkt jetzt für den besten hält. Ich habe selbstverständlich dagegen plädiert, was gar nicht leicht ist; denn man unterschiebt einem dann natürlich sofort das Wort „Feigheit": „Ihr Deut-

73 Vgl. Nr. 16 Anm. 5.
74 Siehe Anm. 70.

schen wollt euch von uns verteidigen lassen, Ihr seid aber nicht bereit, einen Krieg mitzumachen" usw. – Ich habe sehr drastisch erwidert, daß dieser Krieg ein Atombombenkrieg sein wird, und wenn es ein Atomkrieg ist, würde unser Volk ausgelöscht werden, und eine solche Politik könnten wir keinesfalls unterstützen. Das habe ich jedenfalls den Leuten gesagt.

Dann möchte ich Ihnen noch Kenntnis geben von einem Bericht, den ich mir selbst aufnotiert habe nach den Unterredungen mit Herrn *McCloy* über seine Eindrücke am Schwarzen Meer. Ich möchte fragen – das nehme ich wohl als selbstverständlich an –, daß dieser Bericht hier nicht irgendwie eine Chance hat, in die Presse zu kommen.

(Dr. *Mende:* Einverstanden!)

Ich erzähle es so, wie ich es mir aufgeschrieben habe; das ist etwas einfacher; da ich keine falschen Eindrücke wiedergeben möchte, möchte ich mich an meinen Leitfaden halten.

Herr *McCloy* ist nach der Unterhaltung, die er am Schwarzen Meer führte, der Meinung, daß Herr *Chruschtschow* ein bauernschlauer Mann sei, daß er intelligent sei, aber mit sehr begrenztem Gesichtskreis. Er habe ein angenehmes Wesen, sei aber in der Verhandlung außerordentlich hart. Er hasse Deutschland, und es sei der rote Faden in der ganzen Unterhaltung gewesen, daß er Deutschland hasse. Er hat erklärt, er würde am liebsten Deutschland vernichten, wobei er glaube, daß 20 Atombomben genügen würden, aber er habe 60 dafür reserviert. Deutschland habe im letzten Krieg 20 Millionen Russen getötet. Er sei Kaukasier, und als richtiger Kaukasier müsse er dann mindestens die gleiche Anzahl bei uns umbringen. Er wolle aber den Krieg vermeiden, zumal es dann ein thermo-nuklearer Krieg von beiden Seiten sei. Dabei würden die USA größere Verluste einstecken als Rußland. Da die Russen genügsame Leute seien und härter seien, würde die hochgezüchtete Lebensweise der Amerikaner trotz der ebenfalls weitläufigen Gebiete mit Sicherheit zu viel größeren Verlusten führen, nachdem sowieso bei der Vernichtung der Großstädte die höheren Verluste in den USA sein würden. Ganz vernichtet würde die Bevölkerung von Westeuropa, da sie viel zu dicht zusammensitze und nicht auf das Land flüchten könne.

Er wolle aber den Krieg vermeiden und sei mit einer Freien Stadt Berlin einverstanden[75] und mit Zugangswegen für den Westen. Aber darüber müsse der Westen mit *Ulbricht* verhandeln.[76] Falls der Westen jedoch bereit sei, die DDR anzuerkennen und den Friedensvertrag mit zu unterzeichnen, sei er auch bereit, einen Friedensvertrag mit Westdeutschland zu machen. Dann müßte man allerdings auch Vereinbarungen über die deutschen Streitkräfte treffen.

*McCloy* sagte weiter, er habe darauf hingewiesen, daß diese Art Friedensvertrag wieder zu deutschen Revisionsforderungen führen könnte nach dem Mo-

75 *Chruschtschow* hatte wiederholt die Umwandlung West-Berlins in eine Freie und entmilitarisierte Stadt vorgeschlagen. Vgl. AdG 1961, S. 9141 D Nr. 1, 9156 B, 9169 B, 9185 A.

76 *Chruschtschow* wollte den Zugang nach Westberlin von einer vertraglichen Regelung mit der DDR abhängig machen. Vgl. AdG 1961, S. 9205 A.

dell des Ersten Weltkrieges, worauf *Chruschtschow* dies ablehnte und betonte, daß er nicht mehr lange warten würde, denn seit 1958 habe ihn der Westen an der Nase herumgeführt.

Ich habe dann auf die schwierige Situation der Bundesregierung hingewiesen und gesagt, daß auch eine neue Bundesregierung nicht ohne weiteres in der Lage sei, solche Vorschläge zu akzeptieren. Darauf wurde mir entgegengehalten, wir könnten doch nicht erwarten, daß die amerikanische Regierung einen thermo-nuklearen Krieg wegen Berlin entfesseln würde. Ich erwiderte, daß auch wir kein Interesse daran hätten.

Ich habe mehrfach betont, ich könne nicht verstehen, daß bei der ganzen Verhandlung Herr *Chruschtschow* nur von der deutschen Frage gesprochen habe, während er doch mindestens die Nicht-Atombewaffnung der Bundeswehr oder der NATO fordern wollte. Es wurde mir dann versichert, daß in diesem Gespräch über den Punkt nicht gesprochen worden sei. Jedenfalls habe er von *Chruschtschow* den Eindruck gehabt, daß er von seinen eigenen Waffen sehr beeindruckt sei und sie liebe wie ein Bauer einen neuen Traktor. Er stehe – diesen Eindruck habe er – wahrscheinlich unter Druck, und zwar vom russischen Militär oder der Partei, und könne wahrscheinlich nicht mehr zurück. Am 17. Oktober sei der Parteikongreß in Moskau[77], und dort werde er sicher etwas zeigen können.

Man hat auch darüber gesprochen, wenn man einen solchen Vertrag schließt, wie man es sichern kann, daß dieser Vertrag von seiten der Russen gehalten wird. Darauf sei *Chruschtschow* keineswegs beleidigt gewesen, sondern er habe gesagt, auch er mache sich darüber Gedanken; er sei bisher auf keinen anderen Gedanken gekommen, als diesen Vertrag bei der UNO zu ratifizieren und zu registrieren.

Ich möchte damit abschließen. Ich wollte Ihnen nur ein Bild geben, wie es drüben aussieht. Ich habe nicht versucht, in Schwarzweiß zu malen; ich habe auch nichts übertrieben. Die Regierung drüben möchte verhandeln, und zwar auf unsere Kosten; darüber seien Sie sich sicher. Das Volk und die Generalität meinen, ganz allgemein, es sei der Punkt gekommen, wo man trotz aller Gefahren Schluß machen müßte. (Beifall.)

Dr. MENDE: Vielen Dank, Kollege *Menne!* – Meine Damen und Herren, wir wissen, daß Kollege *Menne* zu allem neigt, nur nicht zur Übertreibung. Wir müssen in der Tat seine Worte ernst nehmen. Sie decken sich zum Teil mit dem – vielleicht war es im März noch nicht so sehr sichtbar –, was wir auf der damaligen Tagung der American German Bridge in Washington und New York[78] feststellen konnten, nämlich, daß das amerikanische Volk immer stärker durch die Presse und durch die Berlin-Berichte hineingesteigert wird in ei-

77 XXII. Parteitag der KPdSU vom 17.–19. 10. 1961. Vgl. AdG 1961, S. 9397 C–9404.

78 Die Atlantik-Brücke e.V. Bonn, überparteilich, widmet sich seit 1952 dem Ziel, das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten durch persönliche Begegnungen zwischen Deutschen und Amerikanern in den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentren der beiden Staaten zu fördern. Vgl. ATLANTIK-BRÜCKE e.V., Jahresbericht Juni 1988–Juni 1989, Bonn 1989.

ne, man möchte fast sagen, Hysterie, während Männer vom State Department wissen, was es bedeuten würde, wenn man der Stimmung und der Emotion nachgeben würde. Das unterstreicht erst recht den Hintergrund der ernsten Verantwortung, die in den nächsten Monaten und Jahren in der vierten Bundestagsperiode auf uns allen liegen wird.

(Dr. *Dehler:* Aber auch, wohin uns der Mißerfolg der Außenpolitik *Adenauers* geführt hat!)[79]

– Es ist leider so. Wir können sogar behaupten, daß es nicht soweit gekommen wäre, wenn man 1952[80], 1955[81], 1958[82] auf uns gehört hätte. Wir haften jetzt mit für die Versäumnisse anderer. Aber retrospektive Betrachtungen und Aussprachen helfen uns leider nicht weiter.

[3. AUSSPRACHE]

Dr. IMLE: Zur Geschäftsordnung! – Ich komme gerade aus Brüssel von der Tagung der Interparlamentarischen Union[83] und wollte ganz kurz meinen Eindruck wiedergeben. Die Russen, die Polen, die Tschechen, die Bulgaren, die Ungarn haben dort übelste Anwürfe gegen die Bundesrepublik erhoben. Sie haben uns nur noch als Revanchisten, als Militaristen, als Kriegsverbrecher und als diejenigen, die einen Krieg wollen, bezeichnet. Die Amerikaner und Engländer haben in hervorragender Weise hiergegen Stellung genommen.

Am Abend, nachdem das erfolgt war, hat die deutsche Delegation eine Erklärung ausgearbeitet. Diese hat dann der Leiter der Delegation, *Graf Henckel von Donnersmarck,* am nächsten Tag verlesen.[84] Das hat den größten Beifall der übrigen Delegationen gefunden. Die Amerikaner und die Engländer sind zu ihm gekommen und haben ihn wegen der scharfen Zurückweisung der Angriffe beglückwünscht. Es fällt also schon auf fruchtbaren Boden, wenn man hier auch einmal gegenüber den Russen scharf ist und sich nicht immer alles gefallen läßt.

---

79 Vgl. die Generalabrechnung *Dehlers* mit der Deutschlandpolitik *Adenauers* seit 1949 in 3. BT STEN. BER., Bd. 39, 9. Sitzung vom 23. 1. 1958, S. 384 D–3999 C; R. STEININGER, 1985, S. 15 f.

80 Gemeint ist die sog. *Stalin*-Note vom 10. 3. 1952. Darin bot die UdSSR den Westmächten die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands an. Vgl. dazu R. STEININGER, 1985, S. 15–89 und die Sicht der FDP in 3. BT STEN. BER., Bd. 39, 9. Sitzung vom 23. 1. 1958, S. 392 D–393 A *(Dehler).*

81 Gemeint ist der sog. *Eden*-Plan, den der britische Premierminister auf der Genfer Viererkonferenz am 18. 7. 1955 vorlegte. Darin wurde ein Sicherheitspakt mit einem wiedervereinigten Deutschland und eine entmilitarisierte Zone vorgeschlagen. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III. Reihe/Bd. 1-1955, 1961, S. 494–497, und die Sicht der FDP in 3. BT STEN. BER. (wie Anm. 79), S. 308 C–D *(Mende),* S. 396 D–397 A *(Dehler).*

82 Gemeint ist der sog. *Rapacki*-Plan, den der polnische Außenminister den Westmächten am 9. 12. 1957 übermitteln ließ. Darin wurde die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III. Reihe/Bd. 3-1957, 1961, S. 1681–1686, und die Sicht der FDP in 3. BT STEN. BER., (wie Anm. 79), S. 390 B *(Dehler).*

83 50. Interparlamentarische Konferenz vom 14.–22. 9. 1961. Vgl. INTER-PARLAMENTARY BULLETIN, 41. Jg. (1961), S. 138–183.

84 Nicht in dem zuvor genannten Bulletin enthalten.

Dr. MENDE: Ich habe auf der Rednerliste die Kollegen *Döring, Lenz,* Professor *Erbe, Engelhard, Eilers, Kreitmeyer, Borttscheller, Schneider, Haas, Margulies, Weyer, Daub, Mischnick, Leverenz.* – Ich möchte die Redner bitten, sich nach Möglichkeit präzise auf 3 bis 5 Minuten zu konzentrieren.

DÖRING: Ich hoffe, daß ich mit meinem Diskussionsbeitrag weitgehend eine Meinung oder eine Stimmung eines größeren Kreises von Freunden wiedergeben kann. In den letzten 24 Stunden ist wohl in allen Bereichen unserer Partei diskutiert worden über das, was jetzt geschehen soll.

Als ersten Punkt darf ich einen Vorschlag machen, nämlich daß wir möglichst bald eine Analyse des Wahlergebnisses, gesondert von den heute zur Diskussion stehenden Problemen, vornehmen und diskutieren. Wir stehen unter dem Eindruck – ich will es vorsichtig so formulieren –, daß sich ganz bestimmte Erkenntnisse aus den Wahlergebnissen ergeben. Wir haben zum Teil – ich will es nur andeuten – in katholischen Bereichen beträchtliche Erfolge erzielt. Wir müssen verzeichnen, daß Kreise der Evangelischen Kirche aus ihrer Zurückhaltung herausgetreten sind.[85] Aus all diesen Dingen muß man bestimmte Schlußfolgerungen für die Arbeit in den kommenden vier Jahren ziehen. Ich würde es nicht für zweckmäßig halten, wenn wir das mit den heute zur Diskussion stehenden Problemen verbinden würden, weil wir dazu nach meiner Meinung viel mehr Zeit brauchen.

Zum zweiten Punkt, den der Vorsitzende angeschnitten hat: die Bildung der Kommission. Ein Beschluß des Parteitages liegt zugrunde.[86] Ich möchte dazu den Vorschlag unterbreiten, die Kommission auf fünf Mitglieder zu begrenzen.

Wir würden es begrüßen, wenn die Leitung dieser Delegation der Partei- und Fraktionsvorsitzende übernähme und wenn sich die restlichen vier Vertreter aus zwei Mitgliedern des Bundesvorstandes und zwei Mitgliedern der Bundestagsfraktion zusammensetzten.

Wir sind der Auffassung, daß wir gut daran tun, wenn wir von vornherein die Kooperation zwischen Partei und Fraktion auch bei diesen Verhandlungen sicherstellen.[87] Zur Personenfrage will ich mich mit Ausnahme des Vorschlages, daß der Vorsitzende selbst diese Delegation leiten möge, zunächst nicht äußern.

Drittens glauben wir, daß es notwendig ist, heute noch einmal unsere Koalitionsbereitschaft mit der Christlich-Demokratischen Union zu erklären, obwohl wir keinerlei Hektik, keinerlei Hysterie und keine Nervosität zeigen sollten. So wie wir nochmals unsere Koalitionsbereitschaft erklären sollten, sollten wir ebenfalls erklären, daß wir, gleichgültig, was sich in den nächsten Wochen

85 Vgl. Nr. 11 Anm. 12.
86 Siehe Anm. 5.
87 Siehe Anm. 1. Zum Problem der Kooperation zwischen der BT-Fraktion und den zentralen Parteigremien insgesamt vgl. Hartmut ULLRICH, Die Rolle von Bundestagsfraktion und außerparlamentarischen Parteigremien in der politischen Willensbildung der FDP, in: PVS 8. Jg. (1967), S. 109–120.

ergibt, an eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei nicht denken und unserer Haltung in dieser Frage nicht ändern werden.[88]

Ich halte das für notwendig, denn wir müssen damit rechnen, daß in den nächsten vier Wochen eine Reihe von Versuchsballons hochgeht und daß der Vorschlag kommt: „*Mende* Bundeskanzler", und was da alles noch denkbar ist. Die Sozialdemokraten werden alles tun, um die Situation möglichst zu verwirren.[89] Wenn sie auch für ihre Partei zunächst nichts erreichen können, wollen sie auf alle Fälle sicherstellen, daß die FDP bei diesem Getümmel, das da entstehen kann, einen möglichst miserablen Eindruck macht; denn die Sozialdemokraten denken nach diesem Sonntag natürlich viel mehr an die Zukunft, sie denken an die Landtagswahlen[90] und an das, was sie sich möglicherweise für 1965 erhoffen. Ich glaube, da sollten wir Klarheit in den Aussagen schaffen.

Viertens eine Empfehlung für die Kommission. Ich glaube, darüber sollte man ruhig einmal sprechen, damit das von vornherein in die Diskussion einbegriffen ist. Wir sind der Meinung, daß diese Kommission gut beraten wäre, wenn sie bei einem Koalitionsangebot durch die Christlich-Demokratische Union zunächt einmal Sachfragen diskutierte.[91] Und zwar können wir verlangen, gerade angesichts der außenpolitischen Situation, angesichts der Lage Berlins[92] und des Deutschlandproblems, daß die Christlich-Demokratische Union ihre Bücher offenlegt. Denn die Pleite ist schon so deutlich erkennbar, daß ein Partner, der in dieses Geschäft einsteigern soll, einen Anspruch darauf hat, zu erfahren, wie der augenblickliche Status aussieht.

Was Herr Thilo *Koch* in seinem Gespräch mit *Brentano* bereits zum Ausdruck gebracht hat[93], ist durch *Menne* ja heute morgen hier nochmals bestätigt worden. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als daß wir in den nächsten Wochen mit der Forderung zu rechnen haben: Anerkennung der Oder-Neiße-Linie[94], Anerkennung der DDR[95], Rüstungsbeschränkung – das wird wahrscheinlich heißen: Verzicht auf atomare Waffen.[96] Das ist zunächst einmal Ziel Nr. 1. Als einziges Äquivalent ist im Augenblick erkennbar, etwas,

---

88 Siehe Anm. 47.

89 Zum Kurs der SPD nach dem Wahltag siehe Anm. 50 und 54.

90 Siehe Anm. 49.

91 Auf der zweiten gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und BT-Fraktion am 29. 9. 1961 änderte die FDP die Rangfolge ihres drei Punkte umfassenden Verhandlungskataloges und setzte an die erste Stelle statt der Person des künftigen Regierungschefs die Sachverhandlungen. Vgl. Nr. 18, S. 178 f., 189.

92 Gemeint ist die Lage Berlins seit dem Bau der Mauer am 13. 8. 1961. Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

93 Nicht ermittelt.

94 Gemeint war das massive Drängen der USA nach deutschlandpolitischen Konzessionen, was praktisch auf eine weitgehende Revision der von *Adenauer* konzipierten Deutschlandpolitik hinauslief. Dieser Kurs stellte die Gesamtheit der deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung in Frage: die Ablehnung der Oder-Neiße-Linie, die Nichtanerkennung der DDR und den Widerstand gegen eine „Freie Stadt Berlin". Vgl. H.-J. GRABBE, 1983, S. 286 ff.; vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 226.

95 Der Führer der britischen Labour Party, *Gaitskell*, unterbreitete auf einer Pressekonferenz am 5. 1. 1962 in West-Berlin Vorschläge für eine Berlin-Vereinbarung auf der Basis einer Teil-Anerkennung der DDR. Vgl. AdG 1962, S. 9605 Ziffer 6.

96 Vgl. das Kommuniqué vom 3. 12. 1960 (Abs. 1) in Nr. 8 unter TOP 1.

was für uns gar nicht so bedeutsam ist, sondern viel mehr für die Westalliierten, nämlich die vertragliche Garantie der freien Zufahrtswege nach Westberlin, also auch nur eine Lösung, die offensichtlich nur für absehbare Zeit gedacht ist.

Eine Diskussion der Sachfragen halten wir für nötig. Ich warne – das war auch die Meinung meiner Freunde – etwa vor der Überlegung, daß wir so eine „Daffke"-Haltung einnehmen könnten und sagen könnten: Die haben den ganzen Krempel eingebrockt, jetzt sollen sie auch diese Geschichte alleine bereinigen!

Wenn wir so viele Stimmen bekommen haben, daß die CDU nicht mehr allein regieren kann, dann ganz zweifelsohne mit der Absicht, daß wir einen Beitrag leisten, um aus dieser verfahrenen Situation das Beste zu machen. Das ist jedenfalls unser Eindruck aus der Wählerstimmung. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen: Die sollen jetzt sehen, wie sie damit fertig werden!, glaube ich nicht, daß das eine positive Resonanz finden wird. Auch das muß man einmal diskutieren.

Wir sollten erst in zweiter Linie – das ist die Empfehlung an die Kommission – an die Diskussion von Personalfragen herangehen.[97] Da gibt es an sich eine einzige wirklich bedeutsame Frage, zunächst einmal; das ist die Frage: wer wird der nächste Kanzler sein?

Darf ich hier um eine Feststellung bitten! Vielleicht können wir vorab, bevor wir überhaupt in die Diskussion eintreten und bevor wir vielleicht hier einander mißverstehen, diese Feststellung treffen, nämlich die, daß wir uns wohl darüber einig sind, daß Herr Konrad *Adenauer* nicht Kanzler einer Regierung sein kann, in der wir drin sind. (Beifall.)

Aber, meine Freude, wenn man sich dieses Ziel setzt, taucht die Frage auf: wie kriegen wir das am besten zustande? Wir kriegen es nicht dadurch zustande, daß wir heute noch eine knallharte Erklärung abgeben: „Der *Adenauer* muß weg!" und dadurch die Solidarität der CDU provozieren.[98] Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir so verfahren.

Wir sollten also mit allen Äußerungen nach draußen in diesem Punkt sehr zurückhaltend sein. Aber wir müssen untereinander die Sicherheit haben – und ich möchte betonen, daß das das Endziel jeder unserer Verhandlungen sein muß –, daß wir unter diesem Kanzler, mit dieser politischen Pleite nicht in eine Regierung eintreten können. Darüber müssen wir uns alle klar sein.

Wenn wir darüber Klarheit haben, können wir uns über alles andere, wie wir taktisch verfahren, was wir nach draußen sagen, relativ leicht einigen.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang – das wird, glaube ich, eine Formulierungsfrage sein. Ich könnte mir vorstellen – das soll nur eine Anregung sein –, daß wir zunächst heute einmal erklären: Wir sind nicht die Partei, die

97 Siehe Anm. 91.

98 Zur gleichen Zeit stimmte der Bundesvorstand der CDU einer erneuten Kandidatur *Adenauers* für das Amt des Bundeskanzlers zu. Siehe Anm. 60.

ein Angebot machen kann, sondern wir werden in aller Ruhe abwarten, bis sich jemand meldet, der mit uns eine Koalition bilden will.

Der zweite Punkt: Wenn man die Kanzlerfrage an uns stellt, sollten wir sagen, daß wir bereit sind, einen Vorschlag oder jeden Vorschlag zu prüfen, der dem Ernst unserer Lage und den auf uns zukommenden Belastungen Rechnung trägt. Wir sollten sagen, daß wir bereit sind, jeden vernünftigen Vorschlag – ich wiederhole, das ist eine Formulierungsfrage – zu prüfen.

Ich glaube, wenn wir so verfahren, laufen wir nicht Gefahr, daß jemand zu der Überzeugung kommt, wir schwankten in der Frage, ob wir Konrad *Adenauer* vielleicht doch noch einmal wählen sollten oder nicht. Man kann es so formulieren, daß es an sich spürbar ist, aber ohne daß sich die CDU von uns gewissermaßen unter einen Druck gesetzt fühlt. Ich erinnere an Beispiele aus unserer eigenen Vergangenheit. Wenn da jemand aufstand und sagte, dieser oder jener Mann sei ungeeignet für die FDP, fanden wir anderen uns wieder zusammen und sagten: Wir lassen uns von anderen nicht vorschreiben, wer uns führt! – Das sollten wir jetzt nicht bei der CDU provozieren. Wenn wir uns über das Ziel klar sind, ist der Rest eine taktische Frage.

Zum Schluß! Lassen Sie uns bitte – eine Empfehlung an die Kommission – nicht auf die berühmte Masche von der Übergangslösung ein![99] Das würde bedeuten, daß er noch einmal für ein Jahr wegen der Reaktion des Auslandes bzw. im Amt bleiben soll. Wenn wir aber dem Kanzler noch einmal für ein Jahr zum Amt verhelfen, soll sich niemand einbilden – das haben wir doch schon erlebt –, daß wir ihn nach einem Jahr von diesem Stuhl herunterkriegen. Das ist eine Illusion. Der ist nach vier Jahren noch da, und der bildet auch noch die fünfte Bundesregierung, wenn er noch am Leben ist, und er macht diese fünfte Regierung dann wieder ohne die FDP. Die braucht er nämlich nachher nicht mehr; da hat er wieder die Mehrheit.

Ich warne vor den Ideen einer Übergangslösung; sie würden uns nur in eine schwierige Lage bringen.

Lassen wir uns auch nicht etwa beeindrucken durch die Parolen, die da kommen werden: „Wenn ihr nicht kompromißbereit seid, wenn ihr nicht mitspielt, zwingt ihr die CDU, eine schwarz-rote Koalition zu machen!" – Das ist eine alte Masche, das ist ein aufgelegter Schwindel. Denn eine Koalition CDU/SPD unter der Führung Konrad *Adenauers* ist einfach nicht drin.[100] Und selbst wenn die SPD es will, und selbst wenn es Herr *Brandt* wollte, das wäre das Ende der SPD innerhalb von vier Wochen. Das wissen sie auch.[101] Wir haben

---

99 CDU/CSU und FDP einigten sich dann auf eine Übergangslösung. Der förmliche Koalitionsvertrag vom 20. 10. 1961 befristete die Dauer der Kanzlerschaft *Adenauers*. Dieser sicherte nach seiner Wiederwahl den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP, *Krone* und *Mende*, schriftlich zu, sein Amt nicht volle 4 Jahre auszuüben, sondern so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, daß seinem Nachfolger bis zum Wahljahr 1965 genügend Zeit bleibe, sich einzuarbeiten. *Adenauer* trat im Herbst 1963 zurück. Vgl. AdG 1961, S. 9443 Ziffer 11–12; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 564, 588.

100 Vgl. Nr. 18 mit Anm. 242, 359.

101 Zum Kurs der SPD nach dem Wahltag siehe Anm. 50 und 54.

ausreichend Informationen, um zu wissen, daß eine solche Lösung nicht drin ist. Aber man wird zweifelsohne mit dieser Parole uns unter Druck setzen wollen.

Man wird sicher auch versuchen, wieder mit der Wahlgesetz-Geschichte zu kommen[102], und wird sagen: Wenn ihr nicht kompromißbereit seid, wird es vielleicht zu einem neuen Wahlgesetz kommen, und die SPD wird das mitmachen! – Ich glaube auch das nicht. Ein solcher Akt würde am Ende bedeuten, daß von den 4 Millionen Wählerstimmen, die wir bekommen haben, in der Zukunft 3 Millionen sicher die CDU bekommen würde und 1 Million die SPD. Das weiß auch die SPD. Also ein neues Wahlgesetz würde praktisch die ewige Herrschaft einer Partei bedeuten. Ich glaube, auch vor einer solchen Drohung brauchen wir uns nicht zu fürchten.

Das ist unser Beitrag. Ich bin nicht vermessen, aber ich meine, wenn wir uns im wesentlichen an diese Fragen halten, sind wir ungefähr im Kern bei dem, was heute morgen nach unserer Auffassung besprochen werden muß. (Beifall.)

Dr. MENDE: Vielen Dank! – Ich würde sagen, daß in der Tat jetzt bei der Aussprache sehr offen zu zwei Fakten Stellung genommen werden muß.

Erstens. Hat jemand von uns bezüglich *Adenauer* eine andere Meinung? Ist er im Gegensatz dazu bereit, seine Stimme im ersten oder zweiten Wahlgang Konrad *Adenauer* zu geben? – Man muß ja wissen, ob man mit 66 weißen Zetteln rechnen kann oder nicht.

Zweitens. Sind auch Sie der Meinung: Fünfer-Kommission, zwei aus dem Bundesvorstand, zwei aus der Fraktion? Ich halte es, entschuldigen Sie, für selbstverständlich, daß Sie mich als Parteivorsitzenden nicht von der Verhandlung ausschließen.[103] Das wäre geradezu der erste Schwaben. . ., Verzeihung, Schildbürgerstreich! (Heiterkeit.)

LENZ: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich habe Wolfgang *Döring* aufmerksam zugehört. Ich bitte, mir zu glauben, daß ich das immer tue, wenn Wolfgang *Döring* spricht. Alles, was er gesagt hat, ist sicher völlig richtig. Es geht darum, daß wir den Erfolg dieser Wahl nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, indem wir uns jetzt in eine Situation hineinmanövrieren lassen, als ob wir heute und hier sofort Entschlüsse zu fassen hätten. Es pressiert überhaupt nicht. Ich würde dem Parteivorsitzenden beinahe raten wollen, er möge sich auf eine Hütte zurückziehen, wo es kein Telefon gibt. Es wird nach ihm gefragt werden. Er hat schon Beispiele dafür gegeben. Er soll eine Sphinx sein. Keine

---

102 CDU/CSU und SPD hatten bereits in den 50er Jahren die Einführung der relativen Mehrheitswahl bzw. einer Mischform – mit einkalkulierten Nachteilen für die kleinen Parteien – befürwortet. Nach dem Inkrafttreten des Wahlgesetzes von 1956 (vgl. Nr. 3 Anm. 9) beruhigte sich die Wahlrechtsdiskussion. Sie belebte sich erneut, als CDU und CSU bei den Bundestagswahlen 1961 die absolute Mehrheit verloren und die FDP einen Achtungserfolg erzielte, führte aber nicht zu einer Wahlrechtsänderung. Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 352–365.

103 Von seiten der CDU und CSU nahmen an den Koalitionsgesprächen ebenfalls die Parteivorsitzenden *Adenauer* und *Strauß* teil; die Leitung der Gespräche übernahm für CDU und CSU *Adenauer*. Vgl. AdG 1961, S. 9385 A; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 565 f.

Aussage über den Bundeskanzler! Eine stillschweigende Vereinbarung, daß wir genau wissen: Wenn wir einen Kanzler der Krise wählen, dann werden wir eine permanente Krise haben, also auch einen permanenten Kanzler. Wir dürfen uns darauf nicht einlassen. Wir dürfen uns auch keinesfalls davor drücken. Wir sind gewählt worden, und wir haben nun einmal vier Jahre lang, wenn wir es wollen, mit die Verantwortung zu tragen. Ich bitte Sie, sich nicht darauf einzulassen, daß wir uns gewissermaßen von der Verantwortung absentieren können.

Aber ich sehe nun den Erfolg der Freien Demokraten und den Mißerfolg der CDU doch in einer ganz anderen Sache. Es ist doch etwas passiert am Sonntag. Das ist doch nicht nur ein Verlust von 5 %, sondern das heißt doch, daß die Freien Demokraten jetzt aufgerufen sind, einige Dinge, die sich in den letzten acht Jahren ereignet und verhärtet haben, nach Möglichkeit aufzubrechen. Wir müssen deshalb dieses Wahlergebnis sehr genau analysieren. Ich würde sehr viel Geld ausgeben, Herr *Rubin,* um dieses Wahlergebnis sehr genau zu analysieren. Seien Sie versichert, die Gegenseite wird es auch tun, und die Gegenseite wird daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Lassen wir uns deshalb nicht beirren, auch unsererseits diese Dinge genau zu untersuchen.

Daher ein Wort an die Partei. Ich glaube, wir sind in der glücklichen Situation, daß es eine Fraktion zu geben scheint, die mit ihrer Partei gut auskommen wird.[104] So sehr ich meine und weiß – Herr *Dehler* hat mich hier oft belehrt –, daß die Fraktion eine Institution eigenen Rechts ist, müssen in den nächsten Wochen und Monaten Partei und Fraktion ganz eng zusammenarbeiten. (Beifall.)

Ich bin deshalb Ihrer Meinung, Wolfgang *Döring,* daß diese Kommission ebenfalls, wenn Sie so wollen, paritätisch durch Bundesvorstand und Fraktion besetzt werden soll. Das gilt schon aus dem Grunde, weil wir nachher in eine Verantwortung hineingehen, die wir niemals tragen können, wenn die Partei nicht hinter der Fraktion steht, und weil wir diesen Sieg gar nicht sichern können, wenn wir uns nicht ernsthaft vornehmen, zwischen Partei und Fraktion ein Vertrauensverhältnis herzustellen.[105]

Ich darf Ihnen, den Neuen, sagen, daß die alte Fraktion, als wir noch in der Regierung waren, zwei Vorwürfen ausgesetzt war, die man nur sehr schwer widerlegen kann. Wir wurden vielfach die „Umfallfraktion" genannt – vor allem in dem Restaurant dort unten, und Sie werden noch merken, was dort für „Stolperdrähte" drin sind –, weil man uns immer wieder in Lagen hineinmanövriert hat, in denen wir, gewissermaßen um des lieben Friedens willen, dazu gebracht wurden, umzufallen. Wir haben das leider sehr oft getan.

Wollen wir uns einmal vornehmen, in der neuen Ära, die wirklich eine neue Ära sein muß, uns von diesem Vorwurf zu lösen. Es sind gestern abend im Restaurant schon Wetten abgeschlossen worden, daß die Fraktion in Sachen Bundeskanzler *Adenauer* wieder umfallen wird. Möge sie das nicht tun!

---

104 Siehe Anm. 87.
105 Siehe Anm. 87.

Das zweite, was uns immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, ist, daß wir es nicht ertragen können, etwas für uns zu behalten. Verschwiegenheit ist eine Sache, die es in Bonn nicht gibt. Sie müssen wissen, daß, wenn Sie nicht mit sich selber sprechen, es dann schon gefährlich wird. Ich mache mir keine Illusionen, daß wir hier sehr große Erfolge erzielen werden. Aber seien wir in den nächsten Tagen verschwiegen! Machen wir ein Pokergesicht! Es spielt gar keine Rolle; es geht uns nicht den Bach hinunter, wenn wir jetzt im Augenblick nicht gleich bekennen.

Aus den Couloirgesprächen von gestern nur einige Informationen. Der Kanzler hat im Gegensatz zu Freitag sehr geschickt gestern eine Pressekonferenz einberufen[106] und zunächst um sich herum ein Gerüst aufgebaut, und nun soll sich seine Fraktion einmal an diesem Gerüst den Kopf einrennen. Lassen wir sie, lassen wir sie rennen! Tun wir gar nichts!

Man weiß, daß gestern nachmittag ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundeswirtschaftsminister stattgefunden hat, das sich offenbar durch eine sehr schlechte Laune beider Herren ausgezeichnet hat. Man weiß ferner, daß offenbar ein sehr lautes Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der CSU und dem Herrn Bundeskanzler stattgefunden hat[107] und daß man hörbar außerhalb des Raumes einige Töne vernommen hat, die nicht sehr freundlich klangen. Man weiß allerdings auch, daß zwischen dem Vorsitzenden der CSU und dem Bundeswirtschaftsminister kein besonderes Vertrauensverhältnis zu bestehen scheint.[108] Lassen Sie bitte die Regierungsfraktion brutzeln und schmoren! Gehen wir nicht daran, daß es sich wieder verhärtet! Lassen wir es ablaufen! Es wird schon die Zeit kommen, wo man uns fragen wird.

Natürlich wird auch bereits die Kabinettsliste verteilt; das ist ganz klar. Man sagt uns: Wenn Ihr für *Adenauer* seid, bekommt Ihr zwei Ressorts mehr! – Ich rate dringend, allen diesen Sirenengesängen nicht zu lauschen. Wenn wir den Wahlerfolg sicher[n] wollen, dürfen wir nichts tun, um die Glaubwürdigkeit, die wir in den letzten Jahren und in dieser Wahl errungen haben, aufs Spiel zu setzen. Selbst wenn es nachher im Geschäft nicht so gut ankommen sollte, eines weiß ich genau: Der Wähler wird sehr genau auf uns sehen, was

---

106 Pressekonferenz vom 18. 9. 1961 um 12 Uhr. Damit griff *Adenauer* den Beschlüssen von Parteivorstand und Fraktionsvorstand vor, die erst am 19. 9. bzw. 21. 9. tagten. *Adenauer* erklärte seine Absicht, selbst wieder die Regierung zu bilden, vor allem mit der Notwendigkeit der außenpolitischen Kontinuität. Nach Lage der Dinge komme dabei nur eine Koalition aus CDU, CSU und FDP in Betracht. Für seine Partei habe dies den Vorteil, die zu erwartenden außenpolitischen Enttäuschungen nicht allein vor dem Wähler vertreten zu müssen. Vgl. Der Spiegel, Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 26; D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 561 f.

107 Am Nachmittag des 18. 9. 1961 sprach *Adenauer* nacheinander nicht nur mit *Erhard* und F. J. *Strauß,* sondern auch mit *Krone* und *Gerstenmaier.* Alle vier Gesprächspartner hatten bis dahin die Ablösung *Adenauers* als Kanzler befürwortet; *Erhard, Gerstenmaier* und *Krone* waren zudem als Kanzlerkandidaten im Gespräch. Am 18. 9. erklärten alle drei *Adenauer,* daß sie nicht gegen ihn antreten würden. Vgl. Der Spiegel, Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 26 f.; H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 229.

108 Die Distanz zwischen F. J. *Strauß* und *Erhard* trat später, während *Erhards* Kanzlerschaft von 1963 bis 1966, vor allen in Fragen der Außenpolitik zutage. Vgl. K. Hildebrand, 1984, S. 37, 40, 102, 128, 156 f., et passim.

wir jetzt zu tun gedenken. Wir sind hier im Auftrag der Wähler. Enttäuschen wir unsere Wähler nicht! (Beifall.)

Dr. MENDE: Vielen Dank, Kollege *Lenz!* – Das schlägt sich in allen Telegrammen nieder, die seit gestern bei den Landesverbänden und in Bonn eintreffen, nach dem Motto: Steht zu dem, was ihr im Wahlkampf vertreten habt! – Ich glaube, das ist die einfachste Aussage, die wir machen können. Ich werde sie heute in der Pressekonferenz machen: Die Freie Demokratische Partei wird den Aussagen entsprechen, die sie im Wahlkampf gemacht hat. Schluß! Keinen Satz mehr![109]

Prof. Dr. ERBE: Liebe Freunde! Ich kann mich sehr kurz fassen, weil alles, was bisher, von *Mende* angefangen, bis jetzt von Herrn *Lenz* gesagt worden ist, vor allem auch die Ausführungen von Herrn *Döring*, völlig dem entsprechen, was auch unsere Vorstellungen sind. Es hätte genausogut umgekehrt laufen können, daß einer von uns diese Dinge in derselben Weise vorgetragen hätte.

Wir müssen innerlich darüber einig sein, daß wir einen Herrn *Adenauer* nicht wollen, daß im übrigen die Aussage vor der Wahl genau übereinstimmen muß mit der Aussage nach der Wahl, im Interesse unserer Glaubwürdigkeit. Alles das kann ich nur mit aller Vehemenz unterstreichen. Wir würden es zwar sehr, auch wohl die meisten von uns, Herrn *Adenauer* gönnen, wenn er selber die Dinge unterschreiben müßte, die praktisch die Kapitulation seiner bisherigen Außenpolitik bedeuten würden. Herzlich gern würden wir es ihm gönnen. Aber ein 86jähriger Mann ist einfach biologisch am Ende. Jetzt stellen Sie sich vor, daß in den nächsten Monaten in der Deutschland- und Berlin-Frage eine Krise eintritt, und der Mann ist plötzlich nicht mehr da, aus biologisch-physischen Gründen. Und dann kein Kanzler! Das wäre für den Osten die Aufforderung, ohne Verhandlung faits accomplis am laufenden Band zu schaffen. Dieser Zustand darf unter gar keinen Umständen eintreten.

Ich warne für meine Person auch vor einer Übergangslösung. Ein Mann, der für einen Übergang, auch mit allen Zusagen von der anderen Seite gesichert, etwa für ein Jahr noch dableiben soll, ist nur abzuschaffen mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum. Eine andere Möglichkeit gibt es nach dem Grundgesetz nicht. Begeben wir uns deshalb nicht in diese Falle!

Zu dem, was Herr *Menne* vorhin ausgeführt hat. Ich habe jetzt in Genf mit einer ganzen Reihe von Amerikanern auf einer Tagung der World Federation of United Nations Associations gesprochen. Dieselbe grundsätzliche Aussage, aber die Einschränkung: Wenn das amerikanische Volk heute bereit sei, einen Krieg zu führen, dann ist das natürlich auch eine gewisse Suggestion, um dem Osten gegenüber klarzustellen, daß die Amerikaner bereit sind zu sagen: Bis hierher und nicht weiter, mit allen Konsequenzen. Daß diese Haltung, diese Bereitschaft zum Krieg bei der Generalität da ist, das unterstreiche ich. Bei der Bevölkerung mache ich nach dem, was ich erfahren habe, ein gewisses Fragezeichen.

---

109 Siehe Anm. 31.

Dann die Frage der Kommission. Fünf Persönlichkeiten entspricht auch durchaus unseren Vorstellungen. Daß Herr *Mende* dabei ist, versteht sich von selbst.[110] Zwei Mitglieder der Bundestagsfraktion – die zu bestimmen ist Sache der Fraktion – ich spreche jetzt als Mitglied des Bundesvorstandes –, das geht mich nichts an. Aber sofern es sich um zwei Mitglieder des Bundesvorstandes handelt, möchte ich gleich einen konkreten Vorschlag machen. Ich schlage vor, zu diesen beiden Mitgliedern aus dem Bundesvorstand zu bestimmen: erstens den Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Willi *Weyer,* zweitens den Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Wolfang *Haußmann.*

Zur Begründung möchte ich dazu kurz sagen: Es sind die beiden stärksten Landesverbände, und da man irgendeinen Gesichtspunkt dabei berücksichtigen muß, würde ich empfehlen,

(Zurufe)

die Vorsitzenden der beiden stärksten Landesverbände zu nehmen.

Ich möchte unterstreichen, daß auch wir mit der grundsätzlichen Linie für diese Kommission, die vorhin Wolfgang *Döring* aufgezeigt hat, voll und ganz einverstanden sind. Zunächst also eine Analyse der Situation, damit wir z. B. auch einmal erfahren, was in dem Gespräch zwischen *Adenauer* und *Smirnow* ausgehandelt worden ist.[111] Das ist ein dunkler Punkt, über den wir wissen müssen, wie die Dinge stehen. Im übrigen von unserer Seite Appell zur Einigkeit, damit wir in den vier Jahren, die vor uns liegen, den Wahlerfolg bestätigen und nach vier Jahren die Hoffnung haben, daß wir nicht nur beim Status quo bleiben, sondern daß wir den Durchbruch, den wir erzielt haben, weiter vertiefen.

Ich möchte zu den Kreisen, die bereits bei dieser Wahl von uns als Freunde angesprochen wurden, vor allem auch die Jugend zählen. Ich habe sehr viel Verbindung zu studentischen Kreisen; das ergibt sich aus meinem Beruf. Dort ist die Auffassung: weder *Adenauer* noch *Brandt!* Deshalb haben sie als Neuwähler weitgehend FDP gewählt. Bitte behalten Sie diese Leute, die in der Zukunft entscheidend mitzureden haben, sehr im Auge! Das kann für uns wiederum ein Positivum ersten Ranges sein, daß wir es geschafft haben, in unserer Jugend, soweit sie politisch urteils- und denkfähig ist, einen sehr schönen Einbruch zu erzielen. Das scheint mir ganz besonders wichtig zu sein.

Dr. Mende: Es ist selbstverständlich, daß dem Beschluß der Kommission auch der Inhalt zugrundeliegt, daß die Vertreter in dieser Kommission nicht unmittelbar Ambitionen für ein Minister- oder Staatssekretärsamt haben dürfen. Insofern muß ich sagen, ich beneide die Mitglieder der Kommission keineswegs – es gab vorhin einige Zwischenrufe –. Ich habe das Gefühl, danach drängen sollte niemand, schon aus Vorsicht. Aber, wie gesagt, über die Mitglieder des

110 Siehe Anm. 103.

111 Am 16. 8. 1961 – drei Tage nach dem Beginn des Mauerbaus in Berlin – empfing *Adenauer* den sowjetischen Botschafter zu einem einstündigen Gespräch, an dem auch Außenminister *von Brentano* teilnahm. Vgl. FAZ Nr. 189 D vom 17. 8. 1961, S. 1.

Bundesvorstandes muß der Bundesvorstand abstimmen, wenn es noch mehr Vorschläge gibt, und über die Mitglieder der Fraktion die Fraktion.[112]

ENGELHARD: Wir haben vor der Wahl gesagt, wir würden mit der CDU unter gewissen Bedingungen koalieren, aber nicht mit den Sozialdemokraten auf der Basis des SPD-Wahlprogramms 1961. Meine Zuneigung für die CDU ist äußerst begrenzt. Ich muß aber hier in diesem Saal erklären, daß ich fest davon überzeugt bin, daß diese Festlegung der FDP, die keinerlei Schwanken nach irgendeiner Seite zuläßt, uns im wesentlichen doch wohl den Wahlerfolg gemacht hat. Ich bin also der Meinung, daß der größte Teil der Wähler sich eher an ein Zusammenleben mit der CDU auf Bundesebene gewöhnt als mit der SPD.

Wir haben jetzt eine schwere Aufgabe vor uns. Wir sollen nach einem Weg suchen, mit der CDU zu einer Zusammenarbeit zu kommen, die wir in den vier Jahren, die hinter uns liegen, sehr oft kritisieren mußten, die wir im Wahlkampf heftig angreifen mußten und deren Schwächen wir offenlegen mußten.

„*Adenauer, Erhard* und die erfolgreiche Mannschaft" minus *Adenauer* soll also nun nach unserer Auffassung unser Koalitionsgefährte für die Zukunft sein. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Regierung, soweit die CDU sie zu stellen hat, nicht unbedingt aus starken Figuren besteht. Einige bedeutende Männer dieses Kabinetts werden freiwillig ausscheiden. Ganz sicherlich ist der Weggang von *Etzel*, von *Balke* ein Verlust. Eine Attrappe wie der Bundesaußenminister wird sicherlich freiwillig seinen Platz nicht räumen.[113]

Wir haben also jetzt eine große Verantwortung auf unseren Schultern liegen. Die große Verantwortung zeigt sich, glaube ich, am besten in der Frage unseres Verhaltens zur Führung dieser Koalition. Ich glaube, wir haben den Wahlkampf für uns am Ende so besonders günstig gestaltet, weil wir von einem bestimmten Zeitpunkt an die Wähler nicht mehr im Unklaren gelassen haben, daß wir zwar unter gewissen Bedingungen mit der CDU koalieren würden, aber nicht unter einer Kanzlerschaft von Konrad *Adenauer*. Ich bin fest davon überzeugt, in dem Stadtstaat, in dem ich lebe[114], sind die 187 000 Wähler am Sonntag davon ausgegangen: die Freien Demokraten sorgen im Falle des Wahlerfolgs dafür, daß das Schicksal des deutschen Volkes und das Schicksal eines jeden einzelnen nicht mehr in die Hände dieses lebensgefährlich agierenden alten Mannes gelegt wird. (Beifall.)

Irgendwelche Arrangements auf Zeit – „nur noch ein kleines bißchen, und dann wollen wir sehen, ob es noch ein kleines bißchen geht" – sind ein lebensgefährliches Experimentieren. Ich komme aus einer Stadt, wo es auf sozialde-

---

112 In die Verhandlungskommission der FDP unter dem Vorsitz von *Mende* wurden gewählt: aus dem Bundesvorstand *Engelhard* (Hamburg), *Weyer* (Düsseldorf) und *Haußmann* (Stuttgart), aus der Fraktion *Imle* (Flensburg), *Zoglmann* (Düsseldorf) und *Kohut* (Langen/Hessen). Siehe S. 123, 127.

113 Außenminister *von Brentano* erklärte am 30. 10. 1961 seinen Rücktritt, was die Koalitionsverhandlungen erleichterte. Vgl. AdG 1961, S. 9441 Ziffer 2; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 597.

114 Freie und Hansestadt Hamburg; *Engelhard* war dort Senator.

mokratischer Seite eine ähnliche Abrede gegeben hat, nur mit dem Unterschied, daß der Herr, der damals zur Debatte stand, der bei uns Regierungschef war, fast ein Sohn von Konrad *Adenauer* sein könnte.[115] Die Sozialdemokraten haben sich an dieser Frage in Hamburg fast zerstritten, und die Regierungsarbeit in Hamburg war ein Jahr lang fast gelähmt durch diesen Zustand. – Wenn Sie *Adenauer* akzeptieren und etwa sagen: von Dezember 1961 bis Dezember 1963, dann übernehmen Sie, glaube ich, das Risiko, daß vielleicht vom Sommer 1962 an die Bundesregierung durch das Vorhandensein dieses Mannes blockiert ist.

Wir wollen ganz offen über diese Dinge sprechen. Ich darf hier mitteilen, daß wir in Hamburg gestern den sog. Hauptausschuß beisammen gehabt haben. Eine Besetzung wie noch nie! Es hat kaum jemand gefehlt. Drei Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, was auch bei dem an sich sehr homogenen Hamburger Landesverband nicht oft vorkommt.

Der erste Beschluß: Unter bestimmten Bedingungen eine Koalition mit der CDU, aber ohne *Adenauer.*

Der zweite Beschluß: Klares Festhalten an der Absage gegenüber der SPD.[116] Wir würden unsere Reputation völlig verlieren, wenn wir heute mit den Sozialdemokraten koalieren würden.

Der dritte Beschluß: Bevor man sich über Ministernamen unterhält, bevor man eine Ministerliste zusammenbastelt, muß eine Kommission der Bundespartei bestimmte Sachforderungen erarbeiten. Da muß es maximale und minimale Forderungen geben. Ich glaube, das Publikum erwartet gerade von unserer Partei, daß wir über sachliche Fragen Klarheit schaffen, bevor der Handel über die Ministersitze losgeht. Es würde in der Öffentlichkeit einen schlechten Eindruck machen, wenn Tag für Tag die Spalten mit Spekulationen über Ministersitze gefüllt wären.

Wir sind auch in Hamburg für eine Verhandlungskommission. Wir haben dabei zwei Wünsche an die Zusammensetzung dieser Kommission. Einmal möchten wir gerne, daß den regionalen Gegebenheiten etwas Rechnung getragen wird. Wenn ich das so umschrieben ausdrücke, will ich es auch deutlich sagen. Auch der nordwestdeutsche Küstenraum hat am Sonntag eine Million Wähler gehabt.

Wir möchten gern, daß die Parteifreunde, die unter gewissen Umständen bereit wären, in eine neue Regierung einzutreten, sich etwas zurückhalten, natürlich abgesehen von unserem Parteichef, den natürlich niemand aus der Verhandlungskommission herauslassen wollte.[117]

(Zurufe: Das ist doch schon beschlossen!)

---

115 Nach den Bürgerschaftswahlen vom 1. 11. 1953 verständigten sich der Hamburg-Block aus CDU, FDP und DP (50,0 v. H.) und die SPD (45,2 v. H.) auf Kurt *Sieveking* (CDU, Jg. 1897) als Kandidaten für den Posten des Regierenden Bürgermeisters. Vgl. AdG 1953, S. 4232 E.

116 Siehe Anm. 47.

117 Siehe Anm. 103.

– Dann sind wir uns in dieser Sache einig.

Ich möchte nochmals mit Nachdruck bemerken: Der Hamburger Landesverband hat es einstimmig für völlig inakzeptabel gehalten, daß wir *Adenauer* als Kanzler akzeptieren. Ich bitte die Parteifreunde, auch daran zu denken, daß wir in nicht mehr als acht Wochen in Hamburg zum Hamburger Stadtparlament, zur Hamburger Bürgerschaft wählen. Ich weiß nicht, wie viele Wähler von unseren 187 000 übrigbleiben, wenn wir inzwischen Juniorpartner einer neuen Regierung Konrad *Adenauer* geworden sind.[118]

Dr. MENDE: Ich will Ihnen einmal illustrieren, was hier so an Telegrammen einläuft. – (Verliest Telegramm des Kreisausschusses Hannover.) – Ich kann feststellen, daß bislang nicht der geringste Anlaß zur Besorgnis besteht. Ich bitte alle hier unter uns, zu sagen: Die FDP wird an dem festhalten, was sie im Wahlkampf verkündet hat. Das ist die völlige Auffassung aller hier bisher in Bonn zusammengetretenen Gremien der FDP.

WEYER: Zur Geschäftsordnung! – Nachdem jetzt vier oder fünf Herren eindeutig erklärt haben: Nicht unter *Adenauer* – keine Übergangslösung – nicht mit der SPD –, schlage ich vor, daß sich nur solche Parteifreunde zum Wort melden, die Gegenmeinungen vertreten, damit wir zu einem Abschluß kommen.

EILERS: Wir sind uns darüber klar, daß der Erfolg unserer Partei im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß wir vor der Wahl klare Aussagen gemacht haben, im Gegensatz zu dem Zustand 1957.[119] Es muß jetzt alles darauf abgestellt werden, daß wir auch künftig in unseren Aussagen klar sind und daß wir klare Beschlüsse fassen.

Wir haben es in der Fraktion des 1. und 2. Bundestages erlebt, daß die Fraktion Beschlüsse faßte und hinterher einige der Freunde gesagt haben: So habe ich den Beschluß nicht gefaßt und nicht aufgefaßt. Deshalb habe ich 1957 an dem gleichen ersten Tag der Zusammenkunft der Fraktion des 3. Bundestages[120] den Antrag gestellt, den ich heute hier wiederhole: Wenn Beschlüsse gefaßt werden, sind sie vorher schriftlich zu formulieren. – Dann weiß jeder, welchen Beschluß er gefaßt hat, und es kann nicht vorkommen, daß vorher Beschlüsse irgendwie vage in der Formulierung angedeutet werden und daß dann hinterher jemand sagt, so habe er den Beschluß nicht gefaßt. Wenn Beschlüsse gefaßt werden, sind sie vorher schriftlich zu fixieren, und dann wird darüber abgestimmt. Dann weiß jeder, worüber er abgestimmt hat und was er beschlossen hat. Nur auf diese Weise – glauben Sie mir das aus den Erfahrungen der letzten vier Jahre – werden wir die Einheit und Geschlossenheit dieser Fraktion und unserer Partei erhalten.

Ich bitte, diesen Antrag als formell gestellt anzusehen.

---

118 Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 12. 11. 1961: FDP 9,6 v. H. der Stimmen (Bundestagswahl 1961 in Hamburg: 15,7 v. H.). Vgl. AdG 1961, S. 9451 A.

119 Vgl. Nr. 3 Anm. 35.

120 FDP-Bundesvorstandssitzung vom 19. 9. 1957, an der auch die neue Fraktion teilnahm. (ADL Ordner Nr. 105).

Dr. MENDE: Darf ich als bisherigen Inhalt der Diskussion in diesem Kreise – Fraktion und Vorstand – formulieren:

1. Alle bisherigen Sprecher stimmen darin überein, daß sich die Freie Demokratische Partei an jene im Wahlkampf gemachte Aussage halten wird, die es gilt, jetzt nach der Wahl in aller Deutlichkeit zu beweisen.

2. Die FDP wird ihre Beteiligung an einer 4. Bundesregierung primär nicht von der Zahl der Ministersitze, sondern von einem Regierungsprogramm und den Prinzipien abhängig machen.

3. Die Bereitschaft, mit der CDU/CSU in eine Partnerschaft einzutreten, besteht nach wir vor. An dieser Bereitschaft, die im Wahlkampf eindeutig erklärt wurde, hat sich nichts geändert.

4. Die Ablehnung einer Koalition mit der SPD auf der Basis des Bonner Regierungsprogramms, wie es im Wahlkampf verkündet wurde[121], ist nach einmütiger Auffassung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion auch jetzt nach der Wahl zu verwirklichen.

(Dr. *Leverenz:* Ich würde das „Bonner Regierungsprogramm" herauslassen!)

– Gut! Ich formuliere jetzt nur für unseren Kreis.

Bezüglich der Person darf ich folgendes erklären. Ich habe in allen Aussagen vor der Wahl gesagt, daß die FDP der Meinung ist, daß nach diesem Einschnitt das Kanzleramt auf die Schultern eines anderen verlagert werden sollte, weil es bei allem Respekt und aller Hochachtung dem im 86. Lebensjahr stehenden Konrad *Adenauer,* dem ältesten Staatsmann der ganzen Welt, angesichts der Belastung, die auf uns zukommt, nicht mehr zumutbar ist.

Ich habe in diesem Kreise bisher keine Stimme gehört, die der Meinung ist, daß man *Adenauer* das noch einmal zumuten könne. Ich habe bisher noch keine Stimme hier gehört, die im ersten, zweiten oder dritten Wahlgang bereit ist, für Konrad *Adenauer* zu stimmen.

Die Diskussion geht weiter.

KREITMEYER: Wenn Generäle zugestehen müssen, daß sie seit zehn Jahren das falsche Wehr- und Rüstungssystem entwickelt haben[122] – das ist effektiv das falsche Wehr- und Rüstungssystem, denn sonst wäre ein 13. August 1961 in Berlin[123] nicht möglich gewesen –, dann finden sie schnell den Blitzableiter, um davon abzulenken. Was uns der Parteifreund *Menne* aus Amerika berichtet hat[124], ist das Eingeständnis, daß man sich auf seine Gegner falsch eingestellt hat. Jetzt weiß man, wie man die zweite Aufgabe erfüllen soll, in der sich der stellvertretende Regierungschef der USA festgelegt hat. Er hat zwar gesagt, er wolle die Übergänge nach Berlin verteidigen. Aber das war der falsche Aus-

121 Siehe Anm. 47.

122 *Kreitmeyer* war einer der Wehrexperten der FDP. Seine Kritik hatte als Hintergrund den Streit um die mehr konventionelle oder mehr nukleare Ausrichtung der Bundeswehr und der NATO-Strategie insgesamt. Zu den Auseinandersetzungen darüber vgl. im Rückblick den Artikel „Bedingt abwehrbereit" in: DER SPIEGEL Nr. 41 vom 10. 10. 1962, S. 32–53.

123 Vgl. Nr. 16 Anm. 3 und 15.

124 Siehe S. 93–96.

druck; denn verteidigen kann ich nur etwas, was ich besitze. Wer besitzt denn die Übergänge? 22 Sowjetdivisionen. Wenn er richtig formuliert hätte, hätte er sagen müssen, ich will die Übergänge offenhalten. Aber dann muß man 1:3 stark sein.

Ich möchte davon abrücken und folgendes sagen. Wir wollen uns nicht in das Bockshorn jagen lassen, das bereits angeklungen ist. Wir müssen aber an folgendem festhalten. Wenn Wolfgang *Döring* sagt, wir müssen erst einmal die Bestandsaufname bekommen, wie schwach die Bundesregierung ist, dann wird es am schlechtesten nicht Konrad *Adenauer,* sondern Franz Josef *Strauß* gehen, weil er in diesen zehn Jahren eine falsche Politik auf die Bundesrepublik übertragen und genauso falsch und widerspruchslos mitgemacht hat.[125]

Halten wir bitte an der letzten Seite unseres Aufrufs[126] fest! Dort will sich die Partei dagegen absichern, daß der Bundeskanzler keine einsamen Beschlüsse mehr fassen kann, ganz gleich wie er heißt. Diesen zweiten Teil unseres Aufrufs wird Konrad *Adenauer* nie unterschreiben. Damit sind Sie nicht in der Lage, den Teil I Ihres Aufrufs auf derselben letzten Seite[127] sachlich zu erfüllen. Sie können kein Sachprogramm entwickeln, das nämlich seinen Niederschlag bereits im Haushalt 1962 haben müßte, wenn sich dieser Haushalt 1962 in keinem Punkt fundamental von dem unterscheidet, wie die Regierung sechs Jahre allein gewurschtelt hat, und damit haben Sie alle Ihre Wahlversprechen schon gebrochen.

Wie wir das durchdrücken wollen, ist viel wichtiger als die Frage, ob wir mit 3, 4 oder 5 Ministern in diesem Kabinett sitzen. Das ist wichtiger, um sicherzustellen, daß die politischen Gedanken der Freien Demokraten 1965 im Wahlkampf[128] bestehen. Das ist das, was wir heute zu entscheiden haben und nichts anderes.

Ein Wort zur Person. Unser verehrter Herr Vorsitzender hat – leider, muß ich jetzt sagen – gesagt, er wolle erst mit 65 Jahren an seine Pension und sonstiges denken. Da hat er recht. Aber wir, seine Parteifreunde, müssen ihm jetzt zwei Dinge aufzwingen. Neben dem Regierenden Bürgermeister[129], neben dem sehr impulsiven und robusten Verteidigungsminister[130], neben dem erfolgreichen

125 F. J. *Strauß* gehörte seit 1946 dem Führungskreis der CSU, seit 1949 dem Bundestag und seit 1955 auch der Bundesregierung an. Aus diesen Positionen heraus verfolgte *Strauß* eine Politik, die aus seiner Sicht ihre Basis in Bayern langfristig nur behalten konnte, wenn die CSU sich im Bund behauptete. Vgl. Alf MINTZEL, Die CSU, Opladen 1975, S. 120, 291.

126 Der Wahlaufruf vom 25. 3. 1961 forderte für den Fall einer Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP „die schriftliche Festlegung der politischen und sachlichen Ziele der Regierungskoalition in einem Koalitionsabkommen; die gemeinsame Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen Fragen in einem Koalitionsausschuß." Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 135.

127 Teil I des Aufrufs lautete: „Die FDP ist bereit, zur Durchsetzung dieser Ziele in der kommenden Bundesregierung Verantwortung zu übernehmen, wenn eine Zusammenarbeit der Koalitionspartner im Geiste guter Partnerschaft gewährleistet ist." Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 135.

128 Die Wahlen zum 5. Bundestag fanden am 19. 9. 1965 statt.

129 Willy *Brandt.*

130 Franz Josef *Strauß.*

Wirtschaftsminister[131] muß ein Vizekanzler der Freien Demokraten für 1965 jetzt schon aufgebaut werden, jetzt schon, damit wir in vier Jahren nicht einen Verlegenheitsnamen als Spitzenkandidaten haben. Ich muß also unseren Freund *Mende* bitten, in dieser Hinsicht seine Bescheidenheit zurückzustellen, um gegen Willy *Brandt,* um gegen Franz Josef *Strauß* das äußere Attribut, weil es auf die Masse wirkt – daß er das sachliche mitbringt, darüber haben wir keine Zweifel –, aufzubauen.

Noch eine dritte Forderung. Glauben Sie mir, nicht die Minister sind das Entscheidende; das entscheidende Ministerium ist das Finanzministerium. Wenn dort ein Ministerwechsel stattfindet, aber derselbe Staatssekretär, derselbe Haushaltsdirektor, dieselben Referenten bleiben, sind wir als Koalitionspartner ohnmächtig. Wir müssen uns einige wenige der Schlüsselstellungen sichern, gegen den Ansturm der CDU/CSU, die behaupten wird, sie müsse ihre richtige Politik fortsetzen. Wir sind in einer Situation, daß wir ihnen beweisen können, daß sie erst durch uns richtig wird.

Dr. MENDE: Ich möchte folgende Mahnung an Vorstand und Fraktion richten. Es ist bereits 12 Uhr durch. Wir haben heute nicht die Aufgabe, bereits Einzelheiten des Regierungsprogramms, des Unterbaues, der Zahl der Staatssekretäre, der Minister und der Amtsboten zu regeln. Das wäre der 7., 5., 4., 3. oder 2. Schritt. Heute ist der erste Schritt zu tun, nämlich die prinzipielle Einheit von Partei und Fraktion in der Grundsatzfrage herzustellen. (Beifall.)

Es geht um die Bereitschaft und unter welchen Bedingungen in der Personalfrage. Alles andere kommt in einer ganzen Reihe von Sitzungen, die noch bevorstehen. Wir wollen in eine Regierung eintreten, die zur Partnerschaft gezwungen ist, nachdem in acht Jahren Partei, Kirche und Staat unter der Herrschaft des Kanzlers gestanden haben. Da ist es nicht so einfach, die Schlüsselpositionen aufzubrechen.

Ich wäre dankbar, wenn die kommenden Redner sich wirklich auf den ersten Schritt beschränkten, der von den bisherigen Sprechern, insbesondere auch von Hamburg, in drei Feststellungen sehr klar getroffen worden ist.

Ist jemand in diesem Raum, der anderer Auffassung ist in bezug auf die Bereitschaft, in eine Regierung mit der CDU/CSU unter einem neuen Mann, also unter *Erhard,* einzutreten?

Ist jemand in diesem Saal, der bereit ist, mit der SPD zu gehen?

Ich bitte Sie, bei den nächsten Wortmeldungen sich auf diese Frage zu konzentrieren.

Ich bitte die Fraktionskollegen, Vorschläge für die Kommission zu machen.[132] Für den Bundesvorstand liegen zwei Vorschläge vor: *Weyer* und *Haußmann.* Jetzt sind noch zwei Vertreter für die Fraktion vorzuschlagen. Ich bitte also um Vorschläge bei den nächsten Sprechern für die Fraktion.

---

131 Ludwig *Erhard.*

132 Kommission für die Koalitionsverhandlungen; siehe Anm. 112.

Ich bitte nochmals, sich an den Schritt Nr. 1 und an unser Thema zu halten und sich nicht in Einzelheiten zu verlieren.

BORTTSCHELLER: Wenn ich annehmen darf, daß die Empfehlung von Willi *Weyer*[133] zum Antrag erhoben ist und daß der Antrag bereits in seinem Sinne entschieden ist, brauche ich nicht viel zu sagen. Ich komme mit einem einstimmigen Beschluß des Bremer Landesverbandes, der sich genau so klar und eindeutig ausgesprochen hat, wie es Parteifreund *Engelhard* zu den drei Punkten für Hamburg vorgetragen hat.[134] Wenn das hier die allgemeine Meinung ist, darf ich mich wieder setzen.

SCHNEIDER: Ich darf für uns dasselbe sagen. Ich möchte nur für die Kommission noch etwas sagen, denn sie tritt ja in Verhandlungen, ehe wir wieder zusammenkommen. Mir scheint folgende Frage für uns lebensentscheidend zu sein im Anschluß an das, was Kollege *Menne* gesagt hat.[135]

Es werden vier Unterschriften gegeben. Erstens Oder-Neiße, zweitens Verzicht auf Ost-Berlin, drittens Anerkennung der Verhandlung mit *Ulbricht* über die Zufahrtswege nach Berlin und viertens Sonderstatut Berlin, also ein Vertrag über einen freien Staat Berlin.[136]

Alle diese Dinge müssen unterschrieben werden. Dem stehen zwei Dinge von uns entgegen. Erstens, was *Mende* sagt: kein Verzicht über Ost-Berlin. Zweitens Parteibeschluß von Berlin 1957 oder 1958: Keine Regierung der Bundesrepublik ist berechtigt, auf deutsche Gebiete usw. zu verzichten, wenn nicht vorher Volksbefragung.[137] Das liegt fest. Diese Fragen müssen überlegt und sehr klar vorbereitet werden, ehe wir unseren Eintritt in die Regierung erklären.

(Dr. *Haas* verzichtet auf die Worterteilung.)

MARGULIES: Ich habe etwas ganz anderes vorzutragen. Ich bin gestern in alter Gewohnheit nach Straßburg gefahren, um meinen Dienst dort abzuleisten.[138] Ich habe dort folgenden Eindruck gehabt. Das erste Mal nach sechs Jahren, in denen wir immer nur „Neese" waren und nur höflichkeitshalber angehört wurden, ist man plötzlich wieder „wer". Ich halte es für richtig, darauf hinzuweisen, weil jeder von Ihnen in den kommenden Tagen dieser Belastung ausgesetzt sein wird. Ich war schon einmal sechs Jahre mit in der Regierung.[139] Ich habe es einigermaßen überstanden. Ich halte es für richtig, darüber zu berichten, daß offenkundig vom Bundeskanzleramt bereits der Versuch gemacht wird, a) den Koalitionspartner, b) den eventuell in Aussicht genommenen

133 Siehe S. 109.
134 Siehe S. 108.
135 Siehe S. 93–96.
136 Siehe Anm. 94.
137 Vgl. Berliner Programm der FDP, beschlossen durch den VIII. Bundesparteitag am 26. 1. 1957 in Berlin, S. 13 (ADL, A 1-105).
138 *Margulies* war MdEP seit März 1958. Vgl. JAHRBUCH des Europäischen Parlaments 1961–1962, 1962, S. 67.
139 *Margulies* war 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und 1946–1952 des Landtags von Württemberg-Baden. Vgl. BT-HANDBUCH, 3. WP, 1958, S. 304.

Bundeskanzler abzuwerten. Um 1 Uhr hat gestern der französische Rundfunk verbreitet, der Eintritt der FDP in eine Koalition bedeute das Ende der deutschen Europapolitik.

Nun muß ich ein Geständnis ablegen. Obwohl wir vereinbart hatten, daß wir vor heute keine Erklärung abgeben, mußte ich natürlich gestern sofort dazu Stellung nehmen. Es war interessant, wie sehr Herr *Pleven,* unser Fraktionsvorsitzender in Straßburg, dabei mitgeholfen hat. Natürlich a) um uns festzulegen, b) aber doch auch, um in der Gesamtschau der Liberalen hier keinen falschen Eindruck entstehenzulassen.

Ich habe mich so eng wie möglich an die Erklärungen *Mendes* gehalten. Ich habe also nur gesagt: Die FDP hat mehrfach im Bundestag erklärt, die Verträge seien Rechtens zustande gekommen, würden also von uns anerkannt. Wir seien auch in Fraktionsgesprächen über Europa darauf gekommen, daß man unsere Ziele doch am besten über ein geeintes Europa verfolgen könne. Ich habe dann, auf *Erhard* angesprochen, gesagt: Wir haben nicht die Absicht, uns in die Streitigkeiten der CDU einzumischen; es ist deren Sache, zunächst jemand zu präsentieren, und dann werden wir dazu Stellung nehmen.[140]

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß wir im befreundeten Ausland doch immer noch den Ruf einer sehr nationalistischen Partei haben. Man hat sich also gefragt: Sie und *Scheel*[141], die kennen wir, Sie sind gute Europäer, und wie ist das mit den anderen? – Ich habe also für 60 Europäer in unserer neuen Fraktion garantiert. Ich habe mir vorsichtshalber noch ein Hintertürchen offengelassen und habe das dann damit zu beweisen gesucht, daß ich gesagt habe: Für die zwei, die wir mehr nach Europa zu schicken haben, haben wir bereits zwölf Kandidaten! – In dieser Form wurde das nett aufgenommen.[142]

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß hier bereits jetzt der Versuch gemacht wird, die FDP als Koalitionspartner abzuwerten und insbesondere eine Kanzlerschaft *Erhard* abzuschieben. Eigentlich bedenklich war mir, daß unsere französischen Kollegen – wir sind ja überwiegend eine französische Fraktion[143] – im Europäischen Parlament sagten: Es sei schade, daß man *Mende* so wenig kenne; man wisse gar nicht, wohin er tendiere.

Deshalb nochmals die Bitte an Sie, lieber *Mende,* morgen die Gelegenheit der gemeinsamen Tagung des Europäischen Parlaments und des Europarates, dem Sie angehören, zu benutzen und sich einige Stunden in Straßburg sehen zu lassen, auf die Gefahr hin, daß Sie natürlich von der internationalen Presse sofort überstürmt werden.

Dr. MENDE: Damit haben Sie, Kollege *Margulies,* schon die Gefahr zum Ausdruck gebracht, die darin liegt. Bei zuviel Bekenntnis zu Europa wird ein Be-

140 Nicht enthalten im Protokoll der Sitzung des Europäischen Parlaments vom 18. 9. 1961 (EP, Luxembourg).

141 *Scheel* war MdEP vom März 1958 bis November 1961. Vgl. JAHRBUCH des Europäischen Parlaments 1961–1962, 1962, S. 109.

142 Siehe Anm. 140.

143 Von den 41 Mitgliedern der Liberalen Fraktion waren 27 Franzosen. Vgl. JAHRBUCH des Europäischen Parlaments 1960-1961, 1961, S. 86, 90.

kenntnis pro *de Gaulle* und pro *Adenauer* daraus. Bei zu wenig Bekenntnis wird ein Anti-Europa, Anti-*Adenauer,* Anti-*de Gaulle* daraus. Ich glaube, fernbleiben ist besser. Wer die FDP in 12 Jahren nicht begriffen hat, wird sie auch morgen in drei Stunden in Straßburg nicht begreifen. (Beifall.)

DAUB: Meine Parteifreunde! Ich möchte nur der Information halber das Bild der Einheitlichkeit abrunden. Wir hatten gestern abend eine Sitzung des Bundesvorstandes und aller Landesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, die einstimmig beschlossen haben: In Anbetracht der Wahlkampfführung und auch des Erfolges keine Koalition mit der SPD, Koalition mit der CDU mit Professor *Erhard,* unter keinen Umständen Konrad *Adenauer.*

MISCHNICK: Ich wollte nur vorschlagen, Kollegen *Kohut* von der Fraktion aus in die Kommission[144] aufzunehmen. Ansonsten mit allen anderen Vorschlägen einverstanden.

(Dr. *Leverenz* verzichtet auf die Worterteilung.)

ERTL: Ich empfinde es als kein Unglück, wenn man uns als eine national eingestellte Partei betrachtet. Ich glaube, das sollte die deutsche Öffentlichkeit ruhig aus dieser Wahl zur Kenntnis nehmen. Ich darf das auch aus meinem Wahlkampf sagen.

Ich darf darum bitten, daß das, was jetzt formuliert wird, uns baldmöglichst schriftlich vorgelegt wird, und nicht nur uns, sondern der gesamten Partei, damit wir möglichst bald eine einheitliche Aussage bis zum Kreisvorsitzenden haben. Denn die Gespräche werden auch mit Kreisvorsitzenden geführt. Wir sollten nicht glauben, daß wir im Wolkenkuckucksheim sitzen. Wir verdanken es der Mitarbeit der Kreisvorsitzenden, daß wir hier sitzen. Wir sind nur die Nutznießer ihrer Mitarbeit.

Es ist soeben das Stichwort Europa gefallen. Nichts ist schärfer in der Aussage als unsere klare Absage zur EWG-Agrarpolitik. Das ist ein Damoklesschwert für unser weiteres Bestehen auf dem Lande. Da gibt es kein Jota zu verhandeln. Wenn wir hier knieweich werden, sind die Wähler das nächste Mal besonders hart und werden die Knieweichen auf die Knie zwingen. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß gerade in diesem Punkte *Adenauer* nicht anzunehmen ist und daß hier eine echte Zäsur geschaffen werden muß. Das kann nur durch eine klare sachliche Aussage geschehen. Es ist eine Schicksalsfrage für unsere deutsche Landwirtschaft. Wir haben uns sehr klar bekannt. Der Bundesvorsitzende hat sich klarer bekannt als manche Agrarier.[145] Diese Worte sind wie silberne Münzen auf der Waagschale der kommenden bäuerlichen Wähler. Denken Sie daran, wenn Sie Ihre Sachentscheidung fällen!

---

144 Kommission für die Koalitionsverhandlungen; siehe Anm. 112.

145 Die FDP forderte für die deutsche Landwirtschaft – insbesondere für den bäuerlichen Familienbetrieb – eine kostendeckende Preisgestaltung und gleiche Startbedingungen für den Wettbewerb mit dem Ausland. Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 54, 100–103, 129 f.

Ich darf noch ein Wort sagen zur GDP.[146] Wir sind alle froh, daß diese Partei, eine Krämerpartei, zerstört ist. Aber denken wir an das Fußvolk! Ich bitte darum, daß wir daran denken, daß sie manch gute Wähler im Fußvolk haben, vor allem eine vorzügliche Organisation. Jetzt sind wir attraktiv. Beginnen wir zu sammeln und seien wir mutig, aber seien wir nicht überheblich! Wir würden sonst manchen dadurch vor den Kopf stoßen. Ich komme aus einem Gebiet, wo es eine Freude war, wenn man von 0,8 auf 4 % der Stimmen gestiegen ist.[147] Das ist eine Steigerung von über 400 %! Wir können noch viel Fußvolk brauchen, ganz gleich, in welchem Lager sie bisher gestanden sind.

(Frau Dr. *Lüders* und Dr. *Rutschke* verzichten auf die Worterteilung.)

Dr. BUCHER: Ich möchte als zweites Mitglied der Fraktion für die Kommission Herrn Kollegen *Zoglmann* vorschlagen.

BORM: Ich habe mich nur eines Auftrags der Berliner zu entledigen. Koalition mit der CDU ja, mit der SPD nein, mit *Adenauer* unter gar keinen Umständen.

Zweitens habe ich noch einen Vorschlag zu machen. Was unser Kollege *Engelhard* gesagt hat, den norddeutschen Raum in der Kommission aus dem Bundesvorstand vertreten zu sehen[148], hat uns beeindruckt. Ich schlage vor, Herrn *Engelhard* unter allen Umständen in diese Kommission hineinzunehmen, und das soll nicht sagen, daß wir etwa gegen Herrn Kollegen *Haußmann* wären. Ich würde den Eventualvorschlag machen, dann die Kommission auf 7 Mitglieder zu erhöhen. (Widerspruch.) – Wenn das nicht möglich ist und wenn es dazu kommen sollte, daß es zur Wahl steht, schlagen wir vor, Herrn Kollegen *Engelhard* zu wählen.

Dr. MENDE: Ich darf zunächst in der Sache noch einmal folgendes feststellen. Ich werde angesichts der Anrufe und der Fernschreiben gezwungen sein, das als Erklärung heute in der Pressekonferenz[149] zu verteilen. Wir werden es über den Schnelldienst heute noch an alle Kreisverbände und an die Wahlhelfer über den üblichen Verteiler herausgeben.

Die Erklärung soll etwa in dem Sinne lauten, daß heute hier in Bonn zusammengekommen sind: Bundesvorstand, die alte Bundestagsfraktion und die neugewählten Abgeordneten. Wir haben das Wahlergebnis und die nun vor uns liegenden Aufgaben in einem mehrstündigen Meinungsaustausch behandelt.

Das Ergebnis dieser Sitzung ist, daß die Freie Demokratische Partei sich bei den kommenden Entscheidungen an ihre Wahlaussage halten wird und daß über diese Fragen in beiden Gremien, Bundesvorstand und Fraktion, volle

146 Siehe Anm. 33.

147 Wahrscheinlich der Kreis Miesbach/Bayern, wo *Ertl* seit April 1960 Leiter der Landwirtschaftsschule und Direktor des Landwirtschaftsamtes war. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP, 1961, S. 119.

148 Siehe S. 108.

149 Die so beschlossene Zusammensetzung der Kommission (siehe Anm. 112) teilte *Mende* dann den Journalisten mit. Vgl. unkorrigiertes Manuskript der Pressekonferenz vom 19. 9. 1961, S. 2 (ADL, Handakte Schollwer 6952/31).

Einmütigeit bestand, in einem Kreis von über 100 verantwortlichen Politikern der FDP.[150]

(Zuruf: „Einstimmigkeit" ist besser!)

Jetzt werde ich gefragt werden: Interpretieren Sie das näher! – Darauf die Antwort:

Das heißt, Bereitschaft zu einer Koalition mit der CDU/CSU auf der Grundlage eines klaren Programms und einer Partnerschaft. Für die Verhandlung ist eine Kommission bestimmt, bestehend aus den Herren usw. – Das wollen wir bekanntgeben. Wir müssen uns entscheiden, weil wir mehr Vorschläge haben, als wir im Augenblick für eine Fünferkommission brauchen.

Zweitens. Die Ablehnung einer Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei. – Auch darüber herrscht Einmütigkeit.

Nun wird die Zusatzfrage kommen, und jetzt kommt der Punkt: Gilt das auch für die Person des Bundeskanzlers?

Darauf werde ich sagen: Ich habe erklärt, die Freie Demokratische Partei wird sich an alle Aussagen halten, die sie im Wahlkampf gemacht hat. Ich betone das Wort „alle".

Ich habe das Gefühl, weiterzugehen ist der heutige Zeitpunkt nicht der geeignete, wenn nicht das eintreten soll, was Wolfgang *Döring* mit Recht befürchtet: daß wir damit wieder diejenigen zusammenbringen, die ihn auch nicht wollen, die aber jetzt gezwungen sind, sich vor ihn zu stellen, nachdem wir seinen Kopf wollen. Darüber hinaus kann man nach meiner Meinung nicht gehen. Ich bitte Sie, sich auch dazu zu äußern.

Dr. LEVERENZ: Wir sollen uns auch einmal überlegen, ob wir nicht, wenn Sie danach gefragt werden, ausweichen und sagen sollen: Es ist Sache der CDU, uns erst Vorschläge zu machen: wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß die CSU Herrn *Adenauer* ablehnt.[151] – Wir können doch vielleicht einige Briketts in das Feuer legen!

Dr. MENDE: Wenn Sie das sagen, haben Sie heute nachmittag das Dementi von der Bundesregierung.

Dr. LEVERENZ: Oder vielleicht in dem Sinn, daß wir erst einmal abwarten wollen, ob die CDU ihn überhaupt vorschlagen wird!

Dr. SCHNEIDER: Aber wenn er „einstimmig" sagt, ist doch alles klar. *Engelhard, Kohut* usw., wir alle haben uns doch festgelegt.

(Dr. *Leverenz:* Das war doch eine interne Angelegenheit; die Frage ist: wie verhandeln wir nach draußen?)

Dr. MENDE: Wir brauchen nicht nervös zu werden. Der Bundeskanzler heißt nach wie vor bis zum 17. Oktober[152] Konrad *Adenauer.* Warten wir die nächsten vier Wochen noch ab! Heute ist doch nichts zu entscheiden. Selbst wenn

150 Siehe Anm. 2.
151 Siehe Anm. 43 und 59.
152 Am 17. 10. 1961 konstituierte sich der 4. Deutsche Bundestag.

wir in revolutionärem Geist einen Beschluß fassen, wir ändern bis zum 17. Oktober faktisch nichts daran.

Dr. KOHUT: Aber die Presse fragt doch ganz genau: für *Adenauer* oder nicht? Wenn Sie ausweichen, macht es einen miserablen Eindruck. Wie kommen wir da herum?

Dr. MENDE: Wir sollten uns nicht zu dem Fehler zu früher apodiktischer Erklärungen verleiten lassen. (Beifall.) Was wir in der Sache wollen, ist klar. Aber warum soll ich den anderen die Möglichkeit geben, eine Gegenfronde aufzuziehen? Das ist doch das Problem.

RADEMACHER: Herr *Mende,* Sie werden wahrscheinlich in der Pressekonferenz in die schwierige Situation kommen, daß man Sie fragt: Was haben Sie denn im Wahlkampf über die Frage *Adenauer* ausgesagt? Wenn ich recht erinnere, Herr *Mende,* haben Sie immer nur – ich halte das taktisch für klug – gesagt: „Ich persönlich kann mir nicht denken" usw. Damit kommen Sie in der Pressekonferenz in eine schwierige Situation.

Die einhellige Auffassung ist jedoch: unter keinen Umständen mit *Adenauer!* – Das muß m. E. deutlicher herauskommen.

(Widerspruch. – Zurufe: Ist zu früh!)

Herr *Mende,* unabhängig von dieser Frage: darf ich Sie an die Anregung von Herrn *Engelhard* erinnern, daß wir nicht nur eine Verhandlungskommission brauchen, sondern wir brauchen auch eine Kommission, die die Mindest- oder Höchstbedingungen für eine eventelle Koalition mit der CDU ausarbeitet.[153] Auch das sollte man sagen.

(Zuruf: Das ist Aufgabe der Verhandlungskommission!)

Dr. MENDE: Nein, es ist so: Die Verhandlungskommission und diese Kommission müssen praktisch kooperieren. Die Wahlkampfkommission, die das Wahlprogramm, den Wahlaufruf gemacht hat, ist bereits dabei, sich das Regierungsprogramm zu überlegen.[154] Wir haben das gestern in einer Mitarbeiterbesprechung bereits festgestellt. Herr *Genscher* mit den Fraktionskollegen und Herr *Flach* mit den Freunden der Partei sind bereits dabei, die Materialien zu beschaffen für den baldigen Zusammentritt dieser neuen Kommission, die aber wahrscheinlich der Wahlkampfkommission gleich sein wird. Diese Kommission soll die programmatischen Vorbereitungen bis Mitte Oktober treffen.

(*Weyer:* Das muß bald geschehen, weil Ausgangspunkt für die Verhandlungskommission die Sachfragen sind!)

Ich würde sagen, wir müssen uns die Formulierung noch überlegen, daß wir die Problematik so lösen: genügend deutlich im Sinne von *Rademacher* und *Kohut,* aber nicht überdeutlich, damit wir nicht den anderen die Möglichkeit der Gegenbewegung geben.

---

153 Gemäß dem Parteitagsbeschluß vom 25. 3. 1961. Siehe Anm. 126.

154 Die Wahlkampfkommission, die nun als Programmkommission fungierte, war am 7. 5. 1960 bestellt worden. Vgl. Nr. 3 mit Anm. 26–29.

DÖRING: Es ist doch so, daß zunächst einmal die CDU an uns herantreten muß; das ist bisher nicht geschehen.

Zweitens können wir, wenn wir nach der Kanzlerfrage gefragt werden, mit gutem Gewissen sagen, ohne mißverstanden zu werden: Es ist zunächst einmal die Sache der größten Partei, sich darüber klarzuwerden und auch bei den Personalfragen den Ernst der Lage, und alles, was damit verbunden ist, zu berücksichtigen. – Dann ist klar, was wir denken; dann haben wir der CDU den Ball zugespielt, ohne sie unter Druck zu setzen. (Beifall.)

(Dr. *Dehler:* Das entspricht auch Ihrer Wahlkampfaussage[155], Herr *Mende!*)

Dr. MENDE: Dann werde ich sagen: Die CDU steht vor der schwierigen Frage, zu prüfen, ob sie bei aller Hochachtung

(Zuruf: „bei aller Hochachtung" nicht!)

– bei aller Hochachtung vor dem Alter –

(Weitere Zurufe.)

– Ich werde sagen: Die CDU muß prüfen, ob sie usw.

Darf ich hierzu Ihre Zustimmung feststellen! – Wir kommen jetzt zu der nächsten Frage –

Dr. LEVERENZ: Noch ein Formalvorschlag! Wir machen eine Essenspause. Die Sache muß gut formuliert werden. Ich glaube, den Vorschlag von *Eilers* sollten wir annehmen.[156] Wir sollten aus den vergangenen Jahren lernen und offiziell darüber abstimmen, nachdem wir den Beschluß wörtlich festgelegt haben.

Dr. MENDE: Herr *Schollwer* ist bereits dabei, den Extrakt, den ich vorhin vorgetragen habe, zu formulieren. Auch hier wird organisatorisch gedacht!

Wir kommen nun zur Wahl der Verhandlungskommission. Aus dem Vorstand werden die Vorschläge gemacht: *Weyer, Haußmann, Engelhard;* aus der Fraktion: *Kohut, Zoglmann, Imle.*

(KREITMEYER: Ich schlage *Bucher* vor!)

– Ich könnte mir denken, daß für Kollege *Bucher* das zutrifft, daß er möglicherweise in eine engere Diskussion um ein Amt verstrickt wird. Mein Eindruck ist, daß der Parlamentarische Geschäftsführer durchaus in eine solche Lage kommen kann.[157] Wenn er erklärt, daß das für ihn nicht zutrifft, gilt der Vorschlag. (Heiterkeit.) – Ich würde sagen: ich will ihn aus der peinlichen Lage befreien. Glauben Sie mir, daß ich glaube, daß er durchaus in der Möglichkeit eines Amtes steht. Deshalb würde ich ihn nicht vorschlagen.

(*Kreitmeyer:* Wir legen Wert darauf, daß der norddeutsche Raum in der Kommission vertreten ist; deshalb sollte auch der süddeutsche Raum vertreten sein!)

---

155 Tenor des Rundschreibens BV 36/61-M/A vom 6. 9. 1961 an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der BT-Fraktion (ADL, A 2-82).

156 Siehe S. 109.

157 Bundesminister der Justiz ab 14. 12. 1962. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 308 f.

– Ich wäre dankbar, wenn wir keine Regionalprinzipien hier hineinbringen würden. Die Bundestagsfraktion ist eine Fraktion der Bundespartei. Wenn wir neben der Konfessionsquote der CDU eine Regionalquote der FDP statuieren, werden wir schließlich bei Anwärtern feststellen, daß wir zwar einen besseren Mann in Norddeutschland haben, aber einen nicht so guten aus Süddeutschland nehmen müssen, und umgekehrt. Ich warne vor dem Quotenprinzip. Wir treiben keine Regionalpolitik. Wir sind eine Bundespartei und keine Addition von Landesverbänden. Das hätten wir doch überwunden.[158] Sonst kommen wir auch bald zu der Frage: Mittelstand, freie Berufe, Bauern usw. Die Auflösungserscheinungen begannen immer dort, wo man Quoten festsetzte.

Nun stehen auf der Liste aus den Reihen des Vorstandes: *Weyer, Haußmann, Engelhard.* Wir müssen durch Zettel abstimmen.

(Dr. *Schneider:* Stimmen wir zuerst darüber ab; dann sich ergibt sich ein Bild!)

Ich muß korrekt vorgehen. Es sind vorgeschlagen für eine Fünferkommission neben dem Parteivorsitzenden je zwei Mitgleder des Vorstandes und der Fraktion. Ich halte das Fünfergremium für groß genug. Jedes Mitglied mehr würde von Hochstapelei zeugen; die anderen kommen auch nur mit fünf. Es wäre ein Ausweichen vor der Entscheidung, wenn wir alle Genannten in die Kommission aufnehmen würden; das wäre eine schleche Politik. Wir lassen es bei fünf und sind nun verpflichtet, uns auf zwei und zwei zu einigen.

Ich bitte aber, daß diejenigen, die in die Kommission kommen, sich verpflichten, in der nächsten Zeit keine Auslandsreise, keinen Urlaub anzutreten und bis Mitte Oktober jederzeit zu Verhandlungen bereitzustehen. Das gilt für alle. Ich habe eine Wahlkampfkommission gehabt, von der ein Teil nicht in der Lage war, an Sitzungen teilzunehmen; dann nützt das nichts.

Wir müssen Zettel verteilen und müssen unter den drei Mitgliedern des Vorstandes *Weyer, Haußmann* und *Engelhard* für zwei Namen die Entscheidung treffen. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht. Das ist eine Wahl. – *Leverenz* meint, daß wir möglicherweie das noch durch eine Diskussion klären.

Dr. Leverenz: Wir sollen doch nicht voreilig abstimmen, denn es ist doch ein Globalvorschlag. Zwischen den Herren, die von der Fraktion bestimmt werden, und denen, die vom Bundesvorstand bestimmt werden, muß eine gewisse Abstimmung erfolgen.

Dr. Mende: In der Demokratie gilt, auch später bei der Frage, wer ein Ministeramt übernimmt, letzten Endes die Unterwerfung unter eine Abstimmung, die die Fraktion dann vollzieht. So wird der Vorsitzende gewählt, so werden die Stellvertreter gewählt, so werden auch Kandidaten gewählt. Es geht hier um drei Kandidaten für das Verhandlungsamt. Ich bin bereit, weitere Vorschläge für Kandidaten entgegenzunehmen; aber die Entscheidung muß dann

158 Zur regionalen Heterogenität der FDP vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 70-75; D. Hein, 1985, S. 349–353, et passim.

zweifelsohne der Vorstand treffen. Das ist das beste Mittel, um irgendwie verletzende persönliche Entscheidungen zu vermeiden.

Ich bitte, an die Mitglieder des Bundesvorstandes jetzt die Zettel zu verteilen. Ich bitte, auf den Zettel zwei Namen zu schreiben aus der Vorschlagsliste, die da lautet – sie kann ergänzt werden –: *Weyer, Haußmann, Engelhard.* – Stimmberechtigt sind die Mitglieder des Bundesvorstandes.

(*Spitzmüller:* Ich schlage vor, Stimmzettel mit einem Namen sind ungültig!)

– Ja, der Stimmzettel ist nur gültig mit zwei Namen, weil wir zwei Ämter zu besetzen haben. – Ich bitte die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Hand zu heben, damit wir einen Überblick bekommen. – Die beiden Kooptierten, *Daub* und der Sprecher des Liberalen Studentenbundes, sind nicht stimmberechtigt.[159] – Die Zettel werden verteilt.

Ich bitte aus gutem Grund, dem Vorschlag *Spitzmüllers* gerecht zu werden, weil man sonst die Möglichkeit der Häufelung hat. Ich kann mir nicht denken, daß es gut ist, wenn wir häufeln. Ich bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Bei der Abstimmung über die Vertreter aus der Fraktion ist jeder Abgeordnete, ganz gleich ob aus der alten oder aus der neuen Fraktion, jeder für sich stimmberechtigt. Die Bundesvorstandsmitglieder stimmen als Abgeordnete möglicherweise noch einmal mit.

Die Abstimmung durch den Vorstand ist geschlossen. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen und das Ergebnis bekanntzugeben.

In der Zwischenzeit bitte ich, an die Fraktionsmitglieder die Zettel zu verteilen. Ich gebe die Namensliste bekannt: *Kohut, Zoglmann, Imle.* Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt –

(Zuruf: Das Ergebnis des ersten Wahlgangs abwarten!)

Die Zettel für die Abstimmung durch die Fraktion haben ein rotes Kreuz, damit keine Verwirrung entstehen kann. Auch hier bitte ich, zwei Namen auf den Zettel zu schreiben. Zettel mit einem Namen oder mit drei Namen sind ungültig.

Ich bitte, vor der Einsammlung der Fraktionszettel das Ergebnis der ersten Abstimmung abzuwarten, damit Sie in Ihre Überlegung einbeziehen können, wer schon zum Mitglied der Kommission gewählt ist.

Ich gebe das Ergebnis der ersten Abstimmung bekannt. In dieser schriftlichen Abstimmung erhielten Kollege *Weyer* 29 Stimmen, Kollege *Engelhard* 17 Stimmen, Kollege *Haußmann* 12 Stimmen. Damit sind in die Verhandlungskommission seitens des Bundesvorstandes gewählt: *Weyer* und *Engelhard.*

Ich bitte, nunmehr in den zweiten Wahlgang einzutreten. Kandidaten sind die Fraktionsmitglieder *Kohut, Zoglmann, Imle.* Zwei Namen auf den Zettel! Ich bitte, mit der Einsammlung zu beginnen.

---

159 DJD und LSD hatten seit dem 26. 2. 1960 beratende Stimme im Bundesvorstand. Vgl. Nr. 1 mit Anm. 18 und 19.

Dr. LEUZE: Ich darf auf folgendes hinweisen. Jetzt wäre es natürlich dumm, wenn nach der Wahl der Bundesvorstandsmitglieder *Weyer* und *Engelhard* der Süden und Südwesten in der Kommission nicht vertreten wäre.[160] Ich glaube, man sollte jetzt von der Fraktion aus einen Vertreter auf unserem Raum vorschlagen.

Dr. MENDE: Sie können Vorschläge machen. Ich bin überzeugt, daß Kollege *Lenz* in der Diskussion über die Annahme einer Verantwortung steht.[161] Damit kann er im Rahmen des Parteitagsbeschlusses nicht verhandeln.

(Zuruf: *Margulies!*)

– Es wird noch der Vorschlag gemacht, auf Grund des Ausfalls der ersten Abstimmung den Vorschlag *Margulies* zusätzlich auf die Liste zu setzen.

(Widerspruch: – *Margulies:* Ich kann in den nächsten 14 Tagen nicht zur Verfügung stehen; ich habe mich zu Arbeiten in Europa verpflichtet!)[162]

– Damit ist der Vorschlag entfallen. Ich bitte, mit der Einsammlung der Stimmzettel fortzufahren. – Sind von den Fraktionskollegen, von den alten wie von den neuen, alle Stimmzettel abgegeben? – Der Wahlgang ist geschlossen. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich bitte, die Zeit zu nutzen, um Vorschläge für die sogenannte Arbeitsgruppe zu machen. Zur Arbeitsgruppe gehören die Mitglieder der Wahlkampfkommission.[163] Wenn Sie mit diesem Globalvorschlag einverstanden sind, wissen wir, woran wir sind. Der Vorschlag lautet, als Arbeitsgruppe für die Regierungsarbeit die Mitglieder der Wahlkampfkommission einzusetzen: der Vorsitzende, seine drei Stellvertreter und die damals genannten Kollegen.

(Zuruf: Die Namen!)

FLACH: Der Bundesvorsitzende, seine drei Stellvertreter, der Bundesschatzmeister, die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer, dann Herr Dr. *Leverenz,* Frau Dr. *Ilk,* Herr Dr. *Starke* und die beiden Geschäfsführer, *Genscher* und ich.

Dr. MENDE: Sind diese Kollegen alle greifbar? Haben Sie keine Auslands- oder sonstigen Verpflichtungen?

(*Weyer: Döring* war Mitglied der Kommission!)

– Es ist dann ausgeschieden, weil er es zeitlich nicht mehr konnte.

(WEYER: Er ist gewählt worden; dann sollte er jetzt bleiben!)

– Da bestehen keine Bedenken. – Kollege *Starke,* Ihr Gesundheitszustand erlaubt es doch? Die Kontinuität muß doch gewährleistet werden.

Die bisherige Wahlkampfkommission würde also die Arbeitsgruppe sein. Wir werden bekanntgeben: Die Arbeitsgruppe hat sich an die Erarbeitung des Programms für die Arbeit des 4. Deutschen Bundestages begeben. Sie besteht aus

---

160 *Weyer* vertrat Nordrhein-Westfalen, *Engelhard* Hamburg.
161 Bundesschatzminister ab 14. 11. 1961. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 309.
162 Siehe Anm. 138.
163 Siehe Anm. 154.

dem Vorsitzenden, den drei Stellvertretern, – und dann werden die weiteren Namen genannt.

RADEMACHER: Eine Frage zu der Arbeit dieser Kommission. Ich glaube, daß die einzelnen Abgeordneten aus den verschiedenen Fachgebieten in der Lage sein müssen, dieser Kommission gewisse Auffassungen zur Verarbeitung zu geben. Außerdem müßte das Ergebnis der Kommission irgendwann und irgendwie der neuen Fraktion oder der Leitung bekanntgegeben werden.

Dr. MENDE: Vielen Dank! Damit wir auch hier klar protokollieren: Genauso wie die Wahlkampfkommission nichts von sich aus definitiv entscheiden durfte, sondern lediglich eine vorbereitende Kommission war, die erst durch den Bundesvorstand legitimiert werden konnte, so ist auch diese Arbeitsgruppe nichts anderes als ein vorbereitendes Gremium. Alle Abgeordneten und Mitglieder des Vorstandes bleiben aufgefordert, wie damals und wie auch geschehen, Material zu liefern. – Ich denke an Ihre Ausführungen zur Verkehrspolitik. – Die neue Fraktion ist das letzte Gremium, das dann diese Arbeitsergebnisse zu verwerfen oder zu billigen hat. Die Arbeitsgruppe ist in sich nicht souverän; sie ist ein vorbereitendes Gremium, nur daß diesmal nicht der Bundesvorstand, sondern die neue Fraktion das Beschlußgremium ist. Ist das klar?

Ich bitte die Kollegen der Bundestagsfraktion, durch Vorschläge an Herrn *Flach* oder an Rechtsanwalt *Genscher,* den Fraktionsgeschäftsführer, diese Arbeit zu befruchten.

Wir haben 1953 folgendes in unser Programm einbezogen: sog. unabdingbare Bedingungen und sog. freibleibende Vorschläge, in denen man sich überstimmen lassen kann, ohne daß die Koalitionsfrage gestellt ist. Wir werden auch hier unterscheiden müssen zwischen unabdingbaren Bedingungen, wie damals Saarstatut[164], und denen, wo man sich manchmal einfach zwingen muß, auch einmal nachzugeben. Denn Koalition kann nicht bedeuten, daß wir immer nur das Nachgeben der anderen verlangen; es muß auch Gebiete geben, wo auch wir uns überstimmen lassen. Die Kollegen aus den Länderkabinetten wissen, daß da keiner mit einem Dogma herumlaufen kann, sondern auf manchen Sachgebieten muß es auch anders laufen.

Die Mitglieder der Kommission, die von der Fraktion vorgeschlagen werden, haben folgende Stimmen erhalten: Dr. *Imle* 52 Stimmen, *Zoglmann* 51 Stimmen, Dr. *Kohut* 29 Stimmen. Damit wären also Dr. *Imle* und *Zoglmann* bestimmt.

Wir würden dann in unserem heutigen statement die Namen bekanntgeben, also: unter Vorsitz von *Mende* vom Bundesvorstand *Weyer, Engelhard* und aus der Fraktion *Zoglmann, Imle.*

(Dr. *Rutschke:* Ich würde bitten, daß wir aber dann nicht dahinter die Herkunftsländer schreiben!)

---

164 Vgl. Nr. 7 Anm. 10.

– Nein. Ich werde in der Pressekonferenz heute auch sagen, daß es sich um eine reine Arbeitsgruppe handelt. Darf ich feststellen, daß auch die Verhandlungskommission nicht in der Lage ist, definitive Entscheidungen zu treffen, sondern daß die Verhandlungskommission in jedem Falle das Verhandlungsergebnis Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vorzulegen hat, daß also die letzte Entscheidung politisch beim Bundesvorstand und fraktionsmäßig bei der Fraktion fällt. Bei diesen wichtigen Entscheidungen ist es selbstverständlich, daß Vorstand und Fraktion zusammenhalten. Also auch die Verhandlungskommission ist nicht in der Lage, bereits ein definitives Ergebnis bekanntzugeben.

(*von Mühlen:* Ist die Verhandlungskommission im Grundsatz weisungsgebunden an die Beschlüsse und Entschlüsse von Fraktion und Vorstand?)

– Ja.

(*von Mühlen:* Das würde ich betonen!)

– Das ist selbstverständlich und ergibt sich aus dem Parlamentsrecht. Das ergibt sich schon aus dem Wort „committere". Eine Verhandlungskommission kann nur beauftragt sein als Teil eines Ganzen.

(Dr. *Dehler:* Die Entscheidung liegt ausschließlich bei der Fraktion und nicht beim Bundesvorstand; der Bundesvorstand hat höchstens die Möglichkeit der Beratung!)

– Auch über die Stellung der Fraktion und des Vorstandes zueinander, soweit das juristisch zu klären ist, sind wir uns einig. Die politischen Vorentscheidungen des Bundesvorstandes sind Empfehlungen. Aber es ist ja wohl anzunehmen, daß bei der heutigen Kongruenz von Bundesvorstand und Fraktion und bei unserer heutigen politischen Willensbildung eine Harmonisierung erreichbar sein wird. Die Entscheidung obliegt immer den Abgeordneten, sowohl nach Art. 38 wie nach Art. 21 GG.[165]

(*Mauk:* Wir haben in einer der letzten Fraktionssitzungen beschlossen, daß die Arbeitskreise zu dieser Kommission noch Vorschläge ausarbeiten. Daran müssen wir unbedingt festhalten!)

– Das ist bereits auf die Intervention des Kollegen *Rademacher* soeben erfolgt. Es bleibt den Arbeitskreisvorsitzenden unbenommen, die Arbeitskreise einzuberufen und Sitzungen zu veranstalten. Ich bin überhaupt der Meinung, wenn in dieser Woche die Verhandlungen beginnen sollten, daß sich der Kreis auf eine Sitzung am nächsten Wochenende wird einstellen müssen. Wir werden dann die ersten Berichte erstatten müssen. Sonst hängen wir in der Luft. In solchen Fragen läßt sich beim besten Willen mit 66 Abgeordneten nicht telefonisch verhandeln.

---

165 Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG lautet: Sie [die Abgeordneten] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. – Art. 21 Abs. 1 GG lautet: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(Dr. *Mende* verliest zwei Meldungen von dpa und upi über den Zusammentritt der Parteivorstände von CDU, SPD und FDP.)

Darf ich fragen, wann die Programmkommission zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten kann. Ich würde unseren Mitarbeitern einige Tage Gelegenheit geben, aus den bisherigen Arbeiten etwas Material zusammenzustellen.

(Zuruf: Und den einzelnen vorher schicken, damit es verarbeitet wird!)

Ich könnte mir als frühesten Termin Montag, den 25. September, vorstellen. – (Nach Zurufen) Sitzung der Arbeitsgruppe für die Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit der FDP im 4. Deutschen Bundestag: Montag, 25. September, 15 Uhr, Bundeshaus. Es wird noch schriftlich eingeladen.

Ist die Pressestelle in der Lage, noch heute nachmittag an alle Landesverbände, Bezirksverbände, Kreisverbände das Kommuniqué herausgeben? – Es geht heute nachmittag heraus, damit Sie es morgen in allen Kreisverbänden und Bezirksverbänden auf dem Tisch haben.

Werden zu den politischen Diskussionsgegenständen noch Vorschläge gemacht oder Anregungen gegeben?

Dr. RUTSCHKE: Ist es möglich, daß man die klerikalen Gesetze, die in den letzten 14 Tagen vor Schluß der Legislaturperiode gemacht worden sind, zurückdreht? Ich meine nicht unbedingt den § 48 des Ehegesetzes[166] – das ist ein sehr heißes Eisen, und es müssen erst gewisse Erfahrungen gemacht werden –, aber Jugendwohlfahrtsgesetz[167] und Sozialhilfegesetz.[168] Können wir diese Gesetze gleich vorab zurückdrehen? Das würde uns draußen erst einmal die Glaubwürdigkeit geben, daß wir uns wirklich ernsthaft damit befassen.

Dr. MENDE: Wir nehmen das hier zur Kenntnis. Das ist mehr Sache der Fraktion als Sache der Bundespartei.

Dr. LEUZE: Eine kurze Anregung für den Arbeitskreis. Aus sehr vielen Versammlungen gerade in den Kreisen des Mittelstandes, von Handwerk und Handel weiß ich, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz[169] dort als ein total verun-

166 Siehe Anm. 36.

167 Siehe Anm. 37.

168 Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Vom 30. 6. 1961 (BGBl. I, S. 815). Die FDP bejahte grundsätzlich die mit dem Gesetz beabsichtigte Neuordnung des Rechts der öffentlichen Fürsorge und seine Anpassung an die veränderten Verhältnisse. Ein Hauptbedenken der FDP war indessen, daß dieses Gesetz den Gemeinden Lasten auferlegte, die zwar in der Zeit der Hochkonjunktur finanziell noch tragbar erschienen, die aber schon bei einer geringfügigen Veränderung der wirtschaftlichen Lage zu einer finanziellen Notlage der Gemeinden führen mußten. Die FDP wollte vermeiden, daß der Gesetzgeber mit dem Blick auf die Bundestagswahlen 1961 Regelungen traf, die zugunsten anderer die zahlenmäßig kleinere Gruppe der Grund- und Gewerbesteuerpflichtigen noch mehr belastete, als das aus ihrer Sicht bereits der Fall war. Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 45, 111. Sitzung vom 4. 5. 1960, S. 6261 D–6262 A *(Rutschke)*.

169 Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend. Vom 9. 8. 1960 (BGBl. I, S. 665). Vgl. darin die Vorschriften betr. „Arbeitszeit der Jugendlichen" (§§ 1–19): Grenze der Arbeitszeit, Bewilligung von Ausnahmen durch die Aufsichtsbehörde, Mehrarbeitsvergütung, Berufsschule, Ruhepausen, Tägliche Freizeit, Nachtruhe, Frühschluß vor Sonntagen, Sonntagsruhe, Urlaub.

glücktes Gesetz gilt, insofern als die Lehrlinge nicht mehr genügend ausgebildet werden können. Ich bitte zu überprüfen, ob nicht beim Jugendarbeitsschutzgesetz einiges verbessert werden kann. Diese Initiative würde uns, glaube ich, sehr gut bekommen. (Zustimmung.)

Dr. MENDE: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungskommission, wie sie sich jetzt zusammensetzt[170], zu optischen Fehlkombinationen in der Öffentlichkeit führen könnte. Ich bin zwar kein Freund der Zuteilung nach Landesverbänden, aber hier ist in der Tat nicht ein einziger Vertreter der gesamten süddeutschen FDP genannt. Diese Fraktion ist durchaus souverän und kann zusätzlich noch je einen weiteren benennen, damit bei Ausfall ein Vertreter da ist.

(Widerspruch und Zurufe.)

– Aber ich mache darauf aufmerksam: Es gibt möglicherweise Fehlinterpretation[en] in der Süddeutschen Zeitung, in der Stuttgarter Zeitung, in den Stuttgarter Nachrichten: Was ist da los? Wenn man ehrlich sein will, muß man sagen: Bei der Abstimmung sind die Vertreter unterlegen. – „Wie, darüber habt ihr abgestimmt?!" – Ich muß sagen, das Bild ist optisch nicht glücklich. Wir sollten versuchen, das Beste daraus zu machen. Das Amt ist wirklich nicht schön; denn wer verhandelt, scheidet als Ministeranwärter usw. aus, und insofern ist es ein gewisses Opfer, das jeder bringt. Es ist die Frage, ob wir nicht durch die Zunahme eines weiteren Mitgliedes eine Lösung finden, um die Optik zu verbessern.

Dr. SCHNEIDER: Wir können doch einfach sagen, daß die beiden anderen Herren, *Kohut* und *Haußmann*, dazu gehören; sie sind doch schon benannt und gewählt gewesen; die sind dann die Stellvertreter.

Dr. MENDE: Ich halte das für einen guten Vorschlag. Erstens sind beide Landesvorsitzende großer Landesverbände. – Entschuldigen Sie, ich will hier die „Größe" nicht im Sinne einer Wertung bringen, sondern im Sinne einer politischen Verantwortung, die sie zu tragen haben. – Zweitens ist einer von beiden Fraktionskollege[171] und der andere Landesvorsitzender und amtierender Minister.[172] Ich halte das für ein Mittel, um jegliche Mißdeutung auszuschließen. Ich würde Sie auch von mir aus bitten, die beiden Namen miteinzubeziehen.

(Zuruf: Als Stellvertreter!)

Nennen wir die beiden mit! Werden dagegen Bedenken erhoben? – Das ist nicht der Fall.

(Dr. *Stammberger:* Warum nicht konsequent bleiben?)

---

Bei den Gesetzesberatungen hatte sich die FDP gegen allzu starre Regelungen gewandt. Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 46, 115. Sitzung vom 19. 5. 1960, S. 6563 D, 6573 C–D, et passim.

170 Siehe Anm. 112.

171 *Kohut* war als MdB über die Landesliste Hessen gewählt. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. Wahlp., 1961, S. 249.

172 *Haußmann* war baden-württembergischer Justizminister. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 87 f.

– Mir ist es lieber, wir sind inkonsequent, als daß wir morgen Mißdeutungen zulassen.

Meine Freunde, ich kann mich letzten Endes nur den demokratischen Tatsachen unterwerfen; ich bin hier schließlich nur primus inter pares. Sie haben zu entscheiden!

Ich stelle den Antrag, die Kommission um zwei weitere Mitglieder zu ergänzen im Sinne des Vorschlags von Herrn *Schneider,* und schlage die vorhin schon genannten Vertreter mit der niedrigsten Stimmenzahl, *Kohut* und *Haußmann,* vor. Wer für den Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Dabei sind sowohl Vorstand wie Fraktion stimmberechtigt. – Wer ist dagegen? – Die Mehrheit hat sich für diesen Vorschlag entschieden. Ich bitte, beide Namen in die Kommission einzusetzen.

Ich darf unseren neuen Kollegen sagen: Wir werden oft in der Fraktion Abstimmungen veranstalten. Es wird immer der eine oder andere in der Abstimmung unterliegen. Das verändert oder verschlechtert unser Klima nicht. Der Kollege *Imle* ist in Schleswig-Holstein auf den dritten Platz gekommen; das war für ihn eine Zurücksetzung; aber er hat tapfer weitergearbeitet. Nun ist er gewählt. Der Kollege *Sander* war auf einen, wie es schien, schlechten Platz gekommen. Er ist gewählt! Also am Ende bleibt der Sieg doch! – Frau *Lüders* macht mich darauf aufmerksam, daß, nachdem die Männer in Niedersachsen eine Frau erst auf den achten Platz gesetzt haben, der Wähler die Männer korrigiert hat. Ich bin der Meinung, die Männer wußten, daß sie acht Plätze bekommen! (Heiterkeit.)

Wir können also sagen: wir haben eine Fünferkommission, die durch zwei ständige stellvertretende Mitglieder ergänzt wurde. Es werden sowieso nicht immer alle zur Verfügung stehen, und dann sind es immer noch fünf. Mit mehr als fünf werden wir sowieso nicht erscheinen. (Zustimmung.)

(Nach einer kurzen Mittagspause verliest Dr. *Mende* die Entwürfe für die beiden Pressekommuniqués.)[173]

Wir haben also auf zwei Wegen uns zu dem Ergebnis bekannt.

Nun bekomme ich die Information, daß auf der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU in Anwesenheit von Vertretern der CSU eine überwiegende Mehrheit bis Mittag sich für die Nominierung *Adenauers* als Bundeskanzler entschieden hat.[174] Es wird also offensichtlich so sein, daß dieser Vorschlag von dort kommt. Man rechnet allerdings damit, daß die FDP diesen Vorschlag nicht akzeptiert, sondern daß die FDP zumindest versucht, durchzusetzen, daß die Kanzlernachfolge mit einer klaren Fristsetzung geregelt wird, wobei man über ein halbes Jahr oder ein Jahr gesprochen hat. Eine andere Formulierung lautet: Aus außenpolitischen Gründen muß der Regierungschef seine Tätigkeit noch bis zum Ende oder der Erledigung der Berlin-Krise fortsetzen.

---

173 An die Sitzung schloß sich eine Pressekonferenz an. Vgl. Anm. 31.
174 Siehe Anm. 60.

Die Lage dürfte also so sein, daß Sie morgen vorfinden werden: Vorschlag der CDU: wir präsentieren *Adenauer*. Nun wird die Verhandlungskommission[175] bald ihren ersten Auftrag haben, die eindeutige Haltung der FDP zu erklären. Ich hoffe, daß diese Fraktion und dieser Vorstand, die sich heute vorgenommen haben, stehenzubleiben, in den nächsten Wochen nicht umfallen. Ich hoffe, daß es so bleibt.

(Dr. *Schneider:* Ist es angesichts dieser Situation nicht notwendig, daß wir schärfere, deutlichere Erklärungen abgeben?)

Meine Damen und Herren, wir wollen noch bis 14 Uhr fortsetzen. Ich habe noch zwei Wortmeldungen: *Leverenz* und *Rubin*.

Dr. LEVERENZE: Was *Mende* uns soeben gesagt hat, bedeutet ja schon: Wenn wir es nicht erreichen, daß die den Alten zurückziehen – ich glaube, das erreichen wir nicht –, läuft es auf eine Tolerierung einer Minderheitsregierung für eine Übergangszeit hinaus. Einen anderen Weg gibt es dann nicht.

Dr. MENDE: Ich halte es für ausgeschlossen nach dem, was ich hier an Stimmung höre – ich halte mich sogar für verpflichtet, wenn ich von der CDU gefragt werde, das ehrlich zu sagen –, daß im ersten Wahlgang mit unseren Stimmen zu rechnen ist; mit unseren Stimmen dürfte hier keineswegs zu rechnen sein. Im zweiten Wahlgang wird es sich nicht ändern. Allerdings dürften im zweiten Wahlgang neue Vorschläge kommen. Dann werden wir Ludwig *Erhard* vorschlagen.

(Dr. *Leverenz:* Dann werden Sie erleben, daß Ludwig *Erhard* wieder kneift und sagt: Ich kandidiere nicht!)

– Gut, dann wird sich auch im zweiten Wahlgang keine Mehrheit finden. Dann kommt es zum dritten Wahlgang; dort wird mit relativer Mehrheit gewählt, und dann ist es ein Minderheitskabinett. Eine andere Regelung sehe ich nicht.

RUBIN: Wir haben eben beschlossen: wir haben vier Wochen[176] Zeit! – Ein ganz anderes Thema. Ich möchte folgendes zur Debatte stellen. Wir Freien Demokraten haben einen großen Sieg errungen. Ist es jetzt noch richtig und notwendig, daß wir unter uns noch Bindestrich-Parteien haben: DVP und DPS.[177] Wäre es jetzt nicht richtig, auch diese Dinge einmal zu beseitigen?

Dr. MENDE: Zumal man im Fernsehen in einer Bundessendung nicht einen Bindestrich hinzufügen kann; man kann nur für die Freien Demokraten sprechen. Wir nehmen das gern als Anregung an die betreffenden Landesverbände an.

ENGELHARD: Meine Parteifreunde! Wenn wir das Thema der Kanzlerschaft *Adenauer*, die wir nicht haben wollen, diskutierten, haben wir uns in den letzten Monaten angewöhnt, immer von einer möglichen Kanzlerschaft *Erhard* zu sprechen. Nun kennen viele von uns Ludwig *Erhard* doch recht gut. Und viele

175 Siehe Anm. 112.
176 Der 4. Deutsche Bundestag konstituierte sich am 17. 10. 1961.
177 Dieselbe Frage hatte *Rubin* 1960 gestellt. Vgl. Nr. 5 mit Anm. 17.

von uns haben sich auch die Frage gestellt: Ist er der Typus des Premierministers, ist er der Typus eines Kanzlers? – Ich glaube, wir sollten, wenn wir die Möglichkeiten eines Wechsels in der Kanzlerschaft jetzt untersuchen, wenn wir den Wechsel von Konrad *Adenauer* zu einer anderen Person betreiben wollen, uns nicht unbedingt nun auf *Erhard* kaprizieren. Wenn die CDU irgendwann mit dem Vorschlag *Gerstenmaier*[178] kommt, würde ich für meine Person sagen, daß ich ihn viel lieber als Regierungschef in Deutschland sähe als *Erhard.*

(Zuruf: Die CDU kommt nicht mit diesem Vorschlag!)

Ich wollte nur sagen: Vielleicht machen wir es uns schwer, wenn wir nur immer von *Erhard* reden. Damit wecken wir die Kräfte in der CDU, die *Erhard* abwerten wollen. Vielleicht nennen wir gar keinen Namen.

(Dr. *Haas:* Ja, vielleicht nennen wir gar keinen Namen!)

ERTL: Ich bin zwar Landwirt und deshalb in rechtlichen Dingen nicht im Bilde. Aber ich muß sagen, es würde mich sehr wundern, wenn der Herr *Adenauer* sich dreimal zur Wahl stellen würde, wenn er sich so sein Gesicht restlos zerkratzen würde.

(Zuruf: Der macht alles!)

– Es gibt immerhin auch eine öffentliche Meinung. Ich glaube, der Alte würde dann wirklich langsam in den Bereich des Tragikomischen kommen. Und dann meine ich, der Ernst der Stunde würde den einen oder anderen CDU-Freund nicht hindern, ihm die Wahrheit zu sagen; sonst wäre es sehr arm um diese Partei bestellt.

Aus diesem Grunde meine ich: Unser Nein zu *Adenauer* ist bis zum dritten Wahlgang so konsequent wie nur irgend etwas, und das Dilemma soll dann allein die CDU auslöffeln. Es ist nicht unsere Aufgabe, der CDU gute Männer und Ideen vorzuschlagen. Die CDU soll die Suppe selber auslöffeln; sie hat sie sich eingebrockt. Wir haben allerhand genug gelöffelt.

Dr. MENDE: Meine Freunde! Sosehr ich die Äußerung des Kollegen *Ertl* in der Sache verstehe, aber in der Politik löffelt die Fehler nicht eine Partei, sondern das ganze Volk aus. Deshalb haben wir die Pflicht, auch wenn andere Fehler gemacht haben, wenigstens dafür zu sorgen, daß sie nicht vergrößert werden. Sonst handeln wir nach dem Motto: Ganz recht, daß ich mir die Finger erfriere, warum kauft mir mein Vater keine Handschuhe! – Ich kann die Emotion nach diesem Wahlkampf verstehen. Aber die 4. Bundestagsfraktion darf nicht nach Emotionen handeln, sondern nach der Sache. In der Sache bin ich der Meinung, daß wir mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht anders handeln können.

Dr. KOHUT: Bis jetzt ist man von der CDU nicht an uns herangetreten. Sollten wir nicht jetzt die Zeit benutzen, erst einmal das Feld zu sondieren? Wäre es

178 Neben *Erhard* war auch *Gerstenmaier* als Kanzlerkandidat im Gespräch. Siehe Anm. 53 und 54.

nicht gut, man würde ein persönliches Gespräch zwischen *Mende* und *Erhard* vorschalten?

(Zuruf: Nicht *Mende!*)

Sollte man nicht ein zweites Gespräch mit *Strauß*, dem Landesvorsitzenden der CSU vorschalten[179], um zu wissen, wie die Dinge sind? Wir brauchen doch nicht zu warten, bis sich die CSU auf *Adenauer* konzentriert. Wir können doch diese Gespräche führen, um das Feld zu sondieren, und dann wissen wir, woran wir sind.

Frau Dr. LÜDERS: Ein Kabinett unter *Adenauer*, das auf Zeit gestellt ist, ist natürlich für unabsehbare Jahre das Kabinett. Es ist ganz ausgeschlossen, anzunehmen, daß, wenn *Adenauer* sich darauf einlassen sollte, eine Verpflichtung einzugehen, nach einiger Zeit einen anderen Kanzler heranzulassen, daß er diese Verpflichtung jemals halten wird. Denn das widerspricht seinem ganzen Wesen, und es wäre, glaube ich, das erste Mal, daß er die Wahrheit sagte.

Dr. LEVERENZ: Ich wollte die Anregung von Herrn *Engelhard* noch einmal unterstreichen, daß wir den anderen den Vortritt lassen und daß wir gar nicht soviel von *Erhard* sprechen. Das scheint mir richtig und gut zu sein.

Zum anderen ein taktischer Vorschlag. Die Mehrheit der CDU/CSU ist ja rein juristisch gar nicht da, sondern wenn Sie es stimmenmäßig ansehen, ist die stärkste Partei die SPD geworden. Die SPD hat mehr Stimmen bekommen als die CDU. Nur wenn Sie CDU plus CSU rechnen, sind sie die stärkste Partei. Die CSU hat in den letzten zwei Jahren nach außen stets betont, daß sie eine selbständige Partei sei. Ich finde, das müssen wir in unserer jetzigen Situation taktisch herausstellen. Daher halte ich es im Augenblick taktisch nicht für richtig, immer von der Mehrheit der CDU/CSU zu sprechen. Das soll man nicht tun, sondern wir müssen versuchen, sie auseinanderzudividieren.

Man müßte auch prüfen, wie es mit dem Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten steht und wie es sich auf das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten auswirkt, wenn CDU und CSU wirklich wieder eine Gemeinschaftsfraktion eingehen. Also aus taktischen Gründen sollten wir nicht von der relativen Mehrheit dieser Leute sprechen.

Dr. MENDE: Wir sind jetzt bereits dabei, in alle möglichen Einzelheiten enumerativ und kasuistisch einzutreten. Das halte ich für falsch. Die Frage, wer die stärkste Partei ist, bestimmt sich nach zwölfjähriger Tradition. Die Fraktion ist immer als Fraktion CDU/CSU aufgetreten, genau wie wir mit dem Querstrich DPS und DVP aufgetreten sind. Wir haben hier selbst ein Präjudiz geschaffen; deshalb können wir jetzt nicht dagegen vorgehen.

---

179 Das erste Gespräch nach den Bundestagswahlen fand am 18. 9. 1961 statt, wobei von seiten der CSU ihr Vorsitzender *Strauß* und Generalsekretär *Zimmermann* teilnahmen, von der FDP ihr Vorsitzender *Mende* und der Vorsitzende der FDP Nordrhein-Westfalen, *Weyer*. Ort des Gesprächs war das Haus des Kaufmanns *Horten*, wo sich *Strauß* und *Mende* schon früher getroffen hatten. Vgl. Nr. 14 Anm. 8; DER SPIEGEL Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 28; FAZ Nr. 230 vom 4. 10. 1961, S. 3.

Dr. LEVERENZ: Das ist rechtlich aber offensichtlich ganz etwas anderes. Ihre Argumente haben mich nicht überzeugt. Die DPS und die DVP sind Mitglieder der FDP. Das sind nur Zusatznamen, aber sie gehören zur FDP. Ich habe es doch selbst erlebt, wie Herr *Strauß* auf dem Parteitag der CDU in Kiel als Vertreter der selbständigen Partei, als Landesvorsitzender der CSU sprach. Deshalb stellt die CSU auch einen Vizepräsidenten im Bundestag. Man macht dort die Trennung ja ganz deutlich. Herr *Mende,* der Vergleich mit uns hinkt, der ist nicht richtig.

Dr. MENDE: Ich sehe nichts, was uns in einer Argumentation politisch von Vorteil sein soll. Machtpolitisch entscheiden letzten Endes die Stimmen, und wie die Stimmen abgegeben werden, entscheiden die und nicht wir.

Dr. SCHNEIDER: Ich wollte zu der Pressekonferenz und zu den Akzenten folgendes bemerken. Wenn morgen in der Presse steht: „Die CDU hat sich mit Mehrheit für *Adenauer* ausgesprochen"[180], dann muß unsere Erklärung so sein, daß es nicht draußen heißt: Die fallen noch um oder sie können noch umfallen. Ich möchte nicht haben, daß draußen bei uns allen ein Wirbel entsteht, wenn es morgen so gedreht wird. Meine Bitte an *Mende,* vielleicht von uns allen: es so zu akzentuieren, daß morgen kein Umfall der Freien Demokraten in der Presse stehen kann. (Beifall.)

Dr. MENDE: Ich hoffe, daß mir das Geschick das in der nächsten Stunde ermöglicht.

Dr. HAMM: Wenn ich als Neuling etwas sagen darf: Ich halte irgendwelche Kombinationen, die sich so schön anhören, für sinnwidrig, wenn die Realitäten damit nicht übereinstimmen. Wir würden wohl nicht verstanden werden, wenn wir gegenüber der CDU mit dem Argument operieren würden, eigentlich sei die SPD die stärkste Partei. Ich halte es auch für verfehlt, von uns aus außer *Erhard,* den wir schon genannt haben, noch einen Herrn der CDU ins Gespräch zu bringen. Wir wollen doch nicht haben, daß hier ein Ausspielen und ein Ausweichen möglich ist. Wir haben es immer gesagt, und jetzt wollen wir doch abwarten, was von drüben kommt. Ich würde es nicht für sinnvoll halten, von uns aus noch *Gerstenmaier*[181] ins Gespräch zu bringen. Wir wollen ganz in Ruhe abwarten, was auf uns zukommt, und dann kann man sehen, was los ist. Nur muß unsere Erklärung entsprechend akzentuiert werden auf Grund der Erklärung der CDU.

Dr. MENDE: Ich weiß nicht, ob die CDU das heute bereits als Beschluß veröffentlicht. Das scheint mir sehr fraglich zu sein. Die Fraktion tritt erst am Donnerstag zusammen.

DAUB: Ich möchte unterstützen, was Dr. *Schneider* gesagt hat. Wenn sich das bestätigt, was an Informationen über die Sitzung des CDU-Bundesvorstandes herausgekommen ist, wird Herr Dr. *Mende* in der Pressekonferenz nicht ungeschoren davonkommen; denn die Journalisten werden so lange insistieren, bis sie in irgendeiner Form eine Antwort haben. Die Kanzlerfrage beschäftigt

180 Siehe Anm. 60.
181 Siehe Anm. 53 und 54.

sämtliche Zeitungen, die deutschen und die ausländischen. Die Journalisten werden so lange fragen, bis etwas herauskommt. Die taktische Situation scheint so zu sein: Wir haben *Adenauer* früher kennengelernt und handeln jetzt danach. Er spielt ein sehr geschicktes Spiel. Er will uns zur Unterwerfung zwingen, denn er bringt uns zum Schwur.

MENNE: Ich möchte nur auf einen einzigen Punkt hinweisen, der heute nicht genannt worden ist: daß bei der CDU sehr große Bestrebungen sind, mit der SPD die große Koalition zu machen. Ich habe das aus Gegenden der CDU, die einflußreich sind. Wir müssen zumindest bei den Verhandlungen uns überlegen, daß wir es nicht dazu bringen, daß die CDU mit der SPD zusammengeht.

Dr. MENDE: Ohne Zweifel kann Herr *Adenauer* sehr geschickt spielen; da hat *Menne* vollkommen recht. Aber er kann dabei auch überspielen. Wir dürfen natürlich nicht, wenn wir unter Druck gesetzt werden, unsere Gesamtlinie verlassen. Ich sehe in Erklärungen der CDU: „Wir können auch mit der SPD" vorläufig noch eine Pression. Wenn es dazu kommt, daß man wirklich eine Koalition aller staatstragenden drei Parteien wünscht, können wir zwar nicht nein sagen. Aber die SPD und die CDU werden sich hüten, alles zu unterschreiben, was auf uns zukommt, und der FDP draußen die Möglichkeit der großen nationalen Opposition zu geben. So schlau sind die auch, daß sie sich ausrechnen, wenn wir da nicht im Wort sind, sie aber beide drin sind, daß es dann für sie weniger angenehm ist als für uns. Darum werden sie eher schon alle drei unter einen Hut bringen wollen. Die Drohung mit der schwarz-roten Koalition scheint mir im Augenblick mehr Taktik zu sein. Ich weiß, daß auch in der CDU Kreise dann der Meinung sind, das sei zu weit gespielt.

Dr. HAAS: Zu dem letzten Thema, was Herr *Menne* sagte: Die Drohungen mit der schwarz-roten Koalition in der CDU würde ich dann, wenn sie jetzt in den ersten zwei oder drei Wochen lanciert werden, nicht sehr tragisch nehmen. Wenn sie vielleicht in einer vierten oder fünften Woche lanciert werden, würde ich sie eher tragisch nehmen, und ich glaube, dann müßte man sich in diesem Kreise noch einmal unterhalten.

Im übrigen, Herr *Mende,* nachdem jetzt der Name *Adenauer* wieder steht – das war uns doch klar, da wir bereits bestimmte Informationen hatten, wie ich z. B. von München her, daß heute noch dieser Name kommen würde, und ich habe es meinen bayerischen Freunden heute morgen schon gesagt –, es macht sich doch immer so schön, zu sagen: Wir stehen zu unserem Wort. Herr *Mende* braucht doch nur zu sagen: Wir stehen zu unserem Wort vor der Wahl. Wir haben gesagt: Bei allem Respekt vor dem hohen Alter, aber wir sind eben doch der Meinung, man müßte sich nun endlich einmal etwas anderes einfallen lassen.

Aber ich habe immer widersprochen, Herr *Mende,* Sie wissen es, als Sie in München waren und dort zum ersten Mal die drei Namen wahlweise genannt hatten: *Erhard, Gerstenmaier* oder *Krone.* Ich habe Sie gebeten, das nicht zu tun. Ich bin der Meinung, es führt, welchen Namen wir auch immer nennen, zu einer gewissen Aufwertung von Leuten, von denen wir doch überzeugt

sind, daß keiner von den dreien eine ideale Kanzlerfigur wäre. Also ist es überhaupt nicht unsere Sache, Namen zu nennen. Das ist Sache der anderen. Ich meine daher, wir sollten die Nennung von Namen nunmehr unterlassen.

Dr. MENDE: Als letzter Sprecher hat Kollege *Rademacher* das Wort. Ich bin nicht mehr in der Lage, dann noch das Wort zu erteilen.

RADEMACHER: Ich habe eigentlich nur eine Frage. Nach den üblichen Gepflogenheiten wird doch auch die stärkste Partei – ich muß leider immer noch dabei bleiben: das ist doch, und wenn es nur rein formell ist, die SPD – meinetwegen zu einem „Luftgespräch" eingeladen. Frage: Wird auch die SPD von vornherein erklären: Wir sind nur zu Verhandlungen bereit mit einem anderen Kanzler als Konrad *Adenauer?*

(Dr. *Haas:* Das wird sie nicht erklären!)

– Ich sage das ausdrücklich, weil das für uns etwas gefährlich werden kann

(Zuruf: Wieso?)

In einer Aussage, die nicht klar genug ist. Die Frage, die ich hierzu zu stellen habe, Herr Dr. *Mende* – das sind ja keine Koalitionsbesprechungen –: Kann man eine derartige Auskunft über ein Gespräch in einem kleinen Kreise von der SPD erreichen?

(Zuruf: Viel zu früh!)

– Ich stelle nur Fragen. Aber die Hauptsache ist doch einfach, durch den neuen Beschluß von heute morgen kommen Sie in der Pressekonferenz in eine recht schwierige Situation. Daran ist gar kein Zweifel. Ich glaube, wir müssen nach dieser neuen Meldung etwas präziser aussagen, als wir es uns heute vormittag in der Diskussion vorgestellt haben.

Dr. MENDE: Damit schließen wir. Ich darf zunächst noch auf die letzte Frage des Kollegen *Rademacher* antworten. Herr *Brandt* hat in der Pressekonferenz am Freitag – das stand in allen Zeitungen – erklärt, daß er sich keine Koalition mit der CDU unter *Adenauer* vorstellen könne, wohl aber unter einem anderen Kanzler. Er hat ferner erklärt, daß er bereit sei – darauf geht die SPD hinaus – zu einer Koalition aller drei Parteien.[182] Die SPD erstrebt das weiteste Ziel, die Dreier-Koalition. Die CDU hofft, mit uns klarzukommen. Kommt sie nicht klar, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Druck ist stark genug, um in der eigenen CDU eine neue Kandidatur zu erreichen, oder wir werden überspielt, indem die SPD zum Zuge kommt und dann plötzlich die Dreier-Koalition verhandelt wird. Dann stehen wir wiederum vor der neuen Lage: Gehen wir unter *Adenauer* in eine Dreier-Koalition? Das ist dann eine neue Lage. Wenn dazu die Aufforderung vorliegt, muß diese Sitzung neu entscheiden.

Ich will damit sagen, es ist beim besten Willen nicht möglich, alle sich bereits ergebenden Möglichkeiten heute schon bis ins Letzte durchzuspielen. Heute ist die Tendenz hier erkennbar geworden; sie ist unbestritten, und sie ist ein-

182 So *Brandt* auf seiner Pressekonferenz am 15. 9. 1961. Vgl. DIE WELT Nr. 216 D vom 16. 9. 1961, S. 2.

mütig vertreten. Nämlich, wir halten uns an das, was wir im Wahlkampf gesagt haben, auch bezüglich der Frage der Zumutbarkeit an Herrn *Adenauer* im 86. Lebensjahr. Diese Frage soll die CDU entscheiden.

Herr Bundespräsident *Lübke* dürfte die drei Parteivorsitzenden ohnehin zu sich bitten, zunächst zu getrennten Gesprächen, wahrscheinlich dann sogar zusammen. Er muß ja das Vorschlagsrecht ausüben, und er wird vor diesem Vorschlag erst einmal alle drei Parteivorsitzenden zu sich in sein Amt bitten.

(Zuruf: Vier! Die CSU kommt dann auch!)

– Gut, hier kann man differenzieren. Aber wenn ich im übrigen der These des Kollegen *Leverenz*[183] folgen würde, müßte auch der Parlamentspräsident in Zukunft von der SPD gestellt werden. Herrschaften, machen wir uns doch nichts vor! Erstens ist das nicht erreichbar, denn er muß gewählt werden. Zweitens würden wir uns einen Bärendienst erweisen, wenn wir aus dieser Theorie der SPD einen Parlamentspräsidenten zuschanzten. Wir können doch nicht nach beiden Seiten operieren – das ist zu klug –, sondern wir müssen entweder nach der CDU operieren oder nach der SPD. Nach beiden Seiten ist zu klug; dann sitzen wir zwischen allen Stühlen.

Ich danke Ihnen allen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß wir uns möglicherweise am Freitag/Sonnabend in acht Tagen erneut zusammenfinden.

(Zuruf: In München ist Oktoberfest!)

– Wenn die Vorstellungen, Herr *Ertl*, der FDP von der Sonntagsheiligung sich durchsetzen, findet an dem Sonntag das Oktoberfest nicht statt, sondern nur von Montag bis Freitag.

Herr *Genscher* wird allen Abgeordneten die Liste unserer Ausschüsse schikken.[184] Es ist möglich, daß der eine oder andere Ausschuß neu hinzu kommt. Ich bitte die Kollegen, sich die Ausschußliste anzusehen, auch unsere bisherige Besetzung, und Wünsche für die Ausschußbesetzung an Herrn *Genscher*, Bonn, Bundeshaus, zu richten. Diese Wünsche werden dann zusammengefaßt. Ich schlage vor, daß, wie seinerzeit im 3. Bundestag, Kollege *Kühn* eine kleine Kommission bildet aus zwei Kollegen, die bisher schon im Bundestag waren, und zwei neuen Kollegen.

Wir werden vermutlich vier Ausschußvorsitzende stellen müssen, statt bisher zwei.[185] Bisher hatten wir die Ausschüsse „Gesundheit" durch Kollegen *Stammberger* und „Atom" durch Kollegen *Dehler*. Ich bitte also, auch mitzuteilen, was Sie glauben, was wir in den Verhandlungen über Ausschußvorsitzende anstreben sollen. Es kann jetzt jeder seine Anregung der Fraktion mitteilen. Wir sparen durch diesen Schriftverkehr lange Diskussionen.

---

183 Siehe S. 130.

184 Im 4. Deutschen Bundestag gab es 28 ständige Ausschüsse, in denen die FDP durch 1–3 Abgeordnete vertreten war. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP, 1961, S. 207–236.

185 Im 4. Deutschen Bundestag stellte die FDP 3 Ausschutzvorsitzende: im Wirtschaftsausschuß sowie in den Ausschüssen für Gesundheitswesen und für Entwicklungshilfe. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 581 f.

Wer waren die beiden Mitglieder der alten Fraktion in der Ausschuß-Kommission neben dem Kollegen *Kühn?* – *Mauk* und *Mischnick.* Ich würde sagen, nehmen wir *Kühn* und die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer *Bucher* und *Mischnick* aus der alten Fraktion, ferner *Mauk.*

Ich bitte um zwei Vorschläge aus der neuen Fraktion. Wer ist bereit, daran mitzuwirken? – Vielleicht Kollegen, die Landtagserfahrung haben? – Vielleicht Josef *Effertz* (Nordrhein-Westfalen) und Kollege *Dörinkel,* der ja Fraktionsvorsitzender im Landtag war, und *Mertes.* – Ich schlage vor: zu den drei Kollegen, die ich schon nannte – *Mauk, Bucher, Mischnick* – die Kollegen *Mertes, Dörinkel, Effertz* zu nehmen.

Es ist selbstverständlich, daß die Entscheidung, auch wie jetzt bei der Fraktion, wenn sich mehrere bewerben, im Rahmen einer Abstimmung erfolgt. Es ist nur eine Art vorbereitender Tätigkeit.

Ich bitte, sich auf das Wochenende in acht Tagen, den 29./30. September einzurichten, und zwar für Fraktion und Vorstand.[186] Bis dahin werden wahrscheinlich die ersten Ergebisse mitgeteilt werden müssen.

Frage an *Haußmann:* Soll unter diesen Umständen die Koordinierungstagung in Stuttgart stattfinden? – Ich bin der Meinung, daß man angesichts der hier jetzt auftretenden Verpflichtung sie ausfallen läßt und dafür lieber hier zusammenkommt.

Mit herzlichem Dank an alle wünsche ich Ihnen eine gute Heimfahrt.

---

186 Vgl. Nr. 18.

## 18.

## 29. 9. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes und der undestagsfraktion[1]

**ADL, Ordner Nr. 113. Vorsitz: Mende; Protokoll: Lorenz. Überschrift: „Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP am Freitag, den 29. September 1961, 15 Uhr in Bonn, Bundeshaus." 15.00 Uhr–19.45 Uhr.**

Redner:[2] Achenbach, Aschoff, Borm, Bucher, Daub (DJD), Dehler, Emmy Diemer-Nicolaus, Döring, Dorn, Engelhard, Ehrich, Ertl, Flach, Hamm, Haußmann, Herta Ilk, Kohut, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Leuze, Leverenz, Mende, Menne, Mischnick, Moersch, Ollesch, Rademacher, Rieger, Heinrich Schneider, Spitzmüller, Stammberger, Starke, Wey-

---

1 Vgl. fdk vom 29. 9. 1961. Bis zur konstituierenden Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion tagten die beiden Führungsgremien dreimal gemeinsam. Danach beriet die Fraktion allein. Vgl. Nr. 17 und 19; W. F. Dexheimer, 1973, S. 65.

2 Die Vorlage enthält kein Verzeichnis der Anwesenden, von denen 34 durch Reden bzw. Zwischenrufe und 7 durch Erwähnung namentlich nachweisbar sind. Einschließlich der Mitglieder der neuen Bundestagsfraktion waren über 100 Personen anwesend.

er. Ohne Redebeitrag anwesend: Brodeßer, Hoppe, Mauk, Nolte, Rutschke, Schmidt, Zoglmann.

[PRÄLIMINARIEN]

Dr. MENDE eröffnet die gemeinsame Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion und gibt der Presse und dem Fernsehen Gelegenheit zu einigen Aufnahmen. Nach einleitenden Bemerkungen über den sitzungstechnischen Ablauf teilt Dr. *Mende* mit, daß der Vorstand beabsichtigt habe, auch die Landesgeschäftsführer zu dieser Sitzung einzuladen, um dadurch eine unmittelbare Unterrichtung der Bezirks- und Kreisverbände zu gewährleisten. Da hiergegen Widerspruch eingelegt worden sei, habe man jedoch davon Abstand genommen und die Einladungen zurückgezogen.

(Nach Beendigung der Arbeit der Bildreporter wird die Aussprache hierüber wie folgt fortgesetzt.)

WEYER: Ich bitte, daß Alfred *Rieger,* der Kollege der Landtagsfraktion[3], den ich in Unkenntnis des Widerspruchs gebeten habe, an der heutigen Sitzung teilzunehmen, heute doch die Erlaubnis bekommt. Es ist einfach undenkbar, daß ein Hauptgeschäftsführer, der von morgens bis abends telefonische Auskünfte zu geben hat, hier nicht an den Beratungen teilnehmen darf.[4] (Zurufe: Sehr richtig!)

Dr. MENDE: Ich möchte dafür plädieren. Schließlich haben wir gegenüber Landtagsabgeordneten auch die Pflicht, das Mandat zu respektieren. *Rieger* ist nicht nur Hauptgeschäftsführer, er ist gleichzeitig Mitglied des Landtags, wozu ich ihm gratuliere. Es ist selbstverständlich, daß wir hier nicht eine Zäsur von Bundestags- und Landtagsabgeordneten vornehmen. Ich bin überzeugt, daß der Vorstand dagegen keine Bedenken hat.

Dr. LEVERENZ: Dann bitte ich, das auf alle Hauptgeschäftsführer zu erstrecken. Außerdem müßten dann auch die Mitarbeiter aus der Bundesgeschäftsstelle hier sein.

Dr. MENDE: *Leverenz* stellt die Frage, ob dann auch die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle[5] dabei sein dürfen. Bestehen dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Darf ich die Grundsatzfrage einmal klären: Besteht die Auffassung, daß an den kommenden Sitzungen – die nächste Sitzung ist bereits wieder für Freitag, den 6. Oktober, 15 Uhr, geplant[6] – bis zur Regierungsbildung die Hauptgeschäftsführer grundsätzlich teilnehmen, um eine schnelle Information der Kreis- und Bezirksverbände zu gewährleisten? Ich würde einen solchen Antrag stellen und bitte Sie, ihn zu unterstützen. – Ja? – Dann stelle ich fest –

---

3 MdL von Nordrhein-Westfalen seit dem 2. 10. 1961. Vgl. LT-HANDBUCH NORDRHEIN-WESTFALEN, 4. WP, 2. Nachtrag, 1962, S. 21.

4 Die Landesgeschäftsführer gehörten nicht dem Bundesvorstand an. Vgl. § 19 der Satzung der FDP i. d. F. vom 28. 1. 1961.

5 H. *Gentner* und K.-H. *Flach.*

6 Vgl. Nr. 19.

(Widerspruch von Dr. *Aschoff.*)

– Dann müssen wir darüber abstimmen. Abstimmungsberechtigt sind sowohl die Bundesvorstandsmitglieder wie die Mitglieder der Fraktion. Wer hat Bedenken, daß die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände an allen Vorstands- und Fraktionssitzungen bis zur Regierungsbildung teilnehmen? Wer dagegen Bedenken hat, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist die Minderheit. Die Mehrheit ist offensichtlich der Meinung, daß diese Bedenken im Hinblick auf die sachliche Information unserer Hauptgeschäftsführer fallengelassen werden können. Also werden wir sie grundsätzlich zu diesen nächsten Sitzungen laden.

Wir haben mit den Hauptgeschäftsführern bisher eine so gute Zusammenarbeit gehabt, und die Hauptgeschäftsführer tragen im Nervenkrieg der Balkenüberschriften eine solche Last, daß wir, glaube ich, am wenigsten von den Hauptgeschäftsführern zu befürchten haben, daß sie für neue Balkenüberschriften sorgen. Wenn der Vorsitzende nicht dafür sorgt, am letzten sind es die Hauptgeschäftsführer.

Wir haben vor, etwa bis 19 Uhr zu tagen, also etwa vier Stunden. Es beginnt mit einem Bericht über die Verhandlungen und die Verhandlungsergebnisse[7] seit der letzten Sitzung am 19. September.[8] Im Anschluß daran wird Kollege *Lenz,* der stellvertretende Fraktions- und Bundesvorsitzende, über die bisherige Arbeit der Arbeitsgruppe für die Parlamentsarbeit des 4. Bundestages berichten.[9] Anschließend treten wir in die Aussprache ein[10], die uns die Möglichkeit gibt, alle Aspekte der in den letzten Tagen und heute aufgetretenen koalitionspolitischen Entwicklungen zu diskutieren und dann zu entscheiden.

Zu Ihrer Information bereits jetzt: Der Parteivorsitzende der CDU, Dr. *Adenauer,* und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Franz Josef *Strauß,* haben mich in einem Schreiben aufgefordert, an Verhandlungen über die Regierungsbildung teilzunehmen. Ich habe Willi *Weyer* gebeten – den Landesvorsitzenden Nordrhein-Westfalen und Mitglied der Verhandlungskommission[11], mich bei diesen ersten Gesprächen zwei zu zwei zu begleiten. Ich bin der Meinung, daß, wenn auf der anderen Seite zwei Freunde der größten Partei sitzen, wir auch unsererseits mit zwei Freunden aus unserer Partei erscheinen sollten. Willi *Weyer* hat die Einladung bereits erhalten, und wir werden am kommenden Montag 10 Uhr im Bundeskanzleramt das erste Koalitionsgespräch führen.[12]

Alle Nachrichten, es habe schon früher irgendwie geartete Koalitionsgespräche mit *Adenauer* gegeben, entbehren jeglicher Grundlage. Die Einladung kam ge-

---

7 Siehe S. 141–158.
8 Vgl. Nr. 17.
9 Siehe S. 158–168.
10 Siehe S. 169–231.
11 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
12 Das erste Koalitionsgespräch am 2. 10. 1961 dauerte etwa zweieinhalb Stunden, beschränkte sich auf Sachfragen und brachte noch keine Entscheidung über die Regierungskoalition. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 582–584.

stern abend. Das erste Gespräch ist am Montag 10 Uhr. Am Dienstag oder Mittwoch darauf dürfte dann die Verhandlungskommission zusammentreten.[13] Die folgenden Verhandlungen sollten nach meiner Vorstellung nur noch von der Verhandlungskommission geführt werden.

Damit wir Ihnen bereits den ersten Bericht erstatten können, berufe ich die nächste Bundesvorstands- und Fraktionssitzung auf Freitag, den 6. Oktober, 15 Uhr, im gleichen Raum ein.[14] Ich bitte, sich darauf einzurichten, daß bis zum 17. Oktober, dem Zusammentritt des Bundestages, mindestens eine Fraktionssitzung in der Woche, vielleicht sogar zwei stattfinden müssen.

Ich rechne mit sehr schwierigen, mit sehr langwierigen Regierungsverhandlungen[15], und ich rechne mit ständig neu auftretenden und veränderten Lagen im Rahmen der Regierungsverhandlung. Diese Verantwortung kann nicht der kleine Kreis allein tragen. Diese Verantwortung muß die Bundestagsfraktion tragen, die dann auch im Bundestag mit ihren Stimmen zu entscheiden hat, und diese Verantwortung muß das politische Gremium, der Bundesvorstand, tragen.

(Dr. *Schneider:* Zur Tagesordnung!)

– Bitte sehr!

Dr. SCHNEIDER: Mir scheint es sinnvoller, die Aussprache zweizuteilen, und zwar im ersten Teil die aktuellen Dinge zu besprechen, ehe wir zu dem Bericht der Programmkommission kommen. Das geht doch dann kreuz und quer durcheinander. Die gestrigen Ereignisse[16], die Presse und alles, was im Raum steht, scheinen mir wichtiger zu sein, um im Zusammenhang nach der Erklärung des Bundesvorsitzenden diskutiert zu werden und dann im zweiten Teil die Sachuntersuchungen zu erörtern. Ich stelle den Antrag, die Tagesordnung entsprechend zu gestalten.

Dr. MENDE: Ich stelle den Gegenantrag, mit den Sachaussagen anschließend fortzufahren, weil am Montag um 10 Uhr mit dem Bundeskanzler und mit Minister *Strauß* über die Sachaussage gesprochen wird[17], insbesondere über Verteidigungspolitik und Außenpolitik. Ich glaube daher, daß die beiden ersten Vertreter, *Weyer* und *Mende,* nicht in das Gespräch gehen können, ohne auch über die Sachaussage die Meinung der Bundestagsfraktion heute in aller Ruhe zur Kenntnis genommen zu haben. Ich stelle daher den Gegenantrag, es bei der bisherigen von mir vorgeschlagenen Tagesordnung zu belassen, also im

---

13 Die Verhandlungsdelegationen der zukünftigen Koalitionspartner traten am 12. 10. 1961 zum ersten Mal vollzählig im Bundeskanzleramt zusammen, während man zuvor nur in kleinster Besetzung verhandelte: für die CDU/CSU *Adenauer, Strauß* und vereinzelt noch *Krone* oder ein anderer vom Kanzler Benannter, für die FDP *Mende, Weyer* und gelegentlich *Lenz* MdB. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 586.

14 Vgl. Nr. 19.

15 Das 4. Kabinett *Adenauer* konstituierte sich am 17. 11. 1961. Vgl. AdG 1961, S. 9458 A Ziffer 3.

16 Für die FDP stellte sich die Lage seit dem 28. 9. so dar, daß die Möglichkeit einer Gegenkandidatur zu der von *Adenauer* weggefallen war. Siehe die Verlautbarung nach Anm. 110.

17 Siehe Anm. 12.

Anschluß an meinen Bericht den Bericht *Lenz* entgegenzunehmen. Im übrigen geht es ja dann zum Teil miteinander und ineinander über.

Da zwei Anträge gestellt sind, muß ich den Änderungsantrag des Kollegen *Schneider* als Änderungsantrag, weil er der weitergehende ist, zunächst zur Abstimmung stellen. Wer für den Antrag des Kollegen *Schneider* ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Der Antrag des Kollegen *Schneider* ist damit abgelehnt, und es verbleibt bei der von mir vorgeschlagenen Tagesordnung.[18]

[1. BERICHT DES BUNDES- UND FRAKTIONSVORSITZENDEN]

Meine Freunde! Ich bitte, nunmehr den Bericht entgegenzunehmen. Ich wäre dankbar, wenn man bei diesem Bericht wirklich die Fakten zur Kenntnis nähme. Denn es genügt nicht, wenn wir ein stenographisches Protokoll unseres Freundes *Lorenz* haben[19]; es ist auch nötig, daß Sie über die Fakten informiert sind, die ich Ihnen jetzt mit Datum und mit Inhalt und mit Gesprächspartner bekannt gebe.

Wir sind in eine Phase des Nervenkrieges getreten. Zwischen dem „Rheinischen Merkur" – „Felonie des Bundeskanzlers"[20] – und der „Zeit" – „Schach dem Bundeskanzler"[21] – brillieren die Journalisten mit vielfältigsten Kombinationen und schillern die verschiedenen politischen Tendenzen, mit dem Ziel, Verwirrung und emotionelle Entscheidungen in die FDP hineinzutragen. Demgegenüber sollten wir uns davon frei machen, unsere Politik nach der „Bild-Zeitung", nach der „Abendpost" und den Schlagzeilen der in- und ausländischen Presse zu führen. Wir sollten die Politik nach den Fakten, den Einsichten, den Realitäten und der politischen Verantwortung beurteilen und nicht in die Gefahr kommen, uns von mehr oder minder lancierten, frisierten und bestellten Pressemeldungen in unserer Entscheidungsfreiheit beeinflussen zu lassen. (Beifall.)

Was bisher an Presseerklärungen und gesteuerten Pressetendenzen sichtbar ist, ist nur ein Bruchteil dessen, was wir in den nächsten drei Wochen noch zu erwarten haben. Ich wiederhole es: Nehmen Sie den „Rheinischen Merkur" zur linken Hand, nehmen Sie die „Zeit" aus Hamburg zur rechten Hand! Dazwischen können Sie von den schweizerischen über die italienischen bis zu den französischen Zeitungen, ja bis zu den englischen und amerikanischen alle Schattierungen, alle Meinungen, alle Behauptungen finden. Ein jeder findet gegen einen jeden die Möglichkeit, zu Felde zu ziehen. Politik wird aber nicht aus Schlagzeilen bezogen, sondern aus der Einsicht in die Lage und aus der Entscheidung, zu der ein jeder von uns nach dem Grundgesetz und nach der Satzung der Partei verpflichtet ist.

---

18 Siehe S. 137.

19 Vereidigter Parlamentsstenograph; siehe S. LXXVI.

20 „Felonie an Adenauer? Ein Akt der Untreue wäre ein Akt der Selbstverstümmelung". A. B., in: Rheinischer Merkur 16. Jg., Nr. 40 vom 29. 9. 1961, S. 1.

21 „Schach dem Kanzler. Warum Konrad Adenauer einem Jüngeren Platz machen muß." Von Marion Gräfin Dönhoff, in: Die Zeit 16. Jg., Nr. 39 vom 22. 9. 1961, S. 1.

Wir traten am 19. September zusammen.[22] Der frühe Termin ist ausdrücklich auf Wunsch einiger Vorstandsmitglieder und Fraktionsmitglieder vor der Bundestagswahl festgesetzt worden. Ich begegne dem Vorwurf, wir seien zu früh zusammengekommen und hätten noch unter den emotionellen Ereignissen des Wahltages vom 17. September gestanden, mit dem Gegenvorwurf, daß ich damals versucht habe, einen späteren Termin unter Hinweis auf den 17. Oktober vorzuschlagen. Die Mehrheit der Partei, des Vorstandes und der Fraktion teilte die andere Auffassung, bereits am Dienstag zusammenzukommen. Die Verantwortung für den frühen Termin also tragen wir alle, und niemand sollte niemandem wegen des frühen Termins jetzt nachträglich Vorwürfe machen.

Der 19. September schloß mit der Feststellung, daß wir, wie im Wahlkampf erklärt, bereit seien, mit der CDU/CSU in eine Regierungsverantwortung einzutreten, weil die Voraussetzungen gegeben waren: Brechung der absoluten Mehrheit der CDU/CSU und damit die Möglichkeit einer Partnerschaft.[23]

Bedenken waren gegen den Bundeskanzler *Adenauer* als Regierungschef des vierten Kabinetts. Diese Bedenken kamen dadurch zum Ausdruck, daß niemand in dieser Fraktion sich bereit erklärte, in der ersten, in der zweiten oder in der dritten Lesung seine Stimme Konrad *Adenauer* zu geben.[24] Das ist festgehalten und bildet die Grundlage des damaligen Beschlusses und ist noch heute durch keinen neuen Beschluß irgendwie korrigiert oder revidiert.

Die zweite Aussage betraf die Ablehnung einer Koalition mit der SPD. Auch bei einem Höchstangebot, so hieß es, sollte nicht die Wahlaussage verlassen werden, nicht mit der SPD eine Regierung zu bilden.[25]

Es war zunächst der Wunsch, in der Pressekonferenz[26] – die zwangsläufig stattfinden mußte, weil auch *Adenauer* am Montag eine Pressekonferenz abgehalten hatte[27], eine kurze Erklärung dieses Beschlusses abzugeben. Herr *Moersch* und andere warnten davor, ob es möglich sei, sich mit einer kurzen Erklärung gegenüber der Presse zu begnügen, ob man nicht doch mit Fragen zur Person rechnen müsse. Die Fragen sind in der Tat gekommen. Die entscheidende Frage lautete:

Bedeutet das, daß es dabei bleibt, daß Sie nicht in eine Regierung mit der CDU/CSU eintreten, deren Bundeskanzler *Adenauer* heißt?

Ich antwortete:

Eigentlich möchte ich diese Frage erst der Verhandlungskommission beantworten, aber ich glaube, Sie liegen richtig.[28]

---

22 Vgl. Nr. 17.
23 Vgl. Nr. 17, S. 86.
24 Vgl. Nr. 17, S. 110.
25 Vgl. Nr. 17, S. 110, 117.
26 Vgl. Nr. 17, Anm. 31.
27 Vgl. Nr. 17, Anm. 106.
28 Vgl. Nr. 17, Anm. 31.

Weiter bin ich hier nicht gegangen. Sie wissen, daß dann am Mittwoch in der Presse trotzdem die Schlagzeile war: „Absolute Mehrheit gebrochen – Bereitschaft zur Partnerschaft mit der CDU, aber nicht unter *Adenauer*".

Am 22. September hatte ich das erste Gespräch beim Bundespräsidenten.[29] Es dauerte 1 1/4 Stunde. Am Tage vorher war Dr. *Krone*[30] eine Stunde beim Bundespräsidenten und am gleichen Tage vor mir *Ollenhauer*[31], nach mir *Höcherl*.[32]

Ich habe dem Bundespräsidenten nach bestem Wissen und Gewissen den Ablauf unserer Partei- und Fraktionssitzung geschildert und ihm auch die Haltung gegenüber dem Bundeskanzler *Adenauer* dargelegt. Der Bundespräsident hat auf meine Feststellung, daß wir eher ein Minderheitskabinett in Kauf nehmen würden als *Adenauer* zu wählen, erklärt, er sei nicht in der Lage, im Rahmen der gegenwärtigen außenpolitischen Entwicklung ein solches Minderheitskabinett zu akzeptieren; dieser Fall scheide daher von vornherein aus.

Es verblieb dann eben bei der Frage: Wie steht es um die Person *Adenauers?* Ist das eine definitive Entscheidung? Denn ich, der Bundespräsident, habe erfahren, und auch der Bundeskanzler hat mich das wissen lassen, daß er glaube, daß mit etwa 20 Stimmen aus der FDP im ersten Wahlgang zu rechnen sei.

Ich sagte: „Herr Bundespräsident, das ist noch eine Beurteilung der FDP aus der Zeit, da wir unter *Euler*[33] und anderen nicht jene Geschlossenheit hatten.[34] Ich habe ein stenographisches Protokoll durch einen vereidigten Bundestagsstenographen aufnehmen lassen, und ich bin gern bereit, Ihnen an Hand des Protokolls zu beweisen, daß kein Abgeordneter hier bereit ist, im ersten Wahlgang Konrad *Adenauer* die Stimme zu geben."[35]

Bundespräsident Dr. *Lübke* bat mich um die Ablichtung der entsprechenden Protokollseiten. Ich habe ihm diese Ablichtung der entsprechenden Seiten in einer Zusammenfassung gegeben, die Herr Kollege *Eilers* damals noch einmal gefordert hatte.[36] Diese Zusammenfassung lautet:

1. Bereitschaft zur Koalition mit der CDU/CSU auf der Basis einer Gemeinsamkeit im Programm und unter gewissen personellen Voraussetzungen;

2. Ablehnung der Koalition mit der SPD;

---

29 Vgl. AdG 1961, S. 9346 D; E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 480.
30 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
31 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.
32 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.
33 *Euler* vertrat den rechten Flügel der FDP und gehörte bis zur Abspaltung dieses Flügels von der Partei im Februar 1956 (vgl. Nr. 13 Anm. 11) zu ihrem Führungskreis. Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 222, 232, 368.
34 Nach der Parteispaltung von 1956 (vgl. Nr. 13 Anm. 11) hatte die FDP unter dem Vorsitz von Reinhold *Maier* 1957–1960 zur Geschlossenheit zurückgefunden. Vgl. K. J. Matz, 1989, S. 476 f.
35 Siehe Anm. 24.
36 Vgl. Nr. 17, S. 109.

3. Keiner hat sich auf die Frage, ob er im ersten, zweiten oder dritten Wahlgang Konrad *Adenauer* seine Stimme geben werde, zu Wort gemeldet und für eine Stimmabgabe für *Adenauer* votiert.

Diese Ablichtung ist zu treuen Händen beim Bundespräsidenten, um jegliche irgendwie geartete Mißdeutung auszuschließen.

Der Bundespräsident ließ erkennen, daß im Rahmen der außenpolitischen Entwicklung schwere Belastungen auf uns zukommen würden. Er fragte mich, wie ich denn zu den jetzt in Amerika oder anderswo diskutierten Möglichkeiten stände, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, ferner der Anerkennung der Zweiteilung, der Anerkennung des Status quo. Er fragte mich, was denn meine Meinung sei, ob der Bundestag und die Bundesregierung überhaupt in der Lage seien, dem zuzustimmen.

Ich sagte: Nachdem wir im Kreis von einigen Juristen darüber gesprochen haben, sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß das Grundgesetz es jeder Bundesregierung und jedem Bundestag verbietet, irgendwelche territorialen Fragen zu entscheiden, die dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müssen, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden soll. Ich sagte, daß die Präambel des Grundgesetzes, die nach der Auffassung des Gerichtshofs in Karlsruhe ein Verfassungsgebot ist[37], jeder Regierung und jedem Parlament die Möglichkeit nehme, wenn man nicht verfassungswidrig operieren wolle, irgendwie Unterschriften zu setzen unter die Ereignisse, die am 13. August in Berlin[38], die an der Oder-Neiße, die in Deutschland entstanden seien, und daß außerdem der Deutschland-Vertrag[39] aus Text und Inhalt heraus den Drei Mächten nicht die Möglichkeit gäbe, irgendwie gegen diesen Geist zu entscheiden.

Der Bundespräsident erklärte, er habe die gleiche Auffassung. Eine juristische Untersuchung im Präsidialamt sei zum gleichen Ergebnis gekommen. Man könne uns zwar zwingen, die durch die capitulatio und die debellatio entstandene Lage hinzunehmen; man sei aber nicht in der Lage, uns zu einer Anerkenntnis de jure durch eine deutsche Unterschrift zu zwingen. – In dieser Frage waren die Gesprächspartner – es war noch dabei der Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts *von Herwarth* – einig.

Nun könnte es sein – so brachte der Bundespräsident zum Ausdruck –, daß im Rahmen der Notstandsregelung gewisse verfassungsändernde Gesetze auf uns zukämen[40], und zu diesen verfassungsändernden Gesetzen brauchte man

37 Vgl. BVerfGE 5, S. 127 f. (KPD-Verbotsurteil vom 17. 8. 1956).

38 Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

39 Deutschland-Vertrag vom 26. 5. 1952 und Zusatzverträge i. d. F. vom 23. 10. 1954, in Kraft getreten als Pariser Verträge am 5. 5. 1955 (BGBl. II, 1955, S. 305–576). Die Verträge bewirkten die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Einbindung der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und in die NATO. Vgl. AdG 1955, S. 5146 A Ziffer 1–8.

40 Die Notstandsgesetzgebung gehörte bis zur Verabschiedung der sog. Notstandsverfassung im Mai 1968 (siehe Anm. 41) zu den großen innenpolitischen Streitfragen. Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 359, 369–371.

auf jeden Fall die Stimmen der Sozialdemokraten.[41] Vielleicht sei überhaupt die Frage zu prüfen, ob nicht eine Allparteienregierung aus diesem Notstand herausführen könnte, zumindest das Höchtmaß an Gemeinsamkeit der Verantwortung damit dokumentiert werden könnte.

Ich antwortete, daß die Freie Demokratische Partei immer, insbesondere in der Berlin- und Deutschland-Frage, in der Außenpolitik und in der Verteidigungspolitik für eine Gemeinsamkeit operiert habe. Ich las ihm aus unserem Aufruf vor, daß wir, unabhängig von Regierung und Opposition, uns um eine breite parlamentarische Basis in der Berlin- und Deutschlandfrage, in der Außen- und Verteidigungspolitik bemühen würden.[42] Aber ich erklärte: „Der Zeitpunkt, wann der Notstand wirklich effektiv wird, muß von Ihnen als Staatsoberhaupt, muß von der Bundesregierung bestimmt werden, denn mir als Vorsitzendem einer Oppositionsfraktion ist nicht die Einsicht in die Papiere, in die Staatsgeheimnisse, in die Ergebnisse von Paris und jetzt von Washington gegeben. Diese Entscheidung trifft das Staatsoberhaupt, trifft die Bundesregierung. Wir sind dann bereit, in eine solche Gemeinsamkeit einzutreten. Wir sind aber nicht bereit, unsererseits jetzt die Gemeinsamkeit zu fordern; das sähe ja so aus, als liefen wir den anderen nach."

Darauf sagte der Bundespräsident: „Sie haben recht. Man sollte nicht durch ständiges Wiederholen etwas beschwören, was möglicherweise noch gar nicht da ist, sondern im Grunde genommen erst im Frühjahr nächsten Jahres auf uns zukommt."

Ich möchte dieses Gespräch, das noch in Einzelheiten und in die Wertung von Personen ging, damit abschließen, daß ich feststelle: Der Bundespräsident ließ erkennen, daß auch ihm eine CDU/CSU-FDP-Regierung die erwünschte sei, denn das sei schließlich der Wählerwille, auf den sich rund 60 % der Bevölkerung festgelegt haben. Ich habe aber den Eindruck, daß beim Bundespräsidenten eine große Neigung für ein Allparteienkabinett zu finden war.

Nach diesem Gespräch[43] habe ich die Möglichkeit gehabt, kurz mit Herrn *Pferdmenges*[44] zu sprechen, der mich hier im Bundeshaus in meinem Büro aufsuchte.[45] Ich sagte Herrn *Pferdmenges,* ich sei gern bereit, zu ihm zu kommen;

---

41 Die Notstandsverfassung, d. h. die Gesamtheit der verfassungsrechtlichen Regelungen des Grundgesetzes zur Bekämpfung des inneren und des äußeren Notstandes, wurde am 30. 5. 1968 mit 384 Ja-Stimmen gegen 100 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung vom Deutschen Bundestag angenommen. Vgl. 5. BT STEN. BER., 178. Sitzung vom 30. 5. 1968, S. 9653 A–9654 D; 17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes. Vom 24. 6. 1968 (BGBl. I, S. 709). Dieses Gesetz war dann die Grundlage für weitere, einfach-gesetzliche Rechtsnormen wie z. B. die Sicherstellungsgesetze.

42 So der Schlußsatz im Aufruf der FDP zur Bundestagswahl 1961: „Über die Zusammenarbeit der Koalitionspartner hinaus ist zu versuchen, die parlamentarische Opposition für eine gemeinsame Deutschland- und Berlin-Politik zu gewinnen." Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 135.

43 Siehe Anm. 29.

44 Kölner Bankier und MdB (CDU), mit dem Bundeskanzler seit den 20er Jahren befreundet. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Aufstieg I, 1986, S. 489 f.

45 Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 480.

denn er ist der Ältere, er ist sogar Alterspräsident.[46] Aber er legte Wert darauf, zu mir ins Büro zu kommen. Wir haben etwa 3/4 Stunde gesprochen.

Herr *Pferdmenges* beklagte den Beschluß der FDP-Fraktion, Konrad *Adenauer* als Person abzulehnen. Er meinte, im 86. Lebensjahr sei es doch nicht richtig, so hart zu sein. Er brachte das Beispiel von *Wilhelm II.* und *Bismarck*[47] und sagte, man müsse doch einen honorigen Abgang finden. Auch er sei der Meinung, daß der Kanzler gar nicht mehr lange wolle. Auch nach seinem Eindruck scheine der Kanzler nicht die Auffassung zu haben, die Wahlperiode durchzustehen, und er trage sich mit dem Gedanken einer früheren Beendigung des Kanzleramtes; aber man müsse einen honorigen Weg wählen.

Ich sagte: „Herr *Pferdmenges*, die FDP hat nicht den Ehrgeiz, den Kanzler zu stürzen; es geht nicht um den Sturz eines Kanzlers, sondern um die Neuwahl eines Bundeskanzlers nach einem solchen Einschnitt. Wir sind bereit, den Bundeskanzler im Rahmen eines sogenannten Geheimen Staatsrates – mit dem Altbundespräsidenten[48], mit einigen Ministerpräsidenten – als beratendes Organ zu akzeptieren. Wir sind sogar bereit, ihn mit Sitz und Stimme als Altbundeskanzler im Kabinett hinzunehmen, wenn das eine Lösung sein soll, und für eine Übergangszeit ihn und seinen Rat zu akzeptieren. Wir sind jedoch nicht in der Lage, und ich muß mich auf den Beschluß berufen[49], ihn als Bundeskanzler zu wählen. Dieser Beschluß ist nun einmal gefaßt, und er gilt."

Herr *Pferdmenges* sagte, er werde mit dem Bundeskanzler *Adenauer* zusammen sein. Er habe die Meinung, daß der Bundeskanzler durchaus bereit sei, sich auf eine Übergangslösung einzulassen, wie sie ja von der CSU mit 12 Monaten auch schon gewünscht sei und wie sie auch in der CDU/CSU verhandelt werde.[50]

Ich habe Herrn *Pferdmenges* keine Zusage gemacht, sondern nur die Feststellung getroffen, daß die FDP jedwede Regelung prüfen werde, die einen honorigen Wechsel ermöglicht und den Eindruck vermeidet, daß dem Kanzler jetzt der Stuhl vor die Tür gesetzt wird, etwa in der Art, wie *Wilhelm II.* es mit *Bismarck* getan haben soll.[51]

(Dr. *Kohut:* Ist es unhonorig, wenn jemand abgewählt wird?)

– Ich kann nur berichten; ich kann Fragen gegenwärtig nicht beantworten.

---

46 *Pferdmenges* übernahm als Alterspräsident (Jg. 1880) den Vorsitz bei der Eröffnung des 4. Deutschen Bundestages. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 230.

47 *Wilhelm* II. entließ den 75jährigen *Bismarck* 1890 in äußerlich wohlwollender Form: unter Verleihung des Titels Herzog von Lauenburg und des Ranges eines Generalobersten.

48 Theodor *Heuss*, Bundespräsident 1949–1959.

49 Vom 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17, S. 116 f.

50 *Adenauer* hatte sich vor dem Bundesvorstand der CDU und in Anwesenheit von F. J. *Strauß* als Vertreter der CSU am 19. 9. 1961 zu einer Begrenzung seiner nächsten Amtszeit bereit erklärt. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 564 f.

51 Siehe Anm. 47.

Am 24. September fand in Hamburg aus Anlaß eines Stapellaufs[52] ein Gespräch mit Herrn *Blumenfeld* statt, um das Herr *Blumenfeld* gebeten hatte. Herr *Blumenfeld,* Landesvorsitzender der CDU in Hamburg, bat dringend, an dem harten Standpunkt festzuhalten und keineswegs umzufallen; er verbürge sich dafür, daß auch in der CDU/CSU weite Kreise unseren Standpunkt teilten; aber schließlich könne man ja nicht aus der eigenen Partei den Widerstand mobilisieren; es sei gut, daß er von der FDP käme; man solle sich aber der Solidarität weiter Kreise der CDU/CSU sicher sein.[53]

Ich habe Herrn *Blumenfeld* gesagt, ich nähme das zur Kenntnis.

Am nächsten Tag, am Montag, dem 25. September, hatte ich ein Gespräch in Frankfurt[54] mit unseren Parteifreunden Reinhold *Maier*[55] und *Haußmann*[56] einerseits und Ministerpräsident *Kiesinger*[57] und Herrn *Scheufelen*[58] andererseits. Herr *Kiesinger* und Herr *Scheufelen* wollten mit *Haußmann* und Reinhold *Maier* sprechen. Die beiden Freunde aus unserer Partei hielten es für richtig, daß ich dabei sei.

Das Gespräch, das etwa 2 1/2 Stunden dauerte, drehte sich im wesentlichen erneut um die Feststellung, daß wir uns nicht in der Lage sähen, *Adenauer* zu wählen. – Inzwischen hatte der Landesverband Baden-Württemberg einstimmig unseren Beschluß noch einmal ebenso bestätigt, wie Rheinland-Pfalz und wie Nordrhein-Westfalen sich schon vor dem 19. 9. einstimmig darauf geeinigt hatten.

In diesem Gespräch am 25. 9. spielte aber auch das bereits eine Rolle, was Herr *Wehner* am Sonntag in Nürnberg erklärt hatte[59] und was sich am Montag vormittag im Bundeskanzleramt tat, als Herr *Adenauer* vor uns die Herren *Ollenhauer, Brandt* und *Wehner* empfing.[60] Wir hatten den Eindruck – Reinhold *Maier, Haußmann* und ich –, daß damit eine neue Lage eingetreten sei, denn offensichtlich versuche der Kanzler, uns mit der SPD zu überspielen. Es ist doch grotesk, daß der an sich erwünschte Koalitionspartner erst gestern, am 28. 9., die Einladung zu einem Gespräch bekam, während die Sozialdemokratische Partei so überraschend schnell ihren Termin für den 25. 9. bereits am 21. 9. durch Adenauer erhielt.[61]

---

52 Stapellauf der „Long Lines" auf der Schliekerwerft. Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 481.

53 Ebd.

54 *Mende* unterbrach seine Rückreise von Hamburg nach Bonn in Frankfurt. Vgl. DER SPIEGEL Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25.

55 Bundesvorsitzender der FDP 1957–1960.

56 Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg 1952–1964.

57 Ministerpräsident von Baden-Württemberg 1958–1966.

58 Landesvorsitzender der CDU Nord-Württemberg.

59 Rede *Wehners* vor SPD-Funktionären am 24. 9. 1961. Vgl. DIE WELT Nr. 223 vom 25. 9. 1961, S. 5.

60 Der Anstoß zu diesem Gespräch war von den Führungsorganen der SPD ausgegangen. Diese hatten in einer Entschließung vom 20. 9. 1961, die den übrigen Parteien des Bundestages zugeleitet wurde, ihr Angebot zur gemeinsamen Bestandsaufnahme erneuert. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 517 f.

61 Zur Enttäuschung von *Mende* hatte *Adenauer* die Führungsspitze der SPD relativ kurzfristig

Sowohl Herr *Kiesinger* wie Herr *Scheufelen* erklärten, sie seien nicht der Meinung, daß die baden-württembergische CDU eine schwarz-rote Koalition mitmachen würde. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, lieber Wolfang *Haußmann,* wenn ich sage, daß beide Herren, sowohl *Kiesinger* wie vor allem Herr *Scheufelen,* der Landesvorsitzende der CDU Württemberg, was ihre Haltung anbetreffe, entschieden eine solche Koalition ablehnten.[62]

(Dr. *Haußmann*: Jawohl!)

Als ich nach Bonn zurückkam, wurden mir die Meldungen über die Äußerung *Wehners* in Nürnberg vorgelegt.[63] Mir wurde mitgeteilt, daß *Ollenhauer, Brandt, Wehner* zwei Stunden bei *Adenauer* zwar primär die außenpolitische Lage in Gegenwart von Staatssekretär *Carstens*[64] analysiert hätten, daß aber – ich wiederhole wörtlich – durch die Blume auch durch einige Bemerkungen, allerdings nicht konkret, die Möglichkeit einer Koalitionszusammenarbeit angedeutet wurde, und zwar durch den Bundeskanzler.

Herr *Wehner* hat am Sonntag in Nürnberg folgendes erklärt.[65] – Das ist jetzt sicher, weil es an zwei verschiedenen Stellen mit fast den gleichen Formulierungen ankam. – Als die Genossen erklärten: „Koalition, aber nicht unter *Adenauer*", ist *Wehner* sehr erregt geworden und hat gesagt: „Verheddern Sie sich doch nicht! Machen Sie nicht den gleichen Fehler wie *Mende!* Kommen Sie doch nicht in den *Mende*-Sog! Der Mann glaubt, Politik zu treiben, indem er sich an einem 86-jährigen reibt. Für uns ist *Adenauer* überhaupt kein Problem. Dieser Kanzler ist ein Kanzler der Liquidation, politisch wie physisch. Drei Stunden am Tag ist er überhaupt nur noch vernehmungs- und aufnahmefähig, die anderen 21 Stunden nicht. Wenn wir einmal mit 6 oder 8 Bundesministern vier Jahre lang in der Regierung in Bonn sind, wollen wir mal sehen, ob der „Rote Bürgerschreck" noch in Deutschland sitzt und ob dann nicht eine neue Zeit begonnen hat. Wir müssen in die Regierung. Die Person *Adenauers* ist völlig sekundär. Wie kann man sich an einem Manne stoßen, der bereits am Rand des Grabes steht, physisch wie politisch!"[66]

Als einige Zeilen aus dieser Rede in der Presse bekannt wurden – „Verheddern Sie sich nicht, kommen Sie nicht in den Sog *Mendes!*" –, haben wir hier in einem kleinen Kreis, soweit das in Bonn möglich ist, und telefonisch die Frage ventiliert: Ist das Taktik *Adenauers?* Ist das ein Unter-Druck-Setzen der FDP? Oder steckt möglicherweise mehr dahinter? Wie konnten wir das eruieren?

---

zu einem Gespräch am 25. 9. 1961 empfangen (siehe Anm. 60), während *Mende* die angekündigte Einladung für ein Gespräch am 2. 10. 1961 erst am 28. 9. erhielt. Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 23, 25 f.; F. Fliszar, 1989, S. 142.

62 Während des Gesprächs in Frankfurt am 25. 9. 1961. Siehe Anm. 54.

63 Siehe Anm. 59.

64 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Seine Hinzuziehung sollte dokumentieren, daß es sich nicht um ein Gespräch im Zusammenhang mit der Regierungsbildung handelte. Vgl. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 231.

65 Siehe Anm. 59.

66 Vgl. „Wehners Rede hat die Freien Demokraten aufgeschreckt", in: FAZ Nr. 226 vom 29. 9. 1961, S. 2.

Ich habe die Möglichkeit gehabt, erst einmal Herrn *Strauß* zu sprechen, am 26. 9., also einen Tag später, zwei Stunden abends in seiner Wohnung.[67] *Strauß* hatte aus Nürnberg fast ähnliche Formulierungen und Meldungen. Er erklärte mir: „Das ist keine Strategie und Taktik des Kanzlers, sondern der Kanzler ist, wenn es um ihn geht, bereit, lieber Sie, Herr *Mende,* und die FDP fallenzulassen, als daß Sie ihn beseitigen können." – Frage: „Wie würden Sie sich denn verhalten, Herr *Strauß?*" – „In einer schwarz-roten Koalition, Herr *Mende,* würden Sie den Verteidigungsminister *Strauß* nicht finden. Wir würden alles tun, um dagegen anzugehen, selbst wenn wir ausscheiden müßten. Wenn wir beide dann draußen sind, haben wir zwar 66 plus 50 gleich 116, aber wir können das nicht verhindern. Der Alte ist zu allem bereit."

Das genügt noch nicht; das kann immer noch Pression sein. Ich habe daher die Möglichkeit wahrgenommen, mit Herrn *Brandt* ein fast dreistündiges Gespräch zu führen. Es fand statt am 27. 9. in einem Ort im Ruhrgebiet, den zu nennen ich mir zu erlassen bitte.[68] Über dieses Gespräch ist nur ein ganz kleiner Kreis informiert worden, weil *Brandt* darum gebeten hatte. Auch er würde nur Herrn *Ollenhauer* und Herrn *Wehner* und sonst niemand informieren.

Ich habe aus gewissen Gründen der Abschirmung, um nicht hereingelegt zu werden, auch nur einen ganz kleinen Kreis, der nicht einmal außerhalb des Bundeshauses sitzt, informiert, von unserer Fraktion Herrn *Dehler,* dann Herrn *Rubin.* Es wußten von dem Gespräch außerdem aus anderen Gründen Herr *Döring,* Herr *Genscher* und Herr *Flach.* Das schien deswegen wichtig zu sein, weil es immerhin gelungen ist, das Gespräch bis heute geheimzuhalten.

Heute allerdings veröffentlicht der SPD-Pressedienst einen Artikel „Die Entscheidung der FDP".[69] In diesem Artikel bringt der Pressedienst zum Ausdruck, *Brandt* habe mir gesagt, daß man nicht mit der CDU allein, sondern nur auch mit der FDP zu gehen bereit sei. Ich darf diesen Absatz aus dem Artikel von Herrn *Barsig*[70], weil er wichtig ist, hier mitteilen[71]:

„Nicht anders war es seit dem 17. September. Noch in der Wahlnacht hat der Kanzlerkandidat der SPD, Willy *Brandt,* in aller Öffentlichkeit erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei aus Gründen der nationalen Verantwortung ein Kabinett anstrebt, dem alle demokratischen Parteien angehören sollen.[72] An dieser Haltung der SPD hat sich bis heute nichts geändert, und für eine Partei sollte das gelten, was sie selbst sagt, und nicht das, was andere von ihr behaup-

---

67 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25.

68 Das Gespräch *Mende-Brandt* fand auf Einladung des Industriellen Hugo *Stinnes* in seinem Haus in Mühlheim an der Ruhr statt. In diesem Gespräch erklärte *Brandt* seine Bereitschaft, *Adenauer* als Kanzler einer Koalition aus CDU/CSU und SPD für die ganze Wahlperiode zu akzeptieren. Spätestens nach dieser Stellungnahme gelangte *Mende* zu der Auffassung, daß seine Partei *Adenauer* doch als Kanzler einer CDU/CSU-FDP-Koalition akzeptieren müsse, wenn sie nicht auf die Rolle der Opposition beschränkt werden wolle. Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25; F. Fliszar, 1989, S. 142 f.

69 SPD-Sozialdemokratischer Pressedienst P/XVI/220 vom 29. 9. 1961, S. 1–2 (AdsD).

70 Sprecher des Parteivorstandes der SPD. Vgl. K. Klotzbach, 1982, S. 430, 528.

71 Siehe Anm. 69.

72 Vgl. Nr. 17 Anm. 50.

ten. Aber auch aus jedem persönlichen Gespräch, das autorisierte Vertreter der Sozialdemokratischen Partei mit den Freien Demokraten führten – und es waren nicht wenige –, ist vollends klar geworden, daß die Sozialdemokratische Partei nicht daran denkt, die eine Partei gegen die andere auszuspielen, und daß sie immer bestrebt war, die Freien Demokraten in die Verantwortung mit einzubeziehen. Das letzte Mal hat die FDP diese verbindliche Erklärung der SPD von dem Manne zu hören bekommen, dem die Spitzenkörperschaften der SPD am 20. 9. ausdrücklich bestätigt haben, daß er die Autorität hat, für die Partei zu handeln und zu sprechen.[73] Das war am Mittwoch dieser Woche. Trotzdem haben die Freien Demokraten am Donnerstag wider besseres Wissen behauptet, die SPD sei unter allen Umständen bereit, eine Koalition mit Dr. *Adenauer* einzugehen, und sie gebrauchten das böse Wort vom „Erschleichen" der Regierungsverantwortung.[74]

Die Freien Demokraten wissen auf der anderen Seite ebenso genau, daß die Sozialdemokratische Partei auch in jedem Gespräch mit Vertretern der CDU und der CSU immer den gleichen Standpunkt vertreten hat, nämlich daß für sie die All-Parteien-Regierung die gegebene Lösung ist.[75] Zu keinem Zeitpunkt ist auch nur mit einem Wort mit den Vertretern dieser beiden Parteien die sog. schwarz-rote Koalition unter Ausschaltung der FDP erörtert worden."

Auf Grund dieses Artikels bringt dann dpa – und damit ist natürlich die Begegnung frei – folgende Meldung:

Der FDP-Vorsitzende *Mende* und der sozialdemokratische Kanzlerkandidat *Brandt* hatten am vergangenen Mittwoch im Ruhrgebiet ein etwa dreistündiges Gespräch. Am Freitag wurde in Bonn bekannt, daß *Brandt* dem FDP-Vorsitzenden die außenpolitische Situation erläutert und wegen der kritische Lage noch einmal die Bildung eines Allparteienkabinetts angeregt habe. *Mende* sei hierauf nicht eingegangen.[76]

Ich kann nicht auf etwas eingehen, wozu ich von Ihnen keine Legitimation habe.[77] Daß Ihnen darüber berichtet werden sollte, verstand sich von selbst. – Dieses Gespräch ist also für unsere Pressestelle im Sinne der dpa-Meldung frei

---

73 Entschließung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 517.

74 Der beanstandete Passus lautete: „Der SPD sei gesagt, daß die Freien Demokraten zu einer Besprechung der innen- und außenpolitischen Lage, sei es im Kreise der Fraktionsvorsitzenden unter dem amtierenden Regierungschef oder seiner Minister, sei es im Kreise der noch bestehenden Ausschüsse des Deutschen Bundestages, sei es in einem Sondergremium, bereit ist. Wir sind allerdings nicht bereit, unter dem Stichwort ‚Bestandsaufnahme' der Sozialdemokratischen Partei dabei behilflich zu sein, eine Regierungsbeteiligung zu erschleichen.'" Siehe fdk 12. Jg., Nr. 79 vom 26. 9. 1961, S. 5.

75 Vgl. Nr. 17 Anm. 50.

76 Zur Bedeutung des Gespräches für *Mende* siehe Anm. 68.

77 Bundesvorstand und Fraktion hatten *Mende* nur zu Verhandlungen über eine Koalition aus CDU, CSU und FDP ermächtigt. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 47.

und kann bestätigt werden.[78] Einzelheiten darüber werden nicht bekanntgegeben.

Herr *Brandt* bestätigte mir in der Tat, er sei der Meinung – aus der Kenntnis der Berliner Verhältnisse, aber auch aus der Kenntnis dessen, was *Adenauer* ihm und seinen beiden Freunden *Ollenhauer* und *Wehner* gezeigt und an Einsicht eröffnet habe[79] –, daß der Notstand bereits da sei und daß er sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat so zuspitzen werde, daß es eine andere Lösung überhaupt nicht gäbe. Die Furcht, daß es dann zu einer permanenten Dreiparteienregierung in Deutschland käme, brauchten die Freien Demokraten nicht zu haben. Wenn die Krise vorbei sei, könne sich ja die stärkste Partei entscheiden, ob sie dann mit der einen oder anderen oder mit beiden weitermachen wolle. Aber selbst wenn es nicht zur Dreiparteienregierung komme, sei er, *Brandt,* der Meinung, daß in den nationalen Fragen die drei Parteien zusammenarbeiten sollten.

Ich habe ihm die Bereitschaft dafür gegeben und habe gesagt, mein Brief an *Ollenhauer,* die Bestandsaufnahme abzulehnen[80], sei nicht so zu verstehen, daß ich jedwedes Gespräch ablehne. Ich sei nur der Meinung, daß bilaterale Gespräche von den einzelnen Parteien wechselseitig beim Kanzler gefährlich seien. Ich sei der Meinung, daß multilaterale Gespräche der Fraktionsvorsitzenden beim Kanzler oder in einem besonderen Gremium der richtige Ort seien und daß dadurch das Gegeneinanderausspielen verhindert würde.

Herr *Brandt* bestätigte mir, daß es dann vielleicht besser gewesen wäre, gleich multilateral zu beginnen. Aber Herr *Adenauer* habe die Bestandsaufnahme so schnell aufgegriffen, daß die SPD, die dies wochenlang gefordert habe, dieser schnellen Einladung gegenüber nicht nein sagen konnte.

Ich habe erklärt: „Herr *Brandt,* Sie haben uns in eine schwierige Lage gebracht. Wir haben bisher mit vier Voraussetzungen gerechnet. Erstens: Bereitschaft, mit der CDU/CSU zusammenzugehen. Die Voraussetzung ist geblieben, weil die absolute Mehrheit der CDU gebrochen wurde und die Partnerschaft dadurch ermöglicht wurde. Sie werden verstehen, daß wir den Wahlkampf in der Hauptsache gegen die CDU/CSU führen mußten."[81] – Herr *Brandt* bestätigte mir, daß wir zu 90 % den Wahlkampf gegen die CDU und CSU führen mußten, um dort jenen Teil wegzunehmen, der nötig war, um die absolute Mehrheit zu brechen und überhaupt eine Auflockerung des Parteiensystems in Deutschland zu bringen. – Ich sagte ihm: „Damit die Gefahr der Mißdeutung und des Schaukelns vermieden wurde, haben wir die Tür zu Ihnen, Herr *Brandt,* zuschlagen müssen." – Ich hatte den Eindruck, daß er es in der Tat begriff, daß wir nach allen bisherigen Vorwürfen – Düsseldorf[82],

78 Siehe Anm. 76.
79 Siehe Anm. 60.
80 Bezugnahme auf das Gespräch *Mende-Brandt.* Siehe Anm. 68.
81 Gemäß der Erklärung des Bundesvorstandes vom 6. 5. 1961 (Abs. 2–3). Vgl. Nr. 13 unter TOP 1.
82 Im Februar 1956 hatte die FDP in Nordrhein-Westfalen die dort bestehende Koalition aus CDU, FDP und Zentrum aufgekündigt und war nach einem erfolgreichen konstruktiven Miß-

Schaukelpolitik – sagen mußten, daß wir nicht mit der SPD gehen wollen, und er erklärte, daß wir dieses Ziel in der Tat erreicht hätten.

Herr *Brandt* sagte sodann: „Ich bitte Sie jedoch zu prüfen, ob Sie bei dieser harten Lösung bleiben oder ob nicht auch in Ihrem Sinne die Dreiparteienregierung zweckmäßig wäre. Herr *Mende,* es kommen Grundgesetzänderungen auf uns zu. Sie brauchen die Sozialdemokraten zur Notstandsgesetzgebung[83], Sie brauchen uns in jedem Falle, und ich würde Ihnen raten, nicht so hart zu negieren."

Ich sagte: „Herr *Brandt,* wenn Herr *Wehner* in Nürnberg so abrupt über den „*Mende*-Sog" sprach und so sehr erkennen ließ, daß für ihn *Adenauer* gar keine Problematik darstellt[84], müssen wir zwangsläufig den Eindruck haben, daß Sie uns überspielen wollen. Sie haben uns das Festhalten an dieser für den ersten Wahlgang beschlossenen Ablehnung *Adenauers* sehr erschwert durch die Drohung, die jetzt für viele unserer Mitglieder mit der schwarz-roten Koalition entstanden ist. Wenn Sie von Anfang an gesagt hätten: „Nicht unter *Adenauer!*", wenn Sie von Anfang an die schwarz-rote Koalition ganz klar ausgeschlossen hätten, wäre es dem Kanzler und einem Teil seiner Presse nicht gelungen, das schwarz-rote Gespenst an die Wand zu malen."

Ich habe in den ersten acht Tagen[85] Telegramme und Briefe bekommen: Hart bleiben, hart bleiben! Von diesem Sonntag[86] an hieß es: „Wir haben Sie nicht gewählt, damit Sie die Roten in eine schwarz-rote Koalition hineinbringen!" – Also hat sich mit dieser Drohung die Stimmung etwas geändert, und zwar nicht nur bei den Herren der Industrie, auch bei unseren Mitgliedern, die sagen: wir haben euch gewählt, um die Mehrheit der CDU zu brechen, aber –

(Zuruf: Und die Telegramme seit gestern?!)

- Seit gestern kommen wieder die Telegramme: Hart bleiben, nicht umfallen! – Es ist klar, nach den neuesten Schlagzeilen[87] mußte das so sein.

Aber, wie gesagt, die dritte Basis, nämlich: die SPD kann gar nicht mit *Adenauer* nach all den wechselseitigen Beleidigungen, ist seit dem Sonntag vergangener Woche nicht mehr gegeben.[88] Sie kann! Herr *Brandt* hat es bestätigt: *Adenauer* ist kein Hindernis für ein Zusammengehen mit der CDU, allerdings erwünscht in der Dreiparteienregierung.

---

trauensvotum eine neue Koalition mit SPD und Zentrum eingegangen. Gründe für den Koalitionswechsel waren die von der CDU auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen angestrebte Wahlrechtsänderung zu Lasten der FDP und die Außenpolitik der Bundesregierung. Vgl. E. H. M. Lange, Vom Wahlrechtsstreit zum Regierungswechsel, 1980, S. 128–149; H.-P. Schwarz, Ära Adenauer I, 1981, S. 303–312.

83 Siehe Anm. 40.

84 Siehe S. 146.

85 Nach dem 17. 9. 1961 (Wahltag).

86 Vom 24. 9. 1961 an.

87 Vgl. „Die Freien Demokraten bestreiten ein Umfallen", in: FAZ Nr. 226 vom 29. 9. 1961, S. 1; „Der FDP-Vorstand schwenkt um", in: SZ Nr. 233 vom 29. 9. 1961, S. 1; „Veränderte Lage", in: Die Welt Nr. 227 vom 29. 9. 1961, S. 1 (BPA, Archiv).

88 Seit der Rede von *Wehner* (SPD) in Nürnberg am 24. 9. 1961. Siehe S. 146.

Die vierte Grundlage unserer bisherigen Auffassung war, daß sich am Mittwoch – die Sitzung fand am gleichen Tage statt, als wir uns mit Herrn *Brandt* trafen[89] – in der Fraktionssitzung der CDU/CSU jenes tat, was Herr *Strauß Weyer* und mir[90], was Professor *Erhard* mir[91], was Herr *Blumenfeld* mir in Hamburg[92], was viele CDU/CSU-Leute Freunden von uns angedeutet hatten, nämlich daß dort die Frage der Kandidatur *Erhard,* zumindest aber der Nachfolge endgültig entschieden werde.

Und siehe da! Nach den Pressemeldungen, die wiederum differieren von den Fakten, ist weder der eine Kandidat *Erhard* noch der andere Kandidat *Gerstenmaier* noch *Krone* noch eine wesentliche Opposition gegen *Adenauer* erkennbar gewesen[93], so daß *Adenauer* mit strahlender Miene die Sitzung verlassen konnte und sagte: „Ich habe gar nicht erwartet, daß alles so gut und so glatt gehen könnte."[94]

Der Bericht über die Beschlüsse wird im einzelnen in der Diskussion von anderen Freunden vielleicht noch genauer analysiert werden können, weil manche es vielleicht noch genauer wissen als ich. Ich will zu dieser Sitzung nur folgendes sagen.

In der Fraktionssitzung der CDU/CSU sind scharfe Angriffe gerichtet worden. Herr *Dresbach*[95] hat erklärt: „Wir sind wieder bei Weimar." Er hat Dr. *Krone* als Fraktionsvorsitzenden einen Brief geschrieben, es sei sofort die Koalition zwischen CDU/CSU und SPD anzustreben und das Wahlgesetz zu ändern[96]; es dürfe nicht möglich sein, daß 66 Abgeordnete in der Lage seien, 241 Abgeordneten[97] das Gesetz des Handelns aufzuzwingen. Es genüge ein Wort im Wahlgesetz, um diesem Spiel ein für allemal ein Ende zu bereiten; man solle im Wahlgesetz schreiben statt „3 Mandate oder 5 %": „3 Mandate und 5 %". Aus dem „oder" solle ein „und" gemacht werden. Das sei zwar eine Erschwerung, aber keinesfalls ein Staatsstreich. Denn schließlich, wenn die FDP so stark sei, den Kanzler mitbestimmen zu wollen, müsse sie auch in der Lage sein, drei Mandate direkt zu erringen.[98]

Der Bundeskanzler selbst hat geschickt die gleiche Rolle gleich weitergespielt, indem er erklärte, die FDP habe kein einziges Mandat direkt bekommen, sondern alle 66 auf den Listen.

---

89 Am 27. 9. 1961. Siehe Anm. 68.
90 Am 18. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 179.
91 Nicht zu ermitteln.
92 Am 24. 9. 1961. Siehe Anm. 52.
93 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25 f.
94 *Mende* war im großen und ganzen über Ablauf und Ergebnis der CDU/CSU-Fraktionssitzung korrekt unterrichtet. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 578.
95 *Dresbach* (CDU) hatte vorgeschlagen, das Bundeswahlgesetz (vgl. Nr. 17 Anm. 102) so zu ändern, daß eine Partei 3 Direktmandate und 5 v. H. der Stimmen (anstatt: oder 5 v. H.) erhalten müsse, um in den Bundestag einzuziehen. Für die FDP, die 1961 kein einziges Direktmandat erhalten hatte, hätte diese Änderung politisch das Aus bedeutet. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 577.
96 Vgl. Nr. 17 Anm. 102.
97 Fraktionsstärke der CDU/CSU.
98 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25 f.

Weiter hat Dr. *Kopf*, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, darauf hingewiesen, daß nach seinen Beobachtungen in Straßburg und im Ausland es unmöglich sei, sich von *Adenauer* zu trennen; das wäre ein nicht wiedergutzumachender internationaler Schaden. Der Garant der Stabilität im Ausland, insbesondere im westlichen Ausland, sei *Adenauer*.

(Dr. *Achenbach:* Das stimmt nicht!)

In diesem Zusammenhang wurden erbitterte Angriffe gegen *Dehler*, *Achenbach* und andere gerichtet, die sogar tief ins Persönliche gingen, so daß Herr *Gerstenmaier* eingreifen mußte und sagte: „ Bitte nicht in diesem Stil, wozu solche Hetzreden!" Darauf sagte derjenige, der unterbrochen wurde: „Wieso Hetzreden? Ich sage nur, was wirklich der Fall ist." – Andere haben in die gleiche Kerbe gehauen.

Kurzum, es herrschte eine geradezu mörderische Stimmung gegen die FDP. Gegen die SPD hat nur Franz Josef *Strauß* ganz bescheiden Bedenken geäußert, sonst keiner.

Und der Wirtschaftsminister *Erhard?* Von ihm hatten alle erwartet, daß er dann aufstünde und sagte: „Meine Herren, damit wir von vornherein klarsehen: in einer schwarz-roten Koalition finden Sie mich, *Erhard*, als Wirtschaftsminister nicht wieder." – Von *Strauß* hatte man gehofft, daß er sagen würde: „Meine Herren, dann können Sie sich einen neuen Verteidigungsminister suchen!" Alles das, was beide mir vorher gesagt haben, ist in dieser Turbulenz und in dieser mörderischen Stimmung gegenüber der FDP leider nicht gesagt worden.[99] Daher konnte Herr *Rasner*[100] verkünden: Einstimmigkeit, Koalitionsverhandlungen mit der FDP; ein Beschluß, sie mit der SPD aufzunehmen, ist zurückgestellt worden; wir wollen erst einmal sehen, wie es mit der FDP klappt.

Und jetzt gehen die Meinungen auseinander. Herr *Erhard* und Herr *Gerstenmaier*, mit denen ich am gestrigen 28. 9. sprach[101] – *Gerstenmaier* mit *Zoglmann* zusammen mittags beim Essen, *Erhard* nachmittags –, erklärten: Ein Beschluß, *Adenauer* als Kanzler zu nominieren, ist nicht erfolgt – obgleich Herr *Rasner* es so dargestellt hat. Es ist wohl ein Beschluß erfolgt: *Adenauer* und *Strauß* werden gebeten, die Koalitionsverhandlungen mit der FPD zu führen. In diesem Augenblick sei *Erhard* aufgestanden – ich bitte *Zoglmann*, das gegebenenfalls zu ergänzen – und habe gesagt, er stelle sich vollinhaltlich hinter den Bundesvorstandsbeschluß vom Dienstag, dem 19. 9., und dieser hat zum Inhalt: „Wir bitten *Adenauer*, das Kanzleramt wieder zu übernehmen."[102] So ist also durch das – ich nehme an – Versehen *Erhards* der Eindruck entstanden, *Erhard* wünsche am Beschluß von Dienstag festzuhalten.

---

99 A. a. O., S. 26.

100 Parl. Geschäftsführer (CDU) der CDU/CSU-Fraktion.

101 Sowohl BT-Präsident *Gerstenmaier* als auch Vizekanzler *Erhard* ließen die FDP wissen, daß ihr Verzicht auf eine Gegenkandidatur gegen *Adenauer* nur für den ersten Wahlgang gelte. Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 26; E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 482.

102 Vgl. Nr. 17 Anm. 60.

Die Fraktion brachte *Erhard* eine Ovation dar, und Herr *Krone* dankte Erhard für diesen Verzicht und für die staatsmännische Haltung.[103]

(*Weyer:* Aber was *Erhard* gesagt hat, ist nicht beschlossen worden!)

– Es ist die Frage, inwieweit hier jetzt durch die Entschlossenheit des Kanzlers, durch das Beifallklatschen und durch den Lapsus von *Erhard* zumindest nach außen eine Lage entstanden ist, die auch durch Vorbehalte von *Gerstenmaier* und *Erhard* nicht mehr repariert werden kann.

Ich komme zum Schluß. In dieser Situation ist für uns alle doch ohne Zweifel eine neue Phase in der Regierungsbildung sichtbar geworden. Sie ist bestimmt erstens durch die Möglichkeit eines Dreiparteienkabinetts, und zwar auch mit *Adenauer,* zweitens durch die Nichtkandidatur *Erhards* oder *Gerstenmaiers* zumindest im ersten Wahlgang – vielleicht kommt es gar nicht mehr zum zweiten – und drittens durch eine sehr starke Pression, der wir uns hier ausgesetzt sehen, bezüglich der Gefahr einer schwarz-roten Koalition.

Ein jeder von uns muß heute entscheiden, spätestens aber bei der Kanzlerwahl, wie weit wir in der Lage sind, uns aus der Gefahr zu bewegen, draußen zu bleiben. Ich halte es für eine schlechte Sache, zwar den Wählerinnen und Wählern die Bereitschaft zu einer Regierung mit der CDU/CSU im Wahlkampf offeriert zu haben, aber dann die SPD durch eine allgemeine Entwicklung mehr oder minder in die Regierung mit hineingehievt zu haben. Ich will es nicht auf die Formel bringen, daß die Alternative heißt „umfallen oder ausfallen"[104] – „oder reinfallen", wie *Dehler* hinzugefügt hat. Ich will nur sagen, daß wir uns heute in der Tat mit einer neuen Lage befassen müssen.

Wir haben gestern eine Vielzahl von Anrufen, von Besuchen von Journalisten und dergleichen bekommen. In diesem Augenblick hielt ich es für richtig, den Landesvorsitzenden folgendes Fernschreiben zu schicken, das gestern früh herausgegangen ist[105]:

„Liebe Parteifreunde! Die gestrige Fraktionssitzung der CDU/CSU hat die Koalitionsverhandlungen ebenso in eine neue Phase gebracht[106], wie wahrscheinlich die heutige Fraktionssitzung der SPD es tun wird.[107] Es steht fest, daß kein Kandidat der CDU/CSU, weder Professor *Erhard* noch *Gerstenmaier* noch *Krone,* bereit ist, im zweiten Wahlgang als Kandidat gegen Dr. *Adenauer* aufzutreten. Damit entfällt die Möglichkeit einer Gegenkandidatur endgültig."

---

103 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 26.

104 Die Notwendigkeit für *Mende,* seit dem 28. 9. in einer raschen Abfolge von Stellungnahmen immer deutlicher erkennen zu lassen, daß die FDP vielleicht doch eine zeitlich begrenzte Koalition unter *Adenauer* erwägen müsse, ließ innerhalb und außerhalb der Partei das diskreditierende Wort „Umfall" aufkommen. Vgl. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 232; D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 580–582.

105 Nicht ermittelt.

106 Siehe S. 151 f.

107 Erste Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion nach den Bundestagswahlen, auf der die Forderung nach einer Allparteienregierung bestätigt wurde. Vgl. K. Klotzbach, 1982, S. 518.

Als ich dieses Fernschreiben gestern mittag Herrn *Gerstenmaier* und nachmittags Herrn *Erhard* zeigte[108], haben sie das beide bestritten. So weit sei es nicht; sie seien beide doch noch im zweiten Wahlgang bereit – in Klammern: wenn es überhaupt noch dazu kommt.

(Dr. *Mende* verliest den weiteren Inhalt des Fernschreibens.)

Nun sagte Herr *Dürr*[109]: Wir können uns der Presse nicht mehr erwehren. Wenn wir morgen nicht eine Menge von ganz wilden Spekulationen haben wollen, müssen wir uns irgendwie auf eine Sprachregelung einigen. Ich verlese jetzt die gestern abend herausgegebene Sprachregelung. (Siehe fdk Nr. 154/61 (T) vom 28. 9. 1961)[110]:

[„Koalitionsspekulationen: Beitrag im Nervenkrieg um die Regierungbildung.

FDP zu Kombinationen in deutschen und ausländischen Zeitungen.

Bonn. (fdk) Die sich häufig völlig widersprechenden Spekulationen zahlreicher deutscher und ausländischer Zeitungen über die zukünftige Haltung der FDP-Bundestagsfraktion in der Koalitionsfrage bezeichnete ein Sprecher der FDP am Donnerstag in Bonn als einen Beitrag im Nervenkrieg um die Regierungsbildung. Die Führungsgremien der FDP, Bundesvorstand sowie alte und neue Bundestagsfraktion, hätten am Dienstag nach der Wahl ihren für etwaige Koalitionsverhandlungen benannten Vertretern Weisungen für die bevorstehenden Gespräche mit der CDU/CSU gegeben. An diesen Beschlüssen habe sich in der Zwischenzeit nichts geändert.

Die Führungsgremien der FDP hätten jedoch bereits am 19. September beschlossen, am 29. September erneut zusammenzutreten, um über die innerpolitische Entwicklung der zurückliegenden 10 Tage zu beraten. Man sei bei der Festlegung des neuen Termins auch davon ausgegangen, daß in der Zwischenzeit durchaus neue Aspekte auftreten könnten, die dann nicht von einzelnen Vorstandsmitgliedern, sondern vom Gesamtvorstand und der Bundestagsfraktion beraten werden sollten. Solche neuen Aspekte, die am 19. September noch nicht zu erwarten waren, sieht der Sprecher in dem „Salto mortale des deutschen Sozialismus für Konrad *Adenauer*" – . d. h. in dem Bestreben der SPD, um jeden Preis eine schwarz-rote Koalition unter Konrad *Adenauer* zu bilden – und in der Ablehnung einer Kanzlerkandidatur durch Professor Ludwig *Erhard* auf der gestrigen Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das alles bedeute aber keinesfalls, daß die FDP nunmehr „umfallen" werde. Wer glaube, daß die Freien Demokraten jetzt dem Beispiel der SPD folgen und um jeden Preis in eine Koalition mit der CDU drängen werden, habe sich gründlich getäuscht. „Die Führungsgremien der Freien Demokraten werden morgen im Bewußtsein der großen Verantwortung für das zukünftige Schicksal der deutschen Nation, die ihnen ihre Schlüsselstellung im Deutschen Bundestag auferlegt, die derzeitige Situation sorgfältig prüfen und eine Entschei-

108 Siehe Anm. 101.
109 Pressereferent der FDP-Bundestagsfraktion.
110 Der folgende Text ist in der Vorlage nicht enthalten.

dung treffen, die dem am 17. September erkennbar gewordenen Wählerwillen entspricht", sagte der Sprecher abschließend."]

Hier ist mit keinem Wort die Möglichkeit eröffnet, daß wir zu irgendeiner Kompromißlösung bereit sind, sondern es ist die Feststellung, daß wir heute die neue Lage prüfen, so wie wir sie am 6. Oktober[111] prüfen, wenn sie sich erneut verändert haben sollte. Wer weiß, was bis dahin passiert.

Die Zeitung „Die Welt" schrieb, daß wir unter massivem Druck der Industrie ständen und daß wir große Wahlschulden hätten. Es war ein Artikel von Herrn *Reiser* am Mittwoch.[112] Ich fühlte mich verpflichtet, dem entschieden entgegenzutreten.

Ich versichere Ihnen hiermit ehrenwörtlich: Weder Herr Fritz *Berg*, Bundesverbandsvorsitzender der Industrie, noch Herr Gustav *Stein*[113] noch irgendein anderes Mitglied der Kölner Fördergesellschaft[114] hat den Versuch gemacht, mündlich, schriftlich oder telefonisch mit mir in Verbindung zu treten. Es liegt nicht nur kein Druck vor, es liegen nicht einmal Schulden vor. Wir haben 1,5 Millionen DM überzogen. Davon sind 3/4 Millionen durch klare Zusagen gedeckt und 3/4 Millionen durch ebenfalls bereits erfolgte Zusagen. Die Partei geht ohne Schulden nach einem kaufmännisch bilanzsicher geführten Wahlkampf in die kommenden Monate. (Beifall.) Jedwedes Gerücht ist eine böse Verleumdung.[115]

Als dann Herr *Bitzer*[116] mich anrief und sagte: „Sie sollen so viel Schulden haben, daß sie gar nicht anders können!", habe ich gesagt: „Herr *Bitzer*, das ist nicht wahr, das ist eine ganz üble Brunnenvergiftung; wir haben keine Schulden!" Ich habe ihm die Zahlen genannt und gesagt: „Vergessen Sie sie gleich wieder!" – Ich habe auch Herrn *Reiser* gesagt: „An Ihrem Artikel[117] ist vieles falsch, aber an den Schulden ist alles falsch!" – Herr *Reiser*, Berichterstatter der „Welt", gehört der CDU an.

Herr *Bitzer* hat dann seinen Artikel fabriziert. Er nennt Namen: *Kohut, Schneider, Dehler.*[118]

---

111 Vgl. Nr. 19.

112 Vgl. Die Welt Nr. 225 vom 27. 9. 1961, S. 2: „Koalitionsgespräche im Bonner Nebel" von Hans Reiser (Abs. 5 des Artikels).

113 Hauptgeschäftsführer des BDI. Geschäftsführer der Fördergesellschaft „Staatsbürgerlicher Vereinigung e. V." und MdB (CDU) seit 1961. Vgl. K. J. Köerper, 1968, S. 75 f.; J. M. Gutscher, 1984, S. 54.

114 Zum Problem der Spendenfinanzierung und den tatsächlich erheblichen Wahlkampfschulden der FDP vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 52–57.

115 Presseberichten zufolge war aus Kreisen der FDP zu hören, daß der Druck auf die FDP, vor allem aus Kreisen der Wirtschaft, ständig dahingehend zunahm, *Adenauer* doch als Kanzler zu akzeptieren. Vgl. SZ Nr. 230 vom 26. 9. 1961, S. 1.

116 Vgl. Eberhard Bitzer: „Mende bereitet Entscheidung der Freien Demokraten vor", in: FAZ Nr. 225 vom 28. 9. 1961, S. 1 (Abs. 5 des Artikels enthält eine Anspielung auf die Wahlschulden der FDP).

117 Siehe Anm. 112.

118 Wie Anm. 116. Der entsprechende Satz lautet: „Man rechnet damit, daß sich gegen die neue Linie auch Kritik erheben wird, vor allem von den Abgeordneten Dehler, Kohut und Schneider."

(Zuruf: Auch Frau *Mende!*)

– In diesem Artikel nicht.[119] Lassen wir die Frauen beseite! Wir sollten dem *Kapfinger* nicht nacheifern.[120] Im übrigen, bei meiner Frau finden Sie keine Anhaltspunkte!

Wenn ein Name genannt wird, bitte, nehmen Sie nicht sofort an, es stamme aus dem Bundeshaus. Es ist nun einmal so, daß jeder Journalist Feuer frei hat für jegliche Versuche, uns nervös zu machen. Und so wird es bleiben; es wird noch viel schlimmer werden. Sie werden in den nächsten Wochen die ersten Ministerlisten sehen, und Sie werden überrascht sein, wenn Sie nicht genannt sind. Sie werden andere Listen sehen, und dann werden die verärgert sein, die auf der ersten Liste waren, aber auf der zweiten nicht mehr. Wir kennen doch das! Wir wissen, wie in Bonn Politiker durch Zeitungen nervös gemacht werden können.

Ich bitte also, in den kommenden Wochen, die sehr viel Stärke unserer Nerven erfordern werden, sich nicht durch Schlagzeilen und durch dubiose Informationsdienste beeinflussen zu lassen. Es gibt die Möglichkeit der Rückfrage bei *Flach*[121] und bei *Genscher.*[122] Wenn wir am Tag und in der Nacht unser Telefon bedienen, kann praktisch nichts passieren. Wenn ich unterwegs bin, sind andere da, die in der Lage sind, eine Auskunft zu geben.

Ich war gestern in Simmern zur Wahlkundgebung.[123] Natürlich war ein Dutzend Journalisten da. Der Saal, der normalerweise vielleicht 400 Menschen faßt, war doppelt so voll. Es war eine Stimmung wie vielleicht in den Malteser-Bierhallen oder im Bürgerbräu in München.

Ich habe zunächst darauf hingewiesen, daß wir heute zusammentreten. Es kam der Zwischenruf: „Werden Sie umfallen?" Ich habe erwidert: „Ich kann für meine Person sagen, Sie werden mich in keinem Kabinett *Adenauer* finden!"[124] – Frage: „Aber die andern?" – Ich habe gesagt: „Ich kann nicht die 65 Kollegen heute festlegen; die treten morgen zusammen. Aber glauben Sie mir, die FDP wird ihre Entscheidung abhängig machen von ihrer Verantwortung ge-

---

119 Siehe Anm. 116. Frau *Mende* wird erwähnt in der Neuen Rhein-Zeitung vom 28. 9. 1961. Dem Blatt zufolge hatte der CDU-Abg. *Josten* starken Beifall erhalten, als er in der Fraktionssitzung der CDU geäußert habe, „jetzt müssen mal deutliche Worte mit Herrn Dehler, Schneider und Frau Mende gesprochen werden." So die Neue Rhein-Zeitung Nr. 227 vom 28. 9. 1961, S. 2 (AdsD).

120 Hans *Kapfinger,* Freund des damaligen Verteidigungsministers F. J. *Strauß* und Herausgeber der „Passauer Neuen Presse", einem der CSU nahestehenden Organ, hatte seine Beziehungen zum Bundesverteidigungsministerium dazu benutzt, eigene Unternehmungen und Projekte weit über das vertretbare Maß hinaus wirtschaftlich zu fördern („Fibag"-Affäre). Vgl. Der Spiegel Nr. 23 vom 31. 5. 1961, S. 40–44; AdG 1962, S. 9958 A Ziffer 1–6.

121 Bundesgeschäftsführer der FDP.

122 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

123 Am 28. 9. 1961. Die Bundestagswahl im Wahlkreis Cochem fand erst am 1. 10. 1961 statt. Grund war der plötzliche Tod des SPD-Bundestagskandidaten. Er starb nach Ablauf des im Wahlgesetz vorgeschriebenen Zulassungstermins. Bei der Nachwahl erzielte die FDP einen Stimmenzuwachs, der noch über dem der FDP in Rheinland-Pfalz am 17. 9. 1961 lag. Vgl. FAZ Nr. 226 vom 29. 9. 1961, S. 4; fdk Nr. 155/61 (T) vom 2. 10. 1961.

124 *Mende* wurde nicht Mitglied des 4. und 5. Kabinetts *Adenauer* (bis 1963).

genüber der Nation." – Dann habe ich sehr scharf die CDU kritisiert und sehr scharf die SPD kritisiert, mit *Wehner* in Nürnberg[125] usw. Dann habe ich die Frage der Allparteienregierung grundsätzlich bejaht, aber die Frage, wann der Zeitpunkt dafür kommt, dem Bundespräsidenten und der Bundesregierung zugeschoben. – Eine schwarz-rote Koalition habe ich als eine ganz große Gefahr hingestellt, und ich habe gesagt: „Es bedeutet die Lähmung des Handlungswillens, wenn 440 Abgeordnete[126] die Verantwortung tragen und 66 in Opposition sitzen; dann wird alles mit dem Mantel der schwarz-roten Parteiliebe zugedeckt, und Sie erfahren nicht einmal mehr aus dem „Spiegel", was in Bonn los ist. Wie in Österreich bleibt alles unter den beiden Größten."[127]

Das war meine einleitende Bemerkung zur Koalitionsfrage; dann ging es in der üblichen Wahlrede weiter. Aber da liefen die Journalisten schon heraus, da hatten sie die Schlagzeilen, die sie brauchten.

Darf ich folgendes feststellen: Es hat sich in keiner Verlautbarung der Pressestelle oder des Sprechers oder in meiner Erklärung[128] oder in meiner Rede in Simmern[129] irgendeine Abweichung zum Vorstandsbeschluß und zum Fraktionsbeschluß ergeben, die irgendeinen berechtigte, uns zu sagen, wir fielen um und wollten *Adenauer* wiederwählen.

Wenn Sie so wollen, haben sich in allen drei Fragen neue Sachverhalte ergeben. Bei der CDU haben die Gewährsmänner, die uns ermuntern, die harte Karte zu spielen, und die uns dann die Zustimmung für den harten Kurs in der Zeit des Spielens zukommen ließen, sitzen lassen.

Die SPD hat etwas erkennen lassen, was wir vorher nicht glaubten. Denn wer sich wechselseitig Schweinehund nennt und sich „*Brandt* alias *Frahm*" nennt und mit einem aus der Kriminologie stammenden „alias" arbeitet[130], von dem kann man nicht annehmen, daß er sich morgen zusammensetzen wird. Wer von dem Kanzler sagt, er habe nicht alle Tassen im Schrank, und wer Sitzungen des Berliner Senats unterbricht, wenn ihm Äußerungen des andern berichtet werden[131], von dem kann ich nicht annehmen, daß er morgen mit dem andern eine Koalition macht. Meine Maßstäbe stammen nicht aus Weimar; sie reichen daher für eine solche „Umorganisation" des Charakterlichen nicht aus.

Die Partei, die nun hier entscheiden muß, muß die neue Lage prüfen. Neu ist, daß endlich gestern der Brief kam, der für Montag, 10 Uhr, das erste Koalitionsgespräch bringt[132], an dem Willi *Weyer* und ich teilnehmen, auf der ande-

---

125 Am 24. 9. 1961. Siehe Anm. 59.
126 Anzahl der Abgeordneten von CDU/CSU und SPD.
127 Vgl. Nr. 17 Anm. 55.
128 *Mendes* Erklärung gegenüber *Bitzer* (FAZ); siehe S. 155.
129 *Mende* erklärte dort am 28. 9., die FDP werde vielleicht prüfen müssen, *Adenauer* „für eine Übergangszeit ihr Vertrauen zu geben." Vgl. E. MENDE, Die neue Freiheit, 1984, S. 482.
130 Vgl. Nr. 9 Anm. 19.
131 Der Regierende Bürgermeister unterbrach am 15. 8. 1961 eine Senatssitzung aus Protest gegen Angriffe, die Bundeskanzler *Adenauer* auf einer Wahlkundgebung in Regensburg am 14. 8. 1961 gegen ihn gerichtet hatte. Vgl. FAZ Nr. 188 D vom 16. 8. 1961, S. 1.
132 Siehe Anm. 61.

ren Seite *Adenauer* und *Strauß*.[133] Es wird dabei über Sachfragen gesprochen; so ist mir von *Strauß* bereits gesagt werden. Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Sicherheitspolitik sollen im Vordergrund stehen.[134] Möglicherweise verlangt man morgen einen Heiligkeitsschwur auf die gesamte Außenpolitik des Konrad *Adenauer*, um dann zu sagen: „Herr *Mende* hat mit Willi *Weyer* die Außenpolitik der letzten zwölf Jahre eindeutig und absolut gebilligt."

Sie werden am Dienstag möglicherweise diese Zeile lesen. Ich sage Ihnen jetzt schon: Für diese Zeile bin ich nicht verantwortlich. Wenn Sie glauben, daß ich weich werde, hoffe ich, daß Sie dem massiveren Willy *Weyer* unterstellen, daß er nicht weich werden wird.

(*Weyer:* In der Zeitung steht, daß ich weich werde!)

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen: Wir sind jetzt in die zweite Phase der Verhandlung gekommen. Keine Pressekonferenz! Keine Erklärungen! Gottlob keine Wahlkundgebung! Ich hoffe endgültig, daß es in Simmern das letzte Mal war.[135] Ich wäre froh, wenn ich für acht Tage verschwinden könnte. Ich habe mehr zu tun, als Wahlkundgebungen abzuhalten. Ich werde mit Anrufen und Zuschriften bestürmt. Es geht bis zur Karte der „roten Hand" mit der Drohung: „Sie werden hier aufgebahrt werden mitsamt ihren liberalen Nazis!" (Heiterkeit.) Da ich selbst nicht mit Plastikbeuteln handele, hoffe ich, daß auch mir nicht ein Plastikbeutel angeklebt wird!

Jetzt sind Sie dran. Ich schlage vor, daß nach dieser Erklärung Kollege *Lenz* über den bisherigen Gang der Behandlung der Sachfragen berichtet[136] und daß wir dann in die Aussprache eintreten.[137] Ich danke Ihnen für das Vertrauen. Sie werden verstehen, daß ich Ihnen Einzelheiten berichten mußte. Ich bitte Sie aber, davon möglichst nichts nach draußen dringen zu lassen. Es sind zum Teil Gespräche, von denen wechselseitig die einzelnen nichts wußten.

(*Lenz*: Nicht „möglichst", sondern „nichts"!)

– Ja, nichts! (Beifall.)

[2. BERICHT DES STELLV. BUNDES- UND FRAKTIONSVORSITZENDEN][138]

LENZ: Es wird nun ein sehr nüchterner Bericht folgen. Die Arbeitsgruppe[139] hat am 25. 9. getagt. Ihr lag zugrunde ein von Herrn *Genscher* ausgearbeitetes

133 *Mende* als Parteivorsitzender, *Weyer* als Vorsitzender des stärksten Landesverbandes der FDP (NRW), *Adenauer* und *Strauß* als Parteivorsitzende von CDU und CSU.

134 Tatsächlich beschränkte sich das erste Koalitionsgespräch am 2. 10. 1961 auf Sachfragen. Siehe Anm. 12.

135 Siehe Anm. 123.

136 Siehe S. 158–168.

137 Siehe S. 169–231.

138 Entsprechend der TO. Siehe S. 137.

139 Arbeitsgruppe für die Parlamentsarbeit des 4. Deutschen Bundestages. Vgl. Nr. 17 Anm. 154.

Exposé, das aus dem Parteiprogramm[140] und dem Wahlaufruf[141] einzelne Punkte zusammenstellte; ferner Berichte der Arbeitskreise Sozialpolitik und Agrarpolitik, die sich bereits vor unserer Sitzung die Mühe gemacht hatten, uns Ratschläge zu geben.

Zur Außenpolitik ist die Arbeitsgruppe zu keinem gültigen und formulierten Beschluß gekommen. Angesichts des Gesprächs des Parteivorsitzenden mit dem Bundeskanzler ist das vielleicht richtig. Aber drei Punkte sind einmal niedergelegt worden, ohne daß die Formulierung endgültig wäre.[142] Diese drei Punkte sind:

1. Deutschlandpolitik auf der Grundlage der Erklärung des Bundestagspräsidenten vom 30. Juni 1961.[143]

2. Bestehen auf der Erfüllung der Verträge, die von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen worden sind.[144]

3. Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage nur im Rahmen des Grundgesetzes.[145]

Diese drei Dinge sind dem Parteivorsitzenden mit auf den Weg gegeben. Wie weit er damit operieren kann, ist seiner Taktik und Geschicklichkeit überlassen.

Wir haben uns in der Arbeitsgruppe auch noch nicht in der Lage gesehen, zur Europapolitik unabdingbare Forderungen aufzustellen. Das bedarf noch einer bestimmten Vorarbeit.[146]

Dagegen in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sind einige unabdingbare Forderungen aufgestellt worden.[147]

1. Die Finanzreform einschließlich einer Reform der Gemeindefinanzen.[148]

(*Weyer:* Die Finanzverfassung!)

---

140 Berliner Programm 1957. Beschlossen vom 8. Bundesparteitag am 26. 1. 1957 in Berlin. Abgedr. in P. JULING, 1977, S. 145–154.

141 Aufruf zur Bundestagswahl 1961. Beschlossen vom 12. Bundesparteitag vom 23. bis 25. 3. 1961 in Frankfurt a. M. Abgedr. in P. JULING, 1977, S. 162–167.

142 Vgl. die ausgearbeiteten Formulierungen in Nr. 19 S. 241 ff.

143 Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 49, 166. Sitzung vom 30. 6. 1961, S. 9762 B–9766 C.

144 Deutschland-Vertrag und Pariser Verträge von 1955. Vgl. Nr. 19 S. 243.

145 Vgl. Nr. 19 S. 243 f.

146 Vgl. Nr. 19 S. 242 f.

147 Dieser Fragenkreis wurde in der dritten gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP am 6. 10. 1961 nicht erörtert. Vgl. Nr. 19.

148 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV. Die Reform der Finanzverfassung vom Mai 1969 gab dem Bund – unter Wahrung des föderativen Staatsaufbaus – einen größeren Steueranteil und die Möglichkeit, Ländern und Gemeinden Investitionshilfen zur Erfüllung von „Gemeinschaftsaufgaben" zu leisten. Vgl. 20. und 21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. 5. 1969 (BGBl. I, S. 357, 359); K. HILDEBRAND, 1984, S. 297 f., 413, et passim.

– Das ist gemeint; also eine Überprüfung der Artikel 106 bis 109 GG. – Weiter: Reform der Umsatzsteuer[149], – Koordinierung der Konjunkturpolitik[150] – die Formulierung ist noch nicht endgültig –, keine Ausdehnung der Mitbestimmung[151], – kein Zwangsbeitrag zu den Gewerkschaften[152], – Angleichung der dreigleisigen Wohnungsmietenpolitik: Altbauwohnungen, freie Neubauwohnungen, Wohnungen im sozialen Wohnungsbau.[153]

Jedes Mitglied der Verhandlungskommission erhält ein solches Exemplar von unserer Ausarbeitung. Ob wir sie in größerer Auflage herstellen sollen, mögen Sie beschließen. (Widerspruch.)

In folgendem Punkt ist die Arbeitsgruppe einer Formulierung von Dr. *Starke* gefolgt: Keine weiteren Einzelmaßnahmen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit[154], bevor nicht eine unabhängige Kommission die Frage der Sonntagsarbeit in der gesamten Wirtschaft überprüft und Vorschläge zur stufenweisen und organischen Einschränkung vorgelegt hat.

(Zuruf: Nach dem Komma streichen!)

– Gut, sprechen wir darüber!

Als Merkposten, also nicht als unabdingbar, wurde aufgenommen, den Versuch zu machen – die Finanzminister unter uns[155] mögen dazu Stellung neh-

---

149 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV. Mit der Ablösung der Umsatzsteuer durch eine wettbewerbsneutrale Mehrwertsteuer ab 1. 1. 1968 trug die Bundesrepublik dazu bei, das Steuersystem innerhalb der EWG zu harmonisieren. Vgl. Umsatzsteuergesetz vom 29. 5. 1967 (BGBl. I, S. 545); R. Morsey, 1987, S 101.

150 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV. Der Koordinierung der Konjunkturpolitik durch restriktive und expansive haushaltspolitische Maßnahmen diente das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) vom 8. 6. 1967 (BGBl. I, S. 582). Vgl. K. Hildebrand, 1984, S. 287–289, 297, et passim.

151 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6. Die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie und ihre spätere Ausdehnung auf zugehörige Holdinggesellschaften stieß auf den Widerstand der FDP: sie vertrat ein nichtparitätisches, die Mitbestimmung einschränkendes Modell. Vgl. Mitbestimmungs-Gesetz vom 21. 5. 1951 i. d. F. des Änderungs-Ges. vom 6. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1185) und Mitbestimmungs-Ergänzungs-Ges. vom 7. 8. 1956 i. d. F. des Änderungs-Ges. vom 27. 4. 1967 (BGBl. I, S. 505); Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982, S. 71 ff.

152 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961 mit dem Ziel, im 4. Deutschen Bundestag keinen Gesetzentwurf einbringen zu lassen, der „die Einführung eines Solidarbeitrages" zum Gegenstand hatte. Abgedr. in SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6.

153 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV. Ziel war die „schrittweise Überführung der Wohnungswirtschaft in die freie Marktwirtschaft".

154 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6; Nr. 7 Anm. 8 und Nr. 17 Anm. 35.

155 Der FDP gehörten an die Finanzminister bzw. Finanzsenatoren Hermann *Müller* (Baden-Württemberg); *Nolting-Hauff* (Bremen); *Engelhard* (Hamburg); *Glahn* (Rhein-

men –: Rückkehr zur klassischen Anleihepolitik, d. h. in Zukunft keine Deckung des Extraordinariums durch Steuern mehr.[156]

(*Weyer:* Dann müssen wir allerdings die Steuern senken!)

Als Merkpunkt wurde aufgenommen, nicht als unabdingbar, obwohl ich persönlich dafür wäre: die Aktienrechtsreform.[157] Der Entwurf liegt vor, und nach allem, was ich gehört habe, ist der Entwurf gut. Ich glaube, wir sollten verlangen, daß die Aktienrechtsreform im 4. Bundestag eingebracht wird.

Zur Innenpolitik. Hier sind wir noch nicht sehr weit gekommen. Wir haben als unabdingbar aufgenommen, daß eine genaue Geschäftsverteilung vor allem des Innenministeriums vorgenommen und überprüft wird und daß die Zuständigkeit in den Lebensfragen des Volkes – nämlich Lärm, Luft, Wasser, Energie – dringend der Ordnung bedarf. Die Dinge schweben in verschiedenen Ministerien durcheinander.[158] Es scheint uns an der Zeit zu sein, und anläßlich dieses Regierungswechsels hoffen wir, diese Frage in Angriff zu nehmen.[159]

Ebenso scheint es uns notwendig zu sein, die Entwicklungshilfe, und alles was damit zusammenhängt, in den Zuständigkeiten klar abzugrenzen.[160]

Darüber hinaus nicht unabdingbar, aber als Merkpunkte sollen zur Diskussion gestellt werden:

Die Einführung parlamentarischer Staatssekretäre.[161] Das könnte hier nun eine längere Debatte hervorrufen. Wir haben sie geführt. Wir meinen, wir sollten dafür sein. Ob wir damit durchkommen werden, ist eine andere Frage.

---

land-Pfalz) und *Heitschmidt* (Saarland). Vgl. A. C. Storbeck, 1970, S. 88, 174, 191, 276, 306.

156 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961: „d) Finanzierung des außerordentlichen Haushalts durch Kapitalmarktmittel. Rückgriff auf Mittel des ordentlichen Haushalts, erst wenn der Kapitalmarkt erschöpft ist". Abgedr. in: SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6. Das Recht des Bundes, Schulden aufzunehmen, wurde im Rahmen der Finanzreform von 1969 neu geregelt. Siehe Anm. 148.

157 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV. Die sog. große Aktienrechtsreform (mit Ablösung des Aktiengesetzes von 1937) erfolgte durch das neue Aktiengesetz vom 6. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1089).

158 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer V. Zuständig für die genannten Bereiche waren zu diesem Zeitpunkt das Bundesinnenministerium, das Bundesverkehrsministerium und das Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft. Vgl. Die Bundesrepublik 1958/59, 1958, S. 74 f., 187, 229 ff.

159 Anläßlich der Regierungsbildung 1961 wurde aus Abteilungen des Bundesministeriums des Innern das Bundesministerium für Gesundheit gebildet, um der ersten Frau im Kabinett, Elisabeth *Schwarzhaupt*, ein angemessenes Tätigkeitsfeld zu sichern. Vgl. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 238 f.

160 Dies geschah durch die umstrittene Errichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1961 mit Walter *Scheel* (FDP) als Ressortchef. Vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 598–605.

161 Erstmals eingesetzt wurden parlamentarische Staatssekretäre während der Großen Koalition aufgrund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 6. 4. 1967 (BGBl. I, S. 396); P. Schindler, ²1983, S. 855, 859.

Die Strafrechtsreform[162] und die Strafprozeßreform.[163]

Das Parteiengesetz.[164] In Verbindung mit dem Parteiengesetz die Verteilung der Bildungsmittel für politische Parteien.[165]

Sie wissen, daß im Haushalt 0 620 ein Betrag eingesetzt ist für die Bildungsarbeit der Parteien auf Grund des Art. 21 GG. Dieser Betrag, den wir verdoppeln wollen, wurde bisher verteilt nach der Stärke der Parteien.[166] Wir sind der Meinung, daß wir jetzt in der Lage sind, einen Sockelbetrag durchzusetzen. In welcher Höhe, darüber wird man sprechen können. Es sollte für jede Partei zunächst einmal ein Sockelbetrag gegeben werden und der Rest darüber hinaus nach der Größe der einzelnen Parteien.[167]

Als Merkpunkt die Frage eines Rechtsprechungs- bzw. eines Rechtspflegeministeriums.[168]

Ganz allgemein müßte die Kommission einmal die Sitten und Gebräuche der Regierung im Verhältnis zum Parlament zur Sprache bringen.[169]

Wir wünschen ein Gespräch über die Stellung des Bundespresse- und Informationsamtes[170];

eine Überprüfung der Stellung des Bundeskanzleramtes im Rahmen der gesamten Bundesregierung[171];

---

162 Die Arbeiten an der Strafrechtsreform, ab 1969 von der sozial-liberalen Koalition fortgeführt, mündeten in das 1. bis 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. 6. 1969 (BGBl. I, S. 645), 4. 7. 1969 (BGBl. I, S. 717), 20. 5. 1970 (BGBl. I, S. 505), 23. 11. 1973 (BGBl. I, S. 1725) und 18. 6. 1974 (BGBl. I, S. 1297). Vgl. W. JÄGER, 1986, S. 147–149.

163 Reformen der Strafprozeßordnung als Teil der Strafrechtsreform (siehe Anm. 162) betrafen u. a. das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten (1973), die Verkürzung des Strafverfahrens (1974) und die Verbesserung der Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen. Vgl. W. JÄGER, 1986, S. 150.

164 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer II. Das Gesetz über die politischen Parteien vom 24. 7. 1967 (BGBl. I, S. 773) definierte – in Ausführung von Art. 21 GG – verfassungsrechtliche Stellung, Aufgaben und Willensbildungsprozeß der Parteien und regelte die Erstattung der Wahlkampfkosten aus dem Bundeshaushalt. Vgl. R. MORSEY, 1987, S. 106.

165 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer II.

166 Vgl. Nr. 1 Anm. 11 und 13.

167 Wie Anm. 165.

168 Zur Forderung der FDP nach einem Rechtspflegeministerium vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 6. Sitzung vom 6. 12. 1961, S. 79 B (*Mende*). Nur in Schleswig-Holstein gab es ein Rechtspflegeministerium, das Justizminister *Leverenz* (FDP) leitete. Vgl. Bernhard LEVERENZ/Adolf SÜSTERHENN: Für und Wider zum Rechtspflegeministerium, in: Der Landkreis, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung 31. Jg. (1961), S. 281–289.

169 Zu den Beziehungen zwischen Bundestag und Bundesregierung unter rechtlichen Gesichtspunkten vgl. E.-W. BÖCKENFÖRDE, 1964, S. 130–139, 286–324; in historisch-politischer Perspektive Rudolf MORSEY, Adenauer und der Deutsche Bundestag, in: Rhöndorfer Gespräche, Bd. 8, hrsg. von Hans Buchheim, Bonn 1986, S. 14–40.

170 Zu den Organisationsbefugnissen der Bundesregierung in Bezug auf das Bundeskanzleramt vgl. E.-W. BÖCKENFÖRDE, 1964, S. 234–243.

171 Vgl. E.-W. BÖCKENFÖRDE, 1964, ebd.; Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984, S. 246–250.

eine Überprüfung der Geschäftsordnung des Bundeskabinetts[172];

eine Überprüfung der Befugnisse des Pressechefs im Bundeskanzleramt und der Pressestellen der Ministerien. Hier ist eine Koordination dringend notwendig, und es wäre die Frage zu stellen, ob der Pressechef in Zukunft nicht dem Kabinett anstatt dem Bundeskanzler zu unterstellen sei.[173]

Es kam natürlich auch die Frage der Reptilienfonds[174] zur Sprache. Wir haben ständig zusammen mit den Sozialdemokraten für eine teilweise Offenlegung dieser Fonds gestimmt. Wir sollten daran mindestens festhalten. Ich persönlich meine allerdings, daß in Verbindung damit die [von] mir schon seit Jahren geforderte Reform des Haushaltsrechts[175] steht. Das Haushaltsrecht gibt diese Möglichkeit; man könnte damit auch diesen Dingen etwas näherrücken.

Wir meinen natürlich, nicht nur von der Prüfungsseite her, sondern auch von der Ausgabenseite her müßte vielleicht einem eventuellen Vizekanzler ein gewisses Verfügungsrecht über diese Dinge eingeräumt werden, daß also nicht allein der Bundeskanzler über diese Mittel verfügt, sondern daß in einer Koalition die von der Koalition herausgestellten Herren eine Möglichkeit hätten, sich dieser Mittel ebenfalls zu bedienen.[176]

(*Weyer:* Ich würde es beiden nicht geben! – Zustimmung zu dem Zuruf.)

Von mir ist angeregt worden – nicht unabdingbar – die Frage der Urheberrechtsreform.[177] Das ist ein altes Kind aus dem Jahre 1932.[178] Die Referentenentwürfe sind im großen und ganzen fertig und, wie ich von den Beteiligten höre, diskutabel. Es hätte Sinn, sie in den Bundestag zu bringen.

Zur Eigentumspolitik[179] wurde eine völlige Übereinstimmung innerhalb der Arbeitsgruppe erzielt. Beide Forderungen sind als unabdingbar anerkannt worden, und zwar

erstens ein Vermögensbildungsprogramm auf Grund des Wahlaufrufs der FDP[180];

zweitens – das ist sehr wichtig, Herr *Rutschke* hat es angeregt –: keine Fortsetzung des mit dem Gesetz über die Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer beschrittenen Weges.[181]

---

172 Vgl. GO der Bundesregierung vom 11. 5. 1951 (GMBl., S. 137); E.-W. Böckenförde, 1964, S. 116–117; U. Wengst (wie Anm. 171), S. 248–250.

173 Siehe Anm. 170.

174 Mitunter Bezeichnung für den Titel 300 des Haushalts des Bundeskanzleramts.

175 Die Reform des Haushaltsrechts erfolgte 1969 durch das 20. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. 5. 1969 (siehe Anm. 148). Es schuf die Grundlage für das Haushaltsgrundsätzegesetz und die Bundeshaushaltsordnung, beide vom 19. 8. 1969 (BGBl. I, S. 1273, 1284).

176 Wie Anm. 165.

177 Vgl. Gesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1273).

178 Die letzte Änderung war 1934 erfolgt (RGBl. II, S. 1395).

179 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 46–52, 128–131.

180 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 128–131.

181 Vgl. Nr. 7 Anm. 9.

Diese beiden Dinge wurden als unabdingbar anerkannt. Sonst ist dazu kein weiterer Vorschlag gemacht worden.

Zur Sozialpolitik folgende unabdingbare Forderungen – hier folgen wir den Empfehlungen des Arbeitskreises 3 –:

Reform des Krankenversicherungsrechts mit dem Ziel einer Stärkung der Selbstverantwortung[182];

Reform der Unfallversicherung[183]; Inangriffnahme der Gesamtreform der Sozialpolitik[184];

Bildung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Grundsätze der Sozialpolitik im Hinblick auf den heutigen Gesellschaftsaufbau und zur Untersuchung aller sozialen Sachverhalte;

Altersversorgung der freien Berufe[185];

Bildung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes[186] nach einjähriger Geltung für Jugendliche und Arbeitgeber – wir könnten vielleicht auf diese Weise „den Schuh noch einmal dazwischenbekommen";

Überprüfung der Auswirkungen des Bundessozialhilfegesetzes[187] und der Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz[188] auf die Gemeindefinanzen im Rahmen der Finanzreform und der Reform der Gemeindefinanzen;

Aufnahme der freien Arztwahl in das Bundesseuchengesetz.[189] – Ich hätte Ihren Beifall erwartet, Herr *Stammberger!*

(Dr. *Stammberger:* Jawohl! – Heiterkeit.)

Untersuchung der lohnbezogenen Abgaben mit dem Ziel eines sozialpolitischen Lastenausgleichs[190];

Aufwertung der privaten Lebensversicherungen.[191]

Das sind alles Dinge, die von uns in mehrfacher Form – im Wahlaufruf, im Programm, in den Reden – gefordert worden sind.[192] Wir wollen diese Dinge als unabdingbar darstellen.

Darüber hinaus sind einige Fragen noch als Merkpunkte der Kommission an die Hand gegeben:

---

182 Vgl. Nr. 3 Anm. 25 und Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, in: AdG 1961, S. 9444 Ziffer III.

183 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961; vgl. AdG 1961, S. 9444 Ziffer III.

184 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 52 f., 91–95, 130 f.

185 Wie Anm. 183.

186 Vgl. Nr. 17 Anm. 169.

187 Vgl. Nr. 17 Anm. 168.

188 Vgl. Nr. 17 Anm. 37.

189 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 18. 7. 1961 (BGBl. I, S. 1012), geändert durch Gesetz vom 23. 1. 1963 (BGBl. I, S. 57).

190 Wie Anm. 183.

191 Wie Anm. 183.

192 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 38–41, 46–54, 128–131.

Reform der Kindergeldgesetzgebung[193], Aufbringung des Kindergeldes aus Haushaltsmitteln. – Ich glaube beinahe, daß die Fraktion diesen Punkt eigentlich als unabdingbar betrachten muß. (Zuruf: Sehr richtig!) – Ich bitte, das zu notieren, Herr *Genscher*. Ich glaube, das ist wohl allgemeine Meinung.

Reform der Kriegsopferversorgung[194], Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Berufsschadensausgleich anstelle des Bedürftigkeitsprinzips. – Das können wir wahrscheinlich nicht unabdingbar machen. Aber wir wollen es in den Koalitionsverhandlungen einmal zur Debatte stellen.

Anpassung des Berufsgruppenkatalogs[195] an die soziologische Entwicklung und an bewährte innerbetriebliche Maßnahmen.

Forschung und Vorsorgeplanung zur Bekämpfung von Volkskrankheiten, insbesondere Krebs, Kinderlähmung, multiple Sklerose.[196]

Gerechte Regelung der Anrechnungsbestimmungen.[197] – Hier würde ich selber dazu neigen, diesen Beitrag unabdingbar zu machen. Hier ist eine Menge von Ungerechtigkeit in der Welt. Bitte, überlegen Sie, meine Herren von der Kommission, ob Sie hierauf nicht dringen sollen.

Maßnahmen auf dem Gebiet der Säuglingssterblichkeit.[198]

Dann Auflösung des Bundesratsministeriums.[199] (Zuruf: Sehr richtig!) – Ich habe den Eindruck, daß das Bundesratsministerium Aufgaben hat, die ohne weiteres von einem der Verfassungsministerien[200] wahrgenommen werden könnten. Meinetwegen könnte man sie sogar in das Bundeskanzleramt verpflanzen. Aber dafür einen eigenen Ministerialapparat aufrechtzuerhalten, ist, glaube ich, nicht mehr gerechtfertigt.

(Zuruf: Familienministerium!)

– Beim Familienministerium[201] würde ich sehr davor warnen. Das sind dann schon Gespräche in der zweiten Etappe.

---

193 Vgl. Nr. 7 Anm. 7.

194 Wie Anm. 183.

195 Altersversicherung im Rahmen öffentlicher Versorgungsanstalten, die durch Gesetz bestimmte Berufsgruppen erfassen und in der Regel eine gesetzliche Pflichtmitgliedschaft vorsehen, z. B. Versorgungsanstalt der Ärzte. Vgl. Winfried BOECKEN, Die Pflichtaltersversorgung der verkammerten freien Berufe und der Bundesgesetzgeber, Berlin 1986.

196 Vgl. die 60 mündlichen Anfragen von Abgeordneten aller Parteien zu diesem Problemkreis in 4. BT REGISTER, 1. Teil: Sachregister, 1965, S. 355–358.

197 Die FDP forderte die Beseitigung der aus ihrer Sicht unsozialen und unübersichtlichen Rentenanrechnungsbestimmungen in verschiedenen Gesetzen. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 6. Sitzung vom 6. 12. 1961, S. 83 A *(Mende)*.

198 Vgl. die Beantwortung von vier mündlichen Anfragen zu diesem Sachverhalt in 4. BT Sten. Ber., Bd. 53, 78. Sitzung vom 19. 6. 1963, S. 3773 A–3775 B, 3776 A–3777 D.

199 Das Ministerium für Angelegenheiten des Bundesrates (und der Länder) bestand von 1949 bis zum Beginn der sozial-liberalen Koalition 1969. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 304–315.

200 Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz.

201 Die Ressorts Familienfragen (seit 1953) bzw. Familien- und Jugendfragen (seit 1957) und Gesundheitswesen (seit 1961) wurden 1969 zu dem Ressort Jugend, Familie und Gesundheit zusammengelegt. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 306–314.

Dann kommen Wünsche, die vor allem auf mich zurückgehen: Trennung der Präsidentenfunktion vom Rechnungshof und vom Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit.[202] Unser Präsident des Rechnungshofes ist gleichzeitig der Bundesbeauftragte für die Wirtschaftlichkeit. Er hat in dieser letzten Eigenschaft völlig versagt. Ich weiß nicht, was wir in Baden-Württemberg mit der berühmten Kommission[203] für Erfahrungen machen.

(Dr. *Haußmann:* Trotz der Trennung ähnliche!)

– Aber ich rate hier, darüber wenigstens – nicht unabdingbar – zu verhandeln.

Reform des Haushaltsrechts.[204] Unser Haushaltsrecht stammt aus dem Jahre 1927[205] und nimmt sich aus wie ein Dreirad auf der Autobahn.

Zur Agrarpolitik[206] haben wir die drei Forderungen und Wünsche des Arbeitskreises 5 übernommen, sind aber zu einer endgültigen Formulierung nicht gelangt. Es ist von seiten der Arbeitsgruppe dem Sprecher der Landwirte, dem Kollegen *Effertz,* zugesagt worden, daß in der Sache zwischen der Arbeitsgruppe und den Landwirten keinerlei Widersprüche bestehen, daß wir das gleiche nur ein wenig anders ausgedrückt haben wollen. Trotzdem lese ich es vor:

1. Bestandsaufnahme über die wirtschaftliche und soziale Lage der landwirtschaftlichen Betriebe und ehrliche Darstellung der Lage der Landwirtschaft gegenüber der Öffentlichkeit.[207]

– Dazu ist an sich die Bundesregierung bis jetzt nicht verpflichtet.

2. Änderung der Agrarpolitik mit dem Ziel, die Erfüllung des § 1 des Landwirtschaftsgesetzes, insbesondere Erreichung der Kostendeckung des ordnungsgemäß geführten Betriebes zu sichern.[208]

---

202 Durch Kabinettsbeschlüsse vom 8. 1. 1952/13. 5. 1957 wurde die Stelle eines Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung geschaffen, die der jeweilige Präsident des Bundesrechnungshofes (BGBl. 1950 I, S. 765) im Einvernehmen mit der Bundesregierung wahrnimmt. Vgl. Die Bundesrepublik 1958/59, 1958, S. 222 f.

203 Vgl. Gesetz zur Bestellung einer Kommission für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vom 8. 7. 1957 (GBl. Ba-Wü S. 74). Für den getrennt von ihr arbeitenden Landesrechnungshof vgl. Gesetz Nr. 501 über die Errichtung eines Rechnungshofs für Württemberg-Baden vom 23. 5. 1946 (RegBl. S. 172) i. d. F. des Gesetzes Nr. 511 vom 12. 9. 1946 (RegBl. S. 218).

204 Wie Anm. 175.

205 Vgl. Reichhaushaltsordnung vom 31. 12. 1922 i. d. F. vom 14. 4. 1930 (RGBl. II, S. 693).

206 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 54–61, 129 f.; Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, abgedr. in AdG 1961, S. 9444 Ziffer VI.

207 Gemäß § 2 Landwirtschaftsgesetz i. d. F. vom 5. 9. 1955 (BGBl. I, S. 565).

208 In § 1 Satz 1 Landwirtschaftsgesetz (wie Anm. 207) hieß es: [. . .]
„ist die Landwirtschaft mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik – insbesondere der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik – in den Stand zu setzen, die für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern."

3. Keine weiteren Entscheidungen über die Beschleunigung der EWG-Agrarpolitik, bis das Problem des Anschlusses Englands und anderer Staaten geklärt ist.[209]

Diese drei Forderungen sind vom Arbeitskreis 5 vorgeschlagen worden. Ich schlage der Fraktion vor, sie anzunehmen. Ob man nun noch andere Formulierungen anbringt, ist eine Frage der zweiten Fassung. Aber ich schlage vor, es bei diesen, für mein Empfinden doch im großen und ganzen nur grundsätzlichen Wünschen zu belassen.

Zur Bildungspolitik[210] hat sich die Arbeitsgruppe auf den Standpunkt des Wissenschaftsrates[211] gestellt und empfiehlt, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates[212] aufzunehmen und durchzuführen. Unabhängig von allen Bedenken gegenüber der Aufblähung einer großen Ministerialbürokratie in den Selbstverwaltungskörperschaften der Wissenschaft sollte sich die FDP auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates stützen.

Dann die Frage, die sehr heikel ist; aber sie wird im Augenblick innerhalb der Bundesregierung sehr erwogen: Ausbau des Atom-Ministeriums zu einem allgemeinen Forschungsministerium.[213] Der Bund hat ja gemäß Art. 74 GG eine Kompetenz in diesen Fragen und übernimmt in den verschiedensten Ministerien die Finanzierung großer Forschungsvorhaben. Wir haben Bundesforschungsanstalten, 15 an der Zahl, im Landwirtschaftsministerium.[214] Wir haben eine sehr zerstreute Ausgabe der Mittel für Forschungszwecke. Es ist zu überlegen – nicht unabdingbar –, ob es sinnvoll wäre, das Atomministerium zu einem Forschungsministerium auszubauen.

(Zurufe: Sehr gut! – *Weyer:* Das könnte der Beginn eines Bundeskultusministeriums[215] werden!)

Dann müßte besprochen werden Zahl und Art der Ausschußvorsitzenden, die die FDP stellt[216], die Frage des Mitarbeiterstabs für Minister.[217] Es kommt eine ganze Menge Personalfragen ganz zweifelsohne auf uns zu.

Ich meine auch, wir sollten mindestens im einzelnen die politischen Beamten einmal daraufhin überprüfen, ob wir sie für tragbar halten, wissend, daß wir nicht in einer sehr starken Position sind. Wie Sie wissen, sind der Staatssekre-

---

209 Die britische Regierung hatte am 31. 7. 1961 das Beitrittsgesuch ihres Landes angekündigt und am 10. 8. 1961 offiziell gestellt. Vgl. AdG 1961, S. 9255 B, 9279 C.

210 Vgl. XII. Bundesparteitag 1961, 1961, S. 104–108, 133 f.

211 Als zentrales Beratungs- und Koordinierungsgremium für die Förderung von Wissenschaft und Hochschulen mit dem Sitz in Köln am 5. 9. 1957 errichtet aufgrund eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern. Vgl. AdG 1957, S. 6623 D.

212 Vgl. die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 25. 11. 1960 (Kurzfassung), in: AdG 1960, S. 8773 E. Ziffer 1–42.

213 Bundesministerium für Atomfragen ab 20. 10. 1955, Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft ab 14. 11. 1961, umbenannt in: Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung ab 14. 12. 1962. Vgl. P. Schindler, ²1983, S. 306, 309.

214 Vgl. Die Bundesrepublik 1958/59, 1958, S. 150–154.

215 Vgl. Nr. 3 Anm. 8.

216 Vgl. Nr. 17 Anm. 185.

217 Zur Frage der Ernennung von parlamentarischen Staatssekretären siehe Anm. 161.

tär und die Ministerialdirektoren politische Beamte und können ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.[218] Wie weit wir da vieles erreichen[219], wie weit wir da den Schuh dazwischenbringen, ist eine Frage der Verhandlungskommission.[220] Aber aufwerfen müssen wir ganz zweifellos diese Fragen.

(Frau Dr. *Ilk: Wuermeling* muß weg!)[221]

– Der ist, glaube ich, inzwischen schon weg.

Wir würden langwierige Vorarbeiten für größere Gesetzesvorhaben in der Diskussion lassen, die sofort im Sinne der FDP nicht lösbar erscheinen: Jugendarbeitsschutzgesetz[222], lohnbezogene Abgaben[223], Sonntagsarbeit.[224] Wir schlagen in all diesen Dingen die Bildung unabhängiger Kommissionen vor.[225]

Ich habe bisher noch außer Debatte gelassen, was zur Verkehrspolitik[226] gesagt worden ist. Wir haben dazu noch keinen konkreten Wunsch. Wir haben die Punkte des Wahlaufrufs aufgenommen.[227]

(*Rademacher:* Wir haben eine Formulierung, die doch wieder eine Konzentration darstellt, die ich Ihnen übergeben darf!)

– Wir dürfen bitten, daß diese Formulierung noch dazukommt. Aber sonst sind Sie mit diesen drei Punkten zur Verkehrspolitik, glaube ich, zufriedengestellt.

Wir lassen jedem einzelnen Mitglied der Verhandlungskommission diese Dinge zugehen. Selbstverständlich stehen Vorstand und Sekretariat jederzeit zur Verfügung, die entsprechenden Unterlagen dafür zu liefern. (Beifall.)

---

218 Nach § 36 Bundesbeamtengesetz vom 14. 7. 1953 (BGBl. I, S. 551).

219 Die hohen Personalforderungen der FDP – *Mende* hielt in der Fraktionssitzung vom 16. 10. 1961 fünf Ministerien und etwa drei beamtete Staatssekretäre für möglich – war auch durch ein relativ großzügiges Angebot von Ressorts durch die CDU in dieser Verhandlungsphase bedingt. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 233; D. KOERFER, 1987, S. 587, 594.

220 Zu Ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 17 Anm. 112.

221 Bundesminister für Familien- und Jugendfragen bis 11. 12. 1962, abgelöst durch Bruno *Heck* ab 14. 12. 1962. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 309.

222 Vgl. Nr. 17 Anm. 169.

223 Insbesondere die Abgaben der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten- und Sozialversicherung der Lohnempfänger in den meist lohnintensiven Mittel- und Kleinbetrieben. Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 53.

224 Vgl. Nr. 7 Anm. 8.

225 Tatsächlich verlangte die FDP dann jedoch keine Änderung der in der dritten Legislaturperiode verabschiedeten sozial- und rechtspolitischen Gesetze. Im Gegenzug sagte die CDU/CSU zu, den Versorgungsstaat nicht weiter auszubauen. Vgl. H. P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 233.

226 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 88 f.

227 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 132 f. und Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, in: AdG 1961, S. 9444 Ziffer V.

[3. AUSSPRACHE][228]

Dr. MENDE: Wir danken unserem Kollegen *Lenz*. – Wir haben knapp anderthalb Stunden verbraucht, eine Stunde für den politischen Bericht bezüglich der Verhandlungen und eine halbe Stunde für die Programmatik bezüglich unserer Vorbereitung für die Arbeitsgruppe[229], um jetzt etwas zur Erweiterung der Diskussion beizutragen. Wir teilen die Diskussion zunächst in den politischen Bereich, was die Verhandlungskommission[230] bzw. die Ergebnisse seit dem 19. 9.[231] anbetrifft, anschließend bezüglich der Anregungen der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe wird am Dienstag erneut zusammentreten. Wortmeldungen können bis 19 Uhr jederzeit erfolgen. Ich darf die bisherigen Wortmeldungen bekanntgeben, damit wir eine Übersicht haben. Zum ersten Teil: *Dehler, Weyer, Engelhard, Mischnick, Rutschke, Dorn, Daub, Ollesch, Schneider, Haußmann, Ehrich.*

(Dr. *Achenbach:* Zur Geschäftsordnung!)

Dr. ACHENBACH: Ich war jetzt in Straßburg beim Europarat.[232] Da von Herrn *Kopf*[233] die These verbreitet wird, daß ein Weggang von *Adenauer* bei unseren westlichen Verbündeten ein großes Entsetzen auslösen würde, wäre ich dankbar, wenn ich dazu einige Worte über meine Eindrücke von Gesprächen mit englischen und französischen Abgeordneten jetzt sagen dürfte.

Dr. MENDE: Das ist ein Diskussionsbeitrag, und ich kann ihn nur im Rahmen der Diskussion zulassen. – Es haben sich weiter gemeldet die Kollegen *Achenbach, Menne, Hoppe, Döring, Aschoff.*

(Zuruf: Das ist witzlos!)

– Ich muß zunächst, um eine Übersicht zu haben, wieviel Wortmeldungen ich bekomme, die Wortmeldungen notieren. Selbstverständlich steht es jedem frei, sich im Rahmen der Diskussion erneut zu melden. Ich muß wissen, wie groß der Diskussionskreis zu den Punkten 1 und 2 sein wird. – Es haben sich weiter gemeldet: *Leverenz, Kohut.* – Ich nehme an, daß sich im Laufe des Abends jeder zu Wort meldet.

Das Bundeskanzleramt hat den Termin Montag 10 Uhr bestätigt.[234] Mit dem „Haus des Bundeskanzlers" ist das Bundeskanzleramt in Bonn, Palais Schaumburg, gemeint und nicht Rhöndorf, wie mir ausdrücklich bestätigt wurde.

Dr. DEHLER: Liebe Freunde! Wir alle haben das Gefühl: Die Dinge sind nicht gut gelaufen, auch nicht in der berühmten „Optik"; sie sind schlecht angekom-

---

228 Siehe die angekündigte TO auf S. 137.
229 Wie Anm. 139.
230 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
231 Erste gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP; vgl. Nr. 17.
232 *Achenbach,* MdB, war stellv. Mitglied des Europarates, der vom 21. bis 28. 9. 1961 getagt hatte. Vgl. CONSEIL DE L'EUROPE, Compte rendu des débats, Bd. II, 1961, S. VI.
233 Hermann *Kopf,* MdB (CDU), Vors. des BT-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, zugleich Mitglied des Europarats und der Europäischen Parlamentarischen Versammlung. Vgl. CONSEIL DE L'EUROPE, Compte rendu des débats, Bd. II, 1961, S. VI.
234 Erstes Koalitionsgespräch; siehe Anm. 12.

men. Es gibt viele Gründe: organisatorische, psychologische Gründe. Ich komme immer mehr zu der Erkenntnis: Ein Politiker muß ungefähr die Eigenschaften eines guten Soldaten haben: gute Kameradschaft, Vertrauen zu seinen Kameraden, Mut und Kaltblütigkeit. Das Schlimmste ist, wenn er kein Vertrauen hat und Mißtrauen herrscht. Das Schlimmste ist, wenn er Angst vor den anderen bekommt und dann die Ruhe verliert.

Wir haben mit dem Mißtrauen begonnen; das rächt sich. Wir haben als erste Partei schon am zweiten Tag nach der Wahl uns hier zusammengesetzt.[235] Das Mißtrauen, es könnte irgend etwas von irgend jemandem gesagt und festgelegt werden, ist eine schlechte Sache. Folge des Mißtrauens: wir haben zuerst Laut gegeben, als die kleinste Partei zuerst. Wir haben uns zuerst festgelegt. Dadurch haben die anderen die Möglichkeit gehabt, sich darauf einzustellen.

(Zuruf: Einen Tag nach *Adenauer!*)[236]

– Der CDU-Vorstand war in jenen Tagen zusammen, keine Fraktion, keine Festlegung.[237] Wir müssen, wenn wir uns nicht zu Unrecht gegenseitig beschuldigen wollen, mindestens eines sehen: daß nicht einer schuld ist an den Fehlentwicklungen, sondern daß ein sehr mannigfaches Verschulden vorhanden ist.

Dann kam die unglückselige Pressekonferenz[238], wie überhaupt unsere Herren von der Pressestelle sich keine Lorbeeren in diesen Wochen auf ihr Haupt gehäuft haben, wahrlich nicht! Warum diese Pressekonferenz? Warum denn eigentlich so laut hinausposaunen, während doch nur zu sagen war: „Wir sind unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Verhandlung über eine bestimmte Koalition bereit" und sonst gar nichts?

Wir wissen – *Leverenz, Rademacher* und *Kohut* haben vorhergesagt, daß das schief geht –, daß *Mende* ein Übermensch hätte sein müssen, wenn er gegenüber 400 gierigen Presseleuten über das Problem *Adenauer* hätte zurückhalten können; das hätte niemand fertiggebracht.[239]

Trotz Warnungen sind wir in diese schlechte Entwicklung hineingegangen und haben dann Angst bekommen. Wir haben Wunder erwartet. Wir haben erwartet, wenn wir sagen „niemals mit dem Alten!", fällt alles um, haben 240 Leute darum keine Meinung mehr. Wir hätten wissen müssen, daß wir im Gegenteil durch unsere Erklärungen die entgegengesetzte Meinung erzielen würden.

Wir dürfen uns jetzt nicht in eine Erregung hineinsteigern lassen. Wir dürfen nicht das, was eine böswillige Presse hochspielt, jetzt gar noch in unsere Reihen hineintragen und Stimmung gegen uns machen.

Sind neue Sachverhalte geschaffen worden? Das ist doch wohl die entscheidende Frage, und das ist das Falsche an den Erklärungen, die abgegeben worden sind. Sind Erklärungen der anderen Seite schon Festlegungen? Steht es fest,

---

235 Am 19. 9. 1961; vgl. Nr. 17.
236 Pressekonferenz *Adenauers* am 18. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 106.
237 Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 60.
238 Pressekonferenz *Mendes* am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 31.
239 Ebd.

daß die CDU/CSU auf jeden Fall an *Adenauer* festhält?[240] Steht es fest, daß *Erhard* keinesfalls zum Kanzler kandidiert?[241] Steht es fest, daß die CDU überhaupt bereit ist, mit der SPD zu koalieren?[242] – Das sind doch keine neuen Sachverhalte. Das waren Gefahren, die schon vorher bestanden, die wir auch erwägen mußten. Das sind doch keine Anlässe für uns, unsere Haltung zu ändern.

Also meine Meinung: Es hat sich an unseren Beschlüssen vom 19. September[243] hier in diesem Raum nichts geändert, nicht an Voraussetzungen, nicht an Sachverhalten. Meine Meinung: Wir haben keinen Anlaß, an diesen Beschlüssen etwas zu ändern. (Beifall.)

Darf ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, was wir beschlossen haben! Ich habe es noch einmal aus dem Protokoll herausgeschrieben. Wir haben zusammengefaßt:

Die Freie Demokratische Partei wird sich bei den kommenden Entscheidungen an ihre Wahlaussage hinsichtlich ihrer künftigen Politik halten. Das heißt erstens Bereitschaft zu einer Koalition mit der CDU/CSU auf der Grundlage eines klaren Programms und einer Partnerschaft, zweitens die Ablehnung einer Koalition mit der SPD. – Dann die Zusatzerwägung: Gilt die Bereitschaft zu 1 – Koalition mit der CDU – auch für die Person des Bundeskanzlers? *Mende* hat dann zusammengefaßt, nachdem die einstimmige Meinung war: es kommt nicht in Frage, – wenn in der Pressekonferenz danach gefragt wird, werde ich sagen: Ich habe erklärt, die FDP wird sich an alle Aussagen halten, die sie im Wahlkampf gemacht hat; ich betone das Wort: alle.[244]

So steht es im Protokoll. Ich meine, wir haben keinen Anlaß, daran etwas zu variieren. Ich würde jetzt auch weder hier in unserem Kreise noch in Erklärungen nach außen das Problem *Adenauer* expressis verbis anrühren, sondern mein Vorschlag ist, zu erklären: Wir werden heute die Sachlage besprechen, die sich ergeben hat; wir haben den Bericht *Lenz* entgegengenommen[245]; wir beharren auf den Beschlüssen des 19. 9.[246] und verlangen, daß nunmehr die Verhandlungen begonnen werden.

Mein Vorschlag ist, heute andere Lösungen als die Koalition mit der CDU/CSU nicht zu besprechen. Auf die Alternative „große Koalition", sei es unter *Adenauer,* sei es unter einem andern, einzugehen, dazu besteht heute kein Anlaß.

---

240 *Mendes* Bericht in dieser Sitzung läßt erkennen, daß eine personelle Alternative zu *Adenauer* fehlte. Siehe S. 153; vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 232.

241 Ebd.

242 *Adenauers* Kontakte zur SPD waren eher taktischer Natur. Indessen gab es in der Union einige Politiker, die bereits zu diesem Zeitpunkt eine Koalition mit der SPD befürworteten, weil ihnen die SPD langfristig für eine Zusammenarbeit besser geeignet erschien als die FDP. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 230 f., D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 567, 572, 574 f.

243 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.

244 Ebd.

245 Siehe S. 158–168.

246 Wie Anm. 243.

Wir sind uns einig geworden, daß die Gespräche nun in unserem Kreise intensiviert werden müssen, daß *Mende* keine einsamen Beschlüsse fassen darf, daß er auch nicht in dieser Lage bleiben darf, daß also wirklich das Verhandlungsgremium[247] beinahe dauernd tagen muß und daß wir in diesem Kreis spätestens am nächsten Freitag uns wieder zusammensetzen und überlegen, was sich inzwischen ergeben hat.

Also meine Forderung: daß wir jetzt zunächst einmal die Verhandlungen zur Sache in den Vordergrund stellen, die Verhandlungen ad rem.[248] Da gibt es soviel zu verhandeln. Die Schwierigkeiten werden ja so groß sein, hier zu einer Verständigung zu kommen. Es wird in erster Linie notwendig sein, daß unsere Freunde am Montag erfahren: Was ist in Washington auf der Außenministerkonferenz geschehen[249], was ist uns vorgelegt worden? *Mende* und *Weyer* werden ja nicht in die Lage kommen, einen Schwur zu leisten, sondern sie werden erklären müssen: Diese Tatbestände werden wir der Fraktion und dem Verhandlungsgremium[250] mitteilen. Das Gremium muß doch erst dazu Stellung nehmen. Die beiden sind doch nicht legitimiert, hier irgendeine Erklärung abzugeben.

Natürlich werden die beiden vielleicht Gegenfragen stellen: Was bedeutet die am Tage nach der Wahl, am 18. 9., von Herrn *Adenauer* abgegebene Erklärung: „Die bisherige Außenpolitik geht ununterbrochen weiter"?[251] – Das wollen wir hören. Was stellt sich *Adenauer* unter dieser Erklärung vor? Was bedeutet die Erklärung des Herrn *Rasner,* die er vorgestern abgegeben hat, daß die Außenpolitik und die Wehrpolitik in ihrer Substanz nicht angetastet werden dürfen, unverändert bleiben müssen.[252] Das muß uns gesagt werden.

Es muß gefragt werden: Wie stellt man sich die Lösung des Berlin-Problems vor? Beharrt man auf der *Hallstein*-Doktrin[253] oder will man eine konstruktive

---

247 Die Verhandlungskommission. Vgl. Nr. 17 Anm. 112.

248 *Dehlers* Hauptmotiv war wohl das Bemühen, Zeit zu gewinnen. Indem *Mende* und *Weyer* dem Vorschlag zustimmten, ließen sie sich auf die Taktik *Adenauers* ein. Waren die Sachfragen erst einmal geklärt, so hätte es die Öffentlichkeit, in der man wegen der Berlin-Krise auf eine rasche Regierungsbildung drängte, nicht verstanden, wenn dann alles an der Kanzlerfrage gescheitert wäre. Immerhin hatte sich Adenauer ja zu einer Begrenzung seiner Amtszeit bereiterklärt. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 584.

249 Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik in Washington am 15./16. 9. 1961, die amerikanisch-sowjetische bzw. britisch-sowjetische Sondierungsgespräche über die Berlin- und Deutschlandfrage zur Folge hatte. Das magere Ergebnis der Konferenz ließ Ungewißheiten fortbestehen und gab Anlaß zu Spekulationen. Vgl. AdG 1961, S. 9336 A, 9384 A; W. G. GREWE 1979, S. 496–498.

250 Siehe Anm. 247.

251 Sinngemäße Äußerung *Adenauers* auf seiner Pressekonferenz am 18. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 106.

252 „Die Welt" berichtete, daß sich die SPD-Fraktion einmütig gegen die am 27. 9. 1961 von dem CDU-Fraktionsgeschäftsführer *Rasner* aufgestellte Koalitionsbedingung gewandt habe, nach der die bisherige Außen- und Sicherheitspolitik der CDU unabänderlicher Bestandteil auch der neuen Regierungskoalition sein müsse. Vgl. „Fraktion der Sozialdemokraten fordert Allparteien-Koalition", in: DIE WELT Nr. 227 vom 29. 9. 1961, S. 2.

253 Von Wilhelm G. *Grewe* entwickelter, nach Walter *Hallstein* benannter und in der Regierungserklärung vom 23. 9. 1955 formulierter außenpolitischer Grundsatz der Bundesrepublik

Außenpolitik? Was bedeuten die Erklärungen, die Herr *Clay* in Berlin abgegeben hat?[254] Wie stellt sich die Regierung dazu? – Eine Fülle von Fragen, die dann uns Anlaß geben werden, daß wir uns schlüssig werden, was wir außenpolitisch wollen. Die neue Fraktion muß sich ganz genau in allen Einzelheiten Rechenschaft geben über den Bestand der Dinge und muß sich klar werden, wohin sie gehen will, welche Außenpolitik in einer Koalition mit der CDU/CSU sie tragen will.

Dann werden natürlich die Fragen der Staatspolitik erörtert werden müssen. Will die CDU/CSU in Gemeinschaft mit uns ihre, wenn ich schlagwortartig so sagen darf, katholisch-klerikale Politik fortsetzen? Soll das, was in den letzten Monaten des 3. Bundestages geschehen ist, die Änderung des § 48 Ehescheidungsgesetz[255] bis zum Jugendwohlfahrtsgesetz[256] und zu den anderen sehr schwierigen Gesetzen, fortgesetzt werden?[257] Dazu kommen natürlich die Fragen der Gesellschaftspolitik, der Sozialpolitik.

Also zunächst einmal die Verhandlung zur Sache! Welche Fülle von Problemen dabei auftaucht, hat Ihnen ja der Vortrag unseres Freundes *Lenz* gezeigt.[258]

Die Gegenseite wird ganz anders verhandeln wollen. Die Gegenseite wird sagen wollen – so war es doch immer, ich kenne ja die Verhandlungstaktik *Adenauers* –: „Kommt nur, das wird schon werden!" – Wir beharren auf unserer Wahlaussage: Nein! Vorher genaue Festlegung der Dinge![259] Deshalb die große Bedeutung der Verhandlung über Sachprobleme!

Hinterher kommen Personenprobleme, die Fragen ad personam, nicht nur über *Adenauer*[260], natürlich auch *Brentano*[261] und viele andere, bis zu Herrn *Globke*.[262]

---

Deutschland. Er beruhte auf dem Anspruch der Bundesregierung, Deutschland allein völkerrechtlich zu vertreten: Die Regierung betrachte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch einen dritten Staat, mit dem sie selbst Beziehungen unterhalte, als „unfreundlichen Akt", der den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu diesem zur Folge habe. (Jugoslawien 1957, Kuba 1963). Vgl. W. G. GREWE, 1979, S. 251–262.

254 General a. D. *Clay* hatte am 22. 9. 1961 in Berlin bei privaten Gesprächen der Bundesregierung empfohlen, bei der Beurteilung der deutschen Frage von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen und Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen. Er hatte aber auch erklärt, daß die Teilung Berlins nicht andauern und der Zugang zu Berlin nicht gefährdet werden dürfe. Diese Stellungnahme war durch Indiskretion in die Presse gelangt. Vgl. AdG 1961, S. 9347 C; W. G. GREWE, 1979, S. 500.

255 Vgl. Nr. 17 Anm. 36.

256 Vgl. Nr. 17 Anm. 37.

257 Siehe oben Anm. 225.

258 Siehe S. 158–168.

259 Siehe Nr. 17 Anm. 126.

260 Siehe Anm. 240.

261 Vgl. Nr. 17 Anm. 113.

262 Staatssekretär Hans *Globke,* Chef des Bundeskanzleramtes 1953–1963, war während seiner Amtszeit immer wieder heftigen Angriffen wegen seiner Tätigkeit im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern während des NS-Regimes ausgesetzt. Vgl. Ulrich VON HEHL, Der Beamte im Reichsinnenministerium: Die Beurteilung Globkes in der Diskussion der

Selbstverständlich ist das eine Fülle von Problemen; aber sie tauchen doch erst auf, wenn wir überhaupt die Möglichkeit eines sachlichen Kooperierens mit der CDU/CSU sehen.

Dann wird vielleicht auch das Problem aufkommen, ob die CDU/CSU-Fraktion dem Herrn *Adenauer* noch eine Wandlung seiner Außenpolitik zumutet, die doch von den Amerikanern verlangt wird[263], die von unseren Willensentschlüssen doch gar nicht mehr abhängt, oder ob sie es für richtig hält, eine andere Persönlichkeit vorzuschicken.

Vielleicht ist es am besten, wenn man in einem Kommuniqué niederlegt, daß wir heute die Berichte entgegegenommen und behandelt haben, daß wir auf den Beschlüssen des 19. 9.[264], die einstimmig gefaßt worden sind, beharren, daß es zunächst die Aufgabe der am Montag beginnenden Verhandlungen mit den Vertretern der CDU/CSU ist, zu klären, ob eine Verständigung über ein umfassendes Regierungsprogramm[265] möglich ist und daß dann diese beiden Gremien hier am 6. 10.[266] wieder zusammentreten werden.[267]

Wenn wir uns auf eine solche kurze Erklärung beschränkten, würden wir den schlimmen Eindruck, der hier hochgekommen ist – „Umfallen" usw. –, wegwischen und würden auch den Bericht über die Verhandlungssituation versachlichen. Die Öffentlichkeit würde dadurch darauf hingewiesen werden, daß es erst in zweiter Linie auf Personen und in erster Linie auf die Sache ankommt. Und dann könnte unsere Pressestelle einmal lebendig werden und einen Teil unserer Vorstellungen schon in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.

(Zuruf: Aber nicht wieder vom „Umfallen" schreiben!)[268]

Dr. MENDE: Darf ich bitten, daß wir wirklich die Redner anhören. Ich bin nach der letzten Sitzung[269] von neu gewählten Abgeordneten mit Bestürzung gefragt worden, ob die Disziplin immer so schlecht war wie bei der letzten Sitzung durch ständige Wechselgespräche und Raus- und Reingehen.[270] Ich wäre dankbar, wenn wir heute, da wir keine solche große Hitze haben wie damals und in einem günstigeren Raum sitzen, wenigstens das Maß an Disziplin gegenüber den anderen Sprechern bewahren, das man selbst haben möchte, wenn man sich zu Wort meldet.

WEYER: Meine Damen und Herren! Der Nervenkrieg hat erst angefangen. Wir sind erst in der ersten Phase dieser Auseinandersetzungen. Ich nehme an, daß

---

Nachkriegszeit. Eine Dokumentation, in: Klaus GOTTO (Hrsg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 230–282.

263 Vgl. Nr. 17 Anm. 94; siehe Anm. 254.

264 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.

265 Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, abgedr. in SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6 und gekürzt in AdG 1961, S. 9443 f. Ziffer 12.

266 Vgl. Nr. 19.

267 Siehe den Wortlaut auf S. 180.

268 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 (Abs. 3) nach Anm. 110.

269 Am 19. 9. 1961, vgl. Nr. 17.

270 Vgl. S. 200, 212.

wir noch weitaus mehr Belastungsproben zu ertragen haben werden als das, was heute morgen mit den Schlagzeilen des „Umfallens" auf unseren Schreibtischen lag.[271] Wenn etwas imponiert, ist es die Ruhe des alten Mannes, eines alten Mannes, der eigentlich am 17. September schon tot war, der sich aber selbst wieder aus dem Grab herausgeschaufelt hat und mit einer ausgezeichneten Verhandlungstaktik, mit einem hervorragenden Verhandlungsgeschick wieder die Initiative ergriffen hat. Ich meine, wir sollten etwas von Herrn *Adenauer* lernen: zunächst einmal Ruhe zu bewahren, uns gegenseitig nicht nervös zu machen, sondern mit gelassener Ruhe auch den kommenden Verhandlungen entgegenzusehen.

Ob es richtig war, am vorigen Dienstag in der Pressekonferenz die Aussage zu machen[272], spielt überhaupt keine Rolle mehr. Die Aussage ist getroffen worden. Die Aussage lautete: Die Freie Demokratischen Partei koaliert nicht unter Konrad *Adenauer.* Das ist eine Aussage, die der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Zu dieser Aussage sind wir alle gestanden. Wir können jetzt nicht einfach innerhalb von fünf Minuten oder praktisch innerhalb von 24 Stunden von dieser Aussage abweichen. Das böse Wort, das Herr *von Hassel* gesprochen hat – „Man kann ihnen ja das Umfallen nicht innerhalb von 30 Stunden zumuten, aber so nach etwa 10 Tagen erwarten wir doch, daß sie umfallen"[273] – schien für einen Teil unserer Parteifreunde Wirklichkeit geworden zu sein.

Ich glaube auch, daß die erste Phase des Nervenkrieges, nämlich daß der bekannte Routinier im Umfallen, Ludwig *Erhard,* nun wieder einmal nicht gegen *Adenauer* aufgetreten ist[274], uns nicht sehr berührt hat. Wir haben sie eigentlich in unserer Analyse mit in Rechnung gesetzt. Niemand in diesem Raum hat geglaubt, daß Ludwig *Erhard* ein so starker Mann sei, dieser Belastungsprobe gewachsen zu sein.

Auch die zweite Phase, das Gespenst der schwarz-roten Koalition, war doch in unsere Überlegung einbezogen.[275] (Zustimmung.) Wir haben das doch alles durchdacht. Wir haben auch die Gefahren dieser schwarz-roten Koalition aufgezeigt: das Proporzdenken, die Fragen der Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik durch Zusammengehen des linken Flügels der CDU mit den Sozialdemokraten. Wir haben von der Änderung des Wahlgesetzes bis zum Mehrheitswahlrecht gesprochen.[276] Und dennoch haben wir festgehalten: wir werden nicht von unserer Haltung abweichen.

Ich vermag nicht einzusehen, daß eine neue, eine völlig neue Situation eingetreten ist. Diese beiden Punkte – „*Erhard* ist umgefallen" und das Gespenst der schwarz-roten Koalition – waren ja gewissermaßen die Begründung für den „Sprecher der FDP", den ich nicht kenne, gestern zu sagen, es sei eine

271 Siehe Anm. 87.
272 Am 19. 9. 1961; vgl. Nr. 17 Anm. 31.
273 Nicht ermittelt.
274 In der Fraktionssitzung der CDU/CSU vom 27. 9. 1961. Siehe Anm. 103.
275 Wie Anm. 242.
276 Vgl. Nr. 17 Anm. 102; siehe oben Anm. 95.

neue Situation eingetreten.[277] Ich glaube nicht, daß eine neue Situation eingetreten ist. Es ist eine neue Phase des Nervenkrieges der politischen Auseinandersetzung eingetreten, sonst gar nichts.

Wenn wirklich *Adenauer* so halsstarrig sein sollte, an seinen Vorstellungen festzuhalten, und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auch durch die eine oder andere Äußerung von uns – nunmehr geschlossen unter *Adenauer* aufmarschiert, müssen wir versuchen – das ist schwer –, dem Wähler deutlich zu machen, daß die Verantwortung für die schwarz-rote Koalition nicht bei uns liegt, sondern ausschließlich bei der Christlich-Demokratischen Union. (Beifall.) Wir müssen das vor allen Dingen unseren Freunden in der Wirtschaft beibringen.[278] Lieber Herr *Menne,* eine ganz spezielle Aufgabe für Sie im Bundesverband der Industrie[279], aber auch andere Freunde aus Wirtschaftskreisen, die hier deutlich machen müssen, daß die Verantwortung ausschließlich bei der Christlich-Demokratischen Union und nicht bei uns liegt.

Nun eine Bitte, gleichgültig, was auch immer kommen möge. Wir dürfen eines nicht tun: uns gegenseitig verdächtigen, daß etwa der eine von dem anderen sagt, das ist ein Weichling und der andere ist ein harter Mann, das ist ein Verräter und der andere ist ein Treuer. Wir müssen endlich lernen, was die CDU meisterhaft beherrscht: daß die Freie Demokratische Partei, eine liberale Partei, in der Lage ist, legislativ und auch exekutiv geschlossen aufzutreten. Bemerkenswert bei den Christlichen Demokraten, deren Spannweite wesentlich größer ist als bei uns, daß sie es verstanden haben, in all den Jahren bei entscheidenden Abstimmungen geschlossen aufzutreten.

Das wäre meine nächste Bitte an den Parteivorstand und an die Bundestagsfraktion: daß gleichgültig, was kommen möge, das geschlossene Auftreten der Freien Demokraten erste Voraussetzung ist. Wir verlieren jede Möglichkeit einer Verhandlung, wenn im Gespräch gesagt wird: „Was Sie da sagen, spielt alles keine Rolle; ich habe mit den Herren *Engelhard, Zoglmann, Maelzig* oder *Menne* gesprochen, die sagen ganz etwas anderes als Sie!"[280]

Gleichgültig, wer im Auftrage des Vorstandes verhandelt, er muß mit dem Vertrauen des Vorstandes verhandeln, und er darf nicht hinterher desavouiert werden. Er hat kein Recht, abzuschließen, sondern das Recht abzuschließen, hat nur die Fraktion und der Bundesvorstand.

Eine zweite Bitte. Wir sollten uns trennen von diesen „Sprechern der FDP", die Zeitungsmeldungen machen. Hier hat jetzt kein „Sprecher der FDP" aufzutreten.[281] Jetzt gibt es ein verantwortliches Organ, das heißt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP, aber nicht diese Flucht in die Anonymität mit dem „Sprecher der FDP", von dem man nie weiß, wer das lanciert. Wer ist der „Sprecher der FDP"? Da kann Porzellan zerschlagen werden, das kaum noch gekittet werden kann.

---

277 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 (Abs. 2) nach Anm. 110.
278 Siehe Anm. 115.
279 Vgl. die Vorstellung von *Menne* durch *Mende* in Nr. 17, S. 82.
280 Zu Äußerungen einzelner Sitzungsteilnehmer gegenüber der Presse siehe S. 212.
281 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 (Abs. 1–2) nach Anm. 110.

Eine dritte Bitte an die Kollegen der Bundestagsfraktion. Bitte, sehen Sie nicht nur die Bundestagswahl des Jahres 1965, sondern denken Sie daran, daß wir in sechs Wochen in Hamburg Wahlen haben[282], daß wir im nächsten Jahr vier Landtagswahlen haben![283] Es hat keinen Sinn, daß wir aus dieser Wahl mit einem großen Wahlerfolg hervorgegangen sind und im nächsten Jahr uns bescheinigen lassen müssen von unseren neu gewonnenen Wählern, daß sie kein Vertrauen mehr zu uns haben. Daß wir die Landtagswahlen des nächsten Jahres verlieren[284], war doch wohl nicht der Sinn einer solchen Aktion, eines systematischen Aufbaues der Partei. Wir müssen bei allem, was wir tun, auch an die kommenden Jahre denken.

Jeder von uns hat sicherlich gestern gespürt durch die Telefonanrufe, Telegramme, Briefe usw., welche Erregung in unserer Partei heute feststellbar ist – eine unwahrscheinliche Erregung, sicherlich durch diese Schlagzeilen[285], falsche Deutungen, Mißdeutungen, entsetzliche Radiomeldungen gestern abend[286]; ich habe sie auch gehört und bis in die Nacht telefoniert.

Meine Damen und Herren, das sind unsere braven Marschierer unten in den Kreisverbänden. Wir können hier oben noch so weise Beschlüsse fassen, wenn wir nicht mehr dieses Vertrauensverhältnis zu unseren Kreisverbandsvorsitzenden, Ortsverbandsvorsitzenden und Vertretern in den Kommunalparlamenten haben, dann sitzen Sie zwar jetzt vier Jahre im Bundestag, aber dann kommt keiner von Ihnen wieder![287]

Ich habe gestern gesagt, und viele haben es heute noch nicht verstanden: Wenn wir 1956 nicht der CDU durch Düsseldorf unter Beweis gestellt hätten, daß es uns ernst ist um die Unabhängigkeit und Freiheit der Freien Demokraten[288], säße von den 66 Mann dieser Bundestagsfraktion wahrscheinlich keiner hier. Im Jahr 1956 hat die CDU zum ersten Mal gespürt, daß Freie Demokraten nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln vermögen. Ich meine, es ist jetzt, im Jahr 1961, eine fast ebenso ernste Situation, wie es 1956 der Fall war.

Ich schließe mich *Dehler* vollinhaltlich an. Erstens Festhalten an den Beschlüssen, die wir am 19. 9. gefaßt haben.[289] Zweitens Ruhe bewahren! – Am liebsten wäre es mir, ein Teil des Bundesvorstandes oder der ganze Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion würden für drei Wochen in Urlaub fahren, damit wir in der gleichen Gelassenheit und Ruhe verhandeln können, wie das auf der anderen Seite die CDU tut.

---

282 Vgl. Nr. 17 Anm. 118.

283 Landtagswahlen fanden 1962 in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein statt. Siehe Anm. 284.

284 Wahlergebnisse der FDP in den Landtagswahlen: Bayern 1962 5,9 v. H. (1958 5,6 v. H), Hessen 1962 11,4 v. H. (1958 9,5 v. H.), Nordrhein-Westfalen 1962 6,8 v. H. (1958 7,1 v. H.), Schleswig-Holstein 1962 7,9 v. H. (1958 5,4 v. H.). Vgl. J. Dittberner, 1984, S. 1352–1354.

285 Siehe Anm. 87.

286 Nicht ermittelt.

287 Stimmenanteil der FDP bei den Bundestagswahlen 1965: 9,5 v. H. (1961: 12,8 v. H.).

288 Siehe Anm. 82.

289 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.

Drittens – diese Bitte habe ich Erich *Mende* schon vorgetragen –: Das Verhandlungsgremium[290] und der Bundesvorstand müssen in dieser Zeit des öfteren zusammentreten. Es geht nicht an, daß wir uns nur alle 14 Tage sehen. Wenn demnächst Verhandlungen anstehen, müssen wir in der Lage sein, auch innerhalb von 24 Stunden zusammenzukommen, damit wir auch wirklich eine breite Basis für die weitere Verhandlung haben.

Ich möchte abschließen mit einem Beispiel des Nervenkrieges. Ich habe heute morgen von meinen Freunden erfahren – und so verstehe ich überhaupt erst das gestrige Telefongespräch mit Wolfgang *Haußmann* –, daß kolportiert wird: „Der *Weyer* ist weich geworden, weil er die Absicht hat, jetzt in Düsseldorf in das Kabinett *Meyers* einzutreten."[291] Das muß man sich einmal vorstellen! Die CDU regiert in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit. Die Landtagsfraktion hat immer erklärt, sie denke nicht daran, in ein Kabinett mit absoluter Mehrheit einzutreten. Jetzt macht man hintenherum drei Kurven und sagt: Die Düsseldorfer lassen sich verlocken durch Eintritt in ein Kabinett *Meyers*. Blödsinniger kann man nicht mehr argumentieren; aber jedes Mittel ist recht, um uns nervös zu machen.

Ich habe also die Bitte, daß wir auf der Basis der von *Dehler* vorgeschlagenen Entschließung[292] operieren. Ich möchte diesem Vorschlag allerdings einen Gegenentwurf, der von Siegfried *Zoglmann* stammt, entgegenstellen, den ich Ihnen hiermit vorlese:

„Der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion der FDP traten heute in Bonn erneut zu einer Sitzung zusammen. Dabei wurde eingehend die politische Lage geprüft, die dadurch entstanden ist, daß kein CDU-Kandidat gegen Konrad *Adenauer* sich zur Wahl des Bundeskanzlers zur Verfügung stellt und daß die SPD bereit ist, in eine Bundesregierung auch unter Dr. *Adenauer* einzutreten. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP nahmen zur Kenntnis, daß die CDU wieder Konrad *Adenauer* für das Amt des Bundeskanzlers vorschlägt. Die FDP ist nach wie vor der Auffassung, daß dem fast 86-jährigen derzeitigen Bundeskanzler nicht erneut die Bürde seines schweren Amtes, noch dazu in einer für den Weltfrieden und die Einigung und Existenz unseres Volkes so entscheidenden Zeit, auferlegt werden kann."

(Dr. *Schneider:* Schlecht!)

– Es soll nur eine Diskussionsbasis sein, Herr *Schneider.*

„Unabhängig von der Ausgangsposition der CDU und FDP sind aber die Freien Demokraten bereit, in die Sachdiskussion über die Bildung einer neuen Bundesregierung auf der Grundlage einer CDU-FDP-Koalition einzutreten. Nach Klärung der Frage, ob eine sachliche Grundlage für eine solche Koalition

290 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.

291 Pressemeldungen zufolge berichteten *Adenauer*-Anhänger von Überlegungen der ehemaligen Düsseldorfer „Jungtürken" *Weyer* und *Döring,* eine Koalitionsregierung mit der CDU in Nordrhein-Westfalen anzustreben, wenn auch erst nach den Landtagswahlen im Juli 1962. – Bis dahin hatte die CDU die absolute Mehrheit im Düsseldorfer Landtag. Vgl. „Koalitionsgespräche im Bonner Nebel", in: Die Welt Nr. 225 vom 27. 9. 1961, S. 2.

292 Siehe S. 174.

zu finden ist, soll geprüft werden, ob auch in personellen Fragen eine Einigung herbeigeführt werden kann."

Das ist genauso wie der Vorschlag von Herrn *Dehler*[293] eine Diskussionsgrundlage. Wahrscheinlich wird nach der Debatte eine Kommission zusammentreten, um die Punktation noch einmal festzuhalten. An einem Kommuniqué kommen wir nicht vorbei. Das erwartet die Öffentlichkeit. Das erwarten aber vor allem unsere Parteiverbände. Der Bundesvorsitzende hat schon zugesagt, daß alle Kreis- und Ortsverbände nach der heutigen Sitzung informiert werden, damit dieser schreckliche Eindruck des Umfallens ab morgen nicht mehr gegeben ist.[294]

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal folgendes klarstellen. Nachdem es in Bonn üblich ist, bei der CDU wie bei der SPD, daß der Pressechef oder der parlamentarische Geschäftsführer nicht immer in Erscheinung treten wollen, und nachdem es manchmal eben zweckmäßig ist, nicht immer gleich den Vorsitzenden oder einen Abgeordneten als erste und letzte Instanz zu nennen, hat es sich hier eingebürgert, einen Pressemitarbeiter als einen Sprecher zu bezeichnen.[295] Diesen Usus haben nicht wir eingeführt; das ist von CDU und SPD eingeführt worden. Dieser Sprecher legt selbstverständlich die Erklärungen vorher vor. Sprecher ist manchmal der Fraktionsgeschäftsführer *Genscher,* manchmal der Bundesgeschäftsführer *Flach,* manchmal Herr *Schollwer.*[296]

Diese Erklärung, die der Sprecher abgegeben hat, die ich vorhin vorgelesen habe[297], ist mir durch Herrn *Dürr*[298] vorher vorgelegt worden. Sie diente dazu, abzufangen, und ist sofort per Eilboten an alle herausgegangen und per Fernschreiben an alle Landesverbände, um der Verwirrung entgegenzutreten, die durch die Artikel von *Reiser*[299] und *Bitzer*[300] entstanden war. Ich trage die volle Verantwortung für das, was der tüchtige Journalist *Dürr* als Sprecher mir und einigen anderen Kollegen vorgelegt hat. Wir glaubten, etwas sagen zu müssen; sonst wäre es noch verrückter geworden. Ich bitte Sie, mir aus der Erklärung[301] eine Formulierung zu sagen, die überhaupt als ein Umfallen gedeutet werden kann. Im Gegenteil, die Negation des Umfallens ist in dieser Notiz zum Ausdruck gebracht.

(*Ertl:* Das war aber falsch! Das Wort „umfallen" darin war falsch!)[302]

– Dann werden wir in Zukunft die deutsche Sprache nicht mehr benutzen dürfen.

---

293 Ebd.
294 Nicht ermittelt.
295 Vgl. die Kritik *Weyers* auf S. 176.
296 Redakteur der „fdk".
297 Siehe den Wortlaut nach Anm. 110.
298 Mitarbeiter der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion.
299 Siehe Anm. 112.
300 Siehe Anm. 116.
301 Siehe den Wortlaut (Abs. 3) nach Anm. 110.
302 Ebd.

Wenn wir überhaupt noch mit einem Kommuniqué in die Sonnabendpresse kommen wollen, muß in den nächsten 15 Minuten eine Formulierung gefunden werden. Ich halte die Fassung, die Willi *Weyer* vorgelesen hat[303], für viel zu lang; außerdem zielt sie zu stark auf die andern ab. Wir sollten weniger von den anderen und mehr von uns sprechen. Ich schlage eine geänderte Fassung gegenüber dem Vorschlag Thomas *Dehler*[304] vor, und zwar wie folgt:

„Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 29. 9. 1961 einen Bericht des Bundesvorsitzenden *Mende* über die Entwicklung seit dem 19. 9. 1961 entgegengenommen.[305] Die Freie Demokratische Partei erklärte ihre Bereitschaft zur Aufnahme der von der Fraktion der CDU/CSU in ihrer Sitzung am 27. 9. 1961 vorgeschlagenen Verhandlungen über eine gemeinsame Übernahme der Regierungsverantwortung durch Christliche Demokraten und Freie Demokraten.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion nahmen ferner einen Bericht des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans *Lenz* über die ersten Beratungsergebnisse der Kommission entgegen[306], die mit der Ausarbeitung der sachlichen Koalitionsbedingungen der Freien Demokratischen Partei betraut ist. Die von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion eingesetzte Verhandlungskommission[307] wurde beauftragt, mit den Christlichen Demokraten auf der Grundlage dieser Koalitionsbedingungen und des am 19. 9. gefaßten Beschlusses[308] zu verhandeln.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP werden am Freitag, den 6. 10. 1961, zu ihrer nächsten Sitzung zusammenkommen."[309]

Hier haben wir drei Fakten. Das erste neue Faktum ist: die Fraktion hat die Aufnahme von Verhandlungen gebilligt; ab Montag wird verhandelt.[310] Das zweite neue Faktum: die sachlichen Koalitionsbedingungen sind beraten worden. Drittens das Faktum: wir halten an der Aussage und dem Beschluß des 19. 9. fest. Außerdem haben wir den nächsten Termin für unsere Beratungen genannt.

Dr. DEHLER: Da geht natürlich der entscheidende Inhalt unserer Beschlüsse vom 19. 9. unter, weil es nur im Nebensatz mit dem Sachprogramm verkoppelt ist. Vielleicht sollten wir doch den einen Satz vorausschicken, daß diese beiden Gremien auf ihren am 19. 9. einstimmig gefaßten Beschlüssen beharren.

(Zuruf: Nicht zuviel sagen!)

---

303 Siehe S. 178 f.
304 Siehe S. 186.
305 Siehe S. 139–158.
306 Siehe S. 158–168.
307 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
308 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.
309 Vgl. Nr. 19.
310 Am 2. 10. 1961; siehe Anm. 12.

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren, ich mache auf folgendes aufmerksam. Wer hier das nicht liest, daß wir bei den Beschlüssen des 19. 9.[311] verbleiben – wer das überspitzt, löst möglicherweise genau die überspitzte Formulierung der anderen Seite aus. Dann werden wir in den nächsten drei Wochen Erklärungen und Gegenerklärungen haben.

(Dr. *Leuze:* Die Erklärung ist geschickt so!)

Dr. KOHUT: Was ist Ihnen lieber: die große Unruhe in der Partei zu beseitigen, die durch die Zeitungsmeldungen von heute[312] entstanden ist, oder jetzt eine Erklärung herauszugeben, die in der Öffentlichkeit nichts besagt? Darauf sagt die Presse: Aha, sie sind doch umgefallen! Das ist mir ganz klar.

Dr. MENDE: Dann bitte ich die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Kohut* und *Schneider,* eine ideale Gegenerklärung zu formulieren und sie dem Bundesvorstand im Laufe der nächsten Viertelstunde vorzulegen.

Dr. ACHENBACH: Ich schlage vor, drei Dinge zu sagen.

Erstens: Der Bundesvorstand hat zur Kenntnis genommen, daß am Montag auf Einladung des Bundeskanzlers Herr *Mende* und Herr *Weyer*

(Zuruf: „endlich"! - Widerspruch gegen den Zuruf.)

in Verhandlungen eintreten.

(Dr. *Mende:* „endlich" sieht nach „endlich gestillter Sehnsucht" aus; wieso endlich?)

Zweitens: Die Vertreter der FDP werden versuchen, festzustellen, ob eine gemeinsame Plattform in Sachfragen zu finden ist.

Drittens: Der Bundesvorstand beschloß gleichzeitig, mit der SPD Fühlung aufzunehmen, um die Vorstellungen der SPD betreffend die Bildung eines Allparteienkabinetts der nationalen Konzentration im einzelnen kennenzulernen.

(Lebhafter Widerspruch. – Zuruf: Zu früh!)

Zur Begründung darf ich folgendes sagen. Wenn Sie das machen, was hier von *Dehler*[313] oder auch von *Zoglmann*[314] vorgeschlagen ist, haben Sie im Laufe der nächsten Woche die schwarz-rote Koalition.

Dr. MENDE: Wir können jetzt nicht bereits Themen hineinnehmen, über die wir noch nicht entschieden haben. Die Allparteienregierung und ihre Möglichkeiten ergeben sich in Gesprächen, zu denen ich mich gegenüber *Brandt* bereit erklärt habe.[315] – Wenn wir jetzt mit einem neuen Schritt kommen, fürchte ich, daß es heißt: FDP schaukelt und begibt sich zur SPD! Dann wird es morgen noch verrückter.

(Dr. *Leuze:* Das ist der zweite Umfall!)

---

311 Wie Anm. 308.
312 Siehe Anm. 87.
313 Siehe S. 169–174.
314 Eine Wortmeldung von *Zoglmann* fehlt. Gemeint ist *Weyer.* Siehe S. 174–179.
315 Siehe z. B. Anm. 68.

Dann laufen uns sogar die weg, die jetzt noch bei uns vernünftig geblieben sind.

Ich werde den Passus noch einmal langsam vorlesen. Ich bitte zu prüfen, ob es wirklich nur ein Nebensatz ist.

Dr. DEHLER: Mein Vorschlag liegt in zwei Minuten schriftlich vor. Vielleicht können wir es so lange zurückstellen.

SPITZMÜLLER: Beide Sprecher, Dr. *Dehler* wie Herr *Weyer,* haben darauf hingewiesen, daß wir Ruhe bewahren und Geduld zeigen müssen.[316] Ich weiß nicht, ob wir gut tun, wenn wir lediglich mit Rücksicht auf den Schluß der Presseagenturen jetzt in hektischer Eile etwas zusammenbasteln, nur damit morgen etwas in der Presse steht. Ich bin der Meinung, es tut uns gar nicht übel, wenn wir ein oder zwei Tage Luft haben und uns dann erst äußern.

Dr. MENDE: Lieber Herr *Spitzmüller,* wenn wir nicht ein offizielles Kommuniqué herausgeben, ist in der Sonnabendpresse Tür und Tor für jede Tartarenmeldung geöffnet. Mir ist es lieber, wir geben ein Kommuniqué von zehn Zeilen heraus, als daß in der Sonnabendpresse ein Wirrwarr ohnegleichen ist. Denn Sie geben nach beiden Seiten, der CDU wie der SPD, die Möglichkeit, uns jetzt auseinanderzudividieren, und die Nervosität wird sich noch steigern. Der Bundesvorstand, dessen Zusammenkommen heute im Fernsehen aller Welt gezeigt wird, kann doch nicht auf ein Kommuniqué verzichten. Welch Armutszeugnis dieser Partei!

(*Spitzmüller:* Am Ende der Sitzung!)

ENGELHARD: Meine sehr geehrten Parteifreunde! Auch ich glaube nicht, daß es nötig ist, schon um 17 Uhr diesen Text fabriziert zu haben. Meines Wissens schließen die Zeitungen erst im Laufe des Abends 20 oder 21 Uhr.

(Widerspruch. – Zuruf: Am Freitag nicht!)

– Sicher, heute ist Freitag; wir haben aber immer auch später noch Meldungen hereinbekommen. Wenn darüber noch eine halbe Stunde ins Land geht, ist es sicher kein nationales Unglück.

Ich für meine Person möchte sagen, daß ich den Text von *Dehler*[317] für die beste Aussage halte; er müßte allerdings noch einmal langsam vorgelesen werden. Der Text von *Weyer*[318] hat mir aus zwei Gründen nicht gefallen. Einmal, weil soviel von den anderen Partnern die Rede ist; zum andern, weil in diesem Text behauptet wird, die CDU habe beschlossen, Herrn *Adenauer* erneut als Kanzler vorzuschlagen.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

Wir haben aus dem Vortrag von *Mende* gehört, daß ein solcher Beschluß in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion nicht gefaßt worden ist.[319]

316 Siehe S. 170, 175.
317 Siehe S. 186.
318 Siehe S. 178 f.
319 Siehe S. 152.

Meine Parteifreunde! Als Vorsitzendem des Landesverbandes, der das große Unglück hat, in sechs Wochen wählen zu müssen[320], gestatten Sie mir einige Bemerkungen über die Sachlage, wie wir sie sehen. Meine Freunde und ich in Hamburg sind jetzt in der unglücklichen Lage, daß wir darüber nachdenken müssen, unter welchen Wahlaussagen wir diesen Wahlkampf in Hamburg führen können. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die bestimmte Texte entwerfen soll für Plakate, Anzeigen usw. Wir müssen Spannschilder, Plakate usw. in Auftrag geben. Die Hamburger Wahl wird einen konzentrierten Einsatz von SPD und CDU sehen, diese Wahl zu einem großen Ereignis zu machen, um zu beweisen, daß das Wahlergebnis in der Zukunft entweder korrekturbedürftig sein wird oder daß es seine Bestätigung findet.

Wir werden es in Hamburg sehr, sehr schwer haben. Die Hamburger Partei hat am 17. 9. 15,7 % Wählerstimmen gehabt. Sie ist über diesen Wahlausgang sehr zufrieden gewesen und hat sich bereits Hoffnungen gemacht, diese Prozentzahl am 12. 11. entweder zu halten oder sie zu verbessern.[321]

Seit einigen Tagen ist erhebliche Resignation bei uns zu spüren, weil wir befürchten müssen, daß die Entwicklung innerhalb unserer Partei am Ende uns die Sachaussage sehr schwierig machen könnte. Ich bin, das muß ich Ihnen ehrlich sagen, mit sehr gemischten Gefühlen heute morgen hierher gefahren. Ich bin jetzt aber sehr viel besseren Mutes, als ich heute morgen war.

Ich habe noch etwas zu den Geschehnissen vom 19. 9. zu sagen. Wir sollten die Aussage, die Herr *Mende* in der Pressekonferenz getan hat[322], nicht schelten. Ich glaube, Herr *Mende* konnte sich gar nicht anders verhalten, nachdem die CDU – das hat ja die deutsche Presse zu einem erheblichen Teil gemeldet – sich schon vorher darauf eingestellt hat, sie würde Herrn *Adenauer* wieder ins Rennen schicken. Ich glaube, daß hier kein Ansatzpunkt für eine Kritik vorhanden ist.

Ich muß auch sagen, unser Apparat, die Geschäftsstelle der Bundespartei, die Pressestelle – was sollen die armen Leute machen, wenn sie ständig gefragt werden? Ich glaube, man muß die Dinge so realistisch sehen, wie sie sind. Und was die Formulierung „der Sprecher" angeht[323]; wenn der Senat[324] zu irgendeiner Sache nichts sagen will, versuchen die Zeitungsleute doch, hier und da eine undichte Stelle anzuzapfen, und dann lesen wir auch: „wie ein gut unterrichteter Sprecher aus dem Rathaus mitgeteilt hat". Die Dinge haben auch ihre pressetechnischen Gegebenheiten und Eigenheiten, an denen wir nichts ändern können.

Ich glaube auch, daß die Pressekonferenz am Dienstag nach der Wahl[325] unvermeidlich war. Wäre sie nicht abgehalten worden, hätten die Journalisten

320 Vgl. Nr. 17 Anm. 118.
321 Ebd. Stimmenanteil der FDP am 12. 11. 1961: 9,6 v. H.
322 Vgl. Nr. 17 Anm. 31.
323 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 (Abs. 1) nach Anm. 110.
324 Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.
325 Am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 31.

*Mende* irgendwo aufgestöbert, gleichgültig wo. Es wäre niemals ohne eine Aussage gegangen.

Wir erleben im Augenblick eine Panikmache. *Weyer* hat ganz recht. Wir wollen uns dabei auf die Haltung besinnen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, und wir wollen uns nicht nervös machen lassen.[326]

Einige Zeitungen besorgen offenbar bestellte Arbeit. Das viel gelesene „Hamburger Abendblatt" brachte am Donnerstag der vergangenen Woche einen Leitartikel, in dem man lesen konnte, die gegenwärtige Situation sei vergleichbar mit dem Ende der Weimarer Republik und der Unfähigkeit der Parteien von damals.[327]

Besonnenheit und Ruhe sind das beste Dementi. Wenn Regierungsbildungen eine gewisse Zeit dauern, bricht deswegen noch keine Cholera und keine Hungersnot aus, weil man noch kein neues Kabinett hat. Das alte Kabinett bleibt ja im Amt.[328]

Meine Damen und Herren! Unsere Wähler vom 17. 9. sind nach meiner festen Überzeugung unter anderem unserem Aufruf gefolgt, weil sie sich gegen *Adenauer* entscheiden wollten. Ich glaube, wir müssen die Dinge so sehen. Wir haben uns vor der Wahl festgelegt. Wir haben ganz präzise Aussagen gemacht. Mit meinem Verstand haben ich diese Aussage bejaht, weil ich der Meinung war, wir bekommen damit das optimale Wahlergebnis. Mit dem Herzen bin ich in vielen Dingen anderswo gewesen. Für dieses optimale Wahlergebnis vom 17. 9. zahlen wir im Augenblick natürlich eine Rechnung. Das sind unsere Mühen, die wir im Augenblick haben. Wir müssen mit diesen Dingen fertig werden. Wir müssen diese Zeit durchstehen. Auch ich glaube wirklich, es muß jetzt bei uns eine Geschlossenheit geben. Wenn Herr *Weyer* sagt, wir wollen uns nicht gegenseitig mißtrauen[329], dann, glaube ich, genügt das noch nicht. Wir dürfen auch nicht außerhalb unseres Kreises sozusagen „off the record" reden und sagen: Wir haben es zwar beschlossen, aber man könnte es vielleicht auch etwas anders sehen.

Als ich vor einigen Tagen vor dem Rotary-Club über die Konsequenzen des Wahlergebnisses sprach, sagte der Präsident, das sei alles schön und gut, aber er habe gestern oder vorgestern einen neuen Bundestagsabgeordneten unserer Partei getroffen, einen Industriellen[330], der ihm gesagt habe: „Man muß die Sache jetzt ganz anders sehen und den Standpunkt revidieren." – Wenn sich solche Fälle häufen, wird natürlich die Presse immer wieder ermuntert, von einer Unordnung und einer Unruhe in der Partei zu sprechen.

Wir sprechen jetzt so viel von der schwarz-roten-Koalition. Die Möglichkeit einer schwarz-roten Koalition sehen wir nicht erst heute vor Augen.[331] Und

---

326 Siehe S. 175.
327 Vgl. „Männer statt Parteien", in: Hamburger Abendblatt Nr. 221 vom 22. 9. 1961, S. 2.
328 *Adenauer* stellte sein 4. Kabinett am 14. 11. 1961 vor. Vgl. AdG 1961, S. 9458 A.
329 Siehe S. 176.
330 Nicht zu ermitteln. Vgl. die Vorstellung der Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion durch *Mende* in Nr. 17.
331 Siehe Anm. 242.

dennoch muß ich Ihnen sagen: warum soll sie eigentlich kommen? Welche Indizien sprechen dafür? Ich bin fest überzeugt, daß die CDU-Führung nur in der bittersten Not, wenn alle anderen Möglichkeiten versagen, so handeln wird. Ich glaube auch nicht, daß die Sozialdemokraten es tun. Ich habe auch Kontakte zu Sozialdemokraten. Ich weiß, in welcher Erregung sich die Partei befindet. Ich kenne Aussagen von Sozialdemokraten, die besagen: die Zerreißprobe einer Koalition unter *Adenauer* können wir nicht eingehen.

Wir sollten mehr Gelassenheit haben. Bis heute ist noch keine Verhandlung gewesen. Warum so fummelig? Wir müssen durch eine Erklärung auch wieder zu einer Beruhigung in unseren Bezirks- und Kreisverbänden beitragen; dann wird auch dort eine Beruhigung der Nerven eintreten.

Wie steht es nun um unsere Gesprächspartner bei der CDU? Es ist wirklich bitter, feststellen zu müssen, daß der Mann, den wir bis jetzt als die einzige Alternative zu einer Kanzlerschaft *Adenauer* gesehen haben[332], wieder einmal so gründlich, so total versagt hat und sich eigentlich damit abqualifiziert hat.[333]

(Zurufe: Sehr richtig! So ist es!)

Ich bitte auch daran zu denken, daß es bei der CDU noch mehr Leute gibt, die alles andere als verläßlich sind, wie wir überhaupt an der CDU seit einigen Jahren feststellen müssen, was alles dort morsch ist. Trotzdem sind wir durch den Druck der Umstände gezwungen, mit den Leuten wieder ein Zusammenleben zu suchen.

Herr *Mende* hat Herrn *Blumenfeld* erwähnt, den CDU-Landesvorsitzenden und Abgeordneten in Hamburg.[334] Ich kann dazu nur sagen: Auf Äußerungen von Herrn *Blumenfeld* darf man nichts geben. Auf Äußerungen von Herrn *Blumenfeld* sind schon mehr hereingefallen. Herrn *Krupp* z. B. hat das viele Millionen gekostet.[335]

Wir sollen nicht so viel Vertrauen in Gesprächspartner bei der CDU setzen. Wir sollen uns Mühe geben, daß wir in unsere eigene Partei wieder mehr Vertrauen hineinbekommen, und wir sollen, soweit wir es in der Hand haben, dafür sorgen, daß in den Zeitungen nicht Überschriften erscheinen, daß ein Umfallen der Freien Demokraten zu erwarten sei.

Wir müssen einen Ausweg finden. Wir dürfen nicht unter *Adenauer* eine Koalition eingehen. Wir wollen heute nicht an Alternativen denken; das haben wir vorhin abgemacht. Aber ich sage Ihnen für meine Person, und ich bin sicher, daß der übergroße Teil, ich würde sagen, 90 bis 95 % des Hamburger Landesverbandes der gleichen Meinung ist: Wenn es keinen Ausweg aus der Lage gibt, wäre eine Allparteienregierung noch besser, als wenn wir zu Kreuze kriechen und unter *Adenauer* eine Regierung bilden würden. (Beifall.)

---

332 Ludwig *Erhard,* Kandidat der FDP. Vgl. Nr. 17 Anm. 42.
333 Siehe S. 152 f.
334 Siehe S. 145.
335 Nicht zu ermitteln.

Dr. MENDE: Ich möchte zunächst zur Geschäftsordnung den Kollegen *Borm* und *Kohut* das Wort geben, die uns beweisen werden, daß wir es uns nicht leisten können, weiter kommuniquélos hier im Saal zu sitzen.

BORM: Ich habe soeben mit Berlin gesprochen.[336] Durch den Sender RIAS ist vor einer halben Stunde die Meldung gekommen, daß wir wahrscheinlich bereit sind, uns an einem Übergangskabinett von einem Jahr unter *Adenauer* zu beteiligen. Das sei aus unserem Kreise hier den Journalisten gesagt worden.

Dr. KOHUT: Ich kann bestätigen, was Kollege *Borm* sagt. Die Journalisten sind draußen mangels Masse schon bereit, zu flunkern. Einige haben mir gesagt: „Wir haben das und das gesagt; ist das richtig?" Die Journalisten stehen in großen Kolonnen draußen und haben mir gesagt, es sei höchste Zeit, das Kommuniqué müsse jetzt kommen, und sie bitten darum, daß es gleich draußen verlesen wird, damit sie es noch bringen können.

(Dr. *Mende:* Wir werden es auf jeden Fall schriftlich verteilen!)

– Am besten draußen verlesen, sonst hauen sie ab, bringen falsche Meldungen, und wir haben nichts drin!

Dr. MENDE: Ich wollte bewußt den beiden Kollegen zur Geschäftsordnung das Wort geben, damit sie Ihnen bestätigen: Wer nichts sagt, muß damit rechnen, daß die anderen etwas melden. Es muß etwas gemeldet werden. Man wartet überall darauf. – *Dehler* zur neuen Fassung!

Dr. DEHLER: Die Fassung ist sehr knapp und ist natürlich in dem entscheidenden Satz etwas hart; sie lautet:

„Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben heute erneut alle mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen erörtert und einen Bericht der mit der Ausarbeitung der sachlichen Koalitionsbedingungen beauftragten Kommission entgegengenommen.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP beharren auf ihren am 19. 9. 1961 einstimmig gefaßten Beschlüssen.[337]

Es ist zunächst Aufgabe der am kommenden Montag beginnenden Verhandlungen mit den Vertretern der CDU/CSU, zu klären, ob eine Verständigung über ein umfassendes Regierungsprogramm möglich ist.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion werden am Freitag, dem 6. 10., zu ihrer nächsten Sitzung zusammentreten."

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren! Darf ich zum Vergleich die andere Erklärung vorlesen, die nach meiner Überzeugung – entschuldigen Sie, vielleicht bin ich befangen, aber sie ist nicht von mir gemacht; wer hat sie entworfen? Herr *Genscher*[338], glaube ich – politisch besser ist, weil sie nicht die gleiche apodiktische, mir heute vorgeworfene Fassung der Pressekonferenz vom Dienstag[339] enthält. Sie sagt in der Sache das gleiche, aber nicht mit jener apo-

336 *Borm* war seit Mai 1960 Vors. des FDP-Landesverbandes Berlin.
337 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.
338 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.
339 Am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 31.

diktischen Feststellung, die Sie mir ja bei der Pressekonferenz angeblich vorwerfen. (Nein-Rufe.)

(Dr. *Mende* verliest die auf Seite 56/57 wiedergegebene Fassung.)[340]

Was ist der einstimmig gefaßte Beschluß? Wir stellen es nicht so dar, als ob wir gestern umgefallen und heute wieder aufgestanden wären, sondern mit Selbstverständlichkeit erwähnen wir den Beschluß als eine Grundlage, an der sich ohnehin nie etwas geändert hatte. Also brauchen wir ihn nicht nach vorn zu schieben; er ist für uns so selbstverständlich, daß wir ihn im zweiten Absatz bringen. Neu sind die fachlichen Bedingungen, die Herr *Lenz* heute vorgetragen hat. Mir scheint diese Formulierung politisch wirksamer zu sein. (Zustimmung.) Darf ich bitten, sich dazu zu äußern!

WEYER: Meine Damen und Herren! Der Entwurf von *Dehler* ist natürlich klarer; aber er birgt auch eine große Gefahr in sich, nämlich die Gefahr, daß die Schlagzeilen morgen lauten: „FDP-Bundesvorstand rügt *Mende*". Das kann sein. Dann wird ein neues Spannungsfeld aufgezogen zwischen unserem Bundesvorsitzenden und dem Bundesvorstand.

Ich will einmal laut denken, über die Boulevardpresse hinaus. In dem Vorschlag *Mende*[341] ist in der gleichen harten Form gesagt: wir bestätigen die Beschlüsse des 19. 9.[342], aber in der Formulierung ist es eleganter gelöst, als es hier zum Ausdruck kommt. Wenn wir sehr sorgfältig abwägen, sollten wir, glaube ich, dem Vorschlag *Mende* folgen. (Zustimmung.)

Dr. ASCHOFF: Ich glaube, wir sollten dem Vorschlag *Mende* folgen. Wenn man es aufmerksam verfolgt, befinden wir uns in der Situation, in der man das Unmögliche möglich machen will, nämlich die Quadratur des Zirkels. Wenn ich es richtig verstanden habe, befinden wir uns in folgender, außerordentlich schwieriger Situation.

Wir stehen zu unseren Beschlüssen vom 19. 9. – wobei in Klammern zu bemerken ist, daß wohl für die Zukunft zu erwarten ist, daß jedenfalls diese neue Fraktion, ganz gleichgültig, welcher Beschluß endgültig ist, nur einheitlich stimmen kann; denn alles übrige wäre der Tod.

(Dr. *Schneider:* Aber nicht für *Adenauer;* das erkläre ich jetzt schon!)

Jetzt kommt aber der zweite Punkt, und deshalb bin ich für die Lösung von Herrn *Mende.* Offenbar wollen wir doch mit unseren Beschlüssen vom 19. 9.[343] die Verhandlung mit der CDU führen, in der möglichen Überlegung, daß es uns in den Verhandlungen der nächsten Wochen gelingt, die Hypothek zu beseitigen. (Zuruf: Richtig!) Daher muß diese Formulierung genommen werden. Denn bei der Formulierung von Herrn *Dehler*[344], die sehr hart ist, kann man natürlich von der Gegenseite sagen: „Warum dann erst verhandeln, wenn diese Bedingung in dieser harten Form steht!", – zumal ich fürchte, daß,

340 Siehe S. 180.
341 Ebd.
342 Siehe S. 141 f.
343 Ebd.
344 Siehe S. 186.

wenn man die Bedingung so hart stellt, ein Ausmanövrieren in Richtung SPD schneller möglich ist als mit dieser Erklärung, die in der Sache dasselbe aussagt.

Dr. MENDE: Ich möchte für den Fall eines späteren Zerbrechens der Verhandlungen den Vordersatz haben, der da lautet: Die Freie Demokratische Partei erklärte ihre Bereitschaft zur Aufnahme usw. Wenn es dann schiefgeht, bitte, an uns hat es nicht gelegen. Wenn ich es aber umgekehrt mache, kann es möglicherweise schon am Montag aus sein, und dann hat man uns den Schwarzen Peter zugeschoben.

Dr. HAUSSMANN: Nach den Ausführungen von *Weyer* und *Aschoff* kann ich mich kurzfassen. Wir möchten der Formulierung *Mende*[345] den Vorzug geben, und zwar möglichst bald, weil sie im jetzigen Augenblick die beste Lösung für uns ist. Ich bitte, daß wir hier möglichst bald und einheitlich zustimmen.

Dr. BUCHER: Ich gebe an sich der Formulierung *Dehler*[346] den Vorzug, weil sie klarer ist und unseren Wählern und unseren Leuten wirklich klar zu erkennen gibt, was wir wollen. Ich mache aber noch den Kompromißvorschlag, wenn wir die Fassung *Mende* nehmen, daß wir dann wenigstens in dem Passus „auf der Grundlage der Koalitionsbedingungen und des am 19. 9. einstimmig gefaßten Beschlusses“[347] das zweite vorziehen, damit es nicht so ganz versteckt am Ende steht.

(Nein-Rufe. – Dr. *Haußmann:* Das Sachliche muß in den Vordergrund!)

Ich meine, wir sollten vorweg sagen „auf Grund der Beschlüsse vom 19. 9.“, weil die natürlich für das politische Interesse heute im Vordergrund stehen. Von der Sache her stellen wir natürlich die sachlichen Erwägungen in den Vordergrund. Aber das politische Interesse jedes Journalisten und jedes Menschen draußen geht darum: Was ist mit den Beschlüssen vom 19. 9.? Deshalb möchte ich nicht, daß das ganz versteckt hintendran steht.

Dr. MENDE: Darf ich Herrn *Moersch*[348] fragen, ob sich die Redakteure an die Zeilenlänge halten oder ob sie nicht umstellen, wie sie es für richtig halten?

Dr. MOERSCH: Ich würde die jetzt gewählte Formulierung so lassen; ich halte sie für richtig. Denn heute steht auch in der Zeitung tatsächlich drin, daß wir uns zunächst mit der Sache beschäftigen wollen.[349]

Dr. MENDE: Ich meine auch, die Sache ist jetzt entscheidend. Wir haben zuviel von der Person gesprochen. *Wehner* hat ja gesagt, wir hätten uns verheddert und zuviel über Personen gesprochen.[350]

Dr. LEVERENZ: Beide Formulierungen haben nach meiner Ansicht praktisch den Nachteil, daß kaum noch jemand weiß, was am 19. 9. formuliert worden

345 Siehe S. 180.
346 Siehe S. 186.
347 Siehe S. 180.
348 Leiter der Presseabteilung in der Bundesgeschäftsstelle der FDP.
349 Vgl. SZ Nr. 233 vom 29. 9. 1961, S. 2; DIE WELT Nr. 227 vom 29. 9. 1961, S. 2.
350 Siehe S. 146.

ist.[351] (Widerspruch.) – Ich bin auch nicht dafür, daß es wiederholt wird; ich möchte es nur feststellen. Wenn die Berufung auf den 19. 9. sowohl draußen für unsere klare Haltung als auch nach innen für unsere Parteifreunde eine Bedeutung haben soll, muß sie neben der Bereitschaft zur Verhandlung am Anfang der Erklärung stehen.

Dr. MENDE: Ich kann hierzu nicht mehr weiter das Wort erteilen; ich muß abstimmen lassen. Sonst sind wir in zwei Stunden immer noch bei der Formulierung und sind am Ende genauso weit wie jetzt.

Ich schlage vor, daß die geänderte Fassung mit dem geänderten sachlichen Passus – sachlich vor personell – als die weitergehende Fassung zur Abstimmung gestellt wird. Abstimmungsberechtigt sind Bundesvorstand und Fraktion. Wer für diese weitergehende Fassung – das ist meine Fassung[352] – ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. *Dehler:* Über das „weitergehende" kann man streiten; meine[353] geht natürlich weiter!)

– Über die Sache kann man streiten; ich sehe es anders. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Die Frage ist entschieden. Die von mir vorgeschlagene Fassung ist angenommen.

Ich bitte Herrn *Genscher*[354] oder Herrn *Schollwer*[355] oder Herrn *Moersch*[356], es draußen vorzulesen. (Widerspruch.) – Nein, ich ziehe es zurück. Ich bitte, diese Erklärung sofort schreiben zu lassen und zu verteilen. Sie ist das Schlußkommuniqué der bisherigen Sitzung. Ich bitte, draußen keine weiteren Auskünfte zu geben.

Jeder, der mit Journalisten gesehen wird, einschließlich des Vorsitzenden, steht in strengem Verdacht! – Das Wort hat Kollege *Mischnick*.

(Dr. *Dehler*: Darf ich bemerken, daß *Mischnick* heute 40 Jahre alt geworden ist![357] – Beifall.)

– Ich bitte um Entschuldigung. Herzlichen Glückwunsch! – Sie sehen, wenn wir nicht die Zettel vorgelegt bekommen, vergessen wir sogar unsere eigenen Geburtstage!

MISCHNICK: Ich hoffe aber, daß die Fraktion an meinen Geburtstag einmal nicht deshalb wird zurückdenken müssen, weil wir heute schlechte Beschlüsse gefaßt haben!

Ich möchte zu den Worten des Vorsitzenden noch hinzufügen: Nicht nur heute keine Kommentare, sondern auch bis zur nächsten Sitzung keine Kommentare! (Zustimmung.) Das ist Voraussetzung, wenn wir in unseren Bemühungen weiterkommen wollen. Im übrigen, so einfach, wie wir es uns bisher gemacht

---

351 Siehe S. 141 f.
352 Siehe S. 180.
353 Siehe S. 186.
354 Siehe Anm. 338.
355 Redakteur der „fdk".
356 Siehe Anm. 348.
357 Geboren am 29. 9. 1921 in Dresden. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. Wahlp., 1961, S. 327.

haben, ist es auch nach dem Beschluß, den wir gefaßt haben, für den Wähler nicht. Es ist nicht so, daß alle Parteifreunde die Situation draußen nur unter dem Motto sehen: *Adenauer,* ja oder nein. Auch die Frage einer schwarz-roten Koalition wird ganz hart diskutiert.[358] Wir lügen uns etwas in die Tasche, wenn wir sagen, das sei nebensächlich. (Zustimmung.)

Meine Bitte: wenn wir zum nächsten Gespräch zusammenkommen, auch diese Frage ganz nüchtern nach allen Seiten abzuwägen und dann zu einer Entscheidung zu kommen.[359] Es hat keinen Zweck, wenn wir nur diejenigen beachten, die mit Telegrammen arbeiten, und diejenigen nicht beachten, die noch keine geschickt haben, die aber morgen und übermorgen mit ihren Telegrammen kommen. Wir wissen heute schon, daß manche, die am Dienstag voriger Woche geschrieben haben „hart bleiben", am Freitag geschrieben haben „auf keinen Fall schwarz-rote Koalition" und heute geschrieben haben „aber ja nicht umfallen!". Diese Leute wissen selbst keinen Ausweg aus dem Dilemma.

Ich habe gestern Gelegenheit genommen, vor meinen Freunden in Frankfurt[360], bei denen es klar ist, daß nicht ein einziger für *Adenauer* ist, diese Frage einmal ganz nüchtern zu diskutieren. Das Ende war, daß ein ganz erheblicher Teil sagte: Wenn Sie vor der Entscheidung stehen: schwarz-rote Koalition mit *Adenauer* oder fort mit *Adenauer,* dann wissen wir Ihnen keinen Rat zu geben.

Ich will damit nur deutlich machen, daß die Situation viel, viel schwerer ist, als es für manchen hier im Augenblick nach emotionellen Gesichtspunkten aussieht. Ich würde es für falsch halten, diese Frage hier bis zum Ende zu diskutieren; denn das würde gleichzeitig wieder die Verhandlung am Montag[361] belasten. Wir sollten aber mit der vollen Überzeugung in diese Verhandlung hineingehen, daß wir in der nächsten und übernächsten Woche diese Frage bis zum letzten prüfen müssen, und zwar nicht nur den zweiten Schritt zu überlegen haben, sondern auch den vierten und fünften, der daraus entsteht. Das ist meine Bitte für die nächsten Wochen. (Beifall.)

DORN: Meine Damen und Herren! Die Frage, die für mich nach dem gestrigen Abend, nachdem ich meinen Kreisverband zusammenhatte[362], übriggeblieben ist, war: Haben wir eine neue Situation oder haben wir keine? Ich bin persönlich der Auffassung, wir haben eine einzige neue Situation, und die ist am 17. 9.[363] eingetreten. Ich bin aber nicht der Meinung, daß das, was zur Zeit in der taktischen Auseinandersetzung und in der Diskussion eine Rolle spielt, für uns eine neue Situation heraufbeschworen hat. Ich bin fest davon überzeugt,

358 Siehe Anm. 242.

359 Anlaß für die FDP, eine CDU-CSU-SPD-Koalition in ihr Kalkül einzubeziehen, gaben die Äußerungen von *Wehner* über *Adenauer* und die Kontakte der SPD-Führung mit dem Bundeskanzler. Siehe S. 145 f., 150.

360 *Mischnick* war als MdB über die Landesliste Hessen gewählt. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP, 1961, S. 327.

361 Am 2. 10. 1961; siehe Anm. 12.

362 *Dorn* war Kreistagsabgeordneter des Landkreises Altena und Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. Wahlp., 1961, S. 101.

363 Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag.

daß die Sozialdemokraten schon vor der Wahl bereit waren, in eine Koalition mit *Adenauer* einzutreten, und daß sie heute erst recht dazu bereit sind.[364]

Die Frage, die sich jetzt für uns stellt, ist natürlich die, die Wolfgang *Mischnick* angeschnitten hat.[365] Aber das ist ja nicht die einzige Frage. Daraus ergeben sich für uns weitere Fragen: ob wir bereit sind, in einer solchen Koalition mitzumachen, oder ob wir auch bereit sind und den Mut haben, bei einer solchen Situation draußen zu bleiben. Darüber muß man sich in aller Ruhe und nüchtern unterhalten.

Lassen Sie mich ein anderes sagen. Aus der Fraktionssitzung der CDU[366] ist doch in der Presse eindeutig in Erscheinung getreten, daß die CDU-Fraktion festgestellt hat – einmütig laut Pressemeldung der CDU –, daß keine Änderung in der Innen- und Außenpolitik eintreten darf, daß keine Änderung in der personellen Besetzung der Führung in dieser Regierung eintreten darf.[367]

Meine Freunde, dann frage ich mich, warum wir dann eigentlich am 17. September gewählt haben, wenn die CDU nicht bereit ist, in der neuen Situation nach dem 17. 9. auch in ihrem Kreis in nüchterner Überlegung Beratungen anzustellen, welche Lage für sie nach diesem 17. 9. eingetreten ist. Dann ist es für mich fast aussichtslos, mit solchen Verhandlungspartnern überhaupt in ein vernünftiges Gespräch zu kommen. Auch die CDU muß bereit sein – das ist die entscheidende Aufgabe, die unsere Verhandlungskommission[368] hat –, nunmehr zu sehen, daß die Dinge sich am 17. 9. geändert haben.

Die andere Frage, die noch auftrat, betraf die Stellung der Kreis- und Bezirksverbände. Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, wie die Situation draußen in den Kreis- und Bezirksverbänden ist. Was wir zur Zeit dort unten seit gestern abend und heute morgen erleben – pausenlose Telefonanrufe, Telegramme und alles mögliche –, das hat eine derartige Verwirrung in unsere Partei getragen, von unseren Wählern ganz zu schweigen, daß es richtig ist, was Erich *Mende* vorhin sagte: Wir müssen unbedingt diese Erklärung herausgeben.[369]

Den Artikel in der fdk über den Salto mortale der SPD[370] habe ich persönlich nicht für glücklich gehalten. Denn so, wie es sich bis heute morgen darstellte, konnte man fast das Gefühl haben, daß wir nun bereit wären, einen doppelten Schraubensalto zu vollziehen, und das ist die ganz große Gefahr. Denn wir dürfen eines nicht verkennen: Unsere Freunde in den Kreis- und Ortsverbänden sind gar nicht in der Lage, die ganzen Hintergründe all der Gespräche, die Sie und andere geführt haben, zu begreifen. Diese Leute hören abends am Rundfunk oder Fernsehen die Nachrichten, rennen uns die Bude ein und sa-

364 Vgl. Nr. 17 mit Anm. 50.
365 Gemeint ist die Frage der schwarz-roten Koalition. Siehe S. 190.
366 Am 27. 9. 1961; siehe S. 151 f.
367 Vgl. „Einmütige Bestätigung", in: DUD 15. Jg. (A), Nr. 186 vom 28. 9. 1961, S. 1.
368 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
369 Siehe S. 182.
370 Siehe den Wortlaut der Erklärung (Abs. 2) nach Anm. 110.

gen: Seid Ihr überhaupt noch zu retten?! – Diese Frage habe ich in den letzten 24 Stunden mindestens hundertmal hören müssen.

Unsere Wähler sind letzten Endes unser einziges Kapital, das wir bei den Koalitionsverhandlungen in die Waagschale werfen können. Dieses Kapital müssen wir so verwalten, wie unsere Wähler uns am 17. September diesen Auftrag gegeben haben. Das hat mit Mißtrauen oder mangelndem Vertrauen gar nichts zu tun. Entscheidend ist – auch was Willi *Weyer* vorhin sagte[371] –, daß wir alle gemeinsam bereit sind, miteinander und nicht übereinander zu reden, daß wir alle bereit sind, in diesen Tagen mehr zusammenzustehen und keine Kommentare nach außen zu geben. Jeder Kommentar, ganz gleich, von wem er gegeben wird, wird so oder so ausgelastet [sic!] und in der Presse dargestellt.

Lassen Sie mich zum Abschluß wenige Zeilen aus einer CDU-Zeitung –

Dr. MENDE: Ich bitte, nicht damit anzufangen, aus Zeitungen zu zitieren. Ich könnte stundenlang Zitate bringen im Zusammenhang mit der FDP, die bis zum „Kanzlermord" gehen![372]

DORN: Ich meine nur eines. Für uns kommt es jetzt darauf an, daß wir, die wir ohne Zweifel als einzige nach dieser Wahl auch glaubwürdig geblieben sind – denn die SPD ist es genauso wenig wie die CDU –, daß wir diese Auffassung in der Partei und in der Wählerschaft garantieren. Unter dieser Devise müssen wir alles betrachten, und dann kommen wir auch klar.

Dr. MENDE: Lieber Kollege *Dorn*, es wird nie möglich sein, ohne Zeitung und ohne die Apparaturen, die die größten Parteien haben, jedweden Schritt bis ins letzte Dorf zu interpretieren. Koalitionsverhandlungen sind keine Fragen der Popularisierung der jeweiligen Entscheidung, sondern der Verantwortung. Da kann es durchaus manchmal sein, daß man zunächst mißverstanden wird. Auch ich bin bis zum Stuttgarter Dreikönigstag von meinen eigenen Freunden mißverstanden worden. Hätte ich die Erklärung in Stuttgart nicht abgegeben[373], säßen keine 19 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen hier im Bundestag. Auch da habe ich zunächst mit Mißverständnissen rechnen müssen. Aber es hat sich gezeigt, daß diese Linie besser war als die der Liberalen Studenten von München.[374] (Beifall.)

Ich bitte Sie, mir zu vertrauen. Ich werde am Montagabend um 21.15 Uhr in einem Fernsehgespräch[375] mit Kurt *Wessel*[376] und den Journalisten Dr. *Rapp*[377], *Schwarzkopf* und [*Dalma*][378] unsere Auffassung darlegen. Wer Ohren

371 Siehe S. 176.
372 Siehe Anm. 20 und 439.
373 Vgl. Nr. 9 Anm. 4.
374 Vgl. Nr. 14 Anm. 4.
375 Fernsehsendung „Gespräch über Politik in Deutschland: Unter uns gesagt" vom 2. 10. 1961 um 21.30 Uhr, nach dem ersten Koalitionsgespräch vom selben Tag. Vgl. Wortlaut des Gesprächs, 15 S. (ADL, Handakte Schollwer 6952/31).
376 Stellv. Chefredakteur des „Münchener Merkur".
377 Alfred *Rapp*, Bonn-Korrespondent und Leiter des Bonner Büros der FAZ.
378 Dietrich *Schwarzkopf*, Bonner Korrespondent des „Tagesspiegel" und der „Mainzer Allgemeine". – Alfons *Dalma*, Korrespondent des „Münchener Merkur". So die in Anm. 375 genannte Quelle. Der zweite Name fehlt in der Vorlage.

hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird, glaube ich, feststellen, daß die FDP eine Linie hält. Aber so billig, daß man mit ein paar Phrasen und Schlagworten Koalitionsverhandlungen interpretieren könnte, so billig ist dieses Thema nun einmal nicht. Ich muß daher damit rechnen, daß auch übermorgen mich mancher mißverstehen wird. Das muß ich um der Sache willen in Kauf nehmen. Wenn ich nur nach der Popularität handele, geht die Partei über das Hin- und Herschwenken – heute Hosianna, morgen kreuziget ihn! – zugrunde. (Beifall.)

Daub (DJD): Meine Parteifreunde! Ich möchte an das anknüpfen, was unser Freund *Dorn* eben ausgeführt hat. Es scheint mir entscheidend zu sein, und das kam auch in den bisherigen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck – Erich *Mende* hat am Montagabend in der Sitzung der Programmkommission[379] darauf hingewiesen: entscheidend für die weitere Zukunft dieser unserer Partei – ich würde so weit gehen, zu sagen: auch darüber hinaus – ist einzig und allein, daß diese FDP bei ihren Mitgliedern und bei ihren Wählern glaubwürdig ist.

Wohl jeder von uns hat Anrufe, Briefe und Telegramme bekommen. Ich habe einen Anruf bekommen, der mir symptomatisch erscheint. Einer unserer Wähler sagte: Wenn ihr im Hinblick auf diese Spekulationen, die in der Presse leider erschienen sind – wir wollen jetzt keine Motiv- und Ursachenforschung mehr betreiben –, jetzt noch umfallen solltet, wem soll man dann in Deutschland überhaupt noch trauen! – Das scheint mir symptomatisch zu sein. Ich glaube, daß über die Wähler der FDP hinaus auch bei Wählern anderer Parteien im Hinblick auf unsere konsequente Linie vom Bundesparteitag in Frankfurt[380] bis zum 19. September[381] ein solches Vertrauenskapital investiert worden ist, das wir unter keinen Umständen in irgendeiner Weise einschränken dürfen.

Es kommt ein weiteres hinzu. Die Leute sagen, nach dem, was sich in Bonn abspielt, muß man die Frage stellen, wozu denn bei uns überhaupt noch gewählt wird. Machen wir es doch so wie in den totalitären Regimen! *Ulbricht*[382] bleibt auf jeden Fall! – Das ist etwas überspitzt, aber hart. Die Leute sagen, 55 % der abgegebenen Stimmen waren der Meinung, daß *Adenauer* nicht wiederkommen sollte. Selbst ein Teil der CDU-Wähler hat angenommen, er kommt nicht wieder. Man greift nicht zu hoch, wenn man sagt: 60 bis 65 % der Wähler wollen *Adenauer* nicht mehr als Kanzler haben. Und nun wird es so gedreht und gewendet, daß dieser eine Mann wie ein Tyrann mit seinem Schatten alles beherrscht, und auf Grund der Gefügigkeit verschiedener Leute, insbesondere der Regierungspartei, bleibt es dabei.

Unsere Linie muß also so fortgesetzt werden. Ich bin glücklich über den gefaßten Beschluß[383], wenn er auch vielleicht für die Zeitungen nicht ganz präzi-

379 Vgl. Nr. 17 Anm. 154.
380 Vom 23. bis 25. 3. 1961. Vgl. Nr. 13 Anm. 2.
381 Erste gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und neuer Bundestagsfraktion. Vgl. Nr. 17.
382 Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Vgl. AdG 1960, S. 8623 G; 1971, S. 16240 A.
383 Siehe S. 110.

se genug war. Denn wir dürfen uns über eines nicht täuschen. Zwar ist es richtig, wir sollen nicht so viel über Personen reden; aber die Frage *Adenauer* liegt auf dem Tisch der Weltöffentlichkeit, und diese Frage wird immer und immer wieder gestellt. Ich möchte wirklich auch unsere Freunde von der Pressestelle in Schutz nehmen.[384] Die Presse wird immer wieder, heute, morgen, übermorgen, Dienstag, Mittwoch bis nächsten Freitag die Frage stellen: Wählt Ihr Herrn *Adenauer* oder nicht? – Darüber müssen wir uns eben im klaren sein.

Eine zweite Frage ist – deshalb war die Formulierung von Erich *Mende* trotz allem die geschicktere[385] –: Wir müssen jetzt versuchen, über die Ebene des nur über Zeitungen Verkehrens hinauszukommen. Wir müssen die Absichten der anderen im Gespräch erforschen und in diesem Gespräch die harte Haltung beibehalten.

Allerdings müssen wir dabei eines bedenken. Es hat sich eine nuancierte Änderung unserer Aussagen der letzten Wochen ergeben. Denn da hieß es: Zunächst muß über die Person des Kanzlers gesprochen werden; solange diese Frage nicht geklärt ist, können wir in die Sachdiskussion nicht eintreten. Ich rufe das in Ihr Gedächtnis zurück. (Widerspruch.) – Das steht in den Zeitungen. Das war eine Erklärung von Erich *Mende* in der Pressekonferenz[386], die auch den Sentiments der Verhandlung am vergangenen Dienstag[387] entsprochen hat. Nachzulesen in diesem Protokoll!

Ich fasse noch einmal zusammen. Wir haben festgestellt, daß wir gottlob bei dieser Wahl eine Fülle von Jungwählern bekommen haben[388], die bestimmt zu den Freunden gehören, die uns gewählt haben, weil wir Herrn *Adenauer* nicht mehr wollen. Wir dürfen insbesondere diese jungen Leute unter keinen Umständen enttäuschen.

Ich wünsche unserer Verhandlungskommission[389] – Erich *Mende,* Willi *Weyer* und den anderen – soviel Geschick, daß sie in elastischen Verhandlungen bei dieser unserer Linie vom 19. 9.[390] bleiben können.

Es ist hier heute und am vergangenen Dienstag[391] sehr viel CDU-Astrologie und sehr viel SPD-Astrologie betrieben worden. Keiner von uns weiß genau, wie diese Parteien sich letzten Endes verhalten werden. Es wird der Versuch gemacht, uns den Schwarzen Peter zuzuspielen. Wir sollen über die Frage *Adenauer* schmoren und nicht die anderen. Ich bin der Meinung, wir können es uns taktisch durchaus leisten – das haben verschiedene Vorredner schon ausgeführt –, jetzt einmal über die Frage schwarz-rote Koalition[392] die anderen schmoren zu lassen. Denn so einfach ist es weder für CDU noch für SPD,

---

384 Vgl. *Dehlers* Kritik auf S. 169–174.
385 Siehe S. 180.
386 Vgl. Nr. 17 Anm. 31.
387 Am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17.
388 Vgl. die Äußerungen *Erbes* in Nr. 17, S. 106.
389 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
390 Siehe S. 110.
391 Am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17.
392 Siehe Anm. 242 und 359.

eine solche Koalition zustande zu bringen. Das bringt eine solche Fülle von politischen, sachlichen und personellen Problemen. Vor allem stellt es die CDU vor die Frage: Wollen wir Herrn *Wehner* und Genossen auf die Regierungsbank bringen, nur um diesen 86-jährigen Starrkopf zu behalten? Diese Frage wird in der CDU sehr wohl noch einmal sehr ausführlich diskutiert werden.

Umgekehrt in der SPD wird Herbert *Wehner* erhebliche Schwierigkeiten haben, wenn er sagen muß: Die soundsoviel Stimmen für die SPD sind abgegeben worden, um Herrn *Adenauer* an der Macht zu halten. Was Herr *Wehner* von den „drei Stunden" usw. sagt[393], ist doch kalter Kaffee. Daß *Adenauer* mehr als drei Stunden aktionsfähig ist, hat er uns in den letzten zehn Tagen bewiesen, und damit wird sich auch die SPD auseinanderzusetzen haben.

Also Flexibilität im Verhandeln, aber vor allen Dingen um Himmels willen Klarheit bezüglich unserer Haltung am vergangenen Dienstag. Andernfalls kommt auf diese Partei eine Belastungsprobe zu, gegen die die von 1956 überhaupt nichts wäre.[394]

Dr. MENDE: Ich habe gehört, daß die Jungdemokraten zur Koalitionsfrage sachliche Vorschläge machen. Es ist ja selbstverständlich, daß diese sachlichen Vorschläge dem Gremium zugeleitet werden, und nicht den Agenturen der Presse.

DAUB (DJD): Wir treten am Sonntag zusammen.[395] Das Ergebnis wird am Dienstag vorgelegt werden.

(*Ertl:* Ich habe heute gehört, daß dabei auch heftige Kritik an der Partei geübt werden soll!)

– Davon ist kein Wort wahr. Wir haben in den ganzen letzten Monaten, im Gegensatz zu dem einen oder anderen vom Liberalen Studentenbund, uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Ich bin immer für eine harmonische Zusammenarbeit. Die Gruppe in München ist jenseits von Gut und Böse.[396] Wir haben die Linie der Partei, die am Anfang bei den Jungdemokraten in allen Landesverbänden nicht auf große Gegenliebe gestoßen ist – aus gefühlsmäßigen, nicht aus rationalen Gründen –, mit unterstützt. Unsere Leute haben festgestellt, daß diese Linie zu einem großen Wahlerfolg geführt hat. Diese Linie wird nach wie vor weiter unterstützt.

Ich kann nur das eine sagen, weil Sie mich darauf ansprechen – ich hätte es nicht erwähnt, weil es wie eine Drohung aussehen könnte –: Sollte die Gefahr auftreten – das ist geklärt, und davor warnen wir –, daß wir für eine Übergangszeit *Adenauer* wählen würden, kriegen Sie in der Partei eine offizielle Distanzierung der Jungdemokraten, und zwar in sämtlichen Landesverbänden.

(Widerspruch. – *Ertl:* Das stimmt nicht!)

---

393 Vgl. *Wehners* Äußerung über *Adenauers* Gesundheitszustand auf S. 146.
394 Zur Spaltung der FDP 1956 vgl. Nr. 13 Anm. 11.
395 Am 1. 10. 1961.
396 Zur Münchener Gruppe des LSD dagegen vgl. Nr. 14 Anm. 4.

– Ich kann nur feststellen, was wir am vergangenen Sonntag in unserer Hauptausschußsitzung beschlossen haben.

Dr. MENDE: Ich habe den Eindruck, die nächsten Wochen und Monate werden auch den Deutschen Jungdemokraten ernstere Sorgen machen in der Berlin- und Deutschland-Frage als die Frage der Koalition. Aber ich bin dankbar für die Aussage, die *Daub* gemacht hat und die ich bestätigen kann: daß die Jungdemokraten sich vor der Wahl, im Wahlkampf und nach der Wahl loyal an das Verhältnis zur Partei gehalten haben, genauso wie die Liberalen Studenten, mit Ausnahme von Karlsruhe und München.[397] Das muß weiter so bleiben.

Ich hoffe, wir werden Ihnen keine Gelegenheit geben, uns zu kritisieren. Diesmal werden wir gemeinsam den besten Weg suchen. Möglicherweise haben wir in drei Wochen eine Lage, die die heutige Lage so überschattet, daß wir vor einer ganz neuen Situation stehen.

Darf ich Ihnen mitteilen, was die Presse über die Agenturen bereits gemeldet hat. Ich bitte unsere Kollegen, sich beim Anhören des Textes ein Urteil zu bilden über das Niveau des Journalismus in Bonn.

(Dr. *Mende* verliest Meldungen von UPI (15.56 Uhr), von AP (17.07 Uhr)[398] und bemerkt dazu:

UPI ist die uns am wenigsten gut gesonnene Agentur; das sind die schrägsten Vögel. AP ist korrekter.

(Anschließend verliest Dr. *Mende* einen Brief von Prof. Dr. *Erhard* „an alle Haushaltungen" im Wahlkreis Cochem vom 27. 9. 1961[399], in dem es u. a. heißt:

„Aber in Wahrheit bedeutet diese Wahl in Ihrem Kreis weit mehr, denn Sie können mit Ihrer Stimme eindeutig und nachdrücklich das Votum all jener unterstreichen, die am 17. September die Fortsetzung der bisherigen Außen- und Wirtschaftspolitik der CDU/CSU gewählt haben. Sie haben es am Sonntag in der Hand, unmißverständlich jene irrige Auffassung zu korrigieren, daß es in der gut funktionierenden Demokratie einer sogenannten dritten Kraft bedürfe. Schließlich hat diese sogenannte dritte Kraft als das Zünglein an der Waage in den letzten Tagen nicht gerade ein überzeugendes Bewußtsein für ihre Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des Volkes und dem Willen des Wählers bewiesen."[400]

(Zurufe: „Unser Kanzler!" – Heiterkeit.)

---

397 Ebd.
398 Vorlage nicht erreichbar.
399 Anlaß war die Nachwahl im Wahlkreis Cochem am Sonntag, den 1. 10. 1961. Siehe Anm. 123.
400 Abgedr. in UiD 15. Jg., Nr. 39 vom 28. 9. 1961, S. 1.

Wenn Sie noch mehr wissen wollen, was am Montag zum Kanzler mitgenommen wird.[401] Ich habe hier noch einen Aufruf von Paul *Gibbert,* Präsident der Landwirtschaftskammer.[402] (Dr. *Mende* verliest den Aufruf.)

Verstehen Sie, warum ich angesichts dieser beiden Briefe gestern in Simmern[403] etwas härter und deutlicher werden mußte, als ich es normalerweise geworden wäre!

(Dr. *Mende* verliest eine Meldung von DPA, 15.52 Uhr[404] – „Als erstes fiel die Leiter vom Fernsehen um . . ." und bemerkt dazu:

Das ist eine Agentur, die sich „Deutsche Presseagentur" nennt; das ist das Niveau des deutschen Journalismus in der Bundeshauptstadt!

Wir fahren in der Aussprache zu Punkt 1[405] fort.

OLLESCH: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich erinnere mich der vergangenen Sitzung, als unser Freund *Lenz* uns neue Kollegen begrüßte und darauf hinwies, daß die frühere Fraktion der FDP sich dadurch auszeichnete, daß sie des öfteren einmal umgefallen sei.[406] Als ich gestern abend die Rundfunknachrichten hörte und dann von den Leuten, die ich draußen traf, gefragt wurde, habe ich mir gedacht: Es ist schon wieder einmal so weit, und ich hatte den Verdacht, daß das Ansprechen des Umfallens[407] schon die Entschuldigung für das sein sollte, was in Zukunft unter Umständen geschehen könnte. Man kann es sich nämlich sehr leicht machen. Wenn man sich selbst immer wieder beschuldigt, daß man auch früher schon umgefallen sei, ist es nicht mehr ganz so schlimm, wenn man auch weiter umfällt.

Ich bin Kreisvorsitzender.[408] Ich darf feststellen, daß die Handlung der FDP, die zu Mißdeutungen Anlaß gibt, die Kreisvorsitzenden am härtesten trifft. Die Kreisvorsitzenden stehen in unmittelbarem Kontakt mit dem Wähler, bei jedem Gang durch die Stadt, durch die Gemeinde. Von gestern nachmittag 5 Uhr an war der Gang durch Recklinghausen für mich eine Art Spießrutenlaufen.

(Zuruf: Nicht nur für Sie!)

Ich bin in einem Bergbaubetrieb beschäftigt, der 5 000 Belegschaftsmitglieder hat.[409] Ich habe heute morgen, als ich im Betrieb war, einiges zu hören bekommen.

Täuschen wir uns nicht. Wir können hier Sachaussagen machen, wie wir wollen. Wir können uns festlegen, daß wir erst über sachliche Dinge sprechen

---

401 Am Montag, dem 2. 10. 1961 fand das erste Koalitionsgespräch statt. Siehe Anm. 12.
402 Landwirtschaftskammer Rheinland-Nassau. *Gibbert* (CDU) war zugleich MdB für den Wahlkreis Cochem. Siehe Anm. 123.
403 Siehe Anm. 129.
404 Vorlage nicht erreichbar.
405 Bericht des Bundes- und Fraktionsvorsitzenden. Siehe S. 139–158.
406 Vgl. Nr. 17, S. 103.
407 So in der Erklärung (Abs. 3) vom 28. 9. 1961 nach Anm. 110.
408 Vorsitzender des Kreisverbandes Recklinghausen–Stadt und –Land. Vgl. BT-HANDBUCH 4. WP, 1961, S. 353.
409 *Ollesch* war Betriebsingenieur und Kokereisteiger. Vgl. BT-Handbuch, ebd.

wollen und dann über Personen.[410] In der Bundesrepublik kann man zur Zeit nicht über Politik sprechen, sondern nur über Personen, und zwar, weil wir eine Demokratie, eben die *Adenauer*-Demokratie haben, der Konrad *Adenauer* den Stempel aufgeprägt hat.[411]

Sie sprechen vom Niveau der Presse. Aber so kommt es draußen an. Es geht gar nicht um die Fortsetzung irgendwelcher Politik, um die Durchsetzung irgendwelcher Ziele auf dem Gebiet der Sozialpolitik usw., zur Zeit wenigstens nicht; es geht hier um den Bundeskanzler und um nichts anderes.

Nun haben wir eines festgestellt: In dem Nervenkrieg, der begonnen hat und von dem wir am 19. 9.[412] wußten, daß er beginnen würde, hat sich der Mann, den wir für zu alt hielten, bisher am besten gezeigt, viel besser als wir zusammen hier im Saal und viel besser als die, mit denen wir ihn ersetzen wollten. Wenn ich mir so die Kandidaten ansehe, für die wir im Bundestagswahlkampf plädiert haben, dann muß ich sagen: Von allen ist der Konrad *Adenauer* eigentlich der beste! (Heiterkeit.) Denn wenn wir uns schon dem Mann gegenüber nicht durchsetzen können, wie wollen wir mit *Kennedy*[413] und *Chruschtschow*[414] verhandeln! Ich stelle mir das einmal vor: wenn wir schon dem 86-jährigen Konrad *Adenauer* gegenüber in einer Koalitionsfrage umfallen, wie wollen wir, wenn es um das Schicksal des Volkes geht, um die schwierigsten Fragen, mit *Chruschtschow, Kennedy,* und wie sie alle heißen, in der Welt zurechtkommen, zumindest dann, wenn wir die verantwortlichen Männer zu stellen haben.

(Zuruf: Und wie soll das unser Kandidat *Erhard!*)

Unser Kandidat *Erhard*[415] wird uns jetzt um die Ohren geschlagen, und er schlägt uns selber um die Ohren.[416] Wir werden einige Mühe haben, von dem Kandidaten *Erhard* wieder herunterzukommen. Ich persönlich halte ihn nicht für einen Kanzler, Sie wahrscheinlich auch nicht.

Es wird gesagt, es ist eine neue Lage eingetreten. Der Sprecher der FDP hat gestern gesagt – das ging durch das Radio –, es sei eine neue Lage, die neu durchdacht werden müsse.[417] Welche neue Lage ist eingetreten? Wir haben am

410 Zu der Entscheidung, zuerst die Sachfragen zu klären, siehe Anm. 248.

411 Vgl. Karlheinz NICLAUSS, Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988, S. 58 ff., 66 ff., 267 ff.; Hans-Peter SCHWARZ, Adenauers Kanzlerdemokratie und Regierungstechnik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 1-2/89 vom 6. 1. 1989, S. 15–27.

412 Erste gemeinsame Beratung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP nach der Wahl. Vgl. Nr. 17.

413 Präsident der USA.

414 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der UdSSR.

415 Vgl. Nr. 17 Anm. 42.

416 Zu Erhards Verzicht auf eine Kandidatur siehe S. 152 f.

417 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 (Abs. 2) nach Anm. 110.

Montag in Düsseldorf[418] und am Dienstag[419] hier doch genau gewußt, was an Pressionen kommen wird, daß die Drohung mit der schwarz-roten Koalition kommen wird[420], daß die Drohung mit der Wahlgesetzänderung kommen wird.[421] Das wußten wir, und trotzdem waren wir der Meinung, daß wir nicht anders handeln könnten; denn der nächste Umfall kostet uns nicht nur die Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen, der kostet uns die Einheit der Partei. Täuschen wir uns nicht, die Partei ist vor die schwerste Belastungsprobe gestellt. Ich weiß nicht, wie wir in vier Jahren[422] und wie wir bei den nächsten Wahlen[423] antreten wollen, wenn die Partei sich trennt, wenn die Partei zerschlagen wird. Schätzen Sie die Austrittsdrohungen nicht zu gering ein!

Dr. MENDE: Herr *Ollesch,* nicht dramatisieren! Wir dürfen nicht offen die Partei in Frage stellen; dann fangen wir an, an uns selbst Zweifel zu haben. So ist es nicht. Ich verwahre mich dagegen, daß die Partei in Gefahr ist. Einige Hysteriker sind nervös geworden. Lassen wir nicht nach außen dringen, daß die Einheit der Partei in Gefahr ist. Malen wir nicht den Teufel an die Wand!

OLLESCH: Ich bin Kreisvorsitzender[424] und kann die Stimmung in unserer Partei ganz genau beurteilen. Glauben Sie ja nicht, daß die schwarz-rote Koalition bei der SPD so leicht unterzubringen ist! Der Umschwung, das Godesberger Programm[425], hat Unruhe genug in die SPD hineingebracht.[426] Die jungen SPD-Wähler denken noch emotioneller als wir. Das wird für die SPD sehr gefährlich. Nicht umsonst greifen sie nach dem Strohhalm der ganz großen Koalition. Auch bei der CDU ist es so ganz einfach doch nicht.

Ich bin der Meinung, daß wir das Wort „umfallen" nicht nach draußen fallen lassen sollten.[427] Wir sollten aber auch der Presse keinen Anlaß zu solchen Spekulationen geben. Das wirkt tödlich für uns; davon bin ich überzeugt.

Dr. MENDE: Meine Freunde! Wir wissen, was wir hier in zwölf Jahren an Nervenproben bestehen mußten. Es ist *Adenauer* einmal gelungen, durch aktives Eingreifen unsere Partei zu spalten.[428] *Adenauer* ist auf dem besten Wege, jetzt ohne aktives Eingreifen, nur durch seine bloße 86-jährige Existenz uns nervös zu machen.

---

418 Am 18. 9. 1961 in der Sitzung des Vorstandes der FDP Nordrhein-Westfalen, der das Wahlergebnis analysiert und sich auf eine Koalition ohne *Adenauer* festgelegt hatte. Vgl. DER SPIEGEL Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 28.

419 Am 19. 9. 1961, als Bundesvorstand und neue Bundestagsfraktion der FDP zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammentraten. Vgl. Nr. 17.

420 Siehe Anm. 242 und 359.

421 Siehe Anm. 95.

422 Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag am 19. 9. 1965.

423 Landtagswahlen 1962; siehe Anm. 283 und 284.

424 Siehe Anm. 408.

425 Vgl. AdG 1959, S. 8066–8068 (Auszug).

426 Zur innerparteilichen Diskussion nach Verabschiedung des Godesberger Programms und der durch das Programm bedingten Abgrenzung nach links vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 454–467.

427 So in der Erklärung (Abs. 3) vom 28. 9. 1961 nach Anm. 110.

428 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

Ich bitte den Freunden, die nervös werden, zu sagen, daß sie auch nach meiner „Kopiloten"-Rede in Stuttgart am 6. Januar[429] nervös wurden, und es ist doch kein Anlaß zur Nervosität gewesen. Ich habe einen Anspruch darauf, Vertrauen auch bei den Kreisvorsitzenden zu erwarten. (Beifall.) Wenn die Nervosität da ist, ist es unsere Aufgabe, von oben nach unten zu wirken und zu sagen: Nun spielt nicht verrückt, wartet doch erst ab, noch ist alles im Spiel, und fangen wir nicht an, nach oben die Nervosität weiterzugeben! (Beifall.)

ENGELHARD: Zur Geschäftsordnung! Lieber Herr *Mende,* wir wollen nun keine Pressekonferenz machen, und wir haben uns auf dieses Kommuniqué beschränkt. Die menschliche Natur ist leider etwas unvollkommen; man muß gelegentlich hinaus. Unser Freund *Starke* hält Hof in einer Runde von 40 bis 50 Journalisten, und er soll jeden Passus dieses Textes kommentieren!

Dr. MENDE: Herr *Brodeßer,* gehen Sie bitte heraus.[430] Ich habe die dringende Bitte an uns alle, daß Sie sich beim Herausgehen unter keinen Umständen in Gespräche einlassen, auch nicht auf läppische Bemerkungen wie „was ist denn los" usw. Bitte, geben Sie keine Erklärung! Wir haben keine erregte Sitzung und keine dramatische, sondern eine ausgesprochen sachliche Sitzung. Ich bitte, sich daran zu halten. Die Journalisten haben gesagt, sie würden sich das, was sie aus dem Kommuniqué an Sensationen nicht entnehmen, schon durch die Erklärungen einzelner Abgeordneter holen. Ich bitte dringend, auf die Journalisten nicht hereinzufallen. Die machen aus einem läppisch hingeworfenen Satz morgen eine Dreizentimeter-Schlagzeile, und wir erfahren außerdem, wer es war. Ich bitte dringend, lassen Sie sich nicht fangen! – Wir fahren in der Aussprache fort.

Dr. SCHNEIDER: Meine Herren Kollegen! Ich möchte auf die Sachdebatte überhaupt nicht mehr eingehen. Nur eine Bitte: welche Lehre ziehen wir aus den Vorgängen? Wenn wir eine Lehre ziehen wollen, dann müssen wir uns selber an die Brust schlagen und müssen sagen, daß diese Pressediskussion nicht von ungefähr gekommen ist. Denn zwei Dinge sind von uns, d. h. hier von Bonn in die Öffentlichkeit gestellt worden: „neue Lage", „neue Entwicklung", „neue Aspekte"[431] und das Gespräch mit Herrn *Bitzer*[432], der nach Informationen, die ich auf meine Anfrage bekommen habe, mehrere Stunden bei Ihnen war.

Dr. MENDE: „mehrere Stunden" – dazu habe ich keine Zeit, nicht einmal für Sie, Herr *Schneider,* geschweige denn für Herrn *Bitzer!*

Dr. SCHNEIDER: Gut, das war der Anfang. – Wir haben gestern morgen nach der Veröffentlichung in der „Frankfurter Allgemeinen"[433] ein Dementi gewollt. Da hat man zurück telefoniert: Wir haben eine neue Lage, es sind neue

429 Vgl. Nr. 9 Anm. 4.
430 Die Anwesenheit von *Brodeßer* ist nur durch diese Bemerkung belegt. Siehe Anm. 2.
431 Siehe S. 153, 157.
432 Siehe Anm. 116.
433 Ebd.

Entwicklungen, es kann kein Dementi gegeben werden![434] – Das war die Ursache.

Ich möchte feststellen, daß keines der Vorstandsmitglieder gefragt, gehört oder in irgendeiner Weise damit befaßt worden ist, weder *Kohut* noch *Lenz* noch meine Wenigkeit[435] oder sonst jemand. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß das herauskommt.

Wenn der Herr Vorsitzende an uns die Bitte richtet, nicht nervös zu werden und die Presse nicht zu informieren, dann möchte ich nur die Bitte zurückgeben und möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, wenn er meint, es sei eine neue Lage und es müsse etwas in die Presse kommen, daß er sich dann mit uns berät. Das ist meine Bitte, die aus den Ereignissen zweifellos begründet erscheint. Denn ohne die Gespräche mit *Bitzer*[436] und mit anderen Leuten wäre es wahrscheinlich heute nicht zu dem Wirbel gekommen. Die haben den Aufhänger benutzt: „neue Lage, neue Aspekte, überprüfen, *Mende* bereitet vor" – so stand es in der Zeitung.[437]

Daß das von der Geschäftsstelle oder Geschäftsführung um den Vorsitzenden herum nun gewollt war, ergibt sich aus Fernschreiben und aus Erklärungen, die wir gestern, weil wir für unsere Zeitung etwas haben wollten, bekommen haben. Also von ungefähr kam das nicht. Wir haben jetzt auf den Wirbel hingewiesen. Jeder, der einen Verband oder einen Kreis führt, muß mit dieser, entschuldigen Sie, „Sauerei" fertig werden. Denn eine „Sauerei" ist es für uns draußen.

Ich möchte für die Besprechung mit Herrn *Adenauer*[438] noch ein Exemplar der „Christlichen Rundschau" – das ist die Zeitung der CDU im Saarland – mitgeben, die einen Artikel veröffentlicht hat: „Schach den *Adenauer*-Mördern!".[439] Das sind wir, die „*Adenauer*-Mörder"! In diesem Artikel heißt es: „Jetzt gilt es, gegen den Haß der Liberalen Konsequenz zu zeigen. Gegen ihr Kampfgeschrei „Der Alte muß weg!" setzen wir kühl und unserer Verantwortung voll bewußt: „Schach den *Adenauer*-Mördern!" Wir wissen, daß an der Saar ... 50 % hinter diesem Schwur stehen."[440]

So ist die Situation. Ich glaube, wir sollten ohne weitere Vorwürfe für die Zukunft die Konsequenzen ziehen.

Dr. MENDE: Ich möchte nochmals bitten, draußen keine Pressekonferenzen abzuhalten. Zwei Kollegen aus unserem Kreis haben bereits zwei völlig voneinander abweichende Interpretationen abgegeben. Ich bitte Sie, für morgige Pressemeldungen nicht mich verantwortlich zu machen, auch nicht Herrn *Bit-*

---

434 Nicht in der Literatur erwähnt.
435 *Bitzer* hatte in seinem Zeitungsartikel *Kohut, Lenz* und *Dehler* namentlich genannt. Siehe Anm. 118.
436 Siehe Anm. 116.
437 Ebd.
438 Koalitionsgespräch am 2. 10. 1961; siehe Anm. 12.
439 „Schach den ‚Adenauer-Mördern'", in: DIE RUNDSCHAU. Neue Wochenzeitung für christlich-demokratische Politik 4. Jg., Nr. 38 vom 22. 9. 1961, S. 1 (UB Saarbrücken).
440 Ebd.

*zer*[441], Herrn *Dürr*[442] oder Herrn *Schollwer.*[443] Herr *Starke* und ein zweiter Kollege sollen draußen Erklärungen abgegeben haben.

Dr. STARKE: Ich habe draußen einwandfrei, weil die Leute mich angesprochen haben, nichts anderes gesagt als Sie: Sie können sich auf nichts anderes beziehen als auf das, was in dieser Entschließung[444] steht, die Sie in der Hand haben. Ich habe gesagt: In dieser Entschließung steht etwas, was Sie schriftlich von damals in der Hand haben; und das hat mir einer vorgelegt, nämlich die Meldung vom 19. 9.[445] – Das ist alles, was ich gesagt habe, und nichts anderes. Ich glaube, es ist völlig das, was wir wollen.

Dr. MENDE: Wir verpflichten uns, keine weitere Interpretation zu geben, sondern auf dieses Kommuniqué zu verweisen und es damit seine Bewandtnis haben zu lassen.

Ich darf Herrn *Schneider* noch sagen: Die Erklärung, die Herr *Dürr* als Sprecher herausgab[446], ist nicht zuletzt auf Grund einer Anfrage der Saar herausgegeben worden, die wissen wollte, wie sie ihre neueste Nummer „Deutsche Saar" aufmachen sollte. Die neue Lage ist in der Tat entstanden durch die Mittwoch-Sitzung der CDU/CSU[447] und durch die Donnerstag-Sitzung der SPD.[448] Wenn das keine neue Lage ist, wenn zwei Fraktionen neue Entscheidungen getroffen haben – die eine einstimmig und die andere einstimmig die Drei-Parteien-Regierung –, dann weiß ich nicht, was noch als „neue Lage" bezeichnet werden kann. Wenn Sie in Zukunft auf Ihre Anrufe keine Erklärung bekommen, dann nicht, weil keine neuen Lagen sind, sondern weil wir uns nicht mehr der Fehlinterpretation aussetzen wollen.

Wir fahren in der Aussprache fort. – Dr. *Haußmann!* – Ist nicht da! – Dr. *Ehrich!*

Dr. EHRICH: Ich möchte mich grundsätzlich den Äußerungen unserer Freunde *Weyer*[449] und *Engelhard*[450] anschließen und dabei nur eines erklären. Wir haben uns kurz nach der damaligen Sitzung[451] in unserem höchsten Parteigremium des Landesverbandes Bremen zusammengefunden und haben uns einstimmig hinter diesen Beschluß[452] gestellt. Ich habe nach Rückfragen vor meiner Reise hierher auch festgestellt, daß wir grundsätzlich bei diesem Beschluß bleiben. Aus diesem Grunde begrüße ich die Entschließung, die hier angenommen

441 Siehe Anm. 116.
442 Siehe Anm. 298.
443 Siehe Anm. 296.
444 Wohl die Entschließung vom 19. 9. 1961. Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.
445 Vgl. „Freie Demokraten berieten die Folgerungen aus der Bundestagswahl", in: fdk Nr. 152/61 (T) vom 19. 9. 1961, S. 1 f.
446 Siehe die Erklärung vom 28. 9. 1961 nach Anm. 110.
447 Fraktionssitzung der CDU/CSU am 27. 9. 1961. Siehe S. 151 f.
448 Fraktionssitzung der SPD am 28. 9. 1961. Siehe S. 153.
449 Siehe S. 174–179.
450 Siehe S. 182–185.
451 Gemeint ist wohl die gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion der FDP am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17.
452 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.

worden ist.[453] Ich hätte sie vielleicht noch etwas schärfer gewünscht. Aber wir mußten uns auf eine Formulierung einigen, der alle zustimmten. Insofern bin ich froh, daß wir eine solche Entschließung gefaßt haben.

Dr. ACHENBACH: Lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, daß ich gar nicht nervös bin. Aber nach der Lektüre der verschiedenen Pressemeldungen habe ich mich gefragt, was haben wir denn nun eben beschlossen? Da ist in unserem Kommuniqué der Satz entscheidend:

„Die von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion eingesetzte Verhandlungskommission wurde beauftragt, mit den Christlichen Demokraten auf der Grundlage dieser Koalitionsbedingungen[454]

– die Herr *Lenz* vorgetragen hat[455] –

und des am 19. 9. 1961 einstimmig gefaßten Beschlusses[456] zu verhandeln."

Nun unterrichten Sie mich bitte doch noch einmal darüber, damit ich es ganz genau weiß, was der Beschluß vom 19. 9. bedeutet. Nach meiner Erinnerung bedeutete er, ohne daß ich ihn jetzt qualifizieren will: Der Alte soll nicht mehr Bundeskanzler bleiben! – Ist das richtig? (Ja-Rufe.) – Schön!

Wenn das also nun feststeht, müssen wir uns fragen, wie wir dieses durchsetzen können. Denn so sehr, Erich *Mende,* ich voller Vertrauen zu Dir bin und eigentlich auf meine Wortmeldung verzichten wollte, um Dich am Montagabend im Fernsehen zu hören[457], so bin ich der Meinung, daß auch Du die Quadratur des Zirkels nicht lösen willst, und darum geht es doch nun einmal.

Lassen Sie mich hier einen Bericht über meine Eindrücke in Straßburg[458] einblenden. Was sagen die Ausländer? Ich habe mich mit einer Reihe von englischen Abgeordneten, mit denen ich mich im Laufe der Zeit angefreundet habe, unterhalten, u. a. auch mit dem Sohn von *Macmillan.*[459] Da habe ich sehr klar den Eindruck gewonnen, daß, wenn der *Adenauer* nun aufhört, sie das als ganz normal empfinden; denn auch sie haben Herrn *Churchill* gebeten, doch freundlichst aufzuhören, der ebenfalls nicht wollte.[460]

Am Mittwoch[461] haben wir die französische Delegation eingeladen, weil wir gerade von uns aus die besonders herzlichen Beziehungen zu Frankreich, ganz abgesehen vom Parteipolitischen, noch einmal unterstreichen wollten. Einen Teil der französischen Abgeordneten kenne ich schon von früher sehr gut. Wir

---

453 Siehe S. 180.
454 Ebd.
455 Siehe S. 158–168.
456 Siehe Anm. 452.
457 Nach dem Koalitionsgespräch am 2. 10. 1961; siehe Anm. 12.
458 Siehe Anm. 232.
459 Maurice *Macmillan* (Kons.), Sohn des brit. Premiers Harold *Macmillan.* Vgl. CONSEIL DE L'EUROPE, Compte rendu des débats, Bd. II, 1961, S. X.
460 *Churchill,* brit. Premier 1940–1945 und 1951–1955. Vgl. Election address. A Speech at Woodford 16 May 1955, in: SIR WINSTON CHURCHILL, Post-War Speeches, vol. 3 (Collected Works, vol. 30), London 1975, S. 251–256.
461 Am 27. 9. 1961.

haben sehr vertrauensvoll gesprochen. Auch sie verstanden ganz ungewöhnlich klar, daß man normalerweise mit 86 Jahren nicht noch einmal in einer kritischen Situation betraut wird, also entgegen der These der CDU.

Daß das Aufhören des Herrn *Adenauer* einen enormen Vertrauensschwund im Westen mit sich bringen würde, diese These[462] ist ganz schlicht nicht richtig. Gehen wir doch bitte zunächst einmal davon aus.

Als zweites muß ich Ihnen über die Eindrücke berichten, die ich dort von anderen Leuten bekommen habe. Leider – in Zukunft wird das ja anders sein – war ich ja allein für die Freien Demokraten im Europarat auf Grund des boshaften Belgiers *d'Hondt*.[463] Nun waren die führenden Abgeordneten der SPD da, und die haben natürlich alle auf mich eingeredet, und die von der CDU auch: *Kopf*[464], *Wahl*[465], Carlo *Schmid*[466], *Erler*[467], *Harm*[468], und wie sie alle heißen. Carlo *Schmid* hat mir gesagt: „Wenn unsere Leute die schwarz-rote Koalition machen wollen, bin ich mit ihnen fertig", wobei ich hinzufügen möchte, daß ich auch nicht eine Sekunde lang ihm geglaubt habe.[469] – Herr *Erler* hat mir gesagt, und das ist sehr viel vernünftiger: „Sie werden doch nicht annehmen, daß wir Ihnen helfen, den *Adenauer* herauszulassen, damit Sie dann allein mit der CDU eine Koalition machen!" Ich habe gesagt, dafür hätte ich in der Tat volles Verständnis. – Er hat aber auch hinzugefügt, wenn wir jetzt das Bedürfnis hätten, mit ihnen zu sprechen, selbstverständlich wären auch sie gegen *Adenauer,* und an sich hätten wir ja zusammen die Mehrheit; die CDU habe nur 45 %, wir hätten zusammen 55 % oder mehr.[470] Mit anderen Worten, wenn wir den alten Herrn auf das Trockene setzen wollten, sei es nicht weiter gefährlich, und sie seien selbstverständlich auch durchaus bereit, einen nicht-sozialistischen Kanzler zu akzeptieren; vom Sozialismus – das habe ich auch nicht unbedingt geglaubt – wollten sie sowieso ja nichts mehr wissen.

Wir müssen uns doch über folgendes klar werden. Es ist uns gelungen, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Um diese hat der *Adenauer* gekämpft, und das deutsche Volk ist ihm nicht gefolgt. Die normale Sache in solch einer Situation wäre eine SPD-FDP-Regierung. Das geht nicht, weil wir uns festgelegt haben, und ich stehe persönlich voll hinter diesem Beschluß; das ist klar.

Wie aber soll die Quadratur des Zirkels gelöst werden, daß wir Herrn *Adenauer* nicht mehr wollen? Ich habe schon am Montag in Düsseldorf[471] darauf

---

462 So etwa der Abg. *Kopf* (CDU); siehe S. 169.
463 Victor *d'Hondt* entwickelte das nach ihm benannte Höchstzahlverfahren für die Verteilung der Sitze in Vertretungskörperschaften bei der Verhältniswahl.
464 Siehe Anm. 233.
465 Eduard *Wahl* (CDU), Rechtsexperte der CDU. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 732, 836.
466 Carlo *Schmid* (SPD), stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion; 1. Vizepräs. des Deutschen Bundestages.
467 Fritz *Erler* (SPD), stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion.
468 Walter *Harm,* MdB (SPD). Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 1116.
469 Siehe *Mendes* Bericht über sein Gespräch mit Willy *Brandt* am 27. 9. 1961 auf S. 147 f.
470 Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1961. Siehe Nr. 17 Anm. 3.
471 Siehe Anm. 418.

hingewiesen, die sicherste Methode, daß die CDU sich um ihm schart, sei die, zu erklären, wir wollten ihn nicht. – Mein Freund Thomas *Dehler* wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage: So haben auch wir uns verhalten, als die CDU ihn angriff. So ist es doch gewesen; das war sonnenklar.

(Zuruf von Dr. *Dehler*.)

– Sie meinen, mit kleinen Einschränkungen? Vielleicht ist es bei der CDU auch so. Aber normalerweise ist das die Reaktion.

Jetzt hatten wir es nun fertiggebracht, den Alten wieder fest in den Sattel zu setzen. Dann haben wir von einem Minderheitskabinett geredet. Das war nun vollkommen töricht. Denn unsere Verfassung sagt ganz deutlich, daß der einmal gewählte Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt.[472] Das heißt, wenn er drin ist, macht er verfassungmäßig, was er will. Und da er nun besonderen Wert darauf legt, wirklich zu tun, was er will, solange er drin ist, haben wir bei einem Minderheitskabinett nur noch den Ausweg, den Coup von Düsseldorf noch einmal über die Bühne gehen zu lassen[473], und dazu haben wir alle keine besondere Neigung.

Das heißt mit anderen Worten: Wenn Herr *Adenauer* einmal gewählt ist, ist er vier Jahre drin. Das hängt dann nur von ihm allein ab.

(Zuruf: Und vom lieben Gott!)

Eine etwaige Koalitionsvereinbarung, daß er nach einem Jahr geht, braucht er nach unserer Verfassung nicht zu respektieren.[474] Da er sich ja nicht nach normalen Ehrengesichtspunkten richtet – er hat ja gesagt, daß die Gerissenheit in der Politik von großer Bedeutung ist –, ist also nicht damit zu rechnen.

Es kommt hinzu, daß wir in einer so kritischen außenpolitischen Lage selbstverständlich keine lahme Ente als Bundeskanzler haben dürfen. Wenn die Leute draußen wissen, daß der Bundeskanzler etwa nur noch sechs Monate da ist, dann sagen sie sich: dann sprechen wir erst einmal mit diesem oder jenem etwa möglichen Nachfolger und vielleicht noch mit fünf anderen! Dann wird man draußen sagen: Was die Deutschen wollen, haben wir zwar auch bisher schon kaum herausbekommen; aber in Zukunft werden wir es gar nicht wissen.

Wir müssen uns klar entscheiden, was wir denn nun wirklich wollen. Wenn wir Herrn *Adenauer* nicht haben wollen, dann geht das – das versichere ich Ihnen – nur dadurch, daß wir uns mit der SPD abstimmen, und zwar in Richtung eines Drei-Parteien-Kabinetts, mit der Begründung, wegen des nationalen Notstandes sei es nötig, die nationale Konzentration zu machen.[475]

Ich darf Sie warnend darauf aufmerksam machen, daß uns gegen eine solche Darlegung seitens der beiden anderen Parteien, mit der die ja ihr Gesicht wahren können, auch die SPD, kein Argument zur Verfügung steht. Denn wir ha-

---

472 Vgl. Art. 65 GG [Verteilung der Verantwortung].
473 Siehe Anm. 82.
474 Zu der vereinbarten Interimslösung vgl. Nr. 17 Anm. 99.
475 Zur Verwendung der Begriffe „nationaler Notstand" und „nationale Notlage" im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1961 vgl. Nr. 6, S. 38, 40 und Nr. 8, S. 49.

ben im Jahre 1958 den nationalen Notstand proklamieren wollen[476] und können doch bei Gott nicht behaupten, es sei seitdem besser geworden.

(Zuruf: Wer soll dann Bundeskanzler werden?)

– Lieber Herr *Graaff*, darüber jetzt zu reden, ist gar nicht nötig. Für mein Gefühl läßt sich eine Allparteienregierung bilden, in der Herr *Brandt* gar nicht drin ist.[477] Ich will Ihre Frage im Moment noch nicht beantworten. Ich komme nachher darauf zurück.

Ich will Ihnen zuerst einmal sagen, warum ich der Meinung bin, daß unter allen Umständen eine schwarz-rote Koalition verhindert werden muß. Nicht, weil der Industrie das nicht gefällt[478] – da bin ich unabhängig genug –, sondern weil Herr *Brandt* ein noch schärferer „kalter Krieger" ist als Herr *Adenauer*.[479] Wenn diese beiden Leute zusammenkommen, wird an der Außenpolitik, die uns in diese unglückliche Situation gebracht hat, nichts geändert werden, und wir sind auf absehbare Zeit in einer ganz schlimmen Lage. Aus der Verantwortung vor der Nation können wir das nicht zulassen. Denn, meine Damen und Herren, in der Außenpolitik hat nun einmal die FDP die richtige Konzeption gehabt; das ist doch wohl nicht zu bestreiten.

Da habe ich eine große Bitte an Erich *Mende*. Es wird Dir nicht entgangen sein, daß der Herr *Strauß*, unser großer Freund, der über 50 Abgeordnete verfügt – was ihn natürlich in den Augen des Herrn *Adenauer* als einen verhältnismäßig kleinen Mann erscheinen läßt –, gesagt hat, er hoffe, daß sich in der Außenpolitik die Auffassungen von Erich *Mende* in der FDP durchsetzen[480]; dann wäre es ja möglich, und dann kommen natürlich die Erklärungen von Herrn *Rasner* dazu.[481]

Nun ist das natürlich eine Erklärung, die Herr *Strauß* nicht abgeben darf und kann, denn sie entspricht nicht der Wirklichkeit. Es gibt in der Außenpolitik im Rahmen unserer Fraktion meines Wissens nur eine einheitliche Auffassung. Sie ist niedergelegt in den einmütigen Beschlüssen der letzten Jahre.[482] Darauf

476 Das „Programm des nationalen Notstands" zielte auf eine Regierungspolitik, die im ständigen Einvernehmen mit den Alliierten, unter beratender deutscher Mitwirkung und in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament zu einem Friedensvertrag für Deutschland und zur Annahme des polnischen Verhandlungsangebotes über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa führen würde. Abgedr. in 3. BT Sten. Ber., Bd. 40, 21. Sitzung vom 25. 3. 1958, S. 1151 C *(Mende)*.

477 Zur Option der SPD für eine Allparteienregierung vgl. Nr. 17 mit Anm. 50.

478 Vertreter der Industrie befürworteten eine Koalition aus CDU, CSU und FDP unter *Adenauer*. Siehe Anm. 115.

479 Vermutlich Anspielung auf ein Interview *Brandts* mit dpa vom 26. 9. 1961. Presseberichten zufolge hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, damals noch kein Befürworter der Entspannungspolitik, darin erklärt, daß die Bundesrepublik eine Teilung Deutschlands nicht anerkennen werde, weil sie sich damit in Widerspruch zum Volke setzen und die Verfassung brechen würde. Vgl. „Teilung nicht anerkennen", in: Die Welt Nr. 225 vom 27. 9. 1961, S. 2.

480 Nicht ermittelt.

481 Siehe Anm. 252.

482 Vgl. z. B. Nr. 1 Anm. 25 (Entschließung zur Berlin-Frage), Nr. 5 Anm. 19 (Beschluß betr.

sind wir alle verpflichtet. Wir müssen deshalb sehr darauf achten, daß andere Leute nicht, was sie ganz gern tun, außenpolitische Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Fraktion konstruieren können.

Sie werden den Druck erleben: die FDP muß die Außenpolitik schlucken. Sie haben das sogar jetzt an den Thesen von Herrn *Erhard* gesehen.[483] Aber das geht nun wirklich einfach zu weit. Das ist nicht drin. Ich kann nicht etwa einer Regierung zustimmen, in der wir sagen würden: Die Außenpolitik des Herrn *Adenauer* in den letzten vier Jahren[484] war prima, und sie wird unser Volk nun wirklich endgültig auch zur Wiedervereinigung bringen.

Ich meine, es ist ganz klar, daß, wie die Dinge sich entwickelt haben, die FDP das Außenministerium verlangen muß, und zwar für Erich *Mende*[485], der immer die politischen Erklärungen zur Außenpolitik abgegeben hat. Das erscheint mir absolut klar. Denn wenn wir in eine Koalition mit der CDU gehen, und wir haben einen CDU-Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, und obendrein etwa noch einen Mann wie *Brentano,* den wir ja alle kennen[486] –, das geht doch wohl offenbar nicht. Aber da müssen wir uns auf Kämpfe gefaßt machen, denn die anderen werden das alles behalten wollen. Wir können uns doch nur durchsetzen im Rahmen eines All-Parteien-Kabinetts; das können wir der Öffentlichkeit verkaufen, denn unsere Nation ist wirklich in Gefahr.

Wenn wir das aber wollen, also Herrn *Adenauer* beseitigen und ein Drei-Parteien-Kabinett auf die Beine stellen wegen des von uns als ersten erkannten nationalen Notstandes[487], dann müssen wir schnell mit der Sozialdemokratie verhandeln; denn sonst werden wir beide gegeneinander ausgespielt.[488] Was wir selbstverständlich nicht können, ist eine SPD-FDP-Regierung. Das haben wir den Wählern versprochen.[489] Aber das Kabinett des nationalen Notstandes widerspricht nicht unserer Wahlaussage. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es ist die einzige praktische Art, um von unseren Vorstellungen etwas zu retten.

Ich bin an Parteidisziplin gewöhnt. Wenn Sie anders entscheiden wollen, füge ich mich selbstverständlich der Parteidisziplin. Aber eines sage ich Ihnen: Machen Sie sich bitte nichts vor! Wenn Sie nicht gewillt sind, aus der Haltung,

---

Ausbau der NATO), Nr. 8 Anm. 18 (Kommuniqué betr. Ausrüstung der NATO mit konventionellen Waffen und taktischen Atomwaffen).

483 Vgl. Rede *Erhards* zur Eröffnung der Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung in Berlin vom 28. 8. 1961 (NL Erhard 1563); Rede *Erhards* auf einer Großkundgebung der CDU in Saarbrücken am 2. 9. 1961, in: Saarbrücker Landeszeitung vom 4. 9. 1961 (NL Erhard 1563).

484 Von 1957 bis 1961 hatte die CDU/CSU die absolute Mehrheit im Bundestag.

485 Im 4. Kabinett *Adenauer* behielt die CDU dieses Ressort; *Mende* übernahm erst nach dem Rücktritt *Adenauers* 1963 ein Ministeramt.

486 Vgl. Nr. 17 Anm. 113.

487 Siehe Anm. 475.

488 Siehe Anm. 242 und 359.

489 Vgl. Nr. 17 mit Anm. 47.

daß wir *Adenauer* nicht wollen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen und ihn praktisch auszumanövrieren, dann manövriert er Sie aus!

(Dr. *Dehler:* Wir gehen doch in die Verhandlung über eine CDU-FDP-Koalition!)

Dr. MENDE: Die Erwägungen *Achenbachs*[490] sind interessant. Ich kann mir denken, daß sie am 6. oder am 13. Oktober[491] die Hauptthemen sein werden. Mein Gefühl sagt mir, daß die Entwicklung möglicherweise genau darauf zusteuert.

Aber ich bitte dringend, den Vorschlag sofort wieder zu vergessen, daß ausgerechnet ein FDP-Außenminister Liquidator einer falschen Außenpolitik sein muß.[492] (Zustimmung.) Meine Unterschrift unter das, was kommt, oder Ihre Unterschrift oder irgend eines anderen FDP-Ministers, möchte ich in den kommenden Monaten niemandem zumuten wollen, nicht einmal meinem erbittertsten Gegner. Das, was die CDU an außenpolitischen Entscheidungen vorbereitet hat, muß ein CDU-Außenminister, ganz gleich wie er heißt, auch unterschreiben. Entschuldigen Sie, Ernst *Achenbach,* bei 100 % ist leider an 90 % nichts mehr zu ändern, weil das fixe Faktoren geworden sind; variabel sind nur 10 %.

Wenn ich am Montag mit Willi *Weyer* zum Bundeskanzler gehe[493] und das Thema Außenpolitik sofort erwähnt wird, werde ich ihm die Frage beantworten müssen – er hat den Vortrag *Dehlers*[494] vorliegen –: Was verstehen Sie unter „neuer Außenpolitik"?

(Dr. *Dehler:* Das habe ich nicht gesagt!)

Unter „neuer Außenpolitik" wird uns unterstellt: Rapallo[495], mit den Russen zu sprechen, Neutralisierung, Schaukelpolitik. So wird die FDP in französischen, italienischen und schweizerischen Zeitungen unter Verwendung der Namen *Dehler* und *Achenbach,* zum Teil auch *Döring,* zum Teil auch *Mende,* bereits als ein „fellow traveller" in Richtung Moskau, in Richtung Ost-Berlin abgestempelt.

Ich habe daher, als *von Danwitz*[496] mich fragte: „Was heißt neue Außenpolitik?", das gesagt, was ich auch morgen wörtlich dem Bundeskanzler sagen

490 Vorredner.
491 Vgl. Nr. 19.
492 Siehe Anm. 485.
493 Am 2. 10. 1961. Siehe Anm. 12.
494 Vermutlich der Rundfunkvortrag „Über die parlamentarische Lage nach der Bundestagswahl vom Standpunkt der FDP aus gesehen", in: Hessen II/20. 9. 1961/20.00 Uhr/He „Politisches Interview" (NL Dehler N 1-2697, ADL).
495 Deutsch-sowjetischer Vertrag von Rapallo, abgeschlossen am 16. 4. 1922 im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz von Genua vom 10. 4. bis 19. 5. 1922. Zu seiner bis heute umstrittenen Bedeutung vgl. Peter KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 147–183.
496 Bezugnahme auf ein Interview *Mendes* mit *von Danwitz,* ausgestrahlt vom WDR im Rahmen der Sendung „Woche in Bonn" am 24. 9. 1961 um 19.30 Uhr. Ludwig *von Danwitz* war Leiter des Studios Bonn des WDR. Vgl. Wortlaut des Interviews 2 S. (ADL, Handakte Schollwer 6952/31).

werde: Es gibt keine außenpolitichen Meinungsverschiedenheiten, die einen Kompromiß zwischen CDU und FDP erschweren. – Ich habe weiter gesagt: „Wir haben die wesentlichen außenpolitischen Grundlagen vom Beitritt zum Petersberger Abkommen[497], zum Europarat[498] bis zur NATO[499] mit unseren Stimmen in der ersten und zweiten Bundesregierung mit zu verantworten. Wir stehen zu diesen Dingen. Insofern ist das Schlagwort von einer „neuen Außenpolitik" falsch. Es kann keine neue Außenpolitik geben, sondern auch die zukünftige Außenpolitik muß auf den Grundlagen und Prinzipien der Zusammenarbeit mit der freien Welt, muß auf dem Atlantischen Bündnis[500] und muß auf enger politischer, wirtschaftlicher, technischer, militärischer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, kurzum mit der freien Welt basieren. Jeder Gedanke einer Schaukelpolitik, jeder Gedanke des Verlassens der Basis des Atlantischen Bündnisses wäre tödlich. Die Freie Demokratische Partei wird an diesen Prinzipien der Zusammenarbeit mit der freien Welt unabdingbar festhalten. Die Frage ist nur, ob man vielleicht bessere Methoden anwenden könnte; aber das ist keine „neue Außenpolitik". In der Atlantischen Gemeinschaft, bei der Zusammenarbeit mit der freien Welt ist es vielleicht erwägenswert, mehr als bisher zur Aktion überzugehen und nicht immer nur auf die andere Seite zu reagieren. Aber in den Prinzipien wird es keine Gegensätze geben, schon deswegen nicht, weil die Grundlagen vor zehn, vor acht Jahren in gemeinsamer Verantwortung gelegt wurden."

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns dagegen verwahren und davor schützen, daß uns eine Schaukelpolitik mit den Russen und eine isolierte Neutralität vor der ganzen Welt bescheinigt wird. Das wäre allerdings tödlich. Ob es im Einvernehmen mit unseren Partnern gelingt, neue europäische Sicherheitskonstruktionen zu finden, ob neue Abrüstungszonen, ob neue Gedanken hinsichtlich kontrollierter Abrüstungsräume diskutiert werden, das kann nicht der Initiative der FDP entspringen, sondern nur dem Atlantischen Bündnis, insbesondere den Vereinigten Staaten, die längst dabei sind, diese neuen Entwicklungen zu formulieren.[501] Wenn ich damit beginne, bringe ich mich in die Gefahr einer tödlichen Schaukelpolitik. Diesen Trumpf möchte ich Herrn *Adenauer* nicht geben. (Beifall.)

(Dr. *Achenbach:* Darf ich dazu Stellung nehmen?)

Dr. DEHLER: Ich habe nicht von „neuer Außenpolitik" gesprochen. Ich habe unsere Wahlaufrufe zitiert. Haben Sie meine Reden[502] nicht gelesen? – Ich habe mit keinem Wort eine neue Außenpolitik verlangt. Wenn sich jemand an die Aussagen der Partei hält, dann ich. Das haben Sie mir doch vorgeworfen!

---

497 Die Hohen Kommissare und der Bundeskanzler unterzeichneten das Abkommen am 22. 11. 1949. Abgedr. in AdG 1949, S. 2143 A.

498 Der Deutsche Bundestag beschloß den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat am 15. 6. 1950. Vgl. AdG 1950, S. 2435 C.

499 Siehe Anm. 39.

500 Ebd.

501 Vgl. Nr. 17 Anm. 94.

502 Siehe Anm. 494.

Dr. ACHENBACH: Ich hatte das Wort, und ich darf dazu etwas sagen. – Was Erich *Mende* eben ausgeführt hat, wird von mir völlig unterstrichen; es geht nur an der Sache vorbei. Morgen geht es um unsere Auseinandersetzung mit der CDU. Die französischen und englischen Parlamentarier im Europarat[503] haben längst begriffen, daß die Ziele der CDU und FDP und SPD identisch sind und daß es nur um die Methode geht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an einem Beispiel erhärten. Wir haben das russische Memorandum vom 17. Februar[504] bekommen. Da stand drin: Unsere Vorschläge sind kein Ultimatum. Die Bundesregierung hat bis zum 13. Juli gewartet.[505] Wir hatten verlangt, es sollte vorher darüber beraten werden. Die Regierung hat dem zugestimmt, und es sollte ein Termin im Auswärtigen Amt stattfinden. Dieser Termin hat am 13. stattgefunden, aber am 12. hat die Regierung ihre Note abgegeben, ganz allein. Und was steht da drin – nur zwei Sätze. Erster Satz: Die Sowjetregierung fordert uns auf, neue Vorschläge zu machen. Zweiter Satz: Die Sowjetregierung wird aber nur solche Vorschläge als konstruktiv ansehen, die die deutsche Spaltung besiegeln.[506]

Das mag ja zutreffen, aber aus der russischen Note kann sie das nicht beweisen. Wenn man sich vorstellt, daß das Memorandum und unsere Antwort in Kairo, in Südamerika oder bei unseren eigenen Verbündeten genau studiert werden, kann man nur mit den Ohren schlackern ob dieser Dummheit.

Es liegt jetzt folgendes vor: Die letzte russische Note vom 3. August, in der sie wieder um Vorschläge bitten[507], ist immer noch nicht beantwortet. Wir, die Freie Demokratische Partei, haben immer wieder Vorschläge gemacht, immer wieder die gleichen, von uns allen gemeinsam beschlossen.[508] Das haben die Franzosen und Engländer, mit denen ich gesprochen habe[509], völlig verstanden.

Das deutsche Problem hat drei Aspekte, die nur gleichzeitig gelöst werden können. Das sind: die deutsche Ostgrenze, der Militärstatus Deutschlands und das unverrückbare Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung.[510] Das geht nur in einer neuen Deutschland-Konferenz. Und warum, ums Verrecken, sagen wir nicht: Wir wollen das! Wir sind ja neurotisch; die Leute wackeln mit den Köpfen!

---

503 1961 gab es dort 17 französische und 18 britische Parlamentarier. Vgl. CONSEIL DE L' EUROPE, Compte rendu des débats, Bd. II, 1961, S. VI, X.

504 In der Vorlage irrtümlich: 17. November. Memorandum zur Deutschland-Frage, abgedr. in AdG 1961, S. 9141 D Ziffer 1.

505 Antwortnote der Bundesregierung, der UdSSR übermittelt am 12. 7. 1961. Abgedr. in AdG 1961, S. 9216 B.

506 Ebd.

507 Sowjetisches Memorandum an die Bundesregierung, übermittelt am 3. 8. 1961. Abgedr. in AdG 1961, S. 9261 A.

508 Vgl. u. a. die Entschließungen zur Berlin-Frage in Nr. 1 (TOP 2), Nr. 6 (vor TOP 1).

509 Gemeint sind die Parlamentarier im Europarat; siehe Anm. 503. *Achenbach* selbst war dort stellv. Mitglied; siehe Anm. 232.

510 Dieser Zusammenhang erhellt u. a. aus dem Deutschland-Plan der FDP von 1959. Vgl. Nr. 2 Anm. 21.

Es geht um die Methode, Erich[511], und um nichts anders. Es geht in gar keiner Weise darum, daß wir uns von der CDU in den Zielen unterscheiden. Wir alle wollen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wir wollen die Wiedervereinigung nicht, wenn es nicht in Freiheit möglich ist. Aber der Westen hat bis zum heutigen Tage noch nicht ernsthaft verhandelt. Das ist so. Das kann man der Bundesregierung nicht vorwerfen bis zum Jahre 1955.[512] Denn damals standen im Westen die Leute auf dem Standpunkt: lieber das halbe Deutschland als das ganze so ein bißchen unsicher. Aber seitdem haben wir das Bündnis geschlossen.

Deshalb, Erich, die beiden Punkte, die ich als Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen habe[513]; sie sind richtig. Aber Du mußt Dich hüten, daß am Ende nicht der Eindruck entsteht, daß in der FDP verschiedenartige Auffassungen über Außenpolitik herrschten. Das ist nicht der Fall.

Im Ziel unterscheiden wir uns nicht von den anderen Parteien. Wir sagen nur: Benehmt euch doch wie verständige Leute und seid doch nicht dämlich; schiebt doch wenigstens den Schwarzen Peter den anderen zu! – Wenn wir jetzt plötzlich sagen, *Adenauer* habe alles großartig gemacht, dann muß ich sagen, das wäre das Ende jeder Politik; das kann man nicht vertreten.

Dr. MENDE: Diese Idiotie wird ja niemand formulieren; denn die Ereignisse bestätigen ja uns und nicht die anderen. Aber ich muß es beweisen; sonst kann man uns als die unsicheren Kantonisten hinstellen.

(Dr. *Achenbach:* Das muß man offensiv tun!)

Kollege *Dehler* hat den Arbeitskreis Außenpolitik einberufen. Wir haben morgen die Möglichkeit, uns darüber zu unterhalten.[514]

Dr. KOHUT: Was für die Außenpolitik gilt: nicht schaukeln, sollte für die Haltung der Partei im allgemeinen gelten. Wenn man von einer guten Sache innerlich zutiefst überzeugt ist, muß man auch dafür eintreten. Deshalb habe ich Verständnis für viele der Kameraden aus allen Kreisen der Partei, die sagen: Um Gottes willen nicht mit *Adenauer!*

Unsere Freunde werden enttäuscht sein, wenn wir hier unsere Haltung ändern. Ich wundere mich eigentlich, daß wir diese Telegramme überhaupt nicht berücksichtigen. Wir sitzen auf so hohem Kothurn, daß wir es uns leisten können, die Stimmen aus dem Lande einfach nicht zu berücksichtigen!

Wir haben in vier Jahren eine Geschlossenheit der Partei erreicht, wie sie früher nie vorhanden war. Wir haben in den acht Tagen nach der Wahl vom 17. 9. bis gestern morgen erreicht, daß wir glaubwürdig geworden sind. Alles das setzen wir aufs Spiel, wenn wir uns nicht richtig verhalten. Erich *Mende* sagte auf der Suche nach einfachen Formulierungen, in Anpassung an *Adenau-*

---

511 Erich *Mende.*

512 1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union. Siehe Anm. 39.

513 *Achenbach* zufolge sollte die FDP das Außenministerium fordern und sich an einem Drei-Parteien-Kabinett beteiligen. Siehe S. 205, 207.

514 Am Samstag, dem 30. 9. 1961.

*er:* entweder umfallen oder ausfallen.[515] Umfallen dürfen wir unter keinen Umständen. Wir können nie und nimmer eine Regierung mit dem Mann eingehen – *Dehler* nannte ihn den „bösen alten Mann" –, der immer noch als Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt.[516] Dann sind wir vergattert, verraten und verkauft, und wir sind nicht mehr glaubwürdig bei den nächsten Wahlen, auch bei den Landtagswahlen.[517] Auch Hamburg wird eingehen.[518]

Die andere Alternative: Ausfallen. Das bedeutet, daß wir es dahin bringen, daß ohne unser Zutun, gegen unseren Widerspruch die schwarz-rote Koalition zustande kommt. Auch das müssen wir durchstehen können. Wir müssen es darauf ankommen lassen, ob die CDU es wagt, mit der SPD eine Koalition einzugehen. Es sieht so aus, als wenn die CDU ja sagen wird, und auch die SPD wird ja sagen.[519]

Wir sollten von der Alternative „umfallen oder ausfallen" weggehen und uns lieber des Wortes bedienen, für das zu kämpfen lohnt: Durchhalten!

Dr. MENDE: *Ertl* zur Geschäftsordnung!

ERTL: Ich bin einer derjenigen, die 12 Jahre lang zum Fußvolk gehört haben.[520] Das macht einen in gewisser Beziehung hart; das macht einen geradezu besessen auf Einheit.

Dr. MENDE: Das ist nicht zur Geschäftsordnung! Auf der Rednerliste stehen Sie erst an späterer Stelle. Wer hatte sich zur Geschäftsordnung gemeldet? – Herr *Engelhard!*

ENGELHARD: Zur Geschäftsordnung! Wie lange wollen wir noch tagen? Wir bröckeln langsam auseinander. Ich frage mich, was die Journalisten davon halten. Wenn wir in kurzen Abständen herauskommen, nehmen die an, daß wir auseinanderlaufen!

Dr. MENDE: Wir hatten gleich zu Beginn gesagt, daß wir bis 19 Uhr tagen wollen. – Ich habe Meldungen, daß *Stammberger, Starke* und *Mauk* draußen Erklärungen abgegeben haben. Ich kann nicht mehr tun, als mich auf den Aufruf zur Disziplin und Zurückhaltung zu verlassen.[521] Ich bin diesmal völlig aus dem Schneider, denn ich sitze seit 15 Uhr hier!

Auf der Rednerliste stehen: *Menne, Döring, Ertl, Aschoff, Nolte, Leverenz, Hamm.* – Gestrichen wurden auf Wunsch: *Zoglmann, Hoppe.* – Es stehen an zum zweiten Teil, zu den Sachaussagen[522]: Frau *Ilk,* Frau *Diemer, Mauk, Schmidt, Spitzmüller* und *Rutschke.*

(Frau *Diemer:* Auch zum ersten Teil!)

---

515 Siehe Anm. 104.
516 Nicht ermittelt.
517 Siehe Anm. 283–284.
518 Dort standen Bürgerschaftswahlen bevor. Vgl. Nr. 17 Anm. 118.
519 Siehe Anm. 242 und 359.
520 *Ertl* war 1961 erstmals in den Bundestag gewählt worden. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 1108.
521 Siehe S. 201 f.
522 Vgl. den Bericht von *Lenz* auf S. 158–168.

. . .: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte den Antrag stellen, zu Teil II überzugehen und die Dinge zu besprechen, die nächste Woche zur Verhandlung anstehen.

Dr. MENDE: Darf ich fragen, ob zu Teil I[523] noch wesentliche neue Gesichtspunkte bekanntgegeben werden sollen! – Die Dreier-Frage sollten wir heute noch nicht besprechen; das wäre allerdings ein durchaus entscheidendes Thema für den 6. Oktober.[524] – Was die Gespräche mit der SPD anbetrifft, kannst Du versichert sein, *Achenbach,* sie werden geführt.

DÖRING: Ich möchte einem Abbruch der Diskussion zu Teil I widersprechen. Dazu sind die Dinge zu wichtig. Ich will nicht sagen, warum; dann müßte ich gleich auf die Sache eingehen.

Dr. MENDE: Dann müssen wir der Korrektheit halber den anderen die gleiche Chance geben wie denen, die vorher gesprochen haben. Vielleicht können wir uns konzentrieren und Wiederholungen, auch über die Geschehnisse von gestern und vorgestern, möglichst vermeiden und mehr auf das eingehen, was jetzt geschehen soll und vor welchen neuen Gefahren wir stehen.

Dr. MENNE: Ich bin heute mehrfach zitiert worden, u. a. von Herrn *Weyer*[525], der leider nicht mehr hier ist. Ich möchte dazu folgendes sagen.

In der Industrie spricht man tatsächlich sehr viel davon, daß die schwarz-rote Koalition eine größere Gefahr ist als die Fortsetzung einer Kanzlerschaft *Adenauers.*[526] Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Ob es uns gefällt, ist eine andere Frage.

(Zuruf: Die sollen mit der CDU sprechen!)

– Das hat mit der CDU nichts zu tun. Ich bin darauf angesprochen worden: Was denkt die Industrie? Ich gebe Ihnen Auskunft.

Die Industrie hat gerade heute auf dem Petersberg eine Vorstandssitzung gehabt, zu der ungefähr hundert Leute gehören. Ich bin fortgesetzt auf die Frage angesprochen worden: Wollt ihr eine schwarz-rote Koalition?

Ich muß Ihnen sagen, daß der Wähler uns ganz bestimmt zwei Aufträge erteilt hat; den einen, den *Adenauer* zu erledigen, und den anderen, vielleicht noch stärker: keine schwarz-rote Koalition. (Widerspruch.)

Ich bin der Meinung, daß Herr *Mende* ganz recht hatte, wenn er sagte: Es besteht eine neue Lage.[527] Es bestand eine neue Lage dadurch, daß die CDU uns den *Adenauer* serviert hat.

---

523 Vgl. den Bericht von *Mende* auf S. 139–158.

524 Dritte gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion der FDP. Die Frage einer All-Parteien-Regierung wurde in der Sitzung am 6. 10. 1961 nur gestreift. Vgl. Nr. 19 S. 248 f.

525 Siehe S. 176.

526 Siehe Anm. 115.

527 So das Fernschreiben vom 28. 9. 1961 nach Anm. 105 und die Erklärung (Abs. 2) vom 28. 9. 1961 nach Anm. 110.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen hier auch keinen Schluß zu der Sache sagen. Ich stehe nicht hier, um Ihnen einen Vorschlag zu machen. Aber ich möchte sagen: Die schwarz-rote Koalition wird uns mindestens so viel Wählerstimmen kosten, wenn man sie uns als Schwarzen Peter zuschiebt, als wenn der Alte von uns akzeptiert wird. Wir stehen zwischen Scylla und Charybdis. Das ist eine verdammt unangenehme Situation.

Das Dilemma kommt nach meiner Ansicht zum großen Teil aus der Außenpolitik. Wir sind in einer Notlage. Ich bin, glaube ich, der einzige von Ihnen, der in der letzten Zeit in Amerika diese Dinge direkt gehört hat.[528] Ich bin über die Erklärung des Generals *Clay* nicht überrascht. General *Clay* und andere haben mir ähnliches schon drüben gesagt. Wenn das heute dementiert wird, dann sage ich Ihnen: Dementieren kann man ja, aber die Wahrheit ist, man sucht über Berlin einen Vergleich.[529] Die nächste Bundesregierung wird sich wahrscheinlich einer Unterschrift nicht entziehen können.

(Dr. *Schneider:* Und das sollen wir mitmachen?)

Wie sie es fertigbringen werden, die Bundesregierung zu dieser Unterschrift zu bekommen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

(Dr. *Mende:* Es gibt die Möglichkeit einer Änderung des Grundgesetzes und einer Volksabstimmung, wo jeder deutsche Bürger vor seinem eigenen Gewissen entscheiden muß, und genau das ist geplant!)[530]

Herr *Mende,* ich habe Ihnen nachher noch etwas zu sagen. Sie sind zusammen mit einem anderen Herrn genannt worden, als ob Sie diese Dinge so wünschten, und zwar von Herrn *McCloy*[531] schriftlich an das Auswärtige Amt. Ich weiß, daß es nicht wahr ist. Ich vermute sogar, daß ich der andere war. Es ist so dargestellt worden, als ob Sie wünschen würden, daß wir Konzessionen an die Russen machen, um auf diese Weise aus der Sache herauszukommen. *McCloy* hat sich auf Sie berufen und auf einen anderen Herrn, dessen Namen ich hier nicht hineinwerfen werde, den ich Ihnen aber persönlich sagen kann.

(Zuruf: Von uns einer?)

– Nein. – Zur Zeit der Atlantik-Brücke[532] war ich mit dem anderen Herrn bei *McCloy,* und ich frage mich, ob da nicht eine Verwechslung vorliegt. Wir haben so etwas nicht gesagt. Aber daß *McCloy* sich in einem offiziellen Brief des State Department an unsere Regierung darauf beruft, daß ja schon im Februar gewisse wichtige Vertreter zugestimmt hätten[533], zeigt Ihnen den Ernst der Situation.

---

528 Vgl. *Mennes* Bericht auf S. 93–96.

529 Vgl. Nr. 17 Anm. 94.

530 Vgl. Nr. 17 Anm. 137.

531 Sonderbeauftragter *Kennedys* für Abrüstungsfragen 1961–1963.

532 Veranstaltungen der „‚Atlantik-Brücke" (vgl. Nr. 17 Anm. 78) fanden vom 16.–24. 2. 1961 in Washington und New York statt; an ihnen nahmen u. a. *Mende* und *McCloy* teil. Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 461 f.

533 Von deutscher Seite nahmen an den zuvor genannten Arbeitstagungen teil: *Kiesinger* (CDU), *Erler* (SPD), *Mende* (FDP), dazu Fritz *Berg* (BDI) und weitere Wirtschafts- und Finanzfachleute. Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit, 1984, S. 462.

Und nun, meine Damen und Herren, was sollen wir tun? Ich muß sagen, wir werden wahrscheinlich wählen müssen, ob wir lieber die schwarz-rote Koalition[534] haben oder den Alten. Wir stehen in dieser verteufelten Wahl, und darüber sollten wir nachdenken.

(Dr. *Rutschke:* Ich wäre nur dankbar, Herr Kollege *Menne,* wenn der Industrie einmal klargemacht werden könnte, daß die schwarz-rote Koalition nicht von der FDP, sondern von Herrn *Adenauer* gemacht wird, und daß auch die das endlich einmal begreifen, die es als gottgegeben hinnehmen, daß der Bundeskanzler bleiben müßte! – Beifall zum Zwischenruf.)

– Ich habe es nicht als „gottgegeben" hingenommen, denn ich habe einstimmig mit beschlossen, damals und heute.

Dr. MENDE: Ich möchte feststellen, daß Herr Kollege *Menne* vollinhaltlich am Beschluß festhält; er macht allerdings darauf aufmerksam, daß wir in eine neue Lage kommen, wenn sich in der Tat eine schwarz-rote Koalition abzeichnen sollte. Aber warten wir zunächst einmal ab. *Dehler* hat recht, wir müssen die nächsten Wochen überstehen.[535]

Mit Herrn *McCloy* habe ich kein Gespräch allein gehabt, nur in größerem Kreis.[536] Ich habe gesagt, man müsse möglicherweise dem Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen, um den Russen in der politischen Frage den *Ulbricht*[537] abkaufen zu können. Wäre es nach uns gegangen, hätten wir wahrscheinlich schon durch günstige Verhandlungen, wie im Falle Johannes *Hoffmann* gegenüber den Franzosen[538], durch Opfer den Russen auch das Sowjetzonenregime abkaufen können. Das ist unsere Meinung seit 1955, *Eden*-Plan usw.[539]; das ist unser Weg. Das habe ich in einem Gremium von 20, 30 Leuten gesagt, wo man über Disengagement usw. gesprochen hat.

(Dr. *Menne:* Das kann es nicht gewesen sein!)

DÖRING: Ich bin *Achenbach* sehr dankbar, daß er mit seinen Darlegungen[540] unsere Diskussion wieder in etwas ruhigere Bahnen gelenkt hat. Ich befürchte, daß unsere heutige Presseerklärung[541] und die Diskussion um diese Erklärung viel zu sehr unter dem Eindruck stand: Wir müssen irgendeine Formel bringen, die uns von dem schrecklichen Verdacht, möglicherweise umgefallen zu sein, wegbringt.

---

534 Zu dieser Perspektive siehe Anm. 242 und 359.
535 Zu *Dehlers* Vorstellungen über den Gang der Koalitionsverhandlungen siehe S. 172 ff.
536 Siehe Anm. 532.
537 Siehe Anm. 382.
538 Begründer, erster Vorsitzender und dann auch Abg. der CVP, Ministerpräsident des Saarlandes 1945–1955. Er verfolgte die politische Autonomie des Saargebiets innerhalb einer französisch-saarländischen Wirtschaftsunion und setzte sich für das von *Adenauer* und *Mendès-France* ausgearbeitete Saarstatut ein. Nach dessen Ablehnung in einer Volksabstimmung 1955 Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten und 1956 vom Parteivorsitz. Vgl. R. H. SCHMIDT, Bd. 2, 1960, S. 207–249, 481–593 und Bd. 3, 1960, S. 14–59, 159–373.
539 Vgl. Nr. 17 Anm. 81.
540 Siehe S. 203–207.
541 Siehe S. 180.

Ich glaube, wir hätten uns besser von Anfang an ein bißchen über die Frage unterhalten, ganz nüchtern, ruhig und sachlich: Glauben wir wirklich, daß es irgendeine Situation geben kann, die unsere 66 Abgeordneten veranlassen kann, geschlossen für den Kanzler *Adenauer* zu stimmen? Denn wir legen ja alle darauf Wert, daß eine Entscheidung von uns geschlossen getroffen werden muß. Wenn wir uns die Frage vorlegen – man kann sie nachher in jeder Richtung analysieren –: gibt es irgendeine Situation oder nicht, die garantiert, daß wir geschlossen für Konrad *Adenauer* als Koalitionskanzler stimmen?, – dann kommen wir, glaube ich, relativ schnell zu einer sehr negativen Einstellung.

Über diese Frage hätten wir besser viel länger gesprochen als über die Frage: sind wir umgefallen oder nicht umgefallen? Dann hätten sich auch die Formulierungen für die Presseerklärung im Grunde genommen leichter finden lassen. Aber alle waren ein bißchen nervös. Eigentlich überraschend, denn wenn ich mir beim Altersvergleich ansehe, daß 47 von 66 Abgeordneten zwischen 35 und 54 Jahren alt sind, also alles alte Grabenkrieger[542], die eigentlich nicht hysterisch und nervös sein dürften!

Um diese Fragen geht es, und deswegen wollen wir uns an ein paar nüchterne Dinge halten.

Die schwarz-rote Koalition. Ich gebe unserem Kollegen *Menne* recht. Das ist etwas, was einen gewissen Stimmungsumschwung bei einer ganzen Reihe von Wählern gebracht hat, die gesagt haben: Das wäre noch schlimmer als der Konrad *Adenauer!*[543]

Also müssen wir uns die Frage vorlegen: Besteht wirklich eine ernsthafte Gefahr, daß Konrad *Adenauer* mit der Zustimmung seiner ganzen CDU und CSU eine Regierung zwischen diesen beiden Parteien zustande bringt? Was liegen da für Aussagen vor?

Da liegt zunächst einmal, das wissen wir, eine Aussage vor, daß die CSU nicht bereit sein würde, sich an einer solchen Koalition zu beteiligen.[544] Wir können jetzt im Zweifel sein, ob solche Aussagen und solche Feststellungen auf die Dauer Bestand haben; aber zunächst einmal liegt diese Aussage vor.

Es liegt eine zweite Aussage vor, nämlich, daß die baden-württembergische CDU nicht bereit sei, sich an einer solchen schwarz-roten Koalition zu beteiligen.

(Dr. *Haußmann:* Nur die nord-württembergische CDU!)

– Gut, nur der nord-württembergischen CDU.[545] Immerhin ist das ein beträchtlicher Bestandteil der CDU im südwestdeutschen Raum. Plus CSU ist das ein beträchtlicher Block, der sich gegen eine solche Entwicklung wehrt. Ich glaube, wenn wir ein bißchen geschickt sind – in welcher Form, darüber kann man sprechen –, kann man auch diese Kräfte in der CDU durchaus stabil

542 Anspielung auf Kriegsteilnehmer wie *Döring, Frhr. von Kühlmann-Stumm* und *Mende.*
543 Vgl. *Mennes* Ausführungen auf S. 213 ff.
544 Vgl. Nr. 17 Anm. 43, 59 und *Mendes* Bericht auf S. 147.
545 Vgl. *Mendes* Bericht auf S. 146.

halten, die sich gegen eine solche Entwicklung wehren. Das heißt, ich plädiere durchaus dafür, daß wir Prestigeprobleme nicht allzu hoch pumpen.

Ich bin also nicht der Meinung, daß sich die CDU/CSU schon geschlossen im Abmarsch in Richtung einer schwarz-roten Koalition befindet. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Wenn wir uns nicht ganz dumm verhalten, werden wir auch nicht eine solche Paniklösung bei der CDU bewirken.

Nun eine zweite Frage in diesem Zusammenhang. – Wir sollten über diese Fragen wirklich keine Astrologie betreiben!! – Daß die SPD jede Chance wahrnehmen wird, um uns in die Suppe zu spucken, um uns den Abschluß einer Koalition mit der CDU/CSU so schwer wie nur möglich zu machen, das wußten wir vor der Wahl, und das konnte auch nach der Wahl nicht neu sein.[546] Die SPD hat dabei nicht ungeschickt taktiert; sie hat sich ganz geschickte Positionen erkämpft. Ob die SPD ernsthaft in die Lage kommt, so etwas durchführen zu können, ob nicht die Gegenkräfte in der CDU/CSU stärker sind, ob nicht auch noch ganz andere Gruppierungen, nämlich Industrie – insofern habe ich zu einem Teil der Industrie durchaus Vertrauen[547] – und auch Kirche, – ob nicht diese Gruppierungen ganz beträchtliche Gegenkräfte bei einer solchen Entwicklung sind, das ist eine durchaus offene Frage. Ich möchte es im Augenblick auf alle Fälle noch bejahen. Es ist nicht so einfach für die CDU, sich mit Hurra plötzlich in die Gesellschaft von *Wehner*[548], *Schellenberg*[549] usw. zu begeben.

Aber, meine Freunde, über eines müssen wir uns klar sein: Wenn bei allen unseren Betrachtungen die Gefahr der schwarz-roten Koalition das Dominierende überhaupt ist, dann sind wir fertig; dann gibt es für uns keine Begrenzung der Rückzugslinie mehr. Wir befinden uns dann beinahe in der Lage des Westens gegenüber den Sowjets.[550] Wenn man nicht bereit ist, irgendwo zu sagen: das ist die Begrenzung unserer Rückzugslinie, und von hier an knallt's!, geht die Schraube immer weiter, und dann kann es passieren, daß wir eines Tages am Atlantik stehen, ohne daß auch nur ein Schuß abgefeuert wird.

Genau in dieser Lage sind wir. Wir müssen uns einmal klar darüber werden, wo wir die Grenzen unseres Risikos sehen. Wenn wir vor der Drohung mit der schwarz-roten Koalition jedesmal kapitulieren, – ich garantiere Ihnen, dann müssen wir nicht nur Konrad *Adenauer* schlucken, dann müssen wir die klare Feststellung schlucken: nicht die geringste Änderung unserer Haltung in außenpolitischen Fragen![551], dann müssen wir alle sozial- und wirtschaftspolitischen Dinge schlucken.[552]

---

546 Vgl. *Mendes* Bericht über sein Gespräch mit *Brandt* am 27. 9. 1961 auf S. 147.
547 Siehe Anm. 115.
548 Ehemaliges Mitglied des ZK der KPD, seit 1957 einer der drei stellv. Vors. des Fraktionsvorstandes der SPD, Vors. des BT-Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 226, 404.
549 Sozialpolitischer Experte der SPD. Vgl. Nr. 6 Anm. 23.
550 Anspielung auf die damalige Situation des Kalten Krieges.
551 Zur Haltung der FDP in außenpolitischen Fragen siehe S. 159, 172 f.
552 Zur Haltung der FDP in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen siehe S. 159 ff., 164 f.

Man muß irgendwo, wie man so sagt, seinen Stand machen. Da muß man stehen und muß sagen: Hier ist die Grenze meiner Risikobereitschaft, und von der gehe ich nicht mehr herunter. Unser Risiko bedeutet wirklich am Ende die Möglichkeit einer schwarz-roten Koalition, die begünstigt würde, wenn wir uns ungeschickt verhielten.

Ich bin auch nicht mehr bereit, zu sagen, daß wir etwa Leute wie Herrn *Erhard* – Herr *Erhard* scheint auch mir immer weniger als Kanzler geeignet[553] – als irgendeinen bedeutsamen Faktor bei diesem Pokerspiel bewerten. Entscheidend ist nur, daß wir unter uns sagen, was wir selbst denken.

Hätten wir uns hier ein bißchen mehr Sicherheit unter uns selbst verschafft über unsere grundsätzliche Einstellung zu dem möglichen Kanzler *Adenauer,* dann wären wir, glaube ich, in einer besseren psychologischen Situation auch in unseren eigenen Reihen. Ich habe bis zum heutigen Tage auch noch nicht das Gefühl, daß hier unter den 66 Abgeordneten[554] sehr viele sitzen, die mit großer Begeisterung Konrad *Adenauer* wählen würden. Ich habe den Eindruck, daß das Stimmenverhältnis, wenn es zum Schwur kommt, genau umgekehrt ist.

Es würde vielleicht einige Freunde unter uns geben – denen ich gar keinen Vorwurf machen will –, die vielleicht manche Dinge aus einer anderen Perspektive sehen. Diese würden mir vielleicht sagen, das wäre ihnen doch noch lieber als das Inkaufnehmen einer schwarz-roten Koalition. Diesen soll man keinen Vorwurf machen. Das ist eine Frage der Mentalität, der Betrachtung bestimmter Dinge.

Ich glaube aber, das Stimmenverhältnis ist im Augenblick noch genau umgekehrt.

(Dr. *Dehler:* Wir haben einen einstimmigen Beschluß!)[555]

– Es hat bisher keiner etwas anderes gesagt. Ich unterstelle aber, daß es bei einigen Bedenken geben sollte. Aber wenn wir ein bißchen mehr Sicherheit über uns selbst hätten, hätten wir über taktische Fragen viel ruhiger sprechen können. Solange wir die Sicherheit über uns selbst nicht haben, kann man nicht über taktische Fragen reden. Dann wird jeder, der hier aufsteht und sagt, wir sollten erwägen, ob wir uns nicht so oder so verhalten wollen, sofort in den Verdacht kommen, er wolle doch *Adenauer.* Diese Unsicherheit ist an allem schuld.

Wenn wir sagen: Wir wollen den Mann als Kanzler nicht!, gibt es nur noch die Frage der richtigen Taktik. Ich wäre bereit gewesen, ohne lautes Denken vor der Presse, mit der CDU darüber zu diskutieren, etwa in folgendem Sinn. Ihr sagt: Übergangskanzler! Dann sagt uns: wann der Übergang beendet ist! – Ich wäre darüber hinaus bereit gewesen zu sagen: Wenn wir das fixiert haben,

553 Zu *Erhards* Verzicht auf eine Kanzlerkandidatur siehe S. 152 f.
554 Zahlenmäßige Stärke der BT-Fraktion der FDP seit dem 17. 9. 1961.
555 Vgl. Nr. 17 S. 116 f.

muß natürlich auch gesichert sein, daß die CDU uns Garantien gibt für die Einhaltung dieses fixierten Datums.[556]

Zweitens muß dann gesichert sein, daß sie mit Herrn *Adenauer* zusammen zur Stunde festlegt, wer der Nachfolgekanzler ist. – Ich garantiere, allein bei dieser Erörterung wäre die Sache in die Luft geknallt, weil nämlich Herr *Adenauer* unter keinen Umständen bereit ist – ich möchte beinahe sagen: zu Recht –, den Herrn *Erhard* zu seinem Nachfolger zu machen.[557] Aber er hätte dann den Schwarzen Peter gehabt.

Über all das kann man reden, solange wir untereinander sicher sind, daß wir, wenn es zum letzten Schluß kommt, mit unseren Stimmen Konrad *Adenauer* nicht zum Kanzler machen werden. Aber wenn wir alles draußen herumposaunen, wenn jeder von uns eine Erklärung abgibt – von mir hat in den letzten Wochen zu diesen Fragen keiner etwas gelesen, ich halte meinen Mund, und dabei bin ich ein pressefreundlicher Mann –, dürfen wir uns über die Folgen nicht wundern. Wenn wir alle uns hier etwas mehr zurückhielten, wären wir manövrierfähiger, als wir es im Augenblick sind.

Ich werde Ihnen jetzt etwas sagen, was ich aus einer zuverlässigen Quelle habe, wobei ich Sie bitte, mir die Nennung dieser Quelle zu ersparen. Wie weit Sie Ihrerseits Quellen für zuverlässig halten, die ich für zuverlässig halte, muß ich jedem einzelnen überlassen und dem Vertrauen, das er in mich setzt.

Der Bundeskanzler hat gestern abend oder gestern nachmittag seinem Innenminister *Schröder* gesagt, daß für ihn nur eine Lösung denkbar ist, nämlich eine dreijährige Kanzlerschaft bis zur Neuwahl des Bundespräsidenten![558]

(Heiterkeit.)

– Meine Freunde, das ist gar kein Scherz. Wenn ich mich in die Lage dieses Mannes versetze, verstehe ich diese Haltung völlig. Der Herr *Adenauer* denkt nicht daran, wenn er es verhindern kann, sich gewissermaßen eine politische Niederlage am Ende seiner Karriere verpassen zu lassen. Der ist nur bereit zu gehen, wenn es auf eine ganz honorige Weise geschieht. Die einzige honorige Weise für ihn ist die Übernahme eines anderen, noch höheren Amtes bis zu seinem Ableben auf dieser Erde.

Ich habe das zum Schluß nur erwähnt, um einen Kreis zu schließen, um uns nämlich selber mehr Sicherheit zu verschaffen in der Frage: wählen wir Konrad *Adenauer* zum Kanzler oder nicht? Wenn wir ihn wählen, wenn es irgendwelche Motive dafür gäbe, dann würde er bleiben, und wir bekämen ihn dann nur weg, wenn es uns gelänge, die SPD zu einem konstruktiven Mißtrauensvo-

---

556 Zur zeitlichen Begrenzung des 4. Kabinetts *Adenauer* vgl. Nr. 17 Anm. 99.

557 *Adenauers* grundsätzliche Zweifel an der Eignung *Erhards* als Kanzler belasteten die Beziehungen zwischen beiden seit 1959, als *Adenauer* sich vorübergehend um das Amt des Bundespräsidenten bewarb und *Erhard* seinen Anspruch auf die Kanzlernachfolge anmeldete. Vgl. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer II, 1983, S. 187–190, 311 f., D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 227–327.

558 Nicht zu ermitteln. Dem „Spiegel" zufolge hatte *Schröder* am Mittwochabend, den 27. 9. 1961, im Bundeshaus-Restaurant u. a. vorgeschlagen, der FDP eine Koalition unter *Adenauer* „für eine Übergangszeit" anzubieten. Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 26.

tum gegen diesen Mann zu bringen.[559] In welcher Position wir dann sind, das ist schon gesagt worden; das brauche ich nicht zu wiederholen. Mit der CDU oder CSU zusammen werden wir ihn nicht wegbringen. Sie können sich darauf verlassen, all die Leute, die sich jetzt als Hilfskräfte in der CDU angeboten haben, werden dann zu uns kommen und sagen: „Wäret ihr damals hart geblieben, wäre vielleicht die Sache anders gewesen; aber jetzt, angesichts dieser Situation, ein Jahr vor der Möglichkeit, daß er vielleicht als Bundespräsident den honorigen Abgang findet[560], können wir das leider nicht machen!"

Wir stehen vor der Wahl – nicht vor der Wahl, einen Übergangskanzler zu wählen –, wir stehen vor der Wahl, ob wir uns für Konrad *Adenauer* entscheiden, entweder bis zur Möglichkeit, ihn als Bundespräsident loszuwerden, oder bis zu dem Tage, wo ihn der Herrgott zu sich ruft. Es gibt Leute, die sagen: Er wird nie sterben und nie in den Himmel kommen, weil ihn auch der liebe Gott nicht mehr haben will! (Heiterkeit.)

Wenn wir das ganz klar sehen, wenn wir uns darüber einig sind, daß wir das nicht machen können um unserer eigenen Haut willen, dann können wir über alle taktischen Dinge reden, dann haben wir Manövrierfreiheit. Diese Einigkeit unter uns überträgt sich auch auf die Partei. Wenn jeder von uns nach Haus geht und sagt: „Kameraden, macht euch keine Sorge; wir werden uns nicht von den Leuten einseifen lassen; wir sehen die Dinge nüchtern; laßt uns das in aller Ruhe abwarten!", – wenn wir das sagen können, und wenn die Partei das Gefühl hat: diese 66 Abgeordneten und ihr Parteivorstand, das sind weder Hitzköpfe noch Heißsporne noch ressentimentgeladene Leute, die wissen genau, was sie wollen, ihr Ziel ist klar, und jetzt lassen wir sie taktisch operieren, – wenn die Partei dieses Gefühl hat, dann bekommen wir die Unruhe weg.

Die Unruhe kommt in der Partei nicht von selbst. Die Unruhe bringen wir hinein, wir alle, die wir hier sitzen, weil wir nicht ganz sicher sind, ob wir uns in dieser einen Kernfrage auch wirklich hundertprozentig einig sind. Dabei wäre es eigentlich am richtigsten gewesen, lieber Erich[561], wenn wir irgendwann einmal gesagt hätten: Jeder Abgeordnete soll aufstehen und soll sagen, ob es für ihn irgendeine Situation gibt, in der er bereit sein könnte, *Adenauer* zu wählen. – Ich weiß, das ist peinlich. Wir haben es in Düsseldorf einmal gemacht.[562] Das ist psychologisch sehr gut. Dann kann jemand sagen: Es gibt für mich eine solche Möglichkeit. Dann hat man einen Überblick, und das Ergebnis wäre, daß wir alle beruhigt nach Hause gehen. (Beifall.)

(Dr. *Mende:* Ich muß leider annehmen, daß Wolfgang *Döring* bei der Formulierung in der Sitzung am 19. 9. gerade draußen gewesen ist. Diese Frage wur-

559 Zur Frage einer rechnerisch möglichen Koalition aus SPD und FDP vgl. Nr. 17 Anm. 48 und 50.

560 Anspielung auf *Adenauers* dann wieder zurückgenommene Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten im Jahr 1959. Vgl. Nr. 17 Anm. 64.

561 Erich *Mende.*

562 Anlaß war die Ablösung der CDU-FDP-Z-Koalition durch eine SPD-FDP-Z-Koalition. Siehe Anm. 82.

de protokollisiert, und das Protokoll liegt dem Herrn Bundespräsidenten auf dem Tisch!)[563]

– Wir haben vor der Regierungsumbildung in Düsseldorf mit geheimer Wahl und besonderer Abstimmungskabine, wo jeder verschwiegen abstimmen konnte, gesagt: Wir haben nur eine Kontrollmöglichkeit in unserem gegenseitigen Verhalten; es soll jeder aufstehen und soll seine Meinung frei sagen; wir nehmen es niemandem übel, der eine andere Meinung hat als die Mehrheit.

Dr. MENDE: Ich verlese aus dem stenographischen Protokoll der Sitzung am 19. 9. die von mir gegebene Zusammenfassung. –

(Dr. *Mende* verliest aus dem Protokoll vom 19. 9. den entsprechenden Text der Seiten 47/48.)[564]

Das ist eine klare, von einem vereidigten Bundestagsstenographen gemachte Protokollierung. Sie liegt Herrn *Lübke* auf dem Tisch.[565]

(Zuruf: Und die Aufforderung, wer anderer Meinung ist, soll sich melden!)

– Das kommt an mehreren Stellen.

Nun zu der Frage, die sich jetzt bezüglich der berühmten Interimslösung[566] stellt. Herr *Strauß* hat als erster den Vorschlag der 12 Monate gemacht.[567] Das ist in München sogar protokolliert und in der Öffentlichkeit erwähnt worden. Dieser Vorschlag sieht so aus – ich zitiere *Strauß* –, daß man in einer Koalitionsvereinbarung niederlegt, daß der heute amtierende Bundeskanzler dann sein Amt niederlegt. Seinen Nachfolger kann er nicht bestimmen, weil die Nominierung dem Bundespräsidenten zusteht, und zwar im ersten Wahlgang ausschließlich. Dieser Bundeskanzler soll außerdem unter folgendem Druck stehen: Von dieser Vereinbarung wird dem Bundespräsidenten Kenntnis gegeben. CSU und FDP schließen einen Koalitionsvertrag, daß sie sich verpflichten, bei Nichtinnehaltung dieser Frist im Bundestag aus der Regierung auszutreten und von sich aus ein konstruktives Mißtrauensvotum einzubringen und diese Vereinbarung dann zu veröffentlichen, wenn *Adenauer* sich nicht daran hält.

So das Angebot der CSU für den Fall, daß wir auf eine Diskussion über die 12 Monate eingehen. Nachdem wir bisher nicht darauf eingegangen sind, halte ich mich nicht für berechtigt, diesen CSU-Vorschlag noch zu diskutieren.

Wenn ich jetzt höre, daß man daraus drei Jahre macht, wenn ich sogar höre, daß der Bundeskanzler für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren will, dann muß ich allerdings sagen: In meinem Gespräch mit dem Bundespräsidenten *Lübke*[568] habe ich den Eindruck gewonnen, daß das der Bundespräsident *Lübke* als einen Beginn der Senilität ansehen und nicht ernst nehmen würde.

Wir fahren in der Aussprache fort.

---

563 Siehe S. 141 f.
564 Siehe Nr. 17 S. 110.
565 Siehe den gleichen Hinweis auf S. 141 f.
566 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.
567 Auf diesen Vorschlag hatten sich CSU-Landesverband und CSU-Bundestagsabgeordnete vom 20. 9. 1961 in München verständigt. Vgl. DER SPIEGEL Nr. 40 vom 27. 9. 1961, S. 32.
568 Gespräch vom 22. 9. 1961. Siehe S. 141 ff.

ERTL: Es ist nicht mehr viel zu sagen. Zweifelsohne hat sich sehr vieles seit unserem letzten Zusammensein verändert. Es ist wirklich merkwürdig, wie schnell Herr *Brandt* und Herr *Wehner* bei *Adenauer* waren und wie schnell er sich mit beiden gefunden hat.[569] Das ist zweifelsohne ein Tatbestand, mit dem man vielleicht rechnen mußte, aber der nicht unbedingt in moralische Kategorien hineingehört. Aber daran muß man sich in der Politik gewöhnen, so bitter diese Tatsache ist.

Andererseits muß ich sagen, ich halte es nicht für richtig, daß wir sofort jedes Gespräch zu einer Gegenerklärung von uns benutzen; wir hätten standhafter bleiben müssen.

Wir haben drei Fehler in unserer Diskussion festzustellen, die mich fast an das Jahr 1956 erinnern.[570]

Erstens leiden wir immer noch an einer gewissen *Adenauer*-Manie. Er ist für uns ein Schreckgespenst, und alles, was von ihm ausgeht, wird von uns in einer gewissen Nervosität registriert. Wir hätten bisher mehr stehenbleiben sollen und müssen es zumindest in der Zukunft tun. Wenn wir eine Aussage machen, dann steht die Aussage.

Das nächste, was mir auffällt, ist, daß wir interpretieren. Wir fassen einen Beschluß, und am nächsten Tag wird der Beschluß interpretiert. Stehenbleiben muß auch hier das Gebot der Stunde sein.

Das Dritte ist, daß wir immer sehr voreilig Angsterklärungen abgeben.

Hier kommt eine grundsätzliche Frage: Immer wieder höre ich in der Parteidiskussion: Wir sind zum Regieren geboren. Auch das löst eine Psychose aus. Eine Partei muß sich auch einmal zur Opposition bekennen. Sicherlich ist das Regieren das Schönere; das ist das Teilnehmen an der Macht. Aber wenn es um Prinzipien geht, selbst bei der Drohung mit einer Wahlgesetzänderung[571], ist es notwendiger, in der Opposition zu bleiben, anstatt nachzugeben. Man wird uns doch drücken. Die Schwarzen und die Roten würden sich in jedem Fall finden, wenn sie eine Wahlgesetzänderung machen wollen.

Ich bin sehr glücklich über die Formulierung von heute.[572] Sie ist sicherlich nicht die stärkste Formulierung. Aber warum sollen wir immer so stark sein! Wir sind die Dritten. Bleiben wir also bei dieser Formulierung: wir kommen nächste Woche wieder zusammen, und schweigen wir! Der Alte hat ebenfalls die Parole ausgegeben: Schweigen! Sagen wir, wir haben einen klugen Vorsitzenden, und der weiß, was er zu tun hat. Vertrauen wir unseren Leuten, die verhandeln, und tun wir nicht immer alles interpretieren und motivieren. Das ist das Schlimme bei uns, und das macht unsere Leute mißtrauisch uns gegenüber. Wir sind selber schuld, weil jeder für sich interpretiert, je nachdem, ob er Mittelständler, Angestellter oder sonst etwas ist.

---

569 Siehe Anm. 61.
570 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.
571 Siehe Anm. 95.
572 Siehe S. 180.

Wir haben die Wahl mit einem klaren Erfolg durchgestanden[573], und wir müssen nun weiter durchstehen. Lassen wir auch die anderen sich zusammenraufen! Die Fetzen werden fliegen, wenn Schwarz und Rot zusammenkommen! Vielleicht können wir bei diesem Zusammengehen die lachenden Dritten spielen. Das wird nicht so leicht gehen. Denken wir daran, daß die Standfestigkeit und die Einheit der Partei das Wichtigste sind.

Wenn es um die Entscheidung geht: *Adenauer* oder nicht *Adenauer,* müssen wir den Bundeshauptausschuß einberufen.[574] Diese Entscheidung können wir nicht von uns aus treffen, sondern sie muß von unseren Freunden in den Kreisen mit getroffen werden. Ich bin überzeugt, wir werden zu einem einheitlichen Standpunkt kommen. Und dann heißt es: stehen, so oder so, aber nicht schon wieder nach neuen Motivierungen suchen.

Das wollte ich in aller Deutlichkeit gesagt haben. Bleiben wir bei dieser Erklärung.[575] Nächste Woche sehen wir weiter.[576] Lassen wir auch die anderen verhandeln! Man soll sich jetzt ruhig einmal Zeit lassen für Verhandlungen. Es interessiert uns nicht, ob *Adenauer* in acht Tagen schon wieder mit der SPD verhandelt. Er würde dadurch nur unglaubwürdig. Aber wir wollen nicht diejenigen sein, die zu Verhandlungen drängen. Letzten Endes entscheidet dann auch noch Ihre Stimme mit.

Dr. MENDE: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß es besser ist, wir fangen am nächsten Freitag um 14 Uhr an[577]; dann haben wir mehr Zeit. Um 10 Uhr tritt die Programmkommission[578] im alten Fraktionssitzungssaal zusammen. Ich bitte, den Kollegen, die schon gegangen sind, mitzuteilen, daß am Freitag um 14 Uhr in diesem Raum die Fraktion und der Bundesvorstand zusammentreten.

(Zuruf: Die süddeutschen Züge kommen erst um 14.20 Uhr an!)

– Mit einem akademischen Viertel kommen wir vielleicht hin. Vielleicht warten wir mit den Berichten, bis alle eingetroffen sind. – Die Kollegen *Aschoff* und *Nolte* haben auf ihre Wortmeldung verzichtet.

Dr. LEVERENZ: Ich glaube, Herr *Schneider* regte vorhin an, daß wir allmählich unsere sachlichen Forderungen in die Publizistik und ins Gespräch bringen sollten. Wir haben neulich in der Programmdiskussion eindeutig beschlossen, daß darüber nicht gesprochen werden soll.

(Dr. *Schneider:* Ich habe so etwas nicht angeregt! – Dr. *Dehler:* Ich habe es gesagt!)[579]

---

573 Stimmenanteil der gültigen Zweitstimmen für die FDP am 17. 9. 1961: 12,8 v. H.

574 Der Bundeshauptausschuß tagte am 21. 10. 1961 in Bonn. TOP: Berichte über den Stand der Verhandlungen für die Bildung der 4. Bundesregierung und Aussprache. Vgl. Rundschr. BV 44/61 vom 12. 10. 1961 (ADL, A 2-82).

575 Siehe S. 180.

576 Am 6. 10. 1961. Vgl. Nr. 19.

577 Ebd.

578 Vgl. Nr. 17 Anm. 154.

579 Siehe S. 172 f.

– Wir haben uns neulich festgelegt, daß keiner darüber sprechen sollte. Das soll nicht zerredet werden, sondern das soll eine Möglichkeit für die Kommission sein, die mit der Gegenseite verhandelt.[580] Mein dringender Wunsch ist, dabei zu bleiben und es nicht zu zerreden.

Dr. MENDE: Wir kommen in eine unmögliche Position, wenn die Verhandlungskommission auf der anderen Seite feststellen muß, daß wir schon wieder ganz klare Festlegungen getroffen haben. Die andere Seite könnte dann sagen: worüber sollen wir noch verhandeln? Auch ich wäre sehr dankbar, wenn es dabei bliebe. Die Verhandlungskommissionen können nicht wechselseitig über die Agenturen verkehren, sondern das Material muß zwischen den Kommissionen ausgehandelt werden. Es wird sich zeigen, wo wir kongruent sind und wo es nicht weitergeht.

Dr. RIEGER: Ich möchte in aller Kürze einen Gedanken hier vortragen. Es ist vorhin während des Gesprächs über die Möglichkeit eines Drei-Parteien-Kabinetts der Gedanke ausgesprochen worden, daß das, wie wir wiederholt im Wahlkampf erklärt haben, nur im Falle eines Notstands möglich ist.[581] Dann kam der Gedanke, daß über diesen Notstand der Bundespräsident entscheiden soll.

Dagegen habe ich gewisse Bedenken. Ich wäre dankbar, wenn das nicht nach draußen verkündet würde, damit wir uns da nicht festlegen. Wir haben vor einigen Jahren von der Notstandssituation gesprochen, daß wir auf die Barrikaden gehen müssen usw.[582] Ich weiß nicht, ob der Bundespräsident verfassungsmäßig die Möglichkeit hat, zwecks Bildung einer Koalition und als Voraussetzung dazu den Notstand zu erklären.[583]

Ich meine zweitens, wenn wir das nach draußen erklären, schränken wir unsere eigene Entscheidungsfreiheit ein. Wenn wir darüber sprechen, ob wir in ein solches All-Parteien-Kabinett eintreten, meine ich, müßten wir auch allein entscheiden können, ob der in unserem Sinn vorgesehene Notstand vorhanden ist oder nicht. Ich würde es für bedenklich halten, wenn wir uns da in unserer eigenen Entscheidung festlegen.

Dr. MENDE: Ich bitte hier zu unterscheiden von einer Notstandsgesetzgebung, die es noch gar nicht gibt, die mit verfassungsändernder Mehrheit im vierten Deutschen Bundestag erst beschlossen werden soll[584] und die zweifelsohne die Ausrufung des Notstandes, wahrscheinlich nach Konsultation mit einem Ausschuß des Bundestages und des Bundesrates, dem Staatsoberhaupt überträgt.[585] Hier haben wir mehr die Prärogative des Parlaments gefordert, die

580 Die Verhandlungskommission. Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
581 Siehe Anm. 475.
582 Siehe Anm. 476.
583 Nicht im Grundgesetz vorgesehen. Vgl. Art. 35, 53 a, 87 a, 115 a–l GG.
584 Siehe Anm. 40–41.
585 Der Gemeinsame Ausschuß, das „‚Notparlament" der Bundesrepublik im Verteidigungsfall, der zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates besteht, wird von dem Präsidenten des Bundestages als dem Vorsitzenden

Regierung hat mehr die Exekutive bedacht. Möglicherweise wird die Aktivität des Bundespräsidenten nach Anhören von Bundestag und Bundesrat oder nur nach Anhören des Bundestagspräsidenten und des Bundesratspräsidenten statuiert. Gegenwärtig gibt es staatsrechtlich nicht die Möglichkeit, daß irgendeiner von uns hier den Notstand proklamiert.

Es geht hier um die politische Feststellung. Die kann allerdings der Bundespräsident als Staatsoberhaupt und die Regierung eher beurteilen als wir, die wir eine Einsicht in Erkenntnisse geheimster militärischer Planung gar nicht haben. Wann ein Notstand ist oder nicht, kann am ehesten der Atlantische Rat[586] beurteilen; das kann am ehesten der Bundespräsident und die Bundesregierung dem Parlament oder einem kleinen Kreis sagen. Nur meine ich, wenn wir damit zu sehr operieren – das ist auch die Meinung des Bundespräsidenten –, beschwören wir etwas herauf, was bisher noch nicht ist, was allerdings in den nächsten Monaten auf uns zukommen kann. Und ich möchte auch Herrn *Achenbach* sagen: Die Garantie, daß nichts passiert, hat keiner.[587]

Dr. RIEGER: Ich meine nur, wenn wir das Vorliegen eines Notstandes zur Voraussetzung für unsere Bereitschaft erklären, in ein All-Parteien-Kabinett einzutreten, müßten wir auch über die Voraussetzung entscheiden, sonst engen wir uns ein.

Dr. HAMM: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht richtig, zu sagen, die Lage habe sich nicht geändert. Die Lage als solche hat sich vielleicht nicht geändert. Aber unsere Vorstellungen von der Entwicklung haben sich geändert. Die Aussage, die in der Pressekonferenz gemacht worden ist[588], hat zweifellos auf die Entwicklung bis heute gewisse Einflüsse gehabt. Wir können die Situation nicht ändern. Nach meinem Dafürhalten können wir nur Zeit gewinnen und hoffen, daß in der Zeitspanne sich Möglichkeiten auftun, daß wir das, was wir heute ebenso wollen wie am 19. 9., erreichen.

Ich bin deshalb sehr angetan von dieser Erklärung.[589] Ich hätte es nicht begrüßt, wenn wir zu starr gewesen wären. Denn es geht ja in diesen Tagen bei allen Parteien nicht darum, daß man nun besonders deutlich und scharf herausstellt, was man will, sondern daß man das auf geschickte Weise erreicht, was man will. Deshalb bin ich der Meinung, daß die Festlegung, die wir jetzt in der Presseerklärung getroffen haben, richtig ist.

Wir dürfen uns nicht wundern, daß der Nervenkrieg weitergeht. Er wird auch an Hand unserer Presseerklärung weitergehen. Wir können es nicht ändern. Wir müssen auch in Kauf nehmen, so bedauerlich es ist, daß in unseren eigenen Reihen noch gewisse Mißverständnisse bleiben. Aber aus dieser Situation können wir nicht heraus.

---

des Ausschusses einberufen. Vgl. Art. 53 a GG und die GO für den Gemeinsamen Ausschuß vom 23. 7. 1969 (BGBl. I, S. 1202).

586 Oberstes Organ des Nordatlantikpaktes (siehe Anm. 39), das aus den Vertretern der Mitgliedstaaten besteht und unter dem Vorsitz des Generalsekretärs tagt.

587 Bezugnahme auf *Achenbachs* Einschätzung der Gefahrenlage. Siehe S. 207.

588 Am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 31.

589 Siehe S. 180.

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: Meine lieben Parteifreunde! Da ich in der nächsten Woche nicht hier sein kann, möchte ich noch einiges dazu sagen. In unserer letzten Fraktionssitzung waren wir natürlich noch sehr glücklich und sehr froh über den großen Erfolg, den wir hatten. Wenn jetzt die CDU/CSU-Fraktion zusammen war[590], so habe ich psychologisch Verständnis dafür, daß sie jetzt die größte Wut gegen uns haben. Nämlich daß sie so schlecht abgeschnitten haben, ist letzten Endes unser Erfolg gewesen. Daraus erklären sich auch die Ressentiments, die dort in der Fraktion zum Ausdruck gekommen sind.

Nun gehen allerdings in der Politik die Dinge immer weiter, ob in der Innenpolitik oder in der Außenpolitik. Deshalb bin ich der Auffassung, daß auch in der Zwischenzeit seit dem Dienstag nach der Wahl[591] bis heute einiges geschehen ist.

Der Bericht, den Herr *Mende* uns heute gegeben hat über all das, was in der Zwischenzeit gesprochen und verhandelt wurde, was aber nicht in der Zeitung gestanden hat[592], gibt mir Anlaß zu überlegen – da stimme ich mit Herrn *Döring* völlig überein –, welche Taktik wir gegebenenfalls anwenden müssen, um eben das zu erreichen, was wir für richtig erachten.

Da können wir allerdings nicht daran vorbeigehen, daß hier das Presse- und Informationsamt (der Bundesregierung) ausgezeichnet gearbeitet hat, indem es die Dinge so in die Presse lanciert hat, wie sie jeweils für uns am allerungünstigsten gewesen sind.

Dr. MENDE: Darf ich unterbrechen und diesen Satz nachdrücklich beweisen. Ich habe einige Meldungen vorliegen, die in der Tat hart sind.

(Dr. *Mende* verliest Meldungen von DPA, UPI, AP, UPI.[593])

Ich möchte nur sagen, unsere Sprecher sind ausgezeichnet rehabilitiert. Sie werden erleben, was morgen alles in den Zeitungen steht. Ich muß auch sagen, Herr *Stammberger,* vielen Dank! Er hat ganz richtig interpretiert.[594]

DÖRING: Zur Geschäftsordnung! Darf ich genauso interpretieren wie *Stammberger?* Ich kann es nicht verheimlichen, ich muß heraus! (Heiterkeit.)

Dr. MENDE: Ich würde lieber sagen: No comment! Wir wollen uns alle auf die Formel einigen: kein Kommentar!

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: (fortfahrend) Wir müssen darauf gefaßt sein, daß vom Presse- und Informationsamt nach wie vor alles getan wird, um die Dinge so in die Presse zu lancieren, daß sie für uns möglichst ungünstig sind. Das hat sich jetzt schon ausgewirkt. Daß wir jetzt diese Telegramme, Anrufe usw. bekommen haben, aus denen hervorgeht, daß unten Unsicherheit herrscht, ist weniger auf unsere Haltung zurückzuführen als auf die Arbeit des Presse- und

590 Am 27. 9. 1961. Siehe S. 151 f.
591 Seit der ersten gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und neuer Bundestagsfraktion der FDP am 19. 9. 1961. Vgl. Nr. 17.
592 Siehe S. 139–158.
593 Deutsche Presse-Agentur, Hamburg; United Press International, New York; Associated Press, New York.
594 Stellungnahme nicht zu ermitteln.

Informationsamtes und auf die Art, wie in der Presse die Dinge dargestellt worden sind. Das sollten auch unsere Parteifreunde unten erkennen; sie müssen auch Zutrauen und Verständnis dafür haben, daß Herr *Mende* die Dinge, die er uns heute gesagt hat, uns vorher nicht sagen konnte und daß man auch einmal mit einer endgültigen Entscheidung warten muß, bis man über alles in vollem Umfang unterrichtet ist.

Zu der Frage, die angeschnitten wurde, die aber wohl erst am nächsten Freitag diskutiert werden soll: All-Parteien-Regierung.[595] Ich möchte für meine Person erklären, daß ich nicht für eine All-Parteien-Regierung bin, und zwar aus folgendem Grund. Wir haben nicht nur Außenpolitik, wir haben auch Innenpolitik. Gott sei Dank haben wir im Augenblick keinen Krieg, wo die sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen Probleme keine Rolle spielen. Aber glauben Sie denn, es wäre uns möglich, in einer All-Parteien-Regierung, wenn christlicher Gewerkschaftsflügel plus SPD zusammen sind und wir noch dabei, uns gegenüber den anderen abzugrenzen oder uns gar durchzusetzen? Dann kämen wir doch in diesen circulus vitiosus einfach mit hinein. Ich würde in einem derartigen Fall von mir aus sogar eine Oppositionsstellung gegenüber einer schwarz-roten Koalition vorziehen. Eine solche Oppositionsstellung würde mir allerdings einen Heidenspaß machen. Sie wissen, ich bin leicht kämpferisch veranlagt! (Heiterkeit.)

Machen Sie sich keine Illusionen! Auf der einen Seite ist nach meiner Auffassung *Adenauer* gegebenenfalls bereit, mit dem Teufel zu paktieren, damit der Kanzler bleibt. Auf der anderen Seite sind *Brandt, Wehner* usw. nicht nur bereit, Konzessionen bezüglich Personen zu machen, indem sie gegebenenfalls *Adenauer* schlucken, sondern auch in der Sache. Ich halte deshalb das Gespräch in Nürnberg, über das Sie uns unterrichtet haben, wo gesagt wurde, wenn wir erst einmal soviel Minister in der Regierung haben usw.[596], für durchaus der Situation entsprechend. Ich bin sogar davon überzeugt, um das zu erreichen, wären die bereit, sogar in wirtschafts- und sozialpolitischen Dingen noch und noch nachzugeben, um uns gar nicht die Möglichkeit zu geben, hier Opposition zu treiben und entsprechend dreinzuschlagen. Ich bitte Sie, das bei Ihren Überlegungen in der nächsten Woche nicht zu übersehen.

Es muß auf alle Fälle folgendes erreicht werden. Wir müssen zuerst einmal echt sachlich verhandeln und müssen dabei klarlegen – deswegen begrüße ich, daß am Montag diese Verhandlung beginnt[597] –, daß wir diese sachlichen Voraussetzungen in den Vordergrund stellen, und müssen dann einmal abwarten, was diese sachlichen Verhandlungen erbringen.[598] Es kann doch innerhalb einer Woche auch bei der CDU und CSU wieder eine andere psychologische Situation eintreten. Ich habe allerdings wieder gemerkt, der Verlauf der Fraktionssitzung der CDU/CSU[599] war genau wie seinerzeit bei der Präsident-

595 Siehe Anm. 524.
596 Siehe S. 146.
597 Am 2. 10. 1961. Siehe Anm. 12.
598 Zur Problematik dieser auch von *Dehler* empfohlenen Vorgehensweise siehe Anm. 248.
599 Am 27. 9. 1961. Siehe S. 151 ff.

schaftssache.[600] Alle, die vorher zu uns gelaufen kamen, sind nachher umgefallen, als Herr *Adenauer* wieder da war. Die neue Fraktion unterscheidet sich offensichtlich von der alten in gar keiner Hinsicht.

Man muß, um ein Ziel zu erreichen, die Sache immer von zwei Seiten sehen. Hier hat sich jetzt die CDU festgelegt. Ich bin der Überzeugung, wenn wir tatsächlich *Adenauer* beseitigen wollen,

(Dr. *Mende:* nicht wiederwählen wollen!)

– richtig; wenn wir ihn nicht wiederwählen wollen, dann wird das nur möglich sein – worauf Sie schon in Ihrem Gespräch mit dem Fernsehen hingewiesen haben –, wenn wir einen honorigen Ausweg finden, der es auch der CDU erlaubt, ihr Gesicht zu wahren.[601] Vergessen Sie das nicht und beachten Sie das bitte auch in Zukunft bei Ihren Äußerungen!

Dr. MENDE: Ich wiederhole, es geht darum, ob *Adenauer* wieder gewählt wird. Es geht nicht um den Sturz, sondern darum, ob *Adenauer* erneut, zum vierten Mal, gewählt wird oder ob er nicht gewählt wird.

VON KÜHLMANN-STUMM: Ich wollte an die Mannschaftsleistung appellieren. Wir haben durch eine begeisternde Kombination ein Bilderbuchtor sondergleichen am 17. September geschossen[602], zur Wut vieler anderer. Die Kombination, die in Frankfurt begann[603] und am 17. 9. endete, begann hier am 19. 9.[604] erneut mit einer schönen Steilvorlage, deren Ziel die Person des Bundeskanzlers war. Wir alle haben draußen dafür die Bestätigung gefunden.

Nach dem schönen Tor, das wir in dieser Wahl geschossen haben, ist natürlich nun ein Sturm gegen unsere Mannschaft losgebraust, und die kann jetzt nicht lückenlos stehen. Dabei muß man zubilligen, Herr Dr. *Mende,* daß bei der Abwehr dem einzelnen, der glaubt, am besten abwehren zu können, Fehler unterlaufen. Denken Sie an den Läufer *Giesemann* aus unserer Nationalmannschaft! Als der versucht hatte, abzuwehren, und dabei ein Eigentor schoß, klopfte ihm der Torwart *Tilkowski* beruhigend auf die Schulter und tröstete ihn: Das kann doch jedem passieren!

(Dr. *Schneider:* Wer ist *Giesemann?* – Gegenruf von Dr. *Dehler:* Was, das wissen Sie nicht?! Heiterkeit.)

Das gilt auch für unsere Mannschaft. Jeder versucht das beste. Wenn aber die Lückenlosigkeit fehlt und wenn nicht der Wille besteht, auch mal einen Abwehrfehler durch ein Schuldbekenntnis zu korrigieren, werden wir aus dieser Abwehrschlacht nicht herauskommen. Ich bin aber überzeugt, daß die Abwehrschlacht lückenlos steht.

Ich darf Sie auch daran erinnern, daß die Ungarn mit ihrer großen Nationalmannschaft dadurch gescheitert sind, daß manche Stürmer nicht miteinander

---

600 *Adenauers* Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten 1959. Vgl. Nr. 17 Anm. 64.
601 Siehe *Mendes* Ausführungen in diesem Sinn auf S. 144.
602 Bei den Bundestagswahlen. Siehe Anm. 573.
603 12. Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. 3. 1961.
604 Vgl. Nr. 17, S. 110.

sprachen. Das ist der Grund, warum die Ungarn in der letzten Zeit so katastrophal versagt haben.

Ich glaube, wenn wir an unsere Mannschaftsleistung appellieren, an dem Erfolg vom 17. 9. festzuhalten und lückenlos abzuwehren, wird es auch bestimmt möglich sein, sehr bald wieder offensiv zu werden und Tore zu schießen. Daher möchte ich an diese Mannschaftsleistung appellieren. Wir sollten auf den Erfolg vom 17. 9. so stolz sein, daß diese Mannschaftsleistung lückenlos bestehenbleibt, gleichgültig, was auf uns zukommt. Wir müssen dabei immer damit rechnen, daß der Schiedsrichter einmal ungerecht gegen uns pfeift. Aber wir werden wieder offensiv werden.

Ich glaube, daß dieser Tag heute ein guter Tag war, daß das, was beschlossen wurde, gut war und daß auch das, was am 19. 9. beschlossen wurde[605], gut war. Es kommt darauf an, daß die Mannschaft steht; dann werden wir an den Erfolg vom 17. 9. anknüpfen; davon bin ich fest überzeugt. (Beifall.)

KREITMEYER: Ich will im sportlichen Bild bleiben. So gut die Bundestagsfraktion der FDP im 3. Bundestag war, zu etwas hatte sie nie Zeit: sich zusammenzufinden, sich zusammenzusetzen. Ich hoffe, daß diese Fraktion mehr Zeit finden wird, weil das Amt gewichtiger für uns geworden ist. Vorher waren wir ja nur das fünfte Rad am Wagen. Wir müssen also mehr Zeit füreinander mitbringen, viel mehr Zeit; denn wir sind uns bis heute über die wesentlichen Dinge nicht im klaren.

Wir haben mit viel Mühe und Geldaufwand einige hundert Heimatjournalisten hier gehabt. Das wäre die beste Gegenwaffe gegen die verleumderische Berichterstattung über uns. Wenn jetzt unser Presseapparat funktioniert hätte und über sämtliche Fernschreiber im Bundestag an sämtliche 70, 80 Heimatjournalisten das heutige Kommuniqué[606] im Wortlaut durchgegeben hätte, wäre das die beste Antwort auf AP und UP.

Ich wollte im sportlichen Bild bleiben und gehe zu dem mir besonders bekannten Nahkampf des Boxens über. Amateure haben hierfür 3 Runden, Professionelle bis zu 12, nach Vereinbarung auch 15. In einer solchen Auseinandersetzung sammelt mal der eine, mal der andere in den einzelnen Runden Punkte. Entscheidend ist nur, daß immer wieder der Kämpfer – das sind wir – und zweitens die uns Beratenden – das sind unsere Freunde – sich Zeit zur Beratung lassen, sich neu aufrichten lassen, sich auf den Gegner einstellen, um dann doch die letzte Runde zu gewinnen.

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer heutigen Bundesvorstands- und Fraktionssitzung. Es haben sich in über viereinhalb

605 Vgl. die Zusammenfassung auf S. 141 f.
606 Siehe S. 180.

Stunden 36 Sprecher zu Wort gemeldet[607], nachdem ein einstündiger Bericht durch mich[608] und ein halbstündiger durch *Lenz*[609] erstattet worden ist.

Lassen Sie mich zunächst sagen, was wir organisatorisch gemacht haben. Herr *Flach* wird das Rundschreiben vorlesen, das an alle Kreis- und Bezirksverbände herausgegangen ist.[610] Ferner ist durch Fernschreiben an alle Landesverbände gestern gegen 17 Uhr unsere Erklärung herausgegangen.[611] Wenn die Landesverbände ihren Apparat mit den Bezirks- und Kreisverbänden an der Hand haben, konnten sie bis 18 Uhr die Erklärung an alle durchgegeben haben. Wir sind hier nicht in der Lage, über 100 Fernschreiber zu bedienen. Wir haben elf Fernschreiber an der Leitung, und das ist schon Arbeit genug.

(Herr *Flach* verliest den Text des Rundschreibens.)

In der Vielzahl der verschiedenen Deutungen und Behauptungen ist nicht nur gesagt worden, daß wir unter dem Druck der Industrie und der Geldgeber ständen; ich habe Ihnen das bereits eindeutig als Unsinn dargelegt.[612] Es wird auch behauptet, daß ich Freimaurer sei. Ich habe eine sehr ehrenhafte Auffassung von der Freimaurerei. Aber ich muß Ihnen bekennen, ich bin in keiner Loge, ich bin nicht Freimaurer. Da das neuerdings behauptet wird, möchte ich erklären: Das ist nicht wahr. Ich möchte die entsprechende Behauptung eines katholischen Geistlichen als Verleumdung oder zumindest als falsche Information bezeichnen.

Was immer Sie in der nächsten Zeit wechselseitig übereinander und gegeneinander hören, wir sollten uns gegenseitig informieren, bevor solche Geschichten über *Kapfingers*[613] „Aktuell" oder über den „Spiegel" die Runde machen. Wenn es einmal gedruckt ist, ist es schwerer wieder herauszukriegen, als wenn man es vorher abfängt.

Ich habe noch folgende geschäftliche Mitteilungen.

Der Arbeitskreis des Kollegen Dr. *Dehler* tagt morgen um 15 Uhr.[614] – Ich habe dringend gebeten, Journalisten und Bildberichterstatter von der Insel fernzuhalten.

Die Verhandlungskommission.[615] Ich weiß morgen schon, ob die CDU ihre Verhandlungskommission am Dienstag oder Mittwoch zusammenhaben will. Ich schlage vor, wir einigen uns auf Dienstagnachmittag.

(*Engelhard:* Ich hatte den Vorschlag gemacht, daß wir Sie Montag früh wissen lassen, wenn es uns am besten paßt; es bleibt Ihnen unbenommen, den Termin zu wählen.)

---

607 *Hoppe* und *Zoglmann* zogen ihre Wortmeldung zurück. Nicht zu Wort kamen *Mauk, Nolte, Rutschke* und *Schmidt*.
608 Siehe S. 139–158.
609 Siehe S. 158–168.
610 Nicht ermittelt.
611 Siehe den Wortlaut nach Anm. 105.
612 Siehe S. 155.
613 Siehe Anm. 120.
614 Arbeitskreis Außenpolitik. Siehe S. 211.
615 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.

– Ist Dienstagnachmittag genehm? – Mittwochvormittag ist vielleicht besser. Den Termin kann ich endgültig erst sagen, wenn ich Montag dagewesen bin.[616] Möglicherweise haben die unseren Beschluß so interpretiert, daß sie gar nicht mehr den Zusammentritt der Verhandlungskommission wünschen. Ich weiß nicht, wie die andere Seite interpretiert.

Zum Schluß möchte ich Ihnen allen danken. Ich möchte Sie bitten, im Lokal und auf dem Wege so vorsichtig zu sein, daß niemand gegeneinander ausgespielt werden kann. Dementieren Sie die Behauptung, es habe hier Streit und Krach gegeben! Es hat hier eine temperamentvolle Diskussion gegeben. Es hat keinen Streit und keinen Krach gegeben. Auch die Resolution[617] ist fast einstimmig angenommen worden.

(Zurufe: Einstimmig!)

– Sie ist ohne Gegenstimmen angenommen worden. Es war eine Abstimmung in der Redaktion, nicht im Inhalt.

Die Sitzung ist geschlossen. Auf Wiedersehen am 6. Oktober um 14 Uhr.

(Schluß: 19.45 Uhr.)

---

616 Am 2. 10. 1961, Termin des ersten Koalitionsgesprächs.
617 Siehe S. 180, 189.

## 19.

## 6. 10. 1961: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion[1]

**ADL, Ordner Nr. 113. Vorsitz: Mende; Protokoll: Lorenz. Überschrift: „Sitzung der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes der FDP am Freitag, 6. Oktober 1961, 14 Uhr, in Bonn, Bundeshaus." 14.00 Uhr–17.50 Uhr.**

Redner:[2] Achenbach, Atzenroth, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Daub, Dehler, Döring, Dörinkel, Dorn, Ertl, Hammersen, Haußmann, Herta Ilk, Imle, Kreitmeyer, Lenz, Margulies, Mauk, Mende, Frhr. von Mühlen, Müller-Link, Nolte, Rubin, Rutschke, Heinrich Schneider, Soetebier, Stammberger, Starke, Spitzmüller, Wächter, Weber, Weyer, Zoglmann.

---

1 Bis zur konstituierenden Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion tagten die beiden Führungsgremien dreimal gemeinsam. Danach beriet die Fraktion allein. Vgl. Nr. 17 und 18; W. F. Dexheimer, 1973, S. 65.
2 Die Vorlage enthält kein Verzeichnis der Anwesenden, von denen 34 durch Reden nachweisbar sind. Einschließlich der Mitglieder der neuen Bundestagsfraktion waren über 100 Personen anwesend.

[PRÄLIMINARIEN]

Dr. MENDE: Meine Freunde! Ich eröffne unsere heutige Sitzung. Ich wäre dankbar, wenn wir uns bezüglich der Tagesordnung auf folgenden Ablauf verständigen könnten:

Bericht durch mich und Willi *Weyer* über die Verhandlungen am 2. Oktober[3] und 5. Oktober[4] mit Bekanntgabe der wechselseitig getauschten Papiere;

Bericht über die Sitzung der Verhandlungskommission vom 4. Oktober[5];

Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises der Fraktion für Außenpolitik/Gesamtdeutsche Fragen/Wiedervereinigung vom gestrigen Donnerstag[6] mit Bekanntgabe des dort entworfenen Papiers. – Anschließend Aussprache.

Zum Schluß muß die Fraktion in einem Beschluß erstens die bisherigen Verhandlungen billigen oder mißbilligen. Zweitens muß sie den Auftrag für weitere Verhandlungen geben oder nicht geben. Drittens muß sie das Papier der Fraktion billigen oder ablehnen. Denn alle bisherigen Gremien, die Verhandlungskommission und auch der Arbeitskreis, sind ja vorbereitende Gremien. In jedem Fall hat der Bundesvorstand, hat die Bundestagsfraktion die letzte Entscheidung.

Bestehen gegen den Ablauf dieser Tagesordnung Bedenken? – Zur Geschäftsordnung Dr. *Atzenroth!*

Dr. ATZENROTH: Herr *Mende,* wir sollen die Papiere billigen, die wir bisher noch nicht zu sehen bekommen haben?

Dr. MENDE: Es gibt Papiere, die man nicht verteilen kann, weil sie unter dem Schutz des Staatsgeheimnisses stehen und den Verhandlungspartnern die Verteilung nicht gestattet ist.

(Dr. *Atzenroth:* Dann müssen wir uns die Billigung vorbehalten!)

– Sie dürfen annehmen, daß der Vorsitzende dieses Papier so langsam vorliest, daß man seinen Sinn erfassen kann. Wenn das nicht der Fall ist, müssen Sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten oder dagegen stimmen.

Darf ich unterstellen, daß Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind? – Das ist der Fall. Dann möchte ich vor meinem Bericht zunächst eine sehr erfreuliche Pflicht erfüllen. Wir haben in den bisherigen Sitzungen vom 19. und 29. September[7] mit 66 Abgeordneten[8] hier verhandelt. Ich bin sehr erfreut, festzustellen, daß wir uns auf 67 Abgeordnete vermehrt haben. (Beifall.) Dank des guten Wahlergebnisses bei der Nachwahl in Rheinland-Pfalz im Kreis Co-

3 Erstes Koalitionsgespräch. Vgl. Nr. 18 Anm. 12.

4 Das zweite Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961 dauerte zwei Stunden und erbrachte Übereinstimmung in wesentlichen Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik. Vgl. FAZ Nr. 232 D vom 6. 10. 1961, S. 1.

5 Erste Sitzung der Verhandlungskommission (vgl. Nr. 17 Anm. 112). *Mende* fand dort volle Unterstützung. Vgl. DIE WELT Nr. 232 vom 5. 10. 1961, S. 2.

6 Sitzung unter Vorsitz von *Dehler* am 5. 10. 1961. Vgl. fdk Nr. 156/61 (T) vom 3. 10. 1961.

7 Vgl. Nr. 17 und 18.

8 Fraktionsstärke der FDP seit dem 17. 9. 1961.

chem/Simmern[9] ist Nutznießer dieser Leistung, wie es sich in einer Partei gehört, die Bundespartei und in diesem Fall der Landesverband Niedersachsen.[10] Ich begrüße als neuen Kollegen unseren Freund *Soetebier* und heiße ihn herzlich willkommen. (Beifall.) Da ja Niedersachsen keinen Weinbau hat und Herr *Soetebier* sehr weit im Norden wohnt, möchte Parteifreund *Dörinkel* ihm etwas überreichen.

Dr. DÖRINKEL: Wenn ein Bundestagsabgeordneter *Soetebier* an der Mosel gewählt wird (Heiterkeit), dann ist die Konkurrenz am Rhein natürlich sehr betroffen! Aber wir freuen uns trotzdem darüber, und deshalb habe ich mir erlaubt, eine ganz besonders gute Flasche aus unserer Gegend[11], nämlich einen Neroberger, Ihnen, Herr Kollege *Soetebier* mitzubringen. Lassen Sie es sich bitte recht gut schmecken! (Beifall.)

SOETEBIER: Meine Damen und Herren! Ich bin sehr erfreut, heute in Ihrer Mitte weilen zu dürfen. Ich freue mich auch über die Flasche Wein. Ich darf Ihnen verraten, daß ich bereits letzte Woche meinen Urlaub in Bernkastel angesagt hatte (Heiterkeit), und zwar in dem Wahlkreis, wo ich dann tatsächlich gewählt wurde. Ich wußte Sonntagabend[12] noch nichts von meinem Glück. Ich danke Ihnen recht schön für die Begrüßung. (Beifall.)

[Dr. MENDE]: Herr *Soetebier* war als Gast der Fraktion bei der Einladung der Kommunalpolitiker schon einige Tage hier.[13] Er kennt also den Betrieb schon etwas, und es war für ihn damals nur eine vorbereitende Reise nach Bonn.

Meine Damen und Herren! Damit treten wir nach dem ermunternden Zwischenspiel, für das ich auch dem Landesverband Rheinland-Pfalz herzlichst danke, in die Verhandlungen ein.

Ich bitte zunächst, aus den bisherigen Sitzungen eine Konsequenz ziehen zu dürfen. Nach der Sitzung vom 29. September[14] hat sich ergeben, daß der Bayerische Rundfunk in seiner Nachrichtensendung melden konnte: „Verwirrung in der FDP – Herausgabe eines Kommuniqués – und dann hieß es: „Die ersten vier Abgeordneten, die den Sitzungssaal verließen, gaben vier voneinander abweichende Interpretationen dieses Kommuniqués." – So wörtlich in der Nachrichtensendung des Bayerischen Rundfunks auf der Mittelwelle und auf UKW. Die Schlagzeile des Bonner Generalanzeigers lautete: „Verwirrung bei der FDP".[15] Auch hier wurde jene United Press-Meldung zitiert: „Die ersten

---

9 Vgl. Nr. 18 Anm. 123.

10 Infolge der Mandatsverteilung aufgrund der nach dem Verhältniswahlrecht erzielten Zweitstimmen.

11 Aus Wiesbaden, wo *Dörinkel* bis 1961 Mitglied des hessischen Landtags war. Vgl. BT-Handbuch, 4. WP, 1961, S. 98.

12 Am 1. 10. 1961, dem Tag der Nachwahl.

13 Anlaß war die Mitgliederversammlung des Deutschen Städtebundes am 21./22. 9. 1961 in Bad Godesberg; sie ermöglichte es dem Kommunalpolitischen Bundesausschuß der FDP, gemeinsam mit den kommunalen FDP-Mandatsträgern zu einer Sitzung zusammenzutreten. Vgl. DAS RATHAUS, 1961, S. 306; Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle 57/61 vom 12. 10. 1961 an die Mitglieder des Kommunalpolitischen Bundesausschusses (ADL, A 2-26).

14 Vgl. Nr. 18.

15 Vgl. „Verwirrung um den Kurs der FDP. Zu Koalitionsverhandlungen bereit, aber gegen

vier Abgeordneten, die den Sitzungssaal verließen, gaben vier verschiedene Interpretationen." – Sie alle haben die Zeitungen gelesen und wissen, wieviel Kollegen sogar namentlich am nächsten Tag in den Zeitungen erwähnt wurden.

Ich bitte daher dringend, sich hier einer ehrenwörtlichen Versicherung zu unterwerfen, keine Erklärungen über die Geheimpapiere in der Öffentlichkeit abzugeben, weil ich sonst nicht in der Lage bin, Ihnen die unter dem Geheimschutz stehenden Papiere des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Darf ich fragen, ob alle, die hier in diesem Raum sind, sich ehrenwörtlich verpflichten, keine Informationen über die Geheimpapiere nach draußen gelangen zu lassen, aber auch keine Informationen über den Verlauf der Sitzung und die Diskussion nach außen dringen zu lassen? – Bestehen Bedenken gegen eine solche freiwillige, allgemeine, ehrenwörtliche Verpflichtung? – Das ist nicht der Fall.

Dann gebe ich zu Protokoll, daß sich Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände, die unsere Gäste sind, und alle Mitarbeiter hiermit ehrenwörtlich verpflichten, keine irgendwie gearteten Informationen an die Presse über den Verlauf und den Inhalt der Sitzung, insbesondere über die Geheimpapiere, zu geben.

Willi *Weyer* und ich haben es verstanden, bei zwei Besprechungen im Kanzleramt[16] uns daran zu halten. Ich glaube, es hat der Presse mehr imponiert, daß sie nichts herausbekommen hat, als wenn sie etwas herausbekommen hätte.

Es ist weiter in einem Nachrichtenmagazin, das ich, wie Sie wissen, ab sofort nur noch eine „bebilderte Wochenschrift" nenne, eine Schilderung gekommen, die zum Teil Fakten enthält, die hier in der Sitzung genannt wurden; zum Teil wird da der Phantasie freier Lauf gelassen.[17]

Dabei wird auch der Kollege *Döring* erwähnt. Kollege *Döring* hat mir einen Brief geschrieben, in dem er mir mitteilt, daß er für das Zitat, das ihm dort zugeschrieben wird, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Er legt Wert auf die Feststellung, daß eine solche Äußerung, *Mende* sei in der Zwischenzeit so klein „mit Hut", weder von ihm gegenüber einem Vertreter des „Spiegel" noch gegenüber einem anderen Journalisten gemacht worden ist.[18] Ich nehme die Erklärung des Kollegen *Döring* hier zur Kenntnis.

---

Kanzlerschaft Adenauers", in: General-Anzeiger, Bonn, Nr. 21854 vom 1. 10. 1961, S. 1 (Stadtarchiv Bonn).

16 Beim ersten und zweiten Koalitionsgespräch am 2. bzw. 5. 10. 1961.

17 Vgl. „An der Mende-Marke", in: Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 23–28.

18 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 28: „Noch bevor am Nachmittag des letzten Freitag im Bundeshaus-Saal 212 die vereinigten Führungsspitzen der FDP hinter schalldichten Türen zusammentraten, wurde Erich Mende auf einem freidemokratischen Mittagessen in der „Parlamentarischen Gesellschaft" im größeren Kreis abgekanzelt wie ein Rekrut. FDP-MdB Wolfgang Döring spreizte hinterher Daumen und Zeigefinger auseinander: ‚Mende ist so klein mit Hut.'"

Ich nehme an, wir werden überhaupt in dem kleinen Kreis des Vorstandes einmal darüber sprechen, wie wir das Problem des Parteifreundes *Augstein* weiter betrachten. *Augstein* ist nominell Mitglied unserer Partei. Meine Parteifreunde, wenn die Partei es zuläßt, daß ein Mitglied der Partei, auch wenn er Journalist ist und damit die Pressefreiheit genießt, so den Vorsitzenden der Partei mit Rufmord überziehen kann[19], dann, muß ich sagen, trifft diese Art der Behandlung Ihres Parteivorsitzenden Sie selbst, wenn Sie sich nicht vor Ihren gewählten Parteivorsitzenden stellen! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich persönlich habe nicht vor, Strafantrag zu stellen. Ich bin der Meinung, Politiker müssen es auch auf sich nehmen, sich beleidigen und verleumden zu lassen. Ich habe bisher noch keinen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Ich hoffe, daß ich es in meinem Leben nie tun muß. Ich halte mich an den Rat des Altreichstags-Präsidenten *Löbe*, der im 1. Bundestag Alterspräsident war. Er hat einmal gesagt, *Ebert* wäre nicht zuletzt daran zerbrochen, daß er sich auf Beleidungsprozesse einließ.[20]

Im übrigen kann ich nur sagen: Was in diesem Artikel drinsteht von einem Flug nach Hamburg zu Herrn *Blumenfeld*[21], ist genauso Unsinn. Ich bin zum Uhrmachertag nach Hannover gefahren und dann zum Stapellauf eines Schiffes im Hamburger Hafen.[22] Ich habe Herrn *Blumenfeld* am Abend im Zelt auf seinen Wunsch hin gesprochen. – Ebensowenig wahr ist, daß ich auf einen Brief von Herrn *Globke* gewartet habe und im Bundestag gesessen hätte „wie eine Braut, die auf den Freier wartet, der offensichtlich auf der Hamburger Reeperbahn abhanden gekommen ist".[23]

Was da zum Teil phantasiert und kombiniert wird – es geht in den heutigen Zeitungen schon bis zu Ministerlisten [24] –, ist alles mehr oder minder in den Bereich der Romanschriftstellerei zu verweisen. Am Ende wird der Erfolg, am Ende wird die Gesamthaltung der Schlußbilanz unterworfen werden. Die temporären Zwischenstadien sind bald vergessen. Denken Sie daran, wie wenig sich unsere Wählerinnen und Wähler in Simmern und Cochem[25] verwirren ließen, trotz eines in alle Haushaltungen geschickten Verwirrungsbriefes des Kandidaten und des Professors *Erhard*.[26] Wir als die Verantwortlichen der Partei sollten genauso gute Nerven haben, wie die Wählerinnen und Wähler in Cochem sie bewiesen haben. (Beifall.)

---

19 *Mende* zufolge hatte *Augstein* die bösartige Formel vom „Umfall" der Liberalen in die Welt gesetzt. Zum gespannten Verhältnis zwischen den beiden vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 14, 40, 44.

20 Vgl. Paul LÖBE, Der Weg war lang, Berlin [3]1954, S. 105 f.

21 Vgl. DER SPIEGEL Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 25.

22 Am 24. 9. 1961. Vgl. Nr. 18 Anm. 52.

23 Vgl. DER SPIEGEL Nr. 41 vom 4. 10. 1961, S. 23: „Erich Mende saß im Bundeshaus und wartete weiter: ‚Ich rechne noch heute mit einer Einladung für morgen.'" Zu *Mendes* Warten auf eine Unterredung mit *Adenauer* vgl. Nr. 18 Anm. 61.

24 Vgl. z. B. die Ministerliste in SZ Nr. 239 vom 6. 10. 1961, S. 1.

25 Vgl. Nr. 18 Anm. 123.

26 Vgl. Nr. 18 Anm. 400.

Damit bitte ich Sie noch einmal, der Presse gegenüber jene Zurückhaltung zu wahren, die uns, wie gesagt, mehr Achtung einbringen wird als eine vorübergehende überlaute Publizität.

[1. BERICHT DES BUNDES- UND FRAKTIONSVORSITZENDEN]

Am Montag, 2. Oktober, haben wir 2 1/2 Stunden mit *Adenauer* als Vorsitzenden der CDU und *Strauß* als Vorsitzenden der CSU verhandelt, und zwar *Weyer* als Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen und Mitglied der Verhandlungskommission und ich.[27]

Das Ergebnis dieser Verhandlung war, daß *Adenauer* uns ein Papier gab, das vom Auswärtigen Amt, von Herrn *von Brentano,* verfaßt war. Das Schreiben des Bundeskanzlers hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr *Mende!* Mit Bezugnahme auf unsere gestrige Besprechung übersende ich Ihnen anliegend die Ausführungen des Außenministers *von Brentano* und die Ausführungen des Bundesverteidigungsministers *Strauß.* Mit ausgezeichneter Hochachtung *Adenauer.*"

Dazu handschriftlich darunter:

„Die Ausführungen von Herrn *Strauß* habe ich noch nicht erhalten; sie folgen nach."

Diese Ausführungen sind dann in der gestrigen Besprechung[28] nachgereicht worden.

Ich darf Ihnen jetzt langsam den Text des uns unter „geheim" übermittelten Papiers vorlesen.

(Die Verlesung wird nicht protokolliert.)

Am Schluß unserer Besprechung[29], in der mit keinem Satz personelle Fragen von irgendeinem Teilnehmer angeschnitten wurden, stand ein gemeinschaftliches Kommuniqué, das *Adenauer* diktierte und dessen zweiten Teil ich dann diktierte. Es ist Ihnen bekannt: die Tatsache, daß wir zusammen waren und daß wir am Donnsterstag[30] wieder zusammenkommen wollten.

Ich nehme an, daß Sie das Fernsehgespräch am Montagabend mit angesehen haben (einige Nein-Rufe) – oder zumindest davon gehört haben.[31] Ich habe in diesem Fernsehgespräch zur Sache nichts ausgesagt, weil wir ja in Verhandlungen sind, zur Person mich in den Bedenken geäußert, die wir nach wie vor haben, aber auch das etwas behutsamer und etwas, sagen wir einmal, dem Respekt Rechnung tragend und nicht so apodiktisch und scharf, wie einige mir das am Dienstag, dem 19. September, unterstellten.[32]

---

27 Erstes Koalitionsgespräch. Vgl. Nr. 18 Anm. 12.
28 Zweites Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.
29 Am 2. 10. 1961.
30 Am 5. 10. 1961.
31 Vgl. Nr. 18 Anm. 375.
32 Für eine vorsichtige Verlautbarung in der Kanzlerfrage hatten sich am 19. 9. 1961 u. a. *Lenz, Leverenz* und *Engelhard* ausgesprochen.

Am Dienstag trat die Auslandspresse in Bonn zusammen. Sie hatten mich eingeladen zu einer Zusammenkunft, wie es hier in Bonn so üblich ist.[33] Es waren etwa 80 Auslandsjournalisten da, von der sowjetischen Nachrichtenagentur „Tass" und den Zeitungen „Iswestija" und „Prawda" bis zu den amerikanischen Zeitungen. Von uns aus war nur Herr *Dürr*[34] mit.

Ich habe hier die Lage unserer Partei geschildert. Ich habe diese Einladung deshalb sehr dankbar angenommen, weil sie mir Gelegenheit bot, die im Ausland gegen uns beginnende Kampagne etwas abzustoppen.[35] Ich habe erklärt, daß die Wahl im wesentlichen dadurch ein Erfolg für die FDP wurde, auch die Nachwahl in Simmern[36], daß wir uns in innerer und äußerer Geschlossenheit dem Wähler präsentieren, daß wir eindeutig die Bereitschaft zu einer Partnerschaft erkennen ließen und daß wir eine Absage an die SPD erteilten. Es sind insbesondere viele Jungwähler zu uns gestoßen[37], aber wir haben selbstverständlich auch aus den Auflösungserscheinungen der Gesamtdeutschen Partei[38] profitiert, allerdings wahrscheinlich nicht in größerem Maße als CDU und SPD auch. – Das scheint mir wichtig, weil man im Ausland versucht, das Zurückgehen der Deutschen Reichspartei und der Gesamtdeutschen Partei als Erklärung für unseren Wahlerfolg zu deuten und zu sagen, wir seien das Sammelbecken der Nationalisten und Militaristen.

Ich habe dann zur Regierungsbildung Stellung genommen: sie würde schwierig und auch langwierig sein; aber das sollte niemand nervös machen. Es gibt drei Phasen. Die erste Phase, die Phase der wechselseitigen Erklärungen, ist abgeschlossen. In die zweite Phase, die Phase der Verhandlungen, sind wir eingetreten[39], und wir befinden uns mitten in ihr. Die dritte Phase ist dann die Phase der Entscheidung, wo wir im Plenum oder in den anderen entscheidenden Gremien unserer Partei mit unseren Stimmen in unserer Fraktion des 4. Bundestages zu entscheiden haben.

Ich habe vor der Auslandspresse auch noch darauf hingewiesen, daß unabhängig von den Koalitionen, die kommen könnten, die Freie Demokratische Partei zu einer Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien in der Berlin- und Deutschlandfrage im Sinne einer breiten parlamentarischen Grundlage bereit ist.

Sie kennen ja unsere stets wiederholte Behauptung: Wir sind in der Berlin- und Deutschland-Frage zu einer staatspolitischen Gemeinsamkeit bereit.

Es wurden natürlich nachher Fragen gestellt. Von welchem Inhalt, das will ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich möchte Ihnen eine Frage des Journalisten Dr. *Luchsinger* („Neue Zürcher Zeitung") schildern, um Ihnen zu sagen, vor wel-

---

33 Veranstaltung des Bonner Vereins der Auslandspresse am 3. 10. 1961. Vgl. FAZ Nr. 230 vom 4. 10. 1961, S. 3.
34 Mitarbeiter der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion.
35 Vgl. die Ausführungen von *Margulies* in Nr. 17 S. 114 und von *Mende* auf S. 114 f.
36 Vgl. Nr. 18 Anm. 123.
37 Vgl. J. M. Gutscher, 1984, S. 227.
38 Vgl. Nr. 17 Anm. 33.
39 Das erste Koalitionsgespräch hatte am 2. 10. 1961 stattgefunden. Vgl. Nr. 18 Anm. 12.

chen Fragen Sie möglicherweise in nächster Zeit bei Gesprächen mit Auslandsjournalisten stehen. Seine Frage lautete:

„Herr *Mende*, ich frage Sie als Offizier der Wehrmacht[40] und als Politiker: würden Sie den Sieg *Hitlers* und des Dritten Reiches gewünscht haben? Oder sind Sie nicht der Meinung, daß es besser ist, daß *Hitler* und die deutsche Wehrmacht den Krieg verloren haben? Oder, um es zu präzisieren: wünschen Sie die Niederlage des Dritten Reiches oder sind Sie der Meinung, es wäre gut, wenn *Hitler* und das Dritte Reich gesiegt hätten?"

(Zurufe: Das ist ja toll!)

Als ich das gestern Herrn *Adenauer* sagte[41], sagte er: „Das ist eine Unverschämtheit; der Leiter der Auslandspressekonferenz hätte eine solche Frage nicht zulassen dürfen."

Ich will Ihnen aber sagen, was ich geantwortet habe: „Kein Soldat keiner Armee der Welt kann sich die Niederlage seiner Armee, die Niederlage seines Vaterlandes wünschen. Da er, wie alle Soldaten der Welt, ohnehin nicht die Einsicht in die politischen Dinge haben kann, muß er den Gesetzen aller Armeen der Welt gehorchen. Er kann sich insbesondere dann nicht eine Niederlage wünschen, wenn er an der Ostfront die ganze Katastrophe empfindet, die über sein Vaterland hereinbrechen müßte. Der Politiker aber, der nach dem Krieg Einsichten in alle Dokumente und alle Entwicklungen hat, der muß sagen: Es ist ein Glück für die Menschheit, daß wenigstens an einem Punkt ein unmenschliches System der Diktatur zu Ende ging. Ich möchte hoffen, daß überall auf der Welt, wo auch heute noch unmenschliche Systeme gegen Menschenwürde, Selbstbestimmung und Freiheit verstoßen, ebenfalls der Wandel zu Menschlichkeit, zu Recht und Freiheit möglich ist!" (Beifall.)

Willi *Weyer* sagt mir gerade, er hätte eine Gegenfrage gestellt.

WEYER: Ich hätte die Gegenfrage gestellt, ob die Politik der Schweiz richtig gewesen sei, durch Waffenlieferungen während des Krieges an *Hitler* und an Deutschland dazu beizutragen, daß der Krieg um weitere zwei Jahre verlängert wurde und Menschen getötet wurden.

Dr. MENDE: Es stimmt in der Tat. Die Schweiz hat für Hunderte von Millionen Mark (Zuruf: an beide Seiten!) auch an die deutsche Wehrmacht und an den Diktator geliefert.

Ich will Ihnen sagen, warum ich Ihnen das erzähle. Wenn Sie die NRZ von gestern aufschlagen, wissen Sie, warum ich das hier etwas breiter schildere. Es geht jetzt in der ganzen Presse der Sozialdemokraten los. „Briten sorgen sich über das neue Profil der FDP – Sammelbecken des nationalen Ehrgeizes – Programm liegt im dunkeln", so lauten die Überschriften in der gestrigen Ausgabe der NRZ.[42] Dort heißt es sodann:

---

40 *Mende* war im Zweiten Weltkrieg Infanterieoffizier (zuletzt Major).
41 Beim zweiten Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.
42 So die NEUE RHEIN-ZEITUNG, Nr. 233 vom 5. 10. 1961, S. 2 (AdsD).

„Das überraschend gute Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl hat in den westlichen Hauptstädten Neugierde und Interesse für die Partei *Mendes* geweckt. Publizisten und Politiker setzen sich sehr kritisch mit dem neuen Profil der Partei und ihrer politischen Grundhaltung auseinander. Die NRZ hat ihre Korrespondenten in Washington, London und Paris nach dem politischen Leumund der Freien Demokraten gefragt. Die übereinstimmende Antwort von Heinz *Pohl* (Washington), Peter *Alter* (London) und Frank *Siebel* (Paris) lautet: Es herrscht Unbehagen über das Staubecken des nationalen Ehrgeizes, zu dem sich die FDP entwickelt hat."

Sie werden in den nächsten Wochen in allen Zeitungen den Versuch finden, die Freien Demokraten als Nationalisten und als Faschisten abzustempeln, um auf diese Weise über die Emigrantenpresse der sozialistischen Länder hier uns koalitionsunwürdig zu machen und sich selbst damit wieder ins Spiel zu bringen.

In den ersten Tagen ist dasselbe – siehe „Rheinischer Merkur" – aus der CDU erkennbar geworden, uns als die „Kanzlerstürzer", als die „Stürzer des größten Staatsmannes" zu apostrophieren, ja sogar als „Helfershelfer von *Chruschtschow*".[43]

Ich sage Ihnen das deswegen, damit Sie in den Wahlkreisen, in den Kreis- und Bezirksverbänden und unsere Hauptgeschäftsführer in den Landesverbänden sich auf Überschriften gefaßt machen, die bei weitem das noch übertreffen, was Sie bisher lesen konnten, insbesondere auch über einzelne unserer Kollegen und deren Vergangenheit. Sie werden die größten Nazis und die gefährlichsten Kommunistenfreunde über Auslandszeitungen plötzlich bei unserer Partei entdecken. Ich bitte aber, mit der gleichen Ruhe und Gelassenheit zu reagieren, wie man das in einem solchen Fall nur kann.

Am Mittwoch, dem 4. Oktober, trat unsere Verhandlungskommission[44] zu einer fünfstündigen Sitzung zusammen. Es waren alle anwesend, mit Ausnahme des Kollegen *Imle,* der entschuldigt war. Wir haben die bisherige Verhandlung einschließlich des sog. Papiers[45] durchgesprochen. Als Ergebnis dieser Sitzung der Verhandlungskommission mit unserem Bundesgeschäftsführer[46] und Fraktionsgeschäftsführer[47] haben wir unsererseits ein Papier entworfen für die am nächsten Tag stattfindende zweieinhalbstündige Sitzung unseres Arbeitskreises I – Außenpolitik, Wiedervereinigung, Verteidigung – unter Vorsitz von Thomas *Dehler.*[48]

An dieser Sitzung nahmen etwa 20 Parteifreunde teil, auch Nichtangehörige der Fraktion und des Bundesvorstandes, Mitglieder unseres Arbeitskreises wie

---

43 Vgl. „Das Ziel der Kanzler-Killer. Es geht nicht nur gegen die Person Konrad Adenauer", in: Rheinischer Merkur Nr. 40 vom 29. 9. 1961, S. 1.

44 Siehe Anm. 5.

45 Gemeint ist wohl das Papier, das *Adenauer* am Ende des ersten Koalitionsgesprächs *Mende* gegeben hatte. Siehe S. 236.

46 K.-H. *Flach.*

47 H.-D. *Genscher.*

48 Am 5. 10. 1961. Vgl. fdk Nr. 156/61 (T) vom 3. 10. 1961.

der frühere Botschafter *Rahn*, der frühere Botschafter *Oellers*, Beamte des Auswärtigen Amts, Legationsräte, die Mitglieder unserer Partei sind. Diese Sitzung hat an Hand des Papiers schließlich folgende Formulierung akzeptiert, über die im einzelnen Thomas *Dehler* noch sprechen wird.

Unser Papier ist mit folgendem Anschreiben an den Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU und an Herrn *Strauß* gegangen:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler. Mit Schreiben vom 3. 10. 1961 übermittelten Sie mir die Ausführungen des Herrn Außenministers *von Brentano*, für die ich Ihnen, gleichzeitig im Namen von Herrn Minister a. D. Willi *Weyer*, verbindlich danke.

Die Ausführungen sind von mir zusammen mit Freunden, selbstverständlich unter Wahrung der Geheimhaltungspflicht, ausführlich behandelt worden. Sie haben in den Prinzipien unsere Zustimmung gefunden. Allerdings erscheinen mir einige Ergänzungen und Präzisierungen erforderlich, die in der anliegenden Erklärung niedergelegt sind.

Ich erlaube mir, Ihnen und Herrn Bundesverteidigungsminister Dr. *Strauß* diese Erklärung zur Vorbereitung unseres heutigen Gesprächs zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich usw."

Als wir um 17 Uhr beim Bundeskanzler waren – zusammen mit *Strauß* und *Weyer*[49] – hatte *Adenauer* schon dieses Papier durch das Auswärtige Amt prüfen lassen. Er erklärte sich mit diesem Papier im großen und ganzen einverstanden. Einige Passagen haben wir noch im einzelnen besprochen.

Im Verlauf des Gesprächs habe ich den Bundeskanzler dringend gebeten, in seinem Papier die Präambel „zwölf Jahre" nicht so aufzufassen, bzw. wir faßten sie nicht so auf, daß wir uns gewissermaßen unter das kaudinische Joch der Anerkennung dieser zwölfjährigen Außenpolitik begäben. Es heißt nämlich in seinem Papier:

„Bei der Bildung einer neuen Bundesregierung muß sichergestellt werden, daß die Außenpolitik der vergangenen zwölf Jahre auch während der nächsten Legislaturperiode weitergeführt werden kann."

Ich habe gesagt, Herr Bundeskanzler, das kann doch nicht so verstanden werden, als wenn alles aus den vergangenen zwölf Jahren richtig war und wir uns unter all diese vergangenen Entscheidungen beugen müßten!

Darauf sagte Herr *Adenauer:* „Das ist Unsinn! So ist das gar nicht gemeint. Dann streichen Sie es! – Gemeint ist lediglich die Zusammenarbeit mit der freien Welt im atlantischen Bündnis, in Europa, d. h. die Gemeinsamkeit des Westens und die Absage an die kommunistische Bedrohung!" – So ungefähr war seine Formulierung.[50]

---

49 Zweites Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.

50 Zu der unerwartet raschen Annäherung zwischen CDU, CSU und FDP in Fragen der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 584 f.

Wir haben heute in der Programmkommission[51] beschlossen, das in einem Brief noch einmal zu präzisieren. Aber ich habe ausdrücklich *Adenauer* und auch *Strauß* gebeten, heute bei ihren Berichten an ihre Verhandlungskommission unter keinen Umständen diesen Satz so zu verstehen, als wenn es unsere Unterwerfung unter die Außenpolitik der letzten zwölf Jahre bedeuten könnte. Er hat gesagt: „Ach, da ist soviel Unsinn gemacht worden, Herr *Mende*, von allen Seiten!"

Ich möchte das hier ausdrücklich feststellen, damit nicht später einmal in einer Mißdeutung dieser Formulierung gesagt werden kann, wir hätten uns unter die Außenpolitik der zwölf Jahre gestellt.

Unser Papier hat folgenden Wortlaut[52] – es ist nicht geheim; es kann protokolliert werden –:

Oberste Ziele der Politik der neuen Bundesregierung müssen sein:

1. Die Erhaltung des Friedens.

2. Die Erfüllung des Verfassungsauftrages des Grundgesetzes, die deutsche Einheit in gesicherter Freiheit zu vollenden.

3. Die Festigung der Bindung der Bundesrepublik Deutschland an den Westen.

I. Vertragspolitik[53]

– Wir halten uns hier an die Gliederung des Papiers des Auswärtigen Amtes. –
1. NATO und WEU

Die neue Bundesregierung bekennt sich zu dem NATO-Vertrag und dem Vertrag über die WEU. Diese Verträge sind von den Parteien der Regierungskoalition gemeinsam verabschiedet worden. Das NATO-Bündnis kann gestärkt werden:

a) durch verstärkte politische Zusammenarbeit (Konsultation) und durch verstärkte militärische Zusammenarbeit (Integration);

– das deckt sich mit dem Papier des Auswärtigen Amts –

b) durch Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen aller Mitgliedstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland kann dazu vor allem durch eine Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 Monate beitragen;

– das deckt sich mit dem Papier des Auswärtigen Amts; im übrigen haben vor der Wahl sowohl der sozialdemokratische Vorsitzende *von Knoeringen*[54] als auch ich die Frage der 18 Monate-Dienstpflicht als im Grunde genommen rein militärtechnisches Problem angesehen und unsere Zustimmung bereits vorausgesagt –

---

51 Vgl. Nr. 17 Anm. 154.
52 Vgl. die z. T. identischen Formulierungen in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, abgedr. in AdG 1961, S. 9444 Ziffer I.
53 Ebd.
54 Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der SPD. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 371.

c) durch die waffen-technische Integrierung der NATO-Streitkräfte. Dazu gehört auch die Ausrüstung aller NATO-Partner mit allen modernen Träger-Waffen.

– Jetzt kommt ein Dissens. Unsere ursprüngliche Formulierung war:

„Die Bundesrepublik Deutschland wird sich einer Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses nicht widersetzen."

Auf Grund der Gespräche von gestern haben wir erklärt: Diese negative Formulierung läßt sich durchaus positiv umformen, und wir haben uns auf folgenden Text geeinigt:

„Die Bundesrepublik Deutschland wird eine Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses annehmen. Sie hält bei einer Ausdehnung der Verfügungsgewalt die Bildung einer integrierten NATO-Sondertruppe, die dem besonderen zentralen Befehlssystem der NATO untersteht, für die beste Lösung."[55]

2. EWG[56]

Die neue Bundesregierung wird – wie alle Verträge – auch den Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erfüllen. Die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Marktes muß weitergehen; die in den Verträgen liegenden Möglichkeiten sind zu nutzen, um allen Teilen der deutschen Wirtschaft, vor allem aber der deutschen Landwirtschaft den Eintritt in den europäischen Markt zu erleichtern. Unverrückbares Ziel der neuen Bundesregierung muß die Herstellung eines das ganze Europa umfassenden Zusammenschlusses sein, wie das schon von dem Deutschen Bundestag am 5. Juli 1957 durch eine einmütig angenommene Entschließung zum Ausdruck gebracht worden ist.[57] Die Mitgliedsstaaten der EWG müssen die Herstellung der Wirtschaftseinheit des freien Teils Europas durch ihre Haltung gegenüber den eintretenden Staaten, vor allem Großbritannien, fördern. Die neue Bundesregierung muß jede Verstärkung der politischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des wirtschaftlichen Zusammenschlusses unterstützen. Der französische Vorschlag, diese engere politische Zusammenarbeit unter weitgehender Wahrung der Souveränität jedes einzelnen Partnerstaates anzustreben, entspricht den gegenwärtigen Gegebenheiten.

II. Wiedervereinigung und europäische Sicherheit[58]

---

55 Zu der politischen Auseinandersetzung, die in den späten fünfziger Jahren den weiteren Aufbau einer modernen Bundeswehr, ihre Ausstattung mit atomaren Trägersystemen und die Stationierung taktischer Nuklearwaffen in der Bundesrepublik begleitete, vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 42–57.

56 Siehe Anm. 52.

57 Vgl. 2. BT STEN. BER., Bd. 38, 224. Sitzung vom 5. 7. 1957, S. 13318 B–C, 13349 B–D.

58 Siehe Anm. 52.

– Hier haben wir es für richtig gehalten, viel präziser unsere im Wahlkampf, aber auch im Aufruf und in der vergangenen Politik bezogene Stellung zur Wiedervereinigung auszudrücken. –

1. Deutschland-Politik

Die neue Bundesregierung betrachtet in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und den von ihr geschlossenen Verträgen, insbesondere dem Deutschland-Vertrag, die deutsche Einheit als oberstes Ziel ihrer Politik. Sie sieht in Artikel 7 des Deutschland-Vertrages, in dem die USA, Großbritannien und Frankreich die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Ziel der gemeinsamen Politik bezeichnet haben, die wichtigste Grundlage für die deutsche Hoffnung auf Wiedervereinigung. Das Grundgesetz und Artikel 7 des Deutschland-Vertrages lassen nicht zu:

a) Eine Minderung des Bestands an deutscher Einheit durch Lösung oder Lockerung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik;

b) eine Minderung des Bestands an deutscher Einheit durch eine irgendwie geartete Anerkennung eines deutschen Teilstaates auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone;

c) eine Minderung des Bestands an deutscher Einheit durch eine direkte oder indirekte Sanktionierung der Unrechtsmaßnahmen vom 13. August 1961 oder durch einen Ersatz dieser Maßnahmen durch Anerkennung der Kontrolle des zivilen Luftverkehrs von und nach Berlin durch die Sowjetunion oder die Behörden der DDR;

d) eine Regelung der Grenzfrage vor Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland.

Die neue Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen. Sie muß die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anstreben: auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 1. 10. 1958[59] und der unter Zustimmung aller Fraktionen abgegebenen Erklärung des Bundestagspräsidenten vom 30. 6. 1961.[60]

2. Europäische Sicherheit

Pläne für europäische Zonen mit militärischem Sonderstatus sind nur dann diskutabel, wenn sie mit der Wiedervereinigung Deutschlands gekoppelt sind. Überlegungen über die Schaffung weiträumiger Kontrollzonen gegen Überraschungsangriffe sind geeignet, die Vertrauensgrundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands im Zusammenhang mit der Schaffung europäischer Zonen mit militärischem Sonderstatus herbeizuführen. Eine Wiedervereinigung in gesichertem Frieden und in gesicherter Freiheit ist auf der Grundlage einer Neutralisierung Deutschlands nicht erreichbar."[61]

---

59 Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 42, 41. Sitzung vom 1. 10. 1958, S. 2425 C–2426 C.

60 Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 49, 166 Sitzung vom 30. 6. 1961, S. 9762 B–9766 C.

61 Zur Interdependenz zwischen den Postulaten der Deutschlandpolitik und der europäischen Sicherheit nach dem Mauerbau vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 239 ff., 254 ff.

Wir haben uns hier bewußt erstens an unseren Deutschland-Plan[62] gehalten, der ein unabdingbares Junktim zwischen neuen militärpolitischen Konstruktionen und der Wiedervereinigung herstellt. Dieses unabdingbare Junktim ist im Papier des Auswärtigen Amts, aber auch noch einmal in unserem Papier bestätigt.

(*Weyer:* Bei uns viel klarer!)

– Bei uns noch klarer!

Wir haben auch noch klarer den Vorschlag zu einer Anerkennung der Zweiteilung, zu einer Anerkennung der Berlin-Teilung und zu einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verbaut, und zwar deswegen verbaut, weil das Grundgesetz und der Deutschland-Vertrag[63] juristisch uns die Möglichkeit verbauen. Darüber hinaus aber sollten wir auch politisch das nicht anerkennen, was nach dem Zweiten Weltkrieg als Folge der debellatio, der kriegerischen Niederwerfung Deutschlands, und der capitulatio, der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, bei uns an politischen und territorialen Verhältnissen entstanden ist.

Wir befinden uns also hier im Einklang mit unserer gesamten bisherigen Deutschland-Politik.[64] Im Grunde genommen schwenken nicht wir ein, sondern das Papier des Auswärtigen Amts hat gewisse Nuancierungen und Modifizierungen, die man noch vor einem Jahr ernsthaft abstritt.

Wir haben gestern auch noch über militärpolitische Fragen gesprochen. Diese behandeln wir vielleicht am besten im zweiten Teil, weil sie uns etwas durcheinanderbringen. Das militärpolitische Papier ist uns nämlich erst gestern übergeben worden. Wir hatten bisher nur heute in der Programmkommission Zeit, es kurz zu besprechen.

Nach der gestrigen Sitzung[65] kam ein Kommuniqué, in dem Übereinstimmung festgestellt wurde; denn Bundeskanzler, Auswärtiges Amt, Bundesaußenminister und *Strauß* als Landesvorsitzender und Verteidigungsminister haben dieses Papier der FDP als Ergänzung des Papiers der CDU/CSU als Grundlage der Zusammenarbeit akzeptiert, und zwar ohne Vorbehalt.[66]

Die *Hallstein*-Doktrin[67] haben wir bewußt nicht angesprochen, weil man Dinge, die im Sterben sind, nicht noch durch besondere Heraushebung weiter am Leben erhalten soll.

(Zuruf: Aber die CDU hat es angeschnitten!)

– Ich bitte, die Diskussion nicht vorwegnehmen zu wollen. Wir werden darüber sprechen. Vielleicht kann *Weyer* sich noch dazu äußern. Ich glaube, wir

62 Vgl. Nr. 2 Anm. 21.
63 Vgl. Nr. 18 Anm. 39.
64 Zur Deutschlandpolitik der FDP bis 1961 vgl. W. Benz u. a., 1978, S. 65 ff., 175–184; Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer, Baden-Baden 1980, S. 89–99.
65 Zweites Koalitionsgespräch vom 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.
66 Siehe den Wortlaut auf S. 277 f.
67 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.

sollten uns nicht an Dingen aufhängen, die, wie gesagt, im Sterben sind. Im übrigen hat weder *Adenauer* noch *Strauß* auf dieses Problem Bezug benommen.

Entgegen allen Meldungen auch in den heutigen Zeitungen, es gäbe bereits Ministerlisten und irgendwelche Vereinbarungen[68], kann ich Ihnen auch für das zweite Gespräch versichern, daß es mit keinem Wort einer Erörterung der personellen Frage gegeben hat.[69] Sämtliche Listen entspringen daher der Phantasie der Journalisten. Ich bitte Sie, sich nicht verwirren zu lassen. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen ein Telegramm zur Kenntnis zu bringen, das mir der Kollege *Rademacher* geschickt hat, gleichzeitig mit meinem Antworttelegramm.

(Widerspruch. – Zurufe: Bitte nicht bekanntgeben!)

– Schön, ich werde das Telegramm nicht bekanntgeben.

Ich darf mich mit diesem Bericht zunächst begnügen. Ich bitte Willi *Weyer* zu ergänzen oder nachzufragen, was ich übersehen haben sollte.

Der Fortgang der Verhandlung soll wie folgt erfolgen:

Am kommenden Dienstag, 17.30 Uhr, sollen die gleichen Herren wieder erscheinen zur Fortsetzung[70], mit einem Mitglied, das in der Lage ist, das Sachgebiet Sozialpolitik mit einem Vertreter der CDU/CSU zu diskutieren, vermutlich Herr *Horn* oder Herr Dr. *Franz*.

Ich würde vorschlagen, daß Dr. *Imle,* ein Mitglied unserer Verhandlungskommission[71] und Kenner der finanz-, steuer- und sozialpolitischen Probleme, erscheint. Denn auch für dieses Gespräch gilt ja, daß teilnehmen soll, wer nicht unmittelbar ambitioniert ist. Es ist also zweckmäßig, ein Mitglied der Verhandlungkommission zu nehmen. Die Fraktion muß entscheiden, ob sie einen anderen Vorschlag macht, beispielsweise Herrn *Mischnick* oder Herrn Dr. *Rutschke*.[72] Die Fraktion ist in der Benennung des für die Sozialpolitik mitgehenden dritten Mannes souverän. Aber ich würde sagen: nach Möglichkeit ein Mitglied aus der Verhandlungskommission.[73]

Am Mittwoch und Donnerstag sollen die Nachmittage frei gehalten werden für das Zusammentreten der Verhandlungskommission.

Herr *Adenauer* berichtet heute der Verhandlungskommission der CDU, Herr *Strauß* vor der CSU. Wir werden nicht vor dem 17. Oktober, vor dem Zusammentritt des Deutschen Bundestages bereits abgeschlossen haben. Das ist ein-

---

68 Siehe Anm. 24.

69 Zweites Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.

70 Drittes Koalitionsgespräch am 10. 10. 1961 mit *Adenauer* (CDU), *Strauß* (CSU), *Mende* und *Weyer* (FDP) sowie drei weiteren Politikern; siehe Anm. 72. In der mehrstündigen Nachmittagssitzung im Bundeskanzleramt wurden vor allem Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erörtert. Vgl. Die Welt Nr. 237 vom 11. 10. 1961, S. 2.

71 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.

72 Am dritten Koalitionsgespräch nahmen außerdem teil: für die FDP der stellv. Vorsitzende *Lenz* als Experte für Haushaltsfragen und *Mischnick* als Sozialexperte, für die CDU/CSU Finanzminister *Etzel* und Fraktionsvorsitzender *Krone*. Siehe Anm. 70.

73 Am dritten Koalitionsgespräch nahm kein Mitglied der Verhandlungskommission der FDP teil. Siehe Anm. 71 und 72.

fach in der Sache nicht möglich. Wir haben uns auch verständigt – es kam von *Adenauer* –, daß wir nicht in Zeitdruck stehen, daß wir aber bis Ende Oktober etwa abschließen sollten, aber keineswegs bis zum 17. Oktober.[74]

Ich schlage vor, daß wir jetzt schon festhalten, daß wir in der nächsten Fraktionssitzung – das ist am 16. Oktober – nicht nur diese folgende Woche diskutieren; möglicherweise stehen wir am 16. Oktober schon vor personellen Entscheidungen d. h. vor einer Diskussion personeller Fragen. Ich bitte also, sich für den 16. 10. vollzählig einzufinden. In den entscheidenden letzten Fragen muß ein jeder hier namentlich seine Haltung bekunden, damit wir wissen, woran wir sind.

Am 16. Oktober, 14 Uhr, tritt die Fraktion zu der Sitzung zusammen, in der sie sich konstituiert, und sie bereitet dann den Zusammentritt des nächsten Tages vor.[75]

(Zuruf: 15 Uhr!)

– Nein, wir müssen etwas früher beginnen. Ich schlage vor: 14 Uhr. Wir wollen am Abend noch in die Parlamentarische Gesellschaft gehen. Wir brauchen etwa fünf Stunden, also von 14 bis 19 Uhr, a) um die Verhandlungsergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, b) um möglicherweise neue internationale Aspekte zu prüfen.

Ich werde heute abend mit Senator *Humphrey* sprechen, ebenso auch die Kollegen der anderen Fraktionen, *Ollenhauer* und *Krone*. Wir werden morgen und übermorgen mit dem Senator *Davis* sprechen. Es läuft jetzt eine gewisse außenpolitische Aktivität.[76] Wir wissen nicht, was die Begegnung des amerikanischen Präsidenten *Kennedy* mit dem sowjetischen Außenminister *Gromyko*[77] an neuen Lagen und neuen Schwierigkeiten ergibt.

Also auf jeden Fall am 16. Oktober, 14 Uhr, mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen, mit der Bitte, sich bereits auf die ersten Entscheidungen einzurichten, möglicherweise auch personeller Art. Denn die Verantwortung für die letzten 8 oder 14 Tage kann weder der Vorsitzende noch die Verhandlungskommission tragen. Hier muß ein jeder einzelne von uns, von den 67 Abgeordneten, vor seinem Gewissen und vor der Partei die volle Verantwortung übernehmen.

Dr. BUCHER: Zur Geschäftsordnung! Wäre es nicht möglich, daß das, was Sie vorhin als unser Papier vorgelesen haben und von dem Sie sagten, man könne Notizen machen, wenigstens in beschränkter Auflage, so daß immer zwei ein

---

74 Auch nach der Kanzlerwahl am 7. 11. 1961 wurden die Koalitionsverhandlungen fortgesetzt, bis schließlich am 14. 11. 1961 die Kabinettsliste vollständig vorlag. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 602–605.

75 Konstituierende Sitzung des 4. Deutschen Bundestages am 17. 10. 1961.

76 Amerikanisch-sowjetische Berlin-Sondierungen nach dem Mauerbau (vgl. Nr. 16 Anm. 3) im September und Oktober 1961. Vgl. AdG 1961, S. 9325 Abschnitt 1, S. 9418 C; H.-J. GRABBE, 1983, S. 295–302.

77 *Kennedy* empfing *Gromyko* am 6. 10. 1961 in Gegenwart von Staatssekretär *Rusk* zu einem mehrstündigen Gespräch über die Deutschland und Berlin-Frage. Vgl. AdG 1961, S. 9384 A.

Stück haben, inzwischen verteilt würde, damit wir eine Beratungsunterlage haben? Es kann ja nachher wieder eingesammelt werden.

Dr. MENDE: Ich hätte keine Bedenken. Ich würde sagen, wir lassen es schnell umdrucken, Herr *Genscher*[78], in genau der gleichen Anzahl Papiere, wie hier Menschen im Raum sind[79], und nachher werden wir sie wieder einsammeln. Wir verteilen, von unten beginnend, numerierte Exemplare, dann werden hier die höchsten Nummern verteilt. Am Ende werden sie wieder eingesammelt. Ich glaube, mit etwas Kollegialität kann dann nichts passieren. Also bitte abschreiben lassen und verteilen, aber bitte darauf achten, daß nicht drüben bei der Abziehmaschine aus Versehen ein Journalist ein Exemplar erwischt! Denn in welche Lage kämen *Weyer* und ich! Wir wären nicht glaubwürdig, wenn über das Verhandlungsergebnis in den Zeitungen mehr zu lesen wäre, als wir *Adenauer* bisher sagen konnten.

(Zuruf: Muß es denn abgezogen werden? – Dr. *Schneider:* Es ist doch nicht geheim!)

– Ich hätte keine Bedenken, wenn es hier im Raum bleibt. Es ist vielleicht gut, wenn man es noch einmal gedruckt liest. Auch Kollege *Atzenroth* hatte vorhin Bedenken. Dann kann niemand sagen, es sei ein Passus drin, den er nicht gehört habe.

[2. BERICHT DES STELLV. BUNDES- UND FRAKTIONSVORSITZENDEN]

WEYER: Ich möchte noch einige Lichter aus den beiden Verhandlungen bringen. Ich möchte kurz eingehen auf die Rolle, die Franz Josef *Strauß* in diesen Beratungen gespielt hat; sie war für mich in jeder Beziehung erfreulich. *Strauß* hat in diesem Vierer-Gremium[80] jedenfalls, anders als in der Presse, eine Rolle gespielt, die für uns positiv war.

*Adenauer* versuchte, uns auszumanövrieren, indem er eine Unglaubwürdigkeit der FDP aus der vergangenen Situation heraufbeschwor, z. B. in der Frage der Wehrpflicht bzw. der Haltung der Fraktion zur Wehrpflichtfrage. Es ist damals zur Stimmenthaltung gekommen aus Gründen, die ich hier nicht vorzutragen brauche. (Zuruf) – Die Fraktion hat damals eindeutig die Erklärung abgegeben[81], Alfred[82], die Du akzeptieren kannst oder nicht akzeptieren kannst.

---

78 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

79 Siehe Anm. 2.

80 Teilnehmer des ersten und zweiten Koalitionsgespräches: *Adenauer, Strauß, Mende* und *Weyer*. Vgl. Nr. 18 Anm. 12; siehe Anm. 4.

81 Die Stimmenthaltung von FDP-Abgeordneten bei der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes war eine Folge liberaler Kritik an der Ausklammerung der Wehrdienstzeit und am Fehlen gesetzlicher Grundlagen für die Besoldung, Versorgung und Organisation des Wehrwesens sowie des Wehrbeschwerde- und Wehrdienstdisziplinarrechts. Vgl. 2. BT STEN. BER., Bd. 31, 157. Sitzung vom 4. 7. 1956, S. 8581 C–8582 B *(Mende);* 159. Sitzung vom 7. 7. 1956, S. 8892 A–B (Schlußabstimmung).

82 Alfred *Ollesch,* MdB seit dem 17. 9. 1961.

Franz Josef *Strauß* übernahm die Rolle der Verteidigung der FDP, nachdem *Mende* es vorher *Adenauer* gegenüber klargelegt hatte. Es kam zu einer recht erregten Auseinandersetzung zwischen *Adenauer* und *Strauß*, als *Strauß Mendes* Rolle zur Verteidigungsfrage[83] begründete. *Mende* sagte: Wir waren nicht nur für die Wehrpflicht, sondern wir wollten sogar die Verteidigungspflicht des deutschen Volkes haben, also einen Teil der Notstandsgesetzgebung mit einbauen; wir waren gegen die Wehrpflicht aus bestimmten anderen Gründen, die im einzelnen aufgeführt wurden.

(Frau Dr. *Ilk:* Gegen die Wehrgesetzgebung waren wir nur!)

Ein zweites. *Strauß* sprach von der Verzerrung in der Sozialpolitik[84], und er gab auch einige Beipiele an. Auch das führte zu einer erregten Auseinandersetzung mit *Adenauer. Strauß* argumentierte auf Grund seiner Situation aus der CSU, die ja anders strukturiert ist, die keinen linken Flügel hat wie etwa die nordrhein-westfälische CDU – er behauptete es jedenfalls –, und er führte Beispiele an, die auch in der Praxis unserer Beratungen in den letzten vier Jahren immer wieder erörtert worden sind: Lohnfortzahlung[85], Krankenkasse[86], Kindergeld[87], Belastung des Mittelstandes[88] und dergleichen mehr.

Den Ball, den *Adenauer* uns zuspielte – „wir haben sehr viel Zeit" –, haben wir sofort aufgegriffen. Wir haben erklärt: Das ist auch unsere Auffassung, Herr Bundeskanzler. Die Regierung braucht ja nicht sofort gebildet werden. Das kann vier Wochen dauern, das kann acht Wochen dauern. Wir wollen erst in der nächsten Woche wieder zusammentreten! – Inzwischen ist er offensichtlich durch seine eigene Fraktion korrigiert worden. Gestern[89] sprach er nicht mehr von „sehr viel Zeit", sondern er sagte: wir müssen bald eine verhandlungsfähige Regierung haben! – Er hat sich hier also selbst widersprechen müssen.

Interessant war auch in bezug auf die Beurteilung des ersten Tages – wobei ich annehme, er operiert auf eine schwarz-rote Koalition oder auf ein All-Parteien-Kabinett hinaus[90] –, daß er sagte: „Warum haben Sie, Herr *Mende,* eigentlich *Ollenhauer* abgeschrieben?[91] Man muß doch in solch ernsten Zeiten wie heute miteinander sprechen. Warum haben Sie, Herr *Mende,* sich einem sol-

83 Thema des zweiten Koalitionsgesprächs. Siehe Anm. 4.
84 Vgl. Nr. 18 S. 164.
85 Rechtsgrundlage war das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung im Krankheitsfalle (Arbeiterkrankengesetz) vom 26. 7. 1957 (BGBl. I, S. 649); es wurde abgelöst durch das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Lohnfortzahlungsgesetz) vom 27. 7. 1969 (BGBl. I, S. 946). Bis dahin hatte der Arbeiter ein Krankengeld (von der Versicherung gezahlt) und einen Krankengeldzuschuß (vom Arbeitgeber gezahlt) erhalten; seit 1969 erhielt er einen Krankenlohn, der wie bei den Angestellten vom Arbeitgeber getragen wird.
86 Vgl. Nr. 3 Anm. 25.
87 Vgl. Nr. 7 Anm. 7.
88 Vgl. Nr. 18 mit Anm. 223.
89 Beim zweiten Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961.
90 Vgl. zu diesen Perspektiven Nr. 18 Anm. 242, 359.
91 *Mende* hatte am 21. 9. 1961 ein Schreiben *Ollenhauers* vom 20. 9. 1961 in diesem Sinne beantwortet. Vgl. AdG 1961, S. 9347.

chen Gespräch mit den Sozialdemokraten versagt? Ich habe doch mit den Herren drei Stunden lang zusammengesessen.[92] Sie haben an diesem Gespräch nicht teilgenommen. Wir müssen recht bald zu dritt zusammenkommen, um die außenpolitischen Fragen in Ruhe zu erörtern!"

*Mende* sagte: „Das war doch ein taktisches Manöver, Herr Bundeskanzler, ein Manöver, das Sie vollzogen haben, um uns auszumanövrieren, um uns nervös zu machen! Es war außerdem ein taktisches Manöver der SPD, um die Tür für eine Koalition mit Ihnen zu öffnen, daß sie die Personenfrage nicht anschneiden wollten."

Das war aus der ersten Verhandlungsphase.[93]

In der zweiten Verhandlungsphase[94] beleuchtete er so etwas die konfuse Haltung der amerikanischen Regierung. Ich kann natürlich keine Einzelbeispiele anführen. Ich möchte nur ein Gespräch wiedergeben, das *Strauß* mit *Rusk*[95] gehabt hat, als Kennzeichen des Geistes der Regierung *Kennedy*.

(Die weiteren Ausführungen des Redners zu diesem Punkt wurden nicht protokolliert.)

Interessant war auch, daß *Strauß* mit uns gemeinsam, mit Erich *Mende,* auf gewisse Versäumnisse der Außenpolitik hingewiesen hat, auf die Frage der Entwicklungsländer, auch auf die Frage der public relations, wo *Adenauer* zugab: „In der Tat, hier sind wir sehr unbeweglich gewesen!" – Das Ergebnis dieser Unbeweglichkeit ist, daß die Leute um *Kennedy* herum, der Kreis um *Stevenson*[96], die Harvard-Professoren eben nicht richtig informiert sind. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß hier große Aufgaben auf die neue Bundesregierung zukämen, Aufgaben, die in der Vergangenheit einfach nicht erkannt worden seien. Auch hier eine sehr interessante Debatte, die dann noch ins einzelne ging.

Der Kernpunkt seiner Ausführungen war: „Formosa ist der Angelpunkt für den asisatischen Raum[97], deswegen muß man an Formosa festhalten; Westdeutschland ist der Angelpunkt für den europäischen Raum, deswegen dürfen wir nicht weich werden, und wir können auch jenen Männern, die um *Stevenson,* um *Kennedy* herum jetzt operieren, nicht einfach kampflos das Feld räumen; wir müssen jetzt eine aktive deutsche Außenpolitik in Amerika entwickeln." – Das war das Ergebnis der Beratung nach den zwei Stunden von gestern.

(Zuruf: Wie neu!)

Dr. *Dehler* hat als Vorsitzender des Arbeitskreises I das Wort.

---

92 Am 25. 9. 1961. Vgl. Nr. 18 mit Anm. 60.
93 Erstes Koalitionsgespräch am 2. 10. 1961.
94 Zweites Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961.
95 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten.
96 Chefdelegierter der USA bei der UNO.
97 Formosa bzw. Taiwan als Sitz der „Republik China" mit der von den USA unterstützten Regierung *Chiang-Kai-shek,* deren Legitimität von der Volksrepublik China bestritten wurde. Vgl. AdG 1961, S. 9101 A.

Dr. DEHLER: Meine Freunde! Man sagt gern, wir leben in der Zeit des Endes der Illusionen. Das deutsche Volk erkennt, daß es sich bisher Illusionen gemacht habe. Die Freien Demokraten nehmen für sich in Anspruch, daß sie keinen Illusionen erlegen sind. Denn wir haben ja seit 1952[98], verstärkt seit 1956[99], erklärt, daß die Außenpolitik der Bundesregierung nicht zur Wiedervereinigung führen kann. Ich bin der Meinung, auch der Herr *Adenauer* hat keine Illusionen gehabt. Es wäre nur schlimm, wenn wir jetzt irgendwelchen Illusionen erliegen würden. Es wäre doch ein Wunder, wenn mit einem Mal durch die Beredsamkeit von einigen Stunden alle Schwierigkeiten ausgeräumt wären, wenn mit einem Mal eine der unseren konträre Außenpolitik

(Dr. *Achenbach:* Die anderen habe sich der FDP angeschlossen!)

sich zu der richtigen Lehre, zur richtigen Anschauung der Freien Demokraten bekehrt hätte![100]

Das Statement der Bundesregierung begann noch mit dem Satz:

„Bei der Bildung einer neuen Bundesregierung muß sichergestellt werden, daß die Außenpolitik der vergangenen zwölf Jahre auch während der nächsten Legislaturperiode weitergeführt werden kann."

Das entsprach dem, was *Adenauer* schon am Tage nach der Wahl gesagt hat: „Die Außenpolitik der Bundesregierung muß ungebrochen weitergehen in der Folgezeit; nur die Enttäuschungen müssen auch auf andere Schultern gelegt werden."[101]

Ich will jetzt Einzelheiten dieses Statements im einzelnen nicht mehr erörtern. Was wir im Außenpolitischen Arbeitskreis ausgearbeitet haben, ist, glaube ich, an sich richtig. Es ist nicht ausgefeilt; dafür war die Zeit viel zu kurz. Fast könnte man meinen, manches sei antithetisch und schließe sich aus. Denn wenn wir sagen: „Oberste Ziele: die Erfüllung des Verfassungsauftrags des Grundgesetzes, die deutsche Einheit ... zu vollenden" und wenn wir gleichzeitig sagen: „Festigung der Bindung an den Westen", dann wissen wir, daß das Letztere weitgehend die Wiedervereinigung zumindest erschwert. Wir hätten also richtiger sagen müssen: Wiedervereinigung als oberstes Ziel, bis dahin selbstverständlich Erfüllung der Verträge, auch die Festigung der Bindung an den Westen.

Nun haben wir aber in unserem Statement hinsichtlich der Wiedervereinigung grundsätzlich abweichende Forderungen gegenüber der Erklärung des Herren *Adenauer* geltend gemacht. Er hat zu diesem Punkt gesagt:

---

98 So bestand die FDP 1952 erfolgreich auf einer Revision von Art. 7 des Deutschlandvertrages (vgl. Nr. 19 Anm. 234). Zu Inhalt und Umständen der Abschwächung der Bindungsklausel vgl. A. BARING, Außenpolitik, Bd. 1, 1971, S. 278; W. BENZ u. a., 1978, S. 58.

99 Ausdruck einer eigenen Linie der FDP in der Deutschlandpolitik waren 1956 vor allem *Mendes* Entwurf eines Deutschland-Planes zur Wiedervereinigung und *Dehlers* Konzeption einer gesamtdeutschen Volksbefragung. Zu *Mendes* Plan vgl. W. BENZ u. a., 1978, S. 62, 175–179. Zu *Dehlers* Konzeption vgl. W. BENZ u. a., 1978, S. 62; fdk 7. Jg., Nr. 37 vom 29. 5. 1956, S. 7 ff.

100 Vgl. Anm. 50.

101 Vgl. Nr. 17 Anm. 106.

„Die Zusammenführung der beiden gegenwärtig getrennten Teile Deutschlands muß nach wie vor Ziel der deutschen auswärtigen Politik bleiben. Es sollte darum nichts geschehen, was die Erreichung dieses Zieles erschwert. Es darf aber selbstverständlich auch nichts geschehen, was zu einer Wiedervereinigung in einem neutralisierten Deutschland führen könnte. Dieses neutralisierte Deutschland könnte nur die Vorstufe eines kommunistischen Deutschlands sein. Die Aufrechterhaltung von Kontakten zwischen den beiden Teilen Deutschlands muß darum in erster Linie dem Ziel gelten, die Freizügigkeit wiederherzustellen. Technische Kontakte. . ."

Dann kommt noch die *Hallstein*-Doktrin.[102]

Also in Wirklichkeit kein Wort über eine konstruktive Außenpolitik; kein Wort darüber, was nun jetzt in der Koalition geschehen soll! Im Gegenteil! Die Prämisse ist: Die bisherige Politik – die in Wirklichkeit eine Wiedervereinigung ausschließt, soll weitergeführt werden.

Nun ist das, was wir dazu geschrieben haben, grundsätzlich anders. Wir sagen zunächst einmal: Es darf überhaupt nichts geschehen, was die Rechtslage, die ja zu gleicher Zeit eine politische Fixierung ist, irgendwie verschlechtern könnte. Es darf nicht eintreten – das haben wir auch schon im Wahlkampf erklärt – „eine Minderung des Bestands an deutscher Einheit durch Lösung oder Lockerung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik".[103] – Das heißt, alles das, was die Amerikaner, was *Clay*[104], *Mansfield*[105], *Humphrey*[106] gesagt haben, kommt danach aus verfassungsrechtlichen Gründen für uns nicht in Frage und kann von uns ohne Änderung des Grundgesetzes nicht gebilligt werden.

„Eine Minderung des Bestandes an deutscher Einheit durch eine irgendwie geartete Anerkennung eines deutschen Teilstaates", – auch das ist ausgeschlossen.

„Eine Minderung des Bestandes an deutscher Einheit durch eine direkte oder indirekte Sanktionierung der Unrechtsmaßnahmen vom 13. August"[107] – das ist für uns ebenfalls ausgeschlossen.

Aber dann kommt das Positive, was wir verlangen:

„Die neue Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen. Sie muß die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz

---

102 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.
103 Vgl. die „Berlin-Erklärung" vom 14. 7. 1961 in Nr. 15.
104 Vgl. Nr. 18 Anm. 254.
105 *Mansfield,* Führer der Demokraten im Senat der USA, hatte am 14. 6. 1961 im Senat den Vorschlag gemacht, ganz Berlin den Status einer international geschützten Freien Stadt zu geben. Vgl. AdG 1961, S. 9160 A.
106 *Humphrey,* stellv. Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat der USA, dessen später korrigierte Äußerungen über eine mögliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die USA zu Unbehagen in Bonner politischen Kreisen geführt hatten, traf am 6./10. 1961 nachmittags mit Bundeskanzler *Adenauer* zusammen. Vgl. FAZ Nr. 230 vom 4. 10. 1961, S. 1 und Nr. 233 vom 7. 10. 1961, S. 3.
107 Bau der Mauer in Berlin. Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

Deutschland anstreben: Auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 1. 10. 1958[108] und der unter Zustimmung aller Fraktionen abgegebenen Erklärung des Bundestagspräsidenten vom 30. 6. 1961."[109]

Nun sagte uns *Mende, Adenauer* habe erklärt, diese Vorlage sei durch das Auswärtige Amt, durch *Brentano,* durch *Krone* geprüft und gebilligt worden. Wir müssen also an sich annehmen, die Herren haben auch noch einmal gelesen, was *Gerstenmaier* gesagt hat und was in dem Beschluß vom 1. 10. 1958 steht, und billigen es.

Ich darf Ihnen kurz wiedergeben, was das Entscheidende an den Ausführungen von Dr. *Gerstenmaier*[110] ist. Er lehnt genau so, wie wir es tun, einen Friedensvertrag nach der Vorstellung der Sowjets auf Grund der deutschen Teilung unbedingt ab. Er sagt sodann:

„Es ist nicht mehr als billig, daß in einem Vertrag mit dem einen Deutschland Frieden geschlossen wird, mit dem auch Krieg geführt wurde. Jetzt ist nicht der Augenblick, um die Modalitäten zu erörtern, die dazu führen können. Dazu sind auch aus diesem Hause heraus brauchbare Vorschläge gemacht worden."[111]

– In Wirklichkeit besteht ja nur unser Deutschland-Plan, sonst nichts mehr. – „Ich glaube aber, daß es das Gebot der Stunde ist, daß über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeigeführt wird."[112]

– Also primär, was gefordert werden muß: sofort ein Verfahren, wie über einen deutschen Friedensvertrag nach unserer deutschen Vorstellung verhandelt werden kann. – Er fährt dann fort:

„Die Friedensverhandlungen selbst müssen Klarheit schaffen

erstens über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands.

Zweitens ist es selbstverständlich, daß ein Friedensvertrag die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen muß, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben. Dazu gehört auch die Frage der Reichsgrenzen.

Drittens ist es unerläßlich, daß dem ganzen deutschen Volke die Möglichkeit verbürgt wird, Gebrauch zu machen von „dem Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker", wie er verankert ist in dem Artikel 1 der Charta der Vereinigten Nationen.

Die Regierung der Sowjetunion hat am 26. Juni 1945 diese Charta ebenso unterzeichnet. . .[113]

---

108 3. BT Sten. Ber., Bd. 42, 41. Sitzung vom 1. 10. 1958, S. 2427 f.
109 3. BT Sten. Ber., Bd. 49, 166. Sitzung vom 30. 6. 1961, S. 9763–9766.
110 Ebd.
111 A. a. O., S. 9765 D–9766 A.
112 A. a. O., S. 9766 A.
113 Auslassung in der Vorlage.

Das deutsche Volk wird unter keinen Umständen aufhören, für das Grundrecht seiner Selbstbestimmung einzutreten. Es wird aber auch dieses Selbstbestimmungsrecht in keinem anderen Sinn, unter keiner anderen Bedingung und zu keinem anderen Zweck in Anspruch nehmen als so, daß es damit vor dem Wort und Geist der Charta der Vereinten Nationen bestehen kann.

Am 1. Oktober 1958 hat dieser Bundestag in Berlin in einer einmütigen Entschließung erklärt, daß er jede Verhandlung zu unterstützen willens sei, die einen Weg dazu eröffnet. Der Deutsche Bundestag bekräftigt in dieser Stunde diesen Entschluß von neuem."[114]

Hieran abschließend laut Protokoll des Bundestages: „Anhaltender lebhafter Beifall im ganzen Hause".

Der Beschluß vom 1. Oktober 1958[115] ist ausschließlich unser Werk, damals maßgebend mit vorbereitet von dem verstorbenen Dr. *Ungeheuer*[116], in Berlin vertreten von Dr. *Mende,* der ausging von der damaligen Lage. Damals lag die Note der Sowjetunion vom 19. September 1958 vor, in der die Sowjetregierung den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ihre Bereitwilligkeit mitteilte, an der Arbeit der Kommission aus Vertretern der Vier Mächte zur Durchführung von Konsultationen zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages teilzunehmen.[117]

Der Beschluß geht zurück auf einen Antrag, der von uns stammt.[118] Wie wenig weiß das deutsche Volk, wissen auch viele unserer Parteifreunde von unserer Arbeit!

Unser Antrag ist in folgender Form angenommen worden:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist sich bewußt, daß sie als Ordnung des staatlichen Lebens für die Zeit bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geschaffen wurde."[119]

– Mich hat man beschimpft, als ich im Januar dieses Jahres diese Tatsache wieder einmal in Berlin erklärte! –

„Der Bundestag wiederholt feierlich den im Grundgesetz enthaltenen Appell, daß das ganze deutsche Volk aufgefordert bleibt, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Die Verpflichtung der Vier Mächte zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird hierdurch nicht berührt.

---

114 A. a. O., S. 9766 A–C.

115 Siehe Anm. 108.

116 Bis 1959 Pressesprecher und Leiter der Presseabteilung beim FDP-Bundesvorstand.

117 Vgl. AdG 1958, S. 7295 B.

118 Die BT-Fraktion der FDP hatte am 1. 9. 1958 an den Bundestagspräsidenten, an die Fraktionsvorsitzenden und an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen die Anregung gerichtet, die Tagesordnung der Berliner Plenarsitzung zu erweitern. Für sie war ursprünglich nur eine Debatte über den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone vorgesehen. Vgl. 2. BT Sten. Ber., Bd. 42, 41. Sitzung vom 1. 10. 1958, S. 2416 B *(Mende).*

119 A. a. O., S. 2427 D–2428 A.

Der Deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensentschluß des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch getrennten Teilen.

Der Deutsche Bundestag[120]

– das ist das Entscheidende –

erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes, sobald eine Vereinbarung der Vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat, ebnet."[121]

Ich habe es in dieser Ausführlichkeit vorgetragen, damit Sie wissen, was die Zitate in unserem Statement bedeuten; denn sie verlangen eine aktuelle und aktive Deutschland-Politik und wahrlich keine Fortsetzung der bisherigen Wiedervereinigungspolitik.

Ich bin der Meinung, das muß man bei *Adenauer* natürlich noch einmal interpretieren. Ich weiß ja nicht, was sich Herr *Adenauer,* Herr *Krone* und Herr *von Brentano* unter diesem Zitat vorgestellt haben.

Der Parteitag in Frankfurt hat beschlossen, daß wir ein Regierungsprogramm zur Grundlage einer Koalition machen sollen.[122] Diese Forderung besteht wohl noch. Ich bin auch wohl einig mit *Mende* und *Weyer,* daß der Austausch dieser Statements noch nichts Endgültiges ist, sondern nur den beiderseitigen Gedankenaustausch bedeutet, wobei wir allerdings jetzt den großen Vorteil haben, daß die Gegenseite unsere Gedankengänge anerkannt hat. Bei den weiteren Verhandlungen muß selbstverständlich das, was uns am Herzen liegt, unmißverständlich zum Ausdruck kommen.

Dr. MENDE: *Achenbach* möchte aus dem Ausschuß noch einiges ergänzen.

Dr. ACHENBACH: Kollege *Dehler* hat vorgetragen, daß *Adenauer* erstaunlicherweise zu diesen Gedankengängen in unserem Papier, durch die ja unsere Politik voll aufrechterhalten wird, gesagt hat, das sei eine Verständigungsgrundlage.[123] – Das ist nicht ganz so erstaunlich. Herr Dr. *Dehler,* Sie waren verhindert, an den letzten Sitzungen des Außenpolitischen Ausschusses teilzunehmen, die nach dem Schluß der Plenarsitzungen stattfanden. Dort ist Herr *von Brentano,* gezwungen durch die Entwicklung in Amerika, bereits auf unsere Linie eingeschwenkt. Das Papier, das er vom Auswärtigen Amt aus geschickt hat[124], ist ein ganz kümmerlicher Versuch, diesen Rückzug zu verschleiern.

[3. AUSSPRACHE]

Vors. Dr. MENDE: In der Diskussion hat als erster das Wort Parteifreund *Schneider.*

---

120 A. a. O., S. 2428 A.
121 Ebd.
122 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 135.
123 Siehe Anm. 50.
124 *Von Brentano* war zu diesem Zeitpunkt noch Außenminister.

Dr. Heinrich SCHNEIDER: Meine Damen und Herren! Es scheint mir notwendig zu sein, auf der Basis der Dokumente die Erörterungen etwas zu vertiefen. Die kommende Regierung, die nach diesen Prinzipien arbeitet, muß ja zweierlei tun. Einmal muß sie eine Haltung gegenüber dem einnehmen, was außerhalb der Bundesrepublik geschieht, und zum anderen soll sie eine Aktivität entfalten.

Was den Punkt 1, Haltung gegenüber dem, was außerhalb der Bundesrepublik geschieht, anbetrifft, scheint es mir – ich wiederhole das heute zum vierten Male seit gestern – notwendig, zu wissen, was auf uns zukommt. Der Kollege *Mende* hat gestern[125] versucht, diese Frage zu klären. Er hat auch unter dem Siegel des allerstrengsten Geheimnisses etwas erfahren, was aber wir nicht erfahren können. Was werden die Amerikaner über unsere Köpfe hinweg mit der Sowjetunion tun, und was werden wir, wenn wir in der Regierung sein sollten, mit tun oder verhindern müssen: das ist die Frage. Ich bin der Meinung, man kann nicht über eine Koalition entscheiden, wenn man nicht weiß, was der stärkere Partner, der den Kanzler stellt und der Konrad *Adenauer* zum Kanzler machen will, der nach Art. 65 des Grundgesetzes allein die Richtlinien der Politik bestimmt, in den Fragen, die auf uns zukommen, tun wird.

Nun hat derselbe Kanzler, den wir akzeptieren sollen, zwei Erklärungen abgegeben. Er hat während des Wahlkampfes gesagt, das deutsche Volk werde schwere Opfer bringen müssen[126], und er hat nach der Wahl gesagt, seine Partei solle die Enttäuschungen nicht allein tragen, d. h. wir sollten mittragen.[127] Frage: Was sollen wir mittragen? Wenn ich mir das Dokument ansehe – von dem ich übrigens nicht verstehe, warum dieser Blödsinn geheimgehalten wird, denn was darinsteht, hat *Brentano* vor acht Tagen in einem Artikel geschrieben[128] und ist urbekannt, es sei denn, man will es geheimhalten, damit die Öffentlichkeit nicht die Primitivität dieses Dokuments erkennt, das scheint mir der einzige Grund zu sein (Heiterkeit) –, wenn ich mir also dieses Dokument ansehe und mich frage, wie die kommende Bundesregierung unter *Adenauer* auf Grund dieses Dokuments die Außenpolitik führen wird, dann kann man doch nur den Kopf schütteln.

Ein Beispiel: In dem Dokument wird die *Hallstein*-Doktrin[129] aufrechterhalten und wird gesagt: Wir warnen die kleinen Staaten usw. Ja, aber wenn Großbri-

---

125 Beim 2. Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961.

126 Der Opfergedanke findet sich mehr oder weniger deutlich in zahlreichen Reden *Adenauers*. Vgl. u. a. Sten. Nachschrift der Rede *Adenauers* bei einer Kundgebung der CDU am 11. 8. 1961 in Kiel: „Und wenn die Zeiten so geworden sind, und leider Gottes sind sie ja so geworden, daß man Opfer bringen muß, um die Freiheit seinem Volke zu erhalten, nun, gut, dann müssen wir die Opfer bringen, meine Damen und Herren, und dann werden wir sie auch bringen (StBKAH 02.24, S. 19 der Rede).

127 Vgl. Nr. 17 Anm. 106.

128 Vgl. „Die Freiheit von 17 Millionen Deutschen ist kein Handelsobjekt. Begangenes Unrecht kann nicht durch Anerkennung neuen Unrechts wiedergutgemacht werden – Vertrauen in die Loyalität der Verbündeten – Erklärungen Dr. von Brentanos zur außenpolitischen Entwicklung", in: BULLETIN Nr. 182 vom 28. 9. 1961, S. 1725 f.

129 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.

tannien, dessen beide Parteien Labour und Liberale bereits all das offiziell zum Programm erhoben haben, was gegen die *Hallstein*-Doktrin ist, morgen sagt: wir müssen anerkennen, wir müssen verhandeln, brechen wir dann die Beziehungen mit Großbritannien ab? Oder wenn Herr *Kennedy* sich dazu entschließen sollte? Diese Frage ist offen.

Die nächste Frage: Wir fordern mit Recht – insofern ist unser Dokument klarer und besser –: Ablehnung der Anerkennung der „DDR", Ablehnung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Aber die Frage ist: Was macht die kommende Bundesregierung mit Herrn *Adenauer,* wenn Amerika das von uns fordert?[130] Wir können ablehnen, wir können uns das auferlegen lassen, oder wir können zustimmen.

Diese Fragen müßten geklärt werden. Wir müßten wissen, was wir zu akzeptieren haben, wenn wir Herrn *Adenauer* akzeptieren. – So viel zu der offenen Frage der Haltung der kommenden Regierung!

Dann die nächste Frage, die *Dehler* angeschnitten hat: die Frage der Aktivität. Aktivität heißt etwas tun. Nun sagt *Adenauer* in seinem Dokument: Fortsetzung der Außenpolitik der zwölf Jahre. Er hat den Passus gestrichen. Aber das heißt nie und nimmer, daß er jetzt eine neue Außenpolitik entwickeln wird. Seine Außenpolitik die zwölf Jahre hindurch bedeutete doch – was wir in unserem Wahlaufruf festgestellt haben –, daß wir der Wiedervereinigung keinen Schritt nähergekommen sind[131], und ich bin überzeugt, daß die Fortsetzung der *Adenauer*schen Politik bedeutet, auch in den nächsten vier Jahren in dieser Frage keinen Schritt voranzukommen. Denn wer will von Herrn *Adenauer* erwarten, daß er jetzt vom zwölften bis sechzehnten Jahr seiner Politik eine andere Aktivität entwickelt, als er sie bis jetzt entwickelt hat?

Es wird also nötig sein, nachdem Herr *Adenauer* unser Dokument anerkannt hat, von ihm klar zu wissen, was er tun wird. Ohne das zu wissen, kann man für meine Begriffe diese Dokumentation nicht als gemeinsames Regierungsprogramm, als Partnerschaftsvertrag ansehen. Die Dokumente legen Prinzipien fest; aber sie legen nicht fest, was in einer echten Koalition, gemeinsam vertreten und abgewehrt gegen außen, im Sinne einer aktiven deutschen Außenpolitik erreicht werden muß. (Beifall.)

Dr. RUTSCHKE: Ich bin derselben Meinung wie Dr. *Schneider,* daß sich beide Dokumente teilweise widersprechen bzw. das eine Dokument gar keine Antwort auf das gibt, was in dem anderen Dokument steht, daß also insofern eine Kongruenz überhaupt nicht vorhanden ist. Ich bin erstaunt, wieso eigentlich der Bundeskanzler hier zustimmen kann.[132]

Die Frage, die mich besonders interessiert, ist: Was machen wir in der Frage: EWG und Landwirtschaft? Wir haben im Wahlkampf den Standpunkt vertre-

130 Vgl. Nr. 17 Anm. 94.
131 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125.
132 Siehe Anm. 50.

ten: Wir sind nicht bereit, die deutsche Landwirtschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu opfern[133]

(*Ertl:* „Auf dem Altar" haben wir gesagt!)[134]

und hier wird die Weiterentwicklung der EWG in allen Nuancen gefordert.

Oder die Frage der *Hallstein*-Doktrin, die wir wütend bekämpft haben und die uns hier in dem Papier des Auswärtigen Amtes genau wieder aufgetischt wird! – Offensichtlich wird hier in völlig verschiedenen Richtungen geredet, und ich warne davor, das zur Grundlage eines Übereinkommens zu machen. Denn dann wird der Krach ganz erheblich losgehen. (Beifall.)

Vors. Dr. MENDE: Meine Freunde! Es dient der Erleichterung – das soll jetzt keine Spitze sein –, wenn wir uns jeglicher Beifalls- und Mißfallensäußerung enthalten. Ich fürchte nämlich, daß wir damit mehr die Sachlichkeit stören als dem einen oder anderen etwa Sympathie und Erfolg geben. Die Sache ist in der Tat keine Sache, in der wir uns wechselseitig Beifall spenden sollten, sondern ist eine sehr ernste Sache, in der wir eines Tages so oder so entscheiden müssen. Wenn wir am Ende gesiegt haben, können wir klatschen. Vielleicht werden wir alle aber eines Tages keinen Anlaß haben zu klatschen. Ich rate also ab, vorher bereits mit solchen Beifalls- und Mißfallenskundgebungen die Verhandlungen zu führen. Wir sind in einem Gremium der Partei, und da war es bisher nie üblich, Beifall zu klatschen. (Widerspruch.) – Es ist mir nicht bekannt, daß wir uns bei Verhandlungen Beifall gespendet haben – nur bei Geburtstagen.

Dr. ACHENBACH: Ich möchte kurz auf das antworten, was *Rutschke* und *Schneider* gesagt haben. Es geht nämlich darum, die Begriffe zu klären. Wenn die CDU sagt, die Außenpolitik der letzten Jahre soll fortgesetzt werden, und wir darauf antworten: nein, dann ist beides falsch. Wir müssen uns nämlich darüber klar werden, was die Außenpolitik der letzten Jahre war. In der Außenpolitik der letzten Jahre gibt es einige Kernelemente, für die wir eintreten. Wir treten z. B. ein für die Fortsetzung des Bündnisses mit Frankreich, wir treten ein für eine fortschreitende Einigung Europas, wir halten fest an dem Bündnis mit den angelsächsischen Staaten. Das sind drei ganz wesentliche Punkte der Politik der letzten Jahre, die auch von der FDP vertreten werden.

Nun muß doch jeder von Ihnen verstehen, daß eine Partei, die eben auf Grund ihres Nichtstuns auf einem anderen Sektor der Außenpolitik, nämlich gegenüber dem Osten und in Bezug auf die Wiedervereinigung, grundsätzliche Fehler gemacht hat, das zu verschweigen versucht, weil sie sich hier in einer Sackgasse verrannt hat und darauf besteht, die Außenpolitik, die Teile, die auch wir für richtig halten, fortzusetzen. Sie brauchen doch nur den Artikel von *Haffner* in der „Welt" zu lesen, der ja ganz klar darstellt, daß diese Phase nichts bedeutet.[135]

---

133 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 100, 130.

134 Formulierung von *Margulies* 1959. Siehe Anm. 148.

135 Vgl. Sebastian HAFFNER: „‚Was geschieht, wenn...?", in: DIE WELT Nr. 230 vom 3. 10.

Ich mag sonst keinerlei irgendwie beachtenswerte Eigenschaften haben. Aber eins kenne ich: meine Kollegen im Auswärtigen Amt und die Technik dieses Amtes. Das dürfen Sie mir zutrauen, denn ich war lange Jahre dort tätig.[136] Als ich dieses Dokument las, war meine erste Reaktion – die Mitglieder des Arbeitskreises[137] werden mir das bestätigen –, daß ich sagte: Ich bin derart beeindruckt – von der geistigen Potenz, daß ich sofort zur Tagesordnung übergehe und mir nur überlege, wie ich taktisch darauf antworte.

Denn es war doch darauf angelegt, daß wir in eine Falle hineinlaufen sollten. Wir sollten sagen: diese Außenpolitik – das kann doch nicht sein, und dann hätten sie gesagt: schaut, diese Leute sind nicht zuverlässig, die wollen nicht mit Amerika, die wollen nicht mit Frankreich usw.

Nun, daß sich auch diese unsere Partei darüber im klaren ist, das wir uns, wenn wir die Wiedervereinigung wollen, nicht auch noch den Westen auf den Hals laden können, leuchtet doch jedem ein. Infolgedessen mußte das vermieden werden, infolgedessen mußte den Leuten konkret gesagt werden, was wir wollten. Wir mußten sie in die Verlegenheit bringen, den *Gerstenmaier* zu zitieren[138], der unsere Außenpolitik übernommen hatte, und dann einmal sehen: Was wollen sie nun? Da sind sie praktisch gezwungen gewesen, auf unsere Konzeptionen einzuschwenken –, was sie schon im August in den Geheimsitzungen des Auswärtigen Ausschusses[139] haben tun müssen. Ich sagte Ihnen eben scherzhaft: Sie haben sich zu unseren Auffassungen bekehrt. Sie wollten zwar nicht auf uns hören; aber auf die Amerikaner zu hören, daran haben sie sich seit langen Jahren gewöhnt, und die Amerikaner sind unserer Auffassung, daß es so nicht weitergeht. Was Willi *Weyer* soeben erzählt hat, ist gar nicht so absurd, sondern das ist die Reaktion von vernünftigen Leuten, die ohne Vorurteile sagen: Schauen wir einmal, was wir aus der Situation heraus machen können! – Wohlverstanden: Ich will mich damit nicht im einzelnen identifizieren.

Daher bitte ich, zu begreifen und nicht aus irgendwelcher Skepsis zu meinen, es wären bei uns Leute umgefallen. Diese Eigenschaft besitze ich nicht. Seit zwölf Jahren habe ich dasselbe gesagt. Zum Beweise habe ich Ihnen mein Buch geschickt[140], da steht das darin. Das wollen wir durchsetzen, und da werden wir doch nicht nach zwölf Jahren umfallen. Nein, die Natur der Dinge zwingt die Leute, auf uns einzuschwenken, und da wollen wir doch nicht die Dummheit machen, daß wir jetzt nicht mehr an uns selbst glauben.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Heinrich *Schneider*. Sie kennen meine Sympathien für Sie. Aber Ihre außenpolitischen Darlegungen soeben gingen an dem Kern

---

1961. Haffner befaßte sich darin mit den Folgen einer möglichen Änderung der amerikanischen Deutschlandpolik.

136 1936–1944. Vgl. Nr. 8 Anm. 32.

137 Arbeitskreis I Außenpolitik, Wehrpolitik und Gesamtdeutsche Fragen.

138 Siehe die Zitate auf S. 252 f.

139 Aus Anlaß der Berlin-Krise. Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

140 Vgl. Ernst ACHENBACH: Redliche Bemühungen um Frieden und Wiedervereinigung. Außenpolitische Reden und Aufsätze. Hrsg. von Georg Tolges, Opladen 1961, 90 S.

der Dinge vorbei. Sie haben gesagt, *Adenauer* habe gesagt: Es kommt etwas auf uns zu. Den Satz: „Es kommt etwas auf uns zu", kenne ich, er steht in allen Zeitungen.[141] Was auf uns zukommt, weiß leider auch die Bundesregierung heute noch nicht. Wenn aber etwas auf uns zukommt, dann kommt es natürlich auf uns alle zu. Wenn etwa auf uns zukommen sollte, daß die Amerikaner ihr Bündnis brechen, dann ist eine radikal neue Lage gegeben, die wir dann gemeinsam unter ganz sicher schwierigen Umständen meistern müssen. Es wird aber gar nicht dazu kommen, und ich möchte Sie wirklich bitten, solchen Leuten wie *Humphrey*[142] kein übermäßiges Gewicht zu geben. Vergessen Sie bitte eins nicht: Im Unbewußten klang bei Ihnen, Heinrich *Schneider,* mit: Wenn die Amerikaner sagen, so wird es gemacht, dann müssen wir es tun. Wer sagt denn das? Heute ist das deutsche Nein möglich und hat eine große Wirkung auch auf Amerika selbst.

(Dr. Heinrich *Schneider:* Die Frage ist, ob *Adenauer* das Nein sagt!)

– Wir können es sagen, wenn es auf uns zukommt. Angenommen, die Amerikaner kämen mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Wir haben doch festgestellt, daß uns das Grundgesetz das verbietet, und auch Herr *Adenauer* allein kann das gar nicht, das kann nur das Parlament. Außerdem können wir in einer Bundesregierung, wenn unser Partner sagt: wir machen es doch, erklären: dann gehen wir wieder aus der Regierung heraus. Wir dürfen uns doch nicht von dem Trauma beeinflussen lassen, daß, weil wir früher einmal in dieser Partei schwache Charaktere hatten, die mit sich machen ließen, was die anderen wollten, es in dieser Partei unbedingt so bleiben müsse. Wenn dem so wäre, dann wäre es allerdings traurig um unsere Partei bestellt. Man kann in die Regierung hinein- und aus ihr herausgehen, das ist doch selbstverständlich.

(Unruhe – Zuruf: Das Herausgehen ist schwer!)

– Gestatten Sie mir, liebe Freunde, daß ich Ihnen sage: Dieses skeptische Grundgefühl bei Ihnen ist kein gutes Zeichen für unsere Partei. Denn ich meine, das muß man doch schließlich, nachdem wir diese Erfahrungen gemacht haben, von unseren Leuten erwarten dürfen, daß sie sich nicht so verhalten, wie es einmal war.

Jetzt weiter! Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Natürlich bestimmt er die Richtlinien der Politik. Wenn er uns aber jetzt erklärt: diese eure Forderungen sind richtig, und er handelt anschließend nicht danach, dann ist es doch klar: dann gehen wir.

ERTL: Ich lese gerade den Passus über die EWG[143], und ohne Prophet zu sein, muß ich Ihnen sagen, Sie haben der CDU bereits den besten Wahlschlager für den nächsten Wahlkampf geliefert. Sie werden diesen Satz sicherlich in vier Jahren in der CDU-Presse und den CDU-Wahlinformationen lesen. Ich darf

141 Vgl. z. B. „Was auf uns zukommt" von Nikolas *Benckiser,* in: FAZ Nr. 227 vom 30. 9. 1961, S. 1.

142 Siehe Anm. 106.

143 Siehe den Satz vor Anm. 133.

noch einmal zur Information wiederholen: „Die neue Bundesregierung wird, wie alle Verträge, auch den Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erfüllen. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes muß weitergehen. Die in den Verträgen liegenden Möglichkeiten sind zu nutzen, . . .". In den Verträgen liegt, soweit ich sie kenne, überhaupt keine Möglichkeit, sie zu nutzen, „. . .um allen Teilen der deutschen Wirtschaft, vor allem aber der deutschen Landwirtschaft, den Eintritt zu erleichtern." Da gibt es keine Erleichterung, sondern da gibt es nur ein klares Opfer, das dahingehend lautet, daß achthunderttausend Betriebe zu verschwinden haben.

Ich war immer der Meinung, daß wir stolz darauf waren, die Verträge abgelehnt zu haben. Warum wir uns nun in unserem Angebot so scharf in diese Situation hineinsetzen, ist mir unverständlich.

Vors. Dr. MENDE (unterbrechend): Weil Verträge, die nun einmal, auch gegen unsere Stimmen, zustande gekommen sind, nach dem Völkerrecht und dem Staatsrecht zu halten und zu respektieren sind, auch von denen, die sie abgelehnt haben. Das ist ein alter Grundsatz des Staatsrechts.

ERTL (fortfahrend): Dann hätte es immer noch genügt, wenn wir gesagt hätten: wir müssen sie respektieren. Hier forcieren wir die Dinge sehr, und zwischen Respektieren und Forcieren ist noch immer ein Unterschied. Im übrigen erinnere ich mich, bei allen unseren Diskussionen von Frankfurt[144] bis heute gehört zu haben, daß wir sehr den Standpunkt des „Europas der Vaterländer" begrüßen. Ich hätte diesen Passus sehr gern darin gesehen. Hier wird nur noch von Gegebenheiten geredet. Das ist auch schon eine Abschwächung. Ich persönlich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Es wird für Sie sehr, sehr schwer sein, wenn hier die FDP weich wird, das wird eine bittere Pille sein, und ich fürchte um manche unserer Stimmen. Wir haben den Wahlkampf mit dem Passus geführt: Die deutsche Landwirtschaft wird nicht auf dem Altar der EWG geopfert.[145] Diese Forderung erscheint mir so gewichtig und unabdingbar, daß ich Ihnen ehrlich sagen muß: Von dieser Haltung muß ich meine Stimmenabgabe für die Koalitionsbeteiligung, ob ja oder nein, abhängig machen. Denn nachdem ich drei Tage vorher im Bayerischen Rundfunk diese Stellungnahme wiederholt habe, stelle ich mich nicht jetzt hin und lasse mir sagen: du bist auch schon wieder nach drei Tagen umgefallen.

Vors. Dr. MENDE: Bei allem Respekt vor Ihren Argumenten, Herr Kollege *Ertl,* wollen wir vielleicht die beiden Kollegen *Margulies*[146] und *Starke*[147] bitten, Ihnen Ihren sachlichen Irrtum zu erläutern.

MARGULIES: Die EWG-Verträge sind, wie Sie richtig ausgeführt haben, rechtens. Dagegen etwas zu unternehmen, hat keinen Sinn. Wir machen uns dann nur unglaubwürdig. Die Formulierung, die Sie soeben wiederholt haben, daß wir die deutsche Landwirtschaft nicht auf dem Altar der EWG opfern wollten,

144 Parteitag der FDP in Frankfurt a. M. vom 23. bis 25. 3. 1961.
145 Siehe die gleiche Formulierung vor Anm. 134.
146 Sprecher für Europa- und Außenhandelsfragen.
147 Sprecher für Haushalts- und Finanzfragen.

stammt von mir; ich habe sie vor zwei Jahren auf dem Bundesparteitag der FDP in Stuttgart geprägt.[148] Das bedeutet aber nicht, daß wir uns nun einfach bockig stellen. Damit können wir nichts erreichen. Unsere These war vielmehr – und wir haben sie am 30. Juni in der Agrardebatte noch einmal ausführlich dargelegt[149] –, daß, wenn hier irgendwelche Abmachungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft unvermeidlich werden, dann die Bundesregierung Schadensersatz leisten muß. Wir haben das in der Formulierung ausgedrückt, daß man das britische System prüfen müßte, um auf diese Weise der Landwirtschaft weiter ihr Einkommen zu gewährleisten, vielleicht über den Ausgleich, den die Bundesregierung leisten soll, sogar zu einer Verbesserung zu kommen. Das war unsere Idee zur Fortsetzung der EWG-Politik.[150]

Dr. STARKE: Ich kann mich ganz kurz fassen. Wir haben hier ein wenig redigiert. Ich bin mit dem Passus einverstanden. Ich glaube, er liegt in der Richtung, wie wir sie vertreten haben, auch in Bayern[151] und auch bezüglich der Landwirtschaft und bezüglich des „Europas der Vaterländer". Genau das soll in dem Absatz darinstehen.

(*Ertl:* Das ist windelweich!)

Vors. Dr. MENDE: Herr *Ertl,* es geht hier ja nicht um das Regierungsprogramm mit allen Einzelheiten. Ich bin gern bereit, den Vorschlag zu machen, daß Sie bei dem Passus, der die Agrarpolitik behandelt, hinzugezogen werden und sich mit Herrn *Lücker*[152] treffen können. Aber das kommt doch erst in der nächsten Woche. Wir sind doch nicht jetzt bereits beim Regierungsprogramm – beim Kindergeldgesetz[153], beim Lohnsteuerabzug[154] usw. –, sondern bei den Prüfungen, ob überhaupt eine sachliche Möglichkeit für eine gemeinsame Regierung gegeben ist, aber keineswegs bereits bei der Erörterung der Details. Das gilt für alle Wirtschaftszweige, auch für die Landwirtschaft. Ich wäre dankbar, wenn wir aus einem seriösen Kreise von Abgeordneten und Politikern der Partei das Wort vom Umfallen verbannten. Das ist aus der Massenpresse, das ist eines Politikers unwürdig.

MARGULIES: Da am 18. Oktober in Straßburg die Agrardebatte stattfindet[155], muß in der nächsten Woche oder spätestens Montag sowieso der Arbeits-

148 *Margulies* hatte gesagt: „Aber wenn jetzt hier der Versuch gemacht wird, die deutschen Bauern für ein inzwischen offenkundig zweifelhaft gewordenes Ziel zu opfern, dann haben wir, glaube ich, die Verpflichtung, nicht nur heute schon warnend die Stimme zu erheben, sondern uns mit aller Kraft als Freie Demokraten dagegen zur Wehr zu setzen. (Beifall.)" Vgl. FDP-Bundesparteitag 1960, pag. 50 f. (ADL, A 1-155).

149 Vgl. 2. BT STEN. BER., Bd. 49, 166. Sitzung vom 30. 6. 1961, S. 9739 D–9741 C *(Mauk)*, S. 9746 C–9749 B., 9755 A–C *(Margulies)*.

150 A. a. O., S. 9749 A–B.

151 *Starke* war über die Landesliste Bayern in den Bundestag gewählt worden.

152 Hans August *Lücker,* MdB und MdEP (CSU), Experte für Agrarfragen.

153 Vgl. Nr. 7 Anm. 7.

154 Vgl. den Merkpunkt „Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik" in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961, abgedr. in AdG 1961, S. 9444 Ziffer IV.

155 Zur Agrardebatte im Europäischen Parlament am 18. 10. 1961 vgl. FAZ Nr. 243 vom 19. 10. 1961, S. 21.

kreis[156] zusammentreten. Denn da wir die Frage so hochgespielt haben, können wir in Straßburg nicht schweigen. Also muß das Thema sachlich in der nächsten Woche beraten werden.

DORN: Wir haben aus dem Bericht, den Willi *Weyer* uns als Ergänzung gegeben hat, den Eindruck bekommen können, als ob *Strauß* einer unserer besten Partner in diesem Gespann sei.[157]

(*Weyer:* In den Gesprächen!)

– Das will ich gar nicht bestreiten. Nur eins ist für uns doch wichtig, auch heute immer wieder festzustellen: Zu all den Fehlern, die *Strauß* heute mit zugibt, hat er in den vergangenen Jahren durch seine Stimmabgabe ja gesagt. Wir müssen uns doch auch an das erinnern, was er in Pressekonferenzen von sich gibt. Wenn man das mit dem vergleicht, was er in der Wahlnacht selbst im Fernsehgespräch gesagt hat[158], dann habe ich einfach nicht mehr die Basis des Vertrauens zu diesem Mann, der innerhalb von acht Tagen genau das Gegenteil von dem sagt, was er in den Tagen vorher gesagt hat und was man selber mitgehört hat.

Hier beginnt die Problematik. Wir befinden uns zur Zeit in einem Dilemma: in dem Dilemma, daß uns noch nicht erkennbar wird, ob wir eine sachliche Basis für eine Koalition mit diesem Partner finden oder ob an sachlichen Auseinandersetzungen die Koalition scheitern kann oder ob wir eine personelle Basis finden oder ob an personellen Dingen diese Koalition scheitern kann. Kein Mensch kann das heute voraussagen. Deswegen ist es richtig, daß wir erst die sachlichen Voraussetzungen klären. Da stimme ich vollkommen mit Erich *Mende* überein.

Die Frage ist nur: Wenn wir jetzt in diesem Austausch der Papiere feststellen, daß auf der einen Seite von Herrn *von Brentano*[159] die *Hallstein*-Doktrin[160] expressis verbis angesprochen wird, wir aber, ohne in unserem Papier überhaupt mit einer Silbe darauf einzugehen, diese Dinge schlabbern, dann habe ich im Endergebnis zwei Fragen. Erstens: Ist, obwohl die Dinge in unserem Papier nicht angesprochen worden sind, die *Hallstein*-Doktrin im Gespräch angeschnitten worden? Und wie hat der Bundeskanzler reagiert? Ist er der Meinung, die *Hallstein*-Doktrin müsse aufrechterhalten werden, oder nicht? Sie sagen, es sei ein sterbendes Kind, über das man sich nicht zu unterhalten brauche.[161] Aber unterschätzen wir die politische und optische Bedeutung auch in unserem eigenen Kreise nicht, wenn es an die Beurteilung dieser Frage geht!

Die zweite Frage: Wir haben von den ersten Aussagen zur Wahl über die Fernsehbeiträge, die Erich *Mende* geliefert hat, bis zu der letzten Versammlung, die

156 Arbeitskreis V Agrarpolitik.
157 Siehe S. 247 f.
158 Vgl. Nr. 17 Anm. 43.
159 Siehe Anm. 124.
160 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.
161 Siehe S. 244.

wir bestritten haben, immer wieder die falsche Außenpolitik der letzten Jahre auf diesem Sektor: *Hallstein*-Doktrin – Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockländern ganz deutlich herausgestellt. Ist in diesem Gespräch mit dem Bundeskanzler und Herrn *Strauß* auch dieses Problem der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten angesprochen worden, und wie hat der Bundeskanzler reagiert? Denn das sind zwei sehr entscheidende Faktoren für die Gestaltung der Außenpolitik in der nächsten Zeit.

Ein letzter Satz! Ernst *Achenbach,* wenn Du sagst, die Amerikaner vertreten heute unsere Auffassung, dann muß ich sagen, das ist für mich sehr erschütternd. Denn das, was Willi *Weyer* uns als Stellungnahme oder als Fragestellung und Konzeption des amerikanischen Außenministers vorgetragen hat[162], kann doch niemals –

(*Weyer:* Was ich berichtet habe, muß streng vertraulich sein!)

– das ist mir völlig klar, aber in unserem Kreise können wir es doch aussprechen: das kann doch niemals Grundlage der amerikanischen Außenpolitik sein.

Vors. Dr. MENDE: Zu dem von *Strauß* beiläufig erwähnten Gespräch mit Dean *Rusk*[163] – im Garten, er nahm mich beiseite – möchte ich erklären: Das sollte ein Beweis für die außerordentliche Labilität sein, die – nach der Meinung des Kanzlers – nach dem Tode von Foster *Dulles*[164], besonders aber heute erkennbar ist, zwischen *Kennedy* und seiner Umgebung einerseits, den Harvard-Gruppen[165] andererseits, Dean *Rusk*[166] drittens und dem Pentagon viertens.

(Zuruf: Und *Stevenson!*)[167]

Weil man sich selbst dort noch nicht im klaren ist, welchen Kurs man eigentlich einschlägt, ist die große Sorge bei *Adenauer* wie bei *Strauß,* daß jene Harvard-Gruppe sich durchsetzt, die auf dem Status quo, auf der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, der Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands die Schlußbilanz des Zweiten Weltkrieges ziehen will. Das abzuwehren, ist die große Frage. Darum hat gestern *Grewe*[168] bei *Rusk* eine Vorstellung erhoben, darum gibt es noch eine weitere Intervention des Kanzlers und schließlich laufende Konsultationen, die sich gerade aus dem Gang der Verhandlungen jetzt ergeben.

Wie weit das geht, können Sie heute aus der Sensationsmeldung der Agenturen entnehmen: „Washington für Gespräche Bonn-Pankow". So die heutige Aus-

---

162 Siehe S. 249.
163 Ebd.
164 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1953–1959, gestorben 1959.
165 Bekanntester Vertreter der *Harvard*-Gruppe war Henry A. *Kissinger,* Professor an der Harvard University und Sonderberater von Präsident *Kennedy* für strategische Fragen. Vgl. AdG 1961, S. 9084 A.
166 Siehe Anm. 95.
167 Siehe Anm. 96.
168 Wilhelm G. *Grewe,* Botschafter der Bundesrepublik in Washington.

gabe der „New York Times"![169] Im Augenblick ist also alles in der Tat im Fließen, in der Bewegung, und am wenigsten der Kanzler weiß, nach welcher Richtung sich die Strömung der amerikanisch-russischen Gespräche bewegt.

Wir wissen wohl, wie hart die Franzosen sind; wir wissen wohl, daß *Lord Home,* der britische Außenminister, sehr hart ist. Wir wissen nicht, welche Gruppe sich bei den Amerikanern durchsetzt, ob Harvard oder *Stevenson* oder das Pentagon mit *Nordstad*[170] hier in Europa oder die *Humphrey*-[171] und *Fulbright*[172]-Gruppe oder gar Dean *Rusk* selbst, und hier ist es sehr schwer, sich auf Einzelheiten zu einigen.

Wenn Sie mich fragen: Wir haben expressis verbis über die *Hallstein*-Doktrin[173] nicht gesprochen. Aber die *Hallstein*-Doktrin wäre für mich keine conditio sine qua non, an der eine Koalition scheitern dürfte. Wir werden weiter den Wunsch haben und es anregen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Aber wir können mit unseren 67 Abgeordneten nicht erwarten, daß 242[174] sich ausschließlich nach uns richten. Wer das verlangt, muß sich von vornherein sagen lassen, daß das keine Basis für eine Koalition ist. Die 67 sind in der Lage, es anzuregen, es zu wünschen; aber sie sind nicht in der Lage, es durchzusetzen, es sei denn, sie wollten den Koalitionsbruch. – Für mich ist die *Hallstein*-Doktrin keine conditio sine qua non, sondern ein peripheres Problem, das sich in den nächsten Monaten durch die internationale Entwicklung von selbst lösen wird.

Weyer: Ein Wort zur Ergänzung! Wir haben nicht expressis verbis die *Hallstein*-Doktrin angesprochen, wohl aber das Verhältnis zu den Ostblockstaaten. In diesem Zusammenhang führte er aus, auch er habe Versuche unternommen. Einer ist uns bekannt – über einen Mann, den wir alle kennen.[175] Ein zweiter Versuch sei – so sagte er uns – über die katholische Kirche gestartet worden. Die Kirche habe es aber selbst abgelehnt, weil sie in Polen – er sprach nur von Polen – unter starker staatlicher Kontrolle stehe und ihre Arbeit nicht gefährden wolle. Auch der Versuch über das Rote Kreuz sei gescheitert, obwohl ein

---

169 „U. S. is said to ask if Bonn will talk to Reds on Berlin. Reported testing readiness to negotiate with East Germans on access", in: The New York Times: International Edition, Vol. CXI, Nr. 37 876 vom 6. 10. 1961, S. 1 u.3.

170 Lauris D. *Norstad,* Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa.

171 Siehe Anm. 106.

172 William J. *Fulbright,* Vorsitzender des Senate Foreign Relations Committee, hatte am 30. 7. 1961 in einem Fernsehinterview die Auffassung vertreten, daß bei Berlin-Verhandlungen mit der Sowjetunion auch über Konzessionen des Westens gesprochen werden könnte, die West-Berlin als „Notausstieg" (escape hatch) für Flüchtlinge aus der DDR schließen würden. Vgl. H.-J. Grabbe, 1983, S. 286.

173 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.

174 Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

175 Hans *Kroll,* Botschafter der Bundesrepublik in Moskau. Im Anschluß an das Gespräch zwischen *Adenauer* und dem Botschafter der UdSSR in Bonn, *Smirnow,* vom 16. 8. 1961 entwickelte sich ein diplomatischer Kontakt zwischen Bonn und Moskau, in dessen Verlauf *Kroll* die Möglichkeit direkter Gespräche zwischen *Adenauer* und *Chruschtschow* sondierte. Offenbar Anfang Februar 1962 ließ der Bundskanzler diese Sondierungen einstellen. Vgl. H.-J. Grabbe, 1983, S. 301, 306 Anm. 222.

Abkommen zwischen dem Polnischen Roten Kreuz und dem Deutschen Roten Kreuz fast unterschriftsreif gewesen sei. Ein Krankenhaus sollte an irgendeiner Stelle, wo eine Stadt vernichtet worden sei, gebaut werden. Das sei auf russischen Druck durch die polnische Regierung verhindert worden. Alle Versuche, die bislang unternommen worden seien, seien – so sagte *Adenauer* – an dem harten russischen Nein gescheitert.[176]

SPITZMÜLLER: Ich möchte zur *Hallstein*-Doktrin sagen: Sicher ist das peripher; aber ich glaube, wir können in eine schwierige politische Situation kommen, wenn es nicht in einem Zusatzabkommen ausgesprochen wird. Denn die SPD in ihrer Wut, nicht in der Regierung zu sein[177], kann ja jederzeit einen Antrag stellen, der uns dann zwingt, von unserer bisherigen Haltung in aller Öffentlichkeit abzugehen, wenn wir nicht gegenüber unserem Partner in irgendeiner Form, wenn auch in einem Zusatzabkommen oder einer Zusatzvereinbarung, die Dinge angesprochen haben. Ich möchte also bitten, diese Frage zu bedenken, in welche schwierige Situation wir kommen können, wenn die SPD aus ihrer Oppositionsstellung heraus versucht, uns auch in den Augen der Wähler unglaubwürdig zu machen, wie sie es jetzt schon unternommen hat.

Ich bin der Meinung, daß am Ende tatsächlich erst die Bilanz zu entscheiden hat, ob wir nach dem guten Wahlergebnis gut taktiert haben oder nicht. Eins möchte ich aber unterstreichen, was Erich *Mende* gesagt hat: Keine überlaute Publizität![178] Ich glaube, das gilt für uns alle. Ich bin heute gleich von einem Journalisten überfallen worden. Ich habe zu ihm gesagt: „Ich habe den Eindruck, im Augenblick kann man Politik machen oder die Presse füttern. Wenn man aber beides tut, ist beides ungut." Ich habe mich jedenfalls entschlossen, nicht die Presse zu füttern, und habe ihn stehen lassen.

Noch eine Frage zu dem Schriftstück, die vielleicht gleich beantwortet werden kann: 18 Monate Wehrdienst ja[179], aber für Dauer? Ich dachte, es wäre nur ein militärtechnisches Problem für ein, zwei Jahre, weil nicht genügend Ausbilder vorhanden seien. Ich habe gewisse Bedenken, das zum Grundsatz zu erheben, nachdem immerhin nur jeder Sechste eingezogen wird. Das müßte man also vielleicht noch vertiefen. Zunächst schmeckt es mir nicht, daß es als Grundsatz herausgestellt wird.

Drittens die Frage der Fortführung der Gespräche! Wir haben den Eindruck, es ist bis jetzt in unserem Sinne nicht gerade schlecht gelaufen. Aber besteht nicht die Gefahr, wenn der Kreis immer so klein bleibt, –

(*Weyer:* Er wird größer!)

---

176 Ausführungen *Adenauers* im zweiten Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961.

177 Zu den Vorstellungen der SPD von einer Regierungsbeteiligung vgl. Nr. 18 S. 146 ff.

178 Siehe S. 236.

179 Dauer des Grundwehrdienstes ab 1956 12 Monate, ab 1962 18 Monate. Vgl. Gesetz über die Dauer des Grundwehrdienstes und der Gesamtdauer der Wehrübungen vom 24. 12. 1956 (BGBl. I, S. 1017); 2. Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 22. 3. 1962 (BGBl. I, S. 169).

– Ja, er wird jetzt um einen größer. Es hat geheißen: der bisherige Kreis plus ein Sozialpolitiker.[180]

WEYER: Plus zwei Sozialpolitiker! Und wir haben vorgeschlagen, daß der Kollege *Lenz* hinzugezogen wird, um weitere Probleme außerhalb der Sozialpolitik ebenfalls ins Gespräch zu bringen.[181] Es werden also drei oder vier weitere Fachgespräche erforderlich sein.

SPITZMÜLLER: Trotzdem meine Frage: Ist es richtig, daß wir uns das von den anderen aufzwingen lassen? Ist es nicht höchste Zeit, jetzt den Vorstoß zu unternehmen, die Siebener-Kommission, die wir gewählt haben[182], endlich ins Gespräch zu bringen? Denn *Adenauer* ist ein schlauer Fuchs. Wir haben es alle erlebt: Je kleiner der Kreis ist, desto größer ist zwar die Sicherheit, daß nichts nach außen dringt; aber desto größer ist auch für uns die Gefahr, daß wir, wenn der Gesprächspartner etwas ganz anderes will, als er mit uns bespricht, oder wenn in einem oder zwei Jahren plötzlich die Dinge ganz anders dargestellt werden, als sie sich gegeben haben, wieder mit der Presse und dem ganzen Amt, das die anderen beiden hinter sich haben, unter starken Beschuß kommen. Daher meine Anregung, zu versuchen, möglichst den Siebener-Ausschuß jetzt in die Verhandlungen einzuspannen.

WEYER: Herr *Spitzmüller,* was Sie sagen, ist völlig richtig. Auch das haben wir gestern *Adenauer* vorgetragen[183] und ihm erklärt, die Phase der prinzipiellen Auseinandersetzung müsse jetzt vorbei sein, jetzt müsse die Verhandlungskommission zusammentreten. Er hat sich im Grunde damit einverstanden erklärt und lediglich gebeten, das Problem der Sozialpolitik noch als Fachgebiet zu erörtern, weil dort bei der CDU Schwierigkeiten auftauchten. Er nannte die Namen *Katzer*[184], *Horn*[185] und einige mehr. Deshalb bat er, das noch in einem Fachgremium zu erörtern. Später kommen dann die beiden Verhandlungskommissionen zusammen[186], und dann kommt ja erst die schwierige Arbeit der Programmierung.

BORTSCHELLER: Daß der Bundeskanzler – fast möchte ich sagen: unbesehen; „unbesehen" stimmt natürlich nicht, er hat natürlich gelesen, was wir zu Papier gebracht haben –, aber immerhin das, was wir zu Papier gebracht haben, als eine Basis für eine Koalitionsbildung betrachtet, bleibt nach wie vor für mich erstaunlich, überraschend und unfaßbar.[187] Es ist schon gesagt worden, daß er sich auf seine, wie er glaubt, unfehlbare zwölfjährige Außenpolitik bezieht, die wir Freien Demokraten mindestens seit 1952 angefochten haben. Nun soll es unseren phantastischen Männern *Mende* und Willi *Weyer* in zwei

180 Siehe Anm. 72.
181 Ebd.
182 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
183 Am 5. 10. 1961 beim zweiten Koalitionsgespräch.
184 Hans *Katzer,* MdB, Sprecher der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Vgl. U. SCHMIDT, CDU, 1983, S. 614 f., 633.
185 Peter *Horn,* MdB, Leiter des Arbeitskreises Sozialpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Siehe S. 280.
186 Erstmaliger Zusammentritt am 12. 10. 1961. Vgl. Nr. 18 Anm. 13.
187 Siehe Anm. 50.

Besprechungen[188] gelungen sein, den Bundeskanzler auf unsere Linie zu holen, nachdem er uns mit Messer und mit Gift jahrelang wegen unserer „falschen Außenpolitik" angegriffen hat, die wir immer wieder in Resolutionen durch den Bundestag haben fundieren lassen müssen.[189] Großartig, daß es uns gelungen ist, die Erklärung *Gerstenmaiers* hier hineinzubringen – dieselbe Erklärung, die von *Gerstenmaier* mit Einverständnis aller Fraktionen des Bundestages abgegeben worden ist[190] und die *Adenauer* vierundzwanzig Stunden später völlig madig gemacht hat.[191] Diese Erklärung soll er jetzt akzeptieren?

Ich habe genügend Zweifel geäußert. Ich möchte kurz sagen: Ich möchte jedem Mann Vertrauen und Kredit auf der Basis dessen, was unsere Parteifreunde auf der außenpolitischen Linie ausgearbeitet haben, entgegenbringen – nur nicht *Adenauer!* (Sehr gut!)

DÖRING: Ich glaube, die ganzen Verhandlungen haben folgende Schwierigkeiten:

Erstens, daß wir noch nicht wissen, ob wir einen Koalitionskanzler haben werden oder den Kanzler *Adenauer.* Wenn man weiß, daß man einen Koalitionskanzler haben wird, bei dem man sicher sein kann, daß er sich an getroffene Vereinbarungen hält, ist die Entscheidung viel leichter. Da Konrad *Adenauer* erfahrungsgemäß für uns hinsichtlich seiner späteren Haltung und Reaktion eine Unbekannte ist –

(Zuruf: Irrtum! Im Gegenteil, in jeder Weise eine Bekannte! – Heiterkeit)

– Gestatten Sie mir doch auch einmal eine mildere Formulierung, als sie mir sonst immer unterstellt werden. – Das ist also die eine Schwierigkeit: Wir wissen noch nicht, mit wem wir es zu tun haben werden, wer es sein wird, der die Richtlinien der Politik bestimmen soll.

Die zweite Schwierigkeit ist: Wir wissen nicht, ob die Männer in der CDU, mit denen wir im wesentlichen Außenpolitik und Sicherheitspolitik machen müssen, von Hause aus nur Ideologen sind oder ob wir es weitgehend mit Pragmatikern zu tun haben werden. Ohne ein Spökenkieker zu sein, möchte ich glauben, daß man manchem Politiker in der CDU auch heute noch unterstellen kann, daß für ihn die Herbeiführung der deutschen Einheit nicht unbedingt das erstrebenswerte Ziel ist. Da gibt es eine ganze Reihe von Vorstellungen[192], die ich im einzelnen nicht aufzuführen brauche. Die Frage ist: Wer wird mit uns kooperieren? Werden das die Ideologen sein oder werden es die Pragmatiker sein, die in ihrer Grundhaltung eine ähnliche Auffassung demonstrieren wie wir?

---

188 Im ersten und zweiten Koalitionsgespräch am 2. bzw. 5. 10. 1961.

189 Siehe Anm. 108.

190 Siehe Anm. 109.

191 Auf einer Wahlkundgebung der Jungen Union in Frankfurt a. M. am 2. 7. 1961 hatte *Adenauer* bedauert, daß einige Gedanken der Erklärung *Gerstenmaiers* zu extensiv interpretiert worden seien; nach wie vor seien CDU und SPD „in wichtigsten Punkten verschiedener Ansicht." Vgl. DIE WELT Nr. 151 vom 3. 7. 1961, S. 1.

192 Zu den unterschiedlichen Vorstellungen in der CDU/CSU 1961–1963 vgl. H.-J. GRABBE, 1983, S. 256–351.

Das dritte: In dieser Situation kann ich nur eins empfehlen: Wir können bei aller Elastizität in der Verhandlung nicht darauf verzichten, klar zu interpretieren, was wir mit unseren Darlegungen gemeint haben. Aus den beiden Papieren – das ist für mich ein völlig neuer Begriff, den ich nur mit etwas Hemmung gebrauche: „Papier" hatte für mich früher immer einen etwas negativeren Beiklang. Aber wenn man wirklich in eine sachliche Analyse der Aussagen in beiden Papieren eintritt, ergibt sich natürlich ein gewisser Gegensatz. Darüber dürfen wir uns nichts vormachen. Da kann man in einigen Punkten sagen: wir sind uns einig, wir wollen den Frieden erhalten, wir wollen den Kommunismus abwehren, wir wollen mit dem Westen zusammenarbeiten. Das alles ist richtig, die Ziele sind gleich, und über die Ziele haben wir auch ernsthaft nie gestritten. Gestritten haben wir nur über die Wege, die zu diesen Zielen führen, und wir müssen uns im Grunde genommen mit dem kommenden Partner, wenn es die CDU sein sollte, viel mehr über die Methodik auseinandersetzen als über die Ziele.

Wir hatten uns ja – ich glaube, ich kann das hier als bekannt voraussetzen – darauf eingestellt, daß wir in der Sache elastisch verhandeln und auch elastisch sein wollten, um *Adenauer* nicht zu ermöglichen, gleich die erste oder zweite Verhandlung mit der Behauptung zum Platzen zu bringen: Diese FDP will nicht mit dem Westen zusammenarbeiten, will also gewissermaßen den Weg frei machen für alle möglichen gefährlichen Experimente usw. Das war ja ursprünglich sein Ziel, und das durfte man ihm nicht erleichtern.

Ich glaube, es ist auf alle Fälle zunächst einmal gelungen, ihm diese Möglichkeit zu zerschlagen, zu behaupten, man sei sich nicht einmal in der Zielsetzung einig. Man muß sich aber darüber klar sein, daß in der Zukunft der Schwerpunkt in der Auseinandersetzung auf der Methodik, auf den Methoden, die zur Erreichung dieser Ziele dienen sollen, liegen wird. Das ist das eigentliche Problem.

Ein vierter Punkt, den ich anführen möchte: Wir können natürlich – und das möchte ich allen, die jetzt in der Sache weiterverhandeln müssen, sehr ans Herz legen – in eine sehr schwierige Lage kommen, wenn sich eine veränderte Haltung der Amerikaner[193] auch in der Praxis zeigen sollte. Ich will es einmal überspitzen: Es darf schließlich nachher nicht so sein, daß die Amerikaner weitgehend in der Methode das verfolgen wollen, was wir jahrelang vertreten haben, wir aber durch nicht klar definierte Absprachen dann gemeinsam mit der CDU gezwungen werden, das abzulehnen, was die Amerikaner vorschlagen, also praktisch das abzulehnen, was wir selber als Methodik in der Vergangenheit für richtig gehalten haben. Ich möchte das nur herausstellen und darauf hinweisen, daß man darauf achten muß, daß wir uns nicht selber in eine derartig prekäre Lage bringen dürfen.

Lieber Ernst *Achenbach*, ich glaube, über eins müssen wir uns im klaren sein: Du hast recht, wenn Du sagst, man könne jederzeit aus einer Regierung wie-

193 Vgl. Nr. 17 Anm. 94.

der austreten.[194] Ich möchte aber meinen, die Situation, in der sich die FDP in der öffentlichen Meinung noch befindet, erlaubt es uns nur sehr schwer, in eine Regierung hineinzugehen und nach einem Jahr aus ihr wieder herauszugehen. Mögen unsere Gründe noch so gewichtig, noch so gut sein – wir wären nicht in der Lage, gegenüber den Publizitätsmöglichkeiten, die die CDU hat, diese Gründe an die Bevölkerung heranzubringen. (Zustimmung.) Unser Heraus aus der Regierung würde nur mit einem wilden Gebrüll quittiert werden: Da sieht man, was für Wackelmänner das sind, sie können keine klaren Vereinbarungen treffen, sie wissen wahrscheinlich gar nicht, was sie wollen, sie gehen jetzt wieder heraus – rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! Das wären die Kommentare.

Wenn wir – das müssen wir zu unserem eigenen Leidwesen eingestehen – als Partei eine andere Optik besäßen, könnten wir uns das eher erlauben. Wir haben sie nicht oder, besser gesagt, noch nicht, so daß die Möglichkeit, notfalls nach einem Jahr mit Aplomb wieder herausgehen, aus parteipsychologischen Gründen ausscheiden muß. Wir müssen also, wenn wir in eine Koalition hineingehen, eine gewisse Sicherheit haben, daß wir sie auch vier Jahre durchhalten können. Niemand wird heute den Herren, die verhandeln müssen, eine Patentempfehlung geben können. Das ist mit einem Manne wie *Adenauer* schwer genug. Man kann eigentlich nur eins sagen: Bei aller Elastizität dennoch keine Unklarheit darüber lassen, daß es einige wesentliche unterschiedliche Betrachtungen hinsichtlich der anzuwendenden Methode zur Erreichung der Ziele gibt. Ich glaube, wenn wir das in einer vernünftigen Form sagen, wenn wir auch deutlich werden lassen, daß darin offensichtlich Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, über die man sprechen muß, kann das niemand zum Vorwand nehmen, Verhandlungen abzubrechen. Der Verzicht auf diese Klarstellung aber würde uns zwangsläufig bei weiteren Verhandlungen in eine außerordentliche Schwierigkeit bringen.

Zu den 18 Monaten Wehrdienst[195]: Ich glaube, das ist an sich mehr ein Problem technischer Art. Wer die heutige Technisierung allein in der Armee – ich will gar nicht von Luftwaffe und Marine sprechen – kennt[196], wer bei dem Übergewicht, das die Panzertruppe heute besitzt, weiß, welcher Zeiträume es bedarf, um allein Panzerfahrer so weit auszubilden, daß sie in der Lage sind, gefechtsmäßig zu fahren, der wird mir darin zustimmen müssen, daß das mit einer zwölfmonatigen Dienstzeit nicht zu erreichen ist, die noch nicht einmal ausgeschöpft wird. 33,4 % der Dienstzeit werden nicht abgedient, weil es da Urlaub gibt, weil es da alle möglichen gesetzlichen Regelungen gibt. Das heißt, die Bundeswehr ist heute nicht in der Lage, bei den technischen Truppen, also bei der gesamten Panzertruppe, mit einer zwölfmonatigen Dienstzeit, wie sie sie jetzt hat, technische Dienstgrade so auszubilden, daß man bei ihrem Abgang aus der Bundeswehr sagen könnte, sie sind kriegsverwendungsfähig. Ein

194 Siehe S. 259.
195 Siehe Anm. 179.
196 *Döring, Kreitmeyer* und *Schultz* waren Experten für wehrpolitische Fragen. Vgl. Rundschreiben WK 2/60 vom 25. 8. 1960 (ADL 2-78).

Panzerfahrer so, wie ihn heute die Bundeswehr besitzt, mit dieser zwölfmonatigen Dienstzeit, ist unfähig, gefechtsmäßig zu fahren. Alle, die wir im Augenblick entlassen, sind nicht voll ausgebildete Soldaten. Das ist eine nüchterne Feststellung, die jederzeit zu belegen ist. Ich bin nicht überzeugt, daß man die 18 Monate Dienstzeit unbedingt überall braucht. Das ist ein Problem für sich, das ich hier im Augenblick nicht vertiefen möchte. Man muß aber zur Kenntnis nehmen, daß der Schwerpunkt heute auf den gepanzerten Verbänden liegt. Die Infanterie im alten Sinne gibt es kaum noch. Alles ist motorisiert, alles ist in einem erhöhten Maße technisiert. Das ist mit 12 Monaten einfach nicht zu schaffen, es sei denn, wir nehmen das Risiko auf uns, tatsächlich nur bedingt kriegsverwendungsfähige Soldaten nach ihrer Dienstzeit zu entlassen.

Dr. MENDE: Der Grund ist auch eine sehr hohe Unfallquote, nicht nur bei den mot. Verbänden, sondern auch bei Flugzeug- und Schiffsbesatzungen. Wir bekommen bei der Vollbeschäftigung leider nicht genügend längerdienende Freiwillige, und da wir nicht Griechen, Spanier oder Portugiesen in die Bundeswehr einstellen können, muß es leider so sein. Das ist, Herr *Spitzmüller,* die einstimmige Auffassung aller Mitglieder des Verteidigungsausschusses, auch der sozialdemokratischen.

Dr. DAHLGRÜN: Ich habe gegen die Sache, wie sie *Döring* vorgetragen hat, nichts, ich verstehe von der Sache nichts. Aber Kollege *Spitzmüller* hat das Politische gemeint, das darin liegt, daß auf einem Hof der Sohn für 18 Monate eingezogen wird, während auf dem Nachbarhof der Sohn überhaupt nicht eingezogen wird.[197] Das gibt immer Streitigkeiten und Mißhelligkeiten. Ich würde daher sagen – es ist ein kleines Problem in diesem großen Kreis –, man sollte doch im Verteidigungsausschuß einmal darüber sprechen.

(*Döring:* Wie es heute gemacht wird, ist eine Art Lotterie!)

– Ja, aber das bringt viel Ärger in die Bevölkerung, und bei 18 Monaten wird der Ärger noch größer. Das meint Kollege *Spitzmüller.* In der Sache geben wir den Soldaten recht, das ist sicherlich gar nicht anders möglich. Aber man sollte doch versuchen – Wolfgang *Döring* sagte ja eben, daß es vielleicht nicht überall nötig sei –, es möglichst auf die Fälle zu beschränken, wo es unbedingt erforderlich ist.

Dr. MENDE: Darüber werden wir im Vierten Bundestag im Verteidigungsausschuß und auch im Wirtschaftsausschuß – es ist ja auch eine sehr entscheidende wirtschaftspolitische Frage – ausführlich diskutieren können. Vielleicht werden wir eine Art steuerlicher Ausgleichsabgabe für alle diejenigen, die auf Grund des Limits nicht eingezogen werden können, beschließen müssen: wer die 18 Monate spart, soll 1 800 Mark –

(Widerspruch – Zuruf: Das ist aber sehr problematisch!)

197 Vgl. die Regelung der Zurückstellung vom Wehrdienst in § 12 Abs. 4 Ziffer 2 Wehrpflichtgesetz vom 21. 7. 1956 (BGBl. I, S. 651).

– Ja, aber ich bin der Meinung, wenn es schon Opfer gibt, sollen sie auf alle verlagert werden und nicht nur diejenigen treffen, die leider Pech haben.[198]

Dr. BUCHER: Ich stoße mich an einem Satz auf der ersten Seite unter 1. c), wo von der atomaren Ausrüstung die Rede ist.[199] Zunächst heißt es dort: „Ausrüstung aller NATO-Partner mit allen modernen Trägerwaffen".[200] Ich nehme an, daß das falsch ausgedrückt ist, daß es „Waffenträger" heißen soll. (Heiterkeit.)

Dr. MENDE: Nein, es ist durchaus richtig. Als „Trägerwaffen" sieht man bei atomaren Waffen an: 1. die Artillerie, 2. die Rakete, 3. das Flugzeug.

Dr. BUCHER: Dann sind wir uns einig. Gegen den Satz habe ich nichts. Aber dann geht es weiter:

„Die Bundesrepublik Deutschland wird eine Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses annehmen."

Diesen Satz haben wir heute morgen in ähnlicher Form in der Ausarbeitung des Verteidigungsministeriums gelesen, und wir haben in der Kommission heute morgen doch daran Anstoß genommen. Es geht dann weiter:

„Sie hält bei einer Ausdehnung der Verfügungsgewalt die Bildung einer integrierten NATO-Sondertruppe. . . für die beste Lösung."

Das ist wieder richtig. Nun hat *Mende* uns gesagt, das stehe in Zusammenhang. Aber ich muß wiederholen, was ich heute früh[201] sagte: Es sind zwei völlig verschiedene, zueinander in Gegensatz stehende Dinge. Wir sind durchaus für diese Feuerwehr, diese NATO-Sondertruppe, die dem Befehlssystem der NATO untersteht, aber nicht für das erste. Damit widersprechen wir doch allen unseren bisherigen Äußerungen zu dem Thema, und ich finde es etwas befremdlich, wenn das in unserer Stellungnahme steht.

Dr. MENDE: Darf ich noch einmal die Entstehungsgeschichte klarstellen. In dem ersten Papier, das uns das Auswärtige Amt übermittelte, hieß es in dem entsprechenden Passus:

„Die waffentechnische Ausrüstung der weitgehend integrierten NATO-Streitkräfte verträgt keine Differenzierung. Darum muß auch die Bundeswehr mit den Waffen ausgerüstet werden, über die der potentielle Gegner verfügt. Solange die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten es nicht zuläßt, daß atomare Waffen den verbündeten Mächten zur Verfügung gestellt werden, muß die Bundeswehr mindestens die Träger für taktische Atomwaffen besitzen und müssen die Bundeswehrkontingente die erforderliche Ausbildung erhalten. Innerhalb der NATO muß die Gewähr geschaffen werden, daß die Vereinigten

198 Die zuvor kritisierte Regelung ist unverändert enthalten im Wehrpflichtgesetz i. d. F. vom 28. 9 1969 (BGBl. I, S. 1773).

199 Zu diesem Problemkreis siehe Anm. 55.

200 Siehe S. 242. Die weiteren von *Bucher* zitierten Sätze waren ebenfalls schon einmal vorgelesen worden. Siehe S. 242.

201 In der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit der FDP im 4. Deutschen Bundestag am 6. 10. 1961 vormittags. Vgl. fdk Nr. 156/61 T vom 3. 10. 1961.

Staaten im Ernstfalle die atomaren Sprengköpfe unverzüglich zur Verfügung stellen."

In unserer Fassung hatten wir zunächst, daß wir uns einem NATO-Beschluß, der uns eine Ausweitung der Verfügungsgewalt über atomare Waffen zubilligt, „nicht widersetzen" würden. Im zweiten Teil haben wir im Gespräch das Wort „widersetzen" ersetzt durch: wir würden eine Empfehlung der NATO „annehmen". NATO-Empfehlungen müssen einstimmig erfolgen, und wir haben gesagt, wenn eine NATO-Empfehlung gegeben wird, werden wir sie annehmen. Das steht aber insofern hypothetisch in der Zukunft, als das amerikanische Gesetz bis zur Stunde gilt und nachdem, was Prof. *Kissinger*[202] Herrn *Schultz,* Herrn *Döring*[203], Herrn *Dehler*[204] und mir gesagt hat, auch mit einer Lockerung unter der *Kennedy*-Administration wahrscheinlich nicht zu rechnen ist.

(Zuruf: Lassen wir es doch weg!)

– Wir können ja zu einer Frage, die die Bundesregierung stellt, nicht ausweichen; wir müssen sagen, wir würden eine NATO-Entscheidung annehmen.

(Dr. *Dahlgrün:* Die Entscheidung kann ja auch negativ sein!)

– Ja, möglicherweise ist sie sogar negativ. Es ist eine Fünfzehnerentscheidung[205], in der die Belgier, Holländer usw. auch eine Rolle spielen.

DÖRING: Wir haben uns bei der Frage der sog. Trägerwaffen ein bißchen nach dem Motto verhalten: Wasch uns den Pelz, aber mach uns nicht naß. Denn wir haben im Ausschuß diesen Trägerwaffen zugestimmt, weil es alle sog. Mehrzweckwaffen sind. Das heißt, man kann Gefechtsköpfe, gefüllt mit Sprengpulver 02, also Handgranatensprengpulver, und man kann atomare Sprengköpfe aufsetzen. Natürlich ist es in der Praxis völlig sinnlos, eine Rakete, die 1,5 Millionen kostet, mit einem Gefechtskopf zu verschießen, der dann einen Knall wie eine Knallerbse auslöst. Jeder ist sich darüber klar, daß darin schon ein gewisser Kompromiß lag. Ich möchte aber feststellen: Wir befinden uns hinsichtlich der Beibehaltung der Verfügungsgewalt über atomare Gefechtsköpfe ausschließlich in der Hand der Amerikaner in voller Übereinstimmung mit dem Bundesverteidigungsminister.[206] Ich will nicht untersuchen, inwieweit er sich – zu meiner eigenen Überraschung – im Augenblick nicht in Übereinstimmung mit seinem Kanzler befindet. Franz-Josef *Strauß* ist der Meinung, wenn die Verfügungsgewalt über die Gefechtsköpfe in den Händen der Amerikaner bleibt, ist das eine gute Sache, und das sollte man nicht ändern; man sollte aber für den Fall aller Fälle wenigstens die Trägerwaffen haben. Wenn Konrad *Adenauer* anderer Meinung ist, dann ist, muß ich sagen, die Formulierung, die wir gewählt haben, natürlich ein gewisses Entgegenkommen an ihn. Denn das wahrt ihm natürlich die Möglichkeit, zu sagen: Ich kann mich ja hinten herum

202 Siehe Anm. 165.
203 Siehe Anm. 196.
204 *Dehler* leitete den Arbeitskreis Außenpolitik.
205 Anzahl der NATO-Mitgliedstaaten.
206 F. J. *Strauß*.

um die Verfügungsgewalt über die atomaren Gefechtsköpfe bemühen, und wenn die NATO sie uns dann zudiktiert, wird die FDP sie auch annehmen. So schließt sich dann ja der Kreis.

Mir wäre es also an sich lieber gewesen, wenn wir in diesem Falle bei der Ausweichformel geblieben wären, die die mildeste ist, nämlich der von *Strauß,* zu sagen: Trägerwaffen ja, aber keine atomaren Gefechtsköpfe, die sollen nicht in nationale Verfügungsgewalt gegeben werden.

ZOGLMANN: Ich glaube, gerade das geht aus den beiden Sätzen hervor. Satz 2 sagt das aus, was allenfalls nach *Döring* der Bundeskanzler betreiben kann; aber in Satz 3 wird festgelegt, was wir für die zweckmäßigste Lösung halten, nämlich daß dann eine NATO-Sondertruppe über die Dinge verfügt. Ich glaube also, wir können diesen beiden Sätzen ohne weiteres zustimmen.

Dr. MENDE: In unserem Gespräch mit *Adenauer*[207] ist kein Wort darüber gefallen, daß etwa die Bundeswehr für sich allein und isoliert unter nationalem Kommando solche Kernsprengköpfe bekommen sollte. Es ging ausschließlich um die mittlere Lösung einer Feuerwehr, integriert, unter NATO-Oberbefehl, also *Norstad,* niemals etwa um eine Lösung in dem Sinne: *Adenauer* und *Strauß* können isoliert darüber verfügen. – Habe ich es richtig gesagt?

WEYER: Ja! *Strauß* hat sogar auf das französische Beispiel hingewiesen. Er hat gesagt: Frankreich will die nationale Verfügungsgewalt. Das wäre tödlich für uns. Erstens ist es überhaupt nicht zu erreichen, wenn die Amerikaner nicht mitmachen. Aber wir wollen es auch nicht beantragen, sondern es geht immer nur um die NATO-Feuerwehr.

Dr. MENDE: Im übrigen haben wir alle bei der NATO-Parlamentarierkonferenz im November vorigen Jahres[208] – Sie erinnern sich: sechzehn Finger am Abzug oder einer? – übereinstimmend gesagt: Es ist besser, ein Finger in der NATO als fünzehn Finger an fünfzehn Abzügen. Das ist damals durch alle Zeitungen gelaufen. Diese Diskussion ist dann nachher in sich zusammengefallen, weil die Amerikaner sagten: überhaupt keine Diskussion!, und *Norstad*[209] wurde damals zurückgepfiffen.

Dr. BUCHER: Ich bin vorhin, als ich kurz draußen war, gleich von fünf Journalisten darauf angespitzt worden: Akzeptiert jetzt die FDP ohne weiteres auch die atomaren Sprengköpfe für die Bundeswehr? Ich sagte: Ich kann dazu nichts sagen, wir sprechen ja erst darüber.

(Zuruf: Das durften Sie nicht sagen, das ist schon zu viel!)

– Natürlich sprechen wir darüber. Warum sollen wir es gerade nachdem, was hier allgemein gesagt wird – es kommt ja gar nicht in Frage, daß wir sie bekommen, wir bekommen sie von den Amerikanern sowieso nicht –, dann hier hineinschreiben, mit der Folge, daß morgen in der Zeitung steht: Umfall der

---

207 Zweites Koalitionsgespräch am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.

208 6. Vollversammlung der NATO-Parlamentarier vom 21. bis 26. 11. 1960 in Paris. Vgl. AdG 1960, S. 8784 E Ziffer 1–5.

209 Siehe Anm. 170. Zur Vorgeschichte des sog. *Norstad*-Planes vgl. AdG 1960, S. 8786 Ziffer 5.

FDP auch in diesem Punkt? Ich möchte deshalb den Antrag stellen, den Satz 2: „Die Bundesrepublik Deutschland wird. . ."[210], zu streichen.

(Zuruf: Das ist doch schon weggeschickt!)

Dr. MENDE: Wir billigen ja die Ergebnisse. Ich frage mich aber, ob Sie die Ergebnisse oder besser: die Bilanz der Ergebnisse an diesem Satz scheitern lassen können. Nachdem wir uns im Austausch von Papieren im Rahmen einer Sitzung des Arbeitskreises I[211] und auch im Rahmen der Verhandlungskommission[212] auf eine solche Formulierung zunächst geeinigt haben, können wir es nicht morgen wieder umstoßen. Dann überlassen Sie es mir, im Rahmen eines Briefes zu sagen, daß es nicht so zu verstehen ist, daß wir uns dazu drängten.

Ich weiß aber nicht, ob der Satz so verstanden werden kann, daß wir etwas initiieren sollen. Ich verstehe ihn nur im Zusammenhang mit der atomaren Feuerwehr.

Ich frage mich aber, ob es klug ist im Hinblick auf die Presse, sich jetzt in solche Einzelheiten einzulassen. Ich glaube, daß die Presse aus jeder Bemerkung, was Sie auch immer draußen sagen, – Sie werden es morgen lesen – ohne weiteres wieder Erklärungen machen wird. Es geht hier um eine sachliche Diskussion über die Grundlagen einer Regierungsbildung und nicht über militärtechnische Einzelheiten. Wer sich auf das Gebiet der Diskussion über militärtechnische Einzelheiten begibt, verläßt bereits die Grundlagen unserer Verhandlung; denn das sind Geheimfragen.

WEYER: Vielleicht ist die Formulierung in unserem Papier nicht ganz gut und deutlich. Ich habe fast den Eindruck, daß sowohl in dem Anliegen *Strauß* als auch in dem Papier *Adenauer* für uns Formulierungen zu finden sind, die deutlicher sagen, daß es sich nur um die NATO-Feuerwehr handelt. Man könnte aus dem Satz 2 schlußfolgern, es handele sich um das Anliegen, auch nationale Streitkräfte mit Sprengköpfen auszurüsten.[213]

MÜLLER-LINK: Es steht doch klar da: „Partner des NATO-Bündnisses".[214] Das sind doch fünfzehn Staaten!

WEYER: Das war nicht Gegenstand unserer Beratung, genau das Gegenteil. Deshalb frage ich ja, ob unsere Formulierung eindeutig ist, ob man sie nicht ändern sollte, um klar zu machen, daß es sich nur um die NATO-Feuerwehr handelt.

Dr. MENDE: Dann werden wir eine Formulierung finden müssen, die Mißverständnisse ausschließt. Wir haben in unseren Verhandlungen nur an die NATO-Feuerwehr – *Norstad* – gedacht, und sowohl *Adenauer* wie *Strauß* haben das auch unterstrichen. Wir werden also diese Klarstellung in meinem Brief noch vollziehen.

---

210 Siehe S. 242.
211 Arbeitskreis für Außenpolitik, Wehrpolitik und Gesamtdeutsche Fragen.
212 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
213 Siehe den Wortlaut auf S. 242.
214 Ebd.

WEYER: Die Kernfrage ist nur – und das ist jetzt für uns wichtig: Soll die NATO diese Feuerwehr anstreben oder sollen wir sie nicht anstreben? Darum ging es eigentlich. Die Frage an die FDP lautet: Ist die FDP damit einverstanden, daß wir die NATO-Feuerwehr anstreben, oder ist sie nicht damit einverstanden? Aus dieser Frage mußte ich eigentlich entnehmen, daß hierzu bisher noch keine einheitliche Auffassung bei der FDP feststellbar sei. Aber darüber ist kein Zweifel, in diesem Punkte gibt es keinen Unterschied zwischen *Strauß* und *Adenauer*, daß die NATO die Feuerwehr anstreben sollte, unter Ablehnung des französischen Antrages, nationale Feuerwehren aufzustellen.

DÖRING: Ich glaube, wenn man deutlich macht, daß wir damit nicht meinen, daß sich eine kommende Bundesregierung um die nationale Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe bemühen soll, dann ist es klar.

Zu dem zweiten Punkt: atomare NATO-Feuerwehr, kann ich nur sagen: Das ist eine Forderung, die wir aufgestellt haben und die die CDU noch vor einem halben Jahr abgelehnt hat. Wenn also *Adenauer* und *Strauß* heute sagen, sie bejahten, wenn man überhaupt an eine Ausrüstung der Streitkräfte in Europa mit atomaren Sprengkörpern denkt, eine integrierte Sondertruppe unter NATO-Oberbefehl, losgelöst von der übrigen Kommandogewalt über konventionelle Truppen, dann ist das an sich etwas, was wir gefordert haben, und da können wir nicht widersprechen. Es muß nur klar sein, daß wir keine nationale Verfügungsgewalt wollen.

Dr. MENDE: Genau das kann ich vielleicht noch etwas erhärten.

(Folgt Verlesung aus dem Geheimdokument über Verteidigungsfragen.)

Wir haben im Arbeitskreis I[215] den Auftrag bekommen, diese Frage zu prüfen. Auch wir haben bei uns Dissens festgestellt, was damit gemeint ist. Darum werden beide Fragen, sowohl die vom Kollegen *Bucher* gestellte[216] wie diese, in der nächsten Besprechung geklärt werden.

Dr. ACHENBACH: Das ist in der Westeuropäischen Union seinerzeit besprochen worden. Da war es keine Frage: Die Europäer wollen gehört werden, wenn Atomwaffen gebraucht werden. Das ist eine Forderung, die wir selbstverständlich unterstützen. Wir wollen doch nicht, daß die Amerikaner Atomwaffen gebrauchen, ohne uns zu fragen. Und was die zweite Frage anlangt: Für die NATO-Feuerwehr waren auch sämtliche Sozialdemokraten.

Dr. MENDE: Ich kann das bestätigen. Es besteht hier ein kleiner Gegensatz. Während ich noch in Paris in der NATO-Parlamentariertagung[217] dafür stimmte – mit Herrn *Erler*[218] –, hast Du dann bei der WEU, weil Du nicht ganz sicher warst und uns nicht in Verlegenheit bringen wolltest, Dich enthalten. Daraufhin wurde ich gefragt: Warum hat sich *Achenbach* enthalten? Ich habe gesagt: Das war seine Vorsicht, in Wirklichkeit sind wir nicht hinter den Sozialdemokraten zurück. – Das Thema ist von *Kennedy* zunächst auf Eis ge-

215 Siehe Anm. 211.
216 Siehe S. 273 f.
217 Siehe Anm. 208.
218 Fritz *Erler*, Wehrexperte der SPD.

legt, und nach dem, was ich von *Kissinger*[219] gehört habe, streiten wir im Augenblick hier um des Kaisers Bart.

MARGULIES: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte nicht zum Inhalt dieser Dokumente sprechen, sondern würde gern einmal versuchen, den Wert der Dinge zu erörtern. Herr *Mende,* Sie haben sich eingangs Ihrer Ausführungen darüber beklagt, daß unsere Haltung in der Öffentlichkeit Mißdeutungen ausgesetzt ist[220]– wobei der Ausdruck „Mißdeutungen" natürlich nur eine zarte Umschreibung ist. Das haben wir uns natürlich selbst eingebrockt. Denn wir haben ja ganz plötzlich in der Taktik umgeschaltet. Nachdem wir am 19. September in diesem Saale ziemlich einstimmig beschlossen hatten, keine Koalition mit Herrn Bundeskanzler *Adenauer* anzustreben[221], haben wir uns plötzlich auf Sachverhandlungen mit eben dem gleichen Mann eingelassen.[222]

(Dr. *Mende:* Auf Grund eines am 29. hier gefaßten Beschlusses[223], an dem Sie, Herr *Margulies,* glaube ich, mitgewirkt haben!)

– Nein, da war ich in Straßburg.[224] – Aber daß das zu Mißdeutungen führen würde, war wohl selbstverständlich. Denn ich frage mich ja auch: Welches ist nun das Ziel dieser Verhandlungen, was wollen wir damit erreichen? Der Beschluß vom 19. September[225] ist ja nicht geändert worden, er ist nur zunächst zurückgestellt worden, und nun fangen wir an, hier die Basis einer Koalition bis in die letzten Einzelheiten – NATO-Feuerwehr, 18 Monate Dienstzeit – zu erarbeiten, ohne daß wir uns darüber klar werden, ob überhaupt eine Koalition möglich ist. Deshalb meine Frage zum Wert dieser Dokumente.

Das Auswärtige Amt hat uns – ich will jetzt nicht auf das Verteidigungsdokument eingehen, das so streng geheim ist, das ich aber trotzdem kenne – einen Schrieb gegeben, in dem es uns mitgeteilt hat, daß alles, was bisher gewesen ist, richtig war. Ich akzeptiere auch die Auslegung, die *Achenbach* diesem Versuch, uns festzulegen, gibt. Wir haben dem das entgegengestellt, was wir immer gesagt haben, was seit jeher unsere Meinung war, und glauben, daß die anderen plötzlich auf unsere Linie eingeschwenkt seien. Ich bin vom Beruf her gewohnt, auch mit Armeniern Verträge abzuschließen[226], (große Heiterkeit) in der Hoffnung, daß der den Vertrag erfüllt, – aber natürlich nicht mit Herrn *Adenauer;* denn bei ihm wissen wir ja ganz genau aus der Vergangenheit, daß er das nicht tut. Welchen Wert hat dann also die Arbeit, die wir hier leisten?

Dr. MENDE: Sie hat den Wert, bei einem möglichen Scheitern nach Sachverhandlungen an der Personenfrage vor aller Welt sicherzustellen, daß die natio-

---

219 Siehe Anm. 165.
220 Siehe S. 234 ff.
221 Vgl. Nr. 17 S. 110.
222 Vgl. Nr. 18 Anm. 248.
223 Vgl. Nr. 18 S. 180.
224 Zweiter Teil der 13. Session der Beratenden Versammlung des Europarates vom 20. bis 28. 9. 1961 in Straßburg. Vgl. AdG 1961, S. 9367 f.
225 Vgl. Nr. 17 S. 110.
226 *Margulies* war u. a. Geschäftsführer des Württemberg-Badischen Importringes und selbständiger Getreideimporteur gewesen. Vgl. BT-Handbuch, 4. WP, 1961, S. 298.

nalistisch-, neutralistisch-, kommunistisch-verdächtige FDP durch die Sachverhandlungen eben nicht als das decouvriert wird, wofür wir im Ausland leider gegenwärtig gehalten werden. (Beifall.) Das ist der Sinn der Verhandlungen.

(*Margulies:* Damit bin ich zufrieden!)

– Aber ich habe Ihnen, Herr *Margulies,* nach zwölf Jahren Bundestag unterstellt, daß Sie auch hinter diese mögliche Auswertung der sachlichen Verhandlungen gekommen wären.

Dr. DEHLER: Darf ich ergänzen! Etwas mehr Wert haben doch unsere Sachverhandlungen.[227] Das weiß Herr *Margulies* nicht, daß wir beschlossen haben, mit dem Vorsitzenden der CDU – das ist nun einmal Herr *Adenauer* – über die Sache zu sprechen, nicht nur wegen des Effekts. Wir wollen zunächst einmal fragen, ob wir uns mit der CDU sachlich einigen können. Die zweite Stufe ist dann die Verhandlung ad personam.

Dr. MENDE: Wobei wir uns alle darüber klar sind, Herr *Margulies,* daß die zweite Stufe möglicherweise die weit schwierigere und entscheidendere sein wird. Scheitert es aber in der zweiten, dann hat diese Partei bewiesen, daß sie in der Lage ist, Verantwortung zu tragen, und daß sie nicht das ist, was Sie jetzt zum Teil in Schlagzeilen ausländischer Blätter lesen müssen.

WEYER: Darf ich zu dem Armenier nur ein Bonmot von Herrn *Adenauer* sagen, das ich mir gestern notiert habe: „Lügen, Herr *Mende,* ist das Dümmste, was man tun kann." (Große Heiterkeit.)

Dr. MENDE: Ich habe soeben folgende Mitteilung bekommen. Die Presse hat sich vorgenommen, durch Fangfragen eine Bestätigung zu bekommen, daß die FDP die atomare Ausrüstung diskutiert. *Buchers* Antwort[228] soll bereits bei der Presse registriert worden sein als: „FDP diskutiert atomare Ausrüstung". Sie werden in einer Stunde von mir vorgelesen bekommen die Meldungen von AP, UP usw.: „FDP diskutiert atomare Ausrüstung" mit der Bezugnahme auf Dr. *Bucher.*

Ich bitte Sie dringend, verweisen sie auf ein Kommuniqué. Damit Sie wissen, was die CDU bereits als Kommuniqué veröffentlicht hat – Sie sollten sich ein Beispiel nehmen, wie man das macht! –, gebe ich Ihnen folgende Pressemitteilung bekannt:

„Bundeskanzler Dr. *Adenauer* und Bundesminister *Strauß* haben heute dem zuständigen Gremium der CDU/CSU über die bisherigen Koalitionsverhandlungen Bericht erstattet. Das Gremium hat diese Berichte zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Koalitionsverhandlungen werden fortgesetzt."[229]

---

227 *Dehler* hatte sich nachdrücklich dafür eingesetzt, zunächst Verhandlungen über die Sache zu führen. Vgl. Nr. 18 Anm. 248.

228 Siehe S. 273.

229 Vorlage nicht ermittelt.

Ich selbst hatte als Kommuniqué für heute abend für den Fall, daß Sie die bisherigen Verhandlungen billigen und uns ermächtigen, weiter zu verhandeln, folgendes Kommuniqué vorgesehen:

„Der Bundesvorsitzende der FDP berichtete heute in Bonn den Führungsgremien seiner Partei, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, über die ersten beiden Gespräche[230] mit dem Bundesvorsitzenden der CDU, Dr. *Adenauer,* und dem Vorsitzenden der CSU, Franz Josef *Strauß,* über eine mögliche Regierungsbildung von CDU/CSU und FDP.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion billigten nach eingehender Erörterung der sachlichen Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung der Freien Demokratischen Partei die bisherigen Verhandlungsergebnisse und beschlossen die Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU."[231]

Das wäre mein Vorschlag, etwa in Ergänzung zu dem Kommuniqué der CDU/CSU. Im übrigen bitte ich Sie, nur auf das Kommuniqué zu verweisen. Auch *Weyer* und ich waren in der Lage, von Montag[232] bis heute jegliche Auskunft zu verweigern unter Hinweis auf das Kommuniqué. Jede Fangfrage bringt uns neue Angriffe. Vielen Dank für diese neue, pressepolitisch schlechte morgige Lage!

Dr. SCHNEIDER: Wir müssen uns vor einem hüten im Anschluß an das Gespräch: daß wir nicht jeden Tag in der Presse lesen, wir sind über das und das und das einig geworden, und nach drei Wochen sind wir festgelegt. Gestern war schon in der Zeitung von einer Übereinstimmung zwischen der CDU und unserem Vertreter über die Außenpolitik zu lesen. Wenn wir das heute in einem Kommuniqué sagen, liegen wir mit der Außenpolitik fest. Davor möchte ich warnen.

Dr. MENDE: Was wir als Übereinstimmung bezeichnen, ist das ausgetauschte Papier. Das Wort „Außenpolitik" wird in den nächsten Monaten solche Variationen erfahren, daß niemand sich bereits in Übereinstimmung befinden kann angesichts der Dinge, die da kommen und die niemand kennt. Ich bitte also, doch hier die Formulierung nicht zu überfordern. Meine Damen und Herren, auch Koalitionsgespräche werden von Menschen geführt, und auch hier muß man an das Menschenmögliche nicht übermenschliche Anforderungen stellen. – Ich bitte, mit der Diskussion in der Reihe der Wortmeldungen fortzufahren.

HAMMERSEN: Herr Dr. *Mende,* in dem Abschnitt „Deutschland-Politik" bringen wir eine Interpretation der an sich doch nur summarisch gehaltenen Erklärungen in der Präambel des Grundgesetzes[233] und in Artikel 7 des Deutsch-

---

230 Erstes und zweites Koalitionsgespräch vom 2. bzw. 5. 10. 1961.

231 Vgl. die dann gebilligte Fassung auf S. 291 f.

232 Am Montag, den 2. 10. 1961 hatten *Mende* und *Weyer* am ersten Koalitionsgespräch teilgenommen.

233 Diese lautete: Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in

land-Vertrages[234], in dem wir vier konkrete Fälle zitieren. Frage: Besteht Einigkeit darüber, daß diese Fälle mit den summarischen Feststellungen in der Präambel und in Artikel 7 enthalten sind und davon erfaßt werden? Oder ist es nur ein Wunsch, eine Vorstellung und nicht eine Übereinstimmung in diesen Punkten? Das ist nach meiner Ansicht sehr entscheidend.

Dr. MENDE: Nach dem Gespräch beim Bundespräsidenten[235], aber auch nach den beiden anderen Gesprächen[236] ist es ganz klar, daß die Juristen sowohl im Bundeskanzleramt wie im Bundespräsidialamt festgestellt haben, daß Grundgesetz und Deutschland-Vertrag eine Zustimmung der Bundesregierung oder des Parlaments zu den Teilungen und Annexionen verbieten. Daher kann auf der Basis des jetzt vorhandenen Verfassungsrechts und des Deutschland-Vertrages seitens deutscher Stellen keine de jure-Anerkennung erfolgen. Das hat mir Bundespräsident *Lübke* ausdrücklich als Ergebnis einer Prüfung seiner Juristen bestätigt.

Auch Thomas *Dehler* hat, glaube ich, gleich in der ersten Besprechung[237] gesagt: Wir sind durch Grundgesetz, durch Verfassungsgebot, von uns aus daran gehindert, zuzustimmen. Das geht sogar so weit, daß einige Leute sagen: Wenn uns unzumutbare Dinge zugemutet werden, dann Änderung des Grundgesetzes, Einsetzung der Möglichkeit der Volksabstimmung, Volksabstimmung!

Dr. DEHLER: Die Frage des Kollegen *Hammersen* ist nicht ganz unbegründet. Die Dinge sind rechtlich alle ein bißchen vage. Artikel 7 des Deutschland-Vertrages sagt: Die Mächte werden ein wiedervereinigtes, in Europa integriertes

---

den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Abgedr. u. a. bei J. SEIFERT, 1983, S. 35.

234 Innenpolitisch besonders umstritten war die „Bindungsklausel" (Art. 7/III) des Deutschland-Vertrages (vgl. Nr. 18 Anm. 39). Die Fassung von 1952 lautete: „(3) Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Drei Mächte – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den Drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch eine Abmachung eingehen, welche die Rechte der Drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträg mindern würde." Diese Formulierung wurde in der endgültigen Fassung des Vertrages vom 23. Oktober 1954 gestrichen, ohne daß damit der darin enthaltene Grundgedanke in Frage gestellt worden wäre. Vgl. R. MORSEY, 1987, S. 30 f.

235 Am 22. 9. 1961. Vgl. Nr. 18 mit Anm. 29.

236 Erstes und zweites Koalitionsgespräch am 2. bzw. 5. 10. 1961.

237 Vermutlich die erste Sitzung des Außenpolitischen Arbeitskreises nach den Wahlen am 30. 9. 1961. Vgl. Nr. 18 Anm. 514.

Deutschland anstreben. Wir wissen schon, auch das ist wieder ein Widerspruch in sich. Wenn wir Europa integrieren wollen, wird Deutschland eben nicht wieder vereinigt. Auch die Folgerungen aus dem Grundgesetz sind mehr politisch als verfassungsrechtlich. Sie müssen das als eine Mischung zwischen rechtlichen und politischen Forderungen begreifen und eben sehen, daß wir hier eine Barriere setzen. Wenn das anerkannt wird, wird, ganz unabhängig von der rechtlichen Bindung, die Regierung ja auch politisch gebunden, nicht zuzustimmen.

WEBER: Zu dem Fachgespräch über Sozialpolitik hätte ich die Bitte, daß zu diesem Gespräch Kollege *Mischnick*[238] hinzugezogen wird. Es ist erforderlich, daß jemand, der hier praktisch gearbeitet hat und die Auseinandersetzung kennt, mitarbeitet.

Dr. MENDE: Ich habe Herrn *Mischnick* genannt. Aber er selbst hat Bedenken, und er ist bisher noch nicht bereit gewesen. Ich hatte gestern genannt: *Lenz* als Stellvertreter[239] und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe[240] und *Mischnick*. *Mischnick* würde es nicht tun, wenn er nicht einen ausdrücklichen Auftrag der Fraktion bekommt. Er sagt, er sei nicht Mitglied der Verhandlungskommission[241], und er wollte von sich aus Dr. *Imle* vorschlagen.[242] – Ich bitte, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

LENZ: Ich habe unsere Aufgabe so aufgefaßt, daß die Arbeitsgruppe gewissermaßen die Legislative für die Verhandlungskommission ist. Ich würde nicht ohne weiteres vorschlagen, Mitglieder der Arbeitsgruppe in das Verhandlungsgremium hineinzunehmen. Das müssen die von diesem Kreis gewählten Persönlichkeiten tun. Wir geben Ihnen Material, wir geben Ihnen Vorarbeit, wir geben Ihnen Grundlagen für das Gespräch. Aber vertreten werden muß es von den Mitgliedern der Verhandlungskommission.

WEBER: Wenn auf der einen Seite die Spezialisten hinzugezogen werden, die auch an der Ausschußarbeit beteiligt waren, müssen sie auch von der anderen Seite hinzugezogen werden; sonst entstehen ungleiche Gewichte.

Dr. MENDE: Auf der anderen Seite sind mir mitgeteilt worden: Dr. *Krone*[243] und Herr *Horn*.

(*Weber:* Herr *Horn* ist drüben der Leiter des Arbeitskreises Sozialpolitik!)

Dem würden bei uns entsprechen: *Lenz* und *Mischnick*.

WEYER: Ich wollte den Vorschlag *Weber* unterstützen. Es geht doch um die Frage, ob die Kollegen, die jetzt als Sachverständige mitberaten, auch an den

238 *Mischnick* als Experte für sozialpolitische Fragen. Vgl. Rundschreiben WK 2/60 vom 25. 8. 1960 (ADL 2-78).
239 *Lenz* war 2. stellv. Bundesvorsitzender der FDP.
240 Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit der FDP im 4. Deutschen Bundestag.
241 Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
242 *Imle* war Mitglied der Verhandlungskommission.
243 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Beschluß des Parteitages gebunden sind, dann kein Amt anzunehmen.[244] Ich bitte, es nicht so zu verstehen. Sachverständige muß man in jedem Stadium der Verhandlungen hinzubitten können. Nur so kann man die Beteiligung von *Mischnick* sehen.

Dr. MENDE: Darf ich dann unterstellen, daß Sie mit meinem Vorschlag – *Lenz* als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gewissermaßen als Pendant zu *Krone*, und *Mischnick* als Pendant zu *Horn* – einverstanden sind?

Dr. IMLE: Ich wollte den Vorschlag unterstützen, Herrn *Mischnick* zu entsenden. Wenn ich auch in den Dingen drinstehe, aber er hat größere Erfahrung als ich. Ich bin der Meinung, daß *Mischnick* teilnehmen sollte.

Dr. MENDE: Widerspruch erhebt sich nicht. – Dann sind die Gesprächspartner neben *Weyer* und mir Kollege *Lenz* als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Kollege *Mischnick* als der Sozialexperte der Fraktion. Bin ich so richtig verstanden worden?

(Zustimmung. – Zuruf: Ohne Bindung an den Beschluß des Parteitages!)[245]

– Ohne Bindung an irgendwelche Ämterübernahme! Das wollen wir selbstverständlich im Sinne des Antragstellers von damals, Willi *Weyer,* Nordrhein-Westfalen, festhalten.

NOLTE (LSD): Ich habe mich sehr gefreut, aus der Diskussion im Anschluß an Dr. *Buchers*[246] Frage zu entnehmen, daß der Punkt 1 c) nur irrtümlich oder zumindest irreführend formuliert worden ist. Ich halte aber überhaupt jegliche Formulierung eines solchen Punktes von deutscher Seite für einen Fehler. Sie wissen, was das reine Schlagwort „Atombewaffnung der Bundeswehr", Atombewaffnung Deutschlands in der Weltöffentlichkeit und gerade in der westlichen Öffentlichkeit bedeutet. Eine Forderung seitens der deutschen Regierung, daß auch nur eine Gruppe eine Atombewaffnung erhalten soll, würde gegen Deutschland schwer wiegen. Im Ausland würde man eine solche Forderung als ein Anzeichen für einen Militarismus ansehen.

Ich möchte daher ganz ernstlich bitten, daß man jegliche Forderung nach atomaren Sprengköpfen sowohl aus diesem Programm als auch aus dem Antrag der FDP herausläßt. Wir haben das auch bei der *Hallstein*-Doktrin[247] getan und haben sie völlig herausgelassen. Ähnliches kann man wohl auch von der CDU erwarten. Wir müssen aus dem Verhandlungsprogramm jegliche Atombewaffnung herauslassen.

Aus meinen, wenn auch nur geringen Erfahrungen kann ich nur bestätigen: Keine amerikanische Regierung, weder eine demokratische noch eine republikanische, wird in der nächsten Zukunft das Gesetz ändern, das besagt, daß die Atomsprengköpfe nicht abgegeben werden. Es ist daher politisch für uns völlig unergiebig. Selbst wenn es irgendeinen Erfolg haben könnte, diese Sache zu

244 Vgl. Nr. 17 Anm. 5.
245 Ebd.
246 Siehe S. 271.
247 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.

fördern, wenn es aber dann außenpolitisch für uns ein erheblicher Nachteil ist, wäre es sehr gut, wenn wir auf diesen Antrag verzichteten.

Erlauben Sie mir noch eine kleine Anmerkung zur Frage der Koalition. Das Schwierigste an dieser Koalition wird wohl sein, daß wir nicht die Möglichkeit haben werden, aus dieser Koalition ohne weiteres wieder herauszugehen, wenn wir einmal drin sind.[248] Eine Koalition kann nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum geändert werden. In einem solchen Fall wäre also die FDP gezwungen, entweder ein Minderheitskabinett zu tolerieren oder mit der SPD zusammenzugehen. (Widerspruch.) Ich fürchte, beide Möglichkeiten werden sehr schwierig.

(*Weyer:* Eine Koalition CDU/SPD ist möglich!)[249]

Dr. MENDE: Um Sie vor weiteren Irrtümern zu bewahren: es gibt viele Formen der Demonstration gegen eine nicht vereinbarte Regierungspolitik. Erstens das Zurückziehen aller seiner Minister und damit das Entfallen von 67 Stimmen, d. h. der Mehrheit für die Regierung. Zweitens die Möglichkeit, in einem Vertrag weitere 50 Mitglieder eines zweiten Partners, nämlich der CSU, ebenfalls herauszuziehen. Erst das dritte, schwerste Mittel ist dann das konstruktive Mißtrauensvotum mit dem Ziel, durch die Neuwahl eines neuen Kanzlers den alten zu ersetzen.[250]

Ich glaube aber, wir sollten, nachdem wir überhaupt noch gar nicht drin sind, nicht schon prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, wieder herauszukommen! (Heiterkeit.) Herr *Nolte,* lassen Sie mich ehrlich sagen: Ich sehe uns noch lange nicht drin; wenn das so weitergeht, weniger denn je!

KREITMEYER[251]: Meine Parteifreunde! Das Dokument mit der Verteidigungskonzeption kennen wir noch nicht. Der Beitrag: 18 Monate Grundwehrdienst[252] scheint mir so nebensächlich und so dünn, vor allen Dingen auch gar nicht einmal das Entscheidende zu sein. Wenn das wirklich alles ist, was wir leisten können!

Es sind zwei Dinge, die wir tun könnten, die wir schon längst hätten tun müssen, weil dann z. B. die Berlin-Situation eine andere wäre.

Erstens: Reserven bilden. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Die Wehrpolitik hat niemals Reserven gebildet, bis heute nicht. Diese Frage müßte in einem Punkt mit aufgenommen werden.

Zweitens: Der zivile Bevölkerungsschutz ist das einzige Instrument, das glaubhaft macht, daß wir wirklich abschrecken wollen, weil wir unsere Zivilbevölkerung auf die härtesten Dinge vorbereiten. Der zivile Bevölkerungsschutz ist ein ganz wesentlicher Beitrag innerhalb der NATO und verlangt auch eine NATO-Zusammenarbeit.

---

248 Bezugnahme auf eine Äußerung *Achenbachs.* Siehe S. 259.
249 Vgl. die Stimmenanteile der Parteien in Nr. 17 Anm. 3.
250 Gemäß Art. 67 GG.
251 Siehe Anm. 196.
252 Siehe Anm. 179.

Das wäre zu I[253] zu sagen. – Nun zu II.[254]

Es ist zwar eine Frage der Methodik, aber ich halte es doch für erforderlich, auf Seite 3 im 3. Absatz zu sagen:

„Die neue Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. . ." Hierzu möchte ich Ihnen zwei Zahlen nennen. Im Jahre 1959 trat das Bundespresse- und Informationsamt erstmals mit der Forderung von 9 Millionen DM an uns heran, mit der sagenhaften Begründung, man müsse jetzt erstmalig für eine deutsche Sache, nämlich Berlin, im Ausland etwas tun, denn bisher habe man so bequem hinter den Koalitionspartnern England und Amerika hinterher schwimmen können.[255] Dieser Fonds ist inzwischen auf ganze 45 Millionen DM erhöht worden.[256] Die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland aber ist uns die Kampfkraft einer NATO-Division wert, weil sie uns das Verständnis der Neutralen gewinnen soll. Was man seit der Errichtung der Schandmauer jetzt nachträglich versucht, hätte in großem Ausmaß schon vorher geschehen können. Deshalb ist die Frage der Öffentlichkeitsarbeit ganz entscheidend, wenn man politische Initiative gewinnen will.

WEYER: Ich habe nur eine Bitte. Die bisherige Verhandlung ging um die Prinzipien der Außenpolitik und Verteidigungspolitik. Wir sind noch nicht in das Stadium der Einzelberatungen eingetreten, mit Ausnahme der 18 Monate und mit Ausnahme der „NATO-Feuerwehr". Auch bei der Außenpolitik ging es um Prinzipienfragen, die *Achenbach* eben sehr deutlich analysiert hat.[257] Es ist völlig klar, daß wir eine Koalition nicht eingehen können, wenn nicht auch Einzelheiten in der vorletzten Phase erörtert werden. In dieser Phase müssen dann Sachverständigenkommissionen zusammentreten, um die mögliche Regierungserklärung auszuarbeiten.

Ich möchte also bitten, daß wir uns heute nicht mit Einzelheiten befassen, sondern den Bundesvorsitzenden beauftragen, von Fall zu Fall Sachverständige heranzuziehen. Z. B. Ihre Angelegenheit, Herr *Kreitmeyer,* das ist eine Frage von zwei Minuten, dann sind wir uns einig. Davon bin ich fest überzeugt, denn *Strauß* war es, der gestern[258] Ihr Anliegen vorgetragen hat.

Nachdem ich ein anderes Beispiel aus meinem Bereich vorgetragen hatte, erklärte Herr *Strauß:* „Herr Bundeskanzler, ich kann Ihnen einen Fall nennen;

---

253 Siehe S. 241 f.

254 Siehe S. 242 f.

255 Bei Kap. 04-03 „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" für 1959 beschränkte sich die Erhöhung des Zuschußbedarfs auf drei allgemeine Ausgabentitel, die zusammen um 1,2 Mio. DM verstärkt wurden. Vgl. 3. BT ANLAGEN, Bd. 61, Schriftl. Ber. zu Drucks. Nr. 1053.

256 Das Kap. 04-03 „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" wies für 1960 gegenüber dem Vorjahresansatz einen erheblichen Ausgabenzuwachs auf. Die Gesamtausgaben erhöhten sich von 36,2 Mio. DM auf 59,3 Mio. DM, also um 23,1 Mio. DM. Diese Ausgabenerhöhung diente im wesentlichen dem Ausbau der politischen Öffentlichkeitsarbeit im Ausland. Vgl. 3. BT ANLAGEN, Bd. 66, Schriftl. Ber. zu Drucks. Nr. 1703.

257 Siehe S. 257 ff.

258 Am 5. 10. 1961 beim zweiten Koalitionsgespräch.

da haben wir, irgendwo in Afrika, einen Sender errichtet, ausgebildet mit allen technischen Details, und als es darum ging, den Sender in Betrieb zu nehmen, mußten Ingenieure und Rundfunkreporter aus Leipzig kommen, um diesen Sender zu bedienen." Das ist ein typisches Beispiel für fehlende Public Relations-Arbeit in Afrika! – *Adenauer* war erschüttert über dieses Beispiel, ebenso über das von mir gebrachte Beispiel. – Das ist ein typischer Fall einer Einzelfrage, die natürlich in einem späteren Stadium erörtert werden müßte.

Dr. MENDE: Wir sind jetzt drei Stunden in der Verhandlung. Ich wäre dankbar, wenn die folgenden Sprecher nur noch wesentlich neue Gesichtspunkte bringen würden. – Auf der Rednerliste stehen: *Müller-Link, Atzenroth, Bucher, von Mühlen, Daub.*

MÜLLER-LINK: Obgleich die Landesverbände in dieser Sache nicht zu entscheiden haben, darf ich als Vertreter Hamburgs folgendes dazu sagen.

Herr Dr. *Mende,* Sie haben zur Frage der *Hallstein*-Doktrin[259] gesagt, das wäre eine völlige Nebenfrage. Im Gegensatz dazu steht, daß die CDU sie für wichtig genug hielt, sie hier aufzunehmen. Nun wäre das sicherlich eine Nebenfrage, wenn wir selbst nicht in den vergangenen Jahren diese Frage immer als eine Frage der Methodik der Außenpolitik hingestellt hätten, wie wir sie uns vorstellten. Wir haben gesagt, *Adenauers* Außenpolitik sei stur, unbeweglich, und wir haben gerade als Beispiel für die Methode, wie wir uns die Außenpolitik vorstellten, u. a. gesagt: Man muß Wege suchen, man muß die Fühler ausstrecken usw.[260]

Wenn Sie diesen Punkt jetzt nicht aufnehmen, geben Sie entweder unseren Standpunkt auf oder Sie schaffen gewollt einen Dissens, der zu nichts Gutem führen kann.

Es ist völlig mit Recht darauf hingewiesen worden, daß, wenn die Opposition eines Tages mit diesen Dingen kommt, wir praktisch zugeben müssen, wie die Papiere jetzt liegen, daß wir uns nicht mehr für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu irgendwelchen Ostblockstaaten einsetzen.[261] Ich halte es für gefährlich, gewollt eine solche Unklarheit in ein solches Papier aufzunehmen.

Zur Frage der atomaren Bewaffnung kann man, glaube ich, den ganz klaren Text der Sätze 2 und 3 der Ziffer 1 c) unseres Dokuments nicht wegdiskutieren. Man kann sie auch nicht dadurch wegdiskutieren, daß man auf ein streng geheimes Dokument des Bundesverteidigungsministeriums Bezug nimmt, wenn man im übrigen die Dinge kumulativ aufzählt, nämlich erstens Verfügungsgewalt der Einzelstaaten und zweitens NATO-Verfügungstruppe. Man kann es noch weniger damit tun, daß man, wie *Zoglmann,* sagt, der letzte Satz erklärt ja alles.[262] Wenn Sie lesen können, lesen Sie ganz klar: „Die Bundesre-

259 Vgl. Nr. 18 Anm. 253.
260 Vgl. etwa Nr. 17 Anm. 79.
261 So war die FDP eine Gegnerin der *Hallstein*-Doktrin. Vgl. Nr. 18 Anm. 253.
262 Siehe S. 273.

publik wird sich dem nicht widersetzen"[263], – jetzt heißt es: „annehmen" – auf gut deutsch heißt es „befürworten" –, „wenn die NATO eine nationale Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe beschließt". Das steht dort klipp und klar drin.

Dann sagen wir nur als Zweites, daß allerdings uns als die bessere Lösung eine NATO-Sondertruppe erschiene, die die Verfügungsgewalt habe.

Nichts anderes steht hier, und das debattieren Sie nicht damit weg, daß Sie sich auf irgendwelche Papiere der Gegenseite beziehen. Denn das ist unser Papier, das wir entworfen haben, in Kenntnis der Papiere der Gegenseite. Sie können das so machen. Nur weiß ich nicht, wozu es führen wird, wenn man Papiere austauscht, von denen jeder weiß, daß sie zu Streit, zu Differenzen führen müssen. Wer in solchen Differenzen dann in der Öffentlichkeit dann den kürzeren zieht, das muß doch wohl eine Partei wissen, die seit zwölf Jahren darunter leidet, daß sie in der Presse kein Organ hat. Es unterliegt immer derjenige, der bei den Zeitungen der Schwächere ist. Wenn wir es so machen, handeln wir wie ein Anwalt, der über eine Besprechung dem Gegner eine Aktennotiz schickt, selbst eine Aktennotiz entgegennimmt und im übrigen nichts mehr sagt. Das ist nichts anderes als ein gewollter Dissens.

Deshalb kann ich vor der Ziffer 1 c) unter I[264] nur warnen. Wir brauchen weiß Gott so etwas nicht niederzuschreiben, um nach außen gegenüber dem Ausland unsere Zuverlässigkeit gegenüber dem Westen zu dokumentieren. Wir würden genausogut liegen, wenn wir klipp und klar sagten: Wir würden uns einer NATO-Sondertruppe, die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen hat, nicht widersetzen. – Das würden wir annehmen; das andere muß heraus.

Im übrigen, Herr *Döring*, bezweifele ich, daß das bisher immer unser Standpunkt gewesen ist. In der Sache haben wir bisher folgenden Standpunkt vertreten: Man könne auf eine Ausrüstung der Bundeswehr auch mit Trägerwaffen bis in die untersten Verbände, also die Division, verzichten, wenn dafür eine NATO-Sondertruppe mit Atomwaffen, mit einem direkten Befehlsstrang nach Washington besteht. Was Sie sagten, war daran gekoppelt, nämlich daß unsere Divisionen so auszurüsten sind, daß sie in erster Linie konventionell kämpfen können, und nicht, wie die Amerikaner es bisher getan haben, deren Divisionen überhaupt nicht konventionell, sondern nur atomar kämpfen könnten.

Im Zuge dieser Auseinandersetzung haben wir diesen Vorschlag gemacht. Aber was hier drin steht, das diskutieren Sie nicht weg als das, daß wir praktisch Verfügungsgewalt der NATO-Staaten, jedes einzelnen, über Atomköpfe und nicht über Trägerwaffen, zwar nicht ausdrücklich befürworten, aber doch etwa sagen: Wir hätten nichts dagegen, wenn ihr es macht!

Dr. MENDE: Wir werden uns bemühen, diese Frage aufzuklären. Mit keinem Satz ist von *Adenauer* und *Strauß* das gefordert worden; es ist auch mit keinem Satz etwas anderes als die NATO-Kommandostruktur unter NATO-Verant-

263 Siehe S. 241 f.
264 Siehe S. 242.

wortlichkeit diskutiert worden. Das ergibt sich schon aus dem streng geheimen Dokument.

WEYER: Herr *Müller-Link*, ich möchte einen Vorschlag machen, der, glaube ich, Ihrer Bitte entspricht. Man könnte den Satz 2 mit dem Satz 3 wie folgt verbinden:

„Die Bundesrepublik Deutschland wird eine Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses für eine integrierte NATO-Sondertruppe annehmen."

Das heißt also, wenn Amerika einer NATO-Feuerwehr zustimmt, sind wir einverstanden.

(*Müller-Link:* Dann schreiben Sie es doch hinein!)

Dr. MENDE: Das wollen wir ja so ändern. Das ist meine Anregung. – Einverstanden, *Bucher?*

DÖRING: Um kein Mißverständnis unter uns aufkommen zu lassen, *Müller-Link* hat recht. Wir haben natürlich „NATO-Feuerwehr" gesagt, d. h. gleichzeitig Verzicht auf die nationale atomare Truppe.

WEYER: Das geht hieraus nicht deutlich genug hervor; deshalb die Verbindung mit der NATO-Feuerwehr.

Dr. MENDE: Ich stelle fest, um Mißverständnisse auszuschließen, daß wir nicht die eigenständige nationale Entscheidungs- und Kommandogewalt und Verfügungsgewalt gutheißen, sondern ausschließlich die in der NATO-Kommandostruktur unter NATO-Oberbefehl integrierte sog. *Nordstad*-Feuerwehr. Ist das klar? – (Zustimmung.) – Gut! Dann ist dieser mögliche Dissens ausgeräumt.

Dr. ATZENROTH: Herr *Mende,* Sie haben in Ihrem vorbereiteten Kommuniqué über die heutige Sitzung, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, daß wir uns über die sachlichen Grundsätze einig geworden sind und daß wir die Zustimmung zur Verhandlungskommission gegeben haben. (Nein-Rufe.) Ich vermisse darin, daß Sie sich auf die Fragen der Außenpolitik und Verteidigungspolitik beschränken.

Dr. MENDE: Herr *Atzenroth,* wir können doch nur über die bisherigen Verhandlungen berichten, und diese haben sich ausschließlich um diese beiden Sachgebiete gedreht.[265]

(*Atzenroth:* Das muß in dem Kommuniqué erkennbar werden!)

– Zum Kommuniqué kommen wir gleich.[266] Wir werden das Kommuniqué zur Abstimmung stellen, und die Fraktion wird in voller Souveränität entscheiden.

---

265 Inhalte des zweiten Koalitionsgesprächs am 5. 10. 1961. Siehe Anm. 4.
266 Vgl. die Vorschläge *Mendes* auf S. 278 und S. 291 f.

Dr. BUCHER: Ich möchte eine persönliche Bemerkung machen. Sie haben vorhin die angebliche Meldung erwähnt, die ich der Presse gegeben hätte[267], und am Schluß daran den ironischen Satz geknüpft: „Ich danke für die dadurch geschaffene Pressesituation."[268]

Ich stelle fest, auf die Fragen von Herrn . . . in Gegenwart von drei oder vier anderen Journalisten, ob wir usw. – die Frage ist bekannt –, habe ich gesagt: „Darüber kann ich nichts sagen; darüber müssen wir erst reden."[269] – Das ist keine Meldung und keine Mitteilung, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit, daß man über solch eine bedeutsame Sache redet. Wenn wir uns alle immer so zurückgehalten hätten auch in anderen Fragen, stünden wir heute vielleicht etwas besser da.

Dr. MENDE: Vielen Dank! – Wir fahren in der Diskussion fort.

VON MÜHLEN: Meine lieben Freunde! Ich möchte, anknüpfend an das, was *Bucher* eben sagte, Ihnen eine Bitte vortragen. Ich stehe jetzt 30 Jahre im politischen Journalismus[270]

(Dr. *Stammberger:* Pfui! – Heiterkeit)

und habe draußen in der Welt in soundsoviel Ländern gearbeitet. Ich habe mich in den letzten Tagen bemüht, mich mit meinen Kollegen zusammenzusetzen und ihre ganze Pressepolitik der letzten Tage einmal durchzusprechen. Wir waren ein großer Kreis, von der „Frankfurter Allgemeinen" bis zum „Bild". Ich habe den Herren gesagt: „Wenn ich so berichtet hätte wie ihr, wäre ich aus den zehn Ländern, in denen ich elf Jahre tätig war, jeweils kurzfristig herausgeflogen, weil es einfach politisch nicht zu verantworten gewesen wäre. Wenn ich mir in meiner Volontärzeit bei Dr. *Klein* in der DAZ[271] erlaubt hätte, solche Parlamentsberichte zu geben, wie Ihr es tut, wäre ich wegen Unfähigkeit nach 14 Tagen entlassen worden."

Darauf ist mir mit einem maliziösen Lächeln selbst von führenden Kollegen der heutigen Presseprominenz gesagt worden: „Herr Kollege, die Zeiten haben sich geändert. Damals waren Sie dazu da, über die Regierung und über das Parlament zu berichten. Heute sind wir dazu da, in der Presse mit Regierung und Parlament Politik zu machen. Ich habe gar nicht darauf zu warten, ob sie etwas beschlossen haben. Wenn Redaktionsschluß ist, muß ich etwas melden. Und, machen Sie sich keine Gedanken darüber; was Sie beschließen, beschließen zunächst einmal wir! Dann finden wir nachher immer irgendeinen Herrn, der, sei es auch nur in irgendeinem Nebensatz, eine These, die wir aufgestellt haben, bestätigt, und an der hängen wir es nachträglich oder vorträglich auf!"

---

267 Vgl. die Äußerung *Buchers* auf S. 273.
268 So nicht im Protokoll. Vgl. die diesbezüglichen Äußerungen *Mendes* auf S. 277.
269 Siehe Anm. 267.
270 Seit 1932 als Schriftleiter, Auslandskorrespondent, Kriegsberichterstatter und Verleger. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP, 1961, S. 332.
271 Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin (ab 1918).

Ich habe gesagt: „Gut! Aber warum macht ihr dann diese Politik nicht auch der Regierungspartei oder der CDU gegenüber?" – Darauf hat man gesagt: „Sehr einfach! Die haben ja einen Apparat, um uns zu begegnen. Die Regierung hat den Regierungschef, das Bundespresseamt usw. Die SPD hat eine große eigene Presse. Das habt ihr nicht. Ihr seid gewissermaßen der bequemste Weg!"

Da habe ich gesagt: „Dann seid ihr also... Journalisten!" – Darauf sagten sie: „Das bringt die Zeit mit sich; das müssen wir machen!"

Ich habe ihnen weiter gesagt: „Dann tragt ihr doch vorsätzlich Verwirrung in unsere Reihen hinein!" – Darauf kam die Antwort: „Das wollen wir ja! Die Regierungspartei und die SPD können wir nicht verwirren. Wenn wir euch verwirren, haben wir etwas zu berichten!"

Das sind die Dinge, auf die ich Sie jetzt einmal aufmerksam machen will. Wir können beschließen und tun, was wir wollen; wir werden in dieser oder jener Weise in der Presse durchgehechelt, weil wir in der schwächeren Situation sind. Daher ist es letzten Endes unsere Aufgabe, jetzt ganz nüchtern durchzukalkulieren: Was ist für uns der beste Weg? Wo kommen wir am besten durch? Und dann in Gottes Namen: Wir nennen uns Führungsgremien einer Partei und fallen bei jeder Schlagzeile um! Dann führen wir auch einmal durch diese Presse hindurch, dann kommen wir endlich einmal zum Ziel.

Wir können doch durchkalkulieren: welche Möglichkeiten stehen uns offen? – Wir haben gehört: erstens eine Koalition mit der CDU ohne *Adenauer*[272]; zweitens eine Koalition mit der CDU unter *Adenauer* mit irgendwelchen Modifikationen.[273] Wir haben drittens die Möglichkeit, in der Opposition eine schwarz-rote Koalition durchzustehen.[274] Oder wir haben viertens die Möglichkeit einer All-Parteien-Regierung.[275] Und jetzt legen wir uns doch einmal die Fragen 1 bis 4 vor: Was kommt dabei für uns heraus?

Punkt 1: Kleine Koalition mit der CDU ohne *Adenauer.* Das ist möglich, wenn im Einvernehmen mit der CSU ein Mann da ist, der bereit ist, sich gegen *Adenauer* als Kanzler zu stellen. Die Leute haben geglaubt, daß *Erhard* das tut oder daß sich *Strauß* für ihn stark macht. Wir haben gesehen, sie sind umgefallen, nicht wir.[276] Wir sind zur Ablösung des Kanzlers bereit. Aber wir können diese Forderung nur stellen und durchsetzen, wenn der Koalitionspartner, der die stärkste Regierungspartei ist, mit einem entsprechenden Gegenkandidaten herauskommt. Das fällt aus.

Dr. MENDE: (den Redner unterbrechend) Herr *von Mühlen,* hier steht nicht die Pressepolitik zur Diskussion, sondern die Billigung oder Mißbilligung der

272 Position der FDP bis zum 28. 9. 1961. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 31.
273 Position der FDP seit dem 28. 9. 1961. Vgl. Nr. 18 mit Anm. 104.
274 Zur Sorge der FDP vor einer solchen Entwicklung vgl. Nr. 18 mit Anm. 359.
275 Position der SPD. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 50.
276 Vgl. *Mendes* Bericht in Nr. 18 S. 151–154.

ersten beiden Gespräche[277] und der Beschluß, ob wir sie fortsetzen sollen oder nicht.

VON MÜHLEN: Darf ich zum Schluß noch folgendes sagen. Wir müssen jetzt unsere Entschlüsse aus eigenem Wissen um die Dinge fassen, und wir dürfen uns nicht von draußen zum Umfallen bewegen lassen, denn wir selber stehen vor der Frage. Wir bemühen uns um eine ehrliche Sachentscheidung, und wir dürfen uns nicht von unserem Wege abbringen lassen. – Behalten Sie bitte, was ich Ihnen über die Presse gesagt habe, im Auge! Wir können tun, was wir wollen; sie werden sich an uns reiben, weil das der bequemste Weg ist.

Dr. MENDE: Ich bin in der Lage, an Hand der bisherigen Agenturmeldungen, Ihre These vor aller Öffentlichkeit zu bestätigen. Sie werden, wenn ich in zehn Minuten zur Verlesung der vorliegenden Agenturmeldungen komme, bestätigt sein.

MAUK: Ich wollte eigentlich zur Agrarpolitik etwas sagen.[278] Soll ich das erst später tun?

Dr. MENDE: Ich wäre dankbar, wenn wir zunächst als Hauptthema zu den bisherigen Ergebnissen Stellung nehmen. Die Agrarpolitik steht im Augenblick gar nicht zur Diskussion.

(*Mauk:* Dann möchte ich später zur EWG, Abschnitt Agrarpolitik, etwas sagen!)

Dr. STARKE: Zur Geschäftsordnung! Damit keine Irrtümer entstehen, möchte ich einen speziellen Fall aufklären. In dem Papier, das wir zusammengestellt haben, steht bei der EWG ein Satz über Wirtschaft und Landwirtschaft. Der reicht den meisten nicht aus. Mit Recht! Aber das ist gar nicht das Entscheidende, denn dieses Papier betrifft nur die EWG als Außenpolitik. Es kommt jetzt ein weiterer Teil, ein Papier über Agrarpolitik. Da steht genau drin, was Herr *Ertl* vorhin meinte[279], und was Herr *Mauk* jetzt sagen will.

MAUK: Ich komme nachher noch einmal zur Agrarpolitik. – Ich möchte aber doch meinen, daß unsere Kommission, unsere beiden Herren[280], bisher ausgezeichnet gearbeitet hat und daß wir das, was bisher gemacht worden ist, nur befürworten können. Wir haben die sachlichen Dinge in den Vordergrund gebracht und haben die Personenfrage zurückgestellt. Dadurch sind wir, wenn auch draußen teilweise verwirrende Meldungen gekommen sind, draußen wieder zu Ansehen gekommen. (Lebhafter Beifall.)

DAUB (DJD): Meine Parteifreunde, nur ganz kurz zu den beiden Papieren! In der Diskussion ist mehrfach das berechtigte Erstaunen geäußert worden, daß der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und der Verteidigungsminister unsere außenpolitischen Thesen, die hierin niedergelegt sind, akzeptiert ha-

277 Erstes und zweites Koalitionsgespräch vom 2. bzw. 5. 10. 1961.

278 *Mauk* war einer der Experten für Agrarpolitik. Vgl. Rundschreiben WK 2/60 vom 25. 8. 1960 (ADL 2-78).

279 Vgl. die Äußerungen *Ertls* auf S. 259 f.

280 Gemeint sind wohl *Mende* und *Weyer* im ersten und zweiten Koalitionsgespräch.

ben.[281] Man war sich in der Beurteilung der Motive uneinig. Man weiß nicht, ist es die höhere staatsmännische Einsicht des Kanzlers, in Anbetracht der außenpolitischen Situation, jetzt diesen Weg zu versuchen, oder lediglich der Wunsch, um jeden Preis und mit aller Gewalt den Stuhl zu behalten und dann nachher wieder die Richtlinien der Politik

(Zuruf: der alten Politik!)

zu bestimmen?

Gleichviel warne ich noch einmal davor, wie es auch *Müller-Link* und andere getan haben, jetzt hier einen Dissens hinzunehmen.

Es ist schon einmal gesagt worden, und ich möchte nachdrücklich betonen, weil wir aus den Erfahrungen von 1956[282] lernen sollten: Wenn wir wegen einer späteren Spannung, etwa wegen dieses sachlichen Dissens aus der Regierung ausscheiden sollten, wäre die Belastungsprobe noch größer, als sie 1956 war. Deshalb sollten wir jetzt die Dinge wirklich in aller Ruhe, Behutsamkeit und Sachlichkeit klären.

Die These der CDU/CSU und des Außenministeriums war bisher: die Verträge mit dem Westen als Selbstzweck zu betrachten und sie für eine mögliche Wiedervereinigung nicht zur Diskussion zu stellen. Die These von uns und die These *Gerstenmaiers,* nämlich die Klärung des politischen und militärischen Status[283], bedeutet: materiell, außenpolitisch bereit zu sein, diese Verträge zur Diskussion zu stellen für andere militärpolitische und politische Konstruktionen.

Ich möchte dringend bitten, das zu klären. Es war der Haupteffekt unserer Politik, es war die Substanz unseres Wahlaufrufs, dem die Wähler zugestimmt haben, daß wir sagten: Oberstes Ziel der deutschen Politik muß es sein – wenn wir nicht in Gefahr geraten wollen, in einer kommenden Regierung lediglich die „Mittelstandsgewerkschaft" der CDU zu bilden mit kleinen Zugeständnissen in der Sozial- und Steuerpolitik –, auf diesen Punkten ganz nachdrücklich zu beharren, nicht nur um konsequent in unserer Aussage zu bleiben, sondern um, soweit der Spielraum noch verblieben ist, eine aktive und initiative Politik zu führen.[284]

Ich bin erstaunt über die positiven Ergebnisse, die bis jetzt erzielt worden sind. Wir müssen sie aber in den zukünftigen Verhandlungen absichern, wegen der schweren Gefahren, die uns drohen, wenn etwa nachher die Richtlinen der Politik wieder anders lauten und wir dann in der schweren Gewissensentscheidung stehen: Bleiben wir jetzt drin oder gehen wir wieder heraus?

Dr. MENDE: Nach jetzt genau dreistündiger Verhandlung haben sich 21 Sprecher zu der Sachfrage geäußert. Es steht jetzt zur Entscheidung, ob die Fraktion, aber auch, ob der Bundesvorstand – in manchen Punkten verzahnt es sich –

---

281 Siehe Anm. 50.

282 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

283 Vgl. 3. BT STEN. BER., Bd. 49, 166. Sitzung vom 30. 6. 1961, S. 6763 A–9766 C, bes. S. 9766 A; E. GERSTENMAIER, 1981, S. 447.

284 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 125–135.

das ihnen vorgelegte Papier mit den durch Willi *Weyer* erörterten Verdeutlichungen[285] akzeptieren, den bisherigen Verhandlungsverlauf billigen und die bisherigen Verhandlungspartner, erweitert um die Kollegen *Lenz* und *Mischnick*, mit weiteren Verhandlungen[286] am Dienstag betrauen – ich betone: mit Sachverhandlungen –, oder ob ein gegenteiliger Beschluß erfolgt. Ich möchte meinen Antrag nicht selbst stellen; denn ich habe Bedenken, *Weyer* und mir selbst als Antragsteller das Placet zu holen.

(Zuruf)

– Herr Kollege *Mauk* – darf ich das als einen Antrag ansehen? – hat die Billigung der bisherigen Verhandlungen auf der Grundlage des Papiers, mit der von *Weyer* genannten Verdeutlichung, beantragt. Wer für diese Feststellung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei 7 Enthaltungen angenommen!

Ich bitte, die Enthaltungen namentlich festzuhalten, damit wir auch hier sichergehen und niemand später sagen kann, er habe nicht mitgestimmt. – Es sind die Kollegen *Schneider, Rutschke, Ollesch, Dahlgrün,*

(Dr. *Dahlgrün:* Wegen der *Hallstein*-Doktrin!)

*Miessner, Müller-Link* und *Margulies.*

Für das Kommuniqué schlage ich Ihnen folgenden Wortlaut vor[287] – es ist ähnlich dem der CDU –:

„Der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Dr. Erich *Mende,* und das Mitglied der Verhandlungskommission, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Willi *Weyer,* berichteten am Freitagnachmittag in Bonn den Führungsgremien ihrer Partei, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, über die ersten beiden Gespräche mit dem Bundesvorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer,* und dem Vorsitzenden CSU, Bundesminister Franz-Josef *Strauß,* über eine mögliche Regierungsbildung von CDU/CSU und FDP. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion billigten nach eingehender Erörterung die bisherigen Verhandlungsergebnisse und beschlossen, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU fortzusetzen."

(Zuruf: Muß es „Verhandlungsergebnisse" heißen? – Zuruf: „Verhandlungsverlauf"!)

– Meine Herren, Sie billigen doch nicht den Verlauf, sondern ausgetauschte Papiere mit Modifikationen. Den Verlauf brauchen sie nicht zu billigen.

(Dr. Heinrich *Schneider:* Ich bitte ums Wort!)

Herr *Mauk,* haben Sie Ihren Antrag so verstanden, daß Sie den Verlauf gebilligt haben wollten oder auch die bisherigen sachlichen Ergebnisse?

(*Mauk:* Ich habe es ganz klar so verstanden, daß ich auch die bisherigen Ergebnisse billigen wollte!)

---

285 Siehe S. 264 f., 283.
286 Drittes Koalitionsgespräch am 10. 10. 1961. Siehe Anm. 70, 72.
287 Vgl. die erste Fassung auf S. 278.

– Also ein Dissens! – Kollege *Schneider!*

Dr. Heinrich SCHNEIDER: Wenn wir das Verhandlungsergebnis billigen, dann billigen wir beide Dokumente und billigen damit einen offenen Dissens. Denn wir haben einen offenen Dissens. Und warum sollen wir weiter gehen als die CDU, die diesen Abschnitt nicht darin hat – die SPD auch nicht.

(Dr. *Mende:* Die SPD hat noch nicht verhandelt!)

Sie haben gerade das Kommuniqué der CDU als Beispiel, wie man es machen soll, vorausgestellt. Wir waren ja einig, daß wir noch mehr ins Programm, in die kommenden Verhandlungen hineinbringen müssen. Wenn wir heute sagen, wir haben die Dokumente oder das Ergebnis gebilligt, wird die CDU sagen: das ist ja alles erledigt, und dann haben wir die Taktik, die ich vorhin schon herausgestellt habe[288]: Jeden Tag wird von uns eine Salamischeibe gebilligt, und am Ende sind wir drin und wissen nicht, wie.

RUBIN: Wir haben hier etwas – mit einigen Stimmenthaltungen – gebilligt. Das heißt nun nicht, daß wir dasselbe mit denselben Worten nach außen hinausposaunen müssen. Deshalb würde ich vorschlagen: so wenig Worte und Billigungen wie irgendmöglich, genau, wie ja auch die CDU sehr sparsam mit den Worten gewesen ist.

(Dr. *Haußmann:* Aber soviel wie nötig!)

Ich bin wirklich der Ansicht: nicht viel mehr, als es die CDU getan hat, – keine ausdrückliche Billigung!

Dr. MENDE: Die Mitteilung der CDU für die Presse lautet:

Bundeskanzler Dr. *Adenauer* und Bundesminister *Strauß* haben heute dem zuständigen Gremium der CDU/CSU über die bisherigen Koalitionsverhandlungen Bericht erstattet. Das Gremium hat diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Koalitionsverhandlungen werden fortgesetzt.

Mein Vorschlag lautet daher:

Der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten... (wie erste Fassung) ... über eine mögliche Regierungsbildung von CDU/CSU und FDP. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion billigten nach eingehender Erörterung die Berichte und beschlossen, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU fortzusetzen.

(Zustimmung)

RUBIN: Noch ein kleiner Vorschlag: Könnten wir hier noch einmal ausdrücklich sagen: „über die mögliche Koalition"?

Dr. MENDE: Das ist selbstverständlich. Worüber haben wir denn verhandelt? Wir verhandeln doch über eine Regierungsbildung, wir verhandeln doch nicht über die Außenpolitik. Das weiß doch jeder. Möglicherweise treffen wir uns eines Tages nicht zu einem Gespräch über die Regierungsbildung, sondern zu einem Dreiergespräch über die Außenpolitik. Dann können wir das sagen.

---

288 Siehe S. 278.

Darf ich die soeben verlesene Formulierung zur Abstimmung stellen. Wer für diese Formulierung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Bei zwei Gegenstimmen. Ich bitte, die Gegenstimmen im Protokoll festzuhalten: von der Fraktion Herr Kollege *Kreitmeyer* und das Vorstandsmitglied *Schäfer* (Braunschweig).

(*Kreitmeyer:* Es hätte genügt, „zur Kenntnis nehmen" zu sagen!)

Darf ich um Enthaltungen bitten! – Kollege *Schneider* und Kollege *Miessner.*

(*Rubin:* Das sollte man aber nach außen nicht sagen!)

– Ich halte es für richtig, Herr *Rubin,* jede Phase festzuhalten, damit später auf einem Parteitag der Freien Demokratischen Partei ein jeder seine Verantwortung vor den 200 Delegierten vertreten kann.

Dr. ATZENROTH: Ich komme jetzt auf das zurück, was ich vorhin sagte.[289] Ich habe eben zugestimmt. Aber sollte nicht ein Wort nach der Richtung darin zu finden sein, daß über innenpolitische Fragen noch nicht gesprochen worden ist?

Dr. MENDE: Das ist nicht wahr. Denn natürlich ist auch etwas über Innenpolitik gesprochen worden. Beispielsweise sind Bemerkungen getauscht worden über das Problem der Kommunalpolitik und der Beigeordneten und ihrer Eignung für Regierungsämter. (Heiterkeit) Herr *Weyer* hat von *Adenauer* das Kompliment bekommen, daß Beigeordnete die besten Männer für große Politik seien; denn sie lernten in den Gemeinden richtig, wie man eine Gemeinde und einen Staat führe.[290]

Dr. ATZENROTH: Sie müssen mir darauf eine Antwort gestatten. Es könnte doch der Eindruck entstehen, daß man auch schon über wichtige Fragen der Innenpolitik, vor allem der Sozialpolitik, gesprochen und sich darüber geeinigt habe. Ich sehe nämlich auf diesem Gebiet sehr große Schwierigkeiten voraus, vielleicht noch größere als auf dem Gebiet der Außenpolitik. Deshalb müssen wir doch vorläufig den Vorbehalt machen.

Dr. MENDE: Dann würde ich vorschlagen, noch hinzuzusetzen:

„Das nächste Gespräch[291] ist für Dienstag, den 10. Oktober, nachmittags, vorgesehen. An ihm werden außer Dr. *Mende* und Willi *Weyer* der stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Lenz* und der Experte der FDP für Sozialpolitik, Bundestagsabgeordneter *Mischnick,* teilnehmen."

(Zustimmung)

– Das kann also noch in das Kommuniqué hineingenommen werden. Damit ist alles klar.

Dann kommen wir in die Sozialpolitik. Das ist das Thema für Dienstag. Mittwoch und Donnerstag dürfte das Verhandlungsgremium[292] dann auch Wirt-

---

289 Siehe S. 286.

290 *Weyer* war 1958–1962 Beigeordneter in Wuppertal. Vgl. Wer ist wer? Bd. XVI–1969/70, 1970, S. 1432.

291 Das dritte Koalitionsgespräch.

292 Die Verhandlungskommission. Vgl. Nr. 17 Anm. 112.

schaftspolitik, Finanzpolitik und Steuerpolitik behandeln. Haben Sie zu dem weiteren Fortgang noch Fragen?

MAUK: Es ist davon gesprochen worden, daß in der nächsten Woche Sachverhandlungen über bestimmte Gebiete stattfinden, zunächst über die Sozialpolitik. Bei den ganzen bisherigen Besprechungen scheint die Agrarpolitik zu kurz gekommen zu sein.[293]

(Dr. *Mende:* Sie ist überhaupt noch nicht mit einem Wort erwähnt worden!)

– Gerade deshalb möchte ich daran erinnern, daß sie für uns in der Wahlkampfführung eine wichtige Aussage gewesen ist und daß wir unbedingt darauf bestehen müssen, daß sie als genauso wichtig betrachtet wird wie die Sozialpolitik.

Dr. MENDE: Die Frage, die Herr *Mauk* gestellt hat, müssen wir in der Tat einmal kurz besprechen. Um nicht nachher Spannungen zu haben, ist es besser, wir sprechen heute schon darüber. Aber wir haben ja eine Verhandlungskommission, sie ist zunächst die Verhandlungsführerin. Was an Experten hinzugezogen werden soll, das soll die neue Fraktion entscheiden. Denn das ist eine Sache, die schon in die neue Fraktion übergeht. – Darf ich bitten, daß, während wir diese Frage behandeln, bereits von jedem Kollegen das Papier wieder eingezogen wird.

MAUK: Ich wollte nur eine Bitte aussprechen. Wir haben als erster Arbeitskreis[294] einige unabdingbare Forderungen für die Verhandlungen aufgestellt, und wir bitten, daß, wenn es sich als notwendig erweist, auch für dieses Sachgebiet eine Spezialkommission gebildet wird und daß ein oder zwei unserer Freunde dazu zugezogen werden. Das ist die Bitte, die ich namens des Arbeitskreises vorzubringen habe.

Dr. MENDE: Ich glaube, diese Bitte ist berechtigt. Darf ich fragen, welche Freunde sich dafür empfehlen?

(*Wächter:* Ich schlage *Mauk* und *Effertz*[295] vor!)

– Die Kollegen *Mauk* und Dr. *Effertz* werden dafür vorgeschlagen – beide Mitglieder der neuen Fraktion, beide Vorsitzende, der eine vom Parteiausschuß, der andere vom Arbeitskreis. Es ist so protokolliert.

MARGULIES: Ich möchte mich nur eines Auftrages entledigen. Wenn Spekulationen über Ministerien angestellt werden: Unsere bayerischen Freunde sind besonders daran interessiert, daß nicht etwa der Herr *Lücker* als Bundesernährungsminister in Betracht gezogen wird.[296]

(*Lenz:* Er wird doch Nachfolger von *Mansholt!*)

---

293 Siehe Anm. 278.

294 Arbeitskreis V Agrarpolitik.

295 *Effertz* war ebenso wie *Mauk* Experte für Agrarpolitik. Vgl. Rundschreiben WK 2/60 vom 25. 8. 1960 (ADL 2-78).

296 Bundesernährungsminister im 4. Kabinett *Adenauer* (bis 1963) wurde nicht Hans August *Lücker* (CSU), sondern Werner *Schwarz* (CDU).

SPITZMÜLLER: Ich habe noch keine Antwort auf meine Frage, ob sichergestellt ist, daß ab Mittwoch nächster Woche die Siebener-Kommission[297] zugezogen wird.

Dr. MENDE: Das stellt sich je nach dem Verhandlungspartner. Bisher war der Verhandlungspartner der Meinung, es sei zu früh. Wir haben bereits im letzten Gespräch angeregt, daß das baldigst geschieht. Ich hoffe, spätestens am Mittwoch.[298] Für Dienstag ist ja die Kommission schon auf vier Personen erweitert[299], und wir wollen dann für Mittwoch die Verhandlungskommission.

HAMMERSEN: Ich möchte eine Bitte wiederholen, die in unserer Sitzung am 19. September schon einmal geäußert wurde, nämlich die, daß Beschlüsse, die wir fassen, noch einmal wörtlich in der Formulierung verlesen werden.[300] Ich bin dazu durch einen Diskussionsbeitrag vorhin veranlaßt worden. Das ist kein Formalismus, sondern ist wirklich notwendig. Denn es herrscht, wie ich aus dem Diskussionsbeitrag entnommen habe, auch über den Wortlaut des Beschlusses vom 19. September[301] noch keine Klarheit. Ich würde also die Bitte wiederholen, daß wir uns die Dinge dadurch erleichtern, daß Beschlüsse, im Wortlaut fixiert, noch einmal vor der Abstimmung zur Verlesung gebracht werden.

Dr. MENDE: Das ist damals auf Wunsch von *Eilers* geschehen und steht in dem stenographischen Protokoll. Ich habe es am 29. September auf Grund einer Intervention von *Döring* hier noch einmal wiederholt.[302] Dann hab ich heute das Kommuniqué vorgelesen, es ist mitstenographiert worden, es ist darüber abgestimmt worden, mit Festhaltung der entgegenstehenden Meinungen.[303] Ich werde also bei jeder Abstimmung noch einmal die Formulierung des Beschlusses geben. Ich halte das in der Sache für richtig.

Frau ILK: Ich möchte fragen: Wollen wir uns bei den Verhandlungen auf die bestehenden Ministerien festlegen oder wollen wir nicht auf eine Umorganisation der Ministerien hinaus. Das Familienministerium in der derzeitigen Form hat doch keine Daseinsberechtigung.

(*Rubin:* Es kommt auch nicht wieder!)

– Ja, aber wir wollen ein Gesundheitsministerium. Wir wissen, daß es in verschiedenen Gruppen unserer Bevölkerung sehr übel aufgenommen würde, wenn wir heute das Familienministerium als solches, mit diesem Namen, abschafften. Ich habe schon vor vier Jahren den Vorschlag unterbreitet, daß man das Familienministerium zu einem Familien- und Gesundheitsministerium[304] umbaut und dabei aus dem Innenministerium die Abteilungen herausnimmt,

---

297 Die Verhandlungskommission. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 112.
298 Tatsächlich fand die Besprechung am Donnerstag, den 12. 10. 1961 statt. Vgl. Nr. 18 Anm. 13.
299 Siehe Anm. 70 und 72.
300 Vgl. den Antrag *Eilers* in Nr. 17 S. 109.
301 Vgl. Nr. 17 S. 110.
302 Vgl. Nr. 18 S. 221.
303 Siehe S. 291 f.
304 Vgl. Nr. 18 Anm. 201.

die an sich ursprünglich gar nicht in das Innenministerium hineingehörten, nämlich die Abteilungen IV, Gesundheitswesen, V, Sozialwesen, soziale Angelegenheiten und Wohlfahrt, dann das Frauenreferat und eventuell auch noch die kulturellen Angelegenheiten. Dann würde sich ein geschlossenes Ganzes um die Familie herum ergeben. Wir könnten dann in das Innenministerium, weil es dann ja entlastet wäre, als Unterabteilung das Bundesratsministerium[305] hineinnehmen, das ja auch nicht ausgelastet ist. Auf diese Weise würden wir –

Dr. MENDE: Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung. Ich unterbreche Damen ungern. Aber das ist doch zunächst ein Thema für die Kommission.[306] Ich sehe schon an der Unruhe, daß es die Meinung der Fraktion ist, daß wir in diese Details jetzt nicht einsteigen.

Frau ILK: Ich bin ja nicht in der Kommission.

(*Rubin:* Doch, in der Programmkommission[307] sind Sie!)

– Aber es ist ja eine Grundsatzfrage; denn im Grunde geht dann ja ein Ministerium verloren.

Dr. MENDE: Es wird folgende Frage gestellt. Am Montag, dem 16. Oktober, tritt die Fraktion zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.[308] Dabei sind eine Reihe Entscheidungen zu treffen. Erstens die Wahl des Vizepräsidenten. Denn am 17. Oktober wird in der konstituierenden Sitzung des Bundestages der Präsident und es werden die Vizepräsidenten und die Schriftführer gewählt.[309] Außerdem haben wir einen Fraktionsvorstand, wahrscheinlich einen interimistischen, zu wählen. Es wird die Frage gestellt, ob es zweckmäßig ist, am Montag in diesem großen Kreise zu tagen, oder ob nicht in diesem Falle die Fraktion allein zusammentreten soll, weil es sich ja um parlamentarische Aufgaben handelt. Dem steht ein anderer Vorschlag gegenüber, in dem großen Kreis, mit Bundesvorstand und Hauptgeschäftsführer[n], zu tagen.

Ich bitte die Fraktion, zu entscheiden, ob sie bei der ersten, konstituierenden Sitzung unter sich bleiben oder in größerem Kreise tagen will.

Dr. DEHLER: Das entscheidende Gremium für die kommenden Fragen ist die Fraktion. Wenn wir bis jetzt den Kreis ausgeweitet haben, so war das ein Entgegenkommen der Fraktion. Die Fraktion steht unter einem ganz anderen Gesetz als der Bundesvorstand, sie hat eine ganz andere Verantwortung und muß auch die Möglichkeit haben, unter sich die kommenden Fragen zu behandeln. Sie ist selbstverständlich dankbar für den Rat der Freunde des Bundesvorstandes. Teilweise besteht ja Personalunion.

---

305 Vgl. Nr. 18 Anm. 199.
306 Verhandlungskommission. Vgl. Nr. 17 Anm. 112.
307 Kommission für die Ausarbeitung des Regierungsprogramms. Vgl. Nr. 17 Anm. 154.
308 Quellennachweis: ADL, 14 662.
309 Gewählt wurden: zum Präsidenten erneut *Gerstenmaier* (CDU), zu Vizepräsidenten C. *Schmid* (SPD), *Jaeger* (CSU), *Dehler* (FDP) und *Schoettle* (SPD). Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 1. Sitzung vom 17. 10. 1961, S. 2 C, 7 B–C.

Ich würde also unbedingt bitten, die konstituierende Sitzung auf die Fraktion zu beschränken.

Dr. MENDE: Kollege *Dehler* hat es aus seiner Parlamentserfahrung richtig gesehen, und ich möchte das unterstreichen. Im großen und ganzen ist das ja für uns keine personelle Frage; denn zu vier Fünfteln oder zwei Dritteln besteht Kongruenz der Bundestagsfraktion mit dem Bundesvorstand. Die Frage ist lediglich, ob wir uns um jene Landesminister und jene Bundesvorstandsmitglieder erweitern, die der Fraktion nicht angehören.

Aber es ist in der Tat eine konstituierende Sitzung mit personellen Entscheidungen, die in engstem Rahmen gefällt werden müssen. Ich wiederhole: Vorschlag für einen Vizepräsidenten; Entscheidung, ob die SPD die stärkste Fraktion ist oder ob der Zusammenschluß von CDU und CSU anerkannt werden muß; Vorschlag für einen Schriftführer; Wahl eigener Organe; Entscheidung, welche Ausschüsse wir fordern; Vorschlag von Personen für gewisse Ausschüsse. Das sind Fragen, die in die ausschließliche Verantwortung der Fraktion als eines Gremiums des Parlamentsrechts fallen. Ich würde daher vorschlagen, daß wir uns der Meinung von Thomas *Dehler* anschließen und am Montag die Konstituierung der Fraktion des Vierten Deutschen Bundestages ausschließlich in der Fraktion, ohne Gäste, vornehmen.

(Zustimmung)

– Wenn das die Meinung der Mehrheit ist, dann ist so beschlossen.

Dann schließe ich die heutige Sitzung.

## 20.

## 8. 12. 1961. Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 113. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 8. Dezember 1961 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.15 Uhr–18.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bursig, Daub (DJD), Klaus Dehler (i. V. von Haas), Thomas Dehler, Döring, Hansjürgen Dürr, Eisenmann, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Lenz, Wolfram Leuze (LSD), Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link (i. V. von Engelhard), Rubin, Scheel, Schollwer, Stammberger, Weyer.[1]

Gäste: Haferland, Schreiber, Ruth Tangemann.

1 Entschuldigt waren *Borttscheller, Bucher,* Eduard *Leuze, Leverenz, Maier.*

1. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und gab zunächst den Bericht zur außenpolitischen Lage. Im Rahmen dieses Berichtes gab er bekannt, daß er im Januar oder März 1962 auf Einladung der amerikanischen Regierung eine USA-Reise unternehmen werde.[2]

Wie bereits in der außenpolitischen Bundestagsdebatte[3] müsse die FDP klarstellen, daß Berlin-Verhandlungen nur Vorverhandlungen für eine Interimslösung sein könnten. Hauptpunkt sei nach wie vor das Deutschlandproblem. Bei den Deutschlandverhandlungen könnte von den Vereinbarungen der Gipfelkonferenz von 1955[4] ausgegangen werden. Der neuralgische Punkt aller Berlin-Verhandlungen seien die politischen Verbindungen Berlins zur Bundesrepublik. Sie dürften nicht zur Diskussion gestellt werden, obgleich in den USA und in England entsprechende Vorschläge vorlägen.[5]

Dr. MENDE wies darauf hin, daß *Brandt* nach seiner Rede im Bundestag[6] in der Deutschlandfrage resigniert habe.[7] Die Erhöhung des Wehrdienstes auf 18 Monate[8] würde voraussichtlich von allen Fraktionen getragen werden.

Zur innenpolitischen Lage wies Dr. MENDE darauf hin, daß die SPD die Hoffnungen auf eine Allparteienregierung noch nicht begraben habe.[9] Das Koalitionsabkommen sei nicht verfassungswidrig.[10] In Nordrhein-Westfalen und Bayern habe gerade die SPD auf den Abschluß von Koalitionsverhandlungen gedrängt. Die Arbeit im Koalitionsausschuß[11] sei befriedigend angelaufen. Dr. *von Brentano* bemühe sich um eine loyale Zusammenarbeit.

Die Besetzung der Staatssekretäre und des Vertreters der FDP im Bundespresseamt würde in nächster Zeit erfolgen.[12]

---

2 *Mende* unternahm in der Zeit vom 17. 3. bis 29. 3. 1962 eine 12tägige USA-Reise nach Washington, New York und Chikago. Präsident *Kennedy* empfing *Mende* am 19. 3. 1962 zu einem fast zweistündigen Gespräch über die Deutschland- und Berlin-Frage. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 28–34.

3 Vgl. *Mendes* Stellungnahme für die FDP zur Regierungserklärung, in 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 6. Sitzung vom 6. 12. 1961, S. 74 B ff.

4 17.–23. 7. 1955: Konferenz der Regierungschefs der Vier Mächte über Deutschland in Genf unter Beteiligung von Beobachterdelegationen der Bundesrepublik und der DDR. Vgl. AdG 1955, S. 5257 A Abschnitt 1 und 2.

5 Vgl. die Stellungnahmen von *Gaitskell, Clay* und *Mansfield* in Nr. 17 Anm. 95, Nr. 18 Anm. 254 und Nr. 19 Anm. 105.

6 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 6. Sitzung vom 6. 12. 1961, S. 53 C ff.–64 D. In dieser Rede hatte sich *Brandt* u. a. gegen eine isolierte Berlin-Lösung ausgesprochen, aber sachlich-technische Abkommen auf der bestehenden Rechtsbasis als denkbar bezeichnet.

7 Näheres nicht ermittelt. Vgl. den Rückblick auf die Monate nach dem 13. 8. 1961 in: Willy BRANDT, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 58–65.

8 Vgl. Nr. 19 Anm. 179.

9 Vgl. Nr. 17 Anm. 50.

10 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

11 Dem Koalitionsausschuß gehörten an: die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, deren Stellvertreter und die parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen. Fachleute der Koalitionsfraktionen konnten von Fall zu Fall hinzugezogen werden. Vgl. Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961, abgedr. in SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6.

12 Vgl. Nr. 21 Anm. 21–23.

Dr. MENDE schlug vor, den nächsten Bundesparteitag in der Woche vom bis 14. April 1962 in Düsseldorf oder Berlin abzuhalten.

Dr. MENDE teilte mit, daß er vom Landesverband Hamburg laufend über die Koalitionsverhandlungen unterrichtet worden sei.

Der Bundesvorstand nahm den Abschluß der Koalition mit der SPD zustimmend zur Kenntnis.[13]

WEYER schlug vor, den Bundesparteitag zur Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai in Düsseldorf abzuhalten.

HOPPE beantragte, den Bundesparteitag als Demonstration nach innen in Berlin durchzuführen.

Nach längerer Diskussion wurde gegen die Stimme von *Müller-Link* beschlossen, den Bundesparteitag am 24./25./26. Mai 1962 in Düsseldorf abzuhalten. Er soll am 24. Mai um 14.00 Uhr beginnen und am 26. Mai gegen Mittag enden.[14]

2. FINANZLAGE

RUBIN wies darauf hin, daß Berichte der SPD-Presse über 4 bis 5 Millionen Wahlschulden der FDP nicht zutreffend seien. Obgleich die Zusagen vom Frühjahr nur teilweise eingelöst wurden, mußte der Mindestwerbeplan A) durchgeführt werden. Der Wahlkampf von Bundespartei, Landespartei und unteren Verbänden habe insgesamt etwa 10 bis 12 Millionen DM gekostet.[15] RUBIN gab dann einen genauen Bericht über die gegenwärtige Finanzlage.

Dr. MENDE wies darauf hin, daß während der Koalitionsverhandlungen kein Druck von den Geldgebern ausgeübt worden sei.[16] Der Bericht von *Rubin* habe ergeben, daß Schulden in dem von Teilen der Presse mitgeteiltem Ausmaß nicht beständen. RUBIN betonte zum Abschluß der Finanzdebatte, daß er keinen Zweifel darüber habe, daß die Finanzlage in absehbarer Zeit wieder in Ordnung kommen würde.

3. VERSCHIEDENES

BORM und LENZ berichteten über die Möglichkeiten, Bundesmittel für eine Berliner Wochenzeitung der FDP zu erhalten. Eine Kommission bestehend aus *Borm, Hoppe,* Dr. *Gentner* und *Moersch* wurden beauftragt, dieses Projekt weiter zu betreiben.

---

13 Senat aus SPD und FDP seit dem 13. 12. 1961 nach der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg vom 12. 11. 1961. Vgl. Nr. 17 Anm. 118; A.-C. STORBECK, 1970, S. 192 f.

14 Der 13. Ordentliche Bundesparteitag der FDP fand vom 23. bis 25. 5. 1962 in Düsseldorf statt.

15 Auf dem Parteitag der FDP/DPS am 6. 5. 1962 erklärte *Mende,* die Gesamtausgaben für den Bundestagswahlkampf hätten bei Bundespartei und Landesverbänden zusammen 9 Mio. DM betragen. Vgl. Rundschreiben BV 68/62 vom 9. 5. 1962 (ADL, A 2-83).

16 In diesem Sinne hatte sich *Mende* bereits nach den Bundestagswahlen geäußert. Vgl. Nr. 18 mit Anm. 115.

## 21.

## 12. 2. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes gemeinsam mit der Bundestagsfraktion am 12. Februar 1962 in Berlin, Hotel Kempinski." 15.30 Uhr–19.45 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Bökel, Borm, Brandt, Brodeßer, Bucher, Bursig, Daub (DJD), Thomas Dehler, Döring, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Engelhard, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Haas, Haferland, Hoppe, Hummel, Herta Ilk, Kirchhoff, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Wolfram Leuze (LSD) (i. V. von Nolte), Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rieger, Rubin, Schade, Schollwer, Schwarz, Stammberger, Starke, Stender, Wedel, Wienholt und die Mitglieder der Bundestagsfraktion.[1]

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und begrüßte besonders die beiden Ehrenpräsidenten Frau Dr. *Lüders* und Dr. Reinhold *Maier* sowie die Mitglieder der Bundestagsfraktion und die Landesgeschäftsführer.

1. und 2. BERICHT ZUR AUSSEN- UND INNENPOLITISCHEN LAGE; DIE LAGE IN BERLIN

Dr. MENDE berichtete zunächst zur außenpolitischen Lage. Der Außenpolitische Arbeitskreis habe Außenminister Dr. *Schröder* eine Reihe von Anregungen zur Beantwortung des sowjetischen Memorandums[2] zugeleitet. Es geht nicht um Rapallo-Reminiszenzen[3], sondern um ein diplomatisches Gespräch mit der Sowjetunion. Die westlichen Verbündeten hätten nichts gegen ein solches Gespräch, aber die „kalten Krieger" in der Bundesrepublik wollten nichts tun. Der Ruf „Die Mauer muß weg" genüge nicht. Es müßten Vorschläge unterbreitet werden, wie die Mauer zu beseitigen sei. Unter Hinweis auf die Zwischenfälle in den Luftkorridoren[4] sagte Dr. MENDE, wer jetzt dem Gespräch ausweiche, sei mitverantwortlich für spätere Restriktionen im separaten Friedensvertrag. Es müsse versucht werden, den Themenkreis kommender internationaler Verhandlungen zu erweitern und Fortschritte in der Deutschlandfrage zu erzielen. Sei das nicht möglich, müsse wenigstens versucht werden, weitere Verschlechterungen der Lage in Mitteleuropa zu verhindern.

---

1 Entschuldigt waren *Haußmann, Rubin* und *Schollwer*. Die in der Vorlage erwähnte Anwesenheitsliste der Fraktionsmitglieder fehlt.

2 Memorandum der UdSSR an die Bundesrepublik vom 27. 12. 1961, veröffentlicht am 9. 2. 1962, das die Bundesrepublik zur Schaffung besserer Beziehungen und engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufforderte. Vgl. AdG 1962, S. 9593 G.

3 Vgl. Nr. 18 Anm. 495.

4 Zur Streitfrage der Nutzung und Freihaltung der drei nach Berlin führenden Flugschneisen vgl. AdG 1962, S. 9641 A, 9678 E Ziffer 5.

Dr. MENDE gab dann nachfolgenden Entschließungentwurf zur Außenpolitik bekannt[5]:

„Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben in Berlin ihre Überzeugung erneut bekräftigt, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschland-Vertrag uns und unsere Verbündeten verpflichten, jede Lockerung oder Lösung der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland zurückzuweisen. Die Freien Demokraten stellen mit Genugtuung fest, daß diese Auffassung ihren Niederschlag in der Erklärung der Bundesregierung vom 29. November 1961[6] gefunden hat.

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich zu den Leitsätzen, unter denen die Koalitionspartner FDP und CDU/CSU auf außenpolitischem Gebiet die Regierungszusammenarbeit begonnen haben[7] und für deren Verwirklichung sie die Unterstützung der parlamentarischen Opposition gewinnen wollen:

1. die Erhaltung des Friedens;

2. die Erfüllung des Verfassungsauftrages des Grundgesetzes, die deutsche Einheit in gesicherter Freiheit zu vollenden;

3. die Festigung der Bindung der Bundesrepublik Deutschland an den Westen.

Seit dem 13. August 1961 lastet die Mauer der kommunistischen Abschnürung auf Berlin und Deutschland nunmehr ein halbes Jahr. Es genügt nicht, die Forderung zu stellen: ‚die Mauer muß weg!' Die Bundesregierung muß vielmehr versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anstreben. Über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland ist eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeizuführen. Die Friedensverhandlungen selbst müssen Klarheit schaffen über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands und die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben.

Es ist unerläßlich, daß dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit verbürgt wird, Gebrauch zu machen, von dem Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker', wie er verankert ist in dem Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen."

Zur innenpolitischen Lage wies Dr. MENDE auf die Landesparteitage in Baden-Württemberg und Hessen hin.[8] Die Gegenkandidatur *Kohl-Mischnick* in

---

5 Abgedr. in: fdk 13. Jg., Nr. 12 vom 13. 2. 1962; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 8-1962, 1977, S. 143 f.

6 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 5. Sitzung vom 29. 11. 1961, S. 22 A–33 D (*Erhard* für den erkrankten *Adenauer*).

7 Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961, abgedr. in AdG 1961, S. 9443 Ziffer 12.

8 Ordentliche Landesparteitage in Stuttgart am 6. 1. 1962 und in Tuttlingen am 22. 9. 1962 sowie Landesparteitag in Darmstadt am 11. 2. 1962 (ADL, 1061 und 1141).

Hessen[9] bedeute keine politische Entscheidung, sondern sei eine Frage der Arbeitsteilung innerhalb der Partei.

Zur Kanzlernachfolge stellt Dr. MENDE fest, daß die FDP keinen Kanzlerkandidaten befürworte. Das sei ausschließlich Sache der CDU/CSU, die erst einmal Einigkeit in ihren eigenen Reihen herbeiführen müsse und ihrem Koalitionspartner ihren Kandidaten dann zu präsentieren habe.

Durch die Berufung von Innenminister *Dufhues* plane die CDU eine organisatorische Straffung. Diese Berufung würde aber in den evangelischen Kreisen der CDU Mißtrauen hervorrufen.[10]

Unter Hinweis auf das Interview von Dr. *Schneider* in der „Deutschen Soldaten-Zeitung"[11] stellte Dr. MENDE fest, daß die DPS ihr Verhältnis zur FDP endgültig klarstellen müsse. Am besten wäre es, wenn sich die DPS auch FDP nennen würde.[12]

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab Dr. MENDE eine Reihe von Zahlen über die Machtzusammenballung im DGB bekannt und verwies auf die zunehmenden Tendenzen zur schwarz-roten Koalition.

BORM begrüßte die Teilnehmer im Namen des Landesverbandes Berlin. An der Front in Berlin sehe sich vieles anders an als im Generalstab in Bonn. Diese verschiedene Perspektive sei ganz natürlich. Es gäbe aber keinerlei Differenzen zwischen dem Landesverband Berlin und der Bundespartei.[13] Berlin sei gegen separate Berlin-Verhandlungen, sie dürfen nur im Rahmen von Deutschlandverhandlungen geführt werden. Berlin müsse gerade jetzt vom Bund getragen werden. Der Landesverband Berlin habe eine Reihe von Vorschlägen für die Finanzhilfe des Bundes erarbeitet.

Zur innenpolitischen Auseinandersetzung wies BORM darauf hin, daß die Angriffe der CDU gegen die FDP nach der Koalitionsbildung keineswegs nachgelassen hätten.[14]

---

9 Der Landesparteitag der FDP in Marburg im März 1962 wählte trotz heftiger Kritik an dem Kandidaten den Offenbacher Fabrikanten Dr. *Kohut* erneut zum Landesvorsitzenden. Vgl. K.-J. KÖRPER, 1968, S. 134 f.

10 Beschluß des CDU-Bundesvorstandes vom 7. 2. 1962, *Dufhues,* damals Innenminister im Kabinett von Franz *Meyers* in Düsseldorf, zum Geschäftsführenden Vorsitzenden zu ernennen. Damit gelangte neben *Adenauer* ein weiterer Katholik in eine Führungsposition der Partei. Vgl. D. KOERFER, 1987, S. 627.

11 Vgl. „Rückkunft im April. Der Mohr geht nicht.", in: DEUTSCHE SOLDATEN-ZEITUNG UND NATIONAL-ZEITUNG, 12. Jg., Nr. 3 vom 26. 1. 1962, S. 3.

12 Vgl. Nr. 2 Anm. 22.

13 Die Berliner FDP hatte ein Memorandum zur Berlin- und Deutschlandfrage und zu den außenpolitischen Vorstellungen der FDP unter dem 27. 12. 1961 an die Mitglieder des Bundesvorstandes verschickt. Bei einem Besuch *Mendes* in Berlin war am 7. 1. 1962 im Landesausschuß und Landesvorstand über den Inhalt des Memorandums gesprochen und Übereinstimmung in allen Fragen erzielt worden. Die Berliner FDP hatte daraufhin erklärt, daß das Memorandum und seine Behandlung im Bundesvorstand damit gegenstandslos geworden seien. Vgl. Rundschreiben BV 55/62 vom 19. 1. 1962 (NL Haußmann Q 1/22 Bü 798).

14 Auch nach dem Abschluß der langwierigen Verhandlungen über die Regierungsbildung am 14. 11. 1961 blieb die FDP für die CDU/CSU ein unbequemer Partner, und in der Union

WEDEL berichtete über die Verhältnisse an der Saar. Es ginge nicht um die Person Dr. *Schneiders*[15], sondern um die politische Linie der DPS. Sieben von zehn Kreisverbänden der DPS seien für engere Kontakte zur FDP.

DÖRING wies darauf hin, daß nach der Haltung der FDP-Sprecher in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung[16] keinerlei Mißverständnisse über die Berlin- und Deutschlandpolitik der FDP mehr bestehen sollten. Die Schachteltheorie Berlin-Deutschland-europäische Sicherheit wird nach wie vor aufrechterhalten. Eine Koalitionspartei muß nun aber mit anderen Methoden arbeiten als eine Oppositionspartei. Die CDU versuche alles, um den Einfluß der FDP auf die Außenpolitik nicht erkennbar werden zu lassen. Die deutsche Antwort auf das russische Memorandum[17] biete aber Ansatzpunkte für eine aktivere Ostpolitik.

SCHULTZ warnte davor, eine Entschließung zu verabschieden, die uns in der Öffentlichkeit im Gegensatz zur Bundesregierung bringen könnte.

Dr. EHRICH verlangte im Interesse der Einheit der Partei eine Bereinigung der Angelegenheit Dr. *Schneider*. Mißdeutungen jeder Art müssen verhindert werden.

LENZ betonte das Bemühen der FDP-Bundesminister, die wichtigen außenpolitischen Entscheidungen in das Kabinett zu verlagern. Zu viele außenpolitische Fragen würden noch hinter dem Rücken des Kabinetts entschieden.

Dr. STAMMBERGER, MISCHNICK und VON KÜHLMANN wiesen darauf hin, daß der Bundeskanzler sich in der Frage der Außenpolitik und der Haltung der FDP einwandfrei verhalten habe.

Frau Dr. LÜDERS meinte, eine starke Gruppe beim Koalitionspartner CDU versuche dauernd, Schwierigkeiten zu machen. So seien auch die Ausführungen des Staatssekretärs *Thedieck* zur Außenpolitik[18] unangebracht.

Dr. MENDE wies darauf hin, daß die Stimmung in den USA gegenüber Deutschland z. Zt. denkbar schlecht sei. Wir dürften nicht in Verdacht geraten, Rapallo-Politik zu betreiben. Aus diesem Grunde sei es notwendig, das Selbstbestimmungsrecht nicht nur für die sowjetische Besatzungszone, sondern auch für die anderen Ostblockstaaten zu fordern.

---

wuchs die Zahl der Befürworter einer Großen Koalition. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 606 f., 610 ff.

15 *Schneider*, Vorsitzender und Mitbegründer der DPS, zog sich angesichts der zunehmenden Kritik an seinem populistischen Kurs und wegen seiner Ablehnung der CDU-CSU-FDP-Koalition unter *Adenauer* aus der Parteiarbeit zurück, nachdem er erst Anfang 1961 zu einem der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Vgl. K. J. KÖRPER, 1968, S. 126.

16 FDP-Sprecher waren *Döring* und *Atzenroth*. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 6. Sitzung vom 6. 12. 1961, S. 104 B, 114 D.

17 Siehe Anm. 2.

18 Die nicht zu ermittelnden Äußerungen von *Thedieck*, Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, fielen wahrscheinlich Ende Januar bzw. Anfang Februar 1962, als *Adenauer* wegen Krankheit an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte verhindert war. Zu diesem Zeitpunkt vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 620 f.

Dr. LEVERENZ wies darauf hin, daß die FDP sich in der Frage der Beantwortung des sowjetischen Memorandums durchgesetzt habe und die Sondierungen auch durch den deutschen Botschafter[19] stattfinden müßten.

DORN betonte, daß auch nach außen hin zum Ausdruck kommen müsse, daß die FDP die Initiative in der Deutschlandpolitik systematisch weiterbetreibe und Unruhe in dieser Frage schaffe. Wir müssen uns schärfer gegen die Diffamierungen von CDU-Politikern wie *von Brentano, Katzer* und *Strauß* wehren, sonst würde die Koalition am Ende auf Kosten der FDP gehen.

HOPPE wies auf die schwierige psychologische Lage in Berlin hin. Die persönlichen Erfahrungen und auch die Meinungsforschung hätten ergeben, daß Berlin psychologisch eine Blockade nicht noch einmal so durchhalten könnte.

Dr. STARKE machte längere Ausführungen zur Finanzlage Berlins. Berlin sei eine überalterte Stadt. Dem Abgang stehe nicht mehr der Flüchtlingsstrom gegenüber. Das führe zu einer Überhöhung des Sozialetats. Besonders verhängnisvoll sei, daß die Berlin-Krise zu einem Strukturwandel der Berliner Wirtschaft zu Ungunsten der Mittel- und Kleinbetriebe führe. Die am härtesten Betroffenen seien die kleinen und mittleren selbständigen Existenzen. Für sie sei auch die Arbeitsmarktlage besonders ungünstig, weil durch das Wegbleiben der Grenzgänger die Großbetriebe mit ihren attraktiven Bedingungen das Personal der Mittel- und Kleinbetriebe aufsauge. Während die Großindustrie praktisch „ein zweites Bein" in der Bundesrepublik und ihre Berliner Werte zum größten Teil abgeschrieben habe, müßten die kleineren Unternehmen gerade jetzt hart kämpfen. Es sei notwendig, für Berlin ein Programm produktiver Wirtschaftsförderung gerade im Hinblick auf diesen gesellschaftspolitisch gefährlichen Strukturwandel zu erarbeiten.[20]

Nach längerer Diskussion dieser Frage, in der LENZ noch auf die Investitionsauftragsfinanzierung auch für Klein- und Mittelbetriebe aus dem ERP-Vermögen hinwies und Prof. ERBE die Fragen einer Bildungshilfe für Berlin betonte, beschloß der Bundesvorstand, einen kleinen Ausschuß bestehend aus Dr. *Starke,* Dr. *Aschoff, Borm, Hoppe, Margulies* und *Soetebier* zur Ausarbeitung eines Berlin-Hilfeprogramms der FDP einzusetzen.

4. PERSONALFRAGEN [vorgezogen]

Dr. MENDE berichtete, daß die Frage der Staatssekretäre abschließend mit dem Bundeskanzler geklärt sei. Es sei zweckmäßig, in diesem Stadium keine Namen mehr zu nennen. Die Ressorts seien klar: Schatzministerium, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaftsministerium, Gesundheitsministerium und später Innenministerium.[21] Dr. *Sonnenhol* würde Mini-

19 Hans *Kroll.* Vgl. Nr. 19 Anm. 175.

20 In der Erklärung der FDP zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) im Bundestag bezog sich der Abg. *Imle* (FDP) ausdrücklich auf die vorstehende Entschließung. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 38. Sitzung vom 29. 6. 1962, S. 1605 C–1606 A.

21 Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 16. 5. 1962 wurde der MinDir im schleswig-holsteinischen Finanzministerium, Hans-Hellmuth *Qualen* (FDP), zum Staatssekretär im Bundes-

sterialdirektor bei Minister *Scheel.*[22] Auch im Bundespresseamt würden wir die entscheidende Position erhalten.[23] Dr. MENDE teilte dann dem Bundesvorstand mit, daß der Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann *Flach* zum 1. Mai 1962 aus seinem Amt ausscheide, um eine publizistische Aufgabe zu übernehmen. *Flach* habe ihm bereits vor der Wahl mitgeteilt, daß er die Absicht habe, nach Beendigung des Wahlkampfes wieder in seinen Beruf zurückzukehren.

FLACH bestätigte, daß er bereits bei seiner Berufung zum Bundesgeschäftsführer[24] dem damaligen Parteivorsitzenden Dr. Reinhold *Maier* mitgeteilt habe, daß er die Bundesgeschäftsführung nur über die Bundestagswahl 1961 hinweg wahrnehmen wolle. Seine Entscheidung habe rein berufliche Gründe, da er nach acht Jahren hauptamtlichem Dienst in der Partei wieder in seinen Beruf zurückkehren wolle. Seine Verbundenheit mit der Partei, der er seit sechzehn Jahren angehöre, sei von diesem Entschluß selbstverständlich in keiner Weise eingeschränkt.

Dr. MAIER wies darauf hin, daß er den Bundesvorstand seinerzeit bei der Berufung von *Flach* von dessen Absicht unterrichtet habe, das Amt nur für begrenzte Zeit auszuüben.

Der Bundesvorstand nahm zur Kenntnis, daß der Bundesgeschäftsführer zum 1. Mai 1962 aus seinem Amt ausscheidet, und beauftragte Dr. *Mende, Lenz, Rubin* und *Flach,* die Nachfolgefrage vorzuklären.

VON KÜHLMANN betonte, daß man sich über die Staatssekretäre geeinigt habe und auch die CSU in dieser Sache nicht mehr quer schießen dürfe.

3. AUSSCHUSSARBEIT

Der Vorstand beschloß, einen Ausschuß für Mittelstandsfragen zu bilden.[25] Die Vorbereitungen sollen die Bundestagsabgeordneten *Opitz, Soetebier,* Dr. *Bucher,* Dr. *Supf* und *Dorn* übernehmen.

5. VERSCHIEDENES

ENGELHARD wies darauf hin, daß der Bundesparteitag aufgrund seiner Lage kurz vor den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen[26] eine Demonstration

---

schatzministerium ernannt. Vgl. fdk Nr. 62/62 (T) vom 16. 5. 1962, S. 2. Mit Wirkung vom 1. 3. 1962 wurden der MinDir im Bundeskanzleramt, Dr. Friedrich Karl *Vialon* (der CDU nahestehend), zum Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland, Rudolf *Hüttebräuker* (FDP), zum Staatssekretär im Bundesernährungsministerium ernannt. Vgl. AdG 1962, S. 9706 C.

22 Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 16. 5. 1962 wurde der Vortragende Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt, Dr. Gustaf Adolf *Sonnenhol* (FDP), zum MinDir im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt. Vgl. fdk Nr. 62/62 (T) vom 16. 5. 1962, S. 2.

23 MinDir Günther *von Hase* wurde mit Wirkung vom 1. 7. 1962 zum Staatssekretär und zum Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung als Nachfolger Felix *von Eckardts* ernannt. Vgl. AdG 1962, S. 9970 A.

24 Bundesgeschäftsführer seit 1959.

25 Vgl. Nr. 28, Anlage Ziffer 11.

26 Am 8. 7. 1962.

der Geschlossenheit der FDP sein müsse. Auf der anderen Seite sei das Bedürfnis nach einer freimütigen innerparteilichen Aussprache groß. Er fragte, wann diesem Bedürfnis Rechnung getragen werden dürfe.

Dr. MENDE sagte dazu, daß der Bundeshauptausschuß das richtige Gremium für innerparteiliche Kritik sei. Der Bundeshauptausschuß müsse im Laufe des Sommers zu diesem Zwecke einberufen werden.[27]

---

27 Vgl. Nr. 31 TOP 3.

## 22.

## 16. 3. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 16. März 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 15.30 Uhr–19.25 Uhr.**

Teilnehmer: von Berghes (i. V. von Glahn), Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Ehrich, Eisenmann, Erbe, Flach, Genscher, Gentner, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Leverenz, Liebig (DJD) (i. V. von Daub), Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Peters, Rubin, Scheel, Schollwer, Simonis, Starke, Wedel, Weyer.[1]

1. BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und sprach Bundesfinanzminister Dr. *Starke* den Dank des Bundesvorstandes für seine bisher geleistete Arbeit aus.[2]

Dr. STARKE erläuterte in einem kurzen Referat die Haushaltslage 1962 und die voraussichtliche Haushaltslage 1963[3] im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaftslage. Bei einer geringen Zuwachsrate des Sozialproduktes, einem steigenden Kostendruck der Wirtschaft und einer unübersichtlichen Lohn- und Gehaltsentwicklung könnte bei weiteren Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand alles gefährdet werden, was bisher erreicht wurde.[4] Die FDP hat die Chance, bei dem neuen Weg einer maßvollen Politik die geistige Führung zu übernehmen.

---

1 Entschuldigt waren *Lenz, Maier* und *Stammberger.*

2 *Starke* war Bundesfinanzminister seit dem 14. 11. 1961.

3 Anlaß war die Einbringung des Bundeshaushaltsplans für 1962 im Bundestag am 13. 3. 1962. Vgl. AdG 1962, S. 9636 G, 9737 A.

4 Anspielung auf die Tarifverhandlungen im Frühjahr 1962, die durch teilweise außerordentlich hohe Lohnforderungen betimmt wurden. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 628–635. Nach W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 16. 3. 1962 warnte *Starke* nachdrücklich vor einem Nachgeben bzw. Öffnen der „Schleuse" und sprach von der „Stunde des Kurztretens". (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

Dr. MENDE gab dann einen Überblick über die Lage in der Partei und in der Koalition. Mit den zu erwartenden Bundesmitteln sei die Chance gegeben, die Partei finanziell unabhängig zu machen.[5] Diese Mittel seien ausschließlich für die Bundespartei bestimmt; die Landesparteien müßten sich ebenso um öffentliche Mittel aus den Landeshaushalten bemühen, wie das auch zeitweilig geschehen sei. Das Koalitionsklima habe sich verbessert. Prüfsteine der positiven Zusammenarbeit seien gewesen:

1. Die Brüsseler EWG-Beschlüsse[6];
2. Das Antwortmemorandum an die Sowjetregierung[7];
3. Die Behandlung des Falles *Kroll*.[8]

Ein besonders gutes Verhältnis habe sich zu Außenminister *Schröder* entwickelt[9], der die FDP ständig unterrichte. Auch der Bundeskanzler stehe positiv zur Koalition und stärke auch Finanzminister Dr. *Starke* den Rücken. Im Kreise *von Brentano, von Guttenberg, Jaeger, Katzer* sei dagegen eine koalitionsfeindliche Strömung in der CDU/CSU vorhanden.

2. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

FLACH erläuterte den Programmvorschlag für den Bundesparteitag.[10] Nach kurzer Diskussion wurde folgendes Programm genehmigt:

„Mittwoch, 23. Mai 1962

15.00 Uhr Eröffnung des Parteitages
Begrüßungen
Die FDP als Regierungspartner in der Verantwortung
Rede des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Dr. Erich *Mende*, MdB

5 Zur Parteienfinanzierung vgl. Nr. 1 Anm. 11–13.

6 Übergang zur Zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes und 12 Verordnungen über die Gestaltung des gemeinsamen Agrarmarktes, beschlossen vom Ministerrat am 14. 1. 1962 nach 45 Arbeitssitzungen. Vgl. AdG 1962, S. 9609 E Ziffer 1–2.

7 Memorandum der Bundesregierung vom 21. 2. 1962 als Antwort auf das Memorandum der UdSSR (vgl. Nr. 21 Anm. 2); es unterstreicht die Freundschaft zum Westen, die Bereitschaft zur Verbesserung der Beziehungen zum Osten und den unmittelbaren Einfluß der Zustände in der DDR auf diese Beziehungen. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, IV. Reihe, Bd. 8-1962, 1977, S. 162 ff.

8 *Kroll* (vgl. Nr. 19 Anm. 175) war wegen eigenmächtiger Äußerungen zur Ostpolitik im März 1962 als Botschafter in Moskau abgelöst und danach als Berater der Bundesregierung in Bonn eingesetzt worden. Vgl. AdG 1962, S. 9731 A.

9 *Schröders* Vorgänger *von Brentano* war im Verlauf der Koalitionsverhandlungen am 30. 10. 1961 zurückgetreten.

10 13. Ordentlicher Parteitag 1962 in Düsseldorf.

Rede des Bundesfinanzministers Dr. Heinz *Starke*, MdB
Aussprache

20.30 Uhr Empfang des Bundesvorstandes für Ehrengäste und Presse (auf persönliche Einladung)

Donnerstag, 24. Mai 1962

9.00 Uhr Geschäftsbericht
Kassenbericht
Bericht der Revisoren
Entlastung
Neuwahlen

14.00 Uhr Rede des Vorsitzenden des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der FDP, Minister a. D. Willi *Weyer*, MdL

15.30 Uhr Sitzung der Arbeitskreise

Arbeitskreis I „Europa und die deutsche Wiedervereinigung"
Vorsitzender: Minister Dr. Bernhard *Leverenz*
Referent: Bundesminister Walter *Scheel*, MdB

Arbeitskreis II „Gesellschaftspolitik in Freiheit"
Vorsitzender: Wolfgang *Döring*, MdB
Referent: Bundesminister Wolfgang *Mischnick*, MdB

Arbeitskreis III „Die geistige Herausforderung unserer Zeit"
Vorsitzender: Hans Wolfgang *Rubin*
Referent: Bundesminister Hans *Lenz*, MdB

20.30 Uhr Gesellschaftsabend für Delegierte und Gäste

Freitag, 25. Mai 1962

9.30 Uhr Berichte der Arbeitskreise
Anträge
Aussprache

12.00 Uhr Der Mensch im Mittelpunkt des Rechts
Rede des Bundesjustizministers Dr. Wolfgang *Stammberger*, MdB

13.00 Uhr Schlußwort des Bundesvorsitzenden

14.00 Uhr Pressekonferenz."

Punkt

3. BUNDESHAUPTAUSSCHUSS, wurde vertagt.[11]

4. BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Dr. MENDE berichtete über sein Vorgespräch mit Dr. *Witte*.

RUBIN trug vor, daß der Entscheidung über den neuen Bundesgeschäftsführer eine grundsätzliche Entscheidung darüber vorausgehen müsse, welcher Typ

11 Vgl. Nr. 31 TOP 3.

für dieses Amt geeignet sei.[12] Es müsse geklärt werden, ob es sich um einen reinen Organisator handeln solle oder um einen jüngeren Politiker, der wie der bisherige Bundesgeschäftsführer auch die geistige Entwicklung der Partei weiter vorantreibe. Im letzteren Falle sei Dr. *Witte*[13] der geeignete Mann.

Prof. ERBE, WEDEL, Dr. DEHLER, SIMONIS sprachen sich für Dr. *Witte* aus.

FLACH bat den Bundesvorstand, auch zu erwägen, ob der bisherige Stellvertretende Geschäftsführer Dr. Hermann *Gentner* mit der Bundesgeschäftsführung beauftragt werden solle.

RUBIN wies darauf hin, daß es sich bei Dr. *Gentner* mehr um den Typ des Organisations- und Finanzfachmannes handele, während der Bundesgeschäftsführer doch stärker den politisch-geistigen und publizistischen Sektor bearbeiten müsse.

Im gleichen Sinne äußerten sich HOPPE und Dr. EHRICH.

Der Bundesvorstand beauftragte Dr. *Mende*, *Lenz* und *Rubin*, mit Dr. *Witte* zu verhandeln und Dr. *Gentner* über die Entwicklung umgehend zu unterrichten.

Der Bundesvorstand beschloß, Dr. *Witte* am 13. April zur Entwicklung seiner Vorstellungen über die Bundesgeschäftsführung zu laden.[14]

---

12 Anlaß zu dieser Diskussion waren die Rücktrittsabsichten des amtierenden Bundesgeschäftsführers *Flach*. Vgl. Nr. 21 TOP 4.
13 Vgl. Nr. 23 Anm. 6.
14 Vgl. Nr. 23 TOP 1.

## 23.

## 13. 4. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Flach. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 13. April 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.20 Uhr–18.25 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Richard Becker, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Haas, Hellige (i. V. von Graaff), Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Liebig (DJD) (i. V. von Daub), Lüder (LSD), Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Moersch, Müller-Link, Rubin, Schollwer, Schreiber, Simonis, Starke, Walper, Witte.[1]

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth*, *Erbe*, *Borm*, *Haußmann*, *Lenz*, Eduard *Leuze*, *Leverenz*, *Maier*, *Mischnick*, *Scheel*, *Stammberger* und *Weyer*.

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und begrüßte besonders Senator Richard *Becker*.[2]

Senator BECKER gab in einer kurzen Erklärung seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen und Opfer der Parteifreunde an der Saar, die zu dem großen Erfolg der Rückkehr der Saar nach Deutschland geführt hätten, nicht umsonst gewesen seien, sondern daß es gelingen möge, die Einheit der Partei an der Saar zu erhalten. Er bat den Bundesvorstand, *Döring* zur Vorbereitung des Parteitages nach Saarbrücken zu entsenden[3], um innerhalb des Landesverbandes zu vermitteln.[4] Der Bundesvorstand beschloß, *Döring* mit dieser Mission zu beauftragen.

1. BERUFUNG DES NEUEN BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS[5]

Dr. MENDE teilte mit, daß Minister Dr. *Haußmann* eine Vertagung der Berufung des neuen Bundesgeschäftsführers beantragt habe. Er stellte an den Bundesvorstand die Frage, ob die Berufung jetzt stattfinden solle oder nicht.

RUBIN wies darauf hin, daß die Entscheidung jetzt fallen müsse, weil es sonst nicht möglich sei, einen geordneten Übergang in der Geschäftsstelle zu schaffen.

DÖRING sprach sich für eine Verschiebung der Entscheidung aus, weil Bedenken Nordrhein-Westfalens gegen die Berufung Dr. *Wittes*[6] beständen. Diese Bedenken betreffen nicht die politische Qualifikation, sondern lägen mehr im persönlichen Bereich.

VON KÜHLMANN-STUMM sprach sich ebenfalls für eine Vertagung aus. Die Entscheidung sei schlecht vorbereitet. Die Personalpolitik der letzten Zeit habe gezeigt, daß bei längerem Suchen mehrere geeignete Kandidaten für die verschiedenen Ämter zu finden seien. Es sei im übrigen kein guter Stil, wenn der Bundesvorstand so kurz vor seiner Neuwahl eine derart wichtige Personalentscheidung treffen würde. *Von Kühlmann-Stumm* schlug vor, den ehemaligen Minister *Schwertner*[7] von der Saar über Dr. *Witte* zu hören.

---

2 Mitbegründer und erster Vorsitzender der DPS, erklärter Gegner des von der Bundesregierung 1955 vertretenen Saar-Statuts. Vgl. F. DINGEL, 1983, S. 770, 775.

3 Landesparteitag der FDP/DPS am 6. 5. 1962 in Saarbrücken, der teilweise unter Tumulten verlief. An Stelle von Heinrich *Schneider*, der wegen Divergenzen mit dem übrigen Bundesvorstand den Vorsitz der DPS Mitte Januar 1962 niedergelegt hatte, wurde Arbeitsminister Paul *Simonis* zum Vorsitzenden gewählt. Vgl. Rundschreiben BV 68/62 vom 9. 5. 1962 an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP (ADL, A 2-83); K. J. KÖRPER, 1968, S. 126.

4 Hauptstreitpunkt war der ausdrücklich „nicht-liberale" Kurs der DPS unter Heinrich *Schneider*, der die Partei seit ihrer Wiedergründung 1955 bis zur Niederlegung des Vorsitzes Mitte Januar 1962 geführt hatte. Zudem lehnte *Schneider* die Koalition von CDU, CSU und FDP unter *Adenauer* nachdrücklich ab. Vgl. F. DINGEL, 1983, S. 770, 785, 802.

5 Berufen wurde am 6. 9. 1962 Hans Dietrich *Genscher*. Vgl. Nr. 30 TOP 3.

6 Dr. Barthold C. *Witte*, 1961 Vertreter des DJD bei einer Sitzung des Bundesvorstandes (vgl. Nr. 11), Journalist, früher Mitarbeiter der DPS-Fraktion des Saarländischen Landtags. Siehe unten.

7 Erich *Schwertner*, 1957–1959 Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau des Saarlandes. Vgl. F. DINGEL, 1983, S. 789.

Dr. BORTTSCHELLER sprach sich für die Berufung Dr. *Wittes* aus; der Landesverband Bremen sei dafür.

GLAHN äußerte seine Überraschung darüber, daß plötzlich Bedenken aufgetaucht seien, nachdem in der letzten Bundesvorstandssitzung nur positive Stimmen zu hören waren. In Rheinland-Pfalz habe Dr. *Witte* immer einen guten Eindruck hinterlassen.

MÜLLER-LINK wies darauf hin, daß die Vertreter des Landesverbandes Saar sich in der letzten Sitzung positiv über Dr. *Witte* geäußert hätten.[8] Gewisse Intrigen im Bereich der Deutschen Jungdemokraten dürfe man nicht zu ernst nehmen. Auf jeden Fall sei davor zu warnen, das Amt des Bundesgeschäftsführers in den Proporz der Landesverbände bei der Auseinandersetzung um die Vorstandswahl einzubeziehen.

Frau Dr. ILK betonte, daß Dr. *Witte* s. Zt. versucht habe, Minister *Schäfer* von seinem Entschluß abzubringen, von der FDP zur FVP überzutreten.[9]

DÖRING sagte, daß er sich nicht anmaße, ein charakterliches Werturteil zu fällen, aber auf bestimmte Stimmungen aufmerksam machen müsse, die vor einer Entscheidung überwunden werden müssen.

LIEBIG (DJD) gab seinen Eindruck wieder, daß Dr. *Witte* innerhalb der Deutschen Jungdemokraten durchaus korrekt gewirkt habe. Sein Versuch, einen Wechsel im Vorstand zu erreichen, habe nichts mit Intrigen zu tun gehabt.

SIMONIS wiederholte, daß die Saar positiv zu Dr. *Witte* stehe und er der bestmögliche Kandidat sei.

RUBIN warnte nochmals vor einer Vertagung und bezeichnete es als gefährlich, die Berufung des Bundesgeschäftsführers dem Urteil der Landesgeschäftsführer zu überlassen.

KOHL gab zu bedenken, daß die politische Einstellung von Dr. *Witte* vielleicht doch zu einseitig sei.

Senator BECKER bezeichnete Dr. *Witte* als sehr zuverlässig und intelligent. Er habe seine Arbeit in der Geschäftsstelle der DPS-Fraktion so gut gemacht, daß sein Nachfolger ihn nicht voll ersetzten konnte.

Dr. HAAS warnte vor einer endgültigen Entscheidung, wenn die Meinungen so wenig klar seien.

Dr. STARKE bezeichnete es als verhängnisvoll, einen Bundesgeschäftsführer mit Mehrheitsentscheidung zu berufen, wenn eine Gruppe für und eine andere gegen ihn sei.

Dr. MENDE schlug als Kompromiß zu den Anträgen *Rubin* und *von Kühlmann-Stumm* vor, die Entscheidung auf Anfang Mai zu vertagen.

FLACH wies darauf hin, daß der Bundesvorstand sich bei einer Vertagung der Entscheidung möglicherweise nach einem neuen Kandidaten umsehen müsse.

---

8 Vgl. die Stellungnahmen von *Wedel* und *Simonis* in Nr. 22 unter TOP 4.
9 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

Er werde Ende April ausscheiden und die Geschäfte seinem Stellvertreter Dr. *Gentner* übergeben.

Dr. ACHENBACH beantragte, Dr. *Witte* auf jeden Fall zu hören, da er geladen sei.

Dr. MENDE sagte, daß Dr. *Witte* sich vorstellen solle, ihm aber vorher gesagt werden müsse, daß die Entscheidung erst Anfang Mai fallen könne.

Dr. WITTE wies darauf hin, daß es ihm aus Termingründen nicht leicht sei, eine Vertagung auf Anfang Mai hinzunehmen. Ein späterer Termin sei aufgrund seines gegenwärtigen Arbeitsverhältnisss nicht möglich. Dr. WITTE wies darauf hin, daß der Bundesgeschäftsführer auf drei Ebenen das verbindende und ausgleichende Element sein müsse und gleichzeitig Initiative zu entfalten habe:

1. im Verhältnis Bundesvorstand und Landesverbände;
2. im Verhältnis Bundespartei und Bundestagsfraktion und
3. im Verhältnis FDP und Koalition.

Die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers sei politischer und organisatorischer Art. In der Politik habe er der Stabschef für die Formung des politischen Bildes der Partei zu sein, an der Weiterentwicklung der Programmatik zu arbeiten und auf die Publizistik der Partei Einfluß zu nehmen. In der politischen Tagesarbeit sei eine bessere Aufteilung zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion möglich. In der Organisation habe der Bundesgeschäftsführer vor allem für eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit auch zwischen den Wahlen zu sorgen und auf Wandlungen in der Parteistruktur im Hinblick auf die moderne Gesellschaft hinzuwirken. Abschließend betonte Dr. *Witte,* daß er sich nicht länger als über die nächste Bundestagswahl hinaus binden wolle.

2. und 3. BERICHT DER AMERIKA-REISE DR. MENDES; BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE sprach den Dank des Bundesvorstandes an den Haushaltsausschuß des Bundestages für dessen Unterstützung des Etatausgleichs aus. Er wies dann auf einige bevorstehende Personalentscheidungen innerhalb der Bundesregierung hin.[10] Der Bundesvorstand müsse Minister *Lenz* in seinem Bestreben bestärken, die Aufsichtsräte der bundeseigenen Betriebe oder der Betriebe mit Bundesbeteiligungen einer modernen Betriebsführung anzupassen und nicht als Abstellgleis für pensionierte höhere Beamte zu benutzen.

10 Gemeint ist möglicherweise die Besetzung der von der FDP beanspruchten Staatssekretärsstellen. Vgl. Nr. 21 Anm. 21–23.

Dr. MENDE gab dann einen eingehenden streng vertraulichen Bericht über die politischen Ergebnisse seiner Amerikareise[11] und die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik.[12]

FLACH und GENSCHER ergänzten den Bericht über die USA-Reise[13] und wiesen auf den großen Erfolg dieser Reise hin, bei der es Dr. *Mende* gelungen sei, falsche Vorstellungen über die FDP zu korrigieren und eine Reihe wertvoller Verbindungen herzustellen. Der Bundesvorstand behandelte in einer eingehenden Aussprache den Bericht Dr. *Mendes.*

Anschließend diskutierte der Bundesvorstand nach kurzen Ausführungen von MÜLLER-LINK und einer Erwiderung von Dr. STARKE die Frage einer Aussetzung des § 7 b des Einkommensteuergesetzes.[14] Der Bundesvorstand forderte die Länder und Gemeinden auf, den vom Bund beschlossenen Baustopp für öffentliche Repräsentativbauten mitzumachen.[15]

Die Punkte

11 In seinem Bericht über seine USA-Reise (vgl. Nr. 20 Anm. 2) zeigte sich *Mende* beeindruckt von seinem Gespräch mit Präsident *Kennedy* am 19. 3. 1962 und ernüchtert von dem, was er im State Department von den dortigen Europa- und Deutschland-Experten, aber auch von Mitgliedern des Kongresses über die amerikanische Lagebeurteilung erfahren hatte. *Mende* zufolge wollten die USA zwar ihre originären Rechte in Berlin wahren, sähen aber eine de-facto-Anerkennung der DDR als unausweichlich an. Vgl. K. MOERSCH, 1978, S. 49 f.

12 Die deutschlandpolitische Diskussion in der FDP hatte zu dieser Zeit einen neuen Anstoß erhalten durch die im März 1962 von Wolfgang *Schollwer* vorgelegte Denkschrift zur deutschen Frage, die einige Jahre später als *Schollwer*-Denkschrift Aufsehen erregte. In ihr zog *Schollwer* u. a. den damals überraschenden Schluß, daß die Bundesrepublik eine Deutschlandpolitik formulieren müsse, die zu einer Entkrampfung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR führen könne. Es gelte, die zentrifugalen Tendenzen in Deutschland abzustoppen. Die Wiedervereinigung sei ein Fernziel, das Nahziel heiße Verklammerung der beiden deutschen Teile. Vgl. Denkschrift von W. Schollwer zur deutschen Frage: Verklammerung und Wiedervereinigung, in: DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, IV. Reihe/Bd. 8-1962, 1977, S. 376–389; K. MOERSCH, 1978, S. 44–48.

13 Bundesgeschäftsführer *Flach* und Fraktionsgeschäftsführer *Genscher* hatten *Mende* auf seiner Amerikareise begleitet. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 28.

14 Die FDP-Fraktion hatte mit Datum vom 6. 4. 1962 den Entwurf eines Gesetzs zur Änderung des Einkommensteuergesetzes i. d. F. vom 15. 8. 1961 (BGBl. I, S. 1253) im Bundestag eingebracht. Danach sollten die Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b bei den Gebäuden, bei denen der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 5. 4. 1962 und vor dem 1. 1. 1963 erteilt worden ist, aufgehoben werden, soweit es sich nicht um Eigenheime, Kaufeigenheime oder eigengenutzte Eigenheime handelte. Vgl. 4. BT ANLAGEN Bd. 78, Drucks. Nr. 342.

15 Die FDP-Fraktion hatte mit Datum vom 6. 4. 1962 den Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Errichtung oder Veränderung von Verwaltungs-, Büro- und Repräsentationsgebäuden im Bundestag eingebracht. Vgl. 4. BT ANLAGEN Bd. 78, Drucks. Nr. 341. Vgl. Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. 6. 1962 (BGBl. I, S. 365).

4. und 5. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES; VERSTÄRKUNG DER KULTURPOLITISCHEN ARBEIT

wurden vertagt.

6. VERSCHIEDENES

Der Bundesvorstand beschloß, den Bundesschatzmeister zu ermächtigen, einen Betrag aus den öffentlichen Mitteln der Bundestagsfraktion zum Einstellen von vier weiteren Assistenten zur Verfügung zu stellen. Die Einzelheiten sollen in Verhandlungen zwischen Bundesschatzmeister und Fraktionsvorstand festgelegt werden.

Der Bundesvorstand beschloß, dem Antrag des Jugendausschusses stattzugeben, sich künftig „Jugendpolitischer Ausschuß der FDP" zu nennen. Er berief den Bundestagsabgeordneten *Kubitza* zum Vorsitzenden und Peter *Brenner* (Stuttgart) zu seinem Stellvertreter.[16]

Der Bundesvorstand bestellte ferner den Bundestagsabgeordneten *Opitz* zum Vorsitzenden und den Bundestagsabgeordneten *Soetebier* zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Mittelstandsausschusses der FDP.[17]

16 Vgl. Nr. 28, Anlage Ziffer 5.
17 Vgl. Nr. 28, Anlage Ziffer 11.

## 24.

## 5. 5. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Gentner. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. Mai 1962 in Bonn, Bundeshaus, Sitzungszimmer der Fraktion." Beginn: 10.10 Uhr.**

Teilnehmer: Atzenroth, Bezold (i. V. von Haas), Borttscheller, Brodeßer, Bursig, Daub (DJD), Döring, Feuerherdt, Flach, Genscher, Gentner, Glahn, Haferland, Haußmann, Herbst, Hoppe, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohl, Kreitmeyer (i. V. von Graaff), Frhr. von Kühlmann-Stumm, Leverenz, Lüder (LSD), Marx, Mende, Moersch, Müller-Link, Schollwer, Simonis, Starke, Walper, Weyer.[1]

Dr. MENDE eröffnete die Sitzung und stellte ausdrücklich fest, daß alle Landesverbände vertreten sind, so daß die Berichterstattung durchaus sichergestellt sei.

1 Entschuldigt waren *Borm, Bucher, Thomas Dehler, Erbe, Lenz,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Rubin, Scheel, Stammberger* und *Starke.*

Zur Tagesordnung stellte Dr. MENDE zu Beginn fest, daß Punkt 4) auf Antrag von Dr. *Starke* auf die nächste Sitzung (nach dem Bundesparteitag) verschoben werden soll.[2] Ebenso wird vorgeschlagen, Punkt 5) zu verschieben.[3]

Die übrigen Punkte der Tagesordnung sollen wie vorgesehen behandelt werden.

Vor Eintritt in die Diskussion zu Punkt 1) der Tagesordnung sprach der Vorstand kurz über die Frage eines ständig gleichen Sitzungstages. Der Bundesvorstand beschloß, grundsätzlich seine Sitzungen freitags abzuhalten. Der Bundesvorsitzende wird nach dem Bundesparteitag[4] einen Brief an alle Bundesvorstandsmitglieder schreiben, daß sie sich jeweils wirklich darauf einrichten, von 14.00 bis 20.00 Uhr anwesend zu sein.

1. BERUFUNG DES NEUEN BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS[5]

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellte einen Antrag auf Vertagung. Der Antrag wurde unterstützt von Herrn BEZOLD, VON KÜHLMANN-STUMM, KOHL, Dr. HAUSSMANN. Gegen eine Vertagung sprachen sich aus BORTTSCHELLER, MÜLLER-LINK.

Dr. MENDE las einen Brief von Dr. *Witte*[6] vor. Daran schloß sich eine Diskussion, in der noch einmal von Dr. LEVERENZ die Grundfrage der Aufgabenstellung behandelt wurde. Diese Diskussion ergab keine endgültige Klarheit.

Herr WEYER stellte die Frage nach anderen Kandidaten. Es wurden genannt: *Hummel*[7], *Brandt*[8], *Genscher*[9] und Vorschlag *Flach* Dr. *Gentner.*[10]

Dr. HAUSSMANN erklärte, daß er ohne Rücksprache mit *Hummel* keine Stellungnahme dazu abgeben könnte.

BEZOLD erklärte, daß er mit Sicherheit annehme, daß *Brandt* nicht kandidieren werde.

GENSCHER lehnte für sich die Kandidatur ab.

Dr. GENTNER verwies auf die grundsätzlichen Überlegungen der Arbeitsteilung, die die entscheidende Grundlage für eine Bewältigung der gesamten Auf-

---

2 Punkt 4: Verhältnis der FDP zu den Gewerbeverbänden. Vgl. Rundschreiben BV 66/62 vom 19. 4. 1962 (ADL, A 2-83). Beratung darüber in Nr. 28 TOP 4.

3 Punkt 5: Verstärkung der kulturpolitischen Arbeit. Vgl. Rundschreiben BV 66/62 vom 19. 4. 1962 (ADL, A 2-83). Beratung darüber in Nr. 29 TOP 1.

4 13. Ordentlicher Bundesparteitag vom 23.–25. 5. 1962 in Düsseldorf.

5 Vgl. zu demselben Thema Nr. 21 TOP 4, Nr. 22 TOP 4 und Nr. 23 TOP 1. In der Diskussion zu diesem TOP äußerten sich einige der hier genannten Redner mehrmals, außerdem *Döring* und *Glahn.* Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 5. 5. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

6 Zur Person des einzigen offiziellen Bewerbers vgl. Nr. 23 Anm. 6.

7 Karl Hermann *Hummel,* Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg (NL Haußmann Q 1/22 Bü 815).

8 Heinz *Brandt,* Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes Bayern (NL Haußmann Q 1/22 Bü 815).

9 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

10 Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers.

gaben darstellt und lehnte aus diesen Gründen eine Kandidatur mit dem Hinweis ab, das bisherige Arbeitsgebiet weiterfortführen zu wollen.

WEYER beantragte, ein kleines Gremium von drei bis vier Herren einzusetzen. Dem widersprach MÜLLER-LINK.

Dr. MENDE nahm den Widerspruch auf und erklärte, daß die Angelegenheit im Gesamtvorstand behandelt und entschieden werden müsse. Dr. MENDE stellte abschließend fest: gegen den Widerspruch von *Müller-Link* und *Borttscheller* und gegen einige Bedenken, die Entscheidung zu Punkt 1) bis auf die erste Sitzung nach dem Bundesparteitag zu vertagen.[11]

Die konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes soll am Freitag, dem 1. Juni, 14.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, stattfinden.[12] Auf der Tagesordnung dieser Sitzung soll der Bundesschatzmeister einen Bericht geben und Vorschläge über die Verwendung der Bundesmittel unter Berücksichtigung der wahlkampfführenden Landesverbände.

2. BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gab eine kurze Vorschau auf den Landesparteitag Saar[13] und anschließend einen Bericht über die Situation in den Parteien. Unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen in der CDU[14] stellte er fest, daß im Augenblick kein Anlaß genommen werden soll, sich publizistisch zu raufen. Die FDP werde in Bezug auf die Außenpolitik die Haltung der *Schröder*-Gruppe unterstützen. Weiter wies Dr. MENDE auf die Auseinandersetzungen der SPD-Parteiführung mit einzelnen Bezirksverbänden hin.[15] Der Kurs der SPD in Nordrhein-Westfalen sei ein Anlaß, in einzelnen Fragen eine aggressive Auseinandersetzung zu führen.

Die Fortsetzung der Auflösung des BHE würde jetzt auch in den Ländern Bayern und Niedersachsen beschleunigt weitergehen.[16]

Zur außenpolitischen Lage berichtete Dr. MENDE über die Besprechung mit Außenminister *Schröder* und über die Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages.[17] Dieser Bericht wurde als besonders vertraulich erklärt.

---

11 Die Entscheidung fiel in der Vorstandssitzung vom 6. 9. 1962 zugunsten von Hans-Dietrich *Genscher*. Vgl. Nr. 30 TOP 3.

12 Satzungsgemäß war der Bundesvorstand alle zwei Jahre neu zu wählen. Vgl. Nr. 27 Anm. 2.

13 Vgl. Nr. 23 Anm. 3. Nach W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 5. 5. 1962 sprach *Mende* zuerst vom Parteitag in Husum und einer „Verstärkung des ländlichen Elements". (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

14 Streitpunkte innerhalb der CDU waren neben der Nachfolge *Adenauers* und der Alternative einer Großen Koalition vor allem konzeptionelle Gegensätze in der Außenpolitik. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 241–246; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 606 f., 610–646.

15 Zur Organisationsentwicklung der SPD nach dem Stuttgarter Reformparteitag von 1958 und zur Machtkonzentration an der Spitze vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 570–578.

16 Der GB/BHE, der bei den Bundestagswahlen 1957 an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert war, hatte sich im April 1961 mehrheitlich mit der DP zur Gesamtdeutschen Partei zusammengeschlossen. Diese war bei den Bundestagswahlen 1961 ebenfalls an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert. Vgl. Nr. 8 Anm. 10, Nr. 17 Anm. 33.

17 Unmittelbar nach den Bundestagswahlen 1961 hatte eine neue Runde von Sondierungen über

Der Bundesvorstand stellte erneut die Auffassung der FDP zu den im Bericht Dr. *Mendes* angesprochenen außenpolitischen Fragen fest. Eine außenpolitische Debatte im Deutschen Bundestag wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig gehalten.

Der wesentliche Inhalt der Ausführung Dr. *Mendes* ist in der Erklärung zusammengefaßt, die der Bundesvorstand nach der Bundesvorstandssitzung abgab (siehe Anlage).[18]

Zur innenpolitischen Lage stellte Dr. MENDE noch einmal die derzeitige allgemeine gute Position der Partei fest. Er beurteilte die Lage vor dem Bundesparteitag optimistisch.

DÖRING berichtete über seine Verhandlungen mit der Demokratischen Partei Saar. Er hofft, daß der Parteitag ohne größere Schwierigkeiten abgewickelt werden kann. Dr. *Schneider* kandidiert nicht mehr für das Amt des Parteivorsitzenden.[19] Auf dem Parteitag in Saarbrücken werden außer Dr. *Mende Döring* und Dr. *Gentner* vertreten sein. Es wurde noch kurz über die notwendigen Satzungsänderungen der DPS gesprochen, die Voraussetzung für eine weitere Eingliederung sind. Bestimmte Artikel der bisherigen Satzung widersprechen der Bundessatzung.[20]

Der Bundesvorstand führte eine ausführliche wirtschaftspolitische Debatte. Dr. MENDE, ergänzt von VON KÜHLMANN-STUMM, berichtete über die Volkswagenpreise und die Diskussion über die Zollsenkung. Der Bundesvorstand verabschiedete zum Abschluß seiner Diskussion nachfolgende Erklärung[21]:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat sich heute in Bonn ausführlich mit der wirtschaftspolitischen Situation beschäftigt. In einer Erklärung wurde darauf verwiesen, daß die Freien Demokraten alle marktgerechten Maßnahmen zur Dämpfung des Preisauftriebes und zum Stopp der Lohn-Preis-Spirale energisch unterstützen, damit die Stabilität des Geldwertes gesichert werden kann.

An erster Stelle ist es nach Auffassung der Freien Demokraten die Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zurückzustellen, damit von der Öffentlichen Hand her die Nachfrage gedämpft wird. Mit Verwunderung hat der FDP-Bundesvorstand aus einem Interview zur Kenntnis genommen, daß der Wirtschaftspolitiker des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig *Rosenberg,* in der Frage der Geldwertstabilität eine Meinung vertritt[22], die sich nicht mit dem Ziel einer langfristigen Stabilität, und damit dem Ziel der Erhaltung der Arbeitsplätze, vereinbaren läßt.

---

die Berlin- und Deutschlandfrage eingesetzt, die erst im März 1963 zu einem gewissen Abschluß kam. Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 239–254.

18 Siehe dort.

19 Vgl. Nr. 23 Anm. 3.

20 Zur Eigenständigkeit der DPS vgl. Nr. 2 Anm. 22.

21 Abgedr. in fdk Nr. 56/62 (T) vom 5. 5. 1962. Der Erklärung ging eine Diskussion zwischen *Müller-Link* (mehrmals), *Bezold,* Frau *Ilk* und *Döring* voraus. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 5. 5. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

22 Vgl. „Wo sich alle verrückt benehmen. . .", „Spiegel"-Gespräch mit dem stellv. Vorsitzenden

Der Bundesvorstand der FDP sprach auf der gleichen Sitzung die Erwartung aus, daß der Streit zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und der Geschäftsführung des Volkswagenwerkes alsbald beigelegt werde[23], zumal sich inzwischen ergeben hat, daß die Erhöhung der Inlandspreise beim VW 1 200 dem Werk nur eine jährliche Mehreinnahme von netto 30–40 Millionen DM bringen würde, was im Vergleich zur neuerdings gebildeten Rücklage von 1/2 Milliarde DM sehr bescheiden sei.

Die FDP anerkenne voll die Gesetze der Marktwirtschaft. Sie erwarte aber von einem so einflußreichen Unternehmen wie dem Volkswagenwerk, daß es eine Politik der Stabilität unterstütze.

Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion der FDP wurden vom Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei aufgefordert, geeignete Maßnahmen einzuleiten, die verhindern, daß in diesem Streit zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und der VW-Geschäftsführung das Vertrauen in die Autorität der Bundesregierung geschmälert wird."

3. STAND DER VORBEREITUNGEN ZUM BUNDESPARTEITAG

stellte Dr. MENDE fest, daß für den Anfang der kommenden Woche die Entscheidung des Arztes zu erwarten sei, ob Dr. *Stammberger* auf dem Bundesparteitag sprechen kann.[24] Die Frage stellte sich, ob über das Thema gesprochen werden soll, wenn Dr. *Stammberger* nicht kann. Es würden dann die Herren Dr. *Haußmann* und Dr. *Leverenz* als Referenten in Frage kommen. Möglich sei auch eine Änderung des Themas für den dritten Tag und Übernahme des Referates durch einen anderen Bundesminister.[25]

Die Referenten und die Leiter der Arbeitskreise würden noch von Dr. *Mende* in der kommenden Woche zu einer Arbeitssitzung zusammengerufen.

Dr. GENTNER wies noch einmal auf gewisse Schwierigkeiten des Bundesparteitages hin: u. a. die beengten Raumverhältnisse, die zu erwartenden Störungen durch den Abbau der DRUPA und den Aufbau der am 28. 5. beginnenden IGEDO.

Dr. MENDE wies darauf hin, daß die nächste Sitzung des Bundesvorstandes – wie bereits angekündigt – am 23. Mai, 10.30 Uhr in Düsseldorf stattfindet. Einziger Punkt der Tagesordnung: „Bundesparteitag".[26]

---

des DGB, *Rosenberg*, in: DER SPIEGEL Nr. 18 vom 2. 5. 1962, S. 38–52. Aus der Sicht der FDP hatte *Rosenberg* damit enthüllt, daß die wirtschaftspolitischen Überlegungen im DGB „verworren und gefährlich sind." So fdk 13. Jg., Nr. 35 vom 4. 5. 1962, S. 8.

23 *Erhard* hatte am 26. 4. 1962 an die Autoindustrie appelliert, Preiserhöhungen rückgängig zu machen, was vom Volkswagenwerk abgelehnt wurde. Zur Kontroverse zwischen Erhard einerseits und VW und dem BDI andererseits vgl. AdG 1962, S. 9863 A; fdk 13. Jg., Nr. 34 vom 2. 5. 1962, S. 5 f.

24 Sprechen sollte der Justizminister über das Thema „Der Mensch im Mittelpunkt des Rechts". Vgl. Nr. 22 TOP 2.

25 An Stelle von *Stammberger* sprach am 25. 5. 1962 *Lenz* über das Thema „Eigentumspolitik in unserer Zeit". (ADL, A 1-200, pag. 64-82).

26 Vgl. Nr. 25.

ANLAGE
FÜR ENGE UND VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN USA
*Mende* billigt grundsätzlich amerikanisches Berlin-Konzept.

Bonn. (fdk)[27] Für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten insbesondere auch bei der Lösung des Berlin-Problems sprach sich der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Dr. Erich *Mende,* am Samstag in Bonn aus. *Mende,* der vor dem FDP-Bundesvorstand einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen auf dem innen- und außenpolitischen Gebiet gab, hob hervor, daß der Versuch des Ostens, das freie Deutschland von seinen Verbündeten, insbesondere von der Führungsmacht der westlichen Welt, zu trennen, gerade im Interesse des deutschen Volkes unter allen Umständen vereitelt werden müsse.

„Die Lage Berlins", so erklärte der FDP-Vorsitzende, „macht es zwingend notwendig, jetzt einen Versuch zu unternehmen, mit der Sowjetunion zu annehmbaren Vereinbarungen über die deutsche Hauptstadt zu kommen. Die Grenze der westlichen Zugeständnisse ist durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, die Freiheit und Sicherheit West-Berlins ohne Einschränkung zu wahren. Freiheit und Sicherheit der Stadt aber setzen die Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin, die Sicherheit der Verbindungswege nach Berlin und die Aufrechterhaltung in seinen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zur Bundesrepublik voraus. Sie sind deshalb nicht verhandlungsfähig.

Von diesen unabdingbaren Vorbehalten des Westens abgesehen aber gibt es sicherlich eine Reihe von Fragen, in denen ein Kompromiß mit der Sowjetunion möglich sein sollte." *Mende* verwies in diesem Zusammenhang auf das amerikanische Verhandlungskonzept für Berlin, dessen Gedanken grundsätzlich gebilligt werden. Welche Bedenken man auch immer gegen den einen oder anderen Punkt des vorzeitig bekanntgewordenen amerikanischen Berlin-Vorschlages[28] haben kann, die Absicht der Vereinigten Staaten, durch eigene konkrete Vorschläge in der Berlin-Frage die Initiative für den Westen zu gewinnen und damit der Gefahr neuerlicher Überrumpelungen durch den Osten zu entgehen, könnte nur gut geheißen werden.

---

27 Veröffentlicht in fdk Nr. 55/62 (T) vom 5. 5. 1962.

28 Den in Bonn veröffentlichten Informationen zufolge sahen die amerikanischen Vorschläge u. a. vor: 1. eine Verpflichtung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, Kernwaffen an andere Länder nicht weiterzugeben; 2. einen Austausch von Nichtangriffserklärungen zwischen den NATO-Staaten und den Warschauer Paktstaaten; 3. eine Internationale Behörde zur Kontrolle der Zugangswege nach West-Berlin mit Ausnahme des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs (da ihn die DDR bereits jetzt kontrolliert), der auch Vertreter West- und Ost-Deutschlands angehören würden; 4. die Errichtung einer Anzahl gesamtdeutscher Komitees, um technische Kontakte und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zustandezubringen; 5. keine Änderung der deutschen Grenzen bis zur Wiedervereinigung und bis zu einer gesamtdeutschen Regelung. Der deutsche Botschafter in Washington, *Grewe,* und die Bundesregierung bedauerten die Indiskretion, wiesen aber eine Verantwortlichkeit der Bundesrepublik zurück. Vgl. AdG 1962, S. 9831 B Ziffer 1.

„In diesem Zusammenhang möchte ich dem Bundesaußenminister[29] sehr nachdrücklich zustimmen" sagte der Parteivorsitzende, „wenn er dieser Tage in Athen[30] davor warnte, den Amerikanern bei ihren Bemühungen um einen Modus vivendi in der Berlin-Frage in den Rücken zu fallen. Aufgabe gerade der deutschen Politik muß es sein, jeden Versuch zu unterstützen, die Kriegsgefahr zu beseitigen und die Sowjetunion für annehmbare Lösungen der deutschen und internationalen Probleme zu gewinnen. Die Tatsache, daß Moskau bisher die amerikanischen Vorschläge nicht akzeptiert hat, spricht eher für als gegen sie. Der harte Angriff der „Prawda" vom Donnerstag gegen die amerikanische Berlin-Politik zeigt, daß die Behauptung, die USA befänden sich in der Berlin-Frage gewissermaßen auf einem „Kapitulationskurs", gegenstandslos ist. Andererseits geht jedoch Moskau einen gefährlichen Weg, wenn es tatsächlich auf seinem „Alles-oder-Nichts-Standpunkt" in der Berlin-Frage verharren sollte. Denn ohne weitgehende Konzessionen auch von östlicher Seite wird man keinen Schritt vorankommen und die gefährlichen Spannungen zwischen Ost und West nicht vermindern."

Gegenüber dem von einigen CDU-Abgeordneten vorgetragenen Wunsch, in Kürze eine außenpolitische Debatte im Bundestag vorzunehmen, äußerte Dr. *Mende* Bedenken. Der Außenpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages habe am 19. April die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche eingehend erörtert. Diese Aussprache, so sagte Dr. *Mende,* sollte zunächst fortgesetzt werden, denn eine außenpolische Debatte könnte gegenwärtig für die weiteren Gespräche Washington-Moskau über das Berlin-Problem eine Belastung darstellen.

29 Gerhard *Schröder.*

30 Tagung des Ministerrates der NATO in Athen vom 4. bis 6. Mai 1962. Vgl. AdG 1962, S. 9845 B.

## 25.

## 23. 5. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 23. Mai 1962 in Düsseldorf, Gaststätte „Teehaus" an der Rennbahn." 11.00 Uhr–13.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Daub (DJD), Thomas Dehler, Döring, Eisenmann, Engelhard, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Graaff, Haas, Haferland, Haußmann, Herta Ilk, Kirchhoff, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Leverenz, Lüder (LSD), Marx, Mende, Moersch, Rubin, Schollwer, Simonis.[1]

1 Entschuldigt waren *Erbe, Glahn, Hoppe, Lenz,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Mischnick, Scheel, Stammberger, Starke* und *Weyer.*

Zu Beginn der Sitzung teilte Dr. MENDE mit, daß zum Mittagessen die in Düsseldorf[2] anwesenden Vertreter der ausländischen Liberalen Parteien erwartet werden.

[BUNDESPARTEITAG; NEUWAHL DES BUNDESVORSTANDES]

Der Bundesvorstand beschäftigte sich mit Protokollfragen der Begrüßungen auf dem Bundesparteitag. Es wurde festgelegt, keine lange Begrüßungsliste vorzutragen. Als Sprecher sollten nur auftreten der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes und als Repräsentant der anwesenden Vertreter der ausländischen Liberalen Parteien nur der Präsident des Europarates Per *Federspiel,* Kopenhagen.[3]

Anschließend wurde auch über die voraussichtliche Kandidatur für die Neuwahl des Bundesvorstandes gesprochen.[4] Außerdem [wurden] nochmals einige Einzelfragen über den Ablauf des Bundesparteitages festgelegt.

Ab 12.30 Uhr nahmen die Gäste an der Sitzung teil.

---

2 Tagungsort des 13. Ordentlichen Bundesparteitages vom 23.–25. 5. 1962.
3 Vgl. Protokoll des 13. Ordentl. Bundesparteitages (ADL, A 1-195).
4 Vgl. Nr. 27 Anm. 2.

## 26.

## 12. 6. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Marx. Überschrift: „Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und FDP-Bundestagsfraktion am 12. Juni 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 15.10 Uhr–24.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Bezold (i. V. von Haas), Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Dörinkel, Effertz, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Gerber, Graaff, Haferland, Haußmann, Hofmann, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Lüder (LSD), Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Ordemann, Reichow, Scheel, Schollwer, Schreiber, Starke, Ruth Tangemann, Walper.[1]

Dr. MENDE begründete zu Beginn der Sitzung die Notwendigkeit der gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand.

Die Sitzung wurde in allen Teilen für vertraulich erklärt. Über den Inhalt der Sitzung und die Ergebnisse wird auf das Protokoll der Bundestagsfraktion verwiesen. Siehe Anlage.

---

1 Entschuldigt waren *Borm, Engelhard, Eisenmann, Glahn, Hoppe,* Herta *Ilk,* Eduard *Leuze, Leverenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Müller-Link, Rubin* und *Weyer.*

ANLAGE

zum Protokoll der Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 12. Juni 1962 (Abschrift)

Deutscher Bundestag Bonn, den 13. Juni 1962
FDP-Fraktion Nr. 16/62

Zusammenstellung der Beschlüsse der Fraktion vom 12. und 13. Juni 1962

I. FRAKTIONSARBEIT

1. Es wurde einstimmig der Beschluß der Vertraulichkeit der Sitzung vom 12. Juni 1962 gefaßt.

2. Die Fraktion lehnt die Teilnahme von Ausschußvorsitzenden der Bundespartei[2] an der Sitzung ab.

3. Auf Antrag von *Döring* akzeptiert die Fraktion als Grundlage für die Verhandlung vom Mittwoch, den 13. Juni 1962, das folgende:

1. Seit dem 15. März 1962 ist kein neues Argument hinzugekommen, das geeignet ist, die damals beschlossene Haltung im Koalitionsausschuß[3] zur Frage der Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst[4] zu verändern.
2. Eine Berücksichtigung der Wünsche der Öffentlichen Bediensteten durch Streichungen im Haushalt ist nicht zu vertreten, wenn man nicht andere Forderungen, wie die Beseitigung von Kriegsfolgelasten[5], auch berücksichtigt.
3. Verweis auf Folgewirkung einer Veränderung des Standpunkts auf die Wirtschaft und auf die Verhandlungen im Ruhrbergbau.[6] Der Gesamtkomplex erlaubt keine Ausnahme.

Wenn *Adenauer* bei seiner Auffassung bleibt, bedingt das eine neue Fraktionssitzung, vorher sollte keine Kabinettsentscheidung getroffen werden.

4. Dr. *Starke* wird in seiner Haltung in Bezug auf Artikel 112 GG[7] von der Fraktion unterstützt.

---

2 Vgl. Verzeichnis der Vorsitzenden der Fachausschüsse der Bundespartei in Nr. 28, Anlage.

3 Vgl. Nr. 20 Anm. 11.

4 Das Bundeskabinett beschloß am 13. 6. 1962 gegen die Stimmen der FDP-Minister eine 6 %ige Gehaltserhöhung für Angestellte und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes. Der dadurch erforderliche finanzielle Mehraufwand wurde für 1962 auf 155 Mio. DM geschätzt. Vgl. AdG 1962, S. 9913 B.

5 Der Bundesparteitag der FDP hatte am 25. 5. 1962 einstimmig einen Entschließungsantrag in dem Sinne angenommen, daß die Kriegsfolgengesetzgebung (Verbesserung der Kriegsopferversorgung, der Heimkehrerentschädigung und der Lastenausgleichsgesetzgebung einschließlich der Sowjetzonenflüchtlinge) Vorrang vor neuen sozialpolitischen Maßnahmen haben müsse. Vgl. fdk 13. Jg., Nr. 50 vom 29. 6. 1962, S. 2–4.

6 Am 14. 6. sprachen sich die Mitglieder der IG Bergbau und Energie sowie der DAG in einer Urabstimmung für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung einer 10–15 %igen Lohnerhöhung aus. Nachdem die Bundesregierung den Bergbauunternehmern Mittel für Rationalisierungsmaßnahmen und die Unternehmer eine 7 %ige Lohnerhöhung bei einem Zuschlag von DM 2,– für Nachtarbeit zugesagt hatten, wurde der Streik sine die vertagt. Vgl. AdG 1962, S. 9945 C.

7 Vgl. Art. 112 GG: „Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustim-

5. Die Fraktion wird der arbeitsrechtlichen Lösung bei der Lohnfortzahlung, die zusammen mit der Krankenversicherung in Kraft gesetzt wird[8], nur dann zustimmen, wenn daraus insgesamt gesehen keine Mehrbelastung für die Wirtschaft resultiert. Diese Erklärung hat *von Kühlmann* für die Fraktion Minister *Blank*[9] gegenüber abgegeben. Die Fraktion akzeptiert diese Erklärung.

II. VORBEREITUNG DER TAGESORDNUNG

Von den 36 Punkten der Tagesordnung des Deutschen Bundestages vom 13. Juni 1962[10] sind nur zu den im folgenden genannten Punkten Ausführungen zu machen. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden im Plenum nicht debattiert.

5. 1. Beratung des von den Abgeordneten Dr. *Rutschke, Ramms,* Dr. *Diemer-Nicolaus, Keller, Opitz, Murr, Ollesch* und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes – Drucks. IV/404.[11] Hierzu soll eine Begründung zu Protokoll gegeben werden.

13. 1. Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1962 – Drucks. IV/436[12] –. Hierzu soll eine schriftliche Begründung gegeben werden.

18. 1. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Personalvertretungen im Bundesgrenzschutz – Drucks. IV/451[13] –. Hierzu soll evtl. eine Debatte stattfinden. *Dürr*[14] wird gebeten, einen Abgeordneten aus dem Innenausschuß zu bitten, sich hierfür bereitzuhalten.

24. Koalitionsantrag betreffend Kreditversorgung des Mittelstandes – Drucks. IV/192[15] –, SPD-Antrag betr. Förderung der Mittelschichten – Drucks. IV/246[16] –, Koalitionsantrag betr. stärkere Berücksichtigung freier Berufe bei staatlichen Aufträgen – Drucks. IV/384[17] – Sprecher *Opitz,* evtl. Dr. *Imle.*

35. Mündlicher Bericht des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.[18] – Es wird evtl. eine Erklärung dazu abgegeben.

---

mung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und abweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Näheres kann durch Bundesgesetz bestimmt werden."

8 Vgl. Nr. 3 Anm. 25, Nr. 19 Anm. 85.

9 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

10 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 33. Sitzung vom 13. 6. 1962, S. 1371 A ff.

11 4. BT ANLAGEN, Bd. 78, Drucks. Nr. 404 vom 15. 5. 1962.

12 4. BT ANLAGEN, Bd. 78, Drucks. Nr. 436 vom 30. 5. 1962.

13 4. BT ANLAGEN, Bd. 79, Drucks. Nr. 451 vom 6. 6. 1962.

14 Wahrscheinlich Hermann *Dürr,* MdB.

15 4. BT ANLAGEN, Bd. 77, Drucks. Nr. 192 vom 15. 2. 1962.

16 4. BT ANLAGEN, Bd. 77, Drucks. Nr. 246 vom 13. 3. 1962.

17 4. BT ANLAGEN, Bd. 78, Drucks. Nr. 384 vom 9. 5. 1962.

18 4. BT ANLAGEN, Bd. 78, Drucks. Nr. 349 vom 26. 3. 1962, Schriftl. Bericht des 21. Ausschusses.

Die bisher aufgeführten Punkte werden am Mittwoch behandelt.[19]

36. Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Krankenversicherung, Lohnfortzahlung und Kindergeld – Drucks. IV/215[20] –.
Die Debatte findet am Freitag, den 15. Juni 1962, statt.[21]
Sprecher *Spitzmüller*, Dr. *Danz*.

III. ANTRÄGE UND ANFRAGEN

1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zollgesetzes (Fraktionsumdruck 16/62)[22]

   b) Entwurf eines Abschöpfungserhebungsgesetzes (Fraktionsumdruck 13/62) (neu)[23]

   c) Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der EWG (Fraktionsumdruck 15/62) (neu)[24]

   d) Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch), Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch) des Rates der EWG sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft (Fraktionsumdruck 14/62) (neu)[25]

Es soll mit der CDU mit dem Ziel verhandelt werden, daß die im Zusammenhang mit den genannten Gesetzen zu erlassenden Rechtsverordnungen dem Parlament vorzulegen sind, d. h. daß hier ein Verfahren entsprechend dem § 96 der Geschäftsordnung[26] zur Anwendung kommt.[27]

2. Große Anfrage der Fraktion der FDP betr. Gemeinsame Agrarmarktordnung in der EWG (Fraktionsumdruck IV/17).[28]
Die Fraktion akzeptiert die Große Anfrage laut Fraktionsumdruck IV/17 mit folgenden Änderungen:

Zu Frage 1: In der 3. Zeile wird das Wort „auf" nach „EWG" gestrichen und an den Schluß der Frage gesetzt.

Zu Frage 2: Der Frage 2 wird die bisherige Frage 7 als Absatz 2 angefügt.

---

19 4. BT Sten. Ber., Bd. 51, 33. Sitzung vom 13. 6. 1962, S. 1387 C.
20 4. BT Anlagen, Bd. 77, Drucks. Nr. 215 vom 22. 2. 1962.
21 4. BT Sten. Ber., Bd. 51, 35. Sitzung vom 15. 6. 1962, S. 1449 B–1469 B.
22 4. BT Anlagen, Bd. 79, Drucks. Nr. 466 vom 13. 6. 1962.
23 4. BT Anlagen, Bd. 79, Drucks. Nr. 464 vom 13. 6. 1962.
24 4. BT Anlagen, Bd. 79, Drucks. Nr. 463 vom 13. 6. 1962.
25 4. BT Anlagen, Bd. 79, Drucks. Nr. 465 vom 13. 6. 1962.
26 § 96 GO des BT regelt die Behandlung von Finanzvorlagen, die nicht Haushaltsvorlagen i. S. des § 95 GO des BT sind.
27 Die genannten Vorlagen wurden überwiesen an den (19.) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den (16.) Wirtschaftsausschuß, den (17.) Außenhandelsausschuß, wobei jeweils ein Ausschuß federführend war. Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 51, 35. Sitzung vom 15. 6. 1962, S. 1475 C–D.
28 4. BT Anlagen, Bd. 81, Drucks. Nr. 742 vom 15. 11. 1962.

Zu Frage 3: Die endgültige Form der Frage 3 wird zwischen *von Kühlmann*, Dr. *Effertz* und *Logemann* besprochen.

Zu Frage 5: Die Frage 5 wird als vorletzte Frage gestellt. Anstelle von „EWG-Kommission" wird gesetzt „Exekutive". In der 4. Zeile wird „auf dem Agrarsektor" gestrichen.

Zu Frage 6: Die Frage 6 wird als letzte Frage gestellt. In der 2. Zeile werden die Worte „für eine gemeinsame Agrarpolitik" gestrichen und in Zeile 3 wird anstelle von „Beratenden Versammlung und im Sozial- und Wirtschaftsausschuß der EWG" gesetzt „dem Europäischen Parlament und in den Ausschüssen der EWG".

Zu Frage 9: In der letzten Zeile werden die Worte „rechtsgültig werden kann" an den Schluß der Frage gesetzt.

Zu Frage 10: Die Frage 10 wird gestrichen.

## 27.

## 15. 6. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner-Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Marx. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes am 15. Juni 1962 in Bonn, Fraktionssitzungszimmer." Beginn: 14.10 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Erbe, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Gerber, Haas, Haferland, Haußmann, Hoppe, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Leverenz, Logemann, Lüder (LSD), Marx, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Schollwer, Schreiber, Simonis, Walper, Wedel.[1]

[KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES]

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Dr. MENDE die konstituierende Bedeutung dieser Sitzung fest, begrüßte die neuen Mitglieder des Bundesvorstandes.[2] Er wies darauf hin, daß den neuen Bundesvorstand eine aktive Arbeit erwarte.

Auf Antrag des Bundesvorsitzenden beschloß der Bundesvorstand, den neugewählten Vorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, Herrn Günther *Ka-*

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Engelhard, Eisenmann, Glahn,* Herta *Ilk, Kohl,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier* und *Scheel.*

2 Vgl. die Übersicht mit den Namen des Vorsitzenden, der 3 Stellvertreter, des Schatzmeisters und der 13 Beisitzer auf S. LXIX f.

*stenmeyer,* und den Vorsitzenden des Liberalen Studentenbundes Deutschlands, Herrn Wolfgang *Lüder,* zu kooptieren.[3]

Der Bundesvorstand beschloß dann auf Vorschlag von Dr. MENDE eine Aufteilung der Aufgaben unter die stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Sie wird wie folgt vorgesehen:

Bundesschatzminister *Lenz:* zuständig für die Fragen der Gesellschafts- und Kulturpolitik, Verbindungen zum Kabinett und Betreuung der Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern.

Justizminister Dr. *Leverenz:* Koordinierung der Arbeit der Landtagsfraktionen und der Landesregierungen und Betreuung der Landesverbände Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen.

Wolfgang *Döring:* verantwortlich für die Bundesgeschäftsstelle und Betreuung der Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar und Hessen.

Die Betreuung des Landesverbandes Berlin ist eine Aufgabe des gesamten Bundesvorstandes.

Anschließend gab Dr. MENDE einen kurzen Bericht über die zukünftigen Termine. Am 14. Juli findet die Sitzung des Arbeitskreises I – Außenpolitik – statt, der eine gründliche Analyse der außenpolitischen Lage vornehmen soll. Im September soll eine Klausurtagung in einem noch zu bestimmenden Ort stattfinden.

Dr. MENDE unterrichtete den Bundesvorstand zu Pressemeldungen über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter *Smirnow.*[4]

Dr. MENDE stellte nochmals ausdrücklich die volle Vertraulichkeit der Sitzung fest.

1. FINANZBERICHT, VERWENDUNG DER BUNDESMITTEL

Der BUNDESSCHATZMEISTER[5] gab einen Bericht über die derzeitige finanzielle Situation und stellte fest, daß für das Jahr 1962 eine Rangordnung bzw. eine Schwerpunktbildung für die Verwendung der zu erwartenden Bundesmittel vorgesehen werden muß.[6] Da im Augenblick noch nicht festgelegt ist, in welcher Höhe Bundesmittel an die FDP fließen, ist es noch zu früh, verbindliche Beschlüsse über die Verwendung zu fassen. Der BUNDESSCHATZMEISTER legte

---

3 Seit Februar 1960 nahmen je ein Vertreter von DJD und LSD mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundevorstandes teil. Vgl. Nr. 1 mit Anm. 18, 19.

4 Das mehr als zweistündige Gespräch *Smirnow-Mende* fand am 4. 6. 1962 auf Bitten des russischen Botschafters in seiner Bonner Residenz statt. Thema war die Deutschland- und Berlin-Frage. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 42 f. Dem Bericht *Mendes* folgte eine kurze Diskussion über Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik („Achse Paris-Bonn", Verhältnis zwischen *Rusk* und *Adenauer,* Teilhabe der FDP an außenpolitischen Informationen u. a.), wozu sich *Achenbach* und *Frhr. von Kühlmann-Stumm* äußerten. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 15. 6. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

5 H. W. *Rubin.*

6 Der Bundestag hatte den Bundeshaushalt 1962 am 12. 4. 1962 verabschiedet, der Bundesrat ihm am 11. 5. 1962 zugestimmt. Vgl. AdG 1962, S. 9806 A, 9857 B.

für seinen Bericht eine Aufstellung zugrunde, in der die derzeitigen Verpflichtungen der Bundespartei mit rund 1,5 Millionen DM[7], die vorgesehene Unterstützung für die wahlkampfführenden Landesverbände[8] mit rund 600 000 DM und eine Reihe von weiteren wichtigen Aufgaben einschließlich der Finanzierung der wissenschaftlichen Assistenten der Bundestagsfraktion[9] angegeben wurden.

In der anschließenden Diskussion gingen die Sprecher davon aus, daß der FDP ein Betrag von 3,2 bis 3,3 Millionen zufließen werde.[10] Es muß außerdem davon ausgegangen werden, daß aller Voraussicht nach die bisherigen monatlichen Zuweisungen wegfallen. Dadurch ergibt sich, wie der BUNDESSCHATZMEISTER feststellte, für das Jahr 1962 so gut wie kein Spielraum. Echte Wünsche verschiedener Landesverbände können voraussichtlich erst im Jahre 1963 berücksichtigt werden.

Nach weiterer Aussprache über Zuwendungen an die wahlkampfführenden Landesverbände stellte Dr. HAUSSMANN folgenden Antrag:

1. Der Bundesschatzmeister werde ermächtigt, aus den eingehenden Bundesmitteln die Schulden der Bundespartei zu tilgen.[11]

2. Ein Betrag von 600 000 DM soll im Jahre 1962 zur Unterstützung der Landtagswahlen, wie vom Bundesschatzmeister vorgeschlagen, verwendet werden.

3. Die vom Bundesschatzmeister vorgeschlagenen Mittel zum Ausbau des Mitarbeiterstabes der Bundestagsfraktion sollen zur Verfügung gestellt werden.

4. Über die weiteren 1962 noch zur Verfügung stehenden Beträge soll nach einem Gespräch mit dem Bundesschatzmeister und den Landesschatzmeistern unter Hinzuziehung der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsführer noch einmal gesprochen werden.

Ein von MÜLLER-LINK gestellter Antrag über konkrete Verteilung eines Betrages von 275 000 DM an Landesverbände nach Sockel- und Kopfbetrag ist damit unter Hinweis auf Punkt 4) des Antrages von Dr. *Haußmann*[12] zurückgestellt.

Der BUNDESSCHATZMEISTER stellte nach der Annahme des Antrages von Dr. *Haußmann* fest, daß er sich bemühen werde, die Aufteilung des Betrages für

---

7 Demnach hatte die FDP einen Teil ihrer Schulden aus dem Wahlkampf 1961 bereits abgetragen. Vgl. Nr. 20 Anm. 15.

8 Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Vgl. Nr. 18 Anm. 283, 284.

9 Beschluß des Bundesvorstandes vom 13. 4. 1962. Vgl. Nr. 23 TOP 6.

10 1962 wurde an Bundesmitteln für die politischen Parteien ein Gesamtbetrag von 5 Mio. DM bereitgestellt. Diese „Sondermittel für politische Bildungsarbeit" wurden auf die im Bundestag vertretenen Parteien „nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament aufgeteilt." (Erläuterung zum Titel 612 a). Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 91. An der Diskussion beteiligten sich , z. T. mehrmals, *Mende, Müller-Link, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Haas, Haußmann, Rubin* und Eduard *Leuze*. Dabei wurde u. a. auch die Rolle der Fördergesellschaften angesprochen. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 15. 6. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

11 Vgl. Nr. 20 Anm. 15.

12 Nicht ermittelt.

1963 schon im Herbst 1962 vorzutragen, soweit rechtzeitig die für das nächste Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel bekannt werden.

2. TARIFKAMPF UND STREIKDROHUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

DÖRING gab einen ausführlichen Bericht, in dem die Fragen Besoldung für die Angestellten im Öffentlichen Dienst[13], die Auswirkungen auf die Beamten, die Frage des Streikes im Ruhrbergbau[14] und die allgemeine Situation in der Regierungskoalition eingeschlossen sind.

Zu der Diskussion zu diesem Punkt wird auf das Protokoll der Bundestagsfraktion von der gemeinsamen Sitzung am 12. Juni verwiesen.[15]

Die Punkte

3. und 4. ORGANISATORISCHE FRAGEN DER BUNDESPARTEI; BERICHT ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN LAGE

der Tagesordnung wurden als selbständige Punkte aus Zeitmangel nicht behandelt. Einzelne Fragen waren während der Diskussion zu den Punkten 1) und 2) mitberaten worden.

Unter Punkt

5. VERSCHIEDENES

beschloß der Bundesvorstand, drei durch die Bundespartei zu finanzierende Bundesveranstaltungen im Jahre 1962 durchzuführen: einen Bundesvertriebenenkongreß in Schleswig-Holstein, Termin vor der Landtagswahl Ende September[16]; das zweite Liberale Kulturforum in Nürnberg, Termin voraussichtlich erste Oktoberhälfte[17] und eine dritte Tagung in Hessen, über die noch mit dem Landesverband Hessen eine Absprache erfolgen muß.[18]

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes wurde auf den 9. 7. 1962, 14.00 Uhr, festgelegt.

---

13 Vgl. Nr. 26 Anm. 4.

14 Vgl. Nr. 26 Anm. 6.

15 Vgl. Nr. 26 Anlage. An der Diskussion am 15. 6. 1962 beteiligten sich *Hoppe*, *Leuze* und *Leverenz*. *Hoppe* zufolge bildete sich im Bundestag allmählich faktisch eine Koalition aus CDU und SPD, von der die FDP sich erpressen lasse. *Leuze* hingegen sah die FDP in einer relativ guten Position. Aus der Sicht von *Leverenz* taktierte *Starke* ungeschickt und damit zum Nachteil der Partei. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 15. 6. 1962 (ADL, 6966/97).

16 Der Bundeskongreß der Vertriebenen fand am 15./16. 9. 1962 in Lübeck statt (ADL, A 13-9).

17 Beschlossener Termin: 17./18. 10. 1962. Vgl. undatiertes Rundschreiben BV 79/62 vom 28. oder 29. 7. 1962 (HStASt, Q 1/22, Bü 798, NL Haußmann).

18 Nicht ermittelt.

## 28.

## 9. 7. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 114. Gez. Mende; Protokoll: Marx. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 9. Juli 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.25 Uhr–19.05 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Dischleit, Döring, Hansjürgen Dürr, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Engelhard, Erbe, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Gerber, Graaff, Haas, Haferland, Hammersen, Haußmann, Hofmann, Hoppe, Herta Ilk, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kirchhoff, Kohl, Lenz, Leverenz, Lüder (LSD), Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Ordemann, Rubin, Scheel, Schollwer, Simonis, Stammberger, Starke, Ruth Tangemann, Walper, Weyer, Zoglmann.[1]

Wegen der Bedeutung des Punktes
2. ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN
schlug Dr. MENDE vor, diesen Punkt [zu]erst zu behandeln. Dr. MENDE gab einen kurzen einführenden Bericht über die letzte Entwicklung vor der Wahl[2] und seine Auffassung über das Ergebnis.[3]

Anschließend berichtete Wolfgang DÖRING über die Wahlkampfführung in Nordrhein-Westfalen, die Lage nach der Wahl, soweit sie bis zum Zeitpunkt des Berichtes zu überblicken war. Eine weitere Ergänzung mit einem Ausblick über die Koalitionsmöglichkeiten und die ersten Gespräche gab der Landesvorsitzende WEYER. Es folgte eine ausführliche Diskussion, in der insbesondere auch [auf] die Auswirkungen der Zusammenarbeit in der Bonner Koalition auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen hingewiesen wurde.[4] Zum Abschluß der Diskussion wurde von Dr. MENDE festgestellt, daß der Bundesvorstand keine Empfehlungen oder Weisungen an Nordrhein-Westfalen gibt. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird sich entsprechend den Bestimmungen

---

1 Entschuldigt waren *Dörinkel, Glahn,* Eduard *Leuze, Maier, Müller-Link* und *Wedel.*

2 Zu Wahkampfführung und Wählerverhalten vgl. die Presseerklärung unter TOP 1.

3 Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom 8. 7. 1962: CDU 96 Mandate (Verlust der absoluten Mehrheit), SPD 90 und FDP 14 Mandate. Vgl. AdG 1962, S. 9976 D. (1958: CDU 104, SPD 81 und FDP 15 Mandate).

4 *Döring* bezeichnete das Wahlergebnis als „niederschmetternd" und sah die Gefahr, daß die Rolle der FDP sich auf „Zuarbeit" beschränkte. Gesichtspunkte seiner Ausführungen und der anschließenden Diskussion mit Beiträgen von *Mende, Döring, Weyer, Eisenmann, Achenbach, Haas, Engelhard, Ehrich, Bucher, Iversen, Leverenz,* Frau *Lüders,* Frau *Ilk, Kastenmeyer* (DJD) und *Hoppe* waren vor allem folgende: Enttäuschung über das Wahlergebnis, Chancen und Risiken der Fortsetzung der CDU-FDP-Koalition sowie Auswirkung des Bonner „Malaise", der Haltung der FDP in der Kanzlerfrage und Einfluß der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 9. 7. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

des § 9 Abs. 2 der Bundessatzung über seine Verhandlungen mit dem Bundesvorstand ins Benehmen setzen.[5] Dies ist durch die Sitzung erfolgt.

1. BERICHT ÜBER DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT IM ERSTEN JAHR DER 4. LEGISLATURPERIODE

Die Diskussion von Punkt 2) ging über in den Bericht zu Punkt 1).

Dr. MENDE gab einen kurzen Rückblick und eine Vorausschau über Absichten des Gespräches vom Mittwoch, den 11. Juli.[6] Er zitierte aus dem Brief vom 29. Juni an Dr. *Adenauer*.[7]

Zur derzeitigen Lage stellte Dr. MENDE eindeutig fest, daß für ihn auf die Dauer die Partei wichtiger sei als die Koalition.

Dann referierte Finanzminister Dr. STARKE über die jetzige Lage der Koalition und die zukünftigen Notwendigkeiten. Er wies auf die schwierigen Probleme der Durchführung des Koalitionsprogramms[8] hin und forderte dabei eine echte Führung des Koalitionsausschusses[9], ein Arbeitsprogramm als Koalitionsschwerpunktprogramm, ein Beschlußgremium innerhalb der FDP, das sich zusammensetzt aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, dem Fraktionsvorstand und den Bundesministern. In seinen weiteren Ausführungen gab Dr. STARKE eine Vorschau über den Etat für 1963, der 9 Milliarden Mehrausgaben bringen wird.[10] Die sich daraus ergebenden großen Schwierigkeiten können nur überwunden werden, wenn bis zum Beginn der Haushaltsberatungen das Koalitionsarbeitsprogramm fertiggestellt wird und von beiden Parteien hart vertreten wird. Im übrigen kritisierte Dr. STARKE die Tatsache, daß der Koalitionsausschuß ohne Minister tagt[11]; die Gefahr der Bildung einer Nebenregierung ist nicht von der Hand zu weisen. Dazu trägt insbesondere das Verhalten des Fraktionsvorsitzenden der CDU[12] bei.

---

5 Vgl. § 9 Abs. 2 (Bundespartei und Landesverbände) i. d. F. vom 28. 1. 1960: „2. Die Landesverbände sind verpflichtet, vor Wahlabreden mit anderen Parteien oder Wählergruppen bei den Bundestags- und Landtagswahlen und über Verhandlungen wegen der Beteiligung an einer Koalition sich mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen."

6 Vgl. Nr. 29 Anm. 11.

7 *Mende* hatte in einem Schreiben vom 29. 6. 1962 an den CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler *Adenauer* gegen die Art der CDU-Wahlkampfführung in Nordrhein-Westfalen protestiert. Vgl. die Presseerklärung unter TOP 1.

8 Die Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961 (abgedr. in AdG 1961, S. 9443 Ziffer 12) enthielt eine Vielzahl von Merkposten zur Innen- und Außenpolitik. In beiden Bereichen traten in der Praxis erhebliche konzeptionelle Unterschiede zwischen CDU/CSU und FDP zutage, so z. B. in der Behandlung der Berlin-Frage und bei den Ansätzen für den Bundeshaushalt 1962 und 1963. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 41, 49; D, KOERFER, Kampf, 1987, S. 610, 647, 659–662.

9 Vgl. Nr. 20 Anm. 11.

10 Die Bundesregierung billigte am 4. 10. 1962 den Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1963 mit Ausgaben von 56,8 Mrd. DM, d. h. 2,8 Mrd. DM mehr als 1962. Vgl. AdG 1962, S. 10149 A, 10205 E.

11 Zur Zusammensetzung des Koalitionsausschusses vgl. Nr. 20 Anm. 11.

12 Heinrich *von Brentano* (CDU). Sein Rücktritt vom Amt des Außenministers am 30. 10. 1961 hatte das Zustandekommen der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP erleichtert. *Von Brentano* war dann an Stelle von *Krone* Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion geworden,

In der folgenden Diskussion wies insbesondere Wolfgang DÖRING noch einmal auf die verschiedenen Komplexe hin, die am 11. Juli[13] bereinigt werden müßten. Abgesehen von den Streitpunkten Fibag[14], Barth[15], Abstimmungen Haushaltsausschuß[16], sind insbesondere die umfassenden Schwierigkeiten in der Finanz- und Sozialpolitik[17] in den Mittelpunkt zu stellen. Man müßte sich darüber im klaren sein, ob das Koalitionsprogramm[18] durchzuhalten ist in einer Zeit, die DÖRING als „die Schreckstunde der CDU vor der SPD" bezeichnete.

Dr. MENDE stellte dazu abschließend fest, daß eine Koalition, die in einer ständigen latenten Krise schwebt, unmöglich ist; dann sollte lieber rechtzeitig Schluß gemacht werden.

Nach einem Formulierungsvorschlag Dr. MENDES für eine Erklärung des Bundesvorstandes wurde ein Redaktionskomitee gebildet, dem die Herren *Döring*, *Schollwer* und *Moersch* angehörten, das mit der Formulierung der nachstehend an die Presse gegebenen Erklärung beauftragt wurde[19]:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat sich heute unter dem Vorsitz von Dr. Erich *Mende* nach Berichten von Willi *Weyer* und Wolfgang *Döring* mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen befaßt.

---

während *Krone* ohne vorherige Absprache mit der FDP Bundesminister für besondere Aufgaben wurde. Zu den Spannungen in der Koalition vgl. K. MOERSCH, 1978, S. 42 f.

13 Siehe Anm. 6.

14 Der „Spiegel" hatte Bundesverteidigungsminister *Strauß* vorgeworfen, er habe durch Empfehlungsschreiben dubiosen persönlichen Bekannten, die im Namen der Finanzbau AG (Fibag) Bauten für die US-Armee zu planen vorgaben, zu falscher Seriosität verholfen und dabei auch persönliche und staatliche Interessen miteinander verquickt. Daraufhin hatte der Bundestag einen Untersuchungsausschuß (Fibag-Ausschuß) eingesetzt. Dessen schriftlicher Bericht sollte am 28. 6. 1962 im Plenum des Bundestages beraten werden. Dieses gab jedoch je einem Antrag von FDP und SPD statt und verwies den Bericht an den Untersuchungsausschuß zurück. Damit hatte das Parlament *Strauß* – zunächst – die Entlastung verweigert. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 37. Sitzung vom 28. 6. 1962, S. 1581 A, 1584 C; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 658 f.

15 Nach dem Mauerbau am 13. 8. 1961 hatten sich zwei Jagdbomber der Bundeswehr verirrt und waren nach einem Flug durch die DDR in West-Berlin gelandet. Um den dadurch drohenden politischen Schaden in Ost und West (Verdacht der bewußten Provokation) zu begrenzen, ließ Bundesverteidigungsminister *Strauß* den Kommodore des betroffenen Jagdbombergeschwaders, Oberstleutnant *Barth*, seines Dienstes entheben und – was ein rechtlicher Fehler war – versetzen. Der daraus entstandene Rechtsstreit beschäftigte schließlich auch den BT-Verteidigungsausschuß. Vgl. F. J. STRAUSS, 1989, S. 392 ff., 396.

16 Vgl. BT-Haushaltsausschuß 30. Sitzung vom 19. 6. 1962, 31. Sitzung vom 20. 6. 1962, 32. Sitzung vom 27. 6. 1962, 33. Sitzung vom 28. 6. 1962 und 34. Sitzung vom 29. 6. 1962 als letzte Sitzung von der Sommerpause (BT Parl. Arch.). In den genannten Sitzungen befaßte sich der Ausschuß vorwiegend mit Personalanforderungen und -nachforderungen einzelner Bundesministerien sowie am 29. 6. 1962 u. a. mit der Verteilung der Sondermittel für die Bildungsarbeit der politischen Parteien.

17 Vgl. Nr. 26 Anm. 4–6.

18 Siehe Anm. 8.

19 Abgedr. in fdk 13. Jg., Nr. 53 vom 10. 7. 1962, S. 7.

Der Bundesvorstand bedauert die schlechte Wahlbeteiligung und das ungünstige Abschneiden der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen. Nach Auffassung des FDP-Bundesvorstandes haben zahlreiche Wähler der Freien Demokratischen Partei den Verlauf der Koalitionsbildung in Bonn und die bisherige Zusammenarbeit der Regierungsparteien zum Anlaß genommen, bei ihren landespolitischen Entscheidungen gegen die FDP zu votieren oder ihre Kritik durch Nichtbeteiligung an der Wahl auszudrücken. Insbesondere die weit über das Maß der Fairneß hinausgehenden Angriffe führender CDU-Politiker von Nordrhein-Westfalen gegen die FDP und gegen gewisse Beschlüsse der Bundesregierung haben den Bonner Koalitionsparteien geschadet und den Sieg der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen erleichtert.

Die Warnungen des FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Erich *Mende*, der in einem Schreiben vom 29. Juni an den CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler Dr. *Adenauer* gegen die Art der CDU-Wahlkampfführung protestierte und auf die Folgen einer mangelhaften Führung der Bundesregierung und der CDU hinwies, sind leider durch das Wahlergebnis in vollem Umfang gerechtfertigt worden. Deshalb wird es die Aufgabe des für Mittwoch angesetzten Koalitionsgespräches sein, die Voraussetzungen für eine bessere und damit erfolgreiche Zusammenarbeit der derzeitigen Bonner Koalitionspartner zu schaffen".

3. AUSSCHUSSARBEIT DER BUNDESPARTEI

Nach einer kurzen Diskussion über die Ausschußarbeit und einer Aussprache über die Ausschußvorsitzenden und deren Stellvertreter stellte der BUNDESVORSITZENDE fest, daß die Bundesfachausschüsse Hilfsorgane der Partei sind, wie es die Satzung vorsieht.[20] In Briefen an die neubestimmten Vorsitzenden[21] soll noch einmal auf die Wichtigkeit der Ausschußarbeit hingewiesen werden, andererseits auch jedem Vorsitzenden noch einmal mitgeteilt werden, daß die Ausschüsse keine eigene Publizität betreiben können, jeweils [unter] Hinweis auf § 25 Ziff. 5 der Bundessatzung.[22] Im Hinblick auf die notwendige Arbeit wird zukünftig sichergestellt, daß die Finanzierung der Fachausschüsse durch die Bundespartei besser als in der zurückliegenden Zeit erfolgen kann. Einzelheiten darüber werden noch durch ein Rundschreiben des Bundesschatzmeisters an die Ausschußvorsitzenden und an die Landesverbände festgelegt. Der Bundesvorstand beschloß die Berufung folgender Vorsitzender und Stellvertreter: siehe Anlage.

---

20 Vgl. § 25 (Fachausschüsse und Arbeitskreise) Abs. 1 Satz 2 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960: „Die Aufgabe der Ausschüsse und der Arbeitskreise ist es, die Arbeit des Vorstandes und der Bundestagsfraktion auf einem bestimmten Gebiet sachverständig zu unterstützen."

21 *Mende, Lenz, Leverenz* und *Döring*. Vgl. Nr. 27 Anm. 2.

22 Vgl. § 25 (Fachausschüsse und Arbeitskreise) Abs. 5 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960: „5. Etwaige Resolutionen oder Verlautbarungen haben die Fachausschüsse unter Beachtung der Vorschrift des § 6, Ziffer 1, dem Bundesvorstand zuzuleiten. Sie sind nicht berechtigt, sich selbständig an die Öffentlichkeit zu wenden. Werden Resolutionen eines Fachausschusses nicht vom Bundesvorstand übernommen, so hat der Fachausschuß das Recht, den Antrag ohne Einhaltung der Frist als selbständigen Antrag vor dem Parteitag zu stellen (siehe § 29, Ziffer 6)."

Zum Außenpolitischen Ausschuß ist zu bemerken, daß noch eine Abklärung über die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Bundesausschuß und Arbeitskreis der Bundestagsfraktion erfolgen soll. Die Berufung der Vorsitzenden erfolgt nach dieser Abklärung.

Für den Frauenausschuß werden Vorschläge des Ausschusses selbst erbeten.[23]

4. VERHÄLTNIS DER FDP ZU DEN GEWERBEVERBÄNDEN

Dr. STARKE berichtete kurz über die nach seiner Meinung sehr positive Arbeit der Gewerbeverbände, die in beiden Teilen[24] der FDP sehr nahestehen. Die entscheidenden Positionen sind weitgehend mit Angehörigen der FDP besetzt. Dr. STARKE empfahl eine enge Zusammenarbeit, um die Wirkung der eindeutig CDU-orientierten Organisationen des Deutschen Handwerkstages innerhalb des Bereiches der Gewerbetreibenden etwas zu unseren Gunsten zu berichtigen.

5. VERSTÄRKUNG DER KULTURPOLITISCHEN ARBEIT

Prof. ERBE bat um Vertagung auf die nächste Sitzung des Bundesvorstandes. Dort soll dieses Thema als Punkt 1) behandelt werden.[25] Eine ausführliche Diskussion wird sicher 1 1/2 bis 2 Stunden in Anspruch nehmen. Die Diskussion soll auf alle Fälle vor dem zweiten Liberalen Kulturforum, das voraussichtlich am 10. und 11. Oktober 1962 in Nürnberg stattfindet, erfolgen.

6. VERSCHIEDENES

Bundesjustizminister Dr. STAMMBERGER berichtete dem Bundesvorstand über die Situation im Falle *Fränkel.*[26]

Der Bundesvorsitzende teilte dem Bundesvorstand mit, daß eine Delegation auf Einladung des Führers der Britischen Liberalen *Grimond* nach England reisen werde.[27] Der Delegation gehören an: Dr. *Mende,* Bundesschatzminister

---

23 Vorsitzende wurde im September 1962 Emmy *Diemer-Nicolaus.* Vgl. Nr. 30 TOP 6 c.

24 Vermutlich der Deutsche Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e. V. als Zusammenschluß der gewerblichen Genossenschaften und der Deutsche Gewerbeverband e. V. als Zusammenschluß der Gewerbevereine.

25 Vgl. Nr. 29 TOP 1.

26 Am 30. 3. 1962 hatte Generalbundesanwalt Wolfgang *Fränkel* sein Amt angetreten. Im Juli 1962 wurde er aus politischen Gründe gemäß § 36 des Bundesbeamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. *Fränkel* hatte es insbesondere vor seiner Ernennung zum Generalbundesanwalt versäumt, auf den Charakter seiner Tätigkeit bei der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht von 1940 bis 1945 hinzuweisen. Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 126 vom 13. 7. 1962, S. 1094, Nr. 131 vom 20. 7. 1962, S. 1136 und Nr. 132 vom 21. 7. 1962, S. 1138.

27 Bei einem Treffen zwischen dem Bundesvorsitzenden der FDP, *Mende,* und weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes mit dem Vorsitzenden der Liberalen Partei Großritanniens, *Grimond,* am 7. 4. 1962 in Königswinter war zwischen den beiden liberalen Parteien eine engere Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Meinungsaustausch vereinbart worden. Vgl. fdk Nr. 47/62 (T) vom 7. 4. 1962.

*Lenz*, Justizminister Dr. Bernhard *Leverenz*, Wolfgang *Döring* und der frühere Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann *Flach*.

Der Bundesvorstand beschloß, seine nächste Sitzung am Freitag, dem 27. Juli, 14.00 Uhr, abzuhalten.

ANLAGE
zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 9. Juli 1962

| AUSSCHUSS | 1. VORSITZENDER<br>2. STELLVERTRETER |
|---|---|
| 1. Außenpolitischer Ausschuß (einschl. Gesamtdeutsche und Berliner Fragen) | zurückgestellt |
| 2. Ausschuß für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen | 1. Fritz-Rudolf *Schultz*, MdB<br>2. |
| 3. Innen- und Kommunalpolitischer Ausschuß | 1. Jan *Eilers*<br>2. Dr. *Weber*, Waiblingen |
| 4. Kulturpolitischer Ausschuß | 1. Prof. Paul *Luchtenberg*, MdL<br>2. Dr. Walter *Hellige*, MdB<br>Dr. Klaus *Scholder* |
| 5. Jugendpolitischer Ausschuß | 1. Werner *Kubitza*, MdB<br>2. Peter *Brenner*, Stuttgart |
| 6. Gesundheitspolitischer Ausschuß | 1. Dr. Klaus *Dehler*, MdL<br>2. Dr. Gerd *Iversen* |
| 7. Rechtsausschuß (auch für Fragen des Wahlrechts, Parteiengesetz u. ä.) | 1. Dr. Bernhard *Leverenz*<br>2. Dr. Ewald *Bucher*, MdB |
| 8. Haushalts- und Finanzausschuß | 1. Dr. Heinz *Starke*, MdB<br>2. Dr. Hans Georg *Emde*, MdB |
| 9. Wirtschaftspolitischer Ausschuß | 1. Dr. Eduard *Leuze*<br>2. Edgar *Engelhard*<br>Dr. W. Alexander *Menne*, MdB |
| 10. Außenhandelsausschuß (zugleich f. Fragen EWG, EURATOM und Montanunion) | 1. Robert *Margulies*, MdB<br>2. Dr. Albrecht *Aschoff*, MdB |
| 11. Mittelstandsausschuß | 1. Rudolf *Opitz*, MdB<br>2. Dr. *Hoeppel*, Stuttgart<br>Friedrich *Soetebier*, MdB |

| | |
|---|---|
| 12. Agrarpolitischer Ausschuß | 1. Dr. Josef *Effertz*, MdB<br>2. Fritz *Logemann*, MdB<br>Adolf *Mauk*, MdB |
| 13. Sozialpolitischer Ausschuß (einschl. Arbeitsbereich Arbeitsausschuß) | 1. Wolfgang *Mischnick*, MdB<br>2. Prof. *Hoernigk*, Frankfurt/M. |
| 14. Ausschuß für Kriegsopfer und Heimkehrer | 1. Dr. Wolfgang *Rutschke*, MdB<br>2. Dr. Wolfgang *Imle*, MdB |
| 15. Verkehrsausschuß (zugleich Fragen der Post und des Fernmeldewesens) | 1. Willy Max *Rademacher*, MdB<br>2. Carlo *Graaff*<br>Dr. Georg *Borttscheller* |
| 16. Ausschuß für Wohnungsfragen, Städtebau und Raumordnung | 1. Dr. Hans *Kersig*, Kiel<br>2. Walter *Hammersen*, MdB |
| 17. Vertriebenenausschuß | 1. Otto *Arndt*, Worms<br>2. Paul *Stein*, Frankfurt/M. |
| 18. Ausschuß für Angehörige der Öffentlichen Verwaltung | 1. Fritz *Niebel*, Bonn<br>2. Hans *Gerhard*, Münster<br>Wolfram *Dorn*, MdB |
| 19. Frauenausschuß | 1. zurückgestellt<br>2. zurückgestellt |
| 20. Ausschuß für Verbraucherfragen | 1. Werner *Mertes*, MdB<br>2. Dr. Emilie *Kiep-Altenloh*, MdB<br>Dr. Herta *Ilk* |
| 21. LDP Bundesbeirat | 1. Wolfgang *Mischnick*, MdB<br>2. Hans Dietrich *Genscher* |

## 29.

## 27. 7. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 115. Gez. Mende; Protokoll: Marx. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 27. Juli 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.25 Uhr–20.45 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Bezold (i. V. von Haas), Borm, Bucher, Döring, Effertz, Engelhard, Erbe, Glahn, Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Lüder (LSD), Mende, Rubin, Wedel.[1]

Gäste: Aldenhoven, Brodeßer, Dischleit, Feuerherdt, Haferland, Hellige, Liebrecht, Luchtenberg, Martenstein, Marx, Niebel, Ordemann, Schreiber, Schollwer, Ruth Tangemann, Zoglmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung rügt ENGELHARD das Protokoll der letzten Bundesvorstandssitzung vom 9. Juli.[2] Es müßten künftig – wenn die Form des Sachberichtsprotokolls eingehalten werden sollte – neben dem Vortrag des Berichterstatters auch die Meinungen in der Diskussion wiedergegeben werden, sonst könne sich der Bundesvorstand auf ein Beschlußprotokoll beschränken.

In der Diskussion hierzu wird festgestellt, daß kein Wortprotokoll angestrebt wird, dem Vorschlag *Engelhards* aber durch ausführlichere Wiedergabe der Diskussion entsprochen werden soll. Für vertraulich zu behandelnde Punkte bleibt es bei der bisherigen Regelung.

In diesem Zusammenhang weist Dr. MENDE auf einige Presseberichte hin, in denen Einzelheiten über Bundesvorstandssitzungen und Koalitionsgespräche wiedergegeben werden. Nach entschiedener Mißbilligung durch den Bundesvorstand werden Möglichkeiten beraten, wie die Quellen der Indiskretion festgestellt werden können.

Auf eine Anfrage von KOHL zur Tagesordnung wird festgestellt, daß die im Rahmen der Neubesetzung der Bundesparteiausschüsse[3] geschriebenen Briefe behandelt werden sollen.

Punkt
3. KOALITIONSABSCHLUSS IN DÜSSELDORF
wird vorgezogen, da der Berichterstatter zu Punkt 1) noch nicht anwesend ist. Als Nachtrag zur letzten Sitzung gibt DÖRING einen Bericht über die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Düsseldorf, die im Benehmen mit dem Bundesvorstand geführt worden sind.[4]

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth*, *Borttscheller*, Thomas *Dehler*, *Dörinkel*, *Eisenmann*, Marie-Elisabeth *Lüders*, *Mischnick*, *Müller-Link*, *Scheel*, *Simonis*, *Stammberger*, *Starke* und *Weyer*.

2 Vgl. Nr. 28.

3 Vgl. Nr. 28 Anhang.

4 *Meyers* (CDU), alter und neuer Ministerpräsident, bildete eine Koalitionsregierung aus CDU

2. BERICHT ÜBER DIE KOALITIONSBESPRECHUNGEN IN BONN

Zunächst berichtet Dr. MENDE über ein Gespräch mit Dr. *Stammberger*[5] über Vorgänge im Zusammenhang mit der Versetzung Generalbundesanwalt *Fränkels* in den einstweiligen Ruhestand.[6] Den Angriffen gegen seine Person, insbesondere aus Kreisen des Koalitionspartners, ist Dr. *Stammberger* in der Kabinettssitzung am 18. Juli entgegengetreten, indem er dem Bundeskanzler seinen Rücktritt angeboten hat. Dieses Angebot hat Dr. *Adenauer* im Beisein und mit Zustimmung der anwesenden Kabinettsmitglieder – einschließlich der Beschwerdeführer gegen Dr. *Stammberger* – abgelehnt.[7] Hinsichtlich des von Dr. *Stammberger* angebotenen Untersuchungsausschusses[8] liegen sichere Mitteilungen vor, daß dieser Ausschuß auch von CDU und SPD als nicht erforderlich angesehen wird.

Sodann unterrichten Dr. MENDE und DÖRING – unter Ausschluß der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, bei besonders gebilligter Anwesenheit des Vertreters des Bundesgeschäftsführers[9] und des Vertreters der Pressestelle[10] – dem Vorstand über die letzten Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU unter Vorsitz von Dr. *Adenauer*.[11]

Dr. BUCHER und VON KÜHLMANN-STUMM ergänzen den Bericht.

Über die als vertraulich erklärten Punkte hinaus wird besonders eine Fraktionsvereinbarung über regelmäßige Koordinierungsgespräche unter Vorsitz von Dr. *Adenauer* hervorgehoben, sowie die Übereinstimmung mit der CDU/CSU, gemeinsam eine verbindliche Planung für das zweite Parlamentsjahr im 4. Bundestag zu erarbeiten.

In der Diskussion wird die Frage des Rücktritts des Bundeskanzlers angeschnitten.[12] Dr. MENDE faßt die einstimmige Meinung des Bundesvorstandes

---

und FDP. Stellv. Ministerpräsident und Innenminister wurde Willi *Weyer* (FDP), Minister für Wirtschaft und Verkehr Gerhard *Kienbaum* (FDP). Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 256.

5 Bundesjustizminister.

6 Vgl. Nr. 28 Anm. 26.

7 Vgl. FAZ Nr. 169 vom 24. 7. 1962, S. 1; fdk Nr. 92/62 (T) vom 23. 7. 1962, S. 1.

8 Ebd. Der Bundesjustizminister erhoffte sich von einem solchen Ausschuß Aufklärung verschiedener Vorwürfe, die andere Politiker gegen ihn erhoben hatten.

9 Hermann *Gentner*.

10 Wolfgang *Schollwer*.

11 Im Anschluß an das Koalitionsgespräch im Bundeskanzleramt am 11. 7. 1962 gaben CDU/CSU und FDP das folgende gemeinsame Kommuniqué heraus: „Unter Vorsitz des Bundeskanzlers fand heute ein Koalitionsgespräch von dreieinhalbstündiger Dauer statt. Die Gesprächspartner waren sich einig in dem Willen, die Koalition in loyaler Zusammenarbeit fortzusetzen. In offener Aussprache wurden Differenzen bereinigt. Es wurden Vereinbarungen getroffen über die Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen dem Kabinett und den Koalitionsfraktionen sowie zwischen den Koalitionsfraktionen untereinander. Dazu gehören u. a. neben den laufenden Sitzungen des Koalitionsausschusses Koalitionsbesprechungen in regelmäßigen Abständen unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers. Die Koalitionsfraktionen werden noch während der Sommerpause in Koalitionsberatungen in Zusammenarbeit mit dem Kabinett die anstehenden legislativen Vorhaben eingehend beraten." Siehe fdk 13. Jg., Nr. 54 vom 12. 7. 1962, S. 7; vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 661 f.

12 Die Frage der Nachfolge *Adenauers* war seit dem Parteitag der CDU vom 2. bis 5. 6. 1962 wieder stärker im Gespräch. Der vom Parteitag neu bestellte Geschäftsführende Vorsitzende

zusammen, daß für die Partei die Einhaltung der schriftlichen Zusage *Adenauers* unabdingbare Koalitionsvereinbarung ist. Der Zeitpunkt liegt spätestens in der Mitte der Parlamentsperiode.[13]

1. VERSTÄRKUNG DER KULTURPOLITISCHEN ARBEIT

Prof. ERBE gibt als Berichterstatter eine Übersicht über die Situation auf dem Gebiet der Kulturpolitik.[14] Er begründet seine Hauptfeststellung, die Partei sei auf diesem Gebiet bedenklich in den Hintergrund gedrängt worden, zunächst mit der kulturpolitischen Aktivität der SPD[15] und untersucht, welche Erfolge die SPD dabei erzielt habe. Prof. ERBE hebt besonders die Koordinierung der SPD auf diesem Gebiet hervor. Publikationen und die Arbeit in den Ländern seien stets mit der Arbeit der Zentrale abgestimmt. In allen Ländern gäbe es mehrere Experten der SPD, die allein auf die Kulturpolitik ausgerichtet seien. Es sei für die FDP schwierig, etwas ähnliches zu erreichen, aber gerade die Frage der Koordinierung sei eine der Hauptaufgaben der Partei. Wir müssen vor allem die Initiative im Bundestag ergreifen und die Disproportionen in der Kulturpolitik der SPD aufzeigen. Die Partei müsse hier besonders auf den Stellenproporz in kulturellen Institutionen hinweisen, wo SPD und CDU aufgrund ihrer weit verzweigten Absprachen höchst empfindlich seien. Eine weitere wichtige Aufgabe sei, die Erwachsenenbildung zu fördern.

Prof. LUCHTENBERG ergänzt und hebt hervor, daß die Partei besonders in der Lehrerschaft Terrain verloren habe. Die Lehrer seien aber immer unsere besten Propagandisten gewesen. Auch er geht davon aus, daß die Kulturpolitik besonders von Bonn aus betrieben werden müsse. Das Kulturpolitische Referat der Bundesgeschäftsstelle sei viel zu schwach besetzt.[16]

Dr. IVERSEN weist ebenso wie Dr. LEVERENZ und Dr. HELLIGE auf die Erwachsenenbildung hin und darauf, daß diese Institution von jeher liberale Persönlichkeiten geformt habe.

BEZOLD regt an, die Partei solle öffentlich erklären, daß die Kulturpolitik ihr Hauptanliegen sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf rückschrittliche Tendenzen in einigen Landesverbänden.

---

*Dufhues* bezeichnete es vor Parteigremien als vordringliche Aufgabe, das Nachfolgeproblem zu lösen. Er gab damit einem Teil der Presse Anlaß, von einem „*Dufhues*-Plan" mit konkreten Vorschlägen für eine Kabinettsumbildung nach dem Rücktritt *Adenauers* zu berichten. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 654–658.

13 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

14 Vgl. Prof. Walter Erbe: „Die kulturpolitische Arbeit unserer Partei muß verstärkt werden." (ADL, Ordner Nr. 115, 7 S.).

15 Die Bildungspolitik der SPD vertraten – gestützt auf Erfahrungen und Leistungen in den von ihr regierten Ländern – vor allem Kultusminister *Schütte* (Hessen), Senator für Schulwesen *Evers* (Berlin) und der bildungspolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, *Lohmar*. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 533 f.

16 Vgl. FDP-Bundesparteitag 1964, pag. 66: „Abteilung Kultur- und Gesellschaftspolitik wurde neu geschaffen, Leitung Dr. Haferland; befindet sich im Aufbau." (ADL, A 1-241).

ENGELHARD stellt für die Landesverbände fest, in den einzelnen Ländern bestehe durchaus keine Aversion gegen eine zentrale Kulturpolitik; die Bedenken hätten sich lediglich gegen ein Bundeskultusministerium gerichtet.[17]

Auf einen Vorschlag Dr. MENDES, die kulturpolitische Arbeit durch Einstellung neuer Kräfte zu verstärken, entgegnen RUBIN und Dr. LEVERENZ, daß es mehr auf die politische Führung durch den Bundesvorstand als auf neue finanzielle Mittel ankomme.

Der Bundesvorstand beauftragt Dr. LEVERENZ, Vorschläge zur Koordinierung der Kulturpolitik zusammenzustellen und sie den Landesverbänden und dem Bundesvorstand zu unterbreiten. Sodann beschließt der Bundesvorstand auf Vorschlag von Prof. LUCHTENBERG fünf Punkte zur Verbesserung der kulturpolitischen Arbeit der Partei:

1. Die Veranstaltung eines zweiten Liberalen Kulturforums in Fortsetzung der in Heilbronn begonnenen Arbeit[18] am 17. und 18. Oktober 1962 in Nürnberg,

2. die Durchführung kulturpolitischer Tagungen auf regionaler Ebene,

3. die Empfehlung an alle Landesverbände, kulturpolitische Themen auf den Landesparteitagen zu behandeln,

4. die Ergänzung der Fraktionsvorsitzendenkonferenzen durch ständige Tagungen der kulturpolitischen Experten der Fraktionen und

5. den Zusammentritt des Kulturpolitischen Bundesausschusses[19] zumindest in Vierteljahresabständen.

Weiter empfiehlt der Bundesvorstand auf Anregung von Dr. IVERSEN, die Landesverbände sollten mit ihren Bemühungen für die sich aus der vorstehenden Entschließung ergebende Arbeit unverzüglich beginnen. Es wird festgestellt, daß das Kulturpolitische Referat beim Bundesvorstand jederzeit Erfahrungsberichte und Anregungen zur Kulturpolitik entgegennimmt.

### 4. BERICHT ÜBER DIE ENGLANDREISE DER BUNDESVORSITZENDEN

Hierzu einigt sich der Bundesvorstand, zunächst einen Bericht von Dr. ACHENBACH über die Genfer Verhandlungen der Außenminister der Großmächte zur Deutschlandfrage[20] entgegenzunehmen. Dr. ACHENBACH berichtet über den Ablauf dieser Gespräche[21] und faßt das Ergebnis mit der Feststellung zusammen, daß irgendein Fortschritt hinsichtlich der Deutschlandfrage nicht

---

17 Zu dieser Forderung vgl. Nr. 3 Anm. 8.

18 Liberales Kulturforum in Heilbronn am 5. und 6. 7. 1961. Vgl. Nr. 7 Anm. 26.

19 Vgl. Nr. 28, Anhang Ziffer 4.

20 Berlin-Gespräche der Außenminister der Vier Mächte in Genf vom 21. bis 24. 7. 1962 anläßlich der Unterzeichnung des Laos-Abkommens. *Rusk, Couve de Murville* und *Lord Home* unterrichteten den ebenfalls in Genf weilenden Außenminister *Schröder* über ihre Gespräche mit *Gromyko*. Vgl. AdG 1962, S. 10000 A, 10005 C.

21 *Achenbach* war Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP und Mitglied des BT-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Vgl. fdk Nr. 132 (T) vom 9. 8. 1961; fdk 13. Jg., Nr. 83 vom 23. 10. 1962, S. 6.

erreicht worden sei. Das Pokerspiel werde gefährlich weitergespielt, obwohl noch immer die Bereitschaft auf beiden Seiten vorhanden sei, über Deutschland zu verhandeln. Dennoch sei die Politik des Zeitgewinnens vorüber. Die Partei müsse – auch in Ausführung ihrer Programmpunkte – energisch darauf dringen, daß die Bundesregierung die Initiative zu neuen Gesprächen ergreift und vorschlägt, die nur unterbrochene Deutschlandkonferenz der Außenminister vom Mai 1959[22] fortzusetzen. Diese Anregung sei auch nach einem Gespräch im Arbeitskreis I der Fraktion[23] über Dr. *Achenbach* an den Bundesaußenminister herangetragen worden. Die Partei müsse immer wieder warnen, ehe es zu spät sei.[24]

Sodann berichtet Dr. MENDE über die Englandreise[25], an der außer ihm auch die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Lenz*, Dr. *Leverenz* und *Döring* teilnahmen. Bei Gesprächen mit Lordsiegelbewahrer *Heath* und Außenminister *Lord Home* sei insbesondere die klare Haltung der Partei unterstrichen worden, für einen baldigen Beitritt Englands zur EWG einzutreten. Der Gedankenaustausch mit *Grimond* und den anderen Führern der britischen Liberalen Partei[26] sei herzlich und freundschaftlich verlaufen.

5. VERSCHIEDENES

a) Über die heutige Sitzung wird mit Zustimmung des Bundesvorstandes nachfolgendes Kommuniqué herausgegeben – siehe Anlage –.

b) Der Bundesvorstand nimmt einen ausführlichen Bericht von BEZOLD über die Vorgänge der Listenaufstellung des Bezirksverbandes Oberbayern für die Landtagswahl entgegen.[27]

---

22 Genfer Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 11. 5. bis 30. 5. 1959, auf der die Westmächte den sog. *Herter*-Plan vorlegten. Vgl. Nr. 1 Anm. 23.

23 Arbeitskreis für Außenpolitik, Wehrpolitik und Gesamtdeutsche Fragen.

24 *Achenbach* definierte die Zielsetzung der FDP in Abgrenzung zu CDU und SPD und faßte sie in sieben Punkten zusammen. *Leverenz* bezeichnete *Scheel* als „stellv. Außenminister", der auf die Einhaltung der Vereinbarungen „aufzupassen" habe. *Rubin* registrierte bezüglich der Deutschlandfrage „große Sorge" und „Resignation". *Döring* zufolge setzte sich die FDP in der Koalition außenpolitisch nicht durch, wo sie es müßte; Opposition in der Koalition sei unmöglich; man solle über das Nichtfunktionieren der Koalition „nicht jammern". Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 27. 7. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

25 *Mende* hatte sich auf Einladung der britischen Liberalen bis zum 21./22. 7. 1962 drei Tage in London aufgehalten. Vgl. „Mende: Für Nationalisten kein Platz", in: FAZ Nr. 168 vom 23. 7. 1962, S. 4.

26 Gemäß vorausgegangener Vereinbarung. Vgl. Nr. 28 Anm. 27.

27 Bei der Aufstellung der Liste für die bayerischen Landtagswahlen hatte die Wahlkreisversammlung für Oberbayern am 14. 7. 1962 in Starnberg zwei bekannte Landtagsabgeordnete, *Bezold* und Frau *Hamm-Brücher*, auf die nahezu aussichtslosen Listenplätze 12 und 18 gewählt. Dies hatte heftige parteiinterne Auseinandersetzungen und einen Beschluß von Bezirks- und Landesvorstand zur Folge, die Wahlkreisversammlung wegen formeller Mängel zu wiederholen. Der Hauptmangel wurde darin gesehen, daß an der Versammlung nicht wahlberechtigte Delegierte teilgenommen hatten. Vgl. FAZ Nr. 167 vom 21. 7. 1962, S. 3; FAZ Nr. 168 vom 23. 7. 1962, S. 4.

Dr. MENDE informiert den Bundesvorstand, daß er bereits von London aus Dr. *Haas* um unverzügliche Aufklärung gebeten habe. Es liegt inzwischen auch ein Fernschreiben von Dr. *Haas* vor, das Dr. MENDE verliest.

Der Bundevorstand beschließt, den Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern, Dr. *Haas,* zu beauftragen, die Vorgänge und die vorgebrachten Beschuldigungen über angebliche nationalistische und antisemitische Tendenzen[28] zu überprüfen und dem Bundesvorstand binnen einer Frist von 14 Tagen Bericht zu erstatten. Anträge auf ein unmittelbares Eingreifen des Bundesvorstandes werden unter Hinweis auf die Bundessatzung abgelehnt.[29]

c) Bei der Neubesetzung der Bundesfachausschüsse haben sich bei einigen Ausschüssen Schwierigkeiten ergeben. Der Bundesvorstand billigt einen Vorschlag von Dr. MENDE, daß der Ausschuß Öffentlicher Dienst weiterhin von Parteifreund *Gerhard* geleitet wird.[30] Für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß soll es zur Verstärkung der Arbeit dabei bleiben, daß dieser Ausschuß nunmehr von einem unserer Länderminister, nämlich Dr. *Leuze,* betreut wird.[31]

d) Der Bundesvorstand befaßt sich mit Briefen von Dr. *Kohut* an verschiedene Instanzen und mit den Erklärungen einiger Bundesvorstandsmitglieder zu diesen Briefen.[32] Die Aussprache hierüber wird für vertraulich erklärt.

e) Die nächste Sitzung wird für den 6. September 1962 festgelegt. In diesem Zusammenhang wird Klage darüber geführt, daß eine Reihe von Mitgliedern des Bundesvorstandes nur unregelmäßig an den Sitzungen teilnimmt und insbesondere die Sitzung vorzeitig wieder verläßt. Es wird an die Selbstdisziplin appelliert, weil die Arbeitsfähigkeit des Bundesvorstandes nur dann voll gewährleistet ist, wenn die Mitglieder des Vorstandes auch bis Ende der Beratungen anwesend sind.[33]

Auf jeder Bundesvorstandssitzung soll künftig als Haupttagesordnungspunkt über ein politisches Thema referiert und beraten werden. Dazu sei allerdings eine gründliche Vorbereitung erforderlich.[34]

---

28 Vgl. „Mende: Für Nationalisten kein Platz", in: FAZ Nr. 168 vom 23. 7. 1962, S. 4.

29 Vgl. § 9 (Bundespartei und Landesverbände), der Bundessatzung i. d. F. vom 28. 1. 1960.

30 Vgl. Nr. 28, Anhang Ziffer 18.

31 Vgl. Nr. 28, Anhang Ziffer 9.

32 Nicht zu ermitteln.

33 Bei den Bundesvorstandssitzungen am 14. 6., 9. 7. und 27. 7. 1962 war mit Bedauern festgestellt worden, daß zahlreiche Mitglieder des Bundesvorstandes die Sitzung bereits gegen 18 Uhr verließen. Auch am Ende der hier protokollierten Sitzung „tagte ab 19.00 Uhr nur noch ein Rumpfvorstand bis 20.30 Uhr, obgleich Bericht und Verhandlung über die im Bezirksverband Oberbayern aufgetretenen Spannungen die Anwesenheit aller Bundesvorstandsmitglieder erfordert hätte." Vgl. undatiertes Rundschreiben BV 79/62 vom 28. oder 29. 7. 1962 (HStASt, Q 1/22, Bü 798, NL Haußmann).

34 In dieser Sitzung begann der Bundesvorstand mit einem neuen Verfahren: eine Grundsatzfrage sollte durch Referat, Korreferat und Aussprache behandelt werden, „damit wir nicht in Gefahr kommen, uns nur mit laufenden Tagesfragen zu befassen." Vgl. undatiertes Rundschreiben BV 79/62 vom 28. oder 29. 7. 1962 (HStASt, Q 1/22, Bü 298, NL Haußmann).

Bei der nächsten Bundesvorstandssitzung sollen *Mischnick* und *Spitzmüller* über Grundsatzfragen der Sozialpolitik sprechen.[35]

ANLAGE

zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 27. Juli 1962

KOMMUNIQUÉ DES BUNDESVORSTANDES DER FREIEN DEMOKRATEN VOM 27. 7. 1962

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten erörterte am Freitag in Bonn unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* Verlauf und Ergebnis der Genfer Berlin-Gespräche.[36] Die Freien Demokraten gaben dabei ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Verbündeten der Bundesrepublik erneut die sowjetische Forderung nach Abzug der Schutzmächte aus West-Berlin mit Nachdruck zurückgewiesen haben. Denn mit der Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin steht und fällt die Freiheit dieser Stadt und ihrer Bevölkerung, bis durch eine umfassende Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage die östliche Bedrohung der Hauptstadt beseitigt ist. Die Freien Demokraten sprachen in diesem Zusammenhang das Vertrauen in die amerikanische Berlin-Politik aus.

Der Bundesvorstand teilt jedoch nicht die optimistische Auffassung westlicher Kreise, daß der von *Chruschtschow* wiederholt angedrohte separate Friedensvertrag mit Ost-Berlin ohne wesentliche nachteilige Folgen für den Westen sein wird. Selbst wenn man von der Annahme ausgeht, daß in diesem Falle die Sowjetunion nicht wagen wird, die spezifischen Rechte der Alliierten in West-Berlin anzutasten, steht doch zu befürchten, daß andererseits die Rechte und Interessen des deutschen Volkes und der Berliner bei Abschluß eines separaten Friedensvertrages genauso berührt werden wie am 13. August 1961 bei der Errichtung der Mauer.

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten ist deshalb der Ansicht, daß es nicht genügt, wenn sich der Westen nur auf Aktionen vorbereitet, die möglicherweise gegen die Lebensinteressen der Westmächte in Berlin gerichtet sein könnten. Es wird vielmehr notwendig sein, um die berechtigten Belange auch der Berliner und des deutschen Volkes genügend zu wahren, im Westen von einer Politik der Reaktionen zu einer Politik der Aktionen überzugehen und durch entsprechende Vorschläge zur Berlin- und Deutschlandfrage den Versuch zu machen, die Initiative an sich zu reißen. Die Freien Demokraten glauben, daß die Einberufung einer Ständigen Deutschlandkonferenz der stellvertretenden Außenminister, wie es der amerikanische Berlin-Plan vorsieht[37], ein geeigneter Schritt sein könnte, um die Berlin-Frage aus der Sackgasse herauszubringen, in die sie nach den gescheiterten Berlin-Gesprächen in Genf geraten ist.

Im weiteren Verlauf seiner Sitzung beschäftigte sich der Bundesvorstand mit kulturpolitischen Fragen und beschloß, in der Zeit vom 17. bis 18. Oktober

35 Vgl. Nr. 31 TOP 1.
36 Siehe Anm. 20.
37 Vgl. Nr. 24 Anm. 28.

1962 ein liberales Kulturforum nach Nürnberg einzuberufen, das sich besonders mit Problemen der Lehrerbildung und der politischen Bildung befassen wird.[38]

Der Bundesvorstand bekräftigte weiterhin seinen Standpunkt, daß die immer enger werdende internationale wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und die Verpflichtung im Rahmen der Bildungshilfe sowie der notwendige Ausbau Berlins zu einem internationalen wissenschaftlichen und kulturellen Zentrum eine wirkungsvolle Koordinierung der Kulturpolitik von Bund und Ländern erfordern.

Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt berichtete der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im bayerischen Landtag, Otto *Bezold,* dem Bundesvorstand eingehend über die Vorgänge bei der Aufstellung der Landesliste des Bezirksverbandes Oberbayern der FDP.[39]

38 Siehe TOP 1 dieses Protokolls.
39 Siehe Anm. 27.

## 30.

## 6. 9. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 115. Gez. Mende; Protokoll: Gentner. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 6. September 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.40 Uhr–20.15 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Thomas Dehler, Döring, Dörinkel, Effertz, Ehrich, Engelhard, Erbe, Genscher, Gentner, Glahn, Haas, Haußmann, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Lüder (LSD), Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Scheel, Simonis, Stammberger, Starke.[1]

Gast: Staatssekretär Dr. Eicher.

Dr. MENDE eröffnet die Sitzung und schlägt Änderung der Tagesordnung vor.

Punkt 1) soll auf Antrag von Herrn *Mischnick* abgesetzt und auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes behandelt werden.[2]

Anstelle des Punktes 1) wird vorgeschlagen: Bericht und Referat von Herrn Bundesfinanzminister Dr. *Starke,* wofür etwa eine Stunde benötigt wird.

1 Entschuldigt waren *Hoppe,* Herta *Ilk,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Wedel* und *Weyer.*
2 Vgl. Nr. 31 TOP 1.

Anschließend an Punkt 2) soll dann auch über die Fraktionssitzung ein Bericht vom Stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Döring* gegeben werden.

Punkt 3) der Tagesordnung soll als Punkt 1) behandelt werden.

3. VORBEREITUNG DER WAHL EINES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

Dr. MENDE weist auf die dringende Notwendigkeit hin, die Vakanz im Amt des Bundesgeschäftsführers zu beenden.[3] Dr. *Gentner* mit seinem Arbeitsgebiet[4] sei voll ausgelastet, der jetzige Zustand könne nicht noch andauern. Er schlägt deswegen vor, daß das Amt des Bundesgeschäftsführers durch den Geschäftsführer der Bundestagsfraktion mitübernommen wird.[5] Herr GENSCHER ist bereit, trotz der ihm bewußten großen Mehrbelastung, diese Aufgabe mit zu übernehmen.

In der Diskussion werden von mehreren Sprechern Bedenken angemeldet, ob die Doppelfunktion von Herrn *Genscher* zu verkraften sei. Alle Sprecher sind jedoch der Auffassung, daß der Versuch, so wie von Dr. *Mende* vorgeschlagen, gemacht werden müßte.

Dr. MENDE formuliert dann den Beschluß: Rechtsanwalt Hans-Dietrich *Genscher* wird vom Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei beauftragt, sofort das Amt des Bundesgeschäftsführers zu übernehmen. Der Beschluß wird einstimmig ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung gefaßt.

Zu dem Vorwurf von Herrn GLAHN hinsichtlich des „Ausverkaufs der Referenten" der Partei nehmen RUBIN und Dr. DEHLER sowie Dr. GENTNER Stellung. Die in mehreren Vorstandssitzungen diskutierte Arbeitsteilung: Bundestagsfraktion – Zuarbeit durch Assistentenstab – und Bundesgeschäftsstelle – langfristige politische Vorarbeit und Organisation – wurde dabei noch einmal klargestellt.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt wünscht DÖRING, daß die Aufgabenteilung für die Stellvertreter in der nächsten Sitzung des Vorstandes noch einmal besprochen wird. Dr. MENDE weist auf die bisherige Aufteilung hin (siehe Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 15. Juni 1962).[6]

Zu dem Antrag von Frau Dr. ILK in der Bundesvorstandssitzung am 27. Juli 1962 wegen der Teilnahme der Abteilungsleiter und Referenten[7] schlägt Bürgermeister ENGELHARD vor, daß die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und die Assistenten der Bundestagsfraktion von Fall zu Fall einzuladen wären. Es soll ein geeigneter Modus festgelegt werden, der vertrauliche Beratungen des Bundesvorstandes wie auch die Information über die Meinungsbildung in der Partei an die Mitarbeiter sicherstellt.

---

3 Vakanz seit dem 1. 5. 1962. Vgl. Nr. 21 unter TOP 4.
4 Stellvertretender Bundesgeschäftsführer.
5 Von September 1962 bis 1964 hatte *Genscher* beide Ämter inne.
6 Vgl. Nr. 27 vor TOP 1.
7 Im Sitzungsprotokoll nicht erwähnt.

Nach Abschluß der Diskussion teilt Dr. MENDE Herrn *Genscher* seine Berufung zum Bundesgeschäftsführer mit und bat ihn, diese Aufgabe mit sofortiger Wirkung zu übernehmen.

GENSCHER dankt dem Bundesvorstand für das ihm übertragene Vertrauen und die Berufung in dieses Amt. Seine Vorstellungen über die Durchführung dieser Aufgabe möchte er dem Bundesvorstand nach einer Bestandsaufnahme vortragen.

1. BERICHT FINANZMINISTER DR. HEINZ STARKE

Bericht und Diskussion sind für vertraulich erklärt (siehe Erklärung in der „fdk" am 6. und 7. September 1962 Nr. 109 und 110 – Anlage – ).[8]

2. BERICHT ÜBER DIE LAGE IN BERLIN UND ÜBER DIE INITIATIVE DER FDP ZUR BERLIN- UND DEUTSCHLANDPOLITIK[9]; BERICHT ÜBER DIE BUNDESTAGSFRAKTIONSSITZUNG AM 5./6. 9. 1962[10] UND ERGÄNZENDER BERICHT DÖRING

Bericht und Diskussion werden vertraulich behandelt.

Der Bundesvorstand stimmt in den behandelten Fragen den Auffassungen und Beschlüssen der Bundestagsfraktion zu.

4. BERICHT ÜBER DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN IM BEZIRKSVERBAND OBERBAYERN

Der Landesvorsitzende von Bayern, Dr. HAAS, gibt einen Bericht über die Angelegenheit.[11] Dr. HAAS erklärt, daß es sich in erster Linie um einen Streit zwischen links- und rechtsliberalen Kräften handelt. Diese Definition wird nicht unwidersprochen vom Bundesvorstand zur Kenntnis genommen (Zwischenrufe). Die Darstellung von Dr. HAAS beginnt mit der Kritik an dem Artikel von Dr. Thomas *Dehler* in der Münchener „Abendpost" (den Mitgliedern des Bundesvorstandes im Wortlaut mit Rundschreiben vom 10. 9. 1962 – R 82/62 – übersandt).[12] Der bayerische Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 28. August 1962 in München folgende Beschlüsse gefaßt:

---

8 Siehe die Anlagen zu diesem Protokoll.

9 *Mende* hatte am 10. 8. 1962 anläßlich einer Mitgliederversammlung der Berliner FDP Initiativen des Westens zur Milderung der Berlin-Krise gefordert. *Mende* hatte u. a. empfohlen, bei der Wiederaufnahme der Ost-West-Verhandlungen über die Deutschland- und Berlin-Frage an den Stufenplan des US-Staatssekretärs *Herter* vom Mai 1959 (vgl. Nr. 1 Anm. 23) anzuknüpfen. Um einer weiteren Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Teile bis zum Zeitpunkt einer umfassenden Lösung entgegenzuwirken (vgl. Nr. 23 Anm. 12), sollte man dem amerikanischen Vorschlag der Einrichtung einer ständigen Deutschlandkonferenz der stellv. Außenminister nähertreten. Vgl. fdk 96/62 (T) vom 10. 8. 1962, S. 1–5.

10 Siehe die Anlagen zu diesem Protokoll.

11 Vgl. Nr. 29 Anm. 27.

12 Vorlage in ADL, A 2-84. Gemeint war der Artikel „Die Vizepräsidenten des Bundestages schreiben in der AZ. Die Stimme der FDP von Dr. Thomas Dehler. Liebe für Hildegard", in: ABENDZEITUNG, München, vom 17. 8. 1962. Darin wurde die schlechte Plazierung von Frau *Hamm-Brücher* auf der Liste des Bezirks Oberbayern gerügt. Vgl. dazu Nr. 29 Anm. 27.

Ein Ausschlußverfahren gegen den Bezirksgeschäftsführer von Oberbayern, *Altschäffel,* ist durchzuführen. Als Bezirksgeschäftsführer von Oberbayern ist Herr *Muskalla* eingesetzt. Am 1. September 1962 hat der Landesschlichtungsausschuß die Belastungen *Altschäffels* geprüft. Acht bis zehn anwesende Zeugen haben den Nachweis für die Herrn *Altschäffel* zur Last gelegten Äußerungen erbracht.[13]

Beschluß: *Altschäffel* scheidet sofort aus der Freien Demokratischen Partei aus. Für einen Wiedereintritt bis zum 1. 1. 1966 ist die Zustimmung des Landesvorstandes erforderlich. Alle Akten sind bis 14. September herauszugeben. Herr *Altschäffel* erhält ein Gehalt für vier Monate, das etwa den Verpflichtungen bei normaler Kündigung entspricht. Weiter teilt Dr. HAAS mit, daß noch zwei Schlichtungsverfahren abzuwickeln sind. Am 8. September Schlichtungsverfahren Dr. *Brücher,* außerdem ein Schlichtungsverfahren Dr. Thomas *Dehler.* Weitere Termine wegen Anträgen auf Parteiausschluß ständen bevor. Es ist darüber hinaus beschlossen worden, die Wahl der Kandidaten zu wiederholen.[14] Herr *Bezold* wird dabei sicher eine bessere Placierung erhalten. Bei Dr. *Brücher* sei dies fraglich.

Dr. MENDE stellt zu dem Bericht fest, daß es dringend notwendig ist, die gesamte Angelegenheit ohne allzu große negative Konsequenz nach außen zum Abschluß zu bringen. Nachteilige Auswirkungen auf die Wahl in Bayern müßten so weit als möglich überwunden werden.

Dr. Thomas DEHLER weist den Anschein zurück, als hätte die negative Auswirkung dieser Angelegenheit erst mit seinem Artikel in der „Abendpost" begonnen. Er stellt seinen Standpunkt in der Sache klar und betont insbesondere, daß die Notwendigkeit, sich mit dieser Frage zu befassen, schon sehr lange gegeben sei. Darauf erwidert Dr. HAAS, daß im bayerischen Landesvorstand schon seit Monaten (Anfang Januar 1962) über diese Sache beraten wird.

Der Bundesvorstand nimmt den Gesamtbericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

Dr. MENDE stellt nochmals nachdrücklich fest, daß der Streit nicht weiter in der Öffentlichkeit ausgetragen werden soll.

Dr. MENDE begrüßt Staatssekretär Dr. *Eicher* als Nachfolger von Staatssekretär Ferry *von Berghes* im Wirtschaftsministerium von Mainz.

Antrag zur Geschäftsordnung von *Müller-Link.* MÜLLER-LINK bittet, die Tagesordnung unbedingt zu Ende zu führen unbeschadet der Tatsache, daß Baden-Württemberg und Bayern nicht mehr vertreten sind. In Zukunft sollen ohne Rücksicht darauf die Tagesordnung abgewickelt und Beschlüsse zu den beratenden Punkten gefaßt werden.

---

13 Der FAZ Nr. 168 vom 23. 7. 1962, S. 4 zufolge hatte *Mende* in diesem Zusammenhang gesagt: „Für nationalistische und antisemitische Elemente ist in der FDP kein Platz."

14 Vgl. Nr. 29 Anm. 27.

5. EINBERUFUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES

Nach einer kurzen Diskussion über die Thematik der nächsten Bundeshauptausschuß-Sitzung und den möglichen Termin wird keine Terminfestlegung beschlossen. Es ist vorgesehen, den Bundeshauptausschuß nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu einer Sitzung nach Berlin einzuberufen. Voraussichtlicher Termin Anfang Dezember 1962.[15]

6. VERSCHIEDENES

a) KOHL regt ein Gespräch zwischen dem Bundesvorstand und der Pommerschen Landsmannschaft an.

b) Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen (Schreiben vom 30. August 1962) werden für den Kommunalpolitischen Bundesausschuß zwei Stellvertreter berufen. Die Berufung des Vorsitzenden *Eilers* und des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Weber* wird bestätigt.[16] Herr *Gerhard* (bisher stellv. Vorsitzender) wird als zweiter stellvertretender Vorsitzender berufen.

c) Nach den dem Bundesvorstand und dem Bundesvorsitzenden vorliegenden Stellungnahmen des Bundesfrauenausschusses und einzelner Mitglieder des Bundesfrauenausschusses (Dr. *Flitz*, *Funcke*) wird Frau Dr. Emmy *Diemer-Nicolaus*, MdB, zur Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses berufen.[17]

Die Berufung einer Stellvertreterin wird zurückgestellt, bis vom Bundesfrauenausschuß ein Vorschlag dazu vorgelegt wird. Möglich ist die Berufung von zwei Stellvertreterinnen.

d) Der Bundesvorstand beschließt: keine Änderung bei den Berufungen für den Wirtschaftsausschuß.[18] Herr Dr. *Mende* wird gebeten, persönlich mit Herrn Dr. *Reuter* über diese Besetzung zu sprechen.

e) Auf Wunsch wird noch ein kurzer Bericht über den gegenwärtigen Stand in der Besetzung weiterer Staatssekretärspositionen gegeben.[19]

Der Bericht ist vertraulich.

ANLAGE 1

fdk Nr. 109/62 (T)[20] Bonn-Bundeshaus, den 6. Sept. 1962

FDP-FRAKTION GEGEN STEUERERHÖHUNGEN

Bonn. (fdk) Auf ihrer zweitägigen Sondersitzung, an der auch die Bundesminister Dr. Heinz *Starke*, Dr. Wolfgang *Stammberger*, Hans *Lenz*, Walter *Scheel*

15 Vgl. Nr. 31 TOP 3.
16 Vgl. Nr. 28 Anhang Ziffer 3.
17 Vgl. Nr. 28 Anhang Ziffer 19.
18 Vgl. Nr. 28 Anhang Ziffer 9.
19 Zu den bis zum 1. 7. 1962 erfolgten Ernennungen vgl. Nr. 21 Anm. 21–23.
20 BT Bibl.

und Wolfgang *Mischnick* teilnahmen[21], befaßte sich die FDP-Bundestagsfraktion unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* eingehend mit der gegenwärtigen Entwicklung in der Außen-, Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik.

Mit Blick auf die bevorstehenden Etatberatungen für das Jahr 1963[22] kam die FDP-Fraktion zu der Auffassung, daß Steuererhöhungen kein geeignetes Mittel zum Ausgleich des Haushalts 1963 sein können.

Eine Änderung der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern auf gesetzlichem Wege (Artikel 106 GG) wird für notwendig gehalten.[23]

Die Ausgaben des Bundes und die Steuerschätzungen sollen sich nach der realen Steigerung des Brutto-Sozialproduktes richten, das im Juli-Bericht der Bundesbank mit 3,5 Prozent angegeben worden ist.

Soweit Anleihen zur Deckung langfristiger Ausgaben des Bundes in Frage kommen, soll das Volumen der Bundes-Anleihen von 1962 nicht überschritten werden.

Die FDP-Fraktion setzte sich zur Vermeidung der heimlichen Steuererhöhung einstimmig für eine Korrektur des unteren und mittleren Lohn- und Einkommenstarifes – Beseitigung des sogenannten Mittelstandsbauches – ein.[24] Hinsichtlich der vordringlichen Frage der Umsatzsteuer wird die FDP-Fraktion darauf hinwirken, daß die Koalitionsparteien eine Große Anfrage im Bundestag einbringen.[25]

Im Zusammenhang mit den Etatberatungen des Bundeskabinetts erwartet die FDP-Fraktion Grundsatzbeschlüsse über ein Programm zur Sicherung der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsstabilität.

ANLAGE 2

fdk Nr. 110/62 (T)[26] Bonn-Bundeshaus, den 7. Sept. 1962

FDP VERLANGT RÜCKSICHT AUF MITTELSTÄNDISCHE BETRIEBE

Der FDP-Bundesvorstand zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.

Bonn. (fdk) Im Anschluß an die Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion befaßte sich auch der Bundesvorstand der Freien Demokraten unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. – Bundesfinanzminister Dr. Heinz *Starke* trug dem Bundesvorstand die Beschlüsse der Bundestagsfraktion zu diesen Fragen vor.

---

21 In der Reihenfolge der Ressorts: Finanzen, Justiz, Bundesvermögen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Vertriebene.

22 Vgl. Nr. 28 Anm. 10.

23 Vgl. Nr. 18 Anm. 148.

24 Zum „Mittelstandsbauch" bzw. „Mittelstandsbogen" (starke Ausbuchtung der Progression der Einkommensteuer bei den mittleren Stufen) aus FDP-Sicht vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 45. Sitzung, S. 1978 B; Bd. 53, 74. Sitzung, S. 3477 D, 3480 C.

25 Große Anfrage der FDP betr. Reform der deutschen Umsatzsteuer, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 80, Drucks. Nr. 684 vom 25. 10. 1962.

26 BT Bibl.

Das Verlangen der FDP-Fraktion nach einer Korrektur des Einkommen- und Lohnsteuertarifs (Mittelstandsbauch) wurde vom FDP-Bundesvorstand begrüßt, ebenso der Vorschlag, die Ausgaben des Bundes nicht stärker steigen zu lassen, als es dem realen Anstieg des Brutto-Sozialproduktes entspricht.

Der Bundesvorstand erörterte eingehend die Frage der Lohnfortzahlung. Die Freien Demokraten bejahen die materielle Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Kranheitsfalle.[27] Gegen die vom Bundesarbeitsministerium vorgeschlagene Form der Lohnfortzahlung werden jedoch Bedenken geltend gemacht; wenn der vom Arbeitsministerium gewünschte Weg für die Lohnfortzahlung beschritten wird, dann entsteht daraus vor allem für die kleineren und mittleren Betriebe eine Belastung, die im Einzelfall nicht voraussehbar ist. Deshalb muß nach Auffassung der Freien Demokraten ein Weg gefunden werden, der den Arbeitern im Krankheitsfall die vollständige materielle Gleichstellung gewährt, ohne daß daraus Gefahren für die lohnintensiven Betriebe entstehen. Nach Ansicht der FDP sollte man zur Lösung dieser Frage noch einmal die versicherungsrechtlichen Möglichkeiten prüfen, um das gesteckte Ziel ohne Beeinträchtigung der mittelständischen Betriebe zu erreichen.

Nachdrücklich verlangen die Freien Demokraten eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung[28], die unter den gegebenen Umständen (Vollbeschäftigung) leicht ermöglicht werden kann.

Der Bundesvorstand wiederholte außerdem die Forderung der FDP nach einer Beseitigung der eigentumsfeindlichen Grundsteuer C (Baulandsteuer), weil diese Steuer die in sie gesetzten Erwartungen nicht nur nicht erfüllt, sondern sogar einen unerwünschten Anreiz der Bautätigkeit ausgelöst hat.[29]

Im Zusammenhang mit der Frage eines erhöhten Güterangebotes und einer wirksamen Bekämpfung der Schwarzarbeit wird die Bundesregierung gebeten, möglichst bald eine Untersuchung über die Frage der Lohnsteuerbefreiung der Überstundenzuschläge und der Überstundenentgelte vorzulegen, wobei vor allem auch die verfassungsrechtlichen Fragen (Steuergleichheit) geklärt werden müssen.[30]

Mit Hinweis auf die jetzt im Bundesbankbericht genannten Zahlen über die Vermögensbildung im Jahre 1961 bedauern die Freien Demokraten die überproportionale Vermögensbildung bei der öffentlichen Hand auf Kosten der privaten Vermögensbildung. Die Bundesregierung und die Länderregierungen werden aufgefordert, dieser einer gesunden Eigentumsbildung zuwiderlaufenden Entwicklung ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen.

---

27 Vgl. Nr. 19 Anm. 85.

28 Eine entsprechende Mündliche Anfrage von *Frhr. von Kühlmann-Stumm* hatte Bundesarbeitsminister *Blank* unter Hinweis auf beträchtliche Ausgabensteigerungen negativ beantwortet. Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 50, 23. Sitzung vom 5. 4. 1962, S. 805 C.

29 Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 51, 40. Sitzung vom 11. 10. 1962, S. 1737 A *(Imle)*.

30 Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes des Abg. *Imle* u. Gen. in 4. BT Anlagen, Bd. 84, Drucks. Nr. 1161 vom 29. 3. 1963.

## 31.

## 12. 10. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 115. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 12. Oktober 1962 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.45 Uhr–18.40 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Bezold (i. V. von Haas), Borm, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Dörinkel, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Gerber, Hoppe, Herta Ilk, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kirchhoff, Kohl, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Lüder (LSD), Marx, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, von Nottbeck, Rubin, Scheel, Schollwer, Simonis, Starke, Völker, Wedel.[1]

Dr. MENDE eröffnet die Sitzung und erteilt Bundesminister *Mischnick* das Wort zum Punkt

1. GRUNDSATZFRAGEN DER SOZIALPOLITIK UND DAS SOZIALPAKET

Minister MISCHNICK zieht aus den Ergebnissen der letzten Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen[2] den Schluß, daß in der Bundestagswahl Wählerschichten angesprochen worden sind, die in den nachfolgenden Wahlen nicht mehr von uns erreicht werden konnten.[3]

Unsere Sozialpolitik gilt es von nun an bewußt auf die wachsende Schicht der Angestellten einzustellen. Einem Rückgang der Selbständigen von 3 258 000 auf 3 190 000 im Jahre 1961 steht ein entsprechender Zugang bei den Unselbständigen gegenüber. Das Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten, das früher 4:1 betrug, wird sich in absehbarer Zeit auf 2:1 belaufen.

Darüber hinaus gilt es, eine Politik zu betreiben, die bei den Kriegsopfern, Flüchtlingen und Vertriebenen und den Soldaten ankommt, und entsprechend dem Parteitagsbeschluß vom Mai d. J. die Kriegsfolgengesetzgebung vorrangig zu behandeln und abzuschließen.[4] Nach einem kurzen Überblick über die Arbeiten seines Hauses geht MISCHNICK auf die mit dem „Sozialpaket"[5] zusammenhängenden Fragen ein. Der „brisanteste Stoff" sei die Umstellung der Lohnfortzahlung[6], da die CDU sich auf eine arbeitsrechtliche Lösung mit

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Engelhard, Erbe, Haußmann, Frhr. von Kühlmann-Stumm,* Marie-Elisabeth *Lüders* und *Maier.*
2 Vgl. Nr. 18 Anm. 283–284.
3 Stimmenanteil der FDP bei den Bundestagswahlen am 17. 9. 1961: 12,8 v. H.
4 Vgl. Nr. 26 Anm. 5.
5 Begriffsbildung für die umfassende Behandlung der sozialpolitischen Probleme (Krankenversicherung, Lohnfortzahlung, Kindergeld usw.). Vgl. u. a. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 35. Sitzung vom 15. 6. 1962, S. 1451 A, 1459 D, 1460 A, 1465 C und aus der Sicht der FDP „Drei Gesetze und ein Paket. Entstehungsgeschichte und Hintergrund der sozialpolitischen Diskussion", in: fdk 15. Jg., Nr. 6 vom 21. 1. 1964, S. 4 ff.
6 Vgl. Nr. 19 Anm. 85.

Ausgleichskassen festgelegt habe, die FDP aber eine versicherungsrechtliche Lösung anstrebe, die den Wünschen insbesondere des Handwerks nahekommt. *Erhard* habe sich hinter die arbeitsrechtliche Lösung der CDU gestellt. Die CSU sei teilweise für die versicherungsrechtliche Lösung, die SPD halte sich in dieser Angelegenheit noch sehr zurück. Eine Ausweitung des Angestellten-Katalogs sei im Hinblick auf die Rentenversicherung weiterhin wünschenswert.

MISCHNICK erhält Zustimmung für seine Anregung, den Kontakt zwischen den Parteiausschüssen und Arbeitskreisen zu intensivieren. Insbesondere sollen im Sozialpolitischen Bundesausschuß[7] Unterausschüsse gebildet werden, denen die Bearbeitung folgender Themen übertragen werden soll:

1. Altersversorgung, auch der Selbständigen;

2. Harmonisierung der sozialen Leistungen (z. B. Kindergeld und Freibeträge bei den verschiedenen Rentenleistungen);

3. Untersuchung der Rentenkumulationen, insbesondere im Öffentlichen Dienst;

4. Eigentumsbildung.

Frau Dr. ILK bezeichnet es als schwierig, im Wahlkampf zu begründen, wieso im Endeffekt höhere Kosten entstehen. Die Sozialpolitik ist – nach Dr. STARKE – nicht mehr eine Finanzfrage, sondern eine Frage des taktischen Vorgehens. Die schwierige Situation bestehe darin, daß die von der FDP angestrebte Entlastung durch Übernahme des Kindergeldes in Höhe von 1 Mrd. auf den Bundeshaushalt durch neue Belastungen seitens der CDU in Höhe von 2 1/2 Milliarden überkompensiert würde.

Minister SCHEEL regt an, nicht für die sogenannte versicherungsrechtliche Lösung auf die Barrikaden zu gehen, da der Ausgang ungewiß sei. Dem wird von verschiedener Seite widersprochen.

GENSCHER betont, daß unsere Position stark sei, da die SPD sich zurückhalte und *Blank*[8] über keine Mehrheit verfüge.

Der Vorstand beschließt nach Durchsicht der Nürnberger Entschließung des Gesundheitspolitischen Bundesausschusses vom 30. September 1962 folgende Formulierung:

„Der Vorstand hat die Entschließung des Gesundheitspolitischen Bundesausschusses mit Dank zur Kenntnis genommen und der Fraktion als Material überwiesen".

Es wird gesprochen über
– den Stand der Arbeiten an dem Entwurf zu einem Bundesurlaubsgesetz.[9]

---

7 Vgl. Nr. 28, Anhang Ziffer 13.
8 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (CDU).
9 4. BT ANLAGEN, Bd. 81, Drucks. Nr. 785 vom 30. 11. 1962.

Dr. EHRICH erklärt, die SPD-Fraktion Bremens wolle mit ihrem eigenen Gesetzentwurf zur Regelung des Urlaubs warten, falls die Verabschiedung eines Bundesgesetzes in absehbarer Zeit zu erwarten sei.

Mit dessen Verabschiedung durch den Bundestag wird Ende dieses Jahres gerechnet.[10]

Die unterschiedlichen Empfehlungen der Parteiausschüsse und des Sozialpolitischen Arbeitskreises der Fraktion in der Frage der gesetzlichen Regelung des Mindesturlaubs werden erörtert.

Dr. MENDE gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß es nun bei dem letzten (ablehnenden) Beschluß bleibe.

– Den voraussichtlichen Zeitpunkt für das Inkrafttreten des 2. Kriegsopfer-Neuordnungsgesetzes[11], für das die FDP die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zum 1. Januar 1963 anstrebe. Eine Berücksichtigung der Beamten ohne die Kriegsopfer sei politisch ausgeschlossen.

– Ein Ausbildungsförderungsgesetz.

Ein vorliegender Entwurf der SPD[12] würde zu einem kostspieligen Nebeneinander verschiedener Förderungsmaßnahmen führen, ohne die Begabtenförderung, die wir anstreben, zu ermöglichen. Die Kosten dieses Gesetzes würden sich nach Minister STARKE auf eine Milliarde belaufen. Es soll ein Bericht vorgelegt werden.

Es wird nochmals angeregt, für die Kriegsopfer politisch aktiv zu werden, da deren Organisationen mehr und mehr auf die Linie der SPD einschwenkten.

Dr. MENDE betont, daß die FDP die erste und einzige Partei gewesen sei, die nach dem Kriege schon durch *Heuss* im Landtag mutig für die Kriegsopfer und die Soldaten eingetreten sei.[13] Politisch gesehen bestehe ein Junktim zwischen Beamten- und Kriegsopferversorgung.

Die Formulierung einer Presseerklärung wird diskutiert und zur Veröffentlichung freigegeben (siehe Anlage).

In der Frage des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern bezeichnet Dr. LEVERENZ es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Länderminister unsere Bemühungen unterstützen.

Dr. MENDE empfiehlt die Lektüre der Oktoberausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“[14], aus der sich die marxistische Grundeinstellung des DGB und der SPD ersehen lasse.

Die Schriften des Deutschen Handwerks-Verbandes sollen bei Dr. *Wellmann* abgeholt werden, um die Überprüfung der Berichterstattung über das

---

10 Bundesurlaubsgesetz vom 8. 1. 1963 (BGBl. I, S. 2).

11 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts vom 21. 2. 1964 (BGBl. I, S. 85).

12 4. BT ANLAGEN, Bd. 78, Drucks. 415 vom 17. 5. 1962.

13 Im Landtag von Württemberg-Baden 1946–1949.

14 Heft 10 der Gewerkschaftlichen Monatshefte 1962 enthält Beiträge über Gemeinwirtschaft in der Bundesrepublik und über Wirtschaftsplanung in Frankreich und Großbritannien.

FDP-Handwerk-Gespräch zur Krankenversicherungsreform[15] vornehmen zu können.

SCHEEL berichtet über die Eindrücke seiner Amerikareise.[16] Danach wollen die USA uns nicht nur an den Entwicklungskosten, sondern auch an der politischen Verantwortung beteiligen, indem sie uns bestimmte Wirtschaftsbereiche zur personellen Betreuung überantworten. SCHEEL bittet die Partei, in der Öffentlichkeit für mehr Verständnis zu werben. Die Arbeit seines Hauses richtet sich nach drei Seiten: erstens den Entwicklungsländern, zweitens der Werbung um Verständnis bei den Westmächten, drittens der Aufklärungsarbeit in der deutschen Öffentlichkeit. Entwicklungskredite sollen künftig von Fall zu Fall an die Lieferbedingungen gebunden werden.

Die Frage der Außenministervertretung wird erörtert.

2. und 3. BESTIMMUNG DES ZEITPUNKTES UND DES ORTES FÜR DEN XIV. ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG; BESTIMMUNG EINES ZEITPUNKTES UND EINES ORTES FÜR DEN BUNDESHAUPTAUSSCHUSS

Der nächste Bundesparteitag soll in der Zeit vom 13.–15. Juni 1963 in Augsburg stattfinden.

Eine gemeinsame Sitzung des Bundeshauptausschusses und der Bundestagsfraktion ist für den 14. und 15. Dezember 1962 in Berlin vorgesehen. Freitag, den 14., 15.00 Uhr, Sitzung des Bundesvorstandes, Sonnabend, den 15. Dezember, 9.00 Uhr, Bundeshauptausschuß.

Der Bundesvorstand verabschiedet nachfolgenden Beschluß:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten beschloß auf seiner Sitzung am 12. Oktober 1962, den XIV. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP für die Zeit vom 13. bis 15. Juni 1963 in Augsburg einzuberufen. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, daß Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Bundeshauptausschuß am 14. und 15. Dezember 1962 in Berlin zusammentreten".

4. TEILNAHME VON MITGLIEDERN DES BUNDESVORSTANDES UND VON KABINETTSMITGLIEDERN DER LANDESREGIERUNGEN AM WAHLKAMPF IN BAYERN, INSBESONDERE IN MITTELFRANKEN

Dr. MENDE läßt sich ermächtigen, in Namen des Vorstandes sämtliche Landesminister einzeln um die aktive Teilnahme an den Landtagswahlen in Bayern[17] und Hessen[18] zu ersuchen. Zur Intensivierung des Kontaktes zwischen Bundes- und Landesparteien sollen regelmäßig Einladungen ergehen.

Punkt

15 Vgl. Nr. 3 Anm. 25, Nr. 18 Anm. 182.
16 Vgl. das Kommuniqué vom 28. 9. 1962 in AdG 1962, S. 10139 C.
17 Landtagswahlen am 25. 11. 1962.
18 Landtagswahlen am 11. 11. 1962.

5. ÜBERNAHME VON PATENSCHAFTEN ÜBER BEZIRKSVERBÄNDE DES LANDESVERBANDES BERLIN

wird nicht behandelt.

6. ZUSAMMENKÜNFTE DES BUNDESVORSITZENDEN MIT DEN DER FDP ANGEHÖRENDEN STELLVERTRETENDEN MINISTERPRÄSIDENTEN UND ANDEREN KABINETTSMITGLIEDERN DER LÄNDER

Dr. MENDE führt aus, daß es an entsprechenden Bemühungen des Bundesvorsitzenden nicht gefehlt habe, doch hätten die Landesminister wenig Interesse gezeigt. Von 12 eingeladenen Ministern seien in einem Fall zwei erschienen.

Zum Punkt
7. VERSCHIEDENES
liegen keine Wortmeldungen vor.

ANLAGE

fdk Nr. 13/82 S. 7[19] 16. Oktober 1962

FDP-BUNDESVORSTAND ZUR FINANZ- UND SOZIALPOLITIK

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat am 12. Oktober in Bonn unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* die Fragen der Sozial- und Finanzpolitik beraten, die in Bonn zur Entscheidung stehen. In einer Erklärung des Bundesvorstandes heißt es:

„Mit Befriedigung nimmt der FDP-Bundesvorstand davon Kenntnis, daß es der Bundesregierung gelungen ist, den Entwurf des Bundeshaushaltes 1963 auf die Summe von 56,8 Milliarden DM zu begrenzen. Zur Deckung dieses Etats ist ein erhöhter Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer notwendig. Deshalb begrüßt der FDP-Bundesvorstand den Bremer Beschluß vom 5. Oktober, in dem die Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktionen bekundet haben, daß die Länder der vermehrten Aufgabenstellung des Bundes durch eine finanzielle Unterstützung Rechnung tragen sollten. Dieser Akt bundesfreundlichen Verhaltens wird eine wesentliche Stütze für die Haushaltspolitik des Bundes sein.

Für die Verabschiedung und für die Vorlage eines Lohnfortzahlungsgesetzes[20] und der Krankenversicherungsreform[21] erwartet der FDP-Bundesvorstand, daß die Vorlagen dem Bemühen Rechnung tragen, unübersehbare Kostenbelastungen zu vermeiden. Die Freien Demokraten treten für eine volle Lohnfortzahlung an alle Arbeiter ein. Die Arbeiter werden dadurch den Angestellten materiell gleichgestellt.

Bei genauer Prüfung aller bisher bekannt gewordenen Vorschläge sind die Freien Demokraten zu der Überzeugung gelangt, daß diese Gleichstellung am besten auf versicherungsrechtlichem Wege erreicht werden kann, wobei die

19 BT Bibl.
20 Vgl. Nr. 19 Anm. 85.
21 Vgl. Nr. 3 Anm. 25, Nr. 18 Anm. 182.

Mittel für die Lohnfortzahlung von den Arbeitgebern aufgebracht würden. Damit ließe sich eine nicht kalkulierbare Belastung der lohnintensiven mittelständischen Wirtschaft, vor allem der Handwerksbetriebe, vermeiden.

Diese Rücksicht auf die mittelständischen Unternehmen hält der FDP-Bundesvorstand aus wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen für dringend geboten. Er unterstützt deshalb auch die gleichartigen Bestrebungen der Handwerksorganisationen.

Von der Krankenversicherungsreform erwarten die Freien Demokraten eine Stärkung der Selbstverantwortung. Hierbei ist es aber keineswegs erforderlich, wie es in einem bekanntgewordenen Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums vorgesehen ist, die Angestellten zusätzlich zu belasten und die gegliederte Krankenversicherung weitgehend zu zerschlagen, womit der Weg für eine von der FDP abgelehnte Einheitsversicherung frei gemacht würde. Auch die Beteiligung der Rentner an den Krankheitskosten ohne Rücksicht auf die Höhe ihre Bezüge wird von den Freien Demokraten nicht gebilligt.

Der FDP-Bundesvorstand erwartet, daß die angekündigten Vorlagen zum sogenannten Sozialpaket[22] diesen Einwänden Rechnung tragen werden, weil nur solche Gesetze von Nutzen sein können, die durch Vermeidung zusätzlicher Risiken und Kosten den Willen zu einer langfristigen Stabilisierung unserer Wirtschaftslage unterstützen."

(Bereits am 12. Oktober der Presse übergeben).

---

22 Siehe Anm. 5.

## 32.

## 2. 11. 1962: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 115. Vorsitz: Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 2. November 1962." 14.20 Uhr–22.00 Uhr.**

Teilnehmer: die Mitglieder des Bundesvorstandes außer Erbe, Haas und Eduard Leuze (alle entschuldigt); die Mitglieder der Bundestagsfraktion außer Bucher, Burckardt, Thomas Dehler, Kühn, Rademacher und Spitzmüller (alle entschuldigt).

[„SPIEGEL"-AFFÄRE]

Dr. MENDE: Bundes- und Fraktionsvorstand sind einmütig der Auffassung, daß diese Sitzung in einer besonderen Klausur stattfindet. Neben den gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes und den Abgeordneten der Bundestags-

fraktion nehmen teil der Bundesgeschäftsführer[1], der persönliche Referent des Parteivorsitzenden[2], der protokollführende Assistent[3], die beiden Pressechefs (*Moersch* und *Schollwer*). Die Sitzung ist streng vertraulich, da über Staatsgeheimnisse und über Geheimnisse der Verteidigung gesprochen wird.[4] Die Sitzung wird mit einem Bericht über die Montags-Kabinettssitzung[5] durch Dr. *Mende* beginnen, der durch die Minister ergänzt wird. *Döring* wird dann über die Vorstandssitzungen von Montag und Dienstag berichten[6], Dr. *Mende* über die Sitzung von Mittwoch und über die Gespräche mit *Globke,* Dr. *Adenauer* und *Hopf*[7] sowie über den Brief des Bundeskanzlers, in dem mitgeteilt wird, daß Dr. *Adenauer* nicht geneigt ist, den Justizminister zu entlassen.[8] Für heute angesetzte Versammlungen werden abgesagt.

Der materielle Inhalt der Verhaftung steht hier nicht zur Debatte, da dieses eine richterliche und keine politische Wertung ist. Vielmehr soll über die Verletzung der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung und unserer Mitverantwortung auch in ihren zukünftigen Aspekten (Sozialpaket ohne uns verabschiedet)[9] gesprochen werden.

[BERICHT ÜBER DIE KABINETTSSITZUNG VOM 29. 10. 1962]

Dr. MENDE hat erst am Sonnabend[10] von den „Spiegel"-Verhaftungen erfahren. Dr. *Stammberger* war zu dieser Zeit in Süddeutschland und nicht erreich-

1 Hans-Dietrich *Genscher.*
2 Karl-Friedrich *Brodeßer.*
3 Friedrich-Wilhelm *Kirchhoff.*
4 Die „Spiegel"-Affäre, zugleich eine Koalitions- und Regierungskrise wegen der Person von Bundesverteidigungsminister *Strauß,* wurde ausgelöst durch den Artikel „Bedingt abwehrbereit" des „Spiegel"-Redakteurs Conrad *Ahlers* in Heft 41/62 vom 10. 10. 1962, S. 32 ff. Die dort veröffentlichten Informationen über das NATO-Manöver „Fallex 62" erfüllten aus der Sicht der Regierung den Tatbestand des Landesverrats, der landesverräterischen Fälschung und der aktiven Bestechung. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 3. Zur „Spiegel"-Affäre insgesamt vgl. DIE SPIEGEL AFFÄRE. Hrsg. von Jürgen Seifert. Bd. 1 und 2, Olten-Freiburg i. B. 1966. 1. Alfred Grosser/Jürgen Seifert, Die Staatsmacht und ihre Kontrolle. 2. Die Reaktion der Öffentlichkeit. Von Thomas Ellwein u. a.; H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 261–273; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 675–706.
5 Am 29. 10. 1962.
6 Am 29. und 30. 10. 1962.
7 Volkmar *Hopf* (CDU), Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.
8 Justizminister *Stammberger* (FDP) hatte, da er erst am 27. 10. 1962 von der „Spiegel"-Aktion unterrichtet worden war, am 31. 10. den Rücktritt von Staatssekretär *Hopf* (Verteidigung) gefordert. Die übrigen FDP-Minister drohten im Falle der Nichterfüllung ebenfalls mit Rücktritt. *Stammberger* zog sein Rücktrittsgesuch am 5. 11. 1962 zurück, nachdem die Staatssekretäre *Hopf* und *Strauß* (Justiz) beurlaubt bzw. in den Wartestand versetzt worden waren. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 5.
9 Die FDP-Minister waren dem zweiten Teil der auf ihren Wunsch unterbrochenen Kabinettssitzung vom 31. 10. 1962 ferngeblieben. Nach Wiederaufnahme der Beratungen ohne die FDP-Minister nutzte *Adenauer* ihre Abwesenheit, um mit den CDU/CSU-Ministern die umstrittenen Sozialgesetze (vgl. Nr. 31 Anm. 5) zu verabschieden. Vgl. DER SPIEGEL Nr. 45 vom 7. 11. 1962, S. 52 f.
10 Am 27. 10. 1962.

bar. Am Montag[11] hat der Bundeskanzler zunächst über Kuba berichtet.[12] Er berichtete aber auch kurz über die „Spiegel"-Affäre, war aber offenbar ebenfalls nicht sehr gut informiert. *Höcherl*[13] berichtete dann kurz über die Polizeiaktion in diesem Zusammenhang.[14] *Scheel*[15] machte darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine eminent politische Frage handelt. Dr. *Mende* brachte zum Ausdruck, daß vermieden werden muß, daß auch nur der Anschein entsteht, daß man sich nicht im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung gehalten hat.[16] Er bat den Justizminister, zu berichten, der sich dann scharf dagegen verwahrte, daß er nicht eingeschaltet wurde.[17] Daraufhin verließen die Staatssekretäre und die anwesenden drei Fraktionsvorsitzenden[18] den Raum.

[BERICHT DES JUSTIZMINISTERS]

Dr. STAMMBERGER: Der beanstandete „Spiegel"-Artikel wurde in der Ausgabe vom 10. Oktober 1962 veröffentlicht, die dem diensthabenden Bundesanwalt *Kuhn* am 9. Oktober vorgelegen hat. Die Bundesanwaltschaft hat daraufhin sofort um eine Prüfung durch das Verteidigungsministerium gebeten, ob hier die Geheimhaltung verletzt worden ist. Das geschah, bevor die Anzeige von Prof. *von der Heydte* erfolgte.[19] Das Gutachten selbst ging jedoch direkt vom Verteidigungsministerium an den Bundesanwalt *Kuhn*.[20] Das Gutachten kreuzte sich mit einem Schreiben der Bundesanwaltschaft an das Verteidigungsministerium, in dem die Absendung angemahnt wurde. Von diesem Schreiben hat er einen Durchschlag erhalten, der ihm am 22. Oktober vorgelegt wurde. Er hat dazu entschieden, daß ihm das Schreiben nach Erstellung des Gutachtens wieder vorgelegt wird. Die Bundesanwaltschaft fand den In-

11 Am 29. 10. 1962.

12 Wegen Kuba, das unter dem Regime von Fidel *Castro* zum sowjetischen Einflußbereich gehörte, war es zwischen den USA und der UdSSR zu Spannungen gekommen, die – von zahlreichen Zwischenfällen begleitet – im Oktober 1962 bis an den Rand eines Krieges gingen. Vgl. AdG 1962, S. 10193 D Ziffer 1–31.

13 Bundesminister des Innern (CSU).

14 Die als landesverräterisch angesehene Veröffentlichung des „Spiegel" vom 10. 10. 1962 (siehe Anm. 4) führte auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof in der Nacht vom 26. zum 27. 10. zur Durchsuchung der Geschäftsräume des Nachrichtenmagazins in Hamburg und Bonn und zur Verhaftung von Chefredakteuren und Redakteuren sowie des Herausgebers *Augstein*. vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 1.

15 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (FDP).

16 In der Kritik in- und ausländischer Presseorgane sowie von Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens an den Begleitumständen der „Spiegel"-Aktion kam die Besorgnis um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, vor allem der Pressefreiheit, zum Ausdruck. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 4.

17 Siehe Anm. 8.

18 *Von Brentano* (CDU), *Ollenhauer* (SPD), *Mende* (FDP).

19 Als einer der privaten Anzeiger hatte sich Universitätsprofessor Dr. Friedrich August *von der Heydte* in Würzburg bekannt, der am 23. 10. 1962 zum General der Reserve ernannt wurde. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Zifffer 3.

20 Zu diesem Gutachten und zu weiteren in dieser Sitzung angesprochenen Aspekten der „Spiegel"-Affäre stellten SPD-Abgeordnete 18 Fragen, mit denen sich der Bundestag in den Fragestunden am 7., 8. und 9. 11. 1962 befaßte. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, S. 1949 B–2010 D, 2013 A–2026 A, 2075 B–2090 B.

halt des Gutachtens wenig schön, da dargelegt wurde, daß sehr geheime Dinge verletzt worden sind. Das Gutachten richtet sich aber nicht nur gegen den „Spiegel", sondern auch gegen die Informanten. *Hopf* hat sich am 20. Oktober bereit erklärt, auch gegen die Informanten vorzugehen (20. 10.). Er versuchte, sich mit Staatssekretär *Strauß*[21] in Verbindung zu setzen. Staatssekretär *Hopf* hat ihn aber nicht erreicht. Dr. *Stammberger* selbst war zu dieser Zeit erreichbar, trotzdem hat sich *Hopf* nicht mit ihm in Verbindung gesetzt. Der Bundesanwaltschaft teilte er mit, daß er sich mit dem Justizministerium in Verbindung setzte. Er hat dann auch *Strauß* informiert und am Donnerstag auch Ministerialdirigent *Kleinknecht*.[22] Staatssekretär *Strauß* hat er ersucht, keinen anderen von den geplanten Maßnahmen zu informieren; obgleich er an dem Donnerstag, an dem die Fibag-Affäre[23] behandelt wurde (25. 10.), den ganzen Nachmittag mit Staatssekretär *Strauß* zusammen war, hat dieser Dr. *Stammberger* nicht informiert. Auch er hat erst durch die Presse erfahren, was geschehen ist. Am Dienstag, den 30. Oktober 1962 hat er sich von Bundesanwalt *Kuhn* über den Stand der Angelegenheit informieren lassen. Dabei hat sich auch herausgestellt, daß nicht der mindeste Verdacht besteht, daß *Döring*[24] und *Jahn*[25] Informationen gegeben haben. Staatssekretär *Strauß* hatte mittlerweile einen Urlaub angetreten, der auf Anordnung Dr. *Stammbergers* abgebrochen werden mußte. Die Staatssekretäre *Strauß* und *Hopf* waren dann bei ihm, wobei ihm *Hopf* versichert hat, daß er keine Weisung hatte, Dr. *Stammberger* nicht zu informieren. Von der Bundesanwaltschaft wurde ihm versichert, daß diese auf die Verhaftung von *Ahlers*[26] keinen Einfluß genommen hat. Am nächsten Tag, nachdem er alles erfahren hatte, hat er Dr. *Adenauer* seinen Rücktritt nicht angeboten, sondern erklärt, Dr. *Stammberger* ist der Auffassung, daß sich die Bundesanwaltschaft korrekt verhalten hat.

Dr. MENDE: Staatssekretär *Hopf* ist bereit, zu beeiden, daß Verteidigungsminister *Strauß* das Gutachten nicht gelesen hat. Es sind zum Teil höchste Geheimhaltungsstufen verletzt worden. Die Unterlagen dazu lagen noch nicht einmal in Paris vor, sondern nur in Washington. Damit ist objektiv Geheimnisverrat begangen worden. Ein in Washington tätiger Oberst der Bundeswehr steht in dem Verdacht, die nur dort vorliegende Information an den „Spiegel" weitergegeben zu haben.[27]

Dr. STAMMBERGER: Er billigt das richterliche Verfahren, nicht aber die Methoden der Durchführung. Im Panzerschrank von *Augstein*[28] wurden geheime

---

21 Walter *Strauß* (CDU), Staatssekretär im BMJ.
22 Beamter im BMJ.
23 Vgl. Nr. 28 Anm. 14.
24 Wolfgang *Döring*, MdB (FDP) stellte Strafantrag wegen Verleumdung. Vgl. fdk 13. Jg., Nr. 86 vom 2. 11. 1962, S. 5.
25 Gerhard *Jahn*, MdB (SPD) dementierte, Informant des „Spiegel" gewesen zu sein. Vgl. „General und Oberst unter Hausarrest?", in: DIE WELT Nr. 256 vom 1. 11. 1962, S. 1.
26 Zu den Umständen der Festnahme von *Ahlers* in Spanien vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, S. 2013 A–2021 B.
27 Oberst Adolf *Wicht* vom Bundesnachrichtendienst. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 6.
28 Siehe Anm. 14.

Protokolle vorgefunden, die dieser aber nicht verwendet hat. Darüberhinaus wurden Ablichtungen von Protokollen des Verteidigungsausschusses vorgefunden, die nur in 7-facher Ausfertigung erstellt wurden. Die Nummer des abgelichteten Protokolls ist dabei überdeckt.

Dr. STARKE: Unterschlagungen von Informationen hat er auch in seinem Ministerium laufend erlebt. Er gibt dafür Beispiele. In einem Fall handelt es sich dabei um ein Objekt von über 500 000 DM.

Das Gutachten, das von einem Oberregierungsrat im Verteidigungsministerium erstellt worden war, wurde, nachdem der zuständige Referent, ein Ministerialrat, Staatssekretär *Hopf* wegen der Bedeutung informiert hatte, nach Absendung von *Hopf* auch dem Verteidigungsminister *Strauß* vorgelegt. Im Kabinett hat *Höcherl* nur gesagt, daß er die Länder benachrichtigt hat. Dr. *Starke*selbst wurde angegriffen, weil er zwei Redakteure des „Spiegel" wegen Haushaltsfragen empfangen hat. Die Stimmung im Kabinett war sehr gereizt.

MISCHNICK: Im 3. Kabinett war beschlossen worden, daß kein Kabinettsmitglied dem „Spiegel" ein Interview gibt. Ein gleicher Beschluß wurde jedoch im 4. Kabinett nicht gefaßt. Zunächst hat aber die CDU so getan, als gelte das auch für das 4. Kabinett.

Dr. STAMMBERGER: Er hat ein mit dem „Spiegel" vorgesehenes Gespräch über die Intimsphäre für die Dauer des Prozesses abgesagt.

[BERICHT ÜBER DIE VORSTANDSSITZUNGEN VOM 29. 10. UND 30. 10. 1962]

DÖRING: Am Sonntag, den 28. Oktober hat er eine Presseerklärung abgegeben, in der er sich

1. für eine schnelle Aufklärung ausgesprochen hat,

2. hat er es als ungewöhnlich bezeichnet, daß die Aktion erst drei Wochen nach der Veröffentlichung des beanstandeten Artikels erfolgte, und

3. die Frage gestellt, wie es möglich ist, daß die Staatsorgane so langsam fungieren.[29]

In der von ihm geleiteten Vorstandssitzung suchte man erst einmal den Hergang zu klären. Am Dienstag, den 30. Oktober gab Dr. *Stammberger* einen weiteren Bericht, und es wurden zwei Briefe an das Kabinett wegen der Notstandsgesetzgebung[30] und wegen des Sozialpaketes[31] verfaßt. (Die Briefe werden verlesen). In der Kabinettssitzung vom Mittwoch, den 31. Oktober wurden diese Briefe behandelt. Die FDP-Fraktion hat hier einige Vorschläge zur Notstandsgesetzgebung gemacht. In bezug auf das Sozialpaket wurde darum

29 Abgedr. in fdk Nr. 124/62 (T) vom 29. 10. 1962.

30 TOP der Kabinettssitzung am 31. 10. 1962, für den der FDP-Fraktionsvorstand in seinem Brief Bedenken finanzieller und wirtschaftlicher Natur zu den zusätzlichen Notstandsgesetzen über Luftschutz und ähnliche Fragen angemeldet hatte. Vgl. DIE WELT Nr. 257 vom 2. 11. 1962, S. 2.

31 TOP der Kabinettssitzung am 31. 10. 1962, der in Abwesenheit der FDP-Minister erledigt wurde. Siehe Anm. 9.

gebeten, die Verabschiedung im Kabinett zurückzustellen, bis die Koalitionspartner hierüber noch einmal gesprochen haben.

Von den Angriffen gegen *Döring* wurde er zwei Stunden nach seinem Besuch beim Kanzler durch dpa unterrichtet. Er hat darauf Strafantrag gestellt und dementiert. Es wird niemand gegen ihn auftreten können, der ihm nachweist, daß er dem „Spiegel" Dokumente überlassen hat. Der Verfasser der dpa-Meldung hat erklärt, daß er lieber ins Gefängnis gehen will, als den Informanten bekanntzugeben.

Dr. MENDE: *Strauß* hat ihm gesagt, daß die Meldung über *Döring* nicht aus dem Verteidigungsministerium kommt.

WEYER: Am Freitag, den 26. Oktober ist das Landeskriminalamt unterrichtet worden. Man nahm an, daß *Augstein* in Düsseldorf ist. Ein Hauptkommissar hat einen Haftbefehl vorgelegt mit der Weisung, niemanden davon zu verständigen. Informiert wurden aber später Staatssekretär *Hölzel*[32] (CSU) und Staatssekretär *Adenauer,* ein Neffe des Bundeskanzlers.[33] An *Weyer* wurde kein Ersuchen um Amtshilfe gestellt. Das Bundeskriminalamt ist unmittelbar tätig geworden, ohne ihn zu informieren.[34] Er hat *Höcherl* um eine Zusammenkunft der Innenminister gebeten. Darauf und auch auf ein weiteres Fernschreiben hat er keine Antwort erhalten. Er beabsichtigt, in Nordrhein-Westfalen einen Beschluß zu erwirken, durch den sichergestellt wird, daß sich solche Dinge nicht wiederholen. Die Polizeikräfte sind nur vom Bund und nicht vom Land gestellt worden.

Dr. STAMMBERGER: Er gibt seinem Ärger Ausdruck, daß Dr. *Kohut* sich nicht bereiterklärt hat, die für die nächste Fragestunde von ihm gestellten drei Fragen zurückzunehmen[35], obgleich Dr. *Stammberger* ihm darlegte, daß er gezwungen ist, an diesem Tage wegen seines Gesundheitszustandes den Arzt aufzusuchen (Dr. *Stammberger* verläßt zeitweilig die Sitzung).

[BERICHT ÜBER DAS GESPRÄCH ADENAUERS MIT DER FDP-FÜHRUNGSSPITZE VOM 31. 10. 1962]

Dr. MENDE: Der Fraktionsvorstand ist zu der Überzeugung gekommen, daß in dieser Angelegenheit schwere Verfahrensmängel vorliegen. Da sowohl der Bundesjustizminister als auch der Innenminister von Nordrhein-Westfalen nicht informiert wurden, ist alles an der FDP vorbeigegangen. *Hopf* ist bei Dr. *Mende* gewesen und hat ihm die Mißhelligkeiten erläutert. Das auslösende Moment für die „Spiegel"-Aktion war nicht die Anzeige von Prof. *von der Heydte,* sondern die Bundesanwaltschaft. Minister *Strauß* ist erst nach der Ab-

32 Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

33 Ludwig *Adenauer* (CDU), Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, hatte Innenminister Weyer (FDP) nicht über die Einschaltung der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei informiert. Vgl. DIE WELT Nr. 256 vom 1. 11. 1962, S. 1; Nr. 257 vom 2. 11. 1962, S. 1.

34 Zur unterlassenen Unterrichtung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, S. 1949 B.

35 *Kohut* nahm die drei mündlichen Anfragen zurück. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 47. Sitzung vom 9. 11. 1962, S. 2087 B.

sendung des Gutachtens informiert worden und hat das Gutachten auch nicht gelesen. *Hopf* hat zu Staatssekretär *Strauß* gesagt, er solle die Information über die „Spiegel"-Angelegenheit, die er ihm nach der Rückkehr von Karlsruhe gegeben hat, „nicht nach oben, nicht nach der Mitte, nicht nach unten und nicht nach der Seite" weitergeben. Er sagte aber, daß das nicht so gemeint gewesen sei, daß auch der Justizminister nicht zu informieren ist. Trotzdem ist er bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Für Dr. *Stammberger* ist aber in erster Linie Staatssekretär *Strauß* der maßgebende Mann, an den er sich zu halten hat. Dr. *Mende* ist dann zusammen mit den drei anwesenden Ministern[36], *Döring* und *Zoglmann* zu Dr. *Adenauer* gegangen, der die Kabinettssitzung daraufhin unterbrach.[37] Der Fraktionsvorstand kam zu dem Ergebnis, daß die Staatssekretäre *Hopf* und *Strauß* zurücktreten müssen, oder die FDP-Minister treten zurück.[38] *Hopf* hat unter Zeugen die Erklärung abgegeben, daß er für die Verhaftung von *Ahlers* in Spanien nicht verantwortlich sei. Dr. *Adenauer* hat versichert, daß er keine Anweisung gegeben hat, die FDP auszuschalten. Er hat *von Hase*[39] zurecht gewiesen, weil er gesagt hat, daß diese Frage im engsten Kreis behandelt werden sollte, denn in dieser Form sei das nie gesagt worden. Dr. *Mende* hat den Bundeskanzler ersucht, die Fraktion bis Freitag über seine Entscheidung zu unterrichten. In dem Schreiben, das Dr. *Adenauer* an Dr. *Mende* gerichtet hat, wurde mitgeteilt, daß die „Spiegel"-Aktion durch die versehentliche Inhaftierung eines Mannes, den man für *Augstein* hielt, ausgelöst wurde. Dr. *Adenauer* hat Dr. *Stammberger* unterrichtet, daß sich *Dowling*[40] auch dafür ausgesprochen hat, daß Dr. *Stammberger* im Amt bleibt. In dem Schreiben Dr. *Adenauers* an Dr. *Mende* (das verlesen wird) lehnt Dr. *Adenauer* die Versetzung der zwei Staatssekretäre[41] in den Ruhestand ab, spricht sich aber auch gegen die Demissionierung von Dr. *Stammberger* aus.

KREITMEYER: Er hat den Verdacht, daß man die Sache bewußt hinausgezögert hat.

Dr. MENDE: Es lag in der Absicht von *Hopf*, daß die Ermittlungen mehr gegen die Informanten des „Spiegel" als gegen den „Spiegel" selbst zu richten sind. Untersuchungen wurden gegen 7 Personen eingeleitet. Ein Oberst der Bundeswehr wurde aus Washington zurückberufen.[42] Dr. *Mende* verliest die letzten Pressemeldungen, wonach man durch die versehentliche Verhaftung eines Mitarbeiters des „Spiegel", den man für *Augstein* hielt, gezwungen war, gegen die ursprüngliche Absicht in der Nacht tätig zu werden.

---

36 *Stammberger, Starke* und *Mischnick*. Die Minister *Scheel* und *Lenz* waren erkrankt. Vgl. DER SPIEGEL Nr. 45 vom 7. 11. 1962, S. 52.

37 Die Kabinettssitzung vom 31. 10. 1962 war auf Ersuchen der anwesenden FDP-Minister unterbrochen worden, weil die FDP-Spitze die Situation noch einmal intern beraten wollte. Im Verlauf dieser Beratung bat *Mende Adenauer* um ein klärendes Gespräch, noch bevor das Kabinett weiterberiet. Zu diesem Gespräch erschien *Mende* mit den fünf FDP-Politikern. Vgl. DER SPIEGEL, ebd.

38 Siehe Anm. 8.

39 Leiter des Bundespresseamtes.

40 Botschafter der USA in Bonn.

41 *Hopf* (Verteidigung) und *Strauß* (Justiz).

42 Siehe Anm. 27.

SCHULTZ: Aus der Tatsache, daß man gegen den Artikel von *Weinstein* in der „Deutschen Zeitung“[43] nichts unternommen hat, ist zu schließen, daß die Aktion mehr gegen den „Spiegel“ selbst gerichtet ist als gegen den beanstandeten Artikel.

ZOGLMANN: In dem Artikel der „Deutschen Zeitung“ wird nur über Fallex und nicht über MC 70 etc. berichtet.[44]

MÜLLER-LINK: In der Hamburger Ausgabe der „Welt“ wurde berichtet, daß sich ein Staatssekretär-Ausschuß unter *Globke* ebenfalls mit dem „Spiegel“-Komplex befaßt habe.[45]

Dr. MENDE: Hiervon ist ihm nichts bekannt.

MÜLLER-LINK: Er stellt die Frage, wer die Anforderung des Gutachtens bekommen hat.[46]

ZOGLMANN: Das Gutachten wurde schriftlich am 11. Oktober angefordert. Das ist über den Tisch von *Hopf* gelaufen. Die Anmahnung vom 18. 10. kreuzte sich mit der Übersendung des Gutachtens. Das Gutachten wurde von einem Oberregierungsrat im Verteidigungsministerium erstellt, der den zuständigen Referenten, einen Ministerialrat, informierte. Daraufhin wurde Staatssekretär *Hopf* informiert.

Dr. MENDE: Er bittet, in die politische Wertung der Sachlage einzutreten, nachdem die Fragen gestellt sind.

Dr. MIESSNER: Es erscheint ihm seltsam, daß man den falschen *Augstein* bereits festnimmt, wenn die Aktion noch gar nicht anlaufen sollte.

Dr. MENDE: Er kann diese Frage nicht beantworten, weil er darüber nicht informiert ist. Zur Person von Staatssekretär *Hopf* führt Dr. MENDE aus, daß dieser nicht CDU-Mitglied ist und ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, daß er FDP-Wähler ist. Die FDP hat seine seinerzeitige Ernennung zum Staatssekretär begrüßt.

Dr. ACHENBACH: Laut Verteidigungsminister *Strauß* hat *Kuhn*[47] bei einem General im Sicherungsamt angerufen und sich dort erkundigt, ob durch den Artikel die Geheimhaltungspflicht verletzt wurde.

Dr. LEVERENZ: Aus den Ausführungen von Dr. *Achenbach* kann man auch manchen Ausblick auf das Zustandekommen der Verhaftung in Spanien[48] entnehmen.

---

43 Presseberichten zufolge hatte die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ bereits am 29. 9. 1962, also 12 Tage vor dem „Spiegel“, das gleiche Thema mit weitgehend den gleichen Informationen behandelt, ohne daß ein Verfahren gegen die Zeitung eingeleitet wurde. Vgl. AdG 1962, S. 10239.

44 Für die Herbstübung 1962 der NATO und für ihre Rüstungs- und Führungsdirektive MC 70 vgl. DER SPIEGEL Nr. 41 vom 10. 10. 1962, S. 32–53.

45 Nicht in der D-Ausgabe. Vgl. Die Krise in Bonn, in: DIE WELT Nr. 257 vom 2. 11. 1962, S. 1 f.

46 Siehe Anm. 20.

47 Zuständiger Bundesanwalt.

48 Siehe Anm. 26.

Frau FUNCKE: Sie ist der Auffassung, daß beide Staatssekretäre gehen müssen. Die Staatssekretäre *Strauß* und *Hopf* sind einander gleichgestellt, infolgedessen kann *Strauß* von *Hopf* auch keine Anweisungen entgegennehmen.

Dr. ASCHOFF: Für uns stellt sich die Frage, ob wir wegen Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit und wegen der angewandten Methoden und weil Dr. *Stammberger* übergangen wurde, den Justizminister zurückziehen sollen oder ob wir darüberhinaus das Fortbestehen der Koalition in Frage stellen sollen. Es erscheint ihm keine Frage, daß Landesverrat begangen wurde. Er fragt sich aber, ob man die Möglichkeit hatte, die Angelegenheit nach dem 18. Oktober an uns heranzuziehen. In bezug auf die Verhaftung in Spanien, die man hier nicht klären kann, ist zu prüfen, ob hier versucht wurde, über Militärbeziehungen die Methoden des Dritten Reiches wieder einzuführen. Zu prüfen ist auch, ob man die FDP bewußt ausgeschaltet hat, womit die Frage der politischen Konsequenz für uns verhältnismäßig leicht zu beantworten wäre.

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: *Hopf* hat wahrheitswidrig behauptet, daß er das Justizministerium unterrichtet habe. Er unterrichtete Staatssekretär *Strauß* erst einen Tag später. Wir können uns diese Methoden nicht bieten lassen. Das gilt auch für die Verabschiedung des Sozialpakets.[49]

Dr. MENDE: *Blank*[50] hat erklärt, daß die Verabschiedung des Sozialpakets aus zeitlichen Gründen erfolgt ist und daß man doch mit der FDP weitgehend einig war (Widerspruch Dr. *Rutschke, Mischnick*). In bezug auf die Unterrichtung des Justizministeriums durch *Hopf* müssen die Einzelheiten noch genau geklärt werden.

MARGULIES: Nachdem das Kabinett am Mittwoch[51] wichtige Gesetze ohne uns verabschiedet hat, stellt sich für uns die Frage, ob wir dieser Koalition überhaupt noch angehören.

Dr. EMDE: Es ist ihm nicht ganz erklärlich, warum es 16 Tage in Anspruch genommen hat, bis das Gutachten erstellt wurde.

Dr. MENDE: Er verliest die neuesten Pressemeldungen, wonach Dr. *Stammberger* auf seinem Rücktritt beharrt und Dr. *Adenauer* wenig zur Bereinigung der Vertrauenskrise angeboten hat. Dr. MENDE bittet nunmehr, zur Sache zu kommen, damit uns das Gesetz des Handelns nicht mehr entgleitet.

Dr. STAMMBERGER: Er hat keinerlei Erklärungen abgegeben.

Dr. MENDE: Die Frage ist doch für uns

1. ob wir mit *Adenauers* Brief[52] einverstanden sind,

2. ob es uns genügt, wenn die zwei Staatssekretäre zurücktreten und

3. ob wir bei negativem Verlauf der Verhandlungen mit dem Bundeskanzler in der Koalition bleiben wollen.

---

49 Siehe Anm. 9.
50 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
51 Am 31. 10. 1962.
52 Siehe S. 361.

RUBIN: Fragen sollten jetzt nicht mehr zugelassen werden.

Dr. HELLIGE: Es ist sicherzustellen, daß die Zusammenarbeit besser wird. Wir sollten ein befristetes Ultimatum stellen, daß die Staatssekretäre *Hopf* und *Strauß* zurücktreten oder die FDP scheidet aus der Koalition aus.

Dr. STAMMBERGER: Er ist damit einverstanden, daß man die Untersuchung der Angelegenheit dem Justizminister überträgt, damit die FDP die Möglichkeit hat, weitere Konsequenzen zu ziehen. Ferner muß die Spanien-Angelegenheit geklärt werden.

SCHULTZ: Unsere Minimalforderung muß sein, daß

1. die zwei Staatssekretäre zurücktreten,

2. daß der Beschluß über das Sozialpaket zurückgezogen wird. Im übrigen könnte man sich bereits mit der Frage der Bildung einer neuen Koalition beschäftigen.

VON NOTTBECK: Zunächst sollten wir einmal prüfen, ob wir in der Koalition bleiben wollen. Er spricht sich dafür aus, weil wir unseren Wählern zu verstehen gegeben haben, daß wir nicht in die Opposition gehen.

DÜRR: Zusätzlich zu den beiden Staatssekretären muß noch der parlamentarisch Verantwortliche für die Verhaftung in Spanien zurücktreten.

Dr. ACHENBACH: Im Gegensatz zum Bundesjustizminister ist er der Ansicht, daß die Bundesanwaltschaft sich nicht korrekt verhalten hat. Der zuständige Bundesanwalt hätte Dr. *Stammberger* persönlich unterrichten müssen. Auch hätte der Justizminister aufgrund des ihm vorgelegten Briefdurchschlags[53] selbst handeln müssen. Selbstverständlich muß *Hopf* gehen, denn er hat die Prinzipien des Rechtsstaates nicht begriffen. Der Justizminister hat den Staat vor Landesverrat und den Bürger vor unrechtmäßigen Verhaftungen zu schützen. Der Justizminister hat seinen Rücktritt erklärt und sollte dabei bleiben. Darüberhinaus sollten die zwei Staatssekretäre zurücktreten. Wenn man darauf nicht eingeht, steht die Koalitionsfrage.

Dr. STAMMBERGER: Er macht darauf aufmerksam, daß er den Brief nicht am 18. Oktober, sondern erst am 22. 10. 1962 erhalten hat (am 5. 11. teilte Dr. *Stammberger* dem Unterzeichneten mit, daß ihm der Brief, wie er festgestellt hat, erst am 24. 10. vorgelegt wurde).

Frau Dr. KIEP-ALTENLOH: Der Justizminister muß jetzt bei seinem Rücktritt bleiben. Es muß auch untersucht werden, welches Ministerium bei diesen Vorgängen noch beteiligt war.

EISENMANN: Die Konsequenz der Sachlage ist die Auflösung der Koalition.

RUBIN: Der Brief des Bundeskanzlers ist als eine weitere Abwertung der FDP zu betrachten. Darin akzeptiert der Kanzler noch nicht einmal unsere Minimalforderung. Die FDP-Minister sollen sich mit Dr. *Stammberger* solidarisch erklären. Eine Regierungsumbildung ist nach diesen Vorgängen erforderlich.

Dr. MENDE: Wir sollten jetzt keine Erklärungen abgeben.

---

53 Siehe S. 357.

Dr. STAMMBERGER: Alle FDP-Minister haben dem Kanzler bereits erklärt, daß sie mit ihm einer Meinung sind.

Dr. IMLE: Wir sollten uns nicht zum Rechtswahrer des „Spiegel" machen (Widerspruch). Wir wurden schlecht behandelt. Aber was kommt, wenn wir die Regierung stürzen?

Dr. RUTSCHKE: Es geht uns hier in erster Linie um den Rechtsstaat, daher sollten wir das Sozialpaket[54] nicht in unsere Bedingungen aufnehmen. Alle, die in dem Verfahren gegen die Rechtsstaatlichkeit gesündigt haben, müssen bestraft werden. Das müssen wir fordern. Die Untersuchung muß unter der Regie von Dr. *Stammberger* stattfinden.

Dr. MAIER: Wir haben im Augenblick in der Bevölkerung eine gute Position. Ein Stimmungswandel kann jedoch aufgrund unserer Beschlüsse jederzeit auftreten. Wir wissen auch nicht, wie die Dinge weiter laufen werden. Wenn wir nur in einem kleinen Punkt widerlegt werden, wird man uns desavouieren. Der Justizminister muß seinen Staatssekretär heraussetzen und nicht selbst zurücktreten. Die Bevölkerung sagt, daß der Verteidigungsminister *Strauß* schuld ist. Es ist die Frage, ob wir erreichen, daß dieser zurücktritt. Absolute Beschlüsse sollten wir aber nicht fassen.

KOHL: Wenn *Augstein* Landesverrat begangen hat, hat er der Pressefreiheit selbst einen starken Schlag versetzt. Er bejaht die aufgestellten Forderungen, man sollte diese jedoch nicht mit der Koalitionsfrage verquicken.

Dr. MENDE: Er macht darauf aufmerksam, daß eine Koalition mit der SPD arithmetisch nicht drin ist[55], und daß wir uns hier keinen falschen Vorstellungen hingeben dürfen. Eine harte Haltung in der Koalition muß in 1. Linie durch unsere Minister bewiesen werden.

MERTES: Es ist für uns deprimierend, für das Volk aber demoralisierend, daß hier in Bonn eine politische Krise die andere ablöst. Die Gründe dafür liegen im Palais Schaumburg, von dem aus durch Intrigen und durch den Behördenapparat geherrscht wird. Daher muß der Kanzler ausgewechselt werden. Gerade im Interesse der Rechtsstaatlichkeit scheint es ihm aber besser, in der Regierung zu bleiben. Folgende Minimalforderungen werden jedoch gestellt:

1. die Staatssekretäre *Hopf* und *Strauß* müssen zurücktreten,

2. dem Bundeskanzler muß klar gemacht werden, daß auch Minister *Strauß* zurücktreten muß,

3. Untersuchung der in Spanien und Hamburg angewandten Methoden unter Verantwortung des Justizministers.

Das wird man uns abnehmen, wenn wir nach außen geschlossen auftreten.

---

54 Siehe Anm. 9.

55 *Mende* nannte für die Aufrechterhaltung der CDU/CSU-FDP-Koalition und die Vermeidung einer Koalitionskrise vier Gesichtspunkte: 1. die kritische weltpolitische Lage, 2. solange keine Verletzung von vitalen Interessen der FDP vorliegt, 3. Vermeidung einer Regierungsbeteiligung der SPD bzw. einer schwarz-roten Koalition und 4. kein öffentliches, sondern nur internes In-Frage-stellen der Koalition gegenüber Bundeskanzler *Adenauer*. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 2. 11 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

Dr. MENDE: Wenn unsere Minimalforderung abgelehnt wird, muß die Fraktion noch einmal zusammentreten.

VON KÜHLMANN: Was Dr. *Mende* vorschlägt, sollte als Antrag abgestimmt werden.

Dr. EMDE: Es ist die Frage zu klären, ob der Justizminister gesundheitlich in der Lage ist, die Untersuchungen durchzuführen.

Dr. STAMMBERGER: Er wird die Durchführung dieses Antrages gesundheitlich durchstehen, muß allerdings alle Wahltermine absagen.

Dr. MENDE: Er verliest die Anträge von *Margulies* und Dr. *Kiep-Altenloh*, die sich dem Sinn nach decken.

VON KÜHLMANN: Sein Antrag bezog sich auf die Konsequenz, die wir ziehen, wenn wir unsere Forderung nicht durchsetzen.

Dr. MENDE: Diese Konsequenz ist selbstverständlich.

WEYER: Wir sollten trotzdem abstimmen. Dem Kanzler muß klar gemacht werden, daß keine Alternative besteht.

DÖRING: An unserer Entscheidung hängt das Schicksal der Partei. Mit Anträgen sollten wir bis zum Ende dieser Sitzung warten. Wir können uns vor der Öffentlichkeit in keine Feilscherei einlassen.

WEBER: Der Antrag sollte dahingehend ausgeweitet werden, daß der Stil der Bundesregierung geändert wird.

ZOGLMANN: Wir können nichts anderes tun, als den Antrag *von Kühlmann* anzunehmen, zu verhandeln, und wenn wir nicht durchkommen, aus der Koalition auszutreten.

Dr. RIEGER: Die Frage sollte doch erst ausdiskutiert werden.

Dr. HAMM: Wenn der Landesverrat bewiesen ist, wird die Situation in der Öffentlichkeit anders aussehen.

Dr. MENNE: Wenn die Koalition platzt, kommt die große Koalition und dann werden wir an der Opposition nicht mehr sehr viel Freude haben.[56] Die Bevölkerung sieht das Problem weniger im Sinne der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, sondern als „Spiegel"-Affäre. *Hopf* sollte zurücktreten. Ob Staatssekretär *Strauß* zurücktreten soll, sollte Dr. *Stammberger* entscheiden. Weitere Forderungen sollte man nicht stellen.

HOPPE: Man kann nicht eine abgelehnte Forderung nochmals in der gleichen Form stellen und bei einer Ablehnung erneut beraten. Nach Dr. *Stammberger* ist eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit nur durch die Verhaftung in Spanien erfolgt. Alles andere ist umstritten. Im übrigen handelt es sich um politische Mißhelligkeiten. Nach dem, was hier dargestellt wurde, ist eine Fortsetzung

56 Der Gedanke einer Großen Koalition erhielt neuen Auftrieb im Verlauf der „Spiegel"-Affäre als Folge des durch sie bedingten Vertrauensverlustes der Regierung *Adenauer*. Zu den Fühlungnahmen zwischen CDU/CSU und SPD in dieser Frage vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 522–529; H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 273–287; D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 694–702.

der Koalition in dieser Form nicht möglich. Die Konsequenz einer Ablehnung müßte in ultimativer Form bekanntgegeben werden. Er schlägt vor, daß man umgekehrt verfährt, wie es bisher vorgeschlagen wurde, nämlich, daß Dr. *Stammberger* seine Rücktrittserklärung aufrechterhält und daß sich die übrigen FDP-Minister dieser Rücktrittserklärung anschließen, wenn man nicht bereit ist, unsere Minimalforderung zu erfüllen.

Dr. STAMMBERGER: Auch er ist zu der Auffassung gekommen, daß Staatssekretär *Strauß* neben *Hopf* zurücktreten muß.

DÖRING: Es darf in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehen, daß wir zu Kompromissen bereit sind, wenn es um die Rechtsstaatlichkeit geht. Wenn man unsere Forderung, die zwei Staatssekretäre abzulösen, erfüllt, stehen wir in der Öffentlichkeit schlecht da, denn die Öffentlichkeit ist der Meinung, daß die wahren Verantwortlichen Minister *Strauß* und der Bundeskanzler sind. Wenn man unsere Forderung annimmt, erscheint *Adenauer* als der Retter der Koalition, den wir dann um so schwerer selbst wegbringen. Im Verfahren befürwortet er den Vorschlag *Hoppes.*

Dr. MENDE: Die Antwort auf das Schreiben Dr. *Adenauers*[57] sollte in schriftlicher Form erfolgen. Für die Presse sollten wir nur eine kurze Erklärung abgeben, in der zum Ausdruck kommt, daß wir von dem Schreiben des Kanzlers nicht befriedigt sind und daß wir noch im Laufe des heutigen Abends antworten werden.

MOERSCH: Er verliest den Wortlaut der Erklärung (vgl. fdk vom 2. 11. 62).[58]

Dr. MENDE: Wegen der Formulierung des Schreibens an den Bundeskanzler sollten sich Dr. *Achenbach,* Dr. *Dörinkel* und *Moersch* mit *Genscher* sofort zusammensetzen.

GENSCHER: In das Schreiben muß aufgenommen werden, daß die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit wieder hergestellt werden müssen.

MISCHNICK: Die Mindestforderung muß gestellt und erfüllt werden, sonst denkt jeder CDU-Beamte, daß er mit einem FDP-Minister machen kann, was er will. Die SPD wird unter dem augenblicklichen Aspekt nicht in die Regierung eintreten. Von dieser Seite besteht also keine Gefahr.

Dr. MENDE: Ihm liegt eine schriftliche Erklärung der SPD vor, nach der sie bei einem Ausscheiden der FDP aus der Regierung in dieser Legislaturperiode nicht in die Regierung eintreten wird.[59]

Dr. DÖRINKEL: Er begrüßt unsere Erklärung. Wir sollten keine Koalitionskrise hervorrufen, wenn das nicht unbedingt notwendig ist. Ein wichtiges Ereignis in der Außenpolitik, zum Beipiel der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR, kann nach unserem Ausscheiden zu einer großen Koalition führen. Dann wird man uns der mangelnden rechtzeitigen Einsicht bezichtigen.

---

57 Siehe S. 361.
58 Siehe Anlage.
59 Siehe Anm. 56.

DORN: Die Presse hat unsere Erklärung mit Hohngelächter zur Kenntnis genommen.

Frau FUNCKE: Der Bundeskanzler wird unsere Forderungen erfüllen, auch wenn wir diese noch so hoch schrauben. Wenn wir eine Untersuchung und Bestrafung fordern, sollte man noch dazu sagen, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen dürfen. Im übrigen befürwortet sie den Vorschlag von *Hoppe*. Sie bittet, daß sich die anderen Minister auch bereitfinden, ihren Rücktritt zu erklären, wenn unsere Minimalforderungen nicht akzeptiert werden.

Dr. EMDE: Wir sollten angesichts der zahlreichen Journalisten, die vor den Türen stehen, daß Sitzungszimmer nur in Begleitung verlassen.

Unterbrechung bis 19.30 Uhr

Dr. MENDE: Die Presse hat unsere Erklärung von heute abend negativ aufgenommen. Es erscheint daher angebracht, den Vorschlag von *Hoppe* weiter zu verfolgen.

Dr. RIEGER: Er befürtwortet den Vorschlag von *Hoppe*, denn wir können die Vorgänge nicht tatenlos hinnehmen. An Dr. *Stammbergers* Stelle wäre er allerdings nicht selbst zurückgetreten, sondern hätte seinen Staatssekretär in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

OPITZ: Wir dürfen der CDU nicht die Chance geben, jetzt mit uns über das Sozialpaket zu sprechen, und sollten dem *Hoppe*-Vorschlag folgen und bei dem eigentlichen Thema bleiben.

Dr. EHRICH: Er unterstützt den *Hoppe*-Vorschlag.

KUBITZA: Es erscheint ihm erforderlich, daß wir die Konsequenzen aus den bisherigen Mißerfolgen ziehen.

SCHULTZ: Die Vorschläge Dr. *Achenbachs* und *Dörings* lehnt er ab. Außer dem Brief an den Kanzler sollten die Minister ihr Rücktrittsgesuch einreichen mit der Erklärung, daß diese erledigt ist, wenn die Bedingungen der FDP angenommen werden.

ZOGLMANN: Er berichtet über den Telefonanruf *Gerstenmaiers* aus dem Bundeskanzleramt. Danach tagt das CDU-Präsidium noch immer und wartet auf unsere Erklärung. Das Präsidium sieht aufgrund des Briefes Dr. *Adenauers* an Dr. *Mende* keine Veranlassung, die Staatssekretäre abzuberufen.[60] *Zoglmann* hat daraufhin gesagt, daß in dem Brief Unwahrheiten enthalten sind und daß man das Präsidium offenbar falsch informiert habe. *Gerstenmaier* fragte auch nach anderen Gründen, die uns zu unserem Schritt bewegt haben. Er fragte, ob die FDP auf diese Weise nur einen Weg suchte, um aus der Koalition herauszukommen. *Zoglmann* hat ihm erwidert, daß es lediglich darauf ankomme, zu reparieren, was geschehen ist.

Dr. LEVERENZ: Er trägt den ersten Teil des Briefentwurfs an Dr. *Adenauer* vor.

---

60 Siehe S. 361.

Dr. STARKE: Die Abfassung des Schreibens ist gut, dieser Brief könnte aber von Dr. *Stammberger* geschrieben sein und sollte besser als Anlage zu dem Schreiben der Fraktion beigefügt werden.

Dr. MENDE: Es geht hier um eine Dokumentation für spätere Zeiten. Natürlich muß diesem ersten Teil der politische Teil folgen.

ZOGLMANN: Der Kanzler führt sein Präsidium mit falschen Argumenten hinters Licht. Was die Presse sagt, kann nicht Richtschnur unseres Handelns sein. Wir müssen die Dinge realistisch sehen. Dr. *Stammberger* hätte sich aber vor seiner Rücktrittserklärung mit seinen Ministerkollegen und mit dem Vorstand abstimmen sollen. *Hopf* hätte Dr. *Stammberger* gar nicht informieren müssen. Dafür ist Staatssekretär *Strauß* verantwortlich. In einem Gespräch mit *Globke* hatte er den Eindruck, daß die Angelegenheit in unserem Sinne geregelt wird. Wenn wir uns jetzt noch durchsetzen, kommen wir gut aus der Sache heraus. Die Rücktrittsgesuche der Minister sollten eingereicht werden, damit man sich im Palais Schaumburg ganz klar darüber ist, daß wir es ernst meinen.

*Von Hassel, Dufhues, Krone, Blank, Erhard* und *Gerstenmaier* sind noch im Palais Schaumburg, weil sie offenbar dem Bundeskanzler nicht trauen. Ein Durchschlag unseres Briefes sollte auch an ein Mitglied des CDU-Präsidiums gehen.

Dr. MENDE: Der Vorstand hat in der Zwischenzeit kein Gespräch mit Dr. *Adenauer* oder *Globke* geführt. Eine Durchschrift des Briefes sollte nur an Dr. *Krone* gehen.

DÜRR: Die Minister sollten ihren Rücktritt direkt erklären. Das kann man aber in dem Brief ankündigen.

MÜLLER-LINK: In unserem Schreiben muß eine Frist gesetzt werden.

Dr. MENDE: Er schlägt eine Befristung bis Montag, den 5. November mittags vor.[61]

MÜLLER-LINK: Die Ermittlungen des Bundesjustizministers müssen sich auch auf das Verteidigungsministerium erstrecken.

Dr. MENDE: Geklärt werden muß auch, ob der Text des Verhaftungsbefehls für *Ahlers* an den Deutschen Botschafter gefunkt wurde.

MAUK: In den Brief muß hinein, daß die Fraktion den Rücktritt der Minister begrüßt. Die SPD wird in diese Regierung nicht eintreten.

VON MÜHLEN: Dr. *Adenauer* steht mit dem Rücken an der Wand. Denn der Kanzler kann sich gar keine Regierungskrise leisten. Daher ist unsere Stellung stark, und alles hängt von der Taktik ab.

Dr. STARKE: Formal muß gesagt werden, daß die Daten, die Dr. *Leverenz* vorgetragen hat, als Anlage des Schreibens von Dr. *Stammberger* mitgehen, da uns diese Daten gar nicht bekannt sein können. Außenpolitische Momente spielen ja in unseren Überlegungen keine Rolle, denn die Krise ist ja noch nicht da. Am Mittwoch, den 31. 10., ist im Kabinett über 3,5 Mrd. ohne uns

61 Siehe Anm. 8.

verhandelt worden. Allein die Notstandsgesetzgebung kostet 1,5 Mrd. DM. Sie ist seit 10 Jahren überfällig und mußte ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt beschlossen werden. Daher ist für ihn die Vertrauensgrundlage nicht mehr gegeben. In dem Brief sollten wir bei unseren Forderungen bleiben und auf den Rücktritt der der FDP angehörenden Bundesminister hinweisen. Es muß aber ein Passus hinein, nach dem Gespräche über die Wiederherstellung der Vertrauensgrundlage zu führen sind und auch über die Kabinettsbeschlüsse, die in Abwesenheit der FDP-Minister gefaßt worden sind.[62] Andernfalls sieht er keine Möglichkeit, seine Arbeit fortzusetzen. Wir sollten keine zusätzlichen Bedingungen stellen, sollten aber die gestellten Bedingungen durchhalten.

Dr. MENDE: Er gibt bekannt, daß soeben die Nachricht kommt, daß „Spiegel"-Verlagsleiter *Becker* verhaftet worden ist.

KOHL: *Döring* hofft auf Ablehnung der Vorschläge, dagegen überlegt Dr. *Starke,* wie es weitergehen soll. Er ist der Auffassung, daß wir dem Vorschlag Dr. *Starkes* folgen sollten. Man muß Erfüllbares fordern mit dem Ziel, es dann auch durchzusetzen.

Dr. MENDE: Dr. *Adenauer* ist zur Zeit bei *Lübke,* und das Präsidium wartet nach wie vor auf unser Schreiben.

Dr. EMDE: Die Koalition mit der SPD ist zur Zeit nicht vorstellbar. Je mehr wir zum Ausdruck bringen, daß wir an der Koalition festhalten, um so stärker ist unsere Position. Er stellt die Frage, wie wir uns die Untersuchung durch den Justizminister vorstellen. Wenn Dr. *Stammberger* auch das *Strauß*-Ministerium untersuchen soll, wird es in der CDU große Diskussionen geben.

BEZOLD: Es ist unmöglich, daß ein Minister in einem anderen Ministerium Untersuchungen führt.

Dr. MENDE: Er verliest die letzten Agenturmeldungen.

DORN: Wenn bei dem „Spiegel"-Verfahren von aktiver Bestechung gesprochen wird, so stellt sich doch erst einmal die Frage, wer dann bestochen wurde.

Dr. STAMMBERGER: Laut Bundesanwalt *Kuhn* hat man nur den dringenden Verdacht, daß eine aktive Bestechung vorliegt. Das hat er aber erst hinterher erfahren. Nach seiner Erfahrung hätte die Ermittlung in Richtung auf Landesverrat schon genügt.

MARGULIES: Es wurde heute mehrfach der Vergleich angestellt mit der Lage der Fraktion vor einem Jahr.[63] Die Fraktion ist aber heute weiter, weil sie längere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der CDU hat. Die Konsequenz einer Ablehnung unserer Forderungen sollten wir sehen. Die Ablösung der zwei Staatssekretäre ist hier im Raum zwar interessant, draußen aber gar nicht. Der Öffentlichkeit geht es um die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung, daher muß das, was Dr. *Stammberger* untersuchen soll, vorangestellt werden. Bei der Untersuchung muß dann herauskommen, daß der Bundesverteidigungsminister die Schuld trägt.

---

62 Siehe Anm. 9.

63 Nach den langwierigen Koalitionsverhandlungen im Herbst 1961. Vgl. Nr. 18 und 19.

Dr. KOHUT: Er gibt bekannt, daß er die dritte der von ihm gestellten mündlichen Fragen zurückziehen will, da sie mittlerweile geklärt ist, und daß er die übrigen zwei Fragen für eine Woche zurückgestellt hat.[64]

Dr. MENNE: Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, kann es zu einer großen Koalition kommen, insofern ist er nicht glücklich über unsere Beschlüsse und die Rücktrittsgesuche unserer Minister. Im Geschäftsleben würde er nicht so verfahren, da man sich auch in die Lage seines Partners hineinversetzen muß.

Dr. MENDE: Dieses harte Verlangen ist dem Bundeskanzler, Dr. *Krone* und *Globke* bereits so hart gesagt worden. Unsere Stärke liegt in unserer Gemeinsamkeit. Er dankt den Ministern *Lenz, Mischnick* und Dr. *Stammberger* über ihre Rücktrittserklärungen, die in unseren Panzerschrank eingeschlossen werden. Dr. *Starke* wird folgen.

Dr. MAIER: Wir können froh sein, daß Dr. *Stammberger* in dieser schwierigen Frage nicht tätig werden mußte, denn das Verhältnis von Generalbundesanwalt zu Justizminister ist sehr schwierig. Die geforderten Untersuchungen sollten „im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen" erfolgen. Das sollte man in dem Brief zum Ausdruck bringen.

Dr. MENDE: Er verliest den Entwurf des Schreibens an den Bundeskanzler.

Frau FUNCKE: Die Wiederherstellung des Rechtsstaates sollte aufgenommen werden.

GENSCHER: Es muß vermieden werden, daß wir in 14 Tagen ein Telegramm bekommen mit dem Inhalt, daß der Rechtsstaat wieder hergestellt wurde, weil *Augstein* rehabilitiert ist. Wenn man dieses Thema behandelt, müßte im einzelnen dargelegt werden, worin wir die Rechtsstaatlichkeit gefährdet sehen.

Dr. MENDE: Er läßt abstimmen.

MARGULIES: Er spricht sich gegen die Fassung des Briefes aus, da man seinem Vorschlag nicht gefolgt ist.

Dr. MENDE bittet *Margulies,* seine Bedenken zurückzustellen.

MARGULIES: Er erklärt sich dazu bereit.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Briefentwurfs (wird als Anlage dem Original dieses Protokolls beigefügt).[65]

MISCHNICK: In bezug auf die weitere pressemäßige Behandlung sollten die FDP-Minister sagen, daß sie sich solidarisch erklären. Sie sollten jedoch kein Interview geben.

Dr. MENDE: Die Einzelheiten des Briefes sollten nicht bekanntgegeben werden. *Adenauer* hat das auch nicht getan. Die nächste Fraktionsvorstandssitzung findet am Montag, den 5. November 1962 um 12 Uhr statt (Termin später auf 10 Uhr geändert).

---

64 Siehe Anm. 35.
65 Siehe Anlage.

ANLAGE

FDP-Bundestagsfraktion
– Pressestelle[66] –

Bonn, den 2. Nov. 1962

Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben heute Kenntnis genommen von dem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Erich *Mende* zur Frage des Rücktrittsverlangens von Bundesjustizminister Dr. *Stammberger.*

Die Führungsgremien der FDP sind von diesem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers nicht befriedigt. Sie werden dem Herrn Bundeskanzler noch heute abend eine schriftliche Antwort zuleiten.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sind der Meinung, daß es notwendig ist, Voraussetzungen zu schaffen, die als Vertrauensgrundlage für die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition notwendig sind.

Die Freien Demokraten sind entschlossen, alles zu tun, um

1. den Staat vor Landesverrat zu schützen,

2. für die Einhaltung der rechtsstaatlichen Garantien und für die Wahrung der Grundrechte zu sorgen, damit keinem Bürger unseres Landes Unrecht geschehen kann.

---

66 Das Schreiben trägt den Briefkopf der fdk (ADL, Ordner Nr. 115)

## 33.

## 19. 11. 1962. Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 115. Vorsitz: Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 19. November 1962 in Nürnberg." 11.15 Uhr–13.55 Uhr.**

Teilnehmer: die Mitglieder des Bundesvorstandes außer Engelhard, Haas, Marie-Elisabeth Lüders und Wedel (alle entschuldigt); die Mitglieder der Bundestagsfraktion außer Atzenroth, Burckardt, Busse, Emde (später anwesend), Hedi Flitz, Hamm, Emilie Kiep-Altenloh, Kühn, Löbe, Rademacher, Reichmann und Heinrich Schneider (alle entschuldigt).

Dr. MENDE: Es ist keine Demonstration, daß diese Tagung in Nürnberg stattfindet. Der Grund liegt vielmehr darin, daß verhindert werden soll, daß Wahlkampfverpflichtungen in dieser sitzungsfreien Woche wegen dieser Sitzung nicht erfüllt werden können.[1]

---

1 Im Hinblick auf die bayerischen Landtagswahlen am 25. 11. 1962 sollten die Mitglieder des Bundesvorstandes für Montag und Dienstag (19. und 20. 11.) im Bezirk Mittelfranken Rednerverpflichtungen übernehmen, um insbesondere in dieser Region die Überschreitung der 10 %-Grenze des bayerischen Landtagswahlgesetzes sicherzustellen. Vgl. Rundschreiben BV

Dr. Klaus DEHLER: Da Minister *Haas*[2] erkrankt ist, begrüßt er die Anwesenden als amtierender bayerischer Landesvorsitzender. Er bittet, eindeutige und klare und nicht viel interpretierbare Entscheidungen zu treffen.

Dr. MENDE: Er begrüßt insbesondere den Ehrenvorsitzenden Dr. *Maier*. Die Sitzung soll [um] 14 Uhr abgeschlossen werden, damit man in der Presse nicht sagen kann, wir haben uns gestritten.

[INNENPOLITISCHE LAGE INFOLGE DER „SPIEGEL"-AFFÄRE]

Zu dem „Spiegel"-Verfahren[3] ist zu sagen, daß die Untersuchung unter Federführung des Justizministers[4] weitergeführt wird. In dem Gespräch, das mit der CDU geführt wurde, gab es keine Diskussion über die Versetzung von Staatssekretär *Strauß* in den Wartestand[5], da dieser die Verpflichtung hatte, Dr. *Stammberger* zu informieren. Umstritten war dagegen die Ablösung von Staatssekretär *Hopf*[6], da die Frage ungeklärt war, ob er der Letztverantwortliche ist. Deshalb hat man ihn nur bis zur völligen Aufklärung beurlaubt.

Die Äußerung des Kanzlers bei der Abreise nach den USA[7] über *Hopf*[8] wurde von uns so ausgelegt, daß *Adenauer* zu der Auffassung gekommen ist, daß die Verantwortung bei Minister *Strauß* liegt. Es folgte dann der SPD-Antrag, der die Ablösung von Minister *Strauß* fordert.[9] Die FDP-Landesverbände haben zu diesem Zeitpunkt bereits einmütig die Meinung vertreten, daß eine Zusammenarbeit mit Minister *Strauß* nicht mehr zumutbar ist. Somit ist das Ziel unumstritten. Es wurden jedoch verschiedene Wege vorgeschlagen:

1. ultimative Forderung nach Ablösung von *Strauß*,

2. Anstoß zur Regierungsumbildung geben.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion müssen nun gemeinsam entscheiden, welche Form gewählt werden soll.[10] Von dem Wunsch der FDP nach Ablösung von Minister *Strauß* hat er Minister *Krone* informiert. Das Gespräch fand in sachlicher Atmosphäre statt.

---

88/62 vom 12. 11. 1962 sm an die Mitglieder des Bundesvorstandes (HStAST, Q 1/22, Bü 798, NL Haußmann).

2 Bayerischer Justizminister.

3 Vgl. Nr. 32 Anm. 14.

4 Wolfgang *Stammberger* (bis 11. 12. 1962).

5 Vgl. Nr. 32 Anm. 21.

6 Vgl. Nr. 32 Anm. 7.

7 Abreise *Adenauers* in die USA am 12. 11. 1962, Rückkehr am 16. 11. 1962. Vgl. FAZ Nr. 265 vom 13. 11. 1962, S. 1; FAZ Nr. 269 vom 17. 11. 1962, S. 1.

8 Vgl. „Adenauer: Hopf kehrt in sein Amt zurück", in: FAZ Nr. 265 vom 13. 11. 1962, S. 3.

9 Aufgrund eines Beschlusses der SPD-Bundestagsfraktion vom 13. 11. 1962. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 15.

10 *Mende* hatte am 16. 11. 1962 in einem dpa-Gespräch erklärt, daß eine Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsminister aufgrund der Ereignisse der letzten Wochen nicht mehr möglich sei. In der Koalition müßten jene Konsequenzen gezogen werden, die zu einer handlungsfähigen Regierung führten. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 16.

In Berlin hat Dr. *Mende* erklärt, daß die FDP kein Ultimatum zu stellen beabsichtigt, sondern daß es ihr um Vorschläge für eine verbesserte Regierungsarbeit geht.

Am Sonnabend fand ein Gespräch mit *Adenauer* statt[11], der berichtete, daß die Kubakrise[12] keinesfalls beigelegt sei. Es besteht der Eindruck, daß eine amerikanische Landung immer noch möglich ist. Nach wie vor befinden sich sowjetische Düsenbomber in Kuba. 300 000 amerikanische Soldaten stehen Gewehr bei Fuß. In bezug auf Berlin hat man sich offenbar auf die Zusammensetzung der Zugangsbehörde geeinigt. Die Vertreter von Bundesrepublik und SBZ sollen darin vertreten sein.[13]

Dr. *Mende* hat den Bundeskanzler auf ein Zeitungsinterview hingewiesen, das *Strauß* gegeben hat. *Strauß* äußerte dabei, daß im Bundestag Untersuchungen vorgenommen worden seien und Schränke versiegelt wurden.[14] Diese Meldung hat *Gerstenmaier* sofort dementiert.[15] Weiterhin hat Dr. *Mende* auf das schlechte Benehmen von *Strauß* bei dem Empfang des Präsidenten in Schloß Brühl[16] hingewiesen. Der Zustand des Verteidigungsministers auf dem Höhepunkt der Kubakrise hätte diesem nicht die Möglichkeit gegeben, verantwortlich zu handeln, wenn das erforderlich gewesen wäre. Der Kanzler hat sehr kritische Worte über *Strauß* gebraucht, sah sich aber nicht in der Lage, *Strauß* abzulösen. Nach dieser Erklärung des Bundeskanzlers wurde die Sitzung abgebrochen und ein Kommuniqué darüber verfaßt. Einige Stunden später fand dann eine erneute Besprechung in einem größeren Kreis statt. Dabei äußerten sich *von Brentano*[17], *Wacher* und *Schütz*[18] sehr scharf gegenüber der FDP. *Krone* hielt sich jedoch zurück. *Von Kühlmann* wies darauf hin, daß man zu *Strauß* als dem höchsten Vorgesetzten der Bundeswehr kein Vertrauen mehr haben könne. Dr. *Mende* wies auf die Äußerung von Sebastian *Haffner*[19] hin, der gesagt hat, daß sich *Strauß* in England keine 24 Stunden mehr halten könne. *Von Brentano* äußerte, daß die CDU, wenn die FDP ultimative Forderungen stellen würde, mit der SPD zusammenginge. Das wurde vom Kanzler

---

11 Am Samstag, den 17. 11. 1962, nachdem *Adenauer* am Vortag von seiner USA-Reise (siehe Anm. 7) zurückgekehrt war. Die vertrauliche Besprechung endete mit der Übereinkunft, eine Regierungsumbildung unter *Adenauer* ins Auge zu fassen. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 65.

12 Vgl. Nr. 32 Anm. 12.

13 Vgl. Nr. 24 Anm. 28.

14 Interview des Bundesverteidigungsministers mit der „Nürnberger Zeitung" vom 17. 11. 1962. Vgl. AdG 1962, S. 10237 C Ziffer 15.

15 Ebd. Das Dementi kam von der Bundesanwaltschaft.

16 Zu einem Empfang des Bundespräsidenten auf Schloß Augustusburg am 24. 10. 1962 war *Strauß* in offensichtlich angetrunkenem Zustand erschienen und damit auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise eindeutig handlungsunfähig gewesen. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 685.

17 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zu seiner Distanz zur FDP vgl. Nr. 28 Anm. 12.

18 Gerhard *Wacher* und Hans *Schütz*, beide MdB (CSU), an den Koalitionsgesprächen beteiligt. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 65.

19 Nach seiner Emigration nach England 1954–1961 Deutschland-Korrespondent des „Observer", 1961–1963 politischer Kolumnist für „Die Welt".

scharf zurückgewiesen. Weiterhin hat *Adenauer Döring* bestätigt, daß das Abkommen in bezug auf seine Kanzlerschaft bis Herbst 1963[20] gelten würde.

Um 21 Uhr erhielt Dr. *Mende* eine Mitteilung von Dr. *Ackerman*[21], daß die CDU bereit sei, nach der sitzungsfreien Woche[22] mit der FDP über den Fortbestand der Koalition zu verhandeln. Der Vorstand ist jedoch der Meinung, daß eine solche Verzögerung die Partei nicht verträgt. Dr. *Mende* hat am Donnerstag den Landesverbänden ein Telegramm geschickt und mitgeteilt, daß er eine Weiterarbeit in dieser Koalition unter den augenblicklichen Umständen nicht mehr für möglich hält. *Kiesinger*[23] brachte in einem Telefongespräch mit Dr. *Mende* am Sonntag zum Ausdruck, daß die FDP in Nürnberg einen Paukenschlag macht. Dr. *Mende* hat ihm erwidert, daß die FDP nicht an ein Ultimatum denkt. Die FDP ist für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CDU, jedoch ist eine Umbildung erforderlich. Nach diesem Telefongespräch fand keine weitere Kontaktaufnahme mit der CDU statt.

Nachdem *Dufhues*[24] eine Erklärung zur Umbildung der Regierung abgegeben hatte, sah auch er sich gezwungen, auf der wehrpolitischen Tagung der FDP[25] auf diese Frage einzugehen.

Döring: Er hat gestern morgen noch mit *Dufhues* gesprochen, der auch der Meinung ist, daß *Strauß* untragbar ist und daß entsprechende Schritte der FDP erwartet werden. *Döring* bittet, diese Mitteilung nicht weiterzutragen. *Dufhues* hat schließlich darum gebeten, daß die FDP auf die Erweiterung der personellen Fragen auf die Person des Bundeskanzlers verzichtet.

Man sollte jedoch die Stellung des Bundeskanzlers auch nicht über den Herbst 1963 hinaus zementieren.[26]

Dr. Mende: Er bittet, einmütig zu handeln und sich auf eine gemeinsame Aussage auch in den Wahlversammlungen zu beschränken. Darüberhinaus sollten keine eigenen Interpretationen gegeben werden. Er verliest den Entwurf eines vom Vorstand beschlossenen Kommuniqués, wonach die FDP-Minister heute ihren Rücktritt erklärt haben, um eine Umbildung der Regierung zu ermöglichen.[27]

Dr. Imle: Ist die Frage *Hopf* mit *Adenauer* besprochen worden?

---

20 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.
21 Leiter der Pressestelle und Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
22 Zeitraum zwischen den Plenarsitzungen des Bundestages am 16. 11. und 5. 12. 1962 (49. und 50. Sitzung).
23 Ministerpräsident von Baden-Württemberg (CDU).
24 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU seit Mai 1962. Zu seiner Haltung im Spätjahr 1962 vgl. D. Koerfer, Kampf, 1987, S. 686 f., 693, 697, 699.
25 Wehrpolitische Tagung der FDP am 17. 11. 1962 in München (Kongreßhalle) mit einem Vortrag über „Soldatisches Ethos in Ost und West" von General a. D. Hubert *Lanz* (ADL 1662).
26 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.
27 Siehe Anhang 1. In dieser Sitzung ergab sich die einheitliche Auffassung, daß Minister *Strauß* abgelöst werden müsse und daß die Koalition erhalten, aber umgebildet werden solle. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 19. 11. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

Dr. MENDE: Die Frage wurde von uns angesprochen. *Adenauer* ist jedoch nicht darauf eingegangen.

WEYER: Wann treten unsere Bundesminister zurück?

Dr. STAMMBERGER: Sobald Bundesvorstand und Fraktion den entsprechenden Beschluß gefaßt haben, werden die Minister ein Telegramm über ihren Rücktritt absenden.

Dr. MAIER: Das Kommuniqué ist gut, aber man sollte besser sagen, daß die FDP-Minister „unverzüglich zurücktreten" werden, denn eine gewisse würdige Form muß gewahrt werden. Außerdem ist ein Minister noch nicht zurückgetreten, wenn er telegraphisch seinen Rücktritt erklärt hat, da der Rücktritt auch angenommen werden muß.

Dr. DEHLER: Nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung und dem Grundgesetz kann ein Minister jederzeit seinen Rücktritt erklären. Der Bundeskanzler muß dann die Rücktrittserklärung an den Bundespräsidenten weiterleiten.[28] Der Vorstand hat die Formulierung, daß der Rücktritt bereits erfolgt ist, gewählt, um ein Faktum zu schaffen.

Dr. KOHUT: Er hält den Entwurf der Erklärung für ausgezeichnet und spricht sich gegen eine Verwässerung aus. Der Kanzler ist nach seinen Erklärungen in der „Spiegel"-Angelegenheit aber auch nicht mehr tragbar. Daher sollte man nach Möglichkeit auch diesen beseitigen, wenn unsere Unterhändler dazu eine Möglichkeit sehen.

OPITZ: Er bittet, nur den Vorschlag des Fraktionsvorstandes zu diskutieren.

Dr. MENNE: Ein Resultat, nachdem unsere Minister zurücktreten und *Strauß* bleibt[29], ist nicht in seinem Sinne. Er bemängelt, daß bereits in den Zeitungen steht, was wir heute beschließen sollen. Die Amerikaner sehen mit Unruhe, daß es schon wieder zu einer Regierungskrise kommt.

Dr. MENDE: Die Alternative, daß entweder *Strauß* geht oder die FDP aus der Koalition ausscheidet, war in der Fraktion unumstritten.

Die CDU hatte, nachdem sie von dieser Haltung der FDP unterrichtet war, 5 Tage Gelegenheit, *Strauß* aus der Regierung zurückzuziehen oder diesen zu veranlassen, von sich aus zurückzutreten.

Dr. Klaus DEHLER: Wir haben uns für den bayerischen Wahlkampf diese Entwicklung nicht gewünscht.[30] In den Zeitungen wird aber nun die Frage gestellt, ob die FDP umfällt oder nicht. Daher begrüßt er die präzise Aussage des Kommuniqués, denn eine staatspolitische Entscheidung ist notwendig. Man sollte aber den Namen *Strauß* erwähnen und sagen, daß eine Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich ist.

---

28 Vgl. Art. 64 Abs. 1 GG (Ernennung und Entlassung der Bundesminister); § 9 Abs. 2 Satz 2 Bundesministergesetz (Beendigung des Amtsverhältnisses) i. d. F. vom 27. 7. 1971.

29 Bundesverteidigungsminister bis 11. 12. 1962, m. d. W. d. G. b. bis 9. 1. 1963.

30 Trotz der Belastung des CSU-Vorsitzenden F. J. *Strauß* durch die „Spiegel"-Affäre erhielt die CSU bei den bayerischen Landtagswahlen am 25. 11. 1962 die absolute Mehrheit der Mandate. Vgl. F. J. STRAUSS, 1989, S. 430 f.

SCHEEL: Man muß unterscheiden zwischen dem, was wir beschließen, und dem, was wir im Kommuniqué sagen. Es ist nicht erforderlich, daß wir starke Formulierungen gebrauchen, aber der beschrittene Weg muß konsequent zu Ende geführt werden. Aus der Formulierung geht das eindeutig hervor, und jeder weiß, daß es hier um die Person von *Strauß* geht. Er akzeptiert daher die vom Vorstand gefundene Form der Rücktrittserklärung, und wir sollten dabei bleiben.

Dr. MENDE: Es ist nicht unbedingt notwendig, daß die Rücktrittserklärung telegraphisch erfolgt. Hier kann auch eine andere Form gefunden werden.

WEYER: Die Partei braucht heute die klare Entscheidung; er glaubt auch nicht, daß die Minister die gefundene Form nicht akzeptieren. Ein klarer Entschluß wertet die FDP auch in den Landeskabinetten auf. Er hat mit *Meyers*[31] darüber gesprochen.

ZOGLMANN: Die Entschließung ist gut ausgewogen. Wir haben damit einen guten Start für kommende Verhandlungen.

Frau Dr. ILK: Sie unterstützt die Ausführung von Dr. Klaus *Dehler*. Sie befürchtet, daß in den Zeitungen herauskommt, daß *Strauß* in der Regierung bleibt.

Dr. MENDE: Wir müssen hier unterscheiden zwischen dem Beschluß, den Bundesvorstand und Fraktion veröffentlichen, und dem Inhalt der Wahlreden. In der Erklärung sollten wir nichts übersteigern. Alles andere gehört in die Wahlreden.

MERTES: Er findet die Erklärung klar und gut, und es spricht vieles dafür, den Namen *Strauß* nicht zu erwähnen, wenn er auch das Anliegen der bayerischen FDP versteht.

Es erscheint ihm besser, wenn man den Ministern besser den Dank der FDP als das Vertrauen ausspricht, was zu Überlegungen Anlaß geben könnte, daß das umstritten ist.

Dr. MENDE: Wenn man von „Dank" spricht, so sieht das so sehr nach Abschied aus.

MAUK: Man sollte zusätzlich die CDU ansprechen, daß sie im Interesse der Sache entsprechend handelt.

Dr. BUCHER: Er hält es nicht für erforderlich, den Namen *Strauß* zu erwähnen. Dr. *Maier* hat formal recht, jedoch muß die Konsequenz klar herauskommen.

Dr. ASCHOFF: 1. Wir sollten uns nicht zu sehr mit der Grammatik im Zusammenhang mit der Erklärung beschäftigen. Über das Ziel besteht kein Zweifel. Jedoch sind hierzu Vorleistungen von uns erforderlich.

2. Der jeweilige Wahlkampf sollte unsere Entscheidung nicht beeinflussen. Man kann aber doch etwas härter formulieren und zum Beispiel zum Aus-

31 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. *Weyer* war dort Innenminister.

druck bringen, daß das Vertrauen in die ordnungsgemäße Staatsführung erschüttert ist.

3. Der Rücktritt der Minister erfolgt nicht auf Verlangen der Fraktion, sondern aus eigenem Entschluß der Minister.

Carlo GRAAFF: Wir sollten unsere Diskussion nicht nur auf den „Spiegel" abstellen, sondern auf die Gesamtbelastung durch die Person *Strauß*. Wie er soeben gehört hat, werden die von der SPD geleiteten Landesregierungen dem Sozialpaket im Bundesrat zustimmen, obwohl die SPD das Sozialpaket nicht will. Die Sozialdemokraten hoffen aber auf eine offene Feldschlacht im Parlament zwischen FDP und CDU. Daher sollte das Sozialpaket in das Kabinett zurück.[32]

Dr. MENDE: Wir sollten die Themen hier nicht ausweiten, im übrigen besteht keine Möglichkeit, das Sozialpaket, das bereits dem Bundesrat zugeleitet wurde, wieder ins Kabinett zurückzunehmen.

Dr. ACHENBACH: Wir sollten in der Erklärung zum Ausdruck bringen, daß wir gegen ein Minderheitenkabinett sind.

Dr. MENDE: Wir sollten uns nicht zu viel vornehmen und keine neuen Dogmen aufstellen.

VON KÜHLMANN: In dem Entwurf von der Erklärung wurde von persönlichen Belastungen gesprochen, es sollte „personelle Belastungen" heißen.

Dr. MENDE: Wird entsprechend geändert.[33]

Dr. HAUSSMANN: Er verliest eine Resolution der Nord-Württemberger FDP, die eine Fortsetzung der Koalition mit *Strauß* ablehnt. Dr. HAUSSMANN hat Bedenken, sofort den Rücktritt der Minister zu erklären, zumal diese verpflichtet sind, die Geschäfte weiter zu führen. Damit ist die Aktionsfähigkeit der Minister beschränkt.

Dr. MENDE: Dr. *Haußmann* hat offenbar die letzten Änderungen noch nicht vorliegen. Daher verliest Dr. MENDE noch einmal die überarbeitete Erklärung.

Dr. LEUZE: Es ist keine Frage, daß *Strauß* nicht mehr tragbar ist. Draußen macht sich aber ein Mitleid mit den Staatssekretären[34] bemerkbar.

Er stellt die Frage, warum die FDP aus der Koalition austreten will, wenn sie sich selbst für so notwendig in der Regierung hält. Wir sollten uns vor Zwangsvorstellungen hüten und die Rücktrittsfrage nicht so häufig angreifen. Die Bundesminister werden auf diese Weise abgewertet, obwohl sie in keiner Weise verschlissen sind. Das wirkt auch politisch nicht gut.

Dr. MENDE: Die Minister fühlen sich keineswegs schlecht behandelt und haben dem Kommuniqué zugestimmt.

---

32 Vgl. Nr. 32 Anm. 9.
33 Siehe Anlage 1 Abs. 3.
34 V. *Hopf* (Verteidigung) und W. *Strauß* (Justiz).

SCHEEL: Hierzu muß man auch die andere Seite hören, und er möchte dazu erklären, daß die Bundesminister physisch nicht mehr bereit sind, in der Regierung zu bleiben. Er spricht sich daher für eine klare Formulierung mit aller Konsequenz aus. Es ist das Anliegen der CDU, diese Angelegenheit über den 25. November hinauszuschieben, aber nicht das unsrige. Eine bessere Form des Kommuniqués als die vorgelegte ist nicht möglich.

MISCHNICK: Es muß alles unterbleiben, was den Eindruck erwecken kann, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Ministern und der Fraktion besteht. Den Namen *Strauß* sollte man nicht erwähnen, um spätere Möglichkeiten nicht kaputt zu machen. Heute hat die FDP die letzte Möglichkeit, klare Verhältnisse zu schaffen.

Dr. STAMMBERGER: Er billigt und begrüßt die klare Entscheidung des Vorstandes. Wenn in dieser Erklärung den Ministern das Vertrauen ausgesprochen wird, so besagt das noch nichts über ein Wiedereintreten in ein neues Kabinett, welchen Schritt er sich noch einmal genau überlegen müßte.

LENZ: Er hat in den letzten Wochen auf dem Standpunkt gestanden, daß die CDU in dieser Angelegenheit am Zuge ist. Jetzt ist er jedoch zu der Auffassung gekommen, daß man nur wie vorgeschlagen zu einer Regierungsneubildung kommen kann. Daher hält er die vorgeschlagene Erklärung für den richtigen Weg.

Dr. STARKE: Die Minister treten deshalb zurück, weil die Partei Konsequenzen zieht.

Man sollte sagen, daß *Adenauer* bereits mitgeteilt wurde, daß die FDP eine Regierungsumbildung anregt, und daß die Minister zurückgetreten sind.

Den Namen *Strauß* sollte man erwähnen, denn die Aktion wird wegen *Strauß* gemacht. Im übrigen wehrt er sich dagegen, daß er zurückgezogen worden ist, sondern er selbst erklärt seinen Rücktritt. Er hat Bedenken dagegen, wegen der anstehenden schwierigen Entscheidungen die Geschäftsführung noch für einige Zeit weiter wahrzunehmen.

Dr. MENDE: Die Anregung von Dr. *Starke*, daß in das Kommuniqué aufgenommen wird, daß die Auffassung der FDP dem Bundeskanzler bereits mitgeteilt wurde, wird berücksichtigt.[35]

Die Minister sollten in jedem Fall gemeinsam handeln. Daher sollen sie auch alle die Geschäftsführung wahrnehmen, oder keiner der Minister tut es.

Dr. LEVERENZ/WEYER: Wir sollten hier nur über die Entschließung sprechen.

Dr. STAMMBERGER: Aus optischen Gründen hält er es für erforderlich, daß man bald zum Schluß kommt.

Dr. IMLE: Wir sollten nicht zu viel in die andere Partei hineinreden und *Strauß* auch nicht erwähnen. Er stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.

Dr. MENDE: Nachdem die Abberufung von *Strauß* abgelehnt wurde, gibt es für die FDP keine Alternative mehr.

---

35 Siehe Anlage 1 Abs. 4.

Dr. BORTTSCHELLER: Er akzeptiert den Vorschlag, daß man nicht von *Strauß* spricht, sondern von der personellen Belastung.

Dr. HAMM: Er verliest eine eigene Formulierung zu dem 1. Teil des Kommuniqués.

Dr. MENDE: Das kann man besser in den Versammlungen sagen.

GLAHN: Wir sollten den Namen *Strauß* nennen, da dieser die zentrale Figur in der Auseinandersetzung ist. Ansonsten ist die Entschließung gut.

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: Sie spricht sich für die vorliegende Formulierung aus, denn es wird hier klar zum Ausdruck gebracht, daß wir uns von *Strauß* distanzieren.

Dr. MENDE: Er spricht seinen Dank gegenüber *Kohl* und allen, die am Wahlkampf in Hessen mitgewirkt haben, für die Aufmunterung aus, die die Partei durch den Ausgang der Wahl in Hessen bekommen hat.[36]

KOHL: Er dankt seinerseits für die Mithilfe der Abgeordneten im Wahlkampf.

Frau Dr. ILK: Es liegt ihr nicht so sehr daran, daß man den Namen *Strauß* in dem Kommuniqué unbedingt erwähnt. Das braucht auch hier nicht zu sein, wenn man die Formulierung von Dr. *Starke* wählt.

WEBER: Nord-Württemberg hat eine klare Entscheidung gewünscht, die nicht in der Weise eingeschränkt wurde, wie sie in der persönlichen Auffassung von Dr. *Haußmann* zum Ausdruck kam.

LÜDER (LSD): Er hat in der Presse gelesen, daß man erwogen hat, Dr. *Starke* aus dem Kabinett zurückzuziehen, wenn *Strauß* zurücktreten soll.

SANDER: Er fragt nach den Namen der neuen Minister.

Dr. MENDE: Besprechungen dieser Art haben nicht stattgefunden.

RUBIN: Man sollte die Absätze 2 und 3 des Entwurfes des Kommuniqués umstellen.

Dr. MENDE: Er verliest die neue Formulierung des Kommuniqués, wenn man die Ergänzungen von Dr. *Starke* und die von *Rubin* angeregte Umsetzung berücksichtigt (Zuruf: keine Umstellung, wie von *Rubin* gewünscht, vornehmen!).

Dr. MENDE: Er verliest daraufhin das Kommuniqué, verändert durch die Ergänzungen von Dr. *Starke*.

SCHEEL: Bedenken.

Dr. STARKE: Er verteidigt seine Formulierung.

Dr. HAMM: Er macht einen weiteren Formulierungsvorschlag.

Dr. MENDE: Wenn man die Formulierung von Dr. *Hamm* akzeptiert, so würde das Meldungen bestätigen, nach denen wir die CDU unter Druck setzen.

---

36 Landtagswahlen in Hessen am 11. 11. 1962 (in %): SPD 50,8, CDU 28,8, FDP 11,4, BHE/GB/GDP 6,3, Sonstige 2,6. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 143.

Dr. HAMM: Er bittet um Abstimmung seiner Formulierung.

Dr. MENDE: Er läßt abstimmen.

Die Formulierung von *Hamm* wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Daraufhin stellt Dr. MENDE das Kommuniqué in der jetzt bestehenden Form zur Abstimmung und fragt, in welcher Form (Namensaufruf oder gemeinsame Abstimmung) die Abstimmung erfolgen soll (Zuruf: gemeinsame Abstimmung!).

Die Abstimmung ergibt die Annahme ohne Gegenstimme bei 3 Enthaltungen (Dr. *Leuze, Schmidt,* Dr. *Starke*).

ZOGLMANN: Er bittet Dr. *Starke,* seine Bedenken, die sich ja nur auf einen Teil der Formulierung beziehen, zurückzustellen und mit der Mehrheit zu stimmen.

Dr. STARKE erklärt sich dazu bereit.

Dr. MENDE: Er läßt die Abstimmung wiederholen und stellt einstimmige Annahme bei einer Enthaltung (Dr. *Leuze*) fest.

Das Ergebnis dieser Sitzung wird er Dr. *Adenauer, von Brentano, Dufhues* und *Kiesinger* mitteilen.

ZOGLMANN: Wir sollten den Koalitionspartner sofort telefonisch informieren. Es wäre nicht gut, wenn die genannten Adressaten das Ergebnis dieser Sitzung durch die Agenturen erfahren würden, daher sollten Bundesvorstand und Fraktion jetzt gemeinsam essen, während er die Telefongespräche führt. Um 15 Uhr wird dann das Kommuniqué der Presse mitgeteilt (vgl. fdk Nr. 129/62 (T) vom 19. 11. 1962).

ANLAGE 1

fdk Nr. 129/62 (T) Nürnberg, den 19. November 1962

Pressemitteilung

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* haben heute in Nürnberg folgende Erklärung abgegeben:

Deutschland braucht eine starke und handlungsfähige Bundesregierung.

CDU/CSU und Freie Demokraten verfügen im Deutschen Bundestag über eine breite Mehrheit für eine vorausschauende und konstruktive Außen- und Innenpolitik. Ihre Zusammenarbeit entspricht dem Willen der Mehrheit der deutschen Wähler. Sie muß deshalb fortgesetzt werden.

Die weltpolitische Lage und die Lage unseres geteilten Vaterlandes und seiner geteilten Hauptstadt erfordern eine Bundesregierung, die frei von personellen Belastungen allein dem Wohle des deutschen Volkes dient. Deshalb ist eine Umbildung der Bundesregierung notwendig.

Diese Auffassung der Freien Demokratischen Partei ist dem Bundeskanzler und ihrem Koalitionspartner mitgeteilt worden.

Die der FDP angehörenden Bundesminister sind heute zurückgetreten, um damit die Voraussetzung für Verhandlungen über die erforderliche Regierungs-

umbildung und über die Fortsetzung der Zusammenarbeit von CDU/CSU und Freien Demokraten zu schaffen.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten sprechen den Bundesministern *Lenz, Mischnick, Scheel,* Dr. *Stammberger* und Dr. *Starke* Dank und Vertrauen aus.

ANLAGE 2 Telegrammaufgabe 11.15 Uhr am 20. 11. 1962

Erich *Mende,* Bundeshaus Bonn, Persönlich.[37]

Gestern, Montag, verließ ich unauffällig den Sitzungsraum, um bei der Beschlußfassung ein Aufsehen zu vermeiden. Nach der radikalen Präjudizierung der Beratungen durch vorhergegangene öffentliche Erklärungen des Bundesvorsitzenden standen die Versammlungsteilnehmer in unwürdiger Zwangslage. Trotzdem wünsche ich, daß der FDP ein Erfolg nicht versagt bleibt. Den neu gefundenen Ausgangspunkt kann ich in der Methode in keiner Weise, in der Sache nur bedingt billigen.

Reinhold *Maier.*

ANLAGE 3 20. XI. 62 19.38 Uhr Telegramm aus Bonn

Herrn Altministerpräsident Dr. Reinhold *Maier,* Stuttgart

Sehr geehrter Herr Dr. *Maier!* Vielen Dank für Ihr Telegramm, von dem ich annehme, daß wir es beide vertraulich halten sollten. In der Sache ist die gestrige Entscheidung heute durch das von *Dufhues* und *Strauß* vorgeschlagene Rücktrittsangebot aller CDU/CSU-Minister bestätigt worden. Da mir Tendenzen dieser Art schon am Sonntag[38] bekannt waren und *Dufhues* das bereits am Sonntag angekündigt hatte, hielt ich mich für verpflichtet, mich so zu verhalten, wie ich das in München getan habe. Es wäre uns nicht dienlich gewesen, wenn uns Herr *Dufhues* und die CDU/CSU zuvorgekommen wären. Wir wären dann wieder in den Verdacht halber Entscheidungen gekommen. Auch ich hoffe mit Ihnen, daß alles einen guten Weg nimmt.

Mit besten Grüßen

Ihr Dr. Erich *Mende.*

ANLAGE 4 21. XI. 62

Brieftelegramm an Dr. Erich *Mende,* Bundeshaus, Bonn.

Besten Dank für Ihr Telegramm von gestern abend. Meine Beruhigung wäre noch größer, wenn durch die effektiven Rücktrittserklärungen nicht eine Ausscheidung bisher einwandfrei arbeitender Minister beabsichtigt ist.

Reinhold *Maier.*

---

37 Quellennachweis für die Anlagen 2 bis 4: HStASt Q 1/8 Bü 329.
38 Am 18. 11. 1962.

## 34 a.

## 5. 12. 1962. Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 115. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. Dezember 1962 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Sitzungssaal." 9.20 Uhr–11.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher, Bursig, Thomas Dehler, Döring, Effertz, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Feuerherdt, Genscher, Gentner, Gerber, Glahn, Graaff, Haferland, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kastenmeyer (DJD), Kirchhoff, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Leverenz, Liebig (DJD), Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Ordemann, Reichow, Rubin, Scheel, Schollwer, Stammberger, Starke, Weyer sowie die Landesgeschäftsführer Bareiter, Brandt, Grittmann, Hummel, Rieger, Schwarz und Wiedner.[1]

Tagesordnung:

DIE INNENPOLITISCHE LAGE

Die Anwesenden gedenken des verstorbenen Abgeordneten *Kühn*.[2]

Der BUNDESVORSITZENDE begrüßt die Anwesenden und begründet die kurzfristige Einladung mit den überraschend eingetretenen innenpolitischen Ereignissen.[3]

In der Woche der bayerischen Landtagswahlen[4] hätten Gespräche mit der CDU nicht stattgefunden. Für die FDP hätte daher kein Anlaß bestanden, ihre in Nürnberg bezogene Position[5] zu ändern. Bezüglich der *Adenauer*-Nachfolge sei der Brief des Kanzlers, den dieser vor einem Jahr an Herrn *Krone* mit Durchschlag an Dr. *Mende* gerichtet habe[6], für die FDP weiterhin gültig. Dieser Brief sei überhaupt die Voraussetzung für die seinerzeitige Wiederwahl des Kanzlers mit den Stimmen der FDP gewesen. Diese Wiederwahl sei – das habe er dem Kanzler gesagt – mit den Stimmen der FDP und nicht mit denen der SPD erfolgt.

Auf ein gemeinsames Essen mit der CDU/CSU habe man verzichtet, um in der Öffentlichkeit nicht falsche Eindrücke entstehen zu lassen. (Von CSU-Seite sei am gleichen Tage bereits verlautet, daß „heute abend ein großes Versöh-

1 Entschuldigt waren *Haas, Iversen, Lenz, Simonis* und *Wedel.*
2 Walther *Kühn*, gest. 4. 12. 62.
3 Inzwischen hatten Bundeswohnungsbauminister *Lücke* (CDU) und CSU-Abg. *Frhr. von Guttenberg* in vertraulichen Gesprächen mit dem stellv. SPD-Vorsitzenden *Wehner* die Möglichkeit einer CDU/CSU-SPD-Koalition sondiert. Vgl. Nr. 32 Anm. 56; E. MENDE, Wende, 1986, S. 67 f.
4 Vor dem 25. 11. 1962. Vgl. Nr. 33 Anm. 1.
5 Vgl. Nr. 33 Anlage 1.
6 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

nungsessen mit *Strauß* stattfinde.") Ein Affront gegen die CDU sei mit der Absage des Essens nicht beabsichtigt gewesen.[7]

*Adenauer* habe in dem letzten Gespräch Dr. *Mende* gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er Minister *Starke*, den er allerdings für sehr tüchtig halte, nicht in sein neues Kabinett aufnehmen wolle, weil er ihm zu nervös und zu schwierig sei.[8] Dr. MENDE deutet die Möglichkeit an, aus diesem Grunde auf das Finanzministerium verzichten zu müssen. Gegebenenfalls werde eine Zusammenlegung von Ministerien (Familie und Gesundheit, Gesamtdeutsches und Vertriebenen-Ministerium usw.) erfolgen.[9]

Der Zusammenstoß zwischen *Adenauer* und *Döring*[10] sei entgegen anders lautenden Darstellungen nicht auf ein unbotmäßiges Verhalten *Dörings* zurückzuführen, sondern der Kanzler sei bei der Erörterung des von *Döring* angeschnittenen Themas der Kanzlernachfolge sehr in Erregung geraten. In den Sachfragen bestünde mit der CDU weitgehende Einigkeit: Bei der Notstandsgesetzgebung werde man mit der CDU nur die wirtschaftlichen Auswirkungen erörtern.

In der Vertriebenen-Gesetzgebung werde aufgrund eines interfraktionellen Beschlusses jetzt die Verlegung des sogenannten „Großen Stichtages" erfolgen.[11] Auf Zwischenrufe hin betont Dr. MENDE, daß in einer Absprache mit Herrn *Krüger* und den anderen Herren des Präsidums des BdV vereinbart worden sei, die sich aus der Stichtagsverlegung in der 16. Novelle zum LAG ergebenden Konsequenzen für die weiteren 16 Gesetze, die 131-Gesetzgebung usw., nicht vor 1965 zu ziehen.

Es bestehe mit der CDU auch Einigkeit darüber, daß die bisherigen Schwierigkeiten innerhalb der Koalition vermieden werden könnten. Auf getrennte Fraktionsinitiativen werde künftig verzichtet werden.

In das Protokoll über das zwischen den Verhandlungskommissionen geführte Gespräch[12] sei auf Veranlassung der FDP die Erklärung aufgenommen worden, daß die Lösung der Kanzlernachfolge Angelegenheit der CDU sei, daß die FDP aber auf einer Klärung bestehe.

---

7 In Verbindung mit den Koalitionsverhandlungen am 29. 11. 1962 war ein gemeinsames Essen im Palais Schaumburg vorgesehen. Zur Verärgerung der CDU/CSU sagte die FDP-Spitze das Essen ab, weil auch *Strauß* daran teilnehmen wollte, und erschien erst hinterher im Kanzleramt Vgl. D. KOERFER, 1987, S. 694.

8 Wahrscheinlich in den vierstündigen Koalitionsverhandlungen mit *Adenauer* am Vortag. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 67.

9 Die hier angesprochenen Möglichkeiten wurden nicht realisiert.

10 Beim Koalitionsgespräch am 29. 11. 1962. Siehe Anm. 7.

11 Gemäß Art. I § 1 16. Novelle zum LAG vom 23. 5. 1963 (BGBl. I, S. 360). Mit der Verlegung des sog. großen Stichtages vom 31. 12. 1952 auf den 31. 12. 1961 wurde den Heimatvertriebenen, die nach 1945 vorübergehend ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin nehmen mußten, die gleichen Rechte aus dem LAG gewährt wie den Spätaussiedlern aus den Vertreibungsgebieten. Die FDP begrüßte die Verlegung des Stichtages als einen Erfolg der „außerordentlichen Bemühungen" des Bundesministers für Vertriebene, *Mischnick* (FDP). Vgl. fdk Nr. 33/63 (T) vom 27. 3. 1963.

12 Wohl das Gespräch am 29. 11. 1962. Siehe Anm. 7.

Am letzten Montag[13] sei die überraschende Mitteilung erfolgt, daß CDU und SPD seit längerem Verhandlungen über eine große Koalition[14] und die Einführung des Mehrheitswahlrechts[15] führten. Die SPD habe dabei offensichtlich keine Bedenken gegen die Kanzlerschaft *Adenauers*. Sonnabendabend[16] habe er einen Brief von *Adenauer* erhalten, in dem dieser überraschend die vereinbarten Koalitionsverhandlungen mit der FDP auf Dienstag verschob.[17] Dr. *Mende* habe ihm daraufhin sein Einverständnis mit dieser Terminverschiebung mitgeteilt, aber seine Überraschung zum Ausdruck gebracht.

Aus allen bisherigen Gesprächen habe sich ergeben, daß die Koalitionsgespräche der beiden großen Parteien durchaus ernst gemeint seien. Nur so sei auch die Äußerung *Mommers* anläßlich der Zurückziehung des SPD-Antrages zur Abberufung des Ministers *Strauß* zu verstehen: „Dieser Antrag passe nicht mehr in die politische Landschaft".[18]

Wahlrechtsmanipulationen dienen nach Ansicht Dr. MENDES nicht der politischen Stabilität. Ein Teil der Schwerindustrie, insbesondere Kohle, Eisen und Stahl, strebten eine Koalition mt der SPD an, weil sie sich davon Erleichterungen bei den Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften versprächen. Man habe ihm schon vor einem Jahr gesagt, daß ein Drittel der Herren des BDI für eine Koalition mit der SPD eintrete.

Gestern habe er dem Bundeskanzler mitgeteilt, daß die FDP keine weiteren Verhandlungen mit der CDU führen könne, wenn diese ihre Gespräche mit der SPD fortsetze. Wenn die CDU das tue, werde auch die FDP mit der SPD Verhandlungen führen.

Es wird eine fdk-Erklärung zur Fernsehsendung mit Herrn *Jaeger* über Wahlrechtsfragen verlesen (siehe Anlage).

Dr. DEHLER fragt, warum der Vorstandsbeschluß nicht ausgeführt worden sei, demzufolge die CDU davon zu unterrichten war, daß die Verhandlungen mit ihr nur fortgesetzt würden, wenn sie auf gleichzeitige Verhandlungen mit der SPD verzichte.[19]

Dr. MENDE: Der Beschluß sei der CDU mitgeteilt worden. *Adenauer* habe sich zur Fortsetzung der Koalition bereit erklärt, habe aber Garantien gegen weitere Koalitionskrisen verlangt.

Er müsse sich gegen Vorwürfe bezüglich seiner Verhandlungsführung verwahren. Falls eine Koalition mit der CDU jetzt überhaupt noch möglich sei, so sei

13 Am 3. 12. 1962.
14 Vgl. Nr. 32 Anm. 56.
15 Vgl. Nr. 17 Anm. 102; Nr. 18 Anm. 95 und Anlage zu diesem Protokoll.
16 Am 1. 12. 1962.
17 Auf den 4. 12. 1962.
18 Zur Zurücknahme des SPD-Antrages am 4. 12. 1961 vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 700.
19 Möglicherweise ein Fraktionsbeschluß. *Haußmann* notierte nach *Mendes* und *Dehlers* Ausführungen Redebeiträge von *Mende, Haußmann, Weyer, Döring, Achenbach, Engelhard* und *Glahn*. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 5. 12. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

die Voraussetzung dafür in der gestrigen vierstündigen Verhandlung mit dem Kanzler[20] wiederhergestellt worden.

In den Verhandlungen mit der CDU müsse jetzt gefordert werden:

1. Verzicht auf eine Wahlrechtsänderung

2. Verzicht auf eine Allparteienregierung

3. Die CDU dürfe, so lange sie mit der FDP verhandele, nicht gleichzeitig mit der SPD Koalitionsgespräche führen.

DÖRING schildert seine Eindrücke von dem Gespräch der Verhandlungskommission mit dem Kanzler.

1. *Adenauer* habe unsere Forderung, auf gleichzeitige Verhandlungen mit der SPD zu verzichten, mit der Begründung abgelehnt, daß er an einen Fraktionsbeschluß gebunden sei.

2. In der Kanzlerfrage sei *Adenauer* der Ansicht, daß seine diesbezüglichen Zusagen wie auch alle übrigen Koalitionsvereinbarungen hinfällig seien.

3. Bei künftigen Koalitionsverhandlungen sei Dr. *Starke* für *Adenauer* untragbar.[21]

Bei dem Gespräch mit der SPD habe er *Wehner* gefragt, warum er ihm die stattgefundenen Gespräche mit der CDU[22] verschwiegen habe. *Wehner* habe ihm daraufhin erklärt, es hätten bis zum letzten Donnerstag nur informative Gespräche mit *Lücke* und später auch mit *von Guttenberg* stattgefunden. Als diese einen bestimmten Punkt erreicht hätten, habe er *Lücke* gefragt, welche Legitimation er für diese Gespräche habe. Daraufhin habe dieser die Karten auf den Tisch gelegt und zu erkennen gegeben, daß er im Auftrage des Kanzlers handele. Das habe der Kanzler ihm auch schriftlich bestätigt.

Die bisherigen Ergebnisse dieser Gespräche seien bei der CDU-Spitze die Bereitschaft zur großen Koalition und bei der SPD die Allparteienregierung. Die SPD sei bereit, auch mit der FDP diesbezügliche Vereinbarungen zu treffen.

*Erler* und *Wehner* hätten ihm verbindlich zugesagt, daß die SPD zum gegenwärtigen Zeitpunkt an eine Wahlrechtsänderung nicht denke. An der Forderung der Wahlrechtsänderung würde eine CDU/SPD-Koalition gegebenenfalls scheitern.

Die SPD wäre nach seiner Ansicht aus politischen Gründen wohl bereit, eine SPD-FDP-Koalition einzugehen, doch habe man zu wenig Vertrauen zur FDP, angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse von sieben Stimmen, eine solche Koalition bis 1965 durchzuhalten.

Wenn die CDU die Wahlrechtsklausel fallen lasse, dann sei eine große Koalition denkbar, wobei in der Kanzlerfrage die zwischen CDU und FDP getroffene Regelung von der SPD übernommen werden würde.

---

20 Am Dienstag, den 4. 12. 1962. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 67.
21 Neuer Finanzminister wurde Rolf *Dahlgrün* (ab 14. 12. 62).
22 Siehe Anm. 3.

DÖRING weist dann eindringlich auf Gefahren hin, die bei einer Fortsetzung der bisherigen Koalition unter einem Kanzler *Adenauer*, auch im Falle der Befristung seiner Kanzlerschaft, entstehen. Bereits jetzt zeichne sich eine Notgemeinschaft *Adenauer-Strauß* ab.

Dr. MENDE verweist auf den in dieser Frage bestehenden Nürnberger Beschluß, wonach die FDP zur Fortsetzung der bisherigen Koalition bereit ist.[23]

Dr. BUCHER: Es sei richtig, daß der (von Dr. *Dehler* zitierte) Beschluß noch nicht durchgeführt [sei], da die Situation ungünstig gewesen sei. Die ultimative Form des Beschlusses würde nach seiner Meinung im gegenwärtigen Zeitpunkt dessen Ablehnung durch die CDU bewirkt haben. Stattdessen halte er es für zweckmäßig, innerhalb der CDU noch die Gegenkräfte gegen eine Koalition mit der SPD und eine Wahlrechtsänderung wirken zu lassen. So habe *Gerstenmaier* gerade geäußert, daß er das „Killen einer im Bundestag vertretenen Partei für unsittlich" halte.

VON KÜHLMANN-STUMM vertritt die Auffassung, daß der Fraktionsbeschluß von der Verhandlungskommission durchgeführt worden sei, daß jedoch der letzte Satz des Verhandlungsprotokolls fehlerhaft und unklar sei. Dennoch sei damit zu rechnen, daß in der CDU heute die Entscheidung falle.

DÖRING: Wenn die FDP den Kanzler nicht mehr akzeptiere, dann könne es sich die SPD auch nicht mehr leisten.

RUBIN: Der Beschluß sei nicht voll ausgeführt worden. Dementsprechend hätte es nicht einer vierstündigen Verhandlung mit dem Kanzler[24] bedurft, sondern der Bekanntgabe unserer Auffassung und einer Beendigung des Gespräches durch unsere Verhandlungskommission. Der Kanzler sei nicht durch vierstündige Verhandlungen, sondern durch Tatsachen, in diesem Fall die Möglichkeit bevorstehender Verhandlungen zwischen FDP und SPD über das konstruktive Mißtrauensvotum, zu beeindrucken. Nürnberg habe den letzten Versuch dargestellt, mit der CDU zusammenzugehen. Auf Grund der Ereignisse der letzten Wochen sei die FDP nicht mehr an ihre dort gefaßten Beschlüsse gebunden.

WEYER bittet den Vorstand, sich darüber klar zu werden, ob die FDP sich an ihre Nürnberger Beschlüsse noch gebunden fühle oder nicht. Die SPD habe sich in der Wahlrechtsfrage sauber verhalten. Im übrigen müsse man ihr gesamtes Verhalten aus der Sicht der Oppositionspartei sehen, die sich seit langem vergeblich darum bemüht, in die Regierung zu kommen, und deren legitimes Recht es sei, eine sich ihr bietende Chance wahrzunehmen. Nach ihm vorliegenden Untersuchungen seines Ministeriums[25] könne die SPD es sich in NRW durchaus erlauben, das relative Mehrheitswahlrecht einzuführen. Die FDP solle unter den gegebenen Umständen die Allparteienregierung erwägen.

---

23 Vgl. Nr. 33 Anlage 1.
24 Siehe Anm. 20.
25 *Weyer* war nordrhein-westfälischer Innenminister.

Dr. DEHLER vertritt die Auffassung, daß man schlecht taktiert habe. Der Konflikt müsse jetzt innerhalb der Koalition bereinigt werden. Unser Ziel sei nicht die Regierungsumbildung, sondern die Abberufung des Ministers *Strauß* gewesen; dieses sei erreicht.[26] Die Zurückziehung der FDP-Minister[27] sei daher als eine Notwehr gegen das weitere Verharren des Herrn *Strauß* im Amt zu betrachten. Die CDU müsse ultimativ gefragt werden, ob sie die bisherige Regierung fortsetzen wolle, andernfalls sei das konstruktive Mißtrauensvotum anzustreben. Der Mann, der den Staat verderbe, müsse weg.

Dr. HAUSSMANN: Er habe aus CDU-Kreisen seines Landes erfahren, daß die Wahlrechtsfrage für die CDU bei den Verhandlungen mit der SPD über eine große Koalition die conditio sine qua non sei. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des FDP-Bundesvorstandes und der Fraktion sei in diesen Tagen für alle weiteren Schritte ganz besonders dringlich.

Dr. MENDE erwidert, daß die enge Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Fraktion in keiner Weise gestört sei.

KOHL: Es habe in der FDP von Anfang an Kräfte gegeben, die die Koalition scheitern lassen wollten.

Dr. DEHLER: In der Fraktion habe es solche Kräfte nicht gegeben.

Dr. ACHENBACH: Die Partei sei geschlossen, das gelte auch im Falle der Koalition mit der SPD. Von der CDU sei zu erwarten, daß sie uns künftig auch im außenpolitischen Bereich laufend übertölpeln werde. Wenn die FDP nicht auf die Wiedervereinigung verzichten wolle, dürfe sie unter *Adenauer* nicht mehr ins Kabinett gehen und müsse Verhandlungen mit der SPD aufnehmen. Das Berlin- und Deutschland-Problem stehe jetzt zur Verhandlung an. Für eine Allparteienregierung sei daher die Zeit jetzt reif. Er stellt den Antrag, die Fraktion möge die Verhandlungen mit der CDU an folgende Bedingungen binden:

1. Verzicht auf Wahlrechtsänderung.

2. Bildung einer Allparteienregierung ohne *Adenauer* aus außenpolitischen Gründen.

3. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung durch die CDU Bildung einer Koalition zwischen SPD und FDP.

ENGELHARD regt an, Herrn Dr. *Leverenz* in die Verhandlungskommission aufzunehmen.

Das Verhalten der SPD sei durchaus verständlich. Hamburg habe sich seinerzeit loyal hinter den Koalitionsbeschluß gestellt, der nicht seinen Auffassungen entsprochen hatte.[28] Seines Wissens hätten keine Kräfte innerhalb der FDP gegen die einmal beschlossene Koalition gearbeitet. Jetzt habe die FDP nur die

---

26 Die der CDU/CSU angehörenden Minister hatten am 27. 11. 1962 ihren Rücktritt beschlossen; F. J. *Strauß* hatte seinen Verzicht am 30. 11. 1962 bekräftigt. Vgl. AdG 1962, S. 10270 D.

27 Die FDP-Minister waren am 19. 11. 1962 zurückgetreten. Vgl. Nr. 33 Anlage 1.

28 Nach den Bundestagswahlen von 1961.

Abberufung des Herrn *Strauß* verlangt, was geschehen sei. Alles andere sei von der CDU aufgebauscht worden, die jetzt versuche, die FDP in die Knie zu zwingen.

Die Sozialdemokraten hätten sich seit langem viel anständiger verhalten als die CDU. Man dürfe sie daher bei den Verhandlungen jetzt nicht zu täuschen suchen. Bei dem bevorstehenden Treffen mit der Verhandlungskommission der SPD solle man von „Gesprächen" sprechen, da „Verhandlungen" im Falle ihres Fehlschlages eine tiefe Verärgerung bewirken müßten.

Im Falle einer SPD-FDP-Koalition befürchte er wegen der zu geringen Mehrheit echte Zerreißproben. Eine Allparteienregierung könnten wir unter Umständen akzeptieren, wenn sie von anderer Seite gefordert werde, keinesfalls könne sie aber von uns selbst initiiert werden. Im Grunde müsse das konstruktive Mißtrauensvotum schon jetzt gestellt werden, weil sonst künftig keine Sauberkeit zu erzielen sei.

GLAHN verweist auf die unterschiedliche Beurteilung der Verhandlungsergebnisse durch Dr. *Mende* und *Döring*.

Die *Mende*-Erklärung an die Presse, „die Koalition sei zu Ende"[29], sei kein glückliches Wort gewesen. Im Falle einer Allparteienregierung habe die FDP keinen Einfluß mehr, es sei daher richtiger, notfalls mit der SPD zu koalieren oder die Opposition zu wählen.

Dr. MENDE stellt fest, daß nach dem Gang der bisherigen Diskussion eine Meinungsbildung noch nicht möglich sei. Für die nächsten Tage schlägt er die ständige Präsenz des Bundesvorstandes in Bonn vor, da bereits morgen nach der Rückkehr des Bundespräsidenten[30] eine neue Lage entstehen könne.

DÖRING schlägt vor, der SPD sofort mitzuteilen, daß man zur Zeit nur bereit sei, mit ihnen „Gespräche" zu führen, sie in der Wahlrechtsfrage aber zu stellen.

Dem wird widersprochen. DÖRING ist sodann damit einverstanden, die Wahlrechtsfrage aus dem Gespräch auszuklammern.

Die Verhandlungskommission soll diesmal in ihrer bisherigen Besetzung verhandeln[31], da eine Umbesetzung zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte.

Die Sitzung wird um 11.30 Uhr unterbrochen.

Fortsetzung gemeinsam mit der Bundestagsfraktion um 12.30 Uhr.

ANLAGE

zum Protokoll vom 5. 12. 62 Abschrift
fdk Nr. 135/62 (T) Bonn-Bundeshaus, den 4. Dezember 1962

---

29 Nicht ermittelt.

30 Bundespräsident *Lübke* unternahm in der Zeit vom 15. 11. bis 5. 12. 1962 eine Besuchsreise nach Pakistan, Thailand und Indien. Vgl. AdG 1962, S. 10282 B.

31 *Mende, von Kühlmann-Stumm, Döring* und *Bucher*. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 65.

PRESSEMITTEILUNG

Bonn. (fdk) Zu den gestrigen Erklärungen des CSU-Abgeordneten Dr. *Jaeger* im Deutschen Fernsehen, man werde jetzt das Mehrheitswahlrecht einführen, erklärte heute ein Sprecher der FDP in Bonn:

„Das Mehrheitswahlrecht wird von einem beträchtlichen Teil unserer Bevölkerung als ungerecht abgelehnt. Weder in den Länderwahlgesetzen noch in den Gemeindewahlgesetzen gibt es in der Bundesrepublik ein Mehrheitswahlrecht. Die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion hat offenbar jahrelang selbst das Gefühl gehabt, daß ein Mehrheitswahlrecht nicht erwünscht ist, sonst hätte sie die Zeit ihrer absoluten Mehrheit von 1957–1961 genutzt, um diese Gesetzesänderung zu beschließen. Der Zeitpunkt, zu dem Dr. *Jaeger* das Mehrheitswahlrecht öffentlich befürwortet, spricht für sich selbst. Offenbar befinden sich gewisse Politiker in der Bundesrepublik zur Zeit in einer an autoritäre Methoden der Vergangenheit erinnernde Gemütsverfassung der Nötigung und Erpressung gegenüber der liberalen Partei."

## 34 b.

## 5. 12. 1962. Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 115. Vorsitz: Mende, Döring; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 5. Dezember 1962." Beginn: 13.35 Uhr; Unterbrechung 16.50 Uhr; Fortsetzung 19.25 Uhr.**

Redner: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Emmy Diemer-Nicolaus, Döring, Dörinkel, Dorn, Eisenmann, Erbe, Ertl, Glahn, Hellige, Hoppe, Kastenmeyer (DJD), Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Menne, Mertes, Miessner, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Rutschke, Sander, Weber.

Das Protokoll führt die Namen der Anwesenden nicht auf.

Dr. MENDE: An der heutigen Sitzung nehmen Bundesvorstand und Fraktion sowie die FDP-Hauptgeschäftsführer teil.

[REGIERUNGSUMBILDUNG]

Dr. DÖRINKEL: Er verweist auf die Aktion der „Bildzeitung", die in Form einer Suggestivfrage das Zusammengehen zwischen CDU und SPD fördern will.[1] Diese Aktion sollte man nicht unterschätzen und so viel wie möglich Ex-

1 „Adenauer will mit SPD regieren! Wird Brandt Vizekanzler? Sensation in Bonn: CDU und SPD verhandeln", in: BILDZEITUNG 11. Jg., Nr. 283 vom 4. 12. 1962, S. 1. – „Das wäre unsere

emplare der „Bildzeitung" aufkaufen und die gestellten Fragen in unserem Sinne beantworten.

Dr. MENDE: Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen haben bereits entsprechende Maßnahmen getroffen. Hessen wird folgen.

Dr. MENDE verweist auf die Vertraulichkeit dieser Sitzung. Am gestrigen Tage wurde im Bundeskanzleramt vier Stunden mit der CDU verhandelt.[2] Wir haben mehrfach erklärt, daß der Kanzler mit unseren Stimmen gewählt wurde und daß daher die Verhandlungen über die Regierungsumbildung nur mit der FDP geführt werden sollten. Der Kanzler sagte, daß er nicht mit der SPD verhandele, sondern daß er nur allgemein politische Gespräche führe und diese auch weiterhin zu führen beabsichtige. Von uns wurde gesagt, daß die FDP dann auch frei sei, Gespräche in gleicher Besetzung mit der SPD zu führen. Der Kanzler schweifte sehr viel ab und erhob zahlreiche Vorwürfe, die wir unsererseits erwiderten. *Kennedy,* so behauptete der Kanzler, sei sehr erbost über unsere Finanzpolitik. Am Ende der Aussprache stand ein Kommuniqué, dessen letzter Satz im Bundesvorstand zu Mißdeutungen Anlaß gab. Heute um 11.30 Uhr fand ein Informationsgespräch mit der SPD statt, an dem von unserer Seite Dr. *Mende, Döring,* Dr. *Bucher* und *von Kühlmann* und von der SPD-Seite *Erler, Brandt* und *Schöttle* teilnahmen.[3]

Dr. *Mende* sagte einleitend, daß *Erler* gestern von dem Ende eines Tabus gesprochen hat, das gilt auch für die FDP. Dr. *Mende* betonte, daß es besser sei, sich loyal wechselseitig zu informieren als sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Von uns wurden zwei Fragen angeschnitten:

1. die Überraschung der FDP über die unbefristete Hinnahme des Kanzlers *Adenauer* durch die SPD;

2. die Bitte um eine Stellungnahme zu den Ausführungen von Dr. *Jaeger* im Fernsehen, nach denen die CDU/CSU als Bedingung für ein Zusammengehen mit der SPD in einer großen Koalition die Zustimmung zu einem Gesetz über die Einführung des Mehrheitswahlrechts bis 1965 verlangt.

Zu 1. *Erler* erklärte, daß man Dr. *Adenauer* einen honorigeren Abgang verschaffen müsse. Man will jedoch von seiten der SPD die FDP-Vereinbarung, die diese im Jahre 1961 mit dem Kanzler getroffen hat[4], übernehmen.

Dr. *Mende* wies darauf hin, daß die schriftliche Vereinbarung weit gefaßt ist und daß man sich nur intern darüber klar war, daß die Vereinbarung für Herbst 1963 gilt. Das war der SPD nicht bekannt. Die SPD-Vertreter versicherten, daß Meldungen über eine unbefristete Hinnahme des Kanzlers durch die SPD falsch seien.

---

Traumregierung. SPD sagt Ja! So stellt sich Bild die große Koalition vor", in: BILDZEITUNG 11. Jg., Nr. 285 vom 6. 12. 1962, S. 1 (BPA).

2 Vgl. Nr. 34 a Anm. 20.

3 Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 527.

4 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

Zu 2. *Erler* erklärte, daß die SPD sich nicht dazu hergeben werde, die FDP durch eine Wahlrechtsänderung[5] zu schrecken. Eine Wahlrechtsänderung sei für die SPD zwar nicht tabu, und man könne durchaus mit ihr darüber sprechen. An ein Inkrafttreten des Mehrheitswahlrechts ist jedoch für die Wahl von 1965 nicht zu denken, selbst wenn ein Beschluß vor 1965 gefaßt wird, der auch bekannt gemacht wird und zu dem die Wähler bei der Wahl 1965 Stellung nehmen können. Das Mehrheitswahlsystem würde also frühestens bei der Bundestagswahl des Jahres 1969 wirksam werden können. Diese Erklärung wurde von *Erler* verbindlich abgegeben. *Erler* sagte, daß diese Forderung von der CDU auch nicht so gestellt worden sei.

Die SPD-Vertreter erklärten, daß sie natürlich bemüht seien, sich bei der Regierungsumbildung einzuschalten. Die FDP lehnte eine Allparteienregierung unter *Adenauer* ab. Dagegen, so sagte Dr. *Mende,* ist eine Allparteienregierung ohne *Adenauer* möglich. Es war erkennbar, daß in der SPD die Hinnahme von *Adenauer* doch sehr umstritten ist.

Es wurde dann von uns die Frage gestellt, wie man zu Artikel 67 GG (konstruktives Mißtrauensvotum) steht. Die SPD hält das konstruktive Mißtrauensvotum zusammen mit der FPD noch für durchsetzbar, sie glaubt aber nicht, daß eine SPD/FDP-Koalition bis 1965 halten wird. Wenn sich die CDU daran beteiligt und *Erhard* nominiert, besteht für diesen die Schwierigkeit, daß er gegen seinen eigenen Parteivorsitzenden kandidieren muß.

VON KÜHLMANN hat auf die Unruhe im Land hingewiesen und auf die Notwendigkeit, alsbald eine stabile Regierung zu schaffen. Mit der SPD wurde ein loyales und sachliches Gespräch geführt. Die Gespräche mit der SPD sollen fortgesetzt werden.

VON KÜHLMANN: Er hat *Adenauer* darauf hingewiesen, daß das gleiche Gremium, das in Nürnberg Beschlüsse gefaßt hat[6], heute zur erneuten Beschlußfassung angesichts der augenblicklichen Lage zusammentritt.

VON KÜHLMANN vertritt die Auffassung, daß unsere heutige Lage günstiger ist als die vor einem Jahr und daß wir daher allen Anlaß haben, die Ruhe zu bewahren und mit bindenden Erklärungen vorsichtig zu sein.

DÖRING: Er hat *Erler* aus der Sicht der FDP die folgenden Möglichkeiten genannt:

1. Die bessere Lösung erscheint der FDP eine CDU/FDP-Regierung ohne *Adenauer.*

2. Es besteht die Möglichkeit für das Zustandekommen einer CDU/SPD-Regierung mit *Adenauer.*

---

5 Vgl. Nr. 17 Anm. 102; Nr. 18 Anm. 95 und Anlage zu Nr. 34 a.

6 Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP. Vgl. Nr. 33 Anlage 1. Haußmann notierte nach *Mendes* und *von Kühlmanns* Ausführungen Redebeiträge von *Döring, Borttscheller, Hoppe, Eisenmann, Kastenmeyer* (DJD), Frau *Ilk, Mende, Erbe, Mischnick,* Eduard *Leuze,* Frau *Lüders, Bucher* und *Leverenz.* Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 5. 12. 1962 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

3. Eine SPD/FDP-Regierung – hiergegen hat *Erler* Bedenken geäußert, da er nicht an die Stabilität einer solchen Regierung glaubt.

4. Eine Allparteienregierung – diese ist in der FDP am umstrittensten.

Dr. MENDE: Er verliest dpa-Nachrichten über die zwischen FDP und SPD geführten Gespräche und über die Anti-*Adenauer*-Stimmung in der SPD.

BORTTSCHELLER: Was sich in der Zwischenzeit seit 1961 ereignet hat, gibt den damaligen Befürchtungen von Bremen und Hamburg[7] Recht. Wir sollten jetzt keinesfalls mehr mit *Adenauer* in eine Koalitionsregierung eintreten. Dann erscheint es mir besser, wenn die FDP in die Opposition geht, zumal offenbar von seiten der SPD eine Wahlrechtsänderung nicht vorgesehen ist. Wenn wir in ein Allparteienkabinett eintreten, dann nur mit dem erklärten Ziel, eine Wahlrechtsänderung zu vermeiden.

HOPPE: Wir sollten vor den Drohungen mit einer Wahlrechtsänderung nicht zurückschrecken und sollten uns einmal grundsätzlich darüber aussprechen, wie wir uns hierzu verhalten wollen. Die Analyse von *Engelhard* ließ erkennen, daß er eine Koalition mit der CDU nicht für möglich hält.[8] Die SPD erteilte uns eine Absage, weil sie die FDP nicht für koalitionsfähig hält. Es bleibt für uns also nur die Opposition. Dabei darf aber nicht der Eindruck entstehen, daß wir uns der Regierungsverantwortung entziehen wollen. Wir sollten aber auch der CDU mit den Nürnberger Beschlüssen nicht hinterherlaufen, sondern sollten erklären, daß wir eine CDU/FDP-Koalition ohne *Adenauer* anstreben. Zumindestens verlangen wir jedoch, daß der Nachfolger *Adenauers* bereits jetzt nominiert wird.

EISENMANN: Die Nürnberger Beschlüsse sind durch die zwischenzeitlichen Verhandlungen überholt. Die Verhandlungen haben auch gezeigt, daß eine SPD/FDP-Regierung nicht zu bewerkstelligen ist. Wenn eine CDU/SPD-Regierung zustande kommt, muß erkennbar bleiben, daß die Schuld für das Nichtzustandekommen einer CDU/FDP-Koalition bei der CDU liegt.

KASTENMEYER (DJD): Der SPD muß die Angst genommen werden, daß wir sie auf jeden Fall aus der Regierungsverantwortung heraushalten wollen, wenn sie uns ihrerseits die Angst vor dem Mehrheitswahlrecht nimmt. Damit ist dann für uns der Weg in die Opposition frei.

Dr. DÖRINKEL: Die große Koalition ist eine Gefahr, die ständig besteht. Es hat sich jetzt gezeigt, daß die SPD schon vor einem Jahr bereit war, unter *Adenauer* zu koalieren. Eine Allparteienregierung ist zur Zeit nicht drin. Es bleibt also nur eine CDU/FDP-Regierung oder die Opposition. – Verhandlungen sollten grundsätzlich geheim geführt und Indiskretionen vermieden werden.

Dr. MENDE: *Busse, Dürr* und *Keller* haben seit einem Jahr den Auftrag, die undichten Stellen in der Fraktion festzustellen.

---

7 Vgl. die Äußerungen von *Borttscheller* (Bremen) in Nr. 19 S. 266 f. und von *Engelhard* (Hamburg) in Nr. 18 S. 185.

8 Vgl. Nr. 17 S. 107, Nr. 18 S. 185.

Prof. ERBE: Unser erstes Ziel muß die Fortsetzung dieser Koalition mit den bisherigen Ministern sein. Die Alternative ist eine Allparteienregierung unter einem anderen Kanzler. Das erscheint ihm besser, als in die Opposition zu gehen.

Vorsitz: *Döring*

MISCHNICK: Es ist festzustellen, daß keine Veranlassung besteht, heute endgültige Beschlüsse zu fassen. Die SPD sagt, daß sie eine Koalition mit der CDU in bezug auf die Kanzlernachfolge zu den gleichen Bedingungen wie die FDP anstrebt. Daher muß geprüft werden, ob die SPD einen Kanzler *Adenauer* nicht akzeptieren wird, wenn die FDP das auch tut. MISCHNICK hält es für richtig, in die Opposition zu gehen, wenn das Wahlrecht unangetastet bleibt. Er sieht aber die Gefahr, daß die SPD das Wahlrecht nur dann unangetastet läßt, wenn wir bereit sind, in eine Allparteienregierung einzutreten.

LEUZE: Wir sollten die Koalition mit der CDU weiter anstreben unter Ausnutzung der Möglichkeiten, die sich in bezug auf die Person *Adenauers* noch ergeben werden. Eine Koalition mit der SPD ist nicht angebracht und würde sich auch in den Wahlergebnissen negativ auswirken. Auch LEUZE ist gegen eine Allparteienregierung.

DÖRING: Zu folgenden Punkten muß die FDP Stellung nehmen:

1. Der Kanzler hat nicht erkennen lassen, daß er eine klare Befristung akzeptiert.

2. Er ist nicht bereit, einen Nachfolger zu ernennen.

3. Der Kanzler stellt personelle Bedingungen an uns, wenn er eine Koalition mit der FDP fortsetzt (Auswechslung von Dr. *Starke* und Dr. *Stammberger*),

4. Die SPD will nur deshalb nicht mit uns koalieren, weil sie glaubt, daß wir das nicht durchhalten, daher sollten wir über die Möglichkeit einer SPD/FDP-Koalition nicht primär reden.

Das Verhalten von *Strauß* ließ erkennen, daß man, falls man zu einer großen Koalition kommt, wieder den Versuch machen wird, *Strauß* ins Kabinett zu bringen.[9]

Dr. ACHENBACH: Bevor die einzelnen Möglichkeiten diskutiert werden, sollte geklärt werden, ob wir bereit sind, notfalls in die Opposition zu gehen.

ERTL: *Adenauer* hat behauptet, daß im Fall einer SPD/FDP-Koalition neun FDP-Abgeordnete die Fraktion verlassen würden. Das habe er schriftlich. Es sollte geklärt werden, um welche neun Mann es sich dabei handeln soll.

DÖRING: Er verliest den Punkt 1 eines Antrages von Dr. *Dehler,* wonach die von der FDP geforderte Bereinigung durch den Rücktritt von *Strauß* erfolgte, so daß weitere Verhandlungen über eine Umbildung der Bundesregierung nicht am Platze sind (siehe Anlage zum Original des Kurzprotokolls).

---

9 *Strauß* war Bundesverteidigungsminister bis 11. 12. 1962, m. d. W. d. G. b. bis 9. 1. 1963.

DÖRING stellt dazu fest, daß diese Forderung, die in dem Punkt 1 des Antrages von Dr. *Dehler* aufgestellt wurde, von der FDP-Verhandlungskommission bereits gestern vorgetragen und von der CDU abgelehnt worden ist.[10]

Dr. ACHENBACH: Er stellt den Antrag, eine Erklärung abzugeben, die er verliest. Danach läßt sich die FDP nicht erpressen und tritt für eine Regierung auf breitester Basis ein.

LEUZE: Er stellt die Frage, wie die CDU ihre personellen Wünsche in bezug auf Dr. *Stammberger* und Dr. *Starke* begründet.[11] Offenbar liebt die CDU im Kabinett mehr die weicheren Typen und möchte, daß wir für sie unbequeme Leute aus dem Kabinett zurückziehen.

DÖRING: Wir haben uns nicht bereiterklärt, über diese Personenfrage mit der CDU zu diskutieren. Die Gründe, die *Adenauer* angegeben hat, sind nicht überprüfbar.

GLAHN: Er stellt die Frage, warum diese Gründe nicht überprüfbar sind.

DÖRING: Wir sollten eine Grundsatzaussprache an diesen Fragen nicht aufhängen.

Frau Dr. LÜDERS: Sie würde ihr Wort niemals dazu geben, daß Dr. *Starke* und Dr. *Stammberger* das Kabinett verlassen. Eine Koalitionsfortsetzung mit *Adenauer* ist eine Illusion, denn diese würde höchstens 4–6 Wochen halten. Wir haben uns in der Vergangenheit viel zu nachsichtig verhalten. Besser erscheint ihr eine saubere und anständige Opposition.

DÖRING: Wenn bei einer Neubildung der Regierung Ministerien zusammengelegt werden, und das ist immerhin ein Gedanke, der von einigen Abgeordneten unterstützt wird, so entspricht der Antrag von *Dehler,* nachdem unsere Minister ihre Ressorts behalten sollten, nicht mehr der Wirklichkeit.

Dr. MIESSNER: Obgleich er sich seinerzeit gegen eine Koalition unter *Adenauer* ausgesprochen hat, erscheint ihm die Frage *Adenauer* heute nicht mehr so bedeutend. In Bezug auf das Wahlrecht müssen wir die SPD für die nächsten drei Jahre anbinden. Die Koalition ist nicht allein an *Strauß* zerbrochen. Wenn wir jetzt wieder in die Koalition eintreten, sind wir in einer Mausefallensituation, weil jede weitere Regierungskrise, wer sie auch auslöst, zu unseren Lasten gehen wird. Das bedeutet, das wir uns in den kommenden Jahren ständig vergewaltigen lassen müssen. Da eine SPD/FDP-Regierung zu schwach ist, bleibt nur die Allparteienregierung, um eine Wahlrechtsänderung zu verhindern.

MÜLLER-LINK: Er schließt sich dem Antrag von Dr. *Dehler* an. Bei einer Ablehnung dieses Antrages durch die CDU/CSU sind wir in der Opposition gut aufgehoben. Eine Allparteienregierung lehnt er ab. Man sollte aber von dem Tabu, daß die FDP nicht mit der SPD koalieren kann, herunterkommen. Den Antrag von Dr. *Achenbach* hält er für schlecht.

---

10 In den vierstündigen Koalitionsverhandlungen am 4. 12. 1962. Vgl. Nr. 34 a Anm. 20.
11 Bundesjustizminister und Bundesfinanzminister (beide FDP).

Dr. MENNE: Nachdem er sich weiter erkundigt hat, kann er verbindlich feststellen, daß der BDI nicht über eine große Koalition verhandelt hat.[12] Im übrigen sollten wir bei unseren Nürnberger Beschlüssen bleiben. Gestern haben sich nur 81 CDU-Abgeordnete für eine CDU/SPD-Koalition ausgesprochen. Daher sollte eine CDU/FDP-Koalition weiterhin unser Ziel bleiben. Wir sollten aber unsere Minister verteidigen; insbesondere Dr. *Starke* hat in der Öffentlichkeit einen guten Widerhall gefunden. Wieweit es Dr. *Stammberger* für richtig hält, im Kabinett zu bleiben, muß er selbst entscheiden.

Frau Dr. DIEMER: Sie spricht sich gegen eine Allparteienregierung und für eine CDU/FDP-Koalition aus. Unsere Verhandlungskommission sollten wir nicht mit dem Antrag von Dr. *Dehler* belasten. Die FDP sollte sich fest hinter ihre fünf Minister stellen. Dr. *Starke* verkörpert für uns eine starke Finanzpolitik. Wenn die CDU mit der SPD koaliert, sollten wir in die Opposition gehen.

DÖRING: Er hält es nicht für gut, die Gespräche mit der SPD zu forcieren, man sollte die SPD aber auch nicht brüskieren.

Dr. BUCHER: Das Tabu gegenüber der SPD muß von uns in den nächsten drei Jahren weiter abgebaut werden. *Erler* hat in dem Gespräch mit der FDP zum Ausdruck gebracht, daß für die SPD eine neue Situation entsteht, wenn die FDP erklärt, daß sie mit *Adenauer* nicht koaliert. Wir sollten uns auch entsprechend verhalten.

Dr. LEVERENZ: Wenn sich die CDU bemüht, *Adenauer* wegzubekommen, kommen wir in eine schwierige Situation, weil wir dann wieder durch die SPD ausmanövriert werden können.

DÖRING: Die CDU will eine Wahlrechtsänderung, weil eine schwarz-rote Koalition für sie nur dann tragbar ist, wenn keine Opposition besteht.

SANDER: Wir sollten die uns gegebenen Möglichkeiten nicht überschätzen und eine Weiterführung dieser Koalition anstreben. Es erscheint ihm gut, wenn die FDP in die Opposition geht. An Dr. *Starke* müssen wir unbedingt festhalten.

DÖRING: Er spricht sich für eine Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten aus, damit die Redeliste bis zu Beginn des Plenums[13] abgewickelt werden kann.

Dr. DEHLER: Der Bericht über die Verhaltensweise von Dr. *Starke,* mit dem eine Kommission unter seiner Leitung beauftragt wurde, ergibt das völlige Vertrauen dieser Kommission in die Finanzpolitik von Dr. *Starke* und die von ihm getroffenen Maßnahmen.

MERTES: Wir müssen eine Verschiebung des Plenums veranlassen.

Dr. MENDE: Wenn die SPD oder die CDU für eine Verschiebung des Plenums eintreten kann, so kann sich die FDP das nicht leisten, da das zu Spekulationen und für uns negativen Schlagzeilen Anlaß geben würde. Man sollte ohne Rück-

12 *Menne* war Mitglied des Vorstandes des BDI.
13 Die Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 5. 12. 1962 begann um 17.01 Uhr.

sicht auf die Zeit weitertagen und die Sitzung nach der Plenarsitzung fortsetzen.

WEBER: Er unterstützt den Vorschlag von Dr. *Dehler*. Die bisherige Koalition war gar nicht schlecht. Wir sollten in der Öffentlichkeit entsprechenden Meinungen entgegentreten. Von den Kommissionsmitgliedern erwartet er, daß sie Angriffen gegen unsere Minister scharf entgegentreten.

Dr. HELLIGE: Der Antrag von Dr. *Dehler* ist weltfremd. Es besteht eine Woge von Mißtrauen zwischen den Koalitionspartnern. Was geschieht, wenn die SPD nein zu *Adenauer* sagt? Machen wir dann ein konstruktives Mißtrauensvotum?

Man sollte sich keine Illusion über die Stellung der FDP in der Opposition machen; da wir keine Presse hinter uns haben, werden wir dadurch nichts gewinnen. Deshalb sollte man ruhig in die Opposition hineingehen, aber die Chancen richtig einschätzen. Da er gegen jede Kraftmeierei ist, spricht sich Dr. HELLIGE gegen den Antrag Dr. *Achenbachs* aus.

BORM: Er ist für den Antrag von Dr. *Dehler*. Wenn dieser von der CDU akzeptiert wird, sind wir von jedem Umfallverdacht frei. Die Fraktion sollte eine klare Stellungnahme zugunsten unserer Minister abgeben. Wenn diese Fragen mit der CDU geklärt sind, ist allerdings der Fall *Adenauer* noch nicht ausgestanden. Wenn unsere Mindestforderungen nicht akzeptiert werden, sollten wir keiner Allparteienregierung beitreten. Es bleibt dann für uns nur die Opposition.

Dr. MENDE: Es ist noch nicht bekannt, wie sich CDU- und SPD-Fraktion entschieden haben. Daher sollten auch wir keine voreiligen Festlegungen treffen. Der CDU-Vorstand neigt im Augenblick offenbar zu einer Fortsetzung der bisherigen Koalition. In Bezug auf die Kanzlerschaft *Adenauers* hat *Gerstenmaier* die Idee, bereits jetzt für den 5. Oktober 1963 auf die Tagesordnung des Bundestages die Neuwahl des Bundeskanzlers zu setzen.[14]

Wir sollten keine ultimativen Forderungen stellen, denn Dr. *Stammberger* hat als Justizminister in der „Spiegel"-Affäre nicht sehr schnell gehandelt, und wir sollten Vorwürfe in dieser Richtung von der CDU nicht herausfordern. Es war für uns nicht sehr schön, daß wir Dr. *Stammberger* erst unter großen Schwierigkeiten nach langen Bemühungen am Wochenende erreichen konnten.[15]

Im übrigen haben wir erklärt, daß sich die Personenfrage *Adenauer* jetzt für uns nicht stellt. Aus diesem Grunde können wir heute keine neuen Forderungen erheben. Wenn aber die FDP aus dieser Koalition endgültig ausscheiden will, so soll das jetzt offen gesagt und ein entsprechender Beschluß gefaßt werden.

DÖRING: Die Frage muß so gestellt werden, unter welchen Bedingungen die FDP bereit ist, in eine neue Koalition einzutreten.

---

14 *Erhard* wurde am 16. 10. 1963 zum Bundeskanzler gewählt.
15 Vgl. Nr. 32 S. 356 f.

LEUZE: Der Bundesvorstand sollte weiterhin an den zu treffenden Entscheidungen mitwirken.

Dr. MENDE: Wenn der Bundesvorstand an den Entscheidungen mitwirken will, so muß er in diesen Tagen in Bonn zur Verfügung stehen.

KOHL: Es wurde heute morgen kritisiert, daß der Bundesvorstand zu spät eingeschaltet wurde. Man sollte nun nicht in das andere Extrem verfallen und sagen, daß er ständig in Bonn bleiben müsse, wenn er an den Entscheidungen mitwirken will.

Dr. RUTSCHKE: Fraktion und Bundesvorstand sollten heute nach der Plenarsitzung noch einmal zusammenkommen.

DÖRING: Er macht darauf aufmerksam, daß der Antrag von Dr. *Dehler* nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, sondern lediglich die Ausgangsposition unserer Verhandlungen festlegt.

Dr. MENDE: Er bittet die Abgeordneten, sich jetzt ins Plenum zu begeben, da die Bundestagssitzung mit der Totenehrung für *Kühn* beginnt.[16]

Unterbrechung: 16.50 Uhr–19.00 Uhr

Fortsetzung: 19.25 Uhr

Vorsitz: Dr. *Mende*

Dr. MENDE: Morgen werden Fraktion und die anwesenden Bundesvorstandsmitglieder in der Zeit von 13.15 Uhr–15.00 Uhr über die Lage informiert.[17] Bis zur Stunde liegt noch keine Einladung von der CDU- und SPD-Fraktion vor. Es wurde lediglich eine Einladung von Dr. *Dollinger* und *Wacher* an Dr. *Mende* und *Zoglmann* ausgesprochen. Dr. MENDE verliest die neuesten Pressemeldungen, wonach die SPD sich dafür ausgesprochen hat (gegen 12 Stimmen), mit der CDU weiter zu verhandeln, und daß auch die Gespräche mit der FDP fortgesetzt werden. Laut *Barzel* schließen die mit der CDU zu besprechenden personellen Fragen auch die Person des Bundeskanzlers ein. *Adenauer* wird hingenommen, wenn ein genauer Rücktrittstermin festgelegt wird. Innerhalb der SPD haben sich 60 % für eine große Koalition und 40 % dagegen ausgesprochen. Heute abend soll zwischen SPD und CDU weiter verhandelt werden. Das Wahlrecht hat nur eine untergeordnete Bedeutung gespielt, eine Änderung ist frühestens für 1969 vorgesehen.

Dr. MENDE hat *Erhard,* den er auf dem Wandelgang getroffen hat, gesagt, daß er sich spätestens bis Mitte Januar entscheiden muß, ob er für die Kanzlerschaft kandidieren will. *Erhard* sagte, daß noch eine Chance bestehe, zu einer CDU/FDP-Koalition zu kommen, wenn die SPD mit dem Kanzler nicht zurande kommt.

Dr. DAHLGRÜN: Man kann die Regierungskrise nicht bis zum Januar hinziehen, denn die Bevölkerung wird unruhig.

---

16 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, S. 2207 A.
17 Vgl. Nr. 34 c.

Dr. MENDE: Er stellt die Frage, wie man sich die weitere politische Laufbahn von *Strauß* vorstellt.

VON KÜHLMANN: Wenn eine große Koalition zustande kommt, steht die CSU-Landesgruppe auf dem Standpunkt, daß *Strauß* seinen Entschluß, aus dem Kabinett auszuscheiden, rückgängig machen könnte. Er hat *Schmücker* gesagt, daß kein Junktim zwischen dem Weggang *Adenauers* und dem Rücktritt von *Strauß* besteht und daß es irreal ist, zu erwarten, daß *Strauß* in der nächsten Zeit mit Zustimmung der FDP wieder ins Kabinett eintritt. Allerdings ist eine spätere Rückkehr von *Strauß* möglich.

DORN: Wir sollten über die „fdk" herausgehen, daß die SPD bereit ist, *Adenauer,* wie die FDP im Jahre 1961, für eine Übergangszeit in Kauf zu nehmen.[18]

Dr. MENDE: Es erscheint ihm angebracht, erst die morgige Tagespresse abzuwarten. Eine Erklärung in der „fdk" kann unsere Lage erschweren.

KREITMEYER: Wir müssen darauf dringen, daß die Befristung der Kanzlerschaft bleibt. Er glaubt nicht, daß die FDP in der Oppositionsstellung etwas erreichen kann. Unser Einfluß ist nur dann gewährleistet, wenn wir den Ausschlag geben, und das ist in einem Allparteienkabinett der Fall. KREITMEYER spricht sich für sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit der SPD aus.

Dr. MENDE:Wenn die SPD mit uns verhandeln will, so muß sie das von sich aus erklären.

MOERSCH: Die herrschende SPD-Meinung ist gegen eine Regierungsbeteiligung unter *Adenauer.* Wir sollten jetzt nichts erklären.

KOHL: Wer wenig Macht hat, der muß sich auf das Recht berufen. Wir sollten ruhig abwarten und uns jetzt nicht der SPD anbieten. Im übrigen sollten wir auf der Grundlage der Nürnberger Beschlüsse vertragstreu bleiben. Notfalls müssen wir in die Opposition gehen.

Dr. MENDE: Er unterstützt die Auffassung von *Kohl.*

DÖRING: Wir sollten keine Erklärungen abgeben.

Dr. MENDE: Er verliest eine Meldung, wonach *Adenauer* die SPD für heute abend eingeladen hatte und diese Einladung in die Fraktionssitzung der SPD bringen ließ, um *Wehner,* der sich für eine große Koalition einsetzt, zu unterstützen. Da *Adenauer* aber vergessen hatte, die CDU-Verhandlungskommission einzuladen, hat er die Besprechung mit der SPD auf morgen früh vertagt.[19]

DÖRING: Was er heute gehört hat, kann ihn nicht davon abbringen, davor zu warnen, mit der CDU unter diesem Kanzler in eine Koalition zu gehen. Er glaubt nicht, daß eine solche Koalition länger als drei Monate halten würde.

---

18 Vgl. „Regierungsbildung oder schwarz-roter Proporz", in: fdk Nr. 133/62 (T) vom 3. 12. 1962.

19 Der Widerstand gegen eine große Koalition in der SPD, aber auch in der CDU/CSU-Fraktion war so groß, daß *Adenauer* das für den 6. 12. 1961 vorgesehene Koalitionsgespräch mit der SPD absagte. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 69.

Dr. MENDE: Die Sitzung wird morgen 13.15–15.00 Uhr fortgesetzt.

## 34 c.

## 6. 12. 1962. Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 115. Vorsitz: Dr. Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 6. Dezember 1962." 13.30 Uhr–16.30 Uhr; 19.25 Uhr–19.55 Uhr.**

Redner: Bucher, Busse, Thomas Dehler, Emmy Diemer-Nicolaus, Döring, Dorn, Hermann Dürr, Effertz, Liselotte Funcke, Glahn, Hamm, Imle, Emilie Kiep-Altenloh, Kohut, Eduard Leuze, Leverenz, Mauk, Mende, Mertes, Frhr. von Mühlen, Opitz, Rutschke, Scheel, Simonis, Soetebier, Spitzmüller, Supf, Weber, Zoglmann.

Das Protokoll führt die Namen der Anwesenden nicht auf.

[INFORMATION ÜBER DIE POLITISCHE LAGE]

Dr. MENDE: Es hat sich als gut herausgestellt, daß gestern keine Beschlüsse gefaßt wurden.[1] Der SPD-Fraktionsbeschluß[2], versehen mit dem Kommentar von *Barsig*[3], hat zur Zurücknahme der Einladung an die SPD geführt. Dagegen wurde die FDP für morgen 10 Uhr zu einer ganztägigen Sitzung eingeladen.[4] Dr. MENDE bittet die Mitglieder der Verhandlungskommission[5] für morgen früh 9 Uhr zu einer Vorbesprechung. Fraktion und Bundesvorstand müssen heute dazu Stellung nehmen, wie sich die Verhandlungskommission verhalten soll. Dr. MENDE billigt den Antrag von Dr. *Dehler* dem Sinn, aber nicht dem Inhalt nach, daß durch die Nürnberger Beschlüsse[6] der Anstoß zur Regierungsumbildung gegeben werden sollte. Es ist Sache der CDU, einen Nachfolger zu nominieren. Das haben wir erklärt, und dabei müssen wir bleiben. Wir sollten Maß halten und uns nicht wechselseitig steigern. Auch sollten wir uns nicht stärker dünken als wir sind, denn die SPD hat das Rennen noch nicht

1 Vgl. Nr. 34 b.

2 Im Widerspruch zu *Wehner*, der eine Große Koalition mit *Adenauer* als Kanzler befürwortete, beschloß die SPD-Fraktion in ihrer Sitzung am 5. 12. 1962 die Fortsetzung der Verhandlungen mit der CDU/CSU mit der Maßgabe, „daß alle sachlichen und personellen Fragen, die für eine Regierungsbildung notwendig sind, zur Verhandlung gestellt wurden." Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 528.

3 SPD-Vorstandssprecher Franz *Barsig* interpretierte die zuvor zitierte Willenskundgebung der SPD-Bundestagsfraktion dahingehend, daß die SPD-Verhandlungskommission gegenüber der CDU/CSU auch die Frage der Ablösung des Kanzlers anzusprechen habe. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 528.

4 Vgl. Nr. 35 TOP Bericht über das Gespräch mit der CDU-Verhandlungskommission.

5 Vgl. Nr. 34 a Anm. 31.

6 Vgl. Nr. 33 Anlage 1.

aufgegeben. Einige Herren der SPD-Verhandlungskommission gehen heute um 18 Uhr ins Bundeskanzleramt zu einer Aussprache mit Dr. *Adenauer.*[7] Dr. MENDE hat den Bundesvorstand für Sonnabend, den 8. Dezember 1962 durch ein Fernschreiben an alle Landesverbände nach Bonn eingeladen.

Frau Dr. KIEP-ALTENLOH: Sie glaubt, daß keine Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, daß wir an unseren Nürnberger Beschlüssen festhalten müssen. Nach wie vor gilt auch für eine Regierungsumbildung, daß Dr. *Mende* und Dr. *Dehler,* da sie sich zu sehr festgelegt haben, nicht in ein Kabinett unter *Adenauer* eintreten können.

Dr. MENDE: Er hat diese Erklärung bereits für sich abgegeben und wird sich wie bisher daran halten.

Frau Dr. KIEP-ALTENLOH: Wir sollten schon aus Gründen der Kontinuität und weil sonst wiederum eine längere Einarbeitungszeit notwendig wird, bei unseren Ministern bleiben. Dr. *Starke* hat eine klare Linie verfolgt, und wir sollten an ihm festhalten. Daran ändert auch nichts, daß er etwas nervös ist. Auch an Dr. *Stammberger* sollten wir festhalten, denn ein Wechsel würde uns in ein schiefes Licht bringen. Wenn Dr. *Stammberger* gesundheitlich nicht in der Lage ist, die Belastung durchzuhalten, so sollte er zu einem späteren Zeitpunkt daraus die Konsequenzen ziehen.

Dr. RUTSCHKE: Er unterstützt die Ausführungen von Frau Dr. *Kiep-Altenloh,* aber man sollte den Ablösungstermin von *Adenauer* fixieren. Neue Kabinettsmitglieder sollten wir nicht benennen.

WEBER: Die Terminvereinbarung über die Ablösung des Kanzlers muß fixiert werden. Die Nominierung seines Nachfolgers sollten wir zu diesem Zeitpunkt nicht verlangen.

ERTL: Es ist als Erfolg zu buchen, daß es uns gelungen ist, von dem Vorwurf des Umfalls herunterzukommen. Neue Forderungen sollten wir nicht stellen; das Kanzler-Problem sollten wir in der CDU ausgären lassen.

Ihm ist zu Ohren gekommen, in welcher infamen Weise man gegen Dr. *Stammberger* hetzt. Deshalb sollten wir für Dr. *Stammberger* eine Ehrenerklärung abgeben. An Dr. *Starke* müssen wir unbedingt festhalten, denn damit steht und fällt unsere politische Glaubwürdigkeit. Sachliche Übereinkommen müssen bei den Verhandlungen über die zukünftige Haushaltspolitik getroffen werden.

MERTES: Er betrachtet die CDU/FDP-Koalition auf einer vernünftigen Basis als Optimallösung. Bei einer solchen Koalition ist die Festlegung des Rücktrittstermins des Kanzlers auf Herbst 1963 und das Festhalten an Finanz- und Justizministerium wichtig. Wenn unsere Verhandlungskommission mit diesen Wünschen nicht durchkommt, sollten wir erneut zusammentreten. Von einer Oppositionsstellung verspricht er sich nichts. Die Wahlrechtsfrage[8] sollten wir

7 Gespräch zwischen *Adenauer* und *Ollenhauer,* bei dem der Kanzler den Dissens in der Wahlrechtsfrage als eigentlichen Grund für die Beendigung der Koalitionsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD hinstellte. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 529.

8 Vgl. Nr. 17 Anm. 102; Nr. 18 Anm. 95.

nicht als Bagatelle abtun. Wenn die FDP eine gute Opposition machen wird, so wird man zweifellos versuchen, uns über das Wahlrecht den Mund zu verbieten. Besser als die Opposition erscheint ihm die Allparteienregierung, wenn wir die CDU/FDP-Koalition nicht erreichen.

Dr. LEVERENZ: Wir sollten uns in der Diskussion darauf beschränken, über eine CDU/FDP-Koalition zu sprechen.

Dr. KOHUT: Er hält es für erforderlich, so hart zu verhandeln, daß es auch die Öffentlichkeit merkt, und uns nicht zum Handlanger dieses Kanzlers machen. Die Diffamierung durch die CDU können wir nicht hinnehmen.

LEUZE: Es ist das Möglichste zu tun, um zu einer Bestätigung der bisherigen Koalition zu kommen. Die CDU ist noch nicht reif, mit *Adenauer* Schluß zu machen und auch nicht, um eine genauen Termin für die Nachfolge zu nennen. Der Koalition muß es um die Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gehen. Die Lohnwelle und die Sozialwelle müssen gestoppt werden. An unseren Ministern sollten wir festhalten, und keinem unserer Minister ist ein Vorwurf zu machen.

Dr. IMLE: Wenn die Zahl der Ministerien beschränkt wird, soll das die CDU bei sich selbst machen und nicht bei der FDP.

Dr. BUCHER: Er stellt den Antrag, für die Verhandlungskommission folgende Richtlinien aufzustellen:

1. Die bisherige Koalition wird fortgesetzt.

2. Es erfolgen keine persönlichen Änderungen.

3. Der Zeitpunkt der Ablösung *Adenauers* muß fixiert werden.

Der *Krone*-Brief[9] ist juristisch ein Nullum. Der Termin Herbst 1963 ist nur mündlich vereinbart und muß schriftlich fixiert werden.

DÖRING: Wenn wir die Koalition fortsetzen wollen, müssen wir Festlegungen treffen, die die Krisenfestigkeit garantieren. Andernfalls hat es keinen Zweck, die Koalition einzugehen. Persönliche Angriffe kann man freilich durch Beschlüsse nicht beseitigen.

In bezug auf die Kanzlernachfolge kann man sich nicht auf eine Gummiformel einlassen, sondern man muß von der CDU verlangen, daß sie diese Frage intern klärt. Das Problem der Ressortzusammenlegung wurde von uns zur Sprache gebracht. Da hierdurch Gewichte verlagert werden würden, müssen sich Fraktion und Bundesvorstand darüber klar sein, daß die Kommission hier einen gewissen Spielraum haben muß, wenn die Verhandlungen zum Erfolg führen sollen.

Wenn sich die Verhandlungen festbeißen, muß der Verhandlungskommission ein zweites Konzept mitgegeben werden. Die Alternative scheint ihm notfalls das Allparteienkabinett zu sein, denn von einer Opposition verspricht er sich nicht viel. Daher schlägt er vor, heute die Limitierung zu bestimmen.

---

9 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

Dr. IMLE: Er stellt den Antrag, der FDP-Kommission eine Generalvollmacht zu erteilen.

DÖRING: Wenn eine Allparteienregierung mit *Adenauer* angestrebt wird, ist er allerdings der Meinung, daß dies ohne uns erfolgen sollte.

Dr. MENDE: *Kreitmeyer* stellt den Antrag, zu entscheiden, ob er im Haushaltsausschuß für eine Vorverlegung des Stichtags[10] votieren soll. Dr. MENDE ist der Auffassung, daß die FDP für eine Stichtagsvorverlegung eintreten sollte. Eine entsprechende Zusage wurde dem Bund der Vertriebenen gegeben.

DORN: An der Fixierung des Rücktrittstermins müssen wir festhalten. Dagegen sollten wir an dem Finanzminister nicht unbedingt festhalten, denn Dr. *Starke* wird seine Linie die nächsten drei Jahre angesichts der Belastungen, die auf ihn zukommen, nicht durchhalten können. Es werden hier pausenlos Situationen entstehen, in denen wir gezwungen sind, uns mit der CDU herumzuschlagen. *Adenauer* verhandelt nur deshalb mit der FDP, weil die SPD nicht bereit ist, ihn als Kanzler unbefristet hinzunehmen. Auch darüber sollten wir uns im klaren sein.

Dr. MENDE: Geburtstagsglückwünsche für Dr. *Hamm* und Dr. *Rieger.*

Dr. SUPF: Er bittet, die Bundesvorstandssitzung am Sonnabend um 9 Uhr mit einer Fraktionssitzung zu verbinden.[11] Im übrigen schließt er sich den Ausführungen von Dr. *Kiep-Altenloh* an. An dem Finanzminister sollten wir festhalten. Im übrigen sollte man damit aufhören, daß in der Öffentlichkeit jeder so spricht, wie es ihm gefällt und nicht, wie die Fraktion will.

VON MÜHLEN: Wir sollten unsere alte Linie beibehalten.

*Lübke* beabsichtigt offenbar einen Appell zu einer Allparteienregierung.

OPITZ: Er könnte sich nur dann mit der Fortsetzung dieser Koalition, aber auch dann mit größeren Bedenken, einverstanden erklären, wenn eine endgültige Rücktrittsterminierung von *Adenauer* erfolgt.

GLAHN: Er stellt fest, daß sich heute die Meinung abzeichnet, die Koalition mit der CDU unter bestimmten Voraussetzungen zu wagen. Wenn aber in vier Wochen wieder eine Koalitionskrise eintritt, dann fällt das, egal wer sie ausgelöst hat, allein auf die FDP zurück, und das können wir uns nicht leisten. Wieweit solche Behauptungen, daß diese Gefahr besteht, stimmen, kann lediglich von der Bundestagsfraktion aus beurteilt werden. Daher müssen sich die Landesverbände diesen höheren Gesichtspunkten unterordnen, und wir müssen es unserer Verhandlungskommission überlassen, den richtigen Weg zu finden.

Frau Dr. DIEMER: Wenn keine Einigung mit der CDU zu erzielen ist, sollten aber keine Zusagen zu einer Allparteienregierung gegeben werden.

SOETEBIER: Es bleibt keine andere Wahl, als auf der Grundlage der Nürnberger Beschlüsse die Koalition fortzusetzen. Unsere Stärke liegt in unserer Einigkeit. Er spricht sich für eine Generalvollmacht an die Kommission aus.

---

10 Vgl. Nr. 34 a Anm. 11.
11 Dies geschah auch. Vgl. Nr. 35.

Dr. DEHLER: Er stellt fest, daß es der Verhandlungskommission nicht um die Verhandlungsfreiheit geht, sondern daß sie bestimmte Richtlinien haben möchte.

Dr. HAMM: Er ist gegen eine Allparteienregierung, denn hier ist die FDP nur Feigenblatt, und für eine CDU/FDP-Koalition auch mit *Adenauer*. Das Problem *Adenauer* löst sich von selbst. Die Auffassung, daß die Opposition das bessere ist, teilt er nicht.

Dr. MENDE: Es sollte niemand Einzeldarstellungen abgeben. Wie er aus Pressemeldungen entnimmt, hat sich *Zoglmann* für die Nominierung *Erlers* zum Bundeskanzler ausgesprochen.

ZOGLMANN: Er bekennt sich zu dieser Meldung und hält sie auch für gut.

Dr. LEVERENZ: Die Frage des Wahlrechts sollte morgen mit behandelt werden.

SCHEEL: Hierüber sind Festlegungen im Koalitionsvertrag getroffen.[12]

Dr. LEVERENZ: Man sollte die Frage trotzdem behandeln.

*Strauß* scheint es nicht auf sich sitzen lassen zu wollen, daß er den Befehl gegeben habe, Dr. *Stammberger* nicht zu informieren.[13] Man sagt, daß er nach wie vor behauptet, daß der Kanzler den entsprechenden Befehl gegeben hat.

MAUK: Er glaubt nicht mehr daran, daß eine CDU/FDP-Koalition krisenfest sein kann. Die Verhandlungskommission muß daher die Möglichkeit haben, Konsequenzen zu ziehen. Wir sollten uns überlegen, ob es nicht doch richtig ist, in eine Allparteienregierung einzutreten und diese von uns aus anzuregen.

DÜRR: Auch er sieht Schwierigkeiten für eine CDU/FDP-Koalition. Er spricht sich gegen die Zusage in der Stichtagsfrage und in Bezug auf das Besoldungsgesetz[14] aus, denn das wird in der CDU dazu führen, daß viele Leute der Meinung sind, daß eine schwarz-rote Koalition vielleicht doch besser ist.

Dr. MENDE: Die Vorverlegung des Stichtags ist eine interfraktionelle Vereinbarung, der auch *Vogel*[15] zugestimmt hat.

Dr. ACHENBACH: Die Verhandlungskommission sollte darauf drängen, daß der außenpolitische Teil des Koalitionsabkommens[16] eingehalten wird.

BUSSE: Bevor die Wahlrechtsfrage nicht geklärt ist, sollte man nicht verhandeln.

Frau FUNCKE: Sie hält nichts davon, daß man ständig sagt, man stehe vor einer neuen Situation. Wir sollten bei unserer Nürnberger Linie bleiben und keine

---

12 Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. 10. 1961 erwähnt die Wahlrechtsfrage nicht. Vgl. Nr. 18 Anm. 265.

13 Zu den Rollen von Bundesverteidigungsminister *Strauß* und Bundesjustizminister *Stammberger* in der „Spiegel"-Affäre vgl. Nr. 32 S. 356 ff; Nr. 33, S. 373 ff.

14 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes, 1. Beratung am 24. 10. 1962. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 42. Sitzung, S. 1829 D ff.

15 Rudolf *Vogel*, MdB (CDU), stellv. Vors. des BT-Haushaltsausschusses.

16 Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961, abgedr. in SZ Nr. 266 vom 7. 11. 1961, S. 6.

Empfindlichkeit in der Wahlrechtsfrage zeigen. *Adenauer* sollten wir nicht zur ersten und alleinigen Diskussionsgrundlage machen. Wenn wir nicht zum Abschluß kommen, sollten wir in die Opposition gehen. Bei dem Gespräch mit *Lübke* sollte Dr. *Mende* nur entgegennehmen, was *Lübke* sagt, ohne sich verbindlich zu äußern.

SIMONIS: Der Verhandlungskommission sollte möglichst viel Freiheit gelassen werden, die nur insoweit einzuschränken ist, daß einer Allparteienregierung nicht zugestimmt wird.

SIMONIS spricht sich gegen ernsthafte Verhandlungen mit der SPD aus.

Dr. EFFERTZ: Die Nürnberger Beschlüsse sind nicht mehr aktuell. In der Öffentlichkeit will man wissen, wann *Adenauer* endgültig zurücktritt. Daher können wir uns mit einer weichen Formulierung nicht mehr zufrieden geben. Hinter den Forderungen der SPD in dieser Frage können wir keinesfalls zurückbleiben. Die Frage der Allparteienregierung sollte nicht vorzeitig entschieden werden. Dr. EFFERTZ ist gegen eine Allparteienregierung. Da erscheint ihm die Opposition noch besser.

DÜRR: Der Kanzler spricht entgegen bisherigen Meldungen nur mit *Ollenhauer*[17], da die SPD es abgelehnt hat, nur einen Teil der Kommission ins Bundeskanzleramt zu entsenden, der dem Kanzler genehm ist.

WEBER: Das Sozialpaket[18] sollte nicht verschoben werden, denn dann wird der linke CDU-Flügel mit der SPD zusammenspielen. Besser erscheint ihm die Klärung der strittigen Fragen des Sozialpakets. Im übrigen gibt es für uns nur die Alternative, entweder eine CDU/FDP-Koalition einzugehen oder in die Opposition zu gehen.

SCHEEL: Er unterstützt die Ausführungen von *Weber* und spricht sich für eine vernünftige Sozialpolitik aus. Die Differenzen, die in bezug auf das Sozialpaket bestehen, sind nur noch geringfügig (Widerspruch *Ollesch*).

SPITZMÜLLER: Mit der CDU kann man sich in der Sozialpolitik, aber nicht mit den CDU-Sozialromantikern einigen. Daher erscheint es ihm wichtig, daß man in Zukunft bessere Kontakte mit der CDU pflegt. Mit unseren Gedanken hat sich das Bundesarbeitsministerium überhaupt nicht befaßt. Sie wurden lediglich zur Kenntnis genommen.

In der morgigen Plenarsitzung wird eine Reihe von Kampfabstimmungen stattfinden, zum Beispiel beim 5. Rentenanpassungsgesetz.[19] Hier steht einiges für uns auf dem Spiel. Es darf nicht deutlich werden, daß die CDU bei solchen Gesetzen allein die Mehrheit hat. Daher bittet er darum, daß möglichst viele Abgeordnete im Plenum anwesend sind oder wenigstens erreichbar.

MERTES: Wir sollten uns selbst keine Angst vor Koalitionskrisen machen, denn es hat bisher nur zwei Krisen gegeben, die miteinander im Zusammenhang ste-

17 Siehe Anm. 7.
18 Vgl. Nr. 31 Anm. 5; Nr. 32 Anm. 9.
19 Die 2. und 3. Beratung des 5. Rentenanpassungsgesetzes fand am 12. 12. 1962 statt. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 52. Sitzung, S. 2303 C–2315 C.

hen, nämlich die Fibag-[20] und die „Spiegel"-Affäre.[21] Die Auseinandersetzung in der Frage des Autozolls[22] kann nicht als Koalitionskrise gewertet werden.

Dr. MENDE: Dr. *Lübke* wird er zunächst seine Anerkennung für die erfolgreiche Asienreise aussprechen.[23] Als Ergebnis der Aussprache und unter Berücksichtigung der von Dr. *Bucher* und Dr. *Imle* gestellten Anträge zeichnen sich in verschiedenen Fragen eine weitgehende Übereinstimmung ab. Ausgangspunkt sind die Nürnberger Beschlüsse, die er noch einmal verliest. Wenn Dr. *Lübke* in dem Gespräch mit Dr. *Mende* die Frage der Allparteienregierung unter einem Bundeskanzler *Adenauer* anschneidet, so wird Dr. *Mende* erwidern, daß die FDP einer solchen Regierung nicht beitreten würde. Wenn Dr. *Lübke* die Frage stellt, ob die FDP bereit ist, einer Allparteienregierung unter einem anderen Bundeskanzler beizutreten, so wird Dr. *Mende* erklären, daß über diese Frage die FDP-Fraktion noch nicht entschieden hat. Die FDP tritt für eine CDU/FDP-Koalition ein und hält sich loyal an ihre bisherigen Beschlüsse.

Aus dem Gesagten ergeben sich folgende Richtlinien für die FDP-Verhandlungskommission für die morgigen Verhandlungen mit der CDU-Verhandlungskommission:

1. Es wird die Fortsetzung der bisherigen CDU/FDP-Koalition angestrebt (folgende Abgeordnete sprechen sich gegen diesen Grundsatz aus: *Busse,* Dr. *Hoven,* Dr. *Kohut, Ollesch, Opitz,* Dr. *Schneider*).
2. Nach dem Ausscheiden von Bundesminister *Strauß* wünscht die FDP keine personellen Veränderungen im Kabinett. Wenn von der CDU Ressortzusammenlegungen zur Diskussion gestellt werden, nimmt die FDP-Verhandlungskommission die Vorschläge der CDU lediglich zur Kenntnis und trägt sie der FDP-Fraktion vor (Dr. *Dehler* spricht sich gegen eine Ressortzusammenlegung aus, jedoch soll man an dieser Frage die Verhandlungen nicht scheitern lassen).
3. In der Frage der Ablösung des Bundeskanzlers ist die bisherige Vereinbarung zeitlich genau zu fixieren. Im übrigen gilt die Niederschrift des CDU-Abgeordneten *Schmücker* über die Besprechung vom 30. 11. 1962, die zu dieser Frage wie folgt lautet:
   „Die FDP-Mitglieder sind damit einverstanden, daß die Frage der Kanzlernachfolge eine Angelegenheit der CDU ist und von ihr, bis die Verhandlungen zu dieser Frage vorstoßen, intern geregelt werden sollte. Sie bemüht sich, auf alle FDP-Mitglieder einzuwirken, durch Zurückhaltung in dieser Frage die Verhandlungen der CDU zu erleichtern. Andererseits haben die FDP-Mitglieder darauf hingewiesen, daß zwar die Regelung der Nachfolge

---

20 Vgl. Nr. 18 Anm. 120; Nr. 28 Anm. 14.
21 Vgl. Nr. 32 Anm. 4 und 14.
22 Der Deutsche Bundestag hatte am 22. 5. 1962 in namentlicher Abstimmung einer Verordnung zur Zollsenkung für Autoeinfuhren aus EWG-Ländern zugestimmt. Aus der Sicht der FDP war die Zollsenkung eine Maßnahme zur falschen Zeit und am falschen Platz. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 32. Sitzung, S. 1349 D–1352 D.
23 Vgl. Nr. 34 a Anm. 30.

interne Angelegenheit der CDU/CSU sei, aber von dieser Regelung sie den Eintritt in die umzubildende Regierung abhängig machen."
Dr. MENDE denkt dabei an eine Regelung, nach der *Gerstenmaier* bereits jetzt auf die Tagesordnung des Bundestages vom 5. Oktober 1963 die Neuwahl des Kanzlers setzt.[24] In der Öffentlichkeit sollten wir diese Frage jedoch nicht behandeln, um das Ergebnis der internen Auseinandersetzung in der CDU nicht negativ zu beeinflussen.

4. Es besteht Einigkeit darüber, daß das Koalitionsabkommen (mit oder ohne bestimmte Leistung der öffentlichen Hand?), ergänzt durch neu hinzugetretene Unterlagen wie zum Beispiel die Haushaltsreden von Dr. *Starke*[25], Grundlage der Koalition sein muß.
   Es ist in Aussicht genommen, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion zu einer Sitzung für Sonnabend, den 8. Dezember 1962 9 Uhr nach Bonn einzuladen.[26]

Dr. MENDE gibt den Text des Kommuniqués[27] bekannt. Die FDP sollte lediglich einen Hinweis an die Presse auf die stattgefundene Sitzung geben, in der die Verhandlungskommission der FDP über den neuesten Stand der Verhandlungen berichtet hat und Bundesvorstand und Fraktion Richtlinien für die weiteren Verhandlungen gegeben haben. Darüberhinaus sollten keine detaillierten Äußerungen an die Öffentlichkeit gegeben werden. Dr. MENDE weist noch einmal über die Vorbesprechung der Mitglieder der Verhandlungskommission hin und schließt die Sitzung mit der Bitte, unter allen Umständen die Vertraulichkeit zu wahren.

---

24 Vgl. Nr. 35 Anm. 7.
25 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 18. Sitzung vom 13. 3. 1962, S. 610 A ff. (Bundeshaushalt 1962); Bd. 51, 45. Sitzung vom 7. 11. 1962, S. 1965 B ff. (Bundeshaushalt 1963).
26 Vgl. Nr. 35.
27 Nicht ermittelt.

## 35.

## 8. 12. 1962. Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 115. Vorsitz: Mende, Döring; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 8. Dezember 1962." 9.15 Uhr–15.40 Uhr.**

Teilnehmer: die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion, die Landesgeschäftsführer, der Bundesgeschäftsführer und die beiden Pressechefs. Entschuldigungen sind nicht vermerkt.

[REGIERUNGSUMBILDUNG]

Dr. MENDE: An dieser Sitzung nehmen neben den Mitgliedern des Bundesvorstandes, den Landesgeschäftsführern und der Bundestagsfraktion der Bundesgeschäftsführer[1] und die beiden Pressechefs[2] teil. Da über Personalfragen gesprochen wird, sollten die persönlichen Referenten der Minister nicht anwesend sein und auch nicht die Mitarbeiter der Bundesparteileitung.

Dr. MENDE wird mit einem Bericht über das einstündige Gespräch mit *Lübke* beginnen, sodann erfolgt der Bericht über das 3-Stunden-Gespräch mit der CDU-Verhandlungskommission und der Bericht über die Verhandlungen der Unterkommissionen. Darauf folgt die Aussprache.

Dr. MENDE begrüßt, daß mit Frau Dr. Hedda *Heuser* nunmehr wieder eine Ärztin Abgeordnete der Bundestagsfraktion ist.[3]

Wir sollten uns auch bei dieser Sitzung an die Vertraulichkeit halten.

BERICHT ÜBER DAS GESPRÄCH MIT LÜBKE

In der Sitzung vom 6. Dezember waren auch bestimmte Richtlinien für das Gespräch mit *Lübke* gegeben worden.[4] Hieran hat sich Dr. *Mende* gehalten. Daß das Gespräch mit *Lübke* erst gestern morgen stattgefunden hat, war eine technische Frage[5] und keine Brüskierung der Fraktion. Dr. *Mende* hat *Lübke* im Namen der FDP Dank und Anerkennung für den Erfolg seiner Asienreise ausgesprochen. *Lübke* zeigte sich hiervon sehr angetan und berichtete dann ca. 20 Minuten über seine Eindrücke. In bezug auf die Koalitionskrise hat Dr. *Mende* ausgeführt, daß die Malaise nicht von der FDP kam, sondern daß die Atmosphäre zum Beispiel von *Jaeger*[6] vergiftet worden ist. Dr. *Mende* hat noch einmal dargestellt, wie die Entwicklung verlaufen ist. *Lübke* trug dem weitgehend Rechnung. Er informierte Dr. *Mende,* daß der neue Kanzler in der ersten Sitzung nach der Sommerpause gewählt wird[7], wie ihm *Adenauer* am Abend zuvor mitgeteilt hat. *Lübke* begrüßt, daß das Tabu SPD nunmehr gebrochen sei[8] und brachte zum Ausdruck, daß er nach wie vor für eine Allparteienregierung eintrete. Eine Allparteienregierung, so sagte Dr. *Mende,* sei nur als letzte Steigerung in einer ausgesprochenen Krise angebracht. Eine Allparteienregierung unter *Adenauer* wird aber von der FDP auf jeden Fall abgelehnt. Dr. *Mende* ist der Auffassung, daß *Lübke* jede Chance, ein Allparteienkabinett zu bilden, wahrnehmen wird. Er hat *Lübke* erklärt, daß sich die

---

1 H.-D. *Genscher* als Geschäftsführer der Bundestagsfraktion und der Bundespartei.
2 K. *Moersch* und W. *Schollwer.*
3 MdB ab 6. 12. 1962; sie rückte für den verstorbenen Abg. *Kühn* nach. Vgl. Nr. 34 a Anm. 2.
4 Vgl. die Richtlinie in Nr. 34 c nach Anm. 23.
5 Zu *Lübkes* Asienreise vgl. Nr. 34 a Anm. 30.
6 Richard *Jaeger* (CSU).
7 *Erhard* wurde in der vierten Sitzung des Deutschen Bundestages nach der Sommerpause 1963 zum Kanzler gewählt. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 53, 87. Sitzung vom 16. 10. 1963, S. 4171 A–4172 A.
8 Gemeint sind die Fühlungnahmen zwischen den Parteien im Hinblick auf eine eventuelle Koalition. Vgl. Nr. 34 a Anm. 3 (CDU/CSU-SPD); Nr. 34 a mit Anm. 20 (CDU/CSU-FDP); Nr. 34 b mit Anm. 3 (SPD-FDP).

Fraktion noch nicht zu einer Allparteienregierung ohne *Adenauer* geäußert hat. Die FDP befürwortet eine schnelle Umbildung der Regierung und tritt dafür ein, daß die neue Koalition noch vor Weihnachten gebildet wird. *Lübke* meinte, daß der späteste Termin, zu dem die Regierung gebildet sein müsse, der kommende Freitag sei.[9] Dr. *Mende* hat dem Bundespräsidenten noch einmal erklärt, daß er erst nach dem Kanzlerwechsel in ein Kabinett eintreten werde, es sei denn, daß er von *Lübke* und den Führungsgremien der FDP dazu aufgefordert wird, das bereits jetzt zu tun.

BERICHT ÜBER DAS GESPRÄCH MIT DER CDU-VERHANDLUNGSKOMMISSION

Am Freitag, den 7. Dezember fand um 10.30 Uhr das Gespräch im Bundeskanzleramt statt. Inzwischen war durch *von Brentano* der terminierte Kanzlerwechsel und der Nachfolger *Erhard* bekannt gegeben worden. Daher wurde unseren Forderungen Rechnung getragen. Der Kanzler hat erklärt, daß er nun mit der FDP abschließen wolle, und zwar unter zwei Voraussetzungen:

1. das Kabinett bleibt in der bisherigen Größe bestehen,

2. das Kabinett soll verjüngt werden, so daß es nach der Neuwahl des Kanzlers im wesentlichen bestehen bleiben kann.

Bedenken wurden vom Kanzler gegen die Amtsführung persönlicher Art von Dr. *Starke* geäußert (Kontaktmangel, Nervosität). Dr. *Mende* hatte den Eindruck, daß das die Koalitionsfrage ist.[10]

Die zweite Frage war der gesundheitliche Zustand des Justizministers. *Adenauer* hatte aber keine Bedenken, ihn zu behalten, wenn die FDP glaubt, daß er die Belastungen gesundheitlich durchhält.[11] Unbestritten waren *Lenz, Scheel* und *Mischnick*. Es ergab sich die Frage in der Diskussion, ob Dr. *Mende* bereit ist, in das Kabinett einzutreten. Dr. *Mende* hat hier die gleiche Antwort erteilt, die er *Lübke* gegeben hat. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß er den Parteivorsitz höher wertet als ein Ministeramt. *Krone*[12] bat, doch zu prüfen, ob es nicht doch möglich sei, daß Dr. *Mende* in das Kabinett eintritt, da man sich hiervon eine Aufwertung der neu zu bildenden Regierung verspricht. Es ist noch nicht zu erkennen, welche Veränderungen bei der CDU eintreten werden. Wie es aussieht, stehen insbesondere *Lemmer*[13] und *Merkatz*[14] sowie evtl. *Seebohm* zur Debatte.

Die erste Runde hat die FDP gewonnen. Jetzt geht es in die zweite Runde. Die Kanzlerfrage ist gelöst. Wir sollten aber nicht unterschätzen, daß *Lücke*[15] die

9 Der 14. 12. 1962; an diesem Tag erfolgte die Vereidigung der neuen Minister vor dem Bundestag. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 53. Sitzung, S. 2331 D.

10 Neuer Finanzminister wurde Rolf *Dahlgrün* (ab 14. 12. 1962).

11 Neuer Justizminister wurde Ewald *Bucher* (ab 14. 12. 1962).

12 Bundesminister für besondere Aufgaben.

13 Neuer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen wurde Rainer *Barzel* (ab 14. 12. 1962).

14 Neuer Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder wurde Alois *Niederalt* (ab 14. 12. 1962).

15 Paul *Lücke* (CDU), Bundesminister für Wohnungsbau, Befürworter einer Wahlrechtsände-

FDP für koalitionsunfähig erklärt hat und daß *Katzer*[16] aus der Verhandlungskommission ausgeschieden ist. Die SPD steht nach wie vor bereit, in die Regierung einzutreten, deshalb müssen wir uns schnell entscheiden, denn die FDP hat für die zweite Runde keine Trümpfe mehr.

Wir sollten uns zunächst auf Sachdiskussionen beschränken und die Diskussion über Personen zurückstellen. Hierzu liegt vor:

1. das Koalitionsabkommen[17] (mit oder ohne Nord-Süd-Kanal?)[18]
2. das Sozialpaket[19]
3. die Notstandsgesetzgebung[20]
4. die zwei Regierungserklärungen[21]
5. die Haushaltsreden von Dr. *Starke*[22] – die Politik der Sparsamkeit soll fortgesetzt werden.

AUSSPRACHE

Dr. KOHUT: Er stellt die Frage, was sich der Kanzler unter einer Verjüngung des Kabinetts vorstellt.

WEYER: Die CDU wird mit einer Mannschaft der Jungen Union in die neue Regierung eintreten, die seit Jahren restlos für die CDU tätig war.

Dr. MENDE (auf Frage *Mertes*):

Zur Debatte stehen als neue Kabinettsmitglieder der CDU *Barzel, Dollinger, Rasner, von Hassel, Heck*.[23] Das Innenministerium wurde speziell Dr. *Mende* angeboten.[24]

VON KÜHLMANN: Welche Minister die CDU ins Kabinett entsendet, hängt noch von Besprechungen ab, die innerhalb der CDU geführt werden. Wir sollten uns hier auf unsere Probleme beschränken.

Frau Dr. LÜDERS: Sie stellt die Frage, wie es mit der Wahlrechtsfrage[25] steht.

---

rung und einer CDU-CSU-SPD-Koalition. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 695–697, 699.

16 Hans *Katzer*, MdB (CDU) hatte mit anderen CDU-Abgeordneten im Oktober 1961 gegen eine Koalition mit der FDP gestimmt. Vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 594.

17 Vgl. Nr. 18 Anm. 265.

18 Merkpunkt der Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1961: „Ausbau des Binnenwasserstraßennetzes vor allem durch den Bau einer Nord-Süd-Verbindung von der Elbe zum Mittellandkanal."

19 Vgl. Nr. 31 Anm. 5; Nr. 32 Anm. 9.

20 Vgl. Nr. 32 Anm. 30.

21 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 5. Sitzung vom 29. 11. 1961, S. 22 A–33 D. (Regierungsprogramm); Bd. 52, 53. Sitzung vom 14. 12. 1962, S. 2333 A–2334 C. (Umbildung der Bundesregierung).

22 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 50, 18. Sitzung vom 13. 3. 1962, S. 610 A–621 D. (Bundeshaushalt 1962); Bd. 51, 45. Sitzung vom 7. 11. 1962, S. 1964 B–1980 B. (Bundeshaushalt 1963).

23 Mitglieder des neuen Kabinetts wurden *Barzel, Dollinger* und *Heck* ab 14. 12. 1962 sowie *von Hassel* ab 9. 1. 1963. *Rasner* blieb Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

24 Bundesinnenminister blieb bis 1965 Hermann *Höcherl* (CSU).

25 Vgl. Nr. 17 Anm. 102; Nr. 18 Anm. 95.

Dr. MENDE: Diese Frage steht nicht mehr zur Debatte, lediglich die Wahlkreiseinteilung soll verändert werden.

Dr. EHRICH: Die CDU muß ganz klar erklären, daß sie die Wahlrechtsfrage nicht mehr anschneiden wird.

Dr. MENDE: Wir werden das verlangen, jedoch läßt es sich nicht vermeiden, daß die Frage wieder hochkommt, wenn es wieder zu einer Krise kommt.

VON KÜHLMANN: Es muß natürlich in die zutreffenden Vereinbarungen hinein, daß für die Dauer dieser Koalition (Zuruf: „dieses Bundestages") die Wahlrechtsfrage nicht mehr auf den Tisch kommt. VON KÜHLMANN wird diese Fragen in der Sachaussprache anschneiden.

WEYER: Die Wahlrechtsfrage ist eine Lebensfrage der Partei. Wenn sie angeschnitten werden soll, muß hierüber zunächst mit dem Partner verhandelt werden.

MISCHNICK: Wir können aus den Verhandlungen nicht herausgehen, ohne daß hierzu etwas von CDU und FDP erklärt wird. Es muß um diese Frage gerungen werden, um zu einer befriedigenden Vereinbarung bis 1965 zu kommen.

DÖRING: Wir werden von der Wahlrechtsfrage nur wegkommen, wenn wir eine Stärke erreichen, die die Ideen einer Wahlrechtsänderung illusionär macht.

Prof. ERBE: Die „Spiegel"-Affäre beweist die Notwendigkeit einer dritten Partei.

Dr. LEVERENZ: Es ist eine Frage der Selbstachtung, daß wir das Problem des Wahlrechts anschneiden und erreichen, daß keine Wahlrechtsänderung erfolgt, so lange die Koalition zusammenbleibt.

Dr. HELLIGE: Wenn wir so verfahren, wie Dr. *Leverenz* zuletzt sagte, geben wir zu erkennen, daß wir bei einem Bruch der Koalition damit einverstanden sind, daß dann das Mehrheitswahlrecht eingeführt wird. Die SPD hat das Mehrheitswahlrecht deshalb nicht akzeptiert, weil sie sich auf diese Weise auf Dauer in die Opposition verbannt. Die öffentliche Meinung muß für eine dritte Partei gewonnen werden. Wir müssen zeigen, daß wir regierungsfähig sind.

Dr. MENDE: Die öffentliche Meinung ist manipulierbar durch die CDU- und SPD-Presse. Er unterstellt, daß wir nur dann in die Regierung gehen, wenn die andere Seite erklärt, daß sie sich keine Gedanken über das Wahlrecht macht.

KOHL: Wir sollten die Wahlrechtsfrage nicht selbst hochspielen. Er wäre zufrieden, wenn in den Verhandlungen kein Wort davon gesagt würde.

ERTL: Er beantragt Schluß der Rednerliste zur Wahlrechtsfrage.

Dr. MENDE: Wird mit Mehrheit angenommen.

ERTL: Wir sollten dann über den Eintritt von Dr. *Mende* ins Kabinett und über Dr. *Starke* sprechen.

HOPPE: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß während der Koalition die Wahlrechtsfrage nicht angeschnitten wird.

Dr. BUCHER: Wir sollten auf die Formel von Max *Becker*[26] zurückkommen, der sich auch die SPD bedient hat. Wenn Wahlrechtsfragen diskutiert werden, so sollte man das für die übernächste Wahl tun, damit der Wähler bei der nächsten Wahl dazu Stellung nehmen kann.

Dr. MIESSNER: Er hält die Fortsetzung der kleinen Koalition nach diesen massiven Wahlrechtsangriffen der CDU nicht für richtig.

Dr. RUTSCHKE: Es nützt nichts, wenn wir in der Wahlrechtsfrage jetzt eine Hürde aufrichten. Man sollte besser versuchen, in persönlichen Gesprächen mit der SPD eine Klärung zu bringen, denn ohne die SPD gelingt es der CDU nicht, eine Wahlrechtsänderung durchzusetzen.

SCHULTZ: Die Frage muß doch angeschnitten werden, denn die CDU muß ihre Scharfmacher auf diesem Gebiet an die Leine nehmen.

Dr. ACHENBACH: Wir müssen die Freiheit behalten, uns in der Wahlrechtsfrage zu wehren.

Dr. MENDE: Er stellt fest, daß die Mehrheit der Anwesenden dafür eintritt, daß in der Wahlrechtsfrage öffentliche Erklärungen abgegeben werden müssen, insbesondere müssen *Jaeger* und *Lücke* eine Erklärung dazu abgeben, wenn sie in das Kabinett eintreten sollten. Die Mordabsicht muß heraus, wie Prof. *Erbe* sagte. In dieser Legislaturperiode darf die Wahlrechtsfrage nicht mehr angeschnitten werden.

SCHEEL: Wenn die CDU die Wahlrechtsfrage anschneidet, ist die Koalition beendet.

ZOGLMANN: So lange eine Änderung des Wahlrechts ein Risiko für die SPD ist, wird sie nicht daran rühren. Ist es für die SPD kein Risiko mehr, dann wird die CDU keine Änderung mehr wünschen.

Dr. MENDE: Bundesvorstand und Fraktion unterstellen es also als eine conditio sine qua non, daß die Wahlrechtsfrage nicht angeschnitten wird.

SCHEEL: Die Frage sollte gar nicht mehr angesprochen werden. Vor allem sollte man in diesem Stadium keine auflösende Bedingung setzen.

Dr. MENDE: Die Wahlrechtsfrage wird in der Öffentlichkeit nicht angeschnitten. Wenn aber die CDU die Wahlrechtsfrage anschneidet, ist der Koalition die Geschäftsgrundlage entzogen. – Dr. MENDE stellt das Einverständnis von Bundesvorstand und Fraktion mit dieser Formulierung fest.

Dr. KOHUT: Die Behandlung von Personalfragen erscheint ihm heute vordringlicher als die Behandlung von Sachfragen.

Dr. HAUSSMANN: Wir sollten erst die Sachfragen behandeln.

Dr. MENDE: Es wird in der weiteren Aussprache eins in das andere übergehen.

ENGELHARD: Es ist festzustellen, daß sich die FDP loyal an die Koalition gehalten hat. Wir haben also die Schwierigkeiten nicht geschaffen. Mit *Barzel*

26 Früherer Vizepräsident des Bundestages (FDP), gest. 1960.

und *Rasner* kommen jetzt die ausgesprochenen Politruks ins Kabinett. Deshalb sollte man sich fragen, ob die anderen Möglichkeiten, die für eine Regierungsbildung noch gegeben sind, tatsächlich für uns indiskutabel sind. Das ist

1. eine CDU/SPD-Regierung,
2. ein Allparteienkabinett,
3. Neuwahlen.

Diese würden allerdings nur der SPD Vorteile bringen. Wenn wir aber wiederum eine CDU/FDP-Regierung bilden würden, so würden unsere Minister im Kabinett verschlissen werden.

BERICHT ÜBER DIE BEHANDLUNG VON SACHFRAGEN

VON KÜHLMANN: Er hat über die Sachfragen mit *Schmücker*[27] verhandelt. Beide Regierungserklärungen einschließlich der im Anschluß an die Aussprache über die Regierungserklärung zur Stabilisierung gefaßten Entschließung zur Innen- und Außenpolitik[28] sind Grundlagen dieser Koalition und werden als solche öffentlich plakatiert. Nicht öffentlich plakatiert wird das Koalitionsabkommen, das weiterhin Basis auch der umgebildeten Regierung sein soll. Ferner werden die neuralgischen Punkte in bezug auf Landwirtschaft, Kriegsopferfragen, Sozialpaket und Notstandsgesetzgebung besprochen. Das wird formuliert und von ihm am kommenden Dienstag vorgetragen. Die Haushaltsreden von Dr. *Starke* werden ebenfalls Grundlage der Koalition sein. Die sparsame Haushaltspolitik soll fortgesetzt werden.

FORTSETZUNG DER AUSSPRACHE

Dr. MENNE: Die letzte Krise ist gar nicht so schlecht verlaufen. *Strauß* ist zurückgetreten, der Rücktritt des Kanzlers ist fixiert[29], *von Guttenberg* kommt vor ein Ehrengericht[30], *Erhard* wird Kanzler und *Adenauer* hat mit der SPD verhandelt. Die Verhandlungskommission arbeitet in einem günstigeren Klima, als es aussieht. Wir haben nur den einen Fehler gemacht, daß wir unsere fünf Minister zurückgezogen haben.[31] Dadurch sind wir in die Malaise gekommen, uns jetzt über Dr. *Starke* unterhalten zu müssen, den *Adenauer* offenbar nicht leiden kann.[32] Der Finanzminister muß aber ein harter Mann sein.

Dr. MENNE hält die Notstandsgesetzgebung für durchaus wichtig, insbesondere der Bunkerbau kann aber hinausgeschoben werden. Er glaubt nicht, daß die Koalition scheitert, wenn wir an Dr. *Starke* festhalten. Wir wollen die CDU/FDP-Koalition, aber mit Dr. *Starke*.

---

27 Kurt *Schmücker* MdB (CDU), an den Koalitionsgesprächen beteiligt. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 65.
28 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 41. Sitzung vom 12. 10. 1962, S. 1788 C, Anlage 4.
29 Siehe Anm. 7.
30 Zur parteiinternen Kritik an *von Guttenberg* wegen seiner Fühlungnahmen mit der SPD vgl. D. KOERFER, Kampf, 1987, S. 698.
31 Am 19. 11. 1962. Siehe Nr. 33 Anlage 1.
32 Vgl. dazu E. MENDE, Wende, 1986, S. 57, 71.

Die EWG-Fragen sollten in die Sachdebatte mit einbezogen werden. Im übrigen tritt er für weitgehende Vollmachten der Verhandlungskommission ein.

ENGELHARD: Wir sollten an unseren Ministern festhalten. Dr. *Mende* sollte erst dann ins Kabinett eintreten, wenn *Adenauer* zurückgetreten ist.

SANDER: Er spricht seine Anerkennung für die Verhandlungsführung von Dr. *Mende* und von der Verhandlungskommission aus. An Dr. *Starke* sollten wir festhalten.

BORTTSCHELLER: Er lehnt die kleine Koalition unter *Adenauer* ab.

Wenn sie aber zustande kommt, dann sollten wir auf der Beibehaltung unserer Minister bestehen.

DÖRING: Auf den Posten des Verteidigungsministers darf kein Platzhalter kommen, sondern ein Mann, der dieses Amt auch bis zum Ende dieser Legislaturperiode führt.[33] Über Dr. *Starke* wurde behauptet, daß niemand mit ihm zusammenarbeiten will. Das muß der Kanzler im Gespräch mit Dr. *Starke* direkt klären. Es ist nicht möglich, die Kommission mit personellen Bindungen in eine Verhandlung zu schicken. Am Montag[34] können keine großen Aussprachen über Personen geführt werden. Das muß heute und morgen geklärt werden. Andernfalls kann die Fraktion am Dienstag vor einer völlig neuen Situation stehen. Die angestrebte Koalition ist nicht nach DÖRINGS Geschmack. Er hat sie aber loyal vertreten. Eine SPD/FDP-Koalition wird schwer durchzuhalten sein wegen der dann von allen Seiten kommenden Angriffe von draußen. Wenn man eine CDU/FDP-Koalition fortsetzen will, scheint es ihm fraglich, ob man an Dr. *Starke* unbedingt festhalten kann.

Er würde es für gefährlich halten, wenn sich Dr. *Mende* einer Beteiligung am Kabinett entzieht und dafür einen Platzhalter für sich im Kabinett hält. Man wird dann sofort wieder von einem schlechtem Klima im Kabinett sprechen.

Dr. STARKE: Er hat gestern um 20.30 Uhr erstmals von den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen im einzelnen gehört. Da die Form der Vorwürfe nicht greifbar ist, kann er dazu heute nicht abschließend Stellung nehmen. Die Annahme des Kanzlers, daß in der FDP niemand mehr hinter ihm steht, hat viel dazu beigetragen, daß die CDU aus seiner Ablösung eine Prestigefrage gemacht hat. Er teilt daher nicht die Auffassung, daß hierüber zu viel gesprochen wurde, sondern es ist im Gegenteil zu wenig über diese Frage gesprochen worden. Sein Kopf soll als Ersatz für den Rücktritt von *Strauß* geopfert werden. Es war noch am 5. November[35] keine Rede davon, daß er die Koalition gefährdet hat. Er verlangt keine persönliche Rücksicht, wesentlich ist jedoch für ihn die Frage des Vertrauens der Fraktion. Es ist nicht wahr, daß er ein Hindernis für die Koalition war. Er ist der Meinung, daß man ihm die Vorwürfe in substantiierter Form machen muß, daß er darauf auch substantiiert antworten kann. Man kann ihn aber nicht einfach abschießen. Es war für Dr. STARKE

33 Nachfolger von F. J. *Strauß* wurde Kai-Uwe *von Hassel* (9. 1. 1963–1. 12. 1966).
34 Am 10. 12. 1962.
35 Beurlaubung der Staatssekretäre *Hopf* und *Strauß*. Vgl. Nr. 32 Anm. 8.

nicht einfach, in einem Ministerium mit einem Mann wie *Hettlage*[36] zusammenzuarbeiten, der ein Jahr zwischen ihm und seinem Ministerium gestanden hat. In seiner Amtszeit ist lediglich *Mersmann*[37] weggegangen, und dieser wegen *Hettlage*, nicht wegen ihm. Dr. STARKE hätte ihn gern behalten. *Vialon* hat er als Staatssekretär[38] abgelehnt, weil er mit ihm zutiefst nicht einer Meinung ist. Intern will der Kanzler natürlich von den Beschlüssen, die er im September mit ihm gefaßt hat, wegkommen.

Dr. ACHENBACH: Er ist auch heute noch ein Anhänger einer Allparteienregierung, hat sich aber loyal an die CDU/FDP-Koalition gehalten. In der Zukunft muß darauf gedrungen werden, daß in der Außenpolitik auch entsprechend der außenpolitischen Entschließung gehandelt wird. Die Notstandsgesetzgebung und auch der Bunkerbau müssen in Angriff genommen werden. *Kennedy* kann den Weg nach Berlin nicht mit einer Atombombe aufrechterhalten. Daher befinden wir uns nur dann in einer besseren Lage, wenn wir unsere Bemühungen in Richtung auf eine Verstärkung der konventionellen Rüstung und auf dem Gebiet des Notstandes verstärken.

Dr. MENNE: Zur Finanzierung dieser Aufgaben wird ein Kredit von 1 Mrd. US $ aus den USA benötigt.

Dr. ACHENBACH: Ein Finanzminister benötigt das Vertrauen des Bundeskanzlers. Daher hält er den *Döring*-Vorschlag für gut, daß Dr. *Starke* selbst mit dem Kanzler spricht. Es ist unmöglich, daß ein Finanzminister sagt, daß er kein Geld für den Bunkerbau hat (Zwischenruf: Die Frage ist falsch gestellt, Dr. *Starke* hat das nie so gesagt).

Auch in anderen Ministerien ist es notwendig, ein gewisses Sachprogramm zu haben. Zum Beispiel ist auf dem Justizsektor die Untersuchungshaft schlecht geregelt.

Dr. MENDE: Es wurde weder vom Kanzler noch von anderen führenden CDU-Mitgliedern eine Kritik an der sachlichen Amtsführung des Finanzministers geübt, sondern nur an der persönlichen Amtsführung. Daher wird er einen Termin beim Kanzler für ein Gespräch zwischen Dr. *Starke* und *von Kühlmann* einerseits und dem Kanzler und einem von diesem zu bestimmenden zweiten CDU-Angehörigen erbitten (Zustimmung).

Dr. RIEGER: Wir sollten bei unserer Nürnberger Entscheidung[39] bleiben. Er warnt vor einem perfektionistischen Abkommen, da dieses sowieso nicht einklagbar ist. Es muß in erster Linie um die Männer gehen, die ins Kabinett eintreten. An Neuwahlen sollten wir nicht so optimistisch herangehen, denn dann wird der Sieger SPD heißen. Der Fraktionsvorstand muß umfassende Vollmachten haben. Dr. RIEGER sieht keinen Hinderungsgrund mehr, der gegen einen Eintritt von Dr. *Mende* ins Kabinett spricht.

---

36 Karl-Maria *Hettlage*, Staatssekretär im BMF bis Oktober 1962.
37 Wolfgang *Mersmann*, MinDir im BMF bis Februar 1962.
38 Vgl. Nr. 21 Anm. 21.
39 Vgl. Nr. 33 Anlage 1.

Dr. MENDE: Zur Frage der Neuwahlen ist zu sagen, daß die FDP aus finanziellen Gründen gar nicht in der Lage ist, einen Wahlkampf zu führen.

Wenn das hier versammelte Gremium ihn nicht insgesamt bittet, ins Kabinett einzutreten, wird er das nicht tun.

Dr. DEHLER: Es besteht keine Alternative, es bleibt nur die Fortsetzung CDU/FDP-Koalition. Die Forderung nach einer Umbildung des Kabinetts war nur ein Bumerang. Die FDP kann politisch und verfassungsrechtlich keinen bestimmten Minister erzwingen. Damit ist die Frage Dr. *Starke* eine Angelegenheit, die allein zwischen Dr. *Starke* selbst und dem Kanzler entschieden werden muß. Wenn das Gespräch nicht zu einer Verständigung führt, müssen wir uns überlegen, ob wir daraus koalitionspolitische Folgerungen ziehen müssen. Wenn der Vorstand keine Vollmacht bekommt, ist er handlungsunfähig, denn dieses Gremium kann nur die große Linie bestimmen.

Dr. BUCHER: Wir sollten uns in der Diskussion jetzt darauf beschränken, uns zu entscheiden, ob wir den Eintritt ins Kabinett von der Annahme der Person Dr. *Starkes* abhängig machen wollen.

Dr. MENDE: Es wurde mittlerweile für morgen früh 11.30 Uhr ein Gespräch zwischen *Adenauer* und *Krone* einerseits und Dr. *Starke* und *von Kühlmann* andererseits terminiert.

WEYER: Dr. *Mende* kann jetzt nicht in das Kabinett eintreten. Wir müssen ihm aber für Herbst 1963 einen Platz im Kabinett sichern.

HOPPE: Wir sollten nicht nur an den Augenblick denken. Wenn wir den Eintritt ins Kabinett durch Konzessionen erkaufen, wird man in der Bevölkerung sagen, daß wir das Gnadenbrot der CDU essen. Er votiert aus sachlichen Gründen dafür, daß wir an Dr. *Starke* festhalten, denn nur durch ihn haben wir uns in dieser Regierung profiliert. Eine Platzhalterfunktion für Dr. *Mende* ist nicht zumutbar. Dr. *Mende* kann dann eben erst in der nächsten Legislaturperiode Minister werden.

Dr. HELLIGE: Wir sollten an unseren Ministern festhalten.

Frau Dr. KIEP-ALTENLOH: Eine stabile Regierung wird nicht dadurch erreicht, daß wir unseren besten Minister gehen lassen. Einzelheiten der Beratungen sollten der Kommission überlassen werden. Dr. *Starke* sollte versuchen, eine Basis zu schaffen, die eine Weiterführung der Zusammenarbeit ermöglicht. Die Mehrzahl der Anwesenden steht hinter Dr. *Starke,* und seine Leistungen sind auch vom Kanzler anerkannt worden.

Dr. *Mende* sollte nicht auf die Mätzchen des Kanzlers eingehen und in das Kabinett eintreten. Sie hält den Vorschlag von *Weyer* für gefährlich. Wir sollten die Frage eines Ministeramtes für Dr. *Mende* jetzt nicht diskutieren.

SCHULTZ: Auf die Benennung der Minister der anderen Seite sollten wir keine Einwirkung vornehmen. Wir sollten aber unsererseits an unseren Ministern festhalten. Notfalls müssen wir in die Opposition gehen. Das erfordert unsere Selbstachtung.

Frau Dr. LÜDERS: Dr. *Mende* würde unmöglich gemacht, wenn er in das Kabinett eintritt.

Dr. MENDE: Für alle Zeiten wird er nicht auf einen Kabinettssitz verzichten. Für diesen Zeitpunkt hat er seine Stellungnahme bereits abgegeben.

ERTL: *Dollinger* beabsichtigt, die Konzeption von Dr. *Starke* fortzusetzen. Man will Dr. *Starke* abschießen, weil er der CDU politisch gefährlich geworden ist. Die fränkischen Verhältnisse spielen bei diesen Überlegungen auch eine Rolle.[40] Daher müssen wir an Dr. *Starke* festhalten.

Dr. MENDE: Er macht darauf aufmerksam, daß die Fraktion vor einem Jahr zu einem Drittel Bedenken gegen die Übernahme des Finanzministeriums gehabt hat.

MAUK: Wir sind in der Öffentlichkeit in erster Linie durch Dr. *Starke* gut angekommen. Alle Abgeordneten haben seine Gedanken vertreten. Daher können wir es uns nicht leisten, Dr. *Starke* fallen zu lassen. Dem Kanzler muß klar gemacht werden, daß diese Frage für uns von äußerster Wichtigkeit ist.

Dr. BUCHER: Er stellt den Antrag, festzustellen, daß die Grundlage für die Unterhaltung von Dr. *Starke* mit dem Bundeskanzler die Konfliktsituation ist, die darin besteht, daß Dr. *Starke* das Vertrauen der Fraktion besitzt, anscheinend aber nicht das Vertrauen des Bundeskanzlers.

SCHMIDT: Wir sollten nicht nur das terminierte Gespräch führen, sondern auch uns bekannten CDU-Abgeordneten in Gesprächen deutlich machen, daß wir an Dr. *Starke* festhalten. Wenn uns das nicht gelingt, ist es besser, in die Opposition zu gehen, weil wir andernfalls den Kredit unserer Wähler verlieren.

Dr. HAUSSMANN: Baden-Württemberg ist klar für die Wiedereinsetzung der Koalition. *Maier* wurde vom Kanzler angerufen. *Heuss* und *Maier* hätten beide größte Bedenken gehabt, wenn Dr. *Mende* ins Kabinett eintreten würde. Sie traten aber voll dafür ein, daß Dr. *Starke* als Finanzminister im Kabinett bleibt. Das ist aber nach Auffassung von Dr. HAUSSMANN nur dann möglich, wenn sich Bundesvorstand und Fraktion eindeutig hinter Dr. *Starke* stellen.

Dr. MIESSNER: Er unterstützt die Auffassung von Dr. *Haußmann.*

Dr. MENDE: Die Kommission kann nicht unter dem Druck verhandeln, daß die FDP auf Dr. *Starke* besteht oder die Koalition scheitert.

BORM: Die Partei ist durchaus nicht einhellig der Meinung, daß die FDP unbedingt in der Koalition bleiben muß. Die Weichen wurden in der Vergangenheit zu einseitig auf die CDU gestellt. Wir sollten dafür sorgen, daß wir nicht wieder in eine solche Zwangslage kommen. Wir haben aber auch heute keine Veranlassung, auf Dr. *Stammberger* und Dr. *Starke* zu verzichten, nur weil sie der CDU nicht passen.

MÜLLER-LINK: Er spricht den Respekt des Landesverbandes Hamburg aus, daß Dr. Mende auch jetzt nicht in ein *Adenauer*-Kabinett eintreten wird. Die CDU hat immer versucht, der FDP das Kreuz zu brechen, erst über das Wahlrecht und jetzt über Dr. *Starke.* Daher muß die FDP an Dr. *Starke* festhalten. Die Konsequenzen wurden bereits aufgezeigt. Dr. *Mende* kann nicht unter-

40 *Starke,* mit Wohnsitz in Bayreuth, war über die Landesliste Bayern der FDP gewählt. Vgl. BT-HANDBUCH, 4. WP 1961, 1961, S. 447.

stellen, daß die Konsequenzen nicht klar sind. Der Landesverband Hamburg ist sich klar darüber, daß die Konsequenz die Opposition ist. Er kritisiert, daß die Position Dr. *Starkes* auch aus der Partei heraus geschwächt wurde. MÜLLER-LINK tritt für eine Abstimmung ein, in der darüber befunden werden soll, ob Dr. *Starke* conditio sine qua non ist, wobei die Konsequenz einer Ablehnung die Opposition ist.

WEYER: Für ihn ist Dr. *Starke* keine conditio sine qua non. Er hat sich immer gegen die Übernahme des Finanzministeriums ausgesprochen. Das ist nicht persönlich gemeint. *Weyer* ist jedoch der Auffassung, daß eine Politik der Sparsamkeit mit Aussicht auf Erfolg nur durch einen CDU-Finanzminister durchgehalten werden kann.

Dr. MENDE: Das Angebot an die FDP lautet, das Finanzministerium zu behalten und mit einer anderen Person als Dr. *Starke* zu besetzen.

MERTES: Er war damals auch gegen die Übernahme des Finanzministeriums. Dr. *Starke* hat aber auch die volle Unterstützung des Haushaltsausschusses gefunden. Also ist heute die Situation anders. Wir sind es Dr. *Mende* schuldig, daß ihm der Weg ins Ministeramt nach dem Weggang von *Adenauer* freigehalten wird, wobei ihm dieses Ministeramt die Beibehaltung des Bundesvorsitzes erlaubt. Ein Kompromiß in Bezug auf Dr. *Starke* wäre, daß dieser den Haushalt 1963 noch durchführt, da ja die Haushaltsrede von Dr. *Starke* auch zur Grundlage der Koalition gemacht werden soll. Wenn dann *Erhard* Kanzler wird, kann Dr. *Starke* das Wirtschaftsministerium übernehmen. Von diesem Kompromißvorschlag kann man Gebrauch machen, wenn Dr. *Starke* nicht anders hingenommen wird.

Dr. HAMM: Wir sollten dem Antrag von Dr. *Bucher* folgen. Die Öffentlichkeit hat die Auffassung, daß eine stabile Regierung schnell gebildet werden muß. Eine Oppositionsstellung wird uns von der Bevölkerung negativ ausgelegt werden. Deshalb sollte man Dr. *Starke* nicht zur conditio sine qua non machen.

Dr. EMDE: Er war im vergangenen Jahr für die Übernahme des Finanzministeriums, jetzt ist er aber dagegen, denn diese Übernahme hat nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile gebracht (Beamtenfrage) und wird uns angesichts der auf uns zukommenden Belastungen weitere Nachteile bringen. Daher wäre ein CDU-Finanzminister jetzt besser. Wenn Dr. *Starke* nicht ins Kabinett eintritt, muß der zweitstärkste Mann nach Dr. *Mende* ins Kabinett. Er denkt dabei an *Döring* oder *von Kühlmann*. Aber auch Dr. *Dehler* sollte ins Kabinett eintreten.

ENGELHARD: Man wirft Dr. *Starke* unter anderem vor, daß auch Oberfinanzpräsident *Grund*[41] nicht mit Dr. *Starke* zusammenarbeiten wollte. Wie *Engelhard* soeben in einem Telefongespräch geklärt hat, ist *Grund* aus persönlichen und aus Gründen der Instabilität dieser Regierung nicht ins Finanzministerium eingetreten. Offenbar hat er auch die zu erwartende Arbeitsbelastung gescheut. Jedenfalls liegen die Gründe nicht in der Person von Dr. *Starke*.

41 Walter *Grund*, Präsident der Oberfinanzdirektion Hamburg.

ZOGLMANN: Wenn die Querelen und die äußere Darstellung der Koalition so weitergehen sollen, ist es besser, in die Opposition zu gehen. Das Kabinett sollte aufgewertet werden durch die Entsendung des Bundesvorsitzenden der FDP. Von einem Sparhaushalt von 56,8 Mrd. kann auch mit Dr. *Starke* nicht mehr die Rede sein. Eine Steuererhöhung kommt unabweisbar auf uns zu, und das kann auch die FDP nicht verkraften. Gewisse persönliche Vorwürfe über die Art von Dr. *Starke* sind berechtigt.

Dr. MENDE: Er verliest Auslandspressestimmen, die übereinstimmend in unserem Sinne positiv sind.

VON MÜHLEN: Es sollten Verhandlungen mit der CDU in der Frage Dr. *Starke* geführt werden.

DÜRR: Es besteht keine Alternative. Dr. *Starke* ist als Finanzminister wünschenswert, ob er erreichbar ist, sollte dahingestellt bleiben. Dr. *Mende* sollte ins Kabinett eintreten, denn dadurch wird eine größere Stabilität erreicht, und das ist der Hauptwunsch der Bevölkerung.

Vorsitz *Döring*

Dr. EHRICH: Dr. *Mende* sollte unter dem Kanzler *Adenauer* nicht ins Kabinett eintreten. Der Kompromißvorschlag von *Mertes* erscheint ihm richtig.

VON KÜHLMANN: In der morgigen Besprechung mit dem Bundeskanzler wird versucht, mit dem Kanzler zu vereinbaren, daß Dr. *Starke* Bundesfinanzminister bleibt. Er bittet aber um die Ermächtigung, daß er für die FDP die Zusage geben kann, daß auch die FDP bei der Besetzung der CDU-Minister keine Einwände erheben wird.

Dr. KOHUT: Er stellt den Antrag, darüber abzustimmen, daß Dr. *Starke* die conditio sine qua non für den Eintritt in diese Regierung ist. Andernfalls darf die Koalition nicht zustande kommen. Er will durch seinen Antrag verhindern, daß sich die Kommission „beschwatzen" läßt.

WEBER: Wir sollten zunächst Dr. *Starke* das Vertrauen aussprechen. Wenn in Verhandlungen Dr. *Starke* abgelehnt wird, sollte man an die CDU die Frage stellen, ob sie daran die Koalition scheitern lassen will.

DÖRING: Die Frage Dr. *Starke* sollte von anderen Fraktionsmitgliedern als den Mitgliedern der Verhandlungskommission besprochen werden, da die Verhandlungskommission innere Vorbehalte hat und diese Frage daher nicht mit dem nötigen Elan durchsetzen kann. Er stellt zu diesem Zweck seinen Sitz in der Verhandlungskommission zur Verfügung und schlägt als Ersatz Dr. *Haußmann* vor.

Vorsitz Dr. *Mende*

VON KÜHLMANN: Die Äußerungen von Dr. *Kohut* veranlassen ihn, die Vertrauensfrage für die Verhandlungskommission zu stellen.

Dr. MENDE: Er schließt sich diesem Antrag an.

KOHL: Die fünf FDP-Minister[42] haben unser Vertrauen. Man sollte die Koalition um der Sache willen fortsetzen und versuchen, bei den gleichen Leuten zu bleiben.

Prof. ERBE: Um der Klarheit willen stellt er folgenden Antrag:

1. feststellen, ob die Koalition fortgesetzt werden soll oder ob die FDP besser in die Opposition geht,

2. feststellen, ob Dr. *Starke* conditio sine qua non für den Eintritt in die Regierung ist ober ob wir bei Ablehnung in die Opposition gehen sollen.

Dr. MENDE: Er läßt über den Antrag 1. von Prof. *Erbe* abstimmen.

Dr. MENDE stellt fest, daß der Antrag, die Koalition fortzusetzen, mit einer Gegenstimme (Dr. *Kohut*) und einer Enthaltung *(Borttscheller)* angenommen wurde.

WEBER: Er stellt den Antrag, Dr. *Starke* das Vertrauen auszusprechen, und wenn Dr. *Starke* durch den Kanzler abgelehnt wird, die Frage an die CDU zu richten, ob sie daran die Koalition scheitern lassen will.

Dr. MENDE: An Personenfragen darf die Koalition nicht scheitern.

Dr. STARKE: Die Anwesenden sollten erkennen, daß es sich nur vordergründig um seine Person dreht. Wenn *Döring* an seiner Stelle säße, würde man ihm Vorwürfe anderer Art machen. Er möchte nicht die Koalitionsfrage stellen, er braucht aber die Vertrauenserklärung der Fraktion. Wenn er das Vertrauen nicht ausgesprochen bekommt, so hat es keinen Sinn, wenn er morgen zum Kanzler geht.

Dr. MENDE: Die Vertrauenserklärung sollte nur für alle fünf Minister gemeinsam abgegeben werden.

SCHEEL: Er hält es nicht für gut, jetzt Beschlüsse zu fassen.

ENGELHARD: Der Antrag *von Kühlmanns* über die Verhandlungsführung sollte abgestimmt werden.

Dr. MENDE: Er bittet, die Formulierung noch einmal bekannt zu geben.

VON KÜHLMANN: Die Verhandlungskommission soll weiterverhandeln mit dem Ziel, Dr. *Starke* im Kabinett zu belassen. Sie wird ermächtigt, zu erklären, daß die FDP ihrerseits keine Einwendungen gegen die CDU-Minister machen wird.

Dr. MENDE: Bedenken.

Frau Dr. ILK: Letzten Satz streichen.

WEYER: Sollten uns auf Antrag Dr. *Bucher* einigen.

Dr. MENDE: Er unterstützt den Vorschlag *Weyer.* Er gibt bekannt, daß *Döring* soeben schriftlich seinen Austritt aus der Verhandlungskommission erklärt hat.

---

42 *Stammberger, Starke, Mischnick, Lenz* und *Scheel.*

SCHULTZ: Man sollte den Antrag von Dr. *Bucher* mit dem von *von Kühlmann* verbinden.

MERTES: Wir sollten über den Antrag von Dr. *Bucher* abstimmen und dann keine weiteren Beschlüsse fassen.

Dr. MENDE: Er bittet Dr. *Bucher,* seinen Antrag noch einmal zu formulieren.

Dr. BUCHER: Grundlage für die Unterhaltung von Dr. *Starke* mit dem Bundeskanzler ist die Konfliktsituation, die darin besteht, daß Dr. *Starke* das Vertrauen der Fraktion und des Bundesvorstandes besitzt, anscheinend aber nicht das Vertrauen von *Adenauer.*

Dr. MENDE: Er läßt über den Antrag abstimmen und stellt die Annahme bei zwei Enthaltungen (Dr. *Starke* als Betroffener, *Zoglmann*) fest. Er läßt abstimmen über den Antrag von *von Kühlmann* mit dem Ziel, zu verhandeln, Dr. *Starke* im Kabinett zu belassen. Der Antrag wird mit folgenden Gegenstimmen angenommen: *Burckardt,* Dr. *Emde,* Dr. *Mende, Weyer, Zoglmann.*

Dr. *Starke* enthält sich als Betroffener der Stimme.

Nunmehr wird darüber abgestimmt, ob die Verhandlungskommission ermächtigt wird, der CDU – falls notwendig – mitzuteilen, daß sie keinen Einspruch gegen die von der CDU zu benennenden Minister erheben wird. – Er stellt die Ablehnung dieses Antrages fest. Es bleibt nun noch, auch der Verhandlungskommission das Vertrauen auszusprechen.

Dr. STARKE: Er stellt den Antrag, der Verhandlungskommission das Vertrauen auszusprechen.

Dr. MENNE: Er erweitert den Antrag Dr. *Starkes* wie folgt:

1. Der Verhandlungskommission wird das Vertrauen ausgesprochen.

2. Die Verhandlungskommission bekommt weitgehende Vollmacht.

3. *Döring* wird gebeten, wieder in die Verhandlungskommission einzutreten.

Dr. MENDE: Er läßt über den Antrag Dr. *Mennes* abstimmen und stellt die Annahme bei drei Gegenstimmen fest.

ENGELHARD: Er hat wie *Müller-Link* und *Borttscheller* gegen den Antrag Dr. *Mennes* gestimmt, weil er sich dagegen aussprechen wollte, daß die Verhandlungskommission weitgehende Vollmachten erhält. Dagegen hat die Verhandlungskommission auch sein und der genannten Kollegen Vertrauen.

Dr. MENDE: Der Presse kann somit gesagt werden, daß der Verhandlungskommission das Vertrauen ausgesprochen wurde. Im einzelnen wird folgende Mitteilung an die Presse gegeben:

„Auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei gab der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich *Mende* einen eingehenden Bericht über sein Gespräch mit dem Herrn Bundespräsidenten sowie über den Verlauf der Koalitionsberatungen zwischen der

CDU/CSU und den Freien Demokraten am Freitag.[43] Die Führungsgremien der Partei sprachen der Verhandlungsdelegation einstimmig ihr Vertrauen aus und beauftragten sie, am Montag[44] ihre Bemühungen, eine arbeitsfähige Regierung mit der CDU/CSU zu bilden, fortzusetzen. Der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Erich *Mende,* erklärte vor den Gremien seiner Partei, daß er, entgegen anderslautenden Berichten der Presse, nicht beabsichtige, im gegenwärtigen Zeitpunkt in die Bundesregierung einzutreten."

Dr. MENDE macht am Schluß der Sitzung auf die am Montag 11 Uhr auf dem Poppelsdorfer Friedhof stattfindende Beerdigung von Walther *Kühn* aufmerksam und bittet, daß möglichst viele Abgeordnete teilnehmen. Am Montag nachmittag ist Vorstandssitzung und anschließend Verhandlung mit der CDU. Am Dienstag 14.30 Uhr tagt die Fraktion; wenn es erforderlich ist, wird der Bundesvorstand hierzu eingeladen.

43 Am 7. 12. 1962.
44 Am 10. 12. 1962.

## 36.

## 1. 2. 1963. Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 116. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 1. Februar 1963 in Berlin, Verein Berliner Kaufleute e. V., Berlin-Charlottenburg, Fasanenstraße 83." 15.15 Uhr–18.50 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Klaus Dehler (i. V. von Haas), Thomas Dehler, Effertz, Eisenmann, Erbe, Graaff, Hoppe, Iversen, Kastenmayer (DJD), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Lüder (LSD), Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Müller-Link, Scheel, Starke, Völker, Wedel, Weyer.

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Genscher, Haferland, Kirchhoff, Marx, Moersch, Schollwer.

Gäste: Brandt, Hofmann, Hummel, C.-C. Müller, Ordemann, Rieger, Schade, Schwarz, Sussmann.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Bundesvorstand der verstorbenen Parteifreunde Wolfgang *Döring*[2] und Dr. Arthur *Heitschmidt.*[3]

Dr. MENDE schlägt dann vor, zunächst

Punkt

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Dahlgrün, Dörinkel, Engelhard, Haas, Haußmann,* Herta *Ilk, Maier, Rubin, Simonis* und *Stammberger.*
2 Stellv. Bundesvorsitzender der FDP, gest. 17. 1. 1963.
3 Früherer saarländischer Finanzminister, gest. 27. 1. 1963.

4. BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG

zu behandeln[4], da der Punkt 3 nur bei Anwesenheit eines bayerischen Vertreters im Bundesvorstand verhandelt werden kann.

Dr. MENDE weist einleitend darauf hin, daß der Vorschlag zur Bildung dieses Ministeriums schon bei den Koalitionsverhandlungen vor eineinhalb Jahren gemacht worden war[5] und die Errichtung dieses Ministeriums damals zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wurde. Diesmal hat die Partei geglaubt, das angebotene Ministerium nicht ausschlagen zu sollen. Allerdings sind gegen die Übernahme auch Bedenken geäußert worden.

Minister LENZ stellt dar, daß die Bildung des neuen Ministeriums eine Reihe von Fronten aufgerissen und besondere Probleme gebracht hat. Es handelt sich dabei zunächst um die ressorteigene Forschung, die nicht aus den einzelnen Bundesministerien herausgelöst, sondern bei ihnen verbleiben sollte. Auf unser Betreiben hin wurde jedoch ein interministerieller Ausschuß geschaffen, dessen Vorsitz der Forschungsminister haben wird. Ein weiterer Komplex, auf den Rücksicht zu nehmen ist, sind die Wissenschaftsorganisationen. Hier wurden zum Teil vorhandene Bedenken zerstreut, daß durch eine nun aufgestülpte Bürokratie die selbständige Arbeit dieser Organisationen beeinträchtigt werden könnte. Bei den Ländern herrscht hier und da der Verdacht auf ein kommendes Bundeskultusministerium.[6] Minister LENZ stellt jedoch fest, daß es darum in keiner Weise geht. Mit den Ländern muß aber viel besser zusammengearbeitet werden als bisher. Senator *Dehnkamp*[7], der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Kultusminister, hat im Gespräch mitgeteilt, daß sowohl die Ständige Konferenz wie auch die Länderminister eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Ministerium wünschen.

Zur Kompetenzfrage weist Minister LENZ darauf hin, daß in der Zuständigkeit für den Wissenschaftsrat[8] die Schlüsselkompetenz liegt und daß es nach seiner Meinung nicht unbedingt notwendig sei, das Nachwuchsreferat in sein Ministerium einzugliedern. Eine endgültige Regelung der Kompetenzabgrenzung mit dem Bundesinnenminister ist für kommende Woche zu erwarten.

In der Diskussion setzt sich Prof. Dr. ERBE dafür ein, daß man bei der Schaffung des Ministeriums nicht zu behutsam vorgehen, sondern Forderungen stellen solle, damit das Ministerium Kontur erhält. Gegenüber der Forderung, daß alle Bundesforschungsanstalten in die Zuständigkeit des neuen Ministeriums fallen müßten, verweist Minister LENZ darauf, daß das Ressort Forschung erst einmal im Kabinett koordiniert werden müsse, ehe sich eine übernahmsreife Kompetenz bilden könne.

---

4 Die ursprüngliche Tagesordnung war um diesen Punkt ergänzt worden. Vgl. Rundschreiben zu BV 1/63 vom 15. 1. 1963 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (NL Haußmann Q I/22 Bü 798).

5 Vgl. Nr. 18 mit Anm. 213.

6 Vgl. zu dieser Forderung Nr. 3 Anm. 8.

7 Willy *Dehnkamp*, Bremen.

8 Vgl. Nr. 18 Anm. 211.

HOPPE und WEYER betonen vor allem, daß sich die Partei mit ihrem ganzen Gewicht hinter den Ausbau dieses Ministeriums stellen sollte, weil die Bildung dieses Ministeriums eine politische Frage ist und unser Ansehen als Partei in der wissenschaftlichen Welt damit verbunden ist.

Die Punkte

1. VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES

und

2. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

werden zusammen behandelt.

In seinem einleitenden Referat verweist Dr. MENDE darauf, daß sich die an den Parteitag der SED[9] geknüpften Hoffnungen auf eine Entstalinisierung in der Zone nicht erfüllt haben. Auf die Situation in Berlin eingehend stellt Dr. MENDE fest, daß die CDU mit *Brandt* und seinem Besuch bei *Chruschtschow*[10] ein doppelzüngiges Spiel getrieben habe. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die FDP nach dem 17. Februar im Berliner Abgeordnetenhaus wieder in Fraktionsstärke vertreten sein wird.[11]

Der Bericht über die in Bonn und Berlin geführten Gespräche um die Position von Dr. *Schwennicke*[12] wird für vertraulich erklärt. Über eine eventuelle unmittelbare Bundesmitgliedschaft Dr. *Schwennickes* soll der Bundesvorstand später entscheiden.

Dr. MENDE wendet sich dann den Vorgängen in Brüssel und dem Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftspaktes zu. Angesichts des drohenden Scheiterns der Verhandlungen um den Eintritt Großbritanniens in die EWG entschloß man sich doch zur Reise nach Paris, weil man es für besser ansah, noch eine Änderung zu versuchen als zu früh zu resignieren.[13] Vizekanzler *Erhard* gegenüber hat Dr. *Mende* zu erkennen gegeben, daß die FDP entschieden für den Beitritt Großbritanniens zur EWG ist.

Überraschenderweise erfolgte dann aber nicht, was Dr. *Adenauer* nach seiner Rückkehr aus Paris im Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages angekündigt hatte: Bestandsaufnahme und Vertagung, sondern – der Abbruch der Ver-

---

9 VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21. 1. 1963 in Ost-Berlin. Vgl. AdG 1963, S. 10361 B, 10367 A.

10 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Brandt*, hatte auf ein schon vereinbartes Gespräch mit *Chruschtschow* verzichtet, das am 17. 1. 1963 in Ost-Berlin stattfinden sollte. Die Berliner CDU hatte gedroht, die Koalition mit der SPD in West-Berlin zu beenden, falls *Brandt* das Gespräch führen würde. Vgl. AdG 1963, S. 10361 A.

11 Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. 2. 1963. Vgl. Nr. 37 Anm. 4–5.

12 Carl-Hubert *Schwennicke*, Vors. des FDP-Landesverbandes Berlin bis 1956, trat wegen außenpolitischer Differenzen mit dem FDP-Bundesvorsitzenden *Dehler* Anfang 1956 aus der FDP aus und Mitte 1956 in die FVP ein. Vgl. Munzinger-Archiv Lieferung 32/56 vom 11. 8. 1956 (ADL).

13 Zum Scheitern der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien angesichts der Bedenken Frankreichs vgl. AdG 1963, S. 10386 A Ziffer 1–6; H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, 1983, S. 288–292.

handlungen. Dr. MENDE weist abschließend darauf hin, daß wir uns nicht in die Lage drängen lassen sollten, uns zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen. Die Behandlung des Vertrages im Bundestag ist vor der Osterpause nicht möglich.[14] Die Zeit bis dahin muß genutzt werden.

In der anschließenden Aussprache befürwortet Dr. ACHENBACH die Unterzeichnung des Vertrages unter Hinweis darauf, daß wir es uns vor der Weltöffentlichkeit gar nicht leisten können, ein französisches Freundschaftsangebot auszuschlagen. Andererseits sind wir mit Großbritannien, Frankreich und den USA befreundet, und man kann von uns nicht verlangen, daß wir uns für einen und damit zugleich gegen einen der Freunde entscheiden.

VON KÜHLMANN-STUMM kritisiert Zeitpunkt und Stil der Pariser Ereignisse. Man hätte gar nicht nach Paris gehen sollen. Nachdem nun der Eklat da ist, ist Gelassenheit zu empfehlen. Wir sollten uns sehr zurückhalten und möglichst keine Erklärungen abgeben.

Dr. DEHLER stellt die jüngsten Ereignisse in den Zusammenhang der europäischen Politik nach 1945 und stellt dann fest: Die Achse Bonn-Paris ist das Ende aller europäischen Politik. Die Geschehnisse der letzten Tage haben unsere Warnungen bestätigt, nicht nur gibt es kein geeintes, freies Europa, auch die EWG wird brüchig. Von der Deutschland-Frage wird nicht mehr gesprochen. Es muß daher sehr gründlich untersucht werden, ob wir eine solche Politik überhaupt noch mitverantworten können.

WEYER spricht sich für den Vorschlag Dr. *Dehlers* zu einer eingehenden Prüfung aus. Außenpolitischer Ausschuß und Arbeitskreis sollten erst einmal systematisch den Text analysieren und das Ergebnis dem Bundesvorstand vorlegen.

Minister SCHEEL erklärt, daß das Pariser Protokoll[15] das Ergebnis eines ein Jahr andauernden Verhandelns zwischen den Außenämtern darstellt. Für Inhalt und zeitlichen Abschluß des Vertrages sei im wesentlichen Außenminister *Schröder* verantwortlich. Die französische Diplomatie hat eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet; denn durch den Abschluß des deutsch-französischen Vertrages ist es ihr möglich geworden, den amerikanischen Zorn über das Scheitern der Verhandlungen in Brüssel zum Teil auf Bonn abzulenken. Ein Versuch unsererseits, Frankreich in der Weltöffentlichkeit zu isolieren, kann nie gelingen. Wir können aber nicht ratifizieren, wenn uns nicht klar gesagt wird, wie Frankreichs Europapolitik eigentlich aussehen soll. Der Vorstand muß viel Zeit dafür haben, sich mit einer Analyse der Gesamtpolitik zu befassen.

---

14 Zur Verabschiedung des Ratifizierungsgesetzes zum Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit durch den Deutschen Bundestag am 16. 5. 1963 in 2. und 3. Lesung vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 53, S. 3742 A–3754 D.

15 Gemeinsame deutsch-französische Erklärung zum Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. 1. 1963. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 9-1963, 1978, S. 56 f.

Die Diskussion hat bis dahin erkennen lassen, daß angesichts unseres mehrseitigen Freundschaftsverhältnisses und in Anbetracht der weitreichenden Folgewirkungen jeder zu treffenden Entscheidung eine übereilte Stellungnahme von seiten der Partei nicht zu verantworten wäre.

Dr. MENDE stellt daher fest, daß weder heute dem Bundesvorstand noch morgen dem Hauptausschuß eine Entscheidung in dieser Frage auferlegt werden sollte.[16]

Der Bundesvorstand billigt diese Feststellung.

Prof. ERBE warnt vor einem Junktim zwischen EWG-Beitritt Großbritanniens und der Ratifizierung. Ebenso warnt er vor Fehlern in der psychologischen Behandlung Frankreichs, dessen Sympathiestellung in der breiten Weltöffentlichkeit nicht zu erschüttern sei.

Gegenüber der mehrfach geäußerten Auffassung, daß ein Anschluß an die französischen Pläne eine wirkliche Wiedervereinigungspolitik nicht erlaube, meint Dr. ACHENBACH, daß bei einem schlechten Verhältnis zu Frankreich keine Berlin- und Wiedervereinigungspolitik geführt werden könne. Auch Dr. ACHENBACH meint, daß man sich mit der Ratifizierung Zeit lassen könne. Doch sei es dann unklug, dahingehende Erklärungen abzugeben. Viel besser sei es, sich einfach Zeit zu lassen.

WEYER stellt den Antrag, die von Dr. *Mende* abgegebene Erklärung zu bestätigen.

Dr. MENDE verliest zur Erläuterung seiner Haltung in dieser Frage, was er auf Band für eine Rundfunksendung am Sonntagabend (3. Februar) gesprochen hat: Tiefe Enttäuschung über Brüssel, die Entwicklung soll aber nicht dramatisiert werden. Am Ende wird der Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Länder stehen. Wir sollten uns nicht in die Lage bringen lassen, zwischen dem einen oder anderen unserer Partner entscheiden zu müssen. Über den Zeitpunkt der Ratifizierung wird die Fraktion noch zu beraten haben. – Der Bundesvorstand billigt den Wortlaut der Erklärung.[17]

Der Bundesvorstand beschließt, daß der Außenpolitische Ausschuß und der Außenpolitische Arbeitskreis eine Analyse des deutschen-französischen Freundschaftsvertrages vornehmen sollen, deren erste Ergebnisse in der nächsten Bundesvorstandssitzung am 22. Februar Gegenstand der Beratungen sein sollen.

Im Vorgriff auf Punkt

---

16 Vor dem Bundeshauptausschuß äußerte sich *Mende* am 2. 2. 1963 zu Fragen der Berlin-, Deutschland- und Europapolitik. Vgl. Auszüge aus seiner Rede in fdk Nr. 13/63 (T) vom 2. 2. 1963, S. 1–4.

17 „Dr. Mende zur EWG-Krise", abgedr. in fdk Nr. 14/63 (T) vom 1. 2. 1963.

5. VERSCHIEDENES

bestätigt der Bundesvorstand Dr. *Bezold* in seinem Amt als Vorsitzenden des Satzungsausschusses und wählt zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Gottfried *Sander,* Stuttgart.

Der Bundesvorstand beschließt auf Vorschlag von MARGULIES, den Außenhandelsausschuß in „Ausschuß für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und Außenhandel" umzubenennen.

Dr. LEVERENZ gibt einen Überblick über die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein.[18] Er schildert dabei besonders, wie es zur Berufung des bisherigen Staatssekretärs *Qualen* auf den Posten des Landesfinanzministers kam.[19] Nach kurzer Diskussion stellt Dr. MENDE fest, daß die Bildung der Koalitionsregierung in Schleswig-Holstein im Benehmen mit dem Bundesvorstand erfolgte.

3. NEUFESTSETZUNG EINES TERMINS FÜR DEN BUNDESPARTEITAG

Dr. MENDE teilt mit, daß der diesjährige Bundesparteitag vom 4.–6. Juli stattfinden soll. Für die Diskussion des vom Vorsitzenden zu erstattenden Hauptreferates am ersten Tage soll ein halber Tag zur Verfügung stehen, damit eine freimütige Aussprache geführt werden kann.

Am zweiten Tage werden Arbeitskreise ganztätig tagen. Am letzten Tag sollte nach den Berichten aus den Arbeitskreisen der neu zu wählende stellvertretende Bundesvorsitzende das Schlußreferat halten.[20] Dr. MENDE gibt seine Absicht bekannt, *Weyer* zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden vorzuschlagen.[21] Nach Auffassung Dr. MENDES sollte der Parteitag in München stattfinden, wo das letzte Mal im Jahre 1951 ein Parteitag abgehalten worden ist.

Dr. Klaus DEHLER trägt die im Landesverband Bayern bestehenden Bedenken gegen die Abhaltung des Parteitages in München im einzelnen vor. Er legt dabei besonders dar, welche Argumente dafür sprechen, den Parteitag in Nürnberg durchzuführen.

In der anschließenden Abstimmung entscheidet sich der Bundesvorstand für München als Tagungsort.

Zu Punkt

5. VERSCHIEDENES

liegen weitere Wortmeldungen nicht vor.

BORM verweist auf die am Abend des 1. Februar in Berlin stattfindenden Wahlversammlungen.[22]

---

18 Regierungsumbildung als Folge der Ernennung von Ministerpräsident *von Hassel* zum Bundesverteidigungsminister (9. 1. 1963). Neuer Ministerpräsident wurde Helmut *Lemke* (CDU). Vgl. AdG 1963, S. 10349 A, 10424 B.

19 Vgl. Nr. 21 Anm. 21.

20 Vgl. Nr. 37 TOP 1.

21 Anlaß war Tod von Wolfgang *Döring*. Siehe Anm. 2.

22 Vgl. Nr. 37 Anm. 4.

## 37.

## 22. 2. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 116. Gez. Vorsitz: Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 22. Februar 1963 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 14.15 Uhr–19.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Bursig, Thomas Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Emig, Erbe, Genscher, Gentner, Gerber, Graaff, Haas, Haferland, Hoppe, Herta Ilk, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kirchhoff, Eduard Leuze, Leverenz, Lindner, Lüder (LSD), Maurer, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Ordemann, Rubin, Schollwer, Schultz, Sonnenhol, Starke, Völker (i. V. von Glahn), Walper, Weyer, Zoglmann.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Termin der nächsten Bundesvorstandssitzung festgelegt. Sie soll stattfinden am Samstag, dem 23. März 1963, 11.00 Uhr.[2] Auf Vorschlag von F.-R. SCHULTZ einigt man sich auf Neustadt/Weinstraße als Ort für die Sitzung.[3]

Dr. MENDE spricht den anwesenden Vertretern des Landesverbandes Berlin die Glückwünsche des Bundesvorstandes für den Wahlerfolg vom 17. Februar aus.[4] William BORM bedankt sich in seiner Erwiderung vor allem für die Unterstützung, die der Landesverband Berlin in seinem Wahlkampf aus allen Kreisen der Bundespartei erhalten hat. Das Eingehen einer Koalition mit der SPD hält William BORM nur unter zwei Voraussetzungen für möglich. Erstens müßte zuvor eine klare Trennung zwischen SPD und CDU erfolgt sein, und zweitens müßte die SPD an die FDP sichtbare Zugeständnisse machen.

Dr. MENDE stellt fest, daß die FDP in Berlin in ihrer Entscheidung für Opposition oder Beteiligung an einer Koalitionsregierung frei sei. Er weist auf den Druck hin, der sowohl bei der CDU wie bei der SPD von Bonn aus auf eine Weiterführung der schwarz-roten Koalition in Berlin ausgeübt werde.[5]

Er berichtet dann über eine zwischen ihm und Dr. *Krone* stattgefundene Unterredung. Dabei habe Dr. *Krone* erklärt, daß über Wahlrechtsänderung in der CDU nicht mehr gesprochen werde.[6] Die Frage einer Rückkehr von *Strauß* in das Kabinett[7] wurde von Dr. *Krone* als zumindest bis 1965 indiskutabel bezeichnet.

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Bucher, Dahlgrün, Dörinkel, Engelhard, Graaff, Haußmann, Kohl,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Scheel* und *Wedel.*

2 Vgl. Nr. 38.

3 Anlaß waren die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 31. 3. 1963.

4 Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. 2. 1963: SPD 89 Mandate, CDU 41, FDP 10. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 148.

5 In West-Berlin wurde eine SPD/FDP-Koalition gebildet; die Liberalen stellten drei Senatoren. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 83.

6 Vgl. zu dieser für die FDP zentralen Frage Nr. 35 S. 410 f.

7 Vgl. Nr. 34 a mit Anm. 26.

Maurice *Faure* hat in einem Gespräch davor gewarnt, englischer zu sein als die Engländer. *De Gaulle* sei nicht Frankreich, auch wenn er sich dafür halte. Er werde es allenfalls schaffen, die Entwicklung zur europäischen Integration um drei bis fünf Jahre zu verzögern.

Punkt

2. ANALYSE DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERTRAGES

wird als erster Punkt der Tagesordnung behandelt.

Dazu siehe Wortprotokoll (nur dem Originalprotokoll angelegt).[8]

Zu Punkt

1. BUNDESPARTEITAG 1963

erklärt Bundesgeschäftsführer GENSCHER: Nach der Ansicht des engeren Bundesvorstandes sollte wegen des vom 4. bis 6. Juli in München stattfindenden CSU-Parteitages der Parteitag der FDP vom 1. bis 3. Juli stattfinden. Am 30. Juni soll ihm eine Bundesvorstandssitzung vorausgehen.[9] Der erste Tag des Parteitages wird dann ausgefüllt sein mit einem Referat des Bundesvorsitzenden und einer anschließenden ausführlichen Diskussion; am Abend soll ein Empfang stattfinden. Der zweite Tag steht für Beratungen in den Arbeitskreisen zur Verfügung. Der dritte Tag bringt die Wahl eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden, die Berichte aus den Arbeitskreisen, ein Schlußreferat des neugewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden und schließt mittags mit einer Pressekonferenz.

Da dieser Parteitag ausgesprochen zwischen den Wahlen liegen wird[10], sollte er sich mit Grundsatzfragen befassen. Drei Arbeitskreise sollen gebildet werden:

Arbeitskreis I: Die Freiheit des einzelnen in der Gesellschaft (z. B. Verhältnis Arbeiter-Angestellte, liberale Eigentumspolitik, Staatsbürger-Grundsicherung, Verhältnis zu den Gewerkschaften),

Arbeitskreis II: Die Freiheit des einzelnen im Staate (z. B. der Bildungsanspruch und seine Erfüllung, besonders politische Bildung, Zweiter Bildungsweg, Beseitigung des Bildungsgefälles, Politik und Kirche, Massenbeeinflussungsmittel, ihre Wirkung und ihr Verhältnis zueinander),

Arbeitskreis III: Nationale Freiheit und Freiheit im überstaatlichen Bereich (z. B. das Verhältnis von Wiedervereinigung und europäischer Einigung, die politische Gestaltung eines geeinten Europa, Verhältnis zum Osten).

Um die Arbeit und Referate in den Arbeitskreisen des Bundesparteitages auch vorzubereiten, sollen vorbereitende Arbeitsgruppen sofort ihre Tätigkeit aufnehmen und zunächst die vorgeschlagenen Themen auf ihre Zweckmäßigkeit und Ergiebigkeit überprüfen. Es soll ferner untersucht werden, ob andere The-

8 Siehe Anlage.
9 Vgl. Nr. 41.
10 Zwischen den Bundestagswahlen von 1961 und 1965.

men in Frage kommen. Danach sollen die in den Arbeitskreisen zu behandelnden Themen den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden bekanntgegeben werden, um eine vorbereitete Diskussion schon in den unteren Parteiorganisationen anzuregen. Die Zusammensetzung der vorbereitenden Arbeitsgruppen entscheidet der jeweilige Vorsitzende. In diesen Arbeitsgruppen sollte auch eine Vorbereitung der Diskussionsbeiträge erfolgen. Im Referat des Parteivorsitzenden müßte u. a. auch schon auf die Themen der Arbeitskreise hingewiesen werden.

In der Aussprache erheben sich zum Teil, namentlich von Dr. STARKE, Bedenken gegen eine Tagung in Arbeitskreisen und dagegen, daß die Ergebnisse der Arbeitskreise nicht in voller Breite diskutiert werden sollen. Minister MISCHNICK weist darauf hin, daß die Ergebnisse der Arbeitskreise Grundlage für unser Wahlprogramm 1965 sein sollten. Schließlich stimmt der Bundesvorstand der vorgetragenen Konzeption zu und bestellt zum Vorsitzenden der vorbereitenden Arbeitsgruppen Minister *Mischnick* (Arbeitskreis I), Dr. *Leverenz* (Arbeitskreis II) und Dr. *Mende* (Arbeitskreis III).

Der Bundesvorstand nahm die von Dr. HAAS vorgetragenen Argumente, die nach Auffassung des Landesverbandes Bayern entgegen der ursprünglich von Bayern angenommenen Haltung gegen eine Durchführung des Bundesparteitages in diesem Jahre in München sprechen, zur Kenntnis.

3. BESCHLÜSSE DES KULTURPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES VOM 8. UND 9. FEBRUAR 1963 BETREFFEND NEUGRÜNDUNG WISSENSCHAFTLICHER HOCHSCHULEN

wird wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt.[11]

Am Schluß der Sitzung verabschiedet sich Wolfgang LÜDER in seiner Eigenschaft als bisheriger Bundesvorsitzender des LSD und bisheriges Mitglied des Bundesvorstandes der Partei und bittet, das ihm entgegengebrachte Vertrauen auch auf seinen Nachfolger[12] zu übertragen. Er lädt alle Vorstandsmitglieder zur Teilnahme an der Delegiertenversammlung des LSD vom 23. bis 26. März 1963 in Konstanz ein.

Dr. MENDE bittet Wolfgang *Lüder*, seinen Einfluß auch weiterhin mäßigend und ausgleichend geltend zu machen.

ANLAGE

Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 22. 2. 1963, 14 Uhr, in Bonn
(Stenographische Aufnahme)

11 Siehe Nr. 38 Anlage 2.

12 Vorsitzender des LSD wurde stud. rer. pol. Volker *Gärtner*. Vgl. LSZ 12. Jg., Nr. 3, Mai 1963, S. 1.

2. ANALYSE DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERTRAGES
Referenten: Dr. Ernst *Achenbach* MdB, Fritz-Rudolf *Schultz* MdB

Dr. MENDE: Der Bundesvorstand wollte heute eine Analyse des deutsch-französischen Vertrages[13] vornehmen und sich gewissermaßen ein Zwischenbild machen. Mit der Beratung im Bundestag ist nicht vor Ende Mai, Anfang Juni zu rechnen.[14] Der Bundesrat ist jetzt erst dabei, den deutsch-französischen Vertrag in den Ausschüssen zu behandeln.[15] Wir stehen also in keiner Weise unter Zeitdruck. Ich neige dazu – die Kollegen aus Hamburg haben es bereits angeregt –, den Hauptausschuß noch einmal mit dieser Thematik zu befassen. Es besteht wohl das Bedürfnis, vor der Entscheidung den Hauptausschuß noch einmal einzuberufen.

(Zuruf: Das ist in Berlin beschlossen worden!)

– Es ist in Berlin beschlossen worden.[16] – Ob Zusätze und Annexe zum Vertrag erreichbar sind, ist verneint worden. Daher ist anzustreben, wenigstens durch ein Protokoll Mißdeutungen in der ausländischen Presse auszuschließen. Bei allen drei Fraktionen laufen ähnliche Überlegungen, auch bei der CDU. – Wir treten zunächst in die beiden Referate ein.

Dr. ACHENBACH: Herr Vorsitzender, sehr verehrte gnädige Frau, meine sehr verehrten Herren Kollegen! Der Bundeshauptausschuß hatte Gelegenheit, eine erste Diskussion über den deutsch-französischen Vertrag zu führen[17], unmittelbar nachdem die EWG-Verhandlungen in Brüssel vorläufig gescheitert waren.[18] Infolgedessen fand diese Diskussion in einer gewissen Emotion statt. Es war trotzdem, wie ich glaube, eine sehr verantwortungsbewußte Diskussion. Der Bundeshauptausschuß hat sich klugerweise einer sofortigen Stellungnahme enthalten. Er war der Auffassung, daß der Vertrag zunächst einmal gründlich geprüft und dann zu einem späteren Zeitpunkt eine endgültige Beschlußfassung vorgenommen werden sollte.

Wenn man ein Vertragswerk analysieren will, muß man zunächst vom Text ausgehen. Das ist natürlich nicht alles; aber es wäre ja klar: Wenn bereits aus dem Text die Unvereinbarkeit dieses Vertrages mit anderen Verträgen festzustellen wäre, brauchten wir uns nicht weiter über unsere Stellungnahme zu unterhalten. Bevor ich zu dem Text komme, ganz kurz einige Bemerkungen über die Entwicklung dieses Vertragswerkes.

Die Bundesregierung hat das Ratifikationsgesetz bereits im Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat scheint sich auf den Standpunkt stellen zu wollen, daß er keinen Einspruch erheben will. Inzwischen liegt eine Entschließung vor, die

---

13 Vertrag vom 22. 1. 1963, abgedr. in: DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 9-1963, 1978, S. 57–60; BGBl. 1963, Teil II, S. 707–710.
14 1. Beratung am 25. 4. 1963, 2. und 3. Beratung am 16. 5. 1963. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 53, S. 3417 C, 3742 A–3754 D.
15 Am 21. 2. 1963. Siehe die Hinweise von *Mende* und *Leuze* auf S. 446, 452.
16 Vgl. den Beschluß in Nr. 36 unter TOP 1 und 2.
17 Am 3. 2. 1963.
18 Am 29. 1. 1963.

der federführende Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates in Übereinstimmung mit dem Ausschuß für Verteidigung ausgearbeitet hat. Ich nehme an – unsere Minister werden das vielleicht bestätigen können –, daß diese Entschließung wahrscheinlich angenommen werden wird. Ich halte es für nützlich, Ihnen diese Entschließung bekanntzugeben.

(*Weyer:* Es waren zwei Anträge; der nordrhein-westfälische Antrag hat eine Mehrheit gefunden. Ich weiß nicht, ob Hessen nunmehr die Vorbehalte erneut als Präambel beantragen wird!)

– Es hat eine Diskussion gegeben, ob etwa der Text geändert werden sollte oder eine zusätzliche Präambel zum Text hinzukommen sollte

(Dr. *Leverenz:* Ein Zusatz zum Ratifizierungsgesetz!)

oder aber ob eine Entschließung gefaßt werden sollte. Die nunmehr vorgeschlagene Entschließung lautet:

„Der Bundesrat begrüßt den deutsch-französischen Vertrag über die politische Zusammenarbeit. Er sieht in ihm den Ausdruck der Aussöhnung und der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volk.

Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß durch die Anwendung dieses Vertrages die großen Ziele gefördert werden, die die Bundesrepublik Deutschland in Gemeinschaft mit den anderen ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt und die ihre Politik bestimmen.

Diese Ziele sind vor allem:

Die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere eine enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika;

die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und die Wiederherstellung der deutschen Einheit;

die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten;

die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten;

der Abbau der Handelsschranken durch Verhandlungen zwischen der EWG, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie anderen Staaten im Rahmen des GATT.

Eine deutsch-französische Zusammenarbeit, die sich von diesen Zielen leiten läßt, wird allen Völkern Nutzen bringen und dem Frieden in der Welt dienen. Sie wird dadurch zugleich dem deutschen und dem französischen Volk zum Wohle gereichen."[19]

---

19 Vgl. BR Drucks. Nr. 58/1/63 vom 21. 2. 1963 (BR Bibl.).

Dies zur Information. Es scheint so, daß sich der Bundesrat vermutlich auf diese Linie einigen wird; das wird abzuwarten bleiben.

(*Müller-Link:* Das ist fast wörtlich der nordrhein-westfälische Antrag; nur zwei Punkte sind herausgefallen: Abrüstung und Unterstützung der Entwicklungsaufgaben!)

– Daß der Antrag von Nordrhein-Westfalen kommt, nimmt ihm nicht seinen Wert! (Heiterkeit.)

Wir werden also damit zu rechnen haben, daß dieser Vertrag demnächst zum Bundestag kommt. Ich darf hier gleich einen Punkt einschalten, zu dem ich ganz gern Ihre Meinung gehört hätte. Ich habe mich mit dem einen oder anderen unterhalten. Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß es bei der ersten Lesung[20] nicht zu einer Debatte kommen sollte, damit nicht allzuviel zerredet wird. Das liegt bei einem Vertrag eigentlich im Rahmen des Normalen. Wenn ein Vertrag vorgelegt wird, muß ihn erst der zuständige Auswärtige Ausschuß prüfen, und die Diskussion kommt dann bei der zweiten und dritten Lesung. Es erscheint mir auch international eher klug, daß so verfahren wird und daß wir nicht vorher durch allzu harte Formulierungen nach der einen oder anderen Seite die Öffentlichkeit beunruhigen oder vielleicht unsere Beziehungen überflüssigerweise belasten.

Unsere Aufgabe war zunächst, zu prüfen, ob der Text mit den anderen Verträgen, die die Bundesrepublik abgeschlossen hat, vereinbar ist. In diesem Zusammenhang hat Herr Assessor *Emig* sich die Mühe gemacht, eine Studie anzufertigen, und hat die ganzen Verträge geprüft. Das Ergebnis ist, daß der Text mit keinem der abgeschlossenen Verträge in Widerspruch steht. Ich kann mich wohl mit dieser Feststellung begnügen. Falls der eine oder andere von Ihnen aus irgendwelchen Überlegungen doch der Meinung ist, daß der Text dazu in Widerspruch stehe, wäre das in der Diskussion im Einzelfall zu diskutieren. Ich habe persönlich die Texte geprüft. Herr Assessor *Emig* hat das auch getan. Juristisch gesehen liegt ein Widerspruch nicht vor. Es wäre auch merkwürdig, denn insoweit haben ja die Ministerien Rechtsabteilungen, und es ist ihre Aufgabe, jedenfalls die formale Seite zu überprüfen.

Lassen Sie mich auch noch auf einen Punkt eingehen, der gelegentlich in der Diskussion eine Rolle gespielt hat: warum es denn nötig sei, daß dieser Vertrag oder diese Absprache überhaupt durch das Parlament zu ratifizieren sei. Da ist nun nicht zu bestreiten, daß hier einfach der Text des Art. 59 Abs. 2 GG Anwendung findet, welcher lautet:

„Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes."

Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Vertrag politische Beziehungen der Bundesrepublik mit einem ausländischen Staat behandelt, so daß die Ratifizie-

20 Siehe Anm. 14.

rung nach dem Grundgesetz tatsächlich nötig ist, unabhängig von der Frage, ob es zweckmäßig ist oder nicht. Auf Grund unserer Verfassung ist es einfach so, und in einem Rechtsstaat muß naturgemäß die Verfassung respektiert werden. – Soweit die Vorfragen.

Nun sind auch im Rahmen unserer Partei erhebliche Bedenken gegen diesen Vertrag vorgebracht worden. Man kann sie vielleicht unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen.

Der erste ist, daß man außerordentlich den Zeitpunkt bedauert, nämlich die Tatsache, daß das Zustandekommen und die Unterschriften unter den deutsch-französischen Vertrag praktisch eng zusammenfielen mit dem Scheitern der Verhandlungen in Brüssel.[21]

Der zweite Gesichtspunkt, der immer wieder in die Debatte geworfen wird, ist, daß dieser Vertrag geeignet sei, unsere Beziehungen zu den angelsächsischen Staaten zu gefährden. Es hat Leute gegeben, die gemeint haben – zumindest von außen wurde das am Anfang sehr stark gesagt –, wir seien verpflichtet oder würden in die Lage gedrängt, zwischen Frankreich und den Angelsachsen zu wählen.

Schließlich gibt es eine Fülle von Argumenten, die man, wenn man sie sorgfältig prüft, vielleicht auf die Tatsache reduzieren kann, daß es eben nachgerade – es wäre erstaunlich, wenn es anders wäre – noch ein großes Mißtrauen gegenüber Frankreich gibt, zumindest in der älteren Generation. Es wird Ihnen nicht anders ergangen sein wie mir. Sowohl in der Volksschule wie im Geschichtsunterricht an der höheren Schule hat man immer von der *Richelieu*-Politik und der jahrhundertelangen Tendenz der französischen Politik gehört,

(Zuruf: Erbfeindschaft!)

– natürlich, Erbfeindschaft –, Deutschland getrennt zu halten. Außerdem ist nicht zu bestreiten: Als sich die damaligen Sieger in Jalta trafen, haben sie auch nicht über die deutsche Wiedervereinigung gesprochen, sondern darüber, wie man Deutschland spalten könnte.[22] Es ist natürlich auch nicht vergessen, daß das Abkommen von Potsdam, in dem gewisse zentrale deutsche Verwaltungsinstanzen vorgesehen waren[23], seinerzeit an den Franzosen gescheitert ist.

Ich will auf diese drei Gesichtspunkte der Bedenken eingehen, zunächst, was den Zeitpunkt angeht.

In der letzten Sitzung des Arbeitskreises der Fraktion hatte ich den Ministerialdirektor *Jansen* vom Auswärtigen Amt eingeladen, über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Herr *Jansen* hat an allen Besprechungen teilgenommen und war von Deutschland her beauftragt, die Verhandlungen zu führen.

---

21 Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. 1. 1963; Scheitern der EWG-Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien am 29. 1. 1963.

22 Jalta-Konferenz (Krim-Konferenz) vom 4. bis 11. 2. 1945.

23 Potsdamer Konferenz vom 17. 7. bis 2. 8. 1945.

Der unmittelbare Ausgangspunkt für das Zustandekommen des deutsch-französischen Vertrages war die Tatsache, daß sich im Sommer vorigen Jahres herausstellte, daß die Bemühungen um eine europäische Politische Union – Sie erinnern sich an das *Fouchet*-Komitee – am Widerstand der Benelux-Länder scheiterten, weil diese nicht gewillt waren, die Unterhaltungen fortzusetzen, bevor Großbritannien in die EWG eingetreten war; außerdem bestanden sie darauf, daß die Engländer von vornherein an diesen Besprechungen beteiligt werden sollten.[24]

Als Herr *Adenauer* und Herr *de Gaulle* sich im vorigen Jahr in Paris trafen, beschlossen die beiden, diese Sache wieder flott zu machen. Damals wurden von beiden gleichlautende Briefe an den italienischen Ministerpräsidenten *Fanfani* geschrieben mit der Bitte, er möge doch die Regierungschefs nach Rom einladen, um die Bemühungen um die Politische Union wieder flott zu machen. Herr *Fanfani* hat diesem Ersuchen nicht stattgegeben. Dann ist der Gedanke aufgetaucht, es müsse ja irgendwie angefangen werden und man wolle dann also mit einer politischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland beginnen, mit der Idee, daß, wenn das funktioniere, die anderen dazukämen und es auf diesem Wege zu einer Politischen Union in Europa kommen werde.

Die Verhandlungen haben sich dann so abgespielt, daß die Franzosen – ich glaube, am 19. September – ein Memorandum hierher gegeben haben, wie sie sich die Organisation der Zusammenarbeit vorstellen. Über dieses Memorandum hat das Auswärtige Amt zwei Monate lang gebrütet und hat dann ein Gegenmemorandum ausgearbeitet. Darauf haben im Dezember, als Herr *Schröder* in Paris war, die Besprechungen stattgefunden.[25] Man hat festgestellt, daß die Auffassungen sich weitgehend entsprechen, und hat dann den Termin festgelegt. Als der Termin festgelegt wurde, wußte naturgemäß noch niemand, daß am 14. Januar Herr *de Gaulle* seine Pressekonferenz abhalten würde.

(Dr. *Dehler*: *de Gaulle* wußte es natürlich!)

– Ob er Anfang Dezember schon wußte, daß er am 14. Januar eine Pressekonferenz abhalten würde[26], lasse ich dahingestellt. Ich weiß es jedenfalls nicht. Ich gebe zu, daß sowohl der Kollege *Margulies* wie Sie über erstaunliche Kenntnisse der Motive *de Gaulles* verfügen! Ich verfüge leider nicht darüber. Ich stelle zunächst nur einmal den Tatbestand fest.

Im übrigen steht es unter uns sicher nicht zur Debatte, daß der Zeitpunkt unglücklich war. Es steht auf der anderen Seite nur fest, daß es vielleicht auch schwierig war, ihn zu vermeiden.

Man wird auch zugeben müssen, daß der Bundeskanzler und der Außenminister die drei Fraktionsvorsitzenden[27] zu sich gebeten hatten, um mit ihnen zu

---

24 Vgl. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer II, S. 124 f., 254.

25 Verhandlungen *Schröder-Couve de Murville* am 16. und 17. 12. 1962. Vgl. AdG 1962, S. 10312 D.

26 Auszug in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, IV. Reihe/Bd. 9, 1978, S. 17 ff.

27 *Von Brentano* (CDU), *Ollenhauer* (SPD), *Mende* (FDP).

sprechen, was man tun solle. Dort ist man nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, man solle doch fahren. Man muß sich natürlich auch darüber im klaren sein, daß, wenn man beschlossen hätte, nach der Pressekonferenz vom 14. Januar nicht zu fahren, das praktisch die Torpedierung dieses Vertrages bedeutet hätte. Außerdem muß man auch bedenken, daß am 14. Januar noch nicht endgültig feststand, was am 29. Januar in Brüssel passieren würde.[28]

Das ist nun geschehen. Es hat wenig Sinn, noch sehr viel darüber zu reden. Ich habe es nur erwähnt, weil sich sehr viel emotionelle Animosität gegen den Vertrag doch wohl aus diesem Zeitpunkt erklärt.

Nun zu der Frage, ob dieser Vertrag tatsächlich, wie gelegentlich behauptet wird, geeignet ist, unsere Beziehungen insbesondere zu Amerika zu gefährden. Bei ruhiger Würdigung des Textes – ich wiederhole den Text nicht im einzelnen, weil ich annehme, er ist Ihnen geläufig; er liegt Ihnen auch vor – glaube ich nicht, daß aus dem Text heraus irgendwie dieser Schluß gezogen werden kann. Aber auch darüber hinaus bin ich mir zweifelhaft, ob dahin gehende Auffassungen der Amerikaner gerechtfertigt sind.

Es ist nun einmal eine Tatsache, daß die deutsch-französische Versöhnung die Voraussetzung für ein europäisches Zusammenwachsen ist. Diese beiden großen Völker haben sich häufig bekriegt. Wenn Europa zusammenwachsen soll, kommt natürlich aus einem Spannungsverhältnis eine Gefährdung, wie ja auch die ganze Welt die deutsch-französische Spannung immer als feste Größe in die politischen Überlegungen eingestellt hat. Wir sind aber nun von allen Seiten ermutigt worden, diese Spannung zu überwinden. Ausgangspunkt war die berühmte Zürcher Rede von Herrn *Churchill,* in der er sagte, Europa müsse sich einigen.[29] Auch die amerikanische Politik hat jahrelang nach Kräften dahin gedrückt, die Europäer möchten sich einigen, insbesondere die Deutschen und Franzosen, denn nur so verfüge Amerika über einen ordentlichen Partner.

Deshalb glaube ich, daß, wenn dieses zeitliche Zusammentreffen nicht gewesen wäre[30], eine irgendwie geartete besondere Aufregung im Hinblick auf unsere Beziehungen zu Amerika nicht eingetreten wäre. Das gleiche gilt im Grunde auch für die Engländer, denn, wie gesagt, der Ausgangspunkt der Bemühungen für die Verständigung war ja gerade auch diese englische Empfehlung.

Ich darf in dem Zusammenhang etwas wiederholen, was wir schon in Berlin gesagt haben.[31] Wenn Freunde von uns sich untereinander streiten, ist das natürlich noch kein Grund, daß wir Partei ergreifen. Ich halte es nicht einmal für richtig. Wenn Freunde von einem sich streiten, ist es besser, man hält sich aus

---

28 Scheitern der EWG-Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien.

29 Am 19. 9. 1946 anläßlich eines Empfanges an der Universität Zürich. Auszüge in AdG 1946/47, S. 871 F.

30 Siehe Anm. 21.

31 Die vorhergehende Vorstandssitzung fand in Berlin statt.

dem Streit heraus und versucht, sein Möglichstes zu tun, damit sie sich wieder finden.

Herr *Schröder* hat mit Recht darauf hingewiesen: Wo immer wir in Erscheinung getreten sind oder in Erscheinung treten konnten, haben wir uns wirklich bemüht, wieder zu harmonischen Verhältnissen zu kommen. Man kann zweifelsohne weder der deutschen Delegation in Brüssel noch auch – jedenfalls anhand der Texte, es handelt sich nur um Vermutungen – dem Herrn Bundeskanzler, der im Bundestag sehr klare Erklärungen abgegeben hat, vorwerfen, er wolle den Eintritt der Engländer nicht. Wir haben uns objektiv bemüht, aber wir haben uns nicht durchgesetzt. Man konnte natürlich auch nicht unbedingt erwarten – das hat auch Herr *Erler* gesagt –, daß uns das gelingen würde, was seinerzeit den Herren *Roosevelt* und *Churchill* und heute den Herren *Kennedy* und *Macmillan* nicht gelungen ist, nämlich Herrn *de Gaulle* von gewissen Gedankengängen herunterzubringen.

Sicher ist aber soviel, daß durch diesen Konsultationsvertrag Frankreich eine Bindung eingeht. Es ist nicht nur so, daß wir eine Bindung eingehen; die Franzosen gehen genau die gleiche Bindung ein. Für mich ist das Allerwichtigste, daß die Franzosen sich formell verpflichten – eine solche Verpflichtung haben wir leider bisher von den Amerikanern und Engländern nicht, jedenfalls nicht in dieser Art –, in den Fragen der Ost-West-Beziehungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sich mit uns zu besprechen.

Wenn es so ist, daß *de Gaulle* ein eigenwilliger Mann ist und nur an sich denkt, wie gern gesagt wird, dann muß man doch mit allem Möglichen rechnen; dann könnte es doch sein, daß er sich womöglich eines Tages auch mit den Russen verständigt. Es ist doch besser, daß er sich wenigstens verpflichtet, sich mit uns vorher zu konsultieren. Sollte er das Konsultationsabkommen brechen, ist der Vertrag sowieso nicht da.

Angenommen – ganz überspitzt ausgedrückt, davon ist nicht die Rede –, man würde *de Gaulle* jetzt ins Gesicht schlagen und würde sagen: „Du taugst nichts, du bist überhaupt ein Mann aus dem 19. Jahrhundert und du hast nichts anderes im Kopf als die französische Hegemonie!", und würde ihm eine Absage erteilen, und angenommen, er würde sich dann vielleicht irgendwo irgendwelche Atomgeheimnisse besorgen, glauben Sie, daß *Kennedy* ihn deshalb angreift?! Er hat dazu nicht die geringste Veranlassung.

Wir müssen uns in aller Ruhe von zwei Dingen überzeugen. Ich nehme an, im Ausgangspunkt sind wir doch sicher alle einig. Jedenfalls ich persönlich bin in erster Linie in dieser Partei, weil sie eine aktive Politik der Wiedervereinigung auf ihr Banner geschrieben hat. Wenn ich da etwas erreichen will, muß ich mich bemühen, die Voraussetzungen für den Erfolg einer solchen Politik zu schaffen. Eine sorgfältige Analyse der internationalen Situation ergibt dann für mich jedenfalls die Feststellung, daß ich die Wiedervereinigung nicht gegen Amerika und auch nicht gegen Frankreich erreichen kann. Das Dumme ist, daß diese zwei Staaten in der Lage sind, das zu verhindern. Infolgedessen muß ich sie beide gewinnen, damit sie mir helfen.

Nun haben sie sich ja beide – und die Engländer – verpflichtet, und in den Pariser Verträgen[32] steht es wörtlich drin, die deutsche Wiedervereinigung auch zum Inhalt ihrer Außenpolitik zu machen. Wir werden, wenn wir ganz ehrlich sind, zugeben müssen, daß wir sie vielleicht etwas wenig an dieses Versprechen erinnert haben, und zwar deshalb, weil wir bisher eine aktive Außenpolitik in dieser Frage nicht hatten.

In unserem Koalitionsabkommen haben wir mit unserem Partner abgemacht, daß die Regierung sich um eine solche Politik bemühen muß.[33] Unser Partner in dieser Koalition hat der von uns entworfenen Resolution des Bundestages vom 12. Oktober, daß eben der Bundestag den Wunsch habe, eine solche aktive Politik möge betrieben werden, zugestimmt.[34] Man wird auch zugeben müssen, daß unmittelbar nach Bildung der Regierung der erste Gedankenaustausch über das Memorandum vom Dezember und die Antwort der Bundesregierung mit uns gepflogen worden ist. Aber der Durchbruch ist noch nicht erfolgt. Man wird fairerweise auch zubilligen müssen, daß während der KubaKrise[35] in der Tat nur von Kuba gesprochen wurde. Wir sind gerade noch einmal davongekommen. Es hat wirklich am seidenen Faden gehangen. Aber nunmehr ist die Zeit gekommen, daß etwas geschieht, und gerade als Voraussetzung für eine aktive Ostpolitik ist mir die französische Verpflichtung zur Konsultation und eine enge freundschaftliche Verbindung Frankreichs zu uns wichtig, weil es ohne die Franzosen wahrscheinlich nicht möglich wäre.

Ich sehe aber auch keinen Grund, weshalb wir deshalb die Unterstützung der Amerikaner verlieren sollten. Wenn auch die Amerikaner im Moment in Gesprächen, wie Erich *Mende* sagte, gewisse Vorbehalte anmelden und fragen, ob denn wirklich alles in Ordnung sei, so ist nicht ganz zu verkennen, daß dort auch sehr handfeste Motive in bezug auf Rüstungsmaßnahmen eine Rolle spielen. Wir haben, wie Sie wissen, bisher von den Amerikanern für eine große Zahl von Milliarden Rüstungsgüter gekauft und auf diese Weise nicht unerheblich dazu beigetragen, die amerikanische Zahlungsbilanz zu entlasten. Ich verstehe völlig, daß, wenn der Vertrag etwa dahin zu interpretieren wäre, daß wir in Zukunft sehr viel mehr in Frankreich kaufen würden und weniger in Amerika, das zunächst ein Gegenstand der Präokkupation für die Amerikaner wäre. Aber wir haben ihnen ja bewiesen, daß das nicht der Fall ist. Wir haben uns, ich möchte sagen, fast überschlagen in unserer Bereitschaft, ihren Plänen entgegenzukommen.

Wir machen bei der multilateralen atomaren Streitmacht mit. Genau definiert ist sie bis heute noch nicht. Fest steht in dem Zusammenhang nur, daß es uns Geld kosten wird. Das amerikanische Verlangen ist berechtigt. Da wir uns ja für unsere Verteidigung darauf stützen müssen, ist es durchaus recht und billig, daß wir etwas dazu beitragen. Das haben wir alles erklärt. Herr *Gilpatric*[36]

32 Vgl. Nr. 18 Anm. 39, Nr. 19 Anm. 234.
33 Vgl. Nr. 18 Anm. 265.
34 Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 51, 41. Sitzung, S. 1788 C Anlage 4.
35 Vgl. Nr. 32 Anm. 12.
36 Stellv. US-Staatssekretär für Verteidigung.

ist, soweit ich gehört habe, verhältnismäßig zufrieden nach Amerika zurückgefahren, nachdem wir ihm erneut bestätigt haben, daß wir im letzten und in diesem Jahr für 2,8 Milliarden DM bei ihnen kaufen werden.

Wie gesagt, man hat auf Grund von vielen Gesprächen den Eindruck, daß es durchaus möglich ist, daß die Amerikaner in irgendeiner Form ihre Differenzen mit den Franzosen wieder bereinigen werden.

Lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf die Erklärung des Herrn *de Gaulle*[37] und auf die späteren Erklärungen des französischen Außenministers nach dem Scheitern[38]; denn es ist doch sehr nützlich, daß man sich auch dort die Text ganz genau ansieht. In der allgemeinen Emotion gehen sonst die Argumente unter.

Zu den wesentlichen Argumenten der Franzosen gehört nicht nur die allgemeine Feststellung, daß sie kein Satellit Amerikas werden möchten – das möchte ich persönlich auch nicht werden, wohl ein sehr enger Verbündeter, aber nicht ausgesprochen ein Satellit –, sondern ein ganz entscheidender Punkt, den man vielleicht geneigt ist, zu übersehen, sind für die Franzosen die wirtschaftlichen Überlegungen, die hier eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

(Dr. *Starke:* Leider!)

Eine Kernfrage ist hier die Agrarfrage. Die Formulierung des Präsidenten in seiner Pressekonferenz und später in den Reden des französischen Außenministers scheint mir wichtig genug zu sein, sie Ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen. „Das System der Sechs besteht darin" – so wörtlich *de Gaulle* –, „die Agrarprodukte innerhalb ihrer Gemeinschaft als ein Ganzes zu behandeln, die Preise für ihre Agrarprodukte rigoros festzusetzen, die Subventionen zu verbieten, ihren Verkauf zu organisieren und jedem Partner zur Auflage zu machen, jeglichen Gewinn, den er erzielt, wenn er von außerhalb Lebensmittel einführen würde, anstatt die zu verbrauchen, die der Gemeinsame Markt anbietet, an die Gemeinschaft abzuführen."

Dies ist ein Kernanliegen der französischen Politik, ein Kernanliegen im Rahmen der Römischen Verträge[39], in denen die Agrarpolitik nur mit einem Satz behandelt wird, nämlich der Verpflichtung, daß man zu einer gemeinsamen Agrarpolitik kommen möge. Bekanntlich haben die Franzosen ihre Zustimmung zu der weiteren schnelleren Entwicklung der EWG seinerzeit davon abhängig gemacht – das war im vorigen Jahr um die Jahreswende –, daß zumindest dieser Satz der Römischen Verträge nun konkrete Wirklichkeit würde. Das ist damals in unendlichen Nachtsitzungen schließlich auch geschehen. Aber damit sind auch im Sektor der Agrarpolitik die Dinge noch keineswegs abgeschlossen. Weder ist diese klare Verpflichtung bisher von den europäischen Parlamenten ratifiziert worden noch hat man auf einem beachtlichen Sektor endgültige Beschlüsse getroffen. Man hat zwar bereits eine Marktord-

37 Pressekonferenz vom 14. 1. 1963. Siehe Anm. 26.
38 Nach dem Scheitern der EWG-Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien am 29. 1. 1963.
39 Vertrag zur Gründung der EWG und Vertrag zur Gründung von Euratom, unterzeichnet am 25. 3. 1957 in Rom.

nung für Getreide und auch für gewisse andere Dinge; man hat sie aber noch nicht z. B. für Rindfleisch, für Zucker usw. – so komisch das in diesem Zusammenhang klingt, aber es ist von sehr kapitaler Bedeutung.

Dieser Agrargesichtspunkt spielt offensichtlich bei den Franzosen insofern eine entscheidende Rolle, als sie erst einmal wissen wollen, wo sie dran sind. In den Römischen Verträgen, ist, wie gesagt, eine gemeinsame Agrarpolitik vorgesehen, aber nicht im einzelnen definiert, und nun wollen sie erst einmal mit ihren Partnern diese Agrarpolitik auf die Beine stellen; denn für die Franzosen ist diese ganze Geschichte nur dann interessant, wenn einer der wesentlichsten Zweige ihrer Volkswirtschaft, nämlich die Landwirtschaft, dort seine Befriedigung findet.

Ich will mich dazu nicht weiter äußern, ob das berechtigt ist oder nicht. Ich halte jedenfalls diese Einstellung der Franzosen von ihrem Standpunkt aus von Hause aus zunächst für berechtigt. Dieser Blickpunkt ist uns seit Jahren bekannt. Nicht zuletzt, Sie, Herr *Starke,* haben immer wieder

(Dr. *Starke:* dagegen gekämpft!)

darauf hingewiesen, daß da auf uns etwas zukäme und daß wir wissen müßten, wie wir uns hier verhalten sollen.

(*Müller-Link:* Bleiben wir doch bei der Analyse! – Dr. *Starke:* Ich finde auch, bei der Analyse sind wir wenig!)

– Die Analyse mache ich in drei Minuten. Aber als ich mich auf die Analyse beschränkte, wurde mir vorgeworfen, ich sei ein rein formaler Betrachter und ließe die großen politischen Zusammenhänge außer acht. Ich bin gern bereit, den Text mit Ihnen durchzugehen. Ich gehe nur zur Verkürzung der Zeit davon aus, daß Ihnen der Text bekannt ist. Der Text ist sehr wenig zu kommentieren.

(Dr. *Starke:* Im Text steht auch einiges drin, Verhältnis zu Amerika!)

– Ich habe vorhin gesagt, nach meiner Prüfung und nach der übereinstimmenden Auffassung der Juristen steht der Text des Vertrages nicht mit anderen Verpflichtungen in Widerspruch, und dann habe ich gesagt, daß ich mich nun mit den Einwendungen beschäftigen wollte.

Der letzte Einwand ist das allgemeine Mißtrauen gegen Frankreich, was zweifelsohne in uns noch drinsteckt, jedenfalls in vielen Leuten der älteren Generation. Das ist eine Frage des Vertrauens, das ist eine Frage des oplitischen Risikos. Aber wenn ich weiß, daß ich in meinem Hauptanliegen, nämlich einer aktiven Politik dem Osten gegenüber mit dem Ziel der Wiedervereinigung, dann nicht weiterkomme, wenn ich mir meinen Nachbarn im Westen auf den Hals lade, dann muß ich zu diesem Risko bereit sein.

Es ist vielleicht besser, ich beende jetzt mein Referat und antworte dann in der Diskussion auf konkrete Einwände, als daß ich hier allgemein eine Kritik darstelle, was ich wahrscheinlich weniger gut kann als diejenigen, die von Hause aus von der Berechtigung dieser Kritik überzeugt sind.

Lassen Sie mich nur noch eines sagen. Sehr verehrter Herr Kollege *Dehler,* Sie kennen meine enorme Sympathie für Sie. Ich habe naturgemäß mit großem In-

teresse, was jedes geistige Erzeugnis Ihrerseits selbstverständlich erfordert, gelesen, was Sie im Rundfunk gesagt haben.[40] Ich habe auch den Artikel von Herrn *Margulies* gelesen.[41] Ich bin etwas erstaunt darüber, wie genau Sie über die Motive des Herrn *de Gaulle* unterrrichtet sind. Herr *Margulies* spricht von einem Europa von Brest bis zum Ural.

(Dr. *Starke:* Sagen Sie doch etwas zu den Motiven von *de Gaulle;* wenn die anderen nichts wissen, müssen Sie doch sagen, daß Sie auch nichts wissen!)

– Herr *Starke,* ich halte mich zunächst an den Text. Ich bin auch gern bereit, mich mit Ihnen sowohl über die Presseerklärung des Herrn *de Gaulle* als auch über seine Motive hinsichtlich des deutsch-französischen Vertrages zu unterhalten, abgesehen davon, daß sie nach meiner Meinung auf der Hand liegen. Die Interessen Frankreichs und unsere sind insofern absolut parallel, denn sowohl *de Gaulle* als auch wir wissen, daß, wenn die Russen nach Deutschland hereinkommen, sie ganz bestimmt nicht am Rhein stehenbleiben, sondern daß sie am nächsten Tag in Paris sein werden. Infolgedessen hält er es für nötig, in der augenblicklichen geschichtlichen Epoche von der vorhergehenden Epoche herunterzukommen und sich mit uns zu vertragen, damit ihm die Russen nicht an den Hals kommen. Das scheint mir ziemlich klar zu sein. Wenn Sie meinen, daß das nicht genügt, müssen wir uns darüber noch im einzelnen unterhalten. Es ist, ehrlich gesagt, auch meine Überzeugung, daß die politischen Interessen der beiden Länder bei der augenblicklichen Weltkonstellation auf lange Zeit auch hier absolut parallel sind.

Wir hatten uns ja abgesprochen, daß wir noch einmal gemeinsam alles analysieren und abwägen wollten. Es wäre daher wohl ganz gut, wenn wir uns allgemein etwas zurückhielten in den Äußerungen und zwar sowohl pro wie contra. Verehrter Herr Kollege *Dehler,* Ihre Rundfunkansprache ist nicht gerade geeignet, den wohlwollenden und gutgläubigen Franzosen unbedingt Auftrieb zu geben, aber zum Schluß haben Sie dann doch wieder das Richtige gesagt.

Dr. MENDE: In Ergänzung spricht nunmehr Herr Kollege *Schultz* über den verteidigungspolitischen Teil.

SCHULTZ: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe, soweit meine schwachen Kräfte reichen, nur die militärpolitische Seite des deutsch-französischen Vertrages zu erläutern.

Ich darf eine Bemerkung voranstellen, die sich noch auf den Vortrag von Dr. *Achenbach* bezieht. Ich frage mich immer, warum es nicht möglich gewesen ist, während der Verhandlungen, die zu diesem Vertrag geführt haben, die befreundeten Regierungen zu unterrichten. Dadurch wäre vielleicht eine Reihe von Mißverständnissen vermieden worden, und wir wären vielleicht augenblicklich in einer glücklicheren Lage, als wir es sind.

---

40 Die Rede *Dehlers* in der Sendung „Politik aus erster Hand" am 20. 2. 1963 im Bayerischen Rundfunk war ein Kommentar zu der Pressekonferenz *de Gaulles* vom 14. 1. 1963, in der sich dieser gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgesprochen hatte. Vgl. den Wortlaut in I. D. Nr. 9/63, S. 2 ff. (ADL, NL Dehler Nr. 2704).

41 Robert MARGULIES, Was will de Gaulle?, in: fdk 14. Jg., Nr. 12 vom 13. 2. 1963, S. 2–6.

Dr. ACHENBACH: Nach Auskunft des Auswärtigen Amts – und ich glaube, das stimmt auch – ist das tatsächlich laufend geschehen. Die ganzen Entwürfe sind den befreundeten Regierungen zugänglich gemacht worden.

SCHULTZ: Gut! Wenn das so ist, dann muß ich sagen, daß die befreundeten Regierungen ein schlechtes Nachrichtensystem innerhalb ihrer Botschaften usw. haben. Ich habe mir vor kurzen sagen lassen, daß dort gerade der Einwand erhoben wurde, sie seien nicht rechtzeitig unterrichtet worden.

Vom verteidigungspolitischen Standpunkt her muß ich sagen, daß dieser Vertrag eigentlich unnötig ist, und zwar einfach deshalb, weil wir ja in der NATO zur Verteidigung der freien Welt zusammengeschlossen sind, also auch der Bundesrepublik. Ich möchte sagen, daß dieser Vertrag für die Zusammenarbeit mit dem Westen eigentlich sehr viel größere Schwierigkeiten gebracht hat, als daß vielleicht Gutes von ihm ausgehen könnte.

Ich möchte nun zu den einzelnen Dingen, die im Vertrag stehen, übergehen und einige Bemerkungen daran knüpfen, wie man sich im Augenblick die zukünftige Praktizierung des Vertrages in Wirklichkeit vorstellt.

Unter I – Organisation – steht, daß regelmäßige Zusammenkünfte auf dem Gebiet der Verteidigung usw. stattfinden.[42] Der Armee- und der Verteidigungsminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen. Die Zusammenkünfte sollen zum Inhalt haben: eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf verteidigungspolitischem Gebiet. In dem späteren Passus, der der Verteidigung gewidmet ist, wird noch näher erläutert, was damit gemeint ist.

Hierzu ist zu bemerken, daß diese Zusammenkünfte auch bisher schon stattgefunden haben, und zwar auch in regelmäßigen Abständen, ohne daß deshalb unbedingt ein Vertrag notwendig gewesen ist. Diese beiden Staaten sind ganz von selber aufeinander angewiesen, weil sämtliche Versorgungslinien für uns und auch für die Bundeswehr durch Frankreich gehen. Ferner haben wir zu wenig Platz für die Übungen unserer Truppe; daher sind die Abkommen über die Benutzung französischer Übungsplätze abgeschlossen worden. Schließlich reicht der Raum der Bundesrepublik auch nicht aus, die entsprechenden Nachschuborganisationen, Depots usw. aufzunehmen. Besprechungen hierüber haben auch schon in der Vergangenheit stattgefunden.

Im Abschnitt „Programm" werden bestimmte Ziele angesprochen, die für die Verteidigung gelten.

Der erste Absatz ist der Überlegung gewidmet, daß beide Länder auf dem Gebiet der Strategie und Taktik zusammenarbeiten sollen und daß sie gemeinsame Konzeptionen entwickeln sollen. Hierzu hat Bundesverteidigungsminister *von Hassel* im Verteidigungsausschuß erklärt, daß, wenn es auch nicht in diesem Vertrag drinsteht, eine solche Zusammenarbeit nur insoweit in Frage kommt,

42 Siehe Anm. 13.

als sie sich nicht gegen die offizielle NATO-Konzeption oder vielleicht gegen die Auffassung anderer Staaten richtet.

Die deutsch-französischen Institute, die hier angesprochen sind, sind momentan noch nicht im Gange, außer, daß im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik bisher in den Fragen der operativen Forschung eine Zusammenarbeit mit Frankreich, Großbritannien und den USA in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe stattgefunden hat. Es ist noch nicht klar, wie sich das in Zukunft entwickeln soll. Auf meine Frage wurde geantwortet, daß eine französisch-deutsche Zusammenarbeit sich nicht gegen den weiteren Gedankenaustausch mit den Anglo-Amerikanern richten soll.

Im zweiten Absatz wird gesagt, daß der Personalaustausch zwischen den Streitkräften verstärkt wird. Es ist beabsichtigt, stufenweise vorzugehen, beginnend mit dem Austausch einzelner Offiziere, insbesondere aus den wechselseitigen Führungsakademien, bis allmählich herunter zum Austausch von Einzelpersonen aus den Bataillonen. Wenn sich das einigermaßen eingespielt hat, denkt man an den Austausch ganzer Einheiten, z. B. daß eine französische Kompanie für eine gewisse Zeit in ein deutsches Bataillon eingegliedert wird und dort mit übt. Das entsprechende gilt für deutsche Kompanien in französischen Einheiten.

Die Schwierigkeiten, die hier enstehen werden, sind schon angesprochen in dem Satz:

„Zur Erleichterung dieses Austausches werden beide Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein."[43]

Bekanntlich haben wir schon jetzt große Schwierigkeiten, die notwendige Sprachengewandheit unserer Soldaten, die sich zwangsläufig durch die Zusammenarbeit mit anderssprechenden Nationen ergibt, auf einen Stand zu bringen, der einigermaßen den Anforderungen entspricht. Das ist vor allem auch deshalb schwierig, weil bisher insbesondere auf englische Sprachkenntnisse Wert gelegt worden ist; denn bekanntlich wird in der Luftwaffe nur englisch gesprochen, soviel ich weiß, auch in Frankreich.

Der nächste Punkt beschäftigt sich mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung. Hier heißt es:

„Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren."

Hier ist besonderer Wert auf das Wort „geeignet" zu legen; denn es ist nicht beabsichtigt, jedenfalls nicht von deutscher Seite, auf diesem Gebiet von der bisherigen bilateralen, trilateralen oder multilateralen Zusammenarbeit innerhalb der NATO abzugehen.

Genauso wie in der Vergangenheit z. B. eine gemeinsame Entwicklung des Standardpanzers, des sogenannten Europa-Panzers, stattgefunden hat – die al-

43 Für dieses Zitat wie für die folgenden Zitate siehe die Quellenangaben in Anm. 13.

lerdings zu einer unterschiedlichen Schnelligkeit der Erzielung von Ergebnissen in Frankreich und Deutschland geführt hat; übrigens war an diesem Projekt auch Italien beteiligt –, hat es natürlich auch Zusammenarbeit gegeben z. B. nur zwischen den Deutschen und den Engländern oder nur zwischen den Deutschen und den Amerikanern oder mit allen drei zusammen. Die Länder, die mit uns in Kontakt getreten sind, wollten bei verschiedenen Rüstungsvorhaben wegen der Bearbeitung bestimmter Dinge, die natürlich einen wirtschaftlichen Hintergrund haben, gar nicht haben, daß diese oder jene andere Nation mit hineingenommen wurde, sondern sie legten Wert darauf, hierüber eben nur mit uns zu verhandeln. Es wird also nicht daran gedacht, die Verbindungen, die wir auf dem Gebiet der Rüstungsentwicklung zu anderen Nationen innerhalb der NATO haben, zugunsten einseitiger Zusammenarbeit mit den Franzosen kürzen.

Hier kommt noch ein anderes Problem auf uns zu, das hier irgendwie angesprochen ist: die Frage, ob wir eventuell beteiligt werden oder uns beteiligen sollen an der Entwicklung der französischen Atomstreitmacht, der force de frappe. Auch hier wurde uns erklärt, daß eine solche Beteiligung nicht in Frage kommt und daß nicht an irgendwelche Zahlungen der Deutschen an die Franzosen für diesen speziellen Punkt gedacht wird. Das ist natürlich eine sehr tröstliche Mitteilung. Man kann nur hoffen, daß man sich auch an diese Zusage hält, wenn der Vertrag in Kraft ist.

Es sind natürlich sowieso dadurch gewisse Grenzen gesetzt, daß wir uns auf der anderen Seite an der multilateralen Atommacht beteiligen wollen, was uns ohne Zweifel auch erhebliches Geld kosten wird, und daß wir außerdem die konventionelle Rüstung verstärken sollen, was uns ebenfalls Geld kostet. Es wird wohl kaum in unseren finanziellen Möglichkeiten stehen, daß wir noch ein drittes verteidigungspolitisches Projekt in Angriff nehmen können, nämlich vielleicht gleichzeitig mitzuhelfen, eine nationale Atommacht der Franzosen zu entwickeln, die vielleicht geeignet wäre, die multilaterale Atommacht einmal abzulösen.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Ziffer II im Abschnitt über die Verteidigung:

„Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann."

Wir stehen ja vor der Situation, rein geographisch gesehen, daß die Bundesrepublik für Frankreich Vorfeld und andererseits Frankreich für die Bundesrepublik Hinterland ist. Das habe ich vorhin schon dadurch erläutert, daß ich sagte, daß unsere Versorgung im wesentlichen auf der Mitarbeit Frankreichs beruht. Wenn der Vertrag dazu beitragen sollte, daß man hier zu guten Abmachungen und vorbereitenden Maßnahmen in der Praxis käme, die sich dann insbesondere auch auf Probleme der Evakuierung usw. erstrecken würden, wäre das ohne Zweifel zu begrüßen. Ich bin aber der Meinung, daß sich diese Dinge, wenn man die Verteidigung des Westens als ein Ganzes betrachtet, so-

wieso von selbst verstehen und daß solche Abkommen vom Praktischen her auch ohne einen Vertrag getroffen werden müssen.

Nun ist noch etwas Wesentliches zu bemerken bezüglich der bisherigen Konzeption der Franzosen zur Mitarbeit in der NATO überhaupt. Herr Dr. *Dehler* hat in seinem Vortrag auf verschiedene Dinge hingewiesen.[44] Er hat darauf hingewiesen, daß auch nach der Liquidierung des algerischen Kriegs bisher, obwohl doch Truppen frei geworden sind, von Frankreich nichts getan wurde, um die Kampfkraft der NATO zu stärken. Man kann das selbstverständlich damit entschuldigen, wie es die Franzosen auch tun, daß eben die Bedingungen des algerischen Krieges und die Aufgaben, die dort erfüllt werden mußten, so verschieden sind von denen, die innerhalb der NATO in einem Ernstfall zu erfüllen wären, daß hier eine Um-Ausbildung und auch eine entsprechende Umrüstung notwendig seien und daß es deshalb zu nicht mehr gelangt habe als bisher zwei Divisionen der NATO zu unterstellen, von der Luftwaffe und der Marine ganz zu schweigen.

Da würde natürlich der Vertrag dann eine Handhabe bieten, von uns aus auf den französischen Nachbarn einzuwirken, seine Verpflichtungen innerhalb der NATO besser zu erfüllen, als er sie bisher erfüllt hat. Wie weit das allerdings möglich sein wird, kann nur die Zukunft lehren.

Immerhin müssen wir wissen, daß innerhalb Frankreichs, innerhalb der französischen Regierung sehr klare Vorstellungen über ihre Rüstung bestehen. Darin ist vorgesehen, daß etwa sieben Divisionen für die NATO aufgestellt und dann der NATO unterstellt werden sollen. Daneben wird die force de frappe aufgebaut, die der NATO nicht untersteht. Außerdem sollen in Frankreich 100 bodenständige Regimenter errichtet werden, die praktisch unserer Territorialverteidigung entsprechen. Das ist natürlich ein ganz schönes Programm. Es ist aber die Frage, ob es Frankreich finanziell möglich sein wird, neben der Territorialverteidigung mit 100 Regimentern und der force de frappe auch noch die NATO-Divisionen aufzustellen. Ich kann es nicht sagen. Die Wirtschaftler werden besser wissen, wie die finanziellen Möglichkeiten unseres Brudervolkes im Westen sind.

Wenn der Vertrag ratifiziert wird, haben wir ohne Zweifel eine reale Chance, die Franzosen zur Mitarbeit innerhalb der NATO zu veranlassen und ihnen gut zuzureden, das zu tun, wozu sie bisher nicht bereit waren. Ich möchte abschließend sagen, daß alle diese Probleme auch ohne einen speziellen deutsch-französischen Vertrag sowieso hätten gelöst werden müssen.

Nach Pressemeldungen soll Verteidigungsminister *von Hassel* in der nächsten Woche in den USA Rüstungskäufe in Höhe von 2,8 Milliarden DM absprechen.[45] Dazu ist zu fragen, ob wir nicht, wenn wir diesen Vertrag nicht im jetzigen Zeitpunkt auf dem Tisch liegen hätten und die Atmosphäre dadurch et-

44 Nicht ermittelt. *Dehler* schrieb in dieser Zeit mehrere Zeitungsartikel über die deutsch-französischen Beziehungen (ADL, NL Dehler Nr. 2704).

45 Vom 25. bis 27. 2. 1963 erörterte *von Hassel* in Washington Verteidigungsfragen und sicherte weitere Waffenkäufe zu. Vgl. AdG 1963, S. 10437 B.

was undurchsichtig und vergiftet worden ist, vielleicht von den 2,8 Milliarden etwas hätten herunterhandeln können. Aber wie ich die Dinge jetzt sehe, werden wir wohl diese Verpflichtung gegenüber den Amerikanern voll erfüllen müssen, denn auf der anderen Seite können wir uns in der Verteidigungspolitik nicht lediglich auf die Franzosen, auf den deutsch-französischen Vertrag und auf eine noch so gute Zusammenarbeit abstützen. Wir müssen in der heutigen politischen Situation, ob wir es wollen oder nicht, bemüht sein, das Vertrauen und den Goodwill der Amerikaner für uns zu haben. Nach meiner Meinung ist dieser Goodwill durch den Vertrag inzwischen im Wert noch etwas teurer geworden als vorher.

Dr. MENDE: Ich schlage vor, daß uns nunmehr Kollege Dr. *Leverenz* aus dem Bundesrat berichtet. Der Bundesrat hat gestern in einer dreistündigen Sitzung den Vertrag im Auswärtigen Ausschuß behandelt.

Dr. LEVERENZ: Viel Neues kann ich dazu nicht mehr sagen. Zur Vorgeschichte wurde uns gesagt, man habe ursprünglich überhaupt keinen Vertrag schließen wollen, sondern man habe sich auf den Austausch von Protokollen beschränken wollen, und erst im letzten Augenblick habe man sich aus verfassungsrechtlichen Gründen hier in Bonn im Auswärtigen Amt für die Form eines Vertrages entschieden. Damit wurde gestern gleichzeitig eine Entschuldigung dafür ausgesprochen, daß man nicht gemäß dem Lindauer Abkommen[46] die kulturpolitischen Fragen vorher mit den Ländern habe besprechen können.

Heute ist auch wieder nach dem eigentlichen Motiv gefragt worden. *Achenbach* hat es ganz zu Anfang verhältnismäßig kurz, aber sehr treffend gesagt: Das entscheidende Motiv des Vertrages war – ich wiederhole das, was wir gestern vernommen haben – einfach das Bestreben, das Vakuum, das nach dem Scheitern des *Fouchet*-Ausschusses in der Europapolitik entstanden war, auszufüllen. Damals hatte sich insbesondere Holland als führender Staat der Benelux-Gruppe entschieden geweigert, die Europa-Verhandlungen fortzusetzen, wenn nicht England sofort miteinbezogen würde und wenn nicht sichergestellt sei, daß England auf jeden Fall dabei sei. Auch Italien machte nachher nicht mehr mit, und damit brach der Traum eines organisierten Europa zusammen. Weil nun Frankreich und Deutschland ein gemeinsames, ein koinzidierendes Interesse an der Fortführung der Europapolitik in irgendeiner Form hatten und weil beide daran interessiert waren, den Faden irgendwie weiterzuspinnen und ihn nicht abreißen zu lassen, ist man auf die Idee gekommen, daß wenigstens diese beiden Länder erst einmal vorangehen sollten, und daraus hat sich dann dies entwickelt. Wenn man dem Glauben schenkt, was dort gesagt worden ist, dann könnte das durchaus ein vernünftiges und überzeugendes Motiv sein.

---

46 Die Lindauer Vereinbarung vom 14. 11. 1957 besagt, daß der Bund beim Abschluß von Staatsverträgen, die ausschließliche Landeskompetenzen berühren (z. B. Kulturabkommen), vor Vertragsabschluß das Einverständnis der Länder herbeiführt. Dasselbe gilt für Verträge, die wesentliche Interessen der Länder berühren. Vgl. Wolfram BUSCH, Die Lindauer Vereinbarung und die ständige Vertragskommission der Länder, Diss. jur., Tübingen 1969.

Vielleicht noch einiges zu der Frage, ob dieser Vertrag mit den übrigen Verträgen in Einklang zu bringen ist. Das ist gestern von den Verfassungsjuristen des Auswärtigen Amts, genau wie Sie das hier heute gesagt haben, mit aller Klarheit und Deutlichkeit bestätigt worden.[47] Das ist auch der Hauptgrund, weshalb sehr lange um die von dem Land Hessen vorgeschlagene Ergänzung des Ratifizierungsgesetzes gerungen wurde. Die Hessen wollten, daß im Ratifizierungsgesetz ausdrücklich der Vorbehalt erklärt würde, daß alle Bestimmungen des deutsch-französischen Vertrages mit den übrigen abgeschlossenen internationalen Verträgen, insbesondere auch mit dem Deutschland-Vertrag[48], in Übereinstimmung stehen. Wenn man nun vorher schon verfassungsrechtlich und völkerrechtlich die Frage bejaht hat, daß sie übereinstimmen, braucht man an sich diesen Vorbehalt nicht. Das ist letztlich auch die entscheidende Überlegung gewesen, weshalb die Mehrheit der Länder gegen den Vorschlag von Hessen gestimmt hat.

Wir sind dann auf den Vorschlag von Nordrhein-Westfalen zurückgekommen. Der Entschließungsentwurf von Nordrhein-Westfalen, der, etwas variiert, nachher angenommen und hier verlesen wurde[49], beruht auf einem ganz anderen Gesichtspunkt. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß in der Zukunft der deutsch-französische Vertrag in der Richtung unserer politischen Vorstellungen auch praktische Wirklichkeit wird. Das ist nicht ein so hartes Mißtrauensvotum, wie man es in dem hessischen Vorbehalt empfinden könnte, gibt aber doch der ganzen Entwicklung eine gewisse Richtung, vor allem weil diese Sache selbstverständlich auch den Franzosen zur Kenntnis gebracht werden soll.

Ich selbst hatte gestern in der gemeinsamen Sitzung des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates noch eine Anregung gegeben. Diese Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen und von allen akzeptiert worden. Zu meinem Bedauern aber hat sie in der Formulierung, die ich hier jetzt lese, keinen Niederschlag gefunden. Ich wollte in der Aufzählung der Ziele des nordrhein-westfälischen Entwurfs bei dem Punkt „die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und die Wiederherstellung der deutschen Einheit“ noch hineinbringen: „auf der Grundlage des Deutschlandvertrages“. Denn es sind gewisse Stimmen laut geworden, daß der deutsch-französische Vertrag sich nicht auf ein wiedervereinigtes Deutschland beziehen sollte. Mein Ziel war es, mit dieser Formulierung eine erneute Bestätigung von Frankreich zu bekommen, daß Frankreich auch heute noch, wie es im Pariser Vertrag vereinbart worden ist, die deutsche Wiedervereinigung zum Ziel seiner nationalen Politik macht, worüber wir ja alle ein bißchen in Zweifel geraten sind.

(Zuruf: Das gilt auch für England!)

---

47 Siehe Anm. 15.
48 Vgl. Nr. 18 Anm. 39, Nr. 19 Anm. 234.
49 Siehe den Wortlaut vor Anm. 19.

– Mit England schließen wir jetzt keinen Vertrag; aber hier hätten wir die Gelegenheit, das erneut zum Ausdruck zu bringen. Das ist auch vom Bundesrat allgemein akzeptiert worden.

(Dr. *Leuze:* Man sagte, man wolle keine Präambel mehr vor Gesetzen!)

– Es ging nicht um die Präambel, sondern es sollte mit in diese Entschließung hinein. So war es auch angenommen worden; insbesondere das Auswärtige Amt hat diesen Vorschlag durchaus günstig und positiv aufgenommen.

Vom Auswärtigen Amt wurde uns übrigens mit aller Deutlichkeit erklärt, daß man vor Abschluß des Vertrages bei allen Gesprächen mit Frankreich absolut klar zum Ausdruck gebracht habe, daß dieser Vertrag unter keinen Umständen in irgendeinem Gegensatz zu den anderen Verpflichtungen stehen dürfe und könne.

Zweitens wurde uns gesagt, im Laufe der Entwicklung sei auch ständig mit den anderen befreundeten Regierungen gesprochen worden, und weder Amerika noch England hätten Bedenken gegen den Abschluß dieser Vereinbarung gehabt. Das scheint mir besonders wichtig. Es ist uns von Staatssekretär *Carstens* nicht nur einmal, sondern mehrfach gesagt worden.

Und noch ein drittes kann vielleicht als interessanter Fakt gewertet werden. In diesen Tagen ist in der Presse viel über den deutschen Panzer geschrieben worden, der jetzt als Prototyp vorgeführt wurde. Daran wurde die Bemerkung geknüpft, der Vertrag sei noch nicht einmal unterschrieben und schon habe sich gezeigt, daß er nicht funktioniere. Dazu hat uns Herr *von Hassel* gestern gesagt, schon vor Abschluß des Vertrages, noch bei den Vorbesprechungen habe er seinen französischen Kollegen *Messmer* unterrichtet, daß Deutschland jetzt seinen eigenen Panzer hervorbringe und die zeitliche Verzögerung von Frankreich nicht weiter hinnehmen würde. – Das ist doch ein Zeichen dafür, daß die in diesen Fragen steckenden Probleme mit einer hinreichenden Offenheit behandelt worden sind.

Dr. MENDE: Ich nehme an, daß wir jetzt eine Aussprache anschließen wollen. Darf ich um Wortmeldungen zur Aussprache bitten!

WEYER: Ich habe eine Vorfrage zur Vorklärung. *Leverenz* hat darauf hingewiesen, daß der deutsch-französische Vertrag stets auch mit den befreundeten Staaten verhandelt worden sei.[50] Demgegenüber steht aber die allgemeine Stimmung in England und in Amerika, namentlich in der Presse. Ist das in den letzten Tagen abgeebbt? Sind also auch aus den befreundeten Staaten Erklärungen vernehmbar, daß diese Staaten in der Tat konsultiert wurden? Oder ist nach wie vor die Aversion gegen den deutsch-französischen Vertrag deutlich?

Dr. LEVERENZ: Es wurde gestern auch gesagt, die Mißstimmung, die in erster Linie wegen des zeitlichen Zusammenfallens aufgekommen ist, sei inzwischen weitgehend abgeebbt, insbesondere durch die vielen Besprechungen, die vor allem mit den Vereinigten Staaten stattgefunden haben. Professor *Carstens*[51]

50 Siehe oben.
51 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

war ja selbst drei Tage drüben, Herr *Ball*[52] war hier. Die Mißstimmung ist offenbar, wie uns berichtet wurde – das kann auch durchaus glaubhaft sein –, durch das Zusammenfallen entstanden.

Dr. MENDE: Im britischen Unterhaus hat sich *Macmillan* sehr positiv zum Verhalten der deutschen Regierung schlechthin und insbesondere der beiden Minister *Erhard* und *Schröder* in Brüssel geäußert. Die britische Regierung hat in der Unterhausdebatte nicht nur keine Vorwürfe gemacht, sondern die Stellung der Bundesregierung sehr positiv vermerkt. Die Presse in England ist geteilt. Die *Beaverbrook*-Presse ist, wie sie nie anders war, natürlich negativ. In Amerika ist in den letzten acht Tagen in der Tat eine erhebliche Veränderung in der öffentlichen Meinung festzustellen, und zwar im Sinne einer Verringerung der ursprünglichen Bedenken. Das gilt z. B. für die „New York Times" und die „Washington Post".

Dr. ACHENBACH: Keine der beiden Regierungen hat uns etwa gesagt, wir sollten den Vertrag nicht abschließen. Walter *Scheel* war jetzt bei Lord *Home*. Wie er berichtete, ist man inzwischen auch dort der Meinung, wir sollten aus dem Vertrag auch zu ihren Gunsten machen, was wir könnten, um auf die Franzosen in ihrem Sinne Einfluß zu nehmen.

Dr. DEHLER: Von einem Vertrag war nie die Rede bis kurz vor dem 18. Januar, als die Verfassungsrechtler des Auswärtigen Amts auf den Gedanken kamen, was man da in Protokollen niedergelegt habe, müsse einen völkerrechtlichen Vertrag darstellen. Also konnte niemand an dem Vertrag Anstoß nehmen, weil von einem Vertrag nie die Rede gewesen ist. Das ist das Entscheidende.

Man hat erklärt, man wolle die Konsultation durchführen. Warum soll man das nicht tun? Daß man einen Vertrag geschlossen hat und in diesem Zeitpunkt geschlossen hat, hat doch die ganze Sache erst zum Politikum gemacht, hat erst die Empörung ausgelöst. Aber doch mit vollem Recht! Brauche ich das noch darzulegen? Freunde von uns waren mit Vertretern der amerikanischen Botschaft zusammen. Die sind doch hell empört, genauso wie *Erhard* empört ist und Herr *Schröder* irgendwie empört ist, wenn er es auch nicht sagt. *Leuze* wird uns erzählen können, was *Erhard* im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates dargelegt hat: daß er dieses Verhalten als ein „skandalon" empfindet, als eine schwere Störung der Möglichkeiten in Europa. Man mag zweifeln an der politischen Einsicht von *Erhard,*

(Zuruf: Das tun wir!)

aber in dem Fall hat er unser Mitgefühl.

Man muß doch die ganze Geschichte in ihrer Jämmerlichkeit messen an der Entwicklung des Plans der europäischen Integration, eines Planes, dem wir uns angeschlossen haben, den wir für richtig gehalten haben: daß Europa wirklich in möglichst weitem Umfang wirtschaftlich, militärisch und politisch integriert werden soll.

---

52 US-Unterstaatssekretär.

Ich muß immer wieder daran erinnern, daß unser Freund Max *Becker* im Jahre 1950/51 Mitglied des ad hoc-Ausschusses im Europarat in Straßburg war, der beauftragt war, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Das ist unter dem Vorsitz des Herrn *von Brentano* damals geschehen. Das ist der Ausgangspunkt. Was geblieben ist, ist dieses kümmerliche Produkt, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war, überhaupt, seitdem General *de Gaulle* in Erscheinung trat, der immer nur Schwierigkeiten machte. Wir haben gehört von den Bemühungen des *Fouchet*-Ausschusses, doch zumindest zwischen den Sechs, wie es die Römischen Verträge auch fabriziert haben, eine Politische Gemeinschaft herzustellen, wenn schon nicht in der Form des Bundesstaates oder auch nur des Staatenbundes, dann doch wenigstens in einer Politischen Union. Das ist doch am Ende daran gescheitert, daß angesichts der Haltung Frankreichs schließlich die Außenminister von Holland und Belgien und dann auch von Italien skeptisch wurden und nicht mehr mitzogen.

Dieser Vertrag ist überflüssig, lieber Herr *Haas,*

(Dr. *Haas:* Warum sprechen Sie denn mich an?)

– weil ich etwas Bayerisches sage![53] –, dieser Vertrag ist überflüssig wie ein bayerischer Kropf! (Heiterkeit).

Es ist viel von der deutsch-französischen Freundschaft die Rede gewesen. Das ist selbstverständlich. Das tut man, man konsultiert sich, man spricht miteinander. Aber wenn man gut Freund ist, wozu dann noch die Brüderküsse im Elysee und diese Demonstration nach der Pressekonferenz vom 14. Januar des Herrn *de Gaulle,* wo er doch die Karten auf den Tisch gelegt hat? Wir haben uns dazu hergegeben, da mitzutun.

(Zuruf: Keine Emotionen!)

– Das waren emotionelle Handlungen, die man nur mit Emotionen wieder ablehnen kann.

(Dr. *Achenbach:* Zur Geschäftsordnung! Würde es den Vorstand vielleicht interessieren, weil es nämlich nützlich ist, wenn ich vorlese, was *de Gaulle* zu dieser Frage gesagt hat?)

– Das wissen die Herren genau, was er gesagt hat. Alle Mitglieder des Vorstandes haben sicherlich die Pressekonferenz des 14. Januar studiert. Wer es nicht getan hat, muß schweigen und kann überhaupt nicht mitreden; denn das ist ein historisches Dokument, das jeder gelesen haben muß. Es enthält selbstverständlich die Absage an Europa, weitgehend auch die Absage an Amerika. Natürlich will er uns materiell als Hilfe. Lassen Sie es sich doch vorrechnen! Vielleicht kann Herr *Leuze* uns erzählen, was *Erhard* im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates dargelegt hat über die Opfer, die uns schon auferlegt worden sind, die Milliarden an Opfern, die wir gebracht haben, die wirtschaftlichen Nachteile, die wir aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben infolge der Verlagerung unseres Außenhandels – Entwicklungen, die wir gar nicht hinnehmen können.

---

53 *Haas* war Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Bayern.

Was ist dieser Vertrag demgegenüber für ein Larifari! Gestatten Sie mir dieses harte Wort! Er wird hochgelobt, hochgesteigert als ein Dokument der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Welch eine Irreführung der Öffentlichkeit! Unsere Partei ist an solchen Dingen beteiligt. Aber ich kann dazu nur sagen: dilettantisch und beinahe unwürdig!

Dabei gebe ich dem *Adenauer* viel weniger Schuld als den Beamten des Auswärtigen Amts, die das schematisch behandelt haben, weil irgend jemand erklärte, man wolle das als Modell ausarbeiten; vielleicht würden die anderen dann mitziehen. Und dann macht man es zu einer forensischen Angelegenheit! Außenpolitik in dieser Form ist doch unwürdig!

Unterschätzen Sie die Wirkungen nicht! Glauben Sie nicht, solche Dinge würden abklingen. Selbstverständlich ist man empört, wenn man auch in der Auseinandersetzung so zurückhaltend war wie nur möglich. Das sind faire Leute. Selbstverständlich ist man in London und in Washington durch dieses Verhalten auf das äußerste gekränkt. Auf wen können wir rechnen? Herr *Schultz* hat Ihnen vorgerechnet, was dieses Frankreich militärisch bedeutet.[54] Sie benützen uns vor allem einmal als Vorfeld. Das ist die Hauptfunktion, die wir für Frankreich haben. Wir sind darauf angewiesen, Politik mit Amerika und England zu machen. Ich bin der Meinung, dieser Vertrag kann das Verhältnis zu ihnen nur stören und erschweren.

Dr. STARKE: Es ist etwas schwierig, zu diesen Fragen etwas zu sagen. Ich habe es in Berlin beobachtet.[55] Wir gehen nicht so an die Dinge heran, wie wir es sollten. Ich habe an sich sehr viel Verständnis dafür gehabt, daß *Achenbach* hier keine Textkritik übt. Es wäre sicherlich lächerlich, den Juristen des Auswärtigen Amts nachweisen zu wollen, daß dieser Vertrag im Wortlaut gegen andere Verträge verstößt. Ich denke aber an die mittelbare Wirkung, z. B. daß man, um nicht in Erscheinung treten zu lassen, daß man gegen den EWG-Vertrag verstößt, einen Umweg wählt, indem man nicht die Wirtschaftsminister sich treffen läßt, sondern die Leiter der Handelspolitischen Abteilungen des jeweiligen Auswärtigen Amts. Das muß man sehen.

Es ist gegen den EWG-Vertrag, wenn zwei Länder sich vor jeder Ministerratssitzung treffen und dabei festlegen, welche Meinung sie im Ministerrat vertreten werden. Das steht in diesem Vertrag drin und hat auch in der deutschen Presse sehr breit dringestanden. Ich will nicht weiter darauf eingehen; es ist nur einer der Punkte. Es ist dem Geiste nach eine effektive Umgehung des EWG-Vertrages durch diesen Vertrag.

Wo hat es das schon einmal gegeben, daß man den Minister, der für Europafragen zuständig ist – ob das nun *Erhard* ist, ist unwichtig; wir machen hier nicht Anti- oder Pro-*Erhard*-Politik, sondern wir machen deutsche Politik –, umgeht! Um nicht zu zeigen, daß man hier gegen den EWG-Vertrag verstößt, werden die wirtschaftlichen Fragen, die in dem Vertrag sehr stark angesprochen sind, auf deutscher Seite von dem Leiter der Handelspolitischen Abtei-

54 Siehe S. 442–446.
55 Siehe Anm. 31.

lung des Auswärtigen Amts mit den Franzosen besprochen. Eine solche Verschiebung der Zuständigkeit kann die Bundesregierung in ihrem Schoß natürlich vornehmen; aber natürlich muß das Parlament etwas dazu sagen, denn es ist ja keine Zuständigkeitsverschiebung als Organisationsverfügung, sondern es ist Politik.

(Dr. *Leverenz:* Das Auswärtige Amt hat uns hierzu auf eine Frage mitgeteilt, daß auch die Außenhandelsverträge immer vom Auswärtigen Amt geschlossen werden!)

– Im Vertrag steht nichts von Außenhandelsverträgen, sondern von Wirtschaftspolitik, und dafür sind sie nicht zuständig.

(Dr. *Leuze:* Ich habe es gestern im Auswärtigen Ausschuß vorgebracht, und das Auswärtige Amt hat dazu erklärt, die innere Zuständigkeit werde nicht verschoben. Ich habe daraufhin in einem Zwischenruf gefragt: Und im Verfahren der Konsultation? Darauf hat das Auswärtige Amt geantwortet: Auch da nicht! – Ich werde nachher etwas dazu sagen.)

– Gerade diese Ausführungen des Auswärtigen Amts zeigen Ihnen doch deutlich, daß das nur Ausflüchte sind. In Wirklichkeit hat man den Wirtschaftsminister gar nicht nennen können, weil dann expressis verbis dringestanden hätte, daß man gegen den EWG-Vertrag geht.

Ich darf Ihnen etwas zur Technik des Europa der Vaterländer von *de Gaulle* im Verhältnis zur EWG sagen. Die EWG ist ein Vertrag, der eine Integration vorsieht in der Form, daß der Ministerrat häufig von sich aus gar nicht beschließen kann, sondern erst auf Vorschlag der Kommission etwas beschließen darf – das ist das Integrationsmoment – und nicht auf Antrag eines Landes. In den wichtigsten Fragen kann der Kommissionsvorschlag nur unter erschwerten Bedingungen überhaupt geändert werden.

Demgegenüber steht das Europa der Vaterländer von *de Gaulle,* zunächst für die Sechs. Im Entwurf für die politische Union hat zunächst dringestanden, die Wirtschaftminister sollten sich jeweils treffen. Aber das wären ja dann EWG-Ministerratsbesprechungen gewesen, in denen man nach dem Einstimmigkeitsprinzip und Integrationsprinzip des EWG-Vertrages hätte verfahren müssen. Das hat man nun hier in der Zweisamkeit dieses Vertrages wiederholt und es auf die Auswärtigen Ämter bezogen.

Wir sollten nicht direkt sagen, der Vertrag ist schlecht oder gut. Er hat so wenig konkreten Inhalt, daß es nur darauf ankommt, aus welchem Geist er gehandhabt wird und was man anstrebt, aus welchem Geist man ihn anwendet und zur Erreichung welcher Ziele. Der Geist wird jeweils verschieden sein. Aber wir sollten uns, bevor wir den Vertrag abschließen, wenigstens einigermaßen versichern, inwieweit wir jetzt schon sehen, wo wir mit Frankreich verschiedener Meinung sind bei ganz konkreten Fragen, die in diesem Jahr und 1964 anstehen werden.

Lassen Sie mich etwas über die Stimmung, über die öffentliche Meinung sagen. Es war ganz interessant, im Europäischen Parlament die Debatte darüber zu hören. Die einzigen, die dort den Vertrag verteidigt haben, waren einige deut-

sche CDU-Leute. Sogar Herr *Furler* war etwas reserviert. Aber Herr *Lücker* hat den Vertrag mit Emphase verteidigt, beinahe zum Entsetzen des Parlaments. Er sagte, es sei zwar zu Emotionen gekommen, die mehr oder weniger berechtigt seien, aber man müsse nunmehr an die konkrete Tagesarbeit herangehen. – Das sagt ein Politiker in einer politischen Aussprache des Parlaments, nachdem *Hallstein* seine Rede gehalten hat. – Es komme jetzt darauf an, sagt er – als ob *de Gaulle* spräche –, die EWG nach innen zu festigen. – Welche Verblendung ist das!

Vielleicht ist in diesem Zusammenhang noch die Rede von *Hallstein* interessant. Über diese Rede schreibe ich einfach: „zu spät!" Er hat einen wunderbaren Satz gesagt, der der entscheidende Satz für das alles ist: „Es ist nicht umsonst gewesen; jetzt ist uns in den Verhandlungen, in dem ganzen Drum und Dran und in der Auswirkung auf Südamerika, Nordamerika usw. klar geworden, welche ungeheure Expansivkraft dieser EWG in unserer westlichen Welt innewohnt, ja bis herüber in den Ostblock. Das haben wir jetzt erst gesehen." – Ich habe ihm hinterher gesagt: Vernünftige Leute haben das schon vorher gesehen und haben gewußt, daß man dieses Spiel nicht so spielen darf, als ob es nur die größte Handelsnation aller Zeiten werden sollte; tatsächlich liegt eine ungeheure politische Sprengkraft darin!

Nun müssen Sie die Entstehung der Rede von *Hallstein* kennen. Ich habe mich bei einem Essen mit *Mansholt* und dem Führer der britischen Liberalen, *Grimond,* darüber unterhalten. Dabei hat *Mansholt* erzählt, *Hallstein* habe ursprünglich der Kommission eine Rede vorgeschlagen, die so haarsträubend gewesen sei, daß er, *Mansholt,* gesagt habe: es gebe für ihn nur zwei Möglichkeiten, entweder trete er zurück oder er halte im Parlament entgegen dem Brauch eine zweite Rede. Daraufhin habe *Hallstein* seine Rede so geändert, daß die Kommission sie angenommen habe. – *Hallstein* ist also intern gar nicht der Meinung, die er dort geäußert hat; er spricht sie nur zum Schein aus, während er im Innern eine ganz andere Auffassung hat.

Ich habe ihm auch privat gesagt: Herr *Hallstein,* ich kann Sie nicht mehr ganz verstehen; Sie wissen, daß der Bundeskanzler Sie seit geraumer Zeit als englandfreundlich betrachtet, und Sie wissen, daß Sie mit Frankreich nicht mehr weiterkommen; auch Herrn *Ball,* den amerikanischen Unterstaatssekretär, der Sie bisher immer gestützt hat, haben Sie nicht mehr hinter sich; also haben Sie praktisch niemanden hinter sich.

Darauf hat er zugegeben, daß er tatsächlich am Ende seines Lateins sei; er wisse im Augenblick auch nicht, wie die Dinge weiterlaufen sollten, zumal er meinte, was auch ich meine, daß bisher alle, insbesondere wir Deutschen, einer Generallinie vieles, vielleicht zuviel untergeordnet haben. Jetzt ist keine Generallinie mehr da; jetzt kommen alle Sonderwünsche hervor und wirken als Sprengkraft. Das scheint mir dort die zukünftige Entwicklung zu sein.

Es geht bei dem deutsch-französischen Vertrag nicht nur um eine Frage, die die EWG betrifft. Das wäre ganz falsch. Hier ist eine entscheidende Zäsur in der ganzen außenpolitichen Konstellation der Nachkriegsgeschichte. Im Osten haben wir die Spannung zwischen Rußland und China vor uns, aber jetzt ha-

ben wir diese Spannungen auch im Westen. Nicht umsonst wird Frankreich hinsichtlich seiner Stellung im Westen manchmal gern mit der Stellung Chinas im Ostblock verglichen. Solch ein Vergleich mag hinken, aber er hat auch etwas für sich.

Wir erleben in den letzten Jahren überall einen schlechten Stil: unser ewiges Mißtrauen gegenüber den USA nach dem Weggang von *Dulles*.[56] Unsere Neigung, eine Einstellung gegen die Demokraten und für die Republikaner einzunehmen und dementsprechend Besucher zu den Wahlen zu schicken, hat drüben die Stimmung zur Siedehitze gebracht. Anschließend hat man mit immer wieder erneuten Geldopfern versucht, *Kennedy* zu trösten und zu versöhnen, was sicherlich auch nicht gut war. *Kennedy* hat unzweifelhaft Fehler gemacht. Das ganze Regime macht entsetzlich viel Fehler. Man behandelt traditionsbeladene Länder nicht so, wie er mit *Macmillan* verhandelt, während er andererseits *de Gaulle* nichts sagt. Das heißt nun nicht, daß der deutsch-französische Vertrag richtig ist, sondern jeder hat Fehler gemacht.

(Dr. *Mende:* Mir ist mitgeteilt worden, daß *de Gaulle* durch *Macmillan* vor der Reise nach den Bahamas[57] informiert worden sei; außerdem habe *Kennedy* an *de Gaulle* und *Adenauer* einen Brief geschrieben; hier lügt sowohl *de Gaulle* als auch *Adenauer!*)

– Ich will ihn nicht verteidigen, aber man kennt doch *de Gaulle.* Er geht nicht in einen Vertrag, den andere vorher ausgehandelt haben. Wer das nicht weiß, auch wenn er ihm schreibt, handelt etwas jugendlich. Es ist das Vorrecht des Regimes drüben, jugendlich zu handeln und dann immer steckenzubleiben. Dann schwenkt man wieder um und macht wieder Freundschaft mit Frankreich wie damals beim Besuch von Jackie.[58] Aber trotz „Mona Lisa" ist das Verhältnis nicht wieder dasselbe. Ich habe es immer mit sehr skeptischen Augen betrachtet.

Was hat *de Gaulle* gemacht? Lassen Sie es mich aus meinen Erfahrungen sagen. *Strauß* hat uns gesagt – *Hassel* wird dasselbe erleben –, in keiner Phase der NATO waren *de Gaulle* und wir einer Meinung. Bei jedem Streit hat *Strauß* den Kanzler gebeten, er möge darüber mit *de Gaulle* sprechen; aber jedesmal, wenn der Kanzler wieder zurückkam, sagte er: Das ist eine Frage der Verteidigungsminister, das müssen Sie mit Ihrem Partner besprechen! – Und dabei blieb es dann.

Dazu gehört die Frage der Stationierung der Bomber in Frankreich. – Sie mußten abziehen. Dazu gehört auch, daß *de Gaulle* in dem Vertrag uns etwas gibt, was er der NATO nicht gab: die Vereinigung der Logistik, der Nachschubdienste usw. Er hat es der NATO stets abgelehnt; uns gibt er es in die-

---

56 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1953–1959.

57 Präsident *Kennedy* und Premierminister *Macmillan* hatten bei Gesprächen vom 18. bis 21. 12. 1962 in Nassau/Bahamas die Ersetzung der Skybolt- durch Polaris-Rakten und die Schaffung einer NATO-Kernwaffen-Streitmacht vereinbart. Vgl. AdG 1962, S. 10326 E.

58 Jacqueline *Kennedy* begleitete Präsident *Kennedy* bei seinem Staatsbesuch in Paris vom 31. 5. bis 2. 6. 1961. Vgl. FAZ Nr. 125 vom 2. 6. 1961, S. 3.

sem Vertrag. Das spricht in diesem Vertrag gegen den Geist der Verträge einschließlich des nordatlantischen Verteidigungspaktes.

*De Gaulle* hat stets das Dreierdirektorium gefordert. Ich persönlich weiß, daß *Adenauer* mit allen Mitteln versucht hat, zu erreichen, daß *Kennedy* sich dagegen äußert. Nun sagt natürlich *Kennedy:* Habe ich das Dreierdirektorium euretwegen abgelehnt, damit ihr jetzt mit *de Gaulle* geht? – Das war sicher ein für uns ungünstiger Vorschlag. Aber er hat in der Sache recht; es hat sich so abgespielt.

Auch wie *de Gaulle* England in der Pressekonferenz vom 14. Januar behandelt hat, das tut man eben nicht! England hat bei der EWG ursprünglich nicht mitgemacht. Ich bin nicht gegen England, ich bin für Deutschland, aber in einem europäischen Sinne.

Die Ohrfeige vom 14. Januar wird von Großbritannien als der „Tritt in den Bahama" bezeichnet. Daraufhin erfolgten Zwischenrufe im englischen Parlament, man wüßte nicht, welcher Körperteil das wäre.

Der Stil war also überall schlecht; das sei alles konzediert. Leider ist auch die öffentliche Meinung sehr gegen uns. Das Europäische Parlament begann 1958 seine Tätigkeit ungefähr gerade um die Zeit, als *de Gaulle* kam. Die ersten Regungen des Parlaments standen unter dem Zeichen, daß *de Gaulle* den Vertrag gern für seine Politik benutzen wolle. Dann kamen die Bemühungen zur Schaffung der Freihandelszone, und auch diese scheiterten. Immer wieder haben wir davor gestanden, daß *de Gaulle* mit Hilfe der Frankreich von den gutwilligen fünf Freunden eingeräumten Großzügigkeit plötzlich eine neue *de Gaulle*sche Politik machte. Das ist das Geheimnis bei dieser Geschichte. Wir haben schon in den Vertragsbestimmungen Vorleistungen für das damalige Frankreich erbracht. Frankreich mag damals schwach gewesen sein, vor allem deshalb, weil Kommunisten und Rechtsparteien, die wir als Deutschnationale bezeichnen würden, Bauern und Unabhängige alle zusammen jede Regierung der Mitte kaputtgemacht haben. Deshalb war Frankreich so schwach wie seinerzeit die Weimarer Republik unter *Brüning*. Das kann man sehr gut vergleichen. Man hat doch schließlich in den Jahren gelernt, wie es vor sich gegangen ist.

Dr. *Mende* hat vorhin gesagt, das eigentliche Frankreich denke anders. Das weiß ich. Ich habe es in der europäischen Debatte gemerkt, daß Frankreich darauf achtet, ob wir allzu stark mit *de Gaulle* gegen das Frankreich, was nach *de Gaulle* sein wird, in den Verhandlungen uns festlegen. Das ist eine sehr gefährliche Sache.

Wir sagen, wir machen eine deutsche Politik. Was sind unsere Hauptziele? Gehen sie in der Richtung der Wiedervereinigung? Ich bin nicht davon überzeugt, zumal der Vertrag nichts darüber sagt, obwohl wir wissen, daß *de Gaulle* seinerzeit andere Äußerungen getan hat. Wo sind gemeinsame Interessen bezüglich der Wiedervereinigung mit Frankreich? Ich bestreite sie.

Seit vier Wochen befasse ich mich nur mit diesen Fragen und untersuche in historischen Studien vor allem die Reden von *de Gaulle*. Ich habe noch nichts gefunden, was dafür spricht. Ich bestreite, daß irgendein gemeinsames Interes-

se bezüglich der Wiedervereinigung besteht. Ich behaupte nicht, daß die Amerikaner oder die Engländer das wollen. Nur daß Frankreich es täte und durch diesen Vertrag gar beweisen wollte, das glaube ich nicht.

Ich bekenne ganz offen – Herr *Sonnenhol,* ich sage Ihnen wieder: wenn Herr *Erhard* etwas sagt, was ich persönlich für richtig halte, so ist es deshalb noch nicht falsch –, ich habe daran geglaubt, und ich werde auch bei der *Naumann*-Stiftung darüber ein Referat halten: daß wir politisch, atomar und ökonomisch die atlantische Welt wollen. Für mich ist das Neue in der jetzigen Situation, daß wir zum ersten Mal, seit wir ein Deutsches Reich hatten, nicht zwischen dem Osten und dem Westen stehen, also nicht die Position der belagerten Festung haben, sondern auf die westliche Welt gestützt sind und auch durch Verträge gesichert sind. Das habe ich in der atlantischen Gemeinschaft gesehen. Diese muß eine europäische Ausgestaltung haben, und zwar, wie die Amerikaner am Schluß selbst wollten, mit England und mit den Vereinigten Staaten als dem anderen Pfeiler. Diese atlantische Gemeinschaft strebe ich an: politisch, ökonomisch und atomar.

Daher nun die Frage nach den Motiven. Das nämlich will *de Gaulle* nicht.

(Dr. *Achenbach:* Oder doch!)

Das ist jetzt das Wesentliche, und das ist auch für diesen Vertrag wichtig. Ich bin nicht dagegen, den Vertrag zu ratifizieren, aber das Ziel will ich irgendwo statuiert sehen als mein Ziel.

Der Partner muß wissen, was ich mit dem Vertrag in den Konsultationen anstrebe. Wenn wir das sagen, sind wir heraus, und es wäre Wahnsinn, den Vertrag nicht zu ratifizieren, wenn wir sagen, was wir mit ihm wollen. Nicht eine Freundschaft mit Frankreich – denn die haben wir! Der Vertrag ist nicht eine Voraussetzung für die Freundschaft; er wird sich eher als eine große und schwere Belastung dieser Freundschaft erweisen.

In wesentlichen Fragen der NATO – hinsichtlich des Dreierdirektoriums, der Logistik usw. – sind wir verschiedener Meinung mit *de Gaulle.* Auch hinsichtlich einer nationalen Atommacht sind wir offensichtlich verschiedener Meinung. Herr *von Guttenberg* hat gesagt, die multilaterale Atommacht koste Deutschland viel Geld, dieses Geld könne man dann besser für die Atomwaffe der Franzosen ausgeben. Darin liegt etwas, was natürlich auch Frankreich empfindet, wenn auch nur so, daß wir die konventionelle Rüstung machen und Frankreich die Atomwaffen hat.

Auch hinsichtlich der Stellung der EWG und in der Agrarfrage unterscheiden sich unsere Auffassungen. Die Exponenten *de Gaulles,* die von den französischen Ministerien ihre Richtlinien bekommen – *de la Malène* und andere –, haben im Europäischen Parlament genau das Gegenteil von dem verkündet, was ich hier als mein Ziel erkläre. Ich will Ihnen gern drei Stellen vorlesen: „Wir wollen kein Europa, das atlantisch aufgeweicht wird; wir wollen nicht, daß z. B. die Mitgliedsstaaten in Pakistan kaufen; wir wollen die europäischen Bodenfrüchte verkaufen und wollen nicht die Früchte aus der Welt draußen kaufen; wer sie aber kauft, der soll bestraft werden!"

Das sind deutliche Gegensätze.

Sie erlassen es mir, zur Agrarpolitik zu sprechen. Sie kennen meine Auffassung. Im übrigen ist ökonomisch das Europa der Sechs für Deutschland zu klein. Hier stimme ich mit *Erhard* überein. Auch wenn er auf anderen Gebieten sehr falsch gehandelt hat und wir ihn als Kanzler nicht mögen, hier hat er recht. Aber die Gespräche zwischen mir und *Erhard* und zwischen *Erhard* und *Kennedy* hatten eine Linie: die ökonomische Aufweichung der EWG in den atlantischen Bereich, weil wir mit unserem Export, der auch nach fünf Jahren EWG noch immer zu 66 % nicht in die EWG geht, darauf angewiesen sind, daß wir die übrige Welt für unseren Export haben.

Ich erinnere auch an die Zahlen, die *Erhard* in Berlin genannt hat. Im vergangenen Jahr 1962 hatten wir einen ganz minimalen Handelsbilanzüberschuß von 3,75 Milliarden DM, aber im Handel mit den EFTA-Ländern hatten wir einen Überschuß von über 5 Milliarden DM. Ohne die EFTA-Länder hätten wir ein Defizit großen Ausmaßes gehabt. Das sind die ökonomischen Fakten, und das hängt mit der Agrarpolitik zusammen. Die Agrarpolitik ist die eine Seite der anderen Seite, die man Handelspolitik nennt.

Auch hinsichtlich der Stellung der EWG zu den assoziierten Gebieten bin ich grundsätzlich anderer Meinung als die Franzosen. Jeder kennt die Vorleistung, die wir mit mehreren Milliarden erbracht haben. Nachdem die Verhandlungen über den englischen Beitritt in Brüssel einstweilen gescheitert sind, hängt natürlich auch eine etwaige Assoziierung der früheren englischen Kolonien in der Luft. Aber wer kann so vermessen sein, zu England zu sagen, es müsse alles aufgeben und opfern, aber Frankreich könne für jede seiner früheren Kolonien ein Sonderrecht erhalten.

Ich bin folgender Meinung und darf das als ein offenes Bekenntnis hier sagen: Je mehr der Charakter des Commonwealth irgendwie noch erhalten bleibt und an die EWG herangeführt wird, um so mehr müssen wir Deutschen das vom Ökonomischen her begrüßen, ganz abgesehen davon, daß ich es auch politisch begrüße. Auch hier besteht eine absolute Divergenz in den Auffassungen.

Nun ist die Frage: Ist der Vertrag nötig? Er ist da; nötig ist er für meine Begriffe nicht, denn die Freundschaft ist da. – Ich erinnere Sie daran, wie sehr Bundespräsident *Lübke* sich bemüht hat, *de Gaulle* bei seinem Besuch[59] klarzumachen, daß man mit der Zweiseitigkeit vorsichtig sein sollte und daß man Rücksicht zu nehmen habe auf die anderen Mitglieder der Gemeinschaften, mit denen wir uns verbunden haben.

Zwei große Dinge sind für mich maßgebend. Herr *Schultz* hat es für den militärischen Bereich gesagt[60], ich sage es für alles: die Vereinigten Staaten zuerst! Diese Politik habe ich vom Bundeskanzler übernommen – darin habe ich immer mit ihm übereingestimmt –, nur hat er sich zunehmend durch die *de Gaulle*sche Politik von diesem Gedanken abbringen lassen. Frankreich ist kein

---

59 Staatsbesuch *de Gaulles* in der Bundesrepublik vom 4. bis 9. 9. 1962. Vgl. AdG 1962, S. 10093 D.

60 Siehe S. 441–446.

Ersatz für die Vereinigten Staaten. Wir machen deutsche Politik. Das ist die sehr schwierige Lage, in die wir jetzt gekommen sind.

Das Zweite. Der Bundeskanzler hat immer wieder gesagt – er hat es mir gegenüber in eingehenden Vorträgen getan –, die deutsch-französische Freundschaft müsse eingebettet in das Europa der Sechs sein. Machen wir doch um Gottes willen jetzt nicht eine esoterische Zweiergemeinschaft daraus! Denken Sie, der Bundeskanzler hat seinerzeit Straßburg als Hauptstadt Europas abgelehnt, weil er sagt: Nein, Brüssel, sonst sieht es zu sehr deutsch-französisch aus! – Alles das ist heute vergessen. In einer Panikstimmung, daß man noch etwas zustande bringen muß, verlassen wir alle Grundsätze, die jahrelang gegolten haben und die ich persönlich für richtig gehalten habe. – Ich sage bewußt, daß es der Kanzler gesagt hat, aber ich habe es auch für richtig gehalten.

Der Vertrag wurde vom Bundeskanzler gewollt. Das ist gar keine Frage. Er sieht häufig in solchen Verträgen die Fortführung seiner Politik ohne ihn über sich hinaus. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Ich habe ihm gesagt, daß ich persönlich das nicht für richtig hielte.

*Achenbach* hat mit Recht gesagt, die deutsch-französische Freundschaft ist die Grundlage von Europa.[61] Selbstverständlich, Herr *Achenbach!* Schon der Montanvertrag[62] und alles das war nicht möglich ohne das. Ich sage aber: Wenn das stimmt, kann der Vertrag nicht die Voraussetzung für Europa sein, sondern die Freundschaft ist da und ist die Grundlage für Europa. Dieser Vertrag wird eher eine Belastung sein als eine Stütze der Freundschaft.

Ich will Ihnen das an einem praktischen Beispiel erklären, an der Konsultation. Ich habe Ihnen einige Punkte genannt, wo wir verschiedener Meinung mit *de Gaulle* sind und sein werden. Warum müssen wir nun anstreben, in all den Fragen mit Frankreich gekoppelt zu sein? Im übrigen ist gar nicht sicher, daß wir immer konsultiert werden. Schon unmittelbar nach dem Abschluß des Vertrages hat *de Gaulle* den dänischen Ministerpräsidenten empfangen und hat ihm etwas gesagt, was keineswegs mit uns abgestimmt war.[63]

Hinterher hat die Botschaft aus Paris melden müssen, man habe telefonisch angefragt und die Botschaft habe erwidert, wir seien einverstanden. Als ob ein deutscher Botschafter in unserem Deutschland es wagen würde, dem französischen Staatspräsidenten gegenüber eine Meinung zu äußern, ohne vorher in Bonn anzufragen!

(Zuruf: Wir haben doch zur Genüge gesagt, daß wir die Dänen drin haben wollen!)

– *de Gaulle* hat es ganz anders gesagt; er hat ganz konkrete Angebote gemacht, um die Dänen von den Engländern zu trennen.

---

61 Siehe S. 436.

62 Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1952.

63 Anläßlich des Besuches des dänischen Ministerpräsidenten *Krag* in Paris am 26. 1. 1963 hatte *de Gaulle* erklärt, Dänemark könne auch bei Scheitern des britischen Beitritts Vollmitglied oder assoziiertes Mitglied der EWG werden. Vgl. AdG 1963, S. 10384 E.

Es ist nicht sicher, ob er uns konsultiert. Wenn er uns nicht konsultiert, ist es peinlich für uns. Wenn er uns konsultiert in Fragen, wo wir die Gegensätze zwischen Amerika und Frankreich kennen und wo wir uns, wie *Achenbach* mit vollem Recht gesagt hat, heraushalten sollen[64], was passiert dann? Entweder er sagt, er macht es so weiter, und wir sagen, das tun wir nicht – Belastung für die Freundschaft! Oder wir sagen Ja. Dann sind wir draußen in der Welt die Dummen, und auf uns wird man es abladen. Wenn wir aber intern nein gesagt haben, ohne es nach draußen zu sagen, wird die Welt denken, wir hätten ja gesagt.

Ich bin der Meinung, das Konsultationsverfahren schafft uns das, was Sie mit Recht ablehnen: Wir setzen uns damit zwischen zwei Stühle. Und gerade das halte ich für sehr gefährlich.

Ein solcher Vertrag erhebt von uns den Anspruch, eine Großmacht zu sein. Wir konsultieren nicht nur über deutsche Fragen – das wäre auch einer Mittelmacht zugänglich –, sondern über die Weltfragen und über alles mit *de Gaulle*, und damit erhebt man den Anspruch, Großmacht zu sein.

Ich denke hier an ein Wort eines schwedischen Diplomaten für die Weimarer Zeit: Deutschland hätte nach 1918 besser getan, die führende Mittelmacht zu werden als wieder zu versuchen, die kleinste Großmacht zu werden. – Mit diesem Vertrag erheben wir den Anspruch, eine Großmacht zu sein, und das zieht uns in die Verantwortung, Herr *Achenbach,* von der Sie gerade befreit sein wollen, und, wie ich finde, mit vollem Recht. Wir sollten nicht in den großen Fragen der atomaren Gestaltung zwischen sämtlichen Mächten unbedingt diejenigen sein, die dann immer mitverantwortlich sind.

Nach meiner Auffassung müssen wir vor der Ratifizierung eine Konsultation mit Frankreich über bestimmte Fragen haben, die offensichtlich umstritten sind. Ich bin ferner der Meinung, daß wir den Vertrag ratifizieren müssen.

Für die FDP, für die wir in diesem Augenblick sprechen, sage ich Ihnen: Wir müssen unsere Vorstellungen noch einmal konkretisieren und müssen sie deutlich zum Ausdruck bringen, und zwar, da wir in der Regierung sind, nicht etwa als Partei, sondern über die Regierung oder als Koalitionspartei, etwa in der Form des Antrags von Nordrhein-Westfalen, den ich recht geschickt finde.

Draußen in der Welt sagt man – dafür bekommt man ein Gespür im Europäischen Parlament –: Verträge schließen die Deutschen immer sehr leicht – weil sie sie doch wieder zerreißen! – Wir sollten deshalb sagen, was wir in der Europapolitik wollen, und sollten dann sagen: Um das zu erreichen, schließen wir diesen Vertrag.

Einer der Punkte ist die deutsch-französische Freundschaft. Aber wollen wir nicht mit dem Vertrag auch die Wiedervereinigung erreichen? Soll er nicht auch dafür Mittel sein? Wiedervereinigung ist für mich genauso Überschrift über den Vertrag wie deutsch-französische Freundschaft und wie atlantische

64 Siehe S. 436 f.

Gemeinschaft. Ich betone noch einmal zur atlantischen Gemeinschaft: politisch atomar – und damit strategisch – und ökonomisch ist das für mich das Ziel, das ich mit dem Vertrag anstrebe.

Wir dürfen Verträge nicht allein schließen; wir müssen vorher klarstellen, was wir mit ihnen wollen.

Seit 1958, als die Sechs anfingen, den EWG-Vertrag zu verwirklichen, habe ich beobachtet, und ich habe dutzendweise Material zusammengetragen: Immer wenn etwas passiert, von Deutschland und Frankreich ausgehend, hat die Welt uns verantwortlich gemacht. – So wie in Deutschland immer die FDP schuld ist, wie Frau *Ilk* gerade sagt! Die „Süddeutsche" hat geschrieben, wir hätten *Strauß* abgeschossen und dann die Wahl in Bayern verloren.[65] Immer sind wir schuld, gerade wenn wir recht hatten!

Es wird in allen Fragen immer uns in die Schuhe geschoben. Ich habe bewußt die Frage „Europa bis zum Ural" usw. hier nicht angeschnitten. Man kann sagen, das sei in weiter Ferne. Das mag sein. Aber nehmen Sie es mir bitte ab: Es ist eine politische Realität, daß *de Gaulle* etwas anderes will, daß er da kontinentale Vorstellungen vertritt, die wir lange Zeit vertreten haben, die wir aber heute nicht mehr vertreten dürfen. Wenn wir uns in diesem Deutschland mit dem Westen und der atlantischen Welt wirklich verbunden fühlen, müssen wir eine andere Politik machen, und das sollten wir zum Ausdruck bringen.

So denke ich über die Dinge. Wir sollten darüber hinwegkommen, den einen zu beschuldigen, er sei probritisch, und den andern, er sei profranzösisch. Denken wir an unsere deutschen Probleme! Vermeiden wir, uns zu einer Großmacht an der Seite Frankreichs zu machen, die in der ganzen Welt ausgelacht würde, ohne es nötig zu haben.

Dr. SONNENHOL: Nach dem Vortrag von Minister Dr. *Starke* gäbe es an und für sich sehr viel zu sagen. Ich bin in einer ganzen Reihe von Punkten auf Grund meiner außenpolitischen Erfahrungen nicht einer Meinung mit ihm; in vielen Punkten bin ich mit ihm einer Meinung.

Im Ergebnis sind alle, glaube ich, einer Meinung. Auch er hat gesagt: Der Vertrag soll ratifiziert werden, und es sollen gewisse uns am Herzen liegende Auflagen gemacht werden. In diesem Ergebnis sind wir wohl alle einig.

In der Beurteilung der französischen Verhältnisse – aber das wäre ein weites Feld; ich habe die Ehre gehabt, in diesem Kreise häufiger darüber zu sprechen – stimme ich nicht mit allem überein. In einem stimme ich völlig mit Herrn *Starke* überein, und auch ich habe wiederholt ausgeführt: Deutschlands Rolle müßte sein, der Sprecher der kleinen europäischen Völker zu sein. Das habe ich immer wieder unterstrichen.

(Dr. *Starke:* Das haben wir jetzt aufgegeben!)

Ich möchte das harte Wort von *Achenbach* aufnehmen – ich habe es neulich im Arbeitskreis selbst benutzt –: Wir dürfen diesen Vertrag nicht aus der Satelli-

65 Vgl. Nr. 33 Anm. 30; Nr. 34 a mit Anm. 26.

tenmentalität heraus sehen.[66] Wir dürfen auch nicht innenpolitische Vorstellungen, die sich bei uns in den letzten 13 Jahren gebildet haben, etwa unser Verhältnis zum heutigen Bundeskanzler, auf Fragen wie die Dauer unserer außenpolitischen Beziehungen anwenden. Weil wir bisher nie ernsthaft mit den Franzosen etwas getan haben, weil wir nie unseren eigenen Willen ihnen gegenüber geltend gemacht haben, deshalb unterstellen wir, wir würden das auch in Zukunft nicht tun und würden deshalb in einem solchen Konsultationsverfahren von vornherein untergebuttert werden. Meine ganze Lebenserfahrung im Verkehr mit Franzosen spricht dafür, daß man mit den Leuten sehr wohl reden kann.

(Dr. *Erbe:* Nicht reden, sondern mit den Franzosen muß man schreiben; das sind Rationalisten!)

– Man muß sich mit ihnen hart auseinandersetzen. Mit den Franzosen ist in den ganzen Jahren nie ehrlich gesprochen worden. Man hat nie wirklich gesagt, was die deutschen Interessen sind. Alles das, diese schlechten Erfahrungen der letzten Jahre, sollten wir nicht zur Basis der Beurteilung der zukünftigen Politik machen; sonst müßten wir verzweifeln.

Als *de Gaulle* im Mai 1958 drohte, an die Macht zu kommen, hat mich Herr *Carstens,* der damals der Leiter der Politischen Abteilung war, nach Bonn kommen lassen. Ich hatte gar nichts mit der Außenpolitik zu tun, aber er wußte, daß ich zu den Gaullisten gute Beziehungen hatte. Herr *Carstens* hat mich gefragt: „Herr *Sonnenhol,* welche Beurteilung haben Sie? Wie wird *de Gaulle* sich verhalten?" – Damals hat hier in Bonn jeder angenommen, er würde sofort den Zug nach Moskau nehmen und ein „renversement des alliances" herbeiführen. Das war die Angst, die die Bundesregierung hatte. – Ich habe Herrn *Carstens* gesagt: „Nicht eine antideutsche Politik *de Gaulles* ist die große Gefahr, sondern die allzu enge Umarmung durch *de Gaulle* ist die Gefahr!"

Was hat die Bundesregierung getan, auch seit die FDP ihr wieder angehört? Sie hat gerade diese Politik fortgesetzt, weil sie sich bisher immer nur an den gewandt hat, der jeweils an der Macht ist.

(Dr. *Starke:* Sehr richtig!)

Wenn die Republikaner in Washington an der Macht sind, dann wird nur mit denen gesprochen, und die Demokraten werden negiert. Es dauert dann einige Zeit, bis man umschwenkt. Man versucht noch, für einige Zeit Herrn *Kennedy* Schwierigkeiten zu machen. Als die MRP die französische Politik machte, gab es hier nichts anderes als die MRP. Jetzt hat man selbstverständlich nur noch mit *de Gaulle* Politik gemacht. Aber das kann man nicht zum Maßstab der endgültigen deutschen Außenpolitik und nicht zum Maßstab der Bewertung dieses Vertrages machen.

Vor einem möchte ich auf jeden Fall warnen: zu glauben, die *de Gaulle*sche Politik, wie sie in seiner Rede vom 14. Januar zum Ausdruck gekommen sei,

---

66 So *Achenbach* sinngemäß auf S. 438 f.

sei nur eine *de Gaulle*sche Politik und entspreche nicht der tiefen Auffassung der Mehrheit des französischen Volkes. Ich möchte vor dieser Illusion warnen.

Wenn ich Herrn *Faure* hier hätte, den ich sehr gut kenne, würde ich Herrn *Faure* an Gespräche erinnern, die wir geführt haben, als wir über die Freihandelszone verhandelten. Herr *Faure* war einer der schlimmsten Gegner der Freihandelszone. Die Alt-Europäer in Frankreich waren ja die radikalsten Gegner der Einbeziehung Englands auch nur in gemäßigter Form. Wenn sie heute anderer Auffassung sind, dann nicht, weil sie den Sinn gewandelt haben, sondern weil sie gegen *de Gaulle* sind; aber im Innern denken sie genauso; sie möchten die Engländer nicht dabei haben.

(Dr. *Starke: Faure* nicht mehr!)

– Vielleicht ist er klüger geworden, vielleicht hat er sich gewandelt. Aber im Grunde hat *de Gaulle* in der ihm eigenen Übersteigerung doch nur die zugrunde liegenden Tendenzen der französischen Politik zum Ausdruck gebracht. Damit muß man sich auseinandersetzen; diese Politik kennen wir.

Ich habe zu denen gehört – niemand weiß es besser als Minister *Starke* –, die sich für die Freihandelszone eingesetzt haben, für die atlantische Gemeinschaft. Aber völlig falsch wäre die Idee – Herr *Achenbach* hat es hier erwähnt, und da folge ich Herrn *Erhard* nicht –, man könne die EWG in der atlantischen Gemeinschaft auflösen. Da unterscheide ich mich grundsätzlich auch vom Standpunkt der Agrarpolitik. Wenn ich an diese Partei die Gretchenfrage stelle: Welche Agrarpolitik hat sie denn im Verhältnis zu England?, dann sage ich Ihnen: überhaupt keine! – Herr *de Gaulle* hat der FDP einen großen Dienst erwiesen dadurch, daß er die Verhandlungen hat auffliegen lassen. Sie wäre nämlich vor die Gretchenfrage ihrer Agrarpolitik gestellt worden: die Frage der Getreidepreise.

(Dr. *Starke:* Das wollte ich ja! Die Agrarpolitik hat dem Bundeskanzler dazu gedient, die deutschen Bauern gegen England aufzuhetzen; aber die Frage, die er den Bauern drohend an die Wand gemalt hat, kommt morgen in der EWG wieder vor uns; es war ein taktischer Schachzug, der ohne jede innere Begründung ist; denn ohne Zeitverlust kommt die Agrarfrage, die Getreidepreisfrage auch in der EWG auf uns zu!)

– Natürlich, wir sind völlig einig. Ich kann Ihnen vertraulich sagen, daß Herr *Wormser* und die Experten der französischen Verhandlungsseite des Herrn *de Gaulle* sehr unglücklich sind. Der Quai d'Orsay ist keineswegs glücklich über die Verhandlung *de Gaulles,* weil sie glaubten, sie hätten in der Frage des Scheiterns der Verhandlungen den Deutschen den Schwarzen Peter zuspielen können. Es wäre ihnen sehr viel lieber, man hätte in der Frage des Getreidepreises die Verhandlungen scheitern lassen; sie sind sehr unglücklich, daß *de Gaulle* den Schwarzen Peter auf sich genommen hat.

(Dr. *Leuze:* Eine Ecke haben wir noch erwischt!)

– Aber der Getreidepreis kommt ohnehin auf uns zu.

(Dr. *Starke:* Dann ist doch das kein Argument gegen England, wenn er sowieso kommt!)

– Aber, Herr *Starke,* was haben wir in unserer Agrarpolitik getan, um den Beitritt Englands zu ermöglichen? Ich behaupte, wir haben bisher nichts getan.

(Dr. *Starke:* Ich habe einiges getan, wie Sie in den Kabinettsprotokollen nachlesen können!)

– Ich weiß es.

Nun zur Frage der amerikanischen Politik. Ich bin dabei gewesen, als am 15. Dezember 1958 in Paris die Freihandelszone aufplatzte, unter denselben Umständen wie jetzt. Damals hat Herr Minister *Erhard,* der neben mir saß, mit pathetischen Worten und Tränen in den Augen den amerikanischen Botschafter angefleht, er möge intervenieren, es gehe doch um die Zukunft Europas! Aber der Botschafter hat nicht den Mund aufgemacht.

(Dr. *Starke:* Weil sie damals anderer Meinung waren!)

– Jawohl, weil sie damals anderer Meinung waren. – Hinterher gefragt, warum er nicht den Mund aufmachte, sagte er, er hatte Instruktion, sich unter allen Umständen aus dieser Debatte herauszuhalten. – Damals war die amerikanische Auffassung, die EWG sollte unter allen Umständen gegen die Engländer unterstützt werden. Jetzt sind sie anderer Auffassung. Sie sind mit dieser Auffassung nicht durchgekommen, und jetzt sind sie uns böse.

(Dr. *Starke:* Wir wollen doch, daß England hereinkommt!)

Natürlich, darüber sind wir ja hier immer alle einig gewesen. Es hat keinen Grund, nach einzelnen Schuldigen zu suchen, sondern wir müssen fragen, was soll jetzt werden? Das Entscheidende ist zunächst, daß wir selbst eine andere Politik machen.

(Dr. *Starke:* Wir sind verschiedener Meinung; das ist ein Gegenstand für den Bundesvorstand!)

– Wir sind gar nicht anderer Auffassung. Es gilt eines: Der Vertrag muß ratifiziert werden, und das Instrument muß im Sinne einer vernünftigen deutschen Außenpolitik benutzt werden. Das heißt, wir müssen über alle Fragen offen mit den Franzosen sprechen. Ich glaube nicht, daß er eine Belastung für die deutsche Außenpolitik ist. Ich halte es einfach nicht für möglich, daß man auf die Dauer in einer so engen Gemeinschaft wie der EWG mit den Franzosen lebt, ohne alle Lebensfragen ganz offen mit ihnen zu besprechen. Es ist der Anfang –

(Dr. *Starke:* Es ist das Ende!)

– Es ist der Ersatz für die politische Gemeinschaft, die die Holländer torpediert haben, weil sie sofort die Engländer dabei haben wollten. So muß man es historisch sehen. Herr *Luns* hat gesagt: „Ich spreche nicht mehr, solange die Engländer nicht dabei sind!" – Das ist der Rest, der übrig geblieben ist.

(Dr. *Dehler: Luns* hat gesehen, daß *de Gaulle* die Engländer nicht dabei haben will, auch wirtschaftlich nicht dabei haben will; so ist doch der Zusammenhang!)

Deshalb ist mein Vorschlag derselbe, den *Achenbach* gemacht hat. Ich hatte Herrn *Starke* so verstanden, daß er im Grunde genommen auch der Auffassung ist: Der Vertrag wird ratifiziert in einem normalen Ablauf, d. h. im Mai oder Juni, und wir bringen in einer geeigneten Form die Punkte an, die uns am Herzen liegen, also: Wiedervereinigung, Deutschlandvertrag.

(Dr. *Starke:* Punkte, über die sich die FDP jezt noch einigen muß nach dem, was Sie sagen!)

Atlantische Gemeinschaft, Beitritt Englands usw.

Dr. Leuze: Ich wollte Ihnen noch etwas über die wirtschaftlichen Aspekte des deutsch-französischen Vertrages sagen, die gemeinhin zu kurz kommen, und zwar deshalb, weil der Vertrag auf drei Sparten abgestellt ist: die politische, die militärische und die kulturpolitische. Dabei enthält er sehr stark wirtschaftspolitische Relevanzen.

Aber zunächst einmal, Herr *Dehler,* Sie haben mich darauf angesprochen, und auch Herr *Starke* hat es kurz erwähnt. Wir waren in letzter Zeit wiederholt mit Professor *Erhard* zusammen, in einer Wirtschaftsministerkonferenz, die wir zu diesem Zweck einberufen haben, und im Wirtschaftsausschuß. *Erhard* befindet sich, wenn ich ihn recht verstehe, in einem desolaten Zustand, weil er sieht, daß durch diesen Vertrag und durch das Timing, in dem er zustande gekommen ist, auf der ganzen europäischen und atlantischen Front fast nur negative Akzente gesetzt worden sind.

Das Derangement in der EWG wirft natürlich die Frage auf, ob der deutsch-französische Vertrag mit den Bestimmungen der sonstigen abgeschlossenen Verträge vereinbar sei. Ich habe den Eindruck, dabei kommt nicht viel heraus. Man retiriert dann auf die Aussage, er widerspreche dem Geist des europäischen Gemeinschaftsvertrages.

Tatsache ist jedenfalls, daß wir durch die Konsultation im deutsch-französischen Vertrag in Gefahr sind, das freie Spiel der Kräfte innerhalb der EWG zu blockieren. Wenn Deutschland, was ich gar nicht so sehr im deutschen Interesse finde, etwa in der EWG in allen wesentlichen Fragen gemeinsam mit Frankreich auftreten sollte, so wäre das ein sehr unvergnügtes Arbeiten für alle anderen. Ich denke an Italien und die Benelux-Länder. Die ganze innere Integration wäre doch eigentlich gehemmt und blockiert. Darin sehe ich eine Gefahr aus dem deutsch-französischen Vertrag, die man meines Erachtens mit größter Sorgfalt vermeiden muß.

Die Frage des Verhältnisses zu Großbritannien und zum EFTA-Raum hat natürlich eine große Rolle gespielt. Darüber darf ich nachher noch einiges im Detail sagen, was vielleicht für den Bundesvorstand interessant ist.

Aber das Schlimmste ist die Ergebnislosigkeit in der Beantwortung der Frage: Was geschieht nun? Diese Frage ist nicht recht beantwortbar. Ich habe noch

keine richtige Antwort darauf gehört. Was geschieht nun, um aus der Situation herauszukommen?

Ich darf auf einige wirtschaftliche Probleme hinweisen, die in der Tat für die Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder von ganz erheblicher Bedeutung sind. Es ist klar festzustellen, daß die bisherige Entwicklung unter der EWG eine starke Verlagerung der Handelsströme zur EWG hin gebracht hat, mit einer gewissen Abschwächung des Wachstums in den Handelsbeziehungen zum EFTA-Raum und erst recht in einer Abschwächung der Intensität unserer Handelsbeziehungen zur übrigen Welt.

Einige wenige Zahlen. Die Einfuhr aus der EWG hat sich in den letzten fünf Jahren um 100 % gesteigert. Aus der EFTA haben wir nur eine Steigerung der Einfuhr von 44 % erlebt, aus der übrigen Welt von 38 %. Sie sehen, daß in der Einfuhrentwicklung eine absolute Konzentration zur EWG hin zu verzeichnen ist.

Das gleiche gilt bezüglich der Ausfuhrentwicklung. Wir haben in die EWG in diesen fünf Jahren um 78 % mehr ausgeführt, also ein geringeres Wachstum der Ausfuhr als bei der Einfuhr aus dem EWG-Raum. Wir haben in die EFTA um 45 % mehr exportiert gegenüber einem Wachstum der Einfuhr aus der EFTA um 44 %. Hier sind wir also auch noch im Wachstum der Ausfuhr positiv. Unser Export in die übrige Welt ist in den letzten fünf Jahren auf eine Zuwachsrate von 20 % abgesunken.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung unserer Handelsüberschüsse. 1961 hatten wir einen Handelsbilanzüberschuß von 6,6 Milliarden DM insgesamt, aber allein im Handel mit der EFTA einen Überschuß von 6,2 Milliarden DM. Also beinahe der gesamte Überschuß des Jahres 1961 stammte aus den EFTA-Ländern. Im Jahre 1962 ist das Ergebnis noch viel gravierender. Wir haben im Jahr 1962 insgesamt einen Außenhandelsüberschuß von etwa noch 3,5 Milliarden DM, also ein starkes Absinken. Im Handel mit der EFTA aber hatten wir einen Überschuß von 5,7 Milliarden DM. Unser ganzer effektiver Überschuß stammt also aus dem Handel mit der EFTA. Hätten wir den Handel mit der EFTA nicht, so wären wir schon in der Außenhandelsbilanz, geschweige denn in der Zahlungsbilanz mit über 2 Milliarden DM im Defizit.

Das sind einige nüchterne Zahlen, die Ihnen zeigen mögen, wie wichtig es ist, daß wir in den letzten fünf Jahren eine starke Zuwendung zur EWG hin konstatieren und ein abgeschwächtes Wachstum in unseren Handelsbeziehungen zur EFTA und zur übrigen Welt.

(Dr. *Achenbach:* Aber immerhin Wachstum!)

Dazu kommt noch, daß Frankreich aus der bisherigen Entwicklung der EWG einige sehr in die Augen fallende Vorteile bekommen hat. Allein aus der letzten Zeit ist hier die Frage der Agrarfinanzstruktur, der Abschöpfungsbeträge zu nennen. Man hat festgestellt, daß Deutschland aus den Abschöpfungsbeträgen an die EWG 60 % des Aufkommens abliefern wird, Frankreich nur 6 %. Also hier verfolgt Frankreich eine ausgesprochen nationale Politik.

In der Entwicklungshilfe haben sich die Dinge folgendermaßen gestaltet. Wir haben von 1958 bis 1962 von der Bundesrepublik zur Entwicklungshilfe an die afrikanischen Staaten 800 Millionen DM geleistet; das waren 34 % des Aufkommens. Wir haben aber am Auftragsvolumen der EWG aus den afrikanischen Staaten nur mit 4,3 % teilgenommen, Frankreich mit 75 %.

Sie sehen also, daß der Verlauf der EWG für uns bisher in wirtschaftspolitischer Beziehung nicht gerade sehr ermunternd gewesen ist. Dabei ist uns ausdrücklich gesagt worden – so berichtet *Erhard* –, daß wir diese Dinge tun wollen im Hinblick auf eine spätere Erweiterung der EWG nach der EFTA, nach Großbritannien hin. Deshalb diese große Enttäuschung gerade bei *Erhard,* daß diese Dinge nun geplatzt sind.

Man wird aus diesen wirtschaftspolitischen Bewegungen bestätigen müssen, was *Starke* vorhin gesagt hat und was auch *Erhard* immer wieder betont: Der EWG-Raum ist für Deutschland zu eng.[67] Vorhin ist gesagt worden, *de Gaulle* würde die Entwicklung nach der EFTA hin um drei bis fünf Jahre verzögern können. Ob das ein optimistisch bemessener Zeitraum ist oder nicht, will ich dahingestellt sein lassen. Aber drei bis fünf Jahre sind bei dieser Entwicklung und unserer ohnedies etwas prekären Konjunkturlage eine reichlich lange Zeit.

Es kommt folgendes hinzu. Ich wäre der Bundespartei und der Bundestagsfraktion sehr dankbar, wenn sie bei den Verhandlungen über den deutsch-französischen Vertrag auch darauf ihr Hauptaugenmerk richteten. Der Vertrag enthält eine ganze Menge von wirtschaftspolitischen Gegenständen, die in den Vertrag unter der Überschrift „Auswärtige Angelegenheiten" einbezogen sind. Zum Beispiel heißt es in II A 4:

„Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Land- und Forstwirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken."[68]

Also wichtige wirtschaftspolitische Gegenstände, und das meine Herren, verhandeln nun in der Tat allein die in den Institutionen fast ausschließlich an die Spitze gestellten Leute des Auswärtigen Amts.

(Dr. *Achenbach:* Interministerielle Kommission!)

– Zunächst einmal sind es die Leute des Auswärtigen Amts. Denn es heißt im Abschnitt I Ziffer 2:

„Die Außenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen

67 Siehe S. 457.
68 Für dieses Zitat wie für die folgenden Zitate siehe die Quellenangaben in Anm. 13.

und kulturellen Angelegenheiten obliegen, allmonatlich abwechselnd in Bonn und Paris zusammen, . . .“

Da liegt also ein starkes Schwergewicht.

(Dr. *Achenbach:* Ziffer 4 müssen Sie lesen: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz.“ Das ist genau wie in der Vergangenheit bei den Handelsvertragsverhandlungen!).

– Das ist eine interne Sache: eine interministerielle Kommission innerhalb der beiden Staaten. Aber nach außen hin in der direkten Konsultationsberührung hat das Auswärtige Amt absolut und ausschließlich die Federführung.

(Dr. *Achenbach:* Das ist doch immer so gewesen!)

– Verzeihen Sie, in einer Zeit, wo man in einem Gemeinsamen Markt lebt, in einer Zeit, wo man sich in einer ganz breiten Verständigung mit Frankreich treffen will, kann man nicht die sehr wichtigen wirtschaftspolitischen Dinge ausschließlich dem Außenpolitischen überlassen. Das scheint mir nun doch eine etwas gefährliche Sache zu sein. Ich darf noch einmal bitten, daß wir diese Dinge überprüfen.

Ich kann mir sehr wohl denken, wie das zustande gekommen ist. Auch das hat Herr Ministerialdirektor Dr. *Jansen* dem Wirtschaftsausschuß erklärt. Es war der Übergang von einem protokollarisch festgelegten Konsultationsverfahren zum ratifizierungsbedürftigen Vertrag. Er sagte: Was wir wollten, war immer nur, der Politischen Union näherzukommen, und wir sagten uns: Was kümmert uns das Wirtschaftliche!, dafür ist die EWG da! Wir wollen weiter zur Politischen Union! – Und nun kommt man plötzlich vom Protokoll, das der Politischen Union zustrebt, in einen umfassenden Konsultationsvertrag hinein, der so und soviele für uns elementare und vitale wirtschaftspolitische Interessen umfaßt, und vergißt aber dabei, die ausschließliche Richtung ins Politische hinein zu rektifizieren und zu komplettieren. Da liegt m. E. ein Element der Eile, das aus den letzten vier Wochen stammt. Da hat man es nicht mehr umstrukturiert und durchkonstruiert und darüber vielleicht etwas versäumt, was doch sehr wichtig ist.

Ich sehe einen großen Fortschritt in unserer Bundesvorstandssitzung darin, daß hier kein Mensch sagt, wir wollten nicht ratifizieren.

(Dr. *Starke:* Aber aus ganz verschiedenen Motiven!)

Wenn wir aber ratifizieren, müssen wir das Wesen des Vertrages als eines Konsultationsvertrages ins Auge fassen und müssen alles tun, um Deutschland in dieser künftigen Konsultation auf eine Ausgangsbasis zu stellen, die nun nicht einen übermächtigen Trend immer zum Einigen enthält, sondern wir müssen uns in diesem Konsultationsverfahren von innen heraus an sehr wichtige Interessen gebunden betrachten, die weit über unsere nationalen Interessen hinausweisen.

Dr. IVERSEN: Mich bewegen nach der kritisch-analytischen Betrachtung dieses Punktes einige Fragen, davon eine mir zentral erscheinende vorweg, die ich gar nicht unterdrücken kann.

Herr *Dehler* hat vorhin festgestellt, dieser Vertrag sei – das Bild nehme ich gern auf – so überflüssig wie ein bayerischer Kropf.[69] Dazu stelle ich nach meiner Kenntnis während meines Studiums im süddeutschen Raum fest, daß bayerische Kröpfe zwar sehr harmlos anfangen können, aber unter Umständen, wenn sie wachsen, so bedrohlich die Luft beeinträchtigen können, daß der betreffende sich schließlich einem operativen Eingriff unterziehen muß.

Andererseits hat Herr *Starke* hier beiläufig als eine Komplikation hingestellt, daß Konsultationen in dem Augenblick, wo sie pflichtgemäß vorgenommen werden müssen, zu sehr fatalen Situationen führen können; was machen wir nämlich, wenn wir zu keiner Übereinstimmung kommen? Ich sehe daher in dieser Gefahr ein solches Beeinträchtigen der Luft wie bei einem Kropf. Es könnte sehr wohl eine Beeinträchtigung der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit sein, wenn eine solche Konsultationspflicht uns eines Tages so unangenehm ist, wie sie heute von Herrn *Achenbach* als angenehm, als verheißungsvoll und wertvoll in seiner Prognose beurteilt wird.[70] Es kann nach meiner Überzeugung auch genau ins Gegenteil umschlagen, und was dann? Dann müssen wir operieren, und das ist unter Umständen sehr schmerzhaft.

(Dr. *Achenbach:* Ich fühle mir keinen Kropf wachsen!)

– Ich nahm dieses Bild nur auf. Ich meine, daß wir als FDP in unserer Prognose gezwungen sind, weiter zu denken und uns nicht nur über diesen Augenblick zu unterhalten, wie er sich uns am positivsten darstellen könnte.

Der heutige Tenor „wir ratifizieren auf jeden Fall!" ist vielleicht zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Kreis so klein ist. *Starke* sagte eben schon, diese Auffassung würde allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen hier als Fazit herauskommen.[71] Das müßte festgehalten werden.

Die Frage 1, die ich an Sie habe, lautet: Was geschieht, wenn wir keine klärenden Zusätze – sei es im Sinne einer Präambel, sei es im Sinne des Antrags von Hessen[72] – jedenfalls im Sinne unserer Vorstellungen erwirken können?

Die zweite Frage ist an Herrn *Schultz* gerichtet. Herr *Schultz* sagte, dieser Vertrag sei nach seiner Auffassung sehr überflüssig, insbesondere was die Feststellungen unter B – Verteidigung – betreffe; er hätte vielleicht den Vorteil, daß wir künftig auf Frankreich in dem Sinne gut einreden könnten, daß es seinen Verpflichtungen gegenüber der NATO mehr nachkomme als bisher.[73] Ich habe es mir einige Male durchgelesen. Ich habe nicht erkennen können, wo der Vertrag für das gute Einreden eine Handhabe bietet. Vielleicht können Sie das noch etwas genauer sagen!

---

69 Siehe die Äußerung nach Anm. 53.
70 Siehe S. 437.
71 Siehe S. 460.
72 Vgl. BR DRUCKS. Nr. 58/2/63 vom 27. 2. 1963 (BR Bibl.).
73 Siehe S. 445.

Überrascht war ich über Ihre Bemerkung bezüglich des letzten Absatzes unter II B, wo es heißt:

„Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann."

Sie sagten, dieser Absatz habe sehr weitreichende Auswirkungen. Dieser Absatz ist ein typisches Beispiel für das, was Herr *Starke* zu wiederholten Malen gesagt hat – übrigens Ziffer 4 in Abschnitt II A, die Herr *Leuze* zitiert hat, könnte genausogut dafür dienen –, daß nämlich der Vertrag in seinem Inhalt so wenig konkret ist, daß es wirklich nur darauf ankommt, aus welchem Geist er gehandhabt wird. Freundschaft läßt sich nicht erzwingen, und durch solch einen Vertrag schon gar nicht!

Wenn wir ihn ratifizieren – was können wir tun?, welche klärenden Zusätze können wir erzwingen, um ihn so auszugestalten, so anlaufen zu lassen und ihm ein solches Vorzeichen zu geben, wie wir es für unerläßlich halten?

Prof. Dr. Erbe: Wir brauchen uns hier in diesem Kreise über die Frage, was *de Gaulle* will und was er nicht will, nicht zu unterhalten. Denn das wissen wir seit Anfang an, nicht erst seit dem 14. Januar. Wer genau hingehört hat, weiß das seit dem Jahre 1958, und daß wir genau anderer Meinung sind als er, wissen wir auch.

An diesem Vertragswerk wird mit Recht die Präponderanz der Außenpolitik gerügt. Das ergibt sich daraus, daß für *de Gaulle* es sich hier um zwei souveräne Vaterländer handelt, die einen völkerrechtlichen Vertrag miteinander schließen. Daß bei ihm der Sinn für das, was im Grunde die EWG will und was man daneben politisch will, nicht vorhanden ist, das wissen wir alles.

Es ist sicher auch richtig, daß die französische Mentalität in diesen Fragen zunächst einmal auf seiner Seite steht. Aber das wird nicht auf die Dauer so bleiben – das ist meine sichere Überzeugung.

In einem Punkt bin ich völlig anderer Meinung als Thomas *Dehler* und als Herr *Starke,* nämlich darin, daß man sagt, der Vertrag sei so überflüssig wie ein bayerischer Kropf. Das mag für uns aus unserer Sicht zutreffen, aber wer so urteilt, hat nach meiner Überzeugung keinerlei Empfindung von der französischen Mentalität. Die Franzosen sind nun einmal Rationalisten und Formalisten; sie brauchen etwas Geschriebenes. Die deutsch-französische Verständigung existiert nicht, ohne daß ein Vertragswerk darüber da ist. Das ist nun einmal die französische Mentalität. Das kann man, wenn man ihre Geschichte kennt, seit Jahrhunderten ablesen. „Quod non in actis, non in mundo."

(Dr. *Dehler:* Das ist ja nicht wahr; die Franzosen wollten keinen Vertrag, sie wollten ein lockeres Protokoll; erst unsere Juristen im Auswärtigen Amt haben es heraufgestockt!)

– Für die Franzosen existiert eben nichts, was nicht geschrieben ist. Sie sagen, ein Protokoll hätte genügt. Das ist für mich keine entscheidende Frage. Aber ohne die schriftliche Fixierung dessen, was man als Aussöhnung zwischen

zwei Erbfeinden versteht, geht sie nicht. Ich habe mich sehr lange in Frankreich aufgehalten, ich habe in der französischen Zone gelebt, ich habe die Leute jeden Tag bei mir gehabt, ich habe jetzt jede Woche Besucher aus Frankreich von Kollegen, von Politikern und allen möglichen Leuten. Ich kenne die Franzosen allmählich; sie sind Kartesianer. Man hat einmal gesagt: In Frankreich gleicht jedermann *Voltaire*. Richtig ist vielleicht, zu sagen: In Frankreich gleicht jedermann *Montaigne*. – Was nicht schriftlich formuliert ist, ist für sie nicht da. Das ist für mich einer der in Frage kommenden Gesichtspunkte.

Wahrlich, wir werden jetzt nicht nein zur Ratifizierung sagen dürfen, weil wir dadurch die Franzosen vor den Kopf stießen, die wir doch à la longue brauchen, auch für die Frage der Wiedervereinigung. Denn sie sind eher Europäer als die anderen, mehr als die Engländer. Es ist im Moment zwar nichts da, worauf wir uns fest verlassen könnten, daß sie für die Wiedervereinigung jetzt streiten würden; aber wir können sie gewinnen. Die Franzosen haben beispielsweise auch immer den Polen gegenüber in der Frage der nationalen Einheit maßgebliche Hilfe geleistet.

(Dr. *Starke:* Aber doch nicht aus Ideologie, sondern als Politik!)

– Das kann man nicht trennen; das gehört mit dazu.

(Zuruf: Es waren die Nachbarn ihrer Nachbarn!)

Die Franzosen sind für uns auch wichtig für gewisse Staaten im Näheren Osten, für die Polen und die Tschechen; da sind schon wieder Beziehungen da. Auch wir sind der Meinung, daß zu Europa nicht bloß der Westen gehöre, sondern auch das östliche Mitteleuropa. Da werden wir, wenn einmal diese Staaten die Möglichkeit haben, von der bolschewistischen Knute erlöst zu werden, die Franzosen brauchen, damit dann das größere Europa entsteht. Das werden wir nach unserer bisherigen Haltung gegenüber diesen Völkern nicht allein schaffen; das geht nach meiner Überzeugung nicht ohne die französische Mithilfe.

Müller-Link: Wir sind uns wohl darüber einig, daß der Vertrag ratifiziert werden soll. Es ist auch gestern in Hamburg gelungen, unseren Landesausschuß davon zu überzeugen. Ich darf nur bitten, daß wir vielleicht die Frage doch nicht so leicht nehmen, wie es nach der Analyse, die Kollege *Achenbach* uns geben sollte, scheinbar hier teilweise genommen wird. Wir haben uns gestern auf die heutige Unterrichtung im Bundesvorstand sozusagen als Nothelfer berufen, um unseren Landesausschuß von etwas voreiligen Entscheidungen abzuhalten. Ich muß aber sagen, ich bin von der Analyse eigentlich etwas enttäuscht.

Darf ich zunächst einige Fragen stellen. Dr. *Mende,* aus dem Außenpolitischen Arbeitskreis ist uns berichtet worden, Ministerialdirektor *Jansen* habe in dürren Worten erklärt, der volle Text des Vertrages sei den drei Fraktionsvorsitzenden vor der Unterzeichnung zugänglich gewesen und alle drei Fraktionsvorsitzenden – *Ollenhauer,* Dr. *von Brentano* und Sie – hätten zugestimmt.

(Dr. *Mende:* Die erste Falschinformation! – Dr. *Starke:* Das ist aber immer mehr in die Zeitungen gekommen; man muß etwas dagegen tun!)

– Das hat uns *Arning* berichtet. Er ist immerhin Jurist des *Springer*-Verlages und dürfte sich wohl nicht irren. Dann hat eben MinDir *Jansen* etwas Falsches gesagt.

Die zweite Frage! Kollege *Achenbach* hat sicher recht, wenn er sagt, den Text brauche man nicht zu analysieren. So dumm sind die Juristen des Auswärtigen Amts nicht, daß sie nicht einen Text zustande brächten, der in seinem Wortlaut nicht gegen die anderen Verträge verstößt! Aber ich habe noch eine Frage zum reinen Text. Es ist eine etwas ungewöhnliche Ausdrucksweise, wenn es in Ziffer 4 der Schlußbestimmungen heißt:

Die beiden Regierungen können die Anpassungen vornehmen, die sich zur Ausführung dieses Vertrages als wünschenswert erweisen.

Das Wort „Anpassungen" ist in unserem deutschen Gesetzestext völlig unüblich. Offensichtlich sind mehr als Ausführungsbestimmungen gemeint, auch mehr als Durchführungsverordnungen; denn es sollen ja Anpassungen sein, die sich zur Ausführung als wünschenswert erweisen. Also kann demnach der Vertrag auch materiell noch geändert werden, soweit es sich für die Ausführung als wünschenswert erweist. Was bedeutet dieses Wort in der französischen Gesetzessprache? Ist das dort ein üblicher Ausdruck? Was stellt man sich darunter vor?

Eine Frage an Herrn *Schultz!* Ich habe bisher der Presse immer nur entnommen, daß die sieben vollmechanisierten Divisonen, von denen die Rede ist, „force de frappe" sind und daß die Franzosen gar nicht daran denken, diese sieben Divisionen der NATO zu unterstellen.

Zu einer Analyse des [deutsch-]französischen Vertrages gehört nicht nur eine Lesung und Kommentierung des Textes, sondern dazu gehört auch wohl, daß man das Verhalten des Vertragschließenden in der Vergangenheit betrachtet und von dort her zu erkennen versucht, was gemeint ist. Ich muß Ihnen gestehen, dieser Vertragsabschluß macht uns im Grunde genommen in der Welt unglaubwürdig. Die Verträge, die wir bisher geschlossen haben – EWG, NATO usw. – sollten doch mehr sein als zwischenstaatliche Verträge, wie sie vor 1914, auch vor 1933 üblich waren. Diese Verträge sind nämlich immer mit den Worten und im Geiste einer Freundschaft, einer europäischen Zusammenarbeit usw. geschlossen worden. Ich entsinne mich auch sehr gut, daß Kollege *Achenbach* uns in früheren Jahren z. B. bei der Montanunion als kluger Anwalt gesagt hat, es komme auf den Geist der Verträge an. Und auf den kommt es auch an.

Insofern meine ich: Ist das denn hier nun wirklich ein Konsultationsabkommen? Ist das nicht ein Konsortialvertrag mit der Verpflichtung, sich soweit wie möglich immer auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen? Wie verträgt sich das mit den Treuepflichten, die wir aus den anderen Verträgen gegenüber allen Partnern haben, daß wir uns nicht mit einem gegen die anderen verbinden dürfen?

Kollege *Achenbach,* ich weiß auch nicht, ob es ganz korrekt ist, zu erklären, daß dieser deutsch-französische Vertrag sich aus dem Scheitern des *Fouchet*-Ausschusses ergeben habe. Sie haben uns gewissermaßen gesagt, es sei

doch sehr lobenswert, daß Deutschland und Frankreich jetzt das machten, was damals im *Fouchet*-Ausschuß am holländischen Widerstand gescheitert sei.[74]

Sie müssen dann aber gleichzeitig sagen, worauf Kollege *Starke* mit Recht hingewiesen hat: daß die Dinge im *Fouchet*-Ausschuß gescheitert sind, weil die kleinen europäischen Nationen meinten, auf diesem Wege sollten sie majorisiert werden.[75] Im Grunde genommen ist nun der Abschluß des deutsch-französischen Vertrages die Fortsetzung dessen, was mit Recht im *Fouchet*-Ausschuß an dem Widerstand der kleineren Staaten gescheitert ist. Also von meinem Standpunkt aus kein lobenswerter Vorgang, wie Sie es uns dargestellt haben, sondern hier wird das fortgesetzt, was wir damals auch mißbilligt haben.

Für die wesentlichsten Passagen des Vertrages halte ich die Vertragsbestimmung über die Verteidigung:

Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.[76]

Dazu muß man aber die Frage stellen, was Frankreich in der Vergangenheit militärpolitisch zu erkennen gegeben hat. Tatsächlich war doch jede Handlung in der Vergangenheit gegen die NATO gerichtet. Die Luftwaffe und die französische Flotte sind der NATO entzogen worden. Jeder Schritt Frankreichs war gegen die Militärpolitik der NATO gerichtet. Außenpolitisch war jeder Schritt Frankreichs in letzter Zeit gegen England gerichtet. *De Gaulle* hat jetzt zu erkennen gegeben, daß die Formulierung in der Rede vom 14. Januar, es käme auch eine Assoziierung Englands in Frage, nur ein hübscher Mantel für die sehr harte Erklärung sein sollte. Auch daran denkt Frankreich nach allem, was wir wissen, im Augenblick gar nicht.

Nun schließen wir mit einem Land, das in den letzten Jahren diese Politik verfolgt hat, ein Konsultationsabkommen ab, welches nach dem Vertragstext für uns die Verpflichtung enthält, soweit wie möglich uns mit unserem Partner zu einigen. Naturgemäß kommen wir damit nun in der Welt – ich meine, mit Recht – in den Geruch, daß wir im Grunde genommen den Geist der anderen Verträge nicht einhalten wollen, zumal doch – wir dürfen nicht ein so kurzes Gedächtnis haben – alle Erklärungen *Adenauers* vor dem Deutschen Bundestag jetzt nicht darüber hinwegtäuschen können, daß *Adenauer* sich jahrelang gegen die Aufnahme Englands in die EWG erklärt hat. Glauben Sie, daß ein Mensch in Amerika jetzt plötzlich glaubt, *Adenauer* sei dafür? Die Leute reden nur nicht mehr viel davon.

Im übrigen ist es unrichtig, daß *Macmillan* oder Lord *Home* auch nur mit einem Wort im englischen Unterhaus erklärt hätten, daß sie nicht gegen den deutsch-französischen Vertrag seien. Sie haben sich in unsere Angelegenheiten nicht eingemischt, und sie haben *Erhard* und *Schröder* nur für ihr Verhalten in

74 Siehe die Ausführungen vor Anm. 24.
75 Siehe S. 446 (*Leverenz*).
76 Siehe Anm. 13.

Brüssel gelobt. Insofern ist die Frage des Kollegen *Weyer* vorhin nicht richtig beantwortet worden. Seine Frage zielte darauf ab, zu wissen, was die Engländer zu diesem Vertrag sagen.[77] Dr. *Mende* hat geantwortet, daß man *Erhard* und *Schröder* gelobt habe – aber doch für ganz andere Dinge.

Um die Ratifikation kommen wir nicht herum. Denn das einzige, was für diesen Vertrag spricht, ist, daß er da ist und daß der Bundeskanzler ihn unterzeichnet hat. Ich glaube auch, wenn wir ihn nicht ratifizieren, würden wir zum dem Porzellan, das schon zerschlagen ist, weiteres Porzellan zerschlagen.

Es kommt jetzt alles darauf an, daß außer den Erklärungen, die bisher mehr oder weniger unverbindlich abgegeben worden sind, das Parlament ganz klar feststellt, was es unter diesem Vertrag versteht, damit auch die Franzosen sich darüber im klaren sind. Da ist zwar die nordrhein-westfälische Entschließung schon etwas; aber es wäre doch noch besser, wenn man nun in diese Entschließung den hessischen Text mit einbezöge.[78] Die Hessen haben zwar eine Ergänzung des Ratifikationsgesetzes vorgeschlagen. Das sollte man sicher nicht tun. Aber der hessische Text ist sehr präzise und eignet sich auch durchaus, ihn auch mit in die nordrhein-westfälische Entschließung aufzunehmen. Hessen nennt insbesondere auch die Pariser Verträge, die in der nordrhein-westfälischen Entschließung nicht enthalten sind, außerdem auch die WEU. In die Formulierung des nordrhein-westfälischen Antrages „Diese Ziele sind ..." kann man durchaus den hessischen Text einfügen und sagen, daß die Zustimmung zu diesem Vertrag in dem Bewußtsein erklärt wird, daß die und die Verträge für uns nach wie vor verbindlich sind. Mein Vorschlag wäre daher, daß die Bundestagsfraktion beide Entschließungen zusammen verarbeitet.

Ich muß noch einmal sagen: ich bin ernsthaft der Meinung, daß es nur einen Grund für die Ratifikation gibt, nämlich den, daß der deutsche Bundeskanzler, der ja nun einmal unser Bundeskanzler ist, bereits unterschrieben hat.

Herr Dr. *Achenbach,* Sie haben mich nicht überzeugt, daß der Vertrag von Deutschland her gesehen uns irgendeinen Vorteil bringt. Sie haben davon gesprochen, daß Frankreich an der deutschen Wiedervereinigung interessiert sei, Glacis Frankreich usw.[79] Wie lange dauert das?, muß ich Sie fragen. Ist dieses natürliche Befürfnis Frankreichs, wie ich Ihnen zugebe, im Augenblick sein Glacis zu erweitern, nicht nur ein sehr temporäres? Wo wird dieses Interesse sein, wenn *de Gaulle* den auch von ihm erstrebten Ausgleich mit Moskau zustande gebracht hat? Hat Frankreich dann wirklich noch dieses Interesse? Ist es wirklich so, wie Prof. *Erbe* sagt, daß Frankreich so kontinental denkt, daß es immer aus dieser gemeinsamen europäischen Einstellung heraus für die Wiedervereinigung sein wird?[80] Herr Prof. *Erbe,* gehören für die Franzosen zu dem Kontinent Europa, zu Westeuropa wirklich die Gebiete, die im Augenblick nicht zu uns gehören? – Das alles wage ich zu bezweifeln.

---

77 Siehe S. 448.
78 Siehe S. 432, 468.
79 Siehe S. 441.
80 Siehe S. 470.

Zum Schluß darf ich noch eines zu überlegen geben. Wir haben nicht darüber gesprochen und Dr. *Achenbach* hat es nicht analysiert, inwieweit nun in diesem Vertrag grundsätzliche Differenzen zwischen Amerika und Frankreich ihren Niederschlag finden. Ich meine *de Gaulles* Vorstellungen einerseits und *Kennedys* großen Entwurf andererseits. Ist nicht Deutschland sowohl 1914 wie auch 1939 im Grunde daran gescheitert, daß wir uns rein kontinental verhalten haben, daß wir nicht begriffen haben, wie groß die Bedeutung der maritimen, der atlantischen Mächte ist? Mit scheint, wenn wir uns mit diesem Vertrag auf die französische Konzeption einlassen, begehen wir genau denselben Fehler wieder, den wir im großen gesehen in unserer Außenpolitik 1914 und 1939 gemacht haben: eine Überschätzung der kontinentalen Kräfte und eine Außerachtlassung der großen Macht, die in den anderen Ländern liegt, die rein atlantisch orientiert sind.

Dr. MENDE: Herr Kollege *Müller-Link*, Sie haben die Frage gestellt, ob die Fraktionsvorsitzenden vorher informiert worden seien und den Text vorher kennengelernt hätten. Ich muß diese Frage verneinen. Da ich, wie Sie wissen, ein Tagebuch führe, kann ich Ihnen nach kurzer Rückschau die Einzelheiten sagen.

Auf Wunsch von *Ollenhauer, von Brentano* und mir erfolgte für den 18. Januar, von 10 bis 13 Uhr, eine Einladung ins Bundeskanzleramt. Teilnehmer neben uns drei – *Brentano, Erler, Mende* – noch *Gerstenmaier, Schröder, Carstens, Globke* und Ministerialdirigent *Barth* als Protokollierer. *Jansen*[81], der diese Behauptung aufstellt, war nicht dabei.

Zunächst ging es lange um die Frage, ob angesichts der Pressekonferenz des 14. Januar die Reise nach Paris stattfinden soll.[82] *Erler* stellte den formellen Antrag im Namen der SPD-Fraktion, die Reise zu verschieben, sie möglicherweise aus Gesundheitsgründen zu verschieben; es sei ja inzwischen sehr kalt geworden. Er sei verpflichtet, diesen Antrag zu stellen; der SPD-Vorstand habe soeben einen solchen Beschluß gefaßt.

Nach *Erler* meldete ich mich. Mir schiene in der Tat der Zeitpunkt denkbar ungünstig zu sein: am 14. Januar die Pressekonferenz, am gleichen Tag, da der amerikanische Präsident *Kennedy* die Botschaft an den Kongreß erläßt; das schiene mir sehr planvoll zu sein, das könne kein Zufall sein; die Gefahren einer Reise seien zu groß, als daß man nicht überlegen sollte, ob man nicht dem Antrag der SPD folgen sollte.

*Brentano* hielt sich zurück und sagte, man müsse in der Tat abwägen, wie weit die Vorbereitungen gediehen seien.

Daraufhin hat der Bundeskanzler entsetzt gesagt, er sei ganz überrascht, daß man ihm abrate, nach Frankreich zu reisen. „Wenn ich die Reise absage, wird das ganze noch viel schlimmer, als es ohnehin durch die Mißverständnisse

81 Vertreter des Auswärtigen Amtes. Siehe S. 434.

82 *Adenauer* und *de Gaulle* unterzeichneten die Gemeinsame Erklärung und den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit in Paris am 22. 1. 1963. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLAND-POLITIK, IV. Reihe/Bd. 9-1963, 1978, S. 56 f.

schon ist. Ich will doch die Bedenken des französischen Staatspräsidenten gegen den Beitritt Großbritanniens abbauen; das ist das primäre Ziel meiner Reise. Darüber hinaus wollen wir etwas, was bisher paraphiert ist, in Paris signieren. Vielleicht kann Ihnen Herr *Schröder* vortragen, was wir in Paris paraphiert haben als einen deutsch-französischen Vertrag!"

Dann hat Herr *Schröder* einige Grundsatzpassagen vorgelesen. Das dauerte vielleicht fünf Minuten. Der Rest, so sagte er, sind Modalitäten über das regelmäßige Treffen der Außenminister, der Militärs, der Generale usw. Es ist uns kein Text vorgelegt worden, sondern Herr *Schröder* hat vorgelesen, und zwar, wie gesagt, etwa fünf bis sechs Passagen wörtlich. Den Rest hat er vorgetragen. Es sei im Grunde nichts anderes als die nunmehr auch kodifizierte engere deutsch-französische Zusammenarbeit. Unser Verhältnis zum übrigen Europa oder zur NATO werde dadurch in keiner Weise berührt. Das sei harmonisiert und synchronisiert.

Daraufhin hat Herr *Erler* gesagt, wenn es so sei, daß der Bundeskanzler die Reise im wesentlichen im Blick auf Brüssel antrete, könne die SPD ihre Bedenken zurückstellen.

Darauf hat *Gerstenmaier* noch einmal darauf hingewiesen: „Herr Bundeskanzler, was Sie auch immer aushandeln, es muß ratifiziert werden!" – Darauf wurde eine halbe Stunde über Art. 59 GG und über die Notwendigkeit eines Ratifizierungsgesetzes gesprochen. Es wurde weiter gesprochen über Brüssel, die EWG, den Getreidepreis. die Probleme der Kohle und der Textilindustrie. Schließlich sagte der Kanzler: „Sie haben recht, es muß geschehen; ich werde *de Gaulle* davon überzeugen, und gerade die enge deutsch-französische Freundschaft gibt mir die Möglichkeit, in der Konsultation mit *de Gaulle* etwas mehr auf ihn einzuwirken." – Herr *Erler* wurde immer froher, und um 13 Uhr wurde von uns das Ihnen bekannte Kommuniqué herausgegeben[83], aus dem Sie unsere Tendenz ersehen.

(*Müller-Link: Jansen* hat das Gegenteil gesagt! – Dr. *Achenbach:* Ich werde es nachher erklären!)

Die Tendenz der Information war also mehr pro Brüssel. Wir haben bewußt von der „europäischen und atlantischen Solidarität" gesprochen. Einer der schärfsten Argumentierer war Herr *Gerstenmaier.* Er sagte: Herr Bundeskanzler, wenn Sie etwas anderes tun, haben Sie nicht das Vertrauen des Parlaments; der Deutsche Bundestag wünscht den Beitritt Großbritanniens! – Sie sehen, wenn die Auskunft so erteilt worden sein sollte, wie Sie vorhin sagten, wäre sie falsch.

(*Müller-Link: Arning*[84] hat es uns klipp und klar gesagt!)

Dr. ACHENBACH: Wir müssen hier folgendes auseinanderhalten. Es ist selbstverständlich richtig, was Erich *Mende* vorgetragen hat: daß die Fraktionsvorsitzenden den Bundeskanzler auf ein bestimmtes Verhalten festgelegt haben,

83 Vgl. fdk Nr. 5/63 (T) vom 18. 1. 1963.
84 Jurist des *Springer*-Verlags. Siehe S. 471.

nämlich er solle sich bemühen, auf *de Gaulle* einzureden, damit es am 29. Januar nicht schiefgeht.[85] – Der Bundeskanzler hat behauptet, er habe es getan, habe aber leider keinen Erfolg gehabt.

Mir liegt aber daran, festzustellen, daß Herr *Jansen* hier nichts anderes erklärt hat, als was sein Minister im Bundestag festgestellt hat und was Erich *Mende* nicht bestritten hat. Das ist doch ganz selbstverständlich. Herr *Schröder* hat im Bundestag folgendes ausgeführt:

„Ich darf Sie vielleicht noch einmal an die weiteren Stadien dieses Fahrplanes erinnern. Der Herr Bundeskanzler hat die verantwortlichen Spitzen der Fraktionen ein paar Tage später, nämlich am 18. Januar, bei sich gehabt. Wir haben an diesem 18. Januar über diese Fragen ganz offen gesprochen. Dieses Zusammensein bei dem Herrn Bundeskanzler diente der Vorbereitung unserer Reise nach Paris. Ich habe aus diesem Anlaß das, was wir in Paris unterzeichnen wollten, sehr ausführlich, ich möchte sagen, beinahe wörtlich vorgetragen, und die Anwesenden werden sich daran erinnern: das hat damals eine einhellige Zustimmung gefunden, so daß wir hinsichtlich dieser vorgesehenen Reise eine ganz klare Linie hatten."[86]

Wir haben soeben gehört, Herr *Jansen* war nicht dabei. Er hat wiederholt, was sein Minister gesagt hat, und was Erich *Mende* hier dargelegt hat, widerspricht dem doch nicht!

(Dr. *Mende:* Das geht weiter; wir haben nicht zugestimmt!)

– Der Fairness halber möchte ich feststellen, daß Herr *Jansen* nicht dabei war und nur das wiedergegeben hat, was auch der Außenminister im Bundestag erklärt hat.

Müller-Link: Ich greife niemanden an. Unser Vertreter hat uns so berichtet, wie ich es hier dargelegt habe, aber das ist nicht vor dem Landesausschuß geschehen. Es kann die größte Verwirrung anrichten, wenn Leute von uns aus Bonn zurückkommen und sagen, hier sei erklärt worden, die Fraktionsvorsitzenden hätten alle den Text gehabt.

Frau Dr. Ilk: Es ist etwas anderes, ob man einen Satz hört oder ob man den Text vor sich hat. Das sollte Herr *Mende* einmal ganz deutlich hervorheben.

Dr. Achenbach: Das ist nicht so sehr von Interesse. Dieser Erklärung von Herrn *Schröder* haben wir nicht widersprochen und die Sozialdemokraten auch nicht. Wenn es also zutrifft, daß Herr *Schröder* hier etwas Falsches gesagt hat, dann muß eine Erklärung abgegeben werden, obwohl es nicht mehr von großem Interesse ist.

Dr. Mende: Während Herr *Schröder* im Bundestag sprach, hatte ich gerade eine Unterhaltung mit Herrn *Rehwinkel.* Ich habe es daher nicht gehört.

Müller-Link: Die Sache ist mir klar; es ist erledigt.

---

85 Scheitern der EWG-Beitrittsverhandlungen Englands.
86 4. BT Sten. Ber., Bd. 52, 58. Sitzung vom 7. 2. 1963, S. 2635 C.

WEYER: Hierzu noch eine Feststellung! Ich habe in Berlin von dem Stil der Zusammenarbeit gesprochen.[87] Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Vertrag nicht auch im Kabinett doch Gegenstand der Beratung war.

(Dr. *Starke:* War er nicht!)

Es ist doch völlig unmöglich, daß das Kabinett Erklärungen à la *Schröder* entgegennimmt, ohne daß man Punkt für Punkt durcharbeitet und dann eine Meinung der Regierung dazu feststellt. Wenn man das getan hat und sich dann mit den Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt, muß man doch erwarten, daß in einer solchen Arbeitsbesprechung wegen der weitgehenden Bedeutung ebenfalls der Text eines solchen Vertrages erarbeitet wird. Wenn das nicht geschieht, laufen wir Gefahr, daß wir wieder eines Tages vor der Frage stehen: Der Vertrag ist da, er ist zwar nicht nötig, aber wir müssen ihn ratifizieren! Dann kommen unsere Minister in eine schwierige Situation, und das bringt unseren Fraktionsvorsitzenden in eine schwierige Situation. Das ist doch wenig erfreulich für die Partei. Wir müssen den Bundeskanzler, gleichgültig wie er heißt, veranlassen, daß er, bevor er Verträge in Paris unterzeichnet, sie im einzelnen mit uns durcharbeitet, wenn er schon im Namen der Regierung verhandelt.

Dr. STARKE: Wann sind die Worte „vorbehaltlich der NATO" herausgekommen? Die haben dringestanden. Ich habe einen Text, wo sie drinstehen.

Dr. LEVERENZ: Das ist ein historisches Dokument; das bewahren Sie auf! Das wird vom Auswärtigen Amt bestritten.

WEYER: Der Umkehrschluß, wenn das gestrichen wird, wäre: So will man es nicht!

Dr. STARKE: Ich habe neulich in Berlin im kleinen Kreis gesagt, es sei in Paris gestrichen worden. Darauf hat mir jemand entgegengehalten: Nein, nicht in Paris, sondern bei den Dezemberverhandlungen zwischen *Schröder* und *Couve de Murville*.[88] Das ist ganz gleichgültig. Was ich als Kabinettsmitglied als Dokument bekam, enthielt noch den Vorbehalt.

(Dr. *Mende: Mommer* bestätigt das auch!)

Dr. EHRICH: Die Einstellung des Bremer Landesverbandes ist auf der letzten Sitzung schon klar geworden. Es sprechen eigentlich nur negative Gründe für die Ratifizierung. Wir meinen allerdings auch, daß man den negativen Gründen nachgeben muß. Was *Müller-Link* zuletzt noch gesagt hat, möchte ich voll unterstreichen. Ich bin der Meinung, daß es gelingen muß, in irgendeiner Form unter Verwendung der Vorschläge von Hessen und Nordrhein-Westfalen eine geeignete Grundlage zu finden.

Dr. MENDE: Wir brauchen heute keinen Beschluß zu fassen. Dieser Bundesvorstand sollte einer Analyse und einer erneuten Meinungserforschung dienen. Wir werden erst später in der Fraktion und, wenn kein Gegeneinwand kommt, im Bundeshauptauschuß darüber beschließen.

---

87 Siehe Anm. 31.
88 Siehe Anm. 25.

MÜLLER-LINK: Der Hauptausschuß hat in Berlin beschlossen, daß vor der endgültigen Behandlung im Bundestag der Hauptausschuß zusammentritt. Da kommen Sie nicht darum herum!

GENSCHER: Ein formeller Beschluß liegt nicht vor. Wohl aber ist ohne Widerspruch die Anregung gegeben worden.

(*Müller-Link:* Als ein konkludenter Beschluß; sonst stellen wir den Antrag!)

Dr. MENDE: Zumindest müßten wir dann noch etwas hinzunehmen; sonst wären wir in einer Stunde am Ende, wenn die Sitzung des Bundeshauptausschusses etwa dem entspräche, was wir hier haben: Der Kropf ist da; wir müssen ihn schlucken, weil wir uns nicht leisten können, gegen die deutsch-französische Verständigung zu sein.

MÜLLER-LINK: Vielleicht gelingt es, eine Formulierung zu finden, wo die Landesverbände sagen: Wir verzichten darauf. Aber zunächst sollte es dabei bleiben.

Dr. STARKE: Der nordrhein-westfälische Antrag hat mir ganz gut gefallen. Ich habe aber sehr präzise Vorstellungen, was alles hineingenommen werden müßte, was wir mit dem Vertrag erreichen wollen, wenn wir ihn ratifizieren. Ich möchte den Antrag stellen, daß sich ein Gremium damit befaßt, in welcher Form man das etwa ausgestalten kann, was von uns aus noch herein muß. Es sind sehr komplizierte Fragen. Man muß konkret sagen, was man meint.

Dr. ACHENBACH: Zur Geschäftsordnung! In der nächsten Sitzung des Außenpolitischen Arbeitskreises am Dienstag, den 6. März, steht die Ausarbeitung einer Entschließung auf der Tagesordnung. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihrerseits einen Entwurf machen könnten, damit der mit zur Grundlage der Beratungen dort gemacht wird.

WEYER: Wir haben im Kabinett von Nordrhein-Westfalen gesagt: Mit der Zustimmung allein im Bundesrat ist es nicht getan; der Bundesrat sollte mehr tun als nur ja zu sagen; er sollte die Überlegungen, die wir auch im Hauptausschuß in Berlin angestellt haben, in eine Entschließung einbauen. Dann kam die Anregung von Hamburg.[89] Es läßt sich sehr wohl vielleicht noch für den Bundesrat erreichen, daß zur Klärung auch der nordrhein-westfälischen Entschließung Passagen von Hamburg übernommen werden. Das ist eine Sache des Bundesrates. Die Fraktion hat hier alle Möglichkeiten. Für uns ging es im Bundesrat im ersten Durchgang darum, zunächst einmal sehr deutlich dem Kanzler zu sagen: So wie Sie es wollen, mit Ja oder Nein, ist es nicht getan; hier muß mehr geschehen! – Insofern bitte ich die nordrhein-westfälische Entschließung als Grundlage zu nehmen.

SCHULTZ: Darf ich kurz die mir gestellten Fragen beantworten! – Zur Frage von Dr. *Iversen:* Wieso kann der Vertrag für das von mir geschilderte gute Zureden an Frankreich von Wert sein? – Es ist ein Konsultationsvertrag, wo man den Leuten gut zureden kann. Ob sie es tun, ist eine andere Frage!

---

89 Vgl. BR DRUCKS. Nr. 58/3/63 vom 27. 2. 1963 (BR Bibl.).

Bezüglich des Passus ziviler Bevölkerungsschutz.[90] Die Franzosen waren sehr erstaunt, daß das hereinkommen sollte. Ziviler Bevölkerungsschutz ist in Frankreich ein militärisches Problem und bei uns ein ziviles Problem. Deshalb muß das abgeklärt werden.

Zur letzten Frage: vollmechanisierte Divisionen als Bestandteil der force de frappe. Ich habe es anders gelesen. Aber das kommt wahrscheinlich von der Publikation!

Dr. DEHLER: Ich möchte eine Feststellung treffen. Wir haben einen stellvertretenden Außenminister. Weder der Fraktionsvorstand geschweige denn die Fraktion haben jemals etwas über die schwebenden Verhandlungen, über das beabsichtigte Protokoll ober gar über den Vertrag erfahren! Niemals auch nur ein Wort! Bis *Mende* an der Besprechung beim Bundeskanzler teilnahm!

(Dr. *Hoven:* Den stellvertretenden Außenminister haben wir schon vor einigen Monaten in der Bundesvorstandssitzung liquidiert! – Heiterkeit.)

Dr. MENDE: In der Tat, zum ersten Mal haben wir am 18. Januar, zwei Tage vor der Abreise, von einem paraphierten Vertrag erfahren.

(Dr. *Dehler:* Aber wir sind doch Koalitionspartner! Wenn wir etwas fressen sollen, müssen uns die anderen doch vorher etwas präparieren!)

(Dr. *Achenbach:* Die Minister haben doch Entwürfe gehabt, wie Herr *Starke* sagt!)

ZOGLMANN: Das ist in aller Deutlichkeit Herrn *Schröder* gesagt worden. Herr *Schröder* hat sich dort so geäußert, daß er sagt: Ich verstehe gar nicht, ich bin mit Ihren Kollegen jede Woche mindestens einmal zusammen, ich bin nicht darauf angesprochen worden! – Das mag eine Ausrede sein. Aber es ist jetzt mit ihm vereinbart, daß er sofort nach seiner Rückkehr einen ganzen Abend dafür zur Verfügung steht, um mit ihm diese Dinge zu besprechen. In Zukunft wird er in turnusmäßigen Besprechungen, etwa alle sechs Wochen, mit den zuständigen Herren der Fraktion die außenpolitischen Dinge besprechen.

(Zuruf: Das war vor einem halben Jahr schon einmal verabredet!)

– Man muß dafür sorgen, daß es geschieht.

Dr. STARKE: Die Courtoisie, daß man im aktuellen Fall unterrichtet, ist eine Frage des Anstandes und nicht der Festlegung.

Dr. LEVERENZ: Ich wollte nur vor einer Illusion warnen. Es ist gesagt worden, man könne den Vertrag weder mit einem Ja oder mit einem Nein beantworten. Es handelt sich um die Zustimmung zu einem völkerrechtlichen Vertrag. Da kann man nur nein oder ja sagen; man kann nicht „jein" sagen, oder man müßte in neue Verhandlungen eintreten. Das ist praktisch unmöglich. Also bleibt uns nur die Wahl zwischen Ja und Nein übrig.

Das Bestreben im Bundesrat war, die Möglichkeit zu suchen, ohne eine Vertragsänderung wenigstens eine Willenskundgebung von sich zu geben. Das Bedenken gegen den hessischen Vorschlag war eben, daß das eine Vertragsände-

90 Siehe Anm. 13.

rung bedeuten würde, während der nordrhein-westfälische Vorschlag auf eine Erläuterung hinaus liefe, wie wir von deutscher Seite aus diesen Vertrag angewendet zu sehen wünschen.

Ich habe gestern noch einen Vorschlag gemacht, der zuerst auf Zustimmung stieß; aber nachher einigte man sich auf den nordrhein-westfälischen Vorschlag. Aber Sie sollten den Vorschlag wenigstens in Ihren Beratungen mit berücksichtigen. Meines Erachtens liegt die richtige Möglichkeit in der Mitte, dadurch daß wir dem Ratifizierungsgesetz eine Präambel vorsetzen.

(Dr. *Starke:* Wie es die Franzosen immer machen!)

– Die Franzosen machen es immer. Auf diesen Einwand – das habe ich gestern gesagt – sagte das Auswärtige Amt, das entspräche nicht unserer deutschen Gesetzgebungspraxis; wir seien von den Präambeln weggekommen.

(Dr. *Dehler:* Jedes Nazigesetz hat eine Präambel!)

Früher gab es Präambeln, heute gibt es sie nicht mehr. Aber es ist nur ein formelles Gesetz, kein materielles Gesetz. Hier gelten besondere Möglichkeiten, und hier könnte man es machen. Dieser Mittelweg wäre vielleicht der richtige. Vielleicht übernehmen Sie das auch für Ihre Besprechungen!

Dr. ACHENBACH: Darf ich in meinem Schlußwort beginnen mit der Frage von Willi *Weyer*. Ich meine, es ist so gewesen, daß der Vertrag offenbar doch im Kabinett bekannt war.

(*Weyer:* Darüber bin ich mir nicht klar!)

– *Starke* hat gesagt, in seinem Exemplar sei ein NATO-Vorbehalt drin gewesen. Also muß er ihn doch gehabt haben.

(Dr. *Starke:* Natürlich! Bescheinigen wir uns doch nicht, daß wir Dummköpfe sind! Es ist nicht erörtert worden, es hat nicht auf der Tagesordnung gestanden!)

Daß der Text geändert worden ist, hat MinDir *Jansen* selbst gesagt.

WEYER: Weshalb haben wir den Koalitionsbeschluß geschaffen, den wir in Düsseldorf nicht haben, den wir aber praktizieren! Wenn irgend etwas vorkommt, was aus dem Bundesrat aus unserer Sicht bedeutungsvoll ist, dann setzt sich Herr *Meyers* mit mir und den Fraktionsvorsitzenden an einen Tisch; dann trinken wir ein Glas Bier, nehmen uns fünf, sechs Stunden Zeit, besprechen das, stimmen uns ab und gehen gemeinsam vor den Landtag!

Dr. STARKE: Das können Sie mit dem Bundeskanzler nicht machen. Er lädt Sie ein, um Sie zu betrügen. Er liest Ihnen etwas vor und behauptet nachher, Sie hätten zugestimmt. Das ist lebensgefährlich!

Dr. LEVERENZ: Wir sollten heute noch die Aufklärung bekommen, weswegen der NATO-Vorbehalt gestrichen wurde. Das wäre für uns sehr wichtig.

Dr. ACHENBACH: Herr MinDir *Jansen* hat erzählt, bei den letzten Besprechungen, als Herr *Lucet* hier war, hat man darüber gesprochen, und man hat gemeinsam festgestellt, daß das überflüssig sei, und daraufhin hat man es gestrichen.

Dr. STARKE: Vielleicht ist es so, daß man ein französisches Projekt und ein deutsches Projekt hatte. Im französischen Text stand es nicht drin, im deutschen stand es drin, und dann hat man es, um Übereinstimmung zu erzielen, auch aus dem deutschen Text herausgenommen.

(Dr. *Leverenz:* Und zwar, weil es überflüssig sei, weil man sowieso nicht gegen andere Verträge verstoßen wollte!)

Dr. ACHENBACH: Zusammenfassend ist das Ergebnis unserer Diskussion im Konkreten etwa auf der Linie, die *Ehrich* formulierte: Wenn Porzellan zerschlagen wurde, kittet man es nicht dadurch, daß man neues zerschlägt.[91] – So habe ich es verstanden, daß die Ratifizierung über die Bühne gehen soll. Einmütigkeit besteht auch darüber, daß eine Resolution gefaßt werden soll, in der unsere Ziele drinstehen.

(Dr. *Dehler:* Ich bin gegen eine Resolution; ich bin für politisches Handeln, doch nicht für Deklamationen!)

Darin stimmen wir im übrigen voll überein. Ob das nun, wie im Hamburger Antrag, durch eine Präambel geschieht oder durch eine Resolution, läuft im Endeffekt auf dasselbe hinaus.

Wir tun alle gut daran, die Dinge nicht zu sehr zu übersteigern. Dies ist ganz selbstverständlich ein Konsultationsabkommen. Konsultation hat bestimmt einen Sinn. Man bespricht sich, und es gibt zwei Möglichkeiten: man einigt sich, oder man einigt sich nicht. Es ist ganz eindeutig – daran läßt sich gar nicht herumdeuteln –, daß das der Sinn eines Konsultationsvertrages ist.

Es ist ganz sicher, daß man nicht eine Zusatzerklärung bekommt etwa des Inhalts: Die Konsultation hat so zu verlaufen, daß die deutschen Auffassungen immer akzeptiert werden! – Es ist aber ganz selbstverständlich, daß auch die Franzosen uns nicht zumuten werden, die Konsultation habe so zu verlaufen, daß die französischen Auffassungen akzeptiert werden. Sondern wir sind schließlich zwei Partner, und jeder von uns sollte wissen, was er will. Man muß eben versuchen, eine Linie zu finden.

Hieraus jetzt die Schlußfolgerung zu ziehen, daß das gegen den Geist der anderen, multilateralen Verträge verstoßen würde,

(Dr. *Starke:* Nur in puncto EWG!)

das muß ich ganz energisch bestreiten. – Herr *Starke*, der EWG-Vertrag ist ein ganz ausgewogener Vertrag. Die Leute, die den EWG-Vertrag gemacht haben, sind sich darüber im klaren gewesen, daß man zwar langsam von der Einstimmigkeit herunter wollte; aber sie haben bei Majoritätsbeschlüssen ein ganz ausgewogenes System gefunden. Dieses System läuft darauf hinaus, daß kein Beschluß gegen zwei Großmächte gefaßt werden kann und auch nicht gegen eine Großmacht plus Benelux. Man wollte auf diese Art und Weise letzten Endes doch nahe an die Einstimmigkeit herankommen. Denn man sagte sich: wenn in diesem Vertrag laufend gegen eine Großmacht –

91 Siehe S. 473.

(Dr. *Starke:* Man wollte langsam von der Einstimmigkeit wegkommen; das war die Absicht!)

– Man will langsam von der Einstimmigkeit wegkommen, aber man weiß aus politischer Erfahrung, daß es auf die Dauer nicht gut geht, wenn in einem Vertrag laufend Mehrheitsbeschlüsse gegen eine Großmacht getroffen werden. Infolgedessen hat man ein sehr sorgfältig ausgeklügeltes System gefunden. Und wenn das so ist, vermag ich nicht einzusehen, warum sich nicht zwei vorher miteinander verständigen und besprechen.

(Dr. *Starke:* Weil ich der Meinung bin, wir dürfen das nicht; wir müssen dann mit Italien vor jedem Ministerrat genauso sprechen!)

– Das sind doch Dinge, die so praktiziert worden sind, wenn ein Punkt ansteht, der ein Mitgliedsland besonders angeht. Nehmen wir z. B. Apfelsinen! Die Italiener sind bekanntlich sehr gegen die Spanier, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil sie erst ihre eigenen Apfelsinen verkaufen wollen und dann die spanischen. Wenn ein solcher Punkt im EWG-Ministerrat ansteht, ist es doch auch in der Vergangenheit so gewesen, daß sich der deutsche Botschafter in Rom mit den Italienern etwas ausgesprochen hat, wie denn vielleicht die Entscheidung ausgehen würde.

(Dr. *Starke:* Dazu brauche ich keinen Vertrag!)

– Das ist kein schlüssiger Einwand. Darauf hat Prof. *Erbe* in der Tat, wie ich glaube, vorhin die richtige Antwort gegeben. Sie machen sich keine Vorstellung, wie der Abschluß dieses Vertrages – ich glaube, Frankreich wirklich gut zu kennen – tatsächlich in der öffentlichen Meinung bei den Franzosen eine zusätzliche Welle der Sympathie für unser Land erzeugt hat. Das ist nicht zu bestreiten.

Nun das berühmte Argument, die Pflicht zur Konsultation gefährde die Freundschaft. Dieses Argument haben wir auch im Arbeitskreis schon behandelt. Es muß nicht so sein; daß da Schwierigkeiten auftauchen können, wenn man häufig verschiedener Meinung ist, ist klar. Auf der anderen Seite ist dem entgegenzuhalten: Wenn man sagt, man könne keinen Konsultationsvertrag abschließen, weil man mit dem Partner vielleicht Meinungsverschiedenheiten oder Streit bekommen wird – das ist doch eine rein negative Haltung.

Wir haben weder im NATO-Vertrag noch in der EWG noch selbst im Pariser Vertrag oder wo auch immer die Verpflichtung eines unserer großen westlichen Verbündeten – die formelle Verpflichtung –, daß sie nicht ohne vorherige Konsultation etwa mit den Russen über uns verhandeln. Das haben wir nirgendwo, das haben wir hier zum ersten Mal. Auch im Pariser Vertrag heißt es zur Frage der deutschen Wiedervereinigung nur: Die Drei Mächte besprechen sich untereinander und später konsultieren sie dann die Bundesrepublik.

Es ist aber doch gut, wenn wir vorher mit einer der Drei sprechen und uns konsultieren, damit wir ganz genau wissen, was unser Standpunkt ist, bezüglich dessen sie dann geneigt sind, uns zu konsultieren. Man muß doch nüchtern sehen, daß das ein echter Vorteil ist.

(Dr. *Starke:* Ich bin anderer Meinung; ich halte die Zweiseitigkeit im Rahmen der Verträge nicht für günstig!)

Ich möchte im Hinblick auf die Darstellung von Herrn *Leuze*[92] noch folgendes sagen. Wir müssen uns über eines im klaren sein: Wir können nicht einen Kuchen aufessen und ihn gleichzeitig behalten! Über diese materielle Unmöglichkeit sind wir uns einig. Nun sind wir einen römischen Vertrag eingegangen. Diesen Vertrag – pacta sunt servanda – können wir in diesem Moment nicht in Frage stellen. Ich spreche nicht darüber, ob es zweckmäßig ist, sondern wir haben ihn jetzt. In diesem Römischen Vertrag sind gewisse wirtschaftliche Absprachen getroffen, die in der Tat zur Folge haben – das ist zunächst gar nicht zu umgehen, das ist das Wesen einer Zollunion, die sich gegen andere etwas abschließt –, daß also eine Verlagerung der Handelsströme kommt.

(Dr. *Starke:* Es steht ausdrücklich drin, daß sie nicht kommen soll!)

– Nach Möglichkeit nicht. – Ich halte mich für verpflichtet, auf dieses Argument einzugehen. Mit diesen Zahlen operiert auch Herr *Erhard.* Er sagt: im Jahr 1961 ein Überschuß von 6,6 Milliarden, im Jahr 1962 ein solcher von 3,5 Milliarden, und die Überschüsse kommen aus der EFTA.

Meine Herren, Sie glauben doch nicht, daß unsere Handelsbeziehungen zu den EFTA-Ländern aufhören. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß wir fortfahren werden, mit Schweden, Dänemark, Österreich und der Schweiz Handel zu treiben. Wenn wir aber mit diesen Dingen ein bißchen ins Hintertreffen kommen und wenn wir dann von Fall zu Fall auch zusätzliche Absprachen treffen müssen, kann doch daraus nicht der Eindruck entstehen, als ob plötzlich nur noch mit dem einen Handel getrieben wird und mit dem anderen nicht mehr.

(Dr. *Starke:* Für den Wirtschaftspolitiker bleibt das eine echte Sorge!)

– Aber für mich doch auch; ich will es nur auf die richtigen Proportionen zurückführen. Herr Dr. *Leuze* hat dargelegt: Unsere Ausfuhr in die EWG ist um 78 % gestiegen, die Einfuhr um 100 %. Die 78 % Ausfuhrsteigerung wird wahrscheinlich wertmäßig ungefähr soviel sein wie die 100 % Importsteigerung. Auch im übrigen haben wir eine Ausfuhrsteigerung zu verzeichnen: gegenüber EFTA um 45 % und gegenüber der übrigen Welt um 20 %.

Nun komme ich auf den Agrarsektor. Dort – Herr *Leuze,* das müssen wir erkennen – können wir nicht den Kuchen behalten und ihn gleichzeitig aufessen. Der Sinn der Geschichte nach dem Abschluß der Verträge ist tatsächlich, daß wir in Europa erst die Lebensmittel konsumieren, die hier wachsen.

(Dr. *Starke:* Ich bin 100 %ig anderer Meinung!)

– Das mag sein, von einer Gesamtschau her. Aber ich sage Ihnen persönlich, ich halte es sogar für richtig.

(Dr. *Starke:* Ich nicht!)

– Aber es geht eben nicht anders.

---

92 Siehe S. 464–467.

(Dr. *Leverenz:* Das hat natürlich auf unseren Export eine große Wirkung!)

– Aber Sie können nicht den Kuchen behalten und ihn aufessen! Wenn Sie das Getreide in Frankreich kaufen, können sie es nicht in Kanada kaufen. Wenn Sie es in Kanada kaufen wollen, können sie es nicht in Frankreich kaufen!

(Dr. *Starke:* Und die 60 % unseres Exports, die nach Kanada gehen!)

– Das hat doch damit nichts zu tun. Sie tun ja so, als ob wir da überhaupt nichts mehr kaufen würden! – Ich kann nicht mehr essen, als ich gebrauchen kann. Der Sinn der EWG, ob wir es mögen oder nicht, besteht darin, daß man zunächst in der engeren Gemeinschaft kauft und dann erst draußen. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir eben den Vertrag kündigen. Das können wir aber auch nicht; wir haben uns nun einmal dazu verpflichtet.

(Dr. *Leverenz:* Das steht aber im Vertrag nicht drin: Sie haben selbst gesagt, daß darüber im Römer Vertrag nichts drinsteht!)

– Im Römischen Vertrag steht drin, daß die Agrarpolitik gemeinsam zu lösen ist, und ein Teil ist jetzt gelöst.

(Dr. *Leuze:* So kommen wir heute nicht mehr weiter!)

Dr. MENDE: Wir brauchen uns heute nicht zu entscheiden. Wir werden uns wahrscheinlich heute nicht überzeugen. Wir sitzen bis Mai noch mehrmals zusammen. Ich wäre dankbar, wenn wir diese subtilen Differenzen hier nicht zu klären versuchten.

Dr. LEUZE: Der Vorteil hier ist, daß man nicht wie beim Bundesrat binnen weniger Tage den deutsch-französischen Vertrag zu verdauen hat. Ich bin dafür, daß man einen Katalog der wesentlichen Gravamina aufstellt, die sich mit dem deutsch-französischen Vertrag verbinden. Es müßten aber Männer mit gegensätzlichem Standpunkt zusammensitzen, um diesen Katalog aufzustellen.

Wenn wir diesen Katalog vor uns haben, werden wir weiter die Frage zu stellen haben, was wir daraus politisch machen. Dann kommt die Frage: Änderung des Ratifikationsgesetzes, Präambel oder Entschließung? – Was soll in die Entschließung hinein? – Wie wird in den Ausschüssen agiert? usw. – Aber zuerst brauchen wir den Katalog der Gravamina.

Dr. LEVERENZ: Was heißt Katalog! Wir machen uns selbst etwas vor, wenn wir den Standpunkt akzeptieren – da war eben das kleine Zwischenspiel bezüglich der Streichung des NATO-Vorbehalts doch sehr wichtig –, den die Bundesregierung und die französische Regierung übereinstimmend festgestellt haben, daß der Vertrag gegen keine anderen Verträge verstößt. – Was für Vorarbeit wollen Sie denn machen? Was ist denn „Gravamen"?

Dr. LEUZE: Die Frage der Vereinbarkeit des deutsch-französischen Vertrages mit den bestehenden Verträgen ist ein Punkt des Katalogs, den man zu behandeln hat. Da gehört auch die Frage der Streichung des NATO-Passus mit hinein.

Dr. MENDE: Ich wäre dankbar, wenn wir jetzt wie folgt abschlössen. Ich mache einen Vorschlag. Der Arbeitskreis I wird gebeten, unter Auswertung des Wortprotokolls nach der Zuleitung des Vertrages an den Bundestag noch ein-

mal all die Punkte zu prüfen, die heute hier zur Diskussion Anlaß geben und die noch kontrovers sind. Dabei bitten wir, besonders die Kollegen *Starke, Leuze, Leverenz, Müller-Link* zu dieser Arbeitskreissitzung zu laden. Ich würde sagen: auch den Bundesvorstand dazu! Wer dann kommt, um so besser!

Dr. ACHENBACH: Ich habe eine herzliche Bitte zum Abschluß. Hier war übereinstimmend die Meinung: wir werden ratifizieren müssen. Wenn wir aber schon ratifizieren, dann lassen wir doch den Vertrag nicht vorher madig machen!

(Zuruf: Das ist etwas anderes!)

– Ich spreche jetzt nicht von der Diskussion hier. Wir haben beschlossen, wir wollen eine Resolution, in der wir unsere zukünftigen Ziele niederlegen wollen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dabei mithelfen. Ich habe nur die eine Bitte, daß inzwischen nach draußen der Vertrag nicht madig gemacht wird. Denn sonst haben wir gar nichts davon!

Dr. MENDE: Wir haben bisher nach außen keine Stellung bezogen, mit Ausnahme der kritischen Äußerung *Dehlers,* aber im übrigen weder pro noch contra. Ich habe mich im Bundestag auf wenige Sätze beschränkt, eben weil wir noch dabei sind, unsere Stellungnahme zu erarbeiten.

(Dr. *Leuze:* Das wird auch nicht nach der heutigen Sitzung geschehen!)

– Nein! wir haben nicht nötig, darüber ein Kommuniqué auszugeben, sondern erwähnen nur die Tatsache, daß wir uns damit befaßt haben.

(*Borm:* Der Pakt wäre viel leichter zu ratifizieren, wenn er nicht in den Händen von *Adenauer* läge!)

– Herr Kollege *Borm,* Sie müssen auch warten können. Wir warten jetzt alle auf den Zeitpunkt, wo der Koalitionsvertrag erfüllt wird.

Dr. STARKE: Ich möchte nur einen Satz festlegen. Ich stimme dem Vertrag nicht zu, weil er mir irgendwie gefällt oder nicht gefällt oder weil *Adenauer* da sitzt oder nicht. Ich stimme mit dem Satz von *Achenbach* überein, man soll nicht noch mehr Porzellan zerschlagen. Aber ich bin der Meinung, und hierin stimme ich Herrn *Erbe* zu, daß man von den Franzosen lernen kann. Es ist alte französische Gesetzespraxis zu sagen: In der und der und der Erwägung stimmen wir der Ratifizierung des Vertrages zu. – Damit tue ich nichts gegen den Vertrag. Ich sage nur, was ich damit will. Die Franzosen nehmen nach ihrer Praxis die Präambel zur Auslegung ihrer Gesetze hinzu. Wir können uns ebenso den Franzosen gegenüber darauf berufen: das und das und das sind die Ziele, die wir anstreben, was wir hiermit ausdrücklich zu diesem Vertrag erklären. – Ich halte es für sehr wichtig, daß wir so verfahren.

Dr. MENDE: Wir kommen damit zum Schluß. Mit Zustimmung des Vorstandes wird der Arbeitskreis I die Frage weiter behandeln unter Auswertung der

bisherigen Bundesratsdrucksachen.[93] Die Interessenten werden gebeten, daran teilzunehmen.

(Schluß dieses Punktes: 18.10 Uhr)

93 Siehe Anm. 19, 72, 89.

## 38.

## 23. 3. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 116. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 23. März 1963 in Neustadt/Weinstraße, Saalbaugaststätte." 11.15 Uhr–13.25 Uhr; 14.30 Uhr–16.50 Uhr.**

Teilnehmer: Atzenroth, Borm, Borttscheller, Brodeßer, Bucher,Thomas Dehler, Erbe, Genscher, Haas, Haußmann, Hoppe, Iversen, Kastenmeyer (DJD), Kirst (i. V. von Engelhard), Kohl, Leverenz, Marx, Mende, Moersch, Schollwer, Schultz, Völker (i. V. von Glahn), Wedel.

Gäste: Betzmeir, Brendel, von Bünau, Gerhard, Glatz, Glesius, Hamm, Heitz, Vera Jakob, Keller, Köhler, Schlühert, Süttor, Webler.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Dr. MENDE fest, daß sich der Landesverband Berlin vor der Koalitionsabsprache mit der SPD[2] gem. § 9 Abs. 2 der Bundessatzung mit dem Bundesvorstand ins Benehmen gesetzt hat.[3]

1. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE berichtet zunächst über die Gespräche mit Vertretern von Bundesvorstand und Fraktionsvorstand der CDU über die Nachfolge im Kanzleramt.[4] Nach den bisher geführten Gesprächen ist damit zu rechnen, daß sich die CDU noch bis zur Sommerpause intern über die Nachfolge entscheiden wird. Soweit Vermutungen und Gerüchte aufgetaucht sind, daß die Kanzlerfrage bereits früher durch Umgehung des verfassungsrechtlichen Weges entschieden werden könnte, stellt Dr. MENDE fest, daß Partei und Fraktion, ebenso wie Teile der CDU (Dr. *Krone*), ein derartiges Verfahren nicht unterstützen

1 Entschuldigt waren *Bursig, Dahlgrün, Dörinkel, Effertz, Graaff,* Herta *Ilk, Kirchhoff, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz,* Eduard *Leuze, Lüder,* Marie-Elisabeth *Lüders, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Scheel, Simonis, Starke* und *Weyer.*

2 Vgl. Nr. 37 Anm. 5.

3 Vgl. den Wortlaut des § 9 Abs. 2 in Nr. 28 Anm. 5.

4 Vgl. Nr. 35 Anm. 7. *Mende* sah die „Tendenzen schwarz-rot beseitigt" und distanzierte sich in seinen Ausführungen von den Politikwissenschaftlern *Eschenburg* und *Sternberger* als Befürworter eines Zweiparteiensystems. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 23. 3. 1963 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

werden. Er drückt sodann seine Überzeugung aus, daß sich die CDU rechtzeitig vor Bekanntgabe ihrer Entscheidung mit uns in Verbindung setzen wird.

Zur Kontroverse über das Röhrenembargo begründet Dr. MENDE noch einmal die Haltung von Bundespartei und Fraktion. Auch die FDP ist selbstverständlich bereit, ihren Verpflichtungen aus dem NATO-Bündnis nachzukommen und – trotz der Bedenken gegen die Wirksamkeit derartiger Maßnahmen – dem Röhrenembargo für die Zukunft zuzustimmen. Für bereits abgeschlossene Verträge muß jedoch das Prinzip der Vertragstreue gelten.[5]

Dr. MENDE unterrichtet sodann den Bundesvorstand, daß die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche fortgesetzt werden.[6] Dabei wird jetzt dort fortgefahren, wo die Verhandlungen vor der Kuba-Krise[7] abgebrochen worden sind. Die Partei begrüßt diese Gespräche, stellt jedoch fest, daß die Verhandlungen über die Berlin-Frage nur einen Teilbereich der Deutschlandfrage darstellen und diese Frage wiederum mit den Problemen einer gesamteuropäischen Lösung verknüpft werden müsse.

Zum deutsch-französischen Vertrag[8] erklärt Dr. MENDE, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion werden weiterhin darauf dringen, daß der Bundestag in geeigneter und wirksamer Weise deutlich macht, daß der deutsch-französische Vertrag nicht zu einer Beeinträchtigung bereits bestehender Verpflichtungen aus Verträgen und Bündnissen führt.

In der Aussprache unterstreichen fast sämtliche Diskussionsredner in Übereinstimmung mit Dr. MENDE die Notwendigkeit, zum deutsch-französischen Vertrag bzw. zum Ratifizierungsgesetz eine Präambel hinzuzufügen, die auf die Übereinstimmung des Vertragswerkes mit den Bestrebungen zu einer gesamtdeutschen Einigung hinweist.[9]

Dr. DEHLER macht Bedenken geltend, ob eine Präambel zum Ratifizierungsgesetz überhaupt rechtswirksam das Abkommen selbst beeinflussen könnte.

SCHULTZ ergänzt den Bericht von Dr. *Mende* hinsichtlich der letzten Verhandlungen über die Konstituierung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß. Dieser Ausschuß soll die Vorgänge bei der Weitergabe von

---

5 Der Ständige NATO-Rat hatte am 21. 11. 1962 ein Embargo für Großstahlrohre an die UdSSR empfohlen. Die Bundesregierung hatte am 18. 12. 1962 eine Rechtsverordnung über das Embargo auch für abgeschlossene Verträge erlassen. Bei der Abstimmung über das Röhrenembargo im Deutschen Bundestag am 18. 3. 1963 hatte die FDP gegen den Lieferstopp gestimmt und sich damit von der CDU/CSU distanziert. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 85. *Mende* nannte als einen Gesichtspunkt u. a. die „internationale Glaubwürdigkeit" der Bundesrepublik. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 23. 3. 1963 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

6 US-Staatssekretär *Rusk* und der Botschafter der UdSSR, *Dobrynin*, trafen am 26. 3. 1963 in Washington zu einem Sondierungsgespräch über die Berlin-Frage zusammen. Das letzte amerikanisch-sowjetische Berlin-Gespräch hatte am 18. 10. 1962 stattgefunden. Vgl. AdG 1963, S. 10483 F.

7 Vgl. Nr. 32 Anm. 12.

8 Vgl. Nr. 37 Anm. 13.

9 Zur Entscheidung des Bundestages vom 18. 3. 1963 für eine Präambel, mit der aus FDP-Sicht eine Distanzierung zwischen CDU/CSU und FDP wie im Fall des Röhrenembargos (siehe Anm. 5) vermieden wurde, vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 84 ff.

Geheimprotokollen des Verteidigungsausschusses untersuchen.[10] SCHULTZ weist darauf hin, daß diese Frage der Öffentlichkeit gegenüber geklärt werden muß.

Die Erweiterungsanträge der SPD, die Untersuchung auch auf Beamte des Bundesjustizministeriums und der Bundesanwaltschaft auszudehnen, hat die Fraktion deswegen abgelehnt, weil sie nicht zur Sache gehören. Für die Erweiterung des Beweisthemas müsse die SPD einen eigenen Untersuchungsausschuß beantragen.

Weiter begründet SCHULTZ die Haltung der Fraktion zur Schaffung einer multinationalen und später auch multilateralen Atommacht der NATO. Er macht darauf aufmerksam, daß damit erneute Erhöhungen der Verteidigungsausgaben auf uns zukommen. Von den jährlich etwa 2 Milliarden DM Mehrbelastungen würden auf die Bundesrepublik etwa 33 bis 40 % entfallen. Zum Gesamtprojekt bemerkt SCHULTZ, daß ein solches Abkommen bzw. eine solche Atommacht zwar politisch bedeutungsvoll sei, militärisch jedoch nur geringe Bedeutung habe. Das Abschreckungspotential werde nicht verschoben, sondern nur örtlich verlagert. Im übrigen bringe der Übergang zum zweiten Abschnitt, nämlich die Aufstellung gemischer Mannschaften aus den verschiedenen nationalen Armeen, ganz erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Aus den schon genannten politischen Gründen wird die Partei die Bildung einer solchen gemeinsamen Streitmacht unterstützen.

Dr. MENDE unterbricht die Beratungen um 13.25 Uhr zur Mittagspause. Die Sitzung wird um 14.30 Uhr fortgesetzt.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung beschließt der Bundesvorstand, keine Erklärung über den deutsch-französischen Vertrag und seine Ratifizierung abzugeben, solange die Bundestagsfraktion nicht mit den Fraktionen der anderen beiden Parteien über die Fortführung des Verfahrens im Bundestag verhandelt hat.[11]

In der Aussprache über die innenpolitischen Fragen beglückwünscht KASTENMEYER als Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten ausdrücklich die Partei zu ihren Gesprächen mit dem DGB.[12] Dr. DEHLER betont, daß diese Gespräche außerordentlich sachlich verlaufen sind und dabei auch bei den Vertretern des DGB die Bereitschaft zu einer sachlichen Aussprache vorhanden gewesen sei. Er hebt ebenso wie Dr. MENDE hervor, daß beide Gesprächspartner, Partei und DGB, sich gegenseitig als notwendige Träger demokratischer Ordnungsfunktionen anerkannt haben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der DGB sich zur differenzierten Leistungsgesellschaft bekennt und die FDP nicht als sozialreaktionär betrachtet.

---

10 Zusammentritt des BT-Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß in dieser Sache erstmals am 21. 3. 1963, letztmals am 30. 4. 1963. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 635 f.

11 Vgl. Nr. 37 Anm. 14.

12 Das Gespräch fand auf Einladung des DGB am 11. 3. 1963 in Düsseldorf statt und wurde von der FDP positiv bewertet. Für die FDP nahmen daran teil u. a. ihr Vorsitzender *Mende*, Bundesminister *Mischnick* und Bundestagsvizepräsident *Dehler*. Vgl. fdk Nr. 27/63 (T) vom 11. 3. 1963.

Im Anschluß hieran macht Dr. LEVERENZ Bedenken dagegen geltend, daß diese Verhandlungen nicht vom Bundesvorstand, sondern von der Bundestagsfraktion geführt worden sind. Während die CDU die Funktionen ihres Bundesvorstandes verstärke, liege bei unserer Partei in dieser Beziehung manches im argen. Dr. MENDE erklärt hierzu, daß der DGB nicht die Partei, sondern die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien besucht habe und das Düsseldorfer Gespräch nur der Antwortbesuch gewesen sei. Er setzt sich ebenfalls für eine stärkere politische Arbeit des Bundesvorstandes ein, verweist in diesem Zusammenhang allerdings auf die immer wiederkehrende Tatsache, daß eine kontinuierliche Arbeit durch die zahlreichen Entschuldigungen zu allen Vorstandssitzungen und die frühe Abreise von Sitzungsteilnehmern empfindlich gestört werde. Mit Unterstützung aller Anwesenden wird empfohlen, auf dieses Mißverhältnis von Mitgliedschaft im Bundesvorstand und Teilnahme an der Arbeit vor den nächsten Vorstandswahlen hinzuweisen.[13]

2. DIE LAGE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT UND DES DEUTSCHEN WEINBAUES UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES EUROPÄISCHEN AGRARMARKTES

Zu diesem Punkt hält SCHULTZ ein Referat, das in einer verkürzten Zusammenstellung als Anlage 1 beigefügt ist.[14]

3. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES KULTURPOLITISCHEN AUSSCHUSSES VOM 8. UND 9. FEBRUAR 1963

Referent: Prof. Dr. Walter *Erbe*.

Dieses Referat ist entsprechend dem Beschluß des Bundesvorstandes zusammen mit dem Wortlaut der Beschlüsse des Kulturpolitischen Ausschusses als Anlage 2 beigefügt.[15]

Nach Beratung durch den Bundesvorstand werden die Beschlüsse des Kulturpolitischen Bundesausschusses der Bundestagsfraktion der FDP, den FDP-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und dem Abgeordnetenhaus von Berlin als Arbeitsmaterial überwiesen.

4. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES ÖFFENTLICHER DIENST VOM 6. 3. 1963[16]

Der Referent, Bürgermeister i. R. GERHARD, berichtet als Vorsitzender des Ausschusses. Er legt dem Bundesvorstand zunächst einen Antrag zur Bildung eines Unterausschusses mit der Bezeichnung „Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst" vor. Zu der vorgeschlagenen Liste über die Mitglieder dieses Unterausschusses wird festgestellt, daß einzelne der Genannten nicht ordentliche Mitglieder des Bundesausschusses sind und damit auch nicht Mitglieder eines Unterausschusses werden können. Im übrigen aber wird auf die bisherige Pra-

13 Vgl. Nr. 29 Anm. 33.
14 Siehe Anlage 1.
15 Siehe Anlage 2.
16 Siehe Anlage 3.

xis verwiesen, wonach derartige Ausschüsse nur unter ganz besonderen Voraussetzungen gebildet werden sollten.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände faßt der Bundesvorstand zu diesem Antrag keinen Beschluß.

GERHARD gibt sodann die Anregung, im Rahmen des Bundesparteitages 1963 einen besonderen Arbeitskreis für die Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes zu bilden. Hierzu wird darauf verwiesen, daß die Probleme dieses Gebietes in einem der bereits vorgesehenen Arbeitskreise behandelt werden.

Sodann nimmt der Referent zur Harmonisierungsnovelle[17] Stellung. Er betont insbesondere, daß noch vor der Harmonisierung die Anhebung der Beamtenbesoldung erfolgen müsse. Mit diesen Verhandlungen sollte nach der Ansicht des Ausschusses sofort nach den Tarifverhandlungen mit dem Öffentlichen Dienst begonnen werden. Ebenso müsse eine baldige Schlußgesetzgebung zum 131er Gesetz eingeleitet werden.[18] Das gelte ebenso hinsichtlich eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts im Öffentlichen Dienst.[19]

Bei der etatrechtlichen Behandlung der Leistungen aus dem Gesetz 131[20] müsse darauf geachtet werden, daß die Leistungen an Berufssoldaten in den Etat des Verteidigungsministeriums gehörten.

Die Ausführungen von GERHARD werden von Parteifreund BETZMEIR vom Ausschuß Öffentlicher Dienst ergänzt. BETZMEIR weist auf die Bedeutung des Berufsbeamtentums hin sowie auf entsprechende Formulierungen zur Stärkung des Berufsbeamtentums im Berliner Programm[21] und im Aufruf der Partei für die Bundestagswahl 1961.[22]

Zur Sachbehandlung schlägt er vor, die Partei solle sich für eine Streichung der Tarifklasse IV und der Ortsklasse B einsetzen. Von 43 000 Betroffenen in der Ortsklasse B befänden sich allein 37 000 in den Besoldungsstufen A I bis A VI. Die Leidtragenden seien gerade hier die niederen Tarifklassen. Ganz besonders setzt er sich für einen Ausgleich der Sozialkomponenten des Gehalts (Ortszuschlag und Kindergeld) ein.[23] Die unterschiedliche Höhe des Kindergeldes je nach Lebensalter des Kindes führe zu einer unzumutbaren Verwaltungsbelastung und damit zu überflüssigen Ausgaben.

---

17 2. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 18. 12. 1963 (BGBl. I, S. 901).

18 4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen vom 9. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1203).

19 7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 9. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1210).

20 Gesetz über Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Unterbringung der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. 5. 1961 (BGBl. I, S. 307).

21 Vgl. Abschnitt 2 und 4 des Berliner Programms von 1957, abgedr. in P. JULING, 1977, S. 146 f.

22 Vgl. XII. BUNDESPARTEITAG 1961, 1961, S. 127.

23 Vgl. 4. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. 8. 1965 (BGBl. I, S. 1024).

BETZMEIR fordert den Bundesvorstand auf, sich um die Förderung des Nachwuchses für diejenigen Beamtengruppen einzusetzen, für die wegen der unregelmäßigen Arbeitszeit besondere Nachwuchssorgen bestehen.

Dr. MENDE erklärt die Bereitschaft des Bundesvorstandes, sich mit diesen Problemen weiter zu beschäftigen und sich insbesondere für eine Beseitigung der ungleichmäßigen Behandlung bei Ortszuschlag und Kindergeld einzusetzen.

Der Bundesvorstand ernennt auf Vorschlag des Bundesfrauenausschusses Frau Cläre *Blaeser,* Wuppertal, und Frau Dr. Clara *von Simson,* Berlin, zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses.[24]

SCHULTZ teilt mit, daß für den neukonstituierten Wissenschaftlichen Beirat für innere Führung beim Bundesverteidigungsministerium Parteifreund Dr. Klaus *Scholder* benannt worden ist. Er hebt hervor, daß die Partei zum ersten Mal vom Verteidigungsministerium zu einer derartigen Nominierung aufgefordert wurde. Diesen Umstand müsse man wohl nicht zuletzt mit dem Wechsel im Ministeramt in Verbindung bringen.[25]

Eine Anfrage des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen über das Verhältnis zum LSD wird zurückgestellt, da kein Vertreter des Landesverbandes anwesend ist, um die Anfrage zu erläutern.

Dr. MENDE gibt bekannt, daß Minister Dr. *Leuze,* Frau Dr. *Heuser* und Dr. *Iversen* als Vertreter der Partei und der Bundestagsfraktion an der Delegiertenversammlung des LSD in Konstanz teilnehmen werden.[26]

ANLAGE 1

zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 23. 3. 1963[27]
AUSGANGSPUNKT GRÜNER BERICHT 1963[28]

1. Landwirtschaftliche Produktion von 1950/51 bis 1963 um 40 % gesteigert unter gleichzeitiger Arbeitskräftebestands-Verringerung um 1,6 Millionen AK ebenso 40 %.
2. Investitionstätigkeit 1961/62 ebenso wie in 1960/61. Erstmalig seit 1952/53 jedoch keine Erhöhung der Brutto-Investition. Gegenüber Vorjahr stärkere Verschiebung der Ausgaben nach Wirtschaftsgebäuden und Viehbeständen. Aufwendungen für neue Maschinen gingen zurück.
3. Vergleichslohn gewerbliche Wirtschaft seit 1956/57 um 43 % erhöht, erzielter landwirtschaftlicher Lohn um 38 %.

   Abstand 1956/57 36 %

   1957/58 26 %

24 Vgl. Beschlüsse des Bundesfrauenausschusses der FDP vom 11. 2. 1963 (NL Haußmann Q 1/22 Bü 804, 2 S.).
25 Vgl. Nr. 35 Anm. 33.
26 16. ordentliche Delegiertenversammlung des LSD vom 23. bis 27. 3. 1963 in Konstanz. Vgl. LSZ Jg. 12, Nr. 3, Mai 1963, S. 1.
27 ADL, Ordner Nr. 116; HStASt, Q 1/22, Bü 804, NL Haußmann.
28 Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 83, Drucks. Nr. 940 vom 1. 2. 1963.

1958/59 24 %

1959/60 27 %

1960/61 26 %

1961/62 38 %

Ohne Sofortmaßnahmen (Milchprämie, Ausgleich Eier, Handelsdünger-Dieselkraftstoff-Verbilligung, Fortfall der Umsatzssteuer) Abstand rund 51 %. Einkommensrückstand wird wachsen.

4. Schuldenzunahme auf 14,5 Milliarden mit 1,48 Milliarden. Seit Währungsreform höchste Schuldenzunahme.

5. Schrumpfung der Betriebe bis zu 10 ha, aber auch über 50 ha. Zunahme der Betriebe in der Größe zwischen 10 und 50 ha.

6. Kosten stiegen schneller als Einnahmen. 1961/62 gegen 1954/55: Betriebsausgaben + 55 %; Verkaufserlöse + 37 %;

   1961/62 gegen 1960/61:

   Betriebsausgaben: 1,2 Milliarden Mark mehr

   Erlös: 0,3 Milliarden Mark mehr.

   Index der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel 1954/55: 188. 1961/62: 218.

   Tariflöhne: 1954/55: 211, 1961/62: 370

   Steigerung Erzeugerpreise: Index von 193 auf 220.

7. Agrarpolitik keine grüne Front oder Berufsstandspolitik, sondern Ernährungspolitik und – nach Ernährungssicherungsstellungsgesetz – auch Ernährungssicherstellungspolitik. Demnach Bezahlung der Arbeit in Landwirtschaft entweder über Preis oder Subvention oder Umschuldung.

8. Druck kommt von drei Seiten:

   aus EWG-Raum (Steigerung Produktion Frankreich, Holland, Italien),

   aus Drittländern des Westens und Ostens,

   beträchtliche Steigerung industrieller Vergleichslöhne von Jahr zu Jahr.

9. Gemäß Bedeutung eigener Nahrungsproduktion für Zahlungsbilanz und damit Stabilität der Währung Sicherstellung der deutschen Produktion mindestens im gegenwärtigen Umfang.

10. Keine Zustimmung zum Abbau deutscher Erzeugerpreise auf arithmetische Mittel in EWG. Senkung Getreidepreis als Eckpreis fördert „Balkon-Landwirtschaft“ und gewerbliche Großbetriebe. Durch steigendes Angebot in Nahrungsmitteln keine Verbilligung, da steigende Kosten in der Weiterverarbeitung auf Verbraucher abgewälzt werden.

11. Vor Festsetzung von Preisen durch EWG ist zu fordern: Durchführung einer Enquete in EWG-Ländern für EWG-Agrarmarkt. Aufstellung eines Katalogs der Wettbewerbsverzerrungen mit anschließenden Verordnungen für Abbau der Wettbewerbsverzerrungen.

12. Revision des Deutschen Landwirtschaftsgesetzes nach Muster des französischen „Orientierungsgesetzes" für die Landwirtschaft vom August 1960 mit Ergänzungsgesetz vom August 1962. Erlaß eines EWG-Landwirtschaftsgesetzes nach Artikel 39 EWG-Vertrag interpretiert.
13. Weinbau: Grundlage ist EWG-Verordnung Nr. 24 vom 20. 4. 1962, Einteilung Produkt Wein in zwei Qualitätsklassen
    a) Qualitätswein
    b) Konsum- oder Tischwein.

    EWG-Verordnung Nr. 134 vom 6. 1. 1962: Ernte- und Bestands-Meldung zur Erstellung Weinbilanz.
    EWG-Verordnung Nr. 143 Schaffung Weinbau-Kataster setzt verschiedene Paragraphen Weinwirtschaftsgesetz außer Kraft.
    Entscheidung des Rates über Einfuhrkontingente.
14. Forderung an Bundesregierung und Länder:
    Einigung über die Ausfuhrverordnungen zu Verordnung Nr. 24.
15. Forderung an Bundesregierung:
    Vorlage Weingesetz-Neufassung wegen:
    a) Erzielung klarer Konzeption gegenüber EWG,
    b) Bezeichnungsrecht vereinfachen, dabei klare Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Tischwein,
    c) Kellerwirtschaftliche Weiterentwicklung.

ANLAGE 2

zum Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 23. 3. 1963[29]
Professor Dr. Walter *Erbe*
EINIGE BEMERKUNGEN ZUR HOCHSCHULREFORM

Es gibt das böse Wort, daß es keine Hochschulreform gebe noch geben werde, sondern nur eine Geschichte der Hochschulreform. Aber das ist nicht wahr. Etliches hat sich seit Kriegsende gegen früher zum Besseren verändert: Es ist Kostspieliges geschehen zur Gewinnung, Förderung und Sicherung des Nachwuchses, die Anzahl und die Dotierung der Assistenten- und Förderungsstellen wurden erhöht, ebenso die Zahl der Diätendozenturen, es wurden Stellen für Wissenschaftliche Räte eingerichtet, schließlich wurden gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats[30] die Lehrstühle bereits bedeutend vermehrt, insbesondere in nicht seltenen Fällen Parallellehrstühle – gleichberechtigte Professuren für dasselbe Fach – geschaffen; zu verweisen ist weiter auf die erheblich verbesserte Instrumentalisierung der Wissenschaft durch Neubau und sachliche Ausrüstung von Instituten, Kliniken und Bibliotheken, und vor allem auf Wandlungen in Stil und Methode des akademischen Unterrichts. Ansatzpunkt für weitere Überlegungen zur Hochschulreform muß dasjenige Fak-

29 ADL, Ordner Nr. 116; HStASt, Q 1/22, Bü 804, NL Haußmann.
30 Vgl. Nr. 18 Anm. 212.

tum sein, das unsere Hochschulen in die gegenwärtigen Krisis versetzt hat: die Überfüllung.

Das Thema „Hochschulreform" kann hier bei weitem nicht in seinem gesamten Umfange behandelt werden. Drei Probleme, auf die wir eine Antwort finden müssen, möchte ich herausgreifen, weil sie mir – das ist ein sehr subjektives Urteil – als die wichtigsten erscheinen. Diese sind:

1. das Verhältnis von Forschung und Lehre, das sehr komplex ist, sodann:
2. die aus der Entwicklung der Wissenschaft selbst für Forschung und Lehre zu ziehenden Folgerungen, und endlich:
3. die akademische Freiheit.

ad 1. Dabei geht es um das Verhältnis zwischen dem allgemeinen Hochschulunterricht einerseits und der Forschung und der Ausbildung von Forschern andererseits, welch letztere sich nicht erschöpft in der Ausbildung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses, sondern auch diejenige der nicht nach einem Lehrberuf strebenden Forscher umfaßt, z. B. der Physiker und Chemiker, deren die zahlreichen Forschungsinstitute der Wirtschaft bedürfen. Die Absicht, „die wissenschaftliche Hochschule durch die Ausgliederung der Massen zu retten", läßt es vielen geraten erscheinen, Forschung und Lehre voneinander zu trennen, indem die Berufsausbildung Fachhochschulen übertragen, dagegen die Forschung und die Sicherung des Forschernachwuchses den Universitäten vorbehalten wird. Eine Ausprägung dieses m. E. unannehmlichen Gedankens war die Vorstellung, die neu zu gründenden Hochschulen als Forschungshochschulen zu gestalten. Aber die Forschungshochschule ist nicht nötig um der wachen Geister willen, die die persönliche Bindung an die Wissenschaft suchen; diese finden vielmehr ihren Weg in der Universität, ohne durch den Massenbetrieb behindert zu sein, sie müssen ihr Ziel sonach nicht erst „jenseits der Universität" suchen. Entfällt aber die Obsorge für den Forschernachwuchs als Argument zugunsten der Forschungshochschule, so meine ich, daß es überhaupt kein genügendes Argument für diese gibt, so daß man also auch keine weiteren Argumente gegen sie braucht, auch nicht das pharisäisch klingende, die traditionellen Universitäten würden mit der Einrichtung einer höheren Stufe automatisch sowohl in der Lehre als auch in der Forschung in den zweiten Rang verwiesen. In die Richtung, die „Zwei-Stufen-Universität" in organisatorischer Verbindung der beiden Stufen, die Zweiteilung also der Universität in eine Fachhochschule (für mehre Fachrichtungen) und in die übergeordnete eigentliche Hochschule unter demselben Dach und mit wechselseitigen Kontakten zu vollziehen, bewegt sich, gewollt oder ungewollt, auch der bereits praktizierte Versuch, mit einem sogenannten Mittelbau die herkömmliche Verquickung von Forschung und Lehre aufzulösen oder mindestens stark aufzulockern. Man versteht unter Mittelbau die Hineinnahme von solchen Kräften in den Personalbestand der wissenschaftlichen Hochschulen, denen nicht oder jedenfalls nicht im selben Maße wie den Inhabern von Lehrstühlen die Verbindung von Forschung und Lehre auferlegt wird, die sich vielmehr ganz oder doch vorwiegend der Unterrichtung der Studenten annehmen sollen (Studienprofessoren, Studienräte bzw. Oberstudienräte im Hochschuldienst). Der Sinn

dieser Institution soll sein, die Lehrstuhlinhaber wesentlich von Lehrverpflichtungen zu entlasten und sie damit für die Forschung und für sublimere Stufen des Lehrens freizumachen. Für diesen Mittelbau konnte ich mich nie erwärmen: Er schafft zwei Kategorien akademischer Lehrer, solche höheren und minderen Ranges und unterschiedlicher Besoldung und versetzt damit die Hochschule in eine dauernde und, wie ich befürchte, sehr bald unerträgliche soziale Spannung. Was ich dagegen zum Behufe einer Entlastung von Lehrstuhlinhabern von Lehrverpflichtungen für tunlich halte, sind feste Planstellen, auf die für mehrere Jahre, nicht freilich auf Dauer, interessierte, erfahrene und qualifizierte Praktiker (Beamte, Richter, Studienräte) berufen werden, gewiß mit der Chance, mit und in Ausnahmefällen selbst ohne Habilitation zum Lehrstuhlinhaber aufzurücken; der Weg dazu ist die Beurlaubung für den Hochschuldienst. In Parenthese möchte ich hier anmerken, daß mich der Versuch des Hofgeismarer Kreises, zwischen Lehre und Unterricht zu unterscheiden, den letzteren als „methodische Schulung und Berufsvorbildung" zu qualifizieren, nicht überzeugen konnte. M. E. täuschen sich übrigens die Befürworter der Trennung von Lehre und Unterricht über den Umfang des Stoffes, den die Unterrichtenden den Lehrenden abnehmen könnten, dieser wäre in den Disziplinen, die ich übersehe, nicht eben groß.

Alles bisher Gesagte heißt aber keineswegs, daß es keine weitere Reform geben werde. Wir stehen im Gegenteil vor einer Reihe neuer hochschulpolitischer Maßnahmen, die am deutlichsten bei neu zu gründenden Hochschulen, die ja nicht einfach von der Stange gekauft werden dürfen, in Erscheinung treten werden. Man erhofft sich die Verwirklichung von Reformplänen gerade von diesen neuen Hochschulen, weil es zur Formung ihrer Struktur Beschlüsse braucht, die nicht von autonomen Hochschulfakultäten zu treffen sind, sondern von außerhalb. Dies führt nun aber bereits über zu meiner Ziffer 2.

ad 2. Die unaufhaltsam fortschreitende Expansion und Verzweigung der Wissenschaft durch Vervielfachung der Disziplinen und damit die Aufgliederung der Hochschulen in Abteilungen und departments macht dringend erforderlich Einrichtungen, in denen die Grenzen wieder überschritten werden, sowohl die Fakultätsgrenzen als auch die Abteilungs- und Fachgrenzen, Einrichtungen, die die geistige Atmosphäre liefern für Forschungsarbeit, die sich nicht eindeutig einem der herkömmlichen Spezialfächer bequemt, die sich vielleicht gerade im Grenzgebiet mehrerer Spezialfächer bewegt. Unsere Wissenschaften haben ihre Grenzprobleme, und diese dürfen nicht unbehandelt bleiben. Sie wurden jedoch bei uns vernachlässigt, da sie sich ohne Überschreitungen fachlicher Grenzen gar nicht behandeln lassen, solche Grenzüberschreitungen aber gerne des Dilettantismus verdächtigt und überdies viel mehr übelgenommen als ermutigt werden. Außer den herkömmlichen Arbeitsteilungen muß es daher auch noch andere, nämlich die übergreifenden Einteilungen und Verbindungen mit zugehörigen inderdisziplinären Instituten[31] geben, nicht also, damit diese

31 Hierzu enthält die Vorlage folgende Fußnote: „Solche übergreifenden Einrichtungen bieten oft auch erst die solche Forschungsarbeit ermöglichenden Hilfsmittel. Ein Versuch in der Rich-

neuen Einteilungen jene alten aufheben, sondern damit beide nebeneinander bestehen. Würden nämlich durch Verselbständigung von kleineren Lehr- und Forschungsabteilungen die Fakultäten geteilt, dann wären diese neuen Abteilungen kein Mittel, um die Gefahren der Spezialisierung zu bannen, sondern im Gegenteil der Anfang von neuen, noch differenzierteren Spezialisierungen. Die Teilung von Fakultäten sucht man auch zu rechtfertigen mit der Erwägung, daß Mammutfakultäten mit 80 und mehr Lehrstuhlinhabern als Beschluß- und Beratungsgremien nicht arbeitsfähig seien; sie sind es in der Tat nicht, aber der Fehler liegt solchenfalls darin, daß man eine Fakultät auf so zahlreiche Lehrstühle überhaupt hat anwachsen lassen. Man sieht daran, daß die Zahl der Lehrstühle – dabei jetzt einmal ganz abgesehen von der Frage des Potentials an wissenschaftlichem Nachwuchs – nicht unbeschränkt vermehrt werden darf. Wo die Grenzen einer funktionsfähigen Fakultät überschritten wurden, hat man getan, als wäre die „Vermassung" der Professoren ein taugliches Mittel, der Vermassung der Studenten zu begegnen. Der Paradefall für diese m. E. falsche Reaktion ist die Philosophische Fakultät der Universität München; die richtige Antwort wäre die Einführung eines Numerus clausus für Studenten wegen Überschreitung der (nicht mehr zu steigernden) Kapazität gewesen.

Mehr allgemein möchte ich sagen, daß wir an unseren Hochschulen die Atmosphäre unternehmungslustiger Forschung pflegen und stärken müssen; dazu gehört, daß Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen zu gemeinsamer Arbeit an bestimmten Problemen sich zusammenfinden (team work). Und in diesen Zusammenhang gehört auch die vom Wissenschaftsrat empfohlene „Eingliederung ingenieurwissenschaftlicher Disziplinen in neue Universitäten".

Wird Wirklichkeit, was man sich vorgenommen hat, dann werden so manche Absonderlichkeiten, die der überkommene Ressortpartikularismus hervorgebracht hat, verschwinden. Um aber kein Mißverständnis zu hinterlassen: Die Spezialisierung ist keine aufhaltsame Erscheinung; erfolgreiche Forschung erfordert die vollkommene Beherrschung eines Gebiets, und dieses Erfordernis ist immer häufiger nur durch Konzentration auf ein enges Gebiet zu befriedigen. Und dennoch ist das scheinbar Paradoxe wahr: man kann nicht Mensch im Vollsinne des Worts und deshalb kein großer Gelehrter sein, wenn man nichts weiter ist als ein Spezialist. Die Gefahren des Spezialistentums – über immer weniger immer mehr zu wissen – lassen sich nur beherrschen, wenn die Spezialisten selber die Kraft und den Mut finden, über ihre Spezialitäten hinauszugehen.

ad 3. Auch hier kann ich nicht alles anschneiden, was zur akademischen Freiheit gehört. Ich begreife sie hier aus der Sicht des Studenten. Und da ist sie nicht die Freiheit des Bummelns und Verbummelns, nicht fortgesetzte Feinschmeckerei der Faulheit, auch nicht bloß die negative Freiheit, dem Zwang der Schule entrückt zu sein, sondern positiv die Lernfreiheit des Studenten, die

---

tung der Überwindung der geschlossenen Gebiete ist das von dem Wirtschaftshistoriker John U. *Nef* an der Universität Chicago ins Leben gerufene Committee on Social Thougt."

Freiheit, aus eigenem sich selbst verantwortlichem Entschluß zu tun, was für Ausbildung und Bildung nötig ist, die Freiheit, sich bei Planung und Einrichtung seines Studiums von der intellektuellen Neugierde lenken zu lassen, die Freiheit, die ganze Universität als geistige Heimat anzusehen und nicht nur eine Fakultät oder gar Abteilung, ehe in der letzten Phase des Studiums mit der intensiven Examensvorbereitung die Beschränkung auf einen wohldefinierten Gegenstand ihr Recht fordert. Die falsch verstandene, die mißbrauchte akademische Freiheit ist nicht selten ein Grund für überlange Studiendauer und für das, was mein Tübinger Kollege *Dahrendorf* die „Absterbeordnung der Hochschulen" genannt hat, nämlich den häufigen Abbruch eines Studiums ohne Abschluß. Eine straffere Studienordnung könnte die doppelte Wirkung haben, daß ein Studium öfter als jetzt überhaupt abgeschlossen wird und daß es früher abgeschlossen wird als gegenwärtig in recht zahlreichen Fällen. Aber die Forderung nach Konzentration der Studien darf m. E. unter keinen Umständen bedeuten, daß dem Studenten die recht verstandene akademische Freiheit genommen wird; eine Verschulung der Universität lehne ich entschieden ab. Im Bundestag war bei der letzten Debatte viel die Rede von einer besseren Ausnützung der Kapazität unserer Hochschulen und einer Verkürzung des Studiums.[32] Ich glaube, daß eine Reform von Prüfungsordnungen zu diesem Zwecke einiges vermöchte. Jedoch im übrigen muß ich vor übertriebenen Erwartungen warnen. Der letzte Sinn der Universität ist die Bildung des Geistes und des Charakters, nicht die Vermittlung wissenschaftlicher Fertigkeiten. Wenn es dabei bleiben soll, darf das Motto nicht heißen: „Studiere schneller, Genosse!" Wir bekämpfen mit guten Gründen das pure Brotstudium, für das ja gerade kennzeichnend ist der Drang nach möglichst speditiver Bewältigung der beruflichen Ausbildung.

Beschlüsse

des Kulturpolitischen Bundesausschusses der Freien Demokratischen Partei auf seiner Sitzung am 8. und 9. Februar 1963 in Hannover zum Thema „Neugründung Wissenschaftlicher Hochschulen"[33]:

I. ZUR STRUKTUR

Soll die deutsche Universität nicht hoffnungslos hinter dem internationalen Niveau zurückbleiben, so sind grundsätzliche organisatorische Veränderungen notwendig.

Wir befürworten alle Bestrebungen, die überkommene, weithin unbewegliche Fakultätsstruktur aufzulockern. Insbesondere halten wir die Aufgliederung der Fakultäten in Abteilungen für notwendig. In diesen Abteilungen sollten benachbarte Disziplinen zusammengefaßt wie auch Möglichkeiten der Vertretung eines Faches in mehreren Abteilungen gegeben sein.

Bestimmte neue Fragestellungen und die Arbeitsmethoden moderner Forschung erfordern Einrichtungen, in denen Gelehrte, die in verschiedenen Dis-

32 Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 52, 60. Sitzung vom 13. 2. 1963, S. 2689 C–2720 C.
33 ADL, Ordner Nr. 116; HStASt, Q 1/22, Bü 804, NL Haußmann.

ziplinen an den gleichen Problemen arbeiten, auch organisatorisch zusammengeführt werden (Interdisziplinäre Institute).

Bei Neuberufungen ist besonders Rücksicht zu nehmen auf solche Hochschullehrer, die – bei selbstverständlicher wissenschaftlicher Qualifikation – bereit sind, die Verantwortung für die neuen Formen mit zu tragen.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist Aufgabe der Universität in ihrer Gesamtheit. Der Weg zur Habilitation sollte nicht durch wissenschaftsfremde Arbeit verzögert oder aufgehalten werden. Daher werden die entsprechenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates ausdrücklich unterstützt.

Angesichts der im deutschen Universitätsleben bestehenden Benachteiligung weiblicher Lehrkräfte fordern wir bei Habilitation und Berufung eine verstärkte Berücksichtigung wissenschaftlich qualifizierter Frauen.

II. ZUR FORM DES STUDIUMS:

Die ständig wachsende Spezialisierung der Fächer wie auch die ständig zunehmende Studentenzahl erschweren dem Studienanfänger die Orientierung. Deshalb ist eine straffere Anleitung zum Aufbau des Studiums und zum wissenschaftlichen Arbeiten notwendig. Dies soll zugleich zu der allgemein geforderten und dringend notwendigen Konzentration und damit Verkürzung des Studiums verhelfen.

Das Studium soll stärker auf Seminare, Übungen und Gruppenarbeit abgestellt werden. Auch die Einrichtung von Kollegienhäusern für jüngere Studenten auf freiwilliger Basis ist ein möglicher Weg.

III. ZUR STANDORTFRAGE:

Aufgrund der zu erwartenden Entwicklung der Studentenzahlen werden über die Vorschläge des Wissenschaftsrates hinaus weitere Neugründungen erforderlich sein.

Bei der Wahl des Standortes für die Neugründungen dürfen keine zufälligen regionalpolitischen oder lokalen Gründe ausschlaggebend sein.

Als neue Hochschulorte sollten solche in Betracht kommen, die nicht nur Anziehungspunkte für Hochschullehrer und Studenten sind, sondern nach ihrer Lage auch eine Finanzierung gegebenenfalls durch mehrere Länder erwarten lassen.

Außerdem sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Die bisherige regionale Streuung der bestehenden Hochschulen.
2. Die begründete Aussicht auf Entlastung überfüllter Hochschulen und überfüllter Fächer.
3. Für den Aufbau einer Universität am Gründungsort gegebene Voraussetzungen z. B. Bibliotheken, Krankenhäuser oder schon bestehende Forschungsinstitute.
4. Wohnmöglichkeiten für Professoren und Studenten.

Bei der Anlage neuer Universitäten sind im Hinblick auf die städtebauliche Gestaltung die Erfahrungen anderer Länder zu berücksichtigen.

Die Parlamente werden nachdrücklich an ihre Verantwortung erinnert, Neugründungen und Reformen der Universitäten mehr als bisher ideell und materiell zu unterstützen.

Bonn, am 12. Febr. 1963
f. d. R.: [Unterschrift]
(Dr. Hans *Haferland*)

gez. Prof. Dr. Paul *Luchtenberg*
Vorsitzender
des Kulturpolitischen Bundesausschusses

ANLAGE 3

Beschlüsse des Ausschusses Öffentlicher Dienst vom 6. März 1963[34]

I. Antrag an den Bundesvorstand gemäß § 25 Ziff. 3[35], die Bildung eines Unterausschusses mit der Bezeichnung „Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst" zu genehmigen.
Mitglieder sollen sein:

1. Bürgermeister i. R. Hans *Gerhard,* Münster/Westf.,
2. Ministerialdirigent Lothar *Weirauch,* Bonn,
3. Oberregierungsrat a. D. *Kap,* Bonn,
4. Bundesbahnoberinspektor *Betzmeir,* Frankfurt/M.,
5. Dr. *von Schott,* Bonn,
6. L. *Hämmerling,* Bonn.

Ferner für Frauenfragen: Frau *Blaeser,* Wuppertal.

II. Antrag an den Bundesvorstand, im Rahmen des Bundesparteitages 1963 einen besonderen Arbeiskreis für die Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes zu bilden.

III. Stellungnahme des Ausschusses zur Harmonisierungsnovelle (Bundestagsdrucksache IV/625) (siehe Anlage A).[36]

IV. Stellungnahme des Ausschusses zum dem Antrag auf Änderung des Artikels 75 GG (Bundestagsdrucksache IV/891) (siehe Anlage B).

V. Stellungnahme des Ausschusses zu einem Schlußgesetz zu Artikel 131 GG und zum BWGöD (siehe Anlage C).

Ausschuß für Angelegenheiten der
Angehörigen der öffentlichen Verwaltung
(Bundesausschuß „Öffentlicher Dienst")

Anlage A

---

34 ADL, Ordner Nr. 116.

35 Vgl. § 25 Ziffer 3 der Sitzung i. d. F. vom 3. 7. 1963: „3. Die Fachausschüsse können im Rahmen ihres Bereiches mit Genehmigung des Bundesvorstandes Unterausschüsse bilden. Die Mitglieder dieser Unterausschüsse bestehen aus Mitgliedern der Fachausschüsse. Die Unterausschüsse wählen sich einen Obmann und dessen Stellvertreter. Die Unterausschüsse sind ein Teil des Fachausschusses auf einem speziellen Arbeitsgebiet und haben im Benehmen mit diesem zu arbeiten."

36 Um Verwechslungen zu vermeiden, wurden die Ziffern 1–3 der Anlagen innerhalb der ANLAGE 3 durch die Buchstaben A–C ersetzt.

FORDERUNGEN DES O. A. AUSSCHUSSES ZUR HARMONISIERUNGSNOVELLE

(siehe Bundestagsdrucksache IV/625)[37]

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat für die Vorberatung des Entwurfes der Bundesregierung – Bundestagsdrucksache IV/625 – einen Unterausschuß gebildet, dem auch unser Parteifreund, MdB. Dr. *Mießner*, Hannover, angehört.

Der o. a. Ausschuß hat auf seiner Sitzung am 6. März folgende Forderungen aufgestellt:

Allgemein: Die im dritten Besoldungsänderungsgesetz noch offengebliebenen Wünsche müssen bei der Beratung der Harmonisierungsnovelle (IV/625) berücksichtigt werden.
Die Harmonisierungsnovelle bedarf in vielen Punkten der Verbesserung, wenn sie eine wirkliche Harmonisierung des Besoldungsrechts darstellen soll.

Im einzelnen:
a) Verbesserung des Spannungsverhältnisses
A 1 bis A 5 = 140
gehobener und höherer Dienst 210 bzw. 340
b) Erhöhung der Anfangsgehälter bei allen Dienstanfängern horizontal auf 75 v. H.
c) Durchführung des Grundsatzes, daß Besoldungs- und Versorgungsbezüge als eine unteilbare Einheit betrachtet werden müssen.

Deshalb!
1. Nachzahlung des zu Weihnachten 1961 den Versorgungsberechtigten des Bundes versagten Weihnachtsgeldes.
2. Strukturelle Überleitung der Versorgungsberechtigten auch im Bund – ohne zeitliche Bindung –. Thesen, daß die Versorgungsbezüge sich auf die letzten pensionsfähigen Gehaltsbezüge aufbauen müssen, sind durch die Wirklichkeit längst überholt. Das war einmal in der Goldmarkwährungszeit möglich. Heute, nach drei Geldentwertungen, sieht das anders aus.
Man darf auch nicht vergessen:
Die strukturelle Überleitung dient auch der Verwaltungsvereinfachung
d) Der Anspruch auf Weihnachtsgeld muß im Gesetz für Beamte und Versorgungsberechtigte auch im Bunde verankert werden. Die vorgebrachten gegenteiligen Gründe der Gegner sind durch das Vorgehen der Länder längst überholt.

37 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 79, Drucks. Nr. 625 vom 30. 8. 1962.

e) Um den Sozialteil der Bezüge, besonders die des einfachen und mittleren Dienstes, zu verbessern, genügt nicht eine Verringerung des Abstandes zwischen den Tarifklassen IV und III des Ortszuschlages.
Die Tarifklasse IV muß fallen und die Ortsklasse B aufgehoben werden.

f) Schon im Interesse der Verwaltungsvereinfachung muß ein einheitlicher Kinderzuschlag festgesetzt und das Kindergeld verbessert werden. Vorschlag: Je Kind DM 50,– (fünfzig).

g) Die in § 21 ABs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vorgesehene Zulage bei Wahrnehmung einer vakanten höheren Planstelle soll bestehen bleiben. Diese besoldungsgesetzliche Regelung gibt gegenüber der Handhabung des Stellenschlüssels einen Rechtsanspruch, auch wenn manche Verwaltungen die Anwendung dieser Vorschrift umgehen.

h) Die Vorschrift des § 54 Abs. 1 Satz 2, die eine Bindung der Endgrundgehälter der Volks- und Mittelschullehrer bedeuten würde, wird aus vielen Gründen abgelehnt.

Ausschuß für Angelegenheiten der Angehörigen der öffentlichen Verwaltung (Bundesausschuß „Öffentlicher Dienst“) — Anlage B

ÄNDERUNG DES ARTIKELS 75 GG

Die Änderung des Artikels 75 des Grundgesetzes (siehe Bundestagsdrucksache IV/891)[38] wird vom Ausschuß einmütig abgelehnt.

Begründung:

Eine gewisse Besoldungseinheit kann auch ohne Änderung der Rahmenbestimmungen des Grundgesetzes in gegenseitiger Abstimmung zwischen Bund und Ländern erreicht werden. Zu dieser Verfassungsänderung liegt kein zwingender Grund vor. Es ist heute schon fraglich, ob sich für diese Verfassungsänderung im Bundestag die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden wird.

Ausschuß für Angelegenheiten der Angehörigen der öffentlichen Verwaltung (Bundesausschuß „Öffentlicher Dienst“) — Anlage C

38 Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 82, Drucks. Nr. 891 vom 11. 1. 1963.

SCHLUSSNOVELLE ZUM GESETZ ZU ARTIKEL 131 UND ZUM GESETZ ÜBER DIE WIEDERGUTMACHUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST (BWGöD)[39]

Der Ausschuß vertritt den Standpunkt, daß die Behandlung der Schlußnovellen (abschließende Gesetzgebung) zum Gesetz zu Art. 131 und zum Gesetz des BWGöD keinen Aufschub verträgt. Die FDP müsse jetzt initiativ werden, denn bei der Verabschiedung der 3. Novelle zum Gesetz zu Art. 131 hat der Sprecher der FDP im Plenum verkündet, daß die FDP im 4. Bundestag sofort einen Entwurf für eine Abschlußgesetzgebung vorlegen würde, damit die Beratungen nicht wieder in Zeitnot kämen.

Begründung:

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Bundesregierung beide Probleme nie rechtzeitig in Angriff genommen und dem Parlament entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt hat. Stets war die FDP initiativ und hat direkt bzw. indirekt darauf eingewirkt, daß etwas geschah. Kurz vor den Bundestagswahlen kamen dann die entsprechenden Ausschüsse des Bundestages stets in Zeitnot und alle wichtigen, aber meist komplizierten Anliegen wurden für den nächsten Bundestag aufgehoben. Auch die jetzige Terminierung der Novelle zum 131er-Gesetz, ausgelöst durch den SPD-Antrag (Bundestagsdrucksache IV/800)[40], die Bundesregierung möge bis zum 31. 12. 1963 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, bringt die abschließende Behandlung beider Probleme wieder in Zeitnot, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß der Entwurf nicht rechtzeitig vorgelegt wird. Außerdem wird empfohlen, beide Probleme zu behandeln und gemeinsam zu verabschieden.

Darum unser Vorschlag:

Die Verbände haben gute Arbeit geleistet. Gestützt auf die Vorschläge fertigt FDP eigenen Entwurf für beide Gesetze an und bringt sie im Parlament ein. Im Innenausschuß sollten dann die Vertreter der FDP-Fraktion eine sogenannte Arbeitsgruppe „131 u. BWGöD" fordern, die in Ruhe und aller Gründlichkeit die Vorberatungen durchführen.

Eine Mehrbelastung des Haushalts 1963 kommt nicht in Betracht, und für 1964 könnten die Kosten rechtzeitig eingeplant werden.

ÜBERNAHME DER AUSGABEN FÜR DIEJENIGEN 131er, DIE EINST ANGEHÖRIGE DER WEHRMACHT WAREN, AUF DEN VERTEIDIGUNGSHAUSHALT

Der Ausschuß ist einmütig der Auffassung, daß die wiederholten Anregungen des Ausschusses und nicht zuletzt unseres Parteifreundes MdB, *Kreitmeyer*, die Ausgaben für die Angehörigen der ehem. Wehrmacht (131er) auf den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums zu übernehmen, von der FDP publiziert und von der Bundestagsfraktion mit aller Energie vertreten werden sollte.

---

39 Vgl. 4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 9. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1203); 7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 9. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1210).

40 4. BT Anlagen, Bd. 81, Drucks. Nr. 800 vom 4. 12. 1962.

Der allgemeine Haushalt würde hierdurch eine wesentliche Entlastung erfahren.

Da die betreffenden Verbände eine solche Lösung für gut halten, wäre der propagandistische Erfolg auf Seiten der FDP, zumal die NATO-Staaten die Versorgung ihrer Soldaten im Ruhestand auch aus dem Wehretat bestreiten.

## 39.

## 20. 4. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 116. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 20. April 1963 in Hannover, Stadthalle." 10.30 Uhr–13.00 Uhr; 14.15 Uhr–17.45 Uhr.**

Teilnehmer: Arndt, Bezold, Borm, Brodeßer, Bursig, Thomas Dehler, Dörinkel, Engelhard, Erbe, Gärtner (LSD), Genscher, Graaff, Haferland, Hofmann, Iversen, Kersig, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Marx, Mende, Mertes, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Post, Richter, Rubin, Scheel, Taeglichsbeck (DJD) (i. V. von Kastenmeyer), Völker, Weyer.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt GRAAFF[2] die anwesenden Mitglieder des Bundesvorstandes. Er weist auf die Besonderheit der Landtagswahl hin, die über das weitere Bestehen von BHE und DP entscheiden wird.[3] Nach einem Blick auf die Wahlchancen der einzelnen Parteien bittet er die Mitglieder des Bundesvorstandes, möglichst viele Rednerverpflichtungen für den Landtagswahlkampf zu übernehmen und keine Verpflichtungen zurückzugeben.

3. VERHÄLTNIS DER FDP ZUM LSD

Dr. MENDE verweist auf das unterschiedliche Verhältnis zwischen LSD und FDP in den einzelnen Landesverbänden. Die Konstanzer Beschlüsse des LSD[4] lassen erkennen, daß der LSD sein Verhältnis zu allen drei Parteien als offen betrachtet. Die Erklärung zur Oder-Neiße-Frage ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nötig und stört. Nachdem der LSD in Konstanz die Vergabe von öffentlichen Mitteln an die Parteien kritisiert hat, ist eine Weiterzahlung finanzieller Zuschüsse an den LSD seitens der FDP nicht mehr zu rechtfertigen.

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Bucher, Dahlgrün, Effertz, Eisenmann, Haußmann,* Herta *Ilk, Lenz, Leverenz, Stammberger, Starke* und *Wedel.*

2 Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Niedersachsen.

3 Vgl. Nr. 40 Anm. 4.

4 Beschlüsse der 16. ordentlichen Delegiertenversammlung vom 23. bis 27. 3. 1963, in: LSZ 12, Nr. 3, Mai 1963, S. 6 f.

WEYER stellt fest, daß der LSD von sich aus einen Trennungsstrich vollzogen hat. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird auf seinem nächsten Parteitag die in der Satzung bestehende Bindung zum LSD auflösen.

Dr. LEUZE und Dr. IVERSEN berichten von ihren positiven Eindrücken, die sie bei der Teilnahme an der Delegiertenversammlung des LSD in Konstanz erhalten haben. Sie sprechen sich dafür aus, die im LSD nunmehr deutlich werdende Bewegung auf die FDP hin zu unterstützen.

Prof. ERBE und MÜLLER-LINK verweisen darauf, daß es insgesamt viel zu wenig politisch interessierte Studenten gibt, die man daher nicht noch vor den Kopf stoßen soll. Eine Trennung der FDP vom LSD würde nur im Sinne der SPD liegen. Daher warnen sie davor, ohne weiteres den Trennungsstrich zu ziehen.

Im gleiche Sinne äußert sich RUBIN, der in den Konstanzer Beschlüssen ein Konglomerat von Ausgegorenem und Unausgegorenem sieht und darauf verweist, daß die FDP sich einerseits über den LSD öfter geärgert, andererseits von ihm aber auch gute Kräfte übernommen hat.

BORM betont, daß alles darauf ankommt, in welchem Geiste man zusammenarbeite. Er hält es nicht für richtig, sich vom LSD zu trennen.

Dr. DÖRINKEL und Dr. VÖLKER sehen den LSD auf einem gefährlichen, für die FDP unguten Weg. Beide sprechen sich dafür aus, eine Persönlichkeit, die das Vertrauen des Bundesvorstandes hat, damit zu beauftragen, laufend Kontakt mit dem LSD zu halten und dem Vorstand zu berichten.

Dr. DEHLER erinnert daran, daß die Haltung des LSD vielfach nur ein Reflex der Haltung der FDP ist. Die Partei muß sich stärker um die Studenten bemühen. Die Konstanzer Beschlüsse erscheinen ihm als Grundlage für eine Zusammenarbeit ausreichend.

TAEGLICHSBECK (DJD) warnt davor, die Trennung zu vollziehen und eventuell eine eigene Studentenorganisation zu bilden.

GÄRTNER (LSD) betont, mit einer Trennung würde man nur den Kräften Vorschub leisten, die auf eine engere Bindung an die SPD hinarbeiten. Die Meinung im LSD über die FDP hat sich gewandelt, so wie sich auch die FDP gewandelt hat. Hinsichtlich der Vertraulichkeit von Besprechungen des Bundesvorstandes fühlt er sich als Mitglied des Bundesvorstandes nicht an LSD-Beschlüsse gebunden. Er will sich bemühen, im kommenden Jahr auf eine weitere Annäherung des LSD an die FDP hinzuarbeiten.

Zur Art der Vertretung des LSD im Bundesvorstand der FDP weist Dr. MENDE darauf hin, daß der LSD-Vorsitzende nicht satzungsmäßig Mitglied des Bundesvorstandes ist, sondern daß auf dem Frankfurter Parteitag auf Antrag von Frau Dr. *Lüders* die Kooptierung je eines Vertreters von LSD und DJD erfolgte.[5]

---

5 Bereits nach dem Stuttgarter Parteitag von 1960 hatte der Bundesvorstand je einen Vertreter von DJD und LSD kooptiert. Vgl. Nr. 1 mit Anm. 18 und 19.

Nachdem der Vorschlag, die Kooptierung eines LSD-Vertreters auszusetzen, bis die aus den Konstanzer Beschlüssen sich ergebenden Unklarheiten aufgeklärt sind, von der Mehrheit abgelehnt wird, faßt der Vorstand einstimmig folgende Beschlüsse:

„Die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz des LSD vom 23. bis 27. März 1963 enthalten Feststellungen, die mit den Grundsätzen der FDP unvereinbar sind. Der Bundesvorstand hält es daher im Hinblick auf das seither freundschaftliche Verhältnis zum LSD für notwendig, auf einer eindeutigen Klärung zu bestehen.

Der Bundesvorstand beschließt, Herrn *Gärtner*[6] ad personam in den Bundesvorstand zu kooptieren."

Dr. MENDE stellt fest, daß der engere Vorstand zusammen mit Herrn *Genscher* das Gespräch mit dem LSD-Vorstand führen soll.

WEYER bittet um Verständnis dafür, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen die satzungsgemäß bestehende Bindung löst. Es solle dies aber „lautlos" geschehen. Er hält eine Kooptierung ad personam auch für Nordrhein-Westfalen für möglich, denn entscheidend ist die menschliche Verbindung zu den jungen Leuten. Der Verbindungsmann des Bundesvorstandes sollte auch an den Sitzungen des LSD-Bundesvorstandes teilnehmen.

FRHR. VON KÜHLMANN-STUMM fordert, das Gespräch bald zu führen, um alle Unklarheiten und Mißverständnisse rasch zu beseitigen.

Auf Vorschlag von Dr. MENDE wird Dr. *Iversen* beauftragt, als ständiger Verbindungsmann der FDP an den Sitzungen des LSD-Bundesvorstandes teilzunehmen.

Die Sitzung wird um 13.00 Uhr für eine Mittagspause unterbrochen und um 14.15 Uhr fortgesetzt mit dem Punkt

1. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE berichtet eingangs vom Ergebnis der Besprechungen in Cadenabbia.[7] Die Gruppe *Brentano-Schröder* ist gewillt, die Nachfolgerfrage im Sinne der beiderseits getroffenen Vereinbarungen zu lösen.[8] Von seiten der CDU wurde in Cadenabbia die Zusicherung gegeben, daß an den Grundlagen des Wahlrechtes bis 1965 nicht gerüttelt werden wird. – In Cadenabbia wurde die Präambel für den Deutsch-Französischen Vertrag besprochen, die beide Fraktionen gemeinsam einbringen werden. An welche Ausschüsse dann die Überweisung erfolgt, ist noch nicht klar.

Mit Präsident *Kennedy* zusammen sollten die drei Fraktionsvorsitzenden in Berlin sein.[9] – Der Termin für die Deutschlandreise *de Gaulles* ist noch nicht

---

6 Vgl. Nr. 37 Anm. 12.

7 Am 4. 3. 1963 hatten Mitglieder der Führungskreise von CDU/CSU und FDP den Bundeskanzler an seinem Urlaubsort aufgesucht. Hauptthema war die weitere Behandlung des deutsch-französischen Vertrages. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 84 ff.

8 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

9 Während seines Besuches in der Bundesrepublik vom 23. bis 26. 6. 1963 besuchte *Kennedy* am

vereinbart, wahrscheinlich wird sie Mitte Juli stattfinden, aber nicht in Form eines Staatsbesuches, sondern als Arbeitsbesuch.[10] Die CDU wünscht keine Reise des Bundestages nach Moskau vor der Sommerpause.[11]

Dr. MENDE berichtet weiter über seine Teilnahme an der Sitzung des Hauptausschusses des Landesverbandes Rheinland-Pfalz. Er hat dort unter allgemeiner Zustimmung ausgeführt, daß bei Regierungsbildungen der Wille des Wählers entscheidend ist. Trotz der großen Erfolge, die die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz errungen haben, ist die CDU nach wie vor die stärkste Partei.[12] Sie von der Regierung auszuschließen, wäre nur gerechtfertigt, wenn besondere Gründe vorlägen. Die Erfahrung zeigt, daß der Ausschluß der stärksten Partei von der Regierungsverantwortung vom Wähler nicht honoriert wird. Die Zahl der Minister ist bei der Entscheidung nicht ausschlaggebend gewesen, sondern die Möglichkeit zu Änderungen in der Kulturpolitik, die allerdings nur in einer Koalition mit der CDU zu erreichen ist, da diese sich im anderen Falle gegen die notwendige Verfassungsänderung sperren würde.

Dr. VÖLKER ergänzt die Ausführungen von Dr. *Mende* mit einem Bericht über die Koalitionsangebote von SPD und CDU. Die FDP wird sich mit 2 Ministern begnügen[13], den Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr behalten und dazu den Staatssekretär im Kultusministerium erhalten.

WEYER befürwortet die Übernahme des Innenministeriums. Zwar besitzen wir in der Konferenz der Justizminister der Länder die absolute Mehrheit, aber in der Konferenz der Innenminister, wo manches durchzusetzen wäre, haben wir einen einzigen Vertreter. Nach einer kurzen Debatte zur bevorstehenden Neueinteilung der Wahlkreise nach den Vorschlägen der Wahlrechtskommission stellt Dr. MENDE fest, daß die Fraktion am 23. April im Rahmen des Arbeitskreises I eine Wahlrechtskommission bilden wird.

Gegen die Stimme des Vertreters des Landesverbandes Hamburg beschließt der Bundesvorstand, auf die Einberufung einer Sitzung des Bundeshauptausschusses zu verzichten. Gleichzeitig empfiehlt er den Landesverbänden, einen Antrag auf Einberufung zu stellen.

MÜLLER-LINK erklärt, daß Hamburg einen Antrag auf Einberufung nicht stellen wird.

---

26. 6. 1963 West-Berlin. Seine Rede dort gipfelte in den Worten: „Ich bin ein Berliner!" Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 92.

10 Erster Konsultationsbesuch *de Gaulles* im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages am 4. und 5. 7. 1963. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 95.

11 Noch im Herbst 1964 bedauerte der Abg. *Zoglmann,* „daß eine seit mehreren Jahren diesem Hause vorliegende Einladung zu einem Besuch einer Bundestagsdelegation in der Sowjetunion bisher unbeantwortet blieb." Siehe 4. BT STEN. BER., Bd. 56, 137. Sitzung vom 15. 10. 1964, S. 6815 A. Zu *Dehlers* privater Reise in die SU vgl. Nr. 43 Anm. 3.

12 Nach den Landtagswahlen vom 31. 3. 1963 (in %): CDU 44,4, SPD 40,7, FDP 10,1, Sonstige 4,8. Gebildet wurde eine CDU-FDP-Regierung. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 144; A. C. STORBECK, 1970, S. 276 f.

13 Ebd. Im 5. Kabinett *Altmeier* erhielt die FDP die Ressorts Justiz und Finanzen-Wiederaufbau.

2. BERICHTE DER VORBEREITENDEN ARBEITSKREISE FÜR DEN BUNDESPARTEITAG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE THEMATIK DES BUNDESPARTEITAGES

GENSCHER berichtet über den geplanten Ablauf des Bundesparteitages.[14] Danach berichtet Wolfgang MISCHNICK über die Vorbereitung im Arbeitskreis I, der mit drei Untergruppen folgende Themen behandelt:

1. Eigentumsbildung,

2. Der Mensch am Arbeitsplatz,

3. Umstellung der Altersversicherung.

Alle drei Arbeitsgruppen haben bisher zweimal getagt; endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Der Bundesvorstand bestimmt zum Leiter des Arbeitskreises Dr. *Bucher* und als Referenten Wolfgang *Mischnick.*

Dr. HAFERLAND berichtet im Auftrag von Dr. *Leverenz* über die vorbereitende Arbeit für den Arbeitskreis II. Es sollen drei Problemkreise behandelt werden:

1. Presse und Massenmedien,

2. Gewerkschaften, Verbände und Parteien,

3. Bildungspolitik und Hochschulreformfragen.

Nach einer kurzen, von Prof. ERBE eingeleiteten Debatte wird entschieden, den Punkt Gewerkschaften, Verbände, Parteien herauszulassen.

Der Bundesvorstand bestimmt Prof. *Erbe* zum Leiter des Arbeitskreises und als Referenten Hans *Lenz.*

Für den Arbeitskreis III berichtet Dr. MENDE, daß die Berlin- und Deutschlandpolitik in seinem Hauptreferat ausführlich behandelt wird. Im Referat des Arbeitskreises soll der Schwerpunkt bei der Europapolitik und der Frage der Atlantischen Gemeinschaft liegen, während die Deutschlandpolitik in diesem Zusammenhang nur am Rande behandelt wird. Unberührt davon soll aber die Berlin- und Deutschlandpolitik auch in die Diskussion des Arbeitskreises einbezogen werden.

Der Bundesvorstand bestimmt Dr. *Dehler* zum Leiter des Arbeitskreises III und als Referenten Walter *Scheel.*

Der Bundesvorstand beschließt, ein Parteitagspräsidium einzusetzen, dem angehören sollen: Dr. *Leverenz,* Dr. *Dahlgrün,* Dr. *Haas.*

Auf Antrag von FRHR. VON KÜHLMANN-STUMM beschließt der Bundesvorstand, daß nach Möglichkeit Dr. *Dahlgrün* am Mittwochnachmittag einen Empfang für Wirtschaftskreise geben soll.

---

14 14. Bundesparteitag vom 1. bis 3. 7. 1963 in München.

4. BESCHLUSSFASSUNG ÜBER BERATUNGSERGEBNISSE VON FACHAUSSCHÜSSEN

Dr. IVERSEN berichtet über die Sitzung des Bundesgesundheitsausschusses vom 16. 3. 1963. Er erläutert die dem Bundesvorstand vorliegenden Beschlüsse (siehe Anlage)[15], die der Bundesvorstand zustimmend zur Kenntnis nimmt. Dr. IVERSEN beschäftigt sich im Verlaufe seiner Ausführungen eingehender mit der Reform des Medizinstudiums.

Dr. KERSIG erstattet Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung vom 22. 3. 1962. Er erläutert vor allem die auf dieser Sitzung gefaßten Beschlüsse (siehe Anlage).[16]

Anschließend berichtet Dr. LEUZE über die Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses am 2. März 1963 in Bonn. Er gibt einen Überblick über das Arbeitsprogramm des wirtschaftspolitischen Ausschusses. Bei der Erläuterung der Beschlüsse der Ausschußsitzung vom 2. März 1963 (siehe Anlage)[17] geht er auch auf die Kritik Dr. *Kersigs* daran ein, daß sich auch der wirtschaftspolitische Ausschuß mit dem Baustoppgesetz befaßt habe, und stellt dazu fest, daß dies in einem größeren Zusammenhang, nämlich der Stabilität der Kaufkraft geschehen sei. Während Dr. LEUZE die Meinung vertritt, daß die Zuschußmittel für den sozialen Wohnungsbau gekürzt werden sollten, um die Überhitzung des Baumarktes zu beseitigen, warnt MÜLLER-LINK vor einer solchen Maßnahme, weil sonst bis zu der für den 1. 1. 1966 zu erwartenden Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung nicht genügend Wohnraum bereitgestellt werden könnte.

MISCHNICK bemerkt, daß die Wohnraumbewirtschaftung in den Ballungsgebieten am 1. 1. 1966 voraussichtlich noch nicht aufgehoben werden könnte.

In der weiteren Diskussion kann keine Übereinstimmung darüber erzielt werden, ob die Suspendierung des § 7 b EStG rückwirkend oder mit dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag beim Bundesrat eingegangen ist, erfolgen soll. Der Bundesvorstand faßt keinen Beschluß. Die Fraktion wird am 23. 4. 1963 entscheiden, welche Haltung ihr Vertreter im Vermittlungsauschuß einnehmen wird.[18]

MERTES gibt Bericht über die Sitzung des Bundesverbraucherausschusses vom 12. 2. 1963 und erläutert die dem Bundesvorstand vorliegenden Beschlüsse (siehe Anlage).[19] Der Bundesvorstand nimmt von den Beschlüssen zustimmend Kenntnis.

Da ein Bericht über die Sitzung des Bundesfrauenausschusses vom 11. 2. 1963 wegen Abwesenheit von Frau Dr. *Ilk* nicht mündlich gegeben werden kann,

---

15 Siehe Anlage 1.
16 Siehe Anlage 2.
17 Siehe Anlage 3.
18 Gesetz zur Einschränkung des § 7 b des Einkommensteuergesetzes vom 16. 5. 1963 (BGBl. I, S. 319). Zuvor hatte der Vermittlungsausschuß das vom Bundestag beschlossene Gesetz bestätigt. Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 84, Drucks. Nr. 1201.
19 Siehe Anlage 4.

nimmt der Bundesvorstand von den in dieser Sitzung gefaßten, ihm schriftlich vorliegenden Beschlüssen (siehe Anlage)[20] Kenntnis.

Dr. KERSIG hatte das neue Verfahren kritisiert, nach dem die Einladungen zu den Sitzungen der Bundesfachausschüsse durch die Landesverbände vorgenommen werden. Der Bundesvorstand beschließt, künftig die Einladungen zu den Sitzungen wieder direkt durch die Bundesgeschäftsstelle vornehmen zu lassen. Es tritt demnach die bis zum 1. Februar 1963 herrschende Regelung wieder in Kraft. Der Bundesvorstand beschließt, die nächste Sitzung am 27. Mai 1963, 14.00 Uhr, in Bonn abzuhalten.[21]

ANLAGE 1

Beschlüsse
des Bundesgesundheitsausschusses der FDP vom 16. 3. 1963 in Frankfurt.[22]

1. BESTALLUNGSORDNUNG DER ÄRZTE

a) Die Bundestagsfraktion der FDP wird gebeten, alsbald einen Antrag im Deutschen Bundestag einzubringen, wonach die Bundesregierung ersucht wird, auf Grund der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ausarbeitungen eine Neufassung der Bestallungsordnung für Ärzte vorzulegen.[23]

b) Bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Landtagsfraktionen der FDP soll beantragt werden, in allen Landtagen Anträge einzubringen, wonach die Landesregierungen im Deutschen Bundesrat initiativ werden sollen, daß die Bundesregierung eine Neufassung der Bestallungsordnung für Ärzte vorlegt.

2. VORSORGEUNTERSUCHUNGEN GEMÄSS ENTWURF ZUM KVNG (Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz)[24] § 178,1

In Punkt 11 der Nürnberger Beschlüsse des Gesundheitspolitischen Bundesausschusses vom 30. 9. 1962 soll folgende Einfügung aufgenommen werden:

„gemäß § 178,1 Entwurf",

so daß dieser Punkt demgemäß lautet:

„Im Interesse der Hebung der persönlichen Verantwortung des Versicherten soll gemäß § 178,1 Entwurf eine Selbstbeteiligung auch bei den Vorsorgeuntersuchungen eingeführt werden."

3. NÄCHSTE AUSSCHUSSITZUNG

Der Ausschuß hat beschlossen, seine nächste Sitzung am 14. und 15. Juni 1963 in Berlin durchzuführen.

Arbeitsprogramm:

---

20 Siehe Anlage 5.
21 Vgl. Nr. 40.
22 Quellennachweis: HStASt, Q 1/22 Bü 804, NL Haußmann.
23 Vgl. CDU/CSU-FDP-Antrag und Schriftl. Bericht dazu in 4. BT ANLAGEN, Bd. 84, Drucks. Nr. 1147 vom 28. 3. 1963 und Nr. 1233 vom 8. 5. 1963.
24 Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 81, Drucks. Nr. 816 vom 7. 12. 1962.

1. Weiterberatung des Entwurfs des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes,

2. Arbeitsschutz

3. Besichtigung einer Zigarettenfabrik, vorbereitet durch Herrn Dr. Dr. *Weber*, Hamburg.

Um im Rahmen der üblichen Kosten für eine Ausschußsitzung zu bleiben, sollen nur die Eisenbahnfahrten II. Klasse mit D-Zug-Zuschlägen in Rechnung gestellt werden.

ANLAGE 2

Beschlüsse

der Sitzung des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung vom 22. März 1963, Bonn, Bundeshaus[25]

I. ZUM REGIERUNGSENTWURF EINES NEUEN GESETZES ZUR EINSCHRÄNKUNG DER BAUTÄTIGKEIT[26]

1. Die Erfahrungen auf Grund des bestehenden Baustoppgesetzes[27] haben gezeigt, daß ein derartiges Stoppgesetz nicht geeignet ist, wirtschaftlich erwünschte Dämpfungen der Baunachfrage zu erreichen. Das jetzige Gesetz hat den Baumarkt in so geringem Umfang beeinflußt, daß es wirtschaftspolitisch falsch ist, ein gleichartiges Gesetz in aufgeweichter Form zu erneuern.

2. Darüber hinaus ist festgestellt, daß das bisherige Baustoppgesetz zu städtebaulich unerwünschten Auswirkungen geführt hat.

3. Auch die erhobenen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen ein derartiges Gesetz veranlassen, weitere Gesetze in dieser Richtung zu unterlassen.

4. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß es nur durch weise Selbstbescheidung der öffentlichen Hand gelingen kann, die wirtschaftspolitisch erwünschte Dämpfung des Baumarktes zu erreichen. Es sind daher im Bund über die 20 prozentige Kürzung der Bauetatansätze hinaus sämtliche Bauten der einzelnen Ministerien zurückzustellen.

5. Auch bezüglich des Verteidigungsbaues ist zu prüfen, inwieweit hier durch Einschränkungen eine Angebotserhöhung des Bau- und Ausbaugewerbes erreicht werden kann. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß trotz der Notwendigkeit des Verteidigungsbaues durch sinnvolle Einsparungen im Etat und sparsameren Ausbau weiterer Objekte Baureserven freigemacht werden können.

6. Darüber hinaus muß der Bund evtl. über den Finanzausgleich durch Sperrung von Zuschüssen die Länder und Kommunen beeinflussen, daß diese

25 Quellennachweis: HStASt, Q 1/22 Bü 804, NL Haußmann.

26 Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 84, Drucks. Nr. 1257; Gesetz zur Änderung und zur Verlängerung des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 27. 6. 1963 (BGBl. I, S. 439).

27 Vgl. Nr. 23 Anm. 15.

bezüglich ihrer Bauwünsche sich auf das zur Zeit nur unbedingt Notwendige (Krankenhäuser, Schulen und sonstige Ausbildungsstätten) beschränken, und sämtliche anderen Bauprojekte, die zwar politisch erwünscht, jedoch nicht unbedingt notwendig sind, zurückstellen.

7. Weiterhin sind nur marktkonforme Mittel zur Baumarktberuhigung in Form von Kreditrestriktionen, geringere Gewährung von Bürgschaften usw. geeignet, den Baumarkt positiver zu beeinflussen.

II. ZU DEN ENTWÜRFEN EINES GESETZES ÜBER WOHNBEIHILFEN[28]

Der Ausschuß hat den Entwurf zur Kenntnis und zu den Grundfragen Stellung genommen. Eine abschließende Betrachtung ist erst möglich, sobald alle Einzelfragen geklärt sind. Es gilt insbesondere den Verwaltungsaufwand zu prüfen.

ANLAGE 3

Beschlüsse

der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vom 2. März 1963 in Bonn, Bundeshaus.[29]

1.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hält es angesichts der außerordentlichen Preissteigerung auf dem Gebiet des Baumarktes, insbesondere seit 1958 für dringend notwendig, alle Maßnahmen zur Verhinderung jeglicher Preissteigerungen zu treffen, zumal nach der jüngsten Frostperiode auf dem Baumarkt eine nicht mehr zu bewältigende Nachfrage entstehen dürfte. Zu diesem Zweck kommen in erster Linie Maßnahmen auf dem gesamten Gebiet des öffentlichen und Verkehrsbaues sowie auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in Frage. Der Staat soll insbesondere darauf achten, daß er Dämpfungsmaßnahmen auch in den ihm unterstehenden Bereichen durchsteht.

Der Verteidigungsbau

Das Bestreben, umfangreiche Verteidigungsbauten jeder Art in möglichst stabiler Bauweise durchzuführen, ist mit dem Ziel zu überprüfen, überall dort wo möglich, sich mit Provisorien, z. B. Baracken zu begnügen. Hiebei könnte im besonderen Maße die Fertigbauweise vorangetrieben werden. Ein ordnungsgemäßes Vergabewesen ist zu gewährleisten.

Ein zusätzlicher Antrieb der Lohnbewegung durch den Verteidigungsbau hat zu unterbleiben.

Das gesamte Gebiet ist auf seine wirtschaftliche und insbesondere kostengerechte Handhabung hin mit aller Beschleunigung von den zuständigen parlamentarischen Instanzen zu überprüfen und insbesondere der Bundesrechnungshof aufzufordern, dieses Gebiet intensiv und beschleunigt zu untersu-

28 Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 83, Drucks. Nr. 971; Gesetz über Wohnbeihilfen vom 29. 7. 1963 (BGBl. I, S. 508).

29 Quellennachweis: HStASt, Q 1/22 Bü 804, NL Haußmann.

chen. Diese Grundsätze können nur Beachtung finden, wenn diese Bauten rasch vom Verteidigungsministerium in die Verwaltung des Bundesschatzministeriums überführt werden.

2.

Zur Gebarung von Bund, Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet des öffentlichen Verkehrsbaues ist sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß darüber einig, daß die Parlamentarier in Bund und Ländern und die Gemeinderäte in den Gemeinden je nach den gegebenen Verhältnissen klare Vorstellungen über die Dringlichkeit einzelner anstehender Bauvorhaben haben müßten, im Bewußtsein dessen, daß die Tendenz, alle Wünsche auf einmal realisieren zu wollen, in sich selbst unmöglich geworden ist. Diesem Grundgedanken folgend, müssen auch Bauvorhaben, die nach den heutigen Vorstellungen als unabänderlich vorrangig gelten, in eine auf Jahre hinaus gehende Planung auf mehrere Baujahre verteilt werden.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß nimmt an, daß die Verwirklichung dieser Grundgedanken sich nur über die Kürzung der Etatmittel erreichen läßt.

Es wird aber diese Frage aufgrund eines Referates, das der Vorsitzende in der nächsten Sitzung über die Verminderung der Bautätigkeit von Ländern und Gemeinden übernimmt, nochmals erörtert werden.

3.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß ist sich darüber einig, daß die Preissteigerungen auf dem Baumarkt zusammen mit den immer mehr anwachsenden Überhängen an genehmigten, aber noch nicht beendeten Wohnungseinheiten Fragen einer Dämpfung der für den Wohnungsbau staatlicherseits zur Verfügung gestellten Mittel aufwerfen. Die Kürzung dieser Mittel sollte in solchem Maße erfolgen, daß die vorhandenen Überhänge an Wohnungen so rasch wie möglich abgebaut werden. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß ist sich darüber klar, daß dabei die Frage entsteht, in welcher Weise die Kürzung der staatlichen Wohnungsbauförderungsmittel durchgeführt werden muß, wenn nicht einerseits auf der Seite der Bauwirtschaft im Bau-, Haupt- und Ausbaugewerbe Schäden entstehen und auf der anderen Seite soziale Schäden entstehen sollen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß erörterte erneut die Baulandsteuer. Er kommt wiederum zu dem Ergebnis, daß die Beibehaltung einer Baulandsteuer in einer Zeit, in der über die Notwendigkeit der Dämpfung des Baumarktes allgemeine Klarheit besteht, unsinnig ist, weil die Baulandsteuer zu einer weiteren Anheizung des Baumarktes führt, und im übrigen das Ziel einer Bereitstellung billigen Baulands nicht zu erreichen vermag. Für eine Abschaffung der Baulandsteuer spricht weiter die Tatsache, daß sie viele kleine Grundstückseigentümer zur Veräußerung ihrer Grundstücke nötigt. Der Wirtschaftspoliti-

sche Ausschuß bittet die Fraktion und den Bundesvorstand dringend, hier unverzüglich initiativ zu werden.[30]

ANLAGE 4

Beschlüsse
des Bundesverbraucherausschusses der FDP in Bonn, 12. Februar 1963[31]

I. HERSTELLUNGS- UND HALTBARKEITSDATEN AUF VERPACKTEN LEBENSMITTELN SOWIE KENNZEICHNUNG DER KÜHLHAUSBUTTER

1. Der Ausschuß bekannte sich einstimmig zu den entsprechenden Forderungen von Frau Dr. *Kiep-Altenloh* MdB in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages: Für einen entsprechend abzugrenzenden Kreis von Lebensmitteln sind Herstellungs- und Haltbarkeitsdaten auf der Verpackung bzw. auf den Dosen zu fordern und dabei die Art der Lagerung (Temperaturen in Kühlschrank, Keller und Wohnung) anzugeben.[32]

2. Mit der „K"-Kennzeichnung der Kühlhausbutter soll eine entsprechende Aufklärung des Verbrauchers Hand in Hand gehen.

3. Die Durchführung dieser Maßnahmen soll technisch, wirtschaftlich und praktisch in bester Zusammenarbeit mit den anderen Marktpartnern erfolgen.

II. ALLGEMEINES DEUTSCHES WARENTEST-INSTITUT[33]

1. Der Ausschuß befürtwortete das Projekt als eine weitere Möglichkeit, dem Verbraucher zu größerer Markttransparenz zu verhelfen.

2. Vorstand und ständiger Beirat müssen strikte Unabhängigkeit, Neutralität und Objektivität verbürgen.

3. Ebenso muß die Geschäftsführung mit sachkundigen Persönlichkeiten besetzt werden, die ebenfalls strikte Unabhängigkeit, Neutralität und Objektivität gewährleisten.

4. Das Institut und seine Publikationen sollen keine bürokratischen Akzente aufweisen.

III. NÄCHSTE SITZUNG

Der Ausschuß hat beschlossen, seine nächste Arbeitssitzung mit dem Bundesfrauenkongreß in Bremen am 20. und 21. September 1963 zu kombinieren. (Der dort am 19. und 20. September stattfindende Frauenkongreß will sich gemäß seinem Beschluß vom 11. Februar 1963 am zweiten Tag – 20. September – mit Verbraucherfragen beschäftigen).

---

30 Zur Frage der Beibehaltung der Baulandsteuer C vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 64. Sitzung, S. 2999 A, 3001 B; Bd. 53, 75. Sitzung, S. 3640 C.

31 Quellennachweis: HStASt, Q 1/22 Bü 804, NL Haußmann.

32 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 54. Sitzung vom 16. 1. 1963, S. 2366 B f.

33 1964 auf Beschluß des Bundestages und mit Mitteln des Bundes gegründet. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 56, 141. Sitzung vom 23. 10. 1964, S. 7070 C ff.

ANLAGE 5

Beschlüsse
des Bundesfrauenausschusses der FDP am 11. Februar 1963[34]

1. BUNDESFRAUENKONGRESS 1963

Der diesjährige Bundesfrauenkongreß soll – zur Unterstützung der Bremer Wahl am 29. September – am 19. und 20. September in Bremen durchgeführt werden.

Themenvorschläge: I. Schutz des Kindes a) vor Mißhandlungen durch Eltern u. a., b) vor Sexualverbrechern, Jugendkriminalität und -strafvollzug. II. Verbraucherfragen bzw. der Verbraucher in der EWG.

2. SITZUNG DES BUNDESFRAUENAUSSCHUSSES

Die zweite Sitzung des Bundesfrauenausschusses in diesem Jahr soll etwa Ende November stattfinden, mit Schwerpunkt-Themata aus der Gesetzgebungsarbeit des Bundestages.

3. BERLINFAHRTEN VON FDP-FRAUENGRUPPEN

Nach den von Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg im letzten Jahr erstmalig mit finanzieller Unterstützung des Gesamtdeutschen Ministeriums erfolgreich durchgeführten staatsbürgerlichen Informationsfahrten nach Berlin ist beschlossen worden, daß alle Bundesfrauenausschüsse die finanziellen Möglichkeiten ausschöpfen und in diesem Jahr eine oder mehrere Berlinfahrten unternehmen.

4. STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES BUNDESFRAUENAUSSCHUSSES

Im schriftlichen Verfahren erhielten

Frau *Blaeser,* Wuppertal, acht Stimmen,

Frau Dr. *von Simson,* Berlin, sechs Stimmen,

Frau *Nicolaysen,* Hamburg, drei Stimmen.

Der Bundesfrauenausschuß hat demgemäß dem Bundesvorstand empfohlen, Frau *Blaeser* und Frau Dr. *von Simson* zu stellvertretenden Vorsitzenden zu ernennen.

5. ZIVILDIENSTGESETZ

Der Bundesfrauenausschuß hat einstimmig seine Zustimmung zu den Ausführungen und Forderungen von Frau Dr. *Flitz* MdB in der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages erteilt.[35] Im einzelnen wurde gefordert:

a) eine gründliche Klärung der Begriffe „Verband" und „Bereich" der Streitkräfte herbeizuführen und ob dort verpflichtete Frauen gegebenenfalls nach internationalem Kriegsrecht behandelt werden würden oder als Partisanen.

---

34 Quellennachweis: HStASt, Q 1/22 Bü 804, NL Haußmann.
35 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 56. Sitzung vom 24. 1. 1963, S. 2541 D–2544 C.

b) In für den Fall der gesetzlichen Heranziehung notwendig werdenden Gütestellen sollen unabhängige, ehrenamtlich arbeitende Frauen mit tätig werden.

c) In sinngemäßer Abwandlung der Kriegsdienstverweigerung müsse man der Frau das Recht der Verweigerung der Tätigkeit in einem Rüstungsbetrieb zuerkennen.

d) Bei den Untersuchungen sollen für die Frauen auf Wunsch Ärztinnen zur Verfügung stehen.

## 40.

## 27. 5. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 117. Gez. Mende; Protokoll Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 27. Mai 1963 in Bonn, Bundeshaus." 14.45 Uhr–18.40 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Dörinkel, Effertz, Gärtner (LSD), Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Kastenmeyer (DJD), Kohl, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Müller-Link, Scheel, Simonis, Starke, Weyer.

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Genscher, Haferland, Marx, Moersch, Richter, Schollwer.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte Dr. MENDE im Namen des Bundesvorstandes Dr. *Haas* und *Simonis* zu ihrer Wiederwahl als Landesvorsitzende.[2]

1. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE erklärt, daß nach einer mit dem Bundespräsidenten und den Vertretern der drei Parteien getroffenen Vereinbarung in allen Ländern der 17. Juni als stiller Feiertag begangen werden soll.[3] Bundesinnenminister *Höcherl* wird mit den Länderkultusministerien noch Verbindung aufnehmen und diese bitten, an die Schulen Anweisungen zu einer würdigen Gestaltung dieses Tages zu geben. Sollte das zeitlich nicht mehr möglich sein, dann ist eine solche Regelung für das nächste Jahr zu erwarten. Auch für das nächste Jahr ist aber nicht damit zu rechnen, daß der 17. Juni ein Arbeitstag sein wird.

---

1 Entschuldigt waren *Borttscheller, Bursig, Engelhard, Gentner, Glahn,* Herta *Ilk, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz,* Eduard *Leuze, Leverenz* und *Rubin.*

2 Landesverband Bayern und Landesverband Saar.

3 Gespräch vom 27. 5. 1963, zu dem *Lübke* die Parteivorsitzenden und Präsidenten der großen Verbände gebeten hatte. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 90.

Dr. MENDE hat dem Landesverband Niedersachsen den Rat gegeben, sich bei der Regierungsbildung nach dem Grundsatz zu richten, daß Koalitionen dem Wählerwillen entsprechen müssen, daß heißt eine Koalition mit der stärksten Partei zu suchen, wenn dafür die sachlichen und personellen Voraussetzungen gegeben sind. Im Falle Niedersachsen ist außerdem zu bedenken, daß eine Entscheidung für eine Koalition mit der CDU in der SPD die Neigung stärken muß, sich für das Mehrheitswahlrecht einzusetzen.[4]

Die Verhandlungskommissionen von FDP und CDU werden im Juli zusammentreten, um die sachlichen und personellen Grundlagen für die Neubildung der Bundesregierung zu klären.[5]

Die NATO-Konferenz in Ottawa[6] hat [in] unserer Verteidigungskonzeption entsprechende Tendenzen sichtbar werden lassen. Die Zurückhaltung der Amerikaner gegenüber einer multilateralen oder multinationalen Atombewaffnung mit entsprechend weiter Entscheidungsbefugnis war deutlich. Der Plan, Abschußrampen auf Überwasserfahrzeugen zu installieren, wird offenbar nicht mehr verfolgt.

In der anschließenden Diskussion wird die Formel „Koalition jeweils mit der stärksten Partei" kritisiert. Sie sei zu einfach und zudem gefährlich, weil sie den Eindruck erwecken kann, daß die FDP sich opportunistisch jeweils mit dem Stärksten verbündet und daß sie auf eine eigene Politik verzichtet. Zu der Formel ist einschränkend zu sagen, daß sie nur für die Fälle Geltung haben kann, wo danach sichere Regierungsmehrheiten zu erwarten sind. Ausgangspunkt bei allen Koalitionsverhandlungen muß aber die Frage sein, in welcher Koalition die Partei ein Höchstmaß an sachlichen Zielen erreichen kann. Nur eine solche politische Entscheidung kann den Wähler und die Öffentlichkeit überzeugen.

Die anwesenden Bundesminister betonen, daß gegenwärtig in der CDU die Forderung nach dem Mehrheitswahlrecht nicht erhoben wird und daß dies für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten ist.

4. BERICHT ÜBER DIE LAGE IN NIEDERSACHSEN NACH DER WAHL VOM 19. MAI 1963

GRAAFF berichtet, daß sowohl CDU wie SPD die sachlichen Forderungen der FDP anerkennen und jeweils auch bereit sind, der FDP vier Ressorts anzubieten. Im Landesverband neigt das flache Land zu einer Koalition mit der CDU, die städtischen Kreise befürworten eine Koalition mit der SPD. Bei dieser Lage ist zu fragen, ob man mit drei Stimmen Mehrheit eine tragfähige Regierungsmehrheit erreichen kann. *Graaff* bezweifelt das. Die FDP wird sich für drei Ministerien entscheiden. Darunter werden sicher sein das Ressort für Wirt-

4 Landtagswahlen vom 19. 5. 1963: SPD 73 Mandate, CDU 62, FDP 14. Gebildet wurde eine SPD-FDP-Regierung. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 236.

5 Neubildung der Bundesregierung nach dem Kanzlerwechsel vom Herbst 1963.

6 Tagung des NATO-Rates auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister vom 22. bis 24. 5. 1963. Vgl. AdG 1963, S. 10585 A.

schaft und Verkehr und dann voraussichtlich das Finanz- und das Kultusministerium.

In der anschließenden Diskussion spricht sich eine Mehrheit dafür aus, anstelle des Finanz- das Innenministerium zu fordern. Dr. EFFERTZ und andere befürworten die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums.[7]

2. BERICHT ÜBER DIE FINANZLAGE DES BUNDES

Bundesminister Dr. DAHLGRÜN trägt vor, daß die Länder die vom Bund geforderten zwei Mrd. DM zur Deckung des Bundeshaushaltes nicht bereitstellen wollen. Die Länder gehen vielmehr davon aus, daß auch diesmal noch Reserven im Bundesetat vorhanden sind, die sie mit 1,7 Mrd. DM ansetzen möchten. Dr. DAHLGRÜN unterzieht die auf dieser Grundlage vom Finanzausschuß des Bundesrates gemachten Deckungsvorschläge einer kritischen Betrachtung. Über einige dieser Vorschläge kann man reden; ganz allgemein macht sich nun aber die „Wende" in der Konjunktur auch in den nachlassenden Einnahmen des Staates bemerkbar. Dr. DAHLGRÜN äußert sich anerkennend über den eingetretenen Wandel in der Haltung der Länder gegenüber dem Bund. Er kommt jetzt darin zum Ausdruck, daß der Finanzausschuß des Bundesrates auf Vorschlag von Dr. *Müller* beschlossen hat, dem Bundesratsplenum die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu empfehlen mit dem Ziele, eine für alle befriedigende Lösung zu finden. Der Bundesrat wird dieser Empfehlung aller Voraussicht nach folgen.[8]

In der anschließenden Diskussion hebt WEYER hervor, daß die Länder nicht nur eventuelle Verpflichtungen gegenüber dem Bund haben, sondern daß sie auch vor besondere Anforderungen gestellt sind, die sich aus der Finanzlage der Gemeinden ergeben. Dr. STARKE verweist darauf, daß der Bund die geforderten 2 Mrd. DM auf jeden Fall braucht.

Dr. DÖRINKEL gibt dem Bundesvorstand Kenntnis von einem Beschluß des Kreisverbandes Wiesbaden betr. das Verhältnis der Länder zum Bund, der auf dem Bundesparteitag als Antrag behandelt werden soll. Die Diskussion ergibt, daß dieser Beschluß von sachlich nicht zutreffenden Voraussetzungen ausgeht.

3. BERICHT ÜBER DIE REGIERUNGSBILDUNG IN RHEINLAND-PFALZ

Der Bundesvorstand stellt fest, daß die Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz im Benehmen mit dem Bundesvorstand erfolgt ist.[9] Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen, besonders in kulturpolitischer Hinsicht, hat er mit Genugtuung aufgenommen.

---

7 Die FDP erhielt die Ressorts Finanzen, Kultus, Wirtschaft und Verkehr sowie Justiz. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 236.

8 Der Bundesrat beschloß am 31. 5. 1963, zum Haushaltsgesetz 1963 die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen. Vgl. BR. STEN. BER., 258. Sitzung, S. 112 A–B.

9 Vgl. Nr. 39 Anm. 12.

Außerhalb der Tagesordung berichtet Dr. MENDE, ergänzt von WEYER, über das Ergebnis des Landesparteitages in Husum.[10] Als mögliche Gründe für den stattgefundenen Wechsel im Vorsitz werden genannt: Verärgerung über die Regierungsbildung in Kiel[11] sowie ein gewisser Gegensatz zwischen Stadt und Land.

Der Bundesvorstand gibt seiner Erwartung Ausdruck, daß es nicht zu einem Gegeneinander zweier Gruppen im Landesverband Schleswig-Holstein kommt. Er hofft, daß beide Gruppen in absehbarer Zeit den Weg zur Zusammenarbeit finden.

5. BERICHT ÜBER DEN STAND DER VORBEREITUNGEN ZUM BUNDESPARTEITAG

GENSCHER erklärt, daß gegenüber den in Hannover gefaßten Beschlüssen[12] keine Veränderung eingetreten sei. Er gibt dann die geplanten Rahmenveranstaltungen bekannt. Anträge zum Bundesparteitag sollen nach dem Referat von Dr. *Mende* vorgetragen und auch beschlossen werden – abgesehen von den Anträgen, die sachlich in die Arbeitskreise gehören. GENSCHER bittet, keine weiteren Anträge über die Fachausschüsse an den Bundesparteitag zu richten.

Als Plakattext für München ist vorgesehen: „Auch morgen in Freiheit leben".

Das Schlußreferat von *Weyer,* mit einer ungefähren Dauer von 30 Minuten, soll im wesentlichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitskreise sein, verbunden mit einem politischen Ausblick. Konkrete Empfehlungen der Arbeitskreise sollen zur Beratung dem Hauptausschuß überwiesen werden.

6. VERSCHIEDENES

KOHL berichtet, daß auf dem Deutschen Städtetag[13] die Vertretung seitens der FDP als mangelhaft empfunden wurde.

Bundesminister MISCHNICK schlägt vor, auf einer der nächsten Bundesvorstandssitzungen die Vorbereitung der Kommunalwahlen 1964 in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz zu besprechen.

WEYER regt an, daß dafür Vorschläge dieser drei Landesverbände dem Bundesvorstand zur Beratung vorgelegt werden sollen.

WEYER schlägt weiter vor, der Bundesvorstand möge sich mit der Forderung nach einem Bundespressegesetz befassen, die die Partei erheben sollte. Dr. MENDE stellt fest, daß dieser Punkt am 20. 6. anläßlich des Treffens der Län-

10 Landesparteitag in Husum am 25./26. 5. 1963 (ADL, 1217).
11 Vgl. Nr. 36 mit Anm. 18.
12 Vgl. Nr. 39 TOP 2.
13 Fortsetzung der Hauptversammlung am 24. 5. 1963 in Berlin. Vgl. DAS RATHAUS 16. Jg. (1963), S. 100, 204.

derminister und der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen erörtert werden soll.[14]

Die von Dr. *Mende* abgegebene Erklärung zu Kombinationen um die Wahl des Bundespräsidenten (siehe Anlage) ist für die Landesverbände verbindlich.

Der Bundesvorstand nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Wahl des Herrn Dr. *Gebhardt* zum Oberbürgermeister von Waiblingen.[15]

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet statt am 30. 6. 1963 um 15.00 Uhr in München.

ANLAGE

Erklärung des Bundesvorsitzenden Dr. Erich *Mende* auf dem Landesparteitag von Bayern in Regensburg am 25./26. Mai 1963.

„Die FDP hat sich weder bisher mit der Bundespräsidentenwahl 1964 befaßt noch beabsichtigt sie, von sich aus diese Fragen im gegenwärtigen Zeitpunkt zu erörtern. Anders lautende Meldungen, die sich auch auf die Frage einer erneuten Kandidatur oder auf einen Verzicht des Bundespräsidenten Dr. *Lübke* beziehen, entbehren daher jeglicher Grundlage."

14 Konferenz im Hessischen Landtag, Wiesbaden. Vgl. Das Rathaus 16. Jg. (1963), S. 245.
15 Kurt *Gebhardt* (FDP) wurde bei einer Wahlbeteiligung von etwa 65 % im 1. Wahlgang mit 57,5 % der gültigen Stimmen gewählt. Vgl. Das Rathaus 16. Jg. (1963), S. 270.

## 41.

## 30. 6. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 117. Gez. Mende, Leverenz; Protokoll: Marx. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 30. Juni 1963 in München, Hotel Bayerischer Hof." 15.15 Uhr–20.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Dörinkel, Effertz, Eisenmann, Erbe, Gärtner (LSD), Glahn, Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kastenmeyer (DJD), Kohl, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Scheel, Simonis, Starke, Wedel, Weyer.

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Feuerherdt, Genscher, Haferland, Kirchhoff, Marx, Moersch, Richter, Schollwer.

Gäste: Brandt, Grittmann, Hummel, Piethe, Rieger, Schade, Herbert Schneider, Völker.[1]

1 Entschuldigt waren *Engelhard, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Stammberger* und *Wolgast.*

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht der Bundesvorstand Dr. Marie-Elisabeth *Lüders* zu ihrem 85. Geburtstag seine Glückwünsche aus. Ebenfalls erhalten Glückwünsche des Bundesvorstandes *Glahn* aus Anlaß seiner Wiedergenesung und *Eisenmann* zu seiner Wahl als Landesvorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Dr. MENDE unterrichtet den Bundesvorstand über die Veranstaltungen mit den in München[2] anwesenden Vertretern der anderen liberalen Parteien sowie der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament.

1. VORBESPRECHUNG DES ABLAUFES DES PARTEITAGES

Dr. MENDE gibt einen kurzen Überblick über das Programm des ersten Tages des Parteitages. Sein Referat wird etwa 1 1/2 Stunden dauern. Die Begründung für die Anträge soll nur kurz erfolgen. Dr. MENDE bittet um Verständnis dafür, daß Delegierte nur in beschränkter Zahl am Empfang teilnehmen können.

2. ERÖRTERUNG DER VORLIEGENDEN ANTRÄGE

verbunden mit

3. ANTRÄGE DES BUNDESVORSTANDES

GENSCHER berichtet kurz über die fristgemäßen und über die nachträglich eingegangenen Anträge.

Dr. MENDE erklärt, daß über die Anträge zum Teil am ersten Tage und zum Teil am letzten Tage im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Arbeitskreise abgestimmt werden soll. Dabei müssen die Anträge am Schlußtage nicht unbedingt einzeln verabschiedet werden, vielmehr soll in den Arbeitskreisen entschieden werden, ob und in welcher Form ein ursprünglicher Antrag dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

In der anschließenden Einzelberatung begründet Dr. HAUSSMANN zunächst den ANTRAG I (Einsetzung eines Haushaltsausschusses)[3] damit, daß mögliche Mißstimmung und Unsicherheit innerhalb der Partei in Zukunft vermieden werden sollen.

RUBIN widerspricht dieser Auffassung und gibt anschließend einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage der Bundespartei sowie ihre finanziellen Leistungen an einzelne Landesverbände. Nach kurzer Debatte erklärt sich Dr. HAUSSMANN damit einverstanden, daß dem Plenum die Überweisung dieses Antrages an den Bundesvorstand vorgeschlagen werden soll.

Dr. MENDE erklärt, daß über die Verwendung aller öffentlichen Mittel jeweils der engere Vorstand entschieden hat und daß darüber dem Bundesvorstand je-

---

2 Ort des FDP-Bundesparteitages 1.–3. 7. 1963. Vgl. den Wortlaut von *Mendes* Parteitagsrede in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 9-1963, 1978, S. 481–490.

3 Antrag I vom 28. 5. 1963, gestellt vom LV Baden-Württemberg. Der Antrag formulierte Kompetenzen und Arbeitsweise des zu schaffenden Beratungs- und Kontrollorgans. Quellennachweis für die Anträge I–XI: ADL, Ordner Nr. 117.

weils berichtet wurde. Der Bundesrechnungshof hat die Verwendung überprüft und Entlastung erteilt. Das vorgeschlagene Verfahren setzt im übrigen voraus, daß die Länder in gleicher Weise über ihre öffentlichen Mittel Rechnung legen. Hierzu erhebt WEYER unter Verweisung auf das Verteilungsverfahren im Landtag Nordrhein-Westfalen Widerspruch.

ANTRAG II (Änderung des § 13, Ziff. 2 der Bundessatzung).[4]

Dr. HAUSSMANN erläutert kurz den Antrag. Die Debatte läßt erkennen, daß eine satzungsändernde Mehrheit für diesen Antrag nicht zu erreichen sein wird. Der Bundesvorstand kann von sich aus die Annahme des Antrages nicht empfehlen. Er wird aber einen Zusatzantrag stellen, wonach die Delegierten für den Bundesparteitag in Zukunft nicht auf die Dauer eines Jahres, sondern jeweils für zwei Jahre gewählt werden sollen.

Dr. HAUSSMANN begründet den ANTRAG III (Bezug des Informationsdienstes für die deutsche Wirtschaft).[5] Nach einem Hinweis von RUBIN erklärt sich der Antragsteller damit einverstanden, daß dieser Antrag ohne Aussprache vom Plenum an den Bundesvorstand überwiesen werden soll.

ANTRAG IV (Vereinheitlichung der Justizverwaltung in den Bundesländern und im Bund).[6] Der Antrag soll im Plenum behandelt werden, und zwar in Form einer Neufassung, die der Bundesvorstand vorlegt.

Über den ANTRAG V (Zusammenlegung der Landtagswahltermine)[7] werden unterschiedliche Auffassungen vorgetragen. Während sich die Vertreter von Nordrhein-Westfalen dafür aussprechen, machen Dr. HAAS und Dr. HAUSSMANN verfassungsrechtliche Bedenken dagegen geltend, MÜLLER-LINK, Dr. STARKE und KASTENMEYER (DJD) lehnen aus taktischen und parteiorganisatorischen Gründen diesen Antrag ab.

Schließlich wird beschlossen, dem Plenum den Antrag vorzulegen zusammen mit einem Abänderungsvorschlag des Bundesvorstandes, wonach dieser Antrag nicht an die Adresse von Bundesinstanzen gerichtet, sondern nur den Ländern eine Änderung nahegelegt werden soll, soweit sich dafür Möglichkeiten ergeben.

Für ANTRAG VI (Wiederaufnahme des § 171 a in den Entwurf der Strafrechtsnovelle)[8] wird sofortige Annahme durch das Plenum empfohlen.

---

4 Antrag II vom 28. 5. 1963, gestellt vom LV Baden-Württemberg. § 13 Ziffer 2 der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960 umschrieb den Kreis der Stimmberechtigten bei der Wahl des neuen Bundesvorstandes.

5 Antrag III vom 28. 5. 1963, gestellt vom LV Baden-Württemberg. Ziel war, den Informationsdienst dem Landesverband bzw. den Bezirksverbänden kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

6 Antrag IV vom 28. 5. 1963, gestellt vom LV Hamburg. Ziel war, alle Gerichte im Bund und in den Ländern unter einheitlicher Verwaltung und Dienstaufsicht zusammenzufassen.

7 Antrag V vom 30. 5. 1963, gestellt vom LV Nordrhein-Westfalen.

8 Antrag VI vom 30. 5. 1963, gestellt vom LV Hessen. Vgl. § 171 a StGB: „Wer einen anderen durch Drohung mit einem empfindlichen Übel dazu nötigt, einer Partei oder einer anderen Vereinigung beizutreten, ihr nicht beizutreten oder aus ihr auszutreten, wird [. . .] bestraft."

ANTRAG VII (Zurückweisung der Versuche auf Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung)[9] soll an den Arbeitskreis I[10] überwiesen werden.

ANTRAG VIII (Massenmedien)[11] soll an den Arbeitskreis II[12] überwiesen werden.

ANTRAG IX (Berufsschulwesen, Zweiter Bildungsweg)[13] soll gleichfalls an den Arbeitskreis II überwiesen werden. Bei der weiteren Behandlung dieses Antrages soll durch den Bundesvorstand eine Überweisung an den Kulturpolitischen und den Wirtschaftspolitischen Bundesausschuß erfolgen.

ANTRAG X (Hochschulwesen)[14] soll an den Arbeitskreis II überwiesen werden.

Gegen den ANTRAG XI (Antrag der Jungdemokraten zur Außenpolitik)[15] äußerte Dr. MENDE eine Reihe ernsthafter Bedenken. Der Bundesvorstand beschließt, daß Antrag XI, zusammen mit den nicht fristgemäß eingegangenen Anträgen der Landesverbände Berlin und Hamburg zur Außenpolitik, als Material an den Arbeitskreis III[16] überwiesen werden soll. Alle drei Anträge sollen im Arbeitskreis behandelt, das Ergebnis soll in Form einer Entschließung dem Parteitag zur Abstimmung vorgelegt werden. Alles übrige Material soll ggf. dem Hauptausschuß überwiesen werden.

Dr. LEVERENZ übernimmt die Leitung der Sitzung.

Der nicht fristgerecht eingegangene Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auf Verabschiedung eines Bundespressegesetzes[17] wird vom Bundesvorstand übernommen und dem Plenum zur Annahme vorgelegt.

Der nicht fristgemäß eingegangene Antrag des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe (Insertion „Freies Wort")[18] wird gestrichen.

---

9 Antrag VII vom 30. 5. 1963, gestellt vom LV Hessen. Ziel war, zu verhindern, daß über die bestehenden Vorschriften hinaus Einstellungen, Entlassungen usw. nur noch mit Zustimmung des Betriebsrates möglich sein würden.

10 Sozialpolitischer Arbeitskreis (ADL, A 1-219/220).

11 Antrag VIII vom 31. 5. 1963, gestellt vom LV Hamburg. Ziel war, unter Hinweis auf das „Fernsehurteil" des BVerfG vom 28. 2. 1961 den Programmträgern von Rundfunk und Fernsehen auch künftig Unabhängigkeit und Informationsfreiheit zu sichern.

12 Kulturpolitischer Arbeitskreis (ADL, A 1-221/222).

13 Antrag IX vom 31. 5. 1963, gestellt vom LV Hamburg. Ziel war, die „Pflichtberufsschule" in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu einer modernen „Berufsgrundschule" auszubauen und diese als ersten Abschnitt des „Zweiten Bildungsweges" zu konzipieren.

14 Antrag X vom 31. 5. 1963, gestellt vom LV Hamburg. Ziel war, Bildungsziele, Strukturen und Methoden der Universitäten der „modernen industriellen Gesellschaft" anzupassen.

15 Antrag XI vom 31. 5. 1963, gestellt von den DJD, enthielt einen Katalog von Forderungen für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

16 Außenpolitischer Arbeitskreis (ADL, A 1-223/224).

17 Antrag vom 14. 6. 1963 (ADL, Ordner Nr. 117). Vgl. Nr. 44 TOP 7.

18 Antrag vom 11. 6. 1963 (ADL, Ordner Nr. 117). Ziel war, dem „Freien Wort" mit sofortiger Wirkung zu untersagen, Finanz- und Inseratenwerbung ohne vorherige Kontaktaufnahme mit den betreffenden Kreisverbänden durchzuführen.

Zum nicht fristgemäß eingegangenen Antrag des Bezirksverbandes Vorderpfalz (Zusammenlegung der Landtagswahltermine) übernimmt es GLAHN, die Delegierten zu einer Zurückziehung des Antrages zu bewegen.

4. BERICHT DES WAHLPRÜFUNGSAUSSCHUSSES

HOPPE gibt als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses bekannt, daß er dem Parteitag mitteilen kann, daß die Einladung zum Parteitag fristgemäß erfolgte und daß alle Delegierten ordnungsgemäß gewählt wurden.

5. FREIER DEMOKRATISCHER STUDENTENBUND

GENSCHER unterrichtet den Vorstand über ein Gespräch, das zwischen ihm und *Marx* einerseits sowie *Sturm* und *Schilling* als den Vertretern des FDS-Vorstandes andererseits am 28. 6. 1963 stattgefunden hat. Er betont dabei besonders, daß die Gründung dieses Verbandes ohne Fühlungnahme mit der Bundespartei erfolgte, was die FDS-Vertreter mit Zeitmangel entschuldigten.

GRAAFF berichtet dem Vorstand, wie es zur Bildung einer FDS-Gruppe in Göttingen kam.

Dr. VON NOTTBECK hat bereits ein Gutachten vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Namensgebung juristisch nicht vertretbar ist.

Dr. HAAS spricht sich gegen die Namensgebung aus, *Sturm* bezeichnet er unter Hinweis auf seine Verbindung zur *Altschäffel*-Gruppe[19] als „unglücklichen Vater" dieses Verbandes. Der LSD darf sich aber über die Gründung nicht wundern, wenn seine führenden Männer erklären, nichts mit den Korporationen zu tun haben zu wollen.

Prof. Dr. ERBE spricht sich dafür aus, sich mit dem LSD wegen der Korporationsfrage zusammenzusetzen.

KASTENMEYER (DJD) gibt einen Beschluß des Vorstandes der DJD bekannt, wonach die Partei aufgefordert wird, die Namensgebung zu untersagen und den neuen Verband nicht zu unterstützen.

WEYER und Dr. VÖLKER äußern sich kritisch gegenüber der Aufnahmepolitik des LSD.

GÄRTNER weist darauf hin, daß der LSD an einem guten Verhältnis zur FDP interessiert ist und daß bereits ein Wandel im Verhältnis des LSD gegenüber den Burschenschaften stattgefunden hat.

Dr. MENDE stellt fest, daß über den ganzen Komplex auf dem Parteitag möglichst nicht diskutiert werden soll.

Am Schluß der Debatte faßt Dr. LEVERENZ als Meinung des Bundesvorstandes zusammen:

1. Der Name Freier Demokratischer Studentenbund wird von der FDP nicht geduldet;

19 Vgl. Nr. 30 mit Anm. 13.

2. es besteht eine unterschiedliche Rechtslage zwischen LSD und dem neuen Verband in bezug auf ihre Stellung zur Partei. Nach § 16 Ziffer 2 e der Bundessatzung ist der Bundesvorsitzende des LSD, soweit er Mitglied der Partei ist, Mitglied des Hauptausschusses[20];

3. der Bundesvorstand nimmt zur Neugründung abschließend noch nicht Stellung. Es sollen schnellstens Gespräche geführt werden mit dem Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten, mit dem Bundesvorstand des LSD u. a. mit dem Ziel, die Haltung des LSD in der Korporationsfrage aufzulockern[21], und mit dem Vorstand des neuen Verbandes.

Der Beschluß zu Punkt 1 soll den Vertretern des neuen Verbandes brieflich mitgeteilt werden.

Dr. MENDE stellt abschließend fest, daß die Partei interessiert ist an einer Verbindung zu allen Verbänden, daß die FDP aber keinem Verband eine Namensgleichheit zugestehen kann.

6. VERSCHIEDENES

Es wird beschlossen, von der Möglichkeit eines Freigeleites vom Bayerischen Hof zum Löwenbräukeller zum Beginn des Bundesparteitages keinen Gebrauch zu machen.

KASTENMEYER (DJD) erklärt unter Billigung des Bundesvorstandes, daß die Deutschen Jungdemokraten während des Parteitages einen täglichen Pressedienst verteilen. Es wird dabei die Erwartung ausgesprochen, daß sich dieser Dienst nicht gegen die Partei wendet.

---

20 Vgl. § 16 Ziffer 2 e der Satzung i. d. F. vom 28. 1. 1960: „2. Das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundeshauptausschusses teilzunehmen, haben: [. . .]; e) die Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten und des Liberalen Studentenbundes, soweit sie Mitglieder der Partei sind."

21 Zu den Vorbehalten des LSD gegenüber schlagenden Verbindungen vgl. sein Grundsatzprogramm vom März 1963, in: LSZ 12. Jg., Nr. 3, Mai 1963, S. 7.

## 42.

## 26. 8. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 117. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 26. August 1963 in Bonn, Bundeshaus." 14.30 Uhr–19.15 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Borm, Borttscheller, Dahlgrün, Eisenmann, Erbe, Engelhard, Glahn, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Scheel, Simonis, Wolgast.

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Kellner (DJD) (i. V. von Kastenmeyer) Lüder (LSD) (i. V. von Gärtner).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Genscher, Haferland, Kirchhoff, Marx, Maurer, Moersch.[1]

Gäste: Dorn, Emde, Liselotte Funcke, Iversen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung prüft der Bundesvorstand, ob Gäste an der Sitzung teilnehmen dürfen (Dr. *Iversen* für die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung, Liselotte *Funcke,* Dr. *Emde* und *Dorn* für den Punkt 7 der Tagesordnung). Der Vorstand beschließt, diese Gäste an der Sitzung teilnehmen zu lassen.

Dr. MENDE erklärt die gesamte Sitzung für vertraulich.

1. BERICHT ÜBER DAS GESPRÄCH MIT DEM BUNDESVORSTAND DER DJD

Dr. MENDE berichtet über das Gespräch, das zwischen den Vorständen der Bundespartei und den DJD am 25. Juli 1963 stattgefunden hat. In freundschaftlicher und offener Aussprache wurden dort die Punkte erörtert, die in der Vergangenheit das Verhältnis zwischen FDP und DJD belastet haben.[2] Beide Seiten haben dann ihre Bereitschaft zu einem neuen Anfang mit einer besseren Zusammenarbeit bekundet. Dafür wurde vereinbart, in Zukunft regelmäßige Gespräche stattfinden zu lassen; das nächste soll Ende September sein. Dr. MENDE betont abschließend besonders den Wunsch, FDP-Vertretern die Teilnahme an Vorstandssitzungen der DJD zu ermöglichen.

Dr. KELLNER (DJD) bringt noch einmal die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Ausdruck.

2. BERICHT ÜBER DIE GESPRÄCHE MIT DEM FDS UND DEM LSD

GENSCHER berichtet über das Gespräch, das am 11. 7. 1963 zwischen Dr. *Mende, Rubin* und *Genscher* sowie *Sturm* als dem Vorsitzenden des FDS stattgefunden hat. *Sturm* wurde dabei entsprechend den zu diesem Punkt auf der Bundesvorstandssitzung am 30. Juni 1963 in München gefaßten Beschlüssen unterrichtet.[3] *Sturm* hat zugesagt, auf eine andere Namensgebung des neuen Verbandes hinzuwirken. GENSCHER verliest einen Brief von *Sturm* vom 5. August 1963, aus dem hervorgeht, daß die FDS-Gruppen bereit sind, einen neuen

---

1 Entschuldigt waren *Bucher, Dehler, Dörinkel, Kohl, Lüders, Maier, Müller-Link, Wedel* und *Weyer.*

2 Die Presseerklärung über dieses Gespräch, bei dem die FDP mit sieben und die DJD mit acht Personen vertreten waren, ist abgedruckt in „DJD Informationen" Nr. 7 vom 31. 7. 1963, S. 2 (ADL). Streitpunkte zwischen DJD und FDP waren die Deutschland-, Ost- und Sozialpolitik. Die DJD forderten mehr Aktivität in der Frage der Wiedervereinigung, mehr Kontakte zu den Staaten des Ostblocks und eine über unerhebliche Abänderungen von Gesetzesvorlagen der CDU/CSU hinausgehende Sozialpolitik. Vgl. Rolf ZUNDEL: Die zornigen jungen Männer der FDP. Der Nachwuchs der Freien Demokraten führt eine scharfe Klinge", in: Die Zeit Nr. 25 vom 21. 6. 1963, S. 2.

3 Vgl. Nr. 41 TOP 5.

Namen anzunehmen, was aber erst zu Anfang des Wintersemesters geschehen könne.

Dr. MENDE erklärt, daß das Problem des Verhältnisses der Partei zu diesem Verband damit noch nicht gelöst ist, aber die Münchener Beschlüsse inzwischen ausgeführt sind. Er knüpft daran die Feststellung, daß

1. die FDP nach wie vor den LSD als den ihr nahestehenden Studentenverband betrachtet[4]; nur einem Vertreter dieses Verbandes ist, wie auch den Vertretern der DJD, die Ausübung satzungsmäßiger Rechte innerhalb der Partei gestattet;

2. die Neugründung nicht den Namen „Freier Demokratischer Studentenbund" tragen kann. – Die Einhaltung der hierzu von *Sturm* gegebenen Zusage muß beobachtet, im Falle der Nichteinhaltung durch die Beantragung einer einstweiligen Verfügung erzwungen werden[5];

3. die Bundespartei die Neugründung in keiner Weise unterstützt und daß Meldungen über eine Unterstützung von seiten der Bundespartei jeder Grundlage entbehren.

Die anschließende Aussprache klärt, daß eine gerichtliche Geltendmachung des Namensschutzes der Partei nicht erfolgen würde ohne einen vorherigen Beschluß des Bundesvorstandes bzw. des engeren Vorstandes. Die Feststellung, daß die Neugründung durch die Bundespartei in keiner Weise unterstützt wird, bezieht sich nicht auf Einzelunterstützungen seitens der Landesverbände oder einzelner FDP-Mitglieder.

RUBIN berichtet über das Gespräch mit dem Bundesvorstand des LSD vom 26. August 1963. Für die Beurteilung des Verhältnisses von Partei und LSD ist maßgebend, daß der Bundesvorstand des LSD auf der Delegiertenversammlung in Konstanz zwei Fortschritte erreichen konnte: der LSD hat sich zur FDP als der liberalen Partei bekannt, und er hat die Zusage gegeben, in Zukunft keine FDP-feindlichen Pressemeldungen mehr abzugeben.[6] Dennoch bleibt an den Konstanzer Beschlüssen noch manches Fragwürdige. Aber die für die Zukunft vereinbarten regelmäßigen Kontakte werden hier die Unklarheiten hoffentlich beseitigen können. Es wurde die Absprache getroffen, daß der Bundesvorstand des LSD sich vor einer Stellungnahme zu wesentlichen politischen Fragen jeweils mit der FDP in Verbindung setzen wird.

Frau Dr. ILK tritt dafür ein, möglichst zahlreich an LSD-Seminaren teilzunehmen, um den Kontakt zu festigen.

LÜDER (LSD) erklärt, daß ein Gespräch der Vorstände von LSD und FDS über eine eventuelle Verschmelzung nicht ins Auge gefaßt sei. Einmal sei die Neugründung wegen ihrer geringen Größe noch kein Gesprächspartner, zum an-

4 In diesem Sinn äußerte sich *Mende* auch in einem Gespräch zwischen Mitgliedern des engeren Bundesvorstandes der FDP und Mitgliedern des Bundesvorstandes des LSD am 26. 8. 1963. Vgl. LSZ 12. Jg., Nr. 6, November 1963, S. 12.

5 Der Studentenbund benannte sich dann in „Freiheitlicher Deutscher Studentenbund" um. Vgl. Nr. 45 TOP 3.

6 Vgl. Nr. 39 mit Anm. 4.

deren erscheint es dem LSD-Bundesvorstand besser, sich um einzelne Mitglieder des FDS zu bemühen als um den in seiner Gesamtheit politisch etwas wirr zusammengesetzten Verband. Die Existenz zweier Studentenverbände müßte ihre jeweilige Radikalisierung zur Folge haben, woran niemandem gelegen sein kann.

Dr. MENDE verweist abschließend darauf, daß in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen der FDP einerseits und den DJD und dem LSD andererseits von wechselseitiger Loyalität bestimmt sein wird.

3. FINANZLAGE DER BUNDESPARTEI

Aus dem Bericht von RUBIN geht hervor, daß der Kassenstand erst im kommenden Jahr ausgeglichen sein wird. Zum Jahresende 1964 wird die Bundespartei zwar schuldenfrei sein, aber über keinerlei Reserven verfügen. Die Abzahlung von Restverpflichtungen aus dem Bundestagswahlkampf 1961 hat sich bis in das laufende Jahr hineingezogen. Eine Besserung der Finanzlage ist dann zu erwarten, wenn es gelingt, für Spenden wieder in gewissem Umfange steuerliche Abzugsfähigkeit zu erreichen.

RUBIN berichtet dann über die Finanzlage in Bezug auf „Das freie Wort".[7] Die Zeitung hat in den letzten Jahren steigende Zuschüsse erfordert, und nur weil es gelungen ist, die Einnahmen aus Anzeigen wesentlich zu erhöhen, und weil für „Das Berliner Wort"[8] Zuschüsse erlangt werden konnten, ist der Bundesvorstand der Notwendigkeit enthoben, einschneidende Beschlüsse fassen zu müssen. Auf jeden Fall muß erreicht werden, daß die Zuschüsse an „Das freie Wort" bis zum 31. März 1964 gesenkt werden. Einer größeren Verbreitung der Zeitung könnte auch eine Verbesserung des redaktionellen Teiles dienen. Hier kommt es besonders darauf an, den Aussagewert und die Aktualität der Zeitung etwa durch Minister-Interviews oder durch Beiträge aus der Feder von Abgeordneten und führenden Mitgliedern der Partei zu steigern. Vielleicht ist es auch möglich, die Feuilleton-Seite zu verbessern.

Dr. MENDE stellt fest, daß die Ausführungen von *Rubin* keine Kritik an den hauptamtlichen Mitarbeitern des „Freien Wortes" beinhalten.

Dr. HAUSSMANN läßt an die Mitglieder des Bundesvorstandes einen Antrag verteilen, der sich mit der Einsetzung eines sog. Haushaltsausschusses befaßt.[9] Der Bundesvorstand kommt überein, diesen Antrag auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zu behandeln.[10]

Der engere Vorstand will noch einmal überprüfen, ob eine finanzielle Unterstützung des LV Bremen für den Wahlkampf[11] möglich wird. Doch bestehen praktisch keine Aussichten.

---

7 Vgl. Nr. 1 Anm. 9.
8 Vgl. Nr. 1 Anm. 17.
9 Vgl. Nr. 41 Anm. 3.
10 Der Antrag wurde in den folgenden Sitzungen nicht behandelt.
11 Vor der Wahl der Bürgerschaft in Bremen am 29. 9. 1963.

Zum Abrechnungsverfahren des Informationsdienstes[12] erklärt RUBIN, daß niemand an einem zeitraubenden Berechnungsverfahren interessiert sei, daß die Bundespartei jedoch im Augenblick auf diese Gelder angewiesen ist und auch keine Stundung gewähren kann. Wenn es die Finanzsituation einigermaßen erlauben sollte, wird man dem Wunsch der Landesverbände nach einer Änderung des Verfahrens ab 1. 1. 1964 entgegenkommen.

5. HAUPTAUSSCHUSS – BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ZEITPUNKT UND ORT

Der Bundesvorstand beschließt, die nächste Sitzung des Bundeshauptausschusses am 5. Oktober 1963, 10.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus, durchzuführen. Eine weitere Sitzung des Bundeshauptausschusses soll – in Vereinbarung mit dem LV Baden-Württemberg – verbunden werden mit dem Drei-Königs-Treffen am 5. und 6. Januar 1964 in Stuttgart.

Der Bundesvorstand beschließt weiter, den Bundesparteitag 1964 in der Zeit vom 1. bis 3. Juni in Duisburg zu veranstalten.

4. NEUBILDUNG DER BUNDESREGIERUNG

Dr. MENDE verweist in der Einleitung seines Überblicks darauf, daß die im Herbst 1961 getroffene Vereinbarung (Kanzlerwechsel) spätestens Mitte der Legislaturperiode)[13] nunmehr eingehalten wird. Offizielle Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts haben bisher noch nicht stattgefunden; das erste Koalitionsgespräch ist für den 3. September geplant. Die Verhandlungskommission der CDU wird sehr klein sein und sich nur aus Mitgliedern des Fraktionsvorstandes zusammensetzen.

Dr. MENDE streift dann kurz die außenpolitische Entwicklung und berichtet über ein Gespräch, das er am 9. August aus Anlaß des *Rusk*-Besuches[14] mit dem Bundesaußenminister hatte. Er skizziert die Grundzüge des *Schröder*-Memorandums[15] und erklärt dann, daß das Abkommen über den Atom-Test-Stopp[16] ein neues Kapitel in den amerikanisch-russischen Beziehungen einleitet, wobei aber das Thema Wiedervereinigung in dieser Entwicklung keineswegs automatisch eingeschlossen ist. Sehr wahrscheinlich sind die Äußerungen

12 Vgl. Nr. 41 Anm. 5.

13 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

14 Bedenken der Bundesregierung, daß eine Unterzeichnung des Moskauer Abkommens über einen Atomversuchsstopp durch die Regierung der DDR eine Aufwertung dieses Regimes bedeute, wurde durch britische und amerikanische Zusicherungen zerstreut. Diesem Zweck diente der Besuch von US-Staatssekretär *Rusk* in Bonn am 10. 8. 1963. Vgl. AdG 1963, S. 10744 A. Siehe auch Anm. 16.

15 Memorandum der Bundesregierung vom 8. 8. 1963 an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, das nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurde. Es enthielt Vorschläge zur weiteren Behandlung des Weges zur Wiedervereinigung in Verbindung mit der europäischen Sicherheit. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, IV. Reihe, Bd. 9-1963, 1978, S. 618 Anm. 5.

16 Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Teststoppabkommen), von Außenminister *Gromyko* (UdSSR), Staatssekretär *Rusk* (USA) und dem britischen Außenminister Lord *Home* am 5. 8. 1963 in Moskau unterzeichnet. Vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, IV. Reihe, Bd. 9-1963, 1978, S. 608 ff.

von *Brandt* und *Bahr* in Tutzing[17] mit den Amerikanern abgestimmt gewesen.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion werden im September über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsneubildung unterrichtet werden. Dr. MENDE ist an der Übernahme des Innenministeriums nicht interessiert. Die FDP muß als Koalitionspartner, ganz abgesehen von der Person, den Vizekanzler zu stellen. Allerdings muß damit ein Ressort verbunden sein.[18]

In der anschließenden Diskussion fordert Dr. ACHENBACH, die Verhandlungen auch mit dem Ziel zu führen, daß die FDP mehr Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik erhält.

Dr. EFFERTZ bittet, dahin zu wirken, daß den Agrarexperten eine nochmalige Zusammenkunft mit Vizekanzler *Erhard* ermöglicht wird, um bereits erzielte Übereinkünfte in der Agrarpolitik endgültig zu sichern.

FRHR. VON KÜHLMANN-STUMM erklärt, daß es eine Vergrößerung des Kabinetts nicht geben wird und daß andererseits keiner unserer Minister aus dem Kabinett zurückgezogen werden soll.[19] Deshalb kommt es darauf an, die CDU zu gewissen personellen Veränderungen zu veranlassen, was nicht ganz ohne Aussicht ist.

Die weitere Aussprache läßt allgemeine Übereinstimmung darin erkennen, daß die Koalitionsverhandlungen so schnell und geräuschlos wie möglich geführt werden müssen, weil alle Verzögerungen der FDP angelastet werden würden. Andererseits müssen in den Verhandlungen eine Reihe von Punkten konkret geklärt werden, denn Vizekanzler *Erhard* hat sich bisher zu wesentlichen Fragen nicht geäußert. Der Bundesvorstand ist weiter der Auffassung, daß man nicht in einer kurzen Zeit und geräuschlos alle Forderungen durchzusetzen vermag, daß man deshalb mit einer gewissen Elastizität verhandeln muß. Der Bundesvorstand teilt die Bedenken Dr. *Mendes* gegen die Übernahme des Innenministeriums zu diesem Zeitpunkt. Mit dem Rücktritt des Bundeskanzlers *Adenauer* stehen formal alle Ministerämter zur Disposition. Der Bundesvorstand ist aber einhellig der Meinung, daß unsere Verhandlungskommission mit dem Ziele verhandeln soll, neben den bereits behaupteten fünf Ressorts ein weiteres Ressort zu gewinnen.[20] Sollte das nicht möglich sein, dann ist dem Bundesvorstand erneut zu berichten.

Der Bundesvorstand beschließt, die bereits von der Fraktion gewählte Verhandlungskommission (Dr. *Mende, von Kühlmann-Stumm, Schultz, Zogl-*

---

17 Auf der Jahrestagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing hatte *Bahr* sich am 15. 7. 1963 für einen Wandel in den innerdeutschen Beziehungen durch Annäherungen der beiden deutschen Staaten unterhalb der Schwelle einer juristischen Anerkennung des Regimes der DDR ausgesprochen. Vgl. „Wandel durch Annäherung", abgedr. in: Karsten SCHRÖDER, Egon Bahr, Rastatt 1988, S. 325–330.

18 *Mende* wurde im 1. Kabinett *Erhard* Vizekanzler und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (ab 17. 10. 1963).

19 An Stelle von W. *Mischnick* (FDP) wurde H. *Krüger* (CDU) Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (ab 17. 10. 1963).

20 Die FDP behielt unverändert fünf Ressorts. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 309 f.

*mann, Scheel*) von seiten des Bundesvorstandes zu ergänzen durch Dr. *Leverenz* und *Weyer* sowie Dr. *Haußmann.*

Der Bundesvorstand hat keine Bedenken dagegen, daß Dr. *Mende* am 28. August, begleitet von *Frhr. von Kühlmann-Stumm,* zu einem Vorgespräch mit Vizekanzler *Erhard* zusammentrifft.

6. VERSCHIEDENES – STELLVERTRETUNG IM BUNDESVERTRIEBENENAUSSCHUSS

Der Bundesvorstand erklärt sein Einverständnis damit, daß die Position des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden mit einem Flüchtling besetzt wird.[21]

HOPPE berichtet dann über die Entwicklung der politischen Situation in Berlin. Die Äußerungen von *Brandt* und *Bahr* in Tutzing waren wohl mit der Berliner SPD abgesprochen, nicht aber mit dem Parteivorstand. Jeder Erfolg eines Vorstoßes in der durch diese Reden angedeuteten Richtung wird als Anliegen der Berliner Bevölkerung vom Senat getragen werden und somit beiden Koalitionspartnern zugute kommen. Es ist nur darauf zu achten, daß im Zuge dieser möglichen Entwicklung eine engere Verbindung zwischen Berlin und Bund hergestellt wird. In der Frage der Verlegung von Bundesministerien nach Berlin hält sich die SPD allerdings noch sehr zurück. Die Senatsdebatte am 3. September und den von der CDU eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister *Albertz* wird SPD und FDP in einer Linie gegenüber der CDU sehen. *Albertz* ist bestrebt, eine große Koalition unmöglich zu machen.[22]

7. WISSENSCHAFTSFÖRDERUNG

Prof. ERBE hat ein Memorandum ausgearbeitet, das allen Bundesvorstandsmitgliedern zugestellt werden soll (siehe Anlage). Prof. ERBE trägt die drei Schlußforderungen seines Memorandums vor und verweist zur Begründung vor allem darauf, daß die Abwanderung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte ins Ausland aufgehalten werden muß durch den Neubau und Ausbau von Hochschulinstitutionen, wofür im Etat des Bundes entsprechend Mittel anzusetzen sind. Er betont besonders, daß der Erfolg oder Mißerfolg von Bundesminister *Lenz* für die Partei von entscheidender Bedeutung sein wird.

Dr. MENDE weist den in dem Schreiben von Dr. *Picht*[23] an Dr. *Haußmann*[24] enthaltenen Vorwurf, die Bundestagsfraktion habe Bundesminister *Lenz* in seinem Ringen um die Kompetenzen seines Ministeriums nicht genügend unterstützt[25], als ungerechtfertigt zurück. Bundesminister LENZ weist darauf hin,

---

21 Für den Bundesvertriebenenausschuß vgl. die Übersicht über die Bundesfachausschüsse der FDP vom 9. 7. 1962. Vgl. Nr. 28, Anlage.

22 In West-Berlin regierte seit dem 11. 3. 1963 eine SPD/FDP-Koalition. Der von der CDU-Fraktion am 3. 9. gestellte Mißtrauensantrag scheiterte am 5. 9. 1963. Vgl. AdG 1963, S. 10777 A; A. C. STORBECK, 1970, S. 141 f.

23 Georg *Picht,* Pädagoge, ab 1958 Leiter der Forschungstätte der Ev. Studiengemeinschaft in Heidelberg.

24 Baden-württembergischer Justizminister und FDP-Landesvorsitzender.

25 Schreiben *Picht*, Hinterzarten, vom 7. 8. 1963 an Justizminister *Haußmann*, Stuttgart, Abschrift, 12 S. (ADL, Ordner Nr. 117).

daß es bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen darauf ankommt, die seinem Ministerium im Herbst 1962 aus Rücksicht auf die CSU vorenthaltenen Kompetenzen nunmehr aus dem Bundesinnenministerium herauszulösen und dem Bundesforschungsministerium zuzuweisen.[26] Bundesminister *Lenz* findet allgemeine Zustimmung mit seiner Feststellung, daß Wissenschaftsfragen und die Stellung der Parteien dazu im Wahlkampf 1965 eine entscheidende Rolle spielen werden.

ANLAGE

Prof. Dr. W. *Erbe* Abschrift
Tübingen-Lustnau 26. August 1963

Wissenschaftsförderung

Der Grund dafür, daß ich darum gebeten habe, den Punkt „Wissenschaftsförderung" auf die TO zu setzen, ist, daß in der jüngsten Zeit in den Reihen der für den Fortschritt der Wissenschaft Verantwortlichen, der Forscher, der Gelehrten, der Kulturpolitiker, eine tiefe Beunruhigung darüber entstanden ist, daß die deutsche Wissenschaft den Anschluß an den Weltstandard wegen unzulänglicher Förderung durch Bund und Länder nicht erreicht oder wieder verliert.

Zwar ist das, was Bund und Länder in den letzten Jahren für Wissenschaft und Forschung aufgewendet haben, für sich allein genommen eine stattliche Summe Geldes, aber sie ist, gemessen mit dem Weltmaßstab, nicht groß genug gewesen. Natürlich können wir uns mit dem wissenschaftlichen Potential der USA nicht vergleichen. Aber daß heute England auf fast allen Gebieten als das führende wissenschaftliche Land Europas unbestritten an erster Stelle steht, ist für uns schmerzlich. Noch mehr zu beklagen ist, daß auf vielen Gebieten das Urteil über Schweden günstiger ist als das über die deutsche Wissenschaft. Allgemein bekannt ist – und das hätte viel mehr aufhorchen lassen müssen, als es geschah –, daß die Anziehungskraft unserer Bundesrepublik für junge Forscher außerordentlich nachgelassen hat, sogar für die eigenen, denen im Ausland bessere Möglichkeiten für ihre Forschungsziele geboten werden als bei uns. Die Zahl der Ausländer, die zu Gastaufenthalten zu uns kommen, wird sicher noch weiter sinken, wenn diejenigen, die bei uns waren, die Erfahrung mit nach Hause nehmen müssen, daß unsere Forschung nicht mehr in der Front des wissenschaftlichen Fortschritts steht.

Um nun aber die Ursache dafür nicht dort zu finden, wo sie wirklich liegt, nämlich am Mangel an Geld, verbreiten manche das Märchen, die Organisation der deutschen Wissenschaft sei veraltet, man klebe noch zu sehr am System des Chefs, der alles gelten wolle und seine Mitarbeiter nur als Hilfskräfte betrachte; es fehle an der Zusammenarbeit im Teamgeist. Aber das sind weit über Gebühr aufgebauschte Einzelfälle; es ist aufs Ganze gesehen leichtfertiges Geschwätz, wenn man von der „Diktatur der Ordinarien" oder von deren Monokratie faselt. Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß die wohl wesentliche Rolle für

26 Vgl. Nr. 36 TOP 4.

unsere Rückständigkeit, gemessen am internationalen Maßstabe, die zu geringe Zahl von Lehrstühlen und Instituten und ihre unzureichende räumliche und apparative Ausstattung gespielt hat. Deshalb konnte dem Physiker Walter *Gerlach* ein besonders hoffnungsvoller junger Kollege, der nach Rückkehr von einem Studienaufenthalt im Ausland nicht in seinem alten Institut blieb und deshalb von dem Genannten zur Rede gestellt wurde, antworten: „Ich kam mir vor, als ob ich wieder in die Volksschule sollte".

Und wenn schon der bestehende Zustand, die Gegenwart, unbefriedigend ist – ich erinnere dafür an die Klagen des Wissenschaftsrats, der Forschungsgemeinschaft, der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der *Max-Planck*-Gesellschaft, des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft oder an das Wort, Wissenschaft und Forschung seien allzu lange die Stiefkinder des Wirtschaftswunders geblieben –, wie wird dann erst die Zukunft aussehen? Können wir im Wettrennen der Nationen, die Milliarden für die wissenschaftliche Forschung einsetzen, überhaupt noch ehrenvoll mitmachen? Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht weniger Begabungen haben als andere Länder. Die Tradition der Vorbereitung dieser Begabungen auf die Wissenschaft ist noch nicht abgebrochen. Was aber fehlt und was wir deshalb schaffen müssen, ist, daß unsere Begabungen unter optimalen Bedingungen arbeiten können. Nur dann ist eine bescheidene Zuversicht begründet. Andernfalls wird unsere Wissenschaft provinziell. Dafür ein Beispiel: In den zwanziger Jahren hatte namentlich die jüngere deutsche Physikergeneration ein 24-bändiges Handbuch der Physik geschrieben; die jetzt erscheinende 2. Auflage[27] stammt zu einem sehr großen Teil von ausländischen Verfassern. Wenn aber die deutsche Wissenschaft auf auch nur einem Sektor einmal provinziell geworden ist, dann wirkt sich dieses Zurückbleiben sehr bald auch auf andere Gebiete aus. Und dann bekommt man zu spüren, daß es eine Verflochtenheit der Disziplinen in- und miteinander gibt, die man früher einmal als die Einheit aller Wissenschaft bezeichnet hat.

Nun mußte man zwar nach der letzten Bundestagsdebatte über die Förderung von Wissenschaft und Forschung, bei der Hans *Lenz* resümierte, daß er eigentlich keine kontroversen Meinungen feststellen konnte[28], annehmen, daß die Bereitschaft bestehe, die finanziellen Konsequenzen aus dem vielberufenen besonderen Rang von Wissenschaft und Forschung zu ziehen. Allein die Kenntnis des Richtigen hat offenbar nicht dazu geführt, eine entsprechende Rangordnung von Ansprüchen aufzustellen; in der Wissenschaftsförderung droht die Herstellung weit hinter der Vorstellung zurückzubleiben. In unseren Etats geht es vielmehr zu wie in *Hemingsways* Romanen, in denen auch alles, was ist, gleichwertig ist. Es fehlen die distanzierenden Kategorien, ohne die es keine echte Verfügungsgewalt über die Finanzen gibt; ein Etat ist nicht eine Übermacht von gleichwertigen Zwangsläufigkeiten, um derentwillen man alle

27 Hans Geiger/Karl Scheel (Hrsg.) Handbuch der Physik, Bd. 1, Berlin 1926, Bd. 24/2 Berlin 1933. 2. Aufl. des Gesamtwerks nicht ermittelt.

28 Vgl. 4. BT Sten. Ber., Bd. 52, 60. Sitzung vom 13. 2. 1963, S. 2720 A.

Ansprüche an ihn anteilsmäßig gleich kürzen könnte. Das Bild von der blinden Gerechtigkeit wäre hier völlig falsch am Platze!

Unsere Politik hat mit den Umwälzungen in der organisatorischen Struktur in der Forschung nicht Schritt gehalten. Man darf heute nicht mehr verweilen bei dem Privatgelehrten, der im selbst ausgerüsteten und finanzierten Laboratorium der Wissenschaft und dem Leben dient, oder bei dem Erfinder, der in der eigenen Werkstatt neue Produkte entwickelt. Heute brauchen experimentelle Untersuchungen in den Naturwissenschaften teure und komplizierte Instrumente und ein Heer von Fachleuten mit verschiedenartiger Ausbildung, Wissenschaftler verschiedener Spezialrichtungen, Ingenieure und Techniker. Neue Entdeckungen laufen heute in aller Regel unter vielen Namen; nur noch selten – wie beim *Mößbauer*-Effekt – stößt einer allein in Neuland vor. Unsere Institute müssen daher – genau wie diejenigen im Ausland – fähig sein, rasch neue Arbeitsgruppen zu bilden, auszustatten und zu finanzieren.

Die schlimmste Folge unserer allzu konservativen Zustände wäre noch nicht einmal die Abwanderung schöpferischer Kräfte; das Bedenklichste wäre der Niveauverlust in der Ausbildung der nachwachsenden Generation, der mit der Zeit zur Sterilität führen müßte. Das Gesagte gilt gerade auch z. B. für das Vordringen in die größten und kleinsten Dimensionen, in den Weltraum und das Reich der Atome. Hier sind in letzter Zeit die Anschuldigungen gegen Regierung und Parlament so häufig vorgetragen worden, daß man sich schon die Ohren verstopfen müßte, um sie zu überhören. Insbesondere die Deutsche Atomkommission hat lapidar festgestellt, daß der Rückstand der deutschen Atomforschung in den letzten Jahren sich auf fast allen Gebieten noch vergrößert habe. Wir sind sodann ein rohstoffarmes Land, deshalb ist der Export für uns lebensnotwendig. Da dieser wieder von der Qualität und Originalität unserer Produkte abhängt, brauchen wir eine produktive und dynamische Forschung. Intensivste Forschungspflege ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Volkes auf lange Sicht. Davon, daß man dies wirklich wüßte, daß man Wesen und Bedeutung geistiger Arbeit entsprechend schätzte, kann bei uns keine Rede sein. Ich will alle diese Anklagen gar nicht in erster Linie aus nationalen Gründen erheben. Noch wichtiger ist mir der Gedanke, daß die Zukunft der Menschheit in der freien Welt jede Intelligenz, damit auch die deutsche, braucht.

Zur Wissenschaftsförderung bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und der Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Der notwendigen zusätzlichen Hilfe der Wirtschaft brauche ich hier nur en passant zu gedenken; den scharfen Angriff, den Hans Magnus *Enzensberger* gegen die Herren Mäzene gerichtet hat, in dem er diesen empfiehlt: „Bauen Sie ein paar Universitäten, ein paar technische Hochschulen", hat die Wirtschaft nicht verdient. In der Wissenschaft weiß man, was man in den Ländern gelegentlich vergißt, daß es ohne den Bund nicht geht, auch z. B. nicht bei der Neugründung wissenschaftlicher Hochschulen; man hat die Streitigkeiten über die „Kulturhoheit" ebenso gründlich satt wie man kein Verständnis hat für die Ablehnung von Bundesgeldern für die Neugründung von Universitäten durch die Länder-Ministerpräsidenten. Wollen wir föderalistischer sein als die Schweiz, wo der Schweizeri-

sche Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, eine privatrechtliche Stiftung seit 1. August 1952, seine jährlich über 23 Millionen Schweizerfranken vom Bund erhält? Und der Schweizer Bundesrat *Tschudi* konnte mit allgemeiner Zustimmung im Mai dieses Jahres sagen, daß die Forschung als nationale Aufgabe der Schweiz „nur vom Bund mit genügender Wirkung geordnet werden könne".

In den vorhin hervorgehobenen besonders kostspieligen Forschungsgebieten Weltraumforschung, mit der ich nicht die Weltraumfahrt meine, und Hochenergiephysik sind wir, wie alle Länder im freien Europa, angewiesen auf internationale Kooperation, weil keines dieser Länder, selbst die größeren nicht, die erforderlichen enormen Mittel allein aufbringen kann. Gelingt diese Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg nicht – und es scheint im Augenblick darum nicht zum besten zu stehen; ich brauche nur an das zu erinnern, was Thomas *Dehler* im Fernsehen zu CERN, der Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung, gesagt hat –, dann werden wieder die Besten unseres Nachwuches nach Übersee gehen, um an den dort bestehenden modernsten Forschungsstätten zu finden, was sie brauchen. Diese westeuropäische Kooperation aber ist für uns und die anderen natürlich nur dann von Nutzen, wenn unser wissenschaftliches und technisches Niveau demjenigen der Partner ebenbürtig ist. Das ist es in der Raumforschung nach allem, was uns dazu die Fachleute sagen, offenbar nicht; deshalb wird man sich um unseren Beitrag zur Europäischen Organisation für Raumforschung Sorgen machen müssen. Und schließlich ist es für ein Land unbefriedigend, wenn es immer nur Nehmender ist, wie wir es waren und sind bei der Nutzbarmachung der Kernenergie für friedliche Zwecke; wenn wir hier nicht die eigene Forschung ermöglichen, werden wir nie auch als Gebende auftreten können. Für die Zukunft übrigens läßt sich voraussagen, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt zu immer zahlreicheren Gemeinschaftsunternehmen über die Ländergrenzen hinaus führen wird.

Wissenschaftsförderung ist Politik auf lange Sicht. Wir erleben aber im Alltag, daß der politische Lebenshorizont immer mehr auf das Nächstliegende zusammenschrumpft. Wie gefährlich es aber ist, wenn die Politik der Penetranz des bloß Naheliegenden erliegt, wenn sie in der Inflation des Konkreten den Sinnzusammenhang verliert, kann nur ermessen, wer weiß, daß letztlich nur die Wissenschaft das Leben und die Kultur der Menschheit sicherstellen kann. Daher kommt der akute Zwang zur Förderung der Wissenschaft durch eine großzügige Investitionsfinanzierung, ohne daß natürlich die Autonomie der Wissenschaft auch nur im geringsten angetastet werden darf. Wir lehnen entschieden die vom Staat verordnete Perspektivplanung der Forschung selbst ab, die in totalitären Staaten gehandhabt wird, aber ich muß genau so entschieden die vorausdenkende Perspektivplanung bei der Aufstellung des Haushaltsplans des Bundes fordern. Und für die Wissenschaftsförderung müssen wir uns zu der Auffassung bekennen, „durch die Wissenschaft festlegen zu lassen, was die Wissenschaft für die Zukunft braucht". Ich war traurig darüber, daß diese so-

eben zitierte Wendung im Bundestag von dem früheren Atomminister *Balke* gebraucht wurde[29] und nicht von einem der Unsrigen.

Für uns muß es, über die Erkenntnis hinaus, daß an den Etatanforderungen des Wissenschaftsministeriums nichts abgestrichen werden darf, ein nobile officium sein, unseren Mann, Hans *Lenz*, im Haushaltsausschuß und im Plenum mit Einsatz aller Kräfte zu unterstützen. Das muß sein in dem Wissen darum, daß die verstärkte Förderung von Wissenschaft und Forschung eine politisch hochbrisante Materie geworden ist. Sie ist für unsere Partei, die den Fachminister stellt, eine Existenzfrage. Wenn *Lenz* keine entscheidenden Erfolge erzielt, dann bleibt sein Ministerium eine Erfindung, die zwar einen Namen, aber keinen Zweck hat. Ich habe manchmal den Eindruck, als hätte die betroffene deutsche Öffentlichkeit das Scheitern dieses Ministeriums im Bewußtsein bereits vorweggenommen. Nur wir selber können diesen Eindruck noch zerstören.

Unser *Lenz*-Ministerium darf nicht weniger effektiv sein als das französische Forschungsministerium, in dem man sich gerade jüngst vorgenommen hat, in Zukunft noch stärker fördernd für Wissenschaft und Forschung in Erscheinung zu treten. Was dort geht, das muß unter allen Umständen auch bei uns möglich gemacht werden. Ich verkenne bei dieser Forderung nicht die schwierige Lage, in der sich unser Bundesfinanzminister befindet; ich weiß, daß die einzelnen Ministerien für 1964 nicht weniger als 11 Milliarden DM mehr gefordert haben als 1963. Und ich stimme ihm voll zu, wenn er vor der Presse in Berlin vor ungerechtfertigten Forderungen einzelner Gruppen und Organisationen gewarnt hat. Wenn er allerdings die Wissenschaft und das Ministerium *Lenz* mitgemeint haben sollte, dann hätte er Unrecht.

Das Fazit: Ich möchte den Bundesvorstand bitten, an die Bundestagsfraktion einen dringenden Appell zu richten, Hans *Lenz* die tatkräftigste und uneingeschränkte Unterstützung für seine Etatanforderungen zu gewähren.

Ich habe in meinem Referat das Schwergewicht auf die materielle Förderung der wissenschaftlichen Forschung gelegt. Ich muß dem Bisherigen aber noch etwas hinzufügen, auch wenn es nur eine Wiederholung dessen ist, was ich in diesem Gremium schon einmal gesagt habe, wenn auch ohne Erfolg. Ich meine den ungenügenden Katalog der Zuständigkeiten des Wissenschaftsministers. Die bevorstehende Neubildung der Regierung muß zum Anlaß genommen werden, die bisherigen Konstruktionsfehler gutzumachen. Das muß ein Auftrag des Bundesvorstands an Fraktion und Verhandlungskommission sein. Und ganz zum Schluß möchte ich eine einem Teil von Ihnen bekannte Forderung aufnehmen, die unserer Partei von Dr. Georg *Picht* nahegebracht wurde, nämlich: dem Wissenschaftsministerium eine kulturpolitische Informationsstelle anzugliedern. Ich verweise dazu auf den fraglichen Abschnitt aus dem Brief an Wolfgang *Haußmann* vom 7. August 1963 (siehe S. 10 ff. der Abschrift des Briefes von Dr. *Picht*).[30]

---

29 A. a. O., S. 2715 B.
30 Siehe Anm. 25.

## 43.

## 26. 9. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 117. Vorsitz: Mende, Leverenz; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand am 26. September 1963." 10.10 Uhr–18.15 Uhr.**

Redner: Achenbach, Aschoff, Atzenroth, Borm, Bucher, Thomas Dehler, Deneke, Emmy Diemer-Nicolaus, Hermann Dürr, Emde, Ertl, Genscher, Hamm, Hammersen, Hartkopf, Hedda Heuser, Hoppe, Herta Ilk, Kohl, Kohut, Krümmer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Leverenz, Mende, Menne, Mertes, Mischnick, Moersch, Frhr. von Mühlen, Müller-Link, Opitz, Rieger, Rutschke, Scheel, Schmidt, Herbert Schneider, Schultz, Stammberger, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Dr. MENDE gibt bekannt, daß morgen erstmalig die Verhandlungskommission mit Prof. *Erhard* zur Behandlung von Sachfragen zusammentritt.[2] Die FDP-Verhandlungskommission trifft sich anschließend an die Fraktionssitzung noch einmal in der Parlamentarischen Gesellschaft.

Die Sitzung wird für vertraulich erklärt.

Senatsdirektor Dr. *Hartkopf* wird als Gast begrüßt.

1. BERICHT ÜBER DIE ALLGEMEINE POLITISCHE LAGE

Dr. MENDE: Es fanden zwei Gespräche statt, und zwar einmal zwischen Dr. *Dehler,* Dr. *Mende* und Prof. *Erhard* über die Moskaureise Dr. *Dehlers*[3], und ein Gespräch, an dem neben Dr. *Mende* Dr. *Achenbach* als Vorsitzender des Arbeitskreises I[4] teilnahm, mit Außenminister Dr. *Schröder* vor dessen USA-Reise.[5]

Im nächsten Jahr finden Präsidentenwahlen in den USA statt.[6] Da *Kennedy* bisher keine großen innenpolitischen Erfolge verzeichnen kann, sucht er Erfol-

---

1 Die Anwesenden sind in der Vorlage nicht namentlich aufgeführt. Entschuldigt waren *Dörinkel, Hellige, Mauk, Rademacher, Sander, Wächter, Walter* und *Spitzmüller.*

2 Erste Besprechung über die mit der Regierungsbildung verbundenen Sachfragen am 27. 9. 1963 zwischen *Erhard* und der FDP. Der FDP-Verhandlungskommission unter Leitung von *Mende* gehörten weiter an die stellv. Bundesvorsitzenden *Leverenz* und *Weyer,* die stellv. Fraktionsvorsitzenden *Frhr. von Kühlmann-Stumm, Schultz* und *Zoglmann* sowie *Scheel* als Mitglied des Bundeskabinetts und der FDP-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, *Haußmann.* Vgl. fdk Nr. 71/63 (T) vom 27. 9. 1963.

3 *Dehler* hatte am 19. 8. 1963 eine mehrwöchige Reise in die UdSSR und nach Indien angetreten. Vgl. fdk Nr. 60/63 (T) vom 13. 8. 1963, S. 1; fdk 14. Jg., Nr. 74 vom 24. 9. 1963, S. 3.

4 Arbeitskreis für Außenpolitik, Wehrpolitik und gesamtdeutsche Fragen.

5 *Schröder* führte vom 20. bis 27. 9. 1963 in Washington und New York Gespräche mit Präsident *Kennedy,* seinem Berater McGeorge *Bundy,* Staatssekretär *Rusk* und dem britischen Außenminister Lord *Home.* Vgl. AdG 1963, S. 10823 D.

6 Präsident *Kennedy* erlag am 22. 11. 1963 einem Attentat; sein Nachfolger wurde Lyndon B. *Johnson,* bis dahin Vizepräsident der USA.

ge in der Außenpolitik, d.h. er neigt zu einem Entgegenkommen in der Entspannung Ost-West. Die gleiche Tendenz ist in England zu verzeichnen. Anders steht *de Gaulle* dazu, der an der harten Linie festhält. *Adenauer* und *de Gaulle* sind der Meinung, daß man zunächst den Konflikt UdSSR-China weiter schwelen lassen sollte, damit *Chruschtschow* zu größerem Entgegenkommen bereit ist. *Monnet*, mit dem Dr. *Mende* eine Aussprache hatte, teilt die amerikanische Auffassung, abwarten und nichts tun sei falsch.

Das Atom[test]stoppabkommen[7] wurde von der FDP schon in der letzten Sitzung gebilligt. Das entscheidende Gremium in den USA hat sich ebenfalls mit 4/5 Mehrheit dafür ausgesprochen. Da auch SPD und CDU für das Atom[test]stoppabkommen stimmen werden, ist mit einer großen Mehrheit im Bundestag für das Ratifizierungsgesetz zu rechnen. Die Verabschiedung soll bis Weihnachten erfolgen.[8] Dr. *Schröder* will gegenüber *Kennedy* eine bewegliche Haltung zeigen. Zu dem Gespräch, das Dr. *Adenauer* mit CDU-Politikern in Cadenabbia führte[9], ist die FDP nicht eingeladen worden, da hier im Gegensatz zu den Presseberichten nur CDU-interne Differenzen ausgetragen werden sollten.

Das am 9. August 1963 übergebene Memorandum[10] wird nach wie vor im Botschafterlenkungsausschuß beraten. Die Frage der Kontrollstationen spielt zur Zeit eine große Rolle. Diese sollen sich aber nicht nur auf den deutschen Raum beziehen. Ihr Bereich soll über Europa hinausgehen. Die Rede *Kennedys* vor der UNO am 20. 9. 1963[11] ließ ebenfalls eine Entspannungstendenz erkennen. Die Mondplanung ist nur eine Fortsetzung der gemeinsamen Planung, also keine Überraschung, wie es zum Teil in der Presse dargestellt wurde. Das Nichtangriffsabkommen[12] wurde von *Kennedy* in seiner UNO-Rede nicht erwähnt. Die Berlin-Garantie[13] wurde jedoch erneuert. Das Nichtangriffsabkommen ist deshalb in den Hintergrund getreten, da völkerrechtliche Schwierigkeiten aufgetreten sind.

---

7 Vgl. Nr. 42 Anm. 16.

8 Gesetz zu dem Vertrag vom 5. 8. 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 29. 7. 1964 (BGBl. II, S. 906). Bekanntmachung über das Inkrafttreten (am 1. 12. 1964) vom 5. 2. 1965 (BGBl. II, S. 124).

9 Während seines Sommerurlaubs in Cadenabbia vom 19. 8. bis 16. 9. 1963 hatte *Adenauer* folgende CDU-Politiker empfangen: *Erhard* am 30. 8., *von Brentano* mehrmals in der Zeit vom 9. bis 14. 9. und *von Brentano, Erhard, Krone* und *Schröder* am 14. 9. 1963 (StBKAH 04.16 Besucherlisten).

10 Vgl. Nr. 42 Anm. 15.

11 Vgl. AdG 1963, S. 10799 A Ziffer 6 (Auszug).

12 Ermitteln ließ sich nur der Entwurf eines Nichtangriffspaktes NATO-Warschauer Pakt, den die UdSSR am 20. 2. 1963 vorlegte. Vgl. AdG 1963, S. 10448 H Ziffer 5. Zustande kam am 20. 6. 1963 ein Abkommen der USA und der UdSSR über Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Washington und Moskau zur Verhinderung eines irrtümlichen Kriegsausbruchs. Vgl. AdG 1963, S. 10644 F Ziffer 12.

13 Vgl. Rede von Präsident *Kennedy* vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 26. 6. 1963 („Ich bin ein Berliner"), in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 9-1963, 1978, S. 460 f.

Von den 120 UNO-Staaten haben nur 11 die DDR anerkannt. Eine Aufwertung der DDR durch das Atom[test]stoppabkommen ist nicht erfolgt. Dr. *Schröder* will seine Gesprächspartner von der FDP, die er vor seiner Abreise nach den USA konsultiert hat, auch nach seiner Rückkehr wieder konsultieren. Dr. *Mende* dankt Dr. *Dehler* für die staatsmännische Klugheit, die er auf seiner Reise durch die UdSSR[14] bewiesen hat. Dr. *Dehler* hat damit auch der Partei einen Dienst erwiesen.

Dr. DEHLER: Man sollte die Bedeutung seiner Reise nicht überschätzen. Die Einladung dafür lag schon seit 1955 vor. Das Bundestagspräsidium vertrat die Auffassung, daß es gut sei, jetzt eine solche Reise zu veranstalten. Auch die Engländer haben zugeredet. Die Reise war verbunden mit einer Einladung zum Präsidium der Unionskammer des obersten Sowjets. Dr. DEHLER konnte sich jedes Reiseziel wählen, das er wollte, und alles besichtigen, was er wollte, von einer Seidenspinnerei bis zur Sowchose. Er hat mit Professoren, Gelehrten, Technikern und nicht nur mit Parteibonzen gesprochen. Auch in den technischen Betrieben stellte er ein hohes Niveau fest, das von dem Niveau in unseren Betrieben nicht wesentlich abweicht. Von dem Polizeistaat hat er nichts gespürt. Auch die Haltung der Bevölkerung ist gelockert. Man kann nicht von einer revolutionären Stimmung sprechen. Insgesamt muß auch von einer ertragreichen Wirtschaft gesprochen werden, denn die wirtschaftliche Entwicklung ist gut. Er hat viele technische Schulen gesehen – es gibt nur 2 % Analphabeten. Es wäre eine Verkennung der Dinge, wenn man auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch spekulieren würde, selbst wenn durch die Planwirtschaft Rückschläge eintreten sollten. Trinkgelder werden wieder genommen, weil der Verbraucher wieder die Möglichkeit der Konsumwahl hat. Im ganzen muß das System *Chruschtschow* für sehr saturiert gehalten werden. Es besteht ein großer Unterschied zur *Stalin*-Periode. Der China-Konflikt wurde nicht als dringende Sorge empfunden. Dr. DEHLER hat es aber vermieden, viel darüber zu sprechen.

Dr. *Adenauer* glaubt noch immer an eine politische Lösung als Folge einer starken Rüstung des Westens, wie er zu Dr. *Dehler* sagte. In der Sowjetunion klingt bei jedem Gespräch und bei jedem Tischspruch der Friedenswille an. Immer wieder ist die Sorge der Russen zu spüren, daß die friedliche Entwicklung durch Krieg gestört wird. Daraus ergibt sich, daß die Kriegsfurcht des Westens eine falsche These ist, jedenfalls soweit es die Haltung der russischen Bevölkerung betrifft. Natürlich wird nach wie vor eine Ausdehnung der Ideologie angestrebt. Dr. DEHLERS Reise war von ihm als eine politische Demonstration gewollt, gegen eine Politik, die auf das Wirken in den Osten verzichtet. So wurde es auch von den Sowjets aufgefaßt, und diese Reaktion war auch in Deutschland zu spüren, wie er aus zahlreichen Leserbriefen erfahren hat. Eine harte Auseinandersetzung gab es von Anfang an über die Frage des Friedensvertrages. Dr. DEHLER war kurz vor seiner Reise noch in Berlin gewesen, so daß er noch unter dem Eindruck der Mauer stand.

---

14 Siehe Anm. 3.

Das Gespräch mit *Gromyko* war sehr hart, wenn auch konziliant in der Form. In der deutschen Frage, sagte *Gromyko,* sind wird hart wie Granit. *Gromyko* will zwei Friedensverträge, da die Teilung Deutschlands eine Folge des Krieges ist. Hier gibt es für ihn keine Konzession. Dr. DEHLER hat dagegen den Standpunkt vertreten, daß dieser Zustand gefahrvoll ist. Nur eine gesamtdeutsche Regierung kann einen Friedensvertrag unterzeichnen. *Gromyko* sagte, daß derjenige, der die Realitäten nicht anerkennt, nur Krieg will. Es kam eine starke Animosität gegen Dr. *Adenauer* heraus. In Wirklichkeit, so meinte *Gromyko,* wollen *Adenauer* und die Westmächte den status quo. Diesen Vorwurf hat Dr. DEHLER abgewehrt. Er hat auf Österreich und die Haltung der Sowjets auf der 1958er Konferenz[15] verwiesen. Der Fall Österreich liegt aber laut *Gromyko* ganz anders. Auf die bei der 1958er Konferenz von den Sowjets gezeigten Haltung zu einem gesamtdeutschen Friedensvertrag ist *Gromyko* nicht eingegangen. Das Gespräch dauerte 70 Minuten.

Aus der Sicht Dr. DEHLERS gibt es keinen anderen Weg, als Gespräche dieser Art fortzusetzen, um in der deutschen Frage weiterzukommen.

Über eine Fülle von Problemen gäbe es aus Indien zu berichten. *Nehru* ist eine zentrale Figur auch gegenüber der Opposition im Parlament. Zu einer wirklichen Entspannung kann es nicht kommen, wenn die Krankheitsherde nicht beseitigt werden. *Nehru* war der Meinung, daß wir die Entspannung unserer nationalen Anliegen wegen verhindern wollen. Insgesamt kann festgestellt werden, daß Indien, wenn es auch unsere Wünsche erfüllt (keine Anerkennung der DDR), unserem Anliegen doch sehr fern steht.

KOHL: Er war sieben Wochen auf Einladung des State Department in den USA und konnte seine Reise in Washington selbst zusammenstellen. Er hat die Luftfahrt- und Elektronikindustrie besichtigt und viele Gespräche geführt. Man bringt Deutschland großes Vertrauen entgegen. KOHL ist durch die gesamten Staaten gereist. Er stellte eine gute Ausbildung der Flugzeugführer in den USA fest. Hier wie überall fand er großes Entgegenkommen von seiten der Amerikaner. Verständnis hat er auch in der Hähnchenfrage[16] gefunden. Gefragt wurde, was die Deutschen gegen die Mauer tun. Man hat ihm Gelegenheit gegeben, selbst ein Flugzeug zu führen (Hercules), das bisher noch nie von einem Deutschen geführt wurde, und konnte sich von den ausgezeichneten Flugeigenschaften dieser Maschine überzeugen. Von der deutschen Botschaft ist er gut betreut worden. Die deutschen Soldaten sind drüben besser angekommen als mancher Diplomat. Die Amerikaner halten sehr viel von unserer Tüchtigkeit. Die Franzosen und *de Gaulle* dagegen mögen sie gar nicht. Auch für die deutsche politische Lage hat man viel Verständnis. Schließlich hat KOHL mit Bob *Kennedy*[17] gesprochen. Mit dem Negerproblem fällt es den

15 Genfer Expertenkonferenz über Kontrolle der Nuklearversuche vom 1. 7. bis 21. 8. 1958 (erfolgreich abgeschlossen) oder Genfer Konferenz über die Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche vom 31. 10.–19. 12. 1958 (nach Einigung über Artikel 4 vertagt).

16 Anlaß war der Beschluß der Landwirtschaftsminister der EWG vom 30. 5. 1963, die Einfuhrabgaben für amerikanisches Geflügel zu erhöhen. Vgl. AdG 1963, S. 10597 B.

17 Robert *Kennedy,* Bruder von Präsident *Kennedy,* US-Staatssekretär für Justiz.

Amerikanern schwer, fertig zu werden. Wenn *Kennedy* die Wahl verliert, liegt es am Negerproblem.

Dr. MENDE: Es sollte in Zukunft mehr darauf geachtet werden, daß der Kauf von Flugzeugen nach militärpolitischen Gesichtspunkten erfolgt (Hercules).

HOPPE: Das Zustimmungsgesetz zum Atom[test]stoppabkommen[18] wurde am 11. 9. im Kabinett nicht abschließend behandelt, da darin keine Berlin-Klausel enthalten ist. Der Westen leistet gegen die Berlin-Klausel Widerstand. Dem sollten wir entgegentreten, zumal in Berlin die Vorbehaltsrechte der Alliierten nicht berührt werden. Sonst könnte damit eine gefährliche Entwicklung eingeleitet werden, da es präjudizierend für weitere Entspannungsschritte wäre, wenn beim erstem Entspannungsschritt in dem Zustimmungsgesetz keine Berlin-Klausel enthalten ist. Das Ergebnis dieser Entwicklung könnte die Isolierung Berlins sein. Partei und Fraktion müssen daher alles tun, die Berlin-Klausel in das Zustimmungsgesetz zum Atom[test]stoppabkommen hinzuzubekommen. Darin sieht HOPPE einen Teil der deutschen Frage. Gelingt das nicht, so müßte man sich schwer überlegen, ob man unter diesen Umständen ratifizieren kann.

SCHEEL: *Hoppe* hat recht, und SCHEEL glaubt, daß man von gewisser Seite mit Absicht auf die Berlin-Klausel verzichtet hat, um die Dreiteilung zu dokumentieren. Im Kabinett wurde diese Frage besprochen. Die rechtliche Frage wird geprüft, und das Kabinett ist auch weitgehend der Meinung, daß die Berlin-Klausel in das Ratifizierungsgesetz hinein muß.

Dr. HARTKOPF: In dem Abkommen mit Polen[19] ist nur eine sehr weiche Berlin-Klausel enthalten. Auch bei dem Abkommen mit Ungarn[20] besteht die Gefahr einer Aufweichung der Berlin-Klausel. Zu erreichen war lediglich die Hilfsklausel „Gebiet der DM West". Diese Gefahr besteht nun auch bei dem Atom[test]stoppabkommen. Die FDP sollte heute erklären, daß sie die Berlin-Klausel für selbstverständlich hält.

Dr. MENDE: Erst sollte man mit Dr. *Schröder* Verbindung aufnehmen, da wir uns verpflichtet haben, keine selbständigen Schritte in dieser Sache zu unternehmen. In der Sache haben *Hoppe* und Dr. *Hartkopf* recht.[21] Es ist aber ebenso ein Problem von SPD und CDU, eine Lösung zu finden.

ZOGLMANN: Ein Beschluß kann seines Erachtens, wenn man keine bestimmte Formel nennt, gefaßt werden. Natürlich muß man die Entspannung mitmachen, nur darf man dabei nicht gleich beim ersten Schritt eine russische Forderung erfüllen.

Dr. ACHENBACH: Das Abkommen wird so ratifiziert, wie wir das für richtig halten, also mit Berlin-Klausel. Da brauchen wir gar keinen Beschluß zu fas-

---

18 Vgl. Nr. 42 Anm. 16.

19 Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1963 bis 1965 vom 7. 3. 1963. Vgl. AdG 1963, S. 10452 C.

20 Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn 1963 bis 1965 vom 10. 11. 1963. Vgl. AdG 1963, S. 10907 B.

21 Beide waren Mitglieder des FDP-LV Berlin.

sen. Die Russen haben ihre Ausgangsposition nicht verändert, und wir werden das auch nicht tun.

ERTL: Dr. *Dehlers* Bericht hat gezeigt, daß die Sowjets nicht bereit sind, ernsthaft zu verhandeln. Er fragt sich daher, ob nicht die Gefahr besteht, daß wir zu einem Status quo minus kommen.

HOPPE: Er glaubt nicht daran, daß man allgemein die Berlin-Klausel für selbstverständlich hält. Wenn wir hier schwach werden und Berlin nicht vollwertig einschließen, verderben wird uns zukünftige Verhandlungen.

SCHEEL: Es kommt darauf an, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß die Berlin-Klausel hinein muß. Es ist aber gar nicht so sicher, daß das gelingt (Zuruf Dr. *Achenbach:* Wenn der Bundestag den Ratifizierungsvertrag mit der Berlin-Klausel beschließt, werden das die Amerikaner akzeptieren).

Dr. RIEGER: Entweder man erreicht die Wiedervereinigung im Rahmen einer Entspannung oder man entscheidet sich für verstärkte Rüstung.

Dr. MENDE: Eine Verpflichtung zur Konsultation (Atom[test]stoppvertrag) ergibt sich aus dem Deutschland-Vertrag, dem NATO-Vertrag und aus der moralischen Verpflichtung der Allianz (auf Frage Frau Dr. *Diemer*). Dr. MENDE stellt fest, daß wir in der Frage der Ratifizierung souverän sind und daß die FDP auch in der Frage der Entspannung an ihrer bisherigen Auffassung – auch am Deutschlandplan – festhält.

– Er verliest die FDP-Presseerklärung von Baden-Baden.[22] –

BORM: Er stellt die Frage, ob man damit rechnen kann, daß die Fraktion den Vertrag nicht ratifiziert, wenn die Berlin-Klausel nicht in das Atom[test]stoppabkommen hineinkommt.

Dr. MENDE: Ein Beschluß ist hier nicht notwendig, da es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt.

Dr. ACHENBACH: Wir müssen sagen, daß wir bereit sind, das Atom[test]stoppabkommen mit Berlin-Klausel zu ratifizieren. Er warnt vor einer Negativaussage.

Dr. MENDE: Er möchte vermeiden, daß wir plötzlich Seite an Seite mit denjenigen aus der CDU stehen, die die Ratifizierung aus ganz anderen Motiven ablehnen. Dr. MENDE stellt fest, daß die hier versammelten Gremien einstimmig akzeptiert haben, daß der Geltungsbereich des Atom[test]stoppabkommens selbstverständlich Berlin einschließt.

Dr. LEVERENZ: Er beantragt, den Bericht über den Stand der Regierungsverhandlungen vorzuziehen.

Dr. MENDE: Morgen findet eine erste Fühlungnahme über die Sachfragen, nicht aber über personelle Fragen statt.

---

22 Vgl. „Die Beschlüsse der FDP-Bundestagsfraktion zur europäischen Politik – Ergebnisse einer Klausur-Tagung der Fraktion in Baden-Baden", in: fdk Nr. 24/64 vom 2. 3. 1964, S. 1–7. Neben dem Beratungspunkt Europapolitik beschäftigte sich die FDP-Fraktion mit Tagesordnungspunkten, die kurz darauf im Bundestag beraten wurden: mit der Verabschiedung des Kindergeldes und der Frage der Passierscheine.

HAMMERSEN: Auch er tritt für ein Vorziehen des Berichtes über den Stand der Regierungsverhandlungen ein.

Dr. MENDE: So beschlossen.

3. BERICHT ÜBER DEN STAND DER REGIERUNGSVERHANDLUNGEN

VON KÜHLMANN: Die Besprechungen in Bad Wiessee[23] dienten der Klärung, was die Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode noch erreichen kann.

Agrarpolitik: Die Arbeitsunterlage aus der Regierungsbildung 1961[24] soll auch für die Zukunft gelten. VON KÜHLMANN hat eine Erklärung zur Getreidepreisfrage abgegeben. An der Sitzung nahmen von uns noch Dr. *Effertz* und *Mauk* teil.

Sozialpolitik: Hier galt es, den Verhandlungspielraum festzulegen. VON KÜHLMANN glaubt, daß man hier noch zu einer Einigung kommen kann.

Allgemein sollten die eingesetzten Kommissionen versuchen, die Meinungen zwischen CDU und FDP bis Anfang Oktober zu koordinieren.

Innenpolitik: Eine Kommission hat sich mit dem Parteiengesetz befaßt.[25] Die erarbeitete Konzeption soll uns durch die zwei Säulen der Parteienfinanzierung die Möglichkeit geben, den Wahlkampf 1965 zu finanzieren. VON KÜHLMANN hat die Hoffnung auf eine baldige Verabschiedung des Parteiengesetzes.

Wirtschaftspolitik: Bei dem Aktiengesetz[26] gilt es, die nennwertlose Aktie herauszubringen, damit das Gesetz verabschiedet werden kann. Bei der Aussprache über die Mehrwertsteuer[27] hat sich die *Luda*-Konzeption nicht bestätigt. Es fand ein fruchtbares Gespräch statt.

Wir sollten mit Angriffen gegen *Höcherl*[28] zurückhalten und auf der sachlichen Ebene bleiben. Je stärker *Höcherl* von uns angegriffen wird, um so sicherer bleibt er. Das zukünftige Kabinett soll nicht vergrößert, aber auch nicht verkleinert werden. Wenn die CDU eines der zwei zusätzlichen Ministerien an die FDP abgeben soll, kann die FDP kein klassisches Ministerium zusätzlich fordern. Entscheidungen über einzelne Minister sind bisher noch nicht gefallen. Wir sollten uns weniger um die Veränderungen in der CDU als um unsere eigenen Personalwünsche kümmern. Zwischen der Kanzlerwahl und der Vorstellung des Kabinetts sollen nicht mehr als zwei Tage liegen.

---

23 Gemeint ist wohl die erste Besprechung am 28. 8. 1963, wobei *Mende* und *von Kühlmann-Stumm Erhard* in seinem Haus am Tegernsee aufsuchten. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 99.

24 Vgl. Nr. 18 Anm. 265.

25 Das Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) trat erst am 24. 7. 1967 in Kraft (BGBl. I, S. 773).

26 Vgl. Nr. 18 Anm. 157. W. *Haußmann* zufolge nannte *Frhr. von Kühlmann-Stumm* nach der Aktienrechtsreform als weitere Desiderate die Reformen des Strafprozeßrechts und des Strafrechts. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 26. 9. 1963 (HStASt, Q 1/22 Bü 759, NL Haußmann).

27 Vgl. Nr. 18 Anm. 149.

28 Bundesminister des Innern.

Ausgangspunkt der Verhandlungen sind die Beschlüsse von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion.

VON MÜHLEN: Prof. *Eschenburg* hat *Erhard* geraten, sich personell freie Hand zu halten. Wir sollten hier aber auf Klarheit dringen.

Dr. RUTSCHKE: Er stellt die Frage, ob sich in der Angelegenheit *Lenz* wegen Präsidentschaft im Bundesrechnungshof etwas getan hat.

Dr. MENDE: Wir haben ein Gespräch mit *Erhard* darüber abgelehnt, da *Lenz* nicht da war. Ob mit *Lenz* später ein solches Gespräch stattgefunden hat, ist ihm nicht bekannt.

Dr. LEVERENZ: Ihm liegt eine Meldung vor, wonach *Erhard* es abgelehnt hat, vor seiner Wahl über Personalfragen zu sprechen. Das soll er *Scheel* gegenüber erklärt haben. Er bemängelt, daß bisher noch nicht einmal von unserer Seite mit *Lenz* gesprochen wurde.

ZOGLMANN: Er hat gewisse Bedenken gegenüber den geführten Informationsgesprächen, da wir hier zu einer Meinungsbildung kommen, von der wir nachher nicht wieder herunterkommen. ZOGLMANN bestätigt das *Scheel-Erhard*-Gespräch, wonach *Erhard* nicht einmal die Verhandlungskommission empfangen wolle. Wir haben aber am Montag erklärt, daß wir verhandeln müssen, worauf die Einladung für morgen erfolgte. Zu den Sachfragen gehört aber auch, daß *Erhard* seine personellen Vorstellungen entwickelt.[29]

Dr. MENDE: In der Tat haben bisher noch keine offiziellen Verhandlungen stattgefunden, weil die CDU – insbesondere aber Dr. *von Brentano* – in der Neubildung den Vollzug der 61er Vereinbarung sieht.[30] Dr. *Adenauer* wird den vereinbarten Brief am 15. 10. schreiben. Die CDU hat bis zur Stunde keine Verhandlungskommission ernannt; der Vollzug sollte nach ihrer Auffassung durch den Vorstand bzw. im Koalitionsausschuß erfolgen. Die Sachberatung ist durch Fachleute auf verschiedenen Gebieten zustande gekommen. In bezug auf den personellen Bereich hat *Erhard* am Tegernsee Dr. *Mende* und *von Kühlmann* gegenüber erklärt, daß er erst einmal die Vorstellungen der CDU erfahren müsse. Im übrigen will *Erhard* von seinen ihm mit dem Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen und nicht wieder eine Wahlkapitulation eingehen. *Zoglmann* hat *Erhard* erklärt, daß er ja schließlich gewählt werden will und daher gezwungen ist, mit offenen Karten zu spielen. Wir haben versucht, *Erhard* von der Meinung der Theoretiker *(Eschenburg)* zu lösen. Die Praxis sieht anders aus, denn ein zweiter Wahlgang würde auch an *Erhard* nicht spurlos vorübergehen. Nunmehr hat *Erhard* erklärt, daß die FDP seine personellen Vorstellungen schon vor der Wahl erfahren wird. Die SPD hat erklärt, daß sie nach wie vor bereit ist, unter *Schröder* eine Große Koalition einzugehen.

ERTL: Er kann nur dann *Erhard* wählen, wenn er weiß, was sachlich und personell geschehen wird.

---

29 Siehe Anm. 2.
30 Vgl. Nr. 17 Anm. 99.

MÜLLER-LINK: Wir sollten uns nicht immer Dinge vornehmen, die wir nachher nicht halten können. Wir können auch nicht einfach sagen, daß wir *Erhard* nicht wählen, da dieser ja schließlich unser Mann ist.

Ein Wechsel zwischen Dr. *Mende* und *Mischnick* scheint dem Landesverband Hamburg der einzig mögliche Wechsel zu sein, da *Mischnick* offenbar einverstanden ist. *Lenz* sollte man nicht auswechseln. Der Landesverband Hamburg fragt sich aber nach wie vor, ob es zweckmäßig für Dr. *Mende* ist, ins Kabinett einzutreten. Es ist der einstimmige Wunsch, nicht aber ein Beschluß des Landesverbandes Hamburg, daß Dr. *Mende* auf einen Eintritt ins Kabinett verzichtet. Eine weitere Frage ist, was über die Fortsetzung der Koalition 1965 vereinbart wurde.

Dr. MENNE: Prof. *Erhard* kann uns die Diskussion über die Leute, die Minister werden wollen, nicht verweigern. In bezug auf die SPD ist Dr. MENNE nicht so ängstlich. Ein sechster Minister erscheint ihm erreichbar. Gelingt das nicht, soll sich die Verhandlungskommission eine Lösung überlegen.

HOPPE: Er glaubt, daß es für die nächsten zwei Jahre genauso wenig eine gute Koalition geben wird wie in den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode. Wir sollten nicht warten, was *Erhard* sagt, sondern wir sollten mit klaren eigenen Vorstellungen in die Verhandlungen gehen. Wenn wir keine eigenen Vorstellungen haben, wird es auch schwer, den Hauptausschuß auf unsere Seite zu bringen.

SCHULTZ: Die FDP hat sich in der Öffentlichkeit bisher noch nichts vergeben. Es hat auch keinen Sinn, so zu tun, als wenn wir alles erreichen könnten. In der Tat kommt es darauf an, zu hören, was sich die andere Seite vorstellt.

Dr. KOHUT: Wir sollten handeln und nicht so sehr zurückhaltend sein.

Dr. STAMMBERGER: Er glaubt, daß *Erhard* deshalb nicht verhandeln will, weil er sich nicht entscheiden kann. Deshalb sollte man *Erhard* drängen.

Dr. STARKE: Die Vizekanzlerfrage ist klar, darauf aufbauend kann man die anderen Forderungen entwickeln. Dr. STARKE spricht sich gegen eine parlamentarische Puppe neben einem Mann à la *Seeckt* im Verteidigungsministerium aus Man kann auch nicht immer mit der schwarz-roten Koalition drohen, wenn ein klarer Beschluß kommen soll. Auch mit unseren Ministern sollte man nicht so sehr lavieren.

Dr. MENDE: Die Formel „einmal Minister immer Minister" gilt nicht. Unsere Minister haben 1961 bei der Amtsübernahme gewußt, daß bei der Kanzlerwahl 1963 Veränderungen eintreten.

Dr. LEVERENZ: Er glaubt nicht an einen sechsten Minister, wenn wir es auch versuchen werden. Deshalb sollte der Beschluß, an einem sechsten Minister festzuhalten, nicht aufrechterhalten werden, damit die Kommission etwas mehr Freiheit hat. Außerdem sollte die Frage geklärt werden, wer von den fünf Ministern für einen Rücktritt in Frage kommt.

Dr. ASCHOFF: Mit der CDU sollte man nur darüber sprechen, was man in dieser Legislaturperiode noch machen kann. Natürlich muß *Erhard* seine sachli-

chen und persönlichen Auffassungen noch vor der Wahl darlegen. Über den sechsten Ministersitz sollte man jetzt gar nichts sagen.

Dr. ACHENBACH: Ausdiskutiert ist, daß Dr. *Mende* als Vizekanzler in die Regierung geht. Ausdiskutiert ist auch, daß man versucht, einen sechsten Ministersitz zu erreichen, sich aber notfalls mit fünf Ministerien begnügt.

ZOGLMANN: Man wird mit *Erhard* morgen über die Sache sprechen und dann die Frage nach den Personen stellen. Wenn gesagt wird, daß das Auswechseln eines Ministers ein Politikum ist, so muß man sagen, daß es auch ein Politikum wäre, wenn man Dr. *Mende* nicht ins Kabinett schicken würde. Wir sollten diese Frage also von der Person wegnehmen und sehen, wo wir etwas ändern können.

MISCHNICK: Der Spielraum sechs von 21 muß bleiben. Wenn es bei fünf Ministern bleibt, ist es aber auch keine Katastrophe.

LENZ: Es hat kein Gespräch über die Funktion des Präsidenten des Bundesrechnungshofes gegeben.

LENZ bittet die Verhandlungskommission, über die Kompetenzen des Forschungsministeriums in den Sachverhandlungen zu sprechen.

VON KÜHLMANN: Zum Sachlichen ist noch zusagen, daß in den Arbeitskreisen gute Arbeit geleistet wurde. Personell ist es selbstverständlich, daß wir versuchen werden, unsere fünf Minister zu halten. Geht das nicht, weil für Dr. *Mende* etwa nur das Innenministerium frei ist und das Bukett der fünf Minister dafür aufgewertet wird, müssen wir auf einen Minister verzichten. Über die Personenfrage muß natürlich schon jetzt verhandelt werden, das wünscht auch die CDU. Es besteht aber kein Grund, jetzt schon zum Rückzug zu blasen.

WEYER: *Erhard* muß die Verhandlungskommission natürlich auch über seine Gesamtvorstellungen auf personellem Gebiet unterrichten *(Höcherl, Strauß).*

Personelle Möglichkeiten der FDP:

1. Wenn die CDU auf zwei Minister verzichtet, bleibt es bei der Fünfer-Lösung – WEYER bezweifel das aber.
2. Sechser-Lösung bei 21 Ministerien. Dr. *Mende* muß ein politisch wirksames Ministerium bekommen, sonst lieber
3. Fünfer-Lösung mit gewichtigen Ministerien.

Dr. HAMM: Er tritt für 19 Ministerien ein, wobei die FDP nicht mehr als fünf Minister stellen sollte. Sechs Minister nimmt man uns draußen nicht ab.

Dr. MENNE: Das Sechser-Verfahren sollte man nicht ausschalten, aber die Einzelheiten der Verhandlungskommission überlassen. Die FDP sollte nicht verlangen, daß die Kabinettsliste von mehr FDP- als CDU-Leuten eingesehen wird. Wir müssen der Kommission das Vertrauen schenken und auf die Information notfalls verzichten.

Dr. MENDE: Handlungsfreiheit ist für die Kommission bereits in der letzten Sitzung beschlossen worden. Natürlich wird aber die Kommission Bundesvorstand und Bundestagsfraktion weitgehend unterrichten.

Für die Koalition von 1965 ist noch keine Vereinbarung getroffen worden. Eine Weiterführung hängt von dem Erfolg dieser Koalition ab. Im übrigen müssen wir uns hier Handlungsfreiheit vorbehalten. Die Frage des Wechsels stellt sich auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

MERTES: Vor der Stimmabgabe muß die Fraktion und der Bundesvorstand von dem Verhandlungsergebnis unterrichtet werden. Schließlich hängt auch die Wirkungsmöglichkeit des Abgeordneten von diesem Ergebnis ab.

Dr. Herbert SCHNEIDER unterstützt.

4. SOZIALPAKET

DENEKE[31]: Er berichtet über die Verhandlungen vom 18. und 23. September. Am 18. 9. wurden lediglich die gegenseitigen Vorstellungen ausgetauscht und Unterkommissionen gebildet. Am 23. 9. waren *Schmidt* und *Deneke* und *Liebich* als Assistent vertreten. Es wurde von uns der Standpunkt vertreten, daß das Sozialpaket als Einheit erhalten bleiben muß.

Zum Kindergeld[32] forderte die CDU, noch einmal über die Finanzamtslösung zu sprechen. Es wurde von der CDU auf den Brief des Finanzministers verwiesen und die Arbeitsamtslösung gefordert. Von uns wurde gesagt, daß für die FDP primär die Realisierung ihrer Forderung auf Übernahme des Kindergeldes auf den Haushalt ist.

Zur Krankenversicherungsneuregelung[33] erklärte die CDU ihre Zustimmung zum Kostenerstattungsprinzip ab DM 1 250. Bei der Versicherungspflichtgrenze wurden Beträge von 850,– DM und 1 000,– DM genannt. Wir beharrten auf DM 750, sagten aber, daß das auch abhängig vom System sei. Wenn die CDU bei der Kostenerstattung entgegenkommt, kann die FDP unter Umständen auch bei der Versicherungspflichtgrenze entgegenkommen. Weiter wurde eine Wahlmöglichkeit zwischen Kostenerstattung und Individualbeitrag erwogen.

Bei der Lohnfortzahlung[34] betonte die CDU die Wichtigkeit des Anspruchs an den Arbeitgeber. In der Ausgleichsfrage zeigte sich die CDU sehr hart. Die CDU wurde gebeten, möglichst keine Beschlüsse zu fassen, damit die Möglichkeiten weiterer Annäherung nicht verbaut werden.

OPITZ: Der Mittelstandsausschuß der CDU setzt sich nach wie vor für die versicherungsrechtliche Lösung ein. Deshalb sollten wir hier nicht einlenken.

---

31 J. F. Volrad *Deneke,* MdB, Vors. des Sozialpolitischen Ausschusses des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Vgl. BT-HANDBUCH 4. WP 1961, Nachtrag Dezember 1963.

32 Die FDP hatte in ihrem Wahlaufruf 1961 gefordert, daß das Kindergeld von der Staatskasse aufgebracht würde anstatt durch eine Umlage bei den Arbeitgebern. Auch forderte die FDP die Auszahlung des Kindergeldes durch das Finanzamt anstatt durch das Arbeitsamt. Vgl. Nr. 7 Anm. 7; fdk 15. Jg., Nr. 6 vom 21. 1. 1964, S. 4.

33 Vgl. Nr. 3 Anm. 25.

34 Vgl. Nr. 19 Anm. 85.

Dr. ATZENROTH: Er beglückwünscht *Deneke,* daß er in den wichtigsten Forderungen hart geblieben ist. Man sollte die finanziellen Belastungen und den Vernunftstandpunkt der CDU gegenüber herausstellen.

Dr. LEVERENZ: In diesem Zusammenhang ist es nicht unwichtig, daß auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein[35] für die versicherungsrechtliche Lösung eintritt.

MISCHNICK: Wenn die versicherungsrechtliche Lösung durchgestanden werden soll, darf auch von einzelnen Abgeordneten nicht davon abgegangen werden.

SCHMIDT: *Stingl*[36] bestreitet den erneuten Beschluß der CDU-Fraktion über eine arbeitsrechtliche Lösung.

Dr. ACHENBACH: Ihm erscheint es wichtiger, daß man die arbeitsrechtliche Lösung für den Arbeitgeber erträglicher gestaltet. Das ist besser als der Streit um versicherungsrechtliche oder arbeitsrechtliche Lösung.

MISCHNICK: Wenn wir bereit sind, auf die arbeitsrechtliche Lösung einzugehen, werden wir vom Handwerk angegriffen werden, und die CDU wird es der FDP zuschreiben, daß die versicherungsrechtliche Lösung nicht zustande kam.

Dr. STAMMBERGER: Er war ursprünglich gleicher Auffassung wie Dr. *Achenbach,* steht aber jetzt auf dem Boden der versicherungsrechtlichen Lösung. Wenn man einen entsprechenden Ausgleich findet, ist der Unternehmer nur der Kassenwart der Versicherung, und das erscheint wenig sinnvoll.

Vorsitz Dr. *Leverenz*

Frau Dr. HEUSER: Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist als ein Erfolg zu betrachten, und unsere Position ist gar nicht so schlecht. Was wir schont seit fünf Jahren behauptet haben, ist auch heute noch richtig.

Frau Dr. ILK: Wir sollten keinesfalls von der versicherungsrechtlichen Lösung abgehen. Das ideelle Moment muß herausgestellt werden, daß bei der versicherungsrechtlichen Lösung der Arbeitgeber die Krankheitskontrolle übernehmen muß. Außerdem sollten wir in der CDU die Leute stärken, die unsere Meinung vertreten.

GENSCHER: In dem Kommuniqué, das wir herausgeben, sollten wir uns zu der versicherungsrechtlichen Form bei der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter bekennen, da sie die bestmögliche Methode zur materiellen Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten ist.

MISCHNICK: Unser Wunsch zur Kostenerstattung kann gegenüber der Presse wiederholt werden. Es sollte aber kein Beschluß gefaßt werden.

DENEKE: Man kann der Presse sagen, daß wir mit Befriedigung festgestellt haben, daß unsere Vorstellungen zur Kostenerstattung an Boden gewinnen und daß die Fraktion auf dem Boden der versicherungsrechtlichen Lösung steht.

Dr. MENDE: *Moersch* wird einen Formulierungsvorschlag vorlegen.

---

35 Helmut *Lemke* (CDU).
36 Josef *Stingl* (CDU), Vors. des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion.

HOPPE: Es ist beabsichtigt (Briefwechsel *Gerstenmaier-Brandt*), den Bundestag im November nach Berlin einzuberufen.[37] Mit Rücksicht auf die Absicht wäre es zweckmäßig, wenn die FDP in diesem Augenblick eine Berlin-Sitzung fordern würde.

BORM: Der Landesverband Berlin könnte ein Telegramm schicken, wenn jetzt Bedenken bestehen, diese Forderung ins Kommuniqué aufzunehmen.

Dr. RUTSCHKE: Wenn es dann zu keiner Berlin-Sitzung kommt, sieht es schlecht aus.

SCHMIDT: Wenn die Angelegenheit schon perfekt ist, kann sie jedoch nicht mehr zerstört werden.

Dr. MENDE: Die Frage sollte noch einmal im kleinen Kreis besprochen werden.

MOERSCH: Er verliest die Presseerklärung (vgl. fdk Nr. 69 und 70/63 (T) vom 26. 9. 1963).[38]

2. VERFASSUNGSSCHUTZ

Dr. MENDE: Er wurde von einem Beamten des Verfassungsschutzes aufgesucht, der ihm die Frage stellte, ob ein Herr *Segert* die Aufgabe habe, Verbindung mit der sowjetischen Botschaft zu halten.

*Segert* ist bei dem Landesverband Hamburg angestellt und mit der Aufgabe betraut worden, Geld für die Partei hereinzuholen. Dr. MENDE hat den Beamten mit Minister *Weyer*[39] in Verbindung gebracht. Der Verfassungsschutz hat festgestellt, daß *Segert* mit NKWD-Offizieren in Verbindung steht. Dr. MENDE hat dem Beamten erklärt, daß *Segert* keinen Auftrag hat, mit sowjetischen Botschaftsangehörigen Verbindung zu halten.

ZOGLMANN: *Weyer* ist mit dem Beamten der Sache nachgegangen, und es hat sich herausgestellt, daß nichts hinter der Sache steht. Die Gespräche von *Segert* mit sowjetischen Botschaftsangehörigen haben in der Öffentlichkeit stattgefunden und dienten nur dem Geltungsbedürfnis von *Segert.*

*Segert* hat aus dem Telefon bei Abnahme des Hörers ein Gespräch, das er gestern mit seiner Freundin führte, gehört. Er hat davon seinem Hauptgeschäftsführer Meldung gemacht. Der „Spiegel" hat davon erfahren und ohne Nennung von Namen und Partei einen Bericht darüber gebracht.[40] Dazwischen lag dann der Bericht der „Zeit" über die Telefonüberwachung.[41]

---

37 Am 11. 11. 1963 trat zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren mit dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages wieder ein parlamentarisches Gremium im Reichstagsgebäude zusammen. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 1007.

38 Siehe Anlagen 1 und 2.

39 Als nordrhein-westfälischer Innenminister auch für Fragen des Verfassungsschutzes zuständig.

40 „Höcherl. Nuschelt so", in: DER SPIEGEL Nr. 39 vom 25. 9. 1963, S. 28 f.

41 „Sagte Höcherl die Wahrheit? Der Verfassungsschutz bricht seit Jahren das Postgeheimnis, in: DIE ZEIT Nr. 36 vom 6. 9. 1963, S. 3.

Der Verfassungsschutz hat nun laut *Pätsch*[42] monatelang die Briefe von *Segert* geöffnet und seine Gespräche überwacht.

Minister *Höcherl* hat die Vorsitzenden der Fraktionen zu sich geladen, um über diese Angelegenheit zu berichten. Für die FDP erschien *Zoglmann.* Zu diesem Zeitpunkt waren *Schmitt-Vockenhausen* und ZOGLMANN schon informiert. *Höcherl* hat versucht, nur einen Zipfel zu lüften. Gegen diese Methode hat sich ZOGLMANN verwahrt und verlangt, daß alle Fakten bekanntgegeben werden. Verfassungsschutzchef *Schrübbers,* der an dem Gespräch teilnahm, hat gesagt, daß er nach seiner Amtsübernahme die bis dahin üblichen Praktiken abgestellt habe. Er hat Vordrucke geschaffen, auf denen Name und Telefonnummer des Betreffenden stehen und die Engländer gebeten, den Mann zu überwachen.

*Pätsch* hat heute ausgesagt, daß die Engländer nur kommentarlos Telefonnummer und Namen des zu Überwachenden erhielten. Die Berichte der Alliierten gaben dann die wörtliche Rede aufgrund einer Tonbandaufnahme der Telefongespräche wieder. Im Innenausschuß hat die CDU zum Teil (Dr. *Güde, Wagner*) in bezug auf den Beschluß des Innenausschusses mitgezogen.[43] Dort wurde gefordert, daß alle Namen der Überwachten mitgeteilt werden sollen, einschließlich derjenigen, die von anderen Ämtern, auch den Landesämtern, überwacht werden. ZOGLMANN hat verlangt, daß alle Nachrichtendienste Auskunft geben, ob sie Abhöraufträge erteilen.

Es hat sich herausgestellt, daß sich die Abhörerei in den Räumen der Post durch deutsche Stellen vollzieht. Der Postminister[44] hat erklärt, daß er davon nichts weiß. *Höcherl* hat gesagt, daß es besser sei, wenn diese Überwachung bei der Post erfolgt, als wenn es die Alliierten selbst tun.

*Höcherl* wird jetzt vom Innenausschuß gebeten, dessen Petitum zu erfüllen und die Liste über Namen und Veranlasser vorzulegen. Wenn es richtig ist, daß die Akten frisiert werden, wird es Zeit, einen Untersuchungsausschuß einzuschalten, wo unter Eid ausgesagt werden muß. Nach ZOGLMANNS Auffassung ist *Höcherl* persönlich an der Überwachung unbeteiligt und hier der Verwaltung aufgelaufen.

Frau Dr. DIEMER: Hier tritt ein Geist zu Tage, der uns als Hüter des Rechtsstaates erschrecken muß. Die Grundrechte wurden einfach durch mittelbare Täterschaft verletzt. Auch das grundgesetzlich geschützte Postgeheimnis wurde verletzt. Frau Dr. DIEMER gibt der Verwunderung Ausdruck, daß die SPD nicht sofort einen Untersuchungsausschuß gefordert hat.

Dr. STAMMBERGER: Im ersten und zweiten Bundestag hat es einen Ausschuß zum Schutz der Verfassung gegeben. Diesen benötigen wir offenbar wieder.

---

42 Werner *Pätsch,* Verfassungsschutz-Angestellter, 1965 vom 3. Strafsenat des BGH wegen vorsätzlicher Verletzung seiner Amtsverschwiegenheit zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt (freigesprochen von dem Hauptpunkt der Anklage: vorsätzlicher Geheimnisverrat in der sog. Telefonaffäre). Vgl. DIE WELT Nr. 261 vom 9. 11. 1965, S. 1 f.

43 Darüber berichtete DER SPIEGEL. Siehe Anm. 40.

44 Richard *Stücklen.*

Dr. STAMMBERGER hat berechtigten Anlaß zu glauben, daß auch er zu den Überprüften gehört.

Dr. BUCHER: Dieser Sache kann man nur mit einem Untersuchungsausschuß beikommen.

SCHEEL: In der Post gibt es einen Raum, in dem man abhören kann. Dort sitzen die Alliierten. Der Postvorsteher veranlaßt nur auf Verlangen der Alliierten nach einem vorgeschriebenen Formular die Schaltung.

Dr. DEHLER: Die Bundesregierung hat aber nach dem Deutschlandvertrag die Prüfungsmöglichkeit.

SCHEEL: Er will hier nur den technischen Vorgang schildern. Die Post hat von der Bundesregierung generell die Vollmacht, solche Schaltungen vorzunehmen. Die Frage reduziert sich also darauf, wie deutsche Stellen von diesem Recht der Alliierten für ihre Zwecke Gebrauch gemacht haben.

ZOGLMANN: Er zitiert Artikel 5 des Deutschlandvertrages.[45] Hier ist eine Konsultation der Bundesregierung vorgesehen. Auch nach Artikel 3 Abs. 2 des Truppenvertrags ist keine aktive deutsche Haltung möglich.[46]

Dr. MENDE: Er gibt bekannt, daß die SPD keine Untersuchungskommission, sondern nur eine Kommission beim Innenausschuß fordert. Aus einer Pressemitteilung ergibt sich mittelbar, daß auch auf Landesebene abgehört wurde. Die SPD-Presseerklärung ist sehr weich gehalten.[47]

Dr. LEVERENZ: Hier haben Bundesminister unvollständig und damit falsch ausgesagt. Das sollte man festhalten. Er bittet um Abschriften der vorhandenen Unterlagen einschließlich der Presseerklärung der SPD.

Dr. STARKE: Wir sollten die Sache keinesfalls einschlafen lassen. Auch wenn die SPD nicht mitmacht; denn auch das ist eine Frage des Staates, in dem wir leben. Man ist den Nachrichtendiensten schutzlos preisgegeben. Im Gegensatz zu England tanzen in der Bundesrepublik die Beamten den Ministern auf dem Kopf herum.

Dr. MENDE: Das Wort Untersuchungsausschuß sollte man nicht aus dem Raum lassen.

Dr. KRÜMMER: Was sich hier vollzieht, schadet dem gesamten Parlament.

Dr. MENDE: Man sollte draußen darauf hinweisen, daß bei einer absoluten Mehrheit der CDU diese Dinge gar nicht diskutiert worden wären, denn es hätte sich schon im Innenausschuß nicht die erforderliche Mehrheit ergeben. Dazu kommt, daß die Opposition ihre Aufgabe nicht ordnungsgemäß wahr-

---

45 Art. 5 (Zusammenarbeit, Sicherheit der Streitkräfte) des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, abgedr. in BGBl. 1955 II, S. 308 f.

46 Art. 3 (Allgemeine Verpflichtungen) des Vertrages über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, abgedr. in BGBl. 1955 II, S. 327.

47 Vgl. „Schüsse auf Spatzen – statt auf Elefanten. Die öffentliche Diskussion über die ‚Abhör-Affäre'", in: SPD Pressedienst XVIII/183 vom 26. 9. 1963, S. 3 (AdsD).

nimmt. Allerdings muß man auch an die 16 000 Agenten in der Bundesrepublik denken und darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Im Bundestag ist außer bei dem staatsanwaltschaftlichen Fall *Orth*[48] nicht abgehört worden.[49] Er wird veranlassen, daß eine Zusammenstellung der von Dr. *Leverenz* gewünschten Unterlagen der Fraktion und dem Bundesvorstand vorgelegt wird.

Frau Dr. DIEMER: Das Ausführungsgesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes[50] darf aber nicht so verabschiedet werden, daß die bisherige Praxis legalisiert wird.

Dr. RUTSCHKE: Wir sollten einen Untersuchungsausschuß fordern.

Dr. ACHENBACH: Die alliierten Vorbehaltsrechte müssen abgeschafft werden.

ZOGLMANN: Mit einer Presseerklärung sollten wir warten, bis die Sitzungen vom Ältestenrat und Innenausschuß abgeschlossen sind und klar ist, ob *Höcherl* eine Liste vorlegt oder nicht.

Dr. EMDE: Im Ältestenrat wurde folgende Erklärung abgegeben:

1. Die Dinge wurden sehr genau behandelt.

2. *Schäfer*[51] hat erklärt, daß er einer falschen Information aufgesessen ist.

3. Panorama hat falsch berichtet. – Es hat nie eine Abhöranlage im Bundeshaus gegeben.

Hintergrund: Die CDU wollte Panorama und *Schäfer* gleichzeitig hochgehen lassen. *Schäfer* hat an Gesicht verloren und befand sich taktisch in einer schlechten Lage. *Rasner*[52] versucht, die Sache aufzubauschen. Dr. *Emde* und *Dürr*[53] haben sich aber zurückgehalten. *Schäfer* konnte den Beweis des Abhörens nicht führen. Auch der ehemalige Abgeordnete *Orth* ist nicht vom Bundeshaus aus abgehört worden.

Dr. MENDE: Gegen *Orth* ist von der Staatsanwaltschaft ermittelt worden.

DÜRR zur Ergänzung: *Rasner* legte Wert auf einen Strafantrag gegen *Schäfer*. Carlo *Schmid* und *Dürr* hatten aber Bedenken.

Wegen der Tagesordnung verweist DÜRR auf den Zeitplan. Vom 8.–11. 10. ist am Mittwoch und Freitag Plenum, am Dienstag, den 15. 10. ist die Verabschiedung von Kanzler *Adenauer*, am 16. 10. die Kanzlerneuwahl. Am 17. 10. soll um 15 Uhr die Vereidigung der Minister stattfinden. Der Freitag ist für die Abgabe der Regierungserklärung vorgesehen, falls sie bis dahin fertiggestellt ist.

---

48 Eduard *Orth*, MdB 1. WP, 2. WP bis 7. 10. 1956 (CDU).

49 Zu den Behauptungen über eine Telefonüberwachung im Bundeshaus vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 53, 92. Sitzung vom 24. 10. 1963, S. 4246 B f.

50 Zur Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte durch Gesetzentwurf zu Art. 10 GG vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 59, 190. Sitzung vom 16. 6. 1965, S. 9525 D–9566 C.

51 Vermutlich Friedrich *Schäfer*, stellv. Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

52 Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

53 *Emde* und *Dürr* waren Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

Dr. MENDE: Die CDU kritisiert „Das freie Wort" wegen eines Artikels von *Aldenhoven* über das sozialpolitische Gespräch mit der CDU.[54]

GENSCHER: „Das freie Wort" ist unabhängig, wie auch durch einen Beschluß der hier versammelten Gremien im Zusammenhang mit der Finanzierung festgestellt wurde.[55] Als offizielle Stimme der Partei ist dagegen die „fdk" zu betrachten, die sich in ihren Kommentaren zurückgehalten hat. *Genscher*[56] wird *Rösing*[57] anrufen und diese Auffassung vertreten.

Dr. MENDE: Er gibt bekannt, daß der bisherige Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mainz, Außenstelle Bingen, Dr. *Friderichs,* am 1. 10. 1963 als stellvertretender Bundesgeschäftsführer eingestellt worden ist. Hierzu bedarf es keiner Genehmigung des Bundesvorstandes.

Die nächste Fraktionssitzung findet am 2. Oktober 1963 statt. Die Hauptausschußsitzung findet am 5. 10. 1963 in Köln statt.

ANLAGE 1

fdk Nr. 69/63 (T) Bonn-Bundeshaus, 26. September 1963

FDP-GESPRÄCHE MIT PROFESSOR ERHARD

Bonn. (fdk) Auf einer gemeinsamen Sitzung des FDP-Bundesvorstandes und der FDP-Bundestagsfraktion wurden heute in Bonn unter dem Vorsitz von Dr. Erich *Mende* Fragen der außen- und innenpolitischen Lage erörtert.

Die Sitzung begann mit einem Bericht von Dr. Erich *Mende* über die derzeitigen Ost-West-Gespräche. Bundestagsvizepräsident, Dr. Thomas *Dehler,* referierte über seine Reise nach Sowjetrußland und nach Indien.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende, Knut *Freiherr von Kühlmann-Stumm,* legte den Stand der Gespräche über die bevorstehende Regierungsumbildung dar. Ausführlich wurde anschließend über die Fragen des Sozialpakets diskutiert.

Für morgen, Freitag, den 27. September, ist die Verhandlungsdelegation der Freien Demokraten von Professor *Erhard* zur Erörterung der Sachfragen eingeladen worden, die mit der Regierungsneubildung im Zusammenhang stehen.

ANLAGE 2

fdk Nr. 70/63 (T) Bonn-Bundeshaus, den 26. September 1963

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DAS SOZIALPAKET

FDP plädiert für versicherungsrechtliche Lösung

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten haben auf ihrer heutigen Sitzung von dem Bericht über die Gesprä-

---

54 Vgl. Ottmar ALDENHOVEN: „Unberechtigte Vorwürfe gegen Bonn. Rosenbergs Forderung nach Wirtschaftsplanung ist nicht realistisch", in: Das freie Wort, 12. Jg., Nr. 75 vom 21. 9. 1963, S. 2.

55 Vgl. Nr. 42 TOP 3.

56 Bundesgeschäftsführer und Fraktionsgeschäftsführer der FDP.

57 Josef *Rösing,* MdB (CDU), stellv. Parl. Geschäftsführer.

che mit der CDU/CSU zur Frage des Sozialpakets Kenntnis genommen und ihre Verhandlungskommission gebeten, im gleichen Sinne weiterzuverhandeln. Beide FDP-Gremien bekräftigen die Auffassung, daß bei der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter die versicherungsrechtliche Form die bestmögliche Methode zur materiellen Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten ist.

Bei der Diskussion über das Gesetz zur Reform der Krankenversicherung wurde von den Freien Demokraten mit Befriedigung festgestellt, daß der Gedanke der FDP, das bisherige Sachleistungssystem schrittweise durch das Kostenerstattungssystem zu ersetzen, offenbar in der CDU/CSU-Fraktion Boden gewinnt.

## 44.

## 14. 11. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 117. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 14. November 1963 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungszimmer." 15.00 Uhr–19.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Bucher, Thomas Dehler, Dörinkel, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Engelhard, Erbe, Haas, Haußmann, Kohl, Lenz, Leverenz, Mende, Mischnick, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Scheel, Weyer.

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Gärtner (LSD), Kastenmeyer (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Friderichs, Genscher, Haferland, Marx, Maurer, Moersch, Richter, Schollwer.

Gast: Reichmann.[1]

1. [GESCHÄFTSFÜHRUNG DER WAHLKAMPFKOMMISSION]

Dr. MENDE berichtet, daß Bundesminister a. D. Wolfgang *Mischnick* nach den Vorstellungen des engeren Bundesvorstandes die Geschäftsführung der Wahlkampfkommission übernehmen soll. Dr. MENDE vermerkt , diese Funktion sei nicht mit Leitung oder Vorsitz dieser Kommission zu verwechseln. *Mischnick* soll seine auf dem Parteitag 1963 in München dargestellte gesellschaftspolitische Konzeption[2] weiter ausbauen, um die gesellschaftspolitischen Grundlagen der Partei für [den] Wahlkampf 1965 zu gewinnen. Außerdem soll *Mischnick* die Partei im Wahlkampf und bereits vorher an allen Brennpunkten repräsenta-

1 Entschuldigt waren *Atzenroth*, Herta *Ilk*, *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, Eduard *Leuze*, Marie-Elisabeth *Lüders*, *Simonis*, *Starke*, *Wedel* und *Wolgast*.

2 Vgl. FDP-Bundesparteitag 1963, Protokoll, S. 3 ff., 45–53 (ADL, A 1-219).

tiv vertreten. Dr. MENDE verliest Brief *Mischnicks* an ihn, der diese Aufgaben detailliert wiedergibt.

*Mischnick* erhält auf Geschäftsführung der Wahlkampfkommission beschränkte Weisungsbefugnis. Entscheidungen der Wahlkampfkommission bedürfen der Bestätigung durch den Bundesvorstand.

2. [BILDUNG DER WAHLKAMPFKOMMISSION]

Auf Vorschlag Dr. MENDES werden nach längerer Debatte, in der es vor allem um die Beteiligung von Jungdemokraten und LSD bei der Wahlkampfkommission geht, als Mitglieder der Wahlkampfkommission gewählt:

Der Bundesvorsitzende, seine drei Stellvertreter[3], der Bundesschatzmeister[4], der Bundesgeschäftsführer[5], der Vorsitzende der Bundestagsfraktion[6], einer der beiden Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, und zwar Dr. Hans-Georg *Emde,* ferner die Bundestagsabgeordneten Dr. *Starke* und Dr. *Effertz,* die Landesvorsitzenden Dr. Wolfgang *Haußmann* (Stuttgart) und Edgar *Engelhard* (Hamburg) und Bundesminister a. D. *Mischnick.*

Ein Vertreter des Bundesvorstandes der DJD soll mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Wahlkampfkommission zugezogen werden.

Minister Dr. W. *Haußmann* bittet, zu Protokoll zu nehmen, daß er infolge Beanspruchung im baden-württembergischen Landtagswahlkampf[7] bis auf weiteres an der Arbeit der Kommission nicht teilnehmen könne.

3. [BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE]

Dr. MENDE analysiert das Verhältnis der FDP zu *Erhard* und steckt den Standort der Partei nach dem Kanzlerwechsel[8] ab. In Dr. MENDES Ausführungen nehmen die Probleme der Deutschlandpolitik aus der Sicht des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen nach der Übernahme durch Dr. *Mende* einen besonders breiten Raum ein.

3 W. *Weyer* (an Stelle des verstorbenen W. *Döring*), H. *Lenz* und B. *Leverenz.*
4 H. W. *Rubin.*
5 H.-D. *Genscher.*
6 K. *Frhr. von Kühlmann-Stumm.*
7 Vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. 4. 1964.
8 Ab 16. 10. 1963. In diesem Zusammenhang äußerte sich *Mende* auch zu der Kritik der CDU daran, daß Staatssekretär *Thedieck* „gehen mußte". Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 14. 11. 1963 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

4. [SOZIALPAKET]

Bundesminister a. D. W. MISCHNICK berichtet zum Thema „Sozialpaket".[9]

5. [BRÜSSELER VERHANDLUNGEN ÜBER DEN GETREIDEPREIS]

Dr. EFFERTZ gibt ein Bild der schwierigen Brüsseler Verhandlungen über den Getreidepreis wieder[10] (Gespräch mit *von der Groeben* in Bonn).[11] Dr. EFFERTZ verweist darauf, daß man die Agrarpolitik im großen Zusammenhang und nicht isoliert betrachten dürfe.

6. [BUNDESHILFE FÜR BERLIN]

William BORM kommt auf die Forderungen Berlins an den Bund zu sprechen.[12] Es sei schlecht, Berlin auf den Kapitalmarkt zu schicken.[13] Die Berlin-Hilfe liege im gesamtdeutschen Interesse. Berlin habe einen Anspruch, außerdem solle man die psychologisch-politischen Momente nicht übersehen.

Die gute Presse, die Dr. *Mende* seit Übernahme des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen[14] hat, wird herausgestellt.

Dr. LEVERENZ greift die Äußerungen des Vorsitzenden des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Amerika auf, die offensichtlich falsch verstanden worden sind von einem Teil der Presse und in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck hinterließen.[15] Dr. LEVERENZ verweist auf das Memorandum des Kuratoriums vom 30. 9. 1963; darin seien die Vorstellungen der FDP in der Wiedervereinigungspolitik wiederzufinden.[16]

7. [PRESSERECHTSRAHMENGESETZ]

Minister WEYER berichtet über die Arbeit am Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes (Initiativentwurf der FDP-Bundestagsfraktion).[17] Wesentliche Tatbestände:

1. Zeugnisverweigerungsrecht (Hinweis auf Strafprozeßrecht)

---

9 Vgl. Nr. 31 Anm. 5; Nr. 32 Anm. 9.

10 Die Ministerratstagung vom 4./5. 11. 1963 hatte sich u. a. mit den Vorschlägen der EWG-Kommission zur Angleichung der Getreidepreise befaßt. Vgl. AdG 1963, S. 10892 A Ziffer 9.

11 Hans *von der Groeben,* Mitglied der Kommission der EWG.

12 Auf Antrag des LV Berlin als zusätzlicher Punkt in die Tagesordnung aufgenommen. Vgl. Fernschreiben Nr. 365 vom 13. 11. 1963 von *Borm,* Berlin, an *Mende,* Bonn. (ADL, Ordner Nr. 117).

13 Vgl. Nr. 47 Anm. 21.

14 Ab 17. 10. 1963.

15 Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, W. W. *Schütz,* hatte sich auf einer Pressekonferenz in Washington für eine zeitlich befristete Föderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie für eine Kredithilfe an die DDR ausgesprochen, falls sich damit politische Zugeständnisse, insbesondere in Berlin, erreichen ließen. Vgl. FR 19. Jg., Nr. 265 vom 14. 11. 1963, S. 1.

16 Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hatte am 30. 9. 1963 der UN-Menschenrechtskommission ein 11-Punkte-Memorandum zur Lösung der deutschen Frage übermittelt. Zu den 11 Punkten vgl. AdG 1963, S. 10828 A.

17 Vgl. 4. BT ANLAGEN, Bd. 88, Drucks. Nr. 1814 vom 8. 1. 1964.

2. Beschlagnahmerecht bundeseinheitlich modifizieren

3. Problemkreis der Entschädigung bei ungerechtfertigter Beschlagnahme

4. Problem der Verjährung (Verbrechen 1 Jahr, Vergehen 6 Monate).

WEYER rät, Entwürfe in Ländern weiterzubearbeiten. Im übrigen scheine die SPD schon sehr weit mit ihren Beratungen zu sein.

Dr. LEVERENZ nennt absolutes Zeugnisverweigerungsrecht illiberal.

GENSCHER nennt 26. November als Tag, an dem die Fraktion den Entwurf abschließend beraten und beschließen soll.[18]

Dr. LEVERENZ weist darauf hin, daß mit dem Initiativentwurf ein Auftrag des Bundesparteitages erfüllt werde.[19]

Minister WEYER warnt vor eingeengtem Entwurf.

Karl MOERSCH weist darauf hin, daß das Zeugnisverweigerungsrecht ein Bürgerrecht ist und nicht ausschließlich dem Journalisten dient.

8. [BERICHT DES LANDESVERBANDES BAYERN]

Der bayerische Landesvorsitzende HAAS berichtet über die unerfreulichen Vorgänge in Oberbayern (liberaler und nationaler Flügel der FDP).[20] HAAS lehnt es ab, daß in diesem Stadium des Streites ein Mitglied des Bundesvorstandes eingeschaltet wird.

Als Termin der nächsten Bundesvorstandssitzung wird der 20. Dezember 1963, 14.00 Uhr, festgesetzt. Die nächste Zusammenkunft der Länderminister wird auf 1964 verschoben.

---

18 Die FDP-Bundestagsfraktion nahm den Entwurf am 3. 12. 1963 ohne Gegenstimmen an. Vgl. fdk Nr. 107/63 (T) vom 3. 12. 1963, S. 1.

19 Mit Antrag XII des Bundesvorstandes vom 30. 6. 1963 für den Bundesparteitag war die Bundestagsfraktion gebeten worden, im Bundestag den Entwurf eines Bundespresserechtsrahmengesetzes einzubringen (ADL, A 1-213).

20 Vgl. Nr. 29 TOP 5 b; Nr. 30 TOP 4.

## 45.

## 20. 12. 1963: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 117. Gez. Mende; Protokoll: Genscher. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 20. Dezember 1963 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Fraktion." 14.15 Uhr–17.45 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Atzenroth, Bucher, Thomas Dehler, Engelhard, Graaff, Haas, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Simonis, Starke, Weyer.

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Kastenmeyer (DJD), Schiller (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Eggers, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Haferland, Moersch, Richter.

Gast: Zoglmann.[1]

Dr. MENDE schlägt vor, den Punkt 2 der Tagesordnung abzusetzen, soweit er den vom Berliner Landesvorsitzenden William *Borm* auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" entwickelten Deutschlandplan betrifft, da *Borm* angesichts der Haushaltsdebatte im Berliner Abgeordnetenhaus an der Sitzung des Bundesvorstandes nicht teilnehmen kann.

1. BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Im ersten Teil seiner Ausführungen berichtet Dr. MENDE über die einzelnen Phasen des Zustandekommens der Passierscheinübereinkunft[2] und die mit dieser Übereinkunft verbundenen politischen Auswirkungen. Er weist auf die Widerstände hin, die – insbesondere aus den Reihen der CDU kommend – dem Abschluß der Vereinbarung entgegengestanden haben.[3] Zweifellos sei die Vereinbarung positiv zu bewerten, wenn auch Schwierigkeiten in der Weiterverfolgung der mit ihr eingeleiteten Politik immer wieder auftauchen würden. Durch das starke Interesse der Weltöffentlichkeit werde ein erheblicher moralischer Druck auf das *Ulbricht*-Regime ausgeübt, der in absehbarer Zeit in der Zone zu Veränderungen führen müsse. Diese Auswirkungen könnten auch nicht durch eine im Ostblock inszenierte Pressekampagne verhindert werden, die die Passierscheinregelung als einen ersten Schritt zur Verwirklichung der Dreistaatentheorie gewertet wissen wolle.[4] Derartige Interpretationen sollten uns nicht irre machen in unseren Bemühungen, einer Politik der Bewegung auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen und eine Auflockerung in den Beziehungen zwischen den Blöcken anzustreben. Die von *Kennedy* eingeleitete Politik der Wandlung durch Annäherung habe in der Passierscheinvereinbarung auch in Deutschland einen ersten Erfolg erzielt. Diese Politik müsse in den verschiedensten Bereichen fortgesetzt werden. Eine Anknüpfungsmöglichkeit sei der Interzonenhandel.[5] Dr. MENDE weist in diesem Zusammenhang

---

1 Entschuldigt waren *Borm, Dörinkel, Eisenmann, Erbe, Glahn, Haußmann, Hoppe,* Herta *Ilk, Kohl,* Marie-Elisabeth *Lüders, Scheel, Wedel* und *Wolgast.*

2 Besprechungen zwischen Senatsrat *Korber* (West-Berlin) und Staatssekretär *Wendt* (DDR) über die Ausgabe von Passierscheinen für West-Berliner führten am 17. 12. 1963 zur Unterzeichnung eines Protokolls, das Verwandtenbesuche von West-Berlinern in Ost-Berlin vom 18. 12. 1963 bis 5. 1. 1964 gestattete. Vgl. AdG 1963, S. 10965 E.

3 Die FDP mit *Mende* als Minister für gesamtdeutsche Fragen hatte gegen den Widerstand eines Teiles der CDU und trotz des Zögerns von *Erhard* erfolgreich auf den Abschluß des Passierscheinabkommens gedrängt. Vgl. K. MOERSCH, 1978, S. 70 ff.; E. MENDE, Wende, 1986, S. 118–122, 127.

4 Bundeskanzler *Erhard* meinte diese Interpretation, als er die Passierscheine mit einem Trojanischen Pferd verglich. „Mittels solcher List und Tücke soll die Dreistaatentheorie zu uns hereingeschleust werden." Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 54, 106. Sitzung vom 9. 1. 1964, S. 4847 D.

5 So hatte die Bundesregierung im Januar 1963 ein Kreditersuchen der DDR abgelehnt und die

auf die Änderung des bisher praktizierten Saldierungsverfahrens zum 31. 6. jeden Jahres sowie auf die Hydrierpräferenzen hin.

RUBIN begrüßt die Regelung der Passierscheinfrage aus humanitären Gründen. Gleichzeitig warnt er jedoch vor Euphorie und Illusionen in zukünftigen Verhandlungen. Der Osten habe seine eigenen Interessen, und die Konzessionen des Westens seien erheblich (Hydrierpräferenzen, Saldierung im Interzonenhandel). „Was wir erreichen, ist nicht billig und nicht ohne Risiken."

Dr. LEVERENZ hält es für falsch, wenn man das humanitäre Moment zu sehr in der Vordergrund stellt. Das sei letzten Endes nur eine Verdeckung der politischen Probleme. Es komme darauf an, sich zur politischen Sache zu bekennen.

Dr. MENDE: (Fortsetzung des Berichts über die politische Lage) geht auf die Arbeit der Regierungskoalition ein und hebt hervor, daß sich seit dem Kanzlerwechsel[6] eine wesentliche Verbesserung in der Zusammenarbeit der Koalitionspartner ergeben habe. Die Regierung sei homogener geworden. Insbesondere sei die gegenseitige Unterrichtung besser. Schwierigkeiten seien zum ersten Mal in der Kriegsopferfrage[7] eingetreten. Hier sei *Erhard* von Arbeitsminister *Blank* falsch beraten worden.

Auch im Verhältnis zwischen Bund und Ländern sei eine wesentliche Klimaverbesserung zu bezeichnen. Die Voraussetzungen dafür habe die Person *Erhards* geschaffen. Der Kompromiß im Vermittlungsausschuß über die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer[8] sei ein Verdienst von Dr. *Dahlgrün*.[9]

Im Hinblick auf die Verhandlungen in Brüssel halte Prof. *Erhard* an dem Junktim zwischen den Agrarbeschlüssen und der Festlegung der EWG-Staaten für die Verhandlungen in der *Kennedy*-Runde[10] fest. Beim Besuch *Erhards* in Texas[11] würden im Mittelpunkt stehen die Berlin- und Deutschlandfrage, die Verteidigungspolitik und der deutsche Verteidigungshaushalt sowie die Zollverhandlungen im Rahmen des GATT.

---

Erhöhung des Swings im Interzonenhandel vom freien Verkehr zwischen West- und Ost-Berlin mit Hilfe von Passierscheinen abhängig gemacht. Vgl. AdG 1963, S. 10344 B.

6 Seit dem 16. 10. 1963.

7 Nach den Vorstellungen der FDP sollte das in der Beratung befindliche 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (2. Neuordnungsgesetz vom 21. 2. 1964, BGBl. I, S. 85) in einem Zug und ohne Verzögerung im Rahmen eines 60,3 Milliarden-Haushalts durch Einsparungen an anderer Stelle verabschiedet werden. Vgl. fdk 14. Jg., Nr. 94 vom 3. 12. 1963, S. 3.

8 Vgl. die Beratung des Mündlichen Berichts des Vermittlungsausschusses zu dem Ersten Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer (Drucks. IV/1770), in: 4. BT STEN. BER., Bd. 54, 106. Sitzung vom 9. 1. 1964, S. 4835 B–484Q B.

9 Bundesfinanzminister seit 14. 12. 1962.

10 Zu den Beratungen des Ministerrats der EWG über die Agrarordnung und zu der Position der EWG in der *Kennedy*-Runde im Rahmen des GATT vom 9. bis 13. und vom 16. bis 23. 12. 1963 vgl. AdG 1963, S. 10973 G, Ziffer 1–2.

11 *Erhard* weilte vom 27. bis 29. 12. 1963 zu einem Besuch auf der Farm von US-Präsident *Johnson* in Texas. Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 1 vom 3. 1. 1964, S. 5 ff.

LENZ ergänzt zu den Agrarverhandlungen über die Milch-, Rindfleisch- und Reisverordnung, daß in alle Verordnungen eine Vorbehaltsklausel aufgenommen werden solle. Die Verhandlungen der deutschen Seite stünden unter dem Tenor: Wir stehen nicht unter Zeitdruck. *Schwarz*[12] habe nicht die Ermächtigung, einer Lösung ohne Vorbehaltsklausel zuzustimmen. Die Getreidepreisfrage sei praktisch verschoben. Das Bundeskabinett denke nicht an eine Lösung vor 1965.

WEYER bezeichnet den Kompromiß über das Beteiligungsverhältnis von Bund und Ländern an der Einkommen- und Körperschaftsteuer als guten Start für *Dahlgrün*. Ein Prestigeverlust sei für *Dahlgrün* nicht zu befürchten. Mit dem Vierteljahresplan sei auch das Problem der Ausgleichsforderungen geregelt.

Dr. LEVERENZ macht darauf aufmerksam, daß die vom Kabinett auf seiner Sitzung vom 19. 12. eingenommene abwartende Haltung zu dem Kompromiß des Vermittlungsausschusses nicht auf Einfluß von *Dahlgrün* zustandegekommen sei.

Dr. DEHLER wertet das Ergebnis über die Steuerverteilung günstig, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß die Verhandlungsposition des Bundes bei einer Neufestlegung 1967 wesentlich günstiger ist. Der Bund könne leichter unter Druck gesetzt werden, wenn er überfinanziert sei.

Dr. STARKE begrüßt den Kompromiß. Für die FDP sei volle Durchführbarkeit des Einkommensteueränderungsgesetzes von entscheidender Bedeutung. Dr. STARKE drückt ebenso wie Dr. BUCHER seine verfassungsrechtlichen Bedenken zum Kompromiß aus.

(Presseerklärung zum Kompromiß im Vermittlungsausschuß – siehe Anhang –).[13] Bezüglich der Agrarverhandlungen in Brüssel weist Dr. LEVERENZ auf die Rolle *Hüttebräukers*[14] hin. Die deutsche Delegation werde von *Hüttebräuker* geleitet. In der Öffentlichkeit entstehe der Eindruck, daß er die Verantwortung trage. Man müsse damit rechnen, daß das der FDP angelastet werde, denn *Hüttebräuker* gelte als FDP-Mann. *Schwarz* entziehe sich seinen Pflichten, während die Partnerländer alle mit Ministern vertreten seien.

Der Bundesvorstand kommt überein, daß in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden soll, daß *Schwarz* in Brüssel bei so eminent wichtigen Verhandlungen anwesend zu sein habe. Gleichzeitig wird ein Vorschlag Dr. STARKES aufgenommen, daß *Mende* mit *Erhard* über die Verhandlungsführung in Brüssel sprechen soll. Außerdem befürwortet der Bundesvorstand, daß das Memorandum, das die Fraktion vor Beginn der Brüsseler Verhandlungen zur Klärung und Festigung der deutschen Verhandlungsposition ausgearbeitet hat[15] und das durch *Freiherrn von Kühlmann-Stumm* an *Erhard* überreicht wurde, an alle Landesverbände geleitet wird.

---

12 Werner *Schwarz*, Bundesernährungsminister.
13 Siehe Anlage.
14 Staatssekretär im Bundesernährungsministerium.
15 Fraktionssitzung vom 3. 12. 1963. Quellennachweis: ADL, 14 664.

2. BERICHT ÜBER DIE JAHRESTAGUNG DES KURATORIUMS UNTEILBARES DEUTSCHLAND

Dr. LEVERENZ gibt einen Bericht über den Ablauf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" vom 28. bis 30. 11. 1963 in Berlin.[16] Dr. LEVERENZ setzt sich für eine nüchterne, leidenschaftslose Unterrichtung in den Fragen der deutschen Spaltung ein. Man müsse allmählich erkennen, daß die Mittel, die für propagandistische Zwecke ausgegeben werden, keinen sinnvollen Effekt haben. Es komme auf die Bildung und Unterrichtung der Bevölkerung an. Die Reden auf der Tagung des Kuratoriums und auch die Auswirkung der Arbeitskreisberatungen sollten in der Partei verbreitet und fruchtbar gemacht werden. „Dieser Kongreß hatte bemerkenswerte Resultate, die in der FDP nicht wirkungslos verhallen sollten".

Es wird vereinbart, daß die Materialien an die Landesverbände verteilt werden (11 Punkte an die Menschenrechtskommission).[17]

3. BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG IN OBERBAYERN

Dr. HAAS gibt einen chronologischen Abriß der Ereignisse im Bezirksverband Oberbayern der FDP seit den im Herbst 1963 wieder aufgeflammten Zwistigkeiten zwischen der sog. nationalen und der sog. liberalen Gruppe[18], deren Stärkeverhältnis im Kreisverband München sich um 4/7 „Nationale" und 3/7 „Liberale" bewege. Dr. HAAS sieht eine wesentliche Ursache der anhaltenden Spannungen in der Tatsache, daß die Exponenten beider Richtungen zu stark sind, daß keine gemäßigte Mitte vorhanden ist. Dr. HAAS hat eine kleine Gruppe in der Partei in Verdacht, nationalistisch zu sein. Auch die Spannungen zwischen LSD und FDS[19] spielen seiner Ansicht nach in die FDP hinein. Als Beispiel für die Haltung des LSD führt Dr. HAAS die Würzburger LSD-Hochschulgruppe an, die keine FDP-Mitglieder in ihren Reihen habe, deren Vorsitzender jedoch SPD-Mann sei.[20] Dr. HAAS hofft, die beiden Flügel in der FDP auf einer Veranstaltung am 16. Januar versöhnen zu können.

SCHILLER (LSD) sieht die Schwierigkeiten zwischen LSD und FDP als eine isolierte bayerische Erscheinung an. Es ist seiner Ansicht nach falsch, diese regionale Erscheinung auf das Gesamtverhältnis von LSD und FDP zu übertragen. Der LSD sei ein unabhängiger Verband.

Dr. MENDE teilt mit, daß sich der „Freie Demokratische Studentenbund" (FDS) in „Freiheitlich-Deutscher Studentenbund" umbenannt hat. Die Bundespartei habe den FDS finanziell nicht unterstützt.

---

16 Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 215 vom 6. 12. 1963, S. 1912 f.
17 Vgl. Nr. 44 Anm. 16.
18 Vgl. Nr. 44 TOP 8.
19 Vgl. Nr. 41 TOP 5; Nr. 42 TOP 2.
20 Die Hochschulgruppe Würzburg des LSD hatte offenbar auf einer Sitzung Mitte November 1963 den Beschluß gefaßt, dem Landesverband Bayern des LSD zu empfehlen, sich von der FDP zu distanzieren, bevor die FDP ihrerseits einen entsprechenden Schritt vollziehe. Gleichzeitig war der LSD-Landesvorstand wohl aufgefordert worden, die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit der SPD zu prüfen. Vgl. Schreiben von Albrecht *Haas*, München, vom 13. 12. 1963 an die Bundesgeschäftsstelle der FDP, Bonn (ADL, Ordner Nr. 117).

KASTENMEYER (DJD) weist darauf hin, daß zur Klärung des Verhältnisses zum FDS am 21. 12. in Lauterbach ein Gespräch zwischen Vertretern des LSD, des FDS und der DJD stattfinden soll.

Dr. STARKE warnt vor einem Eingreifen der Bundespartei in die bayerischen Verhältnisse. Damit werde nur Öl ins Feuer gegossen. Beide Lager der FDP seien in der Bevölkerung stark verankert. Im Verhältnis der Studentenverbände könne der Bundesvorstand sich am ehesten in der Korporationsfrage um eine Auflockerung der Ansichten bemühen.[21]

WEYER ist der Meinung, der Bundesvorstand solle sich als ehrlicher Makler in den Zwist einschalten.

Dr. DEHLER hält die Spannungen in der FDP für eine regionale Erscheinung. Die politische Situation sei in Oberbayern im Grunde steril. Die treibenden Kräfte in beiden Gruppen seien reine Manager. Dr. DEHLER rät ebenfalls von einem Eingreifen der Bundespartei ab.

Dr. HAAS betrachtet die Münchener Ereignisse[22] als ein regional beschränktes, von der übrigen Entwicklung in Bayern isoliertes Problem. Alle übrigen Bezirksverbände in Bayern verurteilten die Münchener Situation.

Dr. MENDE berichtet, daß der engere Bundesvorstand der Meinung sei, *Frhr. von Kühlmann-Stumm* und *Weyer* sollten nach München fahren und dort Kontakt aufnehmen. Auf jeden Fall müsse verhindert werden, daß der Bezirksverband Oberbayern die Gesamtpartei weiterhin in der Öffentlichkeit belaste. Dr. MENDE schlägt vor, eine Veranstaltung mit dem Münchener Presseclub zum unverfänglichen Anlaß zu Kontakten zu nehmen. Es solle der Anschein einer direkten Bundesexekutive vermieden werden.

ANLAGE

fdk Nr. 14/102[23] 19. 12. 1963

ERFREULICHE ENTSPANNUNG IM VERHÄLTNIS BUND – LÄNDER

Bonn. (fdk) Zu dem Beschluß des Vermittlungsausschusses erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Georg *Emde,* am Mittwoch in Bonn:

„Die Freien Demokraten begrüßen, daß nun endlich eine Regelung zwischen Bund und Ländern gefunden worden ist, die das Verhältnis der Verfassungsorgane untereinander entspannt. Die großen Gemeinschaftsaufgaben können nur durch ein harmonisches Zusammenwirken von Bund und Ländern bewältigt werden.

---

21 Vgl. „Ein Übel unserer Hochschulen. Zur Diskussion der Korporationsfrage", in: LSZ Jg. 12, Nr. 7, Dezember 1963, S. 8 f.

22 Der Kreisverband München der FDP hatte einige Jahre zuvor beschlossen, daß LSD-Mitglieder aus der FDP auszuschließen seien. Vgl. Schreiben des LSD-Bundesvorsitzenden *Gärtner,* Bonn, vom 17. 12. 1963 an den stellv. FDP-Bundesgeschäftsführer *Friderichs,* Bonn (ADL, Ordner Nr. 117); vgl. auch Nr. 14 Anm. 4.

23 fdk 14. Jg., Nr. 102, S. 7.

Die Festsetzung des Bundesanteils von 39 Prozent für die Einkommen- und Körperschaftsteuer ist eine Gewähr dafür, daß diese Regelung nicht auf Kosten der Gemeinden geht. Die Freien Demokraten erwarten, daß die Länder nun tatkräftig an der vom Bundesfinanzminister vorgeschlagenen Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer mitwirken.

Die jetzt gegebene Situation wird auch eine Lösung der Kriegsopferfrage entsprechend den Vorschlägen der Freien Demokraten möglich machen. Damit ist die Gewähr gegeben, daß sich das Haushaltsvolumen in dem vorgesehenen Rahmen, der am Zuwachs des Sozialprodukts orientiert ist, begrenzen läßt.

Im übrigen sind die Freien Demokraten davon überzeugt, daß die Länder ebenso wie der Bund bei ihrer Haushaltspolitik den konjunkturpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen werden."

## 46.

## 7. 2. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Februar 1964 in Bonn, Bundeshaus, Sitzungssaal der FDP-Fraktion." 14.00 Uhr–19.30 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Bucher, Thomas Dehler, Effertz, Engelhard, Glahn, Haas, Haußmann, Hoppe, Hoven, Herta Ilk, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Leverenz, Mende, Miessner, Mischnick, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Scheel, Simonis, Stammberger, Starke, Wedel, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Gärtner (LSD), Kastenmeyer (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Kirchhoff, Maurer, Moersch, Schollwer.

Tagesordnung:

1. Bericht über die politische Lage; Berichterstatter Dr. Erich *Mende.*
2. „Das freie Wort"; Berichterstatter Wolfgang *Mischnick.*
3. Bundesversammlung; Antragsteller Landesverband Berlin.
4. Überprüfung der Satzung der Bundespartei der FDP.
5. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün, Dörinkel, Eisenmann, Erbe,* Eduard *Leuze, Lüders, Maier, Müller-Link, Rubin* und *Wolgast.*

Justizminister Dr. *Haußmann;* Justizminister Dr. *Leverenz:* Sozialpaket.

[PRÄLIMINARIEN]

Dr. Thomas DEHLER stellt zu Beginn den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, die Behandlung seines in der Sitzung der Bundestagsfraktion am Dienstag, 4. Februar 1964[2], entstandenen Konflikts mit Dr. *Mende* vorwegzunehmen.

Dr. MENDE vertritt die Ansicht, daß dieser Konflikt im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Deutschlandpolitik gesehen werden müsse.

Dr. DEHLER weist auf Fernschreiben Dr. *Mendes* an die Landesverbände[3] hin, spricht aber irrtümlich von einem Schreiben Dr. *Mendes* „an die Kreisverbände" und sagt an den Bundesvorstand gewandt: „Ich möchte Ihr Votum haben, ebenfalls an die Kreisverbände schreiben zu können und das Schreiben nachher zu veröffentlichen."

Dr. MENDE sagt, sein Fernschreiben an die Landesverbände sei ganz allgemeiner Natur gewesen. In dem Schreiben seien keine Namen genannt worden. Auch mit dem Telefon-Interview, das Dr. *Bucher* dem „Berliner Morgen" gab[4], sei kein Zusammenhang vorhanden. (In einem zweiten Fernschreiben habe er auf die Unzulässigkeit von Ostkontakten hingewiesen).[5]

Nach dieser einleitenden Diskussion Eintritt in die Tagesordnung: Dr. MENDE gibt noch bekannt, daß Punkt 2 abzusetzen sei, da der Bundesschatzmeister nicht an der Sitzung teilnehmen könne und dieser Punkt ohne ihn nicht zu behandeln sei.

1. BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Dr. MENDE konzentriert sich auf drei, einander gelegentlich überschneidende Themenkreise:

I. Wahl des Bundespräsidenten

II. Deutschlandpolitik

III. Fortschritte in der Europapolitik

Zu I. berichtet Dr. MENDE

---

2 Quellennachweis: ADL, 14 665.

3 Rundschreiben BV 5/64 vom 27. 1. 1964; dort heißt es u. a.: „Geradezu peinlich wird es in den Parteikreisen empfunden, wenn sich führende Mitglieder der FDP in der Öffentlichkeit gegenseitig krisitieren und abwerten. Die in einer Partei selbstverständliche Aussprache über politische, organisatorische und personelle Fragen gehört in die dafür zuständigen Gremien, nicht in die Spalten der zum Teil gegnerischen Presse, die natürlich jede Auseinandersetzung in unseren Reihen aufgreift und aufbauscht. Ein typischer Fall ist die „Berliner Morgenpost" Nr. 22 vom 26. 1. (Auflage 200 000)." (ADL, Ordner Nr. 118).

4 Siehe Anm. 3. Vgl. *Buchers* Erwiderung auf die Kritik an dem von ihm gegebenen Telefoninterview in fdk Nr. 14/64 (T) vom 29. 1. 1964, S. 1 f.

5 Fernschreiben der FDP-Bundesgeschäftsstelle Bonn Nr. 36 vom 27. 1. 1964, 11.45 Uhr, an alle Landesverbände (ADL 2636).

a) über ein Gespräch mit *Adenauer,* auf dessen Einladung als CDU-Vorsitzender, am 21. Januar 1964 (Teilnehmer außer Dr. *Mende Freiherr von Kühlmann-Stumm*),

b) über ein Gespräch mit Vertretern der SPD am 5. Februar 1964 (Teilnehmer seitens der FDP Dr. *Mende, Weyer, von Kühlmann*).

Nach *Adenauer* hatte sich die CDU/CSU zu diesem Zeitpunkt (21. 1. 64) noch nicht festgelegt. *Adenauer* wurde mitgeteilt, daß bei einer Kandidatur *Lübkes* von der FDP „eine große Anzahl weißer Stimmzettel zu erwarten" sei. Der Widerstand bei der FDP gegen *Lübke* sei außerordentlich.[6]

*Wehner* habe deutlich bekundet, daß er *Lübke* den Vorzug gebe.[7] Die Kandidatur einer parteipolitisch ungebundenen Persönlichkeit, etwa Prof. von *Weizsäcker*[8], werde von der SPD abgelehnt.

Nach dem 15. Februar solle ein Gespräch der drei Parteien miteinander über das Thema Bundespräsidentenwahl stattfinden.[9]

Dr. MENDE berichtet dann ausführlich zu II., Deutschlandpolitik. Er verwies erneut auf das Memorandum der Bundesregierung vom 9. August 1963[10], das noch immer im Botschafterlenkungsausschuß auf dem Tisch liegt und damals gegen den Widerstand *Brentanos*[11] und *Guttenbergs*[12] überreicht wurde.

Das Bemühen darum, innerhalb von Berlin den Personenverkehr wieder in Gang zu bringen, nimmt in dem Bericht einen breiten Raum ein. Dr. MENDE warnt allerdings davor, die Passierscheinfrage[13] als das A und O der Deutschlandpolitik anzusehen. Er verweist auf andere Aktionen: Abschluß der Warenlisten und Aufhebung der Saldierung im Interzonenhandel, Bau der Saalebrücke bei Hof, Hilfe für politische Gefangene. Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sei ein langwieriger Prozeß mit vielen Phasen.

Durch eigenmächtiges Vorgehen, wie etwa Kontaktaufnahme mit Zonenfunktionären, werde allerdings die Politik des Ministers für gesamtdeutsche Fragen empfindlich gestört, wenn nicht gefährdet. Dr. MENDE verliest die beiden Fernschreiben an die Landesverbände, mit denen er vor solchen Unternehmungen warnte.

---

6 Die FDP hatte gegen eine erneute Kandidatur *Lübkes* für das Präsidentenamt vor allem Bedenken, weil dieser eine Koalition aus CDU, CSU und SPD befürwortete. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 7. 2. 1964 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann); E. MENDE, Wende, 1986, S. 128 f.

7 Aus der Sicht *Wehners* (SPD) konnte eine zweite Amtszeit *Lübkes,* eines Befürworters einer Einbeziehung der SPD in die Regierungsverwantwortung, dazu beitragen, die SPD schrittweise aus der Opposition in die Regierung zu führen. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 529–532.

8 Carl-Friedrich *von Weizsäcker,* Naturwissenschaftler, lehnte eine Kandidatur ab. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 129.

9 Zu den Sondierungen zwischen den drei Parteien von Mitte Februar 1964 an vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 530 ff.

10 Vgl. Nr. 42 Anm. 15.

11 Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

12 Mitglied des Führungskreises der CSU.

13 Vgl. Nr. 45 Anm. 2 und 3.

Dr. DEHLER sagt, es gebe keinen Beschluß des Bundesvorstandes oder eines anderen Parteigremiums, der die von Dr. *Mende* aufgestellte These, die Wiedervereinigung könne nur noch in einem langfristigen Prozeß erreicht werden, beinhalte oder billige. Diese These stehe vielmehr im offenen Widerspruch zur Parteilinie.

Dr. LEVERENZ widerspricht Dr. *Dehler.* Dr. *Mendes* These decke sich durchaus mit der Konzeption der Partei.

Dr. DEHLER erklärt, daß er die Fernschreiben an die Landesverbände als verletzend empfinde, wünscht Aufklärung darüber, wieviel Briefe, die sich gegen ihn richten, bei der Geschäftsstelle eingegangen seien.

WEYER erklärt sich für die Fernschreiben mitverantwortlich.

MOERSCH weist darauf hin, daß man sich in der „fdk" auf ausdrücklichen Wunsch von Dr. *Mende* entschieden zu Dr. *Dehler* bekannt hat.[14]

In der weiteren Diskussion kommen das Gespräch *Kastenmeyers* mit dem LDP-Funktionär *Wünsche* in Hamburg[15], Kontakte *Rademachers*[16] mit Pankower Stellen, *Borms* „Deutschlandplan"[17] und andere Äußerungen zur Sprache.

BORM erklärt, in seinem Falle habe es sich lediglich um Anregungen, nicht aber um einen Plan gehandelt.

Dr. MENDE richtet die Fragen an *Borm* und *Hoppe,* ob der Landesverband Berlin bzw. Berliner Parteifreunde Kontakte zur russischen Botschaft in Ost-Berlin hätten.

BORM: Keine Kontakte zur UdSSR.

HOPPE: Lediglich gelegentliche informelle Gespräche zwischen Russen und Dr. *Kubicki*[18]*;* der Regierende Bürgermeister ist darüber unterrichtet.

---

14 *Dehler* hatte am 18./19. 1. 1964 gegenüber der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" eine außenpolitische Stellungnahme abgegeben. Diese war u. a. dahingehend interpretiert worden, daß *Dehler* ein vorzeitiges Ausscheiden der Teile Deutschlands aus den Militärblöcken bzw. einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO empfohlen habe. Die „fdk" druckte *Dehlers* außenpolitische Stellungnahme und eine Erläuterung dazu von ihm ab, außerdem eine Glosse und einen Artikel von W. *Schollwer,* die beide *Dehler* gegen die Kritiker in Schutz nahmen. Vgl. fdk 15. Jg., Nr. 6 vom 21. 1. 1964, S. 7 f.; Nr. 10 vom 4. 2. 1964, S. 3.

15 Der Hamburger FDP zufolge war der stellv. Generalsekretär der LDP nicht offiziell in die Hansestadt eingeladen worden. Vgl. „FDP: Kein Gespräch mit Wünsche in Hamburg", in: DIE WELT Nr. 26 vom 31. 1. 1964, S. 3.

16 FDP-Experte für Verkehrspolitik, hatte Kontakte mit der DDR in der Passierscheinfrage. Vgl. „FDP-Abgeordneter in Ostberlin", in: DIE WELT Nr. 22 vom 27. 1. 1964, S. 2.

17 *Borms* Plan enthielt u. a. Vorschläge für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR z. B. durch Kredithilfen an die DDR und Bezugsmöglichkeiten für die UdSSR in der Bundesrepublik, „wenn als Preis dafür die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen wäre." Diese Vorschläge sollten auf einer Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" vorgetragen werden, was dann aber aus politischen Erwägungen unterblieb. Vgl. den Wortlaut in: FR 19. Jg., Nr. 78 vom 30. 11. 1963, S. 15 sowie in: Herbert AMMON/Peter BRANDT (Hrsg.): Die Linke und die nationale Frage, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 240–246 (Auszug). Mitteilung von Dr. Michael Staack, Berlin, vom 5. 4. 1991.

18 Stanislav Karol *Kubicki* hatte in den 60er Jahren ebenso wie Vertreter anderer Parteien einen

ENGELHARD sagt, die Aussprache und der Bericht des Vorsitzenden hätten wohl Klarheit geschaffen. Er empfiehlt persönliches Gespräch zwischen *Mende* und *Dehler* bzw. *Mende* und *Borm*, um auch Rest der Differenzen auszuräumen. Vom Zusammentreffen *Kastenmeyer – Wünsche* habe der Landesvorstand Hamburg gewußt. *Rademacher* habe nicht mit *Wünsche* gesprochen; das Gespräch *Rademacher* mit *Abusch*[19] sei in keiner Weise gutzuheißen.

HOPPE betont noch einmal, er könne bei den verschiedenen Ausführungen über die Linie der FDP in der Deutschlandpolitik keinerlei Widersprüche finden. HOPPE richtet die dringende Bitte an Dr. *Dehler*, „die Rundschreiberei" nicht fortzusetzen. Zur Passierscheinfrage sagt HOPPE, die Weihnachtsregelung solle Ostern und Pfingsten weitergeführt werden; dies bestätige dann auch die Richtigkeit der Weihnachtsregelung.

Dr. ACHENBACH warnt davor, in der Öffentlichkeit von langfristigem Wiedervereinigungsprozeß zu sprechen, es entstünde dann der Eindruck, als sei es uns mit der Wiedervereinigung nicht sonderlich eilig.

Es kommt noch zu einer Debatte zwischen KASTENMEYER und GENSCHER. GENSCHER widerlegt KASTENMEYER: Als *Genscher* von Düsseldorf aus *Kastenmeyer* telefonisch sprach, war die dpa-Meldung über Treffen *Kastenmeyer – Wünsche* bereits dementiert.

Dr. HAUSSMANN verliest Brief von Peter *Brandenburg*[20] und bittet *Dehler* und *Mende* noch einmal, sich sachlich und persönlich zusammenzufinden.

Dr. STARKE sagt, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, alle Aktionen, wie Passierscheinregelung, seien ausschließlich FDP-Angelegenheit. Bei zweifellos kommenden Rückschlägen würden dann auch diese ausschließlich der FDP angelastet.

Dr. DEHLER schlägt vor, die Landesvorsitzenden sollten analog der Unterrichtung der Kreisverbände über die diskutierten Fernschreiben des Vorsitzenden nun diese wiederum über das Ergebnis der Vorstandssitzung unterrichten.

Dem Vorschlag wird allgemein zugestimmt.

Dr. MENDE bittet die anwesenden Landesvorsitzenden, ihre Gremien zu informieren und zwar so, daß Mißdeutungen vermieden werden.

Zur Wahl des Bundespräsidenten stellt der Bundesvorstand fest, daß er den Bericht des Vorsitzenden entgegengenommen hat und daß die drei Parteien nach dem 15. Februar zu einem gemeinsamen Gespräch einladen.

Dr. EFFERTZ sagt, die Mehrheit der FDP werde *Lübke* nicht wählen.

WEYER: Das angekündigte Dreiergespräch geht auf FDP-Initiative zurück.

---

Gesprächspartner, der Mitarbeiter der Botschaft der UdSSR war (Mitteilung des FDP-LV Berlin vom 6. 9. 1991).

19 Alexander *Abusch*, stellv. Ministerpräsident der DDR, hatte mit Willy *Brandt*, Regierendem Bürgermeister von Berlin, schriftliche Kontakte in der Passierscheinfrage. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 118.

20 Johann Peter *Brandenburg* (FDP), Vizepräsident des Landtags von Baden-Württemberg. Vgl. Munzinger-Archiv Lieferung 24/77 (ADL).

HOPPE: Wir dürfen nicht warten, bis sich die anderen eine Meinung gebildet haben. Er fügt hinzu, *Adenauer* habe der SPD mitgeteilt, lediglich 30 Prozent der FDP seien gegen *Lübke*.

Es entspinnt sich eine Diskussion, in deren Verlauf Dr. STARKE sagt: „Wir unterhalten uns zu spät über diese Frage".[21]

Dr. MENDE berichtet zum Schluß, bereits im Oktober 1963 habe *Wehner* eine parteioffizielle Zusage an *Lübke* gemacht.

Am Ende der Sitzung gibt der Vorsitzende als Termin der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes den 13. März 1964 bekannt. Die restlichen Punkte der Tagesordnung werden nicht mehr behandelt.

---

21 Vgl. Nr. 51 TOP 1.

## 47.

## 13. 3. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Leverenz und Weyer; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 13. März 1964 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Fraktion." 14.25 Uhr–19.55 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Thomas Dehler, Dörinkel, Gärtner (LSD), Graaff, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kellner (DJD) (i. V. von Kastenmeyer), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Leverenz, Müller-Link, Rubin, Simonis, Starke, Weyer, Wolgast.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Bursig, Eggers, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Marx, Maurer, Moersch, Schollwer, Stoltz.

Gast: Emde.

1. BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE SITZUNG DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN BUNDESVORSTANDES AM 27. FEBRUAR, 5. MÄRZ UND 12. MÄRZ 1964

LEVERENZ berichtet über die letzten drei Sitzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes. Der Geschäftsführende Bundesvorstand sehe seine Aufgabe in der langfristigen Planung, Koordinierung, Regelung von organisatorischen und geschäftlichen Fragen und in der Vorbereitung von Sitzungen des Gesamtvorstandes.

---

1 Bei zahlreichen Namen von Anwesenden ist die Uhrzeit der Ankunft bzw. des Weggangs in Klammern vermerkt. Entschuldigt waren *Atzenroth, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Engelhard, Erbe, Glahn, Lenz,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Scheel* und *Stammberger.*

Auf der zweiten Sitzung sei über das Sozialpaket[2], über den Vorschlag der FDP-Fraktion im Kreistag Lauenburg zur Herstellung eines kleinen Grenzverkehrs und über den Gedanken aus Kreisen der Jungdemokraten, Herrn Dr. *Dehler* als neuen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu benennen, diskutiert worden.

Die dritte Sitzung beschäftigte sich mit der Einstellung des „Freien Wortes"[3], der schwierigen Situation von *Hüttebräuker*[4] im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Teilnahme der Bundesminister an Vorstandssitzungen.

Dr. STARKE bemängelt die Themen, die auf den Sitzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes behandelt werden. Seiner Ansicht nach könne der Geschäftsführende Bundesvorstand innerhalb der Satzung nur über Fragen der laufenden Geschäfte entscheiden. Eine vor dem Bundesvorstand stattfindene Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes führe zu einer mangelhaften Besetzung der Sitzung des Bundesvorstandes.

HOPPE sieht in der Behandlung der Themen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes keine Satzungswidrigkeiten. Er hält es für notwendig, die Terminvereinbarungen zu verbessern, damit die Sitzungen nicht zu einer mangelhaften Besetzung führten.

ACHENBACH: Sollte der Bundesvorstand zu politischen Entscheidungen unfähig sein, müßten daraus die Konsequenzen einer Satzungsänderung gezogen werden.

LEVERENZ faßt nach einer lebhaften Diskussion zusammen, daß Fragen der Geschäftsführung vom Geschäftsführenden Bundesvorstand behandelt werden sollten. Der Geschäftsführende Bundesvorstand sei ein Gremium der Koordinierung, das zur Entlastung des Gesamt-Bundesvorstandes beitragen solle.

Beschluß:

Der Bundesvorstand beschließt, daß

1. der Bundesvorsitzende und seine Stellvertreter, der Bundesschatzmeister sowie Dr. *Starke, Engelhard* und *Borm* dem Bundesvorstand Vorschläge zu einer besseren Arbeitsverteilung im Bundesvorstand unterbreiten,
2. die Arbeit im Geschäftsführenden Bundesvorstand nach den bisherigen Vorstellungen so lange weitergeführt wird, bis die Vorschläge der Kommission konkretisiert sind,
3. der Bundesvorstand nach Möglichkeit monatlich zu einer Sitzung einberufen wird. Die Sitzungen sollen grundsätzlich jeweils am ersten Freitag im Monat durchgeführt werden. Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes im

2 Siehe TOP 4 b.
3 Siehe TOP 3.
4 Vgl. Nr. 21 Anm. 21.

Mai soll allerdings nach den Wahlen in Baden-Württemberg[5] mit dem Landesverband Baden-Württemberg abgesprochen werden.

2. BERUFUNG EINES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

Dr. *Friderichs, Moersch, Schollwer, Maurer* und *Stoltz* verlassen zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

LEVERENZ schlägt im Namen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vor, Dr. *Friderichs* mit Wirkung vom 1. Juli 1964 zum Bundesgeschäftsführer zu bestellen.[6]

RUBIN und GENSCHER geben für diesen Vorschlag zusätzliche Begründungen ab.

Der Bundesvorstand beschließt einstimmig ohne Aussprache, dem Vorschlag zu entsprechen.

3. „DAS FREIE WORT"

RUBIN stellt die finanzielle Situation beim „Freien Wort"[7] dar. Er weist auf die Zuschüsse hin, die in den letzten Jahren zwischen 300 000 und 700 000 DM jährlich gelegen hätten. Er schlägt vor, per 30. Juni 1964 das „Freie Wort" einzustellen. Die dadurch freiwerdenden Mittel könnten zweckentsprechender und wirksamer für die anderen FDP-Publikationen eingesetzt werden. Für das „Berliner Wort"[8] müsse eine Zwischenregelung gefunden werden.

Auf die Frage von BORM und KELLNER teilt RUBIN mit, daß an Stelle des „Freien Wortes" die Auflage des Schnelldienstes[9] erhöht werden und „liberal"[10] nach einer Übergangszeit monatlich erscheinen soll. Bei bestimmten Anlässen sollen die Fachdienste verstärkt eingesetzt werden. Das Erscheinen von einem Hintergrund-Informationsdienst sei geplant.

DÖRINKEL bezweifelt, ob die Erhöhung der Auflage beim Schnelldienst ein echter Ersatz für das „Freie Wort" sei. Er ist der Auffassung, daß durch die Einstellung des „Freien Wortes" eine empfindliche Lücke entstehe, da die Partei dann auf eines der wesentlichsten Kommunikationsmittel verzichte.

Beschluß:

Bei zwei Enthaltungen beschließt der Bundesvorstand die Einstellung des „Freien Wortes" per 30. Juni 1964.

---

5 Landtagswahlen am 26. 4. 1964.

6 Seit dem 6. 9. 1962 war der Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, *Genscher*, zugleich Bundesgeschäftsführer der FDP. Vgl. Nr. 30 TOP 3.

7 Chefredakteur war Hans *Bursig*. Vgl. Nr. 1 mit Anm. 9.

8 Vgl. Nr. 1 Anm. 17.

9 „FDP-Schnelldienst", 10.. Jg., 1964, verantwortlich Heinrich J. *Maurer*.

10 „liberal. Beiträge zur Entwicklung einer Freiheitlichen Ordnung", Bonn (Verlag Das freie Wort), Jg. 1, 1959 ff.

4. BERICHT ÜBER DIE BUNDESPOLITISCHE LAGE

a) Außenpolitik und Passierscheinregelung[11]

VON KÜHLMANN-STUMM gibt einen Überblick über die außenpolitische Lage und beurteilt dabei insbesondere die Entwicklung im Ostblock anhand von Memoranden zur Deutschlandpolitik, die dem Botschafterlenkungsausschuß vorgelegen haben. VON KÜHLMANN-STUMM will auf seiner bevorstehenden Reise in die USA die Amerikaner darauf aufmerksam machen, das Deutschlandproblem nicht auf sich beruhen zu lassen.[12]

b) Sozialpaket

Dr. EMDE gibt einen Überblick über die aktuellen Ereignisse bei der Verabschiedung des Kindergeldgesetzes[13] und betont, daß für die Führungsarbeit in der Fraktion Konsequenzen zu ziehen seien, um ähnliche Schwierigkeiten künftig zu vermeiden. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Kabinettsmitgliedern der FDP und der Fraktion sei dringend notwendig. Die grundsätzlichen Diskussionen würden meist auf schlecht besetzten Sitzungen der Fraktion geführt.

c) Bundespräsidentenwahl

WEYER berichtet über die mit der SPD intern geführten Gespräche zur Bundespräsidentenfrage.[14] Er habe den Eindruck, daß die SPD im ersten und zweiten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellen und im dritten Wahlgang *Lübke* wählen werde. Er empfiehlt, zunächst den CDU-Parteitag in Hannover[15] und die Bundesvorstandssitzung der SPD[16] abzuwarten. Dann sollte überlegt werden, ob der Wunsch, einen Gemeinschaftskandidaten aller drei Parteien zu finden, bekräftigt werden könne. Erst die nächste Sitzung des Bundesvorstandes sollte über weitere Maßnahmen entscheiden.

d) Aussprache zu den Kurzberichten

---

11 Für die vergeblichen Bemühungen der FDP, die für Weihnachten 1963 erreichte Passierscheinregelung (vgl. Nr. 45 Anm. 2 und 3) für Ostern und Pfingsten 1964 zu erneuern, vgl. „Krise in der Passierschein-Frage", in: fdk 15. Jg., Nr. 13 vom 14. 2. 1964, S. 4 f.; „Die neue Runde. Gedanken zur Wiederaufnahme der Passierscheingespräche", in: fdk 15. Jg., Nr. 29 vom 7. 4. 1964, S. 4 ff.

12 Datum nicht zu ermitteln. Angesprochen wurden durch *von Kühlmann-Stumm* außerdem die Errichtung einer weiteren Handelsmission in der Tschechoslowakei, der *Herter*-Plan, der Schutz der Bundesrepublik durch die USA, die Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Divergenzen zwischen EWG und EFTA, die US-Außenpolitik unter *Johnson* und die insgesamt wenig erfreuliche Situation des Westens. Vgl. W. Haußmann, Aufzeichnungen vom 13. 3. 1964 (HStASt, Q 1/22 Bü 807, NL Haußmann).

13 Vor der einstimmigen Verabschiedung des Bundeskindergeldgesetzes (BGBl. I, S. 265) am 6. 3. 1964 hatten FDP und SPD in der 1. und 2. Lesung gemeinsam eine Reihe von Zusatzanträgen eingebracht, die jedoch nur zu einem Teil in der endgültigen Fassung des Gesetzes berücksichtigt wurden. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 55. Sitzung, S. 2417 C; Bd. 54, 118. Sitzung, S. 5416 C–5417 B; 120. Sitzung, S. 5587 C–5588 C.

14 Zur Haltung der FDP in der Präsidentenfrage vgl. Nr. 46 Anm. 6.

15 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover 14.–17. 3. 1964.

16 Der Parteivorstand der SPD trat am 13. 3. 1964 ab 15.00 Uhr zusammen. Vgl. Prot. der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 13. 3. 1964 (AdsD).

GENSCHER sagt zu, die von *Kühlmann-Stumm* in seinem Bericht erwähnten außenpolitischen Artikel amerikanischer Experten den Bundesvorstandsmitgliedern zugänglich zu machen.

HOPPE bittet um eine Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Passierscheinregelung. Er möchte wissen, welche Position die FDP in den weiteren Gesprächen zwischen *Korber* und *Wendt* einnehmen wird. Zu klären sei, ob auf der Grundlage der Weihnachtsregelung[17] eine Dauerlösung angestrebt werden könne.

VON KÜHLMANN-STUMM betont, daß dieser spezielle Punkt in der Fraktion in Berlin nicht angesprochen worden sei. Er ist der Meinung, daß als Endziel die Gleichstellung der Westberliner mit den Bundesbürgern erreicht werden müsse.

Dr. DEHLER: Das Kommunique der Fraktionssitzung in Berlin vom 14. Januar enthalte die Meinung der Fraktion, die Weihnachtsregelung auf Ostern zu übertragen.[18]

HOPPE: Unter diesen von *Dehler* geschilderten Voraussetzungen bestünden Widersprüche zwischen den Meinungen der FDP-Minister im Kabinett und der Fraktion.

VON KÜHLMANN-STUMM teilt mit, daß auch Dr. *Mende* die „Schönheitsfehler" der Weihnachtsregelung nicht als Möglichkeit für eine Dauerlösung ansehe. Bei einer Dauerlösung könnte die Präsenz der Postbeamten nicht übernommen werden.

HOPPE kritisiert den Mangel an Zusammenarbeit zwischen Kabinett und Fraktion, da offensichtlich in dieser Frage Meinungsunterschiede bestünden.

DEHLER: Die Meinungsunterschiede zwischen FDP-Ministern und der Fraktion seien eindeutig. Das Kommuniqué vom 14. Januar[19] enthalte die Ansicht der Fraktion, auf der Grundlage der Weihnachtsregelung in die weiteren Verhandlungen zu gehen.

VON KÜHLMANN-STUMM betont, die Fraktion habe in Berlin nicht beschlossen, auf der Grundlage der Weihnachtsregelung weiter zu verhandeln.

WEYER läßt das Kommuniqué vom 14. Januar verlesen und ist der Ansicht, daß der Wortlaut des Kommuniqués nicht zu einer Bestätigung der Interpretation von *Dehler* führen könne.

Unter Widerspruch von DEHLER bestätigen VON KÜHLMANN-STUMM und Dr. EMDE, daß ein derartiger Beschluß in der Fraktion nicht gefaßt wurde.

Dr. FRIDERICHS erläutert den Standpunkt, der zur Formulierung des Kommuniqués vom 14. Januar geführt habe, an der *Mischnick, Dehler, Schollwer,*

17 Vgl. Nr. 45 Anm. 2 und 3.

18 Das Kommuniqué ist abgedruckt in fdk 15. Jg., Nr. 5 vom 16. 1. 1964, S. 4. Wegen Divergenzen in und zwischen den mit der Passierscheinfrage befaßten Gremien sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik bzw. in West-Berlin kam eine Passierscheinregelung für Ostern und Pfingsten 1964 nicht zustande. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 127.

19 Siehe Anm. 18.

*Genscher* und er mitgewirkt hätten. Dabei sei bewußt vermieden worden, expressis verbis eine Übertragung der Weihnachtsregelung auf Ostern und Pfingsten zu empfehlen. Die Teilnehmer waren einig, sich nicht durch das Kommuniqué festlegen zu lassen.

SCHOLLWER bestätigt die Äußerungen von Dr. *Friderichs*. Bei der Abfassung des Kommuniqués ging man von folgender Intention aus: Die Weihnachtsregelung kann, muß aber nicht wiederholt werden.

DEHLER bestreitet die Legitimation des Bundesvorstandes, Meinungsäußerungen der Fraktion zu interpretieren.

Beschluß:

Der Bundesvorstand bittet die Bundestagsfraktion, nach der Genesung von Dr. *Mende*[20] zu untersuchen, ob für eine abgewandelte Weihnachtsregelung künftig noch Chancen bestünden. Die Untersuchung sollte in Anwesenheit aller fünf Bundesminister unter den Gesichtspunkten

a) einer Dauerlösung und

b) einer Zwischenlösung vorgenommen werden.

HOPPE betont, daß die Koordination in der Passierscheinregelung zwischen Dr. *Mende* und dem Landesverband Berlin sehr gut gewesen sei.

WEYER bittet die Fraktion, eine bessere Kooperation zwischen Bundesministern, Fraktion und Koalitionspartnern sicherzustellen.

5. VERSCHIEDENES

a) Berlin-Subventionen

HOPPE macht darauf aufmerkam, daß es zu einem offenen Konflikt zwischen Berlin und dem Bundesfinanzminister kommen könne, wenn *Dahlgrün* bei seiner Empfehlung bleibe, 132 Millionen DM Zuschuß für das Land Berlin auf dem Kapitalmarkt zu vergünstigten Bedingungen zu suchen.[21]

Der Bundesvorstand überweist diese Frage an die Fraktion.

b) Bundesveranstaltungen

GENSCHER schlägt vor, die Entscheidung über Personal- und Sachfragen bei Bundesveranstaltungen dem Geschäftsführenden Bundesvorstand zu überlassen.

Frau Dr. ILK weist auf den organisatorischen Charakter dieses Komplexes hin und betont, daß diese Frage der Satzung entsprechend allein Aufgabe des Geschäftsführenden Bundesvorstandes sei.

---

20 Nach der Genesung von einer Lungenentzündung nahm *Mende* seine Arbeit am 23. 3. 1964 wieder auf. Vgl. E. MENDE, *Wende*, 1986, S. 135.

21 Die Bundesregierung befürwortete die Aufnahme einer Anleihe für Berlin mit Bundeshilfe für den Zins- und Tilgungsdienst in Höhe von 132 Mio. DM. Diese Form der Bundeshilfe für Berlin wurde gewählt, weil das Volumen des Bundeshaushaltes nicht überschritten werden sollte. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 54, 105. Sitzung vom 7. 1. 1964, S. 4800 B, 4853 B; 122. Sitzung vom 15. 4. 1964, S. 5736 D, 123. Sitzung vom 16. 4. 1964, S. 5904 C, 5905 A.

Beschluß:

Der Bundesvorstand nimmt den Vorschlag von *Genscher* zur Kenntnis und ist der Auffassung, daß diese Aufgaben der Satzung entsprechend vom Geschäftsführenden Bundesvorstand erledigt werden müssen.

c) Mittelstandsbrief

Dr. STARKE teilt mit, daß nach Ansicht des Mittelstandsausschusses der letzte Mittelstandsbrief nicht der Meinung von Fraktion und Ausschuß entspreche.[22]

Dr. FRIDERICHS berichtet, daß mit der Redaktion vom Mittelstandsbrief bereits ein entsprechendes Gespräch geführt wurde. Der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses[23] sei zu einem Gespräch zur nächsten Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes eingeladen worden.

d) Beschluß des Mittelstandsausschusses:

Dr. STARKE bezieht sich auf den Beschluß des Mittelstandsausschusses[24] und fordert neue Initiativen zur Durchsetzung der versicherungsrechtlichen Lohnfortzahlung.[25]

Dr. FRIDERICHS warnt, die versicherungsrechtliche Lohnfortzahlung aktiv zu fordern. Ein verstärkter Einsatz für die versicherungsrechtliche Lohnfortzahlung bedinge, daß die FDP dann u. U. die von *Blank* vorgeschlagene Krankenversicherungsreform[26] mit in Kauf nehmen müsse.

Dr. STARKE versteht unter einer neuen Initiative für die versicherungsrechtliche Lösung lediglich eine Sprachregelung. Entgegen der Meinung von Dr. *Friderichs* will er die Forderung des Mittelstandsausschusses auch nur insoweit interpretiert wissen.

WEYER faßt die Meinung der FDP zusammen:

1. An der versicherungsrechtlichen Lohnfortzahlung muß die FDP festhalten. Mit einer Kampagne sollte allerdings nicht begonnen werden.
2. Die FDP wird der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung nicht zustimmen, da sonst Schwierigkeiten bei der Krankenversicherung entstehen würden.

---

22 Der Bundesausschuß für Mittelstandsfragen hatte am 4. 3. 1964 durch Beschluß festgestellt, daß der Inhalt der „Informationen für den Mittelstand" vom Januar und Februar 1964 „nicht den Ansichten des Mittelstandsausschusses und den offiziellen Ausführungen der FDP im Bundestag entspricht und für die Mittelstandspolitik der FDP eher schädlich als nützlich ist." Vgl. Beschlüsse des Bundesausschusses für Mittelstandsfragen vom 4. 3. 1964, masch., 3 S. (HStASt, Q 1/22, Bü 798, NL Haußmann).

23 Rudolf *Opitz*, MdB.

24 Siehe die Quellenangabe in Anm. 22.

25 Vgl. Nr. 19 Anm. 85. Sog. arbeitsrechtliche Lösung: Rechtsanspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle direkt an den Arbeitgeber; sog. versicherungsrechtliche Lösung: Lohnfortzahlungsanspruch gegenüber der Krankenkasse.

26 Zur geplanten Krankenversicherungs-Neuregelung als Teil der Sozialreform vgl. die Ausführungen von Bundesarbeitsminister *Blank* in 4. BT STEN. BER., Bd. 52, 55. Sitzung vom 23. 1. 1963, S. 2417 D–2428 C.

Dr. STARKE schlägt vor, neue Ansätze für eine Krankenversicherungsreform zu suchen. Bei dem jetzigen Vorschlag würden besonders die Wählerschichten belastet werden, die stark mit der FDP sympathisierten. Sollte der arbeitsrechtlichen Lösung allein zugestimmt werden, könnte die Reform der Krankenversicherung nicht mehr in unserem Sinne gelöst werden.

GENSCHER schlägt in dieser Frage große Zurückhaltung vor, da eine Lösung ohne Verärgerung einiger Interessengruppen nicht erreicht werden könne.

e) Kulturpolitischer Bundesausschuß

WOLGAST weist auf den Grundsatzbeschluß zur Lehrerbesoldung im Kulturpolitischen Bundesausschuß hin und bittet, zunächst den Ausschuß „Öffentlicher Dienst" mit diesem Beschluß zu befassen, damit eine einheitliche Lösung angestrebt werden könne.

WEYER teilt mit, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Frage erst beschäftigen wird, wenn entsprechende Beratungen im Ausschuß „Öffentlicher Dienst" stattgefunden hätten.

## 48 a.

## 10. 4. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 10./11. April 1964 in Karlsruhe[1], Schloßhotel." 14.15 Uhr–18.20 Uhr.**

Anwesend am 10. 4. 1964

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Dörinkel, Eisenmann, Erbe, Glahn, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohl, Lenz, Eduard Leuze, Logemann, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Scheel, Simonis, Starke, Weyer.[2]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Kastenmeyer (DJD), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Haferland, Marx, Moersch, Richter, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Bareiter, Brandt, Busse, Dahlmeyer, Eick-Kerssenbrock, Hedi Flitz, Gerber, Grittmann, Hofmann, Hummel, Rieger, Schade, Schwarz, Stender, Wiedner, Zoglmann.

---

1 Als Tagungsort gewählt im Hinblick auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. 4. 1964.

2 Entschuldigt waren *Atzenroth, Effertz, Engelhard, Graaff, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Leverenz, Lüders, Wedel* und *Wolgast.*

1. PFINGSTTREFFEN DER „FDJ" IN OSTBERLIN

Dr. MENDE gibt bekannt, daß die „FDJ" in Ost-Berlin Pfingsten ein großes Treffen abhalten wird.[3] Er schlägt daher vor, den Jungdemokraten zu empfehlen, über Pfingsten nicht als Organisation, aber privat nach Berlin zu reisen, um Begegnungen mit der mitteldeutschen Jugend zu suchen. Dr. MENDE bittet den Bundesvorstand zu entscheiden, ob den DJD empfohlen werden kann, Pfingsten ggf. mit finanzieller Unterstützung der Bundespartei nach Berlin zu reisen.

BORM gibt zu bedenken, daß über Pfingsten keine Privatquartiere mehr in Berlin zu erhalten sind.

RUBIN schlägt vor, in dieser Angelegenheit keine Beschlüsse zu fassen und die finanzielle Unterstützung fallweise zu behandeln.

Der Bundesvorstand schließt sich der Meinung von *Rubin* an.

2. NEUER BUNDESVORSITZENDER DES LSD

Dr. MENDE stellt dem Bundesvorstand den neuen Bundesvorsitzenden des LSD Helmut *Strizek* vor.[4]

Beschluß:

Da *Strizek* der FDP angehört, erhebt der Bundesvorstand gegen die Teilnahme des neuen LSD-Bundesvorsitzenden an den Bundesvorstandssitzungen in beratender Funktion keine Einwände.

3. VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES

Dr. MENDE gibt einen Überblick über die Tagesordnungspunkte der am 11. April in Karlsruhe stattfindenden Bundeshauptausschußsitzung.[5]

GENSCHER schlägt, unterstützt durch HAUSSMANN, vor, daß der Bundesvorstand heute noch über die Konzeption zur Passierscheinregelung diskutiert, da die Öffentlichkeit uneinheitliche Meinungen in der FDP zu sehen scheint.

[a. PASSIERSCHEINVERHANDLUNGEN]

Dr. MENDE gibt einen Überblick über den Stand der Passierscheinverhandlungen.[6] Nach der vor dem Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung von *Oxfort*[7] bestehen seiner Ansicht nach allenfalls Unterschiede zwischen *Oxfort* einerseits und dem Landesverband Berlin der FDP und der Bundespartei andererseits.

---

3 FDJ-Treffen vom 16. bis 18. 5. 1964 in Ost-Berlin, wo 500 000 Jugendliche versammelt wurden. Vgl. DER TAGESSPIEGEL (Berlin), Nr. 5678 vom 16. 5. 1964, S. 1.

4 *Strizek* war Nachfolger von Volker *Gärtner*. Vgl. Nr. 37 Anm. 12.

5 Der Bundeshauptausschuß der FDP behandelte in seiner Sitzung am 11. 4. 1964 a) die Passierscheinfrage und b) den Entwurf einer Novelle zum Einkommensteuergesetz. Zu a) forderte die FDP die Erweiterung des Reiseverkehrs in ganz Deutschland, bei b) unterstützte die FDP eine fühlbare Steuersenkung vor allem für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen. Vgl. fdk Nr. 37/64 (T) vom 13. 4. 1964, S. 1 f.

6 Vgl. Nr. 45 Anm. 2 und 3; Nr. 47 Anm. 11 und 18.

7 Hermann *Oxfort*, Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

BORM widerspricht der Auffassung von Dr. *Mende*. Auf dem Berliner Landesparteitag sei beschlossen worden, die Weihnachtsregelung[8] mit technischen Änderungen auch Ostern und Pfingsten fortzusetzen.[9] *Oxfort* sei daher berechtigt, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Dr. MENDE ist der Ansicht, daß die Postbeamten keine Hoheitsfunktionen ausüben. Von bestimmter Seite in der Bundesrepublik sei dieses Argument jedoch durchgesetzt und zur conditio sine qua non erhoben worden.[10] Der Berliner Senat habe sich diesem Standpunkt gebeugt. So verhandele *Korber*[11] jetzt über die Fortsetzung der Weihnachtsregelung für Pfingsten bei reinem Zustelldienst der Postbeamten. Ein Kompromiß könne insofern geschlossen werden, wenn Westberliner Beamte die Passierscheine annehmen und dabei durch zwei bis drei östliche Beamte beraten werden. *Korber* verhandele mit einstimmig gefaßten Direktiven der Bundesregierung und des Berliner Senats.

HOPPE bemerkt, daß die Direktive auch in der Verweigerung der Unterschrift für das abzuschließende Protokoll bestehe.

Dr. MENDE ist der Auffassung, daß an dieser Richtlinie die Passierscheinverhandlungen nicht scheitern werden.

BORM bittet die Partei um eine Stellungnahme und erwähnt, daß dabei der einstimmig gefaßte Beschluß des Berliner Landesparteitages zur Diskussion stehe, der eine Wiederholung der Weihnachtsregelung fordere.

BORM fragt, ob sich die Bundespartei und Dr. *Mende* hinter den Berliner Beschluß stellen werden und wie Dr. *Mende* entschieden hätte, wenn er sich im Bundeskabinett durchgesetzt hätte.

Dr. MENDE erklärt, daß er selbst und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen das Tätigwerden der Postbeamten nicht als Ausübung hoheitlicher Funktionen ansehe. Da aber der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimme und anders entschieden habe, hätte er sich im gesamtdeutschen Ausschuß und im Bundeskabinett nicht durchsetzen können. Die öffentlich prononcierten Äußerungen der Berliner Parteifreunde hätten zur Überzeugung von *Erhard* nicht beigetragen. Da die Passierscheinfrage nur ein Randproblem der Wiedervereinigung sei, sollte sie nicht zur Stellung der Koalitionsfrage führen.

ZOGLMANN ergänzt, daß alle drei Fraktionen eine Dauerpräsenz der Postbeamten für nicht erwünscht halten. Unter diesen Voraussetzungen wäre man in die neuen Verhandlungen gegangen.

RUBIN bittet in der Diskussion zu unterscheiden zwischen dem, was die FDP fordert, und dem, was sie durchsetzen kann. Während das eine parteiintern zu behandeln sei, sei das andere in geeigneter Form der Öffentlichkeit mitzutei-

---

8 Vgl. Nr. 45 Anm. 2.
9 Vgl. Nr. 47 Anm. 18.
10 Bei der erstmaligen Ausgabe von Passierscheinen in West-Berlin vom 18. 12. 1963 bis 5. 1. 1964 hatten in den Ausgabestellen Ost-Berliner Postangestellte in Uniform die Anträge entgegengenommen. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 120.
11 Vgl. Nr. 45 Anm. 2.

len. Er ist der Auffassung, daß die Weihnachtsregelung mit Schönheitsfehlern richtig war.

MISCHNICK hält zwei Gesichtspunkte fest:

1. Wenn die Weihnachtsregelung wegen des Streits um die Postbeamten nicht fortgesetzt wird, wird das Argument der Aufwertung der DDR erst untermauert.
2. Soll an der Forderung wegen der Unterschrift festgehalten werden, so sei mit Sicherheit kein Erfolg zu erzielen. Die FDP habe die Weihnachtsregelung anerkannt. Auf dieser Basis sei nun eine Zwischenlösung anzustreben. Von *Erhard* soll erwartet werden, alle Bemühungen zu unterstützen, eine neue Regelung herzustellen und die Fortführung der Gespräche nicht zu sabotieren.

Dr. DEHLER hält die Haltung der Fraktion in dieser Frage für eindeutig und klar. Bei der Koalitionsbeteiligung hat der Kanzler seine Richtlinien im Rahmen des Koalitionsvertrages[12] beschränkt. Der Bundesvorstand soll nicht beschließen, was der klaren Meinung der Fraktion, wie sie im Kommuniqué vom 14. Januar[13] festgelegt ist, widerspreche.

Dr. MENDE faßt die Meinung des Bundesvorstandes und der Fraktion zusammen. Beide Gremien treten für einen Personenverkehr innerhalb Berlins ein und wollen für Härtefälle eine Dauerlösung anstreben. Er bittet um den Beschluß des Bundesvorstandes, die Forderung nach Herstellung einer Passierscheinregelung zu bekräftigen. Diesen Beschluß werde er beim Kanzler durchzusetzen versuchen.

GENSCHER verliest zu dieser Frage den Entwurf einer Erklärung:

„Der Bundesvorstand der FDP erörterte am 10. 4. 1964 in Karlsruhe die Frage des Personenverkehrs in Berlin und des Reiseverkehrs in Deutschland. Der Bundesvorstand fordert die der FDP angehörenden Bundesminister und die Bundestagsfraktion auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine Lösung in der Passierscheinfrage zu erreichen. Der Bundesvorstand der FDP bekräftigt seine Auffassung, daß die Passierscheinregelung vom 17. Dezember 1963 den Interessen des deutschen Volkes genützt hat und eine eindrucksvolle Demonstration des Wiedervereinigungswillens des ganzen deutschen Volkes war. Die Meinung, die Regelung vom 17. Dezember 1963 bedeute eine Aufwertung oder gar Anerkennung der sog. DDR, ist politisch und juristisch falsch. Wer diese Meinung dennoch im freien Teil Deutschlands vertritt, schadet der deutschen Sache. Die FDP strebt eine Regelung an, die den Personenverkehr in Berlin auch für die Berliner ermöglicht und den Reiseverkehr in ganz Deutschland erweitert.[14]

Die FDP erneuert ihre Forderung nach Herbeiführung einer Viermächte-Deutschland-Konferenz im Sinne der Bundestagsentschließung vom 9. Ok-

12 Vgl. Nr. 18 Anm. 265.
13 Vgl. Nr. 47 Anm. 18.
14 Vgl. „FDP fordert Erweiterung des Reiseverkehrs in ganz Deutschland", in: fdk Nr. 37/64 (T) vom 13. 4. 1964, S. 1.

tober 1962[15], deren Aufgabe es sein muß, durch gesamtdeutsche technische Kommissionen die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu klären."[16]

Der Bundesvorstand ist sich einig, daß die Passierscheinregelung an der Präsenz der Postbeamten nicht scheitern soll. Es soll alles getan werden, um diese Regelung zu erreichen. Eine öffentliche Debatte sollte allerdings vermieden werden.

HOPPE: Die im Bundesvorstand gebildete Meinung hat zur Konsequenz, daß die Kabinettsmitglieder der FDP eine Änderung der Meinung im Kabinett herbeiführen müssen, der sie seinerzeit selbst zugestimmt hätten. Wenn dies allerdings nicht möglich sein sollte, sollte daraus keine Koalitionsfrage gemacht werden.

Beschluß:

Der Bundesvorstand stimmt einmütig dem Entwurf dieser Erklärung zu.

[b. TREUHANDSTELLE FÜR DEN INTERZONENHANDEL]

Dr. MENDE schlägt vor, die Treuhandstelle[17] in ihrer Struktur zu verändern und alle Kontakte mit der „DDR" im Amt für innerdeutsche Kontakte zu integrieren. An der Spitze dieses Amtes sollte ein hoher Beamter stehen. Das Amt müßte beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ressortieren. Wenn dagegen Widersprüche erhoben würden, sollte es dem Bundeskanzler direkt unterstellt werden. Diese Frage könne allerdings erst in sechs Monaten erörtert werden, wenn der Leiter der Treuhandstelle[18] pensioniert werde. Mit Widerständen von *Barzel, Strauß, Guttenberg, Carstens* und *Adenauer* sei allerdings zu rechnen.

HOPPE ist der Ansicht, daß vom Ausbau dieses Amtes bis 1965 abgesehen werden sollte, wenn es nur beim Bundeskanzleramt ressortieren könne. Die FDP könne sich eine solche Regelung nicht bieten lassen.

WEYER: Wenn das Amt dem Bundeskanzleramt unterstellt werden würde, hätte der Vizekanzler[19] keine echte politische Aufgabe und würde dementsprechend gewertet werden. Durch die Länderkoalitionen der FDP mit der CDU könnte bei der Entscheidung dieser Frage durch die Landesverbände der Partei Einfluß ausgeübt werden. Es sei für die FDP unerträglich, wenn *Schmücker* oder *Erhard* sich diese Kompetenzen anzueigenen versuchten.

RUBIN: Es sei völlig ausgeschlossen, daß dieses Amt u. U. denen zugespielt wird, die eine Passierscheinregelung nicht wünschten. Wenn Dr. *Mende* eine

15 Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP vom 12. 10. 1962 zur Erklärung der Bundesregierung vom 9. 10. 1962, in: 4. BT STEN. BER., Bd. 51, 41. Sitzung vom 12. 10. 1962, Anlage 4, S. 1788 C f.

16 Dieser Satz ist fast wörtlich bereits in der Erklärung der FDP-Bundestagsfraktion vom 14. 1. 1964 enthalten. Vgl. Nr. 47 Anm. 18.

17 Treuhandstelle für den Interzonenhandel, 1949 gegr., ab 1953 dem Bundeswirtschaftsministerium nachgeordnet.

18 Leiter der Treuhandstelle war Kurt *Leopold.*

19 Erich *Mende* (ab. 17. 10. 1963).

politische Zukunft haben möchte, dann könne nur einer Ressortierung dieses Amtes beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zugestimmt werden. RUBIN ist der Ansicht, daß dieses Problem eine echte Koalitionsfrage wäre.

GLAHN schließt sich der Meinung von *Rubin* an und betont, daß dieses Problem auch die Koalitionen der Länder tangieren würde.

Dr. MENDE bittet um Vertraulichkeit bei der Behandlung dieser Angelegenheit und faßt aus der Diskussion als Marschroute für die Landesverbände zusammen, daß diese Frage auch in den Länderkoalitionen hart vertreten werden müsse.

SCHEEL fragt an, inwieweit der Bundesvorstand bereit ist, die Kompetenzprobleme seines Ministeriums[20] zu unterstützen.

ZOGLMANN sagt zu, daß in der nächsten Woche dieses Problem mit den betreffenden Kabinettsmitgliedern und der Fraktion behandelt werde. Er ist der Auffassung, daß eine Regelung zugunsten *Scheels* erreicht werden könne.

4. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. MENDE gibt einen Bericht über Vorstellungen und Vorbereitungen des Bundesparteitages 1964 in Duisburg.[21]

Am ersten Tag wird der Bundesvorsitzende einen Bericht über die geleistete Arbeit geben und dabei den Schwerpunkt auf die Deutschland- und Außenpolitik legen. Anschließend soll der Vorsitzende der Bundestagsfraktion einen Bericht über die Arbeit der Fraktion geben.

Der Nachmittag wird für die Diskussion benötigt. Am zweiten Tag werden *Weyer* zur Gesellschaftspolitik, *Lenz* zur Bildungspolitik und *Bucher* zu einem rechtspolitischen Thema sprechen.

Der Parteitag soll die Prinzipien liberaler Politik in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts festhalten. Als Slogan könnte „Freiheit ist unteilbar – heute und morgen" verwendet werden. In den Aussprachen sollte den Spitzenrednern der FDP Gelegenheit zur Diskussion gegeben werden. Arbeitskreise sollten aus zeitlichen Gründen wegen der Wahlen nicht durchgeführt werden. Nach den Referaten sollten Entschließungsanträge diskutiert und verabschiedet werden.

DÖRINKEL, Dr. STARKE, MÜLLER-LINK und GLAHN halten es für notwendig, daß sich der Parteitag mit Fragen der Konjunktur und Geldentwertung beschäftigt, da dieses Thema z. Zt. in der Öffentlichkeit stark diskutiert werde.

Dr. DEHLER, ACHENBACH, Frau Dr. ILK und Dr. STARKE halten die Einrichtung von Arbeitskreisen für unbedingt erforderlich.

Unterbrechung der Bundesvorstandssitzung um 18.20 Uhr.

---

20 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ab 14. 11. 1961).
21 Vom 1. bis 3. 6. 1964.

## 48 b.

## 11. 4. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: siehe Nr. 48 a. 8.10 Uhr–9.45 Uhr.**

Anwesend am 11. 4. 1964

Mitglieder des Bundesvorstandes: Borttscheller, Thomas Dehler, Ehrich, Eisenmann, Erbe, Glahn, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohl, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Simonis, Starke, Weyer.[1]

Vertreter der Nachwuchsorganisationen: Kastenmeyer (DJD), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Haferland, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Dahlmeyer, Gerber.

[FORTSETZUNG DER BERATUNGEN]

HOPPE stellt fest, daß die Probleme der Passierscheinregelung im Plenum zerredet werden würden, wenn es keinen dafür zuständigen Arbeitskreis geben würde. Er gibt zu bedenken, ob der entsprechende Arbeitskreis ggf. unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen sollte.

Dr. DEHLER: Auf dem Bundesparteitag werden die Ämter der Partei neu besetzt. Der 1. Teil des Parteitages sollte sich daher mit der Rechenschaftslegung beschäftigen. Der 2. Teil sollte sich mit Fragen der zukünftigen Entwicklung beschäftigen, die durch Arbeit der Arbeitskreise fundiert werden würden. Der Parteitag sei kein Seminar. Folgende Arbeitskreise sollten konstituiert werden:

Europa- und Außenpolitik

Konjunktur- und Wirtschaftspolitik

Kulturpolitik.

Dr. MENDE schlägt vor, daß die Berichte des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden am Montag gehalten und nachmittags diskutiert werden. Dienstag sollten die Arbeitskreise tagen. Mittwoch werden die Berichte aus den Arbeitskreisen, die Anträge und Entschließungen in der Diskussion des Plenums behandelt, während nachmittags die Neuwahlen anzusetzen seien. Mittwoch um 19.00 Uhr soll dann die Pressekonferenz durchgeführt werden.

Beschluß:

Der Bundesvorstand beschließt mit 9:7 Stimmen, daß auf dem Bundesparteitag Arbeitskreise eingerichtet werden. Die Arbeitskreise werden öffentlich tagen. Folgende Arbeitskreise sind einzuberufen:

---

1 Entschuldigungen sind nicht vermerkt.

| | |
|---|---|
| Arbeitskreis I | Außen- und Deutschlandpolitik<br>Vorsitzender: Dr. Erich *Mende*<br>Referent: Dr. *Achenbach*<br>Referent: Robert *Margulies* |
| Arbeitskreis II | Die genaue Bezeichnung des Arbeitskreises II soll durch *Moersch, Genscher* und Dr. *Friderichs* noch festgelegt werden. Im Arbeitskreis II sind die Themen Einkommen, Eigentum und Währung zu behandeln.<br>Vorsitzender: Willi *Weyer*<br>Referent: Dr. Heinz *Starke*<br>Referent: Wolfgang *Mischnick* |
| Arbeitskreis III | Bildungspolitik<br>Vorsitzender: Hans *Lenz*<br>Referent: Prof. Dr. Walter *Erbe*<br>Referent: Hildegard *Hamm-Brücher*. |

Die Agrarpolitik mit den EWG-Aspekten soll im Referat von *Margulies* behandelt werden. Der Bundesvorstand wird evtl. Beschlüsse zur Einrichtung von Arbeitskreisen Agrarpolitik und Verkehrspolitik aus diesem Grunde zurückweisen.

Im Plenum des Bundesparteitages werden Rechenschaftsberichte von Dr. *Mende* und von *Kühlmann-Stumm* gegeben werden, nach denen auch eine offene Aussprache durchgeführt werden soll.

Die Arbeitskreise werden am Dienstag, den 2. Juni 1964 tagen. Am Mittwoch, den 3. Juni werden die Berichte aus den Arbeitsgruppen, die Anträge und Entschließungen in der Diskussion des Plenums behandelt.

Für 15.00 Uhr sind die Neuwahlen anzusetzen.

Um 19.00 Uhr soll die Pressekonferenz durchgeführt werden.

Der Bundesparteitag wird unter dem Motto stehen:

„Ohne Freiheit keine Zukunft"

Die nächste Bundesvorstandssitzung soll am Montag, dem

27. April 1964, 11.00 Uhr

im Landtagsgebäude in Stuttgart durchgeführt werden.[2]

2 Am Tag nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg.

## 49.

## 27. 4. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 27. April 1964 in Stuttgart, Landtag." 11.20 Uhr–14.45 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Borm, Bucher, Erbe, Glahn, Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kastenmeyer (DJD), Eduard Leuze, Maier, Mende, Mischnick, Scheel, Strizek (LSD), Weyer, Zoglmann (i. V. für Frhr. von Kühlmann-Stumm).[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Gerber, Moersch, Stoltz.

Gäste: Gutscher, Hummel, Mertes.

1. BERICHT ÜBER DIE LANDTAGSWAHLEN UND DAS WAHLERGEBNIS IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Dr. HAUSSMANN berichtet über die Landtagswahlen und das Wahlerergebnis.[2]

Beschluß 1

Im Auftrage des Bundesvorstandes wird Dr. *Mende* dem Leiter der ARD den Sachverhalt darlegen und gegen die Art und Form der Darstellung der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg protestieren und das illoyale Verhalten gegenüber dem ZDF kritisieren.

Beschluß 2

Der Parteivorsitzende wird auf dem Bundesparteitag[3] nicht einen Rechenschaftsbericht im strengen Sinne, sondern eine politische Rede halten, in der zugleich Rechenschaft gelegt wird. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise werden über den Bericht aus den Arbeitskreisen im strengen Sinne hinaus politische Aussagen machen.

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Borttscheller, Dahlgrün, Dörinkel, Eisenmann, Engelhard, Lenz, Leverenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Müller-Link, Rubin* sowie Thomas *Dehler* (nachträglich mitgeteilt durch Rundschreiben BV 27/64 vom 19. 5. 1964, ADL, Ordner Nr. 118).

2 Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. 4. 1964 (in %): CDU 46,2, SPD 37,3, FDP/DVP 13,1, GB/BHE 1,8, Sonstige 1,7. Die Liberalen erhielten wieder 14 Mandate, verloren aber 2,7 % der Stimmen. Es wurde erneut eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP/DVP gebildet. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 88 f. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 145.

3 Vom 1. bis 3. 6. 1964 in Duisburg.

2. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE, INSBESONDERE ZUR FRAGE DER KONTAKTE AUF KOMMUNALER EBENE AN DER ZONENGRENZE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über den Stand der Passierscheinverhandlungen[4] und die Frage der Kontakte auf kommunaler Ebene an der Zonengrenze.[5]

KASTENMEYER (DJD): Auf die Bitte von Dr. *Mende* sagt *Kastenmeyer* zu, den Antrag Nr. 5 der DJD auf dem Bundesjugendtag zur Zulassung der KPD[6] „herunterzuspielen" und sich dafür einzusetzen, daß der Antrag als Material der Fraktion und dem Bundesvorstand zugeleitet wird.

Beschluß 3

Dr. MENDE berichtet.

Es wird die anliegende Entschließung einstimmig verabschiedet.

[3. ERKLÄRUNGEN DR. DEHLERS IN RASTATT]

Beschluß 4

Nach eingehender Erörterung der Erklärungen Dr. *Dehlers* in Rastatt vom 22. April 1964 bedauert und mißbilligt der Bundesvorstand einstimmig diese Erklärungen Dr. *Dehlers*.[7] Der Bundesvorsitzende wird beauftragt, diesen Beschluß Dr. *Dehler* schriftlich mitzuteilen.

Dieser Beschluß soll nicht veröffentlicht werden.

Dr. MENDE erklärt, daß er im Namen der Bundesminister der FDP und des Bundesvorstandes die Erklärungen Dr. *Dehlers* von Rastatt vom 22. April 1964 zu Beginn der nächsten Kabinettssitzung bedauern wird.

4. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. FRIDERICHS berichtet über das Ergebnis des Farbtestes und die Bedenken gegen den Slogan „Ohne Freiheit keine Zukunft". Es wird für den Bundesparteitag folgender Slogan beschlossen: Freiheit – Zukunft – FDP.

Es sollen sowohl Plakate mit gelbem als auch mit blauem Grund verwendet werden.

---

4 Vgl. Nr. 47 Anm. 18.

5 Dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unter Leitung von Erich *Mende* oblag als eine spezielle Aufgabe die Zonenrand- und Grenzlandförderung. Vom 4. bis 6. 6. 1964 unternahm *Mende* seine erste Inspektionsreise in das Zonenrandgebiet. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 145 f.

6 Auf dem Bundesjugendtag 1964 der DJD vom 30. 4. bis 3. 5. 1964 in Coburg. Vgl. DJD-IFORMATIONEN März/April 1964, S. 1–4 (ADL).

7 *Dehler* hatte dem Bundeskanzler in Rastatt vorgeworfen, er habe die Regelung der Passierscheinfrage durch seine starre Haltung verhindert. Wenn *Erhard* fortfahre, die „senile Außenpolitik" *Adenauers* fortzusetzen, werde er die Zustimmung der FDP nicht erhalten. Auch habe *Erhard* das Parlament im Zusammenhang mit dem Röhrenembargo gegen die UdSSR „belogen und betrogen". So der NACHRICHTENSPIEGEL/INLAND I Nr. 94/64 vom 24. 4. 1964, S. 1 (BPA).

Eine Entscheidung darüber, ob und ggf. wie der Adler in den Plakaten erscheinen soll, bleibt *Genscher*[8] und Dr. *Friderichs*[9] nach Vorliegen der endgültigen Entwürfe vorbehalten.

5. PROTOKOLLFÜHRUNG FÜR SITZUNGEN DES BUNDESVORSTANDES UND DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN BUNDESVORSTANDES

Auf Vorschlag des Geschäftsführenden Bundesvorstandes beschließt der Bundesvorstand die Einführung von Beschlußprotokollen. Bei wichtigen Sitzungen sollen stenographische Protokolle angefertigt werden.

6. VERSCHIEDENES

BORM wird am 28. 4. Dr. *Mende* mitteilen, ob die Teilnahme des gesamtdeutschen Ministers an der Maifeier in Berlin zweckmäßig sei.[10]

ANLAGE

Entschließung

Der Bundesvorstand der FDP erörterte heute in Stuttgart nach einem Bericht des Landesvorsitzenden, Justizminister Dr. Wolfgang *Haußmann,* das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg.[11] Der Bundesvorstand dankte dem Landesverband Baden-Württemberg für seine sachliche und erfolgreiche Arbeit in den letzten vier Jahren. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in der jetzt beginnenden Legislaturperiode gelingen wird, durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Leistungen der FDP in der Landespolitik stärker sichtbar zu machen, als das in der Vergangenheit möglich war. Trotz des Stimmenrückgangs zeigten die guten Ergebnisse in einzelnen Wahlkreisen, daß die FDP im Lande Baden-Württemberg ein starkes Wählerreservoir habe.

In der anschließenden politischen Aussprache begrüßte Vizekanzler Dr. *Mende* die Forderung des amerikanischen Präsidenten nach einer Aktivierung der Deutschlandpolitik.[12] Die FDP – sagte Dr. *Mende* – sei fest entschlossen, in partnerschaftlicher Zuammenarbeit mit Bundeskanzler *Erhard* die Politik fortzusetzen, die mit dem Austausch von Handelsmissionen erfolgversprechend begonnen habe. Der gegenwärtige Tiefstand in den deutsch-sowjetischen Beziehungen[13] dürfe nicht die Augen vor den Möglichkeiten verschließen, die für eine aktive Deutschlandpolitik des Westens aufgrund der von der Bundesregierung dem Botschafterlenkungsausschuß vorgelegten Vorschläge gegeben seien.

---

8 Bundesgeschäftsführer und Fraktionsgeschäftsführer der FDP.

9 Stellv. Bundesgeschäftsführer.

10 Der Maifeiertag 1964 fiel auf einen Freitag; *Mende* nutzte das verlängerte Wochenende zu einer Atempause; „auch in der Politik." Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 139.

11 Siehe Anm. 2.

12 Diese Forderung ergab sich aus der ersten außenpolitischen Grundsatzerklärung *Johnsons* vom 20. 4. 1964. Vgl. AdG 1964, S. 11176 D.

13 Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die TASS-Erklärung vom 7. 3. 1964, die – so das Bulletin – aus argumentloser, ungezügelter Polemik, Geschichtsfälschungen und falschen Vorwürfen bestehe, die die militärische Stärke der UdSSR zu verschleiern suche und das Grundproblem der Beziehungen, nämlich die DDR-Frage, unzureichend behandele. Abgedr. in BULLETIN des BPA Nr. 61 vom 10. 4. 1964, S. 531 ff.

Wer sich von den unsachlichen Angriffen sowjetischer Presseorgane zur Resignation in der Deutschlandfrage verleiten lasse, stehe in der Gefahr, vor der sowjetischen Deutschlandpolitik zu kapitulieren.

Mit Nachdruck unterstützt der Bundesvorstand die Pläne des Bundesfinanzministers Dr. *Dahlgrün* für eine Senkung der Steuern für kleine und mittlere Einkommen[14]; diese soziale Maßnahme sei zugleich ein Beitrag zur Stabilerhaltung des Geldes. Der Bundesvorstand forderte die Bundestagsfraktion der FDP und die FDP-Bundesminister auf, Vorschläge für ein umfassendes konjunkturpolitisches Programm der Bundesregierung zu erarbeiten.

---

14 Bei der Vorlage des Bundeshaushalts für 1964 und des Nachtragshaushalts für 1963 hatte *Dahlgrün* (FDP) die Einbringung des Entwurfs eines Steueränderungsgesetzes 1964 angekündigt; dieses sollte neben der Bereinigung gewisser Unebenheiten im damaligen Einkommensteuertarif eine angemessene Entlastung der unteren und mittleren Einkommen erbringen. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 54, 105. Sitzung vom 7. 1. 1964, S. 4805 B.

## 50.

## 11. 5. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 11. Mai 1964 in Bonn, Bundeshaus." 15.10 Uhr–19.20 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Atzenroth, Dahlgrün, Thomas Dehler, Effertz, Glahn, Haas, Haußmann, Holl (DJD), Herta Ilk, Kaschke (i. V. von Borm), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Starke, Strizek (LSD), Weyer.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Haferland, Maurer, Moersch, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Ordemann, Zoglmann.

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE AUCH IN BEZUG AUF BADEN-WÜRTTEMBERG

Beschluß 5

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Anwesenheit von Dr. *Haußmann*[2] zurückgestellt.

---

1 Entschuldigt waren *Achenbach, Bucher, Dörinkel, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Graaff, Hoppe, Lenz, Leuze, Leverenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Scheel* und *Wolgast.*

2 Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg.

2. BRIEF DR. DEHLERS VOM 5. MAI 1964

Alle nicht dem Bundesvorstand angehörenden Personen, außer dem Bundesgeschäftsführer und seinem Stellvertreter, verlassen zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

Sodann wird über den Schriftwechsel und die ihm zugrunde liegenden Vorgänge[3] ausführlich diskutiert.

Ein Antrag, den Beschluß 4 des Bundesvorstandes vom 27. April 1964[4] aufzuheben, wird abgelehnt.

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE AUCH IN BEZUG AUF BADEN-WÜRTTEMBERG

Dr. HAUSSMANN berichtet über die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis und den Stand der Koalitionsverhandlungen mit der CDU in Baden-Württemberg.[5]

Beschluß 6

Auf Vorschlag von MÜLLER-LINK beschließt der Bundesvorstand, den Mitgliedern des Bundesvorstandes in Ergänzung der Wahlanalyse von *Moersch* eine ausführliche Wahlanalyse zukommen zu lassen.

3. BERICHT ÜBER DIE SITZUNGEN DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN BUNDESVORSTANDES

Dr. MENDE berichtet über die am 2., 23. und 30. April 1964 stattgefundenen Sitzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes.[6]

4. PARTEITAGSPRÄSIDIUM

Beschluß 7

Auf Vorschlag von Dr. MENDE beschließt der Bundesvorstand, daß *Rubin, Leverenz* und *Dahlgrün* das Parteitagspräsidium bilden.[7] Die Verteilung der Aufgaben übernimmt das Parteitagspräsidium selbst nach Vereinbarung.

---

3 Der Schriftwechsel betraf die Äußerungen *Dehlers* in Rastatt am 22. 4. 1964 (vgl. Nr. 49 Anm. 7) und umfaßte ein Schreiben *Mendes* an *Dehler* vom 4. 5. 1964, ein Antwortschreiben *Dehlers* an *Mende* vom 5. 5. 1964 sowie Abschriften von Kommentaren *Dehlers* in der Münchener „Abendzeitung" vom 19. 4. 1964 und im Nürnberger „Acht-Uhr-Blatt", ohne Datum. Dieser Schriftwechsel wurde den Mitgliedern des Bundesvorstandes mit Rundschreiben BV 24/64 vom 6. 5. 1964 zur Kenntnis gegeben. (ADL, Ordner Nr. 118).

4 Vgl. Nr. 49 TOP 3.

5 Vgl. Nr. 49 Anm. 2. Von den 9 Minister- und 1 Staatssekretärsposten erhielt die FDP/DVP drei Ministerposten (Justiz, Finanzen und Wirtschaft). 1960 hatte die FDP ebenfalls drei Ministerposten erhalten, aber auch den stellv. Ministerpräsidenten gestellt.

6 In der Sitzung vom 13. 3. 1964 hatte der Bundesvorstand schon einmal einen Bericht über drei Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes entgegengenommen. Vgl. Nr. 47 TOP 1.

7 Anläßlich des Bundesparteitages vom 1. bis 3. 6. 1964 in Duisburg. *Rubin* war Bundesschatzmeister, *Leverenz* stellv. Bundesvorsitzender und *Dahlgrün* Bundesminister.

5. TEILNAHME VON DJD UND LSD AN SITZUNGEN DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

Beschluß 8

DJD und LSD wird es anheimgestellt, für die Bundesfachausschüsse[8] jeweils ein Mitglied zu benennen.

Voraussetzung ist, daß die Genannten Mitglieder der FDP sind. Die Namen der Benannten werden dem Geschäftsführenden Bundesvorstand vorgelegt.

6. BEHANDLUNG DER BESCHLÜSSE DES KULTURPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES DER FDP VOM 7./8. FEBRUAR 1964 IN HEIDELBERG

Die Behandlung der Beschlüsse des Kulturpolitischen Bundesausschusses vom 7./8. Februar 1964 in Heidelberg wird von der Tagesordnung abgesetzt, da kein Vertreter des Kulturpolitischen Bundesausschusses anwesend ist, um die Beschlüsse vorzutragen und zu begründen.

7. VERSCHIEDENES

Beschluß 9

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am

Donnerstag, den 28. Mai 1964, 14.30 Uhr

in Bonn stattfinden.[9]

Diese Bundesvorstandssitzung soll ausschließlich der Vorbereitung des Bundesparteitages dienen. Die Referenten des Bundesparteitages tragen auf dieser Sitzung die Grundzüge ihrer Referate vor.

---

8 Vgl. das Verzeichnis der Fachausschüsse in Nr. 28 Anlage.
9 Vgl. Nr. 51.

## 51.

## 28. 5. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 28. Mai 1964 in Bonn, Bundeshaus." 14.40 Uhr–19.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Thomas Dehler, Effertz, Haas, Holl (DJD), Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Scheel, Starke, Strizek (LSD), Weyer.[1]

---

1 Enschuldigt waren *Atzenroth, Bucher, Dahlgrün, Dörinkel, Engelhard, Erbe, Haußmann, Hoppe,* Herta *Ilk, Kohl, Leverenz,* Marie-Elisabeth *Lüders* und *Wolgast.*

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Gerber, Haferland, Marx, Maurer, Moersch, Richter, Schollwer, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Wahl des Bundespräsidenten
2. Parteiengesetz, Parteienfinanzierung
3. Ablauf des Bundesparteitages.

1. WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Dr. MENDE berichtet über den Stand der Entwicklung in der Frage der Bundespräsidentenwahl.[2] Nach eingehender Diskussion wird beschlossen, in dem morgigen Gespräch mit der CDU/CSU um 9.30 Uhr und dem sich um 10.00 Uhr anschließenden Gespräch zwischen CDU/CSU, SPD und FDP gemäß der nachstehenden Erklärung zu verhandeln. Die Erklärung soll um 10.00 Uhr der Presse übergeben werden.

Beschluß 10

1. Der Bundesvorstand der FDP hält an seiner Auffassung fest, daß er der Fraktion der FDP in der Bundesversammlung 1964 nicht empfehlen wird, Bundespräsident Heinrich *Lübke* für eine zweite Wahlperiode zum Bundespräsidenten zu wählen.[3]
2. Der Bundesvorstand der FDP tritt nach wie vor dafür ein, daß der Bundespräsident mit einer möglichst breiten Mehrheit gewählt werden sollte.
3. Der Bundesvorstand der FDP ist nach wie vor bereit, jeden anderen Vorschlag der CDU für die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit eines Bundespräsidenten ernsthaft zu prüfen.
4. Wenn die CDU an ihrer Entscheidung festhält und Bundespräsident *Lübke* in der Bundesversammlung wiederum als Kandidaten der CDU in Vorschlag bringt, wird die FDP eine Persönlichkeit aus ihren Reihen für die Wahl zum Bundespräsidenten vorschlagen.[4]

Der Beschluß wird mit einer Enthaltung von *Haas* angenommen.

Beschluß 11

Die Fraktion der FDP zur Bundesversammlung wird am 30. Juni um 9.00 Uhr nach Berlin eingeladen.

---

2 Die Wahl des Bundespräsidenten fand am 1. 7. 1964 statt. Vgl. DIE BUNDESVERSAMMLUNGEN 1949–1979, 1984, S. 132 ff.
3 Zum Standpunkt der FDP vgl. Nr. 46 Anm. 6.
4 Die FDP schlug dann Bundesjustizminister Ewald *Bucher* als Kandidaten vor. Vgl. DIE BUNDESVERSAMMLUNGEN 1949–1979, 1984, S. 132, 147, 149.

2. PARTEIENGESETZ, PARTEIENFINANZIERUNG

RUBIN gibt einen Bericht über das Parteiengesetz und die Parteienfinanzierung[5] sowie die geplante Begrenzung der Wahlkampfausgaben unter den Parteien.

Beschluß 12

Auf Vorschlag von Dr. *Mende* bittet der Bundesvorstand *Rubin,* auf dem diesjährigen Bundesparteitag einen ausführlichen Finanzbericht mit Nennung von absoluten Zahlen zu erstatten sowie über Parteiengesetz und Parteienfinanzierung einschließlich der geplanten Begrenzung der Wahlkampfausgaben zu berichten.

3. ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. MENDE berichtet über den Stand der Vorbereitungen und den Ablauf des Bundesparteitages.[6]

Auf Anfrage von WEYER bestätigt Dr. HOLL, daß die DJD beabsichtigen, wiederum einen Parteitagsdienst mit politischer Diktion in eigener Verantwortung herauszugeben. *Holl* erklärt, er trage ausschließlich die Verantwortung, da ihm alle Artikel vor Veröffentlichung vorzulegen seien. Er verbürge sich mit seiner Person gegenüber dem Bundesvorstand dafür, daß der Parteitagsdienst der DJD der FDP keinen Schaden zufüge und keinerlei persönliche Auseinandersetzungen enthalte.

Beschluß 13

Unter den vorstehend aufgeführten Umständen ist der Bundesvorstand damit einverstanden, daß der Parteitagsdienst der DJD verteilt wird.

Beschluß 14

Eine endgültige Abstimmung unter den auf dem Bundesparteitag gehaltenen Referaten wird auf der kommenden Bundesvorstandssitzung am Sonntag vorgenommen.[7]

Beschluß 15

LDP-Redakteure sollen, wie seit dem 13. August 1961 üblich, nicht zur Teilnahme am Bundesparteitag eingeladen werden.

[4.] GUTACHTEN DES SATZUNGSAUSSCHUSSES

GENSCHER verliest das vom Geschäftsführenden Bundesvorstand angeforderte Gutachten des Satzungsausschusses der FDP zum Wahlrecht der Delegierten bei der Wahl der Beisitzer.[8]

Beschluß 16

---

5 Vgl. Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien, das u. a. die Finanzierung der Parteien regelt, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 94, Drucks. Nr. 2853 vom 17. 12. 1964.

6 15. Parteitag vom 1. bis 3. 6. 1964 in Duisburg.

7 Vgl. Nr. 52 TOP 2.

8 Nicht ermittelt. Gemäß § 19 Ziffer 1 g der Satzung der FDP i. d. F. vom 3. 7. 1963 gehörten dem Bundesvorstand 13 weitere Beisitzer an.

Der Bundesvorstand schließt sich dem Gutachten des Satzungsausschusses betreffend des Wahlrechts der Delegierten zur Wahl der Beisitzer und zur Stimmabgabe für die einzelnen Kandidaten an.

Hinsichtlich der Frage, ob Stimmzettel ungültig sind, auf denen nicht vorgeschlagene Kandidaten auch aufgeführt sind, neigt der Bundesvorstand nicht der Auffassung des Satzungsausschusses zu. Eine endgültige Beschlußfassung über diese Frage wird auf der Bundesvorstandssitzung am 31. Mai in Duisburg erfolgen.[9]

9 Vgl. Nr. 52 TOP „Wahl der 13 Beisitzer".

## 52.

## 31. 5. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 118. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 31. Mai 1964 in Duisburg[1], Duisburger Hof." 15.45 Uhr–20.15 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Arndt (i. V. von Glahn), Atzenroth, Borm, Borttscheller, Thomas Dehler, Effertz, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Graaff, Haas, Haußmann, Holl (DJD), Herta Ilk, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Moersch, Müller-Link, Rubin, Scheel, Simonis, Starke, Strizek (LSD), Weyer.[2]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Haferland, Marx, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Eggers, Lohmann, Margulies.

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Referate des Bundesparteitages
3. Anträge und Entschließungen zum Bundesparteitag
4. Verschiedenes

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE berichtet über das am vergangenen Freitag[3] mit der CDU/CSU und der SPD stattgefundene Gespräch über die Bundespräsidentenwahl. Nach einer eingehenden Diskussion stellt der Bundesvorstand fest, daß die

1 Ort des Parteitages vom 1. bis 3. 6. 1964.
2 Entschuldigt waren *Bucher*, *Dahlgrün*, *Hoppe* und *Maier*.
3 Am 29. 5. 1964.

Vier-Punkte-Erklärung der letzten Bundesvorstandssitzung zur Bundespräsidentenfrage[4] klar die Haltung der FDP auch für den dritten Wahlgang umreiße. Da die SPD einen eigenen Kandidaten bisher nicht benannt hat, könne sie der FDP keine den Spielraum einengenden Fragen aufzwingen.

2. REFERATE DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. ACHENBACH trägt die Grundzüge seines Referates vor.[5] Er ist damit einverstanden, das Wort „Friedenskonferenz" durch das Wort „Deutschlandkonferenz" zu ersetzen.

Beschluß 17

Unter dem Einverständnis von Dr. *Achenbach* werden *Rubin, Zoglmann* und *von Kühlmann-Stumm* mit Dr. *Achenbach* die endgültige Abstimmung seines Referates mit den anderen Referenten vornehmen.

Arbeitskreis II und Arbeitskreis III haben die Abstimmung der Referate bereits untereinander vorgenommen.

3. ANTRÄGE UND ENTSCHLIESSUNGEN

Beschluß 18

Auf Vorschlag von *Weyer* beschließt der Bundesvorstand, dem Bundesparteitag auf seiner morgigen Sitzung zunächst die Bearbeitung der Anträge in den Arbeitskreisen zu empfehlen, um sie dann unter dem vorgesehenen Tagesordnungspunkt im Plenum zu behandeln.

Folgende Anträge werden zur Behandlung in folgende Arbeitskreise verwiesen:

Antrag I[6] und III[7] gehen zur Behandlung in den Arbeitskreis II[8]

Antrag II[9] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I[10]

Antrag IV[11] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I

Antrag V[12] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I

---

4 Vgl. Nr. 51 TOP 1.

5 Vgl. *Achenbachs* Rede auf dem Bundesparteitag 1964 in: ADL, A 1/253 pag. 3-21.

6 Antrag I des LV Berlin vom 11. 5. 1964 bezweckte das Führen von Gesprächen zwischen FDP und Gewerkschaften auch auf Landes- und Kreisebene, Quellennachweis für die Anträge I–XV: ADL, A 1-247.

7 Antrag III des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die Diskussion zwischen FDP und Gewerkschaften, insbesondere der sozialpolitischen Vorstellungen, auf allen Ebenen.

8 Arbeitskreis II „Ohne Freiheit kein Eigentum" mit Referaten von *Starke* und *Mischnick* (ADL, A 1-255/256).

9 Antrag II des LV Berlin vom 11. 5. 1964 bezweckte Maßnahmen zur politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Stärkung der Stellung West-Berlins innerhalb der Bundesrepublik.

10 Arbeitskreis I „Europa – unsere Zukunft" mit Referat von *Margulies* (ADL, A 1-254).

11 Antrag IV des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die Ausarbeitung des Entwurfs eines Friedensvertrages durch die FDP entsprechend den „Grundrissen eines Friedensvertrages" der FDP vom 20. 3. 1959.

12 Antrag V des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte den Ausbau der Handelsvertretungen

Antrag VI[13] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I

Antrag VII[14] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis II

Antrag VIII[15] soll dem Bundesvorstand überwiesen werden

Antrag IX[16] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I

Antrag X[17] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis III[18]

Antrag XI[19] soll durch die Bundestagsfraktion behandelt werden

Antrag XII[20] und Antrag XV[21] sollen durch die Bundestagsfraktion mit Konsultation der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz behandelt werden

Antrag XIII[22] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis III

Antrag XIV[23] geht zur Behandlung in den Arbeitskreis I.

Beschluß 19

Zur Stellungnahme des Agrarpolitischen Bundesausschusses beschließt der Bundesvorstand auf Antrag von Dr. *Effertz,* dem Bundesparteitag die Annahme der Stellungnahme zu empfehlen. Herr Dr. *Effertz* sagt zu, mit dem Landesverband Hamburg die Stellungnahme noch zu behandeln.

Beschluß 20

---

in den Ländern Osteuropas zu Botschaften und die Verstärkung des Kulturaustausches mit diesen Ländern.

13 Antrag VI des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte eine Verbesserung der Informationstätigkeit der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik durch Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

14 Antrag VII des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die rasche Durchführung einer Sozialenquete, die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse und, darauf aufbauend, den Beginn der Vorarbeiten zu einem Sozialgesetzbuch.

15 Antrag VIII des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die Inangriffnahme einer Justizreform und einer Strafrechtsreform im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der FDP.

16 Antrag IX des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte direkte Verhandlungen mit den Vier Mächten und mit den europäischen Nachbarstaaten über Deutschland, die Einberufung einer ständigen Deutschlandkonferenz zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages sowie den Ausbau der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas.

17 Antrag X des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die stärkere Heranziehung der Medien mit dem Ziel, die Bevölkerung in der Bundesrepublik über den Kommunismus und die Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang über die Bundesrepublik zu informieren.

18 Arbeitskreis III „Ohne Freiheit keine Bildung" mit Referaten von *Erbe* und Frau *Hamm-Brücher* (ADL, A 1-257 u. 258).

19 Antrag XI des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die Förderung des zivilen Flugzeugbaus in der Bundesrepublik durch Bund und Länder.

20 Antrag XII des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte die Ausdehnung des steuerlichen Vorteils für den motorisierten individuellen Berufszubringerverkehr auf alle Berufstätigen unabhängig von der Art ihrer Beförderung.

21 Antrag XV des LV Bremen vom 27. 5. 1964 bezweckte die steuerliche Gleichbehandlung der Benutzer von eigenen Kraftfahrzeugen und der Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel.

22 Antrag XIII des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte den Ausbau des gesamten berufsbildenden Schulwesens in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

23 Antrag XIV des LV Hamburg vom 11. 5. 1964 bezweckte den Austausch von Zeitungen und Zeitschriften zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Zur Entschließung des Unterausschusses Raumordnung wird der Bundesvorstand dem Bundesparteitag empfehlen, diese Entschließung dem Arbeitskreis II zur Behandlung vorzulegen.

Beschluß 21

Dem Bundesvorstand wird eine Abschrift des Bundesausschusses Öffentlicher Dienst vorgelegt, in dem der Ausschuß seine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Kulturpolitischen Ausschusses vom 7./8. Februar 1964 betreffend Lehrerbezahlung[24] bekanntgibt.

Der Bundesvorstand beschließt, die Stellungnahme des Ausschusses Öffentlicher Dienst zusammen mit der des Kulturpolitischen Bundesausschusses auf einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.[25] Dem Ausschuß Öffentlicher Dienst soll mitgeteilt werden, daß sich die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden in München bereits mit diesem Thema befaßt hat.

4. VERSCHIEDENES

Der Bundesvorstand nimmt die Erklärung von LENZ entgegen, daß er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidieren werde.

Für das Amt des Bundesvorsitzenden wird VON KÜHLMANN-STUMM Herrn Dr. *Mende* vorschlagen. Zum Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden soll im ersten Wahlgang *Weyer* durch *Bucher* vorgeschlagen werden.

Zum Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden soll *Leverenz* im zweiten Wahlgang durch *Engelhard* vorgeschlagen werden. Zum Amt des stellvertretenden Vorsitzenden soll *Bucher* wahrscheinlich durch ein Mitglied des Landesverbandes Baden-Württemberg im dritten Wahlgang vorgeschlagen werden.

Als Bundesschatzmeister wird Dr. *Mende* Herrn *Rubin* vorschlagen.

WAHL DER 13 BEISITZER

Der Bundesvorstand beschließt, daß abgegebene Stimmzettel, auf denen auch nicht vorgeschlagene Kandidaten genannt sind, nicht ungültig sind. Lediglich die Stimme für den nicht vorgeschlagenen Kandidaten ist ungültig.

Zur Nominierung der 13 Beisitzer für den Bundesvorstand[26] geben die Landesverbände ihre Kandidaten bekannt:

| | |
|---|---|
| Nordrhein-Westfalen: | Frau *Funcke* |
| | Dr. *Achenbach* |
| | *Zoglmann* |

24 Der „Beschluß" vom 7./8. 2. 1964 betraf den Wunsch nach einer angemessenen Berücksichtigung der Kultur- und Bildungspolitik im Bundestagswahlkampf 1965; die „Empfehlungen" vom 7./8. 2. 1964 enthielten Vorschläge für die Lehrerbesoldung (HStASt, Q 1/22, Bü 798, NL Haußmann).

25 Vgl. Nr. 54 TOP 4.

26 Vgl. Nr. 51 mit Anm. 8.

| | |
|---|---|
| Baden-Württemberg: | Dr. *Leuze*<br>Prof. Dr. *Erbe* |
| Bayern: | Dr. *Dehler*<br>Frau Dr. *Ilk* |
| Berlin: | *Hoppe* |
| Hamburg: | *Müller-Link* |
| Hessen: | Dr. *Dörinkel*<br>*Mischnick* |
| Niedersachsen: | *Eilers* |
| Rheinland-Pfalz: | Dr. *Atzenroth* |
| Saar: | *Wedel* |
| Schleswig-Holstein: | Dr. *Imle*<br>*Peters* |

Außerdem werden Nordrhein-Westfalen Dr. *Starke* und die Jungdemokraten *Kastenmeyer* vorschlagen.

Die Wahlen werden durch den Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses geleitet.

## 53 a.

## 30. 6. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, A 2/89. Rundschreiben Zu BV 29/64 vom 24. 6. 1964. Verteiler: Mitglieder des Bundesvorstandes, Landesverbände z. K., LSD- und DJD-Vorsitzender, Abteilungen und Referate im Hause z. K. – F. d. R. Friderichs.**

An die Zu BV 29/64
Mitglieder des Bundesvorstandes
Liebe Parteifreunde!

Die Einladung zur konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes am 30. Juni 1964, 15.00 Uhr, wird wie folgt ergänzt:

TAGESORDNUNG:

1. Konstituierung des Bundesvorstandes
2. Vorbereitung der Bundesversammlung

Die Sitzung des Bundesvorstandes findet statt im Fraktionssitzungssaal der FDP in der Bundesversammlung 1964, Berlin, Allee am Funkturm, Westseite des Gebäudes – Palais schließt an die Ostpreußenhalle an –.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr gez. Dr. Erich *Mende*

## 53 b.

## 30. 6. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 119. Vorsitz: Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der Sitzung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung am 30. 6. 1964." 15.10 Uhr–15.50 Uhr.**

Teilnehmer: Von den 104 FDP-Mitgliedern der Bundesversammlung sind 101 anwesend.

I. VORBEREITUNG DER BUNDESVERSAMMLUNG

Dr. MENDE: Von seiten der Bundestagsfraktion, deren Mitglieder bei der Wahl zum Bundespräsidenten nicht vertreten werden können, sind entschuldigt: Dr. *Aschoff*, Dr. *Hellige*, *Rademacher*.

Am heutigen Tage findet um 20 Uhr ein Empfang für die Mitglieder der Bundesversammlung und ihre Angehörigen sowie für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin statt.

Um 23 Uhr treffen sich einige Herren zu einem Gespräch mit der Filmwirtschaft im Hotel „Berlin".

Am 1. Juli 1964 findet um 9 Uhr ein Gespräch mit *Brandt* in Anwesenheit von Dr. *Dahlgrün* und *Hoppe* statt. Um 11 Uhr beginnt dann die Bundesversammlung.

Dr. MENDE begrüßt, daß die Bundesversammlung wieder wie 1954 auf Antrag von Frau Dr. *Lüders* und Prof. *Reif* in Berlin zusammentritt. Auch der Bundestag sollte in Zukunft hier wieder öfter zusammentreten. Berlin ist auch der richtige Ort zu einer Absage an einen Parlamentsausbau in Bonn. Eine entsprechende Presseerklärung wurde vorbereitet (siehe Anlage).[1]

Dr. MENDE berichtet nunmehr über die vorbereitenden Gespräche zur Bundespräsidentenwahl. Im Januar fand ein erstes Gespräch mit der CDU über die Wiederwahl von Dr. *Lübke* statt, bei dem die FDP-Vertreter Dr. *Mende* und *von Kühlmann* Bedenken gegen eine Wiederwahl äußerten und einen Gemeinschaftskandidaten empfohlen haben.[2] Auch mit der SPD kam es zu einem Gespräch, bei dem zusätzlich *Weyer* anwesend war.[3] Hier wurden ebenfalls Bedenken gegen die Wiederwahl Dr. *Lübkes* erhoben. Als Gemeinschaftskandidaten wurden *Kiesinger*, *Furler*, *Gerstenmaier* und *von Weizsäcker*[4] genannt. Im April fand dann ein gemeinsames Gespräch statt.

---

1 Nicht ermittelt.
2 Gespräch vom 21. 1. 1964. Vgl. Nr. 46 TOP 1 I a. Zu den Gründen für die Vorbehalte der FDP gegen *Lübke* vgl. Nr. 46 Anm. 6.
3 Gespräch vom 5. 2. 1964. Vgl. Nr. 46 TOP 1 I b.
4 Carl-Friedrich *von Weizsäcker*.

Am 28. Mai sprach sich der Bundesvorstand für die Nominierung von Dr. *Bucher* aus. Am 29. Mai fand ein Gespräch mit *Adenauer, Barzel, Erler, Wehner* und *Brandt* statt, an dem von seiten der FDP wiederum Dr. *Mende, von Kühlmann-Stumm* und *Weyer* teilnahmen.

*Wehner* meinte, daß eine Stimmabgabe für Dr. *Bucher* zur Wahl Dr. *Krones* führen würde. Das beruht aber auf einer Fehlinterpretation. Auch die Behauptung der SPD, daß die FDP Dr. *Bucher* zurückzieht, wenn ein anderer Kandidat von der CDU benannt wird, ist falsch und wurde weder von Dr. *Mende* noch von *von Kühlmann* noch von *Weyer* abgegeben.

Der Parteitag in Duisburg[5] hat sich ebenfall für die Wahl Dr. *Buchers* ausgesprochen. Am 19. 6. 64 wurde von der FDP bestätigt, daß wir an Dr. *Bucher* festhalten.

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung muß jetzt noch formell die Nominierung Dr. *Buchers* beschließen.

Dr. MENDE stellt den Antrag, Dr. *Bucher* dem Präsidenten der Bundesversammlung als Kandidaten der FDP zu melden und stellt die einstimmige Zustimmung der Fraktion fest.

Weiterhin wird festgestellt, daß weitere Vorschläge nicht gemacht werden. Von den 104 FDP-Mitgliedern der Bundesversammlung sind 101 anwesend. Das muß die Mindeststimmenzahl für Dr. *Bucher* sein. Es müßte aber auch eine höhere Zahl erreichbar sein.

GENSCHER: Er verliest den Entwurf einer Presseerklärung (siehe Anlage).[6]

Es kommt vor allem darauf an, daß der Eindruck beseitigt wird, daß die FDP Dr. *Bucher* zurückzieht, wenn er von der SPD unterstützt wird.

Dr. MENDE: Er stellt die Zustimmung zu der vorbereitenden Erklärung fest, nachdem einige redaktionelle Änderungen vorgenommen wurden.

Dr. MIESSNER: Er hat gehört, daß die SPD so argumentiert, daß Dr. *Bucher* nach dem zweiten Wahlgang zurückgezogen wird, wenn Dr. *Lübke* zurückgezogen wird.

Dr. MENDE: Er verweist auf das Kommuniqué vom 29. 5. 64.[7]

WEYER: Die Ausführungen Dr. *Miessners* beruhen auf einer von *Wehner* erfundenen Meldung. Wir sollten sagen, daß wir 101 Stimmen für Dr. *Bucher* bringen und uns auf keine Spekulationen über eine höhere Stimmenzahl einlassen.

MISCHNICK: Als Dr. *Bucher* nominiert wurde, hatten sich die anderen Parteien noch nicht festgelegt, deshalb konnten wir damals noch nicht sagen, daß wir in allen Wahlgängen an Dr. *Bucher* festhalten.

---

5 15. Bundesparteitag vom 1. bis 3. 6. 1964.
6 Siehe Anlage.
7 In fdk und fdk (T) nicht ermittelt.

Dr. BUCHER: Aus seiner Unterredung mit *Paul*[8], die auch der „Spiegel" gebracht hat[9], ging hervor, daß der FDP-Kandidat nicht zurückgezogen wird, wenn ihn die SPD wählt. *Paul* hat den Inhalt dieser Unterredung sofort den SPD-Gremien mitgeteilt.

KOHL: Für die SPD stellt sich die Frage, ob sie die Wahl *Lübkes* empfiehlt oder einen eigenen Kandidaten aufstellt.[10] Alles andere sind taktische Finessen von seiten der SPD.

GENSCHER: Als Dr. *Bucher* nominiert wurde, stellte diese Nominierung einen Fortschritt dar, denn bis dahin wurde in der Partei noch das Für und Wider einer Wahl von *Lübke* diskutiert.

SCHULTZ: Er empfiehlt, die Diskussion abzuschließen, um auch nach außen den Eindruck der Geschlossenheit zu vermitteln.

Dr. MENDE: Er stellt fest, daß zu diesem Punkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

## II. KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES

Dr. MENDE: Der neugewählte Bundesvorstand sollte jetzt konstituiert werden, damit man nicht eine besondere Sitzung zu diesem Zweck anberaumen muß.

Er stellt hiermit die Konstituierung fest.[11]

## III. VERSCHIEDENES

GENSCHER: Er verliest den Wortlaut einer Erklärung, in der das Recht des Bundestages, in Berlin zu tagen, bekräftigt und der Ausbau des Reichstages gefordert wird (siehe Anlage).[12] Die Baupläne in Bonn werden dagegen abgelehnt.

Dr. MENNE: Man sollte doch auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in Bonn hinweisen.

ZOGLMANN: Um keine Unruhe hier aufkommen zu lassen, sollte man das hier weglassen.

---

8 Ernst *Paul* (Württemberg) (SPD).

9 „Bundespräsidentenwahl. Blumen für die CDU", in: DER SPIEGEL Nr. 25 vom 17. 6. 1964, S. 22 ff.

10 Die SPD stellte keinen eigenen Kandidaten auf. *Lübke* wurde am 1. 7. 1964 im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Vgl. DIE BUNDESVERSAMMLUNGEN 1949–1979, 1984, S. 147 ff.

11 Vgl. die Übersicht mit den Namen des Vorsitzenden, der drei Stellvertreter, des Schatzmeisters und der 13 Beisitzer auf S. LXXI f.

12 Siehe Anm. 1.

ANLAGE

fdk Nr. 81/64 Bonn-Bundeshaus, den 1. Juli 1964

ERKLÄRUNG ZUR WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Berlin. (fdk) Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat ihrem Kandidaten, Dr. Ewald *Bucher*, die Stimme gegeben. Das Ergebnis der Wahl rechtfertigt den Duisburger Beschluß der Freien Demokratischen Partei, einen eigenen Kandidaten zu nominieren und damit entsprechend den Spielregeln der Demokratie eine Wahl zwischen mehreren Bewerbern für das höchste Staatsamt zu ermöglichen.

Die Wiederwahl von Dr. Heinrich *Lübke* war nach den längst getroffenen Entscheidungen der SPD-Führungsgremien nicht mehr zweifelhaft. Die FDP beglückwünscht den im Amt bestätigten Bundespräsidenten. Die Freie Demokratische Partei respektiert die von der Mehrheit der Bundesversammlung getroffene Entscheidung. Sie wird, genau wie in der Vergangenheit, den Bundespräsidenten bei der Ausübung seines Amtes als Repräsentant des ganzen deutschen Volkes und Vertreters des demokratischen Deutschland unterstützen.

## 54.

## 17. 9. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 119. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. September 1964 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Sitzungssaal." 10.15 Uhr–16.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Atzenroth, Borm, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich, Eilers, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Liselotte Funcke, Glahn, Graaff, Haas, Hildegard Hamm-Brücher, Holl (DJD), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Gerber, Haferland, Höttler, Hilde Kappus, Kirchhoff, Richter, Schollwer.

Gäste: Ordemann, Sander.

TAGESORDNUNG

1. Aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik
2. Förderungsmaßnahmen für Zonenrandgebiete
3. Münchener Abkommen

1 Enschuldigt waren *Haußmann, Müller-Link, Rubin, Scheel, Strizek* (LSD) und *Wedel.*

4. Kulturpolitik
5. Parteiengesetz
6. Liberale Studentenzeitung
7. Nord-Süd-Kanal
8. Verschiedenes

Dr. FRIDERICHS teilt mit, daß der Bundesvorsitzende des LSD, Herr *Strizek,* sich für die Sitzung entschuldigt hat. Als Vertreter für Herrn *Strizek* hat der LSD Herrn *Schiller,* den Vorsitzenden von NRW, benannt. Der Bundesvorstand stellt dazu fest, daß die Einladung an den Bundesvorsitzenden des LSD ad personam ergeht. Der Bundesvorstand sieht sich nicht in der Lage, die Teilnahme von Herrn *Schiller* zu ermöglichen. Punkt 6 der Tagesordnung (Liberale Studentenzeitung) wird dem Geschäftsführenden Bundesvorstand zur Vorberatung überwiesen.

1. AKTUELLE FRAGEN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

Dr. MENDE gibt einen Bericht über

a) den Stand der Passierscheinverhandlungen[2],
b) die Bemühungen um eine Koordinierung der innerdeutschen Kontakte[3] und
c) über die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses (insbesondere *Chruschtschow*-Besuch).[4]

Im Bundesvorstand herrscht Übereinstimmung über die sachlichen Voraussetzungen einer verbesserten Passierscheinregelung. Die Diskussion, in der auch die Äußerung von Bundeskanzler *Erhard* auf einer Essener CDU-Veranstaltung vom 15. 9. behandelt wird, geht vornehmlich auf die taktische Weiterbehandlung der Passierscheinfrage gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU und gegenüber der SPD ein.

Zum Vorwurf von Bundeskanzler *Erhard,* zwei Parteien seien in der Passierscheinfrage zur Kapitulation bereit gewesen[5], teilt Dr. MENDE dem Vorstand

2 Vgl. Nr. 47 Anm. 11 und 18.

3 *Mende* hatte auf dem Landesparteitag der FDP in Berlin am 12./13. 9. 1964 seinen Anspruch erneuert, als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen federführend für die Koordinierung aller Kontakte mit der Sowjetischen Besatzungszone zu sein. Vgl. NACHRICHTENSPIEGEL/INLAND I, Nr. 211/64 vom 14. 9. 1964, S. 1 (BPA).

4 *Chruschtschow hatte durch Botschafter Smirnow* in Bonn Anfang September 1964 seine Bereitschaft erklären lassen, den Bundeskanzler in Bonn zu politischen Gesprächen zu besuchen. Damit antwortete der Ministerpräsident der UdSSR *Erhard,* der seinerseits Ende Juli 1964 seine Bereitschaft zu einem Gespräch mit *Chruschtschow* bekanntgegeben hatte. Vgl. FAZ Nr. 205 vom 4. 9. 1964, S. 1.

5 *Erhard* hatte sich am 15. 9. 1964 dahingehend geäußert, daß noch Verbesserungen in der Passierscheinfrage notwendig seien und daß noch nicht alles endgültig geregelt sei. Er hatte es als nicht zweckmäßig bezeichnet, daß „zwei Parteien zur Kapitulation bereit" gewesen seien. Vgl. NACHRICHTENSPIEGEL/INLAND I Nr. 213/64 vom 16. 9 1964, S. 1 und Nr. 214/64 vom 17. 9. 1964, S. 1 (BPA).

mit, daß der Bundeskanzler diese Erklärung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen habe.

Der Bundesvorstand nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und stellt fest:

„Die Behauptung des Bundeskanzlers, die Parteien seien sich in der Passierscheinfrage nicht einig, wurde wenige Stunden vor dem jüngsten Passierscheingespräch *Korber/Wendt,* das am Mittwoch, dem 16. September 1964, stattfand, abgegeben. In diesem Gespräch konnte der westliche Verhandlungsführer die gewünschten Änderungen nicht erreichen.[6]

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, *Freiherr von Kühlmann-Stumm,* hatte seinerseits vor Bekanntwerden des Gesprächsergebnisses von Mittwoch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Erklärung des Bundeskanzlers nicht zu einer Verschlechterung der westlichen Verhandlungsposition führen möge. Der Bundeskanzler habe mit seiner Erklärung eine schwere Verantwortung übernommen."

Im Hinblick auf die Bestrebungen um eine Koordinierung der innerdeutschen Kontakte erstattet Dr. MENDE einen Bericht über die seit der Sitzung des Bundesvorstandes am 10. April 1964 in Karlsruhe[7] unternommenen Schritte. Dr. MENDE bedauert die Publikationen der „Frankfurter Rundschau" vom August dieses Jahres.[8] Sie seien nur möglich auf Grund von Indiskretionen durch Mitglieder des Bundesvorstandes.

Der Bundesvorstand beschließt, daß ein Gespräch von Dr. *Mende* mit dem Leiter der innenpolitischen Redaktion der „Frankfurter Rundschau", Karl-Hermann *Flach,* geführt werden sollte. Gegebenenfalls sollte Herr *Rubin* hinzugezogen werden.

Der Bundesvorstand bekräftigt seine in Karlsruhe eingenommene Haltung, daß für eine Koordinierung der innerdeutschen Kontakte allein das Gesamtdeutsche Ministerium zuständig sein müsse. Das bedeute, daß das Gesamtdeutsche Ministerium an der Einleitung, Durchführung und am Abschluß aller Verhandlungen mit den Behörden der DDR mitverantwortlich beteiligt werden müsse. Der Bundesvorstand betrachtet eine bloße Unterrichtung des Ministeriums als unzureichend. Das Bundeskanzleramt steht über den Ressorts, könne deshalb auch keine Ressortaufgaben des Gesamtdeutschen Ministeriums wahrnehmen. Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers bleibe dadurch völlig unberührt.

---

6 Die 26. Begegnung der Unterhändler *Korber* und *Wendt* am 16. 9. 1964, die als entscheidend eingeschätzt worden war, hatte ohne einen Termin für weitere Passierscheingespräche geendet. Zum Echo in den Medien auf das negative Ergebnis vgl. NACHRICHTENSPIEGEL/INLAND I Nr. 214/64 vom 17. 9 1964, S. 1 (BPA).

7 Vgl. Nr. 48 a TOP 3 a und b.

8 Vgl. „Bonn ignorierte Kompromißchancen. Pankow war an Gesprächen über Kontaktstelle interessiert", in: FR Nr. 192 vom 20. 8. 1964, S. 1; „Spannungen in der Koalition. Rasner (CDU) gegen Kontaktstelle/FDP: Koordinierung nötig", in: FR Nr. 196 vom 25. 8. 1964, S. 1. Danach war von seiten der DDR im Frühjahr 1964 die Einrichtung einer ständigen Kontaktstelle für alle technischen Kontakte einschließlich der Passierscheinverhandlungen für Berlin vorgeschlagen worden, ohne daß die DDR dafür eine formelle Anerkennung durch die Bundesrepublik gefordert hatte.

Auf Antrag von Herrn *Borm* befaßt sich der Bundesvorstand mit den Äußerungen von Finanzsenator *Hoppe* auf dem außerordentlichen Landesparteitag der Berliner FDP[9] zum Verhältnis Berlins zur Bundesrepublik.

„Der Bundesvorstand unterstützt die Forderungen des Berliner Finanzsenators *Hoppe* nach einer weiteren Verstärkung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland, die u. a. in einer Verlegung von Bundesministerien nach Berlin, in der Abhaltung regelmäßiger Sitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin und in der Ausdehnung des Geltungsbereichs des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht auf das Land Berlin bestehen könnten. Der Bundesvorstand stellt in Übereinstimmung mit den Ausführungen von Senator *Hoppe* fest, daß durch diese Verstärkung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland, die zugleich eine Absage an *Ulbrichts* Dreistaatentheorie darstellt, in keiner Weise die Sicherheitsgarantien der drei Schutzmächte eingeschränkt oder auch nur berührt werden."[10]

Der Bundesvorstand bringt zum Ausdruck, daß mißverständliche Interpretationen der Ausführungen von Herrn *Hoppe* auf die Erklärungen von Herrn *von Hase*[11] zurückzuführen seien.

Der Bundesvorstand beschließt – angesichts wiederholter einseitiger Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Herrn *von Hase* – initiativ zu werden, um in Zukunft eine objektive Information sicherzustellen.

2. FÖRDERUNGSMASSNAHMEN FÜR ZONENRANDGEBIETE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die geplanten Förderungsmaßnahmen[12] und macht in diesem Zusammenhang auf sein Memorandum aufmerksam, das noch im September im Kabinett behandelt werden soll.[13] Außerdem würden Vorschläge im Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet.

Der Bundesvorstand beschließt, daß bezüglich der Förderungsmaßnahmen eine Koordinierung innerhalb der Partei zu erfolgen hat, um in Zukunft divergierende Entscheidungen zu verhindern. Eine Koordinierung muß insbesondere sichergestellt sein zwischen dem Gesamtdeutschen Ministerium, dem Bundesfinanzministerium und dem Arbeitskreis Zonenrandgebiete sowie mit den FDP-Ministerien der an den Zonenrand angrenzenden Bundesländer.

Auf Antrag von Herrn ENGELHARD wird Punkt 7 der Tagesordnung vorgezogen.

---

9 Am 12./13. 9. 1964. Siehe Anm. 3.

10 Finanzsenator *Hoppe* hatte eine stärkere Einbeziehung West-Berlins in die Bundesrepublik und einen Abbau der alliierten Rechte gefordert. Vgl. NACHRICHTENSPIEGEL/INLAND I Nr. 211 vom 14. 9. 1964, S. 2 (BPA).

11 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (ab 1. 7. 1962).

12 Vgl. Nr. 49 Anm. 5.

13 Das Bundeswirtschaftsministerium hatte in enger Fühlungnahme mit den beteiligten Ressorts eine Kabinettsvorlage zu den Förderungsmaßnahmen vorbereitet, über die noch im Laufe des Monats September das Bundeskabinett einen Beschluß fassen sollte. Vgl. BULLETIN des BPA Nr. 137 vom 8. 9, 1964, S. 1278.

7. NORD-SÜD-KANAL[14]

Der Bundesvorstand stellt fest, daß seine im Koalitionsabkommen des Jahres 1961 zum Bau des Kanals niedergelegte Auffassung[15] unverändert ist. Der Bundesvorstand begrüßt es, wenn in Kürze der notwendige Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Bund abgeschlossen wird.

3. MÜNCHENER ABKOMMEN

Der Bundesvorstand beschließt, dem Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion[16] die vorbereitende Diskussion des Münchener Abkommens[17] zu übertragen.

4. KULTURPOLITIK

Der Bundesvorstand nimmt einen Bericht von Frau Dr. HAMM-BRÜCHER über die Sitzung des Kulturpolitischen Bundesausschusses[18] entgegen:

„Der Bundesvorstand hält es im Hinblick auf das zwischen den Bundesländern bestehende Bildungsgefälle in allen Bereichen des Bildungswesens für unverantwortlich, daß bisher keine öffentliche Institution exakte Untersuchungen über die unterschiedlichen Bildungschancen in den einzelnen Bundesländern erarbeitet hat. Um so mehr begrüßt er es, daß Frau Dr. *Hamm-Brücher* die Initiative ergriffen und trotz erheblicher Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung den Bildungsstand analysiert hat.

Zur Verbesserung des Bildungswesens im gesamten Bundesgebiet drängt der Bundesvorstand neben zahlreichen notwendigen Einzelmaßnahmen im Bereiche der Schulen, der Hochschulen und der Erwachsenenbildung auf die sofortige Verwirklichung der folgenden Maßnahmen:

1.
Eine Bildungskommission im Rahmen des Wissenschaftsrates muß raschestens gebildet werden und ihre Arbeit aufnehmen.

2.
Es muß unverzüglich beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung eine für alle Bundesländer gemeinsame Bildungsplanung eingeleitet werden. Für eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern sind eigene Planungsabteilungen in den Kultusministerien und eine Verstärkung des Pla-

14 Vgl. „Information über den Nordsüdkanal" vom 14. 9. 1964, vervielf., 7 S. (ADL, Ordner 119).
15 Vgl. Nr. 35 Anm. 18.
16 Arbeitskreis I: Außenpolitik, Wehrpolitik und gesamtdeutsche Fragen.
17 Das Münchener Abkommen, am 29. 9. 1938 in München zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien abgeschlossener Vertrag, verfügte die Abtretung der überwiegend von deutsch sprechender Bevölkerung bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetenland) an das Deutsche Reich. Anläßlich des Besuchs *Chruschtschows* in der CSSR hatte der Präsident der CSSR und Erste Sekretär der KPC, *Novotny*, am 27. 8. 1964 die Bundesrepublik aufgefordert, das Münchener Abkommen für politisch und rechtlich ungültig zu erklären. Vgl. AdG 1964, S. 11411 G.
18 Am 11. 9. 1964; siehe unten.

nungsreferates bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister unerläßliche Voraussetzung.

3.
Die koordinierende Arbeit der Kultusministerkonferenz in enger Verbindung mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung ist zu intensivieren.

Die FDP ist bereit, mit allen aufgeschlossenen Kräften in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten, um die besten Bildungsmöglichkeiten für unsere heranwachsende Jugend zu gewährleisten."

Der Bundesvorstand erteilt dem Kulturpolitischen Bundesausschuß den Auftrag, bis zum Ende des Jahres 1964 eine breitangelegte bildungspolitische Konzeption vorzulegen. In dieser Konzeption soll die Bedeutung der Bildungspolitik für alle politischen Bereiche (Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Agrarpolitik etc. sowie die Staats- und Gesellschaftsordnung insgesamt) deutlich werden. Die bildungspolitische Konzeption soll so angelegt werden, daß sie Grundlage einer Wahlkampfführung sein kann, für die die Bildungspolitik ein Schwerpunkt ist.

Der Bundesvorstand billigt die Stellungnahmen des Kulturpolitischen Bundesausschusses vom 11. 9. 1964,

a) „zur Einrichtung einer Kommission für Bildungsfragen beim Wissenschaftsrat"[19]

b) „zu den Empfehlungen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zum Aufbau der Hauptschule."[20]

Der Bundesvorstand beschließt, die Einladung der SPD zum Bildungsgespräch anzunehmen.[21] Der Geschäftsführende Bundesvorstand soll die Teilnehmer für dieses Gespräch seitens der FDP bestimmen.

5. PARTEIENGESETZ

GENSCHER berichtet über die von Herrn *Rubin* geführten Verhandlungen zu § 8 des Parteiengesetzes.[22] Der Bundesvorstand billigt die Verhandlungsführung auf der Grundlage des vom Bundesverfassungsgericht ergangenen Urteils zur gleichen Behandlung der Parteien.[23] Er ist damit einverstanden, daß gegebenenfalls auch ein qualifizierter Schlüssel gefunden werden muß.

---

19 Vorlage in ADL, Ordner Nr. 119.
20 Vorlage in ADL, Ordner Nr. 119.
21 *Brandt* hatte in Bonn ein bildungspolitisches Sofortprogramm der SPD in 25 Punkten vorgelegt und die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP aufgefordert, in einem gemeinsamen Gremium über konkrete Schritte zur Überwindung des Bildungsnotstandes zu beraten. Vgl. die Erklärung der FDP dazu in fdk Nr. 152/64 (T) vom 18. 9. 1964.
22 Vgl. § 8 Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (CDU/CSU-FDP-Antrag) betr. Chancengleichheit, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 94, Drucks. Nr. 2853 vom 17. 12. 1964, S. 2.
23 Vgl. BVerfGE 6, S. 90 (Urteil vom 23. 1. 1957 betr. Gleichheit der Wettbewerbschancen).

8. VERSCHIEDENES

a) Der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der DJD, dessen Behandlung von Herrn Senator *Müller-Link* beantragt wird, wird vertagt, da Herr Senator *Müller-Link* nicht anwesend ist.

b) Der Bundesvorstand beschließt, den Sportbeirat unter dem Vorsitz von Herrn *Weyer* einzuberufen. Die Sitzung sollte möglichst so zeitig erfolgen, daß eine Erklärung vor dem voraussichtlichen Zusammentritt des Sportbeirats der SPD am 4. 11. 1964 veröffentlicht werden kann. Bei der Besetzung des Sportbeirats sollen die Vorsitzenden der Landessportbeiräte berücksichtigt werden.

c) Eine zum Besoldungsrecht im Öffentlichen Beirat von Herrn Ministerialdirektor *Weirauch* vorgelegt Entschließung wird vom Bundesvorstand an den Bundesausschuß „Öffentlicher Dienst" zur Beratung überwiesen.[24]

d) Dr. FRIDERICHS bringt eine Entschließung des Parteitages des LV Hamburg vom 8. Mai betreffend Ostkontakte zur Kenntnis.[25]

e) Der LV Hamburg teilt mit, daß der Inhaber des *Otto*-Versandhauses in die FDP eingetreten ist.[26]

f) Der Bundesvorstand überweist den Antrag des LV Hamburg, Konvente für Heimatvertriebene und Flüchtlinge zu bilden, zur Beratung an den Bundesausschuß für Heimatvertriebene und Flüchtlinge.[27]

g) ENGELHARD berichtet über die Bildung eines Diskussionskreises, um interessierte Unternehmer und Kaufleute an die FDP heranzuführen. Der Bundesvorstand beschließt, eine Kopie des diesbezüglichen Vorgangs den Landesvorsitzenden zuzuschicken.

---

24 Nicht ermittelt.
25 Nicht ermittelt.
26 Werner *Otto*. Vgl. Schreiben des LV Hamburg (E. *Sußmann*) vom 21. 7. 1964 an FDP-Bundesgeschäftsstelle Bonn (ADL, Ordner Nr. 119).
27 Nicht ermittelt.

## 55.

## 30. 10. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 119. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 30. Oktober 1964 in Bonn, Bundeshaus." 14.15 Uhr–19.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eilers, Eisenmann, Engelhard, Erbe, Liselotte Funcke, Haas, Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe,

Kohl, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Rubin, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Holl (DJD), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Gerber, Hetzel, Höttler, Hilde Kappus, Kirchhoff, Lafrenz, Maurer, Schollwer, Stoltz, Walper.

Gäste: Häusser, Ordemann.

TAGESORDNUNG

1. Vermögensbildung
2. Kurze Analyse der Kommunalwahlergebnisse
3. Bericht über die innen- und außenpolitische Lage
4. Parlamentsneubau in Bonn
5. Brief des Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, Dr. *Holl*, an die Mitglieder des Bundesvorstandes der FDP vom 16. Oktober 1964
6. Antrag Dr. Holl:
   a) Bildungs- und Kulturpolitik
   b) DJD-Beobachterdelegation auf dem Weltjugendforum in Moskau
7. Freie Demokratische Wohlfahrt e. V. Berlin
8. Auseinandersetzung mit dem Norddeutschen Rundfunk betr. Fernsehsendezeiten
9. Entschließungen des Bundesfrauenausschusses vom 29. September 1964
10. Verschiedenes

2. KURZE ANALYSE DER KOMMUNALWAHLERGEBNISSE

Dr. FRIDERICHS gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar.[2]

1. VERMÖGENSBILDUNG

Beschluß 1

Die von GENSCHER verlesene Erklärung zur Vermögensbildung wird mit einigen Änderungen angenommen.[3]

---

1 Enschuldigt waren *Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz,* Marie-Elisabeth *Lüders, Müller-Link, Saam, Scheel* und *Wedel.*

2 Wahlergebnisse in %: Nordrhein-Westfalen (27. 9. 1964): SPD 46,6, CDU 43,1; FDP 8,0. Niedersachsen (27. 9. 1964): SPD 43,2, CDU 37,5, FDP 9,2. Hessen (25. 10. 1964): SPD 51,7, CDU 28,9, FDP 11,1, GdP/BHE 5,6. Rheinland-Pfalz (25. 10. 1964): CDU 43,7, SPD 42,9, FDP 10,2. Saarland (25. 10. 1964): SPD 39,9, CDU 37,4, FDP (DPS) 9, SVP 7,1. Vgl. AdG 1964, S. 11452 C, 11499 D.

3 Abgedr. in fdk Nr. 183/64 (T) vom 23. 10. 1964, S. 1 f.

[10.] SPORTFÖRDERUNG

WEYER verliest eine 5-Punkte-Erklärung zur Förderung des deutschen Sportes, die bis auf einige Änderungen vom Bundesvorstand genehmigt wird.[4]

Beschluß 2

Der Bundesvorstand genehmigt die Umwandlung des Sportausschusses in einen Sportbeirat und ist mit der Nominierung *Weyers* zum Vorsitzenden und *Engelhards* und *Eisenmanns* zu gleichberechtigten Stellvertretern einverstanden.

Die Bundesgeschäftsstelle soll die Landesverbände bitten, namhafte Sportler, die der FDP angehören, für den Beirat zu nominieren.

3. BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die gesamtdeutsche und gesellschaftspolitische Situation.

Frau Dr. HAMM-BRÜCHER berichtet über ihre Reise in die UdSSR.[5]

Dr. HOLL (DJD) und STRIZEK (LSD) weisen auf das gute Presseecho in der Bundesrepublik hin, das die DJD-Beobachterdelegation auf dem Weltjugendforum in Moskau[6] gefunden hat.

Tagesordnungspunkt 6 b) hat sich damit erledigt.

Beschluß 3

Der Bundesvorstand fordert die Bundestagsfraktion auf, alle finanziellen Leistungen, die auf den Bundesfinanzminister in den nächsten 10 Jahren zukommen, zu katalogisieren, um dadurch entsprechende politische Entscheidungen der FDP besser aussondieren zu können.

Beschluß 4

Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion und den FDP-Ministern, gegen das 312-Mark-Gesetz[7] zu stimmen und stattdessen für einen Ausbau der Sparförderung[8] einzutreten.

Dieser Beschluß ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Er wurde einstimmig angenommen.

Beschluß 5

---

4 Abgedr. in fdk Nr. 193/64 (T) vom 30. 10. 1964, S. 1.

5 Frau *Hamm-Brücher* hatte im Oktober 1964 während einer 15tägigen Reise durch die UdSSR Bildungseinrichtungen besucht, jedoch keine offiziellen politischen Kontakte gehabt. Mitteilung von Dr. H. Hamm-Brücher vom 19. 9. 1990; H. HAMM-BRÜCHER, 1972, S. 12–44.

6 2. Weltjugendforum in Moskau vom 16.–23. 9. 1964. Vgl. Bericht in DJD-INFORMATIONEN November 1964, S. 1–8 (ADL).

7 1. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. 7. 1961 (BGBl. I, S. 909). Das Gesetz betraf u. a. die steuerliche Begünstigung der im Rahmen der 312-DM-Grenze liegenden Sparbeträge.

8 Zu den Bedenken der FDP gegen die Vorschläge der Vermögensbildung (u. a. 312-DM-Gesetz) und zu ihrer Anregung zum Ausbau der bestehenden Sparförderungssysteme (Anreiz durch Sparprämien und Bausparprämien) vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 56, 139. Sitzung vom 21. 10. 1964, S. 6981 C, 6982 A, 6984 B *(Starke)*.

Es soll geprüft werden, ob zu den Fragen der Eigentumsbildung ein FDP-Experte im *Wessel*-Gespräch[9] demnächst Stellung nehmen kann.

Beschluß 6

Die Anregung Frau Dr. *Hamm-Brüchers*, die Bundestagsfraktion aufzufordern, eine eigene Anfrage zur Bildungsplanung einzureichen, wird vom Bundesvorstand gebilligt.[10] Die Anfrage soll mit *Lenz*[11] abgestimmt werden.

Beschluß 7

Prof. Dr. *Erbe*, *Lenz*, Dr. *Hamm-Brücher* und Frau *Funcke* werden aufgefordert, eine Konzeption zur Bildungspolitik der FDP für die Bundestagswahl zu entwickeln.

4. PARLAMENTSNEUBAU IN BONN

Dr. FRIDERICHS verliest ein Schreiben des Landesverbandes Berlin, in dem die Gründe der Berliner FDP-Fraktion, wegen des Parlamentsneubaus in Bonn keine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus einzubringen, dargelegt werden.

Der Landesverband Berlin erklärt, daß er seine in diesem Schreiben dargelegte Auffassung überprüfen wird. HOPPE ist der Ansicht, daß eine Erklärung der Berliner FDP-Fraktion gegen den Parlamentsneubau in Bonn[12] nicht zu koalitionspolitischen Schwierigkeiten in Berlin führen dürfte.

5. BRIEF DES BUNDESVORSITZENDEN DER DEUTSCHEN JUNGDEMOKRATEN DR. HOLL AN DIE MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES DER FDP VOM 16. OKTOBER 1964

Dr. MENDE versichert, daß die FDP nicht plant, ihren Wahlkampf mit einer Bindung an den Kanzler einer anderen Partei zu führen. Um sich profilieren zu können, muß die FDP die manchmal in der Bundesregierung abweichenden Meinungen publizieren. Die FDP hat die Pflicht und das Recht, den Wahlkampf als eigenständige Partei zu führen.

Dr. HOLL teilt mit, daß sich mit dieser Erklärung Dr. *Mendes* sein Brief vom 16. Oktober 1964 erledigt habe.

Tagesordnungspunkt 6 entfällt.

7. FREIE DEMOKRATISCHE WOHLFAHRT e.V. BERLIN

Dieser Punkt wird bis zur nächsten Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes zurückgestellt.

---

9 Wahrscheinlich ein Pressegespräch mit dem Journalisten Kurt *Wessel* vom „Münchener Merkur". Vgl. Nr. 18 Anm. 376.

10 Vgl. Große Anfrage der FDP-Fraktion betr. Wissenschaftsplan zum Wissenschaftsbericht vom 9. 3. 1965, in: 4. BT ANLAGEN, Bd. 97, Drucks. Nr. 3168.

11 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung.

12 Zur Neubauplanung für das Parlament seit der 3. Wahlperiode vgl. D. SCHINDLER, ²1983, S. 994–1006.

Tagesordnungspunkt 8 entfällt.

9. ENTSCHLIESSUNGEN DES BUNDESFRAUENAUSSCHUSSES VOM 29. SEPTEMBER 1964

Beschluß 8

Der Bundesvorstand billigt die Entschließung 1 (I bis II) des Bundesfrauenausschusses.[13] Er lehnt eine Änderung von Art. 12 Abs. 3 des Grundgesetzes[14] ab und bittet die FDP-Fraktion, sich einer Änderung mit allem Nachdruck zu widersetzen. Die Entschließungen 2 bis 3 wurden nicht behandelt.

Tagesordnungspunkt 10 entfällt.

TERMIN DER NÄCHSTEN SITZUNG DES BUNDESVORSTANDES

Beschluß 9

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am 7. Dezember 1964, 10.00 Uhr, im Bundeshaus durchgeführt werden und auf Anregung von Dr. Holl (DJD) die bildungspolitischen Fragen behandeln.[15] Die Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes soll um eine Woche verschoben werden.

---

13 Vorlage in ADL, Ordner Nr. 119.

14 Art. 12 Abs. 3 GG betr. Verbot der Zwangsarbeit. Zur Verpflichtung von Frauen zu Dienstleistungen im Verteidigungsfall vgl. Art. 12 a GG, der durch die „Notstandsverfassung" 1968 neu in das GG eingefügt wurde.

15 Vgl. Nr. 56 TOP 2.

## 56.

## 7. 12. 1964: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 119. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Dezember 1964 in Bonn, Bundeshaus." 10.25 Uhr–17.45 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Bezold (i. V. von Klaus Dehler), Borm, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Effertz, Eisenmann, Engelhard, Liselotte Funcke, Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe, Kohl, Lenz, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Saam, Starke, Weyer.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Abetz (DJD) (i. V. von Holl), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Gerber, Haferland, Hetzel, Hilde Kappus, Lafrenz, Maurer, Schollwer.

Gäste: Dahlmeyer, Dorn, Ordemann, Hans-Udo Vogel.

---

1 Entschuldigt waren *Achenbach, Atzenroth, Borttscheller, Eilers, Erbe, von Kühlmann-Stumm,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Rubin, Simonis* und *Scheel.*

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Bildungspolitik
3. Evangelischer Gesprächskreis auf Landesebene – Frau Liselotte *Funcke* MdB –
4. Entwurf eines Parteiengesetzes
5. Entwurf einer Vereinbarung über die Begrenzung der Wahlkampfkosten
6. Entwurf einer Vereinbarung über die Führung des Wahlkampfes
   a) Entwurf eines Schiedsvertrages
7. Ablehnung der Vorschläge der Bundesregierung zur Förderung der Eigentumsbildung im Rahmen des Wohnungsbaues durch den Bundesrat am 21. 11. 1964
8. Verschiedenes

[1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE]

Beschluß 10

Der Bundesvorstand der FDP unterstützt Bundesfinanzminister Dr. *Dahlgrün,* den Bundeshaushalt 1965 auf 63,9 Mrd. DM zu begrenzen[2] und die Ausgaben der öffentlichen Hand einzudämmen, um die Währung stabil zu erhalten.

Beschluß 11

Der Bundesvorstand empfiehlt der Fraktion, mit der Fraktion der CDU/CSU noch Gespräche über die Person des neuen Wehrbeauftragten[3] zu führen und selber Vorschläge zu machen. Sollten jedoch CDU/CSU und SPD gemeinsam für *Hoogen* stimmen, so sollte auch die FDP-Fraktion zustimmen. Diese Frage soll zu keiner Koalitionsfrage gemacht werden.

Beschluß 12

Die Entschließung des Bundesausschusses Öffentlicher Dienst vom 2. Dezember 1964 wird zur Kenntnis genommen. Einer Veröffentlichung wird nur für den Punkt, der sich mit dem Weihnachtsgeld für Beamte befaßt, zugestimmt.[4]

Beschluß 13

Der Bundesvorstand empfiehlt der Fraktion, an ihrem Standpunkt gegen eine Verlängerung der Verjährungsfristen aus rechtspolitischen Gründen festzuhal-

---

2 Vgl. Gesetzentwurf über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1965, in: 4. BT Anlagen, Bd. 93, Drucks. Nr. 2500 vom 17. 8. 1964, S. 2–125.

3 Der Deutsche Bundestag wählte am 11. 12. 1964 an Stelle des zurückgetretenen Wehrbeauftragten Vizeadmiral a. D. *Heye* Matthias *Hoogen,* MdB (CDU) und Vors. des BT-Rechtsausschusses, zum neuen Wehrbeauftragten. Vgl. AdG 1964, S. 11606 C.

4 Die Entschließung ist der Vorlage nicht beigefügt.

ten und dem Antrag von SPD und CDU/CSU betreffend Ermittlung von nationalsozialistischen Verbrechen nicht zuzustimmen.[5]

Beschluß 14

Der Bundesvorstand empfiehlt, sich vor Interviews mit der Pressestelle in Verbindung zu setzen.

[2. BILDUNGSPOLITIK]

Beschluß 15[6]

Die Vorschläge von Frau Dr. Hildegard *Hamm-Brücher,* MdL, für den Ablauf bildungspolitischer Aktionen bis zu den Bundestagswahlen 1965 werden an den geschäftsführenden Vorstand überwiesen.

Die Vorschläge sollen an die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes unter Hinweis auf Vertraulichkeit verteilt werden.

Beschluß 16

Es soll eine Übersicht über die kulturellen Etatplanungen der Länder für die nächsten fünf Jahre zusammengestellt werden.

Beschluß 17

Der Bundesvorstand bittet Herrn Bundesminister a. D., Dr. Heinz *Starke,* MdB, zusammen mit Frau Dr. *Hamm-Brücher,* MdL, mit dem Bundesfinanzminister und den Länderfinanzministern im Auftrage des Bundesvorstandes ein Gespräch über Bildungsfinanzierung zu führen. Die Einladung für dieses Gespräch wird durch den Bundesvorsitzenden ergehen.

[3. EVANGELISCHER GESPRÄCHSKREIS]

Beschluß 18

Der Bundesvorstand empfiehlt den Landesverbänden, sich um die Bildung evangelischer Gesprächskreise der FDP zu bemühen.[7]

---

5 Beschluß mit Blick auf die 151. BT-Sitzung vom 9. 12. 1964. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 56, S. 7457 –7462 B. Soweit nicht durch richterliche Handlungen unterbrochen, endeten die Verjährungsfristen für NS-Gewaltverbrechen am 8. 5. bzw. am 1. 7. 1965. Die Diskussion um die in der in- und ausländischen Öffentlichkeit äußerst umstrittene Verjährungsfrist fand ihr vorläufiges Ende im März 1965 mit der Verlängerung der Verjährungsfrist bis zum 31. 12. 1969 und dem Rücktritt von Bundesjustizminister *Bucher,* der bis zuletzt für die Verjährung eingetreten war. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 159, 168, 177 f.

6 Beschlüsse 15 bis 17 erfolgten z. T. mit Blick auf die bildungspolitische Debatte in der 151. BT-Sitzung vom 9. 12. 1964. Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 56, S. 7431 D–7456 D, 7462 B–7482 A.

7 Der FDP-LV Nordrhein-Westfalen hatte 1962 als erster Landesverband einen Evangelischen Arbeitskreis als Fachausschuß zu dem Zweck gebildet, regelmäßig Gespräche mit kirchlichen Ämtern und Organisationen zu führen. Unter Bezugnahme auf die Vorstandssitzung vom 7. 12. 1964 bat Liselotte *Funcke,* MdB die Mitglieder des Bundesvorstandes schriftlich, in den übrigen Landesverbänden ähnliche Gesprächsgruppen zu bilden. Hauptargument von Frau Funcke war, daß die SPD die Trennung von der evangelischen Kirche überwunden und Sympathien in der jungen Pfarrerschaft gewonnen habe, während das Verhältnis zwischen FDP und

[4. ENTWURF EINES PARTEIENGESETZES]

Beschluß 19

Der Bundesvorstand regt an, in § 8 Absatz 1 des Entwurfs eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) die Bestimmung zu streichen, daß für die Abstufung nach der Bedeutung der Parteien die Zahl der Mandate im Bundestag und in den gesetzgebenden Körperschaften der Länder berücksichtigt werden soll.[8]

5. und 6. ENTWÜRFE VON VEREINBARUNGEN ÜBER DIE BEGRENZUNG DER WAHLKAMPFKOSTEN UND ÜBER DIE FÜHRUNG DES WAHLKAMPFES

Beschluß 20

a) Frau Liselotte *Funcke,* MdB, wird in den Wahlkampfausschuß der Bundespartei delegiert.[9]

b) Es wird ein Unterausschuß des Wahlkampfausschusses gebildet, der die Mitarbeit der Frauen im Wahlkampf koordinieren soll (z. B. bei der Redaktion der Wahlbroschüren, Doppelrolle der Frau, Familienförderung, Alleinstehende, Altenhilfe).

Beschluß 21

Die durch den Bundesschatzmeister Hans-Wolfgang *Rubin* vorgelegten Entwürfe zu einer Vereinbarung über die Begrenzung der Wahlkampfkosten[10] und zu einem Schiedsvertrag hierzu[11] werden gebilligt.[12]

Punkt 7 der Tagesordnung wurde nicht behandelt.

---

Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes, Anlage zum Rundschreiben BV 2/65 vom 13. 1. 1965 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, Ordner Nr. 119).

8 Vgl. Nr. 54 mit Anm. 22.

9 Zur Zusammensetzung dieses Ausschusses vgl. Nr. 44 TOP 2.

10 Vorlage in ADL, Ordner Nr. 119.

11 Vorlage in ADL, Ordner Nr. 119.

12 Das Wahlkampfabkommen wurde von dem Parteivorsitzenden am 9. 1. 1965 in Bonn unterzeichnet. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 166 f.

## 57.

## 18. 1. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Stoltz. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 18. Januar 1965, Bonn, Bundeshaus." 10.15 Uhr–15.07 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Atzenroth, Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eisenmann, Engelhard, Liselotte Funcke, Glahn, Hoppe, Lenz, Logemann (i. V. von Graaff), Mende, Mischnick, Saam, Scheel, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Abetz (DJD) (i. V. von Holl), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Bökel, Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Gerber, Hetzel, Kirchhoff, Lafrenz, Marx, Maurer, Richter, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Eick-Kerssenbrock, Haußmann, Ordemann.

TAGESORDNUNG

1. Vorbereitung des Bundesparteitages
2. Vorbereitung der Bundestagswahl
3. Verschiedenes

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage. Er erwähnt dabei den Beschluß des geschäftsführenden Bundesvorstandes, die Regierungskoalition nach der Bundestagswahl 1965 fortzusetzen unter der Voraussetzung, daß diese Koalition vom Wähler bestätigt wird.[2]

Beschluß 22

Der Text der Stuttgarter Rede von Dr. *Mende*[3] soll den Landesverbänden zur Verfügung gestellt werden.

---

1 Entschuldigt waren *Effertz, Eilers,* Hildegard *Hamm-Brücher, Kohl, von Kühlmann-Stumm,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Müller-Link* und *Rubin.*

2 Beschluß vom Januar 1965. Der Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes vom 14. 12. 1965 hatte gelautet: „Zur Koalitionsfrage soll vorerst noch keine Stellung abgegeben werden." Vgl. Beschlußprotokoll in ADL, Ordner Nr. 118.

3 *Mende* hatte am 6. 1. 1965 in einer öffentlichen Kundgebung den Rang der deutschen Frage in der Weltpolitik betont, der nicht verloren gehen dürfe, und sich für eine Politik der kleinen Schritte bzw. eine Annäherung an die „Zone" in Stufen ausgesprochen. Vgl. FAZ Nr. 5 vom 7. 1. 1965, S. 1.

1. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. FRIDERICHS gibt einen vom engeren Bundesvorstand genehmigten Bericht über den Ablauf des Bundesparteitages.[4]

Beschluß 23

Der Bundesvorstand beschließt, daß keine Arbeitskreise auf dem Bundesparteitag durchgeführt werden.

Beschluß 24

Zur parteiinternen Diskussion soll am 13. März 1965 in Mainz, Landtagsrestaurant, eine Sitzung des Bundeshauptausschusses durchgeführt werden.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Wahlkampfvorbereitungen von Dr. *Friderichs*
2. Vorbereitung des Bundesparteitages

Beschluß 25

Mit folgenden Änderungen wird das von Dr. *Friderichs* vorgelegte Programm über den Ablauf des Bundesparteitages genehmigt:

Sonntag, den 21. März 1965

11.00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes

13.30 Uhr Gemeinsames Essen

15.00 Uhr Fortsetzung des Bundevorstandes

17.00 Uhr Treffen mit den Liberalen Parteiführern

20.00 Uhr Empfang für die liberalen Parteiführer, die Ehrengäste, leitende Persönlichkeiten im Rhein-Main-Gebiet und die Presse im Hotel „Frankfurter Hof"

Montag, den 22. März 1965

10.00 Uhr Eröffnung des Bundesparteitages
Beschlußfassung über den Bericht des Prüfungsausschusses betr. Ordnungsmäßigkeit der Einberufung, Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten
Begrüßungen
Wahl eines Parteitagspräsidiums
Hauptreferat des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Vizekanzler Dr. Erich *Mende*, MdB[5]

13.00 Uhr Mittagspause

14.30 Uhr Kurzreferate[6]:
Bundesminister Dr. Rolf *Dahlgrün*, MdB
Bundesminister a. D. Wolfgang *Mischnick*, MdB

4 16. Bundesparteitag vom 21.–23. 3. 1965 in Frankfurt a. M.
5 Abgedr. in: XVI. BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 5–41.
6 Abgedr. ebd., S. 43–53.

Fraktionsvorsitzender Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm,* MdB
Dr. Hildegard *Hamm-Brücher,* MdL
– Aussprache –

17.00 Uhr Nachwahl eines Beisitzers zum Bundesvorstand
Behandlung von Anträgen

20.00 Uhr Geselliges Beisammensein

Dienstag, den 23. März 1965

9.30 Uhr Forumsdiskussion
– Aussprache –

13.00 Uhr Pressekonferenz

15.00 Uhr Programmatische Rede des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Innenminister Willi *Weyer*

Folgende Bundesminister werden am 23. März 1965 nach 17.00 Uhr in folgenden Städten einen Empfang geben:

| | |
|---|---|
| Bundesminister Walter *Scheel* | Wiesbaden |
| Bundesminister Hans *Lenz* | Mainz |
| Bundesminister Dr. Rolf *Dahlgrün* | Frankfurt/Main (IHK Frankfurt und IHK Offenbach) |

Beschluß 26

Auf Anfrage der Deutschen Jungdemokraten *(Abetz),* einen Parteitagsdienst der DJD wieder anläßlich des Bundesparteitages herausgeben zu können, beschließt der Bundesvorstand, daß die Deutschen Jungdemokraten einen Sonderdruck der „Stimmen der jungen Generation“[7] im Bereich des Parteitages verteilen können.

Die Jungdemokraten sagen zu, daß der Sonderdruck dem Bundesvorstand rechtzeitig vorliegen wird, so daß eine endgültige Entscheidung vom Bundesvorstand noch getroffen werden kann.

Das dafür zuständige Redaktionskomitee soll sich aus folgenden Herren zusammensetzen: Wolfgang *Mischnick,* Dr. Hans *Friderichs.*

2. VORBEREITUNG DES BUNDESTAGSWAHLKAMPFES

Dr. MENDE gibt einen Bericht über den Erfolg der Winterreise in den bisher durchgeführten vier Städten.[8] Der Bundesvorstand beschließt, daß ein weiteres Team durch noch zu bestimmende Städte reisen soll, um ebenfalls im Kreuzfeuer der Presse Rede und Antwort zu stehen.

Beschluß 27

---

7 Sonderdruck nicht ermittelt. In der regulären Ausgabe Nr. 4: April 1965, S. 2 würdigt den Bundesparteitag 1965 der Beitrag „Wegmarkierungen“ von Fritz E. Gericke (ADL).

8 Zu den Reden *Mendes* in Stuttgart, Leonberg, Reutlingen und Ulm vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 166.

Dem zweiten Team gehören folgende Persönlichkeiten an:

Bundesminister *Lenz*
Bundesminister *Scheel*
Siegfried *Zoglmann*
Bundesminister a. D. Dr. Heinz *Starke* sowie
Dr. Hildegard *Hamm-Brücher.*

Für das zweite Team soll ebenfalls ein Großflächenplakat hergestellt werden.

Beschluß 28

Falls Herr *von Kühlmann-Stumm* in der zweiten Phase der Winterreise aus gesundheitlichen Gründen nicht einsatzfähig ist, soll *von Kühlmann-Stumm* durch Dr. *Dahlgrün* ersetzt werden. Dr. *Dahlgrün* wird gebeten, sich an den Reisen des ersten Teams zu beteiligen.

Dr. MENDE teilt mit, daß die FDP in keiner Weise beabsichtigt, auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene Wahlabsprachen mit den anderen Parteien zu treffen. Auf Anregung von Dr. MENDE wird diese Feststellung zum Beschluß des Bundesvorstandes erhoben.

Dieser Beschluß soll den Landesverbänden zur Kenntnis gegeben werden. *Adenauer, Erhard, Dufhues* und *Strauß* sollen in persönlichen Briefen über diesen Beschluß unterrichtet werden.

Auf Vorschlag von MISCHNICK werden die Mitglieder der Wahlkampfkommission[9] zu den Sitzungen des geschäftsführenden Bundesvorstandes eingeladen. Damit entfallen Sitzungen der Wahlkampfkommission, da die technische Abwicklung des Wahlkampfes im geschäftsführenden Bundesvorstand beschlossen wird.

Die Arbeitsgruppe IV der Wahlkampfkommission, die unter der Leitung von *Rubin* und *Mischnick* steht, bleibt bestehen. Die Sitzungen über Wahlkampffragen des geschäftsführenden Bundesvorstandes werden von dieser Arbeitsgruppe vorbereitet.

Der Bundesvorstand stellt fest, daß damit Dr. *Starke,* Dr. *Emde,* Frau *Funcke,* Minister *Leverenz* und Minister Dr. *Haußmann* in den geschäftsführenden Bundesvorstand kooptiert worden sind, soweit Fragen des Wahlkampfes behandelt werden.

Aus diesem Grunde ist die Position eines Wahlkampfleiters hinfällig.

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes und trägt die von der Bundesgeschäftsstelle und der Werbeagentur ausgearbeitete Werbekonzeption vor.

Beschluß 29

Der Bundesvorstand stimmt der im Bericht von Dr. *Friderichs* erwähnten Durchführung von internationalen Kongressen zu. Danach sollen folgende Kongresse durchgeführt werden:

---

9 Zur Zusammensetzung der Wahlkampfkommission vgl. Nr. 44 TOP 2.

1. Internationaler Jugendkongreß (6./7. Juni 1965 in Hamburg)
2. Europäischer gesellschaftspolitischer Kongreß (Anfang Mai, Hannover)
3. Internationaler Frauenkongreß (1./2. Juli 1965, München).

Die Termine und Orte der Kongresse finden die Zustimmung des Bundesvorstandes. Allerdings soll die Frage, welcher Kongreß zu welchem Termin und an welchem Ort durchgeführt wird, noch geklärt werden.

Beschluß 30

Auf Anregung von *Mischnick* stimmt der Bundesvorstand der Durchführung eines LDP-Kongresses im Juli 1965 zu, da dieser Kongreß nicht von der FDP zu finanzieren ist.

3. VERSCHIEDENES

Auf Anregung von ENGELHARD, für die Bundesvorstandssitzung einen festen Termin zu vereinbaren, teilt Dr. MENDE mit, daß die Termine des Bundes- und geschäftsführenden Bundesvorstandes nach Möglichkeit jeweils am Freitag, 15.00 Uhr, oder am Samstag um 10.00 Uhr durchgeführt werden.[10]

10 Der Freitag war vor allem gewählt worden, um im Anschluß an die Bundesratssitzungen möglichst vielen Landesministern die Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstandes zu ermöglichen. Vgl. Rundschreiben BV 79/62 vom 28. oder 29. 7. 1962 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (HStASt, Q 1/22 Bü 798, NL Haußmann).

## 58.

## 21. 3. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 21. März 1965 in Frankfurt/Main, Frankfurter Hof." 11.15 Uhr–17.40 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Atzenroth, Borm, Borttscheller, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Eilers, Eisenmann, Engelhard, Liselotte Funcke, Glahn, Graaff, Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Mende, Müller-Link, Rubin, Saam, Scheel, Simonis, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Holl (DJD), Strizek (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Gerber, Haferland, Hilde Kappus, Lafrenz, Marx, Richter, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Ordemann, Herbert Schneider.

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün, Erbe,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier, Mischnick* und *Starke.*

TAGESORDNUNG

1. Vorbereitung des Bundesparteitages
2. Anträge zum Bundesparteitag
3. Verschiedenes

1. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Beschluß 31

Der Bundesvorstand schlägt vor, daß Dr. *Dehler* und die Bundesminister *Lenz* und *Scheel* das Präsidium des Bundesparteitages[2] übernehmen und sich in der Tagungsleitung ablösen. Die Wahl des Parteitagspräsidiums soll nach Vorschlag des Bundesvorstandes per Akklamation vom Plenum vorgenommen werden.

Dr. MENDE trägt die Grundzüge seiner Rede vor, die er vor dem Bundesparteitag halten wird.[3] Bis auf einige Änderungen (das Wort *„Bismarck"* soll bei der Formulierung *„Bismarck*scher Obrigkeitsstaat" gestrichen, neben dem Wissenschaftsrat soll auch der Bildungsrat erwähnt werden; dem Vorschlag von Dr. *Bucher,* die Änderung der Strafprozeßordung positiv zu erwähnen, wird entsprochen) werden die Grundzüge der Rede vom Bundesvorstand gebilligt.

Die Grundzüge der Kurzreferate werden *von Kühlmann-Stumm,* Dr. *Hamm-Brücher, Weyer* und *Mischnick* dem Bundesvorstand vorgetragen und gebilligt.[4]

Dem Bundesvorstand wird mitgeteilt, daß Herr Dr. *Koch* bei der Nachwahl für den Beisitzer im Bundesvorstand für den Landesverband Saar kandidieren wird. Diese Nachwahl sei für die Saar wegen des bevorstehenden Landtagswahlkampfes besonders wichtig.

Der Landesverband Hamburg trägt vor, daß Dr. *Holl* als Beisitzer vorgeschlagen wird.

Beschluß 32

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über den technischen Ablauf des Bundesparteitages. Der Bundesvorstand billigt seine Vorschläge.

Unterbrechung der Bundesvorstandssitzung von 13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

---

2 16. Bundesparteitag vom 21.–23. 3. 1965 in Frankfurt a. M.

3 Vgl. XVI. BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 5–41; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 11-1965, 1978, S. 307–316.

4 Ebd., S. 43–53, 75–118, 135–152, 119–133.

2. ANTRÄGE ZUM BUNDESPARTEITAG

Beschluß 33 (Antrag I)[5]

Da der Satzungsausschuß empfiehlt, diesen Antrag zurückzuziehen und *Kohl* als Vorsitzender des Landesverbandes Hessen seinen Delegierten empfehlen wird, den Antrag ebenfalls zurückzuziehen, beschließt der Bundesvorstand, den Antrag I zurückzustellen.

Beschluß 34 (Antrag II)[6]

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteitag, diesen Antrag anzunehmen und an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Beschluß 35 (Antrag III)[7]

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteitag, den Abs. 1 und 2 des Antrages anzunehmen.

Dr. *Dehler*, *Engelhard* und Dr. *Achenbach* werden gebeten, sich mit dem Antragsteller, Herrn *Kastenmeyer* (DJD), in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß Abs. 3 des Antrages vom Antragsteller zurückgezogen wird.

Beschluß 36 (Antrag IV)[8]

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteitag, den Antrag IV ohne Diskussion und Änderungen anzunehmen.

Beschluß 37 (Antrag V)[9]

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen. *Scheel* wird gebeten, mit dem Antragsteller einen entsprechenden Abänderungsantrag abzustimmen.

Beschluß 38 (Antrag VI)[10]

---

5 Antrag 1 des LV Hessen vom 15. 2. 1965 bezweckte die Streichung der Worte „erheblich" und „schweren" in § 7 d, cc der Bundessatzung. Nach ihr konnte ein Mitglied ausgeschlossen werden: „cc) wenn es gegen die Grundsätze, die Satzung oder die Ordnung der Partei erheblich verstößt oder dem Ansehen der Partei schweren Schaden zufügt". Quellennachweis für die Anträge 1–5: ADL, A 1-277.

6 Antrag 2 des LV Nordrhein-Westfalen vom 23. 2. 1965 bezweckte die beschleunigte parlamentarische Behandlung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der StPO und damit den Ausbau des Rechts der Zeugnisverweigerung.

7 Antrag 3 des LV Hamburg vom 23. 2. 1965 bezweckte die Ausarbeitung und Veröffentlichung eines Deutschlandplanes durch die FDP zur Lösung aller mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbundenen Fragen.

8Antrag 4 des LV Hamburg vom 23. 2. 1965 bezweckte die Einstellung jeglicher Militärhilfe an Staaten außerhalb der NATO und eine Beschränkung der Entwicklungshilfe auf Wirtschafts-, Finanz- und Bildungshilfe.

9 Antrag 5 des LV Hamburg vom 23. 2. 1965 bezweckte die Koordinierung aller entwicklungspolitischen Aufgaben durch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

10 Der Antrag des Bundesausschusses Öffentlicher Dienst der FDP vom 10. 3. 1965 bezweckte die zügige Anpassung der Bezüge im öffentlichen Dienst des Bundes an die allgemeine Einkommensentwicklung und an die Entwicklung in den Ländern.

Der Bundesvorstand nimmt den Antrag des Ausschusses Öffentlicher Dienst zur Kenntnis. Er wird den Vorsitzenden des Ausschusses[11] zu einer der nächsten Bundesvorstandssitzungen einladen, um den Antrag zu besprechen.

Gemäß § 25 Ziff. 5 der Satzung[12] kann der Antrag daher nicht auf dem Parteitag behandelt werden.

3. VERSCHIEDENES

a) Norddeutsches Forum 1965

Wie dem Bundesvorstand mitgeteilt wurde, haben am Norddeutschen Forum 1965[13], an dessen Organisation die DFU maßgeblich beteiligt zu sein scheint, Mitglieder der FDP, der DJD und des LSD teilgenommen.

Beschluß 39

Der Bundesvorstand ist sich einig, den Mitgliedern der FDP zu empfehlen, an Veranstaltungen rechts- und linksradikaler Verbände sowie deren Tarnorganisationen nicht teilzunehmen. In Zweifelsfällen soll der Bundesvorstand um Entscheidung gebeten werden.

Da die Möglichkeit besteht, daß Gegner der FDP die Teilnahme von FDP-Mitgliedern an solchen Veranstaltungen für Wahlkampfzwecke ausnutzen, wird Dr. *Friderichs* beauftragt, der nächsten Bundesvorstandssitzung eine entsprechende Formulierung dieses Beschlusses vorzulegen, von der die FDP-Mitglieder in Kenntnis gesetzt werden sollen.

b) Kongresse

Frau FUNCKE bittet den Bundesvorstand, statt des geplanten großen Frauenkongresses finanzielle Mittel für fünf einzelne Kongresse in kleinerem Rahmen zur Verfügung zu stellen.

Beschluß 40

Der Bundesvorstand beschließt, daß der Frauenkongreß nicht in Hamburg stattfinden soll. Die Einzelheiten des geplanten Kongresses sollen noch mit der Bundesgeschäftsstelle in nächster Zeit abgesprochen werden.

---

11 Fritz *Niebel*. Vgl. Nr. 28 Anlage.

12 § 25 Abs. 5 der Satzung i. d. F. vom 3. 7. 1963 betr. die Behandlung der Resolutionen eines Fachausschusses.

13 Gemeint ist wohl der 3. „Unionstag" der DFU in Duisburg vom 13./14. 3. 1965. Vgl. STUTTGARTER NACHRICHTEN Nr. 63 vom 16. 3. 1965, S. 3.

## 59.

## 1. 4. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Vorsitz: Mende, Zoglmann; Protokoll: Dischleit. Überschrift: „Kurzprotokoll der Fraktionssitzung am 1. April 1965. I. Gemeinsame Sitzung mit dem Bundesvorstand." 14.40 Uhr–17.20 Uhr.**

Redner: Achenbach, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Hermann Dürr, Emde, Glahn, Hedda Heuser, Imle, Kohl, Krümmer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mälzig, Mende, Menne, Mischnick, Moersch, Rutschke, Schmidt (Kempten), Schultz, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

[RÜCKTRITT VON BUNDESJUSTIZMINISTER BUCHER]

Dr. MENDE berichtet über die Vorgänge um den Rücktritt Dr. *Buchers*[2] und die Neubesetzung des Justizministeriums mit dem CDU-Abgeordneten *Weber*.[3] Er verliest Dr. *Buchers* Brief an den Bundeskanzler, in welchem *B.* um Entbindung von seinem Amt bat, und gibt sein Schreiben an den Kanzler zur Kenntnis, mit dem er noch einmal zum Ausdruck brachte, daß die FDP mit einer Neubesetzung des Justizministeriums nicht einverstanden sein könnte.[4]

Er begründet seine Meinung, daß die FDP aus der Ernennung *Webers* keinen Koalitionsfall machen sollte: es geht darum, sich auf keinen Fall durch *Strauß*[5] bis zum Koalitionsbruch provozieren zu lassen.

VON KÜHLMANN-STUMM ergänzt den Bericht über die Verhandlungen mit dem Kanzler und dem Koalitionspartner. Die Beauftragten der Fraktion hätten in den Verhandlungen versucht, mit sehr harten Worten die Fraktionsmeinung durchzusetzen. Alle Beteiligten haben das Äußerste des Möglichen versucht, die berechtigten Wünsche der FDP zur Geltung zu bringen; aber die CDU habe „ein Höchstmaß an bösem Willen" gezeigt.

MISCHNICK bittet um eine ganz nüchterne Beratungsführung, frei von allen Emotionen. Er ergänzt und unterstützt die Darstellungen von Dr. *Mende* und des Fraktionsvorsitzenden *von Kühlmann-Stumm* („die Behauptung, hier wären irgendwelche Dinge daneben gegangen, ist absolut falsch!"). Er bestätigt, daß der Kanzler noch am Donnerstagabend[6] bereit gewesen sei, Bundesminister *Niederalt*[7] mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bundesjustizministers

---

1 Die Vorlage enthält kein Verzeichnis der Anwesenden. Entschuldigt waren *Atzenroth, Burckhardt, Danz, Dörinkel, Dorn, Effertz, Eisenmann, Ertl, Hammersen, Hellige, Kohut, Kreitmeyer, Mauk, Ollesch, Rademacher, Spitzmüller, Wächter.*

2 Am 27. 3. 1965. Grund war die Verjährungsfrage. Vgl. Nr. 56 mit Anm. 5.

3 Karl *Weber,* CDU-MdB (ab 1. 4. 1965).

4 *Mende* hatte mit Schreiben vom 25. 3. 1965 Bundeskanzler *Erhard* gebeten, dieses Ressort nicht mehr zu besetzen, sondern bis zur Bundestagswahl am 19. 9. 1965 durch einen anderen amtierenden Bundesminister wahrnehmen zu lassen. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 178.

5 Franz Josef *Strauß* (CSU). Zu seinem Rücktritt 1962 vgl. Nr. 33 Anm. 29.

6 Am 25. 3. 1965.

7 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder (CSU).

zu beauftragen, aber dann unter dem Druck von *Strauß* und eines großen Teiles auch der CDU-Fraktion (*Rasner*[8]*: „Bucher* oder *Jaeger!*"[9] sich zu einer Neubesetzung entschlossen habe. Im ganzen habe sich wieder einmal gezeigt: „Wenn wir in personellen Dingen hart sind, dann geht es meistens schief; wenn wir in sachlichen Dingen hart bleiben, dann haben wir meistens Erfolg gehabt; das sollte für die Zukunft beachtet werden."

In der Aussprache setzt Dr. MENDE dem Einwand von Dr. KRÜMMER, daß die sehr gute Öffentlichkeitswirkung des Rücktritts von Dr. *Bucher* durch die wechselvollen Erklärungen aus dem Fraktionsvorstand sehr beeinträchtigt worden sei, noch einmal den tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse entgegen. Zu der Frage Dr. KRÜMMERS, auf welche Beschlüsse sich der Brief Dr. *Mendes* an den Kanzler stütze, verweist Dr. MENDE auf Besprechungen im Fraktionsvorstand in Gegenwart von *Weyer* und Dr. *Friderichs* u. a. Er, Dr. MENDE, sehe den Brief als Ausdruck der Meinung der Fraktion an. Die Neubesetzung des Justizministeriums sei ein unfreundlicher Akt gegenüber der FDP, mit dem niemand einverstanden sein könne; aber auch die Fraktion sieht darin keinen Anlaß zu einer Koalitionsfrage.

SCHULTZ: Der Vorstand war aus der Situation heraus zum schnellen Handeln gezwungen und mußte gewisse präjudizierende Entscheidungen treffen mit sorgfältiger Abwägung der Meinungsmöglichkeiten in der Fraktion. Aber nun müssen wir zu einer Stellungnahme kommen, in der klar herausgestellt wird, daß das Verhalten der CDU nicht koalitionsfreundlich war.

Frau Dr. HEUSER warnt davor, den Brief von Dr. *Mende* zu desavouieren.

Hermann DÜRR trägt folgende Meinung vor: Die FDP wollte eine Interimslösung für die Wahrnehmung des Justizministeramtes.[10] Durch die Besetzung mit *Weber* ist praktisch eine solche Interimslösung zustandegekommen. Wenn diese Lösung auch nicht ganz den Wünschen der FDP entspricht, so ist sie jedoch besser als ein Koalitionsbruch mit der Konsequenz einer Minderheitsregierung CDU/CSU und *Strauß* als Vizekanzler.

Nachdem Dr. BUCHER die Motive dargelegt hat, die ihn zu seiner Haltung bestimmt hatten, begründet WEYER die Notwendigkeit der harten Formulierungen in dem Brief von Dr. *Mende* an den Kanzler. Die Stimmung in der Partei lasse darauf schließen, daß die breite Schicht der FDP-Wähler der Fraktion ein grundsatztreues Verhalten in der Verjährungsfrage attestiere und auch *Buchers* Rücktritt sehr positiv gewirkt habe. „Wir sind damit in einer guten Position." Er schlägt vor, daß man sich mit der von *Genscher* formulierten Erklärung[11] begnügen solle. Auch ENGELHARD mahnt dazu, die Dinge in Ruhe zu betrachten und die ganze Angelegenheit möglichst schnell zu beenden. Jede überflüssige Erklärung sollte vermieden werden. Was *Strauß* anbelangt, so müssen Partei und Fraktion in der Ablehnung dieses Mannes festbleiben. Dr. KOHL

8 Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
9 Richard *Jaeger*, Mitglied des Führungskreises der CSU.
10 Siehe Anm. 4.
11 Siehe Anlage.

meint, man hätte sich dem Koalitionspartner gegenüber etwas großzügiger zeigen können; man sollte sich für die Zukunft niemals mehr unnötig festlegen oder einengen lassen. Er ist für eine Erklärung.

Dr. MENDE verliest den von *Genscher* erstellten Entwurf einer Erklärung; die Versammlung stimmt nach kleinen redaktionellen Änderungen mit nur einer Enthaltung diesem Entwurf zu.

Klaus DEHLER gibt eine kritische Analyse der Vorgänge aus bayerischer Sicht; u. a. warnt er davor, durch ständige neue Angriffe auf *Strauß* dessen Popularität in Bayern zu stärken.[12]

Dr. ACHENBACH ist der gleichen Meinung.

Dr. MENDE erinnert daran, daß die Sprecher des Landesverbandes Bayern bisher nicht im Sinne der Ausführungen von Klaus *Dehler* deutlich Stellung bezogen haben.

Dr. Thomas DEHLER geht auf den in der Diskussion wiederholt gehörten Vorwurf ein, der Fraktionsvorstand habe „zu hoch gespielt". Man könnte sagen: Der Vorwurf ist gerechtfertigt, weil wir nicht genau einkalkuliert haben, wie fest unser Koalitionspartner stehen würde. Er erinnert daran, daß das Kabinett sich bis auf drei Stimmen gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist festgelegt hatte, daß dann aber auf seiten des Koalitionspartners ebenso wie bei der SPD ein Meinungswechsel dem anderen folgte. Man hat offensichtlich einen Affront gegen die FDP gewollt. Mit *Erhard,* ausgeliefert einem *Strauß,* kann man nicht logisch reden. Wir müssen endlich daraus für die Zukunft Konsequenzen ziehen. Ein Nachkarten zu den Geschehnissen der letzten Woche hat keinen Sinn. Aber unsere Aussage zu der Frage der Koalition nach den Bundestagswahlen hat jetzt einen anderen Gehalt bekommen: Unsere Zusage, mit der CDU/CSU und einem Kanzler *Erhard* zu koalieren, ist nur noch bedingt richtig.[13] Wir müssen jetzt erkennen, daß die CDU/CSU kein fairer Koalitionspartner und *Erhard* kein geeigneter Kanzler ist.

Dr. MENDE schließt sich dieser Meinung an. Die Konsequenz, so erklärt er, sei, jetzt den Wahlkampf entsprechend zu führen.

ZOGLMANN verwahrt sich gegen den Vorwurf, den Scharfmacher gespielt zu haben, vor allem dagegen, daß er die Erklärung, das Verhalten *Erhards* und der CDU könne zu einer Koalitionskrise führen, auf eigene Faust abgegeben habe.

SCHMIDT (Kempten) ergänzt die Ausführungen von Klaus *Dehler,* daß die Angriffe gegen *Strauß* nur den für die FDP unerwünschten Effekt einer Konzentration der Kräfte in der CSU um *Strauß* haben werden.

Dr. RUTSCHKE versucht, die Haltung der CDU zu analysieren und die Motive verständlich zu machen.

---

12 Vgl. auch Nr. 33 Anm. 30.
13 Vgl. die Stellungnahmen *Mendes* und der FDP nach dem 17. 9. 1961 auf S. 89 ff., 112, 114.

Dr. STARKE meint, da die Fraktion es doch nicht auf einen Koalitionsbruch ankommen lasse wollte, seien so pointierte Erklärungen wie die von *Weyer* und *Zoglmann* nicht am Platze gewesen.

Minister GLAHN empfiehlt, die Vorgänge weniger dramatisch zu sehen. Draußen diskutiere man viel stärker die Erklärung der FDP: „Unter keinen Umständen mit *Strauß*." Er sei im Prinzip damit einverstanden, lasse jedoch offen, ob so etwas in Pressekonferenzen hart gesagt werden soll. Aber wenn es einmal geschehen sei, dann müsse man mit allen Konsequenzen daran festhalten; „auch wenn wir darüber im Herbst in die Opposition gehen müßten".

WEYER berichtet von seinen Bemühungen, eine Koalitionskrise zu verhindern. Zur Frage *Strauß:* Er habe durchaus Verständnis für die bayerische Situation, aber man müsse das Interesse der Gesamtpartei im Auge behalten. Die Entscheidung über *Strauß* falle in Deutschland und nicht in Bayern. Dies ist eine entscheidende Lebensfrage für eine liberale Partei. Er könne feststellen, daß dies die Meinung der absoluten Mehrheit in der Partei sei. Die FDP müsse den Kampf gegen *Strauß* durchstehen mit einem klaren Nein, auch mit der Konsequenz der Oppositionsrolle.

Klaus DEHLER bestätigt, daß *Strauß* „eine tödliche Gefahr für die Demokratie" ist. In der CSU sind ernste Bestrebungen im Gange, *Strauß* noch vor der Wahl abzuküren. Aber diese Bestrebungen werden um ihre Erfolgsmöglichkeiten gebracht durch die ständigen Angriffe gegen *Strauß,* die die CSU zwingen, sich doch wieder enger um diesen Mann zusammenzuschließen.

Dr. MENDE: Eigentlich sollten die rein menschlichen Erfahrungen mit diesem Mann dazu hinreichen, um dieses Thema ein für alle Mal aus der Diskussion zu bringen. Eine Zustimmung zu *Strauß* wäre tödlich für die Partei.

ZOGLMANN berichtet über den Zustand, in dem man *Strauß* am Donnerstagnachmittag angetroffen habe und den ein Jurist sehr wahrscheinlich mit „nicht voll geschäftsfähig" bezeichnet hätte (Verdacht starken Alkoholeinflusses). Ein Parteivorstand, der einem nur noch bedingt geschäftsfähigen Vorsitzenden eine wichtige politische Formulierung überläßt, sei dann auch nicht viel besser.

Dr. MENDE: Der „Fall *Strauß*" werde die Gerichte noch lange beschäftigen; aber der Frankfurter Beschluß[14] bewahre die FDP davor, selbst einen „rehabilitierten" *Strauß* akzeptieren zu müssen.

Dr. MENNE zieht aus den Vorgängen die Lehre, daß man niemals wieder „niemals" sagen solle. Wie soll sich die FDP z. B. verhalten, wenn die CSU auf Eintritt von *Strauß* in das Kabinett besteht? Er empfiehlt dringend, solche Erklärungen wie in Frankfurt nicht zu wiederholen und die Frage *Strauß* nicht weiter hochzuspielen.

Dr. MENDE erinnert daran, daß er vor einem Jahr auf dem Parteitag in München der einzige war, der davor gewarnt hat, *Strauß* zum Buhmann zu ma-

14 Auf dem Bundesparteitag in Frankfurt vom 21. bis 23. 3. 1965 hatte *Mende* sowohl in einer Forumsdiskussion mit Journalisten als auch auf der abschließenden Pressekonferenz erklärt, daß die FDP *Strauß* nicht als Minister akzeptiere, solange sie dem Bundeskabinett angehöre. Vgl. ADL, A 1-285, pag. 25 f. und A 1-286, pag 21-23.

chen.[15] Aber jetzt könne man ihm durchaus keinen Vorwurf machen, wenn er das exekutiere, was 95 % der Delegierten in Frankfurt für richtig hielten. Der Fall *Strauß* ist eine Frage des politischen Stils in einer Demokratie. Die FDP würde es nicht ertragen können, sich 1965 mit einem Mann in einem Kabinett zusammenzusetzen, um dessentwillen sie 1962 aus der Koalition ausgetreten war.[16] Es wäre traurig um die CDU bestellt, wenn die Zusammenarbeit an der Person von *Strauß* scheitern sollte. Das wäre der erste Anflug einer autoritativen Entwicklung in Deutschland. Man werde den Fall *Strauß* nicht aus der öffentlichen Diskussion heraushalten können.

DIE DEUTSCH-ISRAELISCHEN BEZIEHUNGEN[17]

Dr. MENDE berichtet über das Gespräch mit Rechtsanwalt *Shaari*[18] und über den erfreulichen Verlauf der Verhandlungen *Birrenbachs*[19] mit den Israelis.

Dr. EMDE begründet, weshalb verschiedene Wünsche der Israelis betr. Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten aus haushaltsmäßigen Gründen nicht akzeptiert werden konnten.

Dr. IMLE wünscht Auskunft, ob der seinerzeit von Dr. *Adenauer* zugesagte Betrag für Waffenlieferungen an Israel[20] jetzt bei der Umwandlung der Militärhilfe in Wirtschaftshilfe aufgestockt wird. Den Ausführungen von Dr. *Emde* ist zu entnehmen, daß diese Dinge noch in der Überleitung sind; die Vertragserfüllung in anderer Form als mit Waffen soll, wie Dr. *Mende* dazu bemerkt, sich im Rahmen der ursprünglich vereinbarten Summe halten; es ist jedoch noch offen, in welchem Umfange und für welche Zwecke künftig Entwicklungshilfe an Israel gegeben wird.

---

15 *Mende* hatte 1963 in München gesagt: „Nun sind einige Mißdeutungen entstanden, aus aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen und aus unserer Neigung, wie es in der Bibel dem Saulus gegangen, ein Paulus zu werden, vielleicht auch mal für fernere Zeiten zu unterstellen, daß aus einem Franz Josef *Strauß* auch noch ein guter Demokrat und Wahrer des Rechtsstaats werden könnte (Hört! und Widerspruch). Aus einer solchen christlichen Toleranz – nun, meine Damen und Herren –, als gute Liberale wollen wir jedem eine Chance geben; ‚verdammt in alle Ewigkeit' ist keine liberale Haltung." (ADL, A 1-217, pag. 28).

16 Am 19. 11. 1962. Vgl. Nr. 33 Anlage 1.

17 Etwa seit Mitte 1964 wurden die Beziehungen der Bundesrepublik sowohl zu Israel als auch zu den arabischen Staaten durch mehrere Faktoren erschwert: nicht geheim gebliebene deutsche Waffenlieferungen an Israel, die Tätigkeit deutscher Raketentechniker in Ägypten, die in Bonn geführte Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen und die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik. Vgl. K. BIRRENBACH, 1984, S. 83 f., 96 ff.

18 Mitarbeiter der Israel-Mission in Köln, Subbelrather Straße. Mitteilung von Bundesminister a. D. Dr. Erich Mende vom 6. 11. 1991 und der Stadt Köln-Historisches Archiv vom 14. 11. 1991.

19 Kurt *Birrenbach*, MdB (CDU), Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für die Einleitung diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik. Vgl. K. BIRRENBACH, 1984, S. 83 f., 96 ff.

20 Geheime Lieferungen von Verteidigungswaffen und militärischen Transportmitteln waren zwischen der Bundesrepublik und Israel in der zweiten Hälfte der 50er Jahre vereinbart worden, liefen etwa seit 1959 langsam an und wurden 1964 Gegenstand von deutschen und ausländischen Pressemeldungen. Vgl. K. BIRRENBACH, 1984, S. 92 f.

BERICHT ÜBER DIE SCHULPOLITISCHE SITUATION IN NIEDERSACHSEN

Dr. MÄLZIG berichtet vom neuesten Stand der Verhandlungen über das niedersächsische Konkordat.[21] Es mehren sich neuerdings Bedenken bei allen Parteien über die tatsächlichen Auswirkungen eines solchen Vertrages mit dem Heiligen Stuhl. Das Kabinett hat der Änderung des Schulgesetzes noch nicht zugestimmt.

Dr. MENDE teilt mit, daß die FDP-Fraktionsvorsitzenden am 10. 4., der Bundeshauptausschuß wahrscheinlich am 30. 4. mit diesem Problem befaßt werden. Auch er warnt vor den weitgehenden Auswirkungen eines solchen Konkordats auf Presse- und Rundfunkfreiheit.

Minister GLAHN hofft, daß die FDP in Niedersachsen ungeachtet der Haltung ihrer Minister im Kabinett[22] in dieser Sache hart bleibt.

Dr. MENDE gibt Kenntnis von einem Brief an den Bundeskanzler betr. die Kritik von *Dufhues* und *Strauß* auf dem CDU-Parteitag an den außenpolitischen Ausführungen Dr. *Mendes* auf dem FDP-Parteitag.[23] Dr. MENDE wendet sich damit nachdrücklichst gegen diffamierende falsche Darstellungen. Es liegt bereits die Mitteilung vom Bundeskanzler vor, daß die von der SPD für die Fragestunde am Freitag angemeldeten diesbezüglichen außenpolitischen Fragen vom Bundesaußenminister *Schröder* beantwortet werden sollen[24], und daß noch ein Verständigungsgespräch am Donnerstag stattfinden soll.

BERICHT ÜBER DEN STAND DER DISKUSSION ÜBER DIE VERMÖGENSBILDUNG

Vorsitz: *Zoglmann*

SCHMIDT (Kempten) berichtet über das Hearing; die Ausführungen der Sachverständigen hätten klargemacht, daß die Ablehnung einer solchen Sachverständigenanhörung in den Ausschüssen ein schwerer Mißgriff gewesen sei. Die Sachverständigen seien einmütig in der Ablehnung des 312,– DM-Gesetzes[25]; es führe nicht zu einer Änderung der Vermögensbildung[26], sei verfassungsrechtlich sehr problematisch und sei geeignet, einen währungsgefährdenden Investitionsboom auszulösen (Prof. *Schmölders*[27]: „Hier wird die schleichende

21 Das am 26. 2. 1965 zwischen Niedersachsen und dem Vatikan abgeschlossene Konkordat führte am 3. 5. 1965 zum Bruch der SPD/FDP-Regierungskoalition infolge von Unstimmigkeiten in der Frage des Konkordats und der mit ihm zusammenhängenden Änderungen des Schulgesetzes. Es folgte eine neue Koalitionsregierung aus SPD und CDU am 12. 5. 1965. Der Landtag verabschiedete Konkordat und Schulgesetznovelle am 30. 6. 1965. Vgl. AdG 1965, S. 11731 E, 11859 D, 11933 A.

22 Von den 10 Kabinettsmitgliedern gehörten 6 der SPD und 4 der FDP an (*Graaff, Eilers, Mühlenfeld* und *von Nottbeck*).

23 Zur Kritik von *Dufhues* am FDP-Parteitag vgl. 13. CDU-BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 82 f. Das Grußwort von *Strauß* erwähnt die FDP nur in einem Satz a. a. O., S. 58.

24 Vgl. 4. BT STEN. BER., Bd. 58, 179. Sitzung vom 5. 5. 1965 S. 8992 A–8995 C, 8995 D–8996 A, 8996 A–B.

25 Vgl. Nr. 55 Anm. 7.

26 Vgl. Nr. 55 Anm. 8.

27 Dt. Nationalökonom.

Inflation gefördert"). Dem Bundeshaushalt wird eine untragbare Belastung zugemutet. In dem Hearing seien alle Bedenken der FDP gegen diese Vorlage von den Sachverständigen bestätigt, zum Teil sogar noch wesentlich vertieft worden.

Es besteht Einmütigkeit in der Fraktion, daß in der 2. Lesung des Gesetzentwurfes die Rückverweisung an die Ausschüsse beantragt werden soll.[28] Die Fraktion beschließt: Das Protokoll des Hearings betr. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll veröffentlicht werden; ebenso soll ein populär gehaltener Auszug für die Aufklärungsarbeit hergestellt werden.

Dazu teilt MOERSCH mit, daß nach seinen Erfahrungen die Dokumentationen über die Kreishandwerkerschaften und Handelskammern zur Verteilung gebracht werden können. Es wird beschlossen, daß diese Anregung allen Fraktionsmitgliedern schriftlich mitgeteilt werden soll.

[ANLAGE]

fdk Nr. 109/65 (T) Bonn-Bundeshaus, den 31. März 1965

FDP-BUNDESVORSTAND UND -FRAKTION BERIETEN

Bonn. (fdk) Vor dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion der FDP berichteten heute in Bonn der Parteivorsitzende Dr. Erich *Mende* und der Fraktionsvorsitzende von *Kühlmann-Stumm* über den Ablauf der Verjährungsdebatte im Deutschen Bundestag und über die sich daran anschließenden Beratungen der Vertreter der FDP-Fraktion mit dem Bundeskanzler und dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion.

Bundesjustizminister a. D. Dr. Ewald *Bucher* legte die Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, den Bundeskanzler um die Entlassung aus dem Amt des Bundesjustizministers zu bitten.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP dankten Dr. *Bucher* für die klare und konsequente Haltung, die er mit seinem Rücktritt bewiesen hat. Er hat damit dem Rechtsstaatsgedanken gedient und ein Beispiel staatspolitischen und demokratischen Verantwortungsgefühls gegeben.

28 2. Lesung des Entwurfes eines 2. Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: 4. BT STEN. BER., Bd. 58, 179. Sitzung vom 5. 5. 1965, S. 9004 C–9046 C.

## 60.

## 4. 6. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 4. Juni 1965[1] in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal." 14.00 Uhr–17.50 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Atzenroth, Bezold, Borm, Bucher, Thomas Dehler, Effertz, Eilers, Eisenmann, Erbe, Liselotte Funcke, Glahn, Hoppe, Kastenmeyer, Koch, Lenz, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, von Nottbeck (i. V. von Graaff), Starke, Weyer, Zoglmann.[2]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Frey (LSD), Holl (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Feuerherdt, Friderichs, Haferland, Kirchhoff, Maurer, Schollwer.

Gäste: Dahlmeyer, Ordemann, Hans-Udo Vogel.

TAGESORDNUNG

1. Verhältnis zum LSD
2. Vorbereitungen der Bundestagswahl
3. Bericht zur politischen Lage
4. Verschiedenes

1. VERHÄLTNIS ZUM LSD[3]

Dr. MENDE verliest mehrere Anträge des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie ein Schreiben von Herrn *Rubin*.

Herr FREY (LSD) bejaht, daß einer seiner Stellvertreter sowie der Landesvorsitzende des LSD in Bayern Mitglieder der SPD sind und daß der LSD Berlin am 8. Mai 1965 die Anerkennung der Zone gefordert hat und auch bezüglich des Notstandes[4] im LSD andere Auffassungen als in der FDP herrschen.

Er wird prüfen, ob der LSD München an der Kundgebung gegen den amerikanischen Botschafter[5] teilgenommen hat.

---

1 Zwischen der Bundesvorstandssitzung vom 1. 4. 1965 und dieser Bundesvorstandssitzung hatte am 19. 5. 1965 in Bonn eine „gemeinsame Sitzung des sog. engeren Bundesvorstandes und des Fraktionsvorstandes" stattgefunden. Vgl. Ergebnisprotokoll darüber in ADL, Ordner Nr. 122. Außerdem hatte inzwischen „eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes erweitert um die Mitglieder der Wahlkampfkommission" stattgefunden. Siehe TOP 2.

2 Entschuldigt waren *Genscher*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *Kohl*, *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, Marie-Elisabeth *Lüders*, *Müller-Link*, *Rubin* und *Scheel*.

3 Zum Verhältnis zwischen FDP und LSD vgl. Nr. 45 TOP 3.

4 Vgl. Nr. 18 Anm. 40–41 und die Debatte über den 10 Entwürfe umfassenden Gesamtkomplex in: 4. BT STEN. BER., Bd. 59, 190. Sitzung vom 16. 6. 1965, S. 9526 A–9566 C, 192. Sitzung vom 24. 6. 1965, S. 9687 B–9763 D.

5 Ein Vortrag des US-Botschafters in der Bundesrepublik, *McGhee*, am 25. 5. 1965 in der Großen

Der Bundesvorstand hat eine Beschlußfassung über die Teilnahme des Bundesvorsitzenden des LSD, Herrn *Frey*, an Bundesvorstandssitzungen bis zur endgültigen Klärung der politischen Verantwortlichkeit im LSD ausgesetzt.

Dieser Antrag wird mit 13:4 Stimmen bei 4 Enthaltungen durch den Bundesvorstand angenommen.

Dr. MENDE stellt den weiteren Antrag, bis zu einer Klärung der politischen Verantwortlichkeit im LSD wird die finanzielle Unterstützung des LSD durch die FDP ab 1. Oktober ausgesetzt. Dieser Antrag wird mit 13:2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

2. VORBEREITUNGEN DER BUNDESTAGSWAHL

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die Ergebnisse der Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes erweitert um die Mitglieder der Wahlkampfkommission.[6]

Beschluß 1

Der Bundesvorstand bestätigt die Beschlüsse des geschäftsführenden Bundesvorstandes und billigt, daß als Kopfplakat Team I als Motiv Verwendung findet.

Der Slogan „Neue Wege wagen – FDP nötiger denn je“[7] wird mit 10:5 Stimmen angenommen.

Kongreß in Wolfsburg

Die von Dr. FRIDERICHS vorgetragene Konzeption für die Durchführung des Kongresses in Wolfsburg am 7. Juli 1965[8] mit den Referenten Dr. *Dehler*, Dr. *Hamm-Brücher* und Dr. *Mende* sowie einer Forumsdiskussion des Teams I wird vom Bundesvorstand gebilligt. Das endgültige Leitwort des Konzepts soll von der Bundesgeschäftsstelle noch entwickelt werden. Hierbei ist z. B. an ein Thema wie „Entscheidung 1965“ zu denken.

3. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage.

Beschluß 2

Der Bundesvorstand billigt die im Anhang vorgetragenen Pressemitteilungen.[9] Die Pressemitteilung zur Bildungspolitik wird zurückgestellt.

Herr ZOGLMANN wird den Bundesvorstandsmitgliedern einen schriftlichen Bericht über seine Reise nach Rumänien zukommen lassen.

---

Aula der Universität München war durch Zwischenrufe und das Ausstreuen von Flugblättern gestört werden. Vgl. SZ Nr. 127 vom 28. 5. 1965, S. 14.

6 Offenbar nicht identisch mit der in Anm. 1 genannten Vorstandssitzung. Zur Zusammensetzung der Wahlkampfkommission vgl. Nr. 44 TOP 2.

7 Vgl. Nr. 61 TOP 2.

8 Vgl. Nr. 61 TOP 2.

9 Nicht bei der Vorlage.

4. VERSCHIEDENES

a) Der Bundesparteitag 1966 soll am 6.–8. Juni in Nürnberg anläßlich der Landtagswahlen in Bayern durchgeführt werden.

b) Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am

Montag, dem 28. Juni 1965,

in Bonn, Bundeshaus, durchgeführt werden.[10]

Die Sitzung wurde in Anwesenheit von nur noch 13 Bundesvorstandsmitgliedern um 17.50 Uhr geschlossen.

ANLAGE

Kommuniqué der Bundesvorstandssitzung vom 4. Juni 1965[11]

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat am Freitag in Bonn den Stand der deutsch-englischen Beziehungen nach dem Staatsbesuch der britischen Königin[12] erörtert. Der Vorstand gab dabei seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Aufenthalt der Königin *Elisabeth* II. in der Bundesrepublik Deutschland das Verständnis der beiden Völker füreinander sichtbar gestärkt und gute Voraussetzungen für eine dauerhafte und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien geschaffen habe. Mit Sympathie hat der FDP-Bundesvorstand die Anregung der britischen Liberalen Partei zur Kenntnis genommen, dem Staatsbesuch der Königin Verhandlungen mit der Bundesrepublik über einen deutsch-britischen Freundschaftsvertrag folgen zu lassen. Der Vorstand beschloß die Bildung eines Arbeitskreises, der sich mit allen Fragen einer intensiveren deutsch-britischen Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Vorschlag der britischen Liberalen über den Abschluß eines deutsch-englischen Freundschaftsvertrages und dem von den Deutschen Jungdemokraten angeregten deutsch-englischen Jugendwerk beschäftigen und der Parteiführung entsprechende Empfehlungen unterbreiten soll. Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich *Mende* wird darüber hinaus Anfang Juli in Berlin diese Fragen mit dem Vorsitzenden der britischen Liberalen, Joe *Grimond,* erörtern. In einem einleitenden Bericht erinnerte Dr. *Mende* an die traditionellen Bemühungen der deutschen Liberalen, den Beitritt Großbritanniens zur EWG zu ermöglichen und die Bedeutung der deutsch-englischen Beziehungen für die Zukunft Europas und der freien Welt herauszustellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Vorstand einen Bericht des Stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Siegfried *Zoglmann* über seine Reise nach Bukarest anläßlich der Eröffnung der deutschen Industrieausstellung in Rumänien entgegen. Nach Ansicht der FDP zeigt die Entwicklung der

10 Vgl. Nr. 61.
11 Abgedr. in fdk 16. Jg., Nr. 45 vom 8. 6. 1965, S. 5 f.
12 Staatsbesuch von Königin *Elisabeth* II. in der Bundesrepublik vom 18. bis 28. 5. 1965. Vgl. AdG 1965, S. 11871 C.

deutsch-rumänischen Beziehungen[13] die Richtigkeit und Notwendigkeit einer aktiven deutschen Ostpolitik, wie sie von der FDP seit Jahren empfohlen wird. Der FDP-Bundesvorstand bekräftigte in diesem Zusammenhang die auf dem Frankfurter Parteitag zum Ausdruck gebrachte Auffassung der Freien Demokraten, daß die Bundesrepublik verpflichtet sei, alle Möglichkeiten für eine Verständigung mit den Staaten Ost- und Südosteuropas auszuschöpfen.[14]

In seinem einleitenden Referat gab der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich *Mende* einen Überblick über die gegenwärtig laufenden Berliner Passierscheinaktionen und die jüngste Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen. *Mende* begrüßte es, daß die Berliner aus beiden Teilen der Stadt zu Pfingsten im Ostsektor wieder zusammenkommen können.[15] Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz einer Verhärtung in der Haltung Ost-Berlins in der Frage des innerdeutschen Personenverkehrs die Anschlußverhandlungen über eine neue Passierscheinregelung erfolgreich sein werden.

Der FDP-Bundesvorstand erörterte sodann technische und politische Fragen des Bundestagswahlkampfes der Partei. Nach einem Bericht des Bundesgeschäftsführers Dr. *Friderichs* über den Stand der Vorbereitungen beschloß der Parteivorstand, den Wahlkampf der Freien Demokraten unter der Parole: „Neue Wege wagen – FDP nötiger denn je" zu führen.

---

13 Damals war eine Ausdehnung der deutsch-rumänischen Beziehungen im Gespräch. Vgl. AdG 1965, S. 11860 B.

14 Vgl. XVI. BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 9 f., 14 ff.

15 Im Rahmen der Passierscheinvereinbarung vom 24. 9. 1964 waren Passierscheine für Ostern und Pfingsten 1965 ausgegeben worden. Vgl. AdG 1964, S. 11443 E, AdG 1965, S. 11678 A, 11785 B.

## 61.

## 28. 6. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 28. Juni 1965 in Bonn, Bundeshaus." 15.20 Uhr–18.55 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck (i. V. von Graaff), [Peters], Rubin, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Borm, Dahlgrün, Eilers, Engelhard, Erbe,* Liselotte *Funcke, Holl* (DJD), Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Maier* und *Scheel.*

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Haferland, Hetzel, Kirchhoff, Lafrenz, Maurer, Richter, Schollwer, Walper.

Gast: Ordemann.

TAGESORDNUNG:

1. Bericht zur politischen Lage
2. Vorbereitung des Bundeskongresses am 7. 7. in Göttingen
3. Kandidatur Dr. *Baare-Schmidt*
4. Deutsches Gemeinschaftswerk
5. Beschlüsse und Empfehlungen des Kulturpolitischen Bundesausschusses vom 7. und 8. Februar 1964
6. Empfehlungen des Bundesverkehrsausschusses vom 23. und 24. Nov. 1964
7. Entschließung des Bundesausschusses für Europäische Fragen und Außenhandel vom 18./19. Juni 1965
8. Beschlüsse und Empfehlungen des Bundesausschusses für Mittelstandsfragen vom 8. Mai 1964 und 22. Januar 1965
9. Kurzfassung eines familienpolitischen Programms
10. Beschluß des Bundesausschusses Öffentlicher Dienst vom 10. März 1965
11. Vorlage des Jugendpolitischen Bundesausschusses zur außerschulischen Jugendarbeit vom 27. Februar 1965
12. Entschließung des Gesundheitspolitischen Bundesausschusses vom 8. Mai 1965
13. Verschiedenes (u. a. Freie Demokratische Wohlfahrt Berlin)

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die neueste Entwicklung der gesamtdeutschen Politik.[2] Außerdem diskutiert der Bundesvorstand über die Ergebnisse der Landtagswahl an der Saar.[3]

Beschluß 3

Der Bundesvorstand nimmt von dem Willen des Landesverbandes der Saar der FDP/DPS Kenntnis, die Koalition mit der CDU fortzusetzen. Er rät dem

2 Vorausgegangen waren Zwischenfälle um Berlin und im Interzonenhandel: ein Grenzzwischenfall in Berlin am 15. 6. 1965, das wiederholte Eindringen von DDR-Hubschraubern in den Westberliner Luftraum seit Mitte Juni und Änderungen beim Tarif und in der Abfertigung beim Eisenbahngüterverkehr seitens der DDR. Vgl. AdG 1965, S. 11938 F.

3 Landtagswahlen im Saarland am 27. 6. 1965 (in %): CDU 42,7, SPD 40,7, FDP/DPS 8,3, SVP/CVP 5,2. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 147.

Landesverband dringend, nur ein Ministerium durch einen Angehörigen der FDP besetzen zu lassen.[4]

Beschluß 4

Der Bundesvorstand beschließt, daß *Weyer, Mischnick* und Dr. *Dehler* ein Gespräch mit Dr. *Schneider* führen, um zu erreichen, daß Dr. *Schneider* weiter für die FDP arbeitet und ggf. bereit ist, ein saarländisches Mandat im Bundestag wieder anzunehmen.[5]

Dr. *Mende* wird gebeten, dem Landesvorsitzenden der Saar von diesem Beschluß Kenntnis zu geben.

PARTEIENFINANZIERUNG

Herr RUBIN gibt einen Bericht über den Verlauf des Prozesses in Sachen Parteienfinanzierung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe[6], in dem er als Zeuge vernommen wurde.

Er bedauert, daß im Gegensatz zu den anderen Parteien die FDP nicht durch ein Vorstandsmitglied, sondern nur durch den Bundesgeschäftsführer vertreten war.

2. VORBEREITUNG DES BUNDESKONGRESSES AM 7. JULI IN GÖTTINGEN

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die technischen Vorbereitungen des Bundeskongresses.[7] Dr. MENDE, Dr. DEHLER und Frau Dr. HAMM-BRÜCHER teilen die Konzeption ihrer Referate mit.

Beschluß 5

Der Bundesvorstand genehmigt auf Antrag *von Kühlmann-Stumm,* den ursprünglich gebilligten Slogan „Neue Wege wagen – FDP nötiger denn je" im Rahmen der Bundestagswahl nicht zu verwenden und dagegen den Slogan „Weiter auf neuen Wegen – FDP nötiger denn je" zu führen.

3. KANDIDATUR DR. BAARE-SCHMIDT

Der Vertreter des Landesverbandes Schlewig-Holstein teilt die Einzelheiten des Lebenslaufes des Dr. *Baare-Schmidt*[8] nach eigenen Angaben und persönlichen Nachprüfungen mit. PETERS betont, daß nach seinen Nachprüfungen die politische Vergangenheit von Dr. *Baare-Schmidt* einwandfrei ist. Von der Re-

---

4 In der Regierung *Röder* (CDU) erhielt die FDP die Ressorts Finanzen und Forsten *(Koch)* sowie Arbeit und Sozialwesen *(Simonis).* Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 307.

5 Heinrich *Schneider,* MdB bis zum Ende der 4. WP 1965. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 1150.

6 Am 19. 7. 1966 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Recht der GDP, der BP und der NDP auf Chancengleichheit dadurch verletzt, daß nur die im Bundestag vertretenen Parteien Haushaltsmittel erhielten. Vgl. BVerfGE 20, S. 56–119. Ebenfalls am 19. 7. 1966 erklärte das Bundesverfassungsgericht Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die politischen Parteien für ihr Wirken bei der politischen Willensbildung für grundgesetzwidrig, bezeichnete aber die Erstattung der Wahlkampfkosten als statthaft. Vgl. BVerfGE 20, S. 119–144.

7 FDP-Bundeskongreß unter dem Thema „Freiheit fordert Entscheidung". Vgl. fdk Nr. 243/65 (T) vom 7. 7. 1965.

8 Hans Georg *Baare-Schmidt,* Vors. des FDP-Kreisverbandes Lauenburg.

de Dr. *Baare-Schmidts* anläßlich des Landesparteitages[9] habe sich der Landesvorstand bereits distanziert.

Beschluß 6

Der Bundesvorstand bittet den Landesvorstand Schleswig-Holstein, auf den Kandidaten Dr. *Baare-Schmidt* einzuwirken, daß das Berliner Programm[10] und die Aussagen auf dem Bundesparteitag in Frankfurt/Main[11] Grundlage seiner Wahlpropaganda bleiben mögen.

4. DEUTSCHES GEMEINSCHAFTSWERK

MISCHNICK gibt einen Bericht über die Vorschläge von Bundeskanzler *Erhard* zur Einleitung eines Gemeinschaftswerkes[12] und ist der Auffassung, daß die FDP dazu unbedingt Stellung nehmen müsse.

Beschluß 7

*Mischnick*, Dr. *Starke*, *Müller-Link*, *Hoppe* und Dr. *Emde* werden gebeten, Gegenvorschläge unter Hinzuziehung von Dr. *Dahlgrün* auszuarbeiten.

Dr. *Starke* wird gebeten, für den Göttinger Kongreß[13] einen entsprechenden Diskussionsbeitrag vorzubereiten.

13. VERSCHIEDENES

a) Freie Demokratische Wohlfahrt

HOPPE bittet für den Landesverband Berlin um eine monatliche Unterstützung von rd. DM 800 zur Verwaltung der Freien Demokratischen Wohlfahrt. Er betont, daß diese Hilfe für eine Fortsetzung der Arbeit der Freien Demokratischen Wohlfahrt ausreichen dürfte.

RUBIN teilt mit, daß die Arbeit der FDW entweder richtig oder gar nicht durchgeführt werden sollte. Für eine richtige Durchführung wäre der von *Hoppe* angegebene Betrag zu gering. Er empfiehlt daher keine Unterstützung, da die Aufgabe einer Partei nicht in der Vollbringung guter Taten gesehen werden dürfte.

---

9 Auf dem Landesparteitag vom 9. bis 11. 4. 1965 in Bad Oldesloe hatte sich *Baare-Schmidt* in seinem Referat „Ist Deutschland teilbar?" für mehr als nur technische Kontakte mit Ost-Berlin, gesamtdeutsche Wahlen, Anerkennung der Ostgrenzen und Erweiterung der Kontakte mit den kommunistischen Staaten Osteuropas ausgesprochen. Vgl. KIELER NACHRICHTEN 20. Jg., Nr. 85 vom 10./11. 4. 1965, S. 9 und Nr. 86 vom 12. 4. 1965, S. 5 (BPA).

10 Vgl. Nr. 18 Anm. 140.

11 16. Bundesparteitag vom 21.–23. 3. 1965. Vgl. XVI. BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 1–192.

12 Bei dem „Deutschen Gemeinschaftswerk" handelte es sich um einen Plan zur langfristigen Finanzierung von „Gemeinschaftsaufgaben". Dieser Plan war die erste von Bundeskanzler *Erhard* ins Auge gefaßte Konkretisierung der von ihm postulierten „Formierten Gesellschaft". Zum Zusammenhang zwischen beiden vgl. *Erhards* Referat in: 13. CDU-BUNDESPARTEITAG 1965, 1965, S. 704 ff., 710 ff.; DEUTSCHES GEMEINSCHAFTSWERK. Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben. Idee und Wirkung. Das Echo in Presse und Rundfunk. Hrsg. Hermann Unland/Heinz Winkler, Bonn 1965. Aus FDP-Sicht vgl. dazu Heinz STARKE, Gedanken zum Deutschen Gemeinschaftswerk, in: fdk Nr. 248/65 (T) vom 12. 7. 1965, S. 1–5.

13 Siehe TOP 2.

Beschluß 8

Der Landesverband Berlin wird gebeten, einen neuen Antrag zur Unterstützung der FDW einzureichen mit einem entsprechenden Vorschlag, wie eine vernünftige Arbeit geleistet werden könne. Dieser Antrag soll zunächst dem engeren Bundesvorstand zur Behandlung überwiesen werden.

b) Insertion Niedersachsen

Dr. VON NOTTBECK bittet um die Finanzierung eines Abschlußinserates in der Konkordatsfrage[14] für den Landesverband Niedersachsen.

Beschluß 9

Der Bundesvorstand beschließt, daß eine kombinierte Text- (Konkordats)-Ankündigungsanzeige anläßlich des Kongresses in Göttingen vor dem 7. Juli aufgegeben wird.

Die Punkte 6, 7, 8, 9, 10 und 11 werden von der Tagesordnung abgesetzt, da die Vorsitzenden der einzelnen Fachausschüsse trotz einer entsprechenden Einladung zur Sitzung des Bundesvorstandes nicht erschienen sind.

12. ENTSCHLIESSUNG DES GESUNDHEITSPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES VOM 8. MAI 1965

Beschluß 10

Die Entschließung des Gesundheitspolitischen Bundesausschusses vom 8. Mai 1965 zum Fortbestand eines Gesundheitsministeriums bei ausreichender qualitativer Besetzung[15] wird gebilligt mit der Einschränkung, daß diese Entschließung von der Wahlkampfaussage auszuklammern sei.

5. BESCHLÜSSE UND EMPFEHLUNGEN DES KULTURPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES

Beschluß 11

Der Bundesvorstand nimmt die Beschlüsse und Empfehlungen des Kulturpolitischen Bundesausschusses[16] zustimmend zur Kenntnis.

Der Anregung von Frau Dr. *Hamm-Brücher,* anläßlich der Demonstration der Studenten zum Bildungsnotstand einen Brief an die AStA der einzelnen Universitäten zu senden und diesen Brief ohne Namensnennung in der „fdk" als maßvolle Sympathieerklärung zu veröffentlichen, wird gebilligt.

---

14 Vgl. Nr. 59 Anm. 21.

15 Vgl. Anlage zu Rundschreiben BV 15/65 vom 21. 6. 1965 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, Ordner Nr. 120).

16 Vgl. Anlage zu Rundschreiben BV 15/65 vom 21. 6. 1965 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, Ordner Nr. 120). Die Beschlüsse und Empfehlungen betrafen die Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung und Lehrerbesoldung.

FACHAUSSCHÜSSE

Beschluß 12

Der Bundesvorstand wird nach den Wahlen auf Antrag von Herrn *Rubin* die Arbeit der Fachausschüsse[17] kritisch überprüfen.

Der engere Bundesvorstand soll sich zunächst mit diesem Problem befassen.

17 Vgl. die Übersicht über die Fachausschüsse in Nr. 28 Anlage.

## 62.

## 2. 9. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Vorsitz: Weyer. Sitzung des Bundesvorstandes am 2. September 1965 in Essen, GRUGA (Ausstellungsgelände), Restaurant „Großer Blumenhof", Angerterrassen, Nordzimmer. 15.00 Uhr–16.20 Uhr.**[1]

Teilnehmer: [Achenbach, Atzenroth, Baum (DJD) (i. V. von Holl), Borm, Bucher, Klaus Dehler, Eggers, Eilers, Hedi Flitz, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Glahn, Carlo Graaff, Hildegard Hamm-Brücher, Hilde Kappus, Koch, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mischnick, Rubin, Scheel, Seifert, Simonis, Smikalla, Stoltz, Hans-Udo Vogel, Weyer sowie drei weitere Teilnehmer mit nicht lesbarem Namenszug].[2]

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" Nr. 204 vom 3. September 1965, S. 1.

MENDE LEGT SICH AUF FORTSETZUNG DER KOALITION FEST.

Voraussetzungen bleiben: Keine absolute Mehrheit der CDU und ohne *Strauß*/Bedenken zu Genf/FDP-Kongreß in Essen – Bericht unseres Korrespondenten.

L. B. Essen, 2. September. Die Freien Demokraten haben sich am Donnerstag in Essen[3] auf die Fortsetzung der Regierungskoalition mit der Union nach den Bundestagswahlen festgelegt. Ihr Vorsitzender *Mende* und sein Stellvertreter *Weyer* erklärten übereinstimmend, sie seien überzeugt, daß die Wähler am 19. September beide Parteien beauftragen würden, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen. Die FDP sei zu dieser Zusammenarbeit bereit, sofern der Koalitionspartner nicht die absolute Mehrheit errreiche, der liberale Einfluß auf die Regierungsarbeit also gesichert sei und der CSU-Vorsitzende *Strauß* nicht wieder

1 Für die Angaben über Ort und Zeit und Tagesordnung vgl. Rundschreiben BV 23/65 vom 5. 8. 1965 an die Mitglieder des BV, Rundschreiben Zu BV 23/65 vom 30. 8. 1965 an die Mitglieder des BV und Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 2. 9. 1965 (ADL, Ordner Nr. 120).

2 So die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 2. 9. 1965 (ADL, Ordner Nr. 120). Entschuldigt waren Thomas *Dehler, Engelhard, Hoppe,* Marie-Elisabeth *Lüders, Müller-Link* und *Saam.*

3 Ort des Wahlkongresses der FDP am 2. 9. 1965.

Minister werde.[4] An einer Allparteien-Regierung werde sich die FDP nur beteiligen, wenn eine unmittelbare Entscheidung über einen deutschen Friedensvertrag bevorstehe oder die Bundesrepublik in eine ihre Existenz bedrohende Gefahr gerate." [...]

4 Franz Josef *Strauß* war Bundesverteidigungsminister bis 11. 12. 1962 und m. d. W. d. G. b. bis 9. 1. 1963.

## 63 a.

## 22. 9. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 22. September 1965 in Bonn, Bundeshaus." 15.20 Uhr–19.45 Uhr.[1]**

Teilnehmer: [Achenbach, Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eilers, Eisenmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Glahn, Graaff, Haferland, Holl (DJD), Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Maurer, Mende, Mischnick, Müller-Link, Saam, Simonis, Scheel, Schollwer, Starke, Stoltz, Wedel, Weyer, Zoglmann].[2]

TAGESORDNUNG

1. Kurzanalyse der Bundestagswahl 1965
2. Politische Situation
3. Nachwahlen im Obertaunus-Kreis und in Schweinfurt
4. Verschiedenes

[2. POLITISCHE SITUATION]

Dr. MENDE gibt einen Bericht über den Ausgang der Bundestagswahlen 1965.[3]

1 Die Sitzung verlief harmonisch, „abgesehen von einem Zusammenstoß zwischen *Weyer* und *Zoglmann* wegen der Frage, ob für die politische Zielsetzung Bundesvorstand oder Fraktion Priorität hätten. Die Frage wurde eindeutig dahin entschieden, daß dem Bundesvorstand die Führungsaufgabe in der Partei zukomme." Vgl. „Bericht über die Bundesvorstandssitzung am 22. 9. 1965 in Bonn", in: Schreiben von Klaus Dehler, Landesvors., vom 24. 9. 1965 an die Mitglieder des Landesvorstandes der FDP Bayern (ADL, Ordner Nr. 120).

2 So die Anwesenheitsliste im ADL, Ordner Nr. 120. K. *Dehler* zufolge (siehe Anm. 1) wurden wegen der Vertraulichkeit ausgeschlossen „alle Gäste und die hauptamtlichen Angestellten der Bundesgeschäftsführung bis auf den Bundesgeschäftsführer, den Fraktionssekretär, Herrn Schollwer und dem Protokollführer".

3 Bundestagswahlen vom 19. 9. 1965 (Zweitstimmen in %): CDU/CSU 47,6, SPD 39,3, FDP 9,5, NPD 2,0, DFU 1,3, AUD 0,2, CVP 0,1. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 37, 50 und ausführlicher *Mendes* politischen Bericht in Nr. 63 b. Vgl. dagegen die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1961 in Nr. 17 Anm. 3.

Beschluß

In einem Rundschreiben sollen die Parteifreunde noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß als Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen mit bewußten Falschmeldungen und Störmanövern zu rechnen sei.[4]

[1. KURZANALYSE DER BUNDESTAGSWAHL VON 1965]

Dr. FRIDERICHS gibt eine erste Kurzanalyse über den Ausgang der Bundestagswahlen[5] und betont, daß für eine weitere sachliche permanente Wahlkampfarbeit eine ausführliche große Analyse vorbereitet wird. Er gibt eine Übersicht, nach welchen Gesichtspunkten diese Analyse laut Schreiben vom 16. September 1965 an die Landesverbände ausgerichtet werden soll.[6]

Nach den Berichten des Parteivorsitzenden und des Bundesgeschäftsführers findet eine ausführliche Aussprache statt.

Beschluß

Der Bundesvorstand bestätigt nochmals folgende drei Grundsätze:

1. Die Freien Demokraten sind in Übereinstimmung mit ihren Wahlkampfaussagen bereit, die Regierungskoalition unter Professor *Erhard* forzusetzen.
2. Voraussetzung dafür ist die Durchsetzung eines sachlichen und personellen Programms, das eine liberale Politik in der kommenden Bundesregierung gewährleistet.
3. Weitere Voraussetzungen sind keine unzumutbaren personellen Forderungen der Gegenseite. Der Bundesvorstand betont, daß er nicht bereit ist, eine Koalition um jeden Preis fortzusetzen.
   a) Der Bundesvorstand hält es getreu den Wahlkampfaussagen für indiskutabel, daß von der Gegenseite überhaupt *Strauß*[7] als Kandidat für ein Ministeramt angeboten wird.
   b) Er hält daran fest, daß Dr. *Mende* im Bundeskabinett verbleiben soll.[8]
4. Die FDP erwartet, daß Bundeskanzler *Erhard* der FDP sein Sachprogramm und seine organisatorischen und personellen Vorstellungen entwickeln wird.
5. Auf Antrag von *Glahn* beschließt der Bundesvorstand, daß auf der morgigen Sitzung des Bundesvorstandes und der über die Landeslisten der FDP gewählten Abgeordneten als Verhandlungskommission der Parteivorsitzen-

---

4 Das Rundschreiben vom 7. 10. 1965 (ohne die sonst üblichen Kennbuchstaben BV oder R und ohne Kennziffer) beginnt mit der Anrede „Liebe Parteifreunde!" und ist mit „Erich *Mende*" unterschrieben (ADL, Akte 538).

5 Vgl. dazu ausführlicher *Friderichs* Analyse in Nr. 63 b.

6 Vermutlich das Fernschreiben Nr. 143 vom 18. 9. 1965, 11.15 Uhr von Bundesgeschäftsführer *Friderichs* an alle Landesverbände. Es betraf Fehlinterpretationen von Umfrageergebnissen und Stellungnahmen der FDP zur Koalitionsfrage (ADL, A 2–35).

7 *Strauß* war durch die „Spiegel"-Affäre belastet. Vgl. Nr. 32 Anm. 4.

8 *Mende* blieb Mitglied des Kabinetts *Erhard* bis zum 28. 10. 1966.

de und seine drei Stellvertreter sowie der Fraktionsvorsitzende und als Protokollführer Herr *Genscher* vorgeschlagen werden.[9] Diese Kommission soll die Verhandlungen für die FDP führen.

Dieser Beschluß wird einstimmig gebilligt.

Beschluß

Auf Antrag von *Starke* soll eine Sachkommission gebildet werden, die Grundsätze für eine sachliche Arbeit der FDP in der Koalition entwickeln soll.[10] Dieses Sachprogramm soll *Erhard* mit einem Durchschlag an die CDU/CSU vorgelegt werden. Die Mitglieder der Sachkommission sollen morgen in der gemeinsamen Sitzung benannt werden.

Der Bundesvorstand ist sich einig, daß personelle Fragen in der Öffentlichkeit nicht behandelt werden sollen, um die Verhandlungsposition der FDP nicht zu gefährden.

3. NACHWAHLEN IM OBERTAUNUS-KREIS UND IN SCHWEINFURT[11]

MISCHNICK teilt mit, daß vom Ergebnis der Nachwahlen das 49. Mandat der FDP abhängen wird, das bei schlechtem Abschneiden an die SPD abgegeben werden muß. Es ist zu erwägen, ob im Obertaunus-Kreis wegen der Erst- und Zweitstimmen in diesem Falle eine Absprache mit der CDU getroffen werden kann.[12]

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt den vorliegenden Etat für die Nachwahlen in einer Höhe von rd. DM 50 000.

Es sollen außerdem vier Forumsdiskussionen durchgeführt werden.

a) 27. September 1965 Weilburg

mit Dr. *Mende, Weyer,* Dr. *Bucher, Mischnick, von Kühlmann-Stumm, Kohl*

b) 28. September 1965 Kitzingen

mit Dr. *Mende, Weyer,* Dr. *Bucher, Mischnick,* Dr. *Starke*

c) 30. September 1965 Schweinfurt

mit Dr. *Mende,* Dr. *Bucher, Mischnick,* Dr. *Starke*

d) 1. Oktober 1965 Bad Homburg

mit Dr. *Mende, Mischnick, von Kühlmann-Stumm, Kohl*

---

9 Zur ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 63 c Ziffer 4.

10 Zu ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 63 c Ziffer 5.

11 Wegen zwei Todesfällen fanden im Obertaunus-Kreis und in Schweinfurt am 3. 10. 1965 Nachwahlen statt. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 200.

12 Die FDP empfahl ihren Anhängern in beiden Wahlkreisen, mit der Erststimme den Kandidaten der Koalitionspartei zu unterstützen. So siegte im Obertaunus-Kreis Walter *Leisler Kiep* (CDU), im Wahlkreis Schweinfurt Max *Schulze-Vorberg* (CSU). Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 200. Das Ergebnis der Nachwahl bestätigte das bis dahin noch nicht gesicherte 49. Bundestagsmandat der FDP. Vgl. fdk Nr. 345/65 (T) vom 4. 10. 1965.

4. VERSCHIEDENES

An der *Wessel*-Runde[13] soll für die FDP am heutigen Abend *Mischnick* teilnehmen.

Frau *Funcke* soll einen Brief im Namen des Bundesvorstands an den Landesbischof *Lilje* schreiben und darin die Verärgerung der FDP über die Wahlempfehlung des Landesbischofs mitteilen.[14]

---

13 Diskussion im Fernsehen unter Leitung von Kurt *Wessel*.
14 Nicht ermittelt.

## 63 b.

## 23. 9. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Vorsitz: Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion vom 23. 9. 1965." 10.15 Uhr–14.10 Uhr.**

Teilnehmer: die Mitglieder des Bundesvorstandes (außer zwei entschuldigten Mitgliedern) und der Bundestagsfraktion.

[PRÄLIMINARIEN]

Dr. MENDE: Er gibt die Vertraulichkeit dieser ersten gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und neugewählten Abgeordneten bekannt. Warnung vor Indiskretionen.

Geburtstagsglückwünsche für die Abgeordneten, die seit dem letzten Zusammensein der Fraktion ein neues Lebensjahr begonnen haben: *Scheel* (46), *Lenz* (58), Dr. *Emde* (46), *Sander* (55), *Ramms* (56), *Peters* (53), *Zoglmann* (52), *Walter* (69), *Schmidt* (43); *Opitz* (45).

Entschuldigt sind: Dr. *Menne* (Moskau) und *Sander* (anderweitige Verpflichtungen).

Dr. MENDE beglückwünscht insbesondere die neugewählten Abgeordneten des 5. Bundestages und stellt vor: *Saam, Haas, Geldner, Borm, Staratzke, Wurbs, Graaff, Mühlhan, Friderichs, Genscher.*

In der neuen Fraktion befinden sich jetzt 10 neue und 40 alte Abgeordnete. Davon sind *Dehler* und *Mende* 16 Jahre dabei.

In dieser Sitzung ist eine Verhandlungskommission und eine Grundsatzkommission zu bilden. Die Besprechung von Sach- und Personalfragen mit der CDU/CSU findet wahrscheinlich erst übernächste Woche (ab 4. 10. 1965) statt. Den Abschluß muß der Hauptausschuß zur Kenntnis nehmen und billigen. Möglicherweise muß auch ein außerordentlicher Parteitag einberufen

werden. Der 4. Bundestag ist bis 18. 10. 1965 im Amt. Am 19. 10. 1965 wird der 5. Bundestag konstituiert und eventuell die Kanzlerwahl stattfinden.

Zur Nachwahl: In beiden Wahlkreisen (Hessen und Bayern)[1] werden je zwei Foren durchgeführt. Ein schlechtes Abschneiden bei dieser Nachwahl gefährdet den 49. Sitz der Fraktion (Dr. *Emde*). Deshalb ist eine Solidaritätsaktion erforderlich.

Dr. FRIDERICHS: In der gestrigen Sitzung im Main-Taunus-Kreis wurden zwei Foren beschlossen, und zwar am 27. 9. in Weilburg und am 1. 10. in Bad Homburg. Beide Foren werden durch Team I geführt. Darüber hinaus sind Adressenaktionen und Anzeigen vorgesehen. Die anfallenden Kosten werden auf 25 bis 30 000,– DM geschätzt. Weiterhin soll eine Fraktionssitzung in diesem Wahlkreis mit 30 Versammlungsaktionen durchgeführt werden. Es sind 215 Gemeinden zu betreuen.

Morgen findet ein Gespräch in Schweinfurt statt. Dort sollen zwei Foren mit Team I durchgeführt werden, und zwar am 28. 9. in Kitzingen und am 30. 9. 1965 in Schweinfurt. Auch hier ist eine Fraktionssitzung erforderlich. Sicherlich werden in beiden Wahlkreisen die CDU/CSU-Erstkandidaten gewählt.

MISCHNICK: Es soll der Versuch unternommen werden, eine Absprache mit der CDU wegen der Zweitstimmen zu erreichen. Eine gleiche Absprache mit der CSU ist deshalb nicht zu erreichen, weil es zwischen CDU und CSU keine Listenverbindung gibt.

KUBITZKA: Der CSU-Kandidat *Schulze-Vorberg* ist in Schweinfurt unumstritten.

VON KÜHLMANN-STUMM: Er appelliert an die Abgeordneten, an den Fraktionssitzungen in den beiden Wahlkreisen teilzunehmen.

MISCHNICK: Wegen des Presseechos ist es nicht zweckmäßig, die Fraktionssitzungen auf den gleichen Tag wie die Foren zu legen.

VON KÜHLMANN-STUMM: Der Termin für die Fraktionssitzung in Hessen ist der 28. 9. 1965, 15.30 Uhr (Kelkheim), für die Fraktionssitzung in Bayern der 29. 9. 1965, 15.30 Uhr in Gerolzhofen, Gasthof „Wilder Mann".

POLITISCHER BERICHT

Dr. MENDE: Der Bundesvorstand befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Wahlkampfanalyse in der Rückschau der vier Bundestage.[2] Im 4. Bundestag wurde die Anti-*Adenauer*-Stimmung, die uns zugute kam, in eine Pro-*Erhard*-Stimmung umgemünzt. 1965 gingen dann die *Erhard*-Wähler wieder zur CDU zurück. Das Ergebnis des Allensbach-Institutes war nachweisbar manipuliert, wenn von einem Kopf- an Kopf-Rennen gesprochen wurde. Bereits im August lag der Bundesregierung ein anderes Ergebnis vor, nämlich 48 % für die CDU, 42 % für die SPD und 8 % für die FDP. Außerdem wurde das Wahlergebnis durch die geringe Anzahl der Fernsehsendungen, die der

1 Zu den Nachwahlen vgl. Nr. 63 a Anm. 11 und 12.
2 Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 74 f., 77.

FDP zugestanden wurden, und auch durch eine gewisse Uneinigkeit in den eigenen Reihen beeinträchtigt.[3] Der kleinere Koalitionspartner strebt die Partnerschaft an. Der Wähler will also wissen, wessen Partner die FDP sein will. Folgende Wahlziele wurden erreicht: „FDP gegen absolute Mehrheit" – „FDP gegen schwarz-rote Koalition". Auch das Wahlziel, daß die FDP die Koalition fortsetzen will, wurde bestätigt. Die Struktur der FDP spricht gegen eine SPD-FDP-Koalition. Angriffe gegen *Lübke* und *Erhard* zahlen sich wegen deren Popularität nicht aus.

Dr. MENDE verliest den Brief des Bundespräsidenten wegen der Kanzlernominierung.[4]

*Lübke* hat mit *Adenauer* und *Strauß* vereinbart, daß bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen *Gerstenmaier* Kanzler einer schwarz-roten Koalition werden soll.

Dr. MENDE geht dann auf das mit Dr. *Lübke* geführte Gespräch ein.[5] *Brandt* hat dabei gesagt, daß er nach Berlin zurückgeht und *Adenauer* hat *Erhard* als Kanzler vorgeschlagen. *Mende* hat *Lübke* seine Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition erklärt, wenn eine liberale Politik möglich ist. Auf die Festlegung der Partei gegen ein Ministeramt für *Strauß* hat er hingewiesen.[6] *Lübke* teilt nicht die Auffassung von *Strauß,* daß Parteivorsitzende nicht in das Kabinett eintreten sollen.

Der Bundesvorstand hat einstimmig festgestellt, daß

1. die CDU/CSU-FDP-Koalition bei Fortsetzung der bisherigen gesamtdeutschen Politik, einer liberalen Wirtschaftspolitik und einer Währungsstabilitätspolitik wieder eingegangen werden soll. Ein Koalitionspapier ist nicht notwendig, aber das Regierungsprogramm sollte mit *Erhard* abgesprochen werden;
2. der Parteivorsitzende in der bisherigen Position[7] verbleiben soll;
3. sich die FDP im Falle *Strauß* kompromißlos verhalten soll.

Um die nächste Zeit gut durchzustehen, ist ein Höchstmaß an Geschlossenheit notwendig. Wir sollten uns nicht von Störmeldungen beeinflussen lassen. *Erhard* hat *Mende* gewarnt, sich aus München provozieren zu lassen. Das hätte die FDP nicht nötig.

Wenn wir aus 1961 lernen und eine gute Politik betreiben, können wir eine ansteigende Tendenz erwarten. Wir haben ein mittleres Ergebnis – das katastro-

---

3 Siehe die Zahlen des Wahlergebnisses in Nr. 63 a Anm. 3.

4 Brief von *Lübke* an *Mende* und die übrigen Parteivorsitzenden vom 16. 9. 1965. In ihm hatte der Bundespräsident mit Rücksicht auf den zu erwartenden knappen Wahlausgang gebeten, keine Kandidatenvorschläge für den kommenden Bundeskanzler zu machen oder zu befürworten, die bei der Bevölkerung Verwirrung stiften könnten. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 198.

5 Am 21. 9. 1965 hatte Bundespräsident *Lübke* nacheinander die Parteivorsitzenden empfangen. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 199.

6 Vgl. dazu E. MENDE, Wende, 1986, S. 200.

7 Vizekanzler und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

phale Hamburger Ergebnis[8] wird noch untersucht; daß uns die NPD Stimmen wegnimmt, war auch klar.

Der Verhandlungskommission sollen angehören: Der Parteivorsitzende und seine drei Stellvertreter, der Fraktionsvorsitzende und *Genscher* als Protokollführer.

Weiterhin ist eine Grundsatzkommission für die Sachverhandlungen zu bilden. Hierfür sollen Vorschläge aus diesem Kreise kommen.

[WAHLANALYSE]

Dr. FRIDERICHS: Zum Wahlergebnis: am 16. 9. wurde den Hauptgeschäftsführern bekanntgegeben, wie die Analyse des Wahlergebnisses untersucht werden soll.

Bei der Rohanalyse fiel auf: Es ist ein Stimmenrückgang von 3,3 % zu verzeichnen, d. h. etwa 1/4 der Stimmen ging gegenüber 1961 verloren.[9] Im einzelnen betrug der Stimmenrückgang: in Niedersachsen 2,3 %, in Bayern 1,5 %, in Baden-Württemberg 3,5 %, in Hessen 3,3 %, in Hamburg 6,3 %, in Nordrhein-Westfalen 4,1 %, im Saarland 4,3 %, in Schleswig-Holstein 4,4 %.

Die CDU kann ein Ansteigen um 3 % und die SPD von 2,2 % verzeichnen. In Bremen hat die SPD 1,1 % der Stimmen verloren.

Die Verluste der FDP in Norddeutschland kamen vorwiegend der CDU zugute. In Hamburg stieg die CDU um 5,7 %, in Hannover um 2,3 %, dagegen verringerten sich die Stimmenprozente der CDU in Essen um 2,8 % und in Köln um 2,7 %. In diesen beiden Städten hatte die SPD die höchsten Stimmengewinne zu verzeichnen. Das FDP-Ergebnis in den Großstädten ist bedrückend. So ging der Stimmenanteil der FDP in Dortmund um 4,4 % und in Köln um 5,5 % zurück. Dagegen hat die FDP in München gegenüber 1961 nur 1,9 % verloren.

Eine genaue Analyse wird den Abgeordneten schriftlich zugeleitet.

In Hamburg hat die FDP ihren 61er Zuwachs gegenüber 1957 im Jahre 1965 voll abgegeben. Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegen in ihrem Ergebnis über 1957. Baden-Württemberg hat dagegen einen Rückgang von 9 % zu verzeichnen; aus bekannten Gründen ging auch der FDP-Stimmenanteil an der Saar stark zurück.

Hamburg konnte als einziger Landesverband auch das Landtagswahlergebnis nicht halten (./. 0,2 %)[10], obwohl die Bürgerschaftwahl zu einem Zeitpunkt erfolgte, als sich die FDP auf ihrem Tiefststand befand.

---

8 FDP 1965: 9,4 % (1961: 15,7 %). Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 88.

9 Zweitstimmen der FDP 1965: 9,5 % (1961: 12,8 %). Vgl. G. A. RITTER, M. NIEHUSS, 1987, S. 74 f.

10 Bürgerschaftswahlen 1961: FDP 9,6 %, Bundestagswahlen 1965: FDP in Hamburg 9,4 %. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 88, 139.

Daß eine Koalition auf das Wahlergebnis nicht unbedingt negativ wirken muß, zeigt sich darin, daß wir von 5 % in der Meinungsumfrage am Jahresbeginn wieder auf ein Wahlergebnis von 9,5 % gekommen sind.

Die Frage, warum die FDP nicht das Wahlziel erreicht hat, über 10 % zu kommen, ist wie folgt zu beantworten:

1. Das Märchen von dem Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD kostete uns mindestens 0,5 %.
2. Die zu spät erarbeitete Konzeption wurde nicht konsequent durchgehalten (Koalitionsplanspiele).

Man muß alles tun, um ein besseres Wahlergebnis in NRW zu gewährleisten. Dafür ist auch unser Verhalten hier in Bonn mit entscheidend.

DORN: Nach außen sollten wir nicht sagen, daß *Genscher* als Protokollführer an der Verhandlungskommission teilnimmt.

KOHL: Das Wahlziel gegen die absolute Mehrheit hat viele Wähler dazu gebracht, die jeweils zweitstärkste Partei, d. h. CDU oder SPD zu wählen.

ERTL: Er dankt Dr. *Friderichs,* daß er den Abgeordneten Material übergeben will. Festzustellen ist, daß die Sachaussage zu gering war. Man hätte z. B. die Lohnsteuerfreiheit der Überstunden mehr herausstellen sollen. Mit Rechtsstaatlichkeit ist auf dem flachen Lande nicht viel zu holen. Die positive Leistung der FDP in dieser Koalition und nicht das Negative hätte mehr in den Vordergrund gestellt werden müssen. Wenn die Entscheidung gefallen ist, sollte man das Thema *Strauß* beenden. Er hat Sorge bezüglich der kommenden Koalition. Die CDU wird eine Umarmung à la DP versuchen. Die Sachdiskussion ist wichtiger als die Personalfrage. Wenn wir uns z. B. in der Ostpolitik nicht durchsetzen, müssen wir die Konsequenzen ziehen und die Koalition an dieser Sachfrage scheitern lassen. Es sollte keine Entscheidung ohne die Fraktion erfolgen, die sich bald konstituieren muß.

Was die Frage der Indiskretionen angeht, so sind diese nicht vom Fußvolk, sondern von der Fraktionsspitze gekommen.

Wenn die CDU mit uns verhandeln will, muß unser Sachprogramm vorliegen.

Dr. MENDE: Der Bundesvorstand ist zur Führung verpflichtet. Fraktion und Bundesvorstand müssen verklammert sein. Hier darf keine Rivalität entstehen.

SCHULTZ: Die Koalition sollte nicht an Personen (außer *Strauß*) scheitern, sondern höchstens an Sachfragen, wenn nicht gewährleistet ist, daß liberale Prinzipien durchsetzbar sind.

Dr. HAAS: Das Problem in den Großstädten liegt darin, daß man die industrielle Massengesellschaft nicht genügend angesprochen hat (in Bayern wurde ein gutes Ergebnis in München und Würzburg erzielt, d. h. in Städten mit einer geistigen Schicht, nicht aber in Nürnberg und Fürth).

Es sollten so wenig Verlautbarungen wie möglich abgegeben werden.

EISENMANN: In der Frage der Sachverhandlungen sollten die Arbeitskreise zusammentreten und sich an die Aussagen des Frankfurter Parteitages anlehnen.

KOHL: Für die Behandlung der außenpolitischen Fragen in der Sachkommission schlägt er Dr. *Dehler* und Dr. *Achenbach* vor.

DORN: Er ist gegen Kompetenzschwierigkeiten innerhalb der Partei. Im Augenblick sollten wir keine personellen Forderungen stellen. Es war schon falsch zu sagen, daß wir den Finanzminister stellen wollen. Man sollte erst einmal abwarten, was die CDU will. In bezug auf die Besetzung der Verhandlungskommission ist es gleich, ob sie der Fraktion angehören oder nicht.

KUBITZKA: Die Wahlkampfführung in Form einer Waschmittelwerbung erscheint ihm für eine politische Partei nicht geeignet. Er spricht sich gegen eine Differenzierung in bezug auf alte und neue Fraktion aus. Entweder muß die alte Fraktion oder aber die neue Fraktion zuständig sein. Auch er spricht sich gegen Indiskretionen aus. Aber warum wird dann plakatiert, daß wir das Finanzministerium haben wollen.

Er beantragt die Aufnahme von *Zoglmann* in die Verhandlungskommission.

Dr. DEHLER: Er stellt klar, daß die letzte Entscheidung über das Eingehen der Koalition bei der Bundestagsfraktion und nicht bei der Partei liegt. Dabei bezieht er sich auf Art. 38 GG. Das schließt aber die Verbundenheit von Partei und Fraktion nicht aus. Er hält eine Einberufung des Hauptausschusses nur bei Differenzen, die er aber nicht erwartet, für notwendig.

ZOGLMANN: Er unterstreicht Dr. *Dehlers* Äußerungen. Er lehnt seine Teilnahme an der Verhandlungskommission ab. Wichtig ist die Sachaussage. Hier schlägt er vor, folgende Abgeordnete zu benennen:

| | |
|---|---|
| für Wirtschaft und Finanzen: | Dr. *Starke* (Zuruf Dr. *Dahlgrün*) |
| für Sozialpolitik | *Spitzmüller* |
| für Bildung: | *Moersch* (Zuruf *Lenz*) |
| für Innenpolitik: | *Dorn,* Dr. *Emde* |
| für Außenpolitik: | Dr. *Dehler,* Dr. *Achenbach.* |

Das Wahlergebnis erfordert, daß wir verhandeln, aber wir müssen auch die Alternative sehen. Bei der Wahl der Sachgebiete der Ressorts müssen wir an die Kontinuität denken.

SAAM: Er unterstützt den Vorschlag über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission. Bei den Sachvorschlägen sollten nur Grundsatzfragen angeschnitten werden.

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: Zur Vorbereitung der Sachfragen sollen die Arbeitskreise zusammentreten und nach wünschenswerten und unabdingbaren Forderungen unterscheiden. Die Arbeitskreise sollten nicht zur gleichen Zeit tagen, so daß man Gelegenheit hat, mehrere Arbeitskreise aufzusuchen.

Dr. HAMM: Wir sollten die Sachaussage beschränken und nicht auf alle Einzelfragen ausdehnen. Die größten Gefahren drohen uns in der Außen- und Gesellschaftspolitik.

REICHMANN: Schwerpunkt wird die Europapolitik sein. Hierfür sollten wir Herrn Dr. *Starke* in die Sachkommission entsenden.

Dr. DEHLER: *Erhard* sollte nahegelegt werden, daß er das Regierungsprogramm gemeinsam mit uns erarbeitet. Dr. DEHLER spricht sich für ein schriftlich fixiertes Koalitionsabkommen und für die Beibehaltung des Koalitionsausschusses aus. Einsame Entscheidungen dürfen nicht mehr fallen. Kanzler und Vizekanzler müssen regelmäßig alle entscheidenden Fragen miteinander besprechen.

Dr. MENDE: Er läßt über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission abstimmen und stellt fest, daß der Vorschlag des Bundesvorstandes (Parteivorsitzender und seine drei Stellvertreter, Fraktionsvorsitzender und *Genscher*) bei einigen Enthaltungen angenommen wird.

Weiterhin wird die Zusammensetzung der Sachkommission wie folgt beschlossen:

Dr. *Dehler* (Vorsitz)

Dr. *Starke* (stellv. Vorsitz)

*Logemann* (stellv. Vorsitz)

*Mertes* (Parlamentarischer Geschäftsführer) sowie

die Abgeordneten Dr. *Achenbach*, Dr. *Dahlgrün*, *Dorn*, Dr. *Emde*, *Lenz*, Dr. *Miessner*, *Moersch*, *Spitzmüller*.

Die Sachkommission soll das Sachmaterial erarbeiten. Nur wenn es sich als erforderlich erweist, werden einzelne Mitglieder der Sachkommission zu den Verhandlungen der Verhandlungskommission hinzugezogen. Die Beschlüsse der Sachkommission muß die Fraktion billigen. An den Tagungen der Sachkommission sollen die Mitglieder der Verhandlungskommission und die Minister teilnehmen.

Dr. MENDE verliest den Entwurf eines Kommuniqués.

Dr. FRIDERICHS: Er hat Bedenken, daß wir bekanntgeben, daß die FDP eine Verhandlungskommission gebildet hat, obgleich sie noch gar nicht zu Verhandlungen aufgefordert wurde.

ERTL: Er teilt die Bedenken Dr. *Friderichs*.

EILERS: Wir sollten die Dinge nicht unnötig komplizieren. Die Bildung einer Verhandlungskommission ist selbstverständlich.

Dr. MENDE: Er läßt die Presseerklärung noch einmal verlesen und nach einigen Änderungen darüber abstimmen. – Dr. MENDE stellt einstimmige Annahme fest (vgl. fdk Nr. 342/65 (T).[11]

MOERSCH: Nach der Sitzung werden die Abgeordneten von den vor der Tür wartenden Journalisten angesprochen werden. In diesem Falle sollte auf das Kommuniqué verwiesen werden. Man sollte freundlich in der Form, aber hart

11 Siehe Anlage.

in der Sache sein und keine Erläuterungen geben. Notfalls sind die Journalisten auf die Pressestelle zu verweisen.

Dr. MENDE: Er wird jeden Abgeordneten diskreditieren, der eine Erklärung abgibt.

ERTL: Er gibt bekannt, daß sich für die Veranstaltungen zur Nachwahl in Schweinfurt nur 21 Abgeordnete gemeldet haben. Benötigt werden jedoch 30–35 Abgeordnete.

Dr. MENDE: Herr *Genscher* wird die Abgeordneten, die noch nicht zugesagt haben, anschreiben. Alle Abgeordneten werden eine Einladung unter Angabe von Ort und Zeit der Veranstaltung erhalten.

VON KÜHLMANN-STUMM: Er gibt bekannt, daß die Fraktionssitzung in Hessen in Bad Soden (28. 9. 65, 15.30 Uhr, Kurhaus, kleiner Saal) stattfindet. Schriftliche Mitteilung folgt.

MERTES: Die Sachkommission tritt am Montag, den 27. 9. 1965, 10 Uhr, im Sitzungszimmer der Fraktion erstmalig zusammen.

Dr. STARKE: Er stellt fest, daß kein bayerischer Abgeordneter mit *Strauß* verhandelt hat.

Dr. MENDE: Alle Meldungen über angebliche Verhandlungen von FDP-Abgeordneten mit *Strauß* sind erlogen.

Dr. MENDE macht darauf aufmerksam, daß in der Woche vom 4. bis 9. 10. 1965 mit mindestens zwei Sitzungen der Kommission zu rechnen ist. Er gibt weiterhin bekannt, daß die neu gewählten Abgeordneten ihre vorläufigen Ausweise und Fahrkarten bei der Verwaltung abholen können.

Dr. MENDE verliest eine Pressemeldung über den „Bayernkurier", in dem die FDP u. a. wegen ihres Eintretens für gemischte Kommissionen angegriffen wird. Dr. MENDE macht darauf aufmerksam, daß die gemischten Kommissionen keine Erfindung der FDP sind, sondern daß erstmalig auf der Genfer Konferenz darüber gesprochen wurde. Er regt an, daß allen Abgeordneten die Berliner Entschließung vom 1. 10. 1958[12], Auszüge aus dem *Herter*-Plan[13] sowie aus dem Memorandum von 1962[14] zugeleitet werden. Das zur Zeit noch geheime Memorandum der Bundesregierung vom 9. 8. 1963 sieht ebenfalls (paritätisch besetzte) gemischte Kommissionen vor.[15] Dem Auswärtigen Ausschuß sollte ein Exemplar davon zugeleitet werden. Er wird sich darum bemühen, daß auch die Fraktion davon Kenntnis erhalten kann.

Die Gespräche von Staatssekretär *Carstens* in Moskau sind positiv verlaufen; sie sind allerdings mehr wirtschaftlicher Art; politische Konzessionen wurden nicht gemacht.[16]

---

12 3. BT STEN. BER., Bd. 42, 41. Sitzung (Berlin), S. 2427 B f.
13 Vgl. Nr. 1 Anm. 23.
14 Vgl. Nr. 22 Anm. 7.
15 Vgl. Nr. 42 Anm. 15.
16 Moskaureise von Staatssekretär *Carstens* vom 22. bis 27. 9. 1965. Vgl. AdG 1965, S. 12088 A.

Dr. MENDE hat Professor *Erhard* erklärt, daß die FDP für eine Unterzeichnung des Passierscheinabkommens eintritt, wenn sie es auch bedauert, daß keine Verlängerung des bestehenden Abkommens erreicht werden konnte.

Mittlerweile hat auch die CDU eine Verhandlungskommission gebildet, die von *Erhard* geleitet wird.

## 63 c.

## 23. 9. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Vorsitz: Mende; Protokoll: Kirchhoff. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Bundesvorstands- und Fraktionssitzung vom 23. 9. 1965."**

Teilnehmer: die Mitglieder des Bundesvorstandes (außer zwei entschuldigten Mitgliedern) und der Bundestagsfraktion.

[BESCHLÜSSE]

Es wurde beschlossen:

1. Die Vertraulichkeit dieser Sitzung.
2. Foren: 27. 9. 1965 Weilburg, 28. 9. 1965 Kitzingen, 30. 9. 1965 Schweinfurt, 1. 10. 1965 Bad Homburg.
3. Fraktionssitzungen: 28. 9. 1965, 15.30 Uhr Bad Soden (schriftliche Mitteilung folgt), 29. 9. 1965, 15.30 Uhr Gerolzhofen, Gasthof „Wilder Mann".
4. In die Verhandlungskommission werden berufen: der Parteivorsitzende und seine drei Stellvertreter, der Fraktionsvorsitzende und *Genscher*.
5. Der Sachkommission gehören an: Dr. *Dehler* (Vorsitz), Dr. *Starke* (stellv. Vorsitz), *Logemann* (stellv. Vorsitz), *Mertes* (Parlamentarischer Geschäftsführer), sowie die Abgeordneten Dr. *Achenbach*, Dr. *Dahlgrün*, *Dorn*, Dr. *Emde*, *Lenz*, Dr. *Miessner*, *Moersch*, *Spitzmüller*.
6. Die Fraktion muß die Beschlüsse der Sachkommission billigen. Wenn erforderlich, werden einzelne Mitglieder der Sachkommission zur Verhandlung hinzugezogen.
7. Die Sachkommission tritt erstmalig am Montag, dem 27. 9. 1965, 10.00 Uhr in dem Sitzungszimmer der Fraktion zusammen. Die Mitglieder der Verhandlungskommission und alle Bundesminister werden gebeten, zusätzlich teilzunehmen.
8. Die Abgeordneten, die noch keine Zusage für Veranstaltungen anläßlich der Nachwahlen abgegeben haben, sollen von *Genscher* angeschrieben werden, sodann erhalten alle Abgeordneten eine Mitteilung über Ort und Zeit der Veranstaltung, für die die generelle Zusage gegeben wurde.

9. Alle Abgeordneten sollen von *Genscher* folgende Unterlagen zugesandt erhalten: Berliner Entschließung vom 1. 10. 1958[1], Auszüge aus dem *Herter*-Plan[2] sowie aus dem Memorandum von 1962.[3]

10. Die Fraktion billigt, daß Dr. *Mende* dem Bundeskanzler gegenüber erklärt hat, daß die FDP für die Unterzeichnung des Passierscheinabkommens ist, wenn sie auch mit Bedauern feststellen muß, daß keine Verlängerung des bestehenden Abkommens erreicht werden konnte.[4]

11. Das Kommuniqué über die Sitzung der FDP-Gremien wird einstimmig gebilligt (vgl. fdk Nr. 342/65 (T).[5]

ANLAGE

fdk Nr. 342/65 (T) Bonn-Bundeshaus, den 23. September 1965

KOMMUNIQUÉ ÜBER DIE HEUTIGE SITZUNG DER FDP-GREMIEN

Bonn (fdk) In Bonn traten am Donnerstag der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei und die der FDP angehörenden Abgeordneten des Fünften Deutschen Bundestages zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Nach einer Analyse durch den Bundesgeschäftsführer Dr. *Friderichs* gab Dr. *Mende* einen Überblick über die politische Situation nach den Bundestagswahlen und die Folgerungen, die sich daraus für die Freien Demokraten ergeben. Dr. *Mende* dankte den über drei Millionen Wählerinnen und Wählern, die der FDP den Auftrag zur Fortsetzung ihrer politischen Arbeit im Fünften Deutschen Bundestag erteilten. Schwerpunkte dieser Arbeit werden sein:

1. eine aktive Deutschlandpolitik und eine bewegliche Ostpolitik

2. eine konstruktive Europapolitik

3. eine Politik der Stabilerhaltung der Währung

4. eine zeitgemäße Bildungs- und Wissenschaftspolitik

5. die Festigung des demokratischen Rechtsstaates.

Eine Kommission unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas *Dehler* wird die sachlichen Grundlagen der künftigen Arbeit beraten. Die Verhandlungen werden geführt vom Parteivorsitzenden Dr. *Mende,* seinen drei Stellvertretern *Bucher, Mischnick* und *Weyer* sowie vom Fraktionsvorsitzenden *von Kühlmann-Stumm.*

Ein Sprecher der FDP erklärte im Anschluß an die Sitzung, der Freien Demokratischen Partei gehe es um die Verwirklichung ihrer politischen Grundsätze im Fünften Deutschen Bundestag. Sie nehme deshalb ebensowenig zu Gerüchten und Spekulationen über die künftige Zusammensetzung der Bundesregierung wie zu Angriffen von anderer Seite Stellung.

---

1 Vgl. Nr. 63 b Anm. 12.
2 Vgl. Nr. 1 Anm. 23.
3 Vgl. Nr. 22 Anm. 7.
4 Vgl. Nr. 60 Anm. 15.
5 Siehe Anlage.

## 64.

## 8. 10. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der neugewählten FDP-Abgeordneten am 8. Oktober 1965, Bundeshaus." 10.15 Uhr–14.50 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Eilers, Eisenmann, Liselotte Funcke, Graaff, Holl (DJD), Hoppe, Kastenmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Rubin, Saam, Scheel, Starke. Zoglmann.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Nachwahlen
2. Bericht der Verhandlungskommission
3. Bericht der Sachkommission
4. Aussprache
5. Verschiedenes

1. NACHWAHLEN

Dr. MENDE gibt eine kurzen Überblick über den Ausgang der Nachwahlen. Mit 50 Abgeordneten ist damit die FDP die drittstärkste Partei im Bundestag.[2]

Beschluß

Dieses Thema sollte zusammen mit der Frage, ob die CSU eine eigene Partei ist, in den nächsten Diensten der Partei behandelt werden.

2. BERICHT DER VERHANDLUNGSKOMMISSION[3]

Dr. MENDE gibt einen Bericht über das mit Bundeskanzler *Erhard* geführte Gespräch.[4]

Mit *Erhard* ist abgesprochen worden, daß weder der Bundeskanzler noch Dr. *Mende* Erklärungen und Interviews bis zur Regierungsbildung abgeben. Dr. MENDE verliest seinen an den Bundeskanzler gerichteten Brief über das Recht des Bundeskanzlers bei der Regierungsbildung (Art. 64 Abs. 1) und das Recht

---

1 Entschuldigt waren *Engelhard*, Hildegard *Hamm-Brücher*, Marie-Elisabeth *Lüders*, *Maier*, *Müller-Link* und *Weyer*.

2 49 Mandate und 1 Berliner Abgeordneter. Vgl. Nr. 63 a Anm. 11 und 12.

3 Zu ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 63 c Ziffer 4.

4 Im Terminkalender des Vorzimmers des Bundeskanzlers ist ein Gespräch *Erhard-Mende* für den 7. 10. 1965, 16 Uhr, vermerkt. (Auskunft der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn vom 3. 6. 1991).

der Abgeordneten.[5] Er teilt mit, daß er darüber hinaus trotz verschiedener Wünsche der CDU/CSU keine weiteren Schreiben senden wird.

3. BERICHT DER SACHKOMMISSION[6]

Der Vorsitzende der Sachkommission[7] gibt einen Bericht über die von ihr fixierten Grundsätze, die bei der Koalitionsbildung berücksichtigt werden sollten.

Die Sachkommission hat zum Koalitionsabkommen, zur Deutschland- und Ostpolitik, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Finanzpolitik, zur Notstandsgesetzgebung und zur Bildungs- und Europapolitik Stellung genommen.

4. AUSSPRACHE

Das Gremium beschließt, daß in dieser Sitzung weder Beschlüsse noch Festlegungen auf Personen getroffen werden. Es besteht jedoch völlige Einmütigkeit, daß Dr. *Mende* im Amt des gesamtdeutschen Ministers verbleiben soll und dieses Ministerium für die FDP unverzichtbar ist, da diese Personenfrage eindeutig zur Sachfrage geworden und ein Gebot der Selbstachtung der Partei ist. Die Aufgabe des Vizekanzlers, die eine Rangfrage für den Koalitionspartner geworden ist, würde zu einem Präjudiz in allen Ländern führen, wenn darauf verzichtet werden würde.

Das Gremium stellt fest, daß bei den Koalitionsverhandlungen von der Wahrung des „Besitzstandes" ausgegangen werden soll. Über die einzelnen Personenfragen wird der Bundesvorstand und die Fraktion später zu beraten haben.

Beschluß

Einer Verkleinerung des Kabinetts würde die FDP zustimmen.[8] Die Frage der Staatsminister müßte allerdings dann im Grundsatz geklärt sein.

Beschluß

Die Erklärungen von Dr. *Starke* zur Europapolitik sollen in das Gesamtprotokoll über die Sitzung der Sachkommission aufgenommen werden. Aus dem Gesamtprotokoll soll unter dem Punkt Bildungspolitik folgender Satz gestrichen werden: „Übertragung der Kompetenzen für technische Entwicklung an das Bundeswirtschaftsministerium".

---

5 Mit Schreiben vom 4. 10. 1965 an *Erhard* hatte *Mende* den Bundeskanzler auf dessen uneingeschränktes und alleiniges Vorschlagsrecht zur Minsterernennung gem. Art. 64 GG hingewiesen. Vgl. E. MENDE, 1986, S. 201.

6 Zu ihrer Zusammensetzung vgl. Nr. 63 c Ziffer 5.

7 Thomas *Dehler*.

8 Das 2. Kabinett *Erhard* (1965–1966) wurde personell nicht verkleinert. Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 309 ff.

5. VERSCHIEDENES

Das als Anlage beigefügte Kommuniqué wurde mit einigen Änderungen angenommen.[9]

Beschluß

Die nächste Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion soll am
Donnerstag, dem 14. Oktober 1965, 10.00 Uhr,
und am
Freitag, dem 15. Oktober 1965, 10.00 Uhr,
im Bundeshaus stattfinden.[10]

ANLAGE

fdk Nr. 349/65 (T) Bonn-Bundeshaus, den 8. Oktober 1965

KOMMUNIQUÉ ÜBER DIE HEUTIGE SITZUNG DER FDP-GREMIEN

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokraten und die der FDP angehörenden Abgeordneten des 5. Deutschen Bundestages traten am Freitag in Bonn zu einer gemeinsamen Sitzung unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* zusammen. Zu Beginn der Tagung unterrichtete Dr. *Mende* die Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion über das Gespräch, das er am Donnerstagnachmittag mit Professor *Erhard* über die Regierungsbildung geführt hatte. Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas *Dehler* gab sodann das Ergebnis der Beratungen bekannt, die eine von ihm geleitete Kommission über die sachlichen Grundlagen der künftigen Arbeit der FDP-Bundestagsfraktion in drei Sitzungen geführt hatte. Nach einer eingehenden Aussprache über die beiden Berichte billigten Vorstand und Fraktion einmütig die von der Sachkommission erarbeiteten Grundsätze und beauftragten die Verhandlungskommission, auf dieser Grundlage die Koalitionsgespräche mit den Vertretern der CDU/CSU zu führen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigten sich die FDP-Gremien mit aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen. Der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Dr. *Mende,* gab dabei seiner Hoffnung Ausdruck, daß bei weiteren Gesprächen zwischen dem Beauftragten des Berliner Senats und dem Vertreter Ost-Berlins die Schwierigkeiten überwunden werden, die noch immer einer Verlängerung der Passierschein-Regelung vom 24. 9. 1964 und dabei vor allem der Weiterarbeit der Dienststelle für dringende Familienangelegenheiten im Wege stehen. In diesem Zusammenhang unterstrich Dr. *Mende* mit besonderem Nachdruck die große menschliche und politische Bedeutung innerdeutscher Kontakte für den Zusammenhalt des deutschen Volkes.

9 Siehe Anlage.
10 Vgl. Nr. 65 a–b.

## 65 a.

## 14. 10. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion am 14. Oktober 1965, Bonn, Bundeshaus." 10.20 Uhr–13.00 Uhr.[1]**

Teilnehmer: [Achenbach, Atzenroth, Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eilers, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Hoppe, Kastenmeyer, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Mende, Mischnick, Saam, Scheel, Schollwer, Simonis, Starke, Stoltz, Weyer, Zoglmann].[2]

TAGESORDNUNG

1. Mitteilungen des Parteivorsitzenden
2. Stand der Koalitionsverhandlungen
3. Aussprache
4. Verschiedenes

1. MITTEILUNGEN DES PARTEIVORSITZENDEN

Beschluß

Die Mitglieder des Bundesvorstandes und der neuen Fraktion beschließen ausdrücklich die Vertraulichkeit dieser Sitzung.

Beschluß

Dr. MENDE teilt mit, daß das Verfahren über die Parteienfinanzierung negativ zu verlaufen scheint.[3] Diese Frage soll im Anschluß an diese Sitzung zusammen mit den Landesvorsitzenden besprochen werden.

Dr. MENDE teilt mit, daß nach dem Beschluß des Bundesvorstands die Finanzierung des LSD ab 1. Oktober 1965 eingestellt wurde und die Kooptierung des Bundesvorsitzenden des LSD nicht erfolgt ist.[4] Die FDP erwartet nun Vorschläge vom LSD, wenn die entsprechenden Beschlüsse aufgehoben werden sollen.

Beschluß

An der Bundeshauptausschußsitzung in Mainz sollen die Mitglieder der alten und neuen Fraktion teilnehmen. Der Hauptausschuß wird nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen eine Empfehlung an die Fraktion aussprechen.

---

1 Vgl. „Bericht über die Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion am 14. 10. 1965 in Bonn", in: Schreiben von Klaus Dehler, Landesvors., vom 15. 10. 1965, an die Mitglieder des Landesvorstandes der FDP Bayern (ADL, Ordner Nr. 120).

2 So die Anwesenheitsliste in ADL, Ordner Nr. 120.

3 Vgl. Nr. 61 Anm. 6.

4 K. *Dehler* zufolge (siehe Anm. 1) hatte der LSD in einer Marburger Studentenzeitschrift die FDP als „partiell faschistisch" bezeichnet.

2. STAND DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Dr. MENDE gibt einen Überblick über den chronologischen Ablauf der Verhandlungen mit der CDU/CSU.[5]

Er teilt mit, daß in den einzelnen Sachfragen mit der CDU/CSU weitgehende Einigkeit erzielt werden konnte.[6]

Nach einem Bericht von WEYER über die Verhandlungen wurde dem Bundeskanzler deutlich gemacht, daß ein Wechsel im gesamtdeutschen Ministerium für die FDP nicht in Frage komme.[7]

Falls eine entsprechende Erklärung bis zur Sitzung des Bundeshauptausschusses in Mainz[8] nicht erfolge, könne die Verhandlungskommission keine Bürgschaft zur endgültigen Billigung des Verhandlungsergebnisses übernehmen.

3. AUSSPRACHE

Auf Anfrage von ERTL teilt MISCHNICK mit, daß von der FDP alles unterlassen werden sollte, was nach Billigung der außenpolitischen Vorstellungen der FDP durch den Koalitionspartner auf „Besiegte" oder „Sieger" schließen lassen könnte.[9]

Beschluß

Das Kommuniqué dieser Sitzung wird verlesen und mit folgender Änderung: „nahmen den Zwischenbericht zur Kenntnis" einstimmig gebilligt.[10]

4. VERSCHIEDENES

a) Unter Vorsitz von Herrn *von Kühlmann-Stumm* wählen die Mitglieder der neuen Fraktion in die Wohnungskommission die Abgeordneten *Logemann, Mertes* und *Schultz*.

b) Die konstituierende Sitzung der Fraktion soll am Dienstag, dem 19. Oktober 1965, 11.30 Uhr, stattfinden.

c) Unter dem Vorsitz von Dr. *Mende* berät das Gremium über die Lage bei der Parteienfinanzierung.

Dr. FRIDERICHS gibt dazu einen ausführlichen Bericht. Der Bundesvorstand beschließt, auf Grund des Vorschlages von Dr. FRIDERICHS, daß die Mitglieder der FDP in den Landesregierungen von Hamburg und Bremen aufgefordert werden, auf ihre Koalitionspartner einzuwirken, damit die Länder ebenfalls

---

5 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) fanden die Gespräche am Dienstag und Mittwoch, den 13. und 14. 10. 1965 statt.

6 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) ergab sich Übereinstimmung auch in den Fragen der Ost- und Außenpolitik und über gesamtdeutsche technische Kommissionen als Mittel zur Förderung der Wiedervereinigung.

7 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) gab es Druck aus CDU und CSU auf *Erhard*, der FDP dieses Ressort nicht wieder zu überlassen.

8 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) am 16. 10. 1965.

9 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) hatten in der Ost- und Außenpolitik überraschend CSU und *Strauß* die Vorstellungen der FDP akzeptiert.

10 Siehe Anlage.

Gelegenheit der Stellungnahme vor dem Bundesverfassungsgericht in der Klage des Landes Hessen erhalten.[11]

d) Die nächste Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion soll am 15. Oktober 1965, 10.00 Uhr, stattfinden.[12]

ANLAGE

fdk Nr. 350/65 (T) Bonn-Bundeshaus, den 14. 10. 1965

FDP-GREMIEN BERIETEN ÜBER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokraten und die am 19. September gewählten Bundestagsabgeordneten der FDP trafen am Donnerstag in Bonn unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Einleitend unterrichtete der FDP-Bundesvorsitzende die Parteigremien eingehend über den bisherigen Ablauf der Koalitionsverhandlungen. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichteten Mitglieder der FDP-Verhandlungskommission über einzelne Sachgebiete der Verhandlungen. Abschließend informierte Willi *Weyer* die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion über das heutige Gespräch der FDP-Verhandlungsdelegation mit Prof. Dr. Ludwig *Erhard*. Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten nahmen den Zwischenbericht zur Kenntnis.

---

11 Nach K. *Dehler* (siehe Anm. 1) erwartete die FDP in dem Verfassungsstreit der Parteienfinanzierung (vgl. Nr. 61 Anm. 6) einen negativen Ausgang. Mit Hilfe des Vorschlags von *Friderichs* sollte ein erneuter Beweistermin erreicht werden.

12 Vgl. Nr. 65 b.

## 65 b.

## 15. 10. 1965: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 120. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion am 15. Oktober 1965, Bonn, Bundeshaus." 10.10 Uhr–13.20 Uhr.**[1]

Teilnehmer: [Achenbach, Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Hoppe, Kastenmeyer, Frhr. von

---

1 Der in Nr. 65 a Anm. 1 genannte Bericht von Klaus *Dehler* enthält auch einen Absatz über die Sitzung am 15. 10. 1965: „Am Freitag vormittag (15. 10.) bekräftigten Bundesvorstand und Fraktion erneut ihre Forderung nach dem Gesamtdeutschen Ministerium für Dr. *Mende*. Dem Bundestagspräsidenten wurde mitgeteilt, daß die FDP nicht für eine Fraktionsgemeinschaft CDU und CSU stimmen werde, wenn die Koalition nicht zustandekomme. Auch werde kein FDP-Abgeordneter den Kanzler wählen ohne Koalitionsbeschluß."

Kühlmann-Stumm, Lenz, Mende, Mischnick, Scheel, Schollwer, Starke, Stoltz, Zoglmann].[2]

TAGESORDNUNG

1. Technische Fragen
2. Stand der Koalitionsverhandlungen
3. Aussprache

1. TECHNISCHE FRAGEN

Beschluß

Die Mitglieder des Bundesvorstandes und der neuen Fraktion beschließen ausdrücklich die Vertraulichkeit dieser Sitzung.

MERTES gibt den Mitgliedern der Fraktion einen Bericht über die Wahl des Parlamentspräsidiums und die Besetzung der Ausschüsse sowie die Wahl der Schriftführer (siehe Fraktionsprotokoll).[3]

2. STAND DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Dr. MENDE und MISCHNICK geben einen Bericht über die Sitzung der Verhandlungskommission der FDP mit der Verhandlungskommission der CDU/CSU unter dem Vorsitz von Bundeskanzler *Erhard*.[4]

Danach ist der Koalitionspartner nicht bereit, der FDP das gesamtdeutsche Ministerium zu überlassen.[5]

Ohne ausdrücklich einen Beschluß zu fassen, sind sich Bundesvorstand und Fraktion einig, daß die FDP bei weiterer starrer Haltung des Koalitionspartners nicht bereit sein wird, der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU zuzustimmen noch zum vorgesehenen Termin den Bundeskanzler zu wählen.

Dem Bundeskanzler soll dies offiziell mitgeteilt werden. *Zoglmann* wird gebeten, umgehend *Gerstenmeier* in einem persönlichen Gespräch davon zu unterrichten. Außerdem soll Dr. *Mende* ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten führen, falls bis zum morgigen Tag keine Einigung erzielt werden kann.

Dr. FRIDERICHS verliest das Kommuniqué dieser Sitzung. Mit einigen Änderungen wird das Kommuniqué einstimmig angenommen.[6]

Dr. MENDE teilt mit, daß die FDP inzwischen offiziell von Bundeskanzler *Erhard* für 15.00 Uhr zu einem weiteren Verhandlungsgespräch eingeladen worden ist. An der Verhandlung soll die Kommission ohne Dr. *Mende* teilnehmen.

---

2 So die Anwesenheitsliste in ADL, Ordner Nr. 120.
3 Quellennachweis: ADL, 14.666.
4 Vgl. Nr. 65 a Anm. 5.
5 Vgl. Nr. 65 a Anm. 7.
6 Siehe Anlage.

ANLAGE

fdk Nr. 351/65 (T) Bonn-Bundeshaus, den 15. Oktober 1965

KOMMUNIQUÉ DER GEMEINSAMEN SITZUNG VON BUNDESVORSTAND UND BUNDESTAGSFRAKTION DER FDP

Bonn. (fdk) Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei erörterten am Freitag in Bonn unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* den Stand der Koalitionsverhandlungen. Die Mitglieder der Verhandlungskommission gaben einen Bericht über die gestrigen Gespräche mit Bundeskanzler *Erhard* und den Mitgliedern der Verhandlungskommission der CDU/CSU. Danach war es noch nicht möglich, die Fortsetzung der bisherigen Politik der Bundesregierung und die Durchsetzung der am Mittwoch vereinbarten sachlichen Ziele der Zusammenarbeit insbesondere in der Deutschlandpolitik und in der Außenpolitik in einer künftigen Bundesregierung sicherzustellen. Insbesondere haben die CDU/CSU und in Übereinstimmung mit dieser der Bundeskanzler die unmittelbare Vertretung der FDP im Bereich der Deutschland- und Außenpolitik abgelehnt.

## 66.

## 21. 1. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes in Bonn, Bundeshaus, am Freitag, den 21. Januar 1966." 10.20 Uhr–16.05 Uhr.**[1]

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Eilers, Eisenmann, Engelhard, Hildegard Hamm-Brücher, Holl (DJD), Koch, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Saam, Scheel, Simonis, Starke, Zoglmann.[2]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Dahlmeyer, Friderichs, Genscher, Haferland, Kirchhoff, Schaible, Schollwer, Stoltz.

Landesgeschäftsführer: Bareiter, Brandt, Grittmann, Hummel, Rieger, Schade, Stender, Wiedner.

Gäste: Arndt, Smikalla, Wienholt.

---

1 Der Bundesvorstand beriet über TOP 2 bei zeitweise sehr schwacher Besetzung. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 21. 1. 1966 (ADL, 6966/98).

2 Entschuldigt waren *Dahlgrün, Erbe,* Liselotte *Funcke, Graaff,* Marie-Elisabeth *Lüders* und *Weyer.*

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Analyse der Bundestagswahl
3. Verschiedenes
   a) Einsatz Team I (Schreiben Dr. Klaus *Dehler* vom 11. 1. 1966, Schreiben Landesverband Hamburg vom Dezember 1965)
   b) Wirtschaftsrat der CDU e. V.

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Überblick über die politischen Ereignisse der vergangenen Wochen.[3]

Beschluß

Am 15. oder 16. Februar 1966 soll anläßlich der Bürgerschaftswahlen in Hamburg[4] eine Forumsdiskussion des Teams I durchgeführt werden.

2. ANALYSE DER BUNDESTAGSWAHL[5]

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die Analyse der Bundestagswahl 1965 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für den nächsten Bundestagswahlkampf.[6]

Den Mitgliedern des Bundesvorstandes und den Hauptgeschäftsführern wird der schriftliche Bericht „Chancen der dritten Partei“[7] im Anschluß an die Sitzung ausgehändigt.

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt die Grundtendenz des vorgetragenen Berichtes. Er beauftragt die Bundesgeschäftsstelle, auf dieser Basis Einzelheiten zu konkretisieren.

Beschluß

Der Bundesvorstand hält eine Reduzierung der Fachausschüsse[8] für erforderlich. Ein entsprechender Vorschlag soll der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Beschluß

---

3 Als besonders belastend erwies sich seit Anfang 1966 der Wunsch der USA nach einem Engagement von Streitkräften der Bundesrepublik in Vietnam. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 208 ff.

4 Die Bürgerschaftswahlen fanden am 27. 3. 1966 statt.

5 Vgl. *Friderichs'* Kurzanalyse in Nr. 63 b.

6 Nach W. *Schollwer* (siehe Anm. 1) wurden *Friderichs'* Thesen nur von *Rubin* und Frau *Hamm-Brücher* nachdrücklich unterstützt, während die Mehrheit skeptisch blieb.

7 Nicht ermittelt. Zur Problematik des Drei- bzw. Zweiparteiensystems vgl. Nr. 17 mit Anm. 7 und Nr. 38 mit Anm. 4.

8 Vgl. „Reform der Arbeit der Bundesausschüsse“, Anlage zu Rundschreiben BV 2/66 vom 7. 2. 1966 (ADL, Ordner Nr. 121).

Der Bundesvorstand hält eine „marktgerechte Gestaltung" der Fachdienste[9] für erforderlich. Ein entsprechender Vorschlag soll der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Beschluß

Die Punkte 3 a) und b) der Tagesordnung sollen ebenfalls auf der nächsten Sitzung behandelt werden.

Beschluß

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am

Samstag, dem 12. Februar 1966, 10.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus,

stattfinden.[10]

---

9 Vgl. „Fachdienste der Bundespartei", Anlage zu Rundschreiben BV 2/66 vom 7. 2. 1966 (ADL, Ordner Nr. 121). Fachdienste waren: „Kulturpolitische Mitteilungen", „Sozialpolitische Mitteilungen", „Was Frauen wissen wollen".

10 Vgl. Nr. 67.

## 67.

## 12. 2. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 12. Februar 1966 in Bonn, Bundeshaus." 10.15 Uhr–15.30 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Effertz, Eisenmann, Hildegard Hamm-Brücher, Holl (DJD), Kohl, Lenz, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Müller-Link, Saam, Scheel, Starke.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Haferland, Hetzel, Marx, Maurer, Stoltz.

Landesgeschäftsführer: Brandt, Grittmann, Hummel, C.-C. Müller, Rieger, Schwarz, Stender, Wiedner.

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Bericht über Beratungen des Bundesvorsitzenden mit seinen Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister, dem Fraktionsvorsitzenden und dem der FDP angehörenden Bundestagsvizepräsidenten
3. Beschlußfassung auf Grund der Beratungen vom 21. Januar 1966

---

1 Entschuldigt waren *Atzenroth, Eilers, Engelhard, Erbe,* Liselotte *Funcke, Glahn, Koch, von Kühlmann-Stumm,* Eduard *Leuze,* Marie-Elisabeth *Lüders, Rubin, Simonis.*

a) Reduzierung der Bundesfachausschüsse
b) Änderung der sogenannten Fachdienste
4. Verhältnis FDP-LSD
5. Verhältnis FDP-FDS
6. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
7. Einsatz Team I
8. Verschiedenes

8. VERSCHIEDENES

1. Dr. MENDE stellt fest, daß bereits seit längerem mehrere Beisitzer an den Sitzungen des Bundesvorstandes nicht teilnehmen. Er appelliert an die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saar, diese Feststellung an die entsprechenden Mitglieder weiterzugeben.

2. Beschluß

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am

Samstag, dem 19. März 1966, 9.30 Uhr, in Bonn, Bundeshaus

stattfinden.[2]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß auf der nächsten Sitzung ein Bericht über die Finanzlage der Bundespartei vom Bundesschatzmeister und ein weiterer Bericht über die Organisationslage vom Bundesgeschäftsführer vorgelegt werden soll. Die einzelnen Landesverbände werden aufgefordert, einen derartigen Bericht ebenfalls vorzulegen. Im Bericht der Bundespartei sollen auch die finanziellen und materiellen Leistungen an die einzelnen Landesverbände aufgeführt werden.

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die innen- und außenpolitische Lage.[3]

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt die im Anhang beigefügten Erklärungen zum Einsatz deutscher Truppen in Vietnam[4], zur Ausbildungsförderung[5] und zum Tode von Professor *Röpke*.[6]

Beschluß

---

2 Vgl. Nr. 68.
3 Der Bundesvorstand erörterte deutschlandpolitische Fragen und billigte die Haltung der Bundesminister in der Frage eines Vietnam-Engagements der Bundesrepublik. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 213.
4 Siehe Anlage 1.
5 Siehe Anlage 2.
6 Gest. 12. 2. 1966. Erklärung nicht bei der Vorlage.

Die Grundsatzfragen der Finanzverfassung unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaftsförderung[7] sollen auf Vorschlag von *Weyer* mit den einzelnen Landesfinanzministern, dem Bundesfinanzminister und den Kulturexperten der Partei auf einer der nächsten Sitzungen des Bundesvorstandes behandelt werden.

Zu den zwischen *Strauß* und der Bundespartei anhängigen Verfahren[8] teilt Dr. FRIDERICHS mit, daß diese Verfahren erledigt sind.

SAAM äußert den Wunsch, den in „Christ und Welt" verfaßten Artikel „Der Mann hinter *Mende*"[9] zu behandeln.

STARKE teilt mit, daß er in dieser Angelegenheit dem Bundesschatzmeister schreiben werde.

4. und 5. VERHÄLTNIS FDP-LSD UND VERHÄLTNIS FDP-FDS[10]

Dr. DEHLER gibt einen Bericht über die Verhandlungen der Bundesvorstandskommission mit dem LSD. Er trägt die im Anhang beigefügte Übereinkunft vor.[11] Dr. DEHLER ist der Auffassung, daß mit Ausnahme der Landesverbände Berlin und München des LSD die Übereinkunft auf der Delegiertenversammlung des LSD Zustimmung finden dürfte.[12]

Wie Dr. FRIDERICHS mitteilt, ist dem LSD zugesagt worden, daß die aus der Verhandlung mit der FDP entstehenden Kosten durch die FDP übernommen werden.

Beschluß

Der Bundesvorstand stimmt der Kostenübernahme grundsätzlich zu. Er widerspricht jedoch der Kostenübernahme in Höhe von DM 5.400. Er billigt die tatsächlich entstandenen Reisekosten.

Beschluß

---

7 Zur vorausgegangenen Bundestagsdebatte über die Wissenschafts- und Bildungspolitik vgl. 5. BT STEN. BER., Bd. 60, 19. Sitzung vom 10. 2. 1966, S. 739 B–804 D.

8 Gemeint ist die unversöhnlich und teilweise sogar gerichtlich ausgetragene Kontroverse zwischen FDP und CSU, die ihren Ursprung in der „Spiegel"-Affäre (vgl. Nr. 32) hatte. Vgl. A. HILDEBRAND, 1984, S. 155. Die Kontroverse dauerte auch fort, nachdem das Ermittlungsverfahren wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung gegen den früheren Verteidigungsminister *Strauß*, seinen damaligen Staatssekretär *Hopf* und den früheren Militärattaché in Madrid, Oberst *Oster*, von der Staatsanwaltschaft in Bonn 1965 eingestellt worden war. Vgl. FAZ Nr. 128 vom 4. 6. 1965, S. 1.

9 Vgl. Ulrich PLANITZ: Der Mann hinter Mende. FDP-Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin, in: Christ und Welt, XIX. Jg., Nr. 1 vom 7. 1. 1966, S. 5 (BPA).

10 Vgl. „Das Verhältnis der FDP zu ihren Studentenverbänden", Studie von Arne *Kasten*, Bundesvors. des FDS, Anlage zu Rundschreiben BV 2/66 vom 7. 2. 1966 an die Mitglieder des Bundesvorstandes (ADL, Ordner Nr. 121).

11 Siehe Anlage 3.

12 Die Vereinbarung wurde gebilligt auf der 20. ordentlichen Delegiertenversammlung des LSD in Höchst/Odenwald am 5. 3. 1966. Vgl. LSZ 15. Jg., Nr. 3, Mai 1966, S. 8.

Der Bundesvorstand billigt, daß die Kommission ebenfalls mit dem FDS[13] verhandelt. Die dem FDS daraus entstehenden Kosten sollen ebenfalls übernommen werden.

Auf Antrag von *Achenbach* soll der Bundesvorstand folgende Erklärung beschließen:

„Der Bundesvorstand nimmt den Bericht der Kommission zur Kenntnis. Die Kommission soll ebenfalls Verhandlungen mit dem FDS aufnehmen. Über beide Berichte soll die nächste Sitzung des Bundesvorstandes beraten."

Der Antrag von *Achenbach* wird mit 8:7 Stimmen abgelehnt.

Beschluß

Auf Antrag von *Borttscheller* beschließt der Bundesvorstand folgende nicht zu veröffentlichende Erklärung:

„Der Bundesvorstand nimmt von dem Bericht der Kommission als Basis weiterer Verhandlungen mit dem LSD Kenntnis."

Der Beschluß wird mit 14:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Dr. MENDE stimmt gegen diesen Antrag.

2. BERICHT ÜBER BERATUNGEN DES BUNDESVORSITZENDEN MIT SEINEN STELLVERTRETERN, DEM BUNDESSCHATZMEISTER, DEM FRAKTIONSVORSITZENDEN UND DEM DER FDP ANGEHÖRENDEN BUNDESTAGSVIZEPRÄSIDENTEN

Dr. BUCHER gibt einen Bericht über diese Beratungen. Er teilt mit, daß dieses Gremium regelmäßig montags tagt und schlägt vor, daß die Landesvorsitzenden ohne Substituierungsrecht ebenfalls teilnehmen. Über diesen Vorschlag wird keine Entscheidung getroffen.

Den Mitgliedern des Bundesvorstandes wird ein schriftlicher Vorschlag zur Gestaltung des Bundesparteitages in Nürnberg übergeben, der auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes behandelt werden soll.

Tagesordnungspunkte 3, 6 und 7 sind nicht behandelt worden.

ANLAGE 1

FDP-Bundesvorstand

Kein militärisches Engagement in Vietnam – Mut zur geistigen Auseinandersetzung mit Kommunismus[14]

In Bonn trat heute, Samstag, 12. Februar, der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei zusammen. Zu Beginn der Sitzung gab der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich *Mende* einen Bericht über die politische Lage. Die gegenwärtige politische Situation in der Bundesrepublik – innerdeutsche Beziehungen, Sicherheit, Lohn- und Preisbewegung, gesellschaftlicher Entwick-

13 Vgl. Nr. 41 TOP 5, Nr. 42 TOP 2, Nr. 45 TOP 3.
14 Quellennachweis: ADL, Ordner Nr. 121.

lungsprozeß, wie er sich in der Problematik der Bildungspolitik ausdrücke – könne nicht losgelöst von der politischen Weltlage gesehen werden. Die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr ganz Deutschland seien nicht nur Subjekt, sondern in hohem Maße auch Objekt der weltpolitischen Gegensätze. Dr. *Mende* wies dabei auf die Verschärfung des Vietnamkrieges hin. Der Bundesvorstand bekräftigte die entschiedene Ablehnung eines militärischen oder militärähnlichen Engagements der Bundesrepublik in Südostasien.

Im geteilten Deutschland sei eine von Moskau ausgehende merkliche Stagnation der Auflockerungen zu beachten, führte Dr. *Mende* weiter aus, z. B. bei den innerdeutschen Kulturbegegnungen. Bei den Passierscheingesprächen werde das ebenso deutlich. Dieser Entwicklung gelte es zu begegnen. Dazu gehöre Mut zur offenen geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Im übrigen habe der Paris-Besuch des Bundeskanzlers gerade in bezug auf die deutsche Frage erfreuliche Aspekte gezeigt. Hierbei sei die bevorstehende Moskau-Reise des französischen Staatspräsidenten von Bedeutung.[15] Der FDP-Bundesvorsitzende kündigte bei dieser Gelegenheit noch einmal an, daß noch im Verlauf dieses Jahres einzelne FDP-Abgeordnete zu einem Informationsbesuch in die Sowjetunion reisen werden.

ANLAGE 2

[Fernschreiben des Bundesgeschäftsführers der FDP, *Friderichs*, vom 14. 2. 1966 an *Müller-Link*, Senator der Freien und Hansestadt Hamburg][16]

Unter Bezug auf Ihr Fernschreiben von heute 16 Uhr gebe ich Ihnen nachstehend den Wortlaut der Presseerklärung wieder:

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei fordert die Bundesregierung auf, im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Ausbildungsförderungsgesetzes einzubringen, durch das eine gezielte Ausbildungsförderung für junge Menschen aus allen Schichten unseres Volkes sichergestellt werden soll.[17] Diese gezielte Ausbildungsförderung muß anstelle der zahlreichen nicht koordinierten Förderungsmaßnahmen und anstelle des sogenannten Ausbildungsbeihilfegesetzes[18] treten. Die bei einer gezielten Ausbildungsförderung freiwerdenden Beträge sind zur Aufstockung der Mittel für des Ausbau der

15 Zu den Ergebnissen des Treffens zwischen Bundeskanzler *Erhard* und *General de Gaulle* am 7. und 8. 2. 1966 in Paris gehörte die Bereitschaft *de Gaulles*, bei seiner bevorstehenden Moskau-Reise die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ins Gespräch zu bringen. Vgl. AdG 1966, S. 12326 B.

16 Quellennachweis: ADL, Ordner Nr. 121.

17 Vgl. Antrag der FDP-Fraktion betr. Entwurf eines Gesetzes über die wirtschaftliche Förderung der Ausbildung, in: 5. BT Anlagen Bd. 117, Drucks. Nr. 2416 vom 21. 12. 1967. Vgl. auch Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Ausbildungsförderungsgesetz) vom 19. 9. 1969 (BGBl. I, S. 1719).

18 Ein Gesetz über die Gewährung von Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen für Kinder und Jugendliche aus öffentlichen Mitteln kam, obwohl seit 1959 angestrebt, nicht zustande, weil mehrere Länder gegen eine bundesrechtliche Regelung verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht hatten. Vgl. 5. BT Anlagen Bd. 110, Drucks. Nr. 1580 vom 20. 3. 1967, Kapitel 6 „Bisherige Versuche zu einer Neuregelung der Ausbildungsförderung", S. 74 f.

Hochschulen auf den für erforderlich gehaltenen Betrag von 530 Millionen DM zu verwenden. Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei fordert die Bundesländer auf, ihren Widerstand gegen ein bundeseinheitliches Ausbildungsförderungsgesetz aufzugeben.

ANLAGE 3 Abschrift

Liberaler Studentenbund Deutschlands Bonn, den 24. 1. 1966[19]
Königstraße 65

In dem Gespräch zwischen den Verhandlungsdelegationen des Bundesvorstandes der FDP und des LSD am 24. 1. 1966 wurde folgende Übereinkunft erzielt, die der Billigung des FDP-Bundesvorstandes und der Delegiertenversammlung des LSD bedarf[20]:

1. Der LSD trägt durch entsprechende Beschlußfassung seiner nächsten Delegiertenversammlung dafür Sorge, daß künftig in sämtlichen Gliederungen des LSD jede öffentliche Unterstützung anderer Parteien als der FDP (insbesondere Wahlhilfe) sowie jede prinzipiell gegen die FDP gerichtete Aktivität unterbleibt (z. B. Artikel in den „Marburger Blättern", *Grass'* Wahlreise).

2. Der LSD verzichtet künftig darauf, Mitglieder einer anderen Partei als der FDP in seinen Bundesvorstand zu wählen. Den Landesverbänden wird empfohlen, für die Wahl ihrer Landesvorstände analoge Beschlüsse zu fassen.

3. Der LSD erklärt seine Bereitschaft, zum Zwecke einer programmatischen Wiederannäherung zwischen FDP und LSD in eine ausführliche Diskussion über jene Sachgebiete, in denen erhebliche Differenzen bestehen, einzutreten.

4. Obwohl der LSD die Korporationen als Form des studentischen Gemeinschaftslebens als nicht mehr zeitgemäß betrachtet, bekräftigt er erneut, daß Zugehörigkeit zu einer Korporation Mitgliedschaft im LSD nicht ausschließt.

5. Die FDP wird nach Ratifizierung der Punkte 1 bis 4 durch die Delegiertenversammlung des LSD die Zusammenarbeit im früher üblichen Umfang wiederaufnehmen und dem LSD in verstärktem Maße Gelegenheit geben, seine Vorstellungen in der Partei zur Diskussion zu stellen. Es besteht Einigkeit darüber, daß dies besonders durch eine verstärkte Mitarbeit des LSD in den Ausschüssen der FDP möglich ist. Soweit es bisher nicht der Fall ist, soll die gleiche Lösung auf Länderebene angestrebt werden.

F. d. R. gez. Dieter *Bopp*

---

19 Die Übereinkunft wurde den Mitgliedern des Bundesvorstandes als Anlage zum Rundschreiben BV 4/66 vom 7. 3. 1966 zur Kenntnis gebracht (ADL, Ordner Nr. 121).

20 Die Billigung der Vereinbarung erfolgte auf der 20. ordentlichen Delegiertenversammlung des LSD am 5./6. 3. 1966 in Höchst/Odenwald. Vgl. LSZ 15. Jg., Nr. 3: Mai 1966, S. 8.

## 68.

## 19. 3. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 19. März 1966 in Bonn, Bundeshaus." 9.45 Uhr–14.50 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Arndt (i. V. von Glahn), Atzenroth, Borm, Bucher, Klaus Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Liselotte Funcke, Graaff, Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe, Koch, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Lenz, Eduard Leuze, Mende, Meyer (DJD) (i. V. von Holl), Mischnick, Müller-Link, Rubin, Saam, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Hetzel, Richter, Schaible, Stoltz, Walper.

TAGESORDNUNG

1. Programm Bundesparteitag
2. Arbeit der Bundesfachausschüsse
3. Fachdienste
4. Finanzbericht
5. Arbeitsprogramm (Wahlanalyse)
6. Verschiedenes

BERICHT ÜBER DIE KOMMUNALWAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND BAYERN

EISENMANN und Dr. Klaus DEHLER geben einen Bericht über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein[2] und Bayern.[3]

Beschluß

Den Mitgliedern des Bundesvorstandes wird Dr. Klaus *Dehler* eine Kurzanalyse über die bayerischen Kommunalwahlen zustellen.

1. PROGRAMM BUNDESPARTEITAG

Dem Bundesvorstand liegt eine Konzeption zur Durchführung des Bundesparteitages in Nürnberg vor.[4]

---

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün,* Thomas *Dehler, Eilers,* Marie-Elisabeth *Lüders, Simonis* und *Scheel.*

2 Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 13. 3. 1966 (in %): CDU 45,1, SPD 39,8, FDP 9,8, GDP 0,8, SSW 2,2, Sonstige 2,2. Vgl. AdG 1966, S. 12387 B.

3 Kommunalwahlen in Bayern am 13. 3. 1966 (in %): CSU 39,0, SPD 37,2, FDP 3,0, GDP 2,0, BP 1,5, NPD 1,6, Splitterparteien 0,4, Gemeinsame Wahlvorschläge 7,2, Wählergruppen 8,1. Ebd.

4 17. ordentlicher Bundesparteitag vom 6. bis 7. 6. 1966.

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt die Konzeption mit folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen:

Auf Antrag von *Müller-Link* wird die Aussprache am 6. Juni 1966 nach der Wahl des Parteivorsitzenden, seiner drei Stellvertreter und des Bundesschatzmeisters fortgesetzt.

Am zweiten Tag des Parteitages wird der Beginn von 10.00 Uhr auf 9.30 Uhr vorverlegt. Die Aussprache kann daher 1/2 Stunde verlängert werden.

Auf Antrag von *Leuze* soll die Rede des Bundesvorsitzenden auf 45 Minuten begrenzt werden. Dafür soll eine zweite Rede, die sich ausschließlich mit währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen befaßt, eingefügt werden. Der Vorschlag wird durch den Bundesvorstand abgelehnt.

3. FACHDIENSTE

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die Neuorganisation der Fachdienste.[5] Dem Bundesvorstand werden entsprechende Muster der neuen Form des Schnelldienstes, der „fdk" und der Fach-„fdk's" vorgelegt.

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt die neue Form des Schnelldienstes und beauftragt die Bundesgeschäftsstelle, ab 1. April 1966 den Schnelldienst nach vorliegendem Muster umzugestalten.

Bezüglich der Neugestaltung der „fdk" und der Fach-„fdk's" beschließt der Bundesvorstand die Einstellung der Fachdienste und die Gestaltung der Fach-„fdk's" nach vorliegendem Muster ab 1. April 1966.

Dieser Beschluß wird mit einer Gegenstimme angenommen.

Beschluß

Mit den Hauptgeschäftsführern und den Mitarbeitern der Pressestelle soll über die Streuung der „fdk" gesprochen werden.

Dr. STARKE regt an, den Vorschlag zu prüfen, ob die Fach-„fdk's" Wirtschafts- und Sozialpolitik ggfs. in zwei Fach-„fdk's" umgewandelt wird.

4. FINANZBERICHT

RUBIN erklärt, daß der Artikel in „Christ und Welt": „Der Mann hinter *Mende*" weder auf seine Veranlassung hin noch mit seiner Kenntnis zustande gekommen sei. Hätte er den Artikel gekannt, wäre dieser nicht erschienen.[6]

Der Bundesvorstand nimmt diese Erklärung des Bundesschatzmeisters ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

RUBIN gibt einen Finanzbericht der Bundespartei über die Jahre 1964 und 1965. Er trägt dem Bundesvorstand die an die einzelnen Landesverbände in den betreffenden Jahren geleisteten Zuschüsse vor.

---

5 Vgl. Nr. 66 mit Anm. 9.
6 Vgl. Nr. 67 Anm. 9.

RUBIN gibt außerdem einen Überblick über die Haushaltsentwicklung im Jahre 1966 unter Berücksichtigung des beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Parteienfinanzierungs-Verfahrens.[7]

RUBIN erklärt, daß unabhängig vom Ausgang des Verfahrens in Karlsruhe sich die Bundespartei für die Landtagswahlen in Bayern – notfalls auch auf dem Kreditwege – engagieren wird.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt entsprechend dem Vorschlag von *Rubin*, die Landtagswahlen in Bayern[8] als ein bundespolitisches Problem anzusehen.

ZOGLMANN regt an, daß in Bayern systematisch Kontakte mit bestimmten Vertretern der Industrie durch FDP-Politiker angeknüpft werden, um eine finanzielle Unterstützung der FDP in Bayern zu erreichen.

Beschluß

Auf Vorschlag von *Weyer* beauftragt der Bundesvorstand den Bundesvorsitzenden, seine drei Stellvertreter, den Schatzmeister und den Fraktionsvorsitzenden, dem Bundesvorstand einen Plan für eventuelle Leistungen an einzelne Landesverbände vorzulegen.

6. VERSCHIEDENES

a) Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet am Freitag, dem 22. April 1966, 14.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, statt.[9]

Frau Dr. HAMM-BRÜCHER entschuldigt sich für diese Sitzung wegen einer USA-Reise.[10]

Dr. MENDE übergibt die Leitung der Sitzung des Bundesvorstandes an Dr. *Bucher* und verläßt die Sitzung.

b) Der Bundeshauptausschuß wird zur Vorbereitung des Bundesparteitages für

Sonnabend, den 7. Mai 1966, voraussichtlich 9.30 Uhr, nach Frankfurt/Main oder Mainz einberufen.

2. ARBEIT DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

Dem Bundesvorstand liegt eine Konzeption zur Neuorganisation der Bundesfachausschüsse vor.[11]

Beschluß

Auf Antrag von Frau *Funcke* beschließt der Bundesvorstand, daß bei einer Auflösung des Bundesfrauenausschusses die Frauen der FDP im Jahr eine nach

7 Vgl. Nr. 61 Anm. 6.
8 Landtagswahlen in Bayern am 20. 11. 1966.
9 Die folgende Sitzung des Bundesvorstandes fand am 30. 3. 1966 statt. Vgl. Nr. 69.
10 Frau *Hamm-Brücher* besuchte im April/Mai 1966 Bildungseinrichtungen in den USA. Vgl. H. HAMM-BRÜCHER, 1972, S. 76–108.
11 Vgl. Nr. 66 mit Anm. 8.

außen wirkende Veranstaltung und eine nach innen gerichtete Sitzung durchführen können.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß eine Kommission gebildet wird, die den Auftrag hat, Möglichkeiten der Reduzierung der Fachausschüsse auf maximal 8 bis 9 zu prüfen.[12] Die Kommission hat außerdem den Auftrag, einen Vorschlag zur Verbesserung der Arbeit dieser Fachausschüsse mit Arbeitsgruppen der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes vorzulegen.

Der Kommission sollen für den Bundesvorstand die Herren *Mischnick, Rubin* und Dr. *Starke,* für die Geschäftsführer die Herren *Hummel* und Dr. *Friderichs* angehören.

6. VERSCHIEDENES (FORTSETZUNG)

c) Die Jungdemokraten bedauern, daß die Beziehungen zwischen FDP und LSD in dieser Sitzung nicht behandelt wurden.

Der Bundesvorstand ist auf Vorschlag von *Rubin* damit einverstanden, daß der Bundesschatzmeister den LSD überbrückend bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes finanziell unterstützt. Der Bundesvorstand soll auf seiner nächsten Sitzung die Beziehungen zum LSD behandeln.

d) Dr. STARKE regt an, daß die Bundespartei umgehend mit den Landesfinanzministern und Finanzexperten der FDP Verbindung aufnimmt, um eine einheitliche Sprachregelung bei der Behandlung des Themas der Finanzreform[13] zu finden.

Die unter Punkt Verschiedenes c) und d) behandelten Themen wurden in Anwesenheit folgender Bundesvorstandsmitglieder behandelt:

Dr. *Bucher, Mischnick, Rubin,* Dr. Klaus *Dehler, Eisenmann,* Hans-Günther *Hoppe,* Dr. *Starke,* Dr. *Hamm-Brücher,* DJD.

12 Vgl. die Übersicht über die 20 Ausschüsse in Nr. 28 Anlage.

13 Vgl. Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes und Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, in: 5. BT ANLAGEN, Bd. 106, Drucks. Nr. 890 vom 2. 9. 1966.

## 69.

## 30. 3. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am Mittwoch, den 30. März 1966, in Bonn, Bundeshaus." 15.15 Uhr–18.45 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Borm, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Engelhard, Liselotte Funcke, Glahn, Graaff, Hoppe, John (i. V. von Simonis), Koch, Mende, Meyer (DJD) (i. V. von Holl), Mischnick, Müller-Link, Peters (i. V. von Eisenmann), Rubin, Starke, Zoglmann.[1]

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Dahlmeyer, Friderichs, Genscher, Kirchhoff, Marx, Schaible, Schollwer, Stoltz, Walper.

TAGESORDNUNG

1. Konsequenzen aus der Hamburger Bürgerschaftswahl
2. Bericht zur politischen Lage

1. KONSEQUENZEN AUS DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSWAHL

ENGELHARD und MÜLLER-LINK geben einen Bericht über den Verlauf der Bürgerschaftswahl in Hamburg[2] und die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Dr. FRIDERICHS trägt dem Bundesvorstand eine Kurzanalyse zu den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl vor.

Beschluß:

Diese Kurzanalyse soll den Mitgliedern des Bundesvorstandes zugestellt werden.

Nach eingehender Diskussion teilen die dem Bundesvorstand angehörenden Hamburger Vertreter mit, daß sie wegen einer weiteren Sitzung in Hamburg die Bundesvorstandssitzung verlassen müßten. Der Bundesvorstand bittet die Hamburger Mitglieder, den Bundesvorstand wegen der Bedeutung der Sitzung nicht zu verlassen.

Dr. MENDE faßt zu diesem Zeitpunkt zusammen, daß sich acht Redner im Verlauf der Diskussion für und drei gegen eine Empfehlung an den Landesverband Hamburg ausgesprochen hätten, die Koalition mit der SPD auf Grund des Wahlergebnisses nicht forzusetzen.[3]

---

1 Entschuldigt waren *Bucher, Dahlgrün, Eilers, Erbe,* Hildegard *Hamm-Brücher, Kohl, von Kühlmann-Stumm,* Eduard *Leuze, Saam, Scheel* und *Weyer.*

2 Ergebnis der Wahl der Bürgerschaft vom 27. 3. 1966 (in %): CDU 30,0, SPD 59,0, FDP 6,8 (1961: 9,6), Sonstige 4,2. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 139.

3 *Mende* und die Vorstandsmehrheit sprachen sich gegen eine erneute Koalition SPD-FDP in Hamburg aus, während *Engelhard* und *Müller-Link* (beide Hamburg) in einem Bündnis mit der

Um 17.55 Uhr verlassen *Engelhard, Müller-Link* und *Meyer* (DJD) die Bundesvorstandssitzung.[4]

Beschluß:

Nach weiterer eingehender Diskussion faßt der Bundesvorstand mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgende Beschlüsse:

1. Der Bundesvorstand der Freien Demokraten erörterte am Mittwoch in Bonn den Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahlen. Er empfahl dem Hamburger Landesverband, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen und sich an der Regierung nicht zu beteiligen.
   Dieser Beschluß soll als Kommuniqué veröffentlicht werden.
2. Der Hamburger Landesverband der FDP wird gebeten, die für Freitag, 1. April 1966, einberufene Sitzung des Landesausschusses auf Montag, den 4. April 1966, zu verschieben oder aus satzungstechnischen Gründen zu vertagen.[5]
3. In der Sitzung des Landesausschusses soll der Beschluß des Bundesvorstandes durch Dr. *Mende, Mischnick,* Dr. *Dehler,* Dr. *Friderichs* und/oder *Genscher* vertreten werden.

2. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage und erörtert dabei insbesondere die französische Haltung zur NATO-Politik[6] und die Friedensnote der Bundesregierung.[7]

[ANLAGE]

fdk Nr. 121/66 (T) Bonn-Bundeshaus, den 30. März 1966

MENDE ZUR FRIEDENSNOTE, ZUM MOSKAUER PARTEITAG UND ZUR NATO-KRISE

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei trat am Mittwoch unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* zu einer Sitzung in Bonn zusammen. Zu Beginn der Tagung gab Dr. *Mende* einen Überblick über die außenpolitische Lage.

Als einen Schritt vorwärts in der deutschen Ostpolitik bezeichnete der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Dr. Erich *Mende,* die Friedensnote der Bundesregierung.[8] Vor dem Bundesvorstand seiner Partei erklärte *Mende,*

---

noch stärker gewordenen SPD die beste Überlebenschance sahen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen ab 27. 3. 1966 (ADL, 6966/98).

4 *Engelhard* und *Müller-Link* verließen die Vorstandssitzung vorzeitig, weil sie die Empfehlung, die Koalition nicht fortzusetzen, ablehnten. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen ab 27. 3. 1966 (ADL, 6966/98).

5 Die Sitzung des Landesausschusses Hamburg sollte verschoben werden, damit *Mende* an den Beratungen teilnehmen konnte. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen ab 27. 3. 1966 (ADL, 6966/98).

6 Siehe Anlage.

7 Siehe Anlage.

8 Vorschläge zur Abrüstung und zur Friedenssicherung in der Regierungserklärung vor dem

die in diesem Dokument ausgesprochene Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, nach Wegen der Verständigung mit den osteuropäischen Staaten zu suchen und beim Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, könne von niemandem bezweifelt werden.

Es sei bedauerlich, so betonte Dr. *Mende,* daß vor allem Moskau und Warschau zu diesem Friedensschritt der Bundesregierung bisher nichts anderes eingefallen sei, als neue beleidigende Beschuldigungen gegen das demokratische Deutschland zu erheben. Diese Methode wecke den Verdacht, daß die Regierungen Polens und der UdSSR lediglich daran interessiert seien, die Bundesrepublik Deutschland zu einem Schreckgespenst für alle Völker abzustempeln, um damit ihre eigene Politik rechtfertigen zu können. Als bedauerlich bösartig bezeichnete der FDP-Vorsitzende die jüngsten Angriffe, die der sowjetische Parteichef *Breschnew* gestern auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU gegen die Bundesrepublik gerichtet hatte.[9] Mit der Behauptung *Breschnews,* Westdeutschland werde „in immer größerem Ausmaße eine Brutstätte militärischer Gefahr", entziehe sich die Sowjetunion jeder ernsthaften Diskussion über die Deutschland und Europa betreffenden Probleme und versuche zugleich, die erdrückende militärische Überlegenheit der UdSSR in Europa zu verbergen.

Zur NATO-Krise und der Haltung General *de Gaulles* gegenüber dem Bündnis stellte der FDP-Bundesvorsitzende fest: Der vom französischen Staatspräsidenten angekündigte Rückzug aus der NATO[10] wirft für die Bundesrepublik Deutschland eine Reihe ernster Probleme auf. Die Bundesrepublik muß sich schell auf die veränderte Situation im westlichen Lager einrichten und prüfen, welche Konsequenzen daraus für die deutsche Politik zu ziehen sind. Dabei werden die Fragen der europäischen Zusammenarbeit und Sicherheit, die Schaffung einer europäischen Friedensordnung und die damit verbundene Lösung der deutschen Frage bestimmend für die zu treffenden Entscheidungen sein müssen.

Sodann berichtete der Landesvorsitzende der FDP in Hamburg, Bürgermeister Edgar *Engelhard,* über den Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahlen. Der Bundesvorstand empfahl dem Landesverband Hamburg, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen und sich an der Regierung nicht zu beteiligen.

---

Deutschen Bundestag und in Noten, abgedr. in: 5. BT Sten. Ber, Bd. 61, 25. 3. 1966, S. 1607 B f.; AdG 1966, S. 12402 B. Vgl. K. Hildebrand, 1984, S. 187–190.

9 Darlegungen auf XXIII. Parteitag der KPdSU vom 29. 3. bis 8. 4. 1966. Vgl. AdG 1966, S. 12435 B.

10 Zu den französischen Schritten zur Beendigung der militärischen Integration Frankreichs in die NATO seit Februar 1966 vgl. AdG 1966, S. 12345 A, 12417 F, et passim; K. Hildebrand, 1984, S. 170, 173.

70.

## 22. 4. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am Freitag, dem 22. April 1966, in Bonn, Bundeshaus." 14.17 Uhr–17.50 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlmeyer, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eisenmann, Engelhard, Feuerherdt, Lianne Franzky-Beckmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graf (i. V. von Borttscheller), Hetzel, Holl (DJD), Hoppe, Kirchhoff, Koch, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Marx, Mende, Mischnick, Alfred Stefan Müller, Müller-Link, Saam, Scheel, Schollwer, Starke, Stoltz, Weyer, Willner, Zoglmann.[1]

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
   a) Deutschland- und Außenpolitik
   b) Innenpolitik (Finanz-, Wirtschafts-, Agrarpolitik usw.)
2. Schreiben der LDPD vom 2. 4. 1966
3. Schreiben des Kreisverbandes Gladbeck vom 22. 3. 1966 betr. gesamtdeutsches Gespräch unter Beteiligung von Vertretern aus Mitteldeutschland
4. Vorbereitung der Landtagswahl in Bayern
5. Finanzforderungen der Länder an den Bund (Vermerk der Fraktion vom 15. 3. 1966)
6. LSD/FDP
7. Vorbereitung der Bundeshauptausschußsitzung am 7. 5. 1966 in Mainz
8. Verschiedenes

1 a., 2. und 3. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE [SCHREIBEN DER LDPD VOM 2. 4. 1966, SCHREIBEN DES KREISVERBANDES GLADBECK VOM 22. 3. 1966]

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur aktuellen gesamtdeutschen Lage. Der Bundesvorstand erörtert die Teilnahme am geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED.[2]

Beschluß

---

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün, Eilers, Erbe, Glahn,* Hildegard *Hamm-Brücher,* Eduard *Leuze, Rubin* und *Simonis.*

2 Bundeskanzler *Erhard* hatte die Vorsitzenden aller Parteien und den Bundestagspräsidenten zu einem Gespräch am 21. 4. 1966 in das Palais Schaumburg eingeladen; dabei brachten u. a. die Vertreter der SPD den von ihnen erwogenen Redneraustausch mit der SED zur Sprache. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 220.

Er ist sich einig, daß Einladungen zur Teilnahme an Veranstaltungen anderer Parteien erst dann diskutiert werden sollen, wenn diese Einladungen vorliegen.[3]

Der Bundesvorstand diskutiert das Schreiben der LDPD an den Bundesvorstand der FDP.[4] GENSCHER und MISCHNICK legen dem Bundesvorstand den Entwurf für einen offenen Antwortbrief an die LDP vor.[5]

Beschluß

Der als Anlage beigefügte Wortlaut des offenen Antwortbriefes an die LDP wird durch den Bundesvorstand genehmigt.

Beschluß

Der Bundesvorstand setzt eine technische Kommission ein, die den Auftrag hat, technische Fragen mit der LDP abzusprechen, falls es zu einem Redneraustausch mit der LDP kommen sollte.

Der Kommission sollen C.-C. *Müller,* Hauptgeschäftsführer der FDP in Berlin, K. H. *Hummel,* Hauptgeschäftsführer der FDP in Baden-Württemberg, und Wolfgang *Schollwer,* Pressereferent der FDP-Bundesgeschäftsstelle, angehören.

Vor Veröffentlichung des offenen Antwortbriefes soll der Wortlaut dem Bundesgeschäftsführer der CDU und dem Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD *Wehner* zugestellt werden.

Beschluß

Nach einer eingehenden Diskussion beschließt der Bundesvorstand, die offene Antwort der FDP an den Zentralvorstand der LDP als offenen Brief ohne Anrede und Schlußformel zu richten.

Das als Anhang beigefügte Kommuniqué zur Sitzung des Bundesvorstandes der FDP wird mit einigen Änderungen in der vorliegenden Form gebilligt.[6]

Punkt 3 der Tagesordnung wird nicht mehr behandelt. TOP 4 wird TOP 3.

3. VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHL IN BAYERN

Dr. Klaus DEHLER gibt einen Bericht über die politische und organisatorische Planung der Landtagswahl in Bayern.[7] Dr. DEHLER teilt mit, daß der Landes-

3 Der Bundesvorstand diskutierte die Problematik des Redneraustausches und die Teilnahme der FDP an den geplanten SPD/SED-Veranstaltungen z. T. kontrovers. Die Auffassungen reichten von entschiedener Ablehnung über die Entsendung von Beobachtern – so zunächst *Mende* – bis zur Befürwortung. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 24. 4. 1966 (ADL, 6966/98).

4 Siehe Anlage 2 Teil 1. Abgedr. auch in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 12-1966, 1981, S. 422 f.

5 Siehe Anlage 2 Teil 2. Abgedr. auch in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe/Bd. 12-1966, 1981, S. 516 f.

6 Siehe Anlage 1.

7 Landtagswahlen am 20. 11. 1966.

verband Bayern zur Erreichung der 10 %-Klausel in Mittelfranken und Oberbayern Schwerpunkte bilden wird.[8]

Dr. FRIDERICHS gibt einen Überblick über die gemeinsam mit dem Landesverband Bayern erarbeiteten Kostenpläne der Landtagswahl. Kostenplan A sieht einen Gesamtbetrag in Höhe von rd. DM 450 000 vor, Kostenplan C einen Gesamtbetrag in Höhe von rd. DM 1,3 Mill., Kostenplan B hat ein Volumen von rd. 950 000.– DM. Die Schwerpunkte sind im Kostenplan B berücksichtigt. Kostenplan A reicht zur Finanzierung eines Landtagswahlkampfes nicht aus.

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt einstimmig Kostenplan B. Er stimmt einstimmig dem Vorschlag zu, daß 50 % der Kosten von B durch die Bundespartei, 50 % durch den Landesverband getragen werden, wobei eine Spanne nach oben von 10 % berücksichtigt werden soll.

6. LSD/FDP

Dr. Thomas DEHLER gibt einen Bericht über die mit dem LSD und dem FDS geführten Gespräche. Die Verhandlungskommission der FDP glaubt, eine gemeinsame Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit von FDP und LSD gefunden zu haben.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, ab sofort LSD und FDS monatlich mit jeweils DM 1 500 finanziell zu unterstützen. Diese Finanzzusage ist auf das Haushaltsjahr beschränkt.[9]

Die Kommission wird beauftragt, mit beiden Verbänden zu verhandeln, um eine Vereinigung von LSD und FDS zu erreichen.

Beschluß

Auf Grund der zwischen der FDP und dem LSD getroffenen Vereinbarungen wird Herr *Kayser* (LHG Göttingen), der Bundesvorsitzender des LSD und FDP-Mitglied ist, in den Bundesvorstand kooptiert.[10]

7. VORBEREITUNG DER HAUPTAUSSCHUSSITZUNG AM 7. 5. 1966 IN MAINZ

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt folgende Tagesordnung für die Bundeshauptausschußsitzung in Mainz[11]:

---

8 An der bayerischen Sperrklausel von 10 % in mindestens einem der 7 Wahlkreise (identisch mit den Regierungsbezirken) scheiterte die FDP 1966 trotz der von ihr erreichten 5,1 % im ganzen Land. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 136.

9 Die finanzielle Unterstützung des LSD war vom Bundesvorstand ab 1. 10. 1965 ausgesetzt worden. Vgl. Nr. 60 TOP 1.

10 Die Kooptation erfolgte ad personam. Vgl. Nr. 54 vor TOP 1. Ch. *Kayser* war Nachfolger von H. *Frey*. Vgl. Nr. 60 TOP 1.

11 Am 7. 5. 1966. Vgl. Rundschreiben R 23/66 vom 27. 4. 1966 an alle Landesverbände, an die Mitglieder des Bundesvorstandes z. K. (HStASt Q 1/22 Bü 808, NL Haußmann).

1. Bericht zur politischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Deutschlandpolitik
   a) Bericht Dr. *Mende*
   b) Gesamtdeutsche Begegnungen, Bericht Wolfgang *Mischnick*
2. Vorbereitung des Bundesparteitages
3. Verschiedenes

1 b) INNENPOLITIK (FINANZ-, WIRTSCHAFTS-, AGRARPOLITIK usw.)

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, VON KÜHLMANN-STUMM, gibt einen Bericht über die NATO- und Innenpolitik.

ANLAGE 1

fdk Nr. 150/66 53 Bonn, den 22. April 1966

KOMMUNIQUÉ DER BUNDESVORSTANDSSITZUNG VOM 22. APRIL 1966

Bonn. (fdk) Vor dem Bundesvorstand der Freien Demokraten begrüßte der FDP-Vorsitzende Dr. Erich *Mende* am Feitag in Bonn die bei dem Deutschlandgespräch der Bundesparteien am Donnerstag erzielte Übereinstimmung in den Grundsätzen der Deutschlandpolitik. Dr. *Mende* unterstrich die Notwendigkeit, diese Gespräche fortzusetzen, weil im Zuge einer beweglichen Deutschlandpolitik eine Fülle von Fragen und Problemen geklärt und unter den Parteien abgestimmt werden müßten.

Die Möglichkeit, im anderen Teil unseres Vaterlandes den Standpunkt des demokratischen Deutschland in den nationalen Fragen unseres Volkes offen darzulegen, müssen in jeder Weise genutzt werden, erklärte der FDP-Vorsitzende. Dadurch könnten das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes gestärkt, Vorurteile gegenüber der Bundesrepublik abgebaut und damit wichtige Voraussetzungen für eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werden. Wörtlich fuhr Dr. *Mende* fort: „Die FDP ist darum bereit, ihre in Bad Homburg begonnene Diskussion fortzusetzen und in beiden Teilen Deutschlands in eigener Veranstaltung aufzutreten."

Der Bundesvorstand erörterte sodann den offenen Brief des Zentralvorstandes der LDP vom 2. April 1966. Der Vorstand beschloß die nachstehende Antwort auf dieses Schreiben. Sie hat folgenden Wortlaut: [siehe Anlage 2 Teil 2].

ANLAGE 2

fdk Nr. 153/66 (T) 53 Bonn, den 25. April 1966

WORTLAUT DES OFFENEN BRIEFWECHSELS ZWISCHEN LDP UND FDP

Zur Sitzung des FDP-Bundesvorstandes am 22. April 1966 veröffentlicht die fdk nachstehend als Dokumentation den Wortlaut des Offenen Briefes des Generalsekretärs der LDP vom 2. April 1966 an die FDP und den Wortlaut des Offenen Briefes der FDP an die LDP vom 22. April 1966:

LDPD 108 Berlin, am 2. April 1966
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands Taubenstraße 48–49

Zentralvorstand
Generalsekretär

Fernspr. Sammelnummer 225171

An den
Bundesvorsitzenden
der Freien Demokratischen Partei
Herrn Dr. Erich *Mende*
Bonn

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Zu jeder Zeit entsprach es dem nationalen Verantwortungsgefühl der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Wege zur Verständigung über die Lebensfragen unserer Nation zu suchen und zu beschreiten. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß der Offene Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland[12] in entscheidender Stunde das nationale Gespräch in Gang gesetzt hat. Dieser Dialog zwischen den beiden Arbeiterparteien findet unsere lebhafte Zustimmung und Unterstützung.

Der Zentralvorstand unserer Partei hält die Zeit für gekommen, daß alle politischen Kräfte in beiden deutschen Staaten in einen Gedankenaustausch über die Grundfragen unserer Nation eintreten. Wir glauben annehmen zu können, daß auch die Mitglieder der FDP von der Sorge um die Zukunft Deutschlands erfüllt sind und es getreu den besten Traditionen des deutschen Bürgertums als ihre unabdingbare Pflicht ansehen, einen Beitrag zum glückhaften Aufstieg unseres Volkes zu leisten, dessen würdiger Platz in der Familie der Völker allein durch sein Handeln für die Befestigung des Friedens und das Wohl der Menschheit bestimmt wird.

Wir Liberaldemokraten sind bereit, mit der FDP über Wege zur Entspannung in Deutschland und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu sprechen. Dabei werden wir, wie in all den Jahren, die Suche nach Gemeinsamkeiten im Interesse der Sicherung des Friedens und des Abbaus des Kalten Krieges in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen. Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Sie kürzlich in Michelstadt im Odenwald erklärt haben[13], Ihre Partei sei bereit, mit uns in ein solches Gespräch einzutreten. Das läßt mich erwarten, daß Sie meinen Vorschlag zustimmend aufnehmen, Besprechungen zwischen den Führungsspitzen der LDPD und der FDP zu beginnen. Diese Zusammenkünfte könnten im Wech-

12 „Offener Brief des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland", in: Neues Deutschland 21. Jg., Nr. 42 vom 11. 2. 1966, S. 1, 3 f. (BPA).

13 Am 26. 3. 1966 hatte *Mende* auf dem Landesparteitag der hessischen FDP in Michelstadt/Odenwald die Bereitschaft seiner Partei zu einem Redneraustausch zwischen FDP und LDP erklärt, wenn dieser der FDP in der gleichen Weise angeboten würde wie der SPD. Vgl. E. Mende, Wende, 1986, S. 216.

sel in der DDR und in der Bundesrepublik stattfinden und bei beiderseitigem guten Willen zu nützlichen Ergebnissen führen.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir Ihren Vorschlag für Zeitpunkt und Ort der ersten Begegnung übermitteln würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. *Gerlach*

Der FDP-Bundesvorstand erörterte am 22. April 1966 den Offenen Brief des Zentralvorstandes der LDP vom 2. April 1966. Der Vorstand beschloß die nachstehende Antwort auf dieses Schreiben. Sie hat folgenden Wortlaut:

OFFENE ANTWORT AUF DEN OFFENEN BRIEF DER LDP VOM 2. 4. 1966[14]

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich zu dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden. Dieser Verfassungsauftrag ist Grundlage unserer Deutschlandpolitik, die auf die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates gerichtet ist. Diese Politik schließt die Anerkennung eines „anderen" deutschen Staates aus.

Auf dem Eisenacher Parteitag der LDP im Jahre 1947 sprachen Professor Dr. Theodor *Heuss* und Dr. Wilhelm *Külz*. Im Jahre 1956 haben daran anknüpfend die damaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Erich *Mende* und Walter *Scheel* und der damalige Landtagsabgeordnete Wolfgang *Döring* den Versuch unternommen, mit Vertretern der LDP Gemeinsamkeiten in den Grundfragen der deutschen Politik festzustellen. Die Gespräche ergaben, daß die Führung der LDP weder willens noch in der Lage war, eine selbständige und unabhängige Politik zu vertreten. Die seitdem abgegebenen Erklärungen des Zentralvorstandes der LDP haben diesen Eindruck nur noch verstärkt. Die LDP beugte sich damals dem Willen der SED und lehnte unsere Vorschläge ab, gemeinsame öffentliche Versammlungen in beiden Teilen Deutschlands durchzuführen.

Die Freie Demokratische Partei wird mit dem Zentralvorstand der LDP keine Besprechungen führen, so lange nicht erkennbar ist, daß die LDP solche Gespräche in Unabhängigkeit und eigener Verantwortung führen kann.

Die Freien Demokraten sind davon überzeugt, daß der weitaus größte Teil der Mitglieder und Anhänger der LDP nach wie vor eine freiheitliche Lebensordnung in ganz Deutschland wünscht und dies auch öffentlich bekunden würde, wenn ihm dazu die Möglichkeit gegeben wäre. Diesen Mitgliedern und darüber hinaus der ganzen Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands unsere Auffassungen über die Grundfragen der deutschen Politik darzulegen, ist unser Ziel. Dazu bedarf es keiner Verhandlungen. Die Veranstaltung in Bad Homburg, in der Vertreter der LDP Gelegenheit hatten, in aller Öffentlichkeit

14 Die offene Antwort ist erstmals abgedruckt in fdk Nr. 150/66 (T) vom 22. 4. 1966.

und Freiheit ihre Meinungen vorzutragen, ist ohne Verhandlungen zwischen den Führungsspitzen der Parteien zustande gekommen.[15]

Wir würden es begrüßen, wenn im Gegensatz zu 1956 jetzt Vertretern der Freien Demokratischen Partei die Möglichkeit eröffnet würde, in öffentlichen, frei zugänglichen Veranstaltungen bei voller Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen in beiden Teilen Deutschlands über die entscheidenden Fragen der deutschen Politik zu sprechen.

Diese Politik ist gerichtet auf die Sicherung des Friedens in Europa und auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Die Freie Demokratische Partei hat mit Bedauern feststellen müssen, daß der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands der Inhalt der Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 [16] vorenthalten wird.

Diese Friedensnote ist getragen von dem Willen, den Frieden in Europa zu sichern und das Verhältnis Deutschlands zu seinen osteuropäischen Nachbarn und zur Sowjetunion zu verbessern. Sie bekennt sich deshalb zu der Forderung, die Verbreitung von Atomwaffen auf weitere Staaten, sei es durch eigene Herstellung, sei es durch Bezug von Atommächten, auszuschließen. Sie tritt ferner dafür ein, daß die Mächte, die in Europa Atomwaffen besitzen oder unterhalten, vereinbaren, die Zahl dieser Waffen nicht zu erhöhen, sondern sie stufenweise zu verringern. Sie erwartet, daß nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch andere Länder sich als Empfänger von spaltbarem Material internationalen Kontrollen unterwerfen.

Weiter wird die Bereitschaft erklärt, mit den Regierungen der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei, aber auch mit jedem anderen osteuropäischen Staat, der dies wünscht, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Sie bietet ferner an, mit der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen, rumänischen und bulgarischen Regierung bilaterale Vereinbarungen über den Austausch militärischer Beobachter bei Manövern der Streitkräfte zu treffen. Schließlich enthält sie die Zusicherung, an einer Weltabrüstungskonferenz oder an jeder anderen Abrüstungskonferenz, soweit sie Erfolg versprechen, teilzunehmen um im konstruktiven Geist mitzuarbeiten.

Dieser vom ganzen Deutschen Bundestag getragene Friedenswille[17] kann aber allein die Gefahren, die dem Frieden in Mitteleuropa drohen, nicht beseitigen. Es kommt dabei auf den guten Willen aller an.

Der Zentralvorstand der LDP könnte Beweise seines guten Willens aber auch seiner Selbständigkeit erbringen, wenn er sich dafür einsetzt, wenigstens die

---

15 Am 31. 3. 1966 hatten sich in Bad Homburg als Vertreter der LDP aus Erfurt Reinhold *Heinicke*, Gerhard *Kalmring* und Joachim *Radecker* mit Wolfgang *Mischnick*, Gottfried *Voitel* und zwei Jungdemokraten des hessischen Landesverbandes für die FDP getroffen. Es war dies das erste offene Kontaktgespräch zwischen LDP und FDP seit 1956. Vgl. E. Mende, Wende, 1986, S. 216. Abdruck der Podiumsdiskussion in Dokumente zur Deutschlandpolitik IV. Reihe/Bd. 12-1966, 1981, S. 413–416.

16 Siehe Nr. 69 Anm. 8.

17 Ebd.

schlimmsten Auswirkungen der deutschen Teilung dadurch zu überwinden, daß

1. der Schießbefehl an Mauer und Stacheldraht aufgehoben wird;

2. die volle Freizügigkeit in Berlin wiederhergestellt wird;

3. der freie Reiseverkehr von Ost nach West ermöglicht wird.

Für diese Schritte bedarf es keiner Verhandlungen oder Vereinbarungen. Ihre Durchführung liegt allein in der Hand derjenigen, die in Mitteldeutschland Macht ausüben.

Wir haben bisher leider nicht das geringste Anzeichen dafür feststellen können, daß die Führung der LDP sich bemüht, gerade in diesen Fragen, die das deutsche Volk besonders bedrücken, auch nur eine Milderung des bestehenden Zustandes zu erreichen.

Der Brief des Generalsekretärs der LDP an den Bundesvorsitzenden der FDP ist in beiden Teilen Deutschlands veröffentlicht worden. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß auch diese Antwort ungekürzt im anderen Teil Deutschlands veröffentlicht wird.

Sofern zur Vorbereitung der von uns vorgeschlagenen Veranstaltungen technische Vereinbarungen für erforderlich gehalten werden, stehen für die FDP die Herren Wolfgang *Schollwer,* Pressereferent des FDP-Bundesvorstandes, und Claus-Christian *Müller,* Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Berlin, und Karl Hermann *Hummel,* Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg, zur Verfügung.

## 71.

## 5. 6. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. Juni 1966 in Nürnberg[1], Grand Hotel." 15.15 Uhr–19.30 Uhr, 21.10 Uhr–0.50 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Arning (i. V. von Rademacher), Borm, Borttscheller, Bucher, Klaus Dehler, Eicher, Eilers, Eisenmann, Erbe, Liselotte Funcke, Carlo Graaff, Hildegard Hamm-Brücher, Hoppe, John (i. V. von Simonis), Koch, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Saam, Starke, Weyer, Zoglmann.[2]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Holl (DJD), Kayser (LSD).

---

1 Ort des 17. Bundesparteitages am 6. und 7. 6. 1966.

2 Entschuldigt waren *Dahlgrün,* Thomas *Dehler, Rademacher, Scheel* und *Simonis.*

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Beckmann, Brodeßer, Eggers, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Hilde Kappus, Koegel, Lafrenz, Marx, Richter, Schollwer, Stoltz, Willner.

Gast: Arndt.

TAGESORDNUNG

1. Vorschläge für Parteitagspräsidium
2. Besprechung der Reden
   a) Dr. Reinhold *Maier*
   b) Dr. Thomas *Dehler*
   c) Hans Wolfgang *Rubin*
   d) Dr. Hans *Friderichs*
   e) Dr. Erich *Mende*
   f) Willi *Weyer*
3. Beschlußfassung über Entschließungsanträge, die vom Bundesvorstand dem Parteitag vorgelegt werden:
   a) Deutschland- und Außenpolitik
   b) Haushalts- und Finanzpolitik
   c) Wirtschaftspolitik
4. Vorstandswahlen
5. Verschiedenes

1. VORSCHLÄGE FÜR PARTEITAGSPRÄSIDIUM

Beschluß

Der Bundesvorstand wird dem Bundesparteitag vorschlagen, den Landesvorsitzenden von Bayern, Dr. Klaus *Dehler,* den Landesvorsitzenden von Berlin, William *Borm,* und den Fraktionsvorsitzenden *von Kühlmann-Stumm* in das Parteitagspräsidium zu berufen.

Die Vorsitzführung des Präsidiums wird zeitlich wie folgt aufgeteilt:

6. Juni 1966, vormittags, Dr. Klaus *Dehler*

6. Juni 1966, nachmittags, William *Borm*

7. Juni 1966, vormittags, *von Kühlmann-Stumm*

7. Juni 1966, nachmittags, Dr. Klaus *Dehler*

2. BESPRECHUNG DER REDEN

b) Dr. Thomas *Dehler*

Wegen besonderer persönlicher Ereignisse kann Dr. Thomas *Dehler* unter Umständen seine Rede nicht halten.[3]

Beschluß

In Abwesenheit von Dr. *Dehler* beschließt der Bundesvorstand, daß in diesem Falle Dr. Klaus *Dehler* das Referat von Dr. Thomas *Dehler* als eigene Rede übernehmen soll.[4]

Die Rede von Dr. *Mende* soll in diesem Falle nach der Eröffnung des Bundesparteitages gehalten werden.[5]

c) Hans Wolfgang *Rubin*

RUBIN trägt die wesentlichen Thesen seiner Rede vor, die vom Bundesvorstand gebilligt werden.[6]

d) Dr. Hans *Friderichs*

Dr. FRIDERICHS trägt die wesentlichen Thesen seiner Rede vor, die vom Bundesvorstand gebilligt werden.[7]

e) Dr. Erich *Mende*

Dr. MENDE trägt dem Bundesvorstand die wesentlichen Thesen seiner Rede vor. Mit einigen geringfügigen Änderungen billigt der Bundesvorstand diese Rede.[8]

f) Willi *Weyer*

Die Rede wird wegen Abwesenheit von Willi *Weyer* nicht behandelt.[9]

3. BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE, DIE VOM BUNDESVORSTAND DEM PARTEITAG VORGELEGT WERDEN:

a) Deutschland- und Außenpolitik

Mit einigen Änderungen genehmigt der Bundesvorstand den vorgelegten Entwurf einer Entschließung zur Deutschland- und Außenpolitik (siehe Anlage).[10] Die Begründung für den Bundesvorstand soll auf dem Bundesparteitag durch *Mischnick* abgegeben werden.

b) Haushalts- und Finanzpolitik

---

3 Wegen eines Todesfalles in seiner Familie. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 8. 6. 1966 (ADL, 6966/98).

4 Thomas *Dehler* hielt dann doch sein Referat. Vgl. Bundesparteitag 1966 (ADL, A 1-306, pag. C 1-41).

5 *Mendes* Referat war für den zweiten Tag, den 7. 6. 1966, vorgesehen. Vgl. Bundesparteitag 1966 (ADL, A 1-306, pag. D 1-23).

6 Vgl. Bundesparteitag 1966 (ADL, A 1-307, pag. 12-21, E 7-11).

7 Vgl. Bundesparteitag 1966 (ADL, A 1-307, pag. 25-35, E 14).

8 Der Entwurf zu der Rede stammte von W. Schollwer. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen ab 16. 6. 1966 (ADL, 6966/98).

9 Vgl. Bundesparteitag 1966 (ADL, A 1-308, pag. 8-28).

10 Siehe Anlage 1.

Mit einigen Änderungen genehmigt der Bundesvorstand den vorgelegten Entwurf einer Entschließung zur Haushalts- und Finanzpolitik (siehe Anlage).[11] Die Begründung für den Bundesvorstand soll auf dem Parteitag durch Dr. *Starke* abgegeben werden.

c) Wirtschaftspolitik

Der Entwurf dieser Entschließung findet nicht die Billigung des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand bildet ein Redaktionskomitee, das den Entwurf umarbeiten soll.[12]

Dem Redaktionskomitee gehören an: Carlo *Graaff,* Dr. Heinz *Starke,* Jan *Eilers,* Liselotte *Funcke,* Dr. Eduard *Leuze,* Ernst *Eggers.*

Die Begründung auf dem Parteitag soll für den Bundesvorstand von Dr. *Leuze* abgegeben werden.

4. VORSTANDSWAHLEN

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, die Delegierten des Bundesparteitages vor der Wahl der Beisitzer darauf hinzuweisen, daß diese in einem Wahlgang gewählt werden.

Wer die absolute Mehrheit in diesem Wahlgang nicht erhält, kommt in die Stichwahl. In der Stichwahl sind neue Nominierungen nicht möglich.

Das Parteitagspräsidium soll die Delegierten darauf hinweisen, daß der Stimmzettel bei mehr als 13 Stimmenabgaben nicht gültig ist, daß aber jeder Delegierte nach Möglichkeit 13 Stimmen abgeben sollte, damit eine faire Abstimmung ermöglicht wird.[13]

Die Landesverbände geben die vorläufigen Nominierungen der Kandidaten für die Beisitzer-Wahlen bekannt:

| | |
|---|---|
| Berlin | *Hoppe* |
| Nordrhein-Westfalen | Liselotte *Funcke, Achenbach,* Dr. *Effertz* |
| Niedersachsen | *Hedergott, Kreitmeyer, (Eilers)* |
| Schleswig-Holstein | *Peters* voraussichtlich |
| Hessen | steht noch nicht fest, Bundesvorstand wird noch informiert |
| Bayern | Frau Dr. *Hamm-Brücher,* Dr. Thomas *Dehler,* Dr. Heinz *Starke* |
| Rheinland-Pfalz | *Schultz (von Berghes)* |
| Baden-Württemberg | steht noch nicht fest, Bundesvorstand wird noch informiert |
| Saarland | Dr. *Koch* |

11 Siehe Anlage 2.
12 Siehe Anlage 3.
13 Gem. § 19 Ziffer 1 g der Satzung i. d. F. vom 3. 7. 1963 waren 13 weitere Beisitzer zu wählen. Vgl. die Übersicht mit den Namen des Vorsitzenden, der 3 Stellvertreter, des Schatzmeisters und der 13 Beisitzer auf S. LXXIII f.

| | |
|---|---|
| Hamburg | *Müller-Link* |
| Bremen | entfällt. |

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß im 1. Wahlgang der Parteivorsitzende gewählt wird. Er wird durch den Landesverband Berlin vorgeschlagen.

2. Wahlgang *Weyer,* vorgeschlagen durch *Rubin* (NRW)

3. Wahlgang *Bucher,* vorgeschlagen durch Baden-Württemberg

4. Wahlgang *Mischnick,* vorgeschlagen durch Hessen

5. Wahlgang *Rubin,* vorgeschlagen durch *Kohl* (Hessen) oder *Gerrads* (Baden-Württemberg)

5. VERSCHIEDENES

a) Dr. FRIDERICHS trägt den Vorschlag des Landesverbandes Niedersachsen vor, den nächsten Bundesparteitag vor den Landtagswahlen in Hannover in der Zeit vom 17.–19. April durchzuführen.

Wegen der dann bevorstehenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz[14] erhebt der Landesvorsitzende dieses Landesverbandes gegen diesen Vorschlag Einspruch.

Beschluß

Die Behandlung des Vorschlages des Landesverbandes Niedersachsen wird auf die nächste Sitzung des Bundesvorstandes vertagt.

b) KAYSER beantragt für den LSD, in den Räumen des Parteitages die Verteilung der LSZ[15] durch den LSD zu genehmigen.

Beschluß

Der Bundesvorstand lehnt diesen Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Er weist darauf hin, daß er bei der Verteilung von nicht parteilichen Informationen von seinem Hausrecht Gebrauch machen wird. Der Bundesvorstand stellt anheim, die LSZ außerhalb der Meistersingerhalle zu verteilen.

Unterbrechung der Sitzung

c) Behandlung der Anträge

Der Bundesvorstand behandelt die Anträge I, II und III des Landesverbandes Hamburg für den Bundesparteitag. Die Anträge sind als Anlage beigefügt.[16]

Der Bundesvorstand behandelt die Anträge IV, V, VI, VII, VIII, IX und X des Landesverbandes Niedersachsen.[17] Antrag IV soll ohne Änderungen an

14 Landtagswahlen am 23. 4. 1967.
15 Liberale Studentenzeitung.
16 Siehe Anlagen 4–6.
17 Die Anträge 4 bis 10 mit Datum vom 7. 5. 1966 wurden vom LV Niedersachsen gestellt. Antrag 4 bezweckte die Verstärkung der Grundlagen- bzw. Organisationsarbeit auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene. Antrag 5 bezweckte die Einführung eines kleinen Grenzverkehrs entlang der Zonengrenze. Antrag 6 bezweckte die Aktivierung der innerdeutschen

Bundesvorstand und Fraktion überwiesen werden. Antrag VII wird vom LV Niedersachsen zurückgezogen. Bei Antrag IX wird dem LV Niedersachsen empfohlen, darauf hinzuwirken, daß dieser Antrag zurückgezogen wird. Antrag V wird an den Bundesvorstand, Antrag VIII und X an die Bundestagsfraktion als Material mit der Bitte um eine Begründung überwiesen.

d) zu 2 b) Rede Dr. Thomas *Dehler*

Die Rede von Dr. *Dehler* wird auf Grund eines Beschlusses des Bundesvorstandes im vollen Wortlaut verlesen.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß die Rede in einigen Punkten abgeändert werden soll. Diese Änderungen sollen Herrn Dr. *Dehler* rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werden.[18]

ANLAGE 1

Entschließung des XVII. ordentlichen Bundesparteitages zur Außen- und Deutschlandpolitik[19]

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich zu einer Politik, die der Festigung des Friedens, der Verständigung mit allen Völkern in Ost und West und der Überwindung der deutschen Spaltung dient.

Aus diesem Grunde setzt sich die FDP dafür ein,

- die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft der veränderten weltpolitischen Situation anzupassen, die politische Zusammenarbeit der Verbündeten zu verstärken und die Allianz zum Ausgangspunkt eines europäischen Sicherheitssystems zu machen;
- alle Abrüstungsbemühungen zu unterstützen, die geeignet sind, die Sicherheit aller europäischen Staaten zu erhöhen und die Lösung politischer Fragen zu erleichtern;
- die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten vorzubereiten und mit diesen Staaten die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen weiter zu verstärken;

---

Beziehungen durch verschiedene Formen des Austauschs. Antrag 7 bezweckte die Fortsetzung der begonnenen Diskussion über die Stellung der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn. Antrag 8 bezweckte die Angleichung der deutschen „Kriegsopferversorgung" und der Betreuung der „Wehrdienstbeschädigten" an diejenige der NATO-Staaten. Antrag 9 forderte die FDP-Bundestagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, daß nicht erneut Wahlversprechungen nachträglich durch ein Haushaltssicherungsgesetz rückggängig gemacht werden müssen. Antrag 10 bezweckte die Überprüfung verteidigungspolitischer Maßnahmen als Beitrag zur Entspannungspolitik. Quellennachweis: ADL, A 1/301.

18 *Dehlers* Referat, das ursprünglich kritische Äußerungen über die Koalition mit der CDU/CSU und über die Zukunft der FDP enthalten hatte, wurde in einer abgemilderten und positiver formulierten Fassung vorgetragen, nachdem ein kleiner Redaktionsausschuß in der Nacht zum 6. 6. 1966 eine Neufassung erarbeitet hatte. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 8. 6. 1966 (ADL, 6966/98).

19 Vorlage in ADL, A 1/301.

- den Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs zu einer zunächst alle westeuropäischen umfassenden wirtschaftlichen Gemeinschaft zu betreiben und diese Gemeinschaft für eine spätere engere Zusammenarbeit auch mit Staaten Ost- und Südeuropas offenzuhalten;
- die Beziehungen zu den außereuropäischen Staaten weiter auszubauen und alte, traditionelle Verbindungen, soweit sie unterbrochen wurden, wiederherzustellen.

Wir sind der Überzeugung, daß eine solche Politik im besonderen Maße geeignet wäre, die deutsche Frage aus ihrer gegenwärtigen Isolierung zu befreien und neue Ansatzpunkte für ihre Lösung zu schaffen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich Bundesregierung und Bundestag darüber hinaus die Aufgabe stellen,

- eine nüchterne Bestandsaufnahme der Lage im geteilten Deutschland vorzunehmen und sie zur Grundlage einer möglichst von allen Bundestagsparteien getragenen realistischen Deutschlandpolitik zu machen;
- die Gefahr eines weiteren Auseinanderlebens zwischen den beiden Teilen Deutschlands durch ein Maximum an innerdeutschen Begegnungen zu bannen;
- solche Kontakte auch dadurch zu ermöglichen, daß – unter Verantwortung der Vier Mächte – in Berlin gesamtdeutsche technische Kommissionen für die wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und privaten Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands geschaffen werden;
- in diesem Zusammenhang besonders die wirtschaftliche Verklammerung der beiden Teile Deutschlands zu fördern durch eine weitere Liberalisierung des innerdeutschen Handels, durch eine großzügige Kreditpolitik der Bundesrepublik und durch eine gesamtdeutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Außenhandels;
- Berlin weiter zu einer Stätte der Begegnung zwischen Ost und West auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet auszubauen;
- bei allen internationalen Verhandlungen darauf hinzuwirken, den Zusammenhang zwischen europäischer Sicherheit, kontrollierter Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung wiederherzustellen bzw. ganz allgemein Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit mit Schritten auf dem Wege zur Überwindung der Spaltung Deutschlands zu verbinden.

ANLAGE 2

Entschließung des XVII. ordentlichen Bundesparteitages zur Haushalts- und Finanzpolitik[20]

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich zu einer Haushalts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Stabilerhaltung der Währung steht. Dieser

20 Vorlage in ADL, A 1/301.

Zielsetzung sind sämtliche haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungen unterzuordnen. Sie tritt daher dafür ein,

- die Zugangsrate der Ausgaben der öffentlichen Hand bei Bund, Ländern und Gemeinden zu drosseln und die Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand mindestens auf die Zuwachsrate des Sozialprodukts zu beschränken;
- die Gesamtsteuerbelastung nicht zu erhöhen, auch eine gezielte Steuererhöhung bei gebundener Verwendung zur Finanzierung erhöhter Staatsausgaben abzulehnen, weil das Gesamtsteueraufkommen aller Gebietskörperschaften für alle öffentlichen Ausgaben ausreicht;
- im Zuge der Finanzreform die Voraussetzungen für eine übereinstimmend konjunkturgerechte Haushaltsgebarung von Bund, Ländern und Gemeinden und damit für eine weitsichtige Stabilitätspolitik zu schaffen;
- eine klare Rangordnung der öffentlichen Ausgaben herzustellen, die bei allen haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungen strikt eingehalten werden muß;
- in der Rangordnung der öffentlichen Ausgaben einer Steigerung der Sozialinvestitionen die klare Priorität gegenüber der Ausweitung des Sozialkonsums einzuräumen;
- die eingeleitete Reform des Haushaltsrechts möglichst schnell zu verwirklichen, damit eine längerfristige Planung und der konjunkturpolitischen Situation entsprechende Abwicklung des Staatshaushalts realisiert und auf diese Weise eine wirksame Beschränkung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben sichergestellt werden kann;
- eine Herauslösung von bestimmten Ausgaben aus dem Staatshaushalt, wie sie beim Projekt des „Deutschen Gemeinschaftswerks" vorgesehen ist, abzulehnen, um eine Schmälerung des Haushaltsrechts und damit eine Abschwächung der Kontrollfunktion des Parlaments zu verhindern;
- Bundesregierung und Landesregierungen zu beauftragen, jährliche Subventionsberichte zu erstellen, die die Öffentlichkeit über Charakter und Umfang der Subventionen aufklären, die Empfänger von Subventionen zu benennen und die Auswirkung von Subventionen einer kritischen Bewertung zu unterziehen;
- die große Finanz- und Steuerreform im Interesse einer geordneten und soliden Finanzgebarung in Bund, Ländern und Gemeinden mit besonderer Dringlichkeit zu behandeln. Mit der Finanzreform ist eine Neuverteilung der öffentlichen Aufgaben zwischen den Gebietskörperschaften zu verbinden, die zu einer klaren Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führt. Das Prinzip der Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften ist dabei aufrechtzuerhalten. Mit der Finanz- und Steuerreform muß folgerichtig eine Gebiets- und Verwaltungsreform verknüpft werden;
- im Interesse der Sicherung der Steuergerechtigkeit die Steuerharmonisierung in der EWG so voranzutreiben, daß ein Ausgleich der Belastung

durch direkte und indirekte Steuern in den Partnerländern zustande kommt.

[ANLAGE 3]

Entschließung des XVII. ordentlichen Bundesparteitages zur Wirtschafts- und Sozialpolitik[21]

I.

Die Freie Demokratische Partei bekennt sich vorbehaltslos zur Marktwirtschaft. Nur die Marktwirtschaft schafft auf die Dauer die Voraussetzungen für eine sozial gesunde freiheitliche Ordnung der Gesellschaft. Um die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu erhalten, fordert die FDP, daß

1. die in der Bundesrepublik Deutschland bewährte Marktwirtschaft auch in der EWG zur Grundlage der Wirtschaftspolitik wird;
2. zur Wahrung der Geldwertstabilität und damit der Stabilität der Wirtschaft und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes,
   a) der Anstieg der öffentlichen Ausgaben so gedrosselt wird, daß er sich im Rahmen des Zuwachses des Sozialprodukts hält und der Kapitalmarkt nur soweit in Anspruch genommen wird, daß die Wirtschaft die Kreditmöglichkeiten findet, die sie zur Finanzierung ihrer [für die] Wachstumsförderung notwendigen Investitionen braucht;
   b) die Einkommensentwicklung nur im Rahmen der Produktivitätssteigerung fortschreitet;
3. die freiheitliche Gesellschaftsordnung und die sie tragende Marktwirtschaft nicht kurzsichtig durch eine Ausdehnung der Mitbestimmung auf weitere Wirtschaftsbereiche und Unternehmensformen zerstört werden;
4. die Tarifautonomie der Sozialpartner unangetastet bleibt; die Sozialpartner müssen sich aber dessen bewußt werden, daß die Tarifautonomie auf die Dauer nur durch eine verantwortungsvolle Tarifpolitik erhalten bleiben kann;
5. die Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen von generellen Arbeitszeitverkürzungen Abstand nehmen, die in der heutigen Situation das mögliche Wirtschaftswachstum hindern;
6. der in allen Bevölkerungsschichten vorhandene Arbeitswille voll zur Geltung kommt; die von der FDP gemachten Vorschläge auf Lohnsteuerbefreiung von Überstunden und zur Erleichterung der Teilzeitarbeit müssen daher verwirklicht werden;
7. die Sozialpolitik wie die gesamte Gesellschaftspolitik, die durch die volkswirtschaftliche Leistungsmöglichkeit gesetzten Grenzen nicht überschreiten;

---

21 Vorlage in ADL, A 1/301.

8. daß eine unvoreingenommene Diskussion aller politischen Kräfte über die erwartete Sozialenquete zur Feststellung von Maßstäben und Möglichkeiten in der Sozialpolitik führt, auf deren Grundlage eine Reform und Weiterentwicklung der Sozialpolitik zu stärkerer Eigenverantwortung und zu größerer Freiheit des einzelnen führt.

II.

Die Freie Demokratische Partei fordert, ausgabewirksame Gesetze nach ihrer Dringlichkeit und einer festgelegten Rangfolge zu verabschieden. Hierbei sind die Kriegsfolgelasten vorrangig einzustufen. Die Gerechtigkeit verlangt, daß 21 Jahre nach Kriegsende für den betroffenen Personenkreis, soweit wie möglich, abschließende Regelungen getroffen werden. Geschädigte, die wiederkehrende Leistungen erhalten, sollen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben.

Entsprechende Entscheidungen sind inbesondere zu treffen:

a) zu einer abschließenden Regelung für die ehemaligen Kriegsgefangenen, politischen Flüchtlinge, Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte;

b) bei wiederkehrenden Leistungen in der Kriegsopferversorgung, beim Lastenausgleich und in der Flüchtlingsgesetzgebung.

III.

Die Schaffung breitgestreuten Eigentums aus freier Entscheidung bleibt ein entscheidender Bestandteil der Gesellschaftspolitik der FDP. Daher muß die staatliche Förderung der Eigentumsbildung in erster Linie unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten und nicht unter fiskalischen Gesichtspunkten gesehen werden.

ANLAGE 4

Freie Demokratische Partei Antrag 1[22]

XVII. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI vom 6. bis 7. Juni 1966 in Nürnberg

Antragsteller: Landesverband Hamburg der FDP

Betr.: Denkschrift der ev. Kirche – Beziehungen zu Polen[23]

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Die Kammer für öffentliche Verantwortung der evangelischen Kirche, unter Zustimmung des Rates der evangelischen Kirche, hat eine klare, wenn

22 Vorlage in ADL, A 1/301.

23 Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland: Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, in: DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK IV. Reihe, Bd. 11-1965, 1978, S. 869–897.

auch angefochtene Stellung zur Verständigung mit unseren polnischen Nachbarn bezogen. Sie hat bisherige Tabus offen angesprochen. Die Freien Demokraten begrüßen deshalb die Denkschrift. Das große Echo, das sie weit über kirchliche Kreise hinaus gefunden hat, zeigt, wie stark diese Frage die Menschen in der Bundesrepublik bewegt.

2. Die FDP wünscht, daß die durch die in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen politischer Art ausgelöste Diskussion nicht versandet, sondern von der Bundesregierung und dem Parlament fortgesetzt wird.
3. Die Freien Demokraten befürworten, daß die Bundesregierung, als alleinige Sprecherin des deutschen Volkes, alsbald Verhandlungen mit der polnischen Regierung aufnimmt. Diese Verhandlungen müssen mit dem Ziel der Errichtung einer tragfähigen Friedensordnung in Europa, die allein die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen kann, geführt werden.
4. In Verfolgung dieser Politik sollten auch kleine Schritte versucht werden.
5. Neben der Entwicklung des kulturellen Austausches und der wirtschaftlichen Beziehungen sollte der Reiseverkehr, besonders für alte Menschen, über Verwandtenbesuche hinaus erleichtert werden.
6. Es sollte eine Rücksiedlung älterer Menschen in ihre frühere Heimat angestrebt werden, wobei der Lebensunterhalt und die Unterbringung von der Bundesregierung gewährleistet bleiben müßte.
7. Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Versöhnung ist die Einladung des polnischen Episkopats an die deutschen Bischöfe, der die Deutschen Folge leisten wollen.
8. Der Landesverband Hamburg der FDP empfiehlt der Bundestagsfraktion, durch möglichst baldige Besuche einiger Abgeordneter in Polen festzustellen, wieweit sich neue Ansatzpunkte für diese Politik ergeben.
9. Wichtig bleibt als tragende Idee der in der Denkschrift der evangelischen Kirche ausgesprochene Aufruf zur Verständigung, unter Anerkennung beiderseitigen Unrechts.

Hamburg, den 2. Mai 1966.

ANLAGE 5

Freie Demokratische Partei Antrag 2[24]

XVII. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI vom 6. bis 7. Juni 1966 in Nürnberg

Antragsteller: Landesverband Hamburg

Betr.: Intensivierung der Deutschlandpolitik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Der Zeitpunkt für den Versuch, mittlere Schritte auf dem Weg zur Vereinigung der beiden Teile Deutschlands zu gehen, scheint gekommen. Für die

24 Vorlage in ADL, A 1/301.

FDP ist neben der Pflege persönlicher Kontakte zu den Bewohnern Mitteldeutschlands auch die Auseinandersetzung mit den dort die Macht ausübenden politischen Kräften ein wichtiges Anliegen. Jede Möglichkeit gegenseitiger Kontaktaufnahme unter gleichwertigen Bedingungen zum Zweck der Aussprache vor der Öffentlichkeit sollte genutzt werden, wobei als Gesprächspartner in erster Linie die LDPD in Betracht gezogen werden sollte.

2. Um eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands vorzubereiten, ist neben einer Verstärkung der wirtschaftlichen Kontakte zu den östlichen Ländern und dem ständigen Bemühen, den Wirkungskreis der in diesen Ländern errichteten Handelsmissionen zu erweitern, auch jede Möglichkeit zu überprüfen, den innerdeutschen Handel weiter auszubauen.

3. Der Landesverband Hamburg schlägt dem Bundesparteitag vor, jedem Landesverband der FDP die Kontaktpflege zu einem oder zwei mitteldeutschen Bezirken zu empfehlen. Der Landesverband Hamburg erklärt sich bereit, solche Beziehungen mit den Bezirken Rostock und Schwerin anzubahnen.

Hamburg, den 2. Mai 1966

ANLAGE 6

Freie Demokratische Partei Antrag 3[25]

XVII. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI vom 6. bis 7. Juni 1966 in Nürnberg

Antragsteller: Landesverband Hamburg

Betr.: Europapolitik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Die Aufnahme Großbritanniens in die EWG ist vorrangig zu lösen[26]; alle hierauf gerichteten Bemühungen werden von der FDP unterstützt.

2. Das Ziel ist die Schaffung eines geschlossenen europäischen Wirtschaftsblockes, dem möglichst alle anderen EFTA-Länder angehören und der auch für den Beitritt von COMECON-Ländern offen ist. Dies steht der Lösung der deutschen Frage nicht entgegen, sondern ist geeignet, die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands zu erleichtern.

Hamburg, den 2. Mai 1966

25 Vorlage in ADL, A 1/301.
26 Vgl. Nr. 37 mit Anm. 21 und 28.

## 72.

## 22. 6. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL; Ordner Nr. 121. Vorsitz: Mende, Weyer; Protokoll: Liebich. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei am Donnerstag, den 22. Juni 1966." 14.50 Uhr–17.30 Uhr.**

Teilnehmer (ohne die Fraktionsmitglieder): [Baum (DJD), Borm, Brodeßer, Dahlmeyer, Thomas Dehler, Eggers, Eicher, Feuerherdt, Lianne Franzky-Beckmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Hedergott, Hetzel, Holl, Karry, Kayser (LSD), Kirchhoff, Koegel, Kreitmeyer, Kühn, Marx, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Richter, Saam, Schaible, Schollwer, Schultz, Starke, Stoltz, Weyer, Zoglmann].[1]

[1.] STAATSSCHUTZBESTIMMUNGEN

Dr. MENDE: Der Entwurf ist in der vorgelegten Fassung für die FDP nicht akzeptabel[2]; er hat mehrere Änderungen dazu eingereicht. Von seiten *Jaegers*[3] wurde argumentiert, er habe die Dinge so konzipieren müssen, um in der eigenen CDU/CSU-Fraktion Zustimmung zu erhalten.[4] Eine neue Chefbesprechung ist vereinbart worden.

Frau Dr. DIEMER-NICOLAUS: Der Vorwurf Dr. *Jaegers*, sie wolle mit der SPD stimmen, ist sachlich unrichtig. Bisher hat nur eine Sachverständigenanhörung zu den Problemen stattgefunden. Eine Sachdiskussion gab es im Sonderausschuß[5] noch nicht. Sie ist von der Presse verschiedentlich angerufen worden, sie hat versprochen, zu bestimmten Punkten Stellung zu nehmen, soweit diese in der Presse erörtert worden sind.

Dr. MENDE: Eröffnet die konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes. Entschuldigt sind *Rubin*, Dr. *Borttscheller*, *Simonis*.

---

1 So die Anwesenheitsliste in ADL, Ordner Nr. 121.

2 Entwurf zur Änderung der Staatsschutzbestimmungen im Strafgesetzbuch i. d. F. vom 30. 6. 1960 (BGBl. I, S. 478). *Mende* bezeichnete den Entwurf an drei Stellen wegen Formulierungen aus dem Kalten Krieg als nicht vertretbar. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 23. 6. 1966 (ADL, 6966/98).

3 Richard *Jaeger* (CSU).

4 Aus der Sicht der FDP war vor allem die geplante Änderung des § 100 StGB (vorsätzlicher Landesverrat) geeignet, praktisch jeden Kontakt mit dem anderen Teil Deutschlands unter Strafe zu stellen und damit die Teilung endgültig festzuschreiben. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 23. 6. 1966 (ADL, 6966/98).

5 Der Sonderausschuß für die Strafrechtsreform war aufgrund eines CDU/CSU-SPD-FDP-Antrages eingesetzt worden. Vgl. 5. BT STEN. BER., Bd. 60, 6. Sitzung vom 25. 11. 1965, S. 66 D.

[2.] PARTEIENGESETZ[6]

Dr. FRIDERICHS: Referiert über die bisherige Entwicklung und die gegenwärtige Situation.[7] Die SPD entwickelt sich von ihrer offiziellen Stellungnahme weg. In der Parteienfinanzierung besteht insbesondere das Problem eines Sockels, der zu gleichen Teilen an die im Parlament vertretenen Parteien gegeben werden soll. Die Diskussion ergibt, daß die Regelungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind und bei einer Rahmenempfehlung von seiten des Bundes zum Teil zu einer Besserstellung, zum Teil zu einer Schlechterstellung in den Ländern führen können.

ZOGLMANN: Ist der Auffassung, daß bei einer entsprechenden Behandlung ein Sockel von 20 % zu erreichen ist.

ERTL: Weist auf die besondere Situation in Bayern hin.

GENSCHER: Schlägt ein sofortiges Gespräch mit den anderen Fraktionen vor und bittet um Zustimmung, bei dieser Besprechung die Möglichkeiten durchzuspielen.

Dr. DEHLER: In Karlsruhe laufen

a) eine Normenkontrollklage (Hessen) und

b) eine Organschaftsklage (DFU, NPD, Bayernpartei, GB/BHE).[8]

Er persönlich hat es als ungeheuerlich empfunden, daß das Senatsmitglied *Leibholz* aufgrund von Äußerungen auf einer Tagung abgelehnt wurde. *Jahn*[9] stand auf Seiten der CDU/CSU und FDP, *Arndt*[10] schien etwas gehemmt.

Nach seinen Eindrücken, die er sammeln konnte, wäre es nur von Nutzen, wenn das Parteiengesetz vor dem Urteil eingebracht würde, weil damit die Argumentation wegfiele, die Parteienfinanzierung sei ohne gesetzliche Grundlage.[11]

Ein gemeinsamer Entwurf aller Parteien wäre in seiner Wirkung sicher besser als zwei Entwürfe, einer aus Koalition und einer aus der Opposition. Aber auch hier gilt, daß zwei Entwürfe besser sind als kein Entwurf.

DORN: Die SPD hat aufgrund der Eindrücke bei einer Schweden-Reise ihre Meinung offensichtlich geändert. Vergleichsweise müßten im Bundeshaushalt etwa 140 Mio. jährlich bei uns enthalten sein, wenn wir die gleichen Maßstäbe wie die Schweden anlegen würden. Außerdem hat der Schwedische Reichstag keine Kontrollmöglichkeit über die Verwendung der Mittel. In dem Gespräch mit den anderen Parteien könnte auf andere Regelungen hingewiesen werden, in denen ein vergleichsweiser hoher Sockel vereinbart wurde.

---

6 Vgl. Nr. 51, Anm. 5.
7 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stand kurz bevor. Vgl. Nr. 61, Anm. 6.
8 Ebd.
9 Gerhard *Jahn,* MdB (SPD).
10 Adolf *Arndt,* MdB (SPD).
11 Der Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien wurde von CDU/CSU, SPD und FDP am 26. 1. 1967 eingebracht. Vgl. 5. BT ANLAGEN, Bd. 109, Drucks. Nr. 1339.

HEDERGOTT: Empfiehlt, am ursprünglichen Koalitionsentwurf in diesem Punkt festzuhalten.

Dr. EICHER: Meldet Bedenken an, ob die von Dr. *Friderichs* genannten Zahlen für die Länder stimmen. Seines Wissens verfügt Rheinland-Pfalz über 100 000 DM jährlich mehr. Er hat gegen eine rahmenrechtliche Regelung, die auch für die Länder Richtlinien aufstellt, Bedenken.

Dr. FRIDERICHS: Die vorgetragenen Zahlen beruhen auf Angaben der Länder. Die Einbeziehung der Länder ist als Hilfe für die notleidenden Länder gedacht.

Dr. STARKE: In der CDU gibt es zwei Richtungen. Eine, die mit *Burgbacher*[12] und der SPD gegen die FDP agiert und eine, die den ursprünglichen Standpunkt der Koalitionsfraktionen vertritt. Mit den Ländern sollte gesprochen werden.

MISCHNICK: Nimmt zu dem Problem Spendengutscheine und Sockel Stellung.

Dr. STARKE: Schlägt vor, den Spendengutschein taktisch ins Spiel zu bringen.

Es entspinnt sich eine längere Diskussion darüber, welche Konsequenzen eintreten, wenn die FDP mit ihren Vorschlägen nicht durchkommt. Es besteht schließlich Übereinstimmung, daß 20 % als Sockelbetrag angestrebt werden soll und evtl. zwei Gesetzentwürfe von SPD und CDU/CSU und FDP eingebracht werden, wenn alle Parteien sich nicht einigen können.

Dr. MENDE: Beglückwünscht Gerhart *Baum* zu seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten.[13]

[3. VERHÄLTNIS DER FDP ZU LSD UND FDS]

Vorsitz: *Weyer*

Dr. FRIDERICHS: Geht auf Probleme von LSD und FDS wie auf verschiedene Schreiben ein.

Dr. DEHLER: Berichtet, daß Verhandlungen mit dem LSD stattgefunden haben und daß vor der Verhandlung mit dem FDS nochmals eine mit dem LSD stattfinden soll.[14]

Nach längeren Detailerörterungen über negative Erscheinungen bei den beiden Studentenverbänden von Vertretern der jeweiligen Richtung in der Fraktion und im Bundesvorstand wird beschlossen, daß die bisherige Kommission durch den neuen Bundesvorstand bestätigt wird und gemäß ihrem früheren Auftrag weiter verhandeln soll.

---

12 Fritz *Burgbacher,* MdB (CDU).

13 Als Nachfolger von Karl *Holl.*

14 Besprechungen hatten bis dahin mit Vertretern des LSD am 18. 3. und 3. 5. und mit Vertretern des FDS am 22. 4. 1966 stattgefunden. Vgl. Schreiben Dehlers vom 23. 9. 1966 an den FDP-Bundesvorstand (ADL, Ordner Nr. 122).

[4. BUNDESFACHAUSSCHÜSSE]

RADEMACHER: Geht auf Fragen der Bundesfachausschüsse ein.[15] Er hält es für notwendig, daß Fachkräften die Möglichkeit zur Zusammenkunft gegeben werden soll.

SAAM: Unterstützt das Anliegen und stellt fest, daß es psychologisch schlecht ist, bisher aktive Leute auf längere Zeit nicht heranzuziehen.

Es wird beschlossen, daß die eingesetzte Kommission[16] bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung, wenn möglich vorher schriftlich, ihre Vorschläge zur künftigen Gestaltung der Arbeit vorlegen bzw. vortragen soll.

Dr. FRIDERICHS: Bittet um Äußerungen wegen des Termins des nächsten Bundesparteitages. Er wird nach Niedersachsen (Hannover) auf den 3. bis 5. April 1967 festgelegt. Die Landesverbände, die durch die unmittelbar darauf folgenden Wahlen berührt sind, sind mit diesem Terminvorschlag einverstanden.

Die nächste Bundesvorstandssitzung wird nach längerer Diskussion, ob Montag, der 11. oder Mittwoch, der 13. Juli 1966 der geeignetere Termin wäre, auf Dienstag, den 12. Juli 1966 in Bonn festgelegt.[17]

---

15 Vgl. das Verzeichnis in Nr. 28 Anlage und Nr. 66 mit Anm. 8.
16 Vgl. Nr. 68 TOP 2.
17 Vgl. Nr. 73.

## 73.

## 12. 7. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 121. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am Dienstag, dem 12. Juli 1966, in Bonn, Bundeshaus." 11.10 Uhr–16.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Baum (DJD), Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlgrün, Dahlmeyer, Thomas Dehler, Eisenmann, Ertl (i. V. von Klaus Dehler), Fertsch-Röver (i. V. von Kohl), Feuerherdt, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Grittmann, Hedergott, Heinz, Hetzel, Holl, Karry, Kayser (LSD), Kirchhoff, Koegel, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Kühn, Lafrenz, Marx, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Richter, Saam, Hans Schäfer (i. V. von Eicher), Schaible, Schollwer, Schultz, Starke, Stoltz, Vogel, Walper, Weyer, Willner, Zoglmann.[1]

---

1 Entschuldigt waren *Borttscheller*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *Hoppe*, Eduard *Leuze*, *Rubin*, *Simonis* und *Scheel*.

TAGESORDNUNG

1. Landtagswahl Nordrhein-Westfalen
2. Politische Lage – insbesondere Passierscheine
3. Koalition Baden-Württemberg
4. Bundesfachausschüsse
5. Kontaktaufnahme Bezirksverband Spandau mit LDP-Bezirksverband Potsdam
6. Schreiben *Kohl* vom 14. Juni 1966
7. Landtagswahlen 1966
8. Termin für Klausurtagung Bundesvorstand
9. Verschiedenes

1. LANDTAGSWAHL NORDRHEIN-WESTFALEN

WEYER berichtet über den Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen[2] und die entsprechenden Möglichkeiten einer Koalitionsbildung. Er hält eine große Koalition in NRW für nicht aussichtslos und teilt mit, daß *Kühn*[3] eine Minderheitenregierung abgelehnt habe. Der Zeitpunkt, die Fortsetzung der Koalition mit der CDU anzustreben, sei noch verfrüht.

SAAM, ERTL, BORM, SCHULTZ, BAUM (DJD) und MISCHNICK haben gegen eine Fortsetzung der Koalition aus parteitaktischen Gründen Bedenken, weil dadurch der Wählerwille verfälscht werden würde.[4]

ACHENBACH, ZOGLMANN, Dr. DEHLER und Dr. STARKE treten für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU ein, weil die FDP glaubwürdig bleiben und zu ihrer Wahlaussage stehen müßte.[5]

Der Bundesvorstand faßt zu diesem Tagesordnungspunkt keinen Beschluß. Der Landesverband NRW wird gebeten, die Bundespartei weiterhin zu informieren.[6]

Das im Anhang beigefügte Kommuniqué[7] wird bei sechs Enthaltungen und einer Gegenstimme gebilligt.

---

2 Landtagswahlen am 10. 7. 1966 (in %): CDU 42,8, SPD 49,5, FDP 7,4 (FDP 1962: 6,8), sonstige 0,3. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 142.

3 Heinz *Kühn*, Spitzenkandidat der SPD.

4 Nach W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 12. 7. 1966, kam es im Bundesvorstand zu einer mehrstündigen heftigen Diskussion über das Wahlergebnis und die daraus zu ziehenden Konsequenzen (ADL, 6966/98).

5 Nach W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 12. 7. 1966, sprach sich die Mehrheit der Vorstandsmitglieder gegen eine Erneuerung der Düsseldorfer Koalition aus CDU und FDP aus (ADL, 6966/98).

6 Es wurde erneut eine CDU/FDP-Koalitionsregierung unter Franz *Meyers* gebildet (bis zum 8. 12. 1966). Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 257.

7 Siehe Anlage.

ERTL gibt zu Protokoll, daß er sich von *Weyer* falsch informiert fühle, falls der Landesverband NRW tatsächlich die Absicht habe, die Koalition mit der CDU fortzusetzen.

5. KONTAKTAUFNAHME BEZIRKSVERBAND SPANDAU MIT LDP-BEZIRKSVERBAND POSTDAM

Beschluß

Die Kontaktaufnahme des Bezirksverbandes Spandau mit dem LDP-Bezirksverband Potsdam wird vom Bundesvorstand mit der Einschränkung genehmigt, daß die Gegeneinladung mit dem LDP-Bezirksverband fest vereinbart wird.

Beschluß

Die Landesverbände werden bei allen Kontaktaufnahmen[8] einen Bericht an die Bundesgeschäftsstelle senden, die diesen vervielfältigen und den einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern zustellen wird.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß ungeachtet der Haltung der CDU die FDP (vertreten durch Dr. *Mende*) an der Fernsehsendung am 14. Juli 66 zum geplanten Redneraustausch teilnehmen soll.

3. KOALITION BADEN-WÜRTTEMBERG

SAAM gibt einen Bericht über die Schwierigkeiten in der Koalition in Baden-Württemberg. Der Bundesvorstand nimmt diesen Bericht zur Kenntnis und stimmt dem Standpunkt der baden-württembergischen FDP in der Schulfrage zu.[9]

2. POLITISCHE LAGE – INSBESONDERE PASSIERSCHEINE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage, insbesondere zur Frage der Passierscheine.[10]

8. KLAUSURTAGUNG BUNDESVORSTAND

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß grundsätzlich eine Klausurtagung des Bundesvorstandes im September durchgeführt werden soll. Der endgültige

---

8 Zum Problem der Kontaktausnahme zwischen LDP und FDP vgl. Nr. 70 mit Anm. 4 und 5.

9 Die an der Landesregierung beteiligte FDP hatte eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel angekündigt, in ganz Baden-Württemberg die Gemeinschaftsschule zur Regelschule zu machen. Ministerpräsident *Kiesinger* hatte dagegen das Elternrecht für unverzichtbar erklärt und mit seinem Rücktritt für den Fall gedroht, daß dies im Landtag erzwungen würde. Vgl. FAZ Nr. 154 vom 7. 7. 1966, S. 1; Nr. 157 vom 11. 7. 1966, S. 3.

10 Nach dem zustandegekommenen 4. Passierscheinabkommen für Ostern 1966 liefen im Juli 1966 Verhandlung über Passierscheine für dringende Familienangelegenheiten (Härtefälle), die am 29. 7. 1966 scheiterten. Vgl. AdG 1966, S. 12537 A, 12631 A.

Termin der Klausurtagung wird von der für den 29./30. September geplanten Fraktionssitzung in München abhängen.[11]

4. BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

MISCHNICK gibt einen Bericht über die Sitzung der Kommission für die Neubildung der Bundesfachausschüsse der FDP.[12] Er teilt mit, daß sich die Kommission eine abschließende Meinung noch nicht gebildet, sondern lediglich zwei verschiedene Möglichkeiten zur Neubildung entwickelt habe.

Beschluß

Der Bundesvorstand ist im Grundsatz mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden. Er bittet die Kommission, beide Möglichkeiten noch einmal zu besprechen und dem Bundesvorstand auf seiner nächsten Sitzung einen endgültigen Vorschlag zu unterbreiten.

9. VERSCHIEDENES

Beschluß

a) In den Sommerferien soll keine Sitzung des Bundesvorstandes durchgeführt werden, falls die Lage in NRW dies nicht erforderlich machen sollte.[13]

b) Der Bundesvorstand nimmt die Anregung der Arbeitsgemeinschaft liberaler Eltern zur Kenntnis, an den Sitzungen des Bundesvorstandes durch einen Delegierten vertreten zu sein. Er wird der Anregung der Arbeitsgemeinschaft von Fall zu Fall Rechnung tragen, wenn dem Bundesvorstand entsprechende Fragen, die das Aufgabengebiet der Arbeitsgemeinschaft betreffen, zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt werden.

c) Der LSD regt an, die monatliche Unterstützung des FDS in Höhe von DM 1 500,– einzustellen.[14] Die Anregung des LSD soll auf einer der nächsten Sitzungen des Bundesvorstandes in Anwesenheit des Bundesschatzmeisters behandelt werden.[15]

ANLAGE

fdk Nr. 263/66 (T) 53 Bonn, den 12. Juli 1966

KOMMUNIQUÉ DES FDP-BUNDESVORSTANDES

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der Freien Demokraten erörterte am Dienstag unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Erich *Mende* den Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Nach einem Bericht des Landesvorsitzenden Willi *Weyer* dankte der Bundesvorstand den nordrhein-westfälischen Parteifreunden; die FDP hat sich in einem schweren Wahlkampf gut behauptet und ihre Mandate vermehrt. Über die Bewertung des Ausgangs der Wahl bestand Einigkeit. Der Bundesvorstand nahm die Erklärung des Landesverban-

11 Quellennachweis: ADL 14 667.
12 Vgl. Nr. 68 TOP 2.
13 Vgl. für die folgende Sitzung am 27. 7. 1966 Nr. 74.
14 Vgl. Nr. 70 mit Anm. 9.
15 Vgl. Nr. 76 TOP 3.

des Nordrhein-Westfalen zum Wahlausgang vom 11. Juli 1966 zur Kenntnis. Die Erklärung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hat folgenden Wortlaut: „Die Wähler Nordrhein-Westfalens haben durch ihre Entscheidung erneut die FDP als dritte politische Kraft bestätigt. Ihre sachliche Leistung in der Regierungsverantwortung ist damit sichtbar anerkannt worden. Die FDP hat vor der Wahl erklärt, daß sie die Koalition mit der CDU fortsetzen will; die nun folgenden Verhandlungen werden zeigen, ob dieses Ziel verwirklicht werden kann."[16]

16 Nach W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 12. 7. 1966 stellte diese Erklärung eine – wenn auch indirekte – Empfehlung zur Fortsetzung der Koalition mit der CDU dar (ADL, 6966/98).

## 74.

## 27. 7. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Stoltz. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion am 27. Juli 1966 in Bonn, Bundeshaus." 15.15 Uhr–19.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Arning (i. V. von Rademacher), Baum (DJD), Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Dahlmeyer, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eggers, Eick-Kerssenbrock, Eisenmann, Feuerherdt, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graf, Hedergott, Holl, Hoppe, Kayser (LSD), Kirchhoff, Koch (i. V. von Simonis), Koegel, Kreitmeyer, Detlef Kühn, Lehnig, Eduard Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Peters, Saam, Schollwer, Schultz, Starke, Stoltz, Völker (i. V. von Eicher), Weyer, Zoglmann.[1]

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen
3. Parteienfinanzierung
4. Verschiedenes

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage und teilt dem Bundesvorstand die wesentlichen Ergebnisse aus dem mit dem Parteivorsitzenden der CDU, Bundeskanzler *Erhard,* geführten Gespräch mit.[2] Er berichtet über die

1 Entschuldigt waren Frau *Hamm-Brücher, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Rubin* und *Scheel.*

2 Themen dieses Gespräches waren – *Mendes* Bericht zufolge – die Bewertung des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen, die ostpolitischen Konsequenzen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien und die Deutschlandpolitik unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeiten des von *Mende* geführten Ministeriums. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 28. 7. 1966 (ADL, 6966/98).

Kabinettssitzungen zum Problem der Härtestelle[3] und zur Vorbereitung der Stabilitätsgesetze.[4]

2. REGIERUNGSBILDUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN

WEYER gibt einen Bericht über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen zwischen den drei Parteien in Nordrhein-Westfalen seit dem 12. Juli.[5]

Er teilt mit, daß es der FDP in NRW in den Verhandlungen mit der CDU gelungen sei, wesentliche kulturpolitische Fragen durchzusetzen (Beseitigung der Lehrerbildung auf konfessioneller Grundlage, Beseitigung der Zwergschule als Regelschule u. a.).[6]

WEYER weist darauf hin, daß eine mögliche SPD/FDP-Koalition den Landesverband NRW der FDP unweigerlich gespalten hätte und dies von ihm nicht hätte verantwortet werden können. Nach Ansicht von *Weyer* hätte die Tolerierung der Minderheitenregierung der SPD nur den Sinn gehabt, daß langfristig eine der beiden Oppositionsparteien mit der SPD eine Koalition abgeschlossen hätte.

Der Bundesvorstand nimmt um 16.30 Uhr die Diskussion zu Tagesordnungspunkt 1 und 2 auf.

SAAM und SCHMIDT bedauern, daß die Fraktionssitzung erst stattfinden konnte, nachdem die Entscheidung in Nordrhein-Westfalen bereits gefallen sei.

Der Bundesvorstand diskutiert eingehend die Konsequenzen aus der Regierungsbildung in NRW.[7]

GENSCHER schlägt vor, in Zusammenarbeit mit allen Landesministern die programmatischen Probleme der FDP zu überprüfen.[8]

BORM regt an, daß der Bundesvorstand alle wesentlichen politischen Fragen katalogisiert, die in den Landesverbänden diskutiert werden sollten, damit eine einheitliche Meinungsbildung auf Bundesebene erreicht werden kann.

Beschluß

Auf Vorschlag von *Weyer* sollen die Landesfinanz- und Landeswirtschaftsminister der FDP, der Bundesfinanzminister, die entsprechenden Experten der

---

3 Zum Scheitern des Vorschlags, die Passierscheinstelle in Berlin für Härtefälle offenzuhalten, vgl. Nr. 73 Anm. 10.

4 Gesetzentwürfe, mit denen der seit Herbst 1965 wahrgenommenen Rezession und Ausgabenlast begegnet werden sollte: Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 203–209, R. MORSEY, 1987, S. 89 ff.

5 Vgl. Nr. 73 Anm. 6.

6 Zu Enstehung und Inhalt des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes vgl. Dorothee BUCHHAAS, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz, Düsseldorf 1985, S. 58–177.

7 Nach W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 28. 7. 1966, diskutierten Vorstand und Fraktion dreieinhalb Stunden über die Düsseldorfer Regierungsbildung. Bei der Bewertung der inzwischen getroffenen Entscheidung – Wiederherstellung der CDU/FDP-Koalition – ergaben sich etwa die gleichen Meinungsunterschiede wie am 12. 7. 1966 (ADL, 6966/98).

8 In den Redebeiträgen von *Genscher* und anderen Vorstandsmitgliedern ging es um die Frage, inwieweit bzw. in welchen Sachfragen die FDP sich deutlicher von der CDU abgrenzen müsse. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 28. 7. 1966 (ADL, 6966/98).

Fraktion und der Bundesvorstand am 9. September 1966 zusammentreffen, um in einer Sondersitzung die Fragen der Währungsstabilität zu diskutieren.[9]

3. PARTEIENFINANZIERUNG

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über den Ausgang des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.[10] Er teilt mit, daß durch das Verbot der Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln die laufende Arbeit der FDP völlig in Frage gestellt sei.

MOERSCH regt an, daß der Vorschlag geprüft werden soll, ob jeder Abgeordnete einen Assistenten erhalten kann, da die Fraktionsfinanzierung durch das Urteil nicht verboten wurde.

GENSCHER regt an, daß die Steuerabzugsfähigkeit von Parteispenden erneut zur Diskussion und zur Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht gebracht werden müsse.

Die Landesverbände sollten umgehend den Versuch unternehmen, entsprechende Initiativen zu entwickeln, damit ihre bisherigen Wahlkampfkosten bzw. die noch entstehenden Wahlkampfkosten ersetzt werden können.

Dr. Klaus DEHLER bittet um einen baldigen Bescheid, ob sich die Bundespartei noch an die 50 %ige Beteiligung am Wahlkampfetat Bayern gebunden fühle.[11]

Dr. FRIDERICHS weist ausdrücklich darauf hin, daß er zum jetzigen Zeitpunkt keine Zusagen machen könne, aber auf jeden Fall feststellen müsse, daß die Bundespartei z. Zt. über keine entsprechenden Mittel verfüge. Mit dem Bundesschatzmeister wird er diese Frage neben weiteren Einsparungen ausführlich besprechen und dem Landesverband fertige Vorschläge unterbreiten.

MOERSCH regt an, daß der Rednereinsatz in Mittelfranken in der Weise geregelt wird, daß jedem Abgeordneten für mehrere Tage ein bestimmtes Gebiet zur Verfügung gestellt wird, in dem er konzentriert ganztags arbeiten könne.

Beschluß

Der Fraktion wird empfohlen, denjenigen Abgeordneten, die sich in Sitzungswochen zu einem Rednereinsatz in Mittelfranken verpflichten, das ausfallende Sitzungsgeld zurückzuerstatten.

*Genscher* wird dem Landesverband Bayern nach dem 15. August 1966 den endgültigen Termin für die geplante Fraktionssitzung in München mitteilen.

4. VERSCHIEDENES

a) Brief Carlo *Graaff*[12] vom 4. 6. 1966 soll auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes behandelt werden.

b) Weiteres Mitglied der FDP im Hauptausschuß des Städtetages.

---

9 Vgl. Nr. 75 b.
10 Vgl. Nr. 61 Anm. 6.
11 Vgl. Nr. 70 TOP 3.
12 Vorsitzender des FDP-LV Niedersachsen.

Beschluß

Den Mitgliedern der FDP im Hauptausschuß des Deutschen Städtetages werden als Kandidaten für ein weiteres Mitglied der FDP im Hauptausschuß der Oberbürgermeister aus Fürth, *Scherzer,* und der Oberstadtdirektor *Biederbeck* vorgeschlagen.

Es soll der Kandidat endgültig vorgeschlagen werden, der bei der CDU am leichtesten durchzusetzen sei. Diese Entscheidung wird den Mitgliedern der FDP im Hauptausschuß des Deutschen Städtetages anheimgestellt.

c) Beschlüsse des Bundesparteitages

Dieser Tagesordnungspunkt soll auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes behandelt werden.

d) GRAF (Bremen) regt an, der Fraktion zu empfehlen, die Dienstagstermine der Arbeitskreissitzungen zu verschieben, da an diesen Sitzungen Länderminister wegen der üblichen Kabinettssitzungen nicht teilnehmen können.

e) Beschluß

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am 8. September, 15.00 Uhr, die Klausurtagung zur Währungsstabilität am 9. September in Nürnberg stattfinden.

ANLAGE

fdk Nr. 280/66 (T) Bonn, den 27. Juli 1966

KOMMUNIQUÉ DER FDP-BUNDESVORSTANDSSITZUNG

Bonn. (fdk) Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten traten am Mittwoch in Bonn zur gemeinsamen Beratung aktueller innen- und außenpolitischer Fragen zusammen. In einem einleitenden Bericht über die politische Lage begrüßte der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Erich *Mende* die bei dem jüngsten Besuch von Staatspräsident *de Gaulle* in Bonn beiderseits erkennbar gewordene wachsende Bereitschaft zu einer stärkeren deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Osteuropa-Politik. Mehr denn je, so betonte der FDP-Vorsitzende, ist der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Veränderungen in der Weltpolitik die Aufgabe gestellt, ihre Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südeuropas im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich auszubauen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab *Mende* seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit den NATO-Trup-

penstationierungen aufgetaucht sind, in befriedigender Weise überwunden werden können. Es sei notwendig, diese Probleme nicht nur als Devisen- und Finanzfragen zu sehen, sondern auch im Zusammenhang mit den Möglichkeiten einer europäischen Entspannungspolitik zu überdenken. Zugleich warnte der FDP-Vorsitzende die westlichen Verbündeten jedoch davor, die angespannte Haushaltslage der Bundesrepublik Deutschland und die Gefahren außer acht zu lassen, die sich für die Sicherheit der westlichen Gemeinschaft aus einer finanziellen Überbeanspruchung Deutschlands ergeben könnten.

Zur innenpolitischen Situation übergehend beschäftigte sich Dr. *Mende* mit der im Auftrage der Bundesregierung erarbeiteten Sozialenquete.[13] *Mende* erklärte, das Ergebnis der Tätigkeit der Enquete-Kommission sei ein eindrucksvoller Beitrag für die künftige sozialpolitische Tätigkeit des Gesetzgebers, und sprach die Erwartung aus, daß die Sozialenquete eine sachliche und unvoreingenommene Grundsatzdiskussion auslöse.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion nahmen sodann einen Bericht des Vorsitzenden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Willi *Weyer,* über die Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung in Düsseldorf entgegen. Beide Parteigremien beschäftigten sich darüber hinaus eingehend mit der finanziellen Situation der Partei nach dem vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbot über eine staatliche Parteienfinanzierung.

---

13 Bericht der Sozialenquete-Kommission über die „Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquete)", in: 5. BT ANLAGEN, Bd. 107, Drucks. Nr. 961 vom 3. 10. 1966.

## 75 a.

## 8. 9. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion am 8. September 1966 in Nürnberg, Grand Hotel." 15.00 Uhr–19.30 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Baum (DJD), Beckmann, Borm, Brodeßer, Bucher, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eggers, Eisenmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Hildegard Hamm-Brücher, Holl, Hoppe, Kayser (LSD), Kirchhoff, Koch (i. V. von Simonis), Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Werner Mertes, Mischnick, Alfred Stefan Müller, Rademacher, Rubin, Scheel, Schultz, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

---

1 Entschuldigt waren *Borttscheller, Eicher, Hedergott, Holl,* Eduard *Leuze, Peters* und *Saam.*

TAGESORDNUNG:

1. Bericht des Bundesvorsitzenden zur politischen Lage
2. Landtagswahlen 1966
3. Delegiertenzahl zum Bundesparteitag (Schreiben C. *Graaff* vom 4. 6. 1966 – Verdoppelung –)
4. Schreiben des Landesverbandes Hamburg betreffend Koalitionsaussage 1969
5. Entschließungen des Bundesparteitages 1966
6. Verschiedenes

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE berichtet dem Bundesvorstand über die innenpolitische Entwicklung und die letzten Kabinettsberatungen. Daran schloß sich eine Analyse der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in der Regierungskoalition an. In der Debatte wurde die Notwendigkeit betont, daß sich die FDP im Bundestag in den für sie entscheidenden Bereichen hinreichend durch klare Konzeptionen und Sachaussagen profiliert.[2]

Die Unabhängigkeit der Partei müsse stärker herausgestellt werden. Für den Koalitionspartner, der in der Mitverantwortung steht, genüge nicht die Kritik am Bundeskanzler. Der Bundesvorstand war sich einig, daß in Zukunft bestimmte Sach- und Grundsatzfragen rechtzeitig im Bundesvorstand behandelt werden.

Es wurde betont, daß im Hinblick auf eine mögliche Kabinettsumbildung bereits jetzt[3] eine Konzeption erarbeitet werden müsse, die eine einheitliche Reaktion auf bestimmte personelle Konstellationen ermögliche.[4]

Beschluß:

Am 29./30. September 1966 findet eine Klausurtagung statt, die der Analyse der letzten Landtagswahlen sowie der Erarbeitung und Neuformulierung der Sachaussagen dienen soll.[5]

Beschluß:

---

2 Zu den Schwierigkeiten des Kabinetts *Erhard* bis zum Rücktritt des Bundeskanzlers am 1. 12. 1966 vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 217–240.

3 Wort in der Vorlage hervorgehoben.

4 Ein weiteres Diskussionsthema war die „Führungskrise im Bundesministerium der Verteidigung". Der Vorstand begrüßte die Berufung von Generalsinspekteur *de Maizière* und der Inspekteure *Moll* und *Steinhoff* und formulierte einen Maßnahmenkatalog zur Behebung der Krise. Ebenfalls erörtert wurde „die außenpolitische Situation", d. h. die Beziehungen zu Rumänien, die Inhalte der Besprechungen zwischen Bundeskanzler *Erhard* und Präsident *Johnson* am 26. und 27. 9. 1966 sowie die aus der Sicht der FDP widersprüchlichen Erklärungen der Bundesregierung zur Europapolitik. Vgl. die Protokollentwürfe zu den beiden Themen in ADL, Ordner Nr. 121.

5 Nicht ermittelt. Nicht in den Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer vermerkt.

Der Bundesvorstand tagt am 14. November 1966 in Nürnberg, Grand Hotel, wo am folgenden Tag Bundesvorstand und Fraktion eine gemeinsame Sitzung abhalten.[6]

6 Vgl. Nr. 77 a–b.

## 75 b.

## 9. 9. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes mit Finanz- und Wirtschaftsexperten der FDP

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Weyer; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes und der Länder-, Finanz- und Wirtschaftsminister sowie der Experten der Bundestagsfraktion am 9. September 1966 in Nürnberg, Grand Hotel." 9.15 Uhr–17.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, [Baum (DJD], Borm, Brodeßer, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eggers, Eicher, Eick-Kerssenbrock, Eisenmann, Emde, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Haas, Hamm, Hoppe, Karry, Kayser (LSD), Kienbaum, Kirchhoff, Koch (i. V. von Simonis), Koegel, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Liebich, Menne, Mertes, Mischnick, Alfred Stefan Müller, Hermann Müller, Ostrowski, Rademacher, Rubin, Scheel, Hansheinrich Schmidt, Staratzke, Starke, Wachter, Weyer.[1]

TAGESORDNUNG

DISKUSSION DES GESETZENTWURFS ZUR FÖRDERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT.[2]

Über die gegenwärtige Haushaltslage, das Beteiligungsverhältnis von Bund und Ländern an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Probleme des Stabilitätsgesetzes referierten Dr. DAHLGRÜN[3], Dr. MÜLLER[4], Dr. LEUZE[5], KIENBAUM[6] und Dr. STARKE.[7]

Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Bundestagsfraktion der FDP bei den Beratungen des Bundeshaushalts 1967 für eine weitere Einschrän-

1 Entschuldigt waren *Borttscheller*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *Hedergott*, *Holl*, *Mende*, *Peters* und *Saam*.

2 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität. Zum Inhalt und zur 1. Beratung am 14./15. 9. 1966 vgl. 5. BT ANLAGEN, Bd. 106, Drucks. Nr. 890 vom 2. 9. 1966; 5. BT STEN. BER., Bd. 62, 55. Sitzung vom 14. 9. 1966, S. 2655 C–2706 D; 56. Sitzung vom 15. 9. 1966, S. 2727 A–2792 C.

3 Rolf *Dahlgrün*, Bundesminister der Finanzen.

4 Hermann *Müller*, baden-württembergischer Finanzminister.

5 Eduard *Leuze*, baden-württembergischer Wirtschaftsminister

6 Gerhard *Kienbaum*, nordhein-westfälischer Wirtschaftsminister.

7 Heinz *Starke*, Bundesminister der Finanzen 1961–1962.

kung des Haushaltsvolumens einsetze. Die reale Zuwachsrate des Bundeshaushalts sollte nicht das Wachstum des Sozialprodukts überschreiten. Alle Positionen des Haushalts müßten kritisch überprüft und Kürzungen unter Beachtung politischer Schwerpunkte vorgenommen werden.[8]

Auf keinen Fall dürften weitere öffentliche Ausgaben über die Erhöhung der Verbrauchsteuern finanziert werden. Die FDP müsse konsequent dagegen ankämpfen, daß sich der Bundeshaushalt immer stärker zu einem Instrument der Einkommensverteilung entwickle. Es bestehe die Gefahr, daß dringliche Zukunftsausgaben der deutschen Politik vernachlässigt werden.[9]

Der Regierungsentwurf zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität wurde in seinen Grundzügen befürwortet. Im Zuge der Beratungen soll sichergestellt werden, daß die parlamentarische Kontrolle der Regierung nicht eingeschränkt wird.

---

8 Im Entwurf zu dem Sitzungsprotokoll heißt es weiter: „Insbesondere müsse die Höhe des Verteidigungshaushalts allein unter dem Gesichtspunkt der deutschen Sicherheit und nicht unter anderen Erwägungen festgelegt werden." (ADL, Ordner Nr. 121).

9 Im Entwurf zu dem Sitzungsprotokoll heißt es weiter: „Die FDP wandte sich scharf gegen alle Versuche, zur Finanzierung weiterer öffentlicher Ausgaben die Verbrauchsteuern zu erhöhen. Die FDP-Politiker sprachen sich einhellig für eine rasche parlamentarische Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes aus. Bei der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfs müsse insbesondere eine wirksame Ausgestaltung der Kreditbegrenzung für die öffentliche Hand erreicht werden." (ADL, Ordner Nr. 121).

## 76.

## 14. 10. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes gemeinsam mit den Hauptgeschäftsführern und Schatzmeistern der Landesverbände

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende, Mischnick; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes gemeinsam mit den Hauptgeschäftsführern und Schatzmeistern der Landesverbände am 14. Oktober 1966, in Bonn, Bundeshaus." 13.25 Uhr–16.20 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes, Hauptgeschäftsführer und Schatzmeister der Landesverbände: Achenbach, Bareiter, Borm, Brandt, Bucher, Thomas Dehler, Eicher, Eilers, Ertl (i. V. von Klaus Dehler), Gerrads, Grittmann, Hedergott, Holl, Hoppe, Hummel, Kambeck, Karry, Kaschke, Kastenmeyer, Klasen, Kohl, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Rieger, Schade, Stender, Wiedner, Wust, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Kayser (LSD).

---

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *von Kühlmann-Stumm*, Eduard *Leuze*, *Rubin*, *Simonis* und *Weyer*.

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Dahlmeyer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Hetzel, Koegel, Schollwer, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Parteiengesetz (einschließlich Parteienfinanzierung)
2. Politische Lage
3. Verschiedenes

2. POLITISCHE LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage, insbesondere zu Fragen der Kabinettsreform[2], der Haushaltspolitik[3] und der Innen-[4] und Außenpolitik.

BAUM (DJD) gibt in Erwiderung auf eine Äußerung von Dr. *Mende* zu Protokoll, daß die DJD zu vielen politischen Fragen deutlicher Stellung nehmen könne, als es der FDP möglich sei. So sei die Äußerung der Jungdemokraten zum *Wehner*-Interview[5] zu verstehen. Ähnlich würden die Jungdemokraten Stellung nehmen, wenn sich die Frage der Aufnahme von *Strauß* in die Bundesregierung ernsthaft stellen sollte.

KARRY gibt zu Protokoll, daß er die Sitzung des Bundesvorstandes für nicht angemessen besetzt halte.

Die Leitung der Sitzung des Bundesvorstandes übernimmt *Mischnick* in Vertretung des Parteivorsitzenden.

KARRY gibt zu Protokoll:

1. Um die Position des Bundesfinanzministers zu stärken, sollte in der Öffentlichkeit verstärkt darauf hingewiesen werden, daß der Haushalt des Landes Hessen um 19,2 % gestiegen sei.
2. Er fragt an, ob keine Bedenken bestünden, die von *Mende* in seinem Bericht zur politischen Lage erwähnten Äußerungen zu publizieren, wonach die USA zwei Divisionen abzuziehen beabsichtigten und die Sowjets einige Divisionen von Mitteldeutschland in den Nahen Osten verlagerten.
3. Er fragt außerdem an, ob die von *Mende* in seinem Bericht zur politischen Lage angeschnittenen Fragen der Schaffung eines Berufsheeres Bestandteil

---

2 Zu Plänen für eine Kabinettsumbildung in den letzten Monaten der Regierung *Erhard* vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 217, 219.

3 Der Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 war aus der Sicht der FDP zum Prüfstein für die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU geworden. Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 219–224.

4 Angesichts der schwierigen Lage des Kabinetts *Erhard* empfahl *Mende* vor dem Bundesvorstand eine strikte Nichteinmischung in die inneren Auseinandersetzungen der CDU/CSU. Es könne allerdings der Zeitpunkt kommen, wo sich die FDP nicht mehr in der Lage sehe, die Verantwortung mitzutragen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 14. 10. 1966 (ADL, 6966/98).

5 In einem Interview vom 12. 10. 1966 hatte der stellv. Vorsitzender der SPD, *Wehner*, den „Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft oder auch eines Deutschen Bundes" mit der DDR als diskussionswürdig bezeichnet. Vgl. AdG 1966, S. 12761 A (Auszug).

einer FDP-Meinung wären. Falls dies nicht der Fall ist, sollten diese Fragen mehr als bisher diskutiert und entschieden werden.

1. PARTEIENGESETZ (EINSCHLIESSLICH PARTEIENFINANZIERUNG)

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über den Stand der Vorbereitungen für den Entwurf eines Parteiengesetzes.[6]

Beschluß

Auf Vorschlag von Dr. *Friderichs* beschließt der Bundesvorstand, daß seinen Mitgliedern das letzte Protokoll der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe als weitere Information zugestellt werde.

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt die in § 18 des Entwurfes festgelegte Mindestprozentzahl von 2,5, die eine Partei erreichen muß, um aus öffentlichen Mitteln finanziert zu werden.[7]

Dr. FRIDERICHS teilt mit, daß in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe eine „Versockelung" nicht erzielt werden konnte, da dies vor allem am Widerstand der SPD scheitere. Er habe deshalb dem § 18 ausdrücklich nicht zugestimmt.

RIEGER bittet, für die „Versockelung" weiter einzutreten, da eine Dotierung nur nach Wählerstimmen zu einer faktischen Ungleichheit führen würde, die das Verfassungsgericht verhindern wollte.

Beschluß

Der Bundesvorstand stimmt der Empfehlung von Dr. *Friderichs* zu, die von ihm vorgeschlagene im Anhang beigefügte Finanzierung nach Schwellenwerten[8] weiter zu entwickeln und mit dem Koalitionspartner abzusprechen.

Der Bundesvorstand ist sich bewußt, daß eine günstige Lösung für die FDP nur erreicht werden kann, wenn die Position der CSU als selbständiger Partner genutzt werde. Er strebt diese Lösung einmütig an im vollen Bewußtsein, daß dadurch die bayerische FDP finanziell relativ schlechtergestellt werde. ERTL weist als Vertreter des Landesvorsitzenden von Bayern darauf hin, daß auch sein Landesverband dagegen keine Einwendungen erhebe, da nur so die FDP zu einer für sie günstigen finanziellen Lösung kommen könne. Er setzt voraus, daß der Bundesvorstand dabei wie bisher der besonderen Lage des Landesverbandes Bayern Rechnung tragen werde.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, in den Verhandlungen die Position der CSU als selbständige Partei zu nutzen. Er beauftragt die Verhandlungskommission der FDP, als Ziel eine Finanzierung nach Schwellenwerten anzustreben. Sollte dieses Ziel nicht erreichbar sein, wäre eine „Versockelung" anzustreben. Falls beide Ziele nicht erreichbar seien, soll mit dem Koalitionspartner ein eigener

---

6 Vgl. Nr. 72 Anm. 11.

7 In der Frage der Parteienfinanzierung hatten die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 19. 7. 1966 die Lage für die Parteien verändert. Vgl. Nr. 61 Anm. 6.

8 Nicht bei der Vorlage.

Entwurf eingebracht werden, der einen der beiden Gesichtspunkte berücksichtige.

Dem Entwurf soll auch dann nicht zugestimmt werden, wenn von beiden Parteien der FDP ein paritätischer Fraktionsbeitrag zugesichert werde.

Dr. FRIDERICHS teilt mit, daß der SPD-Abgeordnete *Schäfer*[9] dem Bundestag einen Vorschlag unterbreiten werde, wonach jedem Direktkandidaten bei Erreichung einer Mindeststimmenzahl von 5 % DM 15 000 an Wahlkampfkosten rückvergütet werden sollten.

Beschluß

Der Bundesvorstand empfiehlt, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Die unter TOP 1 gefaßten Beschlüsse des Bundesvorstandes sollen als Empfehlung der Fraktion zugestellt werden.

Es wird zu Protokoll festgestellt, daß nur noch 9 Mitglieder des Bundesvorstandes anwesend seien.

3. VERSCHIEDENES

1. Dr. FRIDERICHS teilt mit, daß er auf Anweisung des Bundesschatzmeisters die Zahlung an den FDS in Höhe von DM 1 500 eingestellt habe.[10]

Beschluß

Der Bundesvorstand schließt sich der Meinung des sog. engeren Bundesvorstandes an, die vom FDS geleistete Rückzahlung in Höhe von DM 3 000 sowie die laufende Monatspauschale ab sofort den Jungdemokraten zur Verfügung zu stellen.

2. Dr. Thomas DEHLER empfiehlt als Vorsitzender der Verhandlungskommission des Bundesvorstandes mit dem LSD, daß die Bundespartei ihre Beziehungen zum LSD vertiefe. Die Beziehungen zum FDS sollten den einzelnen Landesverbänden überlassen bleiben.[11]

HOLL regt an, daß der Bundesvorstand nach dem Gespräch des engeren Bundesvorstandes mit dem LSD einen „Kontaktmann" zum LSD benenne.

3. Beschluß

Als Vertreter des Bundesvorstandes wird Dr. *Hedergott* am FPÖ-Parteitag teilnehmen.[12]

---

9 Friedrich *Schäfer* (Tübingen).

10 Der Bundesvorstand hatte am 22. 4. 1966 die finanzielle Unterstützung von LSD und FDS beschlossen. Vgl. Nr. 70 TOP 6.

11 Der Bundesvorstand hatte *Dehler* zusammen mit *Bucher*, *Rubin* und *Starke* am 22. 4. 1966 beauftragt, die Möglichkeit einer organisatorischen Fusion mit LSD und FDS zu klären. Nach Gesprächen mit Vertretern der beiden Studentenbünde war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, daß die Voraussetzungen für eine Fusion von LSD und FDS aus mehreren Gründen nicht gegeben seien. Vgl. Schreiben Dehlers vom 23. 9. 1966 an den Bundesvorstand der FDP (ADL, Ordner Nr. 122).

12 8. Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs in Klagenfurt am 22. 10. 1966. Vgl. WIENER ZEITUNG Nr. 247 vom 23. 10. 1966, S. 2 (BPA).

4. Beschluß

Der Anregung des Landesverbandes Saar, eine Forumsdiskussion in Saarbrücken durchzuführen, kann auf Grund anderer dringender Termine nicht nachgekommen werden.

BAUM (DJD) gibt zu Protokoll, daß er an der Sitzung des Bundesvorstandes in Nürnberg am 8./9. September 1966 teilgenommen habe und bittet, dies im Protokoll nachträglich zu berücksichtigen.

## 77 a.

## 14./15. 11. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 14./15. November 1966 in Nürnberg, Grand Hotel." 15.15 Uhr–17.30 Uhr.**

Anwesend am 14. 10. 1966 Mitglieder des Bundesvorstandes und Geschäftsführer der Landesverbände: Achenbach, Arning (i. V. von Rademacher), Bareiter, Borttscheller, Brandt, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Liselotte Funcke, Graaff, Grittmann, Hedergott, Hoppe, Karry, Kastenmeyer, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Mischnick, Peters, Saam, Scheel, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Kayser LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Koegel, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage nach dem 27. Oktober 1966
2. Beratung über Parteiengesetz
3. Wahlkampfeinsatz
4. Verschiedenes

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE NACH DEM 27. OKTOBER 1966

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage der FDP nach dem Austritt aus der Koalition.[2]

---

1 Entschuldigt waren: *Eicher, Eisenmann, Schultz* und *Holl.*

2 Die CDU/CSU-FDP-Koalition war am 27. 10. 1966 auseinandergebrochen. Äußerer Anlaß waren Divergenzen über die geeigneten Mittel zum Ausgleich des Haushalts und zur Abwendung einer Wirtschaftskrise. Zu den Ursachen für das Scheitern der Regierung *Erhard* und zu den Problemen der FDP als Oppositionspartei vgl. u. a. D. KOERFER, FDP, 1981, S. 20–36,

WEYER berichtet über sein mit *Wehner*, MISCHNICK über sein mit *Brandt* geführtes Gespräch.

Dr. Klaus DEHLER trägt den einstimmig gefaßten Antrag des Landesvorstandes Bayern vor, nicht in eine Koalition mit der SPD unter *Brandt* einzuwilligen.[3]

ERTL erklärt, daß ein möglicher Kanzlerkandidat *Brandt* von ihm keine Stimme erhalten werde.

Auf Vorschlag von *Kühlmann-Stumm* und *Weyer* bilden der Bundesvorstand und die Fraktion eine Kommission, der *Mischnick*, Dr. *Starke*, *Scheel*, *Genscher*, *Moersch*, *Kreitmeyer*, *Haas* und Dr. *Friderichs* angehören. Die Kommission erhält den Auftrag, den Entwurf von Leitsätzen zu entwickeln, die als Ausgangslage für die Koalitionsverhandlungen dienen sollen.

Dr. MENDE stellt zu den Äußerungen von *Ertl* fest, daß nach dem Beschluß des Hauptausschusses in Mainz niemand berechtigt sei, sich für oder gegen eine Person in den anderen beiden Parteien festzulegen.[4]

2. BERATUNG ÜBER DAS PARTEIENGESETZ

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über den derzeitigen Stand der Verhandlungen zum Parteiengesetz. Die SPD habe sich bereit erklärt, einem Sockelbetrag zur Verteilung an die Bundestagsfraktionen zuzustimmen.[5]

Beschluß

Auf Vorschlag von *Weyer* beschließt der Bundesvorstand, dieser „Versockelung" zuzustimmen.

3. WAHLKAMPFEINSATZ

BRANDT (LV Bayern) teilt mit, daß alle Mitglieder des Bundesvorstandes und der Fraktion, die sich zu Rednereinsätzen bereit erklärt hätten, auch eingesetzt worden seien und daß über 30 Veranstaltungen in Mittelfranken stattfänden.[6]

Dr. Klaus DEHLER bittet alle Redner, die Wahrheit über Bonn als wichtigste Waffe zu gebrauchen.

---

39–69; K. HILDEBRAND, 1984, S. 224, 231–240, 280–283; K. MOERSCH, 1978, S. 88–92; E. MENDE, Wende, 1986, S. 234–246, 249–264.

3 Rein rechnerisch war eine SPD-FDP-Koalition möglich; sie hätte 251 Mandate gegenüber 245 der CDU/CSU gehabt (ohne die Berliner Abgeordneten). Vgl. P. SCHINDLER, ²1983, S. 37.

4 Am 29. 10. 1966 hatte der Bundeshauptausschuß nach fünfstündiger Debatte einstimmig eine Entschließung angenommen, die eine Aussage über die künftige Koalitionspolitik der FDP vermied und ihr die Entscheidungsfreiheit bei den bevorstehenden Verhandlungen offenließ. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 30. 10. 1966 (ADL, 6966/100).

5 Die SPD hatte sich zunächst gegen einen Sockelbetrag gewandt. Vgl. Nr. 76 TOP 1.

6 Anlaß waren die Landtagswahlen in Bayern am 20. 11. 1966.

4. VERSCHIEDENES

DORN und BUSSE[7] bitten, daß ihr Bericht über die Fallex-Übung[8] in der Fraktion demnächst behandelt werden könne.

Beschluß

Die Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion wird auf den 15. November 1966, 9.30 Uhr, vertagt.[9]

Für die Sitzung des Bundeshauptausschusses soll der 3. Dezember 1966 vorgemerkt werden.

---

7 *Dorn* war Vorsitzender des Arbeitsksreises Innenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, *Busse* sein Stellvertreter.

8 Bunkerübung im Oktober 1966 im Ahrtal, bei der 44 Bundestagsabgeordnete, 5 Minister sowie Beamte und Militärs Regierungs- und Parlamentsarbeit unter Notstandsbedingungen probten. Vgl. „Fallex 66. Tischtuch für Generale", in: DER SPIEGEL 20. Jg., Nr. 44 vom 24. 10. 1966, S. 30.

9 Vgl. Nr. 77 b.

## 77 b.

## 15. 11. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 14./15. November 1966 in Nürnberg, Grand Hotel." 10.45 Uhr–15.00 Uhr.**

Anwesend am 15. 11. 1966 Mitglieder des Bundesvorstandes und Geschäftsführer der Landesverbände: Achenbach, Arning (i. V. von Rademacher), Borm, Borttscheller, Brandt, Bucher, Dahlgrün, Klaus Dehler, Thomas Dehler, Eicher, Liselotte Funcke, Graaff, Grittmann, Hedergott, Hoppe, Hummel, Karry, Kastenmeyer, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Peters, Saam, Scheel, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Eggers, Friderichs, Genscher, Hetzel, Koegel, Stoltz.

[VERSCHIEDENES]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt in Fortsetzung des Tagesordnungspunktes 1[2], daß Dr. *Friderichs* und *Genscher* beauftragt werden, möglichst im Redner-

---

1 Entschuldigt waren *Eisenmann, Holl* und *Schultz*.

2 Bericht zur politischen Lage. Vgl. Nr. 77 a TOP 1.

schnelldienst eine Zusammenstellung der Angriffe der CDU/CSU gegen *Erhard* zu veröffentlichen.

Dr. FRIDERICHS trägt ein politisches Konzept der Bundesgeschäftsstelle vor, das dem Bundesvorstand als mögliches Verhandlungskonzept dienen könnte, wenn er sich diese Vorschläge zu eigen machen will.

Beschluß

Die als Anhang beigefügten Grundsätze[3] werden vom Bundesvorstand und der Fraktion angenommen. Sie sollen den anderen beiden Fraktionen umgehend zugeleitet werden.

Beschluß

Auf Vorschlag von Dr. *Mende* wird die Verhandlungskommission der Fraktion vom Bundesvorstand um den Bundesvorsitzenden und seine drei Stellvertreter ergänzt.

Die Kommission soll im Einzelfalle selbst bestimmen, welche Mitglieder der Kommission mit dem Partner jeweils verhandeln sollen.[4]

Die Mitglieder der Verhandlungskommission sollen sich permanent zu Verhandlungen bereithalten. Die Kommission soll im Anschluß an die Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion tagen.

ANLAGE

fdk Nr. 412/66 (T) Bonn-Bundeshaus, 15. 11. 1966

DIE NÜRNBERGER BESCHLÜSSE DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

Bonn. (fdk) Die am 14./15. 11. 1966 in Nürnberg tagenden Gremien der FDP, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, haben folgendes festgestellt und als Grundlage ihrer künftigen Politik beschlossen:

Die Regierungskrise in Bonn entstand durch die Uneinigkeit der CDU/CSU in allen politischen Grundfragen und durch den Streit in der CDU/CSU um die Kanzlernachfolge.

Seit vielen Monaten haben öffentliche Angriffe führender CDU/CSU-Politiker gegen Bundeskanzler *Erhard* und gegen die Bundesregierung die Parteikrise der CDU sichtbar gemacht. Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in der Innen- und Außenpolitik ist durch diese Angriffe gelähmt worden. Es war nicht mehr möglich, die Staatsaufgaben und die Staatsfinanzen nach Wichtigkeit und Dringlichkeit zu ordnen. Die CDU/CSU suchte den Ausweg in Steuererhöhungen und blockierte vordringliche Entscheidungen in der Außen- und Verteidigungspolitik. Deutschland braucht jetzt eine handlungsfähige Regierung.

---

3 Siehe Anlage. Aus der Sicht *Mendes* ließ das Sachprogramm in verschiedenen Punkten eine Übereinstimmung mit der CDU/CSU, in der Deutschland- und Außenpolitik mit der SPD erkennen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 16. 11. 1966 (ADL, 6966/100).

4 Zu den Verhandlungen vgl. DER SPIEGEL 20. Jg., Nr. 48 vom 21. 11. 1966, S. 31–37.

SACHPUNKTE FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE POLITIK DER FDP

Zu den vordringlichen Aufgaben dieser neuen Regierung gehören:

Die Stabilität im Innern verlangt eine Ordnung der Staatsfinanzen. Aufgabe der Haushalts- und Finanzpolitik ist es, den Geldwert zu erhalten, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu gewährleisten und die Arbeitsplätze zu sichern. Eine freiheitliche und sozial gerechte Entwicklung der Gesellschaft erfordert eine Politik, die der Währungsstabilität dient.

Die Zuwachsrate der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ist mit der Zuwachsrate des Sozialprodukts in Einklag zu bringen. Der Bundeshaushalt 1967 läßt sich durch Ausgabenkürzungen sowie den Abbau von Subventionen und Vergünstigungen ausgleichen. Steuererhöhungen sind nicht zu rechtfertigen.

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und die Finanzreform sind notwendig für eine konjunkturgerechte Haushaltsgebarung von Bund, Ländern und Gemeinden und damit für eine langfristige Stabilitätspolitik.

Für die öffentlichen Aufgaben ist eine klare Rangordnung herzustellen, sie muß bei allen haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungen beachtet werden. Den Investitionen für die Zukunftssicherung ist dabei der Vorrang einzuräumen.

Eine moderne Bildungspolitik mit Chancengleichheit für alle dient der sozialen Zukunftssicherung. Richtpunkt für die Sozialpolitik muß die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein. Die Eigenverantwortung sollte durch größere Entscheidungsfreiheit für jeden einzelnen Staatsbürger gestärkt werden. Die Schaffung breitgestreuten Eigentums aus freier Entscheidung ist ein entscheidender Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Die Erhaltung einer freiheitlichen Unternehmensverfassung ist Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Die Zuständigkeiten des Bundes für Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen verbessert werden.

Aus dieser Stabilität im Innern erwächst die Handlungsfähigkeit nach außen, ohne die es keine Wiedervereinigung gibt. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen diesem Ziele dienen.

Die deutsche Politik muß sich um die Neugestaltung des Verhältnisses zu Washington und Paris bemühen. Besondere Anstrengungen sind notwendig, um durch den Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Staaten zum Gemeinsamen Markt die Spaltung des freien Europa zu überwinden. Eine gleichberechtigte und gleichpflichtige Partnerschaft in den europäischen Gemeinschaften und im atlantischen Bündnis schließt einseitige Vorleistungen aus. Die Bundesrepublik Deutschland darf keinen Mitbesitz an atomaren Waffen anstreben. Damit gewinnt sie einen großen außenpolitischen Spielraum. Um ihre Verantwortung für die Erhaltung der Substanz des ganzen deutschen Volkes erfüllen zu können, braucht sie ein Vetorecht gegen den Einsatz atomarer Waffen von deutschem Boden und gegen deutschen Boden. Als gleichberech-

tigtes Mitglied im NATO-Bündnis hat die Bundesrepublik Anspruch auf Mitwirkung bei der Krisenbewältigung.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu den ost- und südosteuropäischen Staaten muß normalisiert werden. Deshalb muß sich die Bundesregierung um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bemühen.

Um den Weg für eine aktive Ostpolitik und innerdeutsche Politik freizumachen, muß die Bundesrepublik durch eine gegenüber allen Staaten der Welt abzugebende allgemeine Erklärung ihre Auffassung bekräftigen:

a) daß West-Berlin zur Bundesrepublik gehört,

b) daß ein Regime auf deutschem Boden, das nicht dem Volkswillen entspricht, weder anerkennbar noch aufwertbar ist.

Der Gefahr eines weiteren Auseinanderlebens der beiden Teile Deutschlands ist durch eine Verstärkung der innerdeutschen Begegnungen und durch die wirtschaftliche Verklammerung der beiden Teile Deutschlands mit Hilfe einer weiteren Liberalisierung des innerdeutschen Handels entgegenzuwirken.

## 78.

## 22. 11. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 22. November 1966 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Sitzungssaal." 14.35 Uhr–22.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Dahlmeyer, Thomas Dehler, Eicher, Eisenmann, Ertl (i. V. von Klaus Dehler), Liselotte Funcke, Graaff, Hedergott, Holl, Hoppe, Karry, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Maier, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Saam, Scheel, Schultz, Simonis, Starke, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Allerbeck (LSD) (i. V. von Kayser), Baum (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Landtagswahl Bayern
2. Zwischenbericht über die bisherigen Verhandlungen mit der CDU/CSU und der SPD

1 Entschuldigt waren Klaus *Dehler, Rubin* und *Weyer.*

1. LANDTAGSWAHL BAYERN

ERTL gibt einen Bericht über das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern.[2]

HAAS und Dr. STARKE ergänzen die Ausführungen von *Ertl.*

2. ZWISCHENBERICHT ÜBER DIE BISHERIGEN VERHANDLUNGEN MIT DER CDU/CSU UND DER SPD[3]

Zum Informationsgespräch zwischen der FDP und der SPD teilt Dr. MENDE auf mehrere Anfragen mit, daß dieses Gespräch auf Wunsch der SPD zustande gekommen sei.[4]

MENNE stellt den Antrag, daß die Verhandlungskommission in der vorgeschlagenen Zusammensetzung[5] – wie bereits von der Fraktion beschlossen – auch verhandelt.

MENNE hat gehört, daß einigen Mitgliedern dies nicht möglich gewesen sei.

Dr. MENDE stellt richtig, daß Mitglieder, die nicht verhandelt haben, aus eigenem Entschluß dazu gekommen seien.

SAAM teilt in Ergänzung von Dr. *Mende* mit, daß auch er die Ansicht vertrete, daß die Verhandlungskommission zu groß sei.

GENSCHER weist auf die Schwierigkeiten hin, daß die Verhandlungskommission in sich selbst ein Problem zu lösen habe, das Bundesvorstand und Fraktion selbst nicht zu lösen in der Lage waren, da sie selbst bestimmen soll, wer an den Verhandlungen im Einzelfalle teilnehmen solle.

Beschluß

Auf Antrag von *Simonis* wird Dr. *Mende* gebeten, ohne weitere Unterbrechungen mit dem Bericht über die Verhandlungen mit CDU/CSU und SPD zu beginnen.

Dr. MENDE gibt einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit der CDU/CSU und SPD.[6] Er teilt mit, daß die in Nürnberg verabschiedeten Leitsätze der FDP[7] Grundlage der Verhandlungen waren.

Dr. MENDE fordert die Mitglieder der Verhandlungskommission auf, seinen Bericht zu ergänzen. Die Mitglieder der Kommission sind jedoch der Ansicht,

---

2 Ergebnis der Landtagswahlen vom 20. 11. 1966 (in %): CSU 48,1, SPD 35,8, FDP 5,1, BHE/GB/GDP 0,1, BP 3,4, NPD 7,4, Sonstige 0,1. Mandatsanteil in %: FDP 0,0, NPD 7,4. Die FDP hatte in keinem der Regierungsbezirke die nach dem bayerischen Wahlrecht erforderlichen 10 Prozent erreicht. Die NPD jedoch, die bei den hessischen Landtagswahlen am 6. 11. 1966 7,9 % erreicht hatte, überwand die Sperrklausel in der FDP-Hochburg Mittelfranken mit 11,2 %. Vgl. H. KAACK, 1979, S. 33; G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 136, 146.

3 Verhandlungen als Folge des Auseinanderbrechens der Koalition am 27. 10. 1966. Vgl. Nr. 77 a Anm. 2.

4 Zweites Informationsgespräch zwischen FDP und SPD am 16. 11. 1966 in der Berliner Landesvertretung in Bonn. Vgl. DER SPIEGEL 20. Jg., Nr. 48 vom 21. 11. 1966, S. 34.

5 Siehe Nr. 77 a unter TOP 1.

6 Vgl. Nr. 77 b Anm. 4.

7 Siehe den Wortlaut in Nr. 77 b Anlage.

daß Dr. *Mende* der Tendenz und Vollständigkeit nach ausreichend berichtet habe.

Dr. MENDE berichtet nun über die mit der SPD geführte Verhandlung und fordert Dr. *Starke* auf, diesen Bericht in Bezug auf die Finanzpolitik zu ergänzen.

Der Bericht wird von GENSCHER, VON KÜHLMANN-STUMM, Dr. STARKE, MERTES ausführlich ergänzt.

Dr. STARKE stellt fest, daß zwischen der SPD und der FDP keine „grundsätzlichen Schwierigkeiten bestehen, die nicht überwunden werden könnten."

Beschluß

Auf Antrag von *Genscher* beschließen Bundesvorstand und Fraktion: Zu geeigneter Zeit soll in der Fraktion eine Probeabstimmung darüber durchgeführt werden, welche Lösung von jedem einzelnen Mitglied der Fraktion angestrebt werde. Es soll geklärt werden, ob sich eine Minderheit ggf. einem Mehrheitsbeschluß auch im Plenum u. U. beuge.

Auf eine Anfrage von *Rademacher* wird festgestellt, daß die Verhandlungskommission gemäß dem Beschluß des Hauptausschusses in Mainz den Auftrag habe, nach beiden Seiten offen zu verhandeln.[8] Der Hauptausschuß oder ein a. o. Bundesparteitag hätten nach Abschluß der Verhandlungen eine endgültige Entscheidung zu treffen.

ERTL erklärt, daß er bereits in Nürnberg[9] mitgeteilt habe, wie er persönlich zu einer Kanzlerschaft von *Brandt* stehe. Diese Einstellung sei für ihn eine Gewissensfrage, die er über das Wohl der Partei stellen müsse. Aus bayerischer Sicht halte er eine Koalition FDP-SPD nicht für möglich.

MISCHNICK hält fest, daß die FDP sich entschieden habe, offen nach beiden Seiten zu verhandeln. Er würde es bedauern, wenn Einzelwertungen gefällt werden, ohne daß bereits die sachlichen Ergebnisse der Verhandlungen vorliegen.

Dr. Thomas DEHLER stellt den Beschluß des bayerischen Landesvorstandes, keine Koalition mit der SPD unter *Brandt* einzugehen, als eine Wunschvorstellung dar, die ebenso wie der Beschluß, keine Koalition mit der CDU/CSU unter *Strauß* einzugehen, aus der spezifischen Situation vor der bayerischen Landtagswahl zu erklären sei.

KUBITZA spricht sich für eine Koalition mit der SPD aus und hält den Beschluß des bayerischen Landesvorstandes für überholt. Unabhängig von der Klärung der Sachfragen sollten in einem Papier die einzelnen taktischen Möglichkeiten für die FDP niedergelegt werden, um die beste Lösung herauszufinden.

SANDER erklärt, daß er unabhängig vom Verlauf der Verhandlungen sich Mehrheitsentscheidungen beugen werde. Nur durch Geschlossenheit könne die FDP über die kommenden schweren Zeiten hinwegkommen.

---

8 Vgl. Nr. 77 a Anm. 4.
9 Am 14./15. 11. 1966.

EISENMANN teilt mit, daß sein Landesvorstand[10] beschlossen habe, sich jeder Mehrheitsentscheidung zu beugen. Der Landesvorstand sehe allerdings kaum noch Möglichkeiten, die Koalition mit der CDU/CSU fortzusetzen.

ERTL gibt zu Protokoll, daß der bayerische Landesvorstand morgen noch einmal „in aller Freiheit" über den am 14/15. November 1966 von Dr. Thomas *Dehler* erwähnten Beschluß entscheiden werde.

Beschluß

Auf Antrag von *Moersch* (ergänzt um Punkt 4 von *Genscher* und Punkt 5 von *Ertl* und *Sander*) beschließen Bundesvorstand und Fraktion bei zwei Enthaltungen von Dr. *Staratzke* und *Menne* und keiner Gegenstimme, die Verhandlungskommission mit der Klärung folgender fünf Grundfragen bei beiden Verhandlungspartnern zu beauftragen:

1. Künftige Verteidigungsausgaben
2. Politik des Wachstums und der Stabilität
3. Dynamisierte Leistungen
4. Haltung zur Änderung des Wahlrechts im Falle der Koalition mit dem Partner bzw. der Opposition
5. EWG-, GATT- und Agrarpolitik.

Dr. MENDE teilt mit, daß keine Entscheidung ohne Zustimmung der Fraktion und des Bundesvorstandes fallen werde.

Er beruft die nächste Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion für den kommenden Dienstag (29. November 1966)[11] ein und weist noch einmal ausdrücklich auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen hin.

---

10 Landesvorstand der FDP Schleswig-Holstein.
11 Die Sitzung fand am Montag, den 28. 11. 1966 statt. Vgl. Nr. 79.

## 79.

## 28. 11. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 122. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktion am 28. November 1966, Bonn, Bundeshaus." 14.15 Uhr–18.15 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Bucher, Dahlgrün, Thomas Dehler, Eicher, Eisenmann, Ertl, Liselotte Funcke, Graaff, Holl, Hoppe, Karry, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Rubin, Saam, Scheel, Schultz, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

---

1 Entschuldigt waren Hildegard *Hamm-Brücher*, *Hedergott* und *Kreitmeyer*.

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Kayser (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Beckmann, Brodeßer, Feuerherdt, Friderichs, Genscher, Hetzel, Koegel, Stoltz.

Gäste: Dahlmeyer, Dischleit, Haagmann, Kirchhoff, Kühn.

TAGESORDNUNG

1. Bericht über die Bemühungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung
2. Verschiedenes

1. BERICHT ÜBER DIE BEMÜHUNGEN ZUR BILDUNG EINER NEUEN BUNDESREGIERUNG

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die Verhandlungen mit der CDU/CSU und der SPD[2] sowie über das abschließende Gespräch mit *Brandt*.[3]

In der anschließenden Aussprache bittet MISCHNICK Bundesvorstand und Fraktion, zu einem einstimmigen Beschluß zu kommen, um das von der Verhandlungskommission der FDP der SPD unterbreitete Koalitionsangebot zu bestätigen, damit nach außen hin die Aktions- und Handlungsfähigkeit der FDP sichtbar gemacht werden könne.

MENNE erklärt, daß er diesen Vorschlag unterstützen werde, wenn er auch Wert darauf lege, daß die Ereignisse seit dem 27. Oktober 1966[4] in der Fraktion noch einmal zur Diskussion gestellt werden.

SAAM billigt die Erklärung mit dem internen Vorbehalt, daß er damit der Verhandlungskommission nicht das Vertrauen ausspreche.

ERTL stimmt der Erklärung „um der Partei Willen" zu, weist aber darauf hin, daß diese Erklärung seiner inneren Überzeugung widerspreche.

Auf Vorschlag von Dr. *Starke* wird folgende Erklärung von Bundesvorstand und Fraktion einstimmig gebilligt:

„Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei nahmen heute einen Bericht der Verhandlungskommission über die Verhandlungen entgegen, die mit den Kommissionen der SPD und der CDU/CSU geführt worden sind.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP billigten einstimmig die Verhandlungen der Verhandlungskommission der FDP einschließlich des am 25. November 1966 der SPD unterbreiteten Angebotes, eine Bundesregierung aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten zu bilden."

Es besteht Einigkeit, daß diese Erklärung keine Wirkung nach innen haben soll.

---

2 Zu diesem Zeitpunkt waren die Verhandlungen der FDP mit den anderen Parteien bereits gescheitert und die Weichen für die Große Koalition gestellt. Vgl. H. KAACK, 1979, S. 33; K. HILDEBRAND, 1984, S. 253–257.

3 Viertes Informationsgespräch zwischen FDP und SPD am Freitag, dem 25. 11. 1966. Vgl. DER SPIEGEL 20. Jg., Nr. 49 vom 28. 11. 1966, S. 30.

4 Datum des Auseinanderbrechens der CDU/CSU-FDP-Koalition.

Beschluß

Auf Antrag von *Achenbach* beschließen Bundesvorstand und Fraktion, die Diskussion zu beenden.

Die von *Karry* gewünschte Erklärung zur Wahlrechtsänderung soll vom Arbeitskreis IV – Innenpolitik – nach einer entsprechenden Vorlage der Regierung[5] ausgearbeitet werden.

Beschluß

Auf Vorschlag von *Mischnick* sollen von den Landesverbänden sämtliche entsprechende Unterlagen zum Wahlrecht angefordert werden.

2. VERSCHIEDENES

1. Beschluß

Der Vorschlag von *Kühlmann-Stumm,* gegenüber dem Bundespräsidenten ggf. eine Allparteienregierung abzulehnen, falls dieser sie vorschlagen sollte, wird einstimmig angenommen.

GENSCHER weist noch einmal darauf hin, daß bei der Wahl des Bundeskanzlers die Fraktion vollzählig erscheinen müsse, um geschlossen gegen den Kanzlerkandidaten der schwarz-roten Koalition zu stimmen.[6]

2. WEYER gibt einen Bericht über die Bemühungen zur Bildung einer neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.[7]

SCHULTZ regt an, dem „Spiegel" eine Kurzfassung über die politischen Ereignisse in Nordrhein-Westfalen vom FDP-Landesverband als Leserbrief zuzustellen.

3. Die Landesvorsitzenden geben einen Bericht über die politische Situation, insbesondere über die Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner.

HOPPE hält es für nützlich, wenn sich die FDP im Bundestag weiter für das volle Stimmrecht der Berliner Abgeordneten einsetze.

4. RUBIN gibt einen Bericht zur finanziellen Situation der FDP und teilt mit, daß die augenblickliche Finanzlage der FDP besorgniserregend sei, da der Sockelbetrag im Parteiengesetz wahrscheinlich nicht mehr Berücksichtigung finden werde.[8]

---

5 Die Wahlrechtsänderung, die für die FDP die Existenzfrage aufwarf, war für Bundeskanzler *Kiesinger* kein so grundsätzliches Anliegen wie für seinen Innenminister *Lücke* und unterblieb auf Drängen der SPD. Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 267, 275 f., 352-365.

6 Am 1. 12. 1966 wählte der Bundestag Kurt Georg *Kiesinger* zum Bundeskanzler, wobei auch ein erheblicher Teil der Abgeordneten von CDU/CSU und SPD nicht für den neuen Kanzler stimmte. Vgl. K. HILDEBRAND, 1984, S. 259.

7 Im Wege eines konstruktiven Mißtrauensvotums der Mehrheit des nordrhein-westfälischen Landtags wurde Ministerpräsident Franz *Meyers* (CDU) am 8. 12. 1966 durch Heinz *Kühn* (SPD) abgelöst. An die Stelle der CDU-FDP-Koalition trat eine Regierung aus SPD und FDP. Vgl. AdG 1966, S. 12852 B; A. C. STORBECK, 1970, S. 257.

8 Zur Parteienfinanzierung und zur Frage des Sockelbetrages vgl. Nr. 72 TOP 2, Nr. 76 TOP 1.

MENNE bittet Dr. *Friderichs,* ihm schriftlich Einzelheiten mitzuteilen, in welcher Weise der BDI bisher finanziellen Zusagen gegenüber der FDP nicht nachgekommen sei. MENNE erklärt, daß er diese Angelegenheit in Ordnung bringen werde.[9]

5. Beschluß

Auf Vorschlag von *Borm* soll den Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Fraktion ein Papier vorgelegt werden, das die zu lösenden Probleme der FDP in der Opposition sachgerecht behandelt. Dieses Papier soll durch die Arbeitskreise der Fraktion vorbereitet werden.

6. Beschluß

Die Einberufung einer Hauptausschuß-Sitzung hält der Bundesvorstand im gegenwärtigen Zeitpunkt für unzweckmäßig. Der Termin der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der FDP soll verschoben werden.

7. Beschluß

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am Freitag, dem 16. Dezember 1966, um 14.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, stattfinden.[10] Folgende Punkte sollen behandelt werden:

a) Landtagswahlen 1967

b) Vorbereitung der Klausurtagung.

9 W. A. *Menne,* MdB, war Vizepräsident des BDI.
10 Vgl. Nr. 80.

## 80.

## 17. 12. 1966: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 123. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. Dezember 1966, Bonn, Bundeshaus." 10.00 Uhr–15.30 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Borm, Bucher, Thomas Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eisenmann, Liselotte Funcke, Hildegard Hamm-Brücher, Holl, Karry, Kohl, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Rademacher, Rubin, Scheel, Schultz, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Kayser (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Brodeßer, Friderichs, Genscher, Koegel, Marx, Reuss.

1 Entschuldigt waren *Eicher* und *Frhr. von Kühlmann-Stumm.*

TAGESORDNUNG

1. Politische Lage
2. Vorbereitung der Klausurtagung
3. Landtagswahlkämpfe 1967
4. Verschiedenes

[BESETZUNG BEI DEN VORSTANDSSITZUNGEN]

1. Der Vorsitzende und seine drei Stellvertreter schreiben einen Brief an alle Mitglieder des Bundesvorstandes; eine bessere Besetzung bei den Vorstandssitzungen ist unbedingt erforderlich, bei Verhinderung muß ein Vertreter entsandt werden.[2]

[LAGE IM LANDESVERBAND BAYERN]

2. Der Vorsitzende und seine drei Stellvertreter sollen möglichst bald ein Gespräch mit dem Landesvorstand Bayern über die dortige Situation führen.[3]

[KLAUSURTAGUNGEN DES VORSTANDES]

3. Eine Klausurtagung des engeren Vorstandes findet am 9. und 10. Januar 1967 statt.[4]

4. Eine Klausurtagung des Bundesvorstandes findet am 21. und 22. Januar 1967 statt.[5]

[PARTEIENGESETZ, SATZUNGSÄNDERUNG]

5. Mit Mehrheit bei einer Stimmenthaltung wird folgender Antrag angenommen:

„In Anbetracht der fortgeschrittenen Beratungen im Deutschen Bundestag über das vom Grundgesetzgeber geforderte Parteiengesetz[6] und im Hinblick auf die Tatsache, daß über diejenigen Teile des Gesetzentwurfs, die sich mit der inneren Ordnung der Parteien beschäftigen, grundlegende Übereinstimmung im interfraktionellen Arbeitskreis erzielt worden ist, besteht auch für die

---

2 So waren in der Sitzung vom 14. 10. 1966 zuletzt nur noch 9 Vorstandsmitglieder anwesend. Vgl. Nr. 76 vor TOP 3.

3 Die FDP war seit dem 20. 11. 1966 nicht mehr im Bayerischen Landtag vertreten. Der Bundesvorstand plante deshalb Gespräche mit dem bayerischen Landesvorstand und den bayerischen Landtagsabgeordneten, „um die Depressionen der bayerischen Freunde abzufangen und unsere Partei in Bayern aufzumuntern." Siehe Schreiben Mendes, Bonn, vom 20. 12. 1966 an Reinhold Maier, Stuttgart (HStASt Q 1/8 Bü 329, NL Haußmann).

4 Vgl. Nr. 81 mit Anm. 6.

5 Vgl. Nr. 81.

6 Der Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien wurde am 26. 1. 1967 im Bundestag eingebracht und am 1. 2. 1967 in 1. Lesung beraten. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 109, Drucks. Nr. 1339; BT STEN. BER., Bd. 63, 90. Sitzung, S. 4175 A–4176 C.

Freie Demokratische Partei die Notwendigkeit, sich auf die zu erwartende Gesetzesgrundlage für das Parteienrecht einzustellen.

Der Bundesvorstand setzt deshalb eine Satzungskommission ein, die den Auftrag hat,

a) die derzeit gültige Bundessatzung[7] auf ihre Übereinstimmung mit dem zu erwartenden Bundesrecht zu überprüfen und notwendige Änderungen, die sich aus dem Gesetzestext (Entwurf) ergeben, vorzuschlagen.

b) Vorschläge für eine systematische Gliederung und übereinstimmende Verwendung von Begriffen und Bezeichnungen zu unterbreiten, Widersprüche von Bestimmungen untereinander zu beseitigen und an Hand der Protokolle zu prüfen, ob der derzeit vorliegende gedruckte Text mit den Beschlüssen der Parteitage übereinstimmt.[8]

c) Eine Mustersatzung auch für die Landes- und Kreisverbände mit auszuarbeiten.

d) Gesonderte Vorschläge zu beraten, wie aus dem Kreis des Bundesvorstandes oder durch direkte Wahl der Bundesparteitage ein geschäftsführendes Vorstandsgremium oder Parteipräsidium gebildet werden kann, das die Aktionsfähigkeit der Partei kurzfristig gewährleistet.

Der Satzungskommission gehören an:

3 gewählte Mitglieder des Bundesvorstandes,

der Vorsitzende des Bundessatzungsausschusses und sein Stellvertreter,

der Bundesgeschäftsführer,

der Geschäftsführer des Bundessatzungsausschusses.

Die Satzungskommission kann zu ihren Beratungen Parteigremien und Mitglieder hören sowie für Einzelaufgaben Sachverständige auch außerhalb der Partei beratend hinzuziehen.

Als beratendes Organ steht der Kommission der Bundessatzungsausschuß mit allen Mitgliedern zur Seite."

Vertreter des Bundesvorstandes in der genannten Kommission sollen Dr. *Bucher,* Dr. Thomas *Dehler* und *Mischnick* sein.

[FINANZLAGE DER PARTEI]

6. Nach dem Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzlage der Partei regt KARRY an, entsprechende Berichte wegen ihrer Bedeutung künftig an den Beginn der Sitzung zu stellen.

---

7 Bundessatzung in der vom 14. Bundesparteitag in München am 3. 7. 1963 beschlossenen Fassung. Vgl. FDP-Satzung 1963 (HStASt Q 1/22 Bü 825, NL Haußmann).

8 Die Bundessatzung von 1954 war 1958, 1959, 1960 und 1963 geändert worden. Vgl. die Angaben in der Fassung von 1963 (siehe Anm. 7).

## 81.

## 21./22. 1. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 124. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 21./22. Januar 1967 in Bad Niederbreisig." 21. 1. 1967: Beginn 10.20 Uhr, Unterbrechung 20.15 Uhr–21.00 Uhr, Ende 23.20 Uhr. 22. 1. 1967: 10.15 Uhr–15.30 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Borm, Bucher, Thomas Dehler, Ehrich (i. V. von Borttscheller), Eicher, Eisenmann, Ertl (i. V. von Klaus Dehler), Liselotte Funcke, Graaff, Hedergott, Holl, Hoppe, Karry, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Rademacher, Scheel, Schultz, Simonis, Starke, Weyer, Zoglmann.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Kayser (LSD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Eggers, Friderichs, Genscher, Marx, Schollwer, Stoltz.

Gäste: Arning, Heinz, Margulies.

TAGESORDNUNG

1. Prof. Dr. Rudolf *Wildenmann:* „Große Koalition und die Rolle der FDP"

2. Bericht Dr. *Mende* über die Klausurtagung des sog. engeren Bundesvorstandes am 9./10. Januar 1967

3. Vorbereitung des Bundesparteitages 1967

4. Berichte über die Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes:

   a) Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik
   – Dr. Hans *Friderichs*

   b) Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik[2]
   – Hans-Dietrich *Genscher*

---

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün,* Hildegard *Hamm-Brücher* und *Rubin.*

2 Zur Tagung am 21./22. 1. 1967 lagen drei von *Mende* in Auftrag gegebene „Papiere" zur Deutschlandpolitik vor: Wolfgang *Schollwers* Darlegung der grundsätzlichen Problematik der Deutschlandpolitik, Hermann *Marx'* Analyse der völkerrechtlichen Lage und Rolf *Schroers'* Entwurf der längerfristigen Perspektive einer veränderten Ostpolitik. Entscheidend für die weitere Diskussion wurde die Vorlage von *Schollwer,* im Unterschied zu seiner 1962 angefertigten Arbeit (vgl. Nr. 23 Anm. 12) zweite *Schollwer*-Studie genannt. *Mende,* der im Winter 1966/67 von seiner bis dahin verfolgten Linie des Eintretens für pragmatische Lösungen in der Deutschlandfrage abwich, begrüßte die Papiere, ohne jedoch deutlich Stellung zu ihnen zu nehmen. Vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 53 f.; K. Hildebrand, 1984, S. 342.

[VERSCHIEDENES]

1. Dr. MENDE verliest ein Schreiben an die Mitglieder des Bundesvorstandes, in dem Frau Dr. *Hamm-Brücher* Stellung nimmt zur eventuellen Nominierung als Staatssekretärin im Kultusministerium des Landes Hessen.[3]

2. Dr. STARKE gibt eine Erklärung ab zur Wahl des Fraktionsvorstandes.[4]

[BERICHT ÜBER DIE KLAUSURTAGUNG DES ENGEREN BUNDESVORSTANDES, ANALYSE VON RUDOLF WILDENMANN]

3. Das Tonband von Prof. *Wildenmann* über das Thema „Die große Koalition und die Rolle der FDP"[5] wird abgespielt.

4. Dr. MENDE gibt einen Bericht über die Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes am 9./10. Januar 1967[6] und zieht die Konsequenz aus der von Prof. *Wildenmann* gegebenen Analyse.[7]

5. Dr. Thomas DEHLER begründet die Vorlage einer Satzungsänderung zur Schaffung eines FDP-Präsidums.[8]

---

3 Frau *Hamm-Brücher*, die an der Klausurtagung nicht teilnahm, hatte *Mende* in einem Brief mitgeteilt, ggf. ihren Beisitzerposten im Bundesvorstand niederlegen zu wollen, falls dieser nicht ihrer Absicht zustimme, Staatssekretärin in dem von der SPD geführten Kultusministerium zu werden. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100). Frau *Hamm-Brücher* wurde Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium, behielt das Amt des Beisitzers und wurde sogar wiedergewählt. Mitteilung von Frau Dr. H. Hamm-Brücher vom 12. 2. 1991.

4 *Starke* war am 17. 2. 1967 bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand nicht wiedergewählt worden und sah in seiner Wahlniederlage eine gezielte Eliminierung seiner Person. *Ertl* fügte hinzu, daß *Starkes* Ausscheiden aus dem Fraktionsvorstand von einem Teil der Presse als Linksruck in der FDP interpretiert werde. *Bucher* kündigte an, er wolle auf dem bevorstehenden Parteitag nicht mehr für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden kandidieren, da er beabsichtige, einen Posten in der Bauwirtschaft zu übernehmen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100) und zu Starkes Stellungnahme D. KOERFER, FDP, 1981, S. 54.

5 Das vervielfältigte Manuskript (21 S.) enthält eine Analyse der Ausgangssituationen der Großen Koalition und der FDP als Oppositionspartei; es folgen Empfehlungen für die politische Arbeit der FDP unter inhaltlichen und organisatorischen Gesichtspunkten (ADL, Ordner Nr. 124). Der Vortrag wurde nicht veröffentlicht. (Mitteilung von Prof. Dr. Rudolf Wildenmann, Mannheim, vom 11. 6. 1991).

6 Der engere Bundesvorstand hatte am 9. und 10. 1. 1967 in Bonn in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen getagt. Vgl. Einladung vom 22. 12. 1966 – Dr. Fr./St. – an *Weyer, Bucher, Mischnick, Rubin, Frhr. von Kühlmann-Stumm,* Thomas *Dehler* und *Genscher* (ADL, Ordner Nr. 123).

7 *Mende* stellte der Großen Koalition bezüglich ihrer Popularität eine günstige, hinsichtlich ihrer Dauer jedoch ungünstige Prognose. Er sagte voraus, daß die Regierung *Kiesinger* diplomatische Beziehungen zu mehreren Ländern des Warschauer Paktes aufnehmen würde. Die Oppositionsrolle der FDP schätzte *Mende* pessimistisch ein: Opposition sei immer unpopulär; die FDP könne nicht das aufgeben, was sie zuvor in der Regierung vertreten habe; die Partei sei noch nicht genügend auf ihre Oppositionsrolle vorbereitet. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100).

8 Die Empfehlung zur Satzungsänderung gehörte – *Mende* zufolge – zu den organisatorischen Konsequenzen, die der Vorstand aus der Oppositionsrolle der FDP zog bzw. ziehen wollte. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100).

Beschluß

Auf Vorschlag von *Weyer* beschließt der Bundesvorstand, ein derartiges Präsidium einzurichten. Das Präsidium soll in der vorgeschlagenen Weise aus 9 Mitgliedern bestehen. Auf dem Bundesparteitag sollen 3 weitere Beisitzer hinzugewählt werden.[9] Der von Dr. *Dehler* vorgelegte Vorschlag wird an die Satzungskommission weitergeleitet. Der Vorschlag der Satzungskommission soll auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am 27. Februar 1967 in Bonn, Bundeshaus, endgültig behandelt werden.

6. VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES[10]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß zum Bundesparteitag zusätzlich zu jedem Delegierten ein weiterer Gast-Delegierter zugelassen wird.

Beschluß

Der Bundesparteitag soll auf zwei Tage begrenzt und mit vier Arbeitskreisen durchgeführt werden.

Beschluß

Die Bundesvorstandssitzung soll am Sonntag, dem 2. April 1967, um 15.00 Uhr stattfinden.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt die als Anlage beigefügte Konzeption des Bundesparteitages.[11]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß die Ergebnisse der Arbeitskreise in das Aktionsprogramm[12] einfließen. *Scheel* soll in einer politischen Rede das Aktionsprogramm und die Ergebnisse der Arbeitskreise begründen.

Beschluß

Ein Gesellschaftsabend mit Tanz soll am Montag, dem 3. April 1967, nicht stattfinden.

Beginn am 22. 1. 1967: 10.15 Uhr

Ende am 22. 1. 1967: 15.30 Uhr

---

9 Vgl. § 19 Abs. 1 Ziffer 1 i. d. F. vom 30. 1. 1968: „1. Der Bundesvorstand besteht 1. aus dem Präsidium, und zwar a) dem Bundesvorsitzenden, b) drei stellvertretenden Vorsitzenden, c) dem Bundesschatzmeister, d) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion oder seinem von der Bundestagsfraktion zu bestimmenden ständigen Vertreter, e) drei Beisitzern."

10 18. ordentlicher Bundesparteitag 3.–5. 4. 1967 in Hannover.

11 Siehe Anlage. An Stelle des nicht ermittelten Konzeptes ist das Programm aus DAS RATHAUS 20. Jg. (1967), S. 99 wiedergegeben.

12 „Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei (107 Thesen)". Verabschiedet auf dem 18. Ordentlichen Bundesparteitag in Hannover am 5. 4. 1967, abgedr. in: P. JULING, 1977, S. 180–199.

BERICHT ÜBER DIE KLAUSURTAGUNG DES ENGEREN BUNDESVORSTANDES

Dr. FRIDERICHS gibt einen Bericht über die Ergebnisse der Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes zu den Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.[13]

GENSCHER gibt einen Bericht über die Ergebnisse der Klausurtagung des engeren Bundesvorstandes zu Fragen der Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik.[14]

[FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG]

Der Bundesvorstand nimmt einen Bericht über die bildungspolitische Arbeit der *Friedrich-Naumann*-Stiftung entgegen. Er beschließt einstimmig, daß auf der Basis dieses Berichtes mit der *Naumann*-Stiftung Verhandlungen zu führen sind.

[PARTEIENGESETZ]

Der Bundesvorstand hält daran fest, daß der von der Interfraktionellen Arbeitsgruppe erstellte Entwurf zum Parteiengesetz in der zuletzt vorliegenden Fassung eingebracht wird.[15] Die jetzt bekannt gewordenen Änderungsvorschläge des Bundestagspräsidenten sollen erst im Ausschuß beraten werden.

[LANDTAGSWAHLEN]

Beschluß

Zur Unterstützung der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein[16], Rheinland-Pfalz[17] und Niedersachsen[18] soll ein Flugblatt entwickelt werden, das sich mit der von der NPD geforderten und von der CDU/SPD-Koalition vorgenommenen Streichung der Agrarsubventionen beschäftigt.[19] Die Vertriebskosten für diese Aktion sollen von den Landesverbänden getragen werden.

---

13 Zwei Tage zuvor hatte Bundeskanzler *Kiesinger* in seiner Regierungserklärung bekanntgegeben, daß es nach fast 14-stündigen Kabinettsberatungen gelungen sei, die Deckungslücke im Bundeshaushalt 1967 in Höhe von 3,6 Milliarden Mark auszugleichen. Vgl. 5. BT STEN. BER., Bd. 63, 86. Sitzung vom 20. 1. 1967, S. 3995 C–D. *Friderichs* begann seinen Bericht mit erheblicher Verspätung, weil *Genscher* zuvor über die schwierigen Fragen der Auseinandersetzung mit der NPD und der Parteienfinanzierung berichtet hatte. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100).

14 *Genscher* wandte sich gegen eine Anerkennung der DDR, sprach sich aber dafür aus, diese als „Faktor" bzw. Völkerrechtssubjekt zu akzeptieren und zu verhandeln. Zugleich distanzierte er sich z. T. von den von *Schollwer* vorgelegten Thesen (siehe Anm. 2). In der anschließenden Diskussion unterstützte *Mende* die Ausführungen *Genschers,* während die Stellungnahmen von *Borm, Rademacher, Baum, Karry, Scheel* und teilweise auch von *Dehler* sich *Schollwers* Thesen annäherten. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 22. 1. 1967 (ADL, 6966/100).

15 Vgl. Nr. 80 Anm. 6.

16 Am 23. 4. 1967.

17 Am 23. 4. 1967.

18 Am 4. 6. 1967.

19 In diesem Zusammenhang ließ sich nur das vom Bundestag am 23. 2. 1967 verabschiedete Kreditfinanzierungsgesetz für Investitionen ermitteln, das u. a. für die Landwirtschaft Kredite in Höhe bis zu 200 Mio. DM vorsah. Vgl. AdG 1967, S. 13006 B.

GENSCHER regt an, für die Landtagswahlen besonders in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen einen Katalog zusammenzustellen, der Fragen enthält, die von Teilnehmern von NPD-Versammlungen an die NPD-Redner gerichtet werden sollen.

Beschluß

Der Bundesvorstand begrüßt den Brief des Bundesvorsitzenden an die Mandatsträger der Partei und beschließt, die auf den Landeslisten gewählten Bundestagsabgeordneten, die Landtagsabgeordneten sowie die in den Länderkabinetten für die FDP vertretenen Minister und Staatssekretäre[20] aufzufordern, eine entsprechende Anzahl von Veranstaltungsterminen zu übernehmen.

Die hierzu aufgeforderten Mandatsträger sollen außerdem gebeten werden, ihren Wahleinsatz dazu zu benutzen, für die Wahlkampf führenden Landesverbände Finanzwerbung zu betreiben.

Über das Ergebnis dieser Aufforderung soll dem Bundesvorstand Bericht erstattet werden.

ANLAGE

18. Ordentlicher Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei vom 3. bis 5. April 1967 in der Stadthalle Hannover

PROGRAMM

Montag, den 3. April 1967

10 Uhr Eröffnung, Begrüßungen, Wahl eines Parteitagspräsidiums
„Der Weg zur Opposition"
Dr. Erich *Mende,* Parteivorsitzender

15 Uhr Sitzungen der Arbeitskreise
Arbeitskreis I – Staatspolitik
Vorsitz: Dr. Ewald *Bucher,* stellv. Parteivorsitzender
„Liberalismus – demokratisches Gewissen unseres Staates"
Dr. Thomas *Dehler,* MdB
„Staatsbürgerrechte des mündigen Wählers"
Dr. Hans *Schäfer*

Arbeitskreis II – Bildungspolitik
Vorsitz: Winfried *Hedergott,* MdL
„Rationale Hochschul- und Wissenschaftspolitik"
Karl *Moersch,* MdB
„Chancengleichheit statt Privilegien im Bildungswesen"
Dr. Hildegard *Hamm-Brücher*

20 Zu diesem Zeitpunkt war die FDP an den Landesregierungen in Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, des Saarlandes und von Schleswig-Holstein beteiligt. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 141 f., 174, 256 f., 276 f., 307, 344 f.

Arbeitskreis III – Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik
Vorsitz: Carlo *Graaff*, MdB
„Liberale Wirtschaftspolitik in der entwickelten Volkswirtschaft"
Dr. Heinz *Starke*, MdB
„Rationale Agrarpolitik in der modernen Volkswirtschaft"
Fritz *Logemann*, MdB

Arbeitskreis IV – Sozial- und Gesundheitspolitik
Vorsitz: Dr. Gerhard *Habenicht*
„Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik"
Prof. Rudolf *Hörnigk*
„Notwendigkeit und Grenzen staatlicher Gesundheitspolitik"
Dr. Hedda *Heuser*

Arbeitskreis V – Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik
Vorsitz: Fritz Rudolf *Schultz*, MdB
„Strategie des Friedens – Deutsche Politik im nuklearen Patt"
Hans-Dietrich *Genscher*, MdB
„Eskalation der Freiheit – der harte Weg zur Einheit"
Dr. Günter *Hartkopf*

Dienstag, den 4. April 1967

10 Uhr Vorlage eines Aktionsprogramms als Ergebnis der Sitzungen der Arbeitskreise
Walter *Scheel*, MdB

17 Uhr „Der Auftrag der Opposition"
Wolfgang *Mischnick*, stellv. Parteivorsitzender

20 Uhr „FDP im Kreuzverhör"

Mittwoch, den 5. April 1967

10 Uhr „Dynamische Führung – Moderne Führung – Satzungsänderung und Begründung" –
Willi *Weyer*, stellv. Parteivorsitzender
Beschlußfassung und Wahlen
Schlußwort des Parteivorsitzenden

13 Uhr Ende des Bundesparteitages, anschließend Pressekonferenz.

## 82.

## 27. 2. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 124. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 27. Februar 1967 in Bonn, Bundeshaus." 11.20 Uhr–17.35 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Allerbeck, Borm, Thomas Dehler, Eicher, Eisenmann, Ertl (i. V. von Klaus Dehler), Liselotte Funcke, Graaff, Hedergott, Karry, Kohl, Kreitmeyer, Eduard Leuze, Maier, Mende, Hermann Müller, Rademacher, Scheel, Schultz.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Bierbaum, Friderichs, Genscher, Kirchhoff, Kühn, Marx, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Bericht zur politischen Lage
2. Vorbereitung Bundesparteitag
3. Rednereinsatz in Landtagswahlkämpfen
4. Parteiengesetz
5. Bundesfachausschüsse
6. Verschiedenes

1. BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht zur politischen Lage und zur Situation der FDP.[2] Die Vorsitzenden der wahlkampfführenden Landesverbände geben einen Bericht über den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes.[3]

BORM hofft, in Berlin das bisherige Wahlergebnis verbessern zu können.[4]

---

1 Entschuldigt waren *Bucher, Dahlgrün,* Hildegard *Hamm-Brücher, Holl, von Kühlmann-Stumm, Mischnick, Rubin, Starke, Weyer* und *Zoglmann.*

2 Die Lage der FDP wurde bestimmt durch innerparteiliche Auseinandersetzungen über den Kurs und den Vorsitzenden der Partei. Vgl. „Parteien: Flüsterkampagnen gegen Mende bei den Freien Demokraten. Der FDP-Chef kämpft mit dem Rücken an der Wand", in: DIE WELT Nr. 45 vom 22. 2. 1967, S. 3.

3 Vgl. Nr. 81 mit Anm. 16–18.

4 Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. 3. 1967 (in %): CDU 32,9, SPD 56,9, FDP 7,1 (1963: 7,9), SED/SEW 2,1, Sonstige 1,1. Nach Ausräumung von Schwierigkeiten erneut Bildung einer SPD-FPD-Koalition. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 148; AdG 1967, S. 13089 F.

EISENMANN meint, daß der Trend der NPD Mitte Dezember 1966 den höchsten Stand erreicht habe[5], und hofft, das sechste Mandat erringen zu können.[6]

EICHER[7] und GRAAFF[8] hoffen, die bisherigen Stimmenanteile halten zu können.

Beschluß

Nach eingehender Diskussion über in der Öffentlichkeit erhobene Behauptungen angeblicher FDP-Auseinandersetzungen um den Parteivorsitz[9] beschließt der Bundesvorstand auf Antrag von Dr. Thomas *Dehler* folgendes Kommuniqué:

„Der Bundesvorstand wandte sich gegen Meldungen über personelle Auseinandersetzungen um den Parteivorsitz; er sprach dem Bundesvorsitzenden Dr. Erich *Mende* einstimmig sein Vertrauen aus."

2. VORBEREITUNG BUNDESPARTEITAG[10]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß die Referenten des Bundesparteitages und die Vorsitzenden der Arbeitskreise ohne Titel im Programm aufgeführt werden. Eine Ausnahme soll bei Staatssekretär a. D. *Schäfer*[11] und Senatsdirektor *Hartkopf* sowie Gesundheitssenator *Habenicht* gemacht werden.

Die Aussprache soll nach dem Referat von Dr. *Mende* um eine halbe Stunde am ersten Tag verlängert werden, so daß die Mittagspause erst um 13.30 Uhr beginnt.

Das gesellige Beisammensein am ersten Tag ab 20.00 Uhr soll in die Rubrik „Technische Hinweise" des Parteitagsprogramms aufgenommen, nicht aber unter dem 3. April 1967 aufgeführt werden.

Eine Forumsdiskussion am zweiten Tag soll nicht stattfinden.

Beschluß

Der Arbeitskreis III – Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik soll um die Verkehrspolitik ergänzt werden. Das entsprechende Referat – „Moderne Verkehrspolitik" soll von Willy Max *Rademacher,* Landesvorsitzender, gehalten werden.

Beschluß

---

5 Die NPD hatte im November 1966 in Hessen und Bayern die 5-Prozent-Hürde übersprungen. Vgl. Nr. 78 Anm. 2.

6 Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 23. 4. 1967 (in Mandaten): CDU 34, SPD 30, FDP 4 (1962: 5). Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 138.

7 Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 23. 4. 1967 (in %): CDU 46,7, SPD 36,8, FDP 8,3 (1963: 10,1), NPD 6,9, Sonstige 1,3. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 144.

8 Landtagswahlen in Niedersachsen am 4. 6. 1967 (in %): CDU 41,7, SPD 43,1, FDP 6,9 (1963: 8,8), NPD 7,0, Sonstige 1,3. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 140.

9 Siehe Anm. 2.

10 18. ordentlicher Bundesparteitag in Hannover 3.–5. 4. 1967.

11 Hans *Schäfer,* Staatssekretär im BMI.

Der Bundesvorstand stellt fest, daß zwischen der von *Scheel* im Bundestag vorgetragenen Rede[12] und der von Dr. *Starke* langjährig vertretenen Konzeption zur Wirtschaftspolitik[13] kein Bruch bestehe. Die Bedenken von Dr. *Starke,* das Referat auf dem Bundesparteitag deshalb nicht halten zu können, sind daher gegenstandslos.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß alle Referenten und Korreferenten sowie die Vorsitzenden der Arbeitskreise und die für die Entwicklung eines Aktionsprogramms verantwortlichen Politiker umgehend zu einer Sitzung eingeladen werden.

Beschluß

Verantwortlich für die sachgemäße Vorbereitung der Arbeitskreise und die Entwicklung des Aktionsprogramms sind folgende Parteifreunde:

| | |
|---|---|
| Arbeitskreis I | Dr. *Dehler,* Dr. *Bucher* |
| Arbeitskreis II | *Moersch* |
| Arbeitskreis III | *Graaff* |
| Arbeitskreis IV | *Mischnick* |
| Arbeitskreis V | *Schultz,* Dr. *Mende* |

Zuständig und verantwortlich für die Vorlage des gesamten Aktionsprogramms ist Walter *Scheel.*

Die Satzungskommission legt dem Bundesvorstand den Antrag zur Satzungsänderung vor, der die Einrichtung eines Präsidiums betrifft.[14] *Müller*[15] und Dr. *Maier* teilen mit, daß es fraglich sei, ob der Landesverband Baden-Württemberg diesem Antrag zustimmen werde. Dr. *Maier* schlägt vor, den Antrag einzubringen, aber erst ein Jahr später in Kraft treten zu lassen.

Beschluß

Der Bundesvorstand hält am bisherigen Beschluß zur Einrichtung eines Präsidiums fest. Er beschließt, wegen der beabsichtigten Satzungsänderung noch eine Umfrage bei den Landesvorständen über folgende Alternativlösung zu halten:

1. Soll die Satzungsänderung über die Einrichtung eines Präsidiums nicht nur auf dem kommenden Parteitag verabschiedet, sondern auch mit Wirkung vom Parteitag 1967 in Kraft gesetzt werden, oder soll
2. die Satzungsänderung auf dem Parteitag 1967 zwar beschlossen, aber erst vom Parteitag 1968 an in Kraft treten?[16]

---

12 Vgl. *Scheels* Stellungnahme zum CDU/CSU-SPD-Entwurf für ein Kreditfinanzierungsgesetz, in: 5. BT STEN. BER., Bd. 63, 95. Sitzung vom 17. 2. 1967, S. 4320 B–4324 A.

13 Vgl. u. a. *Starkes* Stellungnahmen zu dem Entwurf für ein Stabilitätsgesetz, in: BT STEN. BER., Bd. 62, 55. Sitzung vom 14. 9. 1966, S. 2679 D–2683 B.

14 Vgl. Nr. 81 mit Anm. 8 und 9.

15 Hermann *Müller.*

16 Der Parteitag entschied sich für die zweite Lösung, weil die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Berlin gegen die Wahl des Präsidiums zum damaligen Zeitpunkt stimmten.

6. VERSCHIEDENES

a) Der Bundesvorstand billigt den Vorschlag von *Rademacher,* den Bundesverkehrsausschuß einzuberufen. Begründung: *Rademacher* erklärt ausdrücklich, daß der Bundespartei dadurch keinerlei Kosten entstehen.

b) Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet am

17. März 1967, um 14.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus,

statt.[17] Die Tagesordnung soll sich mit der Vorbereitung des Bundesparteitages befassen.

---

Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen ab 31. 3. 1967 (ADL, 6966/100); Auszüge aus dem Protokoll des 18. Ordentl. Bundesparteitages (ADL, A 1-320 pag. 93-98).

17 Vgl. Nr. 83.

## 83.

## 17. 3. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 124. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. März 1967 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal." 14.00 Uhr–20.00 Uhr.**

Teilnehmer: Achenbach, Allerbeck (LSD), Bahner, Baum (DJD), Borm, Borttscheller, Bucher, Thomas Dehler, Eicher, Eisenmann, Ernst (i. V. von Graaff), Ertl, Friderichs, Liselotte Funcke, Hildegard Hamm-Brücher, Hartkopf, Holl, Hoppe, Karry, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Hermann Müller, Rademacher, Rubin, Simonis, Starke, Weyer, Wolgast, Zoglmann.[1]

[BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE]

1. Dr. MENDE berichtet über die politische Situation nach Veröffentlichung von Auszügen der *Schollwer*-Studie[2] und des Artikels *Rubin* im „Stern".[3]

2. RUBIN äußert sich zum Bericht Dr. *Mendes* und zur Gesamtsituation.

---

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün, Genscher, Graaff, Hedergott, Kreitmeyer, Peters, Scheel* und *Schultz.*

2 Manfred BISSINGER: „Ein radikaler Plan macht in der FDP Furore: Keine Angst vor Ulbricht!", in: Stern 20. Jg., Heft Nr. 11 vom 12. 3. 1967, S. 18 ff. (BPA). Der Teilabdruck der *Schollwer*-Studie sollte ursprünglich in der Februarnummer von „liberal" erscheinen, wo er jedoch nicht den von den Befürwortern einer pragmatischeren Deutschlandpolitik erwünschten Bekanntheitsgrad erreicht hätte. Vgl. D. KOERFER, FDP, 1981, S. 54; A. BARING, Machtwechsel, 1983, S. 218–221.

3 Hans Wolfgang RUBIN: „Stunde der Wahrheit", in: Stern, 20. Jg., Heft Nr. 12 vom 19. 3. 1967, S. 26 ff. (BPA). Der Beitrag von *Rubin* stellte das Editorial für das etwas später erschienene März-Heft von „liberal" dar, das auf den Parteitag in Hannover Anfang April vorbereiten sollte. Vgl. D. KOERFER, FDP, 1981, S. 54 ff.; A. BARING, Machtwechsel, 1983, S. 221 f.

3. WEYER berichtet über die Sitzung des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen vom Mittwoch, dem 15. März 1967, die sich mit demselben Thema befaßt.

4. FRIDERICHS stellt dar, wie es zur Übergabe eines Satzes der Niederbreisig-Papiere an Herrn *Bissinger*[4] kam. Er zitiert hierzu Artikel 3 der Vereinbarung zwischen dem Landesverband Rheinland-Pfalz und Herrn *Bissinger* und verliest ein Schreiben von Herrn *Bissinger* vom 16. März 1967.

5. An der anschließenden Diskussion beteiligen sich folgende Vorstandsmitglieder: *Kohl, Karry, Rademacher, Baum* (DJD), *Allerbeck* (LSD), *Zoglmann, Rubin,* Frau *Funcke, Holl,* Dr. Thomas *Dehler, Eisenmann, Borm, Borttscheller,* Frau Dr. *Hamm-Brücher, Bahner, Mischnick, Ernst,* Dr. *Eicher,* Dr. *Bucher,* Dr. *Achenbach, Hoppe,* Dr. Hermann *Müller, Wolgast,* Dr. *Starke,* Dr. *Mende.*[5]

6. Zum Antrag *Weyer* (Anlage)[6] stellt Frau Dr. HAMM-BRÜCHER den Abänderungsantrag, das Wort „mißbilligt" durch „bedauert" zu ersetzen.

Der Antrag wird mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt.

7. Ergebnis der Abstimmung über Antrag *Weyer:*

Abschnitt 1 = 14 Ja-, 3 Nein-Stimmen

Abschnitt 2 = 13 Ja-, 6 Nein-Stimmen

Abschnitt 3 = einstimmig

Gesamtantrag = 13 Ja-, 6 Nein-Stimmen.

8. Die *Schollwer*-Studie soll an die Mitglieder der Bundestagsfraktion verschickt werden.[7]

[VORBEREITUNG BUNDESPARTEITAG]

9. WEYER erklärt, daß er nicht bereit sei, das Referat auf dem Bundesparteitag „Dynamische Führung – moderne Führung" zu halten, da – entgegen seinen Vorstellungen – die Einrichtung eines Präsidiums erst für das Jahr 1968 vorgesehen sei.

Das Referat soll Staatsminister a. D. Otto *Bezold* übernehmen.

10. Dr. MENDE teilt mit, daß Herr *Genscher* aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sei, im Arbeitskreis V zu referieren. Das Referat übernimmt *von Kühlmann-Stumm.*

---

4 Manfred *Bissinger,* Redakteur beim „Stern", hatte *Schollwer* darüber unterrichtet, daß er dessen Studie besitze und sie veröffentlichen werde. Vgl. A. BARING, Machtwechsel, 1983, S. 220.

5 Nach W. *Schollwer,* Aufzeichnungen vom 18. 3. 1967, dauerte die Diskussion über den Artikel von *Rubin* über fünf Stunden (ADL, 6966/100).

6 Siehe Anlage.

7 In dieser Sitzung wurde die Studie nicht erörtert. Sie wurde vor dem Parteitag Anfang April 1967 in mehreren tausend Exemplaren gedruckt: Wolfgang SCHOLLWER: Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9./10. Januar 1967 in Bonn, Frankfurt a. M. (wolter editionen) 1967, 31 S. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 18. 3. und 31. 3. 1967 (ADL, 6966/100).

11. Dr. STARKE erklärt, daß er nicht in der Lage sei, das Referat im Arbeitskreis III zu halten.

Das Referat übernimmt Dr. *Leuze.*

12. Ob eine Parteitagsbroschüre gedruckt wird, soll in der nächsten oder übernächsten Bundesvorstandssitzung entschieden werden.

13. Die Anträge zum Bundesparteitag sollen nach dem Referat Dr. *Mendes* eingebracht werden und an die Arbeitskreise überwiesen werden. Die Bundesgeschäftsstelle soll einen Vorschlag für die Aufteilung der einzelnen Anträge an die Arbeitskreise unterbreiten.

14. Die gesamten Verhandlungen des Bundesparteitages (auch in den Arbeitskreisen) sollen stenographisch aufgenommen werden.

15. Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet am 2. April 1967, 11.00 Uhr, in Hannover[8], Kastens-Hotel, statt.

ANLAGE
zum Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. März 1967 in Bonn.

Oberstes Ziel der FDP ist es, die Freiheit aller Deutschen in einem Staat zu erreichen. Zur Verwirklichung dieses Zieles hat die FDP im Berliner Programm[9] und durch Beschlüsse auf den Parteitagen in Frankfurt[10] und Nürnberg[11] Wege aufgezeigt. Sie wird auf dem Bundesparteitag in Hannover über weitere Möglichkeiten diskutieren. Der Bundesvorstand der FDP unterstreicht erneut, daß auf deutschem Boden kein Staat anerkannt werden darf, der nicht dem Volkswillen entspricht und der die Menschenrechte mißachtet. Eine endgültige Entscheidung über die deutschen Grenzen im Osten kann erst in einem Friedensvertrag erfolgen.

Der Bundesvorstand mißbilligt daher das Verhalten des Bundesschatzmeisters Hans Wolfgang *Rubin,* der ohne Absprache mit dem Bundesvorsitzenden oder dem Bundesvorstand einen Artikel veröffentlicht hat, der in entscheidenden Teilen von den Beschlüssen der FDP abweicht.

Die FDP wird auch in der parlamentarischen Opposition ihre liberale Aufgabe in der Deutschland- und Außenpolitik weiter erfüllen.

---

8 Ort des Bundesparteitages 1967. Vgl. Nr. 84.
9 Vgl. Nr. 18 Anm. 140.
10 16. ordentlicher Bundesparteitag 21.–23. 3. 1965 mit Beschlüssen insbesondere zur Bildungspolitik. Vgl. H. KAACK, 1979, S. 26.
11 17. ordentlicher Bundesparteitag 6.–7. 6. 1966 mit einer ausdrücklichen Ablehnung jeder Steuererhöhung. Vgl. H. KAACK, 1979, S. 27.

## 84.

## 2. 4. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 124. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 2. April 1967." Bonn, 11.00 Uhr–02.00 Uhr (3. 4. 1967).**

Teilnehmer: Achenbach, Allerbeck (LSD), Bahner, Baum (DJD), Beckmann, Bierbaum, Borm, Brodeßer, Bucher, Thomas Dehler, Eggers, Eicher, Eisenmann, Feuerherdt, Lianne Franzky-Beckmann, Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Graf (i. V. von Borttscheller), Hildegard Hamm-Brücher, Hedergott, Heinz, Holl, Karry, Koegel, Kohl, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Kühn, Eduard Leuze, Liebich, Mende, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Rademacher, Reuss, Rubin, Salloch, Schollwer, Simonis, Starke, Stoltz, Walper, Weyer, Karin Wicke, Willner, Zoglmann.[1]

Gäste: Arndt, Hans Schäfer.

TAGESORDNUNG

1. Organisation und Ablauf des Bundesparteitages[2]
2. Abstimmung der Referate und Thesen

Dr. MENDE gibt eine Erklärung ab: Der Artikel in der „Welt am Sonntag" vom 2. April 1967 sei völlig überraschend gekommen. Inhalt und Diktion von Artikel und Schlagzeile habe er nicht beeinflußt[3]; ein Schreiben an die „Welt am Sonntag" liege 14 Tage zurück, womit der LDPD-Brief an Wolfgang *Mischnick*, der Anfang März im vollen Wortlaut veröffentlicht war[4], auf Anforderung zugeleitet wurde.

---

1 Entschuldigt waren *Genscher*, *Scheel* und *Schultz*.

2 18. ordentlicher Bundesparteitag in Hannover 3.–5. 4. 1967. Zu seinem Verlauf vgl. D. KOERFER, FDP, 1981, S. 63–69; A. BARING, Machtwechsel, 1983, S. 223–226; W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).

3 „Aufsehenerregender Brief des FDP-Chefs an Welt am Sonntag. Mende: Mit Pankows Parolen will man mich zum Rücktritt treiben", in: WELT AM SONNTAG Nr. 14 vom 2. 4. 1967, Ausgabe W, S. 1. In dem Schreiben brachte *Mende* u. a. zum Ausdruck, daß er ebenso wie der Fraktionsvorsitzende *von Kühlmann-Stumm* offensichtlich einem radikalen Linkskurs der FDP im Wege stehe. Auf dem Parteitag erläuterte *Mende* eingangs seinen Brief; das *Springer*-Blatt mit Zitaten daraus hatten viele Sitzungsteilnehmer in der Hand. Von den Vorstandsmitgliedern meldete sich nur *Rademacher* zu Wort und meinte, *Mende* müsse vor dem Parteitag zu dem Artikel Stellung nehmen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).

4 Schreiben der LDP von Anfang März 1967 an *Mischnick* als Antwort auf dessen Schreiben an die LDP von Ende Januar 1967. In dem Schreiben der LDP wurde die Anregung *Mischnicks* zu weiteren öffentlichen Diskussionen zwischen FDP und LDP abgelehnt und der FDP nahegelegt, sich im Bundestag offen und ohne Vorbehalte für die Anerkennung der DDR und die Aufnahme von Regierungsverhandlungen einzusetzen. Vgl. FAZ Nr. 54 vom 4. 3. 1967, S. 4.

Dr. MENDE teilt mit, daß *Wessel*[5] Herrn *Rubin* direkt gebeten habe, an der Fernsehrunde teilzunehmen, obwohl bisher die Teilnehmer durch die „Parteidienststellen" benannt worden wären. *Rubin* sei nicht bereit gewesen, von der Teilnahme an der *Wessel*-Runde Abstand zu nehmen.

RUBIN teilt mit, daß der von ihm informierte Fraktionsvorsitzende[6] gegen seine Teilnahme keine Einwendungen erhoben habe.

RADEMACHER bittet Dr. *Mende*, in seiner Rede auf dem Bundesparteitag auch auf den Inhalt des Artikels in der „Welt am Sonntag" einzugehen. Dr. *Mende* sagt dies zu, wenn es der Lage gemäß sei.

1. ORGANISATION UND ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt folgende Reihenfolge des Ablaufs des Bundesparteitages, soweit diese nicht durch das Programm bereits bestimmt ist:

1. Eröffnung des Bundesparteitages
2. Beschlußfassung über den Bericht des Prüfungsausschusses betreffend die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung, Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten sowie das Rederecht der ordentlichen Delegierten
3. Begrüßungen
   a) Vertreter der Landesregierung
   b) Vetreter der Stadt Hannover
   c) Gastgebender Landesverband
4. Entschuldigung der abwesenden Vorstandsmitglieder
5. Totenehrung
6. Wahl des Präsidiums
7. Rede Dr. *Mende*
8. Aussprache
9. Überweisung der Anträge an die zuständigen Arbeitskreise sowie den Bundesvorstand

Beschlüsse

Zu 1. Kein Beschluß

Zu 2. Auf Antrag von *Weyer* stellt der Bundesvorstand fest, daß im Plenum des Parteitages nur die Delegierten Rede- und Stimmrecht haben. Gastdelegierte und Mitglieder der FDP haben Rederecht in den Arbeitskreisen. Dieser Antrag wird mit 18:6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Bundesvorstand beschließt, daß alle Vorsitzenden, Referenten und Korreferenten der Arbeitskreise, soweit sie nicht Delegierte sind, Rederecht bei allen Sitzungen des Parteitages haben.

---

5 Chefredakteur des „Münchener Merkur".
6 *Frhr. von Kühlmann-Stumm.*

Zu 3. Der Bundesvorstand beschließt, daß Begrüßungsansprachen der Reihenfolge nach nur von den Vertretern der Landesregierung, der Stadt Hannover und des gastgebenden Landesverbandes angenommen werden sollen.

Zu 4. Kein Beschluß

Zu 5. Der Bundesvorstand beschließt, daß die Toten bei der Ehrung nicht namentlich aufgeführt werden.

Zu 6. Der Bundesvorstand beschließt, daß dem Parteitagspräsidium Dr. [Thomas] *Dehler, Borm,* Dr. [Hermann] *Müller* und *Bezold* angehören.

Zu 7., zu 8. Keine Beschlüsse

Zu 9. Der Bundesvorstand beschließt, daß die Anträge wie folgt behandelt werden:

Die Anträge 1[7], 2[8], 3[9], 18[10], 33[11] werden an den Bundesvorstand überwiesen.

Die an den Bundesvorstand überwiesenen Anträge sollen nach den Berichten aus den Arbeitskreisen dem Plenum vorgelegt werden.

Die weiteren Anträge werden an folgende Arbeitskreise überwiesen:

Arbeitskreis I [– Staatspolitik]

Antrag 5[12], 6[13], 8[14], 17[15], 30[16], 31[17], 32[18], 29[19]

---

7 Antrag 1 des LV NRW vom 22. 2. 1967: Aufbau einer Zentralkartei unter Verwendung der Mitgliederkarteien der Landesverbände. Quellennachweis für die Anträge 1–33: ADL, A 1-321. Vgl. auch die Übersicht über die Anträge in: fdk (T) Nr. 129/67 vom 10. 3. 1967.

8 Antrag 2 des LV NRW vom 22. 2. 1967: Regelung, derzufolge die niedrigeren Parteigliederungen ihre Parteitage jeweils vor denen der übergeordneten Verbände abhalten.

9 Antrag 3 des LV NRW vom 22. 2. 1967: Auftrag an den Bundesvorstand, jährlich zweimal einen umfassenden Bericht über die Lage der Partei vorzulegen.

10 Antrag 18 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages bis zum 30. 11. 1967, der ein Grundsatzprogramm der FDP verabschieden soll.

11 Antrag 33 des Bundesvorstandes vom 6. 3. 1967: Satzungsänderung zur Schaffung eines Präsidiums der FDP durch Neufassung der Satzung der FDP in den §§ 14, 19, 20 und 21.

12 Antrag 5 des LV Rheinland-Pfalz vom 6. 3. 1967: Neugliederung der Bundesländer, um Länder zu schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen zukommenden Aufgaben bewältigen können.

13 Antrag 6 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit durch a) Schaffung eines Obersten Bundesgerichts, b) gesetzliche Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, c) Beseitigung klerikaler Tendenzen im Bundessozialhilfe- und Jugendwohlfahrtsgesetz, d) Abschaffung jeglicher offenen und verdeckten Zensur (z. B. Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher Verbringungsverbote, Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, Filmbewertungsstelle).

14 Antrag 8 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Überarbeitung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches mit dem Ziel, die politische und weltanschauliche Neutralität der Strafgesetzgebung zu gewährleisten.

15 Antrag 17 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Verbesserung und Demokratisierung der Notstandsgesetzgebung durch a) Wegfall des sog. Inneren Notstandes, b) Einschränkung des Äußeren Notstandes auf den Verteidigungsfall, Verbot von Geheimverfahren in der Gesetzgebung, d) Überprüfung und Änderung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze, e) Sicher-

Arbeitskreis II – Bildungspolitik

Antrag 4[20], 7[21], 9[22], 12[23], 14[24], 25[25], 26[26], 27[27], 28[28]

Arbeitskreis III – Wirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Agrarpolitik

Antrag 10[29], 13[30], 19[31], 20[32], 21[33], 22[34], 24[35]

---

stellung, daß mit Inkrafttreten der Notstandsgesetzgebung die alliierten Vorbehaltsrechte abgelöst werden.

16 Antrag 30 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Überarbeitung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches nach dem gegenwärtigen Stand sozialwissenschaftlicher und psychologischer Erkenntnisse.

17 Antrag 31 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Abschaffung jeglicher unmittelbaren oder mittelbaren Zensur. Siehe Anm. 13.

18 Antrag 32 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Einführung des reinen Verhältniswahlrechts mit der Möglichkeit für den Wähler, einzelne Kandidaten ohne Rücksicht auf den Listenplatz zu bevorzugen.

19 Antrag 29 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Verbesserung und Demokratisierung der Notstandsgesetzgebung. Siehe Anm. 15.

20 Antrag 4 des LV Bremen vom 28. 2. 1967: Regelmäßiges Zusammentreten des kulturpolitischen Ausschusses der Bundespartei.

21 Antrag 7 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Schaffung einer Sachverständigenkommission der FDP, die eine geschlossene und fortschrittliche Bildungskonzeption erarbeitet.

22 Antrag 9 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Schaffung eines Bildungsurlaubs für Jugendliche.

23 Antrag 12 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Reform der Berufsausbildung und Berufsfortbildung mit dem Ziel der Anpassung an die volkswirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Erfordernisse der Zukunft.

24 Antrag 14 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: bundesweite Entkonfessionalisierung der weiterführenden Hauptschulen; Einführung der Bundeskompetenz für Schule, Wissenschaft und Forschung.

25 Antrag 25 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Reform der Berufsausbildung und Berufsfortbildung. Siehe Anm. 23.

26 Antrag 26 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Einführung der Bundeskompetenz für die Ausbildungsförderung; Entwurf eines einheitlichen Ausbildungsförderungsgetzes.

27 Antrag 27 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Schulversuche zur Überwindung des herkömmlichen und ungenügenden dreigliedrigen Schulsystems.

28 Antrag 28 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Erarbeitung eines Bildungs- und Forschungsprogramms abgestimmt auf die voraussichtlichen Verhältnisse im Jahr 2000; Umwandlung der Europäischen Atomgemeinschaft in eine Wissenschaftsgemeinschaft.

29 Antrag 10 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Stärkung der marktwirtschaftlichen Ordnung; Bestimmung und Beachtung der Grenzen zwischen marktwirtschaftlichem System mit gezielten Maßnahmen und dirigistischem System.

30 Antrag 13 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: optimale Ausschöpfung der geltenden Bestimmungen betr. die Betriebsverfassung und darüber hinaus Maßnahmen zur Verbesserung des betrieblichen Informations- und Kommunikationswesens.

31 Antrag 19 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Stärkung der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik durch Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen.

32 Antrag 20 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Abwehr aller Versuche zur Änderung des Statuts und damit der absoluten Unabhängigkeit der Bundesbank.

33 Antrag 21 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Umstellung der Energiepolitik auf moderne (billigere) Energiequellen.

34 Antrag 22 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Erfordernisse der Zukunft; Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen.

Zur Mitberatung:
Antrag 5[36], 25[37], 26[38]

Arbeitskreis IV – Sozial- und Gesundheitspolitik
Antrag 11[39], 23[40]
Zur Mitberatung:
Antrag 13[41], 24[42]

Arbeitskreis V – Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik
Antrag 15[43], 16[44]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Arbeitskreisen" am Dienstag, dem 4. April 1967, nach jedem Bericht die Aussprache eröffnet wird. Die Thesen sollen vorher verteilt werden und nach der Aussprache zur Abstimmung gelangen.

Beschluß

Den Bericht für die an den Bundesvorstand überwiesenen Anträge soll *Bezold* abgeben.

RADEMACHER teilt mit, daß *Augstein*[45] als Gastdelegierter des Landesverbandes Hamburg am Bundesparteitag teilnehmen werde.

Dr. MENDE bemerkt, daß das „Handelsblatt" darüber bereits am Gründonnerstag berichtet habe.[46] Nach einer Auskunft des „Handelsblattes" sei diese

---

35 Antrag 24 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: schrittweise Überführung des Wohnungsmarktes in die freie Marktwirtschaft.
36 Siehe Anm. 12.
37 Siehe Anm. 25.
38 Siehe Anm. 26.
39 Antrag 11 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Überprüfung des geltenden sozialen Sicherheitssystems mit dem Ziel, den Willen zur verantwortlichen Eigenvorsorge nicht zu beeinträchtigen.
40 Antrag 23 des LV Hamburg vom 2. 3. 1967: Fertigstellung des Planes einer liberalen Sozialpolitik (*Mischnick*-Plan), um die gesetzliche Rentenversicherung zu liberalisieren; Orientierung der jährlichen dynamischen Leistungssteigerungen künftig nicht mehr wie bisher an den Löhnen, sondern – wie die Löhne selbst – an den Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes.
41 Siehe Anm. 30.
42 Siehe Anm. 35.
43 Antrag 15 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Kontakte und Verhandlungen auf allen Ebenen – privaten und staatlichen – mit dem anderen Teil Deutschlands.
44 Antrag 16 von Dr. *Lademann* u. a. vom 6. 3. 1967: Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten; Erweiterung der Wirtschafts-, Handels- und Kulturbeziehungen zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten.
45 Herausgeber und Chefredakteur des „Spiegel". *Mende* sah in ihm einen der geistigen Führer der parteiinternen Opposition gegen seine Politik. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 257 f. *Weyer* setzte sich mit dem Antrag durch, *Augstein* auf dem Parteitag das Rederecht zu verweigern. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).
46 „Die FDP vor ihrem Parteitag. Weyers Rückzug – Grundsatzdiskussion erwartet", in: HAN-

Information aus der Bundesgeschäftsstelle an den Journalisten *Planitz* gegeben worden.

2. ABSTIMMUNG DER REFERATE UND THESEN

Die entsprechenden Thesen werden bei Behandlung der jeweiligen Arbeitskreise an die Mitglieder des Bundesvorstandes numeriert ausgegeben und anschließend wieder eingesammelt.

Dr. MENDE trägt die Grundzüge seines Referates vor.[47] Der Bundesvorstand erhebt bis auf einige Änderungsvorschläge keine Einwendungen.

Beschluß

Die dreißig Thesen zur Deutschlandpolitik[48] sollen durch eine Kommission überarbeitet und dem Bundesvorstand dann wieder vorgelegt werden. Der Kommission sollen *Hartkopf*, Dr. [Thomas] *Dehler* und Dr. *Achenbach* angehören.

Der Bundesvorstand behandelt Referate und Thesen des Arbeitskreises I.[49] Bis auf einige Änderungsvorschläge werden keine Einwendungen erhoben. Die Bemerkungen in der Rede von Dr. *Dehler* über den Bundespräsidenten werden in der vorgelegten Formulierung bei Bedenken von *Bahner* vom Bundesvorstand gebilligt.

Dr. Thomas DEHLER berichtet über die nachstehende dpa-Meldung.

„Auf dem Bezirksparteitag Ost-Westfalen richtete *Mende* am Samstag heftige Vorwürfe gegen die FDP-Bundesgeschäftsstelle. Es sei ein Unding, daß vertrauliche Arbeitspapiere aus der Geschäftsstelle in Zeitungsredaktionen wechselten. Eine Geschäftsstelle, die nicht sicher sei, habe nicht das Vertrauen des Parteivorstandes und des Vorsitzenden. Das habe personelle Konsequenzen zur Folge, betonte *Mende* . . .“

---

DELSBLATT. Deutsche Wirtschaftszeitung vereinigt mit Deutsche Zeitung, 22. Jg. Nr. 63 vom 31. 3. 1967, S. 2 (BPA). *Mende* bezeichnete die Bundesgeschäftsstelle als Urheber des ihm unangenehmen Artikels. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).

47 *Mende* berichtete am Vormittag kurz über seine geplante Parteitagsrede, danach äußerten sich *Karry, Weyer, Rademacher, Starke, Borm, Zoglmann, Bahner* und *Dehler*. Die meisten Sprecher waren für eine Erörterung der Thesen von *Rubin* und *Schollwer* auf dem Parteitag. Nach der Mittagspause erläuterte *Mende* sein Referat ausführlicher. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100) und den Wortlaut von *Mendes* Rede „Der Weg zur Opposition“ in ADL, A 1-323.

48 Zur Entstehungsgeschichte der 30 Thesen: ursprünglich verfaßt von Senatsdirektor Günter *Hartkopf* und als „Stichworte zur Deutschlandfrage“ vorgelegt auf dem Parteitag des FDP-LV Berlin im März 1966, als „Leitsätze zur Deutschlandpolitik“ auf der Klausurtagung der FDP-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses im April 1966 und als „30 Thesen zur Deutschlandpolitik“ auf dem Bundesparteitag im April 1967. Von den 30 Thesen gingen 7 unverändert in die Beschlußvorlage des Bundesparteitages ein, weitere 9 wurden mehr oder weniger verändert in „Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei (107 Thesen)“ aufgenommen, das der Bundesparteitag am 5. 4. 1967 einmütig billigte (Mitteilung von W. Schollwer vom 15. 11. 1991).

49 Arbeitskreis I – Staatspolitik.

Nach eingehender Diskussion[50] wird festgestellt, daß Dr. *Friderichs* den Mitarbeitern erklären kann, daß die Äußerungen in dieser Form nicht gefallen sind.

Der Bundesvorstand beschließt, der engere Bundesvorstand möge unverzüglich Untersuchungen in der Bundesgeschäftsstelle durchführen mit dem Ziel, festzustellen, wie vertrauliche Arbeitspapiere an sieben Redaktionen im Bundesgebiet gelangen konnten. Dr. MENDE berichtet von einem Brief des Chefredakteurs des „Mittag", Düsseldorf, Herrn *Rasch,* mit Beschuldigungen gegen Herrn *Schollwer.* Dieser Behauptung soll nachgegangen werden.

Der Bundesvorstand setzt die Beratungen fort mit dem Bericht über Referat und Thesen zur Verkehrspolitik, die er mit einigen Änderungen billigt.[51]

Der Bundesvorstand behandelt Referate und Thesen zur Agrarpolitik, die er mit einigen Änderungen billigt.[52] These 8 soll mitberatend im Arbeitskreis Sozialpolitik behandelt werden.

Der Bundesvorstand behandelt Referate und Thesen zur Wirtschaftspolitik und beschließt, diese mit einigen Änderungen anzunehmen.[53] Die These zur Energiepolitik soll gestrichen werden. [Eduard] *Leuze* regt an, daß der Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit diesem Themenkreis noch einmal zu befassen.

Der Bundesvorstand behandelt Referat und Thesen zur Deutschlandpolitik und beschließt, die von der Kommission erarbeiteten Thesen dem Arbeitskreis Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik zu überweisen.[54]

Der Bundesvorstand behandelt Referat und Thesen zur Bildungspolitik und beschließt, diese an den entsprechenden Arbeitskreis weiterzuleiten. Vorbehalte wurden zu den Thesen 7 und 10 angemeldet.[55]

Der Bundesvorstand behandelt und beschließt, Referat und Thesen zur Sozialpolitik ohne Änderung an den Arbeitskreis zu überweisen.[56]

Behandlung der Anträge 3, 18, 1, 2 und 33.

Antrag 3: abgelehnt

Antrag 18: wurde in der vorgelegten Form vom Bundesvorstand mit 12:5 abgelehnt, statt dessen wird der Landesverband NRW einen Änderungsantrag mit dem Ziel stellen, daß auf dem nächsten ordentlichen Parteitag ein neues Grundsatzprogramm verkündet wird, zu dessen Vorbereitung eine zwei- bis

---

50 Die dpa-Meldung löste eine heftige Diskussion aus, wodurch die begonnene Debatte über deutschlandpolitische Fragen unterbrochen wurde. Siehe Anm. 47. *Mende* übte scharfe Kritik an den abwesenden Mitarbeitern *Koegel, Schollwer* und *Stoltz.* Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).

51 Quellennachweis: ADL, A 1-326; A 1-334.

52 Quellennachweis: ADL, A 1-326; A 1-334.

53 Quellennachweis: ADL, A 1-326; A 1-334.

54 Quellennachweis: ADL, A 1-336.

55 Quellennachweis: ADL, A 1-325; A 1-333.

56 Quellennachweis: ADL, A 1-327; A 1-335.

dreitägige Klausurtagung des Bundeshauptausschusses stattfindet, anschließend Vorlage im Bundeshauptausschuß.

Antrag 1: wird angenommen

Antrag 2: Zurücknahme wird empfohlen

Antrag 33: Es wird festgestellt, daß der Beschluß des Bundesvorstandes von Niederbreisig eine 2/3-Mehrheit der Landesverbände finden wird, wenn die Satzungsänderung erst mit Wirkung vom Parteitag 1968 in Kraft tritt.

Der Bundesvorstand behandelt und billigt das Referat zur Außen- und Sicherheitspolitik.[57]

Der Bundesvorstand stellt sodann seine Beschlußfähigkeit fest.

---

57 Quellennachweis: ADL, A 1-328.

## 85.

## 3. 5. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 124. Gez. Weyer, Bucher; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. Mai 1967 in Bonn, Bundeshaus." 10.15 Uhr–15.00 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Arning (i. V. von Rademacher), Bahner, Bucher, Eicher, Liselotte Funcke, Graaff, Hildegard Hamm-Brücher, Holl, Hoppe, Karry, Kohl, Kreitmeyer, Eduard Leuze, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Rubin, Schultz, Starke, Weyer.[1]

Vertreter der Vorfeldorganisationen: Allerbeck (LSD), Baum (DJD).

Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Bierbaum, Eggers, Friderichs, Genscher, Hetzel, Kirchhoff, Koegel, Stoltz.

Gast: Stender.

TAGESORDNUNG

1. Auswertung des Bundesparteitages
2. Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
3. Vorbereitung der Landtagswahl in Niedersachsen
4. Vorbereitung eines Grundsatzprogramms
5. Verschiedenes
   a) Aktionsprogramm
   b) Bildungsmittel
   c) Bundesfachausschüsse
   d) Bundesparteitag 1968

---

1 Entschuldigt waren *Achenbach, Borttscheller,* Thomas *Dehler, Eisenmann, von Kühlmann-Stumm, Mende, Scheel* und *Zoglmann.*

e) Einladung Parteikongreß Iran
f) Arbeitsgemeinschaft Iran liberaler Juristen
g) Delegiertenrechte zum Bundesparteitag 1968

1. AUSWERTUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Beschluß

Nach einer eingehenden Diskussion über die politischen Konsequenzen des Bundesparteitages in Hannover[2] beschließt der Bundesvorstand

1. in Anwesenheit von Dr. *Mende* die Vorbereitung des Bundesparteitages und die Führungsfrage rechtzeitig zu diskutieren,
2. mit den Vorbereitungen um die Entwicklung eines Grundsatzprogrammes im Bundesvorstand zu beginnen.

2. LANDTAGSWAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Dr. EICHER gibt einen Bericht über den Verlauf der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz[3] und die Koalitionsverhandlungen.

PETERS gibt einen Bericht über den Verlauf der Wahlen in Schleswig-Holstein[4] und die Koalitionsverhandlungen.

Beschluß

Der Bundesvorstand unterstützt die Bemühungen um die Fortsetzung der Koalition mit der CDU in Rheinland-Pfalz[5] und Schleswig-Holstein.[6] Er hält an seiner Meinung fest, daß einseitige Bindungen an die SPD genauso falsch wären wie einseitige Bindungen an die CDU/CSU.

5. VERSCHIEDENES

d) Bundesparteitag 1968

Als Tagungsort für den Bundesparteitag 1968 werden Frankfurt/Main, Berlin, Bremen und Stuttgart vorgeschlagen.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, den Bundesparteitag nach Baden-Württemberg zu legen, wenn der Landesvorstand von Baden-Württemberg dies auf seiner Sitzung am 6. Mai 1967 wünschen sollte.[7]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, dem engeren Bundesvorstand andernfalls die endgültige Auswahl zu überlassen, empfiehlt aber, im Falle einer Ablehnung durch Baden-Württemberg möglichst nach Berlin zu gehen.

---

2 Vgl. Nr. 84 Anm. 2.
3 Vgl. zum Wahlergebnis Nr. 82 Anm. 7.
4 Vgl. zum Wahlergebnis Nr. 82 Anm. 6.
5 Es wurde erneut eine CDU-FDP-Koalition gebildet. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 277.
6 Es wurde erneut eine CDU-FDP-Koalition gebildet. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 345.
7 Vgl. Nr. 86 a TOP 1.

Beschluß

Unter der Leitung von Dr. *Bucher* beschließt der Bundesvorstand, die Halle in Berlin vorsorglich ab 2. Februar 1968 reservieren zu lassen. Der Bundesvorstand ist damit einverstanden, daß der Bundesparteitag in Berlin notfalls auch erst am 2. Februar 1968 beginnt.

4. VORBEREITUNG EINES GRUNDSATZPROGRAMMS

Beschluß

Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesgeschäftsstelle, mit den Vorarbeiten für ein neues Grundsatzprogramm zu beginnen. Die Bundesgeschäftsstelle soll das entsprechende Material zusammenstellen und nicht fertig formulierte Fragenkomplexe an den engeren Bundesvorstand weiterleiten. Grundlage für die Vorarbeiten der Bundesgeschäftsstelle soll das Berliner Programm[8] sein.

Dr. FRIDERICHS trägt einen Zeitplan für die Vorarbeiten und die Beratungen in den Gremien der Partei für das neue Grundsatzprogramm vor.[9]

Beschluß

Der Bundesvorstand billigt diesen Zeitplan, ist jedoch der Meinung, daß die erste Sitzung des Bundeshauptausschusses nicht notwendig ist. Die Schlußberatungen des Bundeshauptausschusses können daher vom 15. Dezember auf Mitte November 1967 vorverlegt werden.

Beschluß

Auf Antrag von *Karry* beschließt der Bundesvorstand, daß alle mit der Vorbereitung des Programms zusammenhängenden Fragen von Willi *Weyer* verantwortlich koordiniert werden sollen.

Beschluß

Den Parteigliederungen soll ein Entwurf des Grundsatzprogramms vorgelegt werden. Lediglich in Ausnahmefällen soll in Form einer synoptischen Darstellung die Alternative einer These aufgezeigt werden.

3. VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHL IN NIEDERSACHSEN[10]

Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen gibt einen Bericht über die Vorbereitungen des Wahlkampfes seines Landesverbandes. An die Mitglieder des Bundesvorstandes wird noch einmal appelliert, wie in jedem Wahlkampf führenden Land auch in Niedersachsen fünf Redetermine zur Verfügung zu stellen.

5. VERSCHIEDENES [Fortsetzung]

a) Aktionsprogramm

Beschluß

8 Vgl. Nr. 18 Anm. 140.
9 Vgl. die Beratungen in Nr. 87 und Nr. 88 Ziffer 4.
10 Vgl. das Wahlergebnis in Nr. 82 Anm. 8.

Der Bundesvorstand beschließt, daß jedem Schnelldienst-Bezieher ein Aktionsprogramm[11] zugestellt wird. Nähere Einzelheiten sollen im engeren Bundesvorstand beschlossen werden.

g) Delegiertenrechte zum Bundesparteitag 1968

Dr. FRIDERICHS teilt mit, daß Anfragen vorlägen, ob diejenigen Delegierten, die bereits zweimal an einem Bundesparteitag teilgenommen haben, für den Bundesparteitag 1968 neu zu wählen wären.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, die Satzungskommission möge innerhalb von Monatsfrist zu diesem Problem eine Entscheidung treffen und als Vorlage dem Bundesvorstand zustellen.[12]

c) Bundesfachausschüsse

MISCHNICK gibt einen Bericht über den Plan der Einrichtung von acht Bundesfachausschüssen.[13]

Beschluß

Mit 11:4 Stimmen beschließt der Bundesvorstand, daß dieser Plan diskutiert und entschieden wird. Der Bundesvorstand beschließt die Einrichtung von acht Fachausschüssen (unabhängig von der Satzungskommission und dem LDP-Beirat):

1. Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik
2. Kultur- und Bildungspolitik
3. Innen- und Recht
4. Wirtschaft
5. Finanzen, Steuern, Haushalt
6. Agrar
7. Raumordnung, Wohnungswesen, Kommunalpolitik
8. Sozialpolitik, Kriegsfolgegesetzgebung

Alle Ausschüsse können ständige bzw. nicht ständige Arbeitsgruppen einsetzen. Gemeinsame Tagungen von Ausschüssen sind nicht ausgeschlossen.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß jeder Landesverband zwei Delegierte pro Ausschuß nominieren kann. Die Nominierung dieser Delegierten soll binnen fünf Wochen erfolgen. Die Frage der Vorsitzführung soll anschließend im Bundesvorstand entschieden werden.

ARNING gibt zu Protokoll, daß seiner Ansicht nach im Wirtschaftsausschuß eine ständige Arbeitsgruppe Verkehrspolitik eingesetzt werden müsse.

Der Bundesvorstand beauftragt die Satzungskommission, noch im nächsten Monat zu entscheiden, welche Konsequenzen sich für die FDP-Satzungen auf

11 Vgl. Nr. 81 Anm. 12.
12 Vgl. Nr. 89 Anlage.
13 Vgl. Nr. 73 TOP 4.

allen Ebenen ergeben, um in Übereinstimmung zum Parteiengesetz[14] zu gelangen.
Der Satzungsausschuß soll nach einer entsprechenden Vorlage für den Bundesvorstand eine Mustersatzung für Landes- und Kreisverbände entwerfen.

14 Vgl. Gesetz über die politischen Parteien vom 24. 7. 1967 (BGBl. I, S. 773).

## 86 a.

## 15. 6. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 15. Juni 1967 in Bonn, Bundeshaus." 14.45 Uhr–18.30 Uhr.**

Mitglieder des Bundesvorstandes: Achenbach, Arning (i. V. von Rademacher), Bahner, Borm, Bucher, Thomas Dehler, Eicher, Eisenmann, Liselotte Funcke, Graaff, Graf (i. V. von Borttscheller), Hedergott, Holl, Karry, Koch, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Mende, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Scheel, Schultz.[1]
Vertreter der Vorfeldorganisationen: Baum (DJD), Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck).
Mitarbeiter der Partei und der Fraktion: Bierbaum, Brodeßer, Friderichs, Genscher, Stoltz.

TAGESORDNUNG

1. Bundesparteitag 1968
2. Schreiben des Landesverbandes Hamburg vom 18. Mai 1967
3. Konsequenzen aus den Landtagswahlen
4. Koordinierung der Vorbereitungsarbeiten für das Grundsatzprogramm
5. Schreiben des Landesverbandes Hessen vom 17. Mai 1967
   a) Arbeitsgruppe Subventionen
   b) Bundessporttagung
   c) Finanzreform
6. Verschiedenes

1. BUNDESPARTEITAG 1968

Der Landesverband Baden-Württemberg hat gemäß dem Beschluß des Bundesvorstandes vom 3. Mai 1967 als Tagungsort für den ordentlichen Bundesparteitag Mannheim vorgeschlagen. Falls Mannheim nicht in Frage kommt, schlägt der Landesverband Freiburg vor.

1 Entschuldigt waren *Dahlgrün*, Hildegard *Hamm-Brücher, Hoppe, Maier, Rubin, Starke, Weyer*und *Zoglmann*.

Dr. FRIDERICHS berichtet über das Ergebnis der Sitzung des engeren Bundesvorstandes, wonach in Mannheim die Halle als nicht geeignet angesehen wird.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt ohne Gegenstimme, daß der Bundesparteitag 1968 vom 28.–31. Januar 1968 in Freiburg stattfinden soll.[2]

2. SCHREIBEN DES LANDESVERBANDES HAMBURG VOM 18. MAI 1967

Dr. MENDE verliest ein Schreiben des Landesverbandes Hamburg an den Bundesvorstand bezüglich der Aufnahme von NPD-Mitgliedern in die FDP. BAHNER und ERTL berichten über die Aufnahme des aus der NPD ausgetretenen Landtagsabgeordneten *Brandner* in die FDP.[3]

Beschluß

Auf Antrag von *Leuze* beschließt der Bundesvorstand, daß – wie bereits 1965 beschlossen – keine Verbindungen zur NPD hergestellt werden. Wo Aufnahmeanträge ehemaliger NPD-Mitglieder vorliegen, wird den Untergliederungen der Partei empfohlen, sich mit den entsprechenden Landesvorständen und dem Bundesvorstand in Verbindung zu setzen.

Über diesen vertraulich zu behandelnden Beschluß des Bundesvorstandes wird Dr. *Mende* die Landesvorsitzenden informieren.

In diesem Zusammenhang regt Frau FUNCKE an, auf einer der nächsten Sitzungen über die Zeitschrift „liberal" zu sprechen.

Dr. MENDE teilt auf Grund der Anregung von Frau *Funcke* mit, daß sich die nächste Sitzung des engeren Bundesvorstandes mit der Zeitschrift „liberal" befassen wird, da schon ein entsprechender Antrag eines Bundestagsabgeordneten zu diesem Komplex vorläge.

3. KONSEQUENZEN AUS DEN LANDTAGSWAHLEN

GRAAFF gibt einen Bericht über den Verlauf der Landtagswahlen und die Koalitionsverhandlungen in Niedersachsen.[4]

Dr. FRIDERICHS legt dem Bundesvorstand eine Analyse der Landtagswahlen vor, die auf Grund von aktuellem GfK-[5] und DIVO-[6]Material angefertigt wurde.

Der Bundesvorstand begrüßt den Vorschlag, daß ihm zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms von der Bundesgeschäftsstelle ein Bericht vorgelegt wird, der sich mit den in den Wahlen sichtbar gewordenen Tendenzen von Umfragen befassen wird.

---

2 Dementsprechend durchgeführt. Zum Verlauf des Bundesparteitages 1968 vgl. D. KOERFER, FDP, 1968, S. 102–110; K. HILDEBRAND, 1983, S. 882, 348; W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 6. 4. 1967 (ADL, 6966/100).

3 Walter *Brandner*, MdL Bayern seit 20. 11. 1966, wurde durch den Übertritt zur FDP ihr einziger Abgeordneter im Landtag. Vgl. DAS RATHAUS 20. Jg. (1967), S. 237.

4 Vgl. zum Wahlergebnis Nr. 82 Anm. 8. Es wurde erneut eine SPD-CDU-Koalition gebildet. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 236 f.

5 Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V., Nürnberg.

6 Institut für Wirtschaftsforschung, Sozialforschung und angewandte Mathematik.

4. KOORDINIERUNG DER VORBEREITUNGSARBEITEN FÜR DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Mit der Vorbereitung des Grundsatzprogramms wird sich der engere Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 2. Juli 1967 in Bonn befassen.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, am 15./16. Juli 1967 in Bonn eine Klausurtagung durchzuführen, die das Grundsatzprogramm vorbereiten soll.[7]

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß das von der Bundesgeschäftsstelle zusammengestellte Material für die Vorbereitung des Grundsatzprogramms zusammen mit den Ergebnissen des engeren Bundesvorstandes sofort nach der Klausurtagung am 2. Juli 1967 den Mitgliedern des Bundesvorstandes zugestellt wird.

Er bestätigt ausdrücklich seinen auf der letzten Sitzung gefaßten Beschluß, wonach die Bundesgeschäftsstelle nur den Auftrag habe, mit einer Materialzusammenstellung die politischen Probleme für ein neues Grundsatzprogramm aufzuzeigen, ohne den Programmentwurf selbst zu formulieren.[8]

Beschluß

Das Grundsatzprogramm soll das bisher gültige Berliner Programm ablösen.

Dr. MENDE verliest einen Brief des stellv. Parteivorsitzenden Willi *Weyer*. *Weyer* teilt in diesem Brief mit, daß er auf Grund seiner Verpflichtungen in Düsseldorf nicht in der Lage sei, die Vorbereitungsarbeiten für das Grundsatzprogramm zu koordinieren. Er schlägt vor, mit den Arbeiten einen Bonner Politiker zu beauftragen.

Beschluß

Auf Vorschlag von Dr. *Mende* und *Mischnick* beauftragt der Bundesvorstand Walter *Scheel* mit der Koordinierung.

5. SCHREIBEN DES LANDESVERBANDES HESSEN VOM 17. MAI 1967

a) Arbeitsgruppe Subventionen

Der Bundesvorstand beauftragt den Bundesausschuß für Haushalt, Finanzen und Steuern der FDP, einen Vorschlag zur „Durchforstung" von Subventionen vorzulegen.

b) Bundessporttagung

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß eine Bundessporttagung im Rahmen eines Gesamtprogramms spätestens bis Frühjahr 1968 durchgeführt wird.

---

7 Vgl. Nr. 87.
8 Vgl. Nr. 85 TOP 4.

c) Finanzreform

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß so schnell wie möglich von der FDP ein Vorschlag zur Finanzreform[9] vorgelegt wird. Eine Kommission von Bundesvorstand und Fraktion soll diesen Vorschlag ausarbeiten. Seitens des Bundesvorstandes werden für diese Kommission der ehemalige Bundesfinanzminister Dr. *Dahlgrün,* die vier Länderfinanzminister[10], die fünf ehemaligen Länderfinanzminister[11], die fünf FDP-Mitglieder des Städtetages[12] sowie Landrat *Kohl*[13] und die Oberbürgermeister *Scherzer*[14] und *Meyle*[15] benannt. Die Kommission kann nach Ansicht des Bundesvorstandes noch um weitere Mitglieder ergänzt werden.

6. VERSCHIEDENES

a) KARRY bittet den Bundesvorstand zu prüfen, ob eine Beteiligung der Parteien an einer privatrechtlichen Rundfunkanstalt, wie von den Landesregierungen Saar und Rheinland-Pfalz beabsichtigt[16], politisch zweckmäßig sei.

c) Beschluß

Auf Antrag von Dr. *Dehler* beschließt der Bundesvorstand die als Anhang beigefügte Erklärung zur Situation an der FU Berlin.[17]

Der LSD regt an, daß die FDP mit einigen Politikern in Universitätsstädten auf Grund der aktuellen Situation Forumsdiskussionen durchführt.

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß VDS, LSD, DJD und Professoren zu einem die Studentenschaft betreffenden Gespräch in die *Theodor-Heuss*-Akademie eingeladen werden.[18] Sobald die Teilnehmer eingeladen sind, soll darüber eine Erklärung in der Öffentlichkeit abgegeben werden.

---

9 Vgl. Nr. 18 Anm. 148.

10 Hermann *Eicher* (Rheinland-Pfalz), Reinhard *Koch* (Saarland), Rolf *Speckmann* (Bremen), Hans-Hellmuth *Qualen* (Schleswig-Holstein).

11 Edgar *Engelhard* (Hamburg), Johann *Eilers* (Niedersachsen), Hans-Günter *Hoppe* (Berlin), Hermann *Müller* (Baden-Württemberg), Johann Diedrich *Noltenius* (Bremen).

12 1967 gehörten aus dem Bereich der FDP folgende Herren dem Hauptausschuß des Deutschen Städtetages an: Oberstadtdirektor *Biederbeck* (Göttingen), Oberbürgermeister *Muhs* (Bad Kreuznach), Oberstadtdirektor *Orth* (Rheydt), Oberbürgermeister *Scherzer* (Fürth) und Oberbürgermeister *Schuster* (Saarbrücken). Mitteilung des Deutschen Städtetages vom 8. 2. 1991.

13 Heinrich *Kohl,* Landrat des Kreises Frankenberg/Eder.

14 Oberbürgermeister von Fürth/Bayern.

15 Oberbürgermeister von Heilbronn.

16 Zu Vorgeschichte, Inhalt und Umfeld dieses medienpolitischen Konflikts vgl. Hans BAUSCH: Rundfunkpolitik nach 1945. 2. Teil: 1963–1980, München 1980, S. 615–620.

17 Siehe Anlage.

18 Einrichtung der *Friedrich-Naumann*-Stiftung in Gummersbach.

ANLAGE

Erklärung des Bundesvorstandes der FDP

„Die Demonstrationen der letzten Wochen sind nicht allein auf den aktuellen Anlaß eines Staatsbesuches[19], sondern auf eine ernstzunehmende Unzufriedenheit über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zurückzuführen.

Darum wird die FDP mit Vertretern der Studentenschaft enge Kontakte unterhalten und die Probleme der Studentenschaft im Parlament zur Sprache bringen.[20]

Die FDP erwartet in den zuständigen Parlamenten eine erschöpfende Untersuchung der Vorfälle und bei erwiesenen Verfehlungen eine entsprechende Ahndung. Sie bedauert den Tod von Benno *Ohnesorg*."[21]

19 Staatsbesuch von Schah *Reza Pahlewi* in der Bundesrepublik vom 27. 5. bis 4. 6. 1967. Vgl. AdG 1967, S. 13211 F.

20 Zum Verhältnis zwischen FDP und Studentenbewegung vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 75–84.

21 Beim Staatsbesuch des Schah in Berlin vom 2. 6. 1967 (siehe Anm. 19) kam es zu Demonstrationen gegen ihn und zu umstrittenen Polizeiaktionen, wobei der Student Benno *Ohnesorg* erschossen wurde. Vgl. AdG 1967, S. 13211 F; K. Hildebrand, 1984, S. 381 f.

## 86 b.

## 15. 6. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

**ADL, Ordner Nr. 125. Vorsitz: Überschrift: „Beschlußprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion am 15. Juni 1967."[1]**

[NOTSTANDSGESETZGEBUNG]

1. Der Arbeitskreis IV der Fraktion wird unter Mithilfe von Staatssekretär a. D. Dr. *Schäfer*[2] beauftragt, bis zum Ende der Sommerpause des Parlaments einen FDP-Entwurf zur Notstandsgesetzgebung als Alternative zum Regierungsentwurf zu erarbeiten.[3]
2. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion unterstützen die Ausführungen von *Dorn* und *Busse*[4] und deren kritische Anmerkungen zu den Regierungsentwürfen zur Notstandsgesetzgebung. In diesem Sinne sollen sie sich

1 Kopf des Beschlußprotokolls: „Deutscher Bundestag, FDP-Fraktion, 53 Bonn, den 15. Juni 1967, Bundeshaus, 2-p, Nr. 19/67."

2 Hans *Schäfer*, Staatssekretär im BMI bis März 1967.

3 Die FDP-Bundestagsabgeordneten *Dorn*, *Busse*, Frau *Diemer-Nicolaus* und *Mischnick* sowie die FDP-Bundestagsfraktion legten am 2. 10. 1967 einen eigenen Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall" vor. Abgedr. in „liberal" 9. Jg. (1967), S. 760–765; fdk Nr. 438/67 (T) vom 3. 10. 1967, S. 1–13. Vgl. D. Koerfer, FDP, 1981, S. 97.

4 *Dorn* als Vorsitzender und *Busse* als stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik.

auch anläßlich der ersten Beratung der Regierungsentwürfe zur Notstandsgesetzgebung (Bundesratsdrucksache 162/67 und 163/67) im Plenum des Deutschen Bundestages äußern.[5]

5 Vgl. 5. STEN. BER., Bd. 64, 117. Sitzung vom 29. 6. 1967, S. 5863 A–5867 A *(Dorn)*, S. 5885 D–5886 C *(Busse)*.

## 87.

## 15./16. 7. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, 6958/57, Handakten Schollwer. Vorsitz: Mende; Protokoll: Eggers. Überschrift: „Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes der FDP am 15./16. 7. 1967 in Bonn (erster Teil)." 15. 9. 1967: 10.00 Uhr–18.15 Uhr. 16. 9. 1967:: 9.30 Uhr–13.20 Uhr.[1]**

Teilnehmer: [Achenbach, Bahner, Baum (DJD), Bierbaum, Borm, Thomas Dehler, Eggers, Eicher, Liselotte Funcke, Genscher, Graaff, Heinz, Holl, Kohl, Kreitmeyer, Eduard Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Rademacher, Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck), Scheel, Schollwer, Schultz, Zoglmann].[2]

BERATUNGEN ZUM GRUNDSATZPROGRAMM[3]

1. Es wird beschlossen, auf der Basis des Berliner Programms von 1957[4] und unter Hinzuziehung des Aktionsprogramms von 1967[5] die Diskussion zu führen. Es ist übereinstimmende Auffassung, daß in Anlehnung an das Berliner Programm Leitsätze formuliert und in längeren Erläuterungen begründet und erklärt werden sollen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Fülle der politischen Probleme es erforderlich macht, etwa 20 Leitsätze zu formulieren.

2. Es ist die überwiegende Meinung, daß das neue Grundsatzprogramm so formuliert werden muß, daß es einerseits den politischen Problemen gerecht wird, andererseits aber so verständlich ist, daß es auch in einem breiten Bevölkerungskreis werbend wirkt.

1 Zweiter Teil des Protokolls nicht ermittelt. Für die Zeitangaben vgl. Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 15./16. 7. 1967 (ADL, Ordner Nr. 125).

2 So die in Anm. 1 genannte Anwesenheitsliste. Entschuldigt waren *Bucher*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *Koch*, *Frhr. von Kühlmann-Stumm*, *Maier*, *Rubin* und *Weyer*.

3 Mit der Ausarbeitung des Grundsatzprogramms folgte der Bundesvorstand einem Beschluß des Bundesparteitags. Vgl. Nr. 88 Ziffer 5. Am 14. 7. 1967 war in Bad Godesberg erneut ein Koordinierungsausschuß der FDP zusammengetreten, um die zweitägige Klausurtagung des Bundesvorstandes vorzubereiten. Dazu hatte die Bundesgeschäftsstelle als „Material" bezeichnete Vorschläge im Umfang von 45 Seiten vorgelegt, die auch ein Alternativpapier von Wolfgang *Schollwer* enthielten. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 14. 7. 1967 (ADL, 6966/100).

4 Vgl. Nr. 18 Anm. 140.

5 Vgl. Nr. 81 Anm. 12.

3. Auf Vorschlag von Herrn *Mischnick* wird beschlossen, daß Herr Dr. *Mende* die Landesvorsitzenden anschreibt und ihnen empfiehlt, dafür zu sorgen, daß die Grundsatzdiskussion innerhalb der Partei von Stufe zu Stufe geführt wird. Die Kreisverbände sollen ihre Diskussionsergebnisse den Bezirksverbänden, die Bezirksverbände den Landesverbänden und die Landesverbände den Bundesgremien weiterleiten.

4. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das vorliegende Material (Papier der Bundesgeschäftsstelle) vertraulich zu behandeln ist.

I. PRÄAMBEL

Den Leitsätzen soll eine Präambel vorangestellt werden, die folgenden Forderungen entspricht: Sie soll einmal die Kontinuität zwischen dem Berliner Programm und dem neuen Grundsatzprogramm deutlich machen, sie soll weiterhin eine Leitvorstellung zum Ausdruck bringen, die sich als roter Faden durch das gesamte Programm zieht, sie soll schließlich eine Abgrenzung gegenüber anderen politischen Richtungen zum Ausdruck bringen (vgl. Satz 2, These 1 des Berliner Programms). Diese Abgrenzung ist allgemein zu formulieren (z. B. gegen autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft und gegen totalitäre Herrschaftsformen) und soll nicht einzelne innenpolitische Gegner nur angreifen. Die Präambel soll die tragende Idee, die den Geist des Programms deutlich macht, herausarbeiten.

II. PROBLEMKREIS 1

Die Freiheit des einzelnen

Die Freiheitschancen des Individuums sollen insbesondere gesellschaftspolitisch verstanden werden (*Roericht*: Freiheit heißt Wahlmöglichkeit. Dieses Prinzip muß im politischen und im gesellschaftlichen Bereich herausgestellt und in den Erläuterungen ausgefüllt werden). *Zoglmann:* Die Formulierung „aus christlicher Verantwortung" ist zu streichen, da sie 1957 aus taktischen Gründen hereingenommen wurde. Der Toleranzgedanke soll positiv formuliert werden.

PROBLEMKREIS 2

Der einzelne und die Gesellschaft

Der Solidaritätsgedanke soll bewußt aufgenommen werden, ebenso das Problem der Gruppeneinflüsse und die Gefahr der Manipulierung des einzelnen durch Gruppen. Die FDP sollte sich für das Plebiszit aussprechen – allerdings nur in eingeschränkter Form in Anlehnung an die Regelung der Weimarer Reichsverfassung.

PROBLEMKREIS 3

Der einzelne und der Staat

Die FDP setzt sich für eine Trennung von Staat und Kirche ein, sollte dabei aber den Akzent darauf legen, daß es nicht so sehr auf die Trennung ankommt, sondern auf die Herbeiführung der Unabhängigkeit auf beiden Seiten. Die

Problematik des Berufsbeamtentums sollte nicht so ausführlich hervorgehoben werden. Die Aussage sollte sich auf die Notwendigkeit eines modernen Verwaltungsapparates konzentrieren (vgl. dazu auch Gutachten von Arnold *Brecht*).[6] Aussage zur Vereinheitlichung der Rechtspflege (Rechtspflege-Ministerium)[7]; Aussage zur Aufhebung von verdeckten Zensurmechanismen (Formen der freiwilligen Selbstkontrolle); Aussage über ein Verbändegesetz ist umstritten: einerseits wird die demokratische Legitimation der Verbände gefordert und darauf hingewiesen, daß das Einwirken der Verbände auf die Politik ersichtlich sein muß, zum anderen (Frau *Funcke*) wird allenfalls eine Mißbrauchsgesetzgebung für Verbände für vertretbar gehalten; Aussage zur Parlamentsreform möglichst detailliert (Der letzte Abschnitt der Erläuterungen zu These 2 des Berliner Programms soll herausgenommen und gegebenenfalls im bildungspolitischen Abschnitt untergebracht werden). Eine Abkehr vom Nachtwächter-Staat sollte aus den Formulierungen insgesamt deutlich erkennbar werden.

PROBLEMKREIS 4

Verhältnis Bund, Länder und Gemeinden

Dazu die Anregung: Übergang vom regionalen zum funktionalen Föderalismus.

PROBLEMKREIS 5

Bildungspolitik (nicht mehr Kulturpolitik)

Herausnahme der gesamtdeutschen Probleme und der religiösen und kirchlichen Probleme, die noch im Berliner Programm in den bildungspolitischen Abschnitt einbezogen sind.

PROBLEMKREIS 6

Wirtschaftspolitik

(Die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme der EWG sollen in den Einzelabschnitten der Innenpolitik soweit wie möglich mitbehandelt werden: freier Warenverkehr, freier Kapitalverkehr, Gesellschaftsrecht, Sozialpolitik, gegebenenfalls Mitbestimmung, Berufsausbildung, Subventionspolitik usw.).

Die wirtschaftspolitische Hauptthese soll sich nur mit Grundsatzfragen befassen (also nicht Wohnungsbau, Mittelstand und Eigentumsbildung wie im Berliner Programm). Die Probleme einzelner Wirtschaftszweige sollen soweit notwendig in den Erläuterungen angesprochen werden. Das gilt z. B. für die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe.

Die Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik gem. Art. 107 GG[8] müssen berücksichtigt werden.

---

6 Nicht ermittelt.
7 Vgl. Nr. 18 Anm. 168.
8 Gemeint ist Art. 107 GG (Verteilung der Landessteuern, Länderfinanzausgleich in der Fassung,

Das Problem der Werks- und Dienstwohnungen in der Wohnungswirtschaft soll so angesprochen werden, daß keine Diskriminierung der Unternehmer erfolgt.

Agrarpolitik Vorschlag *Scheel:*

Die Einordnung der Agrarwirtschaft in die Gesamtwirtschaft wird angesichts der fortschreitenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklung regional und weltweit zu einer immer zwingenderen Forderung. Der sich vollziehende Übergang zu marktnaher und absatzorientierter Produktion verlangt eine fortwährende Anpassung an die sich rascher verändernden Verbrauchergewohnheiten. Eine Zementierung bestehender Besitzverhältnisse oder unwirtschaftlicher Produktionsformen wird deshalb künftig noch weniger möglich sein als in der Vergangenheit.

Der dazu formulierte Vorschlag von *Peters* soll in die Erläuterungen aufgenommen werden. Im übrigen soll sich der Entwurf am Aktionsprogramm von Hannover orientieren. *Peters* soll Formulierungshilfe leisten.

Verkehrspolitik

Anlehnung der Formulierung an die Thesen 42, 43, 44 und 47 des Aktionsprogramms.[9] Satz 1 These 43 soll gestrichen werden. Im Anschluß an die These 43 des Aktionsprogramms soll ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Kooperation zwischen den Verkehrsträgern erfolgen.

Energiepolitik

Die gegenwärtig bestehenden Zielkonflikte der Energiepolitik müssen im Hinblick auf den Zeitraum 1975/1980 beantwortet werden. Maximen: preisgünstige und sichere Energie bei einer freien Wahl der Energiearten. Zustimmung dazu, daß ein konsequenter Abbau von Förderkapazitäten im Steinkohlebergbau zu erfolgen hat. Das Ende der Übergangsmaßnahmen muß angesteuert werden. Die Übergangszeit muß begrenzt sein.

Die Technologiepolitik soll ebenso Berücksichtigung finden wie die Raumordnung und die Infrastrukturpolitik allgemein.

PROBLEMKREIS 7

Finanzpolitik

Anlehnung an die Aussagen des Aktionsprogramms bei gleichzeitiger Ausklammerung tagespolitischer Probleme. Die Unabhängigkeit der Bundesnotenbank soll betont werden. Ein vorausschauendes Nationalbudget wird abgelehnt. Betont wird allerdings die Notwendigkeit, in der Finanz- und Konjunkturpolitik über aktuelle Daten zu verfügen. Das Schwergewicht der Aussagen sollte unter dem Stichwort „moderne politische Staatsführung" zusammengefaßt werden können. Weitere Schwerpunkte in der Aussage: Begrenzung der Staatsaufgaben und -ausgaben, Abgrenzung zwischen staatlicher und privater

---

die er durch Gesetz vom 23. 12. 1955 (BGBl. I, S. 817) erhalten hatte. Vgl. J. SEIFERT, 1983, S. 96 f.

9 Abgedr. in P. JULING, 1977, S. 192 f.

Tätigkeit. Die Konjunkturpolitik soll (so *Leuze*) im wirtschaftspolitischen Bereich behandelt werden.

## 88.

## 25. 8. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 25. August 1967." 10.00 Uhr–20.00 Uhr.**

Teilnehmer: [Achenbach, Bahner, Bauer, Baum (DJD), Bierbaum, Bökel, Borm, Bucher, Dahlgrün, Dahlmeyer, Eggers, Eicher, Eisenmann, Feuerherdt, Genscher, Graaff, Heinz, Karry, Koegel, Kohl, Kreitmeyer, Kühn, Eduard Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck), Rubin, Scheel, Schultz, Starke, Willner, Wust (i. V. von Koch) sowie ein weiterer Teilnehmer mit nicht lesbarem Namenszug].[1]

TAGESORDNUNG

1. Beratung des Entwurfes eines Grundsatzprogramms[2]
2. Verschiedenes

[NACHFOLGE IM PARTEIVORSITZ]

1. Der Bundesvorstand berät in Abwesenheit der Mitarbeiter.
2. Dr. MENDE erklärt, im Auftrage des Bundesvorstandes habe der engere Bundesvorstand sich mit seiner Nachfolge im Parteivorsitz befaßt.

Ergebnis: *Weyer* sei nicht bereit, den Parteivorsitz zu übernehmen[3] (WEYER begründet dies).

Es wird mitgeteilt, daß der engere Bundesvorstand einstimmig für die Kandidatur *Scheel*[4] votiert hat.

---

1 So die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 25. 8. 1967 in Bonn. Entschuldigt waren Liselotte *Funcke*, Hildegard *Hamm-Brücher, Hetzel, Holl, Frhr. von Kühlmann-Stumm*, Hermann *Müller, Richter, Schollwer, Stoltz* und *Weyer* (ADL, Ordner Nr. 125).

2 Vgl. zu demselben Thema zuvor Nr. 87 a–b.

3 Seit 1963 1. stellv. Bundesvorsitzender.

4 Seit Mitte 1967 gab es in der Frage der Neubesetzung des Amtes des Parteivorsitzenden ein weiteres Element: Thomas *Dehler*, der die Reformer bereits auf dem Parteitag in Hannover unterstützt hatte, hatte sich kurz vor seinem Tod für Walter *Scheel* als Nachfolger von *Mende* ausgesprochen. Als *Dehler* am 21. 7. 1967 unerwartet starb, gewann die Empfehlung des Bundestagsvizepräsidenten und früheren Parteivorsitzenden zusätzlich an Gewicht. Zur Personaldiskussion in der FDP vgl. D. KOERFER, FDP, 1981, bes. S. 87–94; A. BARING, Machtwechsel, 1983, S. 223 ff.

*Mischnick*[5] erklärt, er werde nicht kandidieren.

[BERATUNG DES GRUNDSATZPROGRAMMS]

3. Der Bundesvorstand beschließt, daß der Bundeshauptausschuß zur Beratung des Grundsatzprogramms und Erstellung eines Entwurfs für den Bundesparteitag 1968 am 15. und 16. Dezember 1967 in Mainz, Landtag, tagt. Die Sitzung soll am 15., 14.00 Uhr, beginnen.

4. Der Bundesvorstand berät das Grundsatzprogramm These 1 bis These 11 (Anlage 1).[6] Er beschließt, daß die Beratungen der restlichen Thesen am Donnerstag, dem 31. 8. 1967, 9.00 Uhr, Bonn, Bundeshaus fortgesetzt werden.

5. Auf den Vorschlag, den Parteitag 1968 zu verschieben oder das Grundsatzprogramm aus zeitlichen Gründen auf einen späteren Parteitag zu verlegen, stellt Dr. MENDE fest, daß die Partei durch den Parteitagsbeschluß in Hannover gebunden ist. Danach muß das Grundsatzprogramm auf dem nächsten Parteitag beraten werden.[7]

[VERSCHIEDENES]

6. Der Landesverband Hamburg kann anstelle seines verhinderten Landesvorsitzenden[8] für die Bundesvorstandssitzung am 31. 8. 1967 einen anderen Vertreter entsenden.

7. Es wird eine ständige Arbeitsgruppe als Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses gegründet.[9] Jeder Landesverband benennt ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied für die Arbeitsgruppe.

8. Für die Sitzung am 31. 8. 1967[10] wird zusätzlich Herr Dr. *Effertz* eingeladen.

ANLAGE

[Grundsatzprogramm]

These 1:

Die moderne Gesellschaft muß fortschrittlich und freiheitlich in ihrer Grundordnung sein.

Freiheit in der Gesellschaft besteht in der ständigen Möglichkeit des Menschen, bei der Gestaltung seines Lebens selbstverantwortlich zwischen verschiedenen Zielen und Verhaltensweisen zu wählen. Freiheit im Staat besteht in der aktiven Mitwirkung an den politischen Entscheidungen.

---

5 Seit 1964 2. stellv. Bundesvorsitzender.
6 Siehe Anlage.
7 Zur Behandlung des Antrags des LV Hamburg betr. Verabschiedung eines Grundsatzprogramms auf dem Bundesparteitag vom 3./5. 4. 1967 vgl. ADL, A 1-320, pag. 45, 106.
8 Willy Max *Rademacher.*
9 Vgl. Nr. 85 TOP 5 c.
10 Vgl. Nr. 89.

Ziel liberaler Gesellschaftspolitik ist es, diese Freiheit für den Menschen in der Gesellschaft zu sichern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne gegen autoritäre und kollektive Kräfte behaupten kann. Liberale Politik ist auf die Entfaltung der Persönlichkeit in der Gesellschaft gerichtet.

Ziel liberaler Staatspolitik ist es, den Freiheitswillen der Bürger zu erhalten und zu stärken. Je stärker dieser Freiheitswille ist, umso beständiger wird der Rechtsstaat sein.

[Es folgt eine Erläuterung].

These 2: Bürger und Gesellschaft

Die moderne Gesellschaft sichert nicht nur die Existenz des einzelnen, sondern schafft erst den Raum zur Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Existenzsicherung in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft beruht auf der Solidarität ihrer Mitglieder. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt eine offene und dynamische Gesellschaft voraus. In der offenen Gesellschaft wird die Position des einzelnen durch seine Leistung bestimmt und der Raum seiner Entfaltung nur durch die Pflicht zur Toleranz begrenzt. Die dynamische Gesellschaft allein kann der ständigen Veränderung der Lebensbedingungen des Menschen gerecht werden.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 3: Zum Rechtsstaat

Der Staat darf nicht Selbstzweck sein. Seine Daseinsberechtigung liegt in der Sicherung von Freiheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit. Er muß die Grundrechte des Bürgers garantieren und sie vor allen Angriffen sichern.

Daher bekennt sich die FDP zum freiheitlichen Rechtsstaat. Jeder Bürger ist für diesen Staat verantwortlich. Wer seine Rechte nicht nutzt, läßt den Rechtsstaat verkümmern und fordert den unkontrollierten Einfluß von Einzelinteressen heraus.

Grundpfeiler des freiheitlichen Rechtsstaates ist das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit. Die parlamentarische Demokratie kann nur dort lebendig bleiben, wo eine Vielfalt der Meinungen gegeben ist.

Verbands- und Gruppeninteressen müssen gesetzlich abgegrenzt werden, damit die Chancengleichheit aller Staatsbürger gewährleistet bleibt.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 4: Föderalismus

Unsere staatliche Ordnung muß auf die freiheitliche Gesinnung der Bürger gegründet sein. Die Freiheit ist aber nicht in Ordnung, wenn die Ordnung nicht das Ergebnis der Freiheit ist.

Eine moderne Gesellschaft verlangt eine rationell aufgebaute Staatsorganisation, die nach dem machtverteilenden Prinzip gegliedert ist. Dieser Forderung entspricht am besten der dezentralisierte Einheitsstaat. Die Hauptaufgabe des freiheitlichen Rechtsstaates besteht in der Schutzfunktion für den Bürger. Ver-

waltungstätigkeit und Verwaltungsstruktur müssen diesem Erfordernis angepaßt sein.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 5:

Die FDP strebt eine Gesellschaftsordnung an, in der jeder die seiner Begabung und Leistung entsprechende wirtschaftliche und soziale Stellung einnehmen kann. Das entscheidende Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles ist die Bildungspolitik.

Wichtigste Aufgabe eines modernen Bildungswesens im demokratischen Staat ist die Sicherung von Geistesfreiheit und Toleranz durch die Heranbildung freier, selbstverantwortlicher und kritischer Bürger, die zur Zusammenarbeit mit anderen willens und in der Lage sind.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 6:

In der Erkenntnis, daß berufliche Mobilität eine entscheidende Voraussetzung für individuelle Freiheit und die breite Grundlagenbildung möglichst vieler Menschen eine wichtige Grundlage für die Erhaltung und Steigerung der Wirtschaftskraft ist, gründet die FDP ihre Bildungspolitik auch auf die vorhersehbaren Entwicklungen der modernen Industriegesellschaft.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 7:

Oberstes Ziel der Bildungspolitik der FDP ist die Verwirklichung des Rechts auf Bildung: Aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und dem Gebot der Menschenwürde folgt der liberale Anspruch, jedem Menschen die seiner Eignung, Neigung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Die FDP lehnt jede Berufslenkung ab.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 8:

Zur Sicherung der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium bemüht sich die FDP um eine kritische Überprüfung der deutschen Hochschultradition und um ihre entschlossene Anpassung an die Anforderungen der modernen Gesellschaft. Die FDP verlangt eine innere Reform des gesamten Hochschulwesens in Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung, die die Hochschulen in die Lage versetzt, alle für eine Hochschulausbildung geeigneten Menschen in angemessener Zeit zum Studienabschluß zu führen.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 9:

Die Bedeutung der Bildungspolitik für Gesellschaft, Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik erfordert die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes in die-

sem Bereich. Damit das Bildungssystem immer neuen Anforderungen gerecht werden kann, sind Bildungsforschung, rechtzeitige Vorausschau, planvolle Ausgestaltung und Fortentwicklung des Bildungswesens notwendig.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 10: Zur Wirtschaftspolitik

Die staatliche Wirtschaftspolitik soll allen Bürgern ein Leben auf gesicherter wirtschaftlicher Grundlage in Freiheit und Würde ohne Bevormundung und Abhängigkeit ermöglichen. Jedem muß die Möglichkeit einer gerechten Beteiligung am wachsenden Wohlstand gegeben werden.

Die Marktwirtschaft erhält und schafft die Voraussetzungen für eine gerechte und freiheitliche Ordnung der Gesellschaft und gewährleistet eine bestmögliche Versorgung aller Bürger mit Gütern und Leistungen. Die Freie Demokratische Partei tritt daher für die Marktwirtschaft ein. Aufgabe des Staates ist es, die marktwirtschaftliche Ordnung zu festigen, auf der Grundlage eines hohen Beschäftigungsgrades die Stabilität der Währung zu sichern und so ein stetiges volkswirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 11: Zur Strukturpolitik

Marktwirtschaftliche Politik läßt den volkswirtschaftlichen Strukturwandel voll zum Zuge kommen. Strukturelle Veränderungen sind Ausdruck des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts und dürfen durch die staatliche Strukturpolitik grundsätzlich nicht behindert werden. Sie führen zur gesamtwirtschaftlichen Rationalisierung, zu einer Steigerung des volkswirtschaftlichen Wachstums und zur Mehrung des Wohlstandes aller Bürger. Überholte wirtschaftliche Positionen dürfen daher nicht aufrechterhalten werden. Nur in Ausnahmefällen sollen staatliche Investitionen im Strukturwandel erfolgen. Staatliche Strukturpolitik setzt eine umfassende Analyse der volkswirtschaftlichen Entwicklung voraus.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 12: Zur Agrarpolitik

Die Einordnung der Agrarwirtschaft in die Gesamtwirtschaft wird angesichts der fortschreitenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklung regional und weltweit zu einer immer zwingenderen Forderung.

Das Leitbild der Agrarpolitik der FDP ist der rationell bewirtschaftete Familienbetrieb, der seine Selbständigkeit und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit festigt. Geeignete Formen freiwilliger Kooperation dienen diesem Ziel.

Der sich vollziehende Übergang zu marktnaher und absatzorientierter Produktion verlangt eine fortwährende Anpassung an die sich rascher ändernden Verbrauchergewohnheiten.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 13: Zur Technologiepolitik

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft auf den Märkten des In- und Auslandes und ein stetiges volkswirtschaftliches Wachstum können nur durch ausreichende Anstrengungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat auf dem Gebiet von Forschung und Technologie gesichert werden. Es ist Aufgabe der Staatsführung, die Voraussetzungen für einen ständig hohen technisch-wissenschaftlichen Standard unserer Volkswirtschaft zu schaffen.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 14: Zur Finanzpolitik

Die Finanzpolitik hat als Instrument der Staatspolitik die freie Gesellschaftsordnung zu erhalten und die soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Regierung und Volksvertretung dürfen vom Staatsbürger nur das an Steuern und Abgaben verlangen, was zur Erfüllung dieser Aufgaben unbedingt notwendig ist. Sparsame Ausgabenpolitik, Festlegung klarer politischer Ziele und konjunkturgerechter Gebrauch der Staatseinnahmen sind die Grundsätze der Finanzpolitik der Freien Demokratischen Partei. Nur eine solide öffentliche Finanzwirtschaft kann das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Staat festigen.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 15: Sozialpolitik

Die freie Entfaltung jedes Bürgers bedarf einer wirtschaftlichen Grundlage. Jeder, der nicht aus eigener Kraft seinen Unterhalt bestreiten kann, hat unabhängig von seinem Beitrag zum Sozialprodukt einen Anspruch auf menschenwürdige Sicherung. Die Freie Demokratische Partei strebt für alle Bürger soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit bei einem Höchstmaß an Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit an.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 16: Zur Gesundheitspolitik

Ziel und Aufgabe der Gesundheitspolitik ist es, jedem Staatsbürger eine gesunde Lebensführung in gesunder Umwelt zu ermöglichen. In Wahrung und Verwirklichung des Grundrechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung ist dabei stets die persönliche Verantwortung des einzelnen zu erhalten und zu entwickeln. Staatliche Gesundheitspolitik muß auf eine rechtzeitige gesundheitliche Aufklärung und Erziehung ausgerichtet sein und wirksam werden, soweit der einzelne oder die außerstaatliche Gemeinschaft überfordert sind.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 17: Zur Europapolitik

Das Atom- und Weltraumzeitalter erfordert den Zusammenschluß der europäischen Staaten zu überregionalen politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaften. Nur diese sind in der Lage, die Aufgaben zu bewältigen, die sich aus

der technologischen Revolution, den steigenden Bevölkerungszahlen und den veränderten machtpolitischen Entwicklungen der Welt für die Europäer ergeben.

Das Ziel einer modernen europäischen Politik sind die Vereinigten Staaten von Europa. Eine wichtige Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Der Ausbau der EWG zu einer politischen Föderation mit ausreichenden parlamentarischen Kontrollfunktionen sowie die Erweiterung der Gemeinschaft durch Einbeziehung weiterer europäischer Staaten sind mit allen Mitteln zu fördern.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 18: Zur Friedenspolitik

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt muß im Atomzeitalter die vorrangige Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein. Nur durch Frieden und Zusammenarbeit können die Probleme Deutschlands und Europas gelöst werden. Damit kommt dem europäischen Zusammenschluß, der Aussöhnung Deutschlands mit den osteuropäischen Staaten sowie der Errichtung einer europäischen Friedensordnung entscheidende Bedeutung bei der Überwindung der deutschen Teilung zu. In dieser europäischen Friedensordnung muß dem deutschen Volk das selbstverständliche Recht gewährt werden, nach seinen Vorstellungen friedlich zusammenzuleben.

Die europäische Zusammenarbeit ist zugleich Voraussetzung für eine wirkungsvolle und umfassende wirtschaftliche Kooperation mit den Entwicklungsländern; sie ermöglicht eine Politik, die allein den Ausbruch eines weltweiten Bürgerkrieges zwischen den Industrienationen und den hungernden Massen der Dritten Welt in den nächsten Jahrzehnten verhindern kann. Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen Ost und West sind unabdingbar, wenn der Frieden zwischen Nord und Süd erhalten und gefestigt werden soll.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 19: Zur Deutschlandpolitik

Die friedliche Wiedervereinigung der Menschen in den getrennten Teilen Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ist unser oberstes gesamtdeutsches Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen diesem Ziele dienen.

[Es folgt eine Erläuterung]

These 20: Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Aufgabe sinnvoller Verteidigungsanstrengungen muß es sein, der Außenpolitik die Möglichkeit zur friedlichen Lösung anstehender Probleme zu geben. Deutsche Sicherheitspolitik bedeutet Schutz der Bundesrepublik Deutschland und Unterstützung aller Bemühungen, die zu einem ausgewogenen System kollektiver Sicherheit in Europa führen können. Solange dieses neue System nicht geschaffen ist, erfüllt die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag im Rahmen der westlichen Allianz. Die politische, geographische und militärische Lage West-

deutschlands gebietet einen uneingeschränkten Verzicht der Bundesrepublik auf den Besitz oder Mitbesitz atomarer Waffen.
[Es folgt eine Erläuterung]

## 89.

## 31. 8. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Vorsitz: Mende. Sitzung des Bundesvorstandes am 31. August 1967 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Fraktionssitzungssaal. 9.20 Uhr–17.00 Uhr.[1]**

Teilnehmer: [Achenbach, Bahner, Bierbaum, Borm, Luise Brinkert, Dahlmeyer, Effertz, Ernst (i. V. von Graaff), Friderichs, Genscher, Graf (i. V. von Borttscheller), Heinz, Herbst (i. V. von Eisenmann), Holl, Karry, Kirst (i. V. von Rademacher), Koegel, Kohl, Lademann (DJD) (i. V. von Baum), Marx, Mende, Mischnick, Reuß, Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck), Rubin, Helmut Schäfer (i. V. von Eicher), Scheel, Starke, Walper, Weyer, Willner, Wust (i. V. von Koch), Zoglmann].[2]

An die BV 34/67
Mitglieder des Bundesvorstandes
der Freien Demokratischen Partei

Sehr geehrte Parteifreunde!

Ich möchte nicht versäumen, Ihnen das Ergebnis der Bundesvorstandssitzung vom 31. August 1967, soweit es sich um die zukünftige Zusammensetzung des Bundesvorstandes handelt, zur Kenntnis zu geben.

Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Satzungsausschuß bei der Überarbeitung der Bundessatzung zu berücksichtigen.

1. Der Bundesvorstand besteht aus:
   a) den Mitgliedern des Präsidiums[3]
   b) 24 Beisitzern
   c) den der Bundespartei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder[4]

---

1 Für die Orts- und Zeitangabe vgl. die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 31. 8. 1967 (ADL, Ordner Nr. 125).

2 So die in Anm. 1 genannte Anwesenheitsliste. Entschuldigt waren *Bucher, Eggers,* Hildegard *Hamm-Brücher, Hedergott, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Maier, Richter, Schollwer* und *Schultz.*

3 Vgl. Nr. 81 Anm. 9.

4 Vgl. § 19 Abs. 1 Ziffer 2 Bundessatzung i. d. F. vom 30. 1. 1968: „Der Bundesvorstand besteht [. . .] 2. a) aus den der Partei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder;

d) dem oder den Ehrenpräsidenten

Dabei soll sich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion bei den Sitzungen des Präsidiums im Verhinderungsfalle vertreten lassen können.

2. Die 24 Beisitzer werden in zwei Wahlgängen zu je 12 gewählt. Für die erste Abteilung wird den 11 Landesverbänden und den Jungdemokraten je ein Vorschlagsrecht eingeräumt, das jedoch aus rechtlichen Gründen satzungsmäßig nicht auf die genannten Landesverbände und DJD beschränkt werden darf.

   Mit dieser Regelung wird den Anforderungen des Parteiengesetzes Rechnung getragen. Danach dürfen dem Vorstand (§ 11 Abs. 4 Parteiengesetz) höchstens ein Fünftel sogenannte geborene Mitglieder angehören.[5] Wegen dieser Vorschrift hat der Bundesvorstand nach einer angemessenen Lösung gesucht, wie die Landesvorsitzenden künftig als gewählte Beisitzer dem Bundesvorstand angehören können.

3. Da der Bundesvorstand mit seinen Mitgliedern kraft Satzung zum Hauptausschuß gehört, wird die Zahl der Delegierten zum Hauptausschuß so erhöht werden müssen, daß die Höchstzahl der geborenen Mitglieder (in diesem Falle ein Drittel) nicht überschritten wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion geborene Mitglieder des Hauptausschusses sein sollen.[6]

Das Gutachten des Satzungsausschusses zur Geltungsdauer der Delegiertenrechte füge ich Ihnen als Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme bei.[7] Der Bundesvorstand hat sich die Auffassung des Satzungsausschusses zu eigen gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Dr. Hans *Friderichs*)

---

scheidet einer von ihnen aus seinem Amt aus, so behält er seine Zugehörigkeit zum Bundesvorstand bis zu dessen Neuwahl. b) aus 24 weiteren Beisitzern."

5 Vgl. § 11 Abs. 4 Parteiengesetz i. d. F. vom 24. 7. 1967 (BGBl. I, S. 773): „4. Zur Durchführung der Beschlüsse des Vorstandes sowie zur Erledigung der laufenden und der besonders dringlichen Vorstandsgeschäfte kann aus der Mitte des Vorstandes ein geschäftsführender Vorstand (Präsidium) gebildet werden. Seine Mitglieder können auch vom Vorstand gewählt oder durch die Satzung bestimmt werden."

6 Vgl. § 16 Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 Ziffer 1–2 Bundessatzung i. d. F. vom 30. 1. 1968: 1. Dem Bundeshauptausschuß gehören an: 1. 125 gewählte Mitglieder. Davon werden 63 nach der Mitgliederzahl der Landesverbände und 62 nach der in einem Land bei der letzten Bundestagswahl abgegebenen Wählerstimmenzahl aufgeschlüsselt. Für Berlin gilt § 14 Abs. 2 Satz 3 entsprechend. 2. kraft Amtes a) die Mitglieder des Präsidiums, b) bis zu sieben Mitglieder des Vorstandes der Bundestagsfraktion, c) der Vorsitzende des Bundessatzungsausschusses oder sein ständiger Vertreter. 2. Beratende Mitglieder des Bundeshauptausschusses sind 1. die Beisitzer des Bundesvorstandes, 2. elf Mitglieder der Bundestagsfraktion [. . .]."

7 Siehe Anlage.

ANLAGE Abschrift

„Der Bundessatzungsausschuß hat in seiner Sitzung am 29. und 30. Juli 1967 auf Aufforderung des Bundesvorstandes vom 3. Mai 1967 zu der Frage, auf welchen Zeitraum die Delegiertenrechte nach der Bundessatzung enden, d. h. ob für den Parteitag 1968 die Delegiertenrechte noch gültig sind, die innerhalb von zwei Jahren liegen[8], wie folgt Stellung genommen:

Der Bundessatzungsausschuß ist einstimmig der Auffassung, daß die Delegiertenrechte nach § 13 Ziff. 2 b der Bundessatzung für den kalendermäßig bestimmten Zeitraum von zwei Jahren gelten.[9] Dabei ist es gleichgültig, wieviel ordentliche oder außerordentliche Bundesparteitage innerhalb der Zweijahresfrist von den Delegierten wahrgenommen werden.

Gründe:

Die zu entscheidende Frage betrifft das Organisationsrecht der Partei. Das z. Z. gültige Parteienrecht richtet sich – von den Richtlinien für den demokratischen Aufbau in Art. 21 GG abgesehen – grundsätzlich nach den Regeln des Bürgerlichen Vereinsrechts (so auch Rechtliche Ordnung des Parteienwesens, Bericht der Parteienrechtskommission, 2. Aufl. Frankfurt 1968) und, soweit dieses hierfür Raum läßt, nach dem Satzungsrecht. Maßgebliche Rechtsgrundlage für die vorliegende Frage sind deshalb § 25 BGB[10] und § 13 Ziff. 2 b der Bundessatzung in der auf dem XIV. Ordentlichen Bundesparteitag in München 1963 beschlossenen Fassung und die entsprechenden Bestimmungen der Satzungen der Landesverbände. Für die Auslegung sind die allgemeinen Grundsätze des BGB heranzuziehen.

Im § 13 Ziff. 2 b in der Bundessatzung heißt es: „. . . die von den Landesparteitagen auf die Dauer von zwei Jahren gewählten Delegierten der Landesverbände oder deren Stellvertreter . . .". Diese Bestimmung entspricht den Formulierungen der Satzung der Landesverbände.

Es handelt sich hierbei eindeutig um eine kalendermäßig bestimmte Frist im Sinne des § 188 Abs. 2 BGB.[11] Diese Frist beginnt mit der Wahl auf dem Lan-

---

8 Vgl. Nr. 85 TOP 5 g.

9 Vgl. § 13 Ziffer 2 b Bundessatzung i. d. F. vom 3. 7. 1963: „2. Stimmberechtigt sind [. . .] b) die von den Landesparteitagen auf die Dauer von zwei Jahren gewählten Delegierten der Landesverbände oder deren Stellvertreter, und zwar stellt jeder Landesverband: aa) vier Delegierte, bb) je einen Delegierten auf je 15 000 für die Freie Demokratische Partei in einem Land bei der Bundestagswahl abgegebenen Wählerstimmen, in der die Partei eine eigene Liste aufgestellt hat. Hierbei zählt ein Rest von mehr als 7 500 Stimmen als voll. Für den Landesverband Berlin tritt an die Stelle der Bundestagswahl die letzte Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, bei der die Partei eine eigene Liste aufgestellt hat."

10 § 25 BGB: „Die Verfassung eines rechtsfähigen Vereins wird, soweit sie nicht auf den nachfolgenden Vorschriften beruht, durch die Vereinssatzung bestimmt. Vgl. PALANDT, BGB, 25. Aufl., München-Berlin 1966, S. 23.

11 § 188 Abs. 2 BGB: „I. Eine nach Tagen bestimmte Frist endigt mit dem Ablaufe des letzten Tages der Frist. II. Eine Frist, die nach Wochen, nach Monaten oder nach einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume – Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr – bestimmt ist, endigt im Falle des § 187 Abs. 1 mit dem Ablaufe desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder seine Zahl dem Tage entspricht, in den das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt, im Falle des § 187 Abs. 2 mit dem Ablaufe desjenigen Tages der letzten

desparteitag und endet mit dem Ablauf desjenigen Tages, der durch seine Zahl dem Tage der Wahl entspricht. Die Fortdauer der Delegiertenrechte über das Ende der Frist hinaus bis zum nachfolgenden ordentlichen Parteitag ergibt sich in entsprechender Anwendung des § 27 Abs. 1 der Bundessatzung.[12]

Hätte der Satzungsgeber die Bestimmung treffen wollen, daß die Delegiertenrechte etwa für Kalenderjahre oder unabhängig vom Kalenderzeitraum für Legislaturperioden oder eine bestimmte Anzahl von ordentlichen Parteitagen gelten sollen, so hätte er dies ausdrücklich regeln müssen (vgl. Palandt, BGB, 19. Auflage 1960, Anmerkung 2 zu § 27; Sauter, „Der eingetragene Verein", 6. Aufl. Berlin und München 1965, Seite 80). Angesichts der eindeutigen Formulierung des § 13 Ziff. 2 b der Bundessatzung und der entsprechenden Bestimmungen des Parteiengesetzes können für die Frage der Delegiertenrechte zum Bundesparteitag 1968 keine Anwendung finden, da die hier maßgeblichen Bestimmungen des Parteiengesetzes nach § 41 erst zum 1. 1. 1969 in Kraft treten.[13]

gez. Otto *Bezold*"

---

Woche oder des letzten Monats, welcher dem Tage vorhergeht, der durch seine Benennung oder seine Zahl dem Anfangstage der Frist entspricht. III. Fehlt bei einer nach Monaten bestimmten Frist in dem letzten Monate der für ihren Ablauf maßgebende Tag, so endigt die Frist mit dem Ablaufe des letzten Tages dieses Monats." Vgl. PALANDT, BGB, 25. Aufl., München-Berlin 1966, S. 188.

12 Vgl. § 27 Abs. 1 Bundessatzung i. d. F. vom 3. 7. 1963: „Die Amtsdauer der vom Bundesparteitag gewählten Parteiorgane gilt jeweils für den Zeitraum von zwei Jahren, in jedem Fall jedoch bis zu dem der Amtsdauer folgenden Ordentlichen Bundesparteitag."

13 Vgl. § 41 Parteiengesetz i. d. F. vom 24. 7. 1967 (BGBl. I, S. 773): „Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die §§ 6 bis 16 treten am 1. Januar 1969 in Kraft; die §§ 23 bis 31 sind erstmals für das Rechnungsjahr 1968 anzuwenden."

## 90.

## 8. 9. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 8. September 1967." Bonn, 14.10 Uhr–18.05 Uhr.**

Teilnehmer: [Achenbach, Bahner, Bauer, Bierbaum, Borm, Bucher, Dahlgrün, Dahlmeyer, Eggers, Eicher, Liselotte Funcke, Hedergott, Hoppe, Klasen (i. V. von Rademacher), Koch, Koegel, Kohl, Kreitmeyer, Lademann (DJD) (i. V. von Baum), Eduard Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Peters,

Reuß, Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck), Rubin, Helmut Schäfer, Scheel, Schultz, Starke, Stoltz, Weyer, Willner].[1]

TAGESORDNUNG

1. Fortsetzung der Beratungen eines Grundsatzprogrammes

2. Verschiedenes

1. [ERKLÄRUNG MENDES ÜBER SEINEN RÜCKTRITT FÜR 1968]

Dr. MENDE erklärt vor den Mitgliedern des Bundesvorstandes, daß er auf dem Parteitag in Freiburg nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden der FDP kandidieren werde. Er teilt die Motive seines Rücktritts mit.[2]

In der sich anschließenden Diskussion werden die Mitarbeiter der FDP von der Teilnahme ausgeschlossen.

2. GRUNDSATZPROGRAMM

Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß auf der nächsten Sitzung das weitere Verfahren über die Behandlung des Entwurfes eines Grundsatzprogrammes endgültig zu entscheiden ist. Es besteht jedoch schon jetzt Einigkeit darüber, daß die Arbeiten am Grundsatzprogramm nicht gänzlich aufgegeben werden sollen, sondern auf der nächsten Sitzung entschieden werden soll, zu welchem Termin das Programm von den Delegierten verabschiedet werden soll.[3]

3. VERSCHIEDENES

a) Dr. MENDE teilt mit, daß er den Mitgliedern der FDP einen persönlichen Brief zu seinem Rücktritt schreiben wird, der in der „fdk" veröffentlicht werden kann.[4]

b) Beschluß

Der Bundesvorstand beschließt, daß *Genscher*[5] ein Gespräch mit Dr. *Trampe* führt und ihn darauf hinweist, daß die FDP mit seinen Zwischentexten in der Sendung „heute" am 7. September 1967 nicht einverstanden war.

---

1 So die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 8. 9. 1967 in Bonn. Entschuldigt waren Hildegard *Hamm-Brücher, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Maier* und Hermann *Müller* (ADL, Ordner Nr. 125).

2 Einen Tag zuvor, am 7. 9. 1967, hatte *Mende* der FDP-Bundestagsfraktion bekanntgegeben, daß er nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren, sondern sich auf seine neue Aufgabe als Verwaltungsratsvorsitzender der amerikanischen Investmentgesellschaft IOS konzentrieren wolle. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 8. 9. 1967 (ADL, 6966/100), E. MENDE, Wende, 1986, S. 265 f. Siehe auch Anlage.

3 Die Verzögerung der Arbeiten am Grundsatzprogramm ergab sich aus den unterschiedlichen Zielvorstellungen innerhalb der Partei. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 17. 7. 1967 und 6. 9. 1967 (ADL, 6966/100).

4 Siehe Anlage.

5 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP.

c) Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet am 2. Oktober 1967 um 14.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus, statt.[6]

d) Auf Antrag von Dr. *Starke* soll auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes auch der Tagesordnungspunkt „Wahl des Bundespräsidenten" behandelt werden.

e) Die Bundeshauptausschuß-Sitzung soll am 21. Oktober 1967 stattfinden.

[ANLAGE]

fdk Nr. 18/69, S. 2. 12. 9. 1967

BRIEF DES BUNDESVORSITZENDEN AN ALLE MITGLIEDER

Bonn. (fdk) In einem Brief an alle Mitglieder der FDP informierte Dr. Erich *Mende* die Partei über die Gründe, die ihn zum Verzicht auf die erneute Kandidatur für den Bundesvorsitz bewogen haben. Der Brief wurde allen Mitgliedern der FDP, soweit sie bereits von der im Aufbau befindlichen Zentralkartei erfaßt sind, zugeschickt. Der Wortlaut des Briefes:

Liebe Parteifreunde!

Ich habe Sie vor eine – für Sie überraschende – vollendete Tatsache gestellt: Nach achtjähriger Amtszeit werde ich auf dem Bundesparteitag 1968 in Freiburg nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden der FDP kandidieren.

Sie fragen sich sicherlich, was mich zu diesem Entschluß bewogen hat. Eine internationale Gesellschaft hat mich gebeten, die Position des Präsidenten ihres deutschen Verwaltungsrates zu übernehmen. Dieser neuen und interessanten Aufgabe wollte ich mich nicht verschließen. Nach acht Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit an der Spitze unserer Partei will ich mich beruflichen Aufgaben zuwenden. Meine künftige Position erfordert aber meinen ganzen Einsatz. So habe ich mich dann entschlossen, meinen Stellvertreter Willi *Weyer* zu meinem Nachfolger als Bundesvorsitzenden der FDP vorzuschlagen.

Sie dürfen versichert sein, daß mir meine Entscheidung nicht leicht gefallen ist. Sie ist mir aber leichter gemacht worden durch die Tatsache, daß ich keinen Abschied von der Politik oder gar von der FDP nehme. Ich werde weiterhin unserer Partei zur Verfügung stehen, den neuen Bundesvorsitzenden in jeder Beziehung unterstützen, um an unserem gemeinsamen Nahziel weiter zu arbeiten, den Erfolg der FDP in der Bundestagswahl 1969 so groß wie möglich zu gestalten.

In diesem Sinne mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Dr. Erich *Mende*

6 Die folgende Bundesvorstandssitzung fand bereits am 14. 9. 1967 statt. Vgl. Nr. 91.

## 91.

## 14. 9. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Vorsitz: Mende. Sitzung des Bundesvorstandes am 14. September 1967 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Fraktionssitzungssaal. 15.35 Uhr–18.45 Uhr.[1]**

Teilnehmer: [Achenbach, Bahner, Bierbaum, Borm, Bucher, Eicher, Eisenmann, Friderichs, Genscher, Hildegard Hamm-Brücher, Hedergott, Hoppe, Kirst (i. V. von Rademacher), Lademann (DJD) (i. V. von Baum), Logemann (i. V. von Graaff), Mende, Mischnick, Hermann Müller, Roericht (LSD) (i. V. von Allerbeck), Rubin, Scheel, Starke, Weyer, Wust (i. V. von Koch), Zoglmann].[2]

fdk Nr. 413/67 (T) 53 Bonn, den 14. Sept. 1967

SITZUNG DES BUNDESVORSTANDES DER FDP

Bonn. (fdk) Der Bundesvorstand der FDP trat heute unter Vorsitz Dr. *Mendes* in Bonn zusammen. Zu Beginn der Sitzung berichtete Dr. *Mende* über die Überlegungen im engeren Bundesvorstand am 11. 9. 1967 über seine Nachfolge im Parteivorsitz.[3]

Der Bundesvorstand begrüßte die Bereitschaft von Bundestagsvizepräsident Walter *Scheel,* auf dem nächsten Bundesparteitag für das Amt des Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei zu kandidieren.[4]

Mit dem Ergebnis der Beratungen werden sich die Landesverbände befassen.

Die Entscheidung treffen die Delegierten des Bundesparteitages in Freiburg.[5]

---

1 Für die Orts- und Zeitangabe vgl. die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 14. 9. 1967 (ADL, Ordner Nr. 125).

2 So die in Anm. 1 genannte Anwesenheitsliste. Entschuldigt waren Liselotte *Funcke, Kohl, Kreitmeyer* und *Frhr. von Kühlmann-Stumm.*

3 Mende hatte am 7. 9. 1967 seinen Rücktritt für Ende Januar 1968 erklärt und am 11. 9. 1967 den 1. stellv. Vorsitzenden *Weyer* als Nachfolger vorgeschlagen. Vgl. Nr. 90 Anm. 2; E. MENDE, Wende, 1986, S. 267.

4 Nachdem *Weyer* den ihm von *Mende* angetragenen Parteivorsitz endgültig abgelehnt hatte, beschloß der Bundesvorstand bei zwei Enthaltungen, *Scheel* dem Freiburger Parteitag Ende Januar 1968 als neuen Vorsitzenden vorzuschlagen. Vgl. W. Schollwer, Aufzeichnungen vom 15. 9. 1967 (ADL, 6966/100).

5 *Scheel,* Vizepräsident des Bundestages seit dem 8. 9. 1967, wurde am 30. 1. 1968 mit 248 Ja-Stimmen gegen acht Nein-Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Vgl. E. MENDE, Wende, 1986, S. 275.

## 92.

## 2. 10. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Gez. Mischnick; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 2. Oktober 1967 in Bonn, Bundeshaus." 14.10 Uhr–18.30 Uhr.**

Teilnehmer: [Allerbeck (LSD), Baum (DJD), Bierbaum, Borm, Dahlmeyer, Eicher, Eisenmann, Ertl (i. V. von Bahner), Friderichs, Liselotte Funcke, Genscher, Hedergott, Hetzel, Holl, Karry, Kirst (i. V. von Rademacher), Koegel, Kreitmeyer, Marx, Mischnick, Hermann Müller, Peters, Scheel, Simonis (i. V. von Koch), Starke].[1]

TAGESORDNUNG

1. Ergebnis der Bremer Wahl
2. Wahl des Bundespräsidenten
3. Fortsetzung der Beratungen über das Grundsatzprogramm
4. Verschiedenes

1. ERGEBNIS DER BREMER WAHL

MISCHNICK erläutert das Resultat der Wahlen zur Bremer Bürgerschaft.[2]

Der Bundesvorstand gibt folgende Presseerklärung zum Bremer Wahlausgang ab:

„Die Freien Demokraten haben bei der gestrigen Wahl für das Bremer Landesparlament mit einem Anstieg um 2,1 % ihren Stimmanteil um 25 v. H. erhöhen können. Bundespolitisch unterstreicht dieses Ergebnis einen sich seit dem Frühjahr abzeichnenden Aufwärtstrend der Freien Demokraten als Alternative zur Koalition aus CDU und SPD. Der Wähler wünscht diese Alternative. Er unterstützt deshalb zunehmend die Partei, die sie durch eine sachliche Politik als Opposition im Deutschen Bundestag glaubwürdig vertritt.

Landespolitisch bedeutet das Ergebnis eine Anerkennung der Leistungen der Bremer FDP und der drei der FDP angehörenden Mitglieder des Bremer Senats."[3]

---

1 So die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 2. 10. 1967. Entschuldigt waren *Achenbach, Bucher, Dahlgrün,* Hildegard *Hamm-Brücher, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Mende, Rubin, Schultz* und *Zoglmann* (ADL, Ordner Nr. 125).

2 Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen vom 1. 10. 1967 (in %): CDU 29,5, SPD 46,0, FDP 10,5 (1963: 8,4), DP 0,9, NPD 8,8, Sonstige 4,3. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987 S. 141.

3 Georg *Borttscheller* (Häfen, Schiffahrt und Verkehr), Ulrich *Graf* (Justiz und Verfassung sowie Kirchliche Angelegenheiten), Rolf *Speckmann* (Finanzen).

2. WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Der Bundesvorstand begrüßt die Empfehlung *Mischnicks*[4], offizielle Erklärungen der FDP zur Wahl des Bundespräsidenten möglichst bis Ende 1968 zurückzustellen und die interne Diskussion nach Abschluß des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes[5] wieder aufzunehmen.

Der Bundesvorstand beauftragt *Mischnick* mit der entsprechenden Unterrichtung der Bundestagsfraktion.

3. FORTSETZUNG DER BERATUNGEN ÜBER DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Der Bundesvorstand kommt zu folgender Übereinkunft:

1. Das Grundsatzprogramm wird – wie in Hannover beschlossen[6] – weiterberaten.
2. Auf dem Bundesparteitag in Freiburg werden die Grundzüge des neuen Programms ihren Niederschlag in den politischen Reden und Diskussionsbeiträgen finden.
3. Es soll dem neuen Bundesvorstand vorbehalten bleiben, auf der Basis der Ergebnisse von Freiburg das neue Programm zur endgültigen Beschlußfassung vorzubereiten.

Die Anträge des Landesverbandes Hamburg vom 12. September 1967 betr. außerordentlichen Bundesparteitag am 30. 11. 1967 sowie Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Freiburger Parteitag bleiben formell bestehen. Sie werden in der kommenden Sitzung dem Bundesvorstand zur Beschlußfassung vorgelegt.

*Mischnick* wird vom Bundesvorstand beauftragt, Dr. *Mende* umfassend über die Aspekte der Diskussion betreffend Grundsatzprogramm und außerordentlichen Parteitag zu unterrichten.

4. VERSCHIEDENES

a) Der Bundesvorstand teilt die Auffassung des geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes Berlin, den Abschluß einer SPD/FDP-Senatskoalition nicht an der Forderung nach einem zweiten Senatorenposten scheitern zu lassen.[7]

b) Der Bundesvorstand begrüßt die Bereitschaft *Scheels*, jeden einzelnen Landesverband zu einer internen Aussprache aufzusuchen. Der Teilnehmer-

---

4 2. stellv. Bundesvorsitzender, stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

5 Die Landtagswahlen fanden am 28. 4. 1968 statt. Vgl. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 145.

6 Nach dem Parteitag in Hannover vom 3. bis 5. 4. 1967 hatte der Bundesvorstand das Grundsatzprogramm am 15./16. 7. 1967 und 8. 9. 1990 beraten. Vgl. Nr. 87, Nr. 90.

7 Wegen einer parteiinternen Krise der Berliner SPD als Folge der Zwischenfälle beim Besuch des Schah des Iran in Berlin (vgl. Nr. 86 a mit Anm. 19 und 21) war nach dem Innensenator und dem Polizeipräsident am 26. 9. 1967 auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich *Albertz* (SPD), zurückgetreten. Nachfolger wurde am 19. 10. 1967 Klaus *Schütz* (SPD). Einziger FDP-Senator wurde erneut Hans-Günter *Hoppe* (Justiz). Vgl. AdG 1967, S. 13472 B.

kreis kann vom jeweiligen Landesvorstand nach eigenem Ermessen bestimmt werden.

c) Die Konzeption Dr. *Friderichs* zur Durchführung einer Reihe von Forumsdiskussionen an Hochschulen und Universitäten im Rahmen des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes[8] wird gebilligt.

d) Es wird festgestellt, daß die Ausgabe 8/9 der „Stimmen der jungen Generation"[9] Gegenstand der nächsten Zusammenkunft des Bundesvorstandes sein wird.

---

8 Siehe Anm. 5.

9 Die Ausgabe Nr. 8/9 1967 der „Stimmen der jungen Generation" zeigt auf der Titelseite ein Brustbild *Mendes* mit der Überschrift „Das Ende der Ära Mende" und enthält 2 Beiträge zu diesem Thema: „Eine Ära geht zu Ende" von Günter Verheugen, S. 2 f., und „Eine faire Chance für Scheel" von Gerhart Baum, S. 3 (ADL).

## 93.

## 10. 11. 1967: Sitzung des Bundesvorstandes

**ADL, Ordner Nr. 125. Gez. Mende; Protokoll: Friderichs. Überschrift: „Beschlußprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 10. November 1967." Bonn, 13.00 Uhr–17.50 Uhr.**

Teilnehmer: [Achenbach, Allerbeck (LSD), Baum (DJD), Bezold, Bierbaum, Borm, Bucher, Eicher, Ertl (i. V. von Bahner), Friderichs, Genscher, Graaff, Hedergott, Koegel, Kohl, Kreitmeyer, Frhr. von Kühlmann-Stumm, Eduard Leuze, Marx, Mende, Mischnick, Peters, Rademacher, Emil Schäfer, Scheel, Schollwer, Schultz, Weyer, Willner, Wust (i. V. von Koch), Zoglmann].[1]

TAGESORDNUNG

1. Gesetzentwurf betr. Neugliederung des Bundesgebietes (Bericht der Bundestagsfraktion und der Fraktionsvorsitzendenkonferenz durch Herrn *Mischnick*)
2. Programm des Bundesparteitages
3. Satzungsänderung gemäß Beschluß des Bundesvorstandes vom 17. 12. 1966
4. Wiederzulassung der KPD
5. Landtagswahlkampf Baden-Württemberg
6. Verschiedenes

---

1 So die Anwesenheitsliste für die Sitzung des BV am 10. 11. 1967 in Bonn. Entschuldigt waren *Eisenmann*, Liselotte *Funcke*, Hildegard *Hamm-Brücher*, *Karry*, Hermann *Müller*, *Rubin* und *Starke* (ADL, Ordner Nr. 125).

[PRÄLIMINARIEN]

Beschluß

Die nächste Sitzung des Bundeshauptausschusses findet statt am 15. Dezember 1967 um 15.00 Uhr in Mainz, Landtagsgebäude. Ende etwa 20.00 Uhr.

Tagesordnungspunkte: Vorbereitung des Bundesparteitages, Vorlage der Satzung durch Herrn *Bezold*

[2. PROGRAMM DES BUNDESPARTEITAGES]

Punkt 2 der Tagesordnung wird vorgezogen. Dr. FRIDERICHS berichtet. WEYER schlägt vor, die Fraktion möge einen schriftlichen Rechenschaftsbericht anfertigen.

Es wird das anliegende Parteitagsprogramm beschlossen.[2]

[1. GESETZENTWURF BETR. NEUGLIEDERUNG DES BUNDESGEBIETES]

Punkt 1 der Tagesordnung wird behandelt. MISCHNICK berichtet.

Beschluß

Der Gesetzentwurf[3] wird der Bundestagsfraktion als Grundlage für einen Entschließungsantrag[4] übergeben.

[3. SATZUNGSÄNDERUNG]

Beschluß

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes soll der Punkt „Ausschußvorsitzende" gesetzt werden.[5]

[6. VERSCHIEDENES]

BAUM (DJD) legt einen Antrag des Hauptausschusses der Deutschen Jungdemokraten vor: „Der Bundesvorstand möge sich dafür einsetzen, daß im Rahmen des Bundesparteitages der Freien Demokratischen Partei in Freiburg ein Hearing mit Vertretern der außerparlamentarischen Opposition über das Verhältnis FDP/Außerparlamentarische Opposition stattfindet."[6]

---

2 Siehe Anlage.

3 FDP-Antrag betr. Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Art. 29 Abs. 1–6 GG (Neugliederungsgesetz), in: 5. BT ANLAGEN, Bd. 117, Drucks. Nr. 2410 vom 19. 12. 1967. Betr.: Verfahrensvorschriften zur Neubildung des Landes Mittelrhein-Hessen durch Vereinigung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie Änderung des Gesetzes über Volksentscheid und Volksbegehren.

4 FDP-Antrag betr. Volksbegehren, in: 5. BT ANLAGEN, Bd. 117, Drucks. Nr. 2411 vom 19. 12. 1967; 5. BT STEN. BER., Bd. 66, 154. Sitzung bom 9. 2. 1968, S. 7894 A–7896 B (Dorn). Betr.: Ersuchen an die Bundesregierung um Darlegung ihrer Lösungsvorschläge in der Frage der noch offenen Volksbegehren.

5 Vgl. die Vorschriften der Bundessatzung betr. „Fachausschüsse und Arbeitskreise" i. d. F. vom 3. 7. 1963 mit den entsprechenden neugefaßten und in einem eigenen Abschnitt „IV. Fachausschüsse und Arbeitsgruppen" zusammengefaßten Vorschriften i. d. F. vom 30. 1. 1968.

6 Zum Verhältnis zwischen FDP und außerparlamentarischer Opposition vgl. D. KOERFER, FDP, 1981, S. 47–51, 75–84, 94–101.

ANLAGE

Programmentwurf

Bundesparteitag 1968

Sonntag, den 28. Januar 1968

| | |
|---|---|
| 15.00 Uhr | Sitzung des Bundesvorstandes |

Montag, den 29. Januar 1968

| | |
|---|---|
| 10.00 Uhr | Eröffnung des Bundesparteitages,<br>Begrüßungen<br>Ausführliches politisches Grußwort des Landesvorsitzenden Baden-Württemberg<br>Wahl des Parteitagspräsidiums |
| 11.00 Uhr | Rede des Parteivorsitzenden<br>Dr. Erich *Mende* |
| 12.00 Uhr | Aussprache |
| 13.00 Uhr | Mittagspause |
| 15.00 Uhr | Finanzbericht des Bundesschatzmeisters<br>Geschäftsbericht des Bundesgeschäftsführers<br>Aussprache |
| anschließend | Beschlußfassung über die Satzungsänderung |

Dienstag, den 30. Januar 1968

| | |
|---|---|
| 10.00 Uhr | Rede von Prof. Dr. Ralf *Dahrendorf*<br>Arbeitstitel: Die Opposition angesichts der demokratischen Funktionsunfähigkeit der Großen Koalition |
| 11.00 Uhr | Aussprache |
| 13.00 Uhr | Mittagspause |
| 14.30 Uhr | Aussprache |
| 16.00 Uhr | Wahlen zum Präsidium |
| 17.30–19.00 Uhr | Abschiedsempfang des Bundesvorstandes<br>für Dr. Erich *Mende* |

Mittwoch, den 31. Januar 1968

| | |
|---|---|
| 9.30 Uhr | Wahlen der Beisitzer zum Bundesvorstand |
| 11.30 Uhr | Rede des neuen Parteivorsitzenden |
| 12.30 Uhr | Ende des Bundesparteitages |
| 13.00 Uhr | Pressekonferenz |

Bonn, den 10. November 1967

– St/St –

# Register

Die Angaben zu den Personen beschränken sich in der Regel auf die wichtigsten öffentlichen Ämter und politischen Funktionen, die diese Personen von 1960 bis 1967 in Parteien, Parlamenten und Regierungen wahrgenommen haben. Personen, die nur einmal genannt werden und für die über das jeweilige Dokument hinaus keine weiteren Angaben ermittelt werden konnten, werden dann nicht in das Register aufgenommen, wenn die korrekte Schreibweise der Namen fraglich erscheint. Um das Register zu entlasten, sind Personen dann nicht als Sitzungsteilnehmer vermerkt, wenn die Protokolle auch Redebeiträge von ihnen enthalten. Personen, von denen keine Redebeiträge überliefert sind, die aber an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilgenommen haben, werden als „Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand)“ aufgeführt.

**„Abendpost“** (Frankfurt am M.) 139, 345 f.

**„Abendzeitung“** (München) 345, 586

**Abetz**, Bernd, Mitglied der DJD (NRW) 614
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 608, 612

**Abusch**, Alexander, ab 1956 ZK der SED, 1958–1961 Minister für Kultur, 1961–1971 stellv. Vors. des Ministerrats (zuständig für Kultur und Erziehung) 566

**Achenbach**, Ernst, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1958 auch im FDP-Bundesvorstand, ab 1957 MdB, 1961–1965 Vors. des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der FDP-Bundestagsfraktion XXXIII, XXXVI, XLV, XLVII, 22, 39, 52, 74, 169, 181, 339, 547, 551, 568, 622, 661, 694, 732
- und Außen-/Deutschlandpolitik LVI, 26, 74, 169, 210 ff., 254, 257 ff., 275, 339, 425 f., 431–442, 446, 449, 451, 458 ff., 464, 468, 470 f., 473 f., 476, 478, 480 f., 485, 529, 536, 540 f., 566, 591, 718
- und Koalitionsverhandlungen 1961 203–208, 275, 284, 451
- und Koalitionsverhandlungen 1963 545
- und „Spiegel“-Affäre/Regierungsumbildung 362, 364, 368, 378, 388, 394 f., 397, 404, 412, 415
- als Vors. des Schlichtungsausschusses 8, 61

**Acheson**, Dean, US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1949–1953 92 ff.

**Ackermann**, Eduard, Leiter der Pressestelle und Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 375

**Adenauer**, Konrad, bis 1967 Bundesvors. der CDU, 1949–1967 MdB, 1949–1963 Bundeskanzler 36–39, 49, 115, 401, 413, 567
- drittes Kabinett Adenauer (1957) 359
- viertes Kabinett Adenauer (1961) XVI, XXXIII, XLIV, LXII, 36, 90, 117, 128, 130, 140, 227 f., 322, 337, 356 f., 359, 383
- fünftes Kabinett Adenauer XVIII, XLVI-II, L, 385, 424, 537
- Außen-/Deutschlandpolitik 97, 99, 105, 158, 172–174, 206 f., 217, 240 f., 244, 250–254, 256, 258, 263 f., 266 ff., 272, 284, 435, 451, 454 f., 458, 472–476, 537 ff., 578, 624
- Befristung der Kanzlerschaft IX, XLIV, XLVIII, 205, 219 ff., 338, 375, 387, 397–399, 401 ff., 407, 409, 528
- Nachfolgefrage XLIII ff., 15, 63, 71, 73, 87 f., 100 f., 105, 107 f., 110, 118 f., 138, 140 f., 144 ff., 171, 193, 204 f., 218–221, 288, 302, 337 f., 365, 383 f., 386, 393, 400 ff., 406 f., 418, 486
- als Parteivorsitzender LI f., 137 f, 158, 236, 240, 245 f., 291 f., 332, 369, 641
- und „Präsidentschaftskrise“ (1959) 91, 219, 227 f.
- Richtlinienkompetenz 207, 212, 255, 259, 289
- Rücktritt XXVIII, XLII, IL, 337 f., 403, 414, 529, 543, 551
- und „Spiegel“-Affäre/Regierungsumbildung XLVI f., 356, 358, 361, 363, 367–371, 373–376, 379, 381, 384, 386 f., 391-399, 400–406, 408 f., 413 f., 416, 418 f., 421
- im Urteil von FDP-Politikern XLV, 38, 107, 130, 173, 175, 205, 212, 222, 267, 276 f., 388, 416, 480

**Adenauer**, Ludwig, 1959–1962 Staatssekretär im Kultusministerium von NRW, 1962–1967 Staatssekretär im Innenministerium von NRW 360

**Ägypten** 624

**Agrarpolitik** 64, 115, 166 f., 259–262, 293 f., 324 f., 413, 439 f., 462 f., 465, 482, 484, 489, 491 ff., 555, 558 f., 725, 753, 758

**Ahlers**, Conrad, Stellv. Chefredakteur und Militärexperte des Nachrichten-Magazins „Der Spiegel“ 356, 358, 361, 369

**Albertz**, Heinrich, ab 1963 MdB (SPD), 1966–1967 Regierender Bürgermeister von Berlin 530, 769

**Aldenhoven**, Otmar, ab 1960 in der Redaktion von „Das freie Wort“ tätig, bis 1964 Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der FDP 4, 552
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 336

**Algerien** 43, 67, 445

**Allerbeck**, Klaus R., bis 1966 Chefredakteur der LSZ, 1966–1967 stellv. Bundesvors. des LSD, 1967–1968 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 732

**„Allgemeine Zeitung“** (Mainz) 192

**Alliierte/alliierte Vorbehaltsrechte** 61, 254, 342, 549 ff.

**Alter**, Peter, Korrespondent der „Neuen Rhein-Zeitung“ in London 239

**Altmann**, Rüdiger, Publizist, ab 1963 stellv.

Hauptgeschäftsführer des Dt. Industrie- und Handelstages 88

**Altmeier**, Peter, 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU) 506

**Altschäffel**, Josef, bis 1962 (Parteiaustritt) Geschäftsführer des FDP-Bezirksverbandes Oberbayern 346, 523

**Arbeitsgemeinschaft liberaler Eltern** 696

**Arndt**, Adolf, 1949–1969 MdB (SPD), 1953–1961 Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1953–1961 Vors. des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion 691

**Arndt**, Otto, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, Vors. des Vertriebenenausschusses der FDP XXXIII, 13, 22, 335, 656

**Arning**, Hermann F., ab 1963 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg XXXII, 471, 475, 744

**Aschoff**, Albrecht, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, stellv. Vors. des Außenhandelsausschusses der FDP, 1961–1965 MdB, ab 1963 Vors. des BT-Wirtschaftsausschusses IL, 83, 187 f., 334, 363, 377 f., 544 f.

**Atlantik-Brücke e. V. (Bonn)** 96, 214

**Atomteststoppabkommen** (Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre) 528, 537 f., 540 f.

**Atzenroth**, Karl, FDP-Mitglied (LV-Rheinland-Pfalz), 1960–1966 erneut Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1949–1965 MdB, 1957–1963 Vors. des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der FDP-Bundestagsfraktion XXXIII, 83, 286, 293, 547

**„Augsburger Allgemeine Zeitung"** 565

**Augstein**, Rudolf, ab 1947 Herausgeber und Chefredakteur des Nachrichten-Magazins „Der Spiegel" 235, 358, 360 ff., 365, 371, 738

**Axel Springer Verlag AG** 471, 475, 734

**Baare-Schmidt**, Hans Georg, Vors. des FDP-Kreisverbandes Lauenburg (LV Schleswig-Holstein) XXXVII, LVII, 632 f.

**Baden-Württemberg**
- Landtagswahlen 12 ff., 24, 63, 554, 569, 582, 584, 586, 729, 770
- Landesrechnungshof 166
- Regierung/-sbildung 24 f., 582, 586, 695
- Schulfrage 695
- Staatsgerichtshof 63

**Bafile**, Corrado, Erzbischof, 1960–1975 Apostolischer Nuntius in Deutschland

**Bahner**, Dietrich, bis 1967 Vors. des FDP-Bezirksverbandes Schwaben, ab 1967 Vors. des FDP-LV Bayern XXXI, 732, 746

**Bahr**, Egon, SPD-Mitglied, enger Vertrauter von Willy Brandt, ab 1959 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, ab 1966 Mitarbeiter im Auswärtigen Amt 89, 529 f.

**Balke**, Siegfried, 1957–1969 MdB (CSU), 1956–1962 Bundesminister für Atomfragen bzw. Atomkernenergie und Wasserwirtschaft 535

**Ball**, George Wildman, US-Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 449, 453

**Ball**, Hermann Otto, Mitglied der FDP, 1947–1961, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe 13 f.

**Bareiter**, Franz, ab 1958 Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Hessen, Vors. der FDP-Fraktion im Kreistag Offenbach
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 24 f., 33, 383, 574, 656, 704, 708

**Barowsky**, Ella, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin, 1950–1955 MdA, ab 1963 erneut MdA 76

**Barsig**, Franz, 1958–1965 Pressereferent und Sprecher des Parteivorstandes der SPD, 1966–1968 Chefredakteur und stellv. Intendant des Deutschlandfunks 147, 400

**Barth**, Heinrich, 1960–1963 MinDirig und persönlicher Referent Adenauers im Bundeskanzleramt, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheitswesen 474

**Barth**, Siegfried, Oberstleutnant, Kommodore eines Jagdbombergeschwaders 331

**Barzel**, Rainer, ab 1957 MdB (CDU), 1963–1964 stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 1965 Fraktionsvorsitzender, 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 398, 409 f., 412, 578

**Bauer**, Dankward, Persönlicher Referent von William Borm (FDP-LV Berlin)

– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 754, 764

**Baum**, Gerhart, 1966–1968 Bundesvors. der DJD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXVIII, 692, 694, 795, 708, 732, 771

**Bayern**
– Kommunalwahlen 664
– Landtagswahlen 88, 177, 212, 340, 353, 372 f., 376, 383, 666, 672 f., 709, 714, 720
– Regierung/-sbildung 298

**„Bayernkurier"** 646

**Bayernpartei (BP)** 632, 691

**Beamte**, siehe Öffentlicher Dienst

**Beaverbrook**, William M., brit. Politiker und Zeitungsverleger 449

**Becker**, Hans Detlev, Verlagsdirektor des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" 370

**Becker**, Max, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen (ab 1958 stellv. Vors. bzw. Ehrenvors.), 1955–1960 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1949–1960 MdB, 1957–1960 Vizepräsident des Bundestages XXXII, 6, 8 f., 28 f., 412, 450
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 19, 24 f.

**Becker**, Richard, Präsident auf Lebenszeit der DPS, 1955–1960 MdL im Saarland 43, 61, 310
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 309

**Beckmann**, Wilhelm, 1966–1969 Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle (Büro von Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs)
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 679, 701, 717, 734

**Belgien** 40, 450

**Benelux-Länder** 435, 446, 464, 481

**Berg**, Fritz, Fabrikant, ab 1949 Präsident des BDI 9, 155, 214

**von Berghes**, Ferry, FDP-Mitglied, 1959–1962 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Rheinland-Pfalz 346
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 306

**Berlin** LIV f., 16, 28, 31, 33 f., 67, 93–96, 99, 110, 127, 143, 159, 172 f., 206, 237, 251, 282, 297, 301 f., 345, 426, 591
– Abgeordnetenhaus 5, 51, 424, 530, 557, 728
– amerikanisch-sowjetische Gespräche 487
– Berlin-Hilfsprogramm der FDP 304
– Berlin-Entschließungen des FDP-Bundesvorstandes LV 6, 28, 34, 77 f., 210, 301, 601
– Berlin-Förderung 304, 555, 572
– Berlin-Garantie 33 f., 93, 313, 319 f., 537
– Berlin-Klausel (in Verträgen) 540 f.
– Berlin-Konzept der USA 319 f., 342, 374, 415
– Finanzlage 304, 572
– Freie Demokratische Wohlfahrt e. V. Berlin 607, 633 f.
– Kirchentag 54
– Mauerbau LV, 76, 92, 99, 106, 142, 243, 246, 251, 300 f., 331, 342
– Luftkorridore, Luftraum 300, 631
– Passierscheinverhandlungen IX, LV, LVII. 541, 557 f., 564 ff., 570 ff., 575–578, 583, 599 f., 630, 647, 651, 662, 695, 698
– Regierung/-sbildung 428
– sachliche-technische Abkommen 298, 578, 684
– Senat LV, 30 f., 157, 530, 726, 728, 769
– Sitz von Bundesbehörden in Berlin 601
– Sitzungen des Bundestages in Berlin siehe Deutscher Bundestag
– Status XIX, 6, 73, 99, 251, 301, 342, 601, 713
– Wahlen, Wahlkämpfe 51, 427 f.

**„Berliner Morgenpost"** XIX, 563

**„Berliner Sonntagsblatt/Die Kirche"** LXII, 63

**„Berliner Wort"** XXVII, 5, 299, 527

**Betzmeir**, 1963 Mitglied eines Unterausschusses des Ausschusses Öffentlicher Dienst der FDP 490 f., 499

**Bezold**, Otto, stellv. Vors. des FDP-LV Bayern, Vors. des Satzungsausschusses der FDP, 1946–1966 MdL in Bayern, 1962–1966 2. LT-Vizepräsident XXXI, XXXV, 53, 55, 315, 338, 340, 343, 346, 370, 427, 764

**Biederbeck**, Erich Heinrich, Oberstadtdirektor in Göttingen 700, 748

**Bierbaum**, Dieter, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 728, 734, 741, 745, 750, 754, 761, 764, 767, 770

**Biermann-Ratjen**, Hans-Harder, MdBü (FDP) in Hamburg, 1953–1966 Senator

(Gefängnis-, Kultur-, Schulbehörde, Landesjustizverwaltung) 51

**Bildungspolitik** siehe Kulturpolitik

**„Bild-Zeitung"** 139, 287, 390 f.

**Birkenbeul**, Hans, Redakteur bei der DPS-nahen Zeitung „Deutsche Saar" 61

**Birrenbach**, Kurt, ab 1957 MdB (CDU) 624

**Bismarck**, Klaus von, ab 1961 Intendant des WDR 47

**Bismarck**, Otto Fürst von (1815–1898), Preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler 90, 144, 617

**Bissinger**, Manfred, Redakteur bei der Illustrierten „Stern" LVIII, 731 f.

**Bitzer**, Eberhard, 1959–1963 Mitglied der Bonner Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" 155, 179, 200 ff.

**Blaeser**, Cläre, ab 1963 stellv. Vors. des Bundesfrauenausschusses der FDP 491, 499, 514

**Blank**, Theodor, 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung LX, 323, 349, 351, 363, 369, 558, 573

**Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten** siehe Gesamtdeutscher Block/BHE

**Blücher**, Franz, bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1949–1958 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP, DP), 1949–1957 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Stellv. des Bundeskanzlers XLII, 36

**Blumenfeld**, Erik Bernhard, Vors. des CDU-LV Hamburg, 1961–1980 MdB (CDU) 145, 151, 185, 235

**Bökel**, Walter, ab 1958 Leiter der Abt. Wirtschaftswerbung in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, verantwortlich für die Redaktion Wirtschafts- und Sozialpolitik 18
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 300, 612, 754

**Bopp**, Dieter, Mitglied des LSD-Bundesvorstandes 663

**Borm**, William, 1950–1959 politische Haft in der DDR, 1960–1969 Vors. des FDP-LV Berlin, ab 1960 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1963–1967 MdA (FDP) in Berlin, 1965–1972 MdB XXXII, XLVII, 19, 23, 186, 397, 417, 504, 569, 694, 698, 719, 732
- und Berlin/-Politik 302, 541, 548, 555, 557, 565 f., 575 f., 601, 728
- und Landesverband Berlin 51, 116, 302, 427 f., 728

**Borttscheller**, Georg, Vors. des FDP-LV Bremen, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Verkehrsausschusses der FDP, ab 1959 Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr XXXII, 19, 22, 39, 77, 82, 113, 266 f., 661, 732, 768
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 380, 393, 414, 420 f.

**Bott**, Hans, 1949–1959 persönlicher Referent von Theodor Heuss im Bundespräsidialamt (zuletzt MinDir) 29

**Brandenburg**, Johann Peter, 1948–1966 Oberbürgermeister von Pforzheim (FDP), 1946–1964 und erneut ab 1968 MdL (FDP) in Baden-Württemberg 566

**Brandner**, Walter, ab 1966 MdL Bayern (NPD, dann FDP) 746

**Brandt**, Heinz, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Bayern 315
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 24 f., 300, 383, 422, 574, 656, 658, 704, 708, 710

**Brandt**, Willy, ab 1958 Vors. des SPD-LV Berlin, ab 1958 auch Mitglied des Bundesparteivorstandes, ab 1950 MdA in Berlin, Sept.–Dez. 1961 erneut MdB, 1957–1966 Regierender Bürgermeister XXXV, LI, 9, 35, 55, 101, 112, 145, 298, 391, 529 f., 603, 709, 717
- als Kanzlerkandidat 36–40, 49, 55, 69, 88, 147, 641, 709, 715
- und Koalitionsverhandlungen 1961 133, 146–151, 181, 222, 227
- als Regierender Bürgermeister 76, 85, 111, 157, 206, 424, 548, 566

**Brecht**, Arnold, Dr. jur., bis 1933 im preußischen Staatsdienst (zuletzt Staatssekretär), dann nach USA emigriert, dort Prof. für Staatswissenschaften 752

**Bremen**
- Regierung/-sbildung 726
- Wahlen zur Bürgerschaft 527, 768

**Brenner**, Peter, stellv. Vors. des Jugendpolitischen Ausschusses der FDP 314, 334

**Brentano**, Heinrich von, 1949–1964 MdB (CDU), 1961–1964 Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen

– als Außenminister 16, 74, 99, 106 f., 173, 207, 236, 240, 252, 254 f., 262, 289, 335
– als Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 298, 304, 307, 330, 357, 374, 381, 409, 435, 450, 470, 474, 505, 537, 543, 564

**Breschnew**, Leonid I., sowjet. Politiker, ab 1957 Mitglied des Präsidiums der KPdSU, 1960–1964 Vors. des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, ab 1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU 670

**Brinkert**, Luise, in den 50er Jahren Referentin für Frauenfragen in der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 761

**Brodeßer**, Karl-Friedrich, persönlicher Referent des FDP-Bundesvors. Mende, 1963–1967 im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen (unter Mende) tätig, ab 1967 persönlicher Referent von Innenminister Weyer (FDP) in NRW 356
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 46, 52, 55, 62, 64, 66, 70, 73, 76, 136, 200, 297, 300, 306, 309, 314, 320 f., 325, 329, 336, 343, 350, 383, 422, 486, 503, 515, 519, 553, 557, 562, 567, 574, 580, 582, 585, 590, 598, 605, 608, 612, 616, 627, 631, 649, 652, 656, 665, 668, 671, 679, 693, 701, 705, 708, 710, 713, 717, 719, 734, 745

**Brüning**, Heinrich, 1930–1932 Reichskanzler (Zentrumspartei) 455

**Bucher**, Ewald, ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1953–1969 MdB, 1956–1961 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1961–1962 stellv. Fraktionsvors., 1962–1965 Bundesminister der Justiz, 1965–1966 Bundesminister für Wohnungswesen XVIII f., XXXI, 12, 18, 29, 82, 135, 188, 286 f., 334, 377, 409, 559, 563, 661, 732
– als Justizminister XIX f., 550
– als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten XIX f., 588, 596 ff.
– Rücktritt als Justizminister 620–624, 626
– als stellv. Parteivorsitzender XI, XIII, XIX, 593, 648, 666
– und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 387, 391, 396, 402, 406, 412, 416 ff., 420 f.
– und Verteidigungspolitik 271, 273 f.

**Bünau**, Heinrich von, Leiter des kommunalpolit. Arbeitskreises der FDP-Vorderpfalz, stellv. Vors. des kommunalpolit. Arbeitskreises der FDP-Rheinland-Pfalz, ab 1963 MdL in Rheinland-Pfalz
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 486

**Bund-Länder-Verhältnis** siehe Föderalismus

**Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung** 166

**Bundesgesetzgebung** siehe Gesetze/Gesetzesmaterien

**Bundesgerichtshof** 549

**Bundesgrenzschutz** 323

**Bundeshaushalt**, siehe Finanzpolitik

**Bundeskanzleramt** 29, 162 f., 305, 600

**Bundesländer** siehe Baden-Württemberg, Bayern usw.

**Bundesministerien** 163, 296, 402, 415, 433
– Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder 165, 295
– Arbeit und Sozialordnung 349, 405
– Atomenergie und Wasserwirtschaft 161, 167
– Auswärtiges Amt 207, 211, 234, 258, 290, 448, 451 f., 466 f., 477
– Ernährung 294, 305
– Familien- und Jugendfragen 165, 295, 384
– Finanzen 384, 401, 417 f.
– Gesamtdeutsche Fragen LVII, 5, 303, 384, 578 f., 583, 600 f.
– Finanzen 601
– Gesundheit 161, 165, 295, 304, 384, 634
– Inneres 161, 165, 295, 304
– Justiz 165, 401, 620 f.
– Kultus (Postulat) 167, 339, 423
– Landwirtschaft 167, 304
– Rechtspflege (Postulat) 162, 752
– Schatzministerium 304 f., 312
– Verkehr 161
– Verteidigung 234, 284, 491, 544, 702
– Vertriebene 384
– Wirtschaft 418, 578, 601
– Wirtschaftliche Zusammenarbeit 161, 304 f., 353
– Wissenschaftliche Forschung 167, 423 f., 535

**Bundespräsident** XLVII, LI f., 134, 141 ff., 374, 389, 515
– Kompetenzen 224 f., 641
– Wahl des Bundespräsidenten XIX, 219, 519, 564, 566 f., 570, 588, 590 f., 595–598, 766, 769

**Bundesrat** 431 ff., 447–450, 478 ff., 484, 517

**Bundesrechnungshof** 166

**Bundesregierung** siehe Adenauer, Erhard, Regierungsbildung

**Bundestag** siehe Deutscher Bundestag

**Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)** siehe Industrie

**Bundesverband vertriebener Deutscher (BvD** siehe Vertriebene

**Bundesverfassungsgericht** 601, 654
- BVerfGE vom 17. 8. 1956 142
- BVerfGE vom 23. 1. 1957 603
- BVerfGE vom 24. 6. 1958 4
- BVerfGE vom 28. 2. 1961 7, 34, 522
- BVerfGE vom 19. 7. 1966 632, 666, 691, 699, 701, 706

**Bundesversammlung** 595 ff.

**Bundesvorstand** siehe FDP-Bundesvorstand

**Bundeswehr** 20, 27, 241, 248
- atomare Bewaffnung 67, 96, 110, 271 ff., 286, 761
- und NATO 442–446
- Wehrbeauftragter 609
- Wehrdienstdauer, Wehrpflichtfrage 247 f., 265, 269 f., 271, 282, 298, 514 f., 608

**Bundy**, Mc George, Berater von US-Präsident John F. Kennedy (1960–1963) in Sicherheitsfragen 536

**Burckhardt**, Richard, 1961–1965 MdB (FDP), ab 1963 stellv. Vors. des BT-Außenhandelsausschusses 83, 421

**Burgbacher**, Fritz, ab 1957 MdB (CDU), ab 1965 stellv. Vors. des BT-Sonderausschusses „Parteiengesetz" 692

**Bursig**, Hans, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1960–1964 Chefredakteur der FDP-Zeitung „Das freie Wort" 59
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 41, 46, 52, 62, 64, 70, 73, 76, 297, 300, 306, 309, 314, 321, 325, 329, 350, 383, 422, 428, 503, 519, 553, 557, 567

**Busse**, Hermann, 1961–1969 MdB (FDP), stellv. Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion 83, 393, 404, 406, 710, 749

**Carstens**, Karl, CDU-Mitglied, 1960–1966 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1966–1967 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1968–1969 Chef des Bundeskanzleramtes 146, 448 f., 461, 474, 578, 646

**Castro**, Fidel, kubanischer Politiker, ab 1959 Ministerpräsident 357

**Centre européen de recherches nucléaires (CERN)** 534

**China** 249, 453 f.

**„Christ und Welt"** (Stuttgart) 660, 665

**Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)** 266

**Christlich-Demokratische Union (CDU)** LIX, 15, 68, 102, 172, 216, 489
- und Außen-/Deutschlandpolitik LV, 172 f., 207 ff., 257, 267 f., 284, 290, 303 f., 388, 431, 541, 653, 656, 711
- Arbeitnehmerflügel, linker Flügel 175, 227, 248, 266, 405
- evangelische Kreise in der CDU 302
- geschäftsführender Vorsitzender 302, 338, 369, 375, 381 f., 625
- und Große Koalition 366, 383, 385 ff., 390 f.
- und Junge Union 410
- und Kanzlerfrage 486 f.
- und Koalitionsvereinbarung mit der FDP siehe Koalitionsvereinbarung
- und Kulturpolitik 47, 49
- Parteitage 14, 66 f., 337, 570, 633
- und Sozialpolitik LXI, 68, 245, 266, 280 f., 356, 364 f.
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 379, 409 f., 413

**CDU/CSU-Bundestagsfraktion**
- und Koalitionsvereinbarungen 1961 130, 173 f., 176, 182, 191, 226 f., 284
- und Regierungsumbildung 1962 399 f.

**Christlich-Soziale Union (CSU)** 111, 149, 156, 305, 351, 706
- und Koalitions-/Regierungsumbildung XLVI f., 89, 117, 127, 130, 148, 216, 221, 248, 531
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 383 f.

**Chruschtschow**, Nikita Sergejewitsch, 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958–1964 Ministerpräsident der UdSSR 93–96, 198, 239, 264, 342, 424, 537 f., 599, 602

**Churchill**, Sir Winston Spencer, 1940–1945 britischer Premier- und Verteidigungsminister, 1951–1955 erneut Premierminister 203, 436 f.

**Clay**, Lucius D., General a. D., 1961–1962 persönlicher Vertreter von Präsident Kennedy in Berlin 173, 214, 251, 298

**Council for Mutual Economic Assistance – Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)** 689

**Couve de Murville**, Maurice, 1958–1968 französischer Außenminister 339, 435, 477

**Dänemark** 458

**Dahlgrün**, Rolf, 1962–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1969 MdB (FDP), 1962–1966 Mitglied des FDP-Fraktionsvorstandes, 1962–1966 Bundesminister der Finanzen XXXII, XLVIII, 11, 60, 82, 270, 386, 398, 409, 517, 558 f., 572, 585, 609, 703, 748

**Dahlmeyer**, Horst, 1962–1964 Redakteur bei der FDP-Zeitung „Das freie Wort", 1964–1969 persönlicher Referent von Wolfgang Mischnick
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 574, 580, 608, 627, 656, 668, 671, 693, 697, 705, 713, 717, 754, 761, 764

**Dahrendorf**, Ralf, FDP-Mitglied, ab 1958 o. Prof. Akademie f. Gemeinwirtschaft Hamburg, ab 1960 Univ. Tübingen, ab 1966 Univ. Konstanz 497

**Dalma**, Alfons, 1953–1962 Chefredakteur des „Münchener Merkur", ab 1962 Korrespondent und Chefredakteur einer Zeitschrift, ab 1964 stellv. Hrsg. des „Bayern-Kurier" 192

**Danwitz**, Ludwig von, Journalist, ab 1956 Leiter des Studios Bonn des WDR 208

**Danz**, Werner, 1959–1965 Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Rheinland-Pfalz, Mitglied des FDP-Landesvorstandes, 1961–1965 MdB (FDP), ab 1967 MdL in Rheinland-Pfalz, ab 1966 persönl. Referent des Ministers für Finanzen und Wiederaufbau 83
- als Sitzungsteilnehmer 33

**Daub**, Gerhard, 1958–1962 Bundesvors. der DJD, 1960–1962 kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1958–1960 MdL in Hessen, 1959–1962 Bürgermeister in Marburg (FDP) XXXVIII, 20, 28, 30, 36, 45, 75, 115, 131, 193–196, 289 f.

**Davis**, Spencer, US-Senator 246

**Dehler**, Klaus, (Neffe von Thomas Dehler), Vors. des Gesundheitspolitischen Ausschusses der FDP, 1964–1967 Vors. des FDP-LV Bayern, ab 1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1954–1966 MdL in Bayern, zeitweise stellv. Vors. bzw. Vors. der FDP-Landtagsfraktion XXXI, 297, 334, 373, 376 f., 427, 622 f., 654, 664, 672 f., 699, 709

**Dehler**, Thomas, bis 1967 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. des Außenpolitischen Ausschusses der FDP, 1949–1967 MdB, ab 1960 Mitglied des Fraktionsvorstandes der FDP, ab 1960 Vizepräsident des Bundestages, 1957–1961 Vors. des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der FDP-Bundestagsfraktion XXXV, LII f., 9, 22, 29, 43, 46, 53, 59, 81, 134, 344, 488, 504, 534, 550, 559, 568, 580, 660, 673, 683, 691 f., 694, 707
- und Außen-/Deutschlandpolitik XVII, LIV, LVI, 6, 11, 16, 25 f., 34, 97, 209 f., 250–254, 272, 425, 440 f., 445, 449 ff., 468 f., 479–485, 487, 565, 571, 577, 583, 732
- und Erhard 583, 622, 645
- und Koalitionsbildung 1961 147, 152 f., 169–174, 186, 239, 277
- und Koalitionsverhandlungen 1966 715
- und Landesverband Bayern 345 f., 561
- und Mende 563, 565 f., 586, 739
- und Reise in die UdSSR 506, 536, 538 f., 541, 552
- und Satzungsfragen 3, 723 f.
- und Scheel 754
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 376, 385, 387 f., 394–398, 400 f., 404, 406, 416, 418
- und Verhältnis zwischen Partei und Fraktion XXVIII f., 124, 296 f., 644
- als Vizepräsident des Bundestages 29, 51, 296, 648, 754

**Dehnkamp**, Willy, 1955–1967 Senator, zeitweise auch Vizepräsident bzw. Präsident des Senats und Bürgermeister in Bremen (SPD) 423

**Deist**, Heinrich, 1953–1964 MdB (SPD), ab 1958 stellv. Fraktionsvors., wirtschaftspolitischer Experte der SPD 37

**Demokratische Partei Saar (DPS)** siehe auch FDP-Landesverbände XVI f., XXXIII, XXXVI, 11 f., 60 f., 128, 299, 302, 310, 317, 631 f.

**Demokratische Volkspartei** (Württ.) 128

**Demoskopie/Demoskopische Institute** 35, 72, 80, 94, 640, 746

**Deneke**, J. F. Volrad, Vors. des Sozialpoliti-

schen Ausschusses des FDP-LV NRW, 1963–1965 MdB (FDP), stellv. Vors. des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion 546 f.

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“** (Berlin) 287

**Deutsche Demokratische Republik** LIV–LVIII, 10, 22, 284, 298, 424, 571, 584, 600, 705
- Anerkennung siehe Deutschlandpolitik
- Innerdeutscher Handel 48, 557 f., 564, 578 f., 631, 684, 689, 713
- Interzonen-Treuhandstelle LVII, 578
- Selbstbestimmungsrecht 303
- separater Friedensvertrag 342, 367
- Volkskammer XXXIX, 53

**Deutsche Friedens-Union (DFU)** 619, 691

**Deutsche Jungdemokraten (DJD)** XII, XXXVIII f., 5, 13, 20, 22, 36, 195, 326, 522–527, 561, 568, 575, 583, 587, 589, 604, 607, 619, 705, 748
- Ostkontakte 22, 30, 525, 575, 606
- Parteitagsdienst 524, 614
- Vorsitz 325 f.

**Deutsche Partei (DP)** XXXV, 5, 10 f., 22, 47–50, 54, 62, 316, 503
- in Niedersachsen 10 f., 48, 54, 59, 503

**Deutsche Reichspartei (DRP)** 237

**„Deutsche Saar“** (Saarbrücken) XVII, XXXVI f., 61, 202

**„Deutsche Soldaten- und National-Zeitung“** (München) XVII, 302

**„Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“** (Stuttgart) 362

**Deutscher Bundestag** siehe auch Wahlen LVI, 5, 162, 320, 323 ff., 431, 655
- Ausschüsse 134, 655
- Ausschußvorsitz 167
- Außenhandelsausschuß 324
- Ausschuß für Atomenergie und Wasserwirtschaft 134
- Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten 254, 258, 316, 320, 339, 424, 433, 646
- Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 10, 324
- Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen 10
- Ausschuß für Gesundheitswesen 134
- Haushaltsausschuß 4, 403, 535
- Ausschuß für Inneres 323, 549 f.
- Ausschuß für Kommunalpolitik, Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen 653
- Ausschuß zum Schutz der Verfassung 549
- Untersuchungsausschuß 331, 337, 550 f.
- Wirtschaftsausschuß 324
- Ausschuß für Verteidigung 331, 359, 487 f.
- Entschließung vom 5. 7. 1957 242
- Entschließung vom 1. 10. 1958 243, 252 f., 267, 646
- Entschließung vom 12. 10. 1962 LVII, 577 f.
- Erklärung des Bundestagspräsidenten vom 30. 6. 1961 243, 252, 267, 290
- Sitzungen in Berlin 30, 33, 42, 71, 548, 597, 601

**Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)** siehe Gewerkschaften

**Deutscher Städtetag** 700, 748

**Deutsch-französischer Vertrag (1963)** LVI, 424 ff., 431–488, 505 f.

**Deutschlandpolitik** X, XV, LIV–LIX, LXIV, 11, 27 f., 97, 99, 143, 159, 172, 237, 249, 250–254, 297 f., 339 f., 342, 388, 425, 522, 558, 570, 584, 648, 669 f., 683 f., 688 f., 760
- Anerkennung der DDR XXXI, 53, 99, 142, 243, 251, 256, 263, 313, 577, 600, 627, 633, 725, 733
- Deutschlandpläne LIV, 11, 20, 27, 71, 244, 250, 252, 618
- Friedensvertrag LIV, LIX, 11, 16, 95, 142, 243, 253, 300 f., 591 f., 636, 733
- Gesamtdeutsche Wahlen/Volksbefragung XXXVII, LVII, 16, 633
- Jalta-Konferenz (1945) 434
- Neutralisierung 251
- Kontakte mit Organen der DDR LV, LVII, 251, 600, 653, 684
- Kontakte mit der LDPD LVII f., 565 f.
- Militärstatus 210
- Oder-Neiße-Linie/deutsche Ostgebiete XXXVII, XXXIX, LVII ff., 9, 99, 142, 210, 244, 251, 256, 259, 263, 733
- Passierscheinverhandlungen siehe Berlin
- Pfleiderer-Plan LIV
- Potsdamer Konferenz (1945) 434
- Rüstungsbeschränkung/Abrüstung 99, 683 f.
- Selbstbestimmung 27, 210, 252 f., 301, 303, 432, 447
- Wiedervereinigung XLIV, LIV ff., LVIII, 6, 9, 16, 27, 34, 78, 97, 207, 211, 242 ff., 250 f., 253 f., 256 f., 279 f., 290, 301, 313, 388, 426, 432, 434, 437 f., 440, 447, 456, 470, 487, 528, 565 f., 577, 618, 653, 662, 677, 684, 688

**Deutschland-Vertrag (1952)** LV, 142, 159, 243 f., 250, 279 f., 301, 447, 550

**d'Hondt**, Victor (1841–1901), Autor des Berechnungsmodus für die Verteilung der Sitze in Vertretungskörperschaften bei der Verhältniswahl 204

**Dibelius**, Otto, 1945–1966 Ev. Bischof von Berlin-Brandenburg, 1945–1961 Vors. des Rates der EKD LXII, 63

**Dieckmann**, Johannes, 1949–1969 stellv. Vors. der LDPD, 1949–1969 Präsident der Volkskammer der DDR XXXIX, 53

**Diederichs**, Georg, MdL (SPD) in Niedersachsen, 1955–1961 Minister für Soziales, 1961–1970 Ministerpräsident von Niedersachsen 62

**Diemer-Nicolaus**, Emmy Dr., Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, ab 1962 Vors. des Bundesfrauenausschusses der FDP, 1957–1972 MdB, 1963–1965 stellv. Vors. des BT-Rechtsausschusses XLVII, 82, 226 ff., 333, 347, 363, 380, 396, 403, 549, 551, 644, 690, 749

**Dischleit**, Johann, 1960–1962 in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1962–1966 in der Geschäftsstelle der FDP-Bundestagsfraktion, dort zuständig für Landwirtschaftsfragen LXXVI
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 329, 336, 717

**Dobrynin**, Anatoli F., Botschafter der UdSSR in den USA 487

**Döring**, Wolfgang, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1959–1963 stellv. Vors. des LV NRW, ab 1962 stellv. Bundesvors. der FDP, 1957–1963 MdB, ab 1961 stellv. Vors. der FDP-Bundestagsfraktion XXXIII, XLV ff., LIV, 10 f., 18, 46, 60, 71, 83, 178, 216, 269, 326, 328, 340, 384, 422
- und Außen-/Deutschlandpolitik 16, 23, 267 f., 303, 345, 676
- und Koalitionsfragen 331, 336 f., 340
- und Parteiangelegenheiten 11, 21, 45, 317
- und Regierungsbildung 1961 98, 147, 213, 215–221, 267–270, 272 f., 286
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 358–361, 366 ff., 370, 375, 386 f., 389, 391–399, 402 f., 411, 414 f., 418 ff., 421
- und Verteidigungspolitik 26, 272 f., 275, 286
- und Wahlkampffragen 12, 34 f., 38, 40, 56, 329

**Dörinkel**, Wolfram, ab 1952 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen, 1962–1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1954–1961 MdL in Hessen, 1957–1961 Vors. der FDP-Landtagsfraktion, 1961–1965 MdB 82, 135, 367, 390 f., 393, 504, 517, 569

**Dollinger**, Werner, ab 1953 MdB (CSU), 1957–1961 Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, 1962–1966 Bundesschatzminister, Nov.–Dez. 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (mdWdGb), ab Dez. 1966 Bundespostminister 398, 410, 417

**Donnersmarck**, Georg Graf Henckel von, Delegationsleiter auf der Interparlamentarischen Konferenz in Brüssel 1961 97

**Dorn**, Wolfram, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, stellv. Vors. des Ausschusses für Angehörige der Öffentlichen Verwaltung, 1954–1962 MdL (FDP) in NRW, 1961–1972 MdB (FDP), 1962–1968 Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion 83, 190–193, 262 ff., 304, 335, 368, 370, 399, 403, 643 f., 691, 710, 749

**Dowling**, Walter C., 1959–1963 Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland 67, 361

**Dresbach**, August, 1949–1965 MdB (CDU) 151

**Dürr**, Hansjürgen, 1959–1961 Redakteur der Zeitschrift „liberal", 1960–1961 Chefredakteur der „Stimmen der jungen Generation", 1960–1961 Pressereferent der FDP-Bundestagsfraktion, 1961–1963 Pressereferent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit XXVI, 4, 154, 179, 202, 237
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 8, 13, 28, 33, 41, 46, 55, 62, 64, 70, 73, 76, 297, 329

**Dürr**, Hermann, 1957–1965 MdB (FDP), 1961–1964 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion 82, 323, 364, 369, 393, 404 f., 419, 551, 621

**Dufhues**, Josef Hermann, 1946–1947 und ab 1950 MdL (CDU) in NRW, 1962–1969 Geschäftsführender Bundesvorsitzender der CDU, 1958–1962 Innenminister in NRW 302, 338, 369, 375, 381 f., 625

**Dulles**, John Foster, 1953–1959 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 263, 454

**Ebert**, Friedrich, 1919–1925 Reichspräsident 235

**Eckhardt**, Felix von, 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1962-1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, 1965–1972 MdB (CDU) 305

**Eden**, Sir Robert Anthony, brit. Politiker, 1951–1955 Außenminister, 1955–1957 Premierminister 97
- Eden-Plan 97, 215

**Effertz**, Josef, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, Vors. des Agrarpolitischen Bundesausschusses der FDP, 1962–1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1954–1961 MdL in NRW, 1961–1968 MdB, 1961–1968 Vors. des Arbeitskreises Agrarpolitik der FDP-Bundestagsfraktion XXXIII, 83, 135, 294, 325, 335, 405, 517, 529, 542, 554 f., 566

**Eggers**, Ernst, 1963–etwa 1967 wirtschaftspolitischer Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, etwa 1967–1968 dort Leiter der politischen Abteilung
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 557, 567, 574, 590, 598, 616, 627, 631, 635, 664, 679, 697, 701, 703, 710, 722, 734, 741, 750, 754, 764

**Ehrich**, Werner, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bremen, Mitglied des Bundeshauptausschusses der FDP, ab 1955 MdBü in Bremen XXXII, 5, 10, 12, 202 f., 303, 352, 368, 410, 419, 477, 481

**Eicher**, Hermann, ab 1966 Vors. des FDP-LV Rheinland-Pfalz, 1967 zeitweise MdL, 1962–1966 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Rheinland-Pfalz, ab 1966 Minister für Finanzen und Wiederaufbau XXXIII, 346, 692, 729, 732, 742, 748

**Eick-Kerssenbrock**, Hugo, Beamter im BMF, persönlicher Referent von Bundesfinanzminister Dahlgrün (FDP)
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 574, 612, 697, 703

**Eigentumspolitik** 43, 163, 349, 351, 687, 712

**Eilers**, Jan, 1962–1968 Mitglied des FDP-LV Niedersachsen, ab 1960 Vors. des Kommunalpolitischen Bundesausschusses der FDP, 1964–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1961 MdB (FDP) und stellv. Fraktionsvors., 1963–1965 Finanzminister in Niedersachsen XXXII, 14, 109, 141, 295, 334, 645, 748

**Eisenmann**, Otto, ab 1959 stellv. Vors. und ab 1963 Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein, ab 1960 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1967 MdB (DP, FDP), ab 1967 Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene in Schleswig-Holstein XXXIII f., XLVI, 83, 364, 393, 520, 644, 664, 716, 729, 732

**Elizabeth II.**, ab 1952 Königin von Großbritannien und Nordirland 629

**Emde**, Hans-Georg, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, stellv. Vors. des Haushalts- und Finanzausschusses der FDP, bis 1961 Regierungsrat im Finanzministerium von NRW, 1961–1969 MdB, 1963–1965 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion XVIII, 83, 334, 363, 366, 368, 370, 418, 421, 551, 554, 561, 570 f., 624

**Emig**, Gerhard, Assistent der FDP-Bundestagsfraktion, ab 1963 Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus LVI, 428, 433

**Engelhard**, Edgar, 1958–1966 Vors. des FDP-LV Hamburg, 1954–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP, MdBü, 1953–1966 2. Bürgermeister von Hamburg XXII, XXXII, XXXVII, 77, 160, 334, 336, 339, 344, 554, 566, 604, 621, 668 f., 670, 748
- und Koalitionsbildung 1961 107, 116 f., 119–123, 182–185
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 388, 393, 412 ff., 418, 420 f.

**Entwicklungshilfe/Entwicklungspolitik** 353, 466, 618, 760

**Enzensberger**, Hans Magnus, (geb. 1929), Schriftsteller 533

**Erbe**, Walter, o. Prof. Univ. Tübingen, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, 1959–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1964 MdL in Baden-Württemberg XXXI, XLVII, 39 f., 105 ff., 333, 338, 394, 411 f., 420, 423, 426, 469 f., 473, 482, 485, 489, 493–496, 504, 507, 523, 530–535, 607

**Erhard**, Ludwig, ab 1949 MdB (CDU), 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1957–1963 Stellvertreter des Bundeskanzlers, 1963–1966 Bundeskanzler
- „Deutsches Gemeinschaftswerk" 633, 685
- und CDU/CSU 711
- erstes Kabinett Erhard XX, XLVIII, LVI, 408, 529, 557 f., 576 ff., 599, 620
- zweites Kabinett Erhard IX, XLII, L–LIV, LXIV, 612, 635 f., 650, 662, 671, 697, 702, 705, 708
- „Formierte Gesellschaft" 633
- als Kanzlerkandidat (1961) XLIII f., 87, 89 ff., 104, 112, 114 f., 128 f., 131 f., 151–154, 175, 185, 198, 218 f., 235, 288, (1963) 392, 398, 409, 413, 418, (1965) 641
- und Koalitionsverhandlungen 1963 528 ff., 536, 543 ff., 552
- und Koalitionsverhandlungen 1965 635 f., 641 f., 645, 649 ff., 654 ff.
- Richtlinienkompetenz XXIX, 577, 600
- als Vizekanzler 529 f., 537
- als Wirtschaftsminister 42, 207, 318, 351, 369, 449 ff., 456 f., 463 f., 472, 483

**Erler**, Fritz, 1949–1967 MdB (SPD), 1953–1964 Vors. des Arbeitskreises Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, 1957–1964 stellv. Vors. der Fraktion, 1964–1967 Fraktionsvors. 204, 214, 275, 386, 391 f., 393, 404, 437, 474 f.

**Ernst**, Gustav, stellv. Vors. des FDP-LV Niedersachsen, ab 1967 MdL 732

**Ertl**, Josef, ab 1961 MdB (FDP) XXXI, XLV, IL, LII, 81, 541, 543, 646, 691, 694 f., 706, 714, 746
- und Agrarpolitik 115, 259 f.
- und Koalitionsverhandlungen 1961 129, 212, 222 f., 259 f.
- und Koalitionsverhandlungen 1965 643, 645, 653
- und Koalitionsverhandlungen 1966 709, 715 ff.
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 394, 401, 411, 417

**Eschenburg**, Theodor, ab 1952 o. Prof. Univ. Tübingen (Politische Wissenschaft) 85, 92, 486, 543

**Etzel**, Franz, 1957–1965 MdB (CDU), 1961–1965 Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, 1957–1961 Bundesfinanzminister 245

**Euler**, August Martin, bis 1956 Mitglied in Gremien der FDP, 1956/57 Mitglied in Gremien der FVP, ab 1958 Generaldirektor bei EURATOM XV, XXXII, 141

**Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**, Europäische Gemeinschaft (EG) XLIV, 16, 31, 64, 242, 257, 259, 425, 432, 450, 453, 463, 467, 469, 471, 482, 684, 686
- und Agrarpolitik 115, 167, 256 f., 259–261, 289, 307, 324 f., 439 f., 456 f., 462 f., 465, 482, 484, 492 ff., 539, 555, 558 f.
- und EFTA 31, 457, 464 ff., 483, 570, 689, 712
- und Großbritannien 431 f., 435 ff., 439, 441, 455, 472, 689, 712
- Römische Verträge 439, 451 f., 460, 481, 483 f.
- und Steuerpolitik 160, 685 f.
- Zollfragen 406

**Europäisches Parlament** 114, 261, 452 f., 455, 459

**Europapolitik** 159, 541, 648, 759 f.

**Europarat** 114, 169, 203 f., 209 f., 276, 450

**European Free Trade Association (EFTA)** siehe unter Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

**Evers**, Carl-Heinz, ab 1963 MdA (SPD) und Senator für Schulwesen in Berlin 338

**Fanfani**, Amintore, ab 1947 wiederholt Minister (DC), 1954, 1958/1959 und 1960–1963 ital. Ministerpräsident, 1965–1968 Außenminister 435

**Faure**, Edgar, zwischen 1950 und 1958 wiederholt Minister und zweimal franz. Ministerpräsident (Radikal-Sozialist), 1966–1968 Landwirtschaftsminister 462

**Faure**, Maurice, 1961–1965 und wieder ab 1969 Präsident der franz. Radikalsozialistischen Partei, 1961–1968 Präsident der Europäischen Bewegung 429

**Federspiel**, Per, dänischer Politiker, ab 1960 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates 321

**Fertsch-Röver**, Dieter, 1957–1968 Vors. des FDP-Kreisverbandes Obertaunus, 1963–1969 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen 19, 693

**Feuerherdt**, Dietrich, 1948–1962 Korrespondent und freier Mitarbeiter mehrerer Zeitungen, 1962–1970 Pressesprecher der FDP-Bundestagsfraktion

- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 314, 320, 325, 329, 336, 350, 383, 519, 557, 567, 605, 608, 612, 616, 627, 671, 679, 693, 697, 705, 708, 713, 717, 734, 754

**Finanzpolitik** 159 f., 293, 354 f., 517, 648, 684 ff., 712, 753 f., 759
- Anleihepolitik 348
- Bundeshaushalt, -sordnung LXIV, 4 f., 161, 163, 166, 306, 312, 322 f., 326, 330, 348, 354, 401, 410, 418 f., 502 f., 517, 572, 585, 609, 685, 691, 703 f., 708, 725
- Finanzausgleich Bund-Länder 352
- Finanzreform 159 f., 163 f., 667, 685, 748
- Gemeindefinanzen 164
- Stabilitätsgesetz 160, 667, 698, 703 f., 712, 730
- Steuern, Steuergesetzgebung LXIV, 160 f., 261, 290, 293, 348 f., 354, 419, 508, 513, 542, 558, 562, 575, 585, 685, 703, 712, 733

**Flach**, Karl-Hermann, ab 1956 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1959–1962 Bundesgeschäftsführer, 1962–1971 Redakteur der „Frankfurter Rundschau" XXIII, LXXVI, 12, 50, 56, 81, 147, 179, 305, 307, 309, 311, 600
- und Wahlkampffragen 12, 17, 31 f., 34, 38, 44, 50, 64 f., 69, 72, 74, 76, 92

**Flitz**, Hedi, 1960–1962 stellv. Vors. des FDP-LV Niedersachsen, 1961–1965 MdB (FDP) 83, 347, 514

**Flüchtlinge** siehe Vertriebene

**Föderalismus** 558, 561 f., 752, 756 f.

**Fouchet-Ausschuß** 435, 446, 450, 471 f.

**Fränkel**, Wolfgang, März–Juli 1962 Generalbundesanwalt 333, 337

**Frank-Planitz**, Ulrich, ab 1962 Berliner Korrespondent und 1963–1967 Bonner Korrespondent von „Christ und Welt" 739

**„Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ)** 155, 200, 287

**„Frankfurter Rundschau" (FR)** 600

**Frankreich** 43, 67, 203, 209, 535, 602
- deutsch-französischer Vertrag (1963) LVI, 424 ff., 431–488, 505 f.
- Force de frappe 444 f., 456, 471

**Franz**, Ludwig, 1953–1976 MdB (CSU) 245

**Franzky-Beckmann**, Lianne, ab 1965/1966 Mitarbeiterin der FDP-Bundestagsfraktion (Rechtsfragen und Fragen der Innenpolitik)
- als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 671, 734

**„freie demokratische Korrespondenz" (fdk)** XXVI, 4, 59, 552, 565, 665

**Freie Demokratische Partei (FDP)**
- und Allparteienregierung 205, 207, 213, 224, 227, 248, 288, 386–389, 392–397, 399, 402–406, 408 f., 413, 415, 636, 718
- Ausschlußverfahren/Austritte 29, 41, 53 f., 346
- als „dritte Kraft" LXII, 38, 49, 67, 80, 85, 196, 697
- Fachkongresse und andere Kongresse 44 f., 64, 69, 328, 339, 343, 375, 616, 619, 628, 632 f., 635
- und „Koalitionsklima" 302 f., 307, 316, 328, 330, 337, 340, 356, 363 ff., 370, 384, 389, 414, 558, 578 f., 622, 702
- als Korrektiv IX f., LXIV
- Mitgliedschaft 40 f., 46
- und Neuwahlen 413, 415 f.
- Organisationsausschuß 3
- als Oppositionspartei 393–397, 399, 402, 405, 416–419, 723, 733
- Parteidisziplin/innerparteiliche Auseinandersetzungen 174, 176, 184, 200 ff., 207, 233 f., 306, 563, 565 f., 583, 586, 728 f., 731 f.
- Propaganda, Werbung XIV, LII, 56
- Satzungsausschuß, Satzungsfragen XII f., 3, 28 f., 53, 330, 332, 427, 521, 524, 572 f., 589 f., 618, 720 f., 723, 730, 736, 744 f., 761–764, 771
- Schlichtungsausschuß, Schlichtungsfragen 61, 346
- und „schwarz-rote"Koalition 145–147, 150–154, 157, 171, 175 f., 181, 184 f., 190 f., 194 f., 199, 204, 206, 213–218, 222 f., 227, 248, 288, 302, 366 f., 374 f., 383, 385, 392, 396, 413, 544, 718
- Sezession (1956) XXXII, 67, 222, 290, 311
- und SPD 370, 386–389, 391–395, 408, 414
- Sozialstruktur 35, 39, 44
- Staatssekretärsstellen 304 f., 312, 347
- als „Umfallpartei" IX, XLIV, LXIV, 103, 131, 150, 153 f., 174 f., 179, 181, 197, 199, 212, 216, 235, 261, 288, 401
- Wahlprüfungsausschuß 523
- Wandlungsprozeß, generationsbedingter X, LXV

**FDP-Arbeitskreise** 318, 427, 429 f., 520
- Außen-/Verteidigungspolitik XLIV, LIV, 211, 239, 249 f., 274 f., 326, 333, 339 f., 425, 478, 482, 484 f., 522, 536, 602

- Innenpolitik 710, 749
- Kulturpolitik 522
- Sozialpolitik 64, 159, 164, 522

**FDP-Bundesfachausschüsse** XXII f., 322, 332 f., 334 f., 499, 508–515, 587, 619, 634 f., 657, 666 f., 693, 696, 744
- Agrarpolitischer Ausschuß 294, 335, 592
- Außenhandelsausschuß (Ausschuß für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und Außenhandel) 334, 427
- Außenpolitischer Ausschuß (einschl. gesamtdeutsche und Berliner Fragen) 333 f., 425
- Frauenausschuß 333, 335, 491, 508 f., 514 f., 608, 666
- Gesundheitspolitischer Ausschuß 334, 351, 508 ff., 634
- Haushalts- und Finanzausschuß 334
- Innen- und Kommunalpolitischer Ausschuß 7, 233, 334
- Jugendpolitischer Ausschuß 314, 334
- Ausschuß für Kriegsopfer und Heimkehrer 335
- Kulturpolitischer Ausschuß 13, 64, 334, 339, 430, 489, 497 ff., 574, 587, 602 f., 634, 737
- Mittelstandsausschuß 305, 314, 334, 573
- Ausschuß Öffentlicher Dienst (Ausschuß für Angehörige der öffentlichen Verwaltung) 335, 341, 489 ff., 499–503, 593, 604, 609, 618 f.
- Rechtsausschuß (auch Fragen des Wahlrechts, Parteiengesetz u. ä.) 334
- Sozialpolitischer Ausschuß (einschl. Arbeitsbereich Arbeitsausschuß) 335, 351
- Sportausschuß 606
- Ausschuß für Verbraucherfragen 335, 508, 513
- Verkehrsausschuß (zugleich Fragen der Post und des Fernmeldewesens) 335, 731
- Ausschuß für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen 334
- Vertriebenenausschuß 13, 22, 335, 530
- Wirtschaftspolitischer Ausschuß 334, 508, 511 f.
- Ausschuß für Wohnungsfragen, Städtebau und Raumordnung 335, 508, 510 f.
- LDP-Bundesbeirat 335

**FDP-Bundesgeschäftsstelle** XXVII, LIX, 4, 18, 26, 183, 201, 325 f., 606
- Bundesgeschäftsführer, Bundesgeschäftsführung 18, 56, 305, 308 f., 310 ff., 315 f., 337, 344 f., 569, 739 f.
- Mitarbeiter XXI, 4, 81, 136, 337, 344, 740

**FDP-Bundeshauptausschuß** L, LIII, 12, 26, 45 f., 70, 72, 223, 306, 347, 353, 424, 431, 477 f., 506, 528, 552, 575, 652 f., 709, 719, 762, 771

**FDP-Bundesparteitage** XXIII, LXVI
- München (1951) 427
- Würzburg (1956) 19, 36 f.
- Stuttgart (1960) 44, 261
- Frankfurt a. M. (1961) 6 f., 50 f., 57 f., 65 f., 193, 228, 260
- Düsseldorf (1962) 298 f., 307 f., 318, 321
- München (1963) 353, 427, 490, 499, 507, 518, 520, 553
- Duisburg (1964) 579 ff., 582 ff., 586, 591 f.
- Frankfurt a. M. (1965) XXXVII, LVII, 613 f., 617 f., 633, 733
- Nürnberg (1966) 629, 661, 664 f., 679–682, 733
- Hannover (1967) XXIII, LXIV, 682, 693, 723 f., 726 f., 729 f., 732 f., 735–742
- Freiburg (1968) 742, 745 f., 767, 771 f.

**FDP-Bundestagsfraktion** XXVI, LIX, 79, 81–84, 109, 124, 180, 216, 218, 220, 229, 237, 253, 264, 282, 296 f., 322 f., 403, 571 f., 639 f., 646, 749, 771
- Fraktionsassistenten 314, 327, 344, 699
- Verhältnis zur Bundespartei XIV, XXVI-II f., 98, 296 f., 388, 489, 572, 606, 643 f.
- Vorsitz, Vorstand XI, XXVIII, 723

**FDP-Bundesvorstand**
- Arbeitsweise XX–XXIII, 79, 141, 295, 315, 341, 346, 489, 567 ff., 616, 659, 702
- engerer/geschäftsf. Vorstand XXI, 3, 553, 567 ff., 572 f., 584, 586, 589, 607, 612, 628, 635, 720, 723, 725, 754
- Entschließungsanträge für den Parteitag 680 f.
- Frauenanteil XI f.
- Gesamtvorstand XII–XXIII, 316
- und Gesetzesvorhaben LIX–LXIII
- Geschäftsverteilung/Kompetenzen XXI, 3, 326
- Konstituierung 3, 316, 325, 594, 597
- Präsidium (ab 1968) 3, 723 f., 730, 732, 761
- Pressemitteilungen XXII, XXVI f., LIII, (1960) 26 ff., 31, 48 ff., (1961) 116 f., 127, 174, 178–182, 186–189, 202, 215 f., 225, 229, 286, (1962) 291 ff., 331 f., 342 f., 347 ff., 354 f., 372, 381 f., 390, 407, (1963) 541, 552 f., 561 f., (1964) 577 f., 598, (1965) 629 f., 648, 651, 654, 656, (1966) 674–678, 696 f., 700 f., (1967) 749 f., 766 ff.
- Protokollführung LXXV f., 295, 336, 584
- Verhältnis zur FDP-Bundestagsfraktion

XXVIII, 98, 103, 296 f., 388, 489, 572, 606, 643 f.
– Vertraulichkeit der Beratungen XXII, LI, 25, 158, 234, 316, 321, 341, 345, 347, 355 f., 391, 407, 525, 586, 639, 652, 751
– Wahlen, Zusammensetzung XI ff., LXVII–LXXIV, 3, 321, 593, 681 f., 761 f.

**FDP-Fachdienste** 658, 665

**FDP-Finanzierung** XXIV f., 4 f., 32, 155, 299, 326 ff., 416, 520 f., 527 f., 659, 665 f.
– Fördergesellschaften 155
– öffentliche Mittel XXIV f., 4 f., 307, 316, 326 f.
– Spenden XXIV, 4, 155, 527
– Wahlschulden siehe Wahlkampfkosten
– Zuweisungen an die Landesverbände 299, 327, 659, 665 f., 673, 699

**FDP-Koalitions-/Oppositionspolitik**
– im Bund IX f., XIV, XVI, 14, 19, 37 f., 63, 65, 68, 71, 75, 119–123, 139–158, 236–254, 516, 613, 635 f., 637, 641, 648, 650, 653, 655 f.
– in den Ländern 24 f., 61, 298, 388, 427 f., 506, 516 ff., 582, 586

**FDP-Landesverbände** XXIV, XXX–XXXVII, 5 f., 8, 11, 73, 81, 120, 307, 314, 316, 326 f., 338 f., 353, 509, 559, 563, 565, 578, 606, 612, 615, 663, 681 f., 695, 698, 744
– Anträge der Landesverbände 18 f., 520 ff., 591 f., 618, 627, 682 f., 687 ff., 736 ff.
– Hauptgeschäftsführer XXI f., 12, 21, 25, 33, 71, 136 f., 234, 296, 311, 327, 390, 657, 704
– Landesparteitage 12, 66, 299, 301 f., 310, 316 f., 518, 599, 604, 633, 675
– Landesschatzmeister 327, 704
– Landesvorsitzende XI ff., XXX–XXXIV, 22, 28 f., 566, 604, 718
– und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 373, 375, 401, 403, 417
– wahlkampfführende Landesverbände 299, 316, 327, 380, 673, 699, 726, 728
– Baden-Württemberg XI, XXXI, 11, 36, 82, 128, 145, 301, 378, 380, 569, 584, 730, 742, 745
– Bayern XXXI, XXXIV f., 17, 41, 55, 81, 327, 340 f., 343, 345 f., 427, 556, 560 f., 673, 699, 706, 709, 716, 720, 730
– Berlin XXXII, XXXV, 5, 19 f., 51, 116, 302, 326, 428, 486, 565, 599, 607, 634, 730, 769
– Bremen XXXII, 22, 82, 202, 326, 393, 527
– Hamburg XXXII, XXXVII, 11, 18 f., 82, 108 f., 122, 183, 185, 298, 326, 393, 417, 506, 544, 548, 565, 604, 642, 668 f., 670, 682, 738, 746
– Hessen XV, XX, XXII, XXXV f., 11, 21, 42, 53, 60 f., 82 f., 190, 301 f., 326 ff., 341, 380, 518, 675, 747 f.
– Niedersachsen XXXII f., 10, 12, 22, 61 f., 83, 326, 503, 516, 634, 682
– NRW XI, XXXIII, 6, 45 f., 83, 122, 145, 192, 199, 310, 321, 326 f., 329 f., 491, 504 f., 518, 610, 694 f., 696 f.
– Rheinland-Pfalz XXXIII, 11, 20, 32, 42, 83, 145, 326, 506, 518, 682
– Saar siehe auch Demokratische Partei Saar XVI f., XXXIII, XXXVI, 11 f., 60 f., 82, 128, 202, 310, 316 f., 326, 631 f., 708
– Schleswig-Holstein XXXIII f., XXXVII, LVII, 83, 316, 326 f., 518, 520, 632 f., 716

**FDP-Landtagsfraktionen** 18, 21, 81, 354, 519

**FDP-Parteiprogramme**
– Berliner Programm (1957) XXXVII, LVII, 8, 11, 27, 113, 159, 733, 747
– Deutschlandplan (1959) LIV, 11, 26 f., 71, 244, 250, 252
– 30 Thesen zur Deutschlandpolitik (1967) 739
– Aktionsprogramm (1967) LIX, 739, 743 f.
– Grundsatzprogramm (1967/68) 743, 747, 750–761, 765, 769

**„FDP-Schnelldienst"** 569, 744

**Freie Deutsche Jugend (FDJ)** 575

**„Das freie Wort"** XXVI f., 4 f., 59 f., 522, 527, 552, 569

**Freier Demokratischer Studentenbund/Freiheitlich-Deutscher Studentenbund (FDS)** XL f., 523 f., 525 ff., 560 f., 660 f., 673, 692, 696, 707

**Frenzel**, Alfred, 1953–1960 MdB (SPD) 42 ff.

**Freudenberger**, H. H., 1960 vorübergehend Betreuer des Referats Agrarpolitik in der FDP-Bundesgeschäftstelle 4

**Frey**, Hans, bis 1965 Vors. des LSD-LV Berlin, 1965–1966 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes 627 f.

**Friderichs**, Hans, ab 1959 stellv. Vors. des FDP-Bezirksverbandes Rheinhessen, ab 1963 stellv. Bundesgeschäftsführer und ab 1964 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1965–1969 MdB XIII, LI f., 552, 569, 571 ff., 583 f., 628, 630, 632, 637, 640, 645,

648, 653 f., 655, 657, 660, 662, 665, 668, 673, 682, 691, 699, 725, 732, 746

**Friedensvertrag** siehe Deutschlandpolitik

**Friedrich-Naumann-Stiftung** 456, 725, 748

**Friese-Korn**, Lotte, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1953–1961 MdB (FDP), 1957–1961 Vors. des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion
– als Sitzungsteilnehmerin 25, 28

**Fullbright**, William J., Vors. des Auswärtigen Ausschusses des Senats der USA 264

**Funcke**, Liselotte, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, Vors. des Kirchlichen Arbeitskreises der FDP, ab 1964 Mitglied des Bundesvorstandes, 1950–1961 MdL in NRW, ab 1961 MdB (FDP) XII, XXXII, LXIII, 83, 347, 363, 368, 371, 404 f., 607, 610 f., 639, 732, 746, 752

**Furler**, Hans, 1958–1973 dt. MdEP (CD) 453, 595

**Gärtner**, Volker, 1963–1964 Bundesvorsitzender des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 504 f., 523, 575

**Gäsing**, Reinhard, 1959–1960 Bundesvors. des LSD
– als Sitzungsteilnehmer 8, 25

**Gaitskell**, Hugh, 1955–1963 Vors. der brit. Labour Party 99, 298

**Gaulle**, Charles de LVI, 31, 35, 115, 429, 435, 437, 439, 441, 450, 452–462, 464, 466, 469, 472–476, 505 f., 537, 539, 662, 670, 700

**Gebhardt**, Kurt, ab 1963 Oberbürgermeister (FDP) von Waiblingen/Württ. 519

**Gebiets- und Verwaltungsreform** 685

**General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)** 432, 558

**Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte 1959** 340

**Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte 1962** 339, 342, 646

**Genfer Vier-Mächte-Konferenz 1955** 298

**Genscher**, Hans-Dietrich, 1959–1969 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1962–1964 auch Bundesgeschäftsführer der FDP, ab 1965 MdB XXIII, LVIII, LXXVI, 81, 84, 122, 147, 315, 335, 371, 547, 642 f., 672, 698 f., 714, 725
– als Bundesgeschäftsführer 345, 356, 429 f., 478, 505, 507, 518, 520, 523, 525 f., 552, 566, 569
– als Fraktionsgeschäftsführer 134, 179, 186, 344, 569, 571 ff., 577 f., 584, 589, 596 f., 621, 646 ff., 718, 765
– und Parteiengesetz 603, 691
– und Sozialpolitik 351, 574

**Gentner**, Hermann, 1959–1963 Leiter der Abt. I der FDP-Bundesgeschäftsstelle (Finanz-, Verwaltungs- und Verlagswesen) LXXVI, 309, 312, 315 f., 318, 337, 344

**Gerber**, Klaus-Peter, ab 1961 Referent für Arbeits- und Sozialpolitik einschl. Vertriebenenpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 321, 325, 329, 350, 383, 428, 574, 580, 582, 598, 605, 608, 612, 616

**Gerhard**, Hans, bis 1962 stellv. Vors. des Kommunalpolitischen Bundesausschusses der FDP, ab 1962 stellv. Vors. des Ausschusses für Angehörige der Öffentlichen Verwaltung, Hrsg. der FDP-Zeitschrift „Das Rathaus“ 335, 341, 347, 489 f., 499

**Gerlach**, Manfred, 1954–1967 Geschäftsführer der LDPD, 1967–1989 Vors. der LDPD, 1960–1989 stellv. Vors. des Staatsrates der DDR 675 f.

**Gerlach**, Walther, entpfl. o. Univ.-Prof. für Physik 532

**Gerrads**, Walter, Landesschatzmeister der FDP Baden-Württemberg 704

**Gerstenmaier**, Eugen, 1956–1969 stellv. Bundesvors. der CDU, 1949–1969 MdB, 1954–1969 Präs. des Deutschen Bundestages LII, 30, 33, 42, 73, 87, 474 f., 548, 595, 655
– Erklärung vom 30. 6. 1961 159, 252 f., 258, 267, 290, 296
– als Kanzlerkandidat 89, 104, 129, 131 f., 151–154, 641
– und Regierungsbildung 1961 XLIII, 87 ff., 152
– und „Spiegel“-Affäre/Regierungsumbildung 368 f., 374, 387, 397, 407

**Gesamtdeutsche Partei (GDP)** 48, 62, 85, 116, 237, 316, 632

**Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)**

siehe auch Vertriebene 5, 22, 29 f., 33, 44, 47–50, 54, 59, 62, 316, 503, 691

**Gesetze, Gesetzesmaterien**
- Altersversicherung, Altersversorgung 165, 217, 351
- Arbeiterkrankengesetz 248
- Ausbildungsförderungsgesetz 352, 662, 737
- Baustoppgesetz 313, 510
- Beamtenbesoldung, Beamtenrecht 490 ff., 499 ff.
- Bundesbesoldungsgesetz 404, 500
- Bundespressegesetz 518, 522
- Bundesseuchengesetz 164
- Bundessozialhilfegesetz LIX f., 125, 164, 736
- Bundesurlaubsgesetz 351 f.
- Bundeswahlgesetz 14 f., 33, 50, 151
- 131er-Gesetz 490, 502 f.
- Einkommensteuergesetz 313
- Familienrechtsänderungsgesetz LIX f., 86, 125, 173
- Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit 313
- Haushaltsgesetzgebung 163, 166, 323
- Jugendarbeitsschutzgesetz 125 f., 164, 168, 323
- Jugendwohlfahrtsgesetz LIX f., 86, 125, 164, 173, 736
- Kindergeldgesetz LX f., 42, 165, 248, 261, 350 f., 541, 546, 570
- Krankenversicherungsreform LX f., 164, 168, 248, 323, 353 ff., 510, 573 f.
- Kreditfinanzierungsgesetz 725, 730
- Kriegsfolgengesetzgebung 322, 350, 352, 413, 558, 562, 687
- Kriegsopferversorgung 165, 683, 687
- Landwirtschaftsgesetz 64, 166, 493
- Lastenausgleichsgesetzgebung 322 f., 384, 403 f., 687
- Lohnfortzahlungsgesetz LX f., 248, 323 f., 349 ff., 354 f., 547, 553, 573
- Mitbestimmungsgesetz 160, 686
- Rentenanpassungsgesetz 405
- Parteiengesetz siehe Parteiengesetz
- Personalvertretungsgesetz 323
- Stabilitätsgesetz 160, 667, 698, 703 f.
- Steuergesetzgebung siehe Finanzpolitik
- Strafrechtsreform 162, 521, 592, 690, 736 f.
- Urheberrechtsgesetz 163
- Vermögensbildung der Arbeitnehmer 43, 163, 349, 605 f., 625 f.
- Vertriebenengesetzgebung 384
- Wehrpflichtgesetz 247, 270 f.

**Gewerbeverbände** 333

**Gewerkschaften** LXIII, 160, 591
- Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) 322
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 302, 317 f., 352, 488 f.
- IG Bergbau 322
- Tarifkonflikt, Tarifverhandlungen 306 f., 322, 328, 385

**„Gewerkschaftliche Monatshefte“** 352

**Gibbert**, Paul, 1946/47–1967 Präs. der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 1949–1967 MdB (CDU) 197

**Giesemann**, Willi, 1960–1965 Mitglied der Fußball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland 228

**Gilpatric**, Roswell L., stellv. US-Staatssekretär für Verteidigung 438 f.

**Glaesser**, Wolfgang, MinR, dann Leiter der Abt. III (Inland) im BPA 89

**Glahn**, Fritz, 1958–1966 Vors. des FDP-LV Rheinland-Pfalz, 1958–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1959–1966 Minister für Finanzen und Wiederaufbau in Rheinland-Pfalz XXXIII, LI, 10, 12, 43, 61, 160, 344, 579, 623, 625
- und „Spiegel“-Affäre/Regierungsumbildung 380, 389, 395, 403

**Glatz**, Günther, ab 1956 in der FDP politisch tätig, ab 1969 stellv. Vors. des FDP-LV Hamburg
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 486

**Glesius**, August, 1955–1963 MdL (FDP) in Rheinland-Pfalz
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 486

**Globke**, Hans, 1953–1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt 173 f., 235, 356, 362, 369, 371

**Gönnenwein**, Otto, bis 1963 o. Prof. Univ. Heidelberg, bis 1960 Vors. des Kommunalpolitischen Bundesausschusses der FDP, 1953–1963 MdL in Baden-Württemberg
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 8, 46

**Görcke**, Hans-Helmuth, bis 1960 Generalstaatsanwalt in Berlin (West), ab 1961 Mitglied der FDP 51

**Graaff**, Carlo, ab 1956 Vors. des FDP-LV Niedersachsen, ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Verkehrsausschusses der FDP, ab 1965 MdB,

1959–1965 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Niedersachsen XXXII, 17, 21 f., 29 f., 60, 335, 378, 516 f., 523, 700, 702, 729, 746
– und DP, GB/BHE 22, 29 f., 48, 59 f., 503

**Graf**, Ulrich, 1959–1971 Senator für Justiz und Verfassung sowie Senator für Kirchliche Angelegenheiten in Bremen XXXII, 36, 51, 768

**Grass**, Günter, (geb. 1927), dt. Schriftsteller 663

**Grewe**, Wilhelm G., Prof., 1958–1962 Botschafter in den USA, 1962–1971 Botschafter beim NATO-Rat in Paris (bis 1967) und in Brüssel 172, 263

**Grimond**, Joseph, ab 1956 Vors. der brit. Liberal Party 333, 340, 453, 629

**Grittmann**, Eugen, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Saarland
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 383, 519, 574, 656, 658, 693, 704, 708, 710

**Grolmann**, Helmuth Otto Wilhelm von, 1959–1961 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages 73

**Gromyko**, Andrej Andrejewitsch, sowjet. Politiker, ab 1956 Mitglied im ZK der KPdSU, ab 1957 Außenminister 246, 339, 528, 539

**Großbritannien** 16, 94, 167, 209, 255 f., 261, 283, 448 f., 531, 602, 629
– und EWG 424 ff., 431 f., 435 ff., 439, 441, 455, 457, 472, 475
– Labour Party 43, 256
– Liberal Party 256, 333 f.

**Grund**, Walter, 1956–1963 Präs. der Oberfinanzdirektion Hamburg, 1963–1969 Staatssekretär im BMF 418

**Grundgesetz** LV, 214, 241, 243 f., 250 f., 259, 278 f., 301, 434
– Präambel 142, 278 f.
– Art. 10 551
– Art. 12 608
– Art. 12 a 608
– Art. 21 124
– Art. 33 7
– Art. 35 224
– Art. 38 LIII, 124, 644
– Art. 53 a 224 f.
– Art. 59 433, 475
– Art. 64 LIII, 376, 650
– Art. 67 282, 392
– Art. 74 167
– Art. 75 499, 501
– Art. 87 a 224
– Art. 106–109 160
– Art. 107 752
– Art. 112 322 f.
– Art. 115 a–l 224
– Art. 131 502 f.

**Güde**, Max, 1950–1962 Bundes-, Ober- (1956) und Generalbundesanwalt (1957), 1961–1969 MdB (CDU) 549

**Gutscher**, Jörg Michael, ab 1963 Mitglied der FDP und Wiss. Mitarbeiter der FDP/DVP-Landtagsfraktion in Stuttgart, ab 1966 Geschäftsführer der FDP/DVP-Fraktion
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 582

**Guttenberg**, Karl-Theodor Frhr. von und zu, 1957–1972 MdB (CSU), 1967–1969 Parl. Staatssekretär im Bundeskanzleramt XLVI f., 307, 383, 386, 413, 456, 564, 578

**Haagmann**, Hans Günter, Mitglied des FDP-LV NRW 717

**Haas**, Albrecht, 1956–1964 Vors. des FDP-LV Bayern, 1957–1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1950–1965 MdL in Bayern, 1958–1962 Justizminister, 1965–1970 MdB (FDP) XXXI, XXXIV f., LII, 46, 51, 81, 132 f., 373, 450, 521
– und Landesverband Bayern 17, 41, 341, 345 f., 430, 523, 556, 560 f., 714
– und Wahlkampffragen 35 f., 39, 77, 643

**Habenicht**, Gerhart, 1963–1967 Senator für Gesundheitswesen in Berlin 729

**Haberkern**, Hans-Jörg, bis 1960 Mitarbeiter in der Redaktion von „Das freie Wort“ 4

**Hämmerling**, Ludwig, Vors. des Bundesverbandes der Angestellten des Öffentlichen Dienstes, 1963 Mitglied eines Unterausschusses des Ausschusses Öffentlicher Dienst der FDP 499

**Häusser**, Erich, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 605

**Haferland**, Hans, ab 1960 kulturpolitischer Referent bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle, später Leiter der Abt. Bildungspolitik ebd. 499, 507

**Haffner**, Sebastian, 1954–1961 Deutschland-Korrespondent des „Observer“, 1961–1963

politischer Kolumnist für „Die Welt“ 257, 374

**Hallstein**, Walter, Prof. 1958–1967 Präs. der Kommission der EWG 453
– Hallstein-Doktrin XV, LVII, 172 f., 244 f., 251, 255–257, 262–265, 281, 284, 291

**Hamburg** 431, 478, 481, 602
– Bürgerschaftswahlen XXXVII, 88, 108 f., 177, 183, 212, 298, 642, 657, 668 f., 670
– Senat, Regierungsbildung 183, 298, 388, 668 f., 670

**„Hamburger Abendblatt“** 184

**Hamm**, Ludwig, 1961–1966 MdB (FDP), 1961–1965 Vors. des BT-Gesundheitsausschusses, 1966–1967 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Rheinland-Pfalz IL, 83, 131, 225, 366, 380 f., 404, 418, 545, 644

**Hamm-Brücher**, Hildegard, 1950–1966 MdL (FDP) in Bayern, 1963 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1967–1969 Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium XII, XXXI, XXXV, 340, 345 f., 602 f., 606 f., 610, 634, 723, 732

**Hammersen**, Walter, stellv. Vors. des Bundesausschusses für Wohnungsfragen, Städtebau und Raumordnung der FDP, 1961–1965 MdB (FDP) 83, 278 f., 335, 542

**„Handelsblatt“** (Düsseldorf) 738

**Harm**, Walter, 1957–1964 MdB (SPD) 204

**Harms**, Gerhard, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bayern 10 f.

**Hartkopf**, Günter, FDP-Mitglied, ab 1961 Leiter des Ministerbüros des FDP-Bundesfinanzministers, später Senatsdirektor der Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin 536, 540, 729, 739

**Hase**, Karl-Günther von, bis 1962 MinDir im AA, 1962–1967 Sprecher der Bundesregierung 305, 361, 601

**Hassel**, Kai-Uwe von, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes (ab 1956 stellv. Vors.), 1953–1954 und ab 1965 MdB, 1963–1966 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesvertriebenenminister 85, 87, 90, 175, 369, 410, 414, 427, 442, 445, 448, 454

**Haußmann**, Wolfgang, 1946–1964 Vors. der DVP/FDP in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, bis 1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1952–1964 und 1968–1972 MdL in Baden-Württemberg, 1953–1966 Justizminister ebd. XXXI, 51, 80, 106, 327, 520 f., 527, 530, 566
– und Koalitionsverhandlungen 1961 116, 119 ff., 126 f., 145 f., 188
– und Landtagswahlen in Baden-Württemberg 63, 584, 586
– und Regierungsbildung in Baden-Württemberg 24, 586
– und „Spiegel“-Affäre/Regierungsumbildung 378, 380, 388, 412, 417, 419
– und Wahlkampffragen 36, 77, 554

**Heath**, Edward R. G., brit. Politiker, ab 1960 Lordsiegelbewahrer, 1963/64 Minister für Industrie, Handel und Regionalentwicklung, ab 1965 Präsident der Konservativen Partei 340

**Heck**, Bruno, 1957–1976 MdB (CDU), 1962–1968 Bundesfamilienminister 168, 410

**Hedergott**, Winfried, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen, ab 1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, ab 1951 MdL in Niedersachsen (ab 1958 Fraktionsvors.) XXXIII, 692, 707

**Heinicke**, Reinhold, Vors. des Bezirksverbandes Erfurt der LDPD 677

**Heinz**, Wolfgang, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 693, 722, 750, 754, 761

**Heitschmidt**, Arthur, 1955–1963 MdL des Saarlandes (FDP/DPS), 1961–1963 Minister für Finanzen und Forsten ebd. 161, 422

**Heitz**, Barthold, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 486

**Hellige**, Walther, stellv. Vors. des Kulturpolitischen Ausschusses der FDP, 1961–1967 MdB (FDP), fraktionslos, ab 1967 MdB (CDU) 83, 334, 338, 364, 397, 411, 416

**Hellwege**, Heinrich, 1947–1961 Vors. der DP, ab 1961 Mitglied der CDU 54, 59 f.

**Hemingway**, Ernest, (1899–1961), amerikan. Schriftsteller 532

**Henckel von Donnersmarck** siehe Donnersmarck

**Herbst**, Hans-Joachim, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein (1967

stellv. Vors.), ab 1957 MdL in Schleswig-Holstein
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 314, 761

**Herter**, Christian A., 1959–1961 US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, 1962 Sonderbeauftragter von Präsident Kennedy für Wirtschaftsverhandlungen 6
– Herter-Plan 6, 340, 345, 570, 646

**Herwarth von Bittenfeld**, Hans, 1955–1961 dt. Botschafter in London, 1961–1965 Chef des Bundespräsidialamtes, 1965–1969 dt. Botschafter in Rom 142

**Hessen**
– und deutsch-französischer Vertrag 447, 473, 477 479
– Kommunalwahlen 7, 10, 42, 518, 605
– Landtagswahlen 88, 177, 212, 353, 380, 729
– Regierung 654, 691

**Hettlage**, Karl Maria, 1959–1962 Staatssekretär im BMF, ab 1962 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS 415

**Hetzel**, Walter, bis 1964 Geschäftsführer des FDP-Bezirksverbandes Mittelfranken, ab 1964 in der FDP-Bundesgeschäftsstelle für Organisations- und Koordinierungsfragen zuständig
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 605, 608, 612, 631, 664, 671, 693, 705, 710, 717, 741

**Heuser**, Hedda, Vors. des Gesundheitspolitischen Ausschusses des FDP-LV NRW, ab 1964 Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1962–1965 und erneut ab 1968 MdB (FDP) 408, 491, 547, 621

**Heuss**, Theodor, 1949–1959 Bundespräsident, ab 1959 wieder FDP-Mitglied XIV, 56, 60, 74 f., 80, 144, 352, 417, 676

**Heye**, Hellmuth, 1961–1964 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages 609

**Hillenbrandt**, Leiter der Deutschland-Abt. im US-State Department 93

**Hitler**, Adolf, Führer der NSDAP, 1933–1945 Reichskanzler 238

**Hochschulen/Hochschulreform** siehe Kulturpolitik

**Höcherl**, Hermann, 1953–1976 MdB (CSU), 1957–1961 stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1965 Bundesinnenminister, 1965–1969 Bundesernährungsminister 141, 357, 359 f., 410, 542, 549

**Hölzel**, Josef, 1960–1965 Staatssekretär im BMI 360

**Hoeppel**, stellv. Vors. des Mittelstandsausschusses der FDP 334

**Hoernigk**, Rudolf, stellv. Vors. des Sozialpolitischen Ausschusses der FDP 335

**Höttler**, Rainer, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 598, 605

**Hoffmann**, Johannes, 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes (CVP) 215

**Hofmann**, Harald, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 329, 422, 503, 574

**Holl**, Karl, 1964–1966 Bundesvors. der DJD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXVIII, 589, 606 ff., 692, 707, 732

**Home**, Lord Alexander Frederick, brit. Außenminister 264, 339 f., 449, 472, 528

**Hoogen**, Matthias, 1949–1964 MdB (CDU), ab 1964 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages 609

**Hopf**, Volkmar, 1959–1964 Staatssekretär im BMVert. XLVI, 356, 358–367, 369, 373, 378, 414, 660

**Hoppe**, Hans-Günter, 1961–1971 stellv. Vors. des FDP-LV Berlin, ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1952–1958 und 1963–1973 MdA in Berlin (FDP), 1963–1967 Senator für Finanzen ebd., 1967–1971 Senator für Justiz XXXII, IL, 51 f., 299, 424, 544, 567 f., 732, 748, 769
– und Berlin/-Politik 51 f., 304, 523, 530, 540 f., 548, 565 f., 571 f., 576, 578, 580, 601, 607, 718
– und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 366 ff., 393, 411, 416

**Horn**, Klaus, Vors. des LHG Marburg, später auch stellv. Vors. des LSD-LV Hessen und Mitglied des LSD-Bundesvorstandes 53 f.

**Horn**, Peter, 1950–1965 MdB (CDU), Vors. des Arbeitskreises Sozialpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 245, 266, 280 f.

**Horten**, Helmut, (1909–1987), Unternehmer 71, 130

**Hoven**, Viktor, 1957–1965 MdB (FDP) 406, 479

**Hüttebräuker**, Rudolf, bis 1962 Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1962–1968 Staatssekretär (FDP) im Bundesernährungsministerium 305, 559, 568

**Hummel**, Karl-Hermann, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Baden-Württemberg 80, 315, 672
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 24 f., 300, 383, 422, 519, 574, 582, 656, 658, 678, 704, 710

**Humphrey**, Hubert Horatio, stellv. Fraktionsvors. der Demokratischen Partei im Senat der USA 246, 251, 259, 264

**Ilk**, Herta, bis 1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Ausschusses für Verbraucherfragen der FDP XII, XXXI, XXXV, 55, 84, 122, 335, 344, 351, 377, 380, 420, 460, 476, 526, 547, 572

**Imle**, Wolfgang, stellv. Vors. des Ausschusses für Kriegsopfer und Heimkehrer der FDP, 1960–1965 und ab 1967 MdB (FDP), 1963–1965 Vors. des Arbeitskreises Wirtschaftpolitik der FDP-Bundestagsfraktion XLVI, 83, 97, 323, 335, 624
- Kommission für Koalitionsverhandlungen 1961 119, 121, 123, 127, 239, 280
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 365, 375, 379, 402 f., 406

**Industrie** LXIII, 9, 82, 206, 213, 215, 217
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 9, 82, 155, 176, 318, 385, 396, 719
- Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie LIX f., 42, 86, 160, 168

**„Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft"** 521, 528

**Interparlamentarische Union** 97

**Interzonen-Treuhandstelle** siehe Deutsche Demokratische Republik

**Iran** 749, 769

**Israel** X, 624

**Italien** 435, 446, 464, 602

**Iversen**, Gerd, stellv. Vors. des Gesundheitspolitischen Ausschusses der FDP XXXIV, 334, 338 f., 468 f., 478, 491, 504 f., 508

**Jakob**, Vera, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
- als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 486

**Jaeger**, Richard, 1949–1980 MdB (CSU), ab 1953 BT-Vizepräs., 1965 und ab 1967 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes, 1965–1966 Bundesjustizminister 296, 307, 385, 390 f., 408, 412, 621, 690

**Jaekel**, Helmut, bis 1961 Referent für Sozialpolitik bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 25, 41

**Jahn**, Gerhard, 1957–1983 MdB (SPD), 1961–1963 und 1965–1967 Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion 358, 691

**Jansen**, Josef, 1960–1963 MinDir im AA 434, 467, 470 f., 474 f., 476, 480

**Japan** 81

**John**, Kurt, Mitglied des FDP/DPS-Landesvorstandes, ab 1955 MdL (FDP/DPS), 1961–1967 2. Vizepräsident
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 668, 678

**Johnson**, Lyndon B., 1963–1969 Präsident der USA 558, 570, 584, 702

**Josten**, Johann Peter, 1953–1980 MdB (CDU) 156

**Kalmring**, Gebhard, stellv. Vors. des Bezirksverbandes Erfurt der LDPD 677
- Kanada 81

**Kapfinger**, Hans, Hrsg. der „Passauer Neuen Presse" 156, 230

**Kappus**, Hilde, ab 1964 Referentin für Frauenfragen bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle
- als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 598, 605, 608, 616, 635, 679

**Karry**, Heinz Herbert, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen, 1960–1977 MdL in Hessen (1963–1968 stellv. Fraktionsvors.) 705 f., 718, 721, 732, 748

**Kaschke**, Heinz, ab 1963 MdA (FDP) in Berlin, ab 1967 Landesgeschäftsführer der FDP Berlin
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 585, 704

**Kasten**, Arne, Bundesvors. des FDS 660

**Kastenmeyer**, Günther, 1962–1964 Bundesvors. der DJD und kooptiertes Mitglied des

FDP-Bundesvorstandes XXXVIII, 325 f., 393, 488, 521, 523 f., 561, 565 f., 583

**Katzer**, Hans, 1957–1980 MdB (CDU), Sprecher der Sozialausschüsse der CDA 266, 304, 307, 410

**Kayser**, Christian, 1966–1967 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. der LHG Göttingen XXXIX, 673, 682

**Keim**, Fritz, bis 1960 Referent für Agrarpolitik bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle 4

**Keitel**, Ulrich, 1961 FDP-Mitgliedschaft (LV Hessen) suspendiert, 1967 Übertritt zur CDU XXXV f., 21, 53, 60 f.

**Keller**, Ernst, 1957–1963 MdB (FDP) 393
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 25, 28, 486

**Kellner**, Wolf Erich, bis 1964 stellv. Bundesvorsitzender der DJD 525, 569

**Kennedy**, Jacqueline, Frau von John F. Kennedy 454

**Kennedy**, John F., 1961–1963 Präsident der USA 56, 67, 94, 198, 246, 249, 263, 272, 275, 297, 313, 391, 415, 437, 454 f., 457, 461, 474, 505 f., 536 f., 540, 557
– Kennedy-Runde 558

**Kennedy**, Robert F., Bruder von John F. Kennedy, 1961–1964 US-Staatssekretär für Justiz, 1964–1968 Senator für New York 539

**Kersig**, Hans, Vors. des Ausschusses für Wohnungsfragen, Städtebau und Raumordnung der FDP 335, 508 f.

**Kienbaum**, Gerhard, 1954-1962 und 1966–1969 MdL in NRW, 1962–1966 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr 337, 703

**Kiep**, Walther Leisler, 1965–1976 und 1980–1982 MdB (CDU) 638

**Kiep-Altenloh**, Emilie, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg, stellv. Vors. des Ausschusses für Verbraucherfragen der FDP, 1961–1965 MdB (FDP), 1957–1961 Senatorin für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg 77, 82, 335, 364, 366, 401, 403, 416, 513

**Kiesinger**, Georg, 1960–1966 MdL (CDU) in Baden-Württemberg, 1969–1980 MdB (CDU), 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler 145 f., 214, 375, 381, 595, 695, 718, 723, 725

**Kindergeld/-gesetz** L, LX ff., 42, 165, 248, 261, 350 f., 541, 546, 570

**Kirchen, Konfessionen** LIX f., LXII f., 17, 54, 63, 98, 120, 217, 264, 302, 610, 639, 751 f.
– Denkschrift der EKD (1965) 687 f.
– „klerikale Gesetze“ 86, 125, 173, 736
– Konkordatsfragen LXII, 625, 634

**Kirchhoff**, Friedrich Wilhelm, 1965–1969 Assistent der FDP-Bundestagsfraktion LXXVI, 356
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 66, 73, 76, 297, 300, 306, 309, 314, 320, 329, 350, 383, 422, 428, 519, 562, 598, 605, 612, 627, 631, 656, 668, 671, 693, 697, 701, 703, 717, 728, 741

**Kirsch**, Wolfgang, 1963–1967 Senator für Justiz in Berlin (FDP)

**Kirst**, Victor, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg (1967–1969 stellv. Vors.)
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 486, 761, 767

**Kissinger**, Henry A., Prof. Havard Univ., Sonderberater von Präsident Kennedy für strategische Fragen 263, 272, 276

**Klasen**, Guido, 1966–1971 Landesschatzmeister des FDP-LV Hamburg
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 704, 764

**Klein**, Fritz, 1922–1925 außenpolitischer Redakteur und 1925–1933 Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Berlin) 287

**Kleinknecht**, Theodor, 1955–1963 MinRat im BMJ, ab 1963 Generalstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft des OLG Nürnberg 358

**Knapp**, Erich H., stellv. Vors. der örtlichen Gruppe Frankfurt a. M. der Liberalen Weltunion 53, 60

**Knoeringen**, Waldemar von, 1947–1963 Vors. des SPD-LV Bayern, 1958–1962 stellv. SPD-Bundesvors., ab 1946 MdL in Bayern 241

**Knoll**, W., Mitglied des DJD
– als Sitzungsteilnehmer 25

**Koalitionsbildung** siehe Regierungsbildung

**Koalitionspolitik der FDP** siehe FDP-Koalitions-/Oppositionspolitik

**Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP (20. 10. 1961)** XLIV, LV, 101, 111, 159–164, 174, 241, 298, 301, 330, 404, 407, 410, 413, 438, 485, 542 f.

**Koch**, Reinhard, Mitglied des FDP/DPS-Landesvorstandes Saar (ab 1967 Vors.), 1965–1970 MdL (FDP/DPS), 1965–1970 Minister für Finanzen und Forsten des Saarlandes XXXIII, 632, 748
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 627, 635, 656, 664, 668, 671, 678, 697, 701, 745

**Koch**, Thilo, Journalist und Schriftsteller 99

**Koegel**, Gerd, ab 1966 Leiter des Pressereferats in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 740
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 679, 693, 697, 703, 705, 708, 710, 717, 719, 734, 741, 754, 761, 764, 770

**Köhler**, Otto, ab 1956 Mitglied des FDP-LV Schleswig-Holstein (zeitweise stellv. Vors.), 1957–1960 MdB (FDP) 486

**Kohl**, Heinrich, 1962–1967 Vors. des FDP-LV Hessen, 1950–1970 MdL (FDP) in Hessen, 1963–1965 Vors. der FDP-Landtagsfraktion XXXII, 301 f., 336, 347, 365, 370, 380, 388, 398 f., 411, 420, 518, 539 f., 597, 618, 621 f., 643 f., 732, 748

**Kohut**, Oswald, 1958–1962 Vors. des FDP-LV Hessen, bis 1962 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1956–1962 stellv. Vors.), 1954–1957 MdL (FDP) in Hessen, 1957–1965 MdB (FDP) XXXII, IL, 19, 22, 29, 82, 181, 302, 341, 544
- und innenpolitische Fragen 7, 10 f., 211 f.
- Kommission für Koalitionsverhandlungen 1961 115, 117 ff., 121, 123, 126 f.
- Parteiangelegenheiten 11, 18, 21, 30, 43, 53
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 360, 371, 376, 402, 406, 410, 412, 419 f.
- als stellv. Parteivorsitzender XI, XV f., 3

**Kommunalpolitische Richtlinien der FDP (1959)** 7

**Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** XXXVIII, 217, 583

**Kommunistische Parteien, Kommunismus** 19, 47, 592, 662

**Koniecki**, Dieter, bis 1960 in der Redaktion der LSZ, bis 1961 Ostreferent des LSD, 1961–1966 in Haft in der ČSSR, 1966 freigelassen 67, 69

**Konkordatsfragen** siehe Kirchen

**Kopf**, Hermann, 1949–1969 MdB (CDU), 1960–1969 Vors. des BT-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten bzw. des Auswärtigen Ausschusses des BT 152, 169, 204

**Korber**, Horst, Senatsrat in der Senatskanzlei von West-Berlin 557, 571, 576, 600

**Krag**, Jens Otto, 1958–1962 und 1966–1967 dänischer Außenminister, 1962–1968 und 1971–1972 Ministerpräsident 458

**Krankenversicherungsreform** L, LX ff., 17 f., 164, 248, 323 f., 350 f., 353–355, 510, 546 f., 553, 573 f.

**Kreitmeyer**, Reinhold, ab 1966 stellv. Vors. des FDP-LV Niedersachsen, ab 1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1965 MdB (FDP) XVIII, XXXIII, 54, 83, 110 ff., 229, 269, 282 f., 361, 399, 403

**Kriegsfolgengesetze** siehe Gesetze/Gesetzesmaterien

**Kroll**, Hans, 1958–1962 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau 264, 304, 307

**Krone**, Heinrich, 1949–1969 MdB (CDU), 1955–1961 Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1964 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1964–1965 Vors. des Bundesverteidigungsrates, 1965–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates XLIII, 70 f., 104, 132, 138, 141, 151, 153, 246, 252, 254, 280 f., 330 f., 369, 371, 373, 383, 402, 409, 416, 428, 537, 596

**Krüger**, Hans, 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des BdV, 1963–1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 384, 529

**Krümmer**, Ewald, 1963–1965 MdB (FDP), 1964–1965 Vors. des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der FDP-Bundestagsfraktion 550, 621

**Krummacher**, Friedrich A., 1961 FDP-Mitgliedschaft (LV Hessen) suspendiert XXXVI, 53, 60 f.

**Krupp von Bohlen und Halbach**, Alfried, (1907–1967), Industrieller 185

**Kuba-Krise (1962)** 357, 374, 438, 487

**Kubicki**, Stanislav Karol, Mitglied des FDP-LV Berlin 565 f.

**Kubitza**, Werner, Vors. des Jugendpolitischen Ausschusses der FDP, 1961–1969 MdB (FDP) 81, 314, 334, 368, 640, 644, 715

**Kühlmann-Stumm**, Knut Frhr. von, ab 1962 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1960–1972 MdB (FDP), 1961–1963 stellv. Vors. und 1963–1968 Vors. der FDP-Bundestagsfraktion XVIII-XXXII, 82, 216, 228 f., 303, 305, 325, 505, 529
- Außen-/Deutschlandpolitik 425, 570
- als stellv. Fraktionsvorsitzender XLVIII, L, 323, 530, 536, 552
- als Fraktionsvorsitzender XIII, XXXII, 564, 579, 595 f., 600, 620, 626, 640, 646, 648, 653, 674, 718
- und Regierungsbildung 1963 542 f., 545
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 366, 374, 378, 387, 391 f., 399, 410 f., 413, 415 f., 418 ff., 421
- und Wirtschaftsfragen 317, 542, 559

**Külz**, Wilhelm, 1945–1948 stellv. Vors. bzw. Vors. der LDPD 676

**Kühn**, Detlef, etwa ab 1966 Assistent der FDP-Bundestagsfraktion
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 693, 697, 717, 728, 734, 754

**Kühn**, Heinz, 1953–1963 MdB (SPD), 1962–1980 MdL (SPD) in NRW, 1966–1978 Ministerpräsident von NRW XIX, 694, 718

**Kühn**, Walther, 1949–1962 MdB (FDP), 1957–1962 Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion 29, 134 f., 383, 398, 408, 422

**Kuhn**, Albin, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof 357 f., 362, 370

**Kulturpolitik** LXIII, 304, 328, 338 f., 342 f., 593, 602 f., 610, 648, 662, 712, 733, 737, 752, 757 f.
- Ausbildungsförderung 662 f.
- Erziehungswesen (Schulfragen) 338, 522, 592
- Hochschulen, Hochschulreform 46, 493–499, 522, 757
- Lindauer Vereinbarung (1957) 446
- Ständige Konferenz der Kultusminister 423, 603
- Wissenschaftsförderung 167, 423 f., 530–535
- Wissenschaftsrat 167, 423, 532, 602 f., 617

**„Kulturpolitische Mitteilungen"** 658

**Kuratorium „Unteilbares Deutschland"** XVII, 22, 555, 557, 560

**Kussmaul**, Richard, 1959–1961 Vors. des FDP-Kreisverbandes Karlsruhe, etwa 30 Jahre lang Rechnungsprüfer der FDP 13 f.

**Lademann**, Karl, Vors. des DJD Schleswig-Holstein, Mitglied des FDP-LV Schleswig-Holstein 736 ff.
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 761, 764, 767

**Lafrenz**, Hans-Peter, 1964–1966 Referent für Innen- und Kommunalpolitik bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 605, 608, 612, 616, 631, 679, 693

**Langeheine**, Richard, ab 1960 Vors. des DP-LV Niedersachsen, ab 1961 Landesvors. der GDP Niedersachsen (gemeinsam mit Hermann Ahrens, BHE), 1955–1974 MdL in Niedersachsen (ab 1963 CDU) 22, 48, 59 f.

**Leibholz**, Gerhard, ab 1947 o. Prof. Univ. Göttingen, 1951–1971 Richter am Bundesverfassungsgericht 691

**Leisler Kiep** siehe Kiep, Walther Leisler

**Lemke**, Helmut, ab 1955 MdL (CDU) in Schleswig-Holstein, 1963–1971 Ministerpräsident 427, 547

**Lemmer**, Ernst, 1952–1970 MdB (CDU), 1963–1964 stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1957–1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 10, 409

**Lenz**, Hans, 1958–1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1960–1964 stellv. Bundesvors., 1953–1967 MdB (FDP), 1957–1961 stellv. Vors. der FDP-Bundestagsfraktion, 1961–1962 Bundesschatzminister, 1962–1965 Bundesminister für wiss. Forschung XXXI, 29, 48, 56, 58 f., 82, 138, 245, 280, 290, 303, 312, 340, 347, 559
- als Bundesminister für wiss. Forschung 423, 530 ff., 535, 607
- und Bundesrechnungshof 543, 545
- und Koalitionsverhandlungen 1961 102–105, 280
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 371, 379, 382, 409
- als stellv. Bundesvorsitzender XI, XVI, XXIX, 3, 326, 593
- als stellv. Fraktionsvorsitzender 281, 293

**Leopold**, Kurt, 1953–1965 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel 578

**Leuze**, Eduard, stellv. Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg, ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1962 Vors. des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP, 1956–1972 MdL in Baden-Württemberg (1956–1960 und 1963–1969 Fraktionsvors.), 1960–1966 Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg XXXI, XLVII, 11 f., 334, 341, 491, 504, 746
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 378, 394 f., 398, 402
- Wirtschaftsfragen 125 f., 449 f., 452, 464–467, 469, 483 f., 508, 703

**Leuze**, Wolfram, Mitglied des LSD (1962–1963 stellv. Bundesvors.) 297, 300

**Leverenz**, Bernhard, Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1962–1964 stellv. Vors.), Vors. des Rechtsausschusses der FDP, MdL, 1954–1962 und 1963–1967 Justizminister, 1958–1962 auch stellv. Ministerpräsident XXI, XXXIII, IL, 14, 18, 22, 51, 60, 162, 334, 338 f., 427, 547, 550 f., 556, 569
- und Außen-/Deutschlandpolitik XVII f., 304, 446–449, 477, 479 ff., 484, 555, 558, 565
- und Finanzfragen 352, 559
- und innerparteiliche Konflikte 61, 489, 567 f.
- und Koalitionsverhandlungen 1961 122, 130 f., 188 f., 223 f.
- und Koalitionsverhandlungen 1963 543 f.
- als Präsidialmitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" XVII, 560
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 362, 368 f., 379, 396, 402, 404, 411
- als stellv. Parteivorsitzender XI, XVII f., 326, 536, 593
- und Wahlkampffragen 38, 40, 57

**„liberal. Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung"** 569, 731, 746

**Liberaldemokratische Partei (LDP/LDPD)** LVII f., 13, 23, 45, 335, 589, 672, 674–678, 689, 695, 734

**Liberale Weltunion** XXXV, 21, 33, 89

**Liberaler Studentenbund (LSD)** XII, XXXVIII–XLI, 5, 13, 20, 45 f., 66, 69, 71 f., 195 f., 326, 430, 491, 503 ff., 523–527, 560 f., 587, 619, 627 f., 652, 660 f., 663, 667, 673, 682, 692, 696, 707, 748
- Liberale Hochschulgruppen 5, 46, 53 f., 71 f., 192, 195 f., 560 f., 627, 663, 673
- Ostkontakte 30, 53 f., 66 f.
- Vorsitz 326, 575, 652, 673

**Liebich**, Werner, ab 1963 Assistent der FDP-Bundestagsfraktion, zuständig für Arbeitskreis 3 (Arbeits- und Sozialpolitik) LXXVI, 546
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 703, 734

**Liebig**, Werner, ab 1962 stellv. Bundesvors. der DJD
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 306, 309, 383

**Lilje**, Hanns, ab 1947 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Hannover, 1948–1969 leitender Bischof der VELKD 639

**Lindner**, Helmut, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 428

**Löbe**, Karl, 1961–1965 MdB (FDP) 82

**Löbe**, Paul, 1949–1953 MdB (SPD), Alterspräsident des BT 235

**Logemann**, Fritz, ab 1952 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen, stellv. Vors. des Agrarpolitischen Ausschusses der FDP, 1957–1961 MdB (DP), 1961–1976 MdB (FDP) 30, 83, 325, 335, 653

**Lohmann**, Johann Georg, 1956–1959 MdBü in Bremen 590

**Lohmar**, Ulrich, 1957–1976 MB (SPD), 1961–1965 stellv. Vors. des BT-Ausschusses für Kulturpolik und Publizistik 338

**Lorenz**, Heinz, Parlaments- und Verhandlungsstenograph, 1958–1978 Leiter des Stenographischen Dienstes beim Bundesrat LXXX, 139

**Lucet**, Charles, Direktor der Politischen Abteilung des französischen Außenministeriums 480

**Luchsinger**, Fred, ab 1955 Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" 237 f.

**Luchtenberg**, Paul, em. Univ.-Prof., stellv. Vors. der Friedrich-Naumann-Stiftung, Vors. des Kulturpolitischen Ausschusses der FDP, 1958–1966 MdL (FDP) in NRW 13, 334, 338 f., 499

**Luda**, Manfred, 1961–1980 MdB (CDU) 542

**Lübke**, Heinrich, 1959–1969 Bundespräsident XIX, XLVII, LI f., 134, 141 ff., 221, 279, 370, 389, 403, 405 f., 408 f., 457, 515, 519, 641
– Wiederwahl 1964 564, 566 f., 570, 588, 595–598

**Lücke**, Paul, 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Wohnungsbau, 1965–1968 Bundesminister des Innern XLVI, 383, 386, 409 f., 412

**Lücker**, Hans August, 1953–1980 MdB (CSU) 261, 294, 453

**Lüder**, Wolfgang, 1962–1963 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 326, 380, 430, 526 f.

**Lüders**, Marie-Elisabeth, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1966 Ehrenpräsidentin der FDP, 1953–1961 MdB (FDP) XII, XXXI, XLV, 40 f., 45, 77, 130, 300, 303, 395, 410, 416, 504, 520, 595

**Luns**, Joseph, 1956–1971 holländ. Außenminister 463 f.

**Macmillan**, Harold, 1957–1963 brit. Premierminister 31, 203, 437, 449, 454, 472

**Macmillan**, Maurice, Sohn von Harold Macmillan, Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates (Konservative Partei) 203

**Mälzig**, Konrad, 1961–1965 MdB (FDP), Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion in Wirtschafts- und Privatisierungsfragen 83, 625

**Mänken**, Ernst Wilhelm, Chefredakteur der DPS-nahen Zeitung „Deutsche Saar" 61

**Maier**, Reinhold, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1960–1971 Ehrenpräsident der FDP XII ff., XXVIII, XXXI, XLVI, 80, 84, 145, 300, 305
– und „Spiegel"-Affäre 365, 371, 373, 376 f., 382, 417
– und Wahlkampffragen 39, 57, 74 f.

**de Maizière**, Ulrich, General, ab 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr 702

**Malène**, Christian de la, 1961–1984 französ. MdEP (DEP) 456

**Mansfield**, Michael J., Führer der Fraktion der Demokratischen Partei im Senat der USA 71, 251, 298
– Mansfield-Plan 71, 251

**Mansholt**, Sicco Leendert, 1958–1967 Vizepräsident der EWG-Kommission, 1967–1972 Vizepräsident der EG-Kommission 294, 453

**Margulies**, Robert, ab 1956 Vors. des Ausschusses für Außenhandelsfragen der FDP, 1949–1964 MdB (FDP), 1961–1962 Vors. des BT-Ausschusses für Entwicklungshilfe, ab 1964 Mitglied der Euratom-Kommission 16, 82, 113 f., 260 ff., 276, 334, 363, 366, 370 f., 427, 435, 441

**Martenstein**, Willibald, 1951–1967 MdL (FDP) in Rheinland-Pfalz
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 336

**Martin**, stellv. Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im US-State Department 93

**Marx**, Hermann, 1960–1964 Leiter der Abt. Verwaltung und Organisation in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1964 dort Leiter der Abt. Gesellschaften und Vereinigungen LXXVI, 523, 722
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 41, 46, 52, 55, 62, 64, 70, 297, 300, 306, 309, 314, 320 f., 329, 336, 350, 422, 503, 515, 519, 553, 567, 574, 590, 612, 616, 668, 671, 679, 693, 697, 719, 722, 728, 750, 754, 761, 764, 770

**Matthes**, Heinz, 1949–1961 MdB (DP, ab 1957 DP-FVP, dann DP, ab 1961 fraktionslos) 30

**Mauk**, Adolf, stellv. Vors. des Agrarpolitischen Ausschusses der FDP, 1949–1952 und 1953–1969 MdB (FDP), 1957–1961 Vors. des Arbeitskreises Agrarpolitik der FDP-Bundestagsfraktion 135, 289, 293 f., 335, 369, 377, 404, 417, 542

**Maurer**, Heinrich J., bis 1962 Lokalredakteur bei der „Mainzer Algemeinen Zeitung", ab 1962 im Pressereferat der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Mitarbeiter an der „fdk" 569
– als Sitzungsteilnehmer 428, 553, 562, 567, 585, 605, 608, 612, 627, 631

**Max-Planck-Gesellschaft** 532

**Mayer**, Ernst, 1950 Mitbegründer der „fdk" 4

**McCloy**, John J., 1961–1963 Berater des Präsidenten J. F. Kennedy für Abrüstungsfragen 92–95, 214 f.

**McGhee**, George, 1963–1968 Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland 627 f.

**Mende**, Erich, Mitglied des FDP-LV NRW, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1960–1968 FDP-Bundesvors., 1949–1980 MdB (ab 1949 FDP, ab 1970 CDU/CSU), 1957–1963 Vors. der FDP-Bundestagsfraktion, 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler 14, 20, 59, 66, 337, 489, 676
- und Adenauer XV, XLV, 8 f., 14, 36 f., 73, 156, 235 f., 238, 240 f., 248 f., 302, 330, 332, 361, 367, 374 f., 384 f., 391 f., 408, 486, 505, 564
- und Agrarpolitik 261, 294
- und Außen-/Deutschlandpolitik XIV f., LIV ff., LIX, 5 f., 8 f., 15, 33 f., 47, 67, 74, 76, 207, 240–245, 298, 300 f., 316 f., 319 f., 326, 345, 424 ff., 435, 438, 449, 475 f., 478, 484 f., 507, 522, 528 f., 541, 564, 599, 612, 631, 662, 669 f., 671, 674, 697 f., 731
- und Brandt 148 ff.
- und Bucher 620–624, 626
- und Bundesgeschäftsführung 310–312, 316, 344
- als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen XV, IL ff., LIII, LV f., 529, 555, 557, 564, 578 f., 583, 599, 637, 641, 650, 653 ff.
- und Bundesministerien 423
- und Bundespräsident/-enwahl 141 ff., 221, 279, 519, 588, 590 f., 595 ff., 641, 655
- und Dehler 563, 565 f., 586
- und DP bzw. GB/BHE 54, 59 f., 62
- und DPS XVII, 11, 43
- Eintritt in die Bundesregierung (1963) 207, 409, 411, 414, 416 f., 419, 529, 545
- Englandreise 340
- und Erhard 528 ff., 536, 542 f., 554, 558 f., 641, 647, 649 ff., 654 ff., 697, 702
- und Europapolitik 31
- als Fraktionsvorsitzender 357
- und Finanzierungsfragen XXIV, 155, 299, 307, 316
- und FDP-Bundestagsfraktion 643
- und FDP-Landesminister 354
- und Heuss 56, 75
- und Interzonenhandel 578
- und Kirchen, Konfessionen LXII f., 63, 85 f., 120, 230
- und Koalitionsfrage, Koalitionsgespräche (1961) 65, 70 f., 86–92, 110, 117, 119–123, 130, 132 f., 139–158, 236–246, 263 f., 282, (1962) 361, 365, 367, 373–389, (1963) 528 f., (1965) 641, 643, 645 f., 649 ff., 653–656, (1966) 708 f., 711, 714 ff., 717
- als Kriegsteilnehmer XVIII, 216, 238
- und Kulturpolitik 339, 530, 662
- und LV Baden-Württemberg 82, 659
- und LV Bayern XXXIV f., 17, 41, 55, 81, 341, 346, 560 f.
- und LV Berlin 12, 302, 428, 486, 572, 575
- und LV Bremen 82
- und LV Hamburg 82, 668 f., 746
- und LV Hessen 42, 82 f.
- und LV Niedersachsen 12, 83, 516
- und LV NRW 83, 329 f.
- und LV Rheinland-Pfalz 42, 83, 506, 659
- und LV Saarland 82, 631 f., 659
- und LV Schleswig-Holstein 83, 427, 518
- und Öffentlicher Dienst 491
- und Parteienfinanzierung 652
- und innerparteiliche Opposition 731 f., 734 f., 739 f., 742
- und Parteiprogramme 751, 755
- als Parteivorsitzender 1960–1968 IX ff., XIII ff., XXI f., XXVII, XXVIII, XLII f., L-LIV, LVIII, LXIV f., 106, 130, 158, 172, 194, 245, 291 579, 593, 641, 648, 651, 729, 732
- und Passierscheinverhandlungen 557 f., 564, 571, 577, 583, 599 f., 630, 647, 662, 695, 698
- und Presse 5, 116 ff., 139 f., 158, 170, 179 f., 183 f., 186–189, 191, 194, 196 f., 200 f., 233–238, 265, 274, 277, 288, 336, 373, 421, 734 f.
- und Rundfunk/Fernsehen 29, 34, 47, 192 f., 203, 228, 236, 262
- und Smirnow 326
- und SPD 8 f., 14, 140, 147–151, 181, 217, 298
- und Sozialpolitik 352, 363, 701
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 355–382, 390–393, 396–399, 400 f., 403 f., 406–412, 415–422
- und Staatsschutz, Verfassungsschutz 548, 550 f., 690
- und Staatssekretärsstellen 304 f.
- und F. J. Strauß 71, 130, 147, 151, 623 f.
- USA-Reise 297, 313
- und Verteidigungspolitik 270–276
- Verzicht auf den Parteivorsitz 765 ff., 770
- als Vizekanzler 529, 578, 641, 650
- und Vorfeldorganisationen (DJD, LSD) 66 f., 71, 195 f., 503 ff., 523 f., 525 ff., 560 f., 628, 661
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 12, 37 f., 47, 56, 73, 75, 84 f., 614 f.
- und Weyer LXIV, 754, 767

– und Wirtschaftsordnung/Wirtschaftspolitik 317

**Menderes**, Adnan, 1950–1960 türkischer Ministerpräsident 88

**Mendès-France**, Pierre, zwischen 1944 und 1957 wiederholt Minister und 1954–1955 französ. Ministerpräsident (Radikal-Sozialist) 215

**Menne**, W. Alexander, stellv. Vors. des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP, 1961–1969 und ab 1972 MdB (FDP), 1965–1969 Vors. des BT-Ausschusses für Wirtschafts- und Mittelstandsfragen XLVII, IL, 82, 93–96, 132, 176, 213 ff., 334, 366, 371, 376, 396, 413, 415, 421, 544 f., 597, 623, 714, 717, 719

**Merkatz**, Hans-Joachim von, 1949–1969 MdB (bis 1957 DP, 1957 DP/FVP, 1957–1960 DP, 1960 fraktionslos, 1960–1969 CDU/CSU, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, 1960–1961 zugleich Bundesvertriebenenminister 409

**Mersmann**, Wolfgang, bis 1962 MinDir im BMF, 1962–1970 Präsident des Bundesfinanzhofs in München 415

**Mertes**, Werner, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, Vors. des Ausschusses für Verbraucherfragen der FDP, 1961–1976 MdB (FDP), 1964–1976 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion 82, 135, 335, 365, 377, 396, 401 f., 405 f., 418 f., 421, 508, 546, 646, 653, 655

**Messmer**, Pierre, 1960–1969 französ. Verteidigungsminister 448

**Meyer**, Gerhard M., Mitglied der DJD 669
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 668

**Meyers**, Franz, ab 1950 MdL (CDU) in NRW, 1958–1966 Ministerpräsident von NRW 178, 302, 336 f., 377, 480, 694, 718

**Meyle**, Paul, 1948–1966 Oberbürgermeister (FDP/DVP) von Heilbronn, 1964–1968 MdL (FDP/DVP) in Baden-Württemberg 748

**Middelhauve**, Friedrich, bis 1956 Vors. des FDP-LV NRW und stellv. Vors. der FDP, bis 1958 MdL in NRW, 1954–1956 Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie stellv. Ministerpräsident 29

**Miessner**, Herwart, 1950–1969 MdB (FDP), 1965–1969 Vors. des BT-Postausschusses XLVII, 83, 362, 395, 412, 417, 500, 596

**Mischnick**, Wolfgang, Mitglied des FDP-LV Hessen, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1964–1988 stellv. FDP-Bundesvors., Vors. des Sozialpolitischen Ausschusses der FDP, ab 1957 MdB (FDP), 1959–1961 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1963–1968 stellv. Vors. der FDP-Bundestagsfraktion, 1961–1963 Bundesvertriebenenminister XXXII, XLVII, LIII, LVIII, 18, 82, 135, 301 ff., 335, 347, 577, 596, 620 f., 640, 672, 674, 692, 694, 696, 734, 749, 768
– als Bundesminister XX, 371, 384, 529
– und Koalitionsverhandlungen 1961 189 f., 280 f., 290, 293
– und Koalitionsverhandlungen 1963 545
– und Koalitionsverhandlungen 1965 648, 653, 655
– und Koalitionsverhandlungen 1966 709, 715, 717 f.
– und LV Hessen XV, XX, 677
– und Parteiangelegenheiten 14, 45, 430, 518, 732, 744
– und sozialpolitische Fragen 245, 280 f., 293, 342, 350 f., 507 f., 547, 555
– und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 359, 367, 371, 379, 382, 394, 409, 411
– als stellv. Parteivorsitzender XI, XIII, XX, 648, 755
– und Wahlkampffragen/Wahlkampfkommission 35, 39, 65, 553 f.

**„Der Mittag" (Düsseldorf)** 740

**Mittelstandsfragen** 168, 248, 290, 304 f., 323, 348 f., 352 f., 355, 546, 573

**Moersch**, Karl, 1961–1964 Leiter der Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1964–1976 MdB (FDP) XXVI, 59, 140, 188, 356, 367, 399, 422, 547 f., 556, 565, 586, 626, 645 f., 699

**Mößbauer**, Rudolf, Physiker, 1961 Nobelpreis für Physik 533

**Mommer**, Karl, 1949–1969 MdB (SPD), 1957–1966 Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion 385, 477

**Moll**, Josef, 1964–1966 stellv. Inspekteur des Heeres, ab 1966 Inspekteur des Heeres 702

**Monnet**, Jean, französ. Politiker, 1952–1955 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, 1955 Begründer und 1956–1975

Vors. des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa 537

**Montaigne**, Michel Eyquem de, 1533–1592, französ. Schriftsteller, Philosph und Moralist 470

**Mouvement Republicain Populaire (MRP)** 461

**Mühlen**, Klaus Frhr von, Vors. des FDP-Kreisverbandes Waiblingen, 1959–1965 MdB (FDP) 23, 82, 287 ff., 369, 403, 419, 543

**Müller**, Alfred Stefan, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 671, 701, 703

**Müller**, Claus-Christian, ab 1957 Assistent bei der FDP-Bundestagsfraktion, später bei der Redaktion von „Das Berliner Wort", und Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Berlin 672
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 8, 19, 24 f., 41, 47, 52, 55, 62, 422, 658, 678

**Müller**, Hermann, ab 1967 Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg, 1956–1964 und 1964–1972 MdL (FDP/DVP) in Baden-Württemberg, 1960–1966 Finanzminister ebd. XXXI, 160, 517, 703, 732, 748

**Müller-Link**, Peter-Heinz, bis 1966 stellv. Vors. des FDP-LV Hamburg, 1962–1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, MdBü (FDP) Hamburg, 1961–1966 Senator der Baubehörde in Hamburg XXXII, XXXVII, XLVII, IL, 5, 37, 61, 274, 284 f., 470 f., 474, 476 ff., 504, 506, 508, 521, 662
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 362, 365, 395, 417 ff., 421

**Münchener Abkommen (1938)** 602

**„Münchener Merkur"** 192

**Muhs**, Gerhard, Oberbürgermeister von Bad Kreuznach 748

**Murr**, Leonhard, 1957–1965 MdB (FDP) 81

**Muskalla**, ab 1962 Geschäftsführer des FDP-Bezirksverbandes Oberbayern 346

**Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP)** 632, 691, 725 f., 746

**Nationalsozialismus/Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP)** XX, 363
- Verjährungsfrist für NS-Verbrechen X, XX, LXIV, 609 f., 622, 624

**Natonek**, Wolfgang, Vors. der LHG Leipzig und Mitglied der LDPD, 1. Vors. des Studentenrates der Univ. Leipzig, 1948–1956 in politischer Haft in der SBZ/DDR, danach Ehrenvors. der LSD 23

**Nehru**, Jawaharlal, 1947–1964 indischer Premierminister 539

**Nef**, John U., Wirtschaftshistoriker an der Univ. Chicago 496

**„Neue Rhein-Zeitung"** (Essen) 156, 238

**Neugliederung des Bundesgebietes** 771

**„New York Herald"** 94

**„New York Times"** 9, 264, 449

**Niederlande** 446, 450, 463

**Niebel**, Fritz, Vors. des Ausschusses für Angehörige der Öffentlichen Verwaltung der FDP 335, 619
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 336

**Niederalt**, Alois, 1953–1969 MdB (CSU), 1961–1962 stellv. Fraktionsvors., 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder 409, 620

**Niedersachsen** 602
- Kommunalwahlen 30, 605
- Konkordat LXII, 625, 634
- Landtagswahlen 503, 682, 725 f., 729, 743, 746
- Regierung/-sbildung 62, 516 f., 625, 746
- Schulpolitik 625

**Nolte**, Hans Heinrich, 1961–1962 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 69, 71, 281 f.

**Noltenius**, Johann Diedrich, 1962–1966 Senator für Finanzen (FDP) in Bremen 748

**Nolting-Hauff**, Wilhelm, 1959–1962 Senator für Finanzen (FDP) in Bremen 160

**Nordatlantikpakt (NATO)** siehe auch Pariser Verträge XLIV, 9, 27, 31, 34, 47 ff., 96, 110, 207, 209, 211, 225, 241 f., 271–276, 282–286, 320, 362, 487 f., 503, 516, 537, 565, 618, 683, 701, 713
- und Frankreich 438, 442–446, 454 ff., 459 f., 462, 468, 471 f., 480, 482, 484, 670

**Nord-Süd-Kanal** 410, 602

**Norstad**, Lauris D., amerikan. General,

Oberster Alliierter Befehlshaber Europa der NATO-Streitkräfte 1956–1962 48, 264, 273 f., 286
– Norstad-Plan 273

**Notstand**
– nationaler Notstand 38, 40, 143, 149, 205 ff., 224 f.
– Notstandsgesetzgebung 26, 142 f., 150, 224 f., 248, 359, 370, 384, 410, 413, 415, 608, 627, 736 f., 750

**Nottbeck**, Arvid von, 1958–1966 stellv. Vors. des FDP-LV Niedersachsen, 1963–1967 MdL (FDP) in Niedersachsen, 1959–1965 Justizminister ebd. XXXII, 10, 39, 51, 364, 523, 634

**Novotny**, Antonin, 1953–1968 Erster Sekretär des ZK der KPČ, 1957–1968 Präsident der ČSSR 602

**Nordrhein-Westfalen** XVIII f., 360, 602
– und deutsch-französischer Vertrag 433, 447, 459, 473, 477 f., 480
– Kommunalwahlen 518, 605
– Landtagswahlen 88, 177 f., 212, 299, 305, 329 f., 331 f., 694, 696 f., 697
– Regierung/-sbildung XIX, 149 f., 177 f., 205, 220 f., 298, 336, 694 f., 696 f., 701, 726
– Schulfrage 698

**Oberländer**, Theodor, 1953–1961 MdB (GB/BHE-fraktionslos-Gruppe Kraft/Oberländer-CDU), 1963–1965 MdB (CDU), 1953–1960 Bundesvertriebenenminister 9

**Oder-Neiße-Linie** siehe Deutschlandpolitik

**Öffentlicher Dienst** LXIII, 322, 328, 351 f., 489 ff., 499–503, 574
– politische Beamte 161, 167 f., 304 f.

**Oeffner**, Alfred, ab 1960 in der Redaktion des Wirtschaftsdienstes der FDP-Bundesgeschäftsstelle tätig 4

**Oellers**, Fritz, 1949–1951 MdB (FDP), 1951–1959 im diplomatischen Dienst 46, 240
– als Sitzungsteilnehmer 24 f., 28

**Österreich** 89, 157, 707

**Ohnesorg**, Benno, Student, 1967 in Berlin erschossen 749

**Ollenhauer**, Erich, 1952–1963 SPD-Bundesvors., 1949–1964 MdB (SPD), 1952–1963 Vors. der SPD-Bundestagsfraktion 8, 141, 145 ff., 149, 246, 248, 357, 401, 435, 470, 474

**Ollesch**, Alfred, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1961–1978 MdB (FDP) 83, 197 ff., 247, 406

**Opitz**, Rudolf, zeitweise Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, Vors. des Mittelstandsausschusses der FDP, 1961–1969 und 1972–1976 MdB (FDP) 83, 314, 323, 334, 368, 376, 403, 546, 573

**Oppositionspolitik der FDP** siehe FDP-Koalitions-/Oppositionspolitik

**Ordemann**, Hans-Joachim, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 321, 329, 336, 383, 422, 428, 585, 598, 605, 608, 612, 616, 627

**Orth**, Eduard, 1949–1956 MdB (CDU) 551

**Orth**, Josef P., Oberstadtdirektor in Rheydt 748

**Oster**, Achim, Oberst, Militärattaché bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid 660

**Ost- und südosteuropäische Staaten/Ostblock-Staaten** LVII, 453 f., 470, 557, 570, 584, 591 f., 629 f., 633, 669 f., 677, 683 f., 689, 700, 713, 760

**Otto**, Werner, Inhaber der Firma Otto-Versand, ab 1964 FDP-Mitglied 604

**Oxfort**, Hermann, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin, ab 1963 MdA (FDP), Fraktionsvors. 575 f.

**Pahlewi**, Mohammed Reza, 1941–1979 Schah des Iran 749, 769

**Pariser Gipfelkonferenz (1960)** 10 f., 16, 26

**Pariser Verträge (1954)**, siehe auch Nordatlantikpakt 142, 159, 438, 447, 473

**Parlamentarische Staatssekretäre** 161, 167

**Parteienfinanzierung** XXIV f., 162, 327, 589, 632, 652 ff., 666, 691 f., 699, 701, 706 f., 718

**Parteiengesetz (Gesetz über die politischen Parteien) vom 24. 7. 1967** XIII, XXV, 14, 162, 542, 589, 603, 611, 691 f., 706 f., 709, 720 f., 725, 745, 762

**„Passauer Neue Presse"** 156

**Passierscheinverhandlungen** siehe Berlin

**Paul**, Ernst, 1949–1969 MdB (SPD) 597

**Peters**, Walter, ab 1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1961–1972 und 1975–1979 MdB (FDP) XXXIV, 83, 632, 742, 753

**Petersberger Abkommen (1949)** 209

**Pferdmenges**, Robert, 1950–1962 MdB (CDU), 1961–1962 Vors. des BT-Wahlmännerausschusses 143 f.

**Pfleiderer**, Karl Georg, 1949–1955 MdB (FDP), 1955–1957 Botschafter in Jugoslawien XVII

**Picht**, Georg, 1958–1965 Leiter der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, ab 1965 Prof. Univ. Heidelberg (Religionsphilosophie) 530, 535

**Pittelkow**, Fritz, 1958–1960 Referent für Innenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle, ab 1960 stellv. Chefredakteur der Zeitung „Deutsche Saar" (DPS) 61

**Planitz** siehe Frank-Planitz

**Pleven**, René, zwischen 1944 und 1958 wiederholt Minister und 1951–1952 französ. Ministerpräsident, 1946–1953 Vors. der Union Démocratique et Socialiste de la Résistance 114

**Pohl**, Heinz, Korrespondent der „Neuen Rhein-Zeitung" in Washington 239

**Polen** 264 f., 540
- Denkschrift der EKD (1965) 687 f.

**Porst**, Hannsheinz, Unternehmer, bis 1967 (Parteiaustritt) stellv. Vors. des FDP-Bezirksverbandes Mittelfranken 29

**Post**, Albert, 1956–1968 stellv. Vors. des FDP-LV Niedersachsen, ab 1947 MdL in Niedersachsen
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 503

**Potsdamer Konferenz (1945)** 26

**„Prawda"** (Moskau) 320

**Pressefragen** siehe auch FDP-Bundesvorstand XXVI f., 10, 17 f., 58 f., 139, 176, 183 f., 194, 285–288, 336, 397, 411, 518, 569
- Bundespressegesetz/Presserechtsrahmengesetz 522, 555 f.

**Presse- und Informationsamt der Bundesregierung** 162, 226 f., 283, 287, 298, 305, 361, 601

**Qualen**, Hans-Hellmuth, bis 1962 MinDir (FDP) im Finanzministerium von Schleswig-Holstein, 1962–1963 Staatssekretär im Bundesschatzministerium 1963–1970 Finanzminister (FDP) in Schleswig-Holstein 304 f., 427

**Rademacher**, Max Willy, 1966–1969 Vors. des FDP-LV Hamburg, Vors. des Verkehrsausschusses der FDP, ab 1966 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1949–1965 MdB (FDP) XXXII, 8, 13, 82, 118, 133, 335, 565 f., 693, 715, 731 f., 735, 738

**Rahlfs**, Wilhelm, 1960–1961 Vors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 30, 46

**Rahn**, Rudolf, Botschafter a. D., Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses der FDP und des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der FDP-Fraktion 240
- als Sitzungsteilnehmer 24 f.

**Rapacki**, Adam, 1956–1968 polnischer Außenminister 97
- Rapacki-Plan LIV, 97

**Rapp**, Alfred, Journalist, 1958–1975 Leiter des Bonner Büros der FAZ 192

**Rasch**, Chefredakteur der Zeitung „Der Mittag" (Düsseldorf] 740

**Rasner**, Will, 1953–1971 MdB (CDU), 1955–1971 Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 152, 172, 206, 410, 413, 551, 621

**Regierungsbildung/Regierungsumbildung**
- 1961 XLII–XLV, 65, 70 f., 86–92, 98 f., 139–229, 236–296
- (1962) XLV–XLVIII, 372–422
- (1963) XLVII ff., 528–531, 535, 542–546, 552
- (1965) L–LIV, 635 f., 637 ff., 641–645, 647–651, 653
- (1966) LXIV, 708 f., 711–718

**Rehwinkel**, Edmund, Landwirt, Präsident des Deutschen Bauernverbandes 476

**Reichmann**, Martin, 1961–1969 MdB (FDP) 82, 553, 645

**Reichow**, Joachim, der FDP nahestehend oder FDP-Mitglied
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 321, 383

**Reif**, Hans, Mitglied des FDP-LV Berlin (1958–1959 Vors.), 1958–1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1949–1957 MdB 595

**Reiser**, Hans, Journalist, Mitarbeiter der Zeitung „Die Welt" 155, 179

**„Rettet die Freiheit e. V."** 19

**Reuss**, Erwin, 1964 Pressereferent der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1964–1969 stellv. Leiter der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 719, 734, 761, 765

**Reuter**, Mitglied des Bundeswirtschaftsausschusses der FDP 347
– als Sitzungsteilnehmer 24 f.

**„Revue"** (Illustrierte) 52

**„Rheinischer Merkur"** (Koblenz) 139, 239

**Rheinland-Pfalz**
– Kommunalwahlen 7, 10, 42, 518, 605
– Landtagswahlen 428, 506, 682, 725 f. 729, 742
– Regierung/-sbildung 506, 517, 726, 742

**„Die Rheinpfalz"** (Ludwigshafen) 59

**Richelieu**, Armand Jean du Plessis, Herzog von, 1622–1642 französ. Kardinal und Staatsmann 434

**Richter**, Karl, ab 1963 Leiter der neugebildeten Abt. „Zentrale Verwaltung" in der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 503, 515, 519, 553, 557, 574, 598, 612, 616, 631, 664, 679, 693

**Rieger**, Alfred, 1956–1973 Hauptgeschäftsführer des FDP-LV NRW, ab 1961 MdL (FDP) in NRW XXXI, 706
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 24 f., 33, 136, 300, 383, 422, 519, 574, 656, 658, 704

**Rieger**, Walter, 1961–1965 MdB (FDP) 83, 224 f., 366, 368, 415, 541

**Rinné**, Erik, 1952 Abteilungsleiter (Werbung und Information) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1957–1960 Chefredakteur von „Das freie Wort" 18
– als Sitzungsteilnehmer 3, 8, 13, 19, 24 f., 28, 33

**Röder**, Franz Josef, MdL (CDU) im Saarland, 1961–1979 Ministerpräsident ebd. 632

**Röhrenembargo** siehe Wirtschaftspolitik

**Röpke**, Wilhelm, 1899–1966, em. Univ.-Prof., Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler 659

**Roericht**, Reinhard, ab 1964 Mitglied der FDP und der DJD 751
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 728, 745, 750, 754, 761, 765, 767

**Rösing**, Josef, 1954–1961 und 1965–1972 MdB (fraktionslos, CDU/CSU), 1955–1961 und 1965–1972 stellv. Parl. Geschäftsführer 552

**Roosevelt**, Franklin D., 1933–1945 Präsident der USA 437

**Rosenberg**, Ludwig, 1959–1962 stellv. Vors. und 1962–1969 Vors. des DGB 317 f.

**Rotes Kreuz** X, 264 f.

**Rubin**, Hans Wolfgang, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1952–1974 Bundesschatzmeister der FDP XIII, XXIV, LVIII f., 9, 46, 61, 147, 292, 569, 578 f., 593, 665
– und Außen-/Deutschlandpolitik 340, 558, 575 ff.
– und Bundesgeschäftsführung 308 f., 339, 344
– und Finanzlage der FDP 299, 326 f., 520 f., 527 f., 633, 665 f., 718
– und LSD 504, 525 f., 667, 731 ff., 735
– und Parteienfinanzierung/Parteiengesetz 589, 632, 666
– und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 364, 380, 387
– und Wahlkampffragen 56 f., 65, 74, 299

**Rumänien** 628 ff., 697, 702

**Rundfunk- und Fernsehfragen** 7, 23 f., 29, 34, 47, 748

**„Die Rundschau. Neue Wochenzeitung für christlich-demokratische Politik"** (Saarbrücken) 201

**Rusk**, Dean, US-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten 1961–1969 93, 246, 249, 263 f., 339, 487, 528, 536

**Rutschke**, Wolfgang, Vors. des Ausschusses für Kriegsopfer und Heimkehrer der FDP, 1957–1971 MdB (FDP) 125, 256 f., 335, 365, 398, 401, 412, 543, 548, 551, 622

**Saam**, Hermann, 1964–1967 Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg, 1960–1964 MdL

(FDP/DVP) in Baden-Württemberg, 1965–1969 MdB (FDP) XXXI, 644, 660, 693 ff., 698, 714, 717

**Saargebiet/Saarfrage/Saarstatut** XVII, 43, 215, 310

**Saarland**
- Kommunalwahlen 7, 10, 14, 47, 605
- Landtagswahlen 47, 61, 631
- Regierung/-sbildung 61, 631 f., 726

**Salloch**, Heinz-Harro, 1967–1968 in der FDP-Bundesgeschäftsstelle tätig
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 734

**Sander**, Gottfried, Bürgermeister und Stadtkämmerer (FDP/DVP) in Stuttgart, ab 1963 stellv. Vors. des FDP-Satzungsausschusses 427

**Sander**, Heinrich, 1957–1969 MdB (FDP) XLVII, 83, 127, 380, 396, 414, 715

**Satzungsfragen** siehe Freie Demokratische Partei

**Schade**, Eugen, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Bremen, 1966–1967 MdBü (FDP)
- als Sitzungsteilnehmer 24 f., 300, 422, 519, 574, 656, 704

**Schäfer**, Emil, Mitglied des FDP/DPS-LV Saar
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 33, 66, 70, 770

**Schäfer**, Friedrich, 1957–1967 und 1969–1980 MdB (SPD), 1961–1967 stellv. Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion 551, 707

**Schäfer**, Hans, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz 22
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 19, 24 f., 28, 41, 47, 693

**Schäfer**, Hans, 1962–1966 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, ab 1967 FDP-Mitglied 729, 734, 749

**Schäfer**, Helmut, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, ab 1967 im Kulturministerium von Rheinland-Pfalz tätig XXXIII
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 761, 765

**Schäfer**, Hermann, 1949–1957 MdB (FDP-fraktionslos – DA-FVP-DP/FVP), 1949–1953 BT-Vizepräsident und Mitglied des FDP-Fraktionsvorstandes 67, 311

**Schaible**, Erich, bis 1964 Geschäftsführer des Bundesfachausschusses für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen der FDP, ab 1964 Mitarbeiter der FDP-Bundestagsfraktion
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 656, 664, 668, 693

**Scheel**, Walter, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, ab 1968 FDP-Bundesvors., 1953–1974 MdB (FDP), 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit XVIII, XXXIII, LXV, 83, 114, 161, 305, 340, 347 351, 550, 753
- und Außen-/Deutschlandpolitik 425, 449, 540 f., 676
- als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 353, 536, 579
- als Kandidat für den Parteivorsitz 754, 767, 769 f.
- und Regierungsbildung 1963 536, 543
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 377, 379 f., 382, 404 f., 409, 412, 420
- und Wahlkampffragen 37, 55

**Schellenberg**, Ernst, 1952–1976 MdB (SPD), 1966–1975 stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion, 1957–1972 Vors. des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion 37, 217

**Scherzer**, Kurt, Oberbürgermeister von Fürth 700, 748

**Scheufelen**, Klaus H., Vors. des CDU-LV Nord-Württemberg 145 f.

**Schiller**, Theo, Vors. des LSD-LV NRW, Mitglied des LSD-Bundesvorstandes 560, 599

**Schilling**, Mitglied des FDS-Vorstandes 523

**Schleswig-Holstein** XVII, 602
- Kommunalwahlen 664
- Landtagswahlen 88, 177, 212, 328, 725 f., 729, 742
- Regierung/-sbildung XVII, 427, 518, 742

**Schmid**, Carlo, Prof. Univ. Frankfurt, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1949–1972 MdB (SPD), 1949–1966 Vizepräsident des Bundestages, 1957–1965 stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder 204, 296, 551

**Schmidt**, Hansheinrich, 1961–1983 MdB (FDP) 81, 417, 546 ff., 622, 625 f., 698

**Schmitt-Vockenhausen**, Hermann, 1953–1979 MdB (SPD) 549

**Schmölders**, Günter, o. Prof. Univ. Köln (Finanzwissenschaften) 625

**Schmücker**, Kurt, 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1960 Vors. des Arbeitskreises Wirtschafts- und Landwirtschaftfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes, 1963–1966 Bundeswirtschaftsminister, 1966–1969 Bundesschatzminister 399, 406, 413, 578

**Schneider**, Heinrich, 1955–1962 Vors. der DPS, 1957–1962 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1960–1961 stellv. Vors.), MdL im Saarland (ab 1965 Fraktionsvors.), 1957–1965 MdB (FDP) XI, XVI f., XXXIII, XXXVI, 3, 6, 9, 14, 17 f., 21, 60 f., 77, 82, 113, 200 f., 255 f., 302 f., 310, 317, 406, 632

**Schneider**, Herbert, Präsident des Bundesberufungsausschusses der FDP
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 519, 536, 616

**Schoettle**, Erwin, 1949–1972 MdB (SPD), 1961–1969 BT-Vizepräs., 1964–1965 stellv. Vors. der SPD-BT-Fraktion 296, 391

**Scholder**, Klaus, stellv. Vors. des Kulturpolitischen Ausschusses der FDP 334, 491

**Schollwer**, Wolfgang, 1959–1970 Chefredakteur der „fdk" und Pressereferent der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1962–1970 Referent für Außen- und Deutschlandpolitik der FDP, Verfasser der Deutschlandpläne von 1962 und 1967 XXVI, 4, 18, 59, 119, 202, 337, 356, 565, 572, 672, 678, 740, 750
- Denkschrift (1962) LVI, 313, 722
- Programmbeitrag (1967) LVI, LVIII, 722, 731 f.

**Schott**, Otto von, Mitglied des FDP-LV NRW, 1963 Mitglied eines Unterausschusses des Ausschusses Öffentlicher Dienst der FDP 499

**Schreiber**, Rolf, langjähriger Vors. des LSD-LV NRW, 1960–1963 Referent für Wirtschaftspolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1963 beim Deutschen Industrieinstitut tätig
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 55, 297, 309, 321, 325, 336

**Schröder**, Gerhard, 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern, 1961–1966 Bundesminister des Auswärtigen, 1966–1969 Bundesminister der Verteidigung L, LIV, 219, 300, 307, 316, 320, 339, 425, 505, 528, 536 ff., 540, 543, 625
- und deutsch-französ. Vertrag 435, 437, 449, 472, 474–477, 479

**Schroers**, Rolf, Chefredakteur der Zeitschrift „liberal" 722

**Schrübbers**, Hubert, ab 1955 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz 549

**Schütte**, Ernst, 1962–1970 MdL (SPD) in Hessen, 1959–1963 Minister für Erziehung und Volksbildung, 1963–1969 Kultusminister in Hessen 338

**Schütz**, Hans, 1949–1963 MdB (CSU), 1961–1963 Vors. des Arbeitskreises Sozialfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 374

**Schütz**, Klaus, 1957–1962 MdB (SPD), ab 1963 MdA (SPD) in Berlin, 1961–1966 Senator für Post- und Fernmeldewesen und Bundesangelegenheiten, 1966–1967 Staatssekretär im AA, ab 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin 769

**Schütz**, Wilhelm Wolfgang, Geschäftsführender Vors. des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" 555

**Schultz**, Fritz-Rudolf, Vors. des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheitsfragen der FDP, 1957–1970 MdB (FDP), 1963–1965 stellv. Vors. der FDP-Bundestagsfraktion, 1965–1969 Vors. des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der Fraktion XVIII–XXXIII, XLVI, IL, LIV, 83, 303, 334, 489, 536, 544, 597, 621, 643, 653, 694, 718
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 362, 364, 368, 412, 416, 421
- und Verteidigungspolitik LVI, 269, 272, 441–446, 451, 457, 468, 471, 478 f., 487 f., 491

**Schulze**, Reinhold, 1959–1971 Studienleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung
- als Sitzungsteilnehmer 24 f.

**Schulze-Vorberg**, Max, 1965–1976 MdB (CSU) 638, 640

**Schuster**, Fritz, Oberbürgermeister von Saarbrücken 748

**Schwarz**, Walter, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Schleswig-Holstein
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 24 f., 300, 383, 422, 574, 658

**Schwarz**, Werner, 1953–1965 MdB (CDU), 1959–1965 Bundesernährungsminister 294, 559

**Schwarzhaupt**, Elisabeth, 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesgesundheitsministerin 161

**Schwarzkopf**, Dietrich, 1952–1962 Redakteur und Bonner Korrespondent des „Tagesspiegel" (Berlin), 1962–1966 Leiter des Studios Bonn des „Deutschlandfunk", ab 1966 Programmdirektor des NDR 192

**Schweden** 81

**Schweiz** 238, 533 f.

**Schwennicke**, Carl-Hubert, bis 1956 Vors. des FDP-LV Berlin und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1956/57 Vors. des FVP-LV Berlin, bis 1958 MdA 424

**Schwertner**, Erich, 1955–1960 MdL (FDP/DPS) im Saarland 310

**Schwinge**, Erich, o. Univ.-Prof. für Strafrecht 29

**Seebohm**, Hans-Christoph, 1949–1967 MdB (DP – DP/FVP – DP – ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr 409

**Seeckt**, Hans von, Generaloberst a. D., 1920–1926 Chef der Heeresleitung 544

**Siebel**, Frank, Korrespondent der NRZ in Paris 239

**Sieveking**, Kurt, 1953–1957 1. Bürgermeister (CDU) von Hamburg 108

**Sieveking**, Ludolf, 1956–1961 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg, ab 1970 MdBü in Hamburg
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 52

**Simonis**, Paul, 1962–1967 Vors. des FDP/DPS-LV Saar, ab 1960 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1955–1970 MdL im Saarland, ab 1961 Minister für Arbeit und Sozialwesen des Saarlandes XXXIII, 11, 310 f., 405, 632, 714

**Simson**, Clara von, ab 1963 stellv. Vors. des Bundesfrauenausschusses der FDP, ab 1963 MdA (FDP) in Berlin 491, 514

**Smirnow**, Andrej, Botschafter der UdSSR in Bonn 6, 9, 42, 106, 264, 326, 599

**Soetebier**, Friedrich, stellv. Vors. des Mittelstandsausschusses der FDP, 1961–1965 MdB (FDP) 233, 314, 334, 403

**Sonnenhol**, Gustav Adolf, bis 1962 Vortragender Legationsrat I. Kl. im AA, 1962–1968 MinDir im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit LVI, 304 f., 456, 460–464

**Sonntagsarbeit** siehe Industrie

**Sowjetische Besatzungszone (SBZ)** siehe Deutsche Demokratische Republik

**Sowjetunion** 9, 93–96, 208 ff., 214, 217, 252 f., 300, 303, 307, 319 f., 342, 584 f., 606, 670

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** XXXIX, LII, LX, LXIII, 45, 63, 71, 87, 102, 150, 316, 352, 373, 391, 610
– und Adenauer 145 f., 148, 157, 188, 195, 222, 227, 386, 399 f., 401, 413
– und Allparteienregierung 133, 147–150, 181, 205 f., 298, 386
– und Außen-/Deutschlandpolitik LVIII, 68, 265, 711
– und Bundespräsidentenwahl 596 ff.
– Godesberger Programm 63, 199
– und Koalitions-/Regierungsbildungen IX, XLIII, XLVII, 88 f., 107, 133, 265, 398, 543, 709
– und Kulturpolitik 338, 603
– und Parteienfinanzierung XXV, 706, 709
– und Parteitage 47, 49, 66 f., 675
– und Redneraustausch mit der SED 671 f., 675
– und Sozial-/Wirtschaftspolitik 68, 87, 227, 351, 378

**Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)** LVIII, 10, 424, 675

**„Sozialpaket"** (Kindergeld, Krankenversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) L, LX ff., 350–353, 355 f., 359, 363 ff., 378, 405, 410. 413, 546 ff., 552 f., 555, 568, 570

**Sozialpolitik** siehe auch Gesetze/Gesetzesmaterien 64, 160, 164, 168, 198, 245, 248, 266, 290, 293, 342, 348 f., 350–355, 405, 508, 512, 542, 592, 686 f., 701, 738, 753, 759
– Gesundheitspolitik 509 f., 634, 759

**„Sozialpolitische Mitteilungen"** 658

**Spanien** 6, 9

**Speckmann**, Rolf, ab 1959 MdBü (FDP) in Bremen, ab 1966 Senator für Finanzen (FDP) in Bremen 748, 768

**„Der Spiegel"** (Hamburg) 230, 234, 331, 548, 597, 718

**„Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung** IX, XVIII, XXI, XXVIII, XLII, XLV–XLVIII, LXII, 355–422, 660

**Spitzmüller**, Kurt, 1957–1969 und 1971–1980 MdB (FDP), 1961–1969 Vors. des Arbeitskreises für Arbeit und Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, ab 1966 auch gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion 82, 182, 265 f., 342, 405

**Stalin**, Josef W., (1953), Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vors. des Ministerrats der UdSSR 538

**Stalin-Note** 97

**Stammberger**, Wolfgang, 1961–1962 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1953–1969 MdB (FDP, ab 1964 SPD), 1961–1962 Bundesjustizminister XLV f., XLVIII, IL, 18, 81, 134, 303, 337, 347, 544, 547, 549 f.
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 356–361, 363–373, 376, 379, 382, 394–397, 401, 404

**Staratzke**, Hans-Werner, 1965–1969 MdB (FDP), 1965–1969 Vors. des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der FDP-Bundestagsfraktion
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 703, 716

**Starke**, Heinz, Vors. des Haushalts- und Finanzausschusses der FDP, 1961–1962 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1953–1980 MdB (FDP, ab 1970 CDU), 1961–1962 Bundesfinanzminister XVIII, XI, XXXI, XXXV, XLV, XLVIII, LI, 18, 81, 202, 307, 334, 347, 430, 521, 544, 554, 561, 568, 574, 623, 660, 665, 692, 694, 714, 717, 723, 732
- und Außen-/Deutschlandpolitik LVI, 440, 451–460, 464, 468 f., 472, 478–481, 566, 646, 650
- und Berlin 304
- und Gewerbeverbände 333
- und Haushaltsfragen 306, 322, 330, 345, 407, 410, 517, 559, 703, 715
- und Programmkommission 1961 122
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 359, 369 ff., 379 f., 382, 384, 386, 394 ff., 401, 403, 409, 411, 413–421
- und Verfassungsschutz 550
- und Wahlkampffragen 40, 65
- und Wirtschafts- und Sozialpolitik 348, 351 f.

**Stein**, Gustav, Hauptgeschäftsführer des BDI 155

**Stein**, Paul, stellv. Vors. des Vertriebenenausschusses der FDP 335

**Steinhoff**, Johannes, ab 1966 Inspekteur der Luftwaffe der Bundeswehr 702

**Stender**, Herbert, 1960–1969 Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Niedersachsen, ab 1963 MdL (FDP) in Niedersachsen
- als Sitzungsteilnehmer 300, 574, 656, 658, 704, 741

**„Stern"** (Illustrierte) LVIII, 731

**Sternberger**, Dolf, ab 1960 o. Prof. Univ. Heidelberg (Politische Wissenschaft) 486

**Steuern, Steuergesetzgebung** siehe Finanzpolitik

**Stevenson**, Adlai E., Chefdelegierter der USA bei den Vereinten Nationen 249, 263 f.

**„Stimmen der Jungen Generation"** 614, 770

**Stingl**, Josef, 1953–1968 MdB (CDU), 1963–1968 Vors. des Arbeitskreises Sozialfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 547

**Stinnes**, Hugo, Industrieller 147

**Stoltz**, Volker, 1964–1967 Assistent von FDP-Bundesgeschäftsführer Friderichs LXXVI, 740
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 567, 574, 580, 582, 585, 590, 605, 612, 616, 635, 649, 652, 655 f., 664, 668, 671, 679, 693, 697, 705, 708, 710, 713, 717, 722, 728, 734, 741, 745, 765

**Strafprozeßordnung** 617 f.

**Strauß**, Franz Josef, 1949–1978 MdB (CSU), 1949–1953 und 1963–1966 stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1956–1962 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesfinanzminister XLIII, 156, 304, 428, 578
- und Fibag-Affäre 331, 406
- als Ministerkandidat (1965 und 1966) L, LIV, 620–624, 635 ff., 641, 643, 705, 715
- als Parteivorsitzender L ff., 90, 104, 111 f., 131, 144, 158, 236, 240, 244 f., 277, 291 f., 625, 635, 641, 646, 653
- und Regierungsbildung 1961 XLIII f., 71, 87, 89 f., 130, 137 f., 147, 151 f., 206, 221, 236, 244 f., 247 ff., 262 f., 277, 283 f., 288
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung IX, XLVI, XLVIII, 356, 358 ff., 362, 365, 367, 370, 373–380, 382, 384 f., 387 ff., 394 f., 399, 404, 406, 413 f., 460, 620, 637, 660
- als Verteidigungsminister 6, 111, 244, 289, 454
- und Verteidigungspolitik 272 ff.

**Strauß**, Walter, 1949–1963 Staatssekretär im BMJ XLVI, 356, 358, 361, 363–367, 369, 378, 414

**Strizek**, Helmut, 1964–1965 Bundesvors. des LSD und kooptiertes Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXXIX, 575, 599, 606

**Stücklen**, Richard, 1949–1990 MdB (CSU), Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zeitweise Vizepräsident und Präsident des Bundestages, 1957–1966 Bundespostminister 549

**Sturm**, Adolf-Dieter, FDP-Mitglied, 1963 Gründer und Bundesvors. des FDS, 1965 Vors. des DJD-Bezirksverbandes Oberbayern und stellv. Vors. des FDP-Bezirksverbandes Oberbayern XL, 523, 525 f.

**„Stuttgarter Nachrichten"** 126

**„Stuttgarter Zeitung"** 126

**„Süddeutsche Zeitung"** (München) 126, 460

**Supf**, Ernst, 1961–1965 MdB (FDP) 81, 403

**Sußmann**, Eduard, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Hamburg 422

**Taeglichsbeck**, Thomas, ab 1962 stellv. Bundesvors. der DJD 504

**„Der Tagesspiegel"** (Berlin) 192

**Tangemann**, Ruth, 1957–1964 Referentin für Frauen- und Verbraucherfragen in der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 297, 321, 329, 336

**Taylor**, stellv. Staatssekretär für Europa im US-State Department 93

**Thedieck**, Franz, 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 303, 554

**Tilkowski**, Hans, 1957–1967 Mitglied der Fußball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland 228

**Tobaben**, Peter, 1949–1972 MdB (DP, ab 1961 CDU) 30

**Trampe**, Gustav, Journalist beim ZDF 765

**Tschechoslowakei** 602

**Tschiang**, Kai-schek, chines. Politiker und Militär, 1950–1972 Staatspräsident von Nationalchina (Insel Taiwan) 249

**Tschudi**, Hans-Peter, 1959–1973 schweizerischer Bundesrat (soz.), 1965 Bundespräsident 534

**Ulbricht**, Walter, 1949–1960 1. stellv. Ministerpräsident bzw. 1. stellv. Vors. des Ministerrats der DDR, 1953–1971 1. Sekretär der SED, 1960–1973 1. Vors. des Staatsrates der DDR 78, 95, 193, 215, 557, 601

**Unfallversicherung** 164

**Ungarn** 540

**Ungeheuer**, Josef, bis 1959 Leiter der Bundespressestelle der FDP und Chefredakteur der „freien demokratischen Korrespondenz" 4, 253

**Urban**, R., Mitglied des LSD
– als Sitzungsteilnehmer 13

**Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)** 46, 748

**Vereinigte Staaten von Nordamerika (USA)** 209, 281, 283, 303, 425, 461, 539 f.
– Berlin-Garantie 33 f., 93, 313, 319 f., 537
– und deutsch-französischer Vertrag 436, 438 ff., 443, 445 f., 448, 451
– und deutschlandpolitische Konzessionen 99, 268, 313
– und Sowjetunion 528
– Wissenschaftsförderung 531

**Vereinte Nationen** 537 f.

**Verfassungsschutz** 548–551

**Verjährungsfrist für NS-Verbrechen** siehe Nationalsozialismus

**Verkehrspolitik** 168, 592, 737, 753

**Vermögensbildung** 43, 163, 605 f., 625 f.

**Verteidigungspolitik** siehe auch EVG, NATO, WEU 241, 243, 248, 282, 442–446, 456, 712 f., 760 f.

**Vertriebene/Vertriebenenverbände** LXIII, 13, 22, 69, 328, 384, 530, 604
– Bund der Vertriebenen (BdV) 22, 384, 403
– Denkschrift der EKD betr. Beziehungen zu Polen (1965) 687 f.

**Vialon**, Friedrich Karl, 1958–1962 MinDir im Bundeskanzleramt, 1962–1966 Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 305, 415

**Vietnam** X, 657, 659, 661 f.

**Völker**, Gerhard, ab 1961 stellv. Vors. des FDP-LV Rheinland-Pfalz, ab 1963 MdL (FDP) in Rheinland-Pfalz XXXIII, 504, 506, 523

**Vogel**, Hans-Udo, 1964–1966 Mitarbeiter des Referats Kulturpolitik der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 608, 627, 635, 693

**Vogel**, Rudolf, 1949–15. 4. 1964 MdB (CDU), 1957-1964 stellv. Vors. des BT-Haushaltsausschusses 404

**Voitel**, Gerhard, 1956–1973 Stadtverordneter (FDP) in Frankfurt a. M., 1966–1973 MdL (FDP) in Hessen 677

**Volkholz**, Ludwig, Bürgermeister in Niederbayern, um 1960 Vors. des FDP-Bezirksverbandes Niederbayern, danach Ausschluß aus der FDP XXXIV f., 41, 60

**Volkswagenwerk** 318

**Voltaire**, 1694–1778, französ. Schriftsteller und Philosph 470

**Vom Hoff**, Werner, bis 1960 in der Redaktion des Wirtschaftsdienstes der FDP-Bundespartei tätig 4

**Von der Groeben**, Hans, 1958–1970 Mitglied der Kommission der EWG bzw. der EG 555

**Von der Heydte**, Friedrich August Frhr., ab 1951 o. Prof., ab 1954 Univ. Würzburg (Rechtswissenschaft) 357, 360

**Vorfeldorganisationen der FDP** siehe Deutsche Jungdemokraten, Liberaler Studentenbund Deutschlands, Freier Demokratischer Studentenbund

**Wacher**, Gerhard, 1953–26. 3. 1963 MdB (CSU), 1955–1963 Parl. Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe 374, 398

**Wachter**, Winfried, 1962–1966 MdL (FDP) in Bayern
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 703

**Wächter**, Gerold, 1961–1969 MdB (FDP) 83

**Wagner**, nach 1945 Mitglied der LDPD, politische Haft in der DDR 23

**Wagner (Günzburg)**, Leo, 1961–1976 MdB (CSU) 549

**Wahl**, Eduard, 1949–1969 MdB (CDU) 204

**Wahlen, Wahlkämpfe, Wahlergebnisse** XXIII, 377
– auf Bundesebene 1961 XIV, XXVIII, XLII, 15, 17 f., 23, 31 f., 34–40, 44, 49, 56 f., 62 ff., 69, 72–76, 80 f., 98, 103, 156, 316
– auf Bundesebene 1965 XXVII, L ff., 111, 177, 531, 553 f., 611 f., 614 ff., 628, 630, 635, 637 f., 640–643, 657
– Nachwahlen 1965 638, 640, 647, 649
– in den Ländern siehe Baden-Württemberg, Bayern usw.

**Wahlkampfkosten, Wahlschulden** XXIV, 14 f., 32, 70, 74, 155, 299, 327, 527, 611

**Wahlrechtsänderung, Wahlrechtsfrage** 14 f., 50, 102, 150 f., 175, 199, 222, 385–390, 392–395, 401 f., 404 f., 410 ff., 428, 516, 718

**Walper**, Klaus, Referent für Verkehrspolitik und Wiedervereinigung, später für Verkehrspolitik und europäische Einigung in der FDP-Bundesgeschäftsstelle
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 309, 314, 321, 325, 329, 428, 605, 631, 664, 668, 693, 734, 761

**Walter**, Fritz, 1957–1969 MdB (FDP) 82

**„Wandlung durch Annäherung“** 529

**Warschauer Pakt** 10

**„Washington Post“** 449

**Washingtoner Außenministerkonferenz (1961)** 172

**Weber**, Fritz, 15. 5. 1956–1965 MdB (FDP) 82, 280, 366, 380, 397, 401, 405, 419 f.

**Weber**, Helmut, ab 1962 Oberbürgermeister (FDP) von Waiblingen, stellv. Vors. des Innen- und Kommunalpolitischen Ausschusses der FDP 334, 347

**Weber**, Karl, 1949–1965 MdB (CDU), April–Okt. 1965 Bundesjustizminister 620 f.

**Wedel**, Fritz, 1962–1965 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1955–1965 MdL (FDP/DPS) im Saarland (zuletzt Fraktionsvors.) XXXIII, 303

**Wehner**, Herbert, 1949–1983 MdB (SPD), wiederholt stellv. Vors. der SPD-Bundestagsfraktion, 1966–1969 Bundesminister für

gesamtdeutsche Fragen XLVII, 145 ff., 149 f., 157, 188, 195, 217, 222, 227, 386, 399 f., 564, 567, 596, 672, 705, 709

**Weimarer Republik** 184, 455, 459, 544

**Weinstein**, Adelbert, Journalist (Militär- und Außenpolitik) 362

**Weirauch**, Lothar, bis 1964 MinDir im Bundesverteidigungsministerium, ab 1964 MinDir im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (unter Mende) 499, 604

**Weizsäcker**, Carl-Friedrich von, ab 1957 o. Prof. Univ. Hamburg, Physiker und Philosoph 564, 595

**„Die Welt"** (Hamburg) 155, 172, 362
- „Die Welt am Sonntag" 734

**Wendt**, Erich, Mitglied der SED, 1967–1965 Staatssekretär und stellv. Minister für Kultur in der DDR 557, 571, 600

**Werner**, Artur, Mitglied der DJD
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 66, 70

**Wesemann**, Hans Otto, ab 1961 Intendant der Deutschen Welle, vorher Chefredakteur dieses Kurzwellensenders 82

**Wessel**, Kurt, 1963–1973 Chefredakteur des „Münchener Merkur" 192, 607, 693, 735

**Westeuropäische Union (WEU)** XLIV, 43, 211, 241, 275, 473

**Weyer**, Willi, ab 1956 Vors. des FDP-LV NRW, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, (1963–1968 stellv. Bundesvors.), Vors. des Sportausschusses der FDP, ab 1958 MdL, 1956–1958 Finanzminister und stellv. Ministerpräsident, ab 1962 Innenminister und stellv. Ministerpräsident XVIII, XXXIII, XLIV, XLV, LIII, LXIV f., 46, 71, 106, 130, 424, 517 ff., 559, 561, 573 f., 666
- und Außen-/Deutschlandpolitik 425 f., 432, 448, 473, 477 f., 571
- und Bundespräsidentenwahl 566, 570, 595 f.
- als Innenminister von NRW 178, 337, 360, 377, 387, 478, 480, 548
- als Kandidat für den Parteivorsitz 754
- und Koalitionsverhandlungen 1961 118–123, 174–179, 187, 245, 247 ff., 264 f., 266, 273 ff., 277, 280 f., 283 f.
- und Koalitionsverhandlungen 1963 545
- und Koalitionsverhandlungen 1965 648, 653 ff.
- und Koalitionsverhandlungen 1966 709
- und Mende XIX, 621, 623, 754, 767
- und Parteiangelegenheiten 17, 136, 523, 565
- und Presserecht 555 f.
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 366, 376 f., 379, 387, 410 f., 416, 418, 420
- Sportbeirat, Sportausschuß 604, 606
- als stellv. Parteivorsitzender XI, XIII, XVIII f., 427, 593, 635, 648, 653 f., 660
- als Vors. des LV NRW 137 f., 157 f., 172, 194, 245, 291, 329, 504 f., 536, 694, 696, 698, 701, 718, 732
- und Wahlkampffragen, Wahlrechtsfragen 38, 77, 299, 506

**Wichmann**, Heinz H. R., ab 1959 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 13, 19, 22, 24 f.

**Wicht**, Adolf, Oberst der Bundeswehr 358

**Wicke**, Karin, 1965 oder 1966–1968 Mitarbeiterin der FDP-Bundesgeschäftsstelle
- als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 734

**Wiedervereinigung** siehe Deutschlandpolitik

**Wiedner**, Wolfgang, Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Rheinland-Pfalz
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 383, 574, 656, 658, 704

**Wienholt**, Heinz, Werbeberater der FDP im Bundestagswahlkampf 1961
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 33, 62, 300, 656

**Wildenmann**, Rudolf, ab 1964 o. Prof. Univ. Mannheim (Politische Wissenschaft) 723

**Wilhelm II.**, 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen 144

**Will**, Rudolf, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin (1959–1960 Vors.), 1956–1960 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1952–1961 MdB (FDP) XXXII, 5

**Willner**, Herbert, bis 1965 in der Redaktion des Magazins „Der Spiegel" tätig, 1965–1969 Mitarbeiter im Pressereferat der FDP-Bundesgeschäftsstelle
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 671, 679, 693, 734, 754, 761, 765, 770

**Wirtschaftspolitik** siehe auch Agrarpolitik, Sozialpolitik 160 f., 196, 217, 293, 317 f., 348 f., 542, 667, 686 f., 699, 752 f., 758
- Energiepolitik 753

- Röhrenembargo (1963) IX, 487
- Technologiepolitik 753, 759

**Wissenschaftsförderung** siehe Kulturpolitik

**Witte**, Barthold C., 1958–1962 Mitglied des Bundesvorstandes der DJD (1960–1962 stellv. Bundesvors.), 1959–1962 Generalsekretär und 1962–1964 Präsident des Weltbundes liberaler und radikaler Jugend, 1961–1964 Vorstandsmitglied und 1964–1971 Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung 309–312, 315
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 62, 309

**Wohnungspolitik** siehe Sozialpolitik

**Wolgast**, Heinrich, stellv. Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein, 1963–1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1950–1967 MdL (FDP) in Schleswig-Holstein 574, 732

**Wormser**, Olivier, Mitglied der französ. Verhandlungsdelegation bei den Verhandlungen zur Gründung der EWG, französ. Regierungsvertreter 462

**World Federation of United Nations Associations (WFUNA)** 105

**Wünsche**, Kurt, 1960–1967 stellv. Generalsekretär der LDPD, ab 1967 stellv. Parteivors., ab 1965 stellv. Ministerpräsident der DDR, 1967–1972 Justizminister 565 f.

**Wuermeling**, Franz-Josef, 1949–1969 MdB (CDU), 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957 gleichzeitig) für Jugendfragen LX, 168

**„Würzburger Formel"** siehe FDP-Bundesparteitage

**Wust**, Karl, 1965–1970 MdL (FDP/DPS) im Saarland
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 704, 754, 761, 767, 770

**„Die Zeit"** (Hamburg) 139, 548

**Zensur** 736 f.

**Zentrumspartei** 15, 150

**Zimmermann**, Friedrich, Generalsekretär der CSU, 1957–15. 10. 1969 und 20. 10. 1969–1990 MdB (CSU) 71, 130

**Zoglmann**, Siegfried, ab 1957 Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1964 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1957–1976 MdB (FDP, ab 1970 CDU/CSU-Gast, ab 1972 CDU/CSU), 1961–1963 Parl. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion XXXIII, LVII, 23, 152, 479, 506, 540, 576, 579, 597, 622 f., 666, 691, 694, 732, 751
- und Koalitionsverhandlungen 1961 119, 121, 123
- und Regierungsbildung 1963 536, 543, 545
- und Regierungsbildung 1965 644, 655
- und Rumänienreise 628 ff.
- und „Spiegel"-Affäre/Regierungsumbildung 361 f., 366, 368 f., 377, 381, 398, 404, 412, 419, 421
- und Verfassungsschutz 548, 550 f.

**Zypern** IX f.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /**
im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. –
Düsseldorf : Droste.
Reihe 4, Deutschland seit 1945 / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]
Bd. 7. Freie Demokratische Partei : Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand
3. Freie Demokratische Partei : Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. – 1993

**Freie Demokratische Partei :**
Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand / hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Neumann-Stiftung. –
Düsseldorf : Droste
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien :
Reihe 4, Deutschland seit 1945 ; Bd. 7)
NE: HST

3. Freie Demokratische Partei : Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. – 1993

**Freie Demokratische Partei :**
Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende : 1960–1967 / FDP-Bundesvorstand. [Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung]. Bearb. von Reinhard Schiffers. –
Düsseldorf : Droste, 1993
(Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand ; 3) (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien : Reihe 4, Deutschland seit 1945 ; Bd. 7)
ISBN 3-7700-5175-0
NE: Schiffers, Reinhard [Bearb.] ; HST

♾

*This publication is printed on paper which meets the minimum requirements of American National Standard for Information Sciences – Permanence of Paper for Printed Library Materials, ANSI Z39. 48-1984*

EX OFFICINA
1993

Satz
Computersatz Bonn GmbH, Bonn
Mergenthaler Type Library

Papier
Chlorfrei gebleicht (TCF)
ohne optische Aufheller:
90 g/qm Werkdruckpapier »Sinfonie«
Geese Papier Hamburg

Einbandstoff
Bamberger Kaliko

Schutzumschlag
150 g/qm nopaCoat
Nordland

Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt Neustadt/Aisch

Printed in Germany